



KARL-WERNER RATSCHKO

# KIELER HOCHSCHULMEDIZINER IN DER ZEIT DES NATIONALSOZIALISMUS

DIE MEDIZINISCHE FAKULTÄT DER  
CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT IM „DRITTEN REICH“



KLARTEXT

Kieler Hochschulmediziner  
in der Zeit des Nationalsozialismus



KLARTEXT



Karl-Werner Ratschko

# **Kieler Hochschulmediziner in der Zeit des Nationalsozialismus**

Die Medizinische Fakultät der  
Christian-Albrechts-Universität  
im »Dritten Reich«

1. Auflage November 2013

*Satz und Gestaltung:*  
Klartext Medienwerkstatt GmbH,  
Essen

*Umschlaggestaltung:*  
Volker Pecher, Essen



ISBN 978-3-8375-1053-9  
Alle Rechte vorbehalten  
© Klartext Verlag, Essen 2013  
[www.klartext-verlag.de](http://www.klartext-verlag.de)

---

# Inhalt

Vorwort . . . . .	9
1. Einleitung . . . . .	11
1.1 Einführung und Fragestellung . . . . .	11
1.2 Stand der Forschung . . . . .	19
1.3 Ziel der Arbeit . . . . .	26
1.4 Mittel und Methoden . . . . .	29
2. Die Medizinische Fakultät vor dem 30. Januar 1933 . . . . .	35
2.1 Vorgeschichte, Ausdifferenzierung und Stellung der Fakultät . . . . .	35
2.2 Die politische Haltung der Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät . . . . .	41
2.3 Die politische Haltung der nicht beamteten Dozenten, Assistenten und Studenten . . . . .	52
3. Hoffnung, Resignation und Unterwerfung . . . . .	59
3.1 Die Medizinische Fakultät Kiel in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 . . . . .	59
3.1.1 Die politische Situation in Kiel nach der Machtübernahme . . . . .	59
3.1.2 Die Durchsetzung der nationalsozialistischen Ziele in der Kieler Hochschulmedizin . . . . .	62
3.1.3 Kieler Medizinstudenten: Bei Terror und Bücherverbrennung dabei? . . . . .	66
3.1.4 Die neue Rolle der Dozenten und Assistenten . . . . .	77
3.1.5 Opfer der Machtübernahme in der Medizinischen Fakultät . . . . .	85
3.2 Ringen um Erhalt der Selbstbestimmung 1933 und 1934 . . . . .	89
3.2.1 Eingriffe in die Hochschulsebstverwaltung . . . . .	89
3.2.2 Sitzungen der Medizinischen Fakultät Kiel . . . . .	94
3.3 Widerstand und Unterwerfung: Die Machtfrage 1934 . . . . .	96
3.3.1 Das Verhalten Schittenhelms . . . . .	96
3.3.2 Der Vertrauensmann der Reichsleitung . . . . .	100
3.3.3 Widerstand gegen die Berufung Ernst Holzlöhners . . . . .	105
3.3.4 Veränderungen in der Arbeit der Fakultät und ihrer Institute und Kliniken . . . . .	110
3.3.5 Widerstände gegen die Berufung Hanns Löhrs . . . . .	112

4.	Rassenhygiene, Rassenkunde und Rassismus . . . . .	117
4.1	Der Weg in den Rassismus und Antisemitismus . . . . .	117
4.1.1	Die Wurzeln der nationalsozialistischen Rassenideologie . . .	117
4.1.2	Antisemitismus, Rassismus und rassenhygienische Ziele der Nationalsozialisten . . . . .	119
4.2	Die Anfänge der Anthropologie und Rassenhygiene in Kiel . . . . .	121
4.2.1	Rassenwissenschaft und Rassenideologie an den Medizinischen Fakultäten in Deutschland . . . . .	121
4.2.2	Der Aufbau des Anthropologischen Institutes in Kiel . . . . .	122
4.3	Der erste Lehrstuhl für Anthropologie in Kiel unter Otto Aichel . . .	124
4.3.1	Der mühsame Weg Otto Aichels zum eigenen Lehrstuhl . . . . .	124
4.3.2	Otto Aichels wissenschaftliche Bedeutung und seine Schüler . .	127
4.3.4	Aichels Verhältnis zur Rassenideologie des Nationalsozialismus	134
4.3.5	Intrigen Löfflers und Staemmlers Verdrängungsversuche . . . . .	137
4.3.6	Hans Weinert, der Nachfolger Aichels auf dem Lehrstuhl für Anthropologie . . . . .	144
4.4	Die Haltung der Kieler Medizinischen Fakultät zur nationalsozialistischen Rassenhygiene . . . . .	147
4.4.1	Die inhaltliche Ausgestaltung . . . . .	147
4.4.2	Rassenhygiene und Rassismus der Kieler Hygieniker . . . . .	152
4.5	Zwangssterilisation durch Kieler Hochschulmediziner . . . . .	160
4.5.1	Die Diskussion um die Sterilisation »Minderwertiger« . . . . .	160
4.5.2	Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN) . . . . .	165
4.5.3	Auswirkungen des GzVeN auf die Medizinische Fakultät Kiel	167
4.5.4	(Zwangs-)Sterilisationen im Kieler Universitätsklinikum . . . . .	170
4.5.5	Kritische Abwägung und Bewertung . . . . .	179
5.	Nationalsozialistische »Fakultäts-Normalität« unter Dekan Hanns Löhr 1935 bis 1940 . . . . .	187
5.1	Ein »Alter Kämpfer« an der Spitze der Fakultät . . . . .	187
5.1.1	Hanns Löhrs Werdegang bis zu seiner Berufung nach Kiel . . . . .	187
5.1.2	Hanns Löhr als Mensch, Arzt und Wissenschaftler . . . . .	191
5.1.3	Hanns Löhr als nationalsozialistischer Politiker . . . . .	199
5.1.4	Hanns Löhrs Umgang mit Mitarbeitern in der Klinik . . . . .	204
5.2	Bemühungen um eine nationalsozialistische Medizinische Fakultät . .	215
5.2.1	Die neue Position des Dekans in der Fakultät . . . . .	215

5.2.2	Fakultätssitzungen 1934 bis Mai 1935: Das Dekanat Schröder	216
5.2.3	Fakultätssitzungen 1936 bis 1940: Das Dekanat Hanns Löhr	219
5.2.4	Auseinandersetzungen um die Macht	223
5.3	Berufungen als Mittel der Umgestaltung	
	zu einer nationalsozialistischen Fakultät	229
5.3.1	Das veränderte Berufungsverfahren ab 1935	229
5.3.2	Parteigenossen und Protestanten: Prioritäten bei Berufungen	231
5.3.3	Die ersten Berufungen unter Hanns Löhr	233
5.3.4	Neubesetzung der Physikochemischen Medizin, Hygiene und Frauenheilkunde 1937	241
5.3.5	Josef Vonkennel auf dem Lehrstuhl für Dermatologie	249
5.3.6	Albert Wilhelm Fischer als Nachfolger von Willy Anschütz	254
5.3.7	Nachfolger von Georg Stertz: Hans Gerhard Creutzfeldt	268
5.4	Einsatz der Mediziner für eine nationalsozialistische Universität	272
5.4.1	Die Verhältnisse im Vergleich zu anderen deutschen Medizinischen Fakultäten	272
5.4.2	Die Dominanz Hanns Löhrs – Das Gespann Löhr/Ritterbusch	278
5.4.3	Ringens um Anerkennung der Wissenschaft im nationalsozialistischen Staat	283
5.4.4	Verfahren zur Aberkennung von medizinischen Dokortiteln	291
5.4.5	Das universitäre SD-Netz in der Medizinischen Fakultät	304
6.	Zunehmende Beeinträchtigung durch den Krieg	325
6.1	Universität und Medizinische Fakultät am Anfang des Krieges	325
6.1.1	Auswirkungen des Kriegsbeginns	325
6.1.2	Schließungsabsichten 1941	334
6.1.3	Die Beteiligung der Psychiatrie an der »Euthanasie«	337
6.1.4	Evakuierung der Patienten aus dem Luftkriegsraum Kiel	343
6.2	Die Kieler Medizinische Fakultät im Kriegsalltag	349
6.2.1	Die Sitzungen der Fakultät 1941 bis 1943	349
6.2.2	Personalsituation, Hilfsärzte und erneute Schließungsabsichten	354
6.2.3	Enno Freerksen als Nachfolger Löhrs und Benninghoffs sowie, weitere Kriegsberufungen	362
6.2.4	Ordinarien und Dozenten als Beratende Ärzte	381
6.2.5	Kriegsforschung und Doktorarbeiten im Krieg	388

6.2.6	Die Dissertation der Ärztin Liselotte Knolle, geb. Siemann . . .	399
6.2.7	Verbrecherische Humanexperimente an KZ-Häftlingen . . . . .	405
6.3	Im Chaos von Untergang und Wiederbeginn . . . . .	420
6.3.1	Die Fakultät im »totalen Krieg« . . . . .	420
6.3.2	»Leichenangelegenheiten« des Anatomischen Instituts . . . . .	430
6.3.3	Hans Weinerts Aktivitäten als Anthropologe und Gutachter . .	440
6.3.4	Auflösungserscheinungen . . . . .	445
6.3.5	Wiedereröffnung der Universität . . . . .	450
6.3.6	Die Medizinische Fakultät nach 1945 . . . . .	454
6.3.7	Der Beginn in Trümmern und Ungewissheit . . . . .	458
7.	Parteimann, Nazi, Mitläufer oder Gegner – Versuch einer Zuschreibung .	465
7.1	Versuch einer Systematisierung . . . . .	465
7.1.1	Die Beziehung Hochschullehrer – Nationalsozialismus . . . . .	465
7.1.2	Kieler Medizinprofessoren in ihrem Verhältnis zu Hochschule und Nationalsozialismus . . . . .	472
7.1.3	Überzeugte Nationalsozialisten in nationalsozialistischen Führungspositionen . . . . .	474
7.1.4	Nationalsozialistische Hochschullehrer . . . . .	485
7.1.5	Den Nationalsozialismus tolerierende sowie zum ihm distanzierte Hochschullehrer . . . . .	499
7.2	Die individuelle Verantwortung . . . . .	507
8.	Zusammenfassung und Schluss . . . . .	517
9.	Quellen und Literatur . . . . .	533
9.1	Ungedruckte Quellen . . . . .	533
9.2	Gesetze, Verzeichnisse . . . . .	536
9.3	Gedruckte Quellen und Literatur . . . . .	536
10.	Anhang . . . . .	567
10.1	Abkürzungsverzeichnis . . . . .	567
10.2	Übersichten (Inhaber von Universitätsämtern) . . . . .	570
10.3	Namensregister der in der Arbeit genannten Studenten und Dozenten der Medizinischen Fakultät . . . . .	575
10.4	Dienstgrade der SS und des Heeres . . . . .	582

## Vorwort

Der Plan zu dieser Arbeit entstand 2006 während meines Magisterstudiums in einem Hauptseminar von Prof. Dr. Christoph Cornelißen, dem damaligen Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte in Kiel. Bei ihm folgte 2008 eine Magisterarbeit zu diesem Thema, die u. a. die umstrittene Frage beantwortete, ob das Material für eine Dissertation ausreichen könnte. Christoph Cornelißen übernahm dann auch die Betreuung der vorliegenden Arbeit. Seine verständnisvolle Führung eines alten »Junghistorikers« an »langer Leine« war gelegentlich mühsam für mich, half mir aber, meinen eigenen Weg zu finden. In seinem Seminar für Fortgeschrittene hatte ich mehrfach Gelegenheit, meine Konzepte zur Diskussion zu stellen. Prof. Dr. Auge, Kiel, erstellte das Zweitgutachten im Promotionsverfahren.

Ich stieß auf Sachverhalte, die ich nicht erwartet hatte. So waren z. B. Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft in der NSDAP kein sicheres Indiz für die parteipolitische Überzeugung, ein in Medizinverbrechen tief verstrickter nationalsozialistischer Physiologe bereute zutiefst, ein nach dem Kriege wegen seiner Haltung als vorbildlich beschriebener, der NSDAP nicht angehörender Psychiater entsprach dieser Wertung nicht, ein Anthropologe ließ sich für die Rettung von Juden teuer bezahlen, ein Dekan gehörte als SS-Oberführer der Führungsreserve des Sicherheitshauptamtes an und leitete das SD-Netz der Universität und anderes mehr. Eine vordergründig so leicht erscheinende Verurteilung scheinbar dem Nationalsozialismus ergebener Medizinprofessoren war in der Regel nicht möglich, Licht und Schatten saßen zu dicht beieinander. So habe ich die Fakten sprechen lassen und mich darum bemüht, zunächst abgesehen von wenigen Ausnahmen mich weitgehend eines Urteils über einzelne Personen zu enthalten. Erst in den Schlusskapiteln versuche ich eine Kategorisierung der Medizinprofessoren und eine Bewertung der Fakultät.

Die umfangreichen, sich über mehrere Jahre hinziehenden Vorbereitungen zu dieser Arbeit hätten nicht ohne Rat und Hilfe vieler Fachkundiger erfolgen können. Hier ist an erster Stelle der für die Unterlagen der Kieler Universität zuständige Dezernentin des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Dr. Dagmar Bickelmann, zu danken. Sie half mir nicht nur in archivalischen Fragen, sondern sah auch einige in der Entstehung befindliche Kapitel meiner Arbeit durch. Archivarinnen und Archivare des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz Berlin, des Bundesarchivs Berlin sowie regionaler Universitätsarchive, Mitarbeiter/innen der Kieler und anderer Universitätsbiblio-

theiken unterstützten mich durch ihr berufliches Wissen. Der Kieler Medizinhistoriker Prof. Dr. Jörn Henning Wolf, der mir kaum noch zugängliches Material zur Verfügung stellte, darf hier nicht vergessen werden. In dem von ihm geleiteten Medizinhistorischen Seminar gab es über nunmehr sechs Jahre vielfältige Gelegenheiten zu Diskussionen. Hervorgehoben werden muss die uneigennützig Hilfe des 2009 früh verstorbenen Egbert Manthey, der ein bemerkenswerter Kenner einschlägiger Quellen und Publikationen war. Freunde lasen meine Arbeit kritisch vor ihrer endgültigen Fertigstellung. Zu nennen sind Prof. Günther Jansen/Sielbeck und Prof. Dr. Hans-Günther Sonntag/Heidelberg. Die Beseitigung nicht weniger Schreibfehler erfolgte durch meine Schwägerin Ulla Marija Wessel/Göttingen und meinen ehemaligen Klassenkameraden Dr. Gerd Schmehe/Raisdorf. Geradezu unentbehrlich war die Hilfe meiner Kieler Kommilitonin Birte Meinschien, jetzt Frankfurt am Main, deren stringente Durchsicht meines Manuskriptes mir zu einer deutlich sprachlichen Verbesserung und konsequenter Vereinheitlichung der zahlreichen Fußnoten verhalf. Ihnen allen, wie auch weiteren hier nicht genannten Personen, bin ich sehr zu Dank verpflichtet.

Bad Segeberg, im Herbst 2013

*Karl-Werner Ratschko*

# 1. Einleitung

## 1.1 Einführung und Fragestellung

Eine Fakultät mit sechzehn Lehrstühlen, acht Kliniken und acht Instituten<sup>1</sup> während zwölf schwierigen Jahren geprägt von Diktatur, Rassismus, Krankenmord, Krieg, Imperialismus, Völkermord und Untergangschaos in ihren Abläufen, Persönlichkeiten, deren Einstellungen, Handlungen und Verstrickungen darzustellen und zu deuten, ist schon für sich allein genommen eine ambitionierte Aufgabe. Erschwerend tritt eine durch Kriegsfolgen und Nachkriegswirren sowie die mittlerweile verstrichene Zeit von fast sieben Jahrzehnten entstandene schwierige Quellenlage hinzu. Die Beschränkungen des Historikers, der die Vergangenheit auch mit noch so viel Fleiß nicht wieder auferstehen lassen kann, sondern sich mit seinen Darstellungen und Deutungen auf die in die Gegenwart überlieferten Überreste stützen muss, tun ein Übriges.<sup>2</sup> Daher sollen hier Salewskis 1995 formulierte Feststellungen, dass eine bis ins Einzelne gehende Darstellung des Vergangenen aufgrund des Detailreichtums menschlichen Denkens und Handelns nicht möglich ist, nur in Erinnerung gerufen werden.<sup>3</sup> Die Sichtung, Analyse

- 1 Kliniken: Medizinische Klinik, Chirurgische Klinik, Frauenklinik, Kinderklinik, Augenklinik, Hautklinik, Hals-Nasen-Ohren-Klinik, Nervenklinik. Institute: Anatomie, Anthropologie, Physiologie, Physiologische Chemie, Pathologie, Pharmakologie, Hygiene, Gerichtsmedizin. Nicht berücksichtigt wurde das von Hentze geleitete Zahnärztliche Institut, das am 1.10.1934 geschlossen wurde, sowie die zum gleichen Zeitpunkt eröffnete Zahn- und Kieferstation (LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 75). Ebenfalls nicht berücksichtigt wurde die von Pfeleiderer geleitete Bioklimatologie, die eine weitgehend selbständig arbeitende Arbeitsgruppe innerhalb der Inneren Medizin darstellte.
- 2 Vgl. Baberowski, Jörg: Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault, München 2005, S. 9.
- 3 Salewski, Michael: 1944 – Nach fünfzig Jahren, in: Ders./Schulze-Wegener Guntram: Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen, (= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beihefte, Bd. 12), Stuttgart 1995, S. 15–28, hier S. 20: »Die professionellen Historiker wissen genau, dass sie der Vergangenheit niemals habhaft werden können, dass auch das dichteste Quellenmaterial nicht ausreicht, um auch nur einen flüchtigen Moment der Geschichte wirklich zu rekonstruieren. Salewski zeigt in einem Gedankenexperiment überzeugend die Unmöglichkeit, auch nur eines einzigen Tages habhaft zu werden, weil weder die Tagesvita der

und Deutung der Grundlagen einer bestimmten Zeit an einem umschriebenen Ort bleibt trotzdem recht gut möglich. Menschliches Handeln erfolgt nicht isoliert von der sozialen Umgebung und ihren Handlungsnormen, sondern ist in sie eingebettet. Um es an einem sehr einfachen Beispiel zu verdeutlichen: Ein Schreiben hat in aller Regel einen Vorgang und einen Nachgang. Ist das Schreiben nicht mehr auffindbar, bleibt die Möglichkeit aus dem vielleicht noch vorhandenen Vorgang oder dem auf das Schreiben folgenden Nachgang auf den Inhalt zu schließen. Ist nur das Schreiben vorhanden, helfen neben dem Inhalt für die Deutung der Folgen vielleicht Bearbeitungsvermerke, Randbemerkungen o. ä. weiter.

Eine besondere Anforderung dieser Arbeit liegt auch in der großen Zahl der zu analysierenden Personen in einem wechselnden Umfeld mit sich änderndem persönlichem Verhalten. Nur die wenigsten Angehörigen der Kieler Medizinischen Fakultät blieben sich über die zwölf Jahre nationalsozialistischer Diktatur in ihrem Verhalten und ihrer Einstellung treu. Die Verhaltensweisen waren vielfältig. Zu Beginn versuchten nicht wenige sich in die »nationale Revolution« einzubringen, resignierten beim Scheitern ihres Versuches, arrangierten sich möglichst zum eigenen Vorteil mit dem partiell als abstoßend empfundenen Regime und gingen in die innere oder sogar äußere Emigration. Zu Kriegsbeginn machten sie mehr oder weniger mit, partizipierten an den ersten Kriegserfolge nicht ohne Stolz, um dann zum größeren Teil ernüchert in vermeintlicher Pflichterfüllung und Resignation unter Wahrung des äußeren Scheins das Bombenchaos des totalen Krieges zu überstehen.

Eine wissenschaftliche Analyse der Vorgänge in der Kieler Medizinischen Fakultät von 1933 bis 1945 sowie der Aktivitäten der einzelnen Kieler Medizinhochschulpromessoren fehlt bis heute. Versuche, eine historische Aufarbeitung der – vorsichtig formuliert – schwierigen Zeit der Medizinischen Fakultät in den Jahren von 1933 bis 1945 erarbeiten zu lassen, haben bisher nicht stattgefunden oder sind gescheitert. Gelegenheiten hätte es eigentlich geben müssen, schon deswegen, weil es an vielen anderen deutschen Hochschulen möglich war, die Geschichte auch der Medizinischen Fakultäten aufzuarbeiten. Offenbar wurde ein Handlungsbedarf bei den Verantwortlichen in Kiel bis heute nicht gesehen. Warum die wissenschaftliche Bearbeitung nicht für erforderlich gehalten oder vielleicht in der Vergangenheit sogar verhindert wurde, ist unklar. So gibt es bis heute keine umfassende, systematische Darstellung der Medizinischen

einzelnen Menschen, ihre Kommunikation, ihr soziales Milieu, das Gestern und das Morgen des Tages noch die »virtual reality« erfassbar sind.

Fakultät als Ganzes sowie des Verhaltens ihrer Mitglieder im Nationalsozialismus.<sup>4</sup> Dies passt nicht mehr in die heutige Zeit. Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben sich nicht nur viele Hochschulen als Ganzes, sondern in ihnen auch nicht wenige Medizinische Fakultäten allmählich und nicht ohne Mühen der historiographischen Bearbeitung der Zeit zwischen 1933 und 1945 geöffnet. Erstaunlicherweise und passend zur Kieler Situation bildeten sie jedoch fast immer das Schlusslicht unter den Fakultäten ihrer Universitäten. Es gibt heute keine lebenden Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus mehr, die an der Universität in leitender Funktion tätig gewesen sind. Deswegen besteht für die »Enkel-« oder sogar schon »Urenkelgeneration« der Kieler Universitätsmediziner die Hemmschwelle persönlicher Rücksichtnahme auf das Andenken der Akteure, die Wünsche der Angehörigen und Schüler bzw. Institutionen der Handelnden nicht. Das Interesse an der Aufklärung der Zusammenhänge in der Zeit des Nationalsozialismus müsste auch im Interesse der heute Verantwortlichen liegen. Mit der schlichten Vermutung, dass es in Kiel schon nicht so schlimm gewesen sei, bzw. die Kieler Universitätsmediziner »unbefleckt« durch die nationalsozialistische Epoche gekommen seien, ist es heute nicht getan. Die vorliegende Arbeit wird zeigen, dass diese Einschätzung auch nicht stimmt. Spätestens nach dem Untergang des nationalsozialistischen Regimes und der Schaffung einer sich nach und nach herausbildenden neuen Ordnung in dem von den Nationalsozialisten hinterlassenen Chaos hätte einer Aufarbeitung des Geschehens eigentlich nichts mehr im Wege stehen dürfen, wenn die erforderlichen Lernprozesse stattgefunden hätten und die hierfür notwendige politische Reife vorhanden gewesen wäre. Das Gegenteil war der Fall. Diejenigen, die

4 Zahlreiche Dissertationen und Monographien insbesondere zu den einzelnen Instituten und Kliniken sind den den letzten zwei Jahrzehnten auch zunehmend unter Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus erschienen, meist jedoch ohne auf Vernetzungen und Zusammenhänge einzugehen. Ausnahmen hiervon sind u. a.: Christiani, Klaus (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001; Lohff, Brigitte: »... die Grundgedanken des Nationalsozialismus aufsaugen und verarbeiten«. Die politisch-ideologische Funktion der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1933–1945, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 8 (2005), S. 211–234; Wolf, Jörn H.: Hans Gerhard Creutzfeldt (1885–1964) – klinischer Neuropathologe und Mitbegründer der biologischen Psychiatrie, Göttingen et al. 2003; Buddecke, Julia: Endstation Anatomie. Die Opfer nationalsozialistischer Vernichtungsjustiz in Schleswig-Holstein, Hildesheim/Zürich/New York 2010; Büttner, Johannes/Bruhn, Hans D.: Chemisches Denken in der Medizin. Die Geschichte des Laboratoriums der 1. Medizinischen Klinik der Universität Kiel, Bd. 1, Nordhausen 2007; vgl. ferner. Cornelißen, Christoph: Die Universität Kiel im »Dritten Reich«, in: Ders./Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 11–32, hier S. 18.

wenigstens den Versuch machten, eine Bearbeitung der fraglichen Zeit zu erreichen, wurden mit subtilen Methoden bekämpft, um ihren Einfluss gebracht oder wissenschaftlich isoliert, zumindest jedoch nicht unterstützt.<sup>5</sup>

Wie immer auch die Kieler Medizinprofessoren zu Beginn der Herrschaft der Nationalsozialisten zu dem Regime gestanden haben mögen, es ist offenkundig, dass sie 1935/36 mehrheitlich in ihm angekommen waren. Spätestens seit dieser Zeit waren alle Fakultätsangehörige grundsätzlich in das System integriert und »funktionierten« im Sinne der Machthaber. Dass es zwischen den einzelnen Mitgliedern der Medizinischen Fakultät dabei Nuancierungen gegeben hat, die u. a. auf eigener Biographie, Distanz zur Massenideologie der Nationalsozialisten und der fehlenden Neigung, sich minder qualifizierten Führern zu unterwerfen, beruhen, ist zu konzedieren. Selbst Skeptiker, stille Gegner oder heimliche Verächter folgten etwa seit der zweiten Hälfte des Jahres 1935 dem gerade in der Anfangszeit wenig berechenbaren Regime der Nationalsozialisten mehr oder weniger. Einige jedoch sind in der Folgezeit nur gerade so weit vor dem Regime zurückgewichen, wie es ihre persönliche Sicherheit erforderte, vielleicht um ihrer bürgerlichen und ärztlichen Wertemoral so viel wie irgend möglich treu zu bleiben, ohne selbst Schaden zu nehmen, vielleicht auch nur, um die verbliebenen bescheidenen Freiheitsräume und Sonderrechte nicht ganz zu verlieren. Die graduellen Unterschiede im Verhalten der einzelnen Medizinprofessoren, ihrer Oberärzte und Assistenten sind allerdings beträchtlich. Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, dass sich auf der einen Seite der zunächst unbeirrbar Nationalsozialist im Verlauf der Zeit des Nationalsozialismus immer mehr in seine fachliche Verantwortung zurückzieht – dies gilt ganz besonders für den einen oder anderen Oberarzt, der mit einer Berufung am Ziel seiner Wünsche angekommen war. Auf der anderen Seite hingegen gab es den Skeptiker, der sich angesichts der Erfolge des Regimes und der Aussicht auf Förderung des eigenen Fachgebietes mehr und mehr zu einem treuen Gefolgsmann entwickelte. Die politische Inhomogenität der sich zum Regime bekennenden Personen der Fakultät zu verschiedenen Zeiten des Regimes erschwerte es, von »der Fakultät« zu sprechen, wenn es um Täter oder Opfer geht. »Die Fakultät« hatte – wie noch zu zeigen sein wird – nur sehr begrenzte Möglichkeiten einheitlichen Handelns über ihre eigentlichen Aufgaben, wie z. B. die Aufstellung von Berufungslisten, die Organisation und Durchführung der Lehre, Promotionen und Habilitationen hinaus. Das für die Nationalsozialisten wesentliche Geschehen fand nach den anfänglichen Krawallen der nationalso-

5 Erdmann, Karl D.: Wissenschaft im Dritten Reich (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft Neue Folge, Bd. 45), Kiel 1967, Anmerkung S. 22; vgl. Cornelißen, Universität, S. 19f.

zialistischen Studenten, den von oben angeordneten Strukturveränderungen und dem nachfolgenden nationalsozialistisch bestimmten Konsolidierungsprozess in der Medizinischen Fakultät weitgehend in den fachlichen Institutionen, also den Instituten und Kliniken statt, die je nach Einstellung ihrer Direktoren, Oberärzte und -assistenten tätig wurden. Das Ministerium und die NSDAP übten direkten Einfluss meist nur auf die Besetzungen oder Ausstattungen der Institutionen aus. Indirekt taten sie es jedoch auch darüber hinaus, z. B. durch allgemeine oder hochschulbezogene Erlasse, Verordnungen oder Gesetze. Rektoren, Dekane, Dozenten- und Studentenführer konnten besonders in den ersten Monaten, als das nationalsozialistische Regime noch labil war, mehr Einfluss nehmen und nutzten diese Möglichkeit auch. Bestimmte spezifische nationalsozialistische Handlungen bis hin zu Verbrechen wie z. B. Zwangssterilisationen, Gutachten für Gerichte, Krankenkriminalität, Menschenversuche u. ä. waren nicht in den Einrichtungen der Medizinischen Fakultät zu beschließen, sondern außerhalb des universitären Klinikbereichs, bedurften aber nicht selten der Mithilfe der Hochschulmediziner. Die Kliniken der Universität waren sowohl bei der Bestimmung der Personen, die zwangssterilisiert werden sollten, als auch bei der technischen Durchführung der Sterilisation lediglich als Gehilfen tätig, wobei allerdings ihr Vorbildcharakter für die übrigen Krankenhäuser des Landes nicht unterschätzt werden sollte. Patienten konnten z. B. von der Nervenklinik (aber auch vielen anderen) gemeldet werden, entschieden wurde nach einem im Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) geregelten Verfahren<sup>6</sup> außerhalb der Universität, jedoch unter Beteiligung von Personen aus der Universität. Der beschlossene Eingriff wurde auch in den Kliniken der Universität durchgeführt, wobei die Universitätskliniken in Kiel sich diese Aufgabe mit einer größeren Zahl anderer schleswig-holsteinischer Krankenhäuser teilten. Kieler Medizinprofessoren waren als Gutachter involviert. Es gibt weitere Beispiele für die Kooperation mit den Nationalsozialisten: Im Zuge des nationalsozialistischen Gesetzgebungs wurden die Universitäten verpflichtet, bestimmten Personen die Doktorgrade abzuverleihen. Hier gab es oft kein Ermessen der Universität, sondern lediglich den gesetzlich angeordneten Vollzug. Die Medizinverbrechen fanden nicht in den Kliniken und Instituten der Universität statt, sondern außerhalb in den Tötungsanstalten und Konzentrationslagern. Die aus der Kieler Medizinischen Fakultät stammenden Handelnden waren nicht im Auftrag der Universität, sondern der Wehrmacht, Luftwaffe, Marine oder SS tätig. Ihr Handeln entzog sich dem direkten Einfluss der Fakultät, die

6 Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) vom 14. Juli 1933, RGBl. 1933, I, S. 529.

wegen der im Kriege erforderlichen Geheimhaltung wohl auch häufig überhaupt keine oder keine offizielle Kenntnis gehabt haben dürfte.

Aus dem bisher Gesagten könnte nun der Schluss gezogen werden, dass die akademische Einrichtung »Medizinische Fakultät« eigentlich schon mangels Möglichkeiten zum eigenständigen Handeln nur in engen Grenzen in das nationalsozialistische Regime involviert war und die für die Verzögerung der historiographischen Aufarbeitung verantwortlichen Funktionsträger recht daran getan haben, weil es ja eigentlich nichts aufzuarbeiten gab. Eine solche Betrachtungsweise ist falsch. Die Medizinischen Fakultäten und unter ihnen ganz besonders auch die Kieler Fakultät waren Teil des nationalsozialistischen Systems, das ohne die weitgehende Bereitschaft der Medizinhochschullehrer, die nationalsozialistische Ideologie mitzutragen, nicht die weitgesteckten Ziele der »Blut-und-Boden«-Ideologie in dem bekannten Ausmaß hätte erreichen können. Eine Fakultät ist nicht nur daran zu messen, was sie mit ihren Beschlussgremien oder gemeinschaftlich mit allen ihren Mitgliedern oder auch mit einzelnen Gruppen der Fakultät bewirkt hat, sondern auch an den Handlungen ihrer einzelnen Direktoren, Dozenten, Assistenten und Studenten und beispielhaft auch an den Handlungen derer, die ihre Prägung an der Fakultät erhalten haben. Auch die Vorbildfunktion der Hochschulmediziner für die Ärzteschaft einer ganzen Region oder bestimmter Fachgebiete sollte nicht unterschätzt werden. Es ist möglich, unterschiedliche Muster zwischen der Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen zwischen den verschiedenen Medizinischen Fakultäten innerhalb der Zeit des Nationalsozialismus herauszuarbeiten. Dies lässt sich dadurch erklären, dass an bestimmten Fakultäten schon vor der Zeit des Nationalsozialismus, dann aber weit in sie hineinwirkend, unterschiedliche Auffassungen z. B. zu Rassenhygiene, Antisemitismus, Frauenstudium, Wehrmedizin u. ä. bestanden haben. Die Kieler Medizinische Fakultät konnte nach dem 8. Mai 1945, um auch hier ein Beispiel zu nennen, mit Stolz darauf verweisen, dass »nur« zwei ihrer Ordinarien 1933 (Höber) und 1937 (Stertz) Opfer der nationalsozialistischen Rassengesetzgebung geworden seien. Der Stolz ist jedoch nicht berechtigt, weil die niedrige Zahl von Fakultätsangehörigen mit »nichtarischer« Abstammung eben schon dem latenten Antisemitismus lange vor der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu verdanken war. Unter den Oberärzten bzw. Oberassistenten sowie Assistenten und Studenten gab es weit mehr Opfer, sie fielen nur nicht so sehr auf, auch in den Quellen und der Literatur ist über sie vergleichsweise wenig zu finden.

Spannend bleibt dabei die Frage, was die Verantwortlichen der Kieler Medizinischen Fakultät und ihre Angehörigen nach dem Kriege getan haben, um die Zeit des Nationalsozialismus der Fakultät aufzuarbeiten und Konsequenzen aus den Ergebnissen zu ziehen. Welche Erinnerungskultur haben sie entwickelt? Diese Frage bedarf

noch einer eingehenden Untersuchung. Sie wird auch in der vorliegenden Arbeit nicht beantwortet werden können, weil damit die üblichen Dimensionen einer ohnehin umfangreichen Dissertation gesprengt werden würden. Sie kann jedoch den Boden für weitere Untersuchungen bilden, die dann vielleicht verständlicher machen, warum in der Kieler Medizinischen Fakultät über bescheidene Anfänge hinaus nichts geschehen ist. Die leitenden Fragen sind hier: Gab es besondere Gründe für die Kieler, die nationalsozialistische Vergangenheit der Medizinischen Fakultät auf sich beruhen zu lassen? Oder war es das Wissen um Versagen, Mittäterschaft und Verbrechen, dass zu der fehlenden Bereitschaft der Kieler Medizinische Fakultät führte, Aufklärung zu ermöglichen?

Vieles lässt sich nicht immer allgemein für die Gesamtheit der Fakultät beantworten, so dass an vielen Stellen dieser Arbeit der biographische Zugang, d. h. die Darstellung von Einzelpersonen mit ihrer Biographie, ihren Entscheidungen, Handlungen und Verfehlungen Anwendung finden soll, aus denen dann allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden.<sup>7</sup>

Die Arbeit steht unter der Leitfrage, ob sich die Medizinische Fakultät und ihre Exponenten das Wertesystem der nationalsozialistischen Ideologen zu eigen gemacht oder mit einigen Zugeständnissen an die Nationalsozialisten sowie oberflächlichen Anpassungen ihre Arbeit weitgehend unbeirrt fortgesetzt haben. Im Einzelnen dann geht es um die Fragen: Haben die medizinischen Hochschullehrer im Nationalsozialismus dem nationalsozialistischen Regime Zugeständnisse gemacht, oder haben sie im Rahmen des Möglichen und Vertretbaren Widerstand geleistet? Haben sie sich auch unter persönlichen Opfern darum bemüht, ihre tradierten Hochschullehrerpflichten wahrzunehmen und das unter dem Begriff »Hippokratischer Eid« bekannte Mediziner-Ethos zu bewahren? Blieben sie in ihrem Handeln selbständig oder wurden sie Marionetten des Systems? Welche Einstellung hatten die Kieler Medizinprofessoren zur Rassenwissenschaft und nationalsozialistischen Rassenideologie? Welche Voraussetzungen gab es in Kiel, um sich in die neue, von den nationalsozialistischen Machthabern gewollte Ideologie einzubringen, bestand ein Wille dazu, wie wurde er gegebenenfalls umgesetzt? Geschah dies widerstrebend oder freiwillig, gab es ethische Bedenken oder Hemmungen von sich der Wahrhaftigkeit der Wissenschaft verpflichtet fühlenden Hochschullehrern?

7 Stone, Lawrence: Prosopographie. Englische Erfahrungen, in: Jarausch, Konrad H. (Hg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten, Düsseldorf 1976, S. 64–97. Stone verwendet die Begriffe »kollektive Biographie« und »Prosopographie« synonym.

Um diese Fragen zu beantworten wurde eine chronologische Gliederung gewählt, die nationalsozialistische Besonderheiten der jeweiligen Zeitabschnitte herausgreift, das Verhalten der Fakultät und der Mediziner analysiert und eine zusammenfassende Deutung vornimmt. Insgesamt hat die Arbeit acht Kapitel. Das erste Kapitel dient der Einführung. Das zweite Kapitel befasst sich mit der Fakultät vor der Zeit des Nationalsozialismus, ihren Wurzeln sowie den politischen Einstellungen der Lehrstuhlinhaber, Dozenten, Assistenten und Studenten. Im dritten Kapitel geht es um die Versuche der Fakultätsspitze, sich in der neuen Situation die Hochschulautonomie zu bewahren, ihr strukturelles Unterliegen, Übergang in Resignation und Unterwerfung. Im vierten Kapitel steht die nationalsozialistische Rassenhygiene in Kiel im Vordergrund. Hier wird die mühsame Entwicklung der Anthropologie als Fach in der Zeit der Weimarer Republik, die Haltung der Medizinprofessoren und die Beteiligung der Kieler Hochschulmediziner an der sogenannten »Zwangsterilisation« näher untersucht. Das fünfte Kapitel befasst sich mit der Person des von außen hereingeholten in der NSDAP politisch fest verankerten »Alten Kämpfers« Hanns Löhr, die Durchsetzung seines Machtanspruches als »Führer« und Dekan der Medizinischen Fakultät, seinen Bemühungen um eine nationalsozialistische Fakultät sowie um die Umgestaltung der Fakultät durch Berufungen. Der von ihm angeführte Einsatz der Mediziner für eine nationalsozialistische Universität bis hin zur Schaffung eines SD-Netzes innerhalb der Universität wird hier ebenfalls angesprochen. Das sechste Kapitel stellt die Schwierigkeiten der Universität insbesondere bei mehrfachen Schließungsversuchen, die Belastungen der Medizinischen Fakultät durch die weitgehende Zerstörung der Gebäude durch Bomben, die Behinderung der ärztlichen Arbeit durch Einberufungen und Klinikauslagerungen, die Beteiligung an der Kriegsforschung und unmenschlichen Humanexperimenten an KZ-Häftlingen sowie die vollzogene Selbstverständlichkeit der nationalsozialistischen Herrschaft in der Fakultät dar. Nach dem Chaos des materiellen Untergangs von Kliniken und Instituten wurde der erstaunliche Wiederbeginn auf der Basis des Status der Fakultät in der Weimarer Republik zunächst mit einem im Ansatz spürbaren Anflug von Reue, dann aber mit zunehmenden Mangel an Einsicht über die Tiefe der Verstrickung der Fakultät als Ganzes wie auch fast aller Fakultätsmitglieder in die Entgleisungen des nationalsozialistischen Regimes dargestellt. Das siebente Kapitel versucht das Verhalten der Hochschullehrer zu systematisieren und ihre Rolle in Hochschule und nationalsozialistischem System in Beziehung zueinander zu setzen. Eine Zusammenfassung im achten Kapitel schließt die Arbeit ab.

## 1.2 Stand der Forschung

Die auf die Arbeit, Handlungen und Verantwortung einer Medizinfakultät Einfluss nehmenden außeruniversitären Faktoren wie z. B. die Inhalte und die Durchsetzung nationalsozialistischer Ideologie, die fundamentalen Veränderungen im Gesundheitswesen, die Vorstellungen zur Bildungspolitik, zu den Universitäten sowie die polykratischen Strukturen des Herrschaftssystems sind in den vergangenen Jahrzehnten von anderer Seite umfassend bearbeitet worden<sup>8</sup> und bedürfen hier keiner weiteren Ergänzung. Vorrangig geht es in dieser Arbeit um die mit der Kieler Medizinischen Fakultät und ihren Mitgliedern verbundenen inneren und äußeren Vorgänge in den Jahren 1933 bis 1945. Solche regionalgeschichtlichen Untersuchungen gibt es schon für andere Medizinische Fakultäten in Deutschland. In allen deutschen Universitäten, so auch in der Kieler, traten die nach eigenem Verständnis weitgehend ungebundenen »unpolitischen« Medizinprofessoren nach und nach der NSDAP und/oder ihren Untergliederungen bei, wobei das »Unpolitische«, wie Wolfgang Abendroth betont, in der universitären Selbstdarstellung ein Schleier und Schein war. Die Universitäten waren stets politisch.<sup>9</sup> Die Medizinprofessoren sahen sich selbst vor 1933 als eine unpolitische ärztliche Elite, lediglich den staatlichen Gesetzen, den Regeln der Hochschulselbstverwaltung, ihrem Selbstverständnis als Hochschullehrer sowie der ärztlichen Ethik unterworfen. Bis zum Ende der Weimarer Republik, aber auch noch in der Anfangszeit der nationalsozialistischen Herrschaft war die Wertemoral des kantischen Universalismus mit der im Zentrum stehenden Achtung des Menschen und der Menschenrechte grundsätzlicher Maßstab für das Handeln der Gesellschaft in Deutschland, so auch für die Hochschulmediziner. Gesetze, Hochschulregelungen und Ethik fußten seit der frühen Neuzeit auf dieser die westliche Welt in ihrem Wesen bestimmenden Moral. Dies sollte sich nach dem Willen der nationalsozialistischen grundsätzlich mit dem

8 Siehe hierzu Eckart, Wolfgang U.: Medizinische Forschung, Universitäten, Studierende, Medizinische Fakultäten, in: Jütte, Robert (in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß): Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011, S. 106–123.

9 Abendroth, Wolfgang: Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Freie Universität Berlin (Hg.): Nationalismus und deutsche Universität. Universitätstage 1966, Berlin 1966, S. 189–208; Reimann, Bruno W.: Zum politischen Bewusstsein von Hochschullehrern in der Weimarer Republik und 1933, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 22–48, hier S. 32.

Aufkommen der ihrer Ideologie ändern. Mit ihrer nationalsozialistischen »Weltanschauung« wollten sie eine andere Werteordnung schaffen, deren zentraler Bestandteil die Überzeugung von einer »jüdischen Weltverschwörung« durch das Judentum als Hauptfeind der »arisch-deutschen Rasse« war. Die Juden wurden primär als eine »geistige Rasse« gesehen, die als Ideenträger des universalistischen Menschenbildes verurteilt wurden. Daraus entwickelten die Nationalsozialisten einen radikalen Antisemitismus, der das jüdische Volk als Ganzes aus der menschlichen Gattung ausschloss.<sup>10</sup> Diese heute abstrus erscheinende wertsetzende Kraft der Nationalsozialisten prägte nicht nur die nationalsozialistische Führungsschicht, sondern das Selbstverständnis eines ganzen Volkes in seiner Gesamtheit so stark, dass eine moralische Transformation der Menschen in Deutschland real möglich wurde.<sup>11</sup> Das bis dahin auch bei den Deutschen unbestrittene intuitive Verständnis von Moral als nachvollziehbarer Begründung eines Verfahrens fairer Gegenseitigkeit zwischen Menschen wurde von den nationalsozialistischen Ideologen nach und nach vor allem bei den Jüngeren durch eine »nationalsozialistische Moral« ersetzt, die für sich in Anspruch nahm, frei von eigennützigen Motiven im Interesse der deutschen »Volksgemeinschaft« und der Durchsetzung höherer Werte zu handeln.<sup>12</sup> In der moralischen Umgestaltung der Gesellschaft sahen die Nationalsozialisten eine strategische Schnittstelle der völkischen Revolution.<sup>13</sup> Traditionelle moralische Begriffe wie Ehre, Würde, Pflicht und Anstand entfielen nicht etwa, sondern erlitten mit der moralischen Transformation des Nazismus eine Bedeutungsverschiebung, die es ermöglichte, dass die so geprägten Menschen ein moralisches Anderssein repräsentierten, wie ganz besonders an der sich für eine neue Elite im nationalsozialistischen System haltenden SS zu erkennen war.<sup>14</sup> Nach Himmler habe die SS bei der Judenvernichtung »keinen Schaden an Geist und Seele« erlitten, sondern sei »anständig« geblieben, weil sie das »moralische Recht« zur Judenvernichtung gehabt

10 Zimmermann, Rolf: Holocaust und Holodomor, in: Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.), Moralität des Bösen. Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009), Frankfurt a. M./New York 2009, S. 13–29, hier S. 14.

11 Vgl. ebd., S. 16.

12 Bialas, Wolfgang: Die moralische Ordnung des Nationalsozialismus. Zum Zusammenhang von Philosophie, Ideologie und Moral, in: Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.), Moralität des Bösen. Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009), Frankfurt a. M./New York 2009, S. 30–60, hier S. 30.

13 Bialas, S. 39.

14 Vgl. Bialas, S. 41; Zimmermann, Rolf, S. 19.

habe.<sup>15</sup> Es war jedoch möglich, die Konsequenzen nationalsozialistischer Ideologie zu akzeptieren, ohne deren Inhalte, Begründungen und Voraussetzungen zu kennen bzw. zu teilen. Diese Haltung war sehr verbreitet. Das dominierende Verhaltensmuster gewöhnlicher Deutscher war Opportunismus und Indifferenz. Für die Mediziner galt noch im Besonderen, dass sie für das Regime mit ihrer Kompetenz für Rassenhygiene und Volksgesundheit zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Ideologie unentbehrlich waren.<sup>16</sup>

Die gesundheitspolitischen Vorstellungen der Nationalsozialisten führten zu einem doppelten wissenschaftlichen Paradigmenwechsel im Gesundheitswesen. Die kostenbewusste Präventivmedizin sollte an die Stelle der kurativen Individualmedizin treten – »Vorsorge statt Fürsorge« – und die Gesundheit des Einzelnen sollte zugunsten einer auf die Sanierung der Gesellschaft gerichteten Sozial- und Rassenhygiene mehr in den Hintergrund treten – »Volksgesundheit statt Humanitätsduselei«.<sup>17</sup> Hierbei handelte es sich um Vorstellungen, deren Wurzeln sich bis weit in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und die in vielen Ländern der westlichen Welt Fuß gefasst hatten. Die Zielsetzungen der Nationalsozialisten in Deutschland unterschieden sich von jenen aller anderen Parteien in anderen Ländern (selbst denen der Faschisten in Italien) durch ihren radikalen Willen zur rücksichtslosen Umsetzung und dem Verlust aller Humanität bei der Schaffung eines »rassisch einwandfreien« deutschen Volkskörpers und Ausmerzung des »Andersartigen«. Heilen und Töten waren für die der nationalsozialistischen Diktatur hörigen Ärzte als Idealisten einer »biopolitischen Diktatur« zwei unmittelbar und untrennbar miteinander verknüpfte Handlungsstrategien.<sup>18</sup>

Begonnen wurde schon 1933 durch das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« damit, die »rassisch minderwertigen« oder politisch missliebigen Per-

15 Himmler, Heinrich: Posener Rede, Auszug aus Himmlers Rede an die SS-Gruppenführer in Posen (4. Oktober 1943), in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.): Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946: Urkunden und anderes Beweismaterial. Veröffentlicht in Nürnberg 1948. Bd. XXIX: Amtlicher Text – Deutsche Ausgabe, Nummer 1850-PS bis Nummer 2233-PS, München 1989, hier Dokument 1919-PS [online: Rede Himmlers bei der SS-Gruppenführertag in Posen am 4. Oktober 1943. <http://www.nationalsozialismus.de/dokumente/texte/heinrich-himmler-posener-rede-vom-04-10-1943-volltext.html>. [1.5.2010]].

16 Vgl. Bialas, S. 42.

17 Frei, Norbert: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer), München 1991, S. 7–32, hier S. 7–11.

18 Vgl. Eckart, Medizinische Forschung, S. 126.

sonengruppen aus ihren beruflichen und gesellschaftlichen Positionen zu entfernen. Die staatlichen Sozialleistungen und Gesundheitsdienste sollten nur der »arischen Volksgemeinschaft« und der erbgesunden Volksfamilie dienen. Durch Zwangssterilisationen, Eheberatungen, Eheverbote u. a. m. sollten die den Anforderungen des Erbgesundheitsgesetzes<sup>19</sup> nicht genügenden Personen daran gehindert werden, ihrerseits Kinder zu bekommen. Ziel war es, durch unbarmherzigen Rassismus einschließlich des ab 1942 industriell durchgeführten Völkermordes einen Volkskörper zu schaffen, der durch Höchstleistungen in der Lage sein würde, die Ziele des Nationalsozialismus, entsprechend den Schlagworten »Blut und Boden« zu verwirklichen.<sup>20</sup> Alles hierzu Erforderliche, bis hin zur fast vollständigen Ausrottung der europäischen Juden, war von dem nationalsozialistischen Regime gewollt und aktiv betrieben, fand breiten Raum in der NS-Propaganda und stieß auf die bereitwillige subtile Mitwirkung der Bevölkerung, wobei für die nationalsozialistische Führung die innere Bereitschaft entscheidend war, sich an dem neuen Weg zu beteiligen. Auf die Akzeptanz der Begründungen und Voraussetzungen kam es hierbei nicht an.<sup>21</sup> Die fundamentalen strukturellen Veränderungen des Jahres 1933 waren auch eine der Ursachen dafür, dass die zunächst abwartend bis skeptisch reagierende Bevölkerung bereits nach einigen Monaten bereit war, sich an der Sache der Nationalsozialisten in ihrer übergroßen Mehrheit zu beteiligen.

Die Integration der Universitäten in den nationalsozialistischen Staat vollzog sich nach etwa einjährigem Übergang nahezu widerstandsfrei. Die Selbstverwaltung wich dem Führerprinzip, Hochschulangehörige wurden zwangsorganisiert, politische Gegner ausgeschaltet und Lehrkörper, Studenten und Verwaltungsangehörige der Universität »arisiert«. Davon wurde die Universität im Kern berührt, sie hatte eigenen Anteil daran und leistete keine nennenswerte Gegenwehr. Bemerkenswert war jedoch, dass kein systematischer Umbau der Universität begonnen wurde: Es wurde »nicht zielstrebig begonnen, nicht planvoll beendet«. Es gab weder eine verbindliche nationalsozialistische Wissenschaftstheorie, noch gelang es, Ziele der NSDAP in den Hochschulen nachhaltig zu implementieren. Die NSDAP musste sich mit der äußerlichen Durchsetzung des Machtanspruchs zufrieden geben. Es kam zu einem unfreiwilligen

19 Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) vom 18.10.1935, RGBl. 1935, I, S. 1246.

20 Ebd.; Frei, S. 10 f.

21 Vgl. Bialas, S. 42 f.

Verzicht auf eine »ideologische und organisatorische Fundamentalreform« woraus letztlich eine »Ambivalenz der Hochschulwirklichkeit« resultierte.<sup>22</sup>

Für die medizinischen Fakultäten galten weitergehende Vorstellungen der Nationalsozialisten. Die rassenhygienischen und rassistischen Zielsetzungen, aber auch die zielstrebigem Vorbereitung hin zu einem Krieg erforderten die aktive Mitarbeit der Ärzte. Sie boten für die Durchsetzung der Rassenhygiene, die Durchführung von Zwangssterilisationen und die Ermordung geistig Behinderter ebenso wie für die Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges das notwendige Wissen und Können. Wesentliche Teile der nationalsozialistischen Ideologie waren ohne die Mediziner nicht durchzusetzen. Während jedoch die Nationalsozialisten bei einem großen Teil der deutschen Ärzteschaft schnell auf Akzeptanz stießen, waren selbst diejenigen ärztlichen Hochschullehrer, die der NSDAP und/oder ihren Untergliederung beigetreten waren, trotz ihrer überwiegend nationalkonservativen Einstellung eher zurückhaltend.<sup>23</sup> Zum einen gehörte Politik nach der Meinung vieler von ihnen nicht in die Hochschule, zum anderen fanden die primitiven, auf die Massen ausgerichteten populistischen, auch hochschulfreundlichen Vorstellungen der NSDAP bei ihnen geringe Resonanz. Selbst überzeugte nationalsozialistische Hochschullehrer strebten keineswegs an, die neuen Ziele unter Aufgabe des in den vergangenen Jahrhunderten so mühsam errungenen Prinzips der Wissenschaftlichkeit an der Universität zu erreichen. Inwieweit die der NSDAP nur distanziert, neugierig oder aus Opportunismus folgenden Medizinhochschulprofessoren erkannten, dass die nationalsozialistische Ideologie zwangsläufig zu einem Wertewandel, zur Schaffung einer »neuen Moral«, führten musste, die den Ausschluss bis hin zum Massenmord an den in der »Volksgemeinschaft« unerwünschten Menschen beinhaltete, mag dahin gestellt bleiben. Sie hätten es als geistige Funktionselite mit hoher gesellschaftlicher Verantwortung wissen können, da die Nationalsozialisten aus ihren Zielen nie ein Geheimnis gemacht hatten, angefangen bei den Reden und Büchern des »Führers« Adolf Hitler.<sup>24</sup>

Hochschulmediziner sprachen im Zusammenhang mit ihrer Hochschultätigkeit nicht über Politik, veröffentlichten zu diesem Themenbereich nahezu überhaupt nichts und sahen die Hochschule als politikfreien Raum an. Sie traten im Kaiserreich und in

22 Vgl. Seier, Hellmut: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat, in: Maletke, Klaus (Hg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft, Göttingen 1984, S. 143–162, hier S. 143.

23 Kater, Michael H.: Professoren und Studenten im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), H. 2, S. 465–487, hier S. 468.

24 Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1933.

der Weimarer Republik in der Regel politisch nicht auffällig in Erscheinung, hatten jedoch eine meist nationalliberale oder konservative Überzeugung. Folglich vermittelten sie in ihren Vorlesungen ihren Nationalkonservatismus und durchaus auch nicht selten Rassismus und latenten Antisemitismus. Als »Medizinlehrer« und Träger der Hochleistungsmedizin mussten sie den nationalsozialistischen Zielen folgen, stellten in der Regel aber auch dann, wenn sie der Partei nicht nahe standen und auch nicht näher rückten, kein Problem dar, da ihre grundsätzliche Einstellung im Hinblick auf die Ziele der Nationalsozialisten ausreichte, solange sie sich in das nationalsozialistische System einfügten. Diese Haltung erschwert insgesamt die Darstellung der Einstellungen und Aktivitäten der Hochschulmediziner im Nationalsozialismus.

Viele Medizinische Fakultäten in Deutschland haben in den letzten Jahrzehnten ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus aufgearbeitet. Beispielhaft seien die Fakultäten in Hamburg, Heidelberg, Freiburg, Berlin, Bonn, Marburg, Gießen, Göttingen, Düsseldorf und Jena genannt. In Kiel hat es – wie schon ausgeführt – bisher eine umfassende Darstellung der Ereignisse in der Medizinischen Fakultät nicht gegeben. Hier gilt besonders, was Wolfgang Eckart für die Zeit bis zum Beginn des letzten Dezenniums des 20. Jahrhunderts ausführte: »Man erinnert sich heute kaum mehr an die Widerstände, die noch in den 1990er Jahren aus den Dekanaten und dem Lehrkörper solchen Darstellungen entgegengesetzt wurden. Die Rede von »Nestbeschmutzung« war damals an der Tagesordnung.«<sup>25</sup>

Als Beispiel für einen Fall, der den Kieler Umständen ähnelt, mag Göttingen gelten. Die dortige Medizinische Fakultät war in dem 1987 erschienenen 523 Seiten umfassenden Werk über »Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus« nicht bearbeitet worden. Als Grund war im Vorwort angegeben, dass die für den Bereich angeworbenen Bearbeiter »leider vor der Größe der Aufgabe kapitulierte« hätten. In der 1998 erschienenen 2. Auflage ist die Medizinische Fakultät nun – wenn auch nicht ganz ohne Lücken – enthalten. Der Hamburger Allgemeinmediziner Henrik van den Bussche schaffte 1989 mit seiner Untersuchung der medizinischen Wissenschaft im Dritten Reich den Durchbruch und gab für künftige Arbeiten den Maßstab vor.<sup>26</sup> Die nach der Jahrhundertwende über medizinische Fakultäten in der nationalsozialistischen Zeit im Jahr 2000 (Jena), 2001 (Marburg), 2002 (Freiburg), 2004 (Berlin), 2006 (Hei-

25 Eckart, Medizinische Forschung, S. 110 f.; vgl. Heiber, Helmut: Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 1. Der Professor im Dritten Reich, München 1991, S. 13.

26 Bussche, Henrik van den (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989.

delberg, Bonn), 2007 (Gießen), 2009 (Leipzig) sowie 2010 (Innsbruck)<sup>27</sup> erschienenen Publikationen wurden diesem Anspruch, wenn auch auf unterschiedliche Weise, weitgehend gerecht. In Abhängigkeit von der Stringenz der Herausgeber bzw. Einzelautoren geht die Bandbreite der Darstellungen von einem eher lockeren Verbund einzelner Aufsätze (Freiburg, Heidelberg) bis hin zu einer ineinander fassenden Bearbeitung der sich in dieser oder jener Form zwangsläufig ergebenden Themenschwerpunkte (Jena, Marburg, Bonn, Gießen). Wolfgang Eckart stellt zu den vorliegenden Arbeiten fest, dass die starke Tendenz, Sachthemen an Täter-Biographien zu knüpfen, auffällt und über den »Alltag« in den Instituten und Kliniken der medizinischen Fakultäten wie die Pflege auf den Stationen, Versorgung und Versorgungsengpässe sowie das soziale Gefüge nur wenig berichtet wird.<sup>28</sup> Die vorliegende Arbeit wird eine solche Kritik auch gegen sich gelten lassen müssen, weil ihre Fragestellungen möglicherweise auch aus dem »Alltag« teilweise beantwortet werden könnten, sich der biographische Zugang jedoch auch im Hinblick auf das vorliegende Quellenmaterial weit mehr anbietet, um zu befriedigenden Antworten zu kommen.

Die Themenschwerpunkte der bisher veröffentlichten Untersuchungen über medizinische Fakultäten im Dritten Reich finden sich grundsätzlich auch in der vorliegenden Arbeit wieder: Es geht erstens um Einstellungen und Handlungen der Professoren, Oberärzte, Assistenten und Studenten im Nationalsozialismus, zweitens um die Haltung der medizinischen Fakultäten gegenüber den Macht- und Gestaltungsansprüchen der Nationalsozialisten, drittens um die Beteiligung, stille Versagung oder offene Ver-

27 Zimmermann, Susanne: Die medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus (= Ernst-Haeckel-Haus-Studien, Bd. 2), Berlin 2000; Aumüller, Gerhard et al. (Hg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im »Dritten Reich« (= Academia Marburgensis, Bd. 8), München 2001; Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): Medizin im Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M. et al. 2002; Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006; Forsbach, Ralf: Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«, München 2006; Oehler-Klein, Sigrid (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007; Riha, Ortrun: Medizinische Fakultät, in: Hehl, Ulrich von/John, Uwe/Rudersdorf, Manfred (Hg.): Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Bd. 4: Fakultäten, Institute, zentrale Einrichtungen. 2. Halbband, Leipzig 2009, S. 951–1048; Huber, Heinz: Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studentenanstalt (1673–1938), Köln et al. 2010.

28 Eckart, Medizinische Forschung, S. 114.

weigerung bei den durch die nationalsozialistische Gesetzgebung geforderten Verfolgungen, Denunziationen, Demütigungen von Kollegen, Mitarbeitern, Studenten und Patienten sowie viertens um die von den Ärzten im Nationalsozialismus zu verantwortenden Verbrechen wie Zwangssterilisationen, Euthanasie, Zwangsabtreibungen, Menschenversuchen an KZ-Häftlingen u. a. m. Im Detail sind, abhängig von verschiedenen handelnden Personen und regionalen Gegebenheiten, jedoch zwischen den verschiedenen Medizinischen Fakultäten erhebliche Unterschiede festzustellen. Auf Einzelheiten wird, soweit notwendig, in den jeweiligen Kapiteln eingegangen werden.

### 1.3 Ziel der Arbeit

Wie auch manche andere Fakultät fiel die Kieler Medizinische Fakultät den Nationalsozialisten nicht wie ein reifer Apfel in den Schoß, sondern musste regelrecht »erobert« werden. Die vorliegende Arbeit zeigt, wie dieses von Seiten der nationalsozialistischen Machthaber aus München und Berlin gehandhabt wurde und wie es gelang, die Kieler für die Ziele der NSDAP zu vereinnahmen. Dabei werden die Bemühungen, die Anfang 1933 im Amt befindlichen Ordinarien mit Hilfe der Assistenten und Studenten, aber auch Strukturveränderungen und massiven Eingriffen des Preußischen Kultusministeriums und der Hochschulkommission der NSDAP gefügig zu machen ebenso von Bedeutung sein, wie die Bemühungen der Medizinischen Fakultät Kiel, sich mit den neuen Machthabern zu arrangieren und sich dabei möglichst viel Selbstbestimmung zu erhalten. Es geht hier nicht um die Frage von Schuld, sondern um Einstellungen, Zusammenhänge, Verflechtungen und Versagen von Gruppen wie auch einzelner Personen. Das Handeln der Fakultät war in den Jahren 1935 bis 1941 stark durch den Dekan und Direktor der Medizinischen Klinik Hanns Löhr dominiert, er wird also im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen. Die Quellen erlauben aber auch bei einer Reihe von weiteren Lehrstuhlinhabern, ihr Verhalten zu analysieren und einzuordnen. Die systematische Kategorisierung der führenden Hochschulmediziner in den Jahren 1933 bis 1945 wird ebenso wie Überlegungen zur individuellen Verantwortung am Ende der vorliegenden Arbeit stehen.

Hierbei wird der in allen Bereichen nationalsozialistischer Machtausübung sich entwickelnde Wandel der deutschen Gesellschaft in den Jahren 1933 bis 1945 zugrunde gelegt. Im Vordergrund der Arbeit steht die Einstellung der Hochschullehrer in den verschiedenen Phasen des Nationalsozialismus, insbesondere die Frage, ob sie ihren Aufgaben als Hochschullehrer trotz eigener ideologischer Bindung an die NSDAP – formal oder auch real – gerecht wurden, oder ihre Auffassungen den Vorstellungen

der NSDAP unterordneten. Dabei geht es nicht allein um einzelne Episoden mit besonderem nationalsozialistischen Hintergrund, sondern um die Darstellung des Zusammenhangs zwischen trotz allem noch vorhandener Alltäglichkeit der Hochschule, dem Kampf um Freiräume für Hochschulaufgaben, dem Widerstand gegen hochschulfeindliche Tendenzen der NSDAP auch bei engagierten Nationalsozialisten sowie dem Zurücktreten ideologischer Zwänge im Zuge des immer totaler werdenden Krieges. Neben unärztlichem Verhalten bis hin zur »Euthanasie« und Menschenversuchen wird es auch, soweit es die Quellen erlauben, um die Frage der medizinischen Qualität, die Beschäftigung von Zwangsarbeitern, die Kriegsforschung, den Umgang mit Patienten aus diskriminierten und verfolgten Bevölkerungsgruppen und die Bewältigung von Konflikten zwischen ärztlicher Ethik und nationalsozialistischen Anforderungen gehen.

Zu den Akteuren lässt sich Folgendes feststellen: Die in der Regel in ihren Positionen unangefochtenen Direktoren der Institute und Kliniken mussten sich nicht unbedingt mit nationalsozialistischen Zielvorstellungen exponieren. Diese Aufgaben wurden häufig den Oberärzten bzw. Oberassistenten und Assistenten überlassen, die ja noch »etwas werden wollten« und nicht durch eine Lebenszeitstellung geschützt waren. Schwierig wird die Antwort auf die Frage sein, ob sich in dieser Zeit innerhalb der Fakultät weiterhin informelle Netzwerke aus der Weimarer Zeit erhalten haben, die versucht haben könnten, den Ordinarien der Fakultät durch interne inoffizielle Abstimmung einen möglichst weitgehenden Handlungsspielraum zu eröffnen und ein Minimum an Unabhängigkeit zu bewahren. Einiges spricht dafür. Möglicherweise lässt sich dadurch erklären, dass mit dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft die Ordinarien im Wesentlichen ungestört weiterarbeiten konnten, während der medizinische Unterbau der Kliniken und Institute fast hundertprozentig neu besetzt wurde. Die Berufung neuer nationalsozialistisch orientierter Professoren, wie z. B. Löhrs als Nachfolger Schittenhelms, Holzlöhners als Nachfolger Höbers, Philipps als Nachfolger Schröders, Freerksens als Nachfolger Benninghoffs, aber auch politisch eher in ihrer Wirkung indifferent erscheinender Hochschulmediziner wie z. B. Weinert, Creutzfeldt, Reinwein, bedürfen – dies ist ein weiteres Ziel der Arbeit – einer eingehenden Untersuchung und Bewertung im Hinblick auf das oben formulierte erkenntnisleitende Interesse.

Die tiefgreifende Zäsur des Kriegsbeginns 1939 hinterließ Spuren in der Medizinischen Fakultät Kiel und hatte ihre Militarisierung zur Folge, die zunehmend auch ideologische Zielsetzungen des »Dritten Reiches« in den Hintergrund treten, aber nicht verschwinden ließen. Auswirkungen von Bombenangriffen 1942 und 1943, besonders aber 1944 und 1945 zerstörten die Arbeitsgrundlagen, es gab fast nur noch Arbeitsmög-

lichkeiten in Bunkern und Ausweichräumlichkeiten, die über das ganze Land verteilt waren. Einige Professoren schafften es, sich dem allgemeinen Trend zur Totalisierung auch des Kriegseinsatzes der Fakultät durch die Besetzung von Nischen zu entziehen. In die Kriegszeit fallen u. a. Holzlöhners Beteiligung an den Menschenversuchen in Dachau, die »Euthanasie« an geisteskranken Patienten, wie auch die anatomischen Präparationen an Opfern der nationalsozialistischen Justiz. Die Beteiligung einzelner Fakultätsmitglieder an den Aktivitäten des nationalsozialistischen Regimes, aber auch die erzwungene Gelassenheit, mit der eine Patientenversorgung unter unvorstellbaren Arbeitsbedingungen noch durchgeführt wurde und sogar noch Doktorarbeiten und Habilitationen entstanden, darzustellen, ist ebenso Ziel dieser Arbeit, wie die Beantwortung der Frage, ob es sich hier um Aktivitäten überzeugter, der nationalsozialistischen Ideologie verbundener Anhänger der Nationalsozialisten oder eher um oft zu weit gegangene Zugeständnisse der Professoren, aus Angst, Opportunismus oder vielleicht auch nur, um sich möglichst große Freiräume für die Hochschullehrertätigkeit zu bewahren, handelte. Spätestens seit der Niederlage in Stalingrad Ende Januar 1943 war absehbar, dass ein Sieg des nationalsozialistischen Deutschen Reiches nicht mehr zu erwarten war.

Es soll also untersucht werden, was in den Jahren 1933 bis 1945 in der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel geschah. Politisches Denken und Verständnis fand bei der Masse der Mediziner an der Medizinischen Fakultät Kiel auf eine eigene Art und Weise statt, sonst hätte es nicht die bald nach der Kapitulation zunehmend festzustellende Zustimmung zu der (Wieder-)Einsetzung belasteter Hochschullehrer, auch in den fünfziger Jahren noch exemplifiziert durch die Berufung von Werner Catel und den Schutz Heyde/Sawades u. a. m. gegeben. Zu offensichtlich waren nur wenige Kieler Medizinprofessoren bereit einzusehen, dass ihre Haltung im Dritten Reich einer kritischen Überprüfung bedurfte, durch die vielleicht sogar die Idee der Universität selbst, gewiss aber deren Auslegung durch ihre Lehrer in Frage gestellt werden könnte.<sup>29</sup> Zur Bearbeitung dieser Fragestellung können wegen ihrer Komplexität und ihres Umfangs nur einige grundsätzliche Überlegungen angestellt werden.

29 Bleuel, Hans Peter: Deutschlands Bekenner, Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern/München/Wien 1968, S. 7.

## 1.4 Mittel und Methoden

Die für das Verständnis der Vorgänge in der Kieler Fakultät wichtige außerordentlich umfangreiche allgemeine Forschungsliteratur zu den thematischen Schwerpunkten der Arbeit wird dargestellt. Weiterhin werden zur Analyse der Kieler Situation biographische Daten der führenden Personen der Fakultät, ihre Mitgliedschaften in NSDAP, Parteiorganisationen und SS, ihr Verhalten und ihre Handlungen innerhalb und außerhalb der Fakultät, ihre politischen und militärischen Aktivitäten und ihr menschliches und ärztliches Handeln mosaikartig zusammengetragen. Daraus wird eine Beurteilung der einzelnen Akteure abgeleitet, aber auch ein Gesamtbild der Medizinischen Fakultät erarbeitet. Als wichtige Quellen wurden hier meist amtliche Akten genutzt, die allerdings den bekannten Einschränkungen unterliegen. Viele Vorgänge, Überlegungen, Absprachen und Einschätzungen sind in diesen Quellen nicht erkennbar oder überhaupt nicht aktenkundig geworden, bewusst nicht in die Akten aufgenommen oder sogar vorsätzlich wieder entfernt worden. Hier sind Ergänzungen durch in die Tiefe gehende Dissertationen, die sich mit einzelnen Personen oder Einrichtungen befassen, sowie Monographien hilfreich. Es wurde davon Abstand genommen, für diese Arbeit die noch vorhandenen Krankenakten z. B. der Nerven- und Frauenklinik sowie der Chirurgie hinzuzuziehen. Die Bearbeitung von Materialien, die viele laufende Regalmeter einnehmen, hätte nicht nur den Rahmen dieser Arbeit gesprengt, sondern wäre im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit eine unangemessene Schwerpunktsetzung gewesen. Die im Hinblick auf »Euthanasie« und Zwangssterilisation interessanteren Akten der Nervenklinik und der Frauenklinik waren bereits Gegenstand von einer Monographie sowie Dissertationen, deren Ergebnisse in die vorliegende Untersuchung kritisch einbezogen wurden.<sup>30</sup> Zur Nennung von für Hochschullehrer alltäglichen Angaben wie Geburtsdatum, Promotion, weiterer Werdegang an der Hochschule u. ä. steht das Werk von Volbehr/Weyl zur Verfügung, das mit kaum vorstellbarer Präzision den Nationalsozialismus ausgeblendet hat.<sup>31</sup> Immerhin stellt es ein solides Kataster des Personalstammes der Dozenten mit den biografischen Grunddaten bis einschließlich

30 Dinkel, Anna C.: Veränderungen der Verlegungspraxis und Diagnosestellung in der Kieler Psychiatrischen und Nervenklinik während der Zeit des Nationalsozialismus, Auswertung einer Datenerhebung der stationären Patienten in den Jahren 1938–1945, Kiel 2003. Piechatzek, Jana: Die Auswirkungen des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses an der Universitäts-Frauenklinik Kiel in der Zeit von 1932 bis 1940, Kiel 2009; Wolf, Creutzfeldt.

31 Volbehr, Friedrich/Weyl, Richard: Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665–1954<sup>4</sup>, bearb. von Rudolf Bülck, abgeschlossen von Hans-Joachim Newiger,

1954 dar. Alles Übrige wurde aus anderen Materialien erarbeitet. Zur Darstellung von Zwangssterilisation, Euthanasie, wie auch Menschenversuchen in Konzentrationslagern wurden neben Doktorarbeiten und Sekundärliteratur in besonderem Maße Parallelquellen hinzugezogen, da auch hier viele Akten den Krieg und die Nachkriegszeit nicht überstanden haben. Bei den Parallelüberlieferungen ist besonders an die Akten der Preußischen Ministerien und Reichsministerien, der Entnazifizierungskommissionen, der NSDAP, der SS sowie Biographien und eher selten an Berichte von Zeitzeugen und Nachlässe zu denken.

Zu nennen sind hier oft lückenhafte Veröffentlichungen, Protokolle, Schriftwechsel, Urkunden sowie Personalunterlagen aus dem Bestand des Landesarchivs Schleswig-Holstein (LASH) für die Zeit des Nationalsozialismus, des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde (BArch), des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem (GStA PK), weiterer Universitätsarchive sowie Veröffentlichungen von Mitgliedern der Medizinischen Fakultät Kiel. Der Bestand im Landesarchiv enthält umfangreiche Quellenmaterialien zur Geschichte der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität. Lücken gibt es aus drei Gründen: Durch Bombenangriffe wurde besonders im Jahre 1944 mit der Zerstörung des Universitätshauptgebäudes und einiger Institute und Kliniken viel Aktenmaterial vernichtet. Zusammen mit gezielten Vernichtungsaktionen<sup>32</sup> kurz vor und nach der britischen Besetzung ist die Quellenlage schwierig, aber es gelang durch den Fleiß der Archivare, viele zunächst vorhandene Lücken mit Quellenmaterial aus Parallelüberlieferungen zu füllen. Wahr-

Kiel 1956. (s. a. Lohff, S. 216, Fußnote 32). Soweit im Einzelnen Fundstellen bei Personalien nicht angegeben sind, stammen sie aus dieser Quelle.

- 32 LASH Abt. 811, Nr. 20743. Behrens bescheinigt in Sachen Pels-Leusden am 28.7.1947, dass ihm Einsicht in Fakultätsakten möglich war, die dann bei der Kapitulation von interessierter Seite vernichtet wurden. Meyer, Imke (Red.): Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945. Eine Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Wintersemester 1994/95, Kiel 1995: Podiumsdiskussion zu dem Beitrag von Dr. Manfred Jessen-Klingenberg: Die Christian-Albrechts-Universität in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Diskussionsbeitrag Prof. Dr. Uhlig: »Man weiß relativ wenig über Assistenten, weil die Aktenlage ganz desolat ist. Über Assistenten wurden kaum Akten angelegt, nicht mal über jeden Privatdozenten.«, S. 43. Diskussionsbeitrag Prof. Dr. Prahl: »Da ist aber ein wunder Punkt: Die Akten sind weitgehend leer. Sie sind gut sortiert worden nach 1945. Die belasteten Professoren hatten das Recht, entsprechend nachzuarbeiten!« Prof. Dr. Uhlig: »Es ist richtig, daß alle Hochschullehrer und auch der noch verbleibende Mittelbau das Recht hatten, nach 1945 ihre alten Personalakten nachzuarbeiten.«, S. 44.

scheinlich wird hier in Zukunft noch einiges mehr möglich sein, wenn sich die Kliniken und Institute der Medizinischen Fakultät auch von den letzten archivarisch bedeutsamen Resten in ihren Kellern trennen werden. Die Protokolle der Sitzungen der Medizinischen Fakultät sind für die hier interessierende Zeit (1921 bis 1954) vorhanden.<sup>33</sup> Erläuternder Schriftwechsel zu Protokollpunkten findet sich jedoch nur in Akten der Fakultät, des Rektors oder des Kurators, mitunter sogar erst in denen des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (kurz: Reichserziehungsministeriums, abgekürzt: REM). Für die Zeit ab 1944/45 liegt im Landesarchiv in Schleswig wieder in einigen Fällen der Schriftwechsel der Institute und Kliniken in der Regel mit dem Kurator, dem Rektor und der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung sowie weiteren Einrichtungen vor. So sind z. B. die Korrespondenzen des Anatomischen Institutes und des Hygienischen Instituts mit dem Kurator/Rektor offenbar vollständig archiviert und vermögen Vorgänge der damaligen Zeit in den Instituten zu vermitteln. Die Inhalte der Personalakten beziehen sich häufig auf die Formalien des Arbeitsverhältnisses und sind insofern nur selten wirklich für die hier zu untersuchenden Fragestellungen informativ. Ergänzend wurden die Akten der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung hinzugezogen. Das Geheime Staatsarchiv in Berlin-Dahlem verfügt trotz großer Lücken über teilweise dichtes Aktenmaterial aus dem Preußischen Kultus-, Finanz- und Staatsministerium bis etwa zum Jahr 1934/35, aus dem wertvolle ergänzende Hinweise gerade über die wichtige Zeit des Übergangs aus der Weimarer Zeit in das nationalsozialistische Regime entnommen werden konnten. Für die Zeit danach ist die Quellenlage beim Bundesarchiv zwar auch lückenhaft, aber insgesamt ergiebiger, weil die Zuständigkeit für die preußischen Universitäten auf das Reichserziehungsministerium überging, dessen Akten dem Bundesarchiv zugeordnet sind.

Eine größere Zahl von Instituten und Kliniken hat zu verschiedenen Anlässen Festschriften mit Rückblicken publiziert. Umfang und Art der Darstellung für die Zeit des Nationalsozialismus sind mit Ausnahme neuerer Arbeiten inhaltlich fast immer unbefriedigend. Erkennbar wollten gerade diejenigen Verantwortlichen, die es noch auf Grund eigenen Erlebens hätten kompetent tun können, sich über diesen Zeitabschnitt nicht äußern. Dissertationen über die Arbeit insbesondere von Instituten, aber auch einigen Kliniken zeigen in der Regel die gleiche Schwäche, helfen jedoch, einen Überblick über Personal und wissenschaftliche Schwerpunkte zu erhalten. Veröffentlichungen Kieler Medizinprofessoren u. a. im Deutschen Ärzteblatt und ab 1938 in den Kieler Blättern sind häufig die einzige Möglichkeit, die ideologische Verstrickung

33 LASH Abt. 47.6, Nr. 16; vor 1921: LASH Abt. 47.6, Nr. 15.

Einzelner in das nationalsozialistische System zu analysieren. Wichtige Quellen sind auch die Personal- und Vorlesungsverzeichnisse. Sie erlauben zwar nur oberflächliche, jedoch einigermaßen präzise Feststellungen zum Lehrangebot sowie zur Besetzung der Führungspositionen und des Lehrkörpers. Vorlesungsankündigungen geben jedoch keine Auskunft darüber, ob die Vorlesungen tatsächlich gehalten wurden, wie viele Studenten an ihnen teilnahmen und welche Inhalte tatsächlich und in welcher Form behandelt wurden.<sup>34</sup>

Um die Haltung der Kieler Medizinprofessoren, hier vorzugsweise der Lehrstuhlinhaber, aber beispielhaft auch einiger Oberärzte und Oberassistenten, zu den Nationalsozialisten bestimmen zu können, soll eine Einordnung in Gruppen mit unterschiedlicher Affinität zum nationalsozialistischen System versucht werden. Dabei bietet sich die von Lawrence Stone Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wiederbelebte Methode der kollektiven Biographie an, die besonders geeignet ist, um eine größere Gruppe biographisch zu untersuchen.<sup>35</sup> Denn Stone versteht unter kollektiver Biographie »die Untersuchung der allgemeinen Merkmale [...] einer Gruppe von handelnden Personen durch ein zusammenfassendes Studium ihrer Lebensläufe«. <sup>36</sup> So allgemein beschrieben, ist die Methode in der Geschichtswissenschaft nicht neu, ihre Anwendungsmöglichkeiten für einen Erkenntnisgewinn sind allerdings begrenzt. Die kollektive Biographie lässt zwei empirische Schwerpunkte erkennen: Statt Einzelpersonen werden Kollektive und statt einzelner biographische Merkmale werden Lebensläufe untersucht.<sup>37</sup> Trotz der grundsätzlichen Eignung der Verhältnisse in der Medizinischen Fakultät Kiel und der Daten ihrer führenden Mitglieder für eine solche Untersuchungsmethode erlaubt jedoch das Quellenmaterial nicht die systematische, quantifizierende Anwendung. Kollektivbildung und Lebenslauf des Einzelnen sind jedoch für die hier beabsichtigte Gruppenbildung erforderlich. Zudem gehört ein solches Werkzeug mehr in die Hand des empirisch arbeitenden Sozialwissenschaft-

34 Ein Beispiel hierfür ist das Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Wintersemester 1941/42, für das als Rektor noch Hanns Löhr genannt ist. Er starb jedoch am 4.10.1941, also am 4. Tag des Semesters und wurde zunächst von Prorektor Vonkennel vertreten. Nachfolger war ab 21.11.1941 Andreas Predöhl.

35 Stone verwendet die Begriffe »kollektive Biographie« und »Prosopographie« synonym.

36 Stone, S. 64.

37 Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Ders. (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung, Stuttgart 1985, S. 7–17, hier S. 9.

lers als des historisch-hermeneutisch arbeitenden Geschichtswissenschaftlers.<sup>38</sup> Wo die Kategorisierung nur mit Hilfe von Indizien möglich ist, müssen Unschärfen in Kauf genommen werden. Biographische Daten aus den Lebensläufen der Medizinprofessoren wie Geburtsjahr, Herkunft, Konfession, Schicksal im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Teilnahme an Freikorps, Kirchenaustritt, soziale Gesichtspunkte und politische Äußerungen, Mitgliedschaften in Parteien und Verbänden werden mit dem Handeln im Nationalsozialismus wie allgemeines Verhalten, Engagement, Positionen, Karrieren und Aktivitäten während der nationalsozialistischen Herrschaft verknüpft.

Michael Grüttners Feststellung zu dem »dichotomischen Bild der Personen im Dritten Reich«<sup>39</sup> zeigt die Schwierigkeiten auf, die durch eine Anlehnung an die Methode der kollektiven Biographie eingegrenzt werden könnten. Weder das Verhalten der hier zu untersuchenden Personen und Gruppen, noch die gesellschaftlichen Verhältnisse und Vorgaben des Regimes sind während des »Dritten Reiches« konstant gewesen. Parallel zu den planvoll auf einen Krieg hinarbeitenden nationalsozialistischen Führern veränderten sich die Menschen, ihre Einstellungen und ihr Umfeld. Grüttner ist wie auch Ian Kershaw der Auffassung, dass sich die meisten Deutschen im nationalsozialistischen Staat weder als eingefleischte Nationalsozialisten noch als überzeugte Gegner des Regimes beschreiben lassen<sup>40</sup> und folgt Martin Broszat mit der Feststellung, dass meist eine Mischung von Konsens und Dissens vorlag, bei der das Neben- und Miteinander von Nonkonformität und Konformität charakteristisch waren.<sup>41</sup> Dies sind Feststellungen, die uneingeschränkt auch auf die Kieler Medizinprofessoren zutreffen. Es kommt hinzu, dass eine Zustimmung zu einzelnen Handlungen des Regimes (z. B. der Zwangssterilisierung) durchaus mit der Ablehnung zentraler Säulen der nationalsozialistischen Ideologie und Politik (z. B. des Antisemitismus) sowie Ablehnung einzelner Handlungen (z. B. der Beseitigung der Selbstverwaltung der Universität) mit genereller Zustimmung zur Politik (z. B. der Revision des Versailler Vertrages, der Rassenhygiene) verbunden sein konnten. Dies sind Umstände, die eine

38 Vgl. Alt, Peter-André: Geisteswissenschaften sind keine Sozialwissenschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30.8.2012, S. 8.

39 Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn et al. 1995, S. 16.

40 Vgl. Kershaw, Ian: Alltägliches und Außeralltägliches. Ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933–1939, in: Detlef Peukert/Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 273–292.

41 Vgl. Broszat, Martin: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Band IV, München/Wien 1981, S. 691–709, hier S. 699.

Einordnung der handelnden Hochschullehrer in starre Kategorien schon wegen ihrer persönlichen Differenziertheit erschweren. Es bleibt jedoch möglich, Abstufungen der Lehrstuhlinhaber, sowie auf Grund der Quellsituation nur eines Teils der Oberärzte und Assistenten, in ihrem Verhältnis zum Regime zu erarbeiten. Sie machen auch Sinn, da von Hochschullehrern und Ärzten, die sich als Bildungs- und Funktionselite empfunden haben, erwartet werden kann, dass sie für sich eine besondere Moral und ärztliche Ethik gelten lassen, gegen die auch unter den Bedingungen, wie sie während des »Dritten Reiches« bestanden haben, nicht hätte verstoßen werden dürfen.

Bei einer Einteilung der Hochschullehrer in ihrem Verhältnis zum nationalsozialistischen Regime im Sinne einer kollektiven Biographie könnte sowohl nach statischen (z. B. ihrer politischen Sozialisation) als auch dynamischen Merkmalen (z. B. ihren Handelns) verfahren werden. Eine Kategorisierung der Lehrstuhlinhaber und anderer Personen in der Fakultät wird aufgrund ihrer politischen Einstellungen, ihres Verhaltens, ihres Einsatzes für die nationalsozialistische Ideologie, ihrer Einstellung zum Stellenwert der Hochschule und zu den ethischen Verpflichtungen des Arztberufes, ihres Umgangs mit Verfolgten und Andersdenkenden u. a. m. möglich. Eine verschleierte Wirkung ergibt sich dadurch, dass die damaligen Machthaber von denjenigen, die nicht bereit waren, sich der nationalsozialistischen Ideologie zu unterwerfen, ein gewisses Maß von äußerlicher Anpassung forderten. Dem wurde in der Regel gefolgt – Erscheinungsbild und Handeln der Medizinlehrer entsprach also nicht unbedingt ihrer inneren Einstellung.

## 2. Die Medizinische Fakultät vor dem 30. Januar 1933

### 2.1 Vorgeschichte, Ausdifferenzierung und Stellung der Fakultät

Die Geschichte der Kieler Medizinischen Fakultät war bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts – wie die der ganzen Christian-Albrechts-Universität – geprägt von Ärmlichkeit und Provinzialität, hatte aber auch Lichtblicke. Schon Größe und Ausstattung der Anfang 1665 nach mehreren Anläufen seines Vaters durch den Gottorfer Herzog Christian Albrecht gegründeten Kieler Universität waren sehr bescheiden. Der Gottorfer Kleinstaat wurde im Verlauf des 18. Jahrhunderts nach und nach Bestandteil des dänischen Gesamtstaates, die Universität Kiel nach einigen guten Jahren der Förderung durch die russische Zarin Katharina II. 1773 neben der Kopenhagener Universität bis 1815 eine der beiden Universitäten im dänischen Königreich. So verfügte sie im 18. Jahrhundert über eine sehr geringe Zahl von Professoren und Studenten.<sup>1</sup> In der ganzen zweiten Hälfte der 18. Jahrhunderts gab es meist zwischen vier bis fünf Medizinstudenten pro Semester, bei immerhin einem Lehrangebot von fünf Professoren. Nicht selten mussten sich fünf Professoren vier Studenten teilen. Immerhin: Um 1800 gab es in der Medizinischen Fakultät ein kleines Professorenkollegium, das sich eigener Institute, bescheidener Laboratorien und sogar Kliniken bedienen konnte, aber kaum Medizinstudenten. An den Gesamtstudentenzahlen waren sie mit etwa 5 Prozent beteiligt, so dass bei z. B. 151 Studenten im Jahre 1800 nur acht zur Medizinischen Fakultät gehörten.<sup>2</sup> 1811 fand, der Entwicklung der Universitätskrankenhäuser im deutschsprachigen Raum folgend, ein bescheidener Modernitätsschub statt. Die Krankenhäuser der Fakultät wurden funktionell getrennt. Neben dem akademischen Krankenhaus »in der Vorstadt« entstanden das chirurgisch geleitete Friedrichs-Krankenhaus in der Flämischen Straße und seit 1805 die Gebärd- und Hebammenanstalt, erst in der Haßstraße, später dann in der Fleethörn. Alles geschah unter ärmlichsten Verhältnissen, da der dänische Gesamtstaat bedingt durch die Folgen der napoleonischen Kriege einem verheerenden Konkurs entgegensteuerte.

1 Schipperges, Heinrich: Geschichte der medizinischen Fakultät. Die Frühgeschichte 1665–1840 (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 4, Teil 1), Kiel 1967, S. 40.

2 Ebd., S. 126, 1802 waren es 9, 1811 18, 1819 dann immerhin 52, 1847 36 Studenten.

Erst die weitere Differenzierung der klinischen Fächer zusammen mit der Einführung naturwissenschaftlicher Methoden in der Medizin verschafften der Kieler Medizinischen Fakultät in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine zeitweise Spitzenstellung in Preußen. Es begann 1862 mit dem Bezug eines gemeinsamen Akademischen Krankenhauses.<sup>3</sup> Nun stand ein medizinisch-chirurgisches Krankenhaus mit 120 Betten, davon 52 der Inneren Medizin und 68 der Chirurgie zugehörig, zur Verfügung. Ferner bestand eine über einen Versorgungsgang angeschlossene Gebäranstalt mit 16 Betten. In der Chirurgie wurden auch Augenkranke mitversorgt. Die Errichtung der Direktorenhäuser für die Medizinische und die Chirurgische Klinik rundeten 1869 diese Baumaßnahme ab.<sup>4</sup> Zum Zeitpunkt der 200-Jahr-Feier der Universität im Jahre 1865 gab es in Kiel 60 Medizinstudenten.

Schleswig und Holstein wurden am 12. Januar 1867 preußische Provinz. Es erfolgte eine Angleichung an die anderen preußischen Provinzen, so dass u. a. das gesamte Medizinalwesen nunmehr dem preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten in Berlin unterstellt war. Die weiterhin nicht zufrieden stellenden Bedingungen wurden 1872 in dem Bericht einer Kommission deutlich, in dem der Fakultät bescheinigt wurde, dass »in der Kette der Lehrämter Lücken [beständen], welche das Ineinandergreifen der Glieder zum harmonischen wirkungsvollen Ganzen theils erschweren, theils hindern.«<sup>5</sup> Parallel zum fast explosionsartigen Wachstum Kiels als Marinestadt entwickelte sich jetzt auch die Universität und als Teil von ihr die Medizinische Fakultät. Die Zahl der Medizinstudenten wuchs im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts so stark, dass die Kieler Medizinische Fakultät damals bezüglich der Studentenzahl die zweite Stelle unter allen preußischen Universitäten einnahm.<sup>6</sup> Am 25. Oktober 1876 wurde ein neues Universitätsgebäude im nördlichen Teil des Kieler Schlossgartens eingeweiht, gefolgt von Erweiterungsbauten der 1862 bezogenen Akademischen Heilanstalten auf Grund der steigenden Beanspruchung durch die immer

3 Schipperges, S. 138–139.

4 Jaeger, Rudolf: Die Baugeschichte der Universität, in: Hofmann, Erich/Jaeger, Rudolf/Schmidt-Künsemüller, Friedrich A.: Allgemeine Entwicklung der Universität (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 1, Teil 2), Neumünster 1965, S. 117–202, hier S. 133. Die Direktorenhäuser waren bis zu ihrer Zerstörung im 2. Weltkrieg als Quincke- und Esmarchhaus benannt.

5 LASH Abt. 47, Nr. 244, p. 20, Denkschrift der auf Antrag vom 4.11.1871 bestellten Commission v. 4.1.1972.

6 Jaeger, S. 149: 1876: 73 Medizinstudenten (von 214 insgesamt); 1885: 356 (640); 1890: 227 (447); 1907: 507 (1649).

zahlreicher werdende Kieler Bevölkerung und die fortschreitende Spezialisierung in der Medizin in den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg. Das Klinikum erhielt die Prägung, die funktionell bis Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts Bestand haben sollte. Im Einzelnen wurden folgende Baumaßnahmen bei den Krankenhäusern vorgenommen: 1888 Neubau der Augenklinik mit 40 Betten, 1898 Erweiterungsbau der Universitätsfrauenklinik, 1901 Bau der Psychiatrischen und Nervenklinik mit 125 Betten, 1904 Neubau der Chirurgischen Klinik und 1905 Kinderklinik. Die Ohrenklinik war zunächst mit der Augenklinik vereint, sie bekam 1917 eigene Räume. Im September 1928 bezog die Medizinische Klinik das der Universität überlassene, umgebaute Marinelazarett. Die Hautklinik musste sich bis Ende der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts mit angemieteten Räumen in der Hospitalstraße begnügen, die Zahnklinik erhielt bis zu ihrer Auflösung 1935 keine befriedigenden Räume. Bei den Instituten stellte sich der Ausbau folgendermaßen dar: 1878 Pathologisch-anatomisches Institut, 1881 Anatomisches Institut, 1888 Hygienisches Institut, 1897 Physiologisches Institut. 1907 erfolgte der Neubau der Pathologie einschließlich eines Instituts für Gerichtliche und Soziale Medizin, 1908 der Bezug des alten Pathologischen Instituts durch das Pharmakologische Institut, 1929 der Bau des Instituts für Physikochemische Medizin und des Anthropologischen Instituts.<sup>7</sup>

Die Medizin in Kiel hatte auf Grund der Qualifikation ihrer Professoren durchaus etwas vorzuweisen, gehörte aber wegen ihrer immer noch sparsamen Ausstattung mit Planstellen zu Beginn der 20. Jahrhunderts wieder zu den kleineren Medizinischen Fakultäten. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sie größte Mühe, mit den großen Medizinischen Fakultäten in Deutschland Schritt zu halten, da zusätzliche Ressourcen wie z. B. neue Lehrstühle kaum noch und wenn unter teilweise erbärmlichen Bedingungen zu erhalten waren. Für das Erste sind beispielhaft die Anthropologie und die Physikochemie, für das Zweite die Zahnklinik zu nennen. Einen Überblick über die Situation des Kieler Universitätsklinikums gibt ein Bericht des stellvertretenden Kurators Simonis aus dem Jahre 1926, der neben positiven Aspekten auch auf gravierende Mängel hinwies. Zu nennen sind hier besonders näher beschriebene »schwere Missstände« im Hygienischen Institut sowie die »schwer zu beschreibenden Zustände« in der Sepsischen Station der Chirurgischen Klinik.<sup>8</sup> An diesen Verhältnissen sollte sich auch während der Jahre 1933 bis 1939 trotz einiger geplanter Verbesserungen praktisch nichts ändern. Der Bombenkrieg der Jahre 1940 bis 1945 mit Schwerpunkt 1944 löschte das

7 Vgl. Jaeger, S. 147.

8 GStA PK, I. HA Rep. 151, I C, Nr. 6849, Bericht des stellvertretenden Kurators v. 21.6.1926.

Gesamtklinikum praktisch aus, so dass eine stationäre Patientenbehandlung in Kiel vorübergehend nicht mehr möglich war.

Anfang 1933 bestanden in der Medizinischen Fakultät Kiel die Institute der Fächer Anatomie, Anthropologie, Gerichtliche und Soziale Medizin, Hygiene und Bakteriologie, Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie, Pharmakologie, Physiologie und Physikochemische Medizin<sup>9</sup> sowie die Kliniken für Augenheilkunde, Chirurgie, Geburtshilfe und Gynäkologie, Haut- und Venerische Krankheiten, Hals-Nasen- und Ohrenkrankheiten, Innere Medizin, Kinderheilkunde, Neurologie und Psychiatrie sowie Zahnmedizin. Die Kliniken bildeten die Akademischen Heilanstalten, die von einem aus den Reihen der klinisch tätigen Professoren ausgewähltem Direktor geleitet wurden und direkt dem Kurator unterstanden. Jeder Bereich hatte einen Direktor, der oft ein ordentlicher Professor war, fast jeder einen Oberarzt, Oberassistenten, 1. Prosektor oder eine entsprechende Position<sup>10</sup> sowie Assistenten und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter. Der Lehrkörper der Fakultät wurde von den ordentlichen Professoren, den Honorarprofessoren, den außerordentlichen Professoren, den Privatdozenten und den beauftragten Dozenten gebildet.<sup>11</sup> Für die Lehre und Forschung des jeweiligen Fachgebietes war der Lehrstuhlinhaber, der Ordinarius, zuständig, dessen Wissen, Können, Durchsetzungsvermögen und Engagement von entscheidender Bedeutung für die Stellung des Fachgebietes innerhalb der Universität und darüber hinaus war. Er machte die Vorschläge für die Besetzung der Stellen in seinem Zuständigkeitsbereich. Diesen wurde in aller Regel gefolgt. Der Ordinarius war meist ein ordentlicher, ausnahmsweise auch außerordentlicher Professor und verfügte über eine Planstelle auf Lebenszeit. Einige Ordinarien der Kieler Medizinischen Fakultät waren »persönliche« ordentliche Professoren. Hierbei handelte es sich um eine Eigenschöpfung des Ministeriums, die in den preußischen Hochschulbestimmungen nicht vorgesehen

- 9 Die Geschichte der Physikochemischen Medizin und seines Instituts erfordert eine breitere Darstellung, als sie hier möglich ist. Vorsteher einer von ihm eingerichteten Physikochemischen Abteilung der Medizinischen Klinik war seit 1922 der n. b. apl. Prof. Heinrich Schade, der 1929 Direktor des Instituts für Physikochemische Medizin wurde. Er durfte an den Fakultätssitzungen teilnehmen. Er wurde am 27.4.1933 ordentlicher Professor für Angewandte Chemie und verstarb am 9.11.1935 (LASH Abt. 46.6, Nr. 43). Sein Nachfolger wurde Anfang 1936 Hans Netter (s. d.).
- 10 Die Anthropologie, Gerichtsmedizin, Pharmakologie und Augenheilkunde verfügte nach Daten des Personal- und Vorlesungsverzeichnis dieser Jahre nicht planmäßig über solche Stellen. In solchen Fällen musste die Vertretung durch den (ggfs. dienstältesten) Assistenten übernommen werden.
- 11 §7 Satzung der Universität Kiel vom 20.3.1923, veröffentlicht am 17.11.1928.

war. Sie wurde besonders in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von 1925 bis etwa 1937/38 vergeben, um dem Mangel an Planstellen für Ordinarien zu begegnen. »Persönliche« ordentliche Professoren hatten die Planstelle und Bezahlung eines Extraordinarius, Rechte und Pflichten jedoch eines Ordinarius.<sup>12</sup> Die ordentlichen Professoren und Direktoren gaben nicht nur für ihr Fach, sondern gemeinsam auch für die Fakultät und mit den Professoren der anderen Fakultäten zusammen für die gesamte Universität entscheidende Impulse. Ihr Verhalten und ihre Entscheidungen waren und sind auch noch heute bestimmend für das Handeln und das Erscheinungsbild der Fakultät (und Universität) in der Öffentlichkeit.

Die Stellung der Fakultäten innerhalb der Christian-Albrechts-Universität wurde durch die Satzung der Universität Kiel vom 20. März 1923, veröffentlicht am 17. November 1928, geregelt. Jede Fakultät bestand aus den Dozenten und den in ihr eingeschriebenen Studenten. Die Fakultätsangelegenheiten wurden durch die »engere Fakultät« verwaltet, die sich aus den ordentlichen Professoren und drei zugewählten außerordentlichen Professoren bzw. Privatdozenten zusammensetzte. Die »engere« wie auch die »weitere Fakultät« gehörten ebenso wie Rektor, Senat und Konsistorium zu den akademischen Behörden. Ihre Ämter wurden, soweit sie sich, wie bei der engeren Fakultät, nicht aus der Dienststellung ergaben, bis 1933 und nach 1945 wieder durch Wahlen bestimmt. Die engere Fakultät hatte insbesondere für die Vollständigkeit des Unterrichts zu sorgen. Sie hatte das Recht, im Namen der Universität akademische Grade zu verleihen. Für besondere Aufgaben gab es die weitere Fakultät, die sich aus den ordentlichen Professoren, den Honorarprofessoren, den außerordentlichen Professoren und den Privatdozenten zusammensetzte. Sie hatte den Bericht des Dekans über wichtigere Erlasse des Ministers sowie Beschlüsse der übrigen Universitätsgremien entgegenzunehmen sowie das Vorlesungsverzeichnis zu beraten und Stellungnahmen zu den die Fakultät betreffenden allgemeinen Angelegenheiten des Unterrichts und der Studien-

12 GStA PK, I. HA Rep 151, I C, Nr. 6572, p. 209 ff. Es handelte sich um Wissenschaftler, die nach Auffassung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, später auch des REM die Befähigung zum ordentlichen Professor hatten, für die jedoch keine Planstelle als Ordinarius zur Verfügung stand. Das Ergebnis war ein Kompromiss: Formal erfolgte eine Ernennung zum ordentlichen Professor, allerdings mit einer im Begleitschreiben ausgesprochenen Einschränkung. In ihr wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Betreffende weiterhin auf der Planstelle eines Extraordinarius verbleiben und deswegen entsprechend geringere Dienstbezüge gegenüber denen eines Ordinarius haben würde. Mit diesem Verfahren wollte das Ministerium eine gute Außenwirkung erzielen, ohne die eigentlich notwendige Planstelle beschaffen zu müssen.

ordnung sowie zu akademischen Standesangelegenheiten abzugeben. Eine besonders wichtige Aufgabe, das Selbstverständnis der Fakultät in Hinblick auf wissenschaftliche Zusammensetzung und personelle Homogenität der Führungsschicht betreffend, war das Recht, vor der Besetzung planmäßiger Professuren dem Minister ein Gutachten mit drei Personalvorschlägen einzureichen. Dabei erarbeitete die Fakultät meist unter informeller Hinzuziehung führender Ordinarien des zu berufenen Fachgebietes anderer Universitäten einen in der Regel aus drei gestuft aufgeführten Personen bestehenden Berufungsvorschlag, der auf dem Dienstweg dem Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zuzuging. Das Ministerium wählte meist den Erstgenannten aus der Liste aus, verhandelte mit ihm über die Berufsbedingungen, bei Scheitern ggfs. auch mit den weiteren auf der Liste Genannten, und schlug den so Bestimmten dem Preußischen Ministerpräsidenten vor, der die Ernennung aussprach. Das Kultusministerium hatte das Recht, von der Reihenfolge der Liste abzuweichen oder auch nicht vorgeschlagene Wissenschaftler zu berufen, in der Regel hielt man sich jedoch an die Liste.<sup>13</sup> So war 1928 in Kiel der Hygieniker Dold berufen worden, ohne dass ein entsprechender Vorschlag der Universität vorlag.<sup>14</sup>

Die Geschäfte der Fakultät führte der Dekan. Er war für die ordnungsgemäße Durchführung der Fakultätssitzungen und die Durchführung ihrer Beschlüsse verantwortlich. Er verwaltete die Gelder der Fakultät und vollzog die Habilitationen und Promotionen. Der Dekan wurde vor Ende des Amtsjahres des bisherigen Dekans von der engeren Fakultät aus den ihr angehörenden ordentlichen Professoren auf ein Jahr gewählt. Der Wechsel des Dekanats erfolgte in der Kieler Medizinischen Fakultät jeweils am 24. Juni.

13 Bussche, Akademische Karrieren, S. 64.

14 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 95–97, Protokolle der Sitzungen der engeren Fakultät v. 27.2., 5.3. und 7.5.1928.

## 2.2 Die politische Haltung der Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät

Das Prestige der deutschen Hochschulen war lange Zeit in Deutschland aber auch im Ausland sehr hoch. Nach allgemeiner Auffassung beruhte es unter anderem darauf, dass die Universität gegenüber der Politik unabhängig war und ein hohes Maß an Autonomie besaß.<sup>15</sup> Die Weimarer Republik hatte es nicht geschafft, die Macht der Ordinarien im Hochschulsystem zu brechen, das Gleiche gilt für seinen reaktionären Geist.<sup>16</sup> Die meisten Hochschullehrer standen der demokratischen Weimarer Republik ablehnend gegenüber und trauerten dem untergegangenen Kaiserreich nach. Der Feststellung von Hans Peter Bleuel aus dem Jahre 1968, dass Deutschlands Professoren wegen ihrer Haltung in den Jahren der Weimarer Republik und ihrer rückwärtsgewandten Denkgewohnheiten und politischen Traditionen, die mit einer von ihnen als aufgezwungen empfundenen demokratischen Verfassung unvereinbar waren, zu Geburtshelfern des »Dritten Reiches« geworden sind, hat auch heute noch eine Berechtigung.<sup>17</sup> Die Novemberrevolution war letztlich an den Universitäten vorbeigegangen. An dem Grundproblem der Hochschulen, ihrer starren hierarchischen Organisation mit einer höchst ungleichen Verteilung von Rechten und Pflichten, war in der ersten deutschen Republik nicht ernsthaft gerüttelt worden. Die parlamentarische Demokratie hatte für die Medizinhochschullehrer gegenüber der Kaiserzeit keine Vorteile gehabt, im Gegenteil, man hatte Einschränkungen, sogar Demütigungen, hinnehmen müssen. Deswegen wurde sie von fast allen Professoren entschieden abgelehnt. Die Universität hatte sich durch die herrschende Exklusivität ihrer Ordinarienkollegien den ständisch-reaktionären Geist bewahrt, der sie geprägt hatte.<sup>18</sup> So überrascht es nicht, dass viele Studenten und nicht wenige Dozenten bereits vor 1933 in der nationalsozialistischen Bewegung ihre Zukunft sahen, und dass dies bei den Ordinarien kaum der Fall war.

Für die Haltung der Lehrstuhlinhaber waren ihr Alter und ihre Lebenserfahrung von Bedeutung. Einige Hochschullehrer mit gewichtigen Vorbehalten gegen die gleichmachenden Massenbewegung der Nationalsozialisten hätten sich, wie der Kieler Historiker Erich Hofmann feststellte, der nationalsozialistischen Bewegung aus Unzufrieden-

15 Grüttner, Michael: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: Connelly, John/Ders. (Hg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn et al. 2003, S. 67–100, hier S. 67.

16 Bleuel, S. 167.

17 Bleuel, S. 8.

18 Vgl. Bleuel, S. 167 f.

heit über die Not und Ohnmacht Deutschlands durch den Parteieintritt erst nach der Reichstagswahl im März 1933 angeschlossen. Sie hätten dies nicht – so Hoffmann – aus Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie getan haben, sondern eher um mitzuhelfen, die Entwicklung an den Hochschulen in vernünftige Bahnen zu lenken. »Es galt die wissenschaftliche Forschung in Deutschland durch die Irrungen und Wirrungen der ›deutschen Revolution‹ hindurch zu retten.«<sup>19</sup> Dem mag so gewesen sein. Es bleibt festzuhalten: Wichtige Leitpersonen der Medizinischen Fakultät (wie auch der schleswig-holsteinischen Ärzteschaft) fügten sich willig in das vermeintlich Unvermeidbare und setzten damit Zeichen, die dem zunächst noch instabilen nationalsozialistischen System halfen, sich in nur wenigen Monaten zu konsolidieren.

Die große Mehrheit der Kieler Medizinprofessoren hielt sich entsprechend der Fiktion der »Humboldtschen Universität« ebenso wie die meisten Hochschullehrer in Deutschland für »unpolitisch«. Als »unpolitisch« galt nach damaliger Auffassung auch ein deutlicher nationaler, vaterländischer und patriotischer Inhalt von öffentlichen Reden.<sup>20</sup> Hierzu schreibt der Soziologe Reimann: »Das scheinbar unpolitische Nationale, ein Machtsyndrom ersten Grades, wurde zur ›geistigen‹ und politischen Infrastruktur der Universitäten.[...] Es gehörte zu dem universellen Selbstmißverständnis des bürgerlichen Zeitalters [...] das Nationale und den in seinem Namen erhobenen Machtanspruch als unpolitisch zu begreifen, und das Politische mit der Gestalt des in Parteien auftretenden partikularen Willens zu identifizieren«<sup>21</sup> Bei der Mehrheit der Professoren überwog eine nationale oder rechtsliberale Haltung, die Berührungspunkte mit einzelnen Zielen der nationalsozialistischen Ideologie hatte. Eine Schwierigkeit der Einschätzung der politischen Haltung der Medizinprofessoren ergibt sich aus einer vielleicht bei den Medizinern spezifischen Besonderheit. Es bestand bei ihnen eine geringe Neigung, sich schriftlich zu politischen Angelegenheiten zu äußern. Fachliche Veröffentlichungen der Mediziner vor 1933, aber auch danach, soweit es sich nicht

19 Hofmann, Erich: Die Christian-Albrecht-Universität in preußischer Zeit, in: Ders./Jaeger, Rudolf/Schmidt-Künsemüller, Friedrich A.: Allgemeine Entwicklung der Universität (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 1, Teil 2), Neumünster 1965, S. 9–116, hier S. 84–85.

20 Langewiesche, Dieter: Die »Humboldtsche Universität« als nationaler Mythos. Zum Selbstbild der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: HZ 290 (2010), H. 1, S. 53–91, hier S. 63.

21 Reimann, Bruno W.: Hochschule zwischen Kaiserreich und Diktatur, in: Knigge-Tesche, Renate (Hg.): Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1999, S. 11–25, hier S. 34f.

um glühende NSDAP-Anhänger gehandelt hatte, sind in der Regel frei von politischen Äußerungen. So sind schriftlich vorliegende Quellen recht selten, an denen die politische Einstellung der Medizinprofessoren in den letzten Jahren der Weimarer Republik belegt werden kann. Eine Ausnahme bildet hier der Komplex »Zwangssterilisation«, der von den meisten Medizinerinnen als »unpolitisch« angesehen wurde, zweifelsfrei aber den Einstieg in die »Blut und Boden«-Ideologie der Nationalsozialisten bildete und wahrscheinlich für einige Kieler Hochschullehrer 1933 die Brücke zum Übertritt in das ansonsten von ihnen mit Vorbehalten betrachtete nationalsozialistische System gebildet haben könnte.

Etwas mehr Hinweise könnte eine Betrachtung der Ordinarien nach ihren öffentlichen Voten in Zeitungsanzeigen für Hitler geben. Die öffentliche Unterstützung für die Wahl der NSDAP (Liste<sub>1</sub>) durch 22 (von insgesamt 52) Professoren<sup>22</sup> und Dozenten der Kieler Medizinischen Fakultät erfolgte erst im März 1933 wenige Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933. Sie dürfte aber auch im Hinblick auf die Zeit vor 1933 so zu interpretieren sein, dass nicht ein wirklicher plötzlicher Meinungsumschwung nach dem 30. Januar 1933 stattgefunden hatte. Die Kieler Medizinordinarien, denen bis Sommer 1932 in Preußen verboten war, der NSDAP beizutreten,<sup>23</sup> nahmen sich nun das Recht heraus, ihre Einstellung auch öffentlich deutlich zu machen. Von den Lehrstuhlinhabern der Kieler Medizinischen Fakultät waren immerhin sechs mit dabei, nämlich Aichel, Anschütz, Dold, Heine, Schittenhelm und Schröder.<sup>24</sup> Inwieweit bei ihnen wirkliche Überzeugung (Schittenhelm, Dold, Schröder), ein gutes Stück Opportunismus (Aichel) oder auch nur politisches Unverständnis nationalliberaler Republikgegner (Anschütz, Heine) eine Rolle gespielt haben mag, wird sich heute nur noch schwer mit Sicherheit feststellen lassen. Ihr weiteres Verhalten in der Zeit des

22 Lohff, Grundgedanken, S. 217.

23 Den preußischen Beamten wurde mit dem »Radikalerlass« v. 25.6.1930 unter Hinweis auf ihre besondere Treueverpflichtung gegenüber dem Staat die Teilnahme, Betätigung und Unterstützung von KPD und NSDAP verboten. Morsey, Rudolf: Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: König, Klaus/Laubinger, Hans-Werner/Wagener, Frido (Hg.): Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag am 26. Februar 1977, Köln et al. 1977, S. 111–134, hier S. 116.

24 Von den übrigen Professoren und Dozenten unterschrieben Alfred Beck, Anton Bichlmayr, Walter Dieter, Robert Kefler, Kurt Lindemann, Lothar Löffler, Hugo Meyer, Heinz Gerhard Riecke, Fritz Schellong, Fritz Tiemann, Fritz Specht, Arthur Schulz, Harald Siebke, Walter Stockinger, Friedrich Weigmann, Kurt Wolff, fast alle Personen, die in der Folgezeit durch ihr mehr oder weniger überzeugtes Eintreten für den Nationalsozialismus noch in Erscheinung treten werden.

Nationalsozialismus spricht für die hier wiedergegebene Einschätzung. Ob einer von ihnen zu diesem Zeitpunkt ahnte, dass die Unterschriften zu diesem Zeitpunkt halfen, ein noch nicht stabiles Regime zu stützen, dessen ultimative ideologisches Ziel in rassistisch begründetem Völkermord und expansionistischem Imperialismus bestand, dürfte verneint werden können. Vieles spricht aber dafür, dass gerade die etablierten Medizinprofessoren sich nicht die Mühe gemacht hatten, Hitlers kaum misszuverstehendes, in schwülstigem Pathos geschriebenes Machwerk »Mein Kampf« zu lesen. Die über 60-Jährigen, aus deren Kreise einige Unterzeichner kamen, waren 1933 in der Medizinischen Fakultät Kiel die größte Gruppe mit 50 Prozent der Ordinarien.<sup>25</sup> Bei keinem dieser Professoren ist in den ihm verbleibenden (wenigen) folgenden Jahren ein Engagement für die NSDAP festzustellen, wobei Rudolf Höber auf Grund seiner politischen Einstellung wie auch des weiteren Geschehens ohnehin aus dieser Betrachtung herausfällt. Die 50- bis 59-Jährigen stellten 1933 wie auch die unter 50-Jährigen mit vier Professoren je 25 Prozent.<sup>26</sup> Ihre Einstellungen waren inhomogen, variieren auch in den verschiedenen Phasen der Zeit des Nationalsozialismus und werden nach themenbezogenen Einzeldarstellungen in Kapitel 7 systematisiert zusammengefasst.

Über das schwer Belegbare hinaus gibt es jedoch einige Indizien für die politische Haltung einiger Professoren, so z. B. des Physiologen Rudolf Höber. Bei diesem hervorragenden Hochschullehrer handelte es sich parteipolitisch um einen Wissenschaftler mit deutlicher Distanz zur den Nationalliberalen und noch größerer zu den Nationalsozialisten. Die Zeit Höbers von 1915 bis zu seiner zwangsweisen Emeritierung als Leiter des Physiologischen Institutes Kiel 1933, die »Ära Höber«, wird als »Blütezeit des Institutes« beschrieben.<sup>27</sup> Er hatte, wohl als Einziger der Kieler Medizinprofessoren, Anfang 1933 zeitweise der Deutschen Demokratischen Partei<sup>28</sup> und dem Reichsbanner angehört, Gliederungen, die mehr dem linken Flügel des politischen Spektrums der Weimarer Republik zugerechnet werden. Die von ihm mit einem gewissen Unbehagen

25 Aichel, Anschütz, Hentze, Jores, Klingmüller, Höber, Heine, Ziemke.

26 Jünger als 60 Jahre: Dold, Schittenhelm, Seiffert, Sterz, sowie jünger als 50 Jahre: Benninghoff, Schröder, Külz, Rominger.

27 Nitsche, Barbara: Die Geschichte des Physiologischen Instituts der Universität Kiel in der Zeit von 1911 bis 1933, Kiel 2002, S. 2.

28 Die Deutsche Demokratische Partei (kurz DDP) war eine linksliberale Partei der Weimarer Republik, die an fast allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt war. Vor der Reichstagswahl 1930 vereinigte die DDP sich mit der Volksnationalen Reichsvereinigung, die zum konservativ-antisemitischen Jungdeutschen Orden gehörte. Der neue Parteiname war Deutsche Staatspartei (DStP). Die DStP wurde am 28. Juni 1933 aufgelöst. (Stang, Joachim: Die Deutsche Demokratische Partei in Preussen 1918–1933, Düsseldorf 1994, S. 353 ff.).

angenommene Wahl zum Rektor 1930/31 zeigte, dass er über Respekt der großen Mehrheit seiner Kollegen verfügte.<sup>29</sup> Als Rektor hatte er in einer kritischen Situation Stehvermögen gezeigt und nationalsozialistische Studenten durch konsequentes Vorgehen in ihre Schranken gewiesen.<sup>30</sup> Diese entschiedene Haltung wurde ihm von der unter nationalsozialistischer Führung stehenden Freien Studentenschaft übel genommen. Sie übte Solidarität mit den Bestraften.

Ein anderer Medizinprofessor mit Distanz zum nationalsozialistischen Regime war der Pharmakologe Fritz Külz. Er galt als humorvoller, geistreicher Mensch, fähig zu offener Kritik und erfüllt von echtem liberalem Geiste.<sup>31</sup> Berufungen nach Marburg und Düsseldorf (1931) sowie Hamburg (1932) lehnte er ab. Er fühlte sich also offenbar in seinem Amt in Kiel wohl. Er gehörte als einziger Kieler Mediziner zu den Professoren, die 1932 in den Kieler Nachrichten vom 8. und 9. April 1932 einen Aufruf für die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten unterzeichneten, sich also gegen Hitler aussprachen.<sup>32</sup> Eine Bestätigung dafür, dass er keine Sympathien für den Nationalsozialismus hegte, könnte man auch der Tatsache entnehmen, dass er nach Erscheinung und »Herrschaftsübernahme« von Hanns Löhr sich 1935 doch entschied, einem Ruf als Ordinarius für Pharmakologie nach Frankfurt zu folgen. Der NSDAP gehörte Külz zu keinem Zeitpunkt an.<sup>33</sup>

Schwieriger ist die politische Position schon bei dem mit 43 Jahren im Jahre 1933 jüngsten ordentlichen Professor der Fakultät, Alfred Benninghoff, zu bestimmen. Er war innerhalb der universitären Selbstverwaltung durchaus aktiv, engagierte sich z. B. als Mitglied des Senats, war, so wie die meisten seiner Kollegen, nationalliberal eingestellt, jedoch ohne Sympathien für die Nationalsozialisten erkennen zu lassen. Vieles spricht dafür, dass diesem hervorragenden Anatomen seine Wissenschaft und seine Bücher viel zu wichtig waren, als dass er sie durch politische Festlegungen gefährdet

29 Nitsche, S. 75. Er empfand das Amt als »eine Art Abschied von der Wissenschaft«

30 Als die Vertreter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) nicht vor einer Verunglimpfung des emeritierten Professors für praktische Theologie Otto Baumgarten beim Bach-Fest im Oktober 1930 zurückschreckten, trug er entscheidend mit dazu bei, dass die Immatrikulation des NSDStB-Hochschulgruppenführers verweigert und der Ferienvorsitzende der Freien Studentenschaft vom Studium ausgeschlossen wurde. Als Rektor war er Vorsitzender der Kommission gewesen, die die nationalsozialistischen Studenten ausgeschlossen hatte.

31 Kroker-Wawrzinek, Cornelia: Die Entwicklung der Pharmakologie und des Pharmakologischen Institutes der Kieler Christiana Albertina (1855–1964), Kiel 1977, S. 46.

32 Hofmann, S. 81.

33 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Eidesstattliche Erklärung Fritz Külz v. 11.11.1946.

hätte. Benninghoffs politische Position am Ende der Weimarer Republik kann aufgrund der Quellenlage nur mit Unterlagen aus der Zeit nach 1933 eingeschätzt werden. Er war während seiner Kieler Zeit nicht in die NSDAP eingetreten, opponierte aber auch nicht gegen das Regime.<sup>34</sup> Er wurde bei Berufungsverfahren trotz seiner herausragenden wissenschaftlichen Leistungen wegen »politischer Unzuverlässigkeit« übergangen<sup>35</sup> und 1935 vom Kieler Dekan Löhr als »liberalistisch, judenfreundlich und konfessionell gebunden« beim Sicherheitsdienst des SS denunziert.<sup>36</sup> Dies hinderte den in Angelegenheiten der Fakultät unerfahrenen Nationalsozialisten Löhr allerdings nicht daran, den in diesen Fragen versierten Benninghoff für fast die gesamte Zeit seines eigenen Dekanats vom Sommersemester 1935 bis zum Weggang Benninghoffs aus Kiel Ende 1940 nach Marburg zu seinem Prodekan zu machen.<sup>37</sup> Eine Position, die Benninghoff soweit erkennbar trotz mancher schwer erträglicher Kollisionen mit Löhr pflichtbewusst und loyal ausfüllte.<sup>38</sup> Sicher scheint, dass der Kinderarzt Erich Rominger, der Nervenarzt Georg Stertz und der Hals-Nasen-Ohrenarzt Alfred Seiffert dem nationalsozialistischen System reserviert bis ablehnend gegenüber standen.<sup>39</sup> Sie wurden dadurch während der nationalsozialistischen Herrschaft unterschiedlich stark,

34 Grundmann, Kornelia: Die Situation der Fakultät, in: Aumüller, Gerd et al. (Hg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im »Dritten Reich« (= Academia Marburgensis, Bd. 8), München 2001, S. 526–565, hier S. 541.

35 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Anlage 1 e, Erklärung Benninghoffs im Widerspruchsverfahren gegen die Entscheidung der Spruchkammer I v. 24.10.1946; Eidesstattliche Versicherung Fritz Külz v. 11.11.1946 in Sachen Benninghoff. Insgesamt hatte Benninghoff seit 1933 auf zehn Berufsungslisten gestanden.

36 Ebd., schriftliche Aussage Benninghoffs vor der Spruchkammer v. 24.10.1946.

37 In Marburg arrangierte er sich auf Anraten seines Nachfolgers Freerksen dann mit der NSDAP, trat ihr und dem NSLB bei und wurde sogar noch Gaudozentenführer. Hier dürften opportunistische Gründe bei dem um die Veröffentlichung seiner Lehrbücher in der Kriegszeit besorgten Anatomen im Vordergrund gestanden haben. UB Marburg Nachlass Benninghoff, Schriftliche Aussage Benninghoffs vor der Spruchkammer v. 24.10.1946.

38 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, passim.

39 Rominger: LASH Abt. 460, Nr. 4391, passim. Zu Stertz siehe Klaus Christiani: Georg Stertz (1878–1959), in: Ders. (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik 1901–2001, Kiel 2001, S. 31–39, hier S. 32 und Uhlig, Ralph (Hg.): Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nach 1933. Zur Geschichte der CAU im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation bearbeitet von Uta Cornelia Schmatzler und Matthias Wieben, Frankfurt a. M. et al. 1991, S. 122. Zu Seiffert vgl. Wegler, Christiane: Die Entwicklung der Oto-, Rhino- und Laryngologie an der Universität Kiel (1875–1960), Kiel 1978, S. 78–80.

aber nicht existentiell benachteiligt und konnten bis auf Stertz ihre Arbeit weitgehend unbehindert wahrnehmen.

Zu den mit den Vorstellungen des Nationalsozialismus sympathisierenden Professoren gehörte der Hygieniker Hermann Dold. Anlässlich der Reichgründungsfeier am 18. Januar 1931 hielt er eine Rede mit dem Titel »Wie steht es um den deutschen Volkskörper?«<sup>40</sup> Diese Thematik und besonders auch die Ausführungen Dolds hierzu waren in der sich ihrem Ende zuneigenden Weimarer Republik durchaus ungewöhnlich für einen Medizinprofessor, die dann auch eine kritische Reaktion des Kieler Ordinarius für Strafrecht, Rechtsgeschichte und Rechtsphilosophie Hermann Kantorowicz und einen daraus entstehenden Schriftwechsel hervorriefen.<sup>41</sup> Die Rede fiel in die Zeit des Rektorats Höbers. Der Mediziner Höber hatte die Auffassung vertreten, dass, nachdem mit Ernst Siemerling<sup>42</sup> seit Kriegsende nur einmal ein Ordinarius der Medizinischen Fakultät die Festrede zur Reichsgründungsfeier gehalten hatte, nun wieder ein Mediziner diese Aufgabe übernehmen sollte. Seine Anfragen bei Schittenhelm und Schröder wurden jedoch im November 1930 abschlägig beschieden.<sup>43</sup> Als Grund lässt sich vermuten, dass die beiden nationalliberalen, eventuell sogar schon latent nationalsozialistischen Mediziner keine Verpflichtung verspürten, diese wenig geliebte Pflicht zu übernehmen und ihrem Fakultätskollegen Höber die Ausübung seines Amtes zu erleichtern.<sup>44</sup> Vielleicht schien es ihnen auch nicht die Zeit zu sein, sich politisch öffentlich festzulegen. Für aufmerksame Beobachter befand sich die Weimarer Repu-

40 Dold, Hermann: Wie steht es um den deutschen Volkskörper? Rede zur Reichsgründungsfeier gehalten an der Christian-Albrechts-Universität am 18. Januar 1931, Kiel 1931.

41 Vgl. Kudlien, Fridolf: Ein Briefwechsel zweier Kieler Professoren aus dem Jahre 1931 und sein zeitgeschichtlicher Hintergrund in: *Medizinhistorisches Journal* 18 (1983), S. 338–348.

42 Ernst Siemerling (1857–1931) war ein deutscher Neurologe und Psychiater. Er veröffentlichte Arbeiten zur Neuroanatomie und Neuropathologie. Nach der Assistentenzeit in Berlin seit 1884 und der Leitung der Psychiatrischen Klinik in Tübingen seit 1893, nahm er 1901 einen Ruf nach Kiel auf den Lehrstuhl für Psychiatrische und Nervenkrankheiten und leitete für 25 Jahr die Psychiatrische und Nervenklinik (Scharrel, Helmut: Ernst Siemerling. Sein Leben und sein Werk, Kiel 2006, S. 1, 14 ff., 21).

43 LASH Abt. 47, Nr. 1308, p. 84–87, Schriftwechsel Rektor mit Schittenhelm und Schröder aus dem Okt./Nov. 1930.

44 LASH Abt. 47, Nr. 4235, p. 84–88. Die Gründe für die Absagen der beiden nationalliberalen Professoren Schittenhelm und Schröder waren fadenscheinig (Schittenhelm: Belastung durch Unterhandlung mit Wiener Ministerium für Unterricht wegen einer evtl. Übernahme der Wiener 1. Medizinischen Klinik, Schröder: Kein passendes Thema, auch habe er viel zu tun).

blick in einem sich beschleunigenden Niedergang und die zukünftige Entwicklung war nach dem ersten respektablen Sieg der NSDAP im September 1930 zwar vollstellbar,<sup>45</sup> aber bei weitem noch nicht gewiss. Höber musste daher auf Dold zurückgreifen, sonst hätte er einen Redner aus einer der anderen Fakultäten wählen müssen. Dold war, für einen Hygieniker der damaligen Zeit nicht ungewöhnlich, Anhänger der »Rassenhygiene«. So waren neben politischen Ausfällen zum Versailler Vertrag u. ä. in der Rede zur Reichsgründungsfeier 1931 in Kiel auch Dolds Auffassungen über Minderwertigkeit und Erbkrankheit zu hören. (s. a. 4.4.2). Seine Forderung, im Hinblick auf »minderwertiges erbkrankes Leben [...] den Mut aufzubringen, nicht bloß zu hegen und zu pflegen, sondern auch zu roden und zu jäten«<sup>46</sup> zeigt eine verhängnisvolle Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie, besonders, weil er für seine Vorstellungen eine wahre, weil »auf das Wohl des Ganzen gerichtete Humanität«<sup>47</sup> beanspruchte. Auch wenn zu vermuten ist, dass Dold am 18. Januar 1931 nicht an eine Tötung der Minderwertigen und Erbkranken gedacht haben wird, wie sie dann ab 1939 auf Befehl Hitlers im Rahmen der Aktion T4 in großer Zahl erfolgte, hat er mit den vorgetragenen Gedanken nicht nur geholfen, den Weg für die weitere Entwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus zu ebnet, sondern auch selbst den Schritt von der der Menschenwürde des Individuums verpflichteten westlichen Moral zur »Blut und Boden«-Ideologie der Nationalsozialisten getan. Er wurde zum Propagandisten der nationalsozialistischen »Moral«, einer »Moralität des Bösen«<sup>48</sup>, als deren eine grauenhafte Folge der nicht einmal ein Jahrzehnt später u. a. in den Kriegsgefangenen-, Konzentrations-, Vernichtungs- und Arbeitslagern erfolgte Mord an vielen Millionen Menschen gelten kann. Weitere Details aus seiner Biographie passen zu Dolds Vortrag. Seit dem Winterhalbjahr 1931/32 bot er die »Rassenhygiene« als Bestandteil der von ihm gehaltenen Magistralvorlesung im Vorlesungsverzeichnis an. Dold stand der NSDAP inhaltlich nahe, wurde jedoch erst, wie viele andere Hochschullehrer, zum 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP.<sup>49</sup> Er war der einzige Kieler Hochschullehrer, der die Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer »Deutsche Hochschullehrer

45 Die NSDAP wurde mit 18,3 Prozent zweitstärkste Kraft im Reichstag nach der SPD (mit 24,5 Prozent) und vor der KPD (mit 13,1 Prozent)

46 Dold, S. 15.

47 Ebd., S. 10.

48 Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.): Moralität des Bösen, Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009), Frankfurt a. M./New York 2009.

49 BArch R 4901, Nr. 13261, Personalkarteiblatt, NSDAP-Mitgliedsnummer: 2.733.928.

für Adolf Hitler« am 5. November 1932 im Völkischen Beobachter mit unterzeichnete. Hier erklärten die Unterzeichnenden: »Wir unterzeichnete deutsche Universitäts- und Hochschullehrer erklären heute erneut in aller Öffentlichkeit, daß wir nur in der Machtübernahme durch Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung die Möglichkeit sehen, der wachsenden Not und Verelendung des deutschen Volkes Einhalt zu gebieten. [...]«<sup>50</sup> Auch gehörte er zu 22 Professoren und Dozenten der Kieler Medizinischen Fakultät, die wenige Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 öffentlich für die Wahl der NSDAP (Liste 1) votiert hatten.

Der Anthropologe Otto Aichel trat der NSDAP zusammen mit seinem Assistenten Lothar Löffler im Herbst 1932 bei. Aichel und Löffler standen der Rassenpolitik der Nationalsozialisten nahe.<sup>51</sup> Beide gehörten wie Dold zu den Professoren, die die Erklärung im Völkischen Beobachter vom 3. März 1933 unterschrieben hatten. Aichel hatte eine mühsame Karriere hinter sich, die ihn bis zu seinem plötzlichen Tode Ende Januar 1935 nicht auf die Position eines ordentlichen Professors gebracht hatte. Auf Aichel und Löffler wird noch später einzugehen sein.

Die gegen die Weimarer Republik gerichtete antirepublikanische Haltung der ordentlichen Professoren mit antisemitischen Ressentiments wurde nur selten offen vertreten. Die Hochschullehrer zogen dem »Radauantisemitismus« einen mehr fühlbaren aber deutlich wahrnehmbaren »stillen Antisemitismus« vor.<sup>52</sup> So wird es auch bei den Kieler Medizinprofessoren gewesen sein. Es gab es in der späten Weimarer Republik wohl einen latenten Antisemitismus, der sich gegen die »Ostjuden« richtete, aber keinen gegen Kollegen, der über persönliche Abneigung hinausging. Der Antisemitismus des Nationalsozialisten war zunächst an Rassevorstellungen gebunden gewesen und hatte als solcher an Universitäten nie so recht Fuß fassen können. Da waren die nationalstaatlich-protestantisch-liberalen Vorstellungen bestimmend, die dem Fortkommen jüdischer Wissenschaftler jedoch nicht weniger im Wege standen.<sup>53</sup> Der einzige nach nationalsozialistischer Diktion mit einer jüdischen Mutter festzustellende »Halbjude« unter den Medizin-Ordinarien nach dem Ersten Weltkrieg war Rudolf Höber, auf dessen Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistungen bereits

50 Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler!, in: Völkischer Beobachter 5.11.1932, S. 3.

51 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 204–205, Schrb. Specht an Pg. Zeiss (1934 Referent im REM für Medizinische Fakultäten, s. a. S. 67) v. 30.8.1934.

52 Vgl. Grüttner, Universitäten, S. 69.

53 Hammerstein, Notker: Antisemitismus und deutsche Universitäten. 1871–1933, Frankfurt a. M./New York 1995, S. 75.

eingegangen wurde.<sup>54</sup> Sein Ansehen war durch seine vermeintliche Andersartigkeit in keiner Weise eingeschränkt, wie seine Wahl zum Rektor verdeutlichte. Trotzdem kann die Kieler Medizinische Fakultät nicht vom Vorwurf des Antisemitismus freigesprochen werden. Auch bei den Medizinern in Kiel dürfte die Bereitschaft, jüdische Wissenschaftler auf einen Lehrstuhl zu berufen, ziemlich gering gewesen sein,<sup>55</sup> wie ein Blick auf die Besetzung der Lehrstühle nach dem Ersten Weltkrieg beweist. Da jedoch die Zurücksetzung jüdischer Wissenschaftler unausgesprochen erfolgte,<sup>56</sup> gab es auch wenige Möglichkeiten, dagegen einzuschreiten. Unzweifelhaft gab es eine Benachteiligung jüdischer Wissenschaftler bei der Besetzung von Lehrstühlen.<sup>57</sup> Die Vorgänge um die Berufung Höbers auf den Kieler Lehrstuhl für Physiologie lassen den Verdacht antisemitischer Vorbehalte nicht unbegründet erscheinen. 1911 stand die Besetzung des Lehrstuhls nach dem Ausscheiden von Victor Hensen an.<sup>58</sup> Höber war wegen seiner besonderen Fähigkeiten als möglicher Nachfolger im Gespräch gewesen,

54 In diesem Zusammenhang ist der Vollständigkeit halber der Pathologe Otto Lubarsch (1860–1933) zu erwähnen. Er wurde spät, nämlich 1913 (bis 1917) im Alter von 53 Jahren (sic!) ordentlicher Professor in Kiel, ging dann bis zu seiner Emeritierung 1928 an die Charité nach Berlin. Er war jüdischer Herkunft, strikter Antisemit und bemühte sich aber intensiv um vollständige Integration in die preußische Gesellschaft: Er war protestantischen Glaubens, Korpsstudent, mit einer Offizierstochter verheiratet und 1890 Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes. (Skopec, Manfred, »Lubarsch, Otto«, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 261–262 [Onlinefassung]; online: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd117252891.html> [22.10.2012]; N.N.: Otto Lubarsch. Ein Vertreter der Konstitutionspathologie, online: [http://denkmaeler.charite.de/site/lubarsch/person/\[22.10.2012\]](http://denkmaeler.charite.de/site/lubarsch/person/[22.10.2012])). Von ihm ist sogar aus Berlin 1927/28 ein durch ihn verursachter antisemitischer Vorgang bekannt, der damals weite Wellen geschlagen hatte. (GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1767, Bd. 2, p. 185–196.) Er beging 1933 Selbstmord.

55 Hammerstein, S. 72.

56 Ebd., S. 73.

57 Vgl. Grüttner, Universitäten, S. 69f. Grüttner führt weiter aus, dass in Preußen 1924 bei 0,9 Prozent Bevölkerungsanteil fast 9 Prozent der Professoren zur jüdischen Religionsgemeinschaft gehörten, aber mit 4 Prozent nur relativ wenige eine planmäßige Professur hatten.

58 Christian Andreas Victor Hensen (1835–1924) war ein deutscher Physiologe und Meeresbiologe. Nach seiner Promotion 1859 lehrte er zunächst als Prosektor und von 1864 bis 1911 als Professor für Physiologie an der Universität Kiel. Seine Forschungsschwerpunkte waren die Anatomie und Physiologie der Sinnesorgane. Er führte den Begriff Plankton in die Meeresbiologie ein. Volbehr-Weyl, S. 80, Porep, Rüdiger: Der Physiologe und Planktonforscher Victor Hensen (1835–1924). Sein Leben und sein Werk (= Kieler Beiträge zur Geschichte der Medizin und Pharmazie Bd. 9), Neumünster 1970.

wurde aber aus »sonstigen Erwägungen« nicht für den Dreivorschlag vorgesehen.<sup>59</sup> Walter Stoeckel, Direktor der Kieler Universitätsfrauenklinik, machte in seiner 1966 veröffentlichten Biographie für die 1911 nicht erfolgte Berufung Höbers antisemitische Tendenzen verantwortlich. Er führt aus: »[...] Als der alte Physiologe Hensen zurücktrat, hätte sein Assistent Höber [...] Ordinarius werden müssen. Höber aber war Halbjude, man zog ihm Professor Bethe vor. Wenig später ging Bethe nach Frankfurt, und nun ließ sich Höbers Berufung nicht mehr umgehen.«<sup>60</sup> Stoeckel konnte das damalige Verfahren kritisieren, da er, als Bethe 1914 dem Ruf nach Frankfurt folgte, zum Kriegsdienst einberufen worden war und sich nur aus der Ferne in das Verfahren einbringen konnte.<sup>61</sup> Der Vorschlag der Fakultät sah merkwürdigerweise Höber erst an zweiter Stelle nach Wilhelm Trendelenburg (Innsbruck) vor, ohne dass eine Intervention Stoeckels in den Akten zu finden ist.<sup>62</sup> Hingegen votierten Hensen und Bethe, also die beiden bisherigen Inhaber der Direktorenstellung des Physiologischen Instituts für Höber an primo loco. Hensen wies in seiner abweichenden Stellungnahme auch darauf hin, dass Höber, wenn Trendelenburg, der einen Lehrstuhl in Innsbruck hatte, den Ruf nach Kiel bekäme, seinerseits die Professur in Innsbruck erhalte, er aber nicht riskieren könne, diese anzunehmen, da »in Inspruck (sic!) der kleinste Rest semitischen Bluts schaudern macht.«<sup>63</sup> Der ganze Vorgang hatte noch einen Dissens zwischen der Fakultät und dem damaligen Kurator Dr. Otto Müller zur Folge.<sup>64</sup> Diese Vorgänge wären nicht verständlich, wenn es nicht um etwas unausgesprochen Wichtiges gegangen wäre. Auch ein Schreiben des Kurators Müller an das Ministerium bestätigt den Verdacht des Antisemitismus bei der Entscheidung der Fakultät. Ihm ist zu entnehmen, dass Höber eine große Zukunft vor sich habe und er es nicht für angemessen halte, wenn Höber »hinter einer weniger leistungsfähigen Persönlichkeit nur um deswillen zurückstehen muss, weil er einen jüdischen Einschlag oder vielmehr eine jüdische Frau mit unangenehm empfundenen Eigenschaften hat«. Der Kurator führte dazu aus, dass sich Frau Höber nach seiner Kenntnis in der Medizinischen Klinik und in der Frauenklinik unmöglich gemacht habe.<sup>65</sup> Einer Aktennotiz ist zu entnehmen, dass Höber

59 LASH Abt. 47.6, Nr. 25, Wiederbesetzung der Professur für Physiologie 1864–1925, p. 18–36.

60 Stoeckel, Walter: *Erinnerungen eines Frauenarztes*, München 1966, S. 206.

61 LASH Abt. 47.6, Nr. 25, Wiederbesetzung der Professur für Physiologie 1864–1925, p. 18.

62 Ebd., p. 18–36.

63 Ebd., p. 24.

64 LASH Abt. 47.6, Nr. 15, p. 584, Protokoll der Medizinischen Fakultät Kiel v. 3.12.1914.

65 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit IV, Nr. 3, Bd. 6, p. 5. »Anstellung und Besoldung der Professoren der Medizinischen Fakultät der Universität zu Kiel 1915–1923«.

zusichern musste, dass seine Frau im Falle seiner Ernennung ihre bisherige Tätigkeit als praktische Ärztin einstellen würde.<sup>66</sup> Einiges spricht dafür, dass Antisemitismus in den Köpfen mancher Fakultätsordinarien Platz gefunden hatte. Jedenfalls hat es bis 1933 mit Ausnahme von Lubarsch keine weiteren Berufungen von »Nichtariern« auf einen Lehrstuhl der Medizinischen Fakultät Kiel gegeben, danach bis 1945 ohnehin und noch einige Jahre darüber hinaus auch nicht. Inwieweit die nahe liegende Berufung des 1922 mit dem Nobelpreis geehrten n. b. a. o. Professor Otto Fritz Meyerhof auf die Abteilungsleiterstelle im Physiologischen Institut des entpflichteten a. o. Professors der Physiologie und Physiologischen Chemie Friedrich Klein an Meyerhofs jüdischer Abstammung scheiterte, lässt sich heute nicht mehr feststellen.

### 2.3 Die politische Haltung der nicht beamteten Dozenten, Assistenten und Studenten

Maßvolle Reformversuche des bis 1930 als Referent, Staatssekretär und Minister maßgeblichen Mannes im preußischen Kultusministeriums, Carl Heinrich Becker, mit denen die absolute Macht der Ordinarien im Hochschulsystem bei Erhaltung der wesentlichen Merkmale der »Humboldtschen Universität« vermindert werden sollte, scheiterten.<sup>67</sup> Der bereits erwähnte, von 1913 bis 1917 in Kiel tätige Berliner Pathologe Otto Lubarsch forderte in einer Denkschrift 1919 zwar eine materielle Besserstellung der Nichtordinarien, an den Rechten der ordentlichen Professoren wollte er sie jedoch nicht beteiligen.<sup>68</sup> Nach bei den Ordinarien geltender Auffassung gliederte sich der Lehrkörper in drei Stände: die Meister, Gesellen und Lehrlinge, nämlich die ordentlichen Professoren, die außerordentlichen Professoren und die Dozenten, ein System, dessen Zunftgeist bedeutete, dass die persönliche Bewertung des einzelnen nicht aus seinen Leistungen sondern den vorgegebenen, als selbstverständlich postulierten beruflichen Standeswerten abgeleitet wurde. Die Standesstellung räumte öffentlich-rechtliche Macht ein, die auch dazu verhalf, den hohl gewordenen Standeswert zu stützen. Das Ganze führt zu einem Akt fortwährender Selbstbestätigung aus den eigenen Wertvorstellungen: die ein hierarchisch-autoritäres Standessystem mit einer sich als

66 Nitsche, S. 44.

67 Bleuel, S. 162–164.

68 Lubarsch, Otto: Zur Frage der Hochschulreform, Wiesbaden 1919, S. 177, zit. n. Bleuel, S. 165.

Elite verstehenden Führungsgruppe postulierte.<sup>69</sup> Die Universität erhielt ihren Auftrag weitgehend aus den Interessen ihrer elitären Lehrer.<sup>70</sup>

Die Stimmung der Studenten Anfang der Dreißiger Jahre war gekennzeichnet durch die Auswirkungen der tiefgreifenden Gesellschafts- und Wirtschaftskrise. Krieg und Inflation hatten zu materiellen Einbußen geführt, die ein Studium in gesicherten Verhältnissen häufig nicht zuließen. Auch waren die Zukunftsaussichten bedrückend. Die Zahl der Hochschulabsolventen überstieg den Bedarf an akademischen Berufsanfängern um das etwa Zwei- bis Dreifache. Überfüllungskrise und Existenzangst waren die Folge.<sup>71</sup> Die deutschen Hochschulen befanden sich in einer schweren Krise, die sich aus einer Krise der Finanzierung, einer Legitimationskrise und einer Krise des akademischen Nachwuchses zusammensetzte. Die Finanzmittel der preußischen Hochschulen waren im Zuge der Weltwirtschaftskrise um ein Drittel reduziert worden. Die Kritik an der »Lebensabgewandtheit der Wissenschaft« kam nicht nur von den Nationalsozialisten. Die Zahl der Planstellen war kontinuierlich reduziert worden, während die in ungesicherten Verhältnissen lebenden akademischen Nachwuchskräfte stark zugenommen hatten. An den Medizinischen Fakultäten konnte nur ein Siebentel des Nachwuchses damit rechnen, einen Lehrstuhl zu erhalten.<sup>72</sup> Es bestand eine nachhaltige Furcht vor den jüdischen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt. Auch hierin dürfte ein wesentlicher Grund für den in der Studentenschaft verbreiteten Antisemitismus zu sehen sein.<sup>73</sup> Hinzu kam die verhängnisvolle Nähe vieler Studenten zu Nationalismus und völkischen Ideologien, die sich im letzten Drittel des 19. Jahrhundert innerhalb der Studentenschaft ausgebildet hatte und die ein zusätzliches Moment für den Anstieg des Antisemitismus darstellte.<sup>74</sup> Die Studenten in ihrer relativen Unabhängigkeit zwischen

69 Vgl. Bleuel, S. 167 f. Ein Beispiel sind auch die zahlreichen Jubiläumsbücher von medizinischen Instituten und Kliniken und einschlägige Dissertationen der Medizinischen Fakultät, in denen kritische Äußerungen zur Zeit des Nationalsozialismus bis Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fast gar nicht und wenn, dann nur beschönigend und in fast paradoxer Kürze zu finden sind.

70 Bleuel, S. 171.

71 Grüttner, Studenten, S. 24.

72 Grüttner, Universitäten, S. 72. Allerdings konnten Ärzte immer noch eine Stellung in Krankenhäusern und in der freien Praxis finden, Tätigkeiten, die in der damaligen Zeit auf Grund schlechter Bezahlung nicht sehr attraktiv waren.

73 Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975, S. 145 ff.

74 Grüttner, Studenten, S. 25.

einerseits der Zeit im Elternhaus und andererseits der nach dem Studium folgenden beruflichen und familiären Verantwortung hatten stets ein großes Maß an Selbstbestimmung und waren besonders für radikale Ideologien empfänglich. Die Situation vieler Studenten am Ende der Weimarer Republik machte sie schon in den Jahren vor 1933 zu Parteigängern der NSDAP.<sup>75</sup> In der NSDAP der Weimarer Republik waren die Studenten zwar keine zahlenmäßig große Gruppe, aber bezogen auf ihren Anteil in der Bevölkerung mit 3–4 Prozent überrepräsentiert.<sup>76</sup> So wundert es nicht, dass es dem 1926 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) nach anfänglichen Schwierigkeiten schnell gelang, eine Infrastruktur zu schaffen, auf deren Grundlage ein erfolgreiches Wachstum stattfinden konnte.<sup>77</sup>

Ein deutlicher Wandel nicht nur in die Kieler Verhältnisse der Studentenschaft ergab sich aus dem gescheiterten Versuch des preußischen Kultusministers Becker, die deutsche Studentenschaft 1927 zu einer Verfassung zu zwingen, die den Grundsätzen der Weimarer Republik entsprach. Auf Beschluss des preußischen Landtages forderte Becker im Dezember 1926 die preußischen Studentenschaften ultimativ auf, entweder die rassistischen Studentenschaften auszuschließen, oder dafür zu sorgen, dass alle auslandsdeutschen und jüdischen Studierenden Zugang zu den Studentenschaften erhielten. Eine dementsprechende Verordnung des preußischen Kultusministeriums hatte an den preußischen Universitäten eine Urabstimmung zur Folge, in der sich 77,6 Prozent der Studenten dagegen aussprachen.<sup>78</sup> Daraufhin löst der preußische Kultusminister die verfassten Studentenschaften in Preußen auf.

Dies war die Stunde des NSDStB. Zwar war der Anteil der Studierenden, die bis 1933 Mitglied des NSDStB wurden, mit ca. 4–5 Prozent verhältnismäßig klein, aber er fand Anhänger und wurde gewählt. Untersuchungen in den Universitäten Freiburg und Würzburg kamen zu dem Ergebnis, dass vor allem Medizinstudenten die Stütze des rechtsradikalen Lagers einschließlich des NSDStB bildeten.<sup>79</sup> In diesem Zusammenhang ist auch der Erfolg der NSDStB-Hochschulgruppe in Kiel zu sehen, die als erste 1927 die Mehrheit bei Asta-Wahlen gewann und die Führung der Kieler Studen-

75 Vgl. Grüttner, Universitäten, S. 72.

76 Grüttner, Studenten, S. 20.

77 Vgl. ebd., S. 20f.

78 Ebd., S. 27; vgl. Heiber, I, S. 44f.

79 Kreuzberger, Wolfgang: Studenten und Politik 1918–1933. Der Fall Freiburg im Breisgau (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 2), Göttingen 1972, S. 158. Spitznagel, Peter: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927–1933, Würzburg 1974, S. 245f.

tenschaft übernahm. Reinhard Sunkel und Joachim Haupt<sup>80</sup> gründeten zusammen mit weiteren 18 Studenten, darunter auch drei Medizinstudenten, die NSDStB-Hochschulgruppe Kiel, die in der Folgezeit bis zur Machtübernahme die Führung und Initiative in der Kieler Studentenschaft nicht aufgab und in der ersten Hälfte 1933 in Kiel den Zündsatz für die »nationale Revolution« bildete.

Das Studium der Medizin ließ schon damals denjenigen Studenten, die ohne große Zeitverluste zu einem Abschluss kommen wollten, wegen der Strukturierung und Dichte des Lehrangebots wenig Raum für ein außerhalb des Studiums liegendes längerfristiges Engagement. Wegen dieser zeitlichen Einengungen durch das Korsett ihres Studiums ist die Zahl der aktiv für die Nationalsozialisten in Erscheinung tretenden Medizinstudenten auch hier eher bescheiden. Es handelte sich 1927 um die Kandidaten der Medizin Hubert Uphoff, Franz Theine und Paul Dengel. Bei den ersten beiden Studenten liegen lückenhafte Angaben über ihr weiteres Leben im Nationalsozialismus vor, über Dengel ist Näheres nicht bekannt: Hubert Uphoff, 1901 als Sohn eines

80 Reinhard Sunkel (1900–1945), 1930 Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Ortsgruppen- und Kreisleiter der NSDAP Kiel, war im Mai 1933 im Preußischen Kultusministerium Ministerialrat, wurde im Sommer 1934 als Rusts persönlicher Adjutant Ministerialdirektor und blieb Chef des Ministeramts bis April 1936. Seine Karriere endete 1936 wegen einer jüdischen Urgroßmutter, die ihn nach den Nürnberger Rassegesetzen zum »Mischling 2. Grades« machte. 1939 meldete er sich freiwillig zur Wehrmacht. Er nahm sich am 8.5.1945 das Leben. (Siehe hierzu: Jasch, Hans-Christian: Das preußische Kultusministerium und die »Ausschaltung« von »nichtarischen« und politisch mißliebigen Professoren an der Berliner Universität in den Jahren 1933 bis 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07. April 1933, in: forum historiae juris 25.8.2005, online: <http://www.forthistur.de/zitat/0508jasch.htm> [25.12.07]).

(Dr. phil.) Joachim Haupt (1900–1989), trat bereits 1922 der NSDAP bei, wurde 1933 Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium, 1934/35 Inspekteur der Landesverwaltung der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Preußen und 1934 Vorsitzender der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft. Im November 1935 wurde Haupt auf Drängen Himmlers von Rust wegen des Vorwurfs der Homosexualität entlassen, im Oktober 1935 durch die Gestapo verhaftet, und nach langen Prozessen 1938 aus der NSDAP ausgeschlossen. Er diente während des 2. Weltkriegs in der Wehrmacht, wurde 1945 bis 1947 interniert und war danach als Lehrer tätig. (hierzu auch: Jessen-Klingenberg, Manfred: Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft 1933–1945. Intrigen, Krisen, Kriegseinsatz; in: Prahl, Hans-Werner/Petersen, Hans-Christian/Zankel, Sönke (Hg.): Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel und der Nationalsozialismus, Bd. 2, Kiel 2007, S. 61–98, hier S. 66; Paustian, Matthias: Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt Plön 1933–1945, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 26 (1994), S. 3–100, Fn. 82, online: <http://www.akens.org/akens/texte/info/26/94.html#82> [8.12.07]; ferner Jasch).

Werkmeisters geboren, hatte im März 1930 sein Staatsexamen bestanden. Nach einer Zeit als Assistenzarzt in der Pathologie des Städtischen Krankenhauses Kiel, der Landesheilstation in Schleswig sowie der inneren und äußeren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Schleswig war er im Jahre 1933 zum Zeitpunkt der Abgabe seiner medizinischen Dissertation Volontär-Assistent in der Universitäts-Frauenklinik in Kiel.<sup>81</sup> 1935 eröffnete er eine eigene Praxis in Süsel. Er hatte sich in seinem weiteren Leben durchaus mit dem nationalsozialistischen Regime zu seinem Vorteil arrangiert.<sup>82</sup> Franz Theine wohnte zusammen mit Haupt und Sunkel in der Fichtestraße 2, er in der dritten, die beiden anderen in der zweiten Etage, es gab also eine räumliche Nähe zu den beiden Protagonisten des Erfolges der Nationalsozialisten in der schleswig-holsteinischen Studentenschaft.<sup>83</sup> Theine wurde in Haupts Führungsteam an eher unbedeutender Stelle als Leiter der Akademischen Lesehalle in der Seeburg eingesetzt. Über Theine ist im Einzelnen für die Zeit von 1933 bis 1945 wenig aufzufinden, seine Karriere im Nationalsozialismus kann aber so ganz glanzlos nicht gewesen sein, da er am 10. April 1945 als Kreisleiter des NSDAP in der »Thüringer Gauzeitung« mit dem Aufruf zu finden ist: »Erfurter, werdet nicht mutlos! Für Feiglinge ist kein Platz in unserer Stadt. Je näher der Feind, desto unbeugsamer unsere Haltung«<sup>84</sup>. Er hatte es also nicht nur geschafft, Karriere in der NSDAP zu machen, sondern sein nationalsozialistischer Fanatismus reichte sogar noch zu einem derart sinnlosen Aufruf wenige Tage vor Eintreffen der Amerikaner in Erfurt aus. Paul Dengel hatte sich in den Schleswig-Holsteinischen Hochschulblättern 1927 mit deutlich antisemitischem Tenor gegen die Vorstellungen Beckers ausgesprochen und Zahlen unterbreitet, mit denen er beweisen wollte, dass die Beckersche Forderung z. B. in Wien eine deutsche Studentenschaft mit 30–40 Prozent »Konfessionsjuden« zur Folge haben würde.<sup>85</sup>

81 Uphoff, Hubert: Zehn Jahre abdominale Schnittentbindung, Leipzig 1933, Lebenslauf.

82 LASH Abt. 460.3, Nr. 163, Entnazifizierungsakte: 1934 Mitgliedschaft in der Allgemeinen SS als Sanitätsoberscharführer, 1935 Reichskolonialbund, 1937 Beitritt zur NSDAP, Ende August 1939 bis Anfang 1943 Sonderführer Marineamt A, 1941 NSDÄB, Militärverwendungen als Assistenzarzt in der Kriegsmarine u. a. 1943/44 in Griechenland, 11.6.1945 bis 2.1947 Internierung durch die Militärregierung in Neumünster und Eselsheide, am 24.2.1947 unter der Kategorie IV a aus der Internierung entlassen.

83 Foto von Vertreter der NS-Studentenschaft anlässlich des Besuchs von Joseph Goebbels am 28.6.1927 in Kiel mit einer Aufstellung der Namen und Adressen der auf dem Foto gezeigten Personen. Diese Unterlage verdanke ich Egbert Manthey (1957–2009), Kiel.

84 Pietersen, Pit: Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte. Terroristische Bombenangriffe auf Deutschland und Europa 1939–1945, Norderstedt 2006, S. 403.

85 Ebd., S. 68.

Nach Auflösung der staatlich anerkannten Kieler Studentenschaft wurde die Freie Kieler Studentenschaft gegründet und am 28. März 1928 als akademischer Verein an der Christian-Albrechts-Universität genehmigt. Nach einem Bericht des Kurators Dr. Max Sitzler an das Preußische Kultusministerium war das Verhalten des Vereins in den Jahren 1928/29 »im großen und ganzen gemäßigt«. Der Verein lege Wert darauf, positiv mitzuarbeiten. 1929/30 änderte sich das Bild, weil nationalsozialistische und rechtsradikale Studierende im Verein die Überhand gewannen. Störungen der von der Universität veranstalteten Verfassungsfeier führten im Juli 1929 zur schärfsten Missbilligung des Vorstandes der Freien Studentenschaft durch den Senat, im folgenden Wintersemester gab es weitere Konflikte, die letztlich dazu führten, dass der Kieler Freien Studentenschaft am 24. Februar 1930 auf Senatsbeschluss die Anerkennung entzogen wurde.<sup>86</sup> Im weiteren Verlauf des Jahres 1930 kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen dem NSDStB und den Korporationen. Grundlage dafür war eine Absprache, dass sich der Zusammenschluss, die Freie Studentenschaft, jeder parteipolitischen Betätigung enthalten sollte. Der NSDStB hielt diese Vereinbarung jedoch nicht ein, wie die bereits erwähnte Verunglimpfung des emeritierten Professors für praktische Theologie Otto Baumgarten beim Bach-Fest im Oktober 1930 zeigte.

86 LASH Abt. 47, Nr. 1951, p. 61 f.



### 3. Hoffnung, Resignation und Unterwerfung

#### 3.1 Die Medizinische Fakultät Kiel in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933

##### 3.1.1 Die politische Situation in Kiel nach der Machtübernahme

Nach dem 30. Januar 1933 war auch für die Ordinarien der Medizinischen Fakultät Kiel eine Überprüfung der eigenen Positionen, insbesondere des Umgangs mit der jetzt an der Macht befindlichen, früher eher gemiedenen NSDAP erforderlich. Dazu bedurfte es einer Neubestimmung der eigenen Lage und taktischer Überlegungen, wie den neuen Verhältnissen zum Vorteil der Fakultät und ihrer entscheidenden Träger, den Lehrstuhlinhabern und Direktoren der Kliniken und Institute, begegnet werden könnte. Die Einstellung der in Fragen der praktischen Politik weitgehend unerfahrenen, aber in ihrer Anpassungswilligkeit an die gesellschaftlichen Machtverhältnisse durchaus pragmatisch denkenden Medizinprofessoren war sehr stark durch die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen und damit Medien beeinflusst. Sie sorgten für die Vermittlung aktueller politischer Informationen. In Kiel gab es neben Radio-sendungen als Printmedien die Kieler Neuesten Nachrichten, die sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung und die kommunistische Norddeutsche Rundschau.

Die in den konservativen Kreisen Kiel am weitesten verbreitete Tageszeitung waren die Kieler Neuesten Nachrichten (KNN). Sie wird von den meisten Professoren schon wegen der Notwendigkeit, als Kliniks- oder Institutsdirektor über lokale Ereignisse informiert sein zu müssen, zumindest oberflächlich gelesen worden sein, so dass ihre Nachrichten und Kommentare eine wesentliche Grundlage für die Meinungsbildung der Hochschullehrer bildeten.<sup>1</sup> Die KNN war 1932 in die Reihe der nationalsozialisti-

1 Vgl. Dronske, Kerstin: Kultur und Politik in Kiel 1933–1937, in: MKStG, 69(1984), S. 142–176, hier S. 144. Die sozialdemokratische gelenkte Volkszeitung wie auch die kommunistische Norddeutsche Rundschau kamen für die politische Information der mehrheitlich nationalliberal oder sogar latent nationalsozialistisch eingestellten Mediziner nicht infrage. Sie waren auch bereits ab Mitte Februar 1933 verboten.

sche Propaganda vermittelnden Zeitungen eingeschwenkt.<sup>2</sup> So konnten sich die Kieler Medizinprofessoren aus ihr nur ein verfälschtes Bild über die politische Entwicklung verschaffen. Trotzdem musste bei ihnen im Februar/März 1933 der Eindruck entstanden sein, dass Widerstand gegen das sich etablierende Regime gefährlich und wohl auch zwecklos sei. Die Nachrichten über die brutalen Maßnahmen der SA und SS in Kiel zur Sicherung der gerade errungenen, noch nicht sehr stabilen Herrschaft der NSDAP waren geeignet, jeden Widerstand gegen die mit Gewalt in der Region erfolgende Machtübernahme der Nationalsozialisten als bedrohlich für das eigene Leben erscheinen zu lassen. Am 11. März 1933, einen Tag vor den reichsweit angeordneten Kommunalwahlen erfolgte eine Besetzung des Kieler Rathauses durch SA und SS. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Emil Lueken wurde abgesetzt. Der Kreisleiter der NSDAP Kiel Walter Behrens übernahm vor den anwesenden Vertretern des Magistrats, Abteilungsleitern sowie Vertretern der Beamten »bis auf weiteres« die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters. Die von den Nationalsozialisten gezeigte Unverfrorenheit im Umgang mit der Verfassung und die in den Kieler Neuesten Nachrichten besonders widerwärtig betriebenen Verleumdungen der Kieler Stadtvertreter, die sich nicht zur »nationalen Bewegung« bekannt hatten, zahlreiche Verhaftungen sowie, als Höhepunkt des Terrors im März 1933, die Ermordung des jüdischen Rechtsanwaltes und SPD-Mitgliedes Wilhelm Spiegel in der Nacht zum 12. März<sup>3</sup> waren markante Ereignisse der »Machtergreifung« in Kiel. Der »Tag von Potsdam« förderte vielleicht noch einmal die Illusion einer Symbiose von nationalem Traditionsbewusstsein und nationalsozialistischem Revolutionswillen. Mit ihm wurde die Vorstellung einer durch nationalkonservative Kräfte in einer Koalition zähmbaren NSDAP beschworen und aufkeimende Besorgnisse zurückgedrängt.<sup>4</sup> Dagegen standen nahezu täglich in den Kieler Neuesten Nachrichten Berichte über den allgemeinen Terror der SA im Reichsgebiet, den vorauseilenden Gehorsam des Bürgertums und besonders auch der Funktionseleiten. Begleitend dazu fand in der Universität aus der Sicht der Ordinarien

2 Haese, Ute/Prawitt-Haese, Torsten: Die Kieler Presse in den Nachkriegsjahren, in: MKStG, 79 (1995–1999), S. 81–128, hier S. 82.

3 Salewski, Michael: Kiel im März 1933, in: MKStG 68 (1983), S. 173–200, hier 175 f. :Wilhelm Spiegel war Verteidiger des Chefredakteurs der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in einem von Hitler angestregten Prozess gewesen.

4 Bracher, Karl Dietrich: Stufen der Machtergreifung, in: Bracher, Karl-Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Bd. 1, Köln/Opladen 1960, S. 212.

bisher nicht Dagewesenes statt: Vorgänge wie der Studententerror gegen missliebige Lehrkräfte, die zunehmende Macht der bislang ohnmächtigen Vertreter der Dozenten, das nicht erwartete, dem Nationalsozialismus wohlgesonnene Verhalten Einzelner, wie z. B. des Medizinprofessors Alfred Schittenhelm und des als Dozentenführer plötzlich mächtig gewordenen Assistenten in der Anthropologie Lothar Löffler. Auf der anderen Seite kam es in dieser Situation neben dem Gefühl der Ohnmacht – wie es Salewski allgemein für die autoritär-konservative Elite des Reiches ausführt – auch bei Medizinprofessoren, die oft antidemokratisch eingestellt waren, »zu einer teilweisen Kongruenz der Interessen [mit der NSDAP, d. Verf.], die zwar keine gemeinsame Grundlage besaß, in der politischen Alltagspraxis aber außerordentlich wirksam war, wenn es darum ging, das ungeliebte System von Weimar zu verändern oder ganz abzuschaffen.«<sup>5</sup>

Anfangs hatten die Vertreter der Fakultät aber noch nicht die Zeichen der Zeit erkannt. Sie wollten die gewohnten Bahnen nicht verlassen und sich den neuen Verhältnissen nur dort beugen, wo es zu den eigenen Vorstellungen passte. Anders ist es nicht zu verstehen, dass noch am 6. Februar 1933 wie vorgesehen der Pathologe Leonhard Jores mit 15 Stimmen routinemäßig zum Dekan gewählt worden war. Jores stand, 67-jährig, für das Jahr 1934 zur Emeritierung an. Ihm war – nach den bis dahin und nach 1945 wieder geltenden Vorstellungen – mehr als anderen die zwar mit Ehren, aber auch Mühen und Zeitaufwand verbundene Tätigkeit eines Dekans zuzumuten. Er konnte im letzten Jahr seiner Tätigkeit seine Forschungen ohnehin auslaufen lassen und hatte daher die Zeit für das Amt. Ihm fehlten jedoch die für die schwierige Zeit nach dem 30. Januar 1933 notwendige Führungskraft, mit der den immer unruhiger werdenden Studenten und den ständigen Angriffen der Nationalsozialisten auf Universität und Fakultät begegnet werden konnte. Nur durch eine Neupositionierung konnte jedoch der Versuch gewagt werden, mit einem gemeinsam von allen Kräften der Fakultät getragenen Konzept angemessene Antworten auf die sich anbahnenden radikalen Veränderungen zu finden.<sup>6</sup>

5 Salewski, Kiel im März 1933, S. 180.

6 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 140. Der gegen ihn kandidierende Benninghoff erhielt nur eine Stimme.

### 3.1.2 Die Durchsetzung der nationalsozialistischen Ziele in der Kieler Hochschulmedizin

Die prägenden Kräfte in der Medizinischen Fakultät waren bis zu den Veränderungen im Frühjahr 1933 die Instituts- und Klinikdirektoren, die die engere Fakultät (den späteren »Fakultätsausschuss«), das Beschlussgremium der Fakultät, bildeten. Angelegenheiten, die die Medizinische Fakultät betrafen, wurden in Kiel üblicherweise in etwa acht Sitzungen pro Jahr beraten. Ergebnisse konnten darin bestehen, eine Empfehlung an den Senat bzw. Rektor auszusprechen, eine Bitte oder Forderung an den Reichserziehungsminister zu richten oder aber in eigener Zuständigkeit über bestimmte Angelegenheiten der Lehre und Forschung zu beschließen. Entscheidungen über Doktorarbeiten, Habilitationen, Durchführung der Lehrveranstaltungen und Prüfungen wie auch die Erstellung der sogenannten Dreierlisten lagen autonom in der Hand der Fakultät. Angelegenheiten der Akademischen Heilanstalten betrafen nicht die Fakultät, sondern die einzelnen Klinikdirektoren, den Direktor der Heilanstalten und den Kurator.

Die Gleichschaltung der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität verlief nach Vorstellung der neuen Machthaber nicht unbedingt reibungslos und nahm geraume Zeit in Anspruch. Sie war eigentlich erst mit der Einsetzung von Hanns Löhner als Dekan abgeschlossen. Für Sand im Getriebe des sich etablierenden nationalsozialistischen Regimes sorgten – möglicherweise mitunter ungewollt – Personen vor Ort, die sich in der Illusion wogen, durch teilweises Einschwenken auf den Kurs der neuen Regierung die Freiheitsräume von Universität und Fakultät bewahren zu können, die nach dem Verständnis der Hochschullehrer untrennbar mit der Funktion einer leistungsfähigen Universität verbunden waren. Hierzu gehörten die meisten Lehrstuhlinhaber als traditionell die Arbeit der Fakultät bestimmende Personen. Sie waren, soweit sie nicht mit Hilfe des »Gesetzes zur Wiedereinsetzung des Beamten« von der Universität entfernt werden konnten, als Lebenszeitbeamten sowieso und zusätzlich auch in ihrer Masse unangreifbar, weil es einen großen Mangel an fachlich geeigneten Personen gab, die dem Regime genehm waren und sie hätten ersetzen können. Da 1933 selbst alle nationalsozialistisch engagierten Kieler Medizinprofessoren sich in erster Linie als Hochschullehrer und erst in zweiter Linie als NSDAP-Mitglieder empfanden, gab es direkt nach der Machtübergabe kaum Möglichkeiten für die nationalsozialistischen Parteistrategen, ihren Einfluss in der Medizinischen Fakultät Kiel über das hinaus, was ihnen die Fakultät und ihre maßgeblichen Mitglieder gewähren wollten, auszubauen. Das war für das nationalsozialistische Regime ein Zustand, der unter keinen Umständen hingenommen werden konnte. So mussten andere Wege seitens der neuen Machthaber gewählt werden, um möglichst ohne größere Friktionen die für das Regime so wichtigen Hochschulmediziner für die ideologischen Zielsetzungen

des NSDAP zu gewinnen oder – wenn das schon nicht möglich sein sollte – arbeiten zu lassen.<sup>7</sup> Nicht immer von der neuen Regierung geplant, politisch auch nicht ganz ohne Sorgen gesehen, ebneten die nationalsozialistischen Studenten, die in Kiel in der Freien Studentenschaft die Führung übernommen hatten, den neuen Machthabern den Weg. Auf studentische Terrormaßnahmen, wie Institutsbesetzungen, Bedrohung von missliebigen Professoren und anderen Personen der Universitätsverwaltung bis hin zur spektakulären Bücherverbrennung wird später noch einzugehen sein. Sie schafften im Rahmen der »nationalen Revolution« in den ersten Monaten nach dem 30. Januar 1933 im Einklang mit den gewaltsamen Übergriffen der SA und SS zusammen mit den nationalsozialistischen Dozenten und Assistenten ein Klima der Angst, das der Akzeptanz der aus dem Ministerium kommenden Umstrukturierungsmaßnahmen mit Einführung des Führerprinzips den Weg ebnete.

Am 24. April 1933 war vom preußischen Kultusminister Rust angeordnet worden, dass an den Universitäten, an denen seit dem 1. Februar keine Rektorenwahl stattgefunden hatte, Rektoren, Dekane und Senate spätestens nach Beginn des Sommersemesters neu gewählt werden müssten. Die Amtszeit sollte bis zum übernächsten ordnungsgemäßen Wahltermin gehen. Das Regime versuchte so, die Einführung des nationalsozialistischen Führerprinzips an der Universität behutsam vorzunehmen, um aufkeimende Widerstände, denen das Regime möglicherweise nicht gewachsen hätte sein können, gar nicht erst entstehen zu lassen. Aus diesem Grunde erfolgten Wahlen, die durchaus auch noch von den Vorstellungen der Nationalsozialisten abweichende Ergebnisse hätten ermöglichen können. An der Christiana Albertina wurde vom Konsistorium der Professor für physikalische Chemie und Nationalsozialist Lothar Wolf mit 53 von ins-

7 Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Verwaltungsstelle Schleswig-Holstein, Amtliche Mitteilungen: 3. Kampfansage an Liberalismus und Reaktion auf den Hochschulen, in: Ärzteblatt für Hamburg und Schleswig-Holstein 1 (1934), S. 44: Bezeichnend hierzu sind die Ausführungen des Leiters des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege, Dr. med. Walter Groß, anlässlich einer Tagung der Vertrauensleute der NSDAP am 14.1.1934. Nachdem schon der Reichsärztführer Gerhard Wagner den Zukunftsweg der medizinischen Lehrwissenschaft allein darin gesehen hat, das Primat des Nationalsozialismus als den Strahlenpunkt neuen deutschen Denkens und Lehrens anzuerkennen, stellte Groß fest, dass der nicht nationalsozialistische Wissenschaftler sich heute darauf zu beschränken habe, sein Fachgebiet zu lehren und die Fragen der Politik, der Geisteshaltung und der Weltanschauung denen zu überlassen, die vielfach oder sogar meistens ohne das Fachwissen der Akademie mehr davon verstehen.

gesamt 78 anwesenden Personen zum Rektor gewählt.<sup>8</sup> Am 26. April erfolgte – bereits zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres – die Wahl der Vertreter der Nichtordinarien und Dozenten in den Fakultätsausschuss der Medizinischen Fakultät. Neu kam neben den bereits am 12. Dezember 1932 gewählten Ärzten Arthur Schultz und Fritz Schellong der Anthropologe und fanatische Nationalsozialist Lothar Löffler in den Fakultätsausschuss.<sup>9</sup> Er wurde wenig später NS-Dozentenführer.

Die Medizinische Fakultät reagierte aus taktischer Sicht auf die Situation angemessen, zog offensichtlich gut abgestimmt in der Sitzung der Fakultät am 28. April 1933 die Konsequenzen aus den Entwicklungen und bewahrte sich so zunächst ihre Handlungsfreiheit. Die Sitzung der Fakultät war mit einem Beginn um 18.15 Uhr und einem Ende um 18.30 Uhr von bemerkenswerter Kürze. In ihr wurde unter Leitung von Dekan Fritz Külz – er war noch Dekan, da der Wechsel im Dekanat von ihm zu dem im Februar gewählten Jores routinemäßig erst am 24. Juni stattgefunden hätte – die Fakultätsspitze der Medizinischen Fakultät neu besetzt. Der Beschluss, Jores als Dekan einzusetzen wurde aufgehoben, neuer Dekan sollte der nationalsozialistisch fühlende und schon viele Jahre für die Rassenhygiene eintretende Dold mit 12 Stimmen gegen Benninghoff (3 Stimmen) werden.<sup>10</sup> In den Senat der Universität wurde Benninghoff mit 14 Stimmen gegen Schröder (1 Stimme) gewählt, sein Vertreter wurde Schröder mit 8 Stimmen gegen Schittenhelm (4 Stimmen). Aichel, Jores und Seiffert erhielten nur je eine Stimme. Damit war mit dem knapp 51-jährigen Dold ein vergleichsweise junger und eindeutig auf die NSDAP festgelegter Anhänger nunmehr Dekan der Medizinischen Fakultät Kiel.<sup>11</sup> Die Kürze der Sitzung lässt nur eine Schlussfolgerung zu: In Vorgesprächen hatte sich die Medizinische Fakultät auf die neuen Verhältnisse eingestellt. Mit Dold und Schröder wurden zwei sich zur NSDAP bekennende Mediziner in Führungspositionen gehoben, der politisch indifferentere Benninghoff wurde mit der nicht unwichtigen, aber die Möglichkeiten der Fakultät nicht so sehr beeinflussenden Position im Senat abgefunden. Er war sicher ein sympathischer Kollege, aber nicht der »Kämpfer«, den die Fakultät in diesen kritischen Jahren brauchte. Es spricht auch eini-

8 LASH Abt. 47, Nr. 1551, p. 311, Protokoll der Sitzung des Konsistoriums am 27.4.1933. Von den 78 Anwesenden waren 79 Stimmen abgegeben worden. Dies wurde auf Beschluss des Konsistoriums als unerheblich angesehen. Dold erhielt mit sechs die zweithöchste Stimmenzahl. Es gab 13 Enthaltungen.

9 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 141, Protokoll der Sitzung der engeren Fakultät v. 16.4.1933.

10 Für Benninghoff (und damit gegen Dold) dürften Benninghoff, Jores und Höber gestimmt haben.

11 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 142, Protokoll der Sitzung der engeren Fakultät v. 28.4.1933.

ges dafür, dass im Vorfeld dieser Sitzung nicht alles so harmonisch abgelaufen war, wie es dem sehr knapp gehaltenen Protokoll zu entnehmen ist. Die Dauer der Sitzung von insgesamt 15 Minuten machte sie zur reinen Formsache. Die Alternative zu dem eigentlich am 6. Februar 1933 gewählten Jores war in der Sache wie auch in der Person bereits vorher entschieden. Der knapp 67-jährige Pathologe entsprach nicht den Vorstellungen der Nationalsozialisten von einer (jungen) dynamischen Führungspersönlichkeit. Auch dürfte er der NSDAP nicht sehr nahe gestanden haben. So ist zu vermuten, dass die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Fakultät im Vorfeld dieser Sitzung davon überzeugt worden war, dass es – auch im Interesse einer handlungsfähigen Fakultät – keinen Sinn machen würde, an ihm weiterhin festzuhalten und stattdessen mit der Wahl eines anderen Dekans den neuen Verhältnissen Rechnung getragen werden sollte. Auch die Veränderungen im Verhalten der ideologisch aufgeheizten Medizinstudenten erforderte einen Dekan, der die Fähigkeiten hatte, sich auf die revolutionäre Studentenschaft einzustellen und die in Richtung der Studenten und der jüngeren Dozenten verschobenen Machtverhältnisse zu berücksichtigen.

Das Wahlergebnis kann als ein Ergebnis eines vor der Sitzung errungenen Kompromisses interpretiert werden, mit dem sich durch die Wahl des Nationalsozialisten Dold die Medizinische Fakultät für die erwarteten Schwierigkeiten der kommenden Zeit möglichst gut aufstellen wollte. Die Stimmen für Benninghoff in der Dekanatswahl und Schittenhelm, Aichel, Jores und Seiffert in der Wahl eines Vertreters für das bereits gewählte Senatsmitglied Benninghoff lassen einige Rückschlüsse auf die Fakultät zu. Benninghoff wollte offensichtlich dem nationalsozialistisch eingestellten Dold nicht das Feld überlassen und unterlag in »offener Feldschlacht«, wurde dann aber trotzdem – oder gerade deswegen – zum Senatsmitglied gewählt. Diese Wahl war, wohl wegen der begrenzten Bedeutung dieses Amtes, offensichtlich nicht abgesprochen, immerhin erscheint, gerade auch im Hinblick auf das weitere Geschehen bemerkenswert, dass Schröder deutlich mehr Stimmen als Schittenhelm erhielt. Die jeweils eine Stimme für Aichel, Jores, Seiffert muss wohl als Protesthaltung einzelner Personen angesehen werden.

Der neue Dekan, Hermann Dold, hatte ein ungewöhnlich abwechslungsreiches Berufsleben aufzuweisen.<sup>12</sup> Von den Kieler Ordinarien war er wohl derjenige, der am weitesten in der Welt herumgekommen war. Seine Rede anlässlich der Reichgründungsfeier 1931, aber auch die Unterzeichnung des Aufrufs »Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler! Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer« im Völkischen

12 Werdegang s. 4.4.2.

Beobachter vom 5. November 1932 zeigen, dass sein Herz für die Nationalsozialisten schlug, was er mit seinem Eintritt in die NSDAP zum 1. Mai 1933 bekräftigte. Ein gut belegtes Beispiel für seine Einstellung, die auch sein Handeln als Dekan beeinflusste und die von der Mehrheit der Fakultät durchaus gewollt war bzw. in Kauf genommen wurde, ist dem Protokoll der Sitzung der Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des Christian-Albrechts-Hauses am 15. Mai zu entnehmen. Der Vorsitzende Jores legte zu Beginn seinen bis dato innegehabten Vorsitz nieder und verließ die Versammlung, sicher nicht ohne eine kritische Haltung, die verbal dem Protokoll jedoch, wie so üblich bei Protokollen, nicht zu entnehmen ist. Dold übernahm nicht nur den Vorsitz, sondern sorgte noch in der gleichen Sitzung für einen Beschluss, nach dem künftig im Christian-Albrechts-Haus nur noch Studenten aufgenommen werden sollten, die weder Juden noch Marxisten seien. Weiterhin solle die Zahl der Ausländer auf höchstens fünf begrenzt bleiben.<sup>13</sup>

Es ist festzuhalten, dass es der Kieler Medizinischen Fakultät 1933 zunächst gelungen war, mit aus ihrer Sicht vertretbaren Zugeständnissen in der Person des Dekans die Autonomie der Fakultät weitgehend zu bewahren und dem nationalsozialistischen Regime nur insoweit nachzugeben, als es unvermeidlich schien. Götz Aly schreibt dazu: »Die Institutionen des Geistes und selbst des Staates bewahrten sich im NS ein beachtliches Maß an innerer Pluralität. [...] In der Spannung zwischen Bruch und Kontinuität, fachlicher Prinzipienfestigkeit und massiven Karrierechancen wurden Fachleute jeder Art zu sehr nützlichen Werkzeugen der NS-Herrschaft. Ihre private Überzeugung mussten sie deshalb nicht preisgeben. Im Gegensatz zum Kommunismus forderte der Nationalsozialismus nie die absolute Gefolgschaft, wohl aber die anti-elitäre Volksnähe.«<sup>14</sup>

### 3.1.3 Kieler Medizinstudenten: Bei Terror und Bücherverbrennung dabei?

Götz Aly beschreibt die Situation der Studenten zu Beginn des Jahres 1933 mit den Worten: »Die jungen Leute fanden alles was man in diesem Alter gerne will: Eigenverantwortlichkeit, Gestaltungsmöglichkeiten, Zwang zur Improvisation. Sie hassten die Borniertheit des Büroalltags, sie betrieben die nachpubertäre Identitätssuche im

13 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10271, p. 185–188, Niederschrift über die Mitgliederversammlung zur Förderung des Christian-Albrechts-Hauses am 15.5.1933 im Universitäts-Kuratorium in Kiel.

14 Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005, S. 22.

Vollrausch scheinbarer Omnipotenz.« Und weiter »Im Jahre 1933 ergriffen Studenten und frisch gebackene Hochschulabsolventen die Macht. Rebellische Kinder alter Eliten und selbstbewusst gewordene junge Männer, die von dem sozialdemokratisch geförderten Aufstieg der Republik profitiert hatten. [...] Skeptische Alte verspotteten sie als ›Friedhofsgemüse‹, prinzipienfeste Beamte als ›Herrschaften, denen der Kalk aus der Hose rieselt‹«. Aly sieht für diese Zeit im Frühjahr und Sommer 1933 eine Jugenddiktatur, die viele Anleihen bei linkssozialen Ideologien genommen habe.<sup>15</sup> Grüttner beschreibt die nationalsozialistischen Studentenfunktionäre im Frühjahr und Sommer 1933 in einem Machtrausch mit dem Gefühl, die Universitäten und besonders das studentische Leben nach ihren Vorstellungen formen zu können.<sup>16</sup>

Die Kieler Studenten waren verglichen mit Studenten anderer Universitäten besonders radikal.<sup>17</sup> Aggressive Aktionen in Form von spontanen Angriffen gegen die politische Opposition und jüdische Kommilitonen wurden im Frühjahr 1933 fast zur Regel. Den jüdischen Studenten wurde am 1. April der Zutritt zu den Universitätsgebäuden verwehrt. Der Professor Hans Rosenberg und die Bibliothekarin Dr. Clara Stier-Somlo wurden mit Gewalt aus der Bibliothek vertrieben. Es wurde gefordert, dass keine Juden und Marxisten mehr aufgenommen werden dürften.<sup>18</sup> Die Studenten begannen mit der Vertreibung von Professoren, zu denen dann letztlich auch Höber gehörte, sowie weiterer Dozenten, Assistenten und Studenten. Die Bibliotheken wurden gestürmt, um Schriften jüdischer Wissenschaftler zu entfernen. Dies geschah mit einer solchen Aggressivität, dass sich die Münchener Medizinische Wochenschrift im April 1933 zu einem warnenden Hinweis veranlasst sah.<sup>19</sup> Am 24. April 1933 kam es zu dem einzigen gewaltsamen Übergriff auf Medizinprofessoren: Hierbei waren Höber, Mond<sup>20</sup> und

15 Ebd., S. 14.

16 Grüttner, Studenten, S. 77 f.

17 Ebd., S. 67.

18 Wieben, Matthias: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich: Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus. Frankfurt a. M. 1994, S. 52–53.

19 N. N.: Bedenkliche Kunde kommt von der Kieler Studentenschaft. Sie hat den Rektor aufgefordert, 28 namentlich aufgeführte Mitglieder des Lehrkörpers zu beseitigen. Ferner hat sie in der Universität die sämtlichen Veröffentlichungen von 28 Autoren für beschlagnahmt erklärt. Es befindet sich unter den Betroffenen auch ein Mediziner. in: Münchener Medizinische Wochenschrift 80 (1933), S. 673.

20 Rudolf Mond, (1894–1960), 1918/19 Freikorps, Promotion 1921 und Habilitation für Physiologie 1924 in Kiel, 1929 n. b. apl. Professor, 20.10.1933 Leiter des Physiologischen Instituts, 15.10.1934 Ordentlicher Professor in Hamburg (Volbehr/Weyl, S. 101), 1945 » als anerkannt

Netter betroffen. Sie wurden unter Androhung von Gewalt aus ihren Tätigkeitsbereichen entfernt. Höber wurde gezwungen, eine Erklärung abzugeben, in der er zusagte sein Institut nicht mehr zu betreten und auch keine Prüfungen mehr abzunehmen. Gewaltsam wurde er in das Anatomische Institut gebracht, um dies anderen Mitgliedern der Prüfungskommission mitzuteilen.<sup>21</sup> Die Göttinger Zeitung (GZ) berichtete am 25./26. April 1933 über die Kieler Vorgänge, die zum damaligen Zeitpunkt offenbar insoweit noch etwas Besonderes dargestellt haben müssen, als dass auch entferntere Tageszeitung sie für berichtenswert hielten.<sup>22</sup> Am nächsten Tag war der Göttinger Zeitung zu entnehmen, dass das Ministerium in Berlin gemäßiger handle als es die Kieler studentische Basis vor Ort wünsche: Anstatt der 28 seitens der Studentenschaft geforderten Entlassungen erfolgten in Kiel »nur« neun Beurlaubungen, über zwei weitere Fälle blieb Verfügung vorbehalten.<sup>23</sup>

Im Vorgriff auf das »Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen« vom 22. Mai 1933,<sup>24</sup> das die staatliche Anerkennung der Studentenschaften in Preußen und damit auch der Freien Kieler Studentenschaft als Körperschaft der Universität regelte, hatte der bisherige Führer der Freien Studentenschaft Paul Schmidt<sup>25</sup> am 25. April 1933 sein Amt an den Führer des NSDStB cand. sc. pol. Harald Feldmann übergeben. Die Organisation der Studentenschaft in Fachschaften wurde beibehalten, sodass die Medizinstudenten in einer Medizinischen Fachschaft, die sich in eine Vorklinikerschaft und eine Klinikerschaft aufteilte, organisiert waren. Die Studentenführung gliederte sich in der Folgezeit dann in Hauptämter und diesen zugeordnete Ämter, auf die noch später eingegangen wird. Der Einfluss der Fachschaften war besonders an kleinen Universitäten, zu denen auch die Kieler Universität gehörte, in dieser Zeit groß. Neben der verfassten Studentenschaft gab es noch die einflussreiche Hochschulgruppe des NSDStB und die Studenten-SA.

ter Gegner des Nationalsozialismus« Dekan (Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2005, S. 415).

21 Uhlig, Vertriebene Wissenschaftler, S. 52.

22 Aktion gegen Kieler Professoren. Studentenschaft fordert Beurlaubung von 28 Hochschullehrern in: Göttinger Zeitung v. 25.4.1933, S. 1.

23 Göttinger Zeitung v. 26.4.1933, S. 1. Zu den beiden gehörte Höber.

24 RGBl. 1933, I, S. 215.

25 Paul Karl Schmidt, (1911–1997) auch Paul Carrell, wurde später Pressechef im Reichsaußenministerium, SS-Obersturmbannführer, nach dem Krieg arbeitete er als Journalist (Die Zeit, Der Spiegel) und Buchautor (Unternehmen Barbarossa). Benz, Wigbert: Paul Carrell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Berlin 2005, S. 15, 58, 69.

Wie in vielen anderen Universitätsstädten erfolgte auch in Kiel eine von den Kieler Studenten organisierte Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Kieler Wilhelmsplatz. Die Feier in der Aula der Universität wurde von dem Führer der Studentenschaft Harald Feldmann eröffnet, gefolgt von seinem Vorgänger, dem Ältesten der Studentenschaft Paul Schmidt.<sup>26</sup> Die Kieler Studenten gehörten zweifellos zur Spitze der studentischen aufrührerischen Aktivitäten im Rahmen der »nationalen Revolution«. Sie verhalfen mit den Studenten der anderen Universitäten in Deutschland dem nationalsozialistischen Regime zusammen mit dem Terror der SA und der SS auf der Straße zu schnellen Erfolgen. Ihr Vorgehen war für die noch nicht fest im Sattel sitzenden Machhaber nicht ohne Risiko, da ein durch Ängste etwa vor einem Bürgerkrieg erzeugter Umschwung in der Stimmung im Volk im ersten Halbjahr durchaus die »Bewegung« noch hätte gefährden können.<sup>27</sup>

Zwei Fragen sind hier von besonderem Interesse: Zum einen, inwieweit die Medizinstudenten an den Aktionen maßgeblich beteiligt waren, zum anderen, inwieweit Mitglieder der Medizinischen Fakultät und ihrer Kliniken Opfer des studentischen Terrors waren. Die Quellenlage erlaubt nur in sehr begrenztem Umfang eine direkte Beantwortung der ersten Frage, da bei Berichten über rebellische Studenten in der Regel nicht nach Fachzugehörigkeit unterschieden und Namen nicht genannt wurden, auf die zweite Frage wird in einem späteren Abschnitt eingegangen. Im Wintersemester 1932/33 hatten die Medizinstudenten mit 36 Prozent etwa einen Anteil von einem guten Drittel an der Gesamtstudentenschaft, im Sommersemester 1933 waren es mit 44 Prozent deutlich mehr. Auch waren die Ärzte diejenige Akademikerguppe, die bereits 1937 mit 43,4 Prozent den höchsten Organisationsgrad einer Berufsgruppe in der NSDAP hatte.<sup>28</sup> Hieraus und aus Untersuchungen in Freiburg<sup>29</sup> lässt sich schließen, dass die Medizinstudenten auch in Kiel einen wesentlichen Anteil an den Studentenunruhen der »nationalen Revolution« des Frühjahrs 1933 gehabt haben müssen. Indirekter Beweis könnten in Kiel die von den Medizinstudenten besetzten Studentenämter sein, da kaum anzunehmen ist, dass die »Amtsinhaber der ersten Stunde« nicht auch aktiv an dem studentischen Terror beteiligt gewesen sind. Die Studentenschaft in Kiel war unter Führung Harald Feldmanns in sieben Hauptämter gegliedert, von

26 Vgl. Mish, Carsten/Cornelißen, Christoph: Kiel, 10. Mai 1933 auf dem Wilhelmplatz, in: Schoeps, Julius H./Trefß, Werner (Hg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim et al. 2008, S. 527–543, passim.

27 Grüttner, Studenten, S. 67 ff., 83, 94.

28 Kater, Michael H.: Ärzte als Hitlers Helfer, München 2002, S. 105.

29 Kreutzberger, S. 158.

denen das Bedeutendste, das Hauptamt 1 für Politische Erziehung, unter der Führung des Medizinstudenten und stellvertretenden Führers der Kieler Studentenschaft cand. med. Hermann Freese stand.<sup>30</sup> Das dieser Hauptabteilung zugehörige Amt 2 für politische Schulung seinerseits wurde von cand. med. Gerhard Jungmann geleitet. Weitere Mediziner fanden sich mit cand. med. Jakob Jürgensen in dem Amt 4 für Bekämpfung der Gräuelpropaganda des Hauptamts II für studentische Grenzland- und Auslands politik sowie mit cand. med. Herbert Schulz (Amt 2 Nachrichten) und cand. med. Martin Tödtmann (Amt 3 Film und Funk) innerhalb des Hauptamtes V für Aufklärung und Werbung. Hauptamt VI für Wehrarbeit wurde wieder von cand. med. Freese, das Hauptamt VII (für Studentinnen) von stud. med. Gerda Sievers geleitet, das dazugehörige Amt 1 für politische Schulung von cand. med. Elisabeth Vohwinckel. Summa summarum wurden also zu Beginn der eigenen Selbstverwaltung der nationalsozialistischen Studentenschaft in Kiel ein stellvertretender Studentenfürer, drei von sieben Hauptamtsleitern und fünf von 15 Amtsleitern von Medizineren gestellt. Damit waren die Mediziner in Anbetracht der Gesamtzahl der Medizinstudenten unterrepräsentiert. Dies stellt sich bei Gewichtung der Aufgaben jedoch anders dar: Freese mit politischer Erziehung und Wehrarbeit sowie Jungmann und Vohwinckel mit politischer Schulung verfügten nun über großen Einfluss, dies lässt auf nennenswerte Aktivitäten während der »revolutionären Zeit« schließen, die jetzt mit Ämtern »belohnt« wurden.

Feldmann und Freese bemühten sich gleich nach Amtsübernahme um entscheidende Fortschritte in der Gleichschaltung der Studentenschaft. Dabei ist davon auszugehen, dass die beiden ihre Aufgabe ohne viel Finesse durchführten.<sup>31</sup> Insbesondere Hermann Freese, der nicht nur Stellvertreter Feldmanns im Kieler Studentenbund, sondern auch Führer der Kieler Hochschulgruppe des NSDStB und Sturmbannführer des Kieler SA-Sturmbanns VI/187<sup>32</sup> war, dürfte in dem Team die Funktion einer »Brechtstange« gehabt haben. Der von Feldmann und Freese geführten Kieler Studen-

30 LASH Abt. 47, Nr. 1951, p. 153 f., Ämterbesetzung der Studentenschaftsführung für das Sommersemester 1933. Hermann Behrends Freese wurde am 1.7.1910 als Sohn eines Schlossermeisters in Norden/Ostfriesland geboren, seine Reifeprüfung legte er Ostern 1929 am Ulrichsgymnasium in Norden ab. Er studierte in Tübingen, Greifswald und Kiel. Dort bestand er im Dezember 1934 das medizinische Staatsexamen. (Siehe: Freese, Hermann: Über multiple Aneurysmen der Lungenarterie und diffuse Xanthelasmatoze der Nieren in einem Fall von Myom der Speiseröhre, Düsseldorf 1936, Lebenslauf auf S. 22).

31 LASH Abt. 47, Nr. 1951, p. 207, Schrb. Wolf an alle Studenten, studentische Gruppen und Korporationen v. 20.7.1933; p. 211, Anlage zum Schrb. Wolf an Achelis v. 22.7.1933.

32 Ebd., p. 192, Schrb. von Wolf an Freese v. 17.8.1933; p. 212, Anlage zum Schrb. Wolf an Achelis v. 22.7.1933.

tenführung der »ersten Stunde« war keine lange Amtszeit beschieden. Im Mai 1933 eingesetzt, wurde Feldmann auf eine merkwürdige Art und Weise, die auch Zweifel an der Qualifikation des Führers der Deutschen Studentenbundes Gerhard Krüger erlaubt, am 15. Juli 1933 durch diesen telegraphisch seines Amtes enthoben. Die Enthebung wurde am 17. Juli telefonisch wieder rückgängig gemacht und am 20. Juli seitens des Preußischen Kultusministeriums aufgrund der Intervention von Rektor Wolf gegen das Votum Krügers endgültig verfügt.<sup>33</sup> Die Ursache war banal. Feldmann und Freese wollten ein wesentliches Ziel der ersten Monate umsetzen: Die im Wintersemester 1933/34 ihr Studium beginnenden Studenten sollten in Kameradschaftshäusern untergebracht werden. Dies war nach Auffassung der Nationalsozialisten eine wesentliche Voraussetzung für die Umerziehung der jungen Studenten. Dafür wurden neben den schon vorhandenen Häusern auch die der studentischen Korporationen benötigt. Die Verhandlungen seitens Feldmanns und Freeses müssen jedoch derart »diktatorisch« geführt worden sein, dass erhebliche Unruhe weit über die Universität und Schleswig-Holstein hinaus entstand, die durch undiplomatisches Verhalten seitens der beiden Studentenführer in der Folgezeit noch geschürt wurden. Freese reagierte auf das Eingreifen Krügers und Wolfs in die Vorgänge »mit starker Erregung« und drohte mit der Möglichkeit, »nach Verlust seiner Funktionen in der Studentenschaft vollkommen frei als Führer der Studenten-S. A. vorgehen« zu können, eine Drohung, die nur wenige Wochen nach den Terroraktionen der Kieler nationalsozialistischen Studenten sicher nicht zu unterschätzen war. In seinem Schreiben an Ministerialrat Prof. Dr. Johann Daniel Achelis im Preußischen Kultusministerium berichtet Rektor Wolf, dass begründete Befürchtungen bestünden, dass Feldmann und Freese ihre Funktion im NSDStB dazu ausnutzen wollten, sich »stark der Rebellion« zu nähern. Nach mehreren Sitzungen auch unter Beteiligung des Führers des Deutschen Studentenbundes kam es zu »einer Rebellion fast aller Amtsleiter [...], die mit Niederlegung ihrer Ämter drohten«. Dem Vertrauensdozenten Löffler und Krüger gelang es, »diese Rebellion«, so Wolf in seinem Schreiben, zu verhindern.<sup>34</sup> Stud. med. Gerda Sievers reichte wenig später jedoch ihren Rücktritt aus dem Hauptamt VII und als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Studentinnen mit einer fadenscheinigen Begrün-

33 Ebd., p. 206, Protokoll über ein Telefongespräch mit der Deutschen Studentenschaft Berlin, verfasst vom Ältesten der Studentenschaft Paul Schmidt v. 15.7.1933; p. 211, Anlage zum Schrb. Wolf an Achelis v. 22.7.1933.

34 LASH Abt. 47, Nr. 1951, p. 211–215, Anlage zum Schrb. Rektor Wolf an MR Achelis v. 22.7.1933.

dung ein.<sup>35</sup> Freeses nationalsozialistische Karriere in Kiel hatte mit dem Rückzug aus der Kieler Studentenschaft aber noch nicht ihr Ende gefunden. Durch Verfügung des »Führers« vom 9. September 1933 wurden an den Universitäten SA-Hochschulämter eingerichtet. In Kiel wurde SA-Sturmführer Wulf Führer des SA-Hochschulamtes.<sup>36</sup> Rektor Wolf schlug Freese Anfang 1934 dem SA-Sturmführer als Vertrauensmann vor, Wulf war damit einverstanden.<sup>37</sup> Die geschilderten Vorgänge, aber auch die Person Hermann Freeses, sprechen dafür, dass die Kieler Medizinstudenten am Terror gegen Dozenten, Assistenten und Mitstudenten sowie Bücherverbrennungen nicht nur am Rande beteiligt waren, sondern in erheblichem Umfang an vorderster Front die Aktionen mittrugen. Freeses Zeit in der Position des SA-Vertrauensmannes war jedoch nur kurz. Im Oktober 1934 wurden die SA-Hochschulämter, wohl als Folge der Ende Juni des Jahres unter dem nationalsozialistischen Propaganda-Begriff »Röhm-Putsch« bekannten gewordenen mit zahlreichen Morden verbundenen Ausschaltung der SA-Führung, wieder aufgelöst und in die Stellung eines Hochschulverbindungsführers umgewandelt. Diese Position hatte nun nicht mehr Freese, sondern ein enger Vertrauter des Schittenhelm-Nachfolgers Hanns Löhrs, der SA-Sturmführer Hilmar Wilmanns, inne.<sup>38</sup> Über Freese ist für die Folgezeit in den Quellen nichts mehr zu finden. Lediglich in einem Schreiben des Dekans Löhr an den Rektor vom 11. November 1935, in dem es um die Förderung von Studenten geht, die sich »aktiv in der Studentenschaftarbeit« eingesetzt hatten, wird er noch einmal kurz angesprochen: »Bis auf den Fall [...] Freese, der s. Zt. von den Mitstudenten in traurigster Weise aufgeputscht worden war [...].<sup>39</sup> Hiermit dürfte Löhr auf die recht chaotischen Umstände der Amtsenthebung von Freese im Juli 1933 anspielen.

Mit Gerhard Jungmann gab es einen nationalsozialistischen Medizinstudenten, der als Leiter des Amtes 2 für politische Schulung und Vorträge höchst effizient tätig war und sich auch nicht in den Strudel des ersten »Wachwechsels« in der Studentenschaft

35 Ebd., p. 126, Schrb. von Sievers an Wolf v. 28.7.1933. »Da es ungewiss ist, ob ich im Wintersemester 1933/4 noch mein Studium fortsetzen kann [...]«. Es ist naheliegend, dass Gerda Sievers hier auf die damals mit Vehemenz geführte Diskussion um die Kontingentierung der Studienplätze für Frauen anspielt.

36 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 46, Bericht des Rektors für das Wintersemester 1934/35.

37 Ebd., p. 47, 49. Schrb. Wolf an Wulf v. 2.1.1934, Antw. Wulf v. 5.1.1934.

38 Ebd., p. 46, Bericht des Rektors für das Wintersemester 1934/35.

39 LASH Abt. 47, Nr. 1570, p. 160.

Ende Juli 1933 hineinreißen ließ.<sup>40</sup> Schon im Mai kündigte er in den Kieler Hochschulblättern an, dass künftig jeden Donnerstag im Rahmen der Schulungsarbeit eine Vortragsreihe mit Referenten stattfinden werde. Tatsächlich fanden die Vorträge mit namhaften Referenten im Sommersemester 1933 regelmäßig statt, unter ihnen befanden sich die Kieler Professoren Carl Petersen (»Volk und Nation als geschichtliche Wirklichkeit«), Ferdinand Weinhandl (»Deutscher Geist – Undeutscher Geist«, »Selbsterziehung zum neuen Staat«), der »Mann der ersten Stunde« Haupt (»Politische Aufgaben der Studentenschaft«), der Freiburger Philosoph und nationalsozialistische Rektor Martin Heidegger (»Die Universität im neuen Staat«), Walter Ipsen (»Blut und Boden«) u. a. m., aber keiner der Hochschulmediziner.<sup>41</sup> In einem Schulungsheim außerhalb Kiels wurde eine Schulungswoche mit 40 Personen zum Thema »Volk und Staat« geplant.<sup>42</sup> Zu den »Erfolgen« des Amtes 2 gehörte die Einrichtung einer »Nationalpolitischen Bibliothek in der Universitäts-Bibliothek« mit einer einschlägigen Erstausrüstung.<sup>43</sup> So verwundert es nicht, dass Jungmann im Wintersemester 1933/34 neben der Fortsetzung seiner erfolgreichen Arbeit im Amt 2 die Leitung des Hauptamtes I für politische Erziehung bekommen hatte.<sup>44</sup> Auch publizistisch betätigte sich Jungmann, so im Dezember 1933 in den Schleswig-Holsteinischen Hochschulblättern zum Thema »Rückblick auf die Geschichte der deutschen Studentenschaft«. Hier schrieb er unter anderem: »Als die Frontkämpfer wieder zurück zur Hochschule kamen, mußten sie zuerst den Spuk der aus Juden und Gesindel gebildeten Studententräte beseitigen.«<sup>45</sup> Im Sommersemester war er 1934 nicht mehr als Hauptamtsleiter I

40 Gerhard Jungmann (1910–1981), 1.5.1933 Eintritt in NSDAP, 1934 med. Staatsexamen, 1935 Promotion, 1936 SA, 1938 prakt. Arzt, 1939–1945 Soldat, nach dem Krieg weiterhin in Markoldendorf niedergelassen, Ärztefunktionär, 1961 Bundestagsabgeordneter (CDU), siehe hierzu Kater, *Ärzte*, S. 28; 1969 Paracelsus-Medaille der Deutschen Ärzteschaft, siehe hierzu: Vorstand der Bundesärztekammer: Träger der Paracelsus-Medaille, Programmheft 108. Deutscher Ärztetag, Köln 2005, S. 130.

41 Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 1, S. 12.

42 LASH Nr. 47, Nr. 1951, p. 13–16, Tätigkeitsbericht der Studentenschaft an der Universität Kiel [für das Sommersemester 1933, d. Verf.].

43 Nationalpolitische Bücherei, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933) H. 2/3, S. 23.

44 Die Kieler Studentenschaft, Gliederung und Besetzung der Ämter, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 6, S. 22 f.

45 Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9. (1933), H. 7, S. 2.

dabei, denn das bevorstehende Staatsexamen forderte seinen Tribut.<sup>46</sup> Jungmann hatte sich aber für das Sommersemester mit der Leitung des Schulungslagers »Haus Buchenhagen« in Kitzberg eine Aufgabe vorbehalten, die im zentralen Interesse der örtlichen nationalsozialistischen Strategen stand. Deutlich wird das durch die Zielvorgaben des Nachfolgers Feldmanns cand. jur. Kurt Heinze im Dezember 1933: »Unser nächstes Ziel ist der Neuaufbau und die Schaffung einer nationalsozialistischen Universität. [...] Die Mittel unseres weiteren Kampfes sind die Fachschaft und zum anderen das Kameradschaftshaus.«<sup>47</sup> Und in einem im Mai 1934 veröffentlichten Beitrag: »Der Einsatz und die Arbeit der Studentenschaft geschieht von einer ganz neuen Grundlage aus, nämlich in der Form der Gemeinschaft: Im Kameradschaftshaus, in den Wohnkameradschaften und in den Fachschaften.«<sup>48</sup>

Gegen Ende des Jahres 1933 sah die Berliner Regierung in den weiterhin »revolutionären« Aktivitäten der Studenten ein störendes Moment, mit dem das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeiten der Nationalsozialisten, Ruhe und Ordnung in Deutschland zu schaffen, erschüttert werden könnte. Ein für Kiel nur indirekter Beweis zeigt sich in einem Schreiben aus dem Preußischen Kultusministerium an den Führer der Deutschen Studentenschaft Oskar Stäbel aus Anlass des Boykotts der Studentenschaft gegen die jüdischen Professoren Dr. Fraenkel und Dr. Bielschowsky in Breslau: »[...] hatte ich meinen Referenten beauftragt, den Sachverhalt an Ort und Stelle zu prüfen. Auf Grund der getroffenen Feststellungen ersuche ich Sie, den Führer der Breslauer Studentenschaft darauf hinzuweisen, daß auch bei Wahrung studentischer Lernfreiheit keinesfalls irgendwelche Ausschreitungen einzelner Studenten geduldet werden dürfen. Die Studentenschaft ist verpflichtet, jedes ihrer Mitglieder zu Disziplin und Ordnung anzuhalten.«<sup>49</sup> Die Studentenschaft hatte sich zunächst nach dem 30. Januar 1933 in ihren nationalsozialistisch-revolutionären Bestrebungen sehr stark verselbstständigt und konnte erst nach und nach in ein von München und Berlin gesteuertes

46 Gottfriedsen, Bernd: Politische Erziehung und politische Schulung, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10 (1934), H. 1, S. 2 f.

47 Heinze, Kurt: Die Arbeit der Kieler Studentenschaft: Der Führer der Studentenschaft, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 7, S. 5.

48 Heinze, Kurt: Unsere Aufgabe, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10 (1934), H. 1, S. 1 f.

49 GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1767, Bd. 2, p. 387, Schreiben des Preuß. Min. für Wissenschaft pp. an den Herrn Führer der Deutschen Studentenschaft aus Anlass des Boykotts der Studentenschaft gegen die jüdischen Professoren Dr. Fraenkel und Dr. Bielschowsky in Breslau v. 16.11.1933.

planvolles Vorgehen einbezogen werden. Die weiteren Vorgänge in der Kieler Studentenschaft beweisen es. Schon Anfang 1934 drohte der nächste Wachwechsel: Heinze und sein gesamter Stab nebst den beiden Ältesten legten am 23. Januar ihre Ämter wegen einer nicht erfolgten Einladung zur einer Reichsführertagung des Deutschen Studentenbundes und des Umgangs des Deutschen Studentenfürhrrs mit ihrer diesbezüglichen Beschwerde nieder.<sup>50</sup> Rektor Wolf sah das Verhalten seiner Studentenführung als gerechtfertigt an, weil die »zentrale Führung der Studentenschaft die gut funktionierende örtliche Studentenschaftarbeit nicht ausreichend stütze«.<sup>51</sup> Die Kieler Studentenschaftsführung nahm ihre Arbeit am 26. Januar wieder auf, nachdem Stäbel ihr »für die geleistete Arbeit vollste Anerkennung ausgesprochen und das Vertrauen der Reichsführung des D. St.« zum Ausdruck gebracht hatte.<sup>52</sup>

Heinze blieb noch bis Ende Juli 1934 Kieler Studentenschaftsführer.<sup>53</sup> Medizinstudenten spielten in seinem Stab allerdings eine geringere Rolle als vorher:<sup>54</sup> Persönlicher Referent war cand. med. Werner Geiger, im Amt 1 des Hauptamtes I (Wissenschaft und Fachschaften) war cand. med. Alkmar von Kugelgen für die medizinische Fachschaft sowie im Amt 8 des Hauptamtes III für Wirtschaftsfragen (Gesundheitswesen) cand. med. Kurt Bartz zuständig. Weitere Medizinstudenten gab es in der Studentenführung mit stud. med. Rudolf Schmitt als »Mitarbeiter« für das Saargebiet und cand. med. Jacob Jürgensen für Auslandsfragen. Allein das Hauptamt VI für Studentinnen stand noch unter Leitung einer Medizinstudentin, cand. med. Paula Pohlmann. Dieses Hauptamt hatte nur zwei Ämter, Amt 1 Schulung unter Leitung von cand. phil. Marta Dierks, in dem die beiden Medizinstudentinnen stud. med. Aenne Witzig als Mitarbeiterin für NSV und stud. med. Anni Jeß für das Grenzland zuständig waren, sowie das Amt 2 Frauendienst unter Leitung von stud. med. Sigrid Ehaus mit den beiden Mitarbeiterinnen für Luftschutz stud. med. Hildegard Butenschön und stud. med. Hilde Meves. Die Aufgaben dieses Hauptamtes entsprachen allerdings, wie nicht anders zu erwarten, dem nationalsozialistischen Frauenbild: Ein Arbeitsplan des Hauptamtes VI sah für die Studentinnen neben den für die ersten vier Semester geltenden 2 Wochenstunden Leibesübungen sowie die ersten drei Semester vorgeschriebenen zwei Wochenstunden politische Schulung für das 1. Semester Gymnastik (1 Std.), Volkstanz (2 Std.) sowie

50 LASH Abt. 47, Nr. 1953, p. 13 f., p. 15 ff., Schrb. Heinze an Stäbel v. 11.1.1934.

51 Ebd., p. 23 ff., Telegramm Wolfs an Minister für Wissenschaft pp. v. 24.1.1934.

52 Ebd., p. 26. Schrb. Heinze v. 26.1.1934.

53 LASH Abt. 47, Nr. 1952, p. 224. Schrb. Heinze v. 1.8.1934 an Wolf.

54 Ämterbesetzung der Kieler Studentenschaft im Sommersemester 1934, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10 (1934), H. 1, S. 19.

alternierend monatsweise Sanitätskursus, Luftschutz, Nachrichtenwesen (2 Std.) vor. Im 2. Semester waren 2 Std. Volkslied, im 3. Semester 2 Std. Sprache (Heimatchichtung, Sprechchor, Laienspiel, Volksmärchen) und im 4. Semester Wandern neben zahlreichen freiwilligen Veranstaltungen vorgeschrieben.<sup>55</sup> Rektor Wolf schrieb dazu in einem Vermerk an den Führer und an den Ältesten der Studentenschaft, dass er die Gefahr von Übertreibungen sehe.<sup>56</sup> Vieles spricht dafür, dass hier die Medizinstudentinnen trotz der Rolle, die die Nationalsozialisten den Frauen zugeordnet hatten, ihren männlichen Kommilitonen an Eifer, dem nationalsozialistischen System zu dienen, nicht nur in keiner Weise nachstanden, sondern sie sehr wohl in fast fanatischer Weise zu übertreffen versuchten. In diesem Zusammenhang sollte noch hinzugefügt werden, dass sich im Sommersemester 1934 das Verhältnis der Medizinstudentinnen zu der Gesamtheit der Studentinnen der Universität mit gut 50 Prozent nicht wesentlich von dem Verhältnis ihrer Kommilitonen im Fach Medizin mit knapp 48 Prozent unterschied.<sup>57</sup>

Den Studenten blieben die Routineaufgaben, die durch die Fachschaften wahrgenommen werden sollten, revolutionärer Eifer war in den folgenden Jahren unerwünscht. Die Fachschaften hatten ihr Votum bei der Zulassung zur Famulatur, bei der Gewährung von finanzieller Beihilfe durch das Reichsstudentenwerk oder bei einem positiven Führungszeugnis z. B. für die Zulassung zu Prüfungen abzugeben. Dadurch hatten sie eine unverhältnismäßig große Macht über die einzelnen Studenten und konnten die Bereitschaft zum Wohlverhalten bis hin zur Notwendigkeit der Beteiligung Einzelner an den mehr oder weniger politischen Veranstaltungen sowie zu politischer Anpassung und regelmäßiger Mitarbeit erzwingen.<sup>58</sup>

Kieler Medizinstudenten waren also am Terror gegen Dozenten, Assistenten und Mitstudenten sowie Bücherverbrennungen maßgeblich beteiligt. Ihre revolutionären bis terroristischen Aktivitäten stellten für die Medizinische Fakultät in der ersten Hälfte des Jahres 1933 ein Novum dar, auf das bei den zuungunsten der Lehrstuhlinhaber veränderten Machtverhältnisse angemessen reagiert werden musste. Sie wurden in der Folgezeit genauso wie ihre Kommilitonen aus den anderen Fachschaften durch Schulungen, Märsche und Wehrsport für nationalsozialistische Zielsetzungen derart in Anspruch genommen, dass es ihnen zunehmend erschwert wurde, die Studienleis-

55 LASH Abt. 47, Nr. 1952, p. 127 f. Schrb. Pohlmann an Wolf v. 31.5.1934.

56 Ebd., Nr. 1952, p. 124.

57 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Hg.): Personal- und Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1934/35, Kiel 1934, S. 23.

58 Kater, Michael H.: Medizinische Fakultäten und Medizinstudenten: Eine Skizze, in: Kudlien, Fridolf: Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 82–104, S. 100.

tungen zu erreichen, die für die Ausübung des ärztlichen Berufes erforderlich waren. Für das Regime war es zunächst wichtiger, sie zu überzeugten Anhängern der nationalsozialistischen Ideologie zu machen.<sup>59</sup> Fachliches musste dahinter zurücktreten. Nicht zuletzt war es die Belastung der Studierenden durch politische Verpflichtungen, die zur Folge hatte, dass ab 1934 der Enthusiasmus, mit dem die Mehrheit der Studierenden den nationalsozialistischen Staat begrüßt hatte, mehr und mehr verloren ging und einer breiten Ernüchterung und kritischen Grundhaltung Platz machte.<sup>60</sup>

#### 3.1.4 Die neue Rolle der Dozenten und Assistenten

Auf die in der Regel schlechte wirtschaftliche Situation und den unsicheren Anstellungsstatus der Assistenten war bereits hingewiesen worden. Natürlich hatten die damit verbundenen Zukunftsängste Einfluss auf die politische Einstellung. Verbeamtung durch Aufrücken in Professorenstellen war, wie schon ausgeführt, aufgrund des Ansteigens der Assistentenzahlen und des Mangels an Professorenstellen oft nicht möglich. Schon wegen ihres nur geringfügig unterschiedlichen Alters standen die jüngeren Assistenten ähnlich wie die Studenten dem Gedankengut der NSDAP wesentlich aufgeschlossener gegenüber. Der 1929 gegründete Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) stieg mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zur alleinigen Lehrerorganisation auf. Im Juli 1934 ordnete der »Stellvertreter des Führers« Rudolf Heß den NSLB der neu eingerichteten Hochschulkommission der NSDAP-Reichsleitung, einem Organ der Parteikanzlei, unter. Im Juli 1935 wurde nach einer entsprechenden Anordnung von Heß der Nationalsozialistische Deutsche Dozentenbund, auch NS-Dozentenbund oder kurz NSDDB genannt, gegründet. Alle Parteigenossen an Hochschulen, d. h., die Professoren, Privatdozenten oder Hochschulassistenten, wurden im NS-Dozentenbund zusammengefasst. NS-Studentenbund und NS-Dozentenbund, so hieß es in der Anordnung weiter, stellten gemeinsam die offiziellen Parteigliederungen an den Hochschulen dar und hätten auf das engste zusammenzuarbeiten. In hochschulpolitischen Fragen, die nicht nur studentische Belange betrafen, sollte die Führung dem NS-Dozentenbund zukommen.<sup>61</sup> Die Wirksamkeit des Dozentenbundes hielt sich in Grenzen. Sie wurde durch das für den Nationalsozialismus typische Ämterchaos so wie

59 Grüttner, Universitäten, S. 91.

60 Ebd., S. 93.

61 Eckart, Wolfgang U.: Die Studentenführer Stein, Schlüter und Schmidhuber 1933–1945, in: Ders./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 30–56, hier S. 32.

die ungenaue Abgrenzung der Zuständigkeiten eingeschränkt. Auch war die Wirkung des NSDDB durch das oft geringe Ansehen ihrer Führer an den Universitäten nicht sehr hoch. Die Dozentenbundsführer galten vielfach als inkompetente Wissenschaftler, die versuchten, ihren Mangel an fachlicher Leistung durch politischen Übereifer zu kompensieren.<sup>62</sup>

Auch in Kiel gab es schon vor 1933 eine Dozentenschaft der Universität, die z. B. im Rahmen von Fakultätssitzungen die Vorstellungen des nachgeordneten Lehrkörpers vertraten. Nach der Machtergreifung formierte sich schnell eine Führerstruktur heraus. So wurde der Anthropologe Lothar Löffler, allem Anschein nach nicht jemand, der hohes Ansehen bei den Kollegen besaß, der erste Führer der Kieler Dozentenschaft, sein Vertreter wurde der pädiatrische Oberarzt Hugo Meyer, der seit dem 1. August 1932 der NSDAP angehörte<sup>63</sup> und ein höheres Ansehen als Löffler genoss. Nachfolger von Löffler, der 1934 einen Ruf nach Königsberg erhielt, war im Wintersemester 1934/35 der Agrarwissenschaftler Wilhelm Nicolaisen.<sup>64</sup> Der im Oktober 1934 auf den Lehrstuhl Höbers berufene Ernst Holzlöhner setzte sich dann für die Einrichtung des NSDDB in Kiel ein. Er übernahm im Sommersemester 1935 dessen Führung in Personalunion mit der Funktion des Leiters der Dozentenschaft der Universität.<sup>65</sup> Sein Nachfolger wurde im Sommersemester 1937 Paul Ritterbusch.<sup>66</sup> Mit der Berufung von nationalsozialistischen Lehrstuhlinhabern wie Holzlöhner und Ritterbusch auf die Position des Dozentenführers war der Einfluss der Nichtordinarien auf die Vorgänge an der Universität nur noch mehr formal. Fast immer wurden die zustimmungspflichtigen Vorgänge nur noch abgesegnet.

62 Grüttner, Universitäten, S. 77.

63 Heiber, I, S. 411.

64 Lohff, Grundgedanken, S. 224.

65 Ebd., S. 221–223. Die Mitgliedschaft im NSDDB war freiwillig, während für die Dozentenschaft als Organ der Universität eine Pflichtmitgliedschaft bestand.

66 Paul Ritterbusch (1900–1945) war u. a. vom WS 1937 bis Mai 1941 Rektor der Universität Kiel. Seit 1932 Mitglied der NSDAP, war er von 1933–1935 o. Prof. in Königsberg, von 1935–1941 o. Prof. für Verfassung, Verwaltung und Völkerrecht in Kiel. Seit Februar 1940 übte er eine nebenamtliche Tätigkeit im REM aus, seit dieser Zeit war er auch Organisator des »Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften«, 1941–1945 o. Prof. an der Universität Berlin, 1941 bis 1944 ständiger Vertreter des Amtschefs Wissenschaft im REM. Bei Kriegsende war er Volkssturmführer. Er beging am 26.4.1945 in Düben an der Mulde Selbstmord (Grüttner, Michael: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 140).

Recht aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben eines Beauftragten des Reichsdozentenbundsführers Schultze an den NS-Dozentenbundsführer Ritterbusch vom 24. Mai 1937. Es handelte sich um eine Antwort auf ein in den Akten nicht vorliegendes Schreiben des Kieler Dozentenbundsführers vom 5. April 1937, mit dem dieser offenbar vorgeschlagen hatte, dass seine durch die Übernahme des Rektorats notwendige Nachfolge im Dozentenbund durch zwei verschiedene Personen besetzt werden sollte. Löhr, der ohnehin schon Dekan der Medizinischen Fakultät war, sollte das Amt des Dozentenbundsführers wahrnehmen und das Amt des Dozentenchaftsleiters sollte offenbar von einer dritten Person (Pädiater Hugo Meyer oder Chirurg Gerhard Küntscher) übernommen werden. Hierzu schreibt der Beauftragte des Reichsdozentenbundsführers: »Wir haben nach monatelangen Verhandlungen beim Reichserziehungsministerium erreicht, dass auch die Dozentenchaft in die Hand des Dozentenbundsführers gelegt wird. Unsere Bestrebungen gehen dahin, wie ich Dir ja vertraulich mitteilen kann, die Dozentenchaft, d. h. den Dozentenchaftsleiter ganz verschwinden zu lassen. Aus diesem Grunde wollen wir in keinem Falle wieder neben dem Dozentenbundsführer einen eigenen Dozentenchaftsleiter. Damit taucht dieser ja nur immer wieder aufs Neue auf, und wenn er noch dazu gegenüber dem Dozentenbundsführer ein tüchtiger Kerl ist, steckt er diesen in die Tasche.« Es wird dann vorgeschlagen, dass Löhr die Personalunion der beiden Ämter in der Nachfolge von Ritterbusch fortsetzt und Meyer ihn als Stellvertreter entlastet.<sup>67</sup>

Der 32-jährige erst knapp zwei Jahre habilitierte Anthropologe und Rassenbiologe Lothar Löffler spielte im ersten Jahr nach der »Machtergreifung« in Kiel eine besondere Rolle. Als Assistent ohne Planstelle im Anthropologischen Institut fristete er mehr schlecht als recht sein Dasein. Löffler hatte 1927 mit seiner anthropologischen Grundausbildung bei Eugen Fischer am Kaiser-Wilhelm-Institut für Menschliche Erblehre in Berlin-Dahlem begonnen. Er wechselte im Oktober 1929 als Nachfolger Karl Sallers zu den gleichen schlechten Bedingungen, die auch für Saller gegolten hatten, zu dem Kieler Anthropologen Otto Aichel.<sup>68</sup> Seine wissenschaftliche Laufbahn verlief planmäßig: Nach seiner Habilitation für Physische Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik beteiligte er sich an der Lehre in Anthropologie und Rassenkunde.

Lothar Löffler war 1932, gerade als es ohne Gefahr für die Karriere möglich geworden war, Mitglied der NSDAP und SA sowie des NS-Ärzte- und -Lehrerbundes gewor-

67 LASH Abt. 47, Nr. 1606, Schrb. NS-Dozentenbundsführung an Ritterbusch v. 24.5.1937.

68 GStA PK I. HA Rep. 76 V a, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 3, Bd. 2, Schrb. Kurator an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 12.5.1926, p. 331, p. 333. Saller erhielt im Gegensatz zu anderen apl. Assistenten statt 306,80 RM/Monat lediglich 208,33 RM/Monat.

den.<sup>69</sup> 1934 zahlte sich seine vergleichsweise frühe Entscheidung für das nationalsozialistische Regime und sein bedingungsloses Eintreten für die Ideologie der neuen Machthaber aus. Als Gaudozentenführer der NSDAP und Führer der Kieler Dozentenschaft gehörte er zusammen mit dem Rektor und dem Studentenführer 1933/34 zur Machtelite der Kieler Universität. Zusammen mit anderen Dozenten und Vertretern der Studenten gehörte er zu denjenigen die in der Kieler Universität schon bald nach der Machtübernahme radikale Veränderungen einforderten. Dieses galt besonders für die zunächst noch in gewohnten Bahnen vor sich hin dümpelnde Medizinische Fakultät, in der erst langsam begriffen wurde, dass sich die Machtverhältnisse auch an der Kieler Universität radikal geändert hatten. In den Fakultätsausschuss der Medizinischen Fakultät wurde Löffler erst im April 1933 als Vertreter der Dozentenschaft gewählt: Die Wiederholung der Wahl von Vertretern der Dozenten erfolgte im Frühjahr 1933, obwohl bereits in einer Wahlversammlung der Nichtordinarien und Privatdozenten als Dozentenschaftsvertreter im November 1932 für den Fakultätsausschuss Alfred Beck, Schultz und Schellong bestimmt worden waren,<sup>70</sup> die in einer weiteren Versammlung am 1. Februar 1933 bestätigt worden waren.<sup>71</sup> Löffler hatte an beiden Wahlen nicht teilgenommen, vermutlich, weil er weder besonders bekannt noch beliebt war und sich kaum Chancen ausrechnen konnte, gewählt zu werden. Erst nachdem unter den Dozenten die Einsicht gewachsen war, dass sie an Löffler nicht vorbeikommen würden, erfolgte in einer drei Monate später erneut durchgeführten (außerplanmäßigen) Wahlversammlung am 26. April die Wahl Löfflers an dritter Stelle nach Schultz und Schellong. Keine Frage, dass er seine Wahl nicht einer gewachsenen Beliebtheit bei den Kollegen zu verdanken hatte.

So überrascht es überhaupt nicht, dass Löffler erhebliche Mühe hatte, sich in der Fakultät und bei seinen Kollegen durchzusetzen. Sein Versuch in der Fakultätssitzung vom 26. Februar 1934, den Berliner Physiologen Ernst Holzlöhner auf den dritten Platz der Liste für die Nachfolge Höbers zu setzen, blieb erfolglos. Allerdings wurde das nicht gleich deutlich. Die durch die Vorgänge in der Universität in dieser Zeit hochgradig verunsicherten Ordinarien vermieden eine Konfrontation mit dem aus ihrer Sicht unangemessen auftretenden Dozentenvertreter. Es gab in der Sitzung keinen Widerspruch, aber in der vom Dekan für das Ministerium erstellten Dreierliste der Fakultät

69 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 111.

70 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 137, Protokoll der Wahlversammlung v. 21.11.1932.

71 Ebd., p. 139, Protokoll der Wahlversammlung v. 1.2.1933.

fand sich trotz Löfflers Votum keine Berücksichtigung Holzlöhners.<sup>72</sup> Hier wurden die Neuregelung der Machtverhältnisse in der Fakultät gegen das Votum des im Grunde nicht akzeptierten nationalsozialistischen Dozentenvertreterers genutzt. Dekan Schröder war als Führer der Fakultät in seiner Entscheidung frei und brauchte die Beratungsergebnisse aus der Fakultätssitzung nicht umzusetzen. Immerhin ist es bemerkenswert, dass unter den neuen Verhältnissen nicht etwa die beiden Nationalsozialisten Löffler und Schröder an einem Strang zogen, sondern der nationalsozialistische Dekan gegen das Votum seines Parteigenossen den Belangen der Fakultät Vorrang gab. Genauso wenig erfolgreich war Löffler in der folgenden Fakultätssitzung vom 11. Mai 1934. Er schlug in der Diskussion über die Nachfolge Schittenhelms den aus Kiel stammenden, damals als Chefarzt der Inneren Abteilung des Sarepta-Krankenhauses in Bethel tätigen, aktiv politisch tätigen Nationalsozialisten Hanns Löhr für den dritten Platz der Liste vor. Die Fakultät folgte ihm jedoch diesmal schon während der Sitzung nicht und nahm Löhr nicht in die Dreierliste für das Ministerium auf. Auf beide Vorgänge wird später noch näher einzugehen sein.

Aber auch innerhalb der Dozentschaft hatte Löffler ziemliche Mühe, sich durchzusetzen.<sup>73</sup> Er war erst im April 1933 in die engere Fakultät als einer von drei Sprechern der Dozenten gewählt worden, 1934 wurde er sicher nicht wegen seiner Beliebtheit Dozentenführer. Er war noch nicht lange in Kiel und seiner Persönlichkeit fehlte es an natürlicher Autorität und Überzeugungskraft, deswegen musste er seine Stellung als NSDAP-Mitglied als Druckmittel benutzen, um sich durchsetzen zu können. Die gut dokumentierte Auseinandersetzung Löfflers mit dem Hygiene-Assistenten Friedrich Pels-Leusden zeigt dies sehr deutlich: Löffler hatte als Führer der Kieler Dozentschaft am 13. November 1933 in ihrer Versammlung den Eintritt sämtlicher Mitglieder der Dozentschaft in die SA innerhalb von drei Tagen angeordnet.<sup>74</sup> Pels-Leusden empfand dies als einen Eingriff in seine Privatangelegenheiten und hatte darauf ein als Beschwerde zu wertendes Telegramm an die Parteileitung der NSDAP in München und ein Schreiben an den Führer der Preußischen Dozentschaft gesandt.<sup>75</sup> Am 17. November folgte ein mehrseitiges Schreiben an »verschiedene Dozenten«,

72 GStA PK I. HA Rep. 76 Kultusminister, Va, Sekt. 9, Nr. 4, Bd. 8, p. 182, Schrb. Dekan Schröder an Rektor Wolf v. 26.3.1934.

73 LASH Abt. 47, Nr. 1566, p. 59, Schrb. Rektor Dahm an Minister für Wissenschaft pp. v. 17.7.1935.

74 Vgl. LASH Abt. 811, Nr. 20743, p. 10, Eidesstattliche Erklärung von Prof. Dr. Dieter v. 20.8.1947.

75 LASH Abt. 47, Nr. 1188, p. 212, Schrb. Pels-Leusden v. 23.11.1933.

in denen Pels-Leusden u. a. folgende zwei Vorwürfe gegen Löffler erhob: »Vor allen Dingen darf ein Führer bei seinen Handlungen nicht an sich selbst denken« und »Nur der hat Führerqualitäten, der einwandfrei im Charakter ist«. Durch Vermittlung des Universitätsrates<sup>76</sup> musste er in einem Schreiben vom 24. November 1933 eine Ehrenerklärung für Löffler abgeben und die beiden Sätze zurückziehen.<sup>77</sup> Daraufhin wurde ihm, er war schon Oberassistent des Hygienischen Institutes, die *Venia legendi* vom Ministerium nicht erteilt,<sup>78</sup> obwohl sich Dekan,<sup>79</sup> Dozentenschaft und Rektor für ihn eingesetzt hatten.<sup>80</sup> Es gelang den Schaden, der sehr viel auch über die menschlichen Qualitäten Löfflers aussagt, für Pels-Leusden zu begrenzen. Dabei half, dass das an das Hygienische Institut der Universität angeschlossene Medizinaluntersuchungsamt über eine Stelle verfügte, die aus der Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums finanziert und nicht mit den für Universitätsassistenten und -oberassistenten üblichen zweijährigen Zeitverträgen besetzt wurde. Pels-Leusden wurde, nachdem er vom 9.–22. April noch einen Dozentenlehrgang in der Schulungsstätte Buchenhagen absolviert hatte,<sup>81</sup> als Oberassistent des Hygienischen Instituts abgelöst, jedoch zum Oberassistenten des Medizinaluntersuchungsamtes ernannt. Damit verschlechterte er sich in seiner hierarchischen Situation als Universitätsangehöriger, verbesserte sich jedoch in seiner wirtschaftlichen Absicherung, da sein Dienstvertrag nicht mehr alle zwei Jahre verlängert werden musste, sondern nunmehr unbefristet war. Nachdem Pels-Leusden dann auch noch 1937 in die NSDAP eintrat, wurde er toleriert, aber nicht gefördert. Dabei kam ihm zugute, dass erfahrene Hygieniker in dem sich aufrüstenden Deutschen Reich knapp waren und gesucht wurden. Erst nachdem Löhrr seinem Herzen einen Stoß gegeben – er hatte 1935 Pels-Leusden noch für ungeeignet als kommissarischen Leiter

76 Beim Universitätsrat handelte es sich um einen Juristen mit Befähigung zum Richteramt, der ehrenamtlich in der Universität diszipliniäre Vorgänge bearbeitete.

77 LASH Abt. 47, Nr. 1188, p. 214, Schrb. Pels-Leusden v. 24.11.1933 (diktiert v. Universitätsrat).

78 LASH Abt. 47, Nr. 1608, p. 41, Schrb. Rektor an Kurator v. 31.7.1934. Begründet wurde dies mit der Teilnahme Pels-Leusdens am 1. Dozentenkurs der Dozentenakademie v. 9.–22.4.1934 in Kitzberg, LASH Abt. 47, Nr. 1191, p. 7. Behrens bescheinigt ihm auf Grund eigener Aktenkenntnis 1947, dass die vom Dozentenlager erstellten Gutachten wegen Pels-Leusdens auch im Lager beibehaltenen politischen Auffassungen sehr ablehnend gewesen seien, LASH Abt. 811, Nr. 20743, p. 11, 28.7.1947.

79 Das war zu diesem Zeitpunkt noch Schröder.

80 LASH Abt. 47, Nr. 1566, p. 60, 320 f.; LASH Abt. 47, Nr. 1567, p. 12 f.; LASH Abt. 47, Nr. 1610, p. 200.

81 LASH Abt. 47, Nr. 1191, p. 7, Teilnehmer am Kurs, o. D.

des Lehrstuhls bezeichnet<sup>82</sup> – erhielt er dann im August 1937 die Dozentur für Hygiene.<sup>83</sup> Er war während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus als Vertreter der aus verschiedenen Gründen häufig nicht präsenten Direktoren des Hygienischen Institutes eingesetzt. Vieles spricht dafür, dass die maßgeblichen Personen der Universität sich nicht trautes, das Verhalten Pels-Leusden in der schwierigen Zeit Ende 1933 offiziell zu unterstützen, ihn jedoch, sobald es ging, vorsichtig förderten. Auf jeden Fall hatte er größte Mühe, in der Zeit des Nationalsozialismus seine Stellung zu bewahren und wenigstens in bescheidenem Umfang Karriere zu machen.

Von zentraler Bedeutung für das weitere Geschehen ist die gut belegte Dienstreise Löfflers nach Berlin am 17./18. Mai 1934. Die offizielle Begründung für diese Reise war der »Fall Heine«, der noch später darzustellen sein wird. Heine dürfte sicher ein Thema des aus Kiel angereisten pflichtschuldigst Bericht erstattenden Lothar Löfflers gewesen sein, so wie es der Berliner Gesprächspartner Löfflers, Achelis, auf der Reisekostenabrechnung vermerkt hatte. Der letztlich mit dem Lehrstuhl für Anthropologie und Rassenhygiene in Königsberg belohnte Löffler<sup>84</sup> wird aber sicher in dem ansonsten nicht näher protokollierten Gespräch auch über seine Schwierigkeiten mit seiner Fakultät, mit seinem Chef und mit der in der Kieler Medizinischen Fakultät vorherrschenden Geisteshaltung berichtet haben. Sein Bericht in Berlin dürfte die zuständigen Referenten, hier besonders Achelis, in die Lage versetzt haben, auf die Schittenhelm-Aktivitäten des Hochschulausschusses der Reichsleitung in München seitens des Ministeriums so zu reagieren, dass die sich geschickt einer Ausbelegung ihrer Autonomie widersetzende Kieler Medizinische Fakultät vom Ministerium wieder in den Griff bekommen ließ. Nach dem Informationsaustausch mit Löffler war das Ministerium in der Lage, die Situation in Kiel einzuschätzen. So konnte die damals nicht einfache eigene Position des Ministeriums bei den anstehenden Berufungen zur Nachfolge Schittenhelms und Höbers, so festgelegt werden, dass Schaden für das Ministerium vermindert werden konnte.

Den Eifer mancher Assistenten, es dem neuen Regime gerade in seiner Anfangszeit besonders recht zu machen aber auch die neue Macht anzuwenden, zeigt beispielhaft ein Schreiben des chirurgischen Assistenten Dr. Gerhard Küntscher vom 6. März 1933

82 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 89, Schrb. Löhr an Rektor v. 5.10.1935.

83 LASH Abt. 47, Nr. 7320, Karteiblatt Pels-Leusden, Stand April 1965.

84 Den ihm zunächst angebotenen Lehrstuhl für Anthropologie in Frankfurt hat Löffler »wegen der vielen an der Frankfurter Universität tätigen Juden ausgeschlagen«, so Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek 1984, S. 81.

an den Führer des NSDÄB Dr. Beyer, Kiel.<sup>85</sup> Es bezieht sich auf einen Dr. Eisler, einen vermeintlichen Assistenten der von Schittenhelm geleiteten Medizinischen Klinik. Küntscher schrieb: »Derselbe ist ein waschechter ungarischer Jud und ich glaube, dass das beiliegende Material eine Handhabe zu seiner sofortigen Entfernung ist. [...] Der Jude Dr. Eisler hat in seiner ungarischen Heimat [...] einen ganz üblen Artikel in einer jüdischen Zeitung losgelassen, in dem er sich als tüchtigsten Mann der Klinik hinstelle und auf Hitler schimpft. [...] Ich glaube, dass sich die Sache vorzüglich für den Volkskampf eignet«. Nach weiteren Schreiben teilte Küntscher dann dem Preußischen Ministerium des Innern mit Schreiben vom 14. Juni 1933 mit, dass Eisler Deutschland verlassen habe.<sup>86</sup> Schittenhelm nahm mit Schreiben vom 28. Juni 1933 an den Kurator dazu Stellung und teilte mit, dass Eisler nicht Assistent, sondern Volontärassistent gewesen war, der zu wissenschaftlichen Arbeiten im chemischen Labor und im Tierlabor eingesetzt war und nie auf einer Krankenstation gearbeitet hätte.<sup>87</sup> Auch sei ihm der Artikel bekannt gewesen, er habe Eisler zur Rede gestellt und »aufs strengste verwart«. Eisler sei mittlerweile in die Schweiz abgereist. Der Vorgang lässt mit gutem Willen auch positivere Interpretationen zu: Schittenhelm »wiegelte ab«, nutzte seine inneruniversitäre Macht aus, um den ihm sich in den Weg stellenden Assistenten Küntscher zur Raison zu rufen. Schließlich konnte auch er nicht daran interessiert gewesen sein, seine gerade erst in den Anfängen befindlich Positionierung zur NSDAP zu gefährden. Deswegen sorgte er dafür, dass Eisler in die Schweiz kam. Küntscher lenkte auch im Interesse seines Weiterkommens an der Universität ein.<sup>88</sup> Zwei überzeugte Nationalsozialisten wollten bei allem Eifer, es dem neuen Regime recht zu machen, wohl nicht so weit gehen, einen Menschen auch physisch zu vernichten, auch wenn sich das bei Küntscher zunächst anders anhörte. Beide Wissenschaftler ließen es auch in der Zukunft an Hinwendung zum Nationalsozialismus nicht fehlen. Quellen, die bei ihnen einen gegen einzelne Juden gerichteten Antisemitismus erkennen lassen, lassen sich heute nicht mehr auffinden, vielleicht hat es sie auch nicht gegeben.

85 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 17, Bd. 4, p. 394 ff., Schr. Dr. K.; der Adressat erschließt sich aus p. 390. Eingangsstempel des Preußischen Ministeriums des Innern ist der 17.5.1933.

86 Ebd., p. 390, Schr. Küntscher an Preußisches Ministerium des Inneren v. 14.6.1933.

87 Ebd., p. 389, Schr. Schittenhelm an Kurator v. 28.6.1933. Er schreibt auch, dass, wenn Küntscher in das Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität hineingesehen oder bei ihm rückgefragt hätte, es schnell deutlich geworden wäre, dass Eisler kein Assistent der Klinik sei.

88 Ebd., p. 390, Schr. Küntscher an Preußisches Ministerium des Inneren v. 14.6.1933.

Küntscher ist ein Paradebeispiel für einen engagierten Nationalsozialisten, der durch seine wissenschaftlichen Leistungen letztlich in der Nachkriegszeit weltberühmt geworden, aber trotzdem in der Zeit des Nationalsozialismus nicht über den Status eines Oberarztes hinausgekommen ist. Er wurde am 6. Dezember 1900 in Zwickau geboren, 1925 erfolgte die Promotion in Jena, 1927 bis 1929 war er Assistent in Jena und Freiburg i. Br., seit dem 27. Januar 1930 Assistent in Kiel. In Zusammenarbeit mit einer elektrotechnischen Firma entwickelte Küntscher 1934 ein Hochfrequenzgerät zum Aufsuchen von Geschossen im menschlichen Körper, mit dem während des Krieges zahlreiche Lazarette ausgerüstet wurden. Die Habilitation erfolgte 1935. Sein weiterer Werdegang war gekennzeichnet vom entschiedenen Bekenntnis zum Nationalsozialismus, respektablen wissenschaftlichen Leistungen, bemerkenswerter Originalität und mitunter menschlich sympathischen Verhaltensweisen.<sup>89</sup>

### 3.1.5 Opfer der Machtübernahme in der Medizinischen Fakultät

Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933<sup>90</sup> war in der Anfangszeit des Nationalsozialismus der tiefste Eingriff in die Rechte bestimmter Hochschullehrer und hatte große Auswirkungen auf die Hochschulstrukturen. Im Gesetz war festgelegt, dass Beamte »nichtarischer Abstammung« in den Ruhestand zu versetzen wären. Als »nichtarisch« galt, wer mindestens einen »nichtarischen« Eltern- oder Großelternanteil hatte.<sup>91</sup> Ausgenommen waren (zunächst) diejenigen Beamten, die bereits am 1. April 1914 Beamte gewesen waren, im Ersten Weltkrieg an der Front gekämpft hatten oder deren Eltern bzw. Söhne im Krieg gefallen waren.<sup>92</sup> Ohne diese Ausnahmeregelungen war das Gesetz auch auf diejenigen Beamten anzuwenden, »die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten«.

An der Medizinischen Fakultät Kiel sah es eine Zeitlang so aus, als könnte der Kelch an der Fakultät vorbeigehen. Unter den Lehrstuhlinhabern gab es einen Betroffenen,

89 Vgl. Ratschko, Karl-Werner/Mehs, Susanne: Der andere Küntscher. Nicht nur Marknagelung und Anekdoten, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 64 (2011), H. 5, S. 56–63.

90 RGBl. 1933, I, S. 175–177.

91 RGBl. 1933, I, S. 195. Erste Durchführungsordnung zum »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« v. 11.4.1933. In ihr wurde u. a. auch der Begriff »Nichtarier« näher definiert.

92 RGBl. 1934, I, S. 401, 403, 409. Diese Bestimmung entfiel stillschweigend bereits im Jahre 1934.

den Physiologen Rudolf Höber. Seine Wahl zum Rektor 1930/31 zeigte, dass er persönlich unter seinen Kollegen angesehen war. Dies half ihm jedoch nicht bei den fanatisierten Studenten, die kurz nach der »Machtergreifung« gegen ihn Front machten. Höber war der erstarkenden nationalsozialistischen Studentenschaft nicht nur wegen seiner jüdischen Herkunft suspekt. Als Rektor war er Vorsitzender einer Kommission gewesen, die einige nationalsozialistische Studenten von der Universität verwiesen hatte.<sup>93</sup> Die Situation eskalierte, wie Brigitte Lohff auf der Basis eines Briefes der Tochter von Höber, Gabriele L. Blashy, aus dem Juni 1982 berichtet: »Die SS besetzte mit Handgranaten den Hörsaal des Physiologischen Institutes«. Höber wurde als einziger Lehrstuhlinhaber der Kieler Medizinischen Fakultät zunächst am 7. April 1934 beurlaubt.<sup>94</sup> Über die am 24. April 1933 erfolgten gewalttätigen Handlungen gegen ihn wurde bereits berichtet. Danach sah es zunächst so aus, als würde Höber verschont bleiben. Auf den Rektorsratsbericht an das Kultusministerium kam die Antwort, »man gehe von einer weiteren Lehrtätigkeit Höbers aus«, so dass er sein Amt ab Ende Mai wieder ausübte.<sup>95</sup> In einer Besprechung im Ministerium am 23. Mai stellte man dann fest, dass er zu »50 Prozent Jude« wäre und dem Reichsbanner und der Deutschen Demokratischen Partei angehört habe. Der zuständige Referent hielt dies noch für einen Ermessensfall. Das Ergebnis war jedoch, dass Höber zum 26. September 1933 60-jährig in den Ruhestand versetzt wurde. Die Medizinische Fakultät setzte sich immerhin noch am 14. Oktober für den Verbleib Höbers ein, jedoch ohne Erfolg. Über den Kurator wurde dem Ministerium mitgeteilt, dass seitens der Fakultät die Pensionierung Höbers sehr bedauert würde und um eine Ausnahmeregelung gebeten. Nach nochmaliger Prüfung wurde der Fakultät beschieden, dass die Entscheidung Bestand haben müsse, da eine Ausnahme nur bei hervorragender Bewährung Höbers möglich gewesen sei. Diese bestünde zwar in wissenschaftlicher Hinsicht, nicht jedoch wegen seines politischen Engagements.<sup>96</sup> Im November 1933 übernahm Höber eine Gastprofessur in London und emigrierte dann 1934 in die USA. Dort übernahm er eine Professur an der University of Pennsylvania in Philadelphia. Nach Deutschland kehrte er nicht wieder zurück.

93 Hofmann, S. 78 f. Die Studenten hatten den Gottesdienst des liberalen Theologen Otto Baumgarten gestört.

94 Lohff (Grundgedanken, S. 216, Anm. 29) meint, dass es sich nicht um SS, sondern um SA gehandelt haben müsste.

95 GStA PK I. HA Rep. 76, Va. Sekt. 9, Tit. IV, Bd. 7, Nr. 349, Schrb. des preuß. Kultusministeriums v. 5.5.1933.

96 Ebd., Nr. 10214; GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10291; Uhlig, S. 52.

Er verstarb am 6. September 1953.<sup>97</sup> Laut einer Liste der Professoren und Dozenten (ohne Datum, wohl Ende 1933 erstellt) des Preußischen Kultusministeriums wurde zum damaligen Zeitpunkt kein Anlass gesehen gegen weitere Mitglieder des Lehrkörpers der Medizinischen Fakultät Maßnahmen zu ergreifen.<sup>98</sup> Bis zum Sommersemester 1936 wurde Höber im Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Universität als »von den amtlichen Verpflichtungen entbunden« namentlich geführt.<sup>99</sup>

Inwieweit Assistenten, die eine Tätigkeit in der Medizinischen Fakultät bzw. in den Akademischen Lehranstalten ausübten, entlassen wurden, lässt sich auf Grund des spärlichen Quellenmaterials gelegentlich vermuten, aber nur selten nachweisen, da der Arbeitsvertrag der Assistenten ohnehin alle zwei Jahre überprüft wurde und sich hierbei die Möglichkeit ergab, das Arbeitsverhältnis zu beenden.<sup>100</sup> In der Universitäts-Nervenklinik wurde fünf Ärzten entweder eine jüdische Abstammung vorgeworfen oder es wurde ihnen vorgehalten, nationalsozialistisches Gedankengut zurückzuweisen. Sie wurden alle noch 1933 entlassen.<sup>101</sup> Ein sicher nur Anhaltspunkte gebender Vergleich des Personalverzeichnisses des Wintersemesters 1932/33 mit dem der folgenden zwei Semester lässt eine auffällige Personalfuktuation außer im Falle der Universitäts-Nervenklinik und – wahrscheinlich aus anderen Gründen, nämlich dem Wechsel der Leitung von Schittenhelm zu Löhr – der Medizinischen Klinik nicht erkennen.<sup>102</sup>

Nach dem von der Reichsregierung am 25. April 1933 erlassenen »Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen« sollte künftig die Zahl der »Nichtarier« an den Hochschulen den Anteil der »Nichtarier« an der Gesamtbevölkerung nicht überschreiten. Juden sollten an einer einzelnen Einrichtung nicht mehr als 5 Prozent und in allen Bildungseinrichtungen insgesamt nicht mehr als 1,5 Prozent Anteil haben.<sup>103</sup> Ein preußischer Erlass vom 20. Oktober 1933 bestimmte, dass nicht-arische Medizin- und Zahnmedizinstudenten nicht mehr approbiert werden dürften, das Doktordiplom könne nur dann erteilt werden, wenn auf die deutsche Staatsangehö-

97 Das Gebäude des Physiologischen Institutes in Kiel ist heute nach Rudolf Höber benannt.

98 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10214.

99 Personal- und Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1936, Kiel 1936, S. 16, mit Adresse: University of Pennsylvania, Department of Physiology, Philadelphia Pa.

100 Lohff (Grundgedanken, S. 215) weist auf die Möglichkeit der Auswertung der Quellen LASH Abt. 47, Nrn. 1597–1599 (Differenzen zwischen Dozenten) und LASH Abt. 47, Nrn. 1904 und 1905 (Exmatrikulation, Einzelfälle) hin. Die Durchsicht dieser Quellen ergab jedoch keine diesbezüglichen Hinweise.

101 Christiani, S. 37.

102 Personal- und Vorlesungsverzeichnisse Sommersemester 1932 bis Wintersemester 1933/34.

103 RGBl. 1933 I, S. 225 f.

rigkeit verzichtet würde.<sup>104</sup> In der in den Schleswig-Holsteinischen Hochschulblättern veröffentlichten Kieler Hochschulstatistik werde 1934 2.620 Studierende, unter ihnen 57 Ausländer (2,17 Prozent) und 17 »Nichtarier« (0,65 Prozent) im Wintersemester 1933/34 angeführt.<sup>105</sup> Eine Änderung der Prüfungsordnung für Ärzte und Zahnärzte vom 5. Februar 1935 machte die Zulassung zu Prüfungen sowie die Approbation vom Nachweis der »arischen« Abstammung abhängig.<sup>106</sup> Entsprechendes war schon in einer Verordnung vom 5. April 1934 für Antragsteller festgelegt worden, bei denen »berechtigte Zweifel an der nationalen und moralischen Zuverlässigkeit« bestanden.<sup>107</sup> Im Wintersemester 1935/36 kam es vor, dass ein Student, dessen Eltern beide jüdischer Abstammung waren, zur mündlichen Doktorprüfung zugelassen wurde, die er am 29. Januar 1936 bestand. Gleichzeitig verzichtete er auf die Approbation. Eine weitere entsprechende Promotion vom 14. September 1936 ist belegbar, ohne dass nähere Umstände bekannt sind.<sup>108</sup>

Die Zahl der jüdischen Studenten insgesamt ging in Kiel von 52 im Sommersemester 1933 auf 16 im Wintersemester 1933/34 zurück. Im Sommersemester 1939 gab es in Kiel nur noch einen jüdischen Studenten.<sup>109</sup> Wieben hat den großen Rückgang der Zahl der jüdischen Studenten zum Wintersemester 1933/34 näher untersucht. Eine belegbare Erklärung hat er jedoch auch nicht gefunden, er vermutet, dass sich eine erste Emigrationswelle niedergeschlagen haben könnte.<sup>110</sup> Im Sommersemester 1936 studierten noch drei »nichtarische« Medizinstudenten (von insgesamt fünf »nichtarischen« Studenten der gesamten Universität) in Kiel, neu eingeschrieben wurde eine »nichtarische« Medizinstudentin. Im Wintersemester 1936/37 verließ ein Medizinstudent

104 Kümmel, Werner Friedrich: Die »Ausschaltung«. Wie die Nationalsozialisten die jüdischen und politisch missliebigen Ärzte aus dem Beruf verdrängten, in: Bleker, Johanna/Jachertz, Norbert (Hg.): Medizin im »Dritten Reich«, Köln 1993, S. 70–77, hier S. 73.

105 Personalamt der Kieler Studentenschaft (Hrsg.): Hochschulstatistik für das Wintersemester 1933/34, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9. (1934), H. 10, S. 16.

106 RMBL 63, 1935, S. 65.

107 RMBL 62, 1934, S. 300 f.

108 Wieben, S. 79.

109 Die Zahl der jüdischen Medizinstudenten war im Deutschen Reich im Sommersemester 1937 kleiner als 0,5 Prozent, 1938 wurden sie ebenso wie die »Halbjuden« völlig vom Studium ausgeschlossen (Bussche, Hendrik van den: Die »Machtergreifung«, in: Ders. (Hg.) Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«, Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin/Hamburg 1989, S. 32–62, hier S. 41).

110 Wieben, S. 69.

dieser Gruppe die Universität.<sup>111</sup> Zwei weitere Studenten verließen die Universität, ohne dass nähere Gründe bekannt sind, einer, der Sohn eines Kieler Professors, konnte sein Studium mit einer Dissertation abschließen, beim zweiten ließe sich aufgrund der Hochschulnummer vermuten, dass er ebenfalls sein Studium abschließen konnte. Neu eingeschrieben wurden zwei jüdische Medizinstudenten, die allem Anschein nach keine Studienanfänger waren.<sup>112</sup>

## 3.2 Ringen um Erhalt der Selbstbestimmung 1933 und 1934

### 3.2.1 Eingriffe in die Hochschulselbstverwaltung

Wie auch bei anderen Organisationen und Verwaltungen erfolgte die Gleichschaltung in mehreren Stufen. So reichte es dem nationalsozialistischem Regime im Frühjahr und Sommer 1933 zunächst aus, die Schlüsselstellungen des Reiches und der Länder sowie der Gewerkschaften, Ärzteverbände u. a. Organisationen unter die Aufsicht von Reichskommissaren zu stellen, um eine regimetreue Haltung oder zumindest Neutralität zu erhalten. Dabei wurde dosiert Druck ausgeübt, aber Friktionen wurden weitgehend vermieden. Die noch nicht fest etablierte vom Wohlwollen des Reichspräsidenten und der Reichswehr abhängige nationalsozialistische Regierung musste zunächst stabilisiert werden, bevor die angekündigten staatlichen Strukturveränderungen, u. a. die Einführung des Führerprinzips auf allen Ebenen, vollzogen wurden. Nicht anders war es in den Universitäten. Am 24. April 1933 hatte der preußische Kultusminister die Neuwahl der Rektoren, Dekane und Senate angeordnet. Bezeichnenderweise bediente man sich zu diesem Zeitpunkt noch des bis dahin üblichen Prinzips der Wahlen, auch wenn sicher bei den durch fanatisierte Studenten und SA-Terror eingeschüchterten Universitätsdozenten nicht mehr von freien Wahlen gesprochen werden konnte. Erwartungsgemäß wurden fast überall an den Universitäten nationalsozialistische Hochschullehrer oder mit der NSDAP und ihrer Ideologie sympathisierende Professoren in die Hochschulämter »gewählt«. In Kiel wurde der Professor für physikalische Chemie Lothar Wolf Rektor, sein Vorgänger Otto Scheel hatte nicht mehr kandidiert.<sup>113</sup>

Im Herbst 1933 war dann nach dem »erfolgreichen« Wirken der nationalsozialistischen Studenten und Assistenten, den Maßnahmen der oft dem neuen Regime bereits

111 Er promovierte 1937 in Heidelberg.

112 Wieben, S. 70–76.

113 Hofmann, S. 98.

ergebenen Rektoren und Dekane sowie nach den Eingriffen in die Führungsebene des nunmehr regimetreu besetzten Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung der Boden bereitet, um das Führerprinzip vorsichtig einzuführen. Unter dem harmlos klingenden, aber gründlich irreführenden Betreff »Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung« wurde die Selbstverwaltung der Universitäten weitgehend abgeschafft.<sup>114</sup> Die Rechte des Senats gingen auf den Rektor über. Der Senat sollte als beratende Körperschaft vom Rektor einberufen werden, »wenn es ihm im Interesse der Universität geboten scheint«.<sup>115</sup> Abstimmungen sollten nicht mehr stattfinden. Führer der Dozenten- und Studentenschaft waren zur Meinungsbildung heranzuziehen. Der Rektor wurde vom Minister aus einer vom Senat aus der Gruppe der ordentlichen Professoren vorgeschlagenen Dreierliste berufen. Die Dekane wurden vom Rektor aufgrund eines Dreivorschlags der Fakultäten ernannt.<sup>116</sup> Rektor und Dekane ihrerseits beriefen ihre Vertreter selbst. Die »engere Fakultät« bestand aus den ordentlichen Professoren und den vom Führer der Dozentenschaft benannten Vertretern der Dozentenschaft.

Die Selbstverwaltung der Universität hatte bereits dazu gelernt. So führte der am 1. November 1933 bei der Universität eingegangene Erlass schon am gleichen Tag um 18.00 Uhr zu einer Sitzung des Senats mit dem einzigen Tagesordnungspunkt »Dreiervorschlag für den Rektor auf Grund der neuen Verordnung«. Vorgeschlagen wurde an erster Stelle der bisherige Rektor Wolf, an zweiter Stelle der bisherige Prorektor Wolfgang Freiherr von Buddenbrock-Hettersdorf und an dritter Stelle der damals noch als Nationalsozialist sehr engagierte Jens Jessen.<sup>117</sup> Mediziner kamen offensichtlich nicht in Betracht. Ein Grund hierfür könnte die möglicherweise schon im Senat bestehenden

114 LASH Abt. 47, Nr. 1531, p. 2, »Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung«, Erlass U I 1926 des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 28.10.1933.

115 Dem Senat gehörten weiterhin außer dem Rektor und seinem Vertreter die Dekane, aus jeder Fakultät ein vom Dekan benannter ordentlicher Professor, der Dozentenführer, ein Studentenvertreter sowie noch einige weitere Personen an.

116 Die Ernennung sollte zum Wintersemester 1933/34 schon durch den vom Minister ernannten Rektor erfolgen.

117 LASH Abt. 47, Nr. 1531, p. 6, Sitzung des Senats am 1.11.1933. Jens Jessen (1895–1944) war 1933 Professor für Volkswirtschaft und Direktor des Weltwirtschaftsinstitutes in Kiel. 1934 ging er nach Berlin. Jessen hatte anfänglich dem nationalsozialistischem System zugestimmt, stand ihm aber später kritisch gegenüber. Er wurde nach dem 20.7.1944 verhaftet und am 30.11.1944 in Plötzensee hingerichtet, hierzu: Braeuer, Walter: Jessen, Jens, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 424–425 [Onlinefassung], online: <http://www.deutsche-biographie.de>.

Einsicht, dass geeignete Nationalsozialisten nicht zur Verfügung standen, gewesen sein. Vielleicht bestand der Grund aber auch nur darin, dass sich kein ordentlicher Professor aus der Medizinischen Fakultät zu diesem Zeitpunkt bereitfand, für ein solches Amt zur Verfügung zu stehen. Schon am 21. November 1933 lag das mit dem 16. November datierte Schreiben des Ministers an Prof. Dr. Wolf vor, mit dem »Magnificenz zum Rektor der Christian-Albrechts-Universität in Kiel« ernannt wurde.<sup>118</sup> Die Medizinische Fakultät folgte dem Geschehen ohne Verzug. In der am 3. November 1933 von 18.20 bis 18.35 Uhr stattfindenden Fakultätssitzung wurde als Vorschlag für die Besetzung des Dekanats der Medizinischen Fakultät die Dreierliste Dold, Benninghoff und Schittenhelm beschlossen.<sup>119</sup> Dem Protokoll der Sitzung vom 20. November ist zu entnehmen, dass Dold vom Rektor zum Dekan, Külz von Dold zu seinem Stellvertreter und Benninghoff zum »weiteren Mitglied des Senats« ernannt wurde. Der Oberarzt Romingers, Hugo Meyer, nahm als Vertreter der Dozentschaft künftig an den Fakultätssitzungen teil. Auch hier dürfte die Schlussfolgerung schon auf Grund der nur 15 Minuten dauernden Sitzung erlaubt sein, dass die Wahlen lediglich das Ergebnis eines vorher in einem inoffiziellen Rahmen ausgehandelten Kompromisses darstellten. Die Fakultät hatte sich schon an die neuen Verhältnisse gewöhnt, war aber immer noch nicht bereit, sich ohne eine gewisse Distanz den gegebenen Bedingungen zu beugen. Das zeigte sich erneut am Ende des Wintersemesters 1933/34, als Dold wegen eines Rufes nach Tübingen als Dekan nicht mehr zur Verfügung stand. Die Fakultät hatte sich in ihrer Sitzung vom 26. Februar 1934 auf einen Dreivorschlag für die Ernennung des Dekans festgelegt. Auf diesem wurde neben dem bei den Kollegen beliebten Benninghoff sowie Külz, die beide dem nationalsozialistischen Regime nicht nahe standen, an zweiter Stelle das durchaus auch in der Fakultät Wertschätzung genießende NSDAP-Mitglied Schröder genannt. Dold hatte diese offenbar schon inoffiziell abgestimmte Dreierliste bereits am 24. Februar, also zwei Tage vor der Fakultätssitzung, an den Rektor weitergegeben. Wenig überraschend ist, dass Rektor Dahm dann mit Datum vom 28. Februar 1934 Dold mitteilte, dass er Schröder zum Dekan der Medizinischen Fakultät ernannt hätte.<sup>120</sup> Die zweite und letzte Fakultätssitzung des Jahres 1934 wurde dann bereits von Schröder geleitet. Prodekan und Protokollführer blieb Külz.

de/sfz37235.html [23.10.2012] und <http://www.flensburg-online.de/az/az-widerstandskampfer.html> [23.10.2012].

118 Ebd., p. 13, Schrb. des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 16.11.1933 an Rektor Wolf.

119 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 147, Protokoll der engeren Fakultät v. 3.11.1933.

120 LASH Abt. 47, Nr. 1531, p. 94, Schrb. Rektor Wolf an Schröder v. 28.2.1934.

Auch der Nachfolger Dolds war als Repräsentant der Medizinischen Fakultät Kiel gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern vorzeigbar. Geboren wurde Robert Schröder am 3. August 1884 in Rostock, dort wurde er 1909 promoviert und war dann Assistent in der Pathologie in Köln und ab 1911 in der Universitätsfrauenklinik Rostock. 1914 erfolgte die Habilitation und Ernennung zum Oberarzt, 1921 wurde er a. o. Professor, Am 1. Oktober 1922 wurde er als Nachfolger von Stoeckel, der nach Leipzig ging, ordentlicher Professor für Geburtshilfe und Gynäkologie in Kiel, 1936 dann wieder als Nachfolger Stoeckels ordentlicher Professor in Leipzig. Schröder war Mitunterzeichner im Völkischen Beobachter vom 3. März 1933, ab 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP (Mitglieds-Nummer 2.731.714), Mitglied im SA Motorsturm und im NS-Ärztebund, übte jedoch nach eigenen Angaben »keine aktive politische Betätigung« aus.<sup>121</sup> Dekan in Kiel war er im Sommersemester 1934 und Wintersemester 1934/35. Sein Verhalten in der Angelegenheit des NSDAP-Vertrauensmannes Specht (3.3.2) und bei der Berufung Holzlöhners (3.3.3) und Löhrs (3.3.4) erlaubt den Schluss, dass er, obwohl Parteimitglied, den Erfordernissen der Hochschule Vorrang vor Angelegenheiten der NSDAP einräumte. Zu seinen Schülern gehörten u. a. der später wegen unmenschlicher Sterilisationsversuche an weiblichen Häftlingen im Vernichtungslager Auschwitz und dem KZ Ravensbrück bekannt gewordene Gynäkologe Carl Clauberg (6.2.7) und der engagierte nationalsozialistische Heidelberger Ordinarius für Frauen-heilkunde Hans Runge.

Die Richtlinie zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung vom 1. April 1935<sup>122</sup> beseitigte die letzten Reste der universitären Selbstverwaltung. Organisatorisches Grundprinzip der Richtlinie war die Gliederung der Hochschule in eine Dozenten- und eine Studentenschaft. Dabei wurde die Dozentenschaft von allen an der Hochschule tätigen Lehrkräften und Assistenten, die Studentenschaft jedoch ausschließlich von den an der Hochschule voll eingeschriebenen Studenten deutscher Abstammung und Muttersprache unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit gebildet. Der Rektor war »Führer« der Hochschule und sollte ebenso wie die Leiter der Dozenten- bzw. Studentenschaft<sup>123</sup> sowie der Prorektor und die Dekane<sup>124</sup> vom Reichswissenschaftsminister

121 BArch R 4901, Nr. 13276, Personalblatt Schröder.

122 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 67–68, Richtlinie zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, W I a 588/35 v. 1.4.1935.

123 Nach Anhörung des Rektors und des jeweiligen Gauführers der Dozentenschaft bzw. des NS-Dozentenbundes.

124 Auf Vorschlag des Rektors.

ernannt werden. Der Senat behielt seine schon im Oktober 1933 festgelegte beratende Stellung bei, seine Zusammensetzung änderte sich jedoch. Neben dem Prorektor und den Leitern der Dozenten- und Studentenschaft gehörten ihm nur noch die Dekane sowie zwei weitere vom Rektor zu berufende Mitglieder der Dozentschaft an, von denen eines aus dem NS-Dozentenbund stammen musste. Die Fakultäten wurden als Träger der fachwissenschaftlichen Arbeit bestätigt. Geführt wurden sie vom Dekan, der seinen Stellvertreter selbst ernannte, beratend stand ihm der Fakultätsausschuss zur Seite. Dieser bestand aus den beamteten ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Fakultät sowie zwei vom Leiter der Dozentschaft zu benennenden nicht beamteten Hochschullehrern.<sup>125</sup> Die Richtlinie wurde mit Erlass vom 3. April 1935 übersandt. Den Rektoren wurde eine Frist bis zum 12. April gesetzt, um dem Ministerium Vorschläge für die Ernennung von Prorektoren und Dekanen zu unterbreiten.<sup>126</sup>

Für den vom Ministerium zum 1. April 1935 angesetzten Rektorenwechsel, mit dem die Führungspositionen, dort wo es noch nicht geschehen war, endgültig mit Anhängern des Regimes besetzt werden sollten, gab ein Erlass vom 24. Januar 1935 genaue Anweisungen für ein am 15. Februar zu befolgendes Verfahren.<sup>127</sup> Ein Schreiben des Ministeriums vom 13. Februar 1935 stellte klar, dass der Erlass keine Wahl zur Bestimmung des Rektors vorsehe, »die abgegebenen Voten werden nicht gezählt, sondern gewogen« und »eine Aufstellung von ›Kandidaten‹ ebenso unverträglich wie eine Verabredung zur grundsätzlichen Ablehnung bestimmter an sich vorschlagbarer Hochschullehrer« sei.<sup>128</sup> Wahlen passten nicht zum Führerprinzip der Nationalsozialisten. Dahm, nach dem auf eigenen Wunsch erfolgten Rücktritt des amtsmüden Wolf bereits seit dem 23. April 1934 als Prorektor amtierender Rektor, wurde mit 136 von

125 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 68, Richtlinie zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, W I a 588/35 v. 1.4.1935.

126 Ebd., p. 67, W I a Nr. 860, Eingangsstempel Universität Kiel 4.4.1935.

127 Auf einem namentlich gekennzeichneten Vorschlagszettel konnte jeder Hochschullehrer einen Vorschlag machen. Das Ergebnis wurde ohne Nennung der Stellungnahmen der einzelnen Hochschullehrer festgestellt und mit der Stellungnahme des Rektors einschließlich der alphabetisch geordneten Vorschlagszettel dem Ministerium eingereicht. Hierbei solle es sich, wie in späteren Erlassen noch einmal ausdrücklich festgestellt wurde, nicht um eine Wahl sondern lediglich um eine Meinungsäußerung des Lehrkörpers handeln, damit der Minister sich ein Bild machen könne.

128 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 27, Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung W I a Nr. 391 v. 13.2.1935.

141 Stimmen dem Minister als Rektor vorgeschlagen<sup>129</sup> und wenig später vom Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufen. Dekane und ihre Vertreter blieben ohne Veränderungen im Amt.<sup>130</sup>

### 3.2.2 Sitzungen der Medizinischen Fakultät Kiel

Sitzungen der engeren Fakultät fanden in den Jahren bis 1933 ungefähr sechs bis acht Mal pro Jahr und fast immer während des Semesters statt. Dies war auch im Jahre 1933 noch so. 1934 traf sich die Fakultät jedoch nur zweimal, am 26. Februar und 11. Mai 1934. Diese beiden Sitzungen waren unerlässlich, da sonst weder ein Dekan hätte ernannt noch Vorschläge für die Nachfolge von Jores, Höber, Schittenhelm und Dold hätten beraten werden können. Die Sitzungsleitung hatte entsprechend der Universitätssatzung aus dem Jahre 1928 der Dekan, von Juni 1932 bis Juni 1933 war das Külz, die Protokollführung lag beim Prodekan, bis Juni 1933 also Schröder. Mit Beginn der Wahlperiode 1933/34 übernahm am 24. Juni 1933 Dold das Amt des Dekans. Mit dem schon o. a. Erlass »Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung« vom 28. Oktober 1933 erfolgte eine Neuorganisation. Rektor Wolf beauftragte den für 1933/34 bereits gewählten Dold, das Amt weiterzuführen. Dold ernannte Külz auch weiterhin zu seinem Vertreter, obwohl er auch jemand anderen hätte auswählen können. Genau wie an allen anderen Fakultäten der preußischen Universitäten war in der Medizinischen Fakultät Kiel die Selbstverwaltung zwar weitgehend abgeschafft, es wurde jedoch vermieden, Konflikte durch unnötigen Wechsel zu erzeugen, auch wenn kaum vorstellbar ist, dass Külz den Vorstellungen der Nationalsozialisten entsprach. Ihnen musste es zu diesem Zeitpunkt offensichtlich genügen, die Schlüsselstellungen des Rektors, der Dekane und des Dozentenführers mit Parteigenossen besetzt zu haben.

Die Protokollführung erfolgte handschriftlich während der Sitzung, so dass in der Regel lediglich ein sehr knappes Ergebnisprotokoll auf einer Seite des Protokollbuches, das ein etwas größeres Format als DIN A 4 hatte, entstand. Aufgeführt war der Gegenstand der Erörterung, die vortragende Person (meist der Dekan, dann wurde er oft nicht ausdrücklich genannt), die vorschlagende Kommission und das Ergebnis.

129 Ebd., p. 29, Protokoll der Vollversammlung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren, am 15. Februar 1935. Unter den fünf nicht für Dahm abgegebenen Stimmen gab es jeweils eine Stimme für Rodenwaldt und Staemmler, eine Stimmenthaltung sowie zwei ungültige Stimmen. Hofmann, S. 103–104.

130 Ebd., p. 63, Schrb. Rektor Dahm an den Minister für Wissenschaft pp. v. 6.4.1935.

Inhaltliche Ausführungen gab es nur ganz selten und dann auch nur knapp. Die Vorinformation der Fakultätsmitglieder erfolgte bis 1934/35 offenbar durch Umlauf vor der Sitzung. Der jeweilige Vorgang, der zur Kenntnis genommen werden sollte, wurde abgezeichnet und weitergegeben.

In der Zeit bis 1933 beschäftigte sich die engere Fakultät in der Regel mit Routineangelegenheiten. Wahlen von Dekan, Senator und dessen Vertreter sowie der Vertreter der Medizinischen Fakultät für die verschiedenen Stiftungen, Kommissionen und Selbstverwaltungseinrichtungen der Universität, wie auch die Vorbereitungen zu Neunberufungen ragten aus dem Alltag des Sitzungsgeschehens heraus. Für Berufungen erfolgte die Diskussion und gegebenenfalls Verabschiedung der meist durch eine in einer Vorsitzung berufenen Kommission erarbeiteten Dreivorschläge für den preußischen Kultusminister. Habilitationsvorhaben wurden genehmigt und die Habilitationsarbeiten von meist zwei Mitgliedern der engeren Fakultät bewertet. Probestunden wurden angehört und dann in der Regel mit der Bitte, auch die *Venia legendi* zu erteilen, dem Minister zugeleitet. Seltener wurde auch über Themen der Ausbildung wie z. B. Studienpläne, Beschränkung der Studentenzahlen u. ä. gesprochen. Soweit Vertreter der Fakultät an externen Veranstaltungen teilgenommen hatten, wurde von ihnen darüber berichtet.

Das Berufungsverfahren war in die Kritik der nationalsozialistischen Hochschulpolitiker geraten,<sup>131</sup> auch das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volks- erziehung ließ im Sommer 1933 u. a. im Deutschen Ärzteblatt mitteilen, dass »von jetzt ab bei der Besetzung von Lehrstühlen keine Vorschläge mehr eingefordert werden, sondern daß die Fakultäten sich zu den Vorschlägen des Ministeriums zu äußern haben.«<sup>132</sup> Wissenschaftsstaatssekretär Stuckart teilte abweichend hiervon am 28. September 1933 dem Preußischen Ministerpräsidenten Herrmann Göring mit: »Ich darf ergebenst darauf hinweisen, daß ich bei der Besetzung von Professuren in der nächsten Zeit wiederholt von den Fakultätsvorschlägen werde abweichen müssen. Die große Zahl der Vakansen [sic] und die geringe Zahl der in Frage kommenden Kandidaten macht eine gewisse planmäßige Verteilung notwendig. Ich werde mich in diesen Fällen auf eine kurze Anfrage bei den Fakultäten beschränken.«<sup>133</sup>

131 Haedenkamp, Karl: Kampfansage an Liberalismus und Reaktion an den Hochschulen, in: DÄ 64 (1934), S. 59–64, hier S. 62.

132 N. N.: Wochenschau, in: DÄ 63 (1933), S. 212–214, hier S. 213.

133 GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1767, Bd. 2, p. 326, Schrb. Staatssekretär Stuckart, Preuß. Ministerium für Wissenschaft pp. an den Preuß. Ministerpräsidenten v. 28.9.1933.

Fast jedes Protokoll enthielt eine Liste der Anwesenden, gelegentlich nur die Liste der Entschuldigten sowie eine Angabe über die Zeitdauer, meist von 18.00 bis ungefähr 20.00 Uhr, auch der Ort der Sitzung wurde häufig vermerkt. Das Protokoll wurde vom Dekan und dem Prodekan als Protokollführer unterzeichnet.<sup>134</sup>

### 3.3 Widerstand und Unterwerfung: Die Machtfrage 1934

#### 3.3.1 Das Verhalten Schittenhelms

Einzelne Mitglieder des Lehrkörpers halfen den Nationalsozialisten dabei, die bei aller Inhomogenität in Fragen der Hochschule nach außen einigermaßen geschlossen auftretende Fakultät für die Nationalsozialisten aufzubrechen. Bezogen auf die Folgen wiegt das Verhalten des zweifellos wissenschaftlich verdienten Kieler Internisten Alfred Schittenhelm neben der intriganten Haltung Lothar Löfflers besonders schwer. Schittenhelm, Stern am Zenit der Kieler Medizinprofessorenenschaft und angesehener Direktor der Medizinischen Universitätsklinik Kiel, lieferte den Hebel, mit dem die nationalsozialistischen Strategen aus München in der Kieler Medizinischen Fakultät ihren Einfluss festigen konnten.<sup>135</sup> Schittenhelm hatte bereits zum Zeitpunkt seines Eintritts in die NSDAP im Mai 1933 den Höhepunkt seines Berufslebens erreicht. Berufungen nach Leipzig (1924), Wien (1930) und Berlin (1932),<sup>136</sup> Universitäten, die nach damaliger Auffassung die Kieler Universität an Größe und Ansehen übertrafen, hatte er abgelehnt,<sup>137</sup> nachdem er »unerfüllbare Forderungen« gestellt hatte.<sup>138</sup> Er wusste also,

134 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, passim.

135 Schittenhelm wurde am 16. Oktober 1874 in Stuttgart geboren. Er promovierte 1898 in Tübingen, es folgten Assistenzarztzeiten in Stuttgart und Breslau, Habilitation 1904 in Göttingen, 1907 a. o. Professor in Erlangen, 1912 ordentlicher Professor in Königsberg. Schittenhelm wurde 1915 auf den Lehrstuhl für Innere Medizin nach Kiel berufen und zum Direktor der Medizinischen Klinik bestellt. Aufgrund seiner Funktion als Militärarzt, zuletzt mit dem mit dem Dienstgrad Generaloberarzt und Beratender Internist stand er erst im Dezember 1918 in Kiel zur Verfügung. (LASH Abt. 47.6, Nr. 159, Schr. des Universitätskurators an die Medizinische Fakultät v. 4.12.1915; Büttner/Bruhn, S. 10.

136 LASH Abt. 47.6, Nr. 159, Schr. an den Dekan der Medizinischen Fakultät v. 22.9.1930, 8.3.1931, 5.5.1932 sowie 26.1.1933.

137 LASH Abt. 47.6, Nr. 159, Schr. an den Dekan der Medizinischen Fakultät v. 17.3.1924 und 4.11.1925.

138 UA München Sen 266, Schr. des Dekans der Med. Fak. an Kultusminister H. Schemm v. 19.12.1933, S. 1–9, zit. n. Schencking, Martin: Alfred Schittenhelm und die Abteilung für

was er an seiner großen, gerade erst in ein stattliches, voll renoviertes Gebäude verlegten Medizinischen Klinik in Kiel hatte. Im Mai 1933 trat er, wie andere Hochschullehrer auch, in die NSDAP ein,<sup>139</sup> nicht, um seine Zukunft zu sichern, sondern wohl aus der Überzeugung, dass in der verfahrenen Situation der Weimarer Präsidialrepublik nur die Nationalsozialisten in der Lage sein würden, dem in politischer und wirtschaftlicher Agonie befindlichen Deutschland wieder zu neuer Kraft und neuem Ansehen zu verhelfen. Bei der Eröffnung des 45. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin nur einen Monat nach seinem Eintritt in die NSDAP bekannte er sich öffentlich »zur neuen Regierung und den rassehygienischen Bestrebungen der neuen Zeit«. Völlig überraschend wurde dann am 29. Januar 1934 in der Fakultät bekannt,<sup>140</sup> dass Schittenhelm einen Ruf nach München erhalten und angenommen hatte. Überraschend war dies auch, weil er schließlich schon mehrere ehrenvolle Rufe abgelehnt hatte und sich der Reiz des neuen Rufes nicht recht erschließen ließ. Die II. Medizinische Klinik und Poliklinik in München<sup>141</sup> war kaum mit der Kieler Medizinischen Klinik in Größe, Ansehen und Infrastruktur zu vergleichen. Erklären ließe sich dies mit dem Hinweis darauf, dass sich in das Berufungsverfahren Heinrich Himmler einschaltete. Auch Reichsärztführer Gerhard Wagner und einzelne Vertreter des Reichsinnenministeriums sollen an der Entscheidung beteiligt gewesen sein.<sup>142</sup> Schittenhelm wurde von Seiten der Reichsärztführung der Ausbau und die Modernisierung der den alltäglichen klinischen Bedürfnissen kaum noch gerecht werdenden II. Medizinischen Klinik am Allgemeinen Krankenhaus versprochen. Zuwendungen für Forschungsprojekte von Seiten der Stadt München als auch aus Reichsmitteln und nicht zuletzt auch tatkräftige Hilfe beim Aufbau einer Abteilung für »Erbbpflege und Erbforschung« wurden in Aussicht gestellt.<sup>143</sup> Dagegen stand, dass die Medizinische Fakultät in München ihn nicht wollte. Er war ihr mit 59 Jahren zu alt, seine wissenschaftliche Ausrichtung als »Labormediziner« sowie die Ergebnisse seiner Arbeiten überzeugten nicht, so dass er erst nach Überwindung starker Widerstände der Münchner Fakultät durch den natio-

Erbbpflege und Erbforschung an der II. Medizinischen Klinik (Krankenhaus links der Isar) München 1934–1939, München 1999, S. 19.

139 BAArch R 4901, Nr. 13275, PK Schittenhelm. Mitgliedsnummer 2.732.711.

140 LASH Abt. 47.6, Nr. 159, p. 14.

141 Krankenhaus links der Isar.

142 Kater, Fakultäten, S. 87.

143 Vgl. MK 44269, BayHStA Mü, Rechtfertigungsschreiben Schittenhelms vor den Entnazifizierungsausschuss der Spruchkammer München, ohne Datum, zit. n. Schencking, S. 71.

nalsozialistischen bayrischen Kultusminister Schemm widerwillig akzeptiert wurde.<sup>144</sup> Dies waren Umstände, die dem versierten Hochschulmediziner eigentlich kaum verborgen geblieben sein konnten. Im Mai 1934 wechselte Schittenhelm nach München. Dort ließ ihm »die Schutzstaffel ihren speziellen Schutz angedeihen«. <sup>145</sup> Offenbar bestand eine Wertschätzung Himmlers für Schittenhelm, was auch an dem hohen SS-Rang Schittenhelms sowie den jährlichen wertvollen Präsenten der SS erkannt werden kann.<sup>146</sup> Ob die SS ihn protegierte, weil sie sich von ihm etwas erhoffte, oder ob Schittenhelm Partei und SS für sich selbst einspannen wollte, bleibt ungeklärt.<sup>147</sup> Auf jeden Fall ermöglichte er mit seinem Wechsel an die II. Medizinische Klinik und Poliklinik der Universität München den nationalsozialistischen Strategen des nationalsozialistischen Hochschulausschusses in München, eine Bresche in die bis dahin nur schwer unter Einfluss zu bekommende Medizinische Fakultät Kiel zu schlagen. Diese Bresche, so stellte sich bald heraus, konnte nicht wieder geschlossen werden und machte die Fakultät bis zum Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten zu einem Instrument der neuen Machthaber. Letztlich bleiben die Gründe für seinen Wechsel im Dunkeln. Die Beteiligung des Reichsärztführers Gerhard Wagner an dem Vorgang wie auch die Mitwirkung von Himmlers SS dürfte den Schluss erlauben, dass Schittenhelm an der Kieler Förde Platz für Hanns Löhr schaffen sollte, damit endlich auch innerhalb der Kieler Fakultät der Einfluss der NSDAP nachdrücklich gefestigt werden konnte.

Er wurde dafür, dass er Platz für seinen als Hochschullehrer überhaupt nicht profilierten, als Chefarzt einer Internistischen Abteilung eines Regionalkrankenhauses hauptsächlich durch seine Aktivitäten für die Nationalsozialisten bekannt gewordenen Schüler Hanns Löhr schuf, mit hohen SS-Dienstgraden geehrt: Im Januar 1935 wurde er SS-Sturmbannführer, 1938 SS-Standartenführer,<sup>148</sup> im Krieg dann SS-Brigadeführer. In einer Parteibeurteilung von 12. Januar 1939 hieß es über ihn, dass er »ein sehr guter Nationalsozialist und in politischer Beziehung vollkommen einwandfrei« wäre.<sup>149</sup> Von der im Dienst der nationalsozialistischen Weltanschauung stehenden Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde ihm im Rahmen seiner rassenhygienischen Forschung 1938 eine Kartei der erbkranken Familien, ferner ein einschlägiges Bild- und Filmarchiv

144 Vgl. Schencking, S. 16–21.

145 Kater, Fakultäten, S. 87.

146 Kater, Ärzte, S. 217; Vgl. Schencking, S. 13.

147 Kater, Fakultäten, S. 87.

148 Klee, Ernst: *Auschwitz. Die NS-Medizin und ihre Opfer*, Frankfurt a. M. 2004, S. 70.

149 BAArch R 4901, Nr. 13275, PK Schittenhelm, Zitat Ortsgruppenleiter Scheide, München, v. 12.1.1939.

finanziert.<sup>150</sup> Ansonsten wurden die ihm gemachten Versprechungen nicht gehalten: Mittel für die Modernisierung der II. Medizinischen Klinik einschließlich der dringenden baulichen Sanierung von Infektions- und Quarantänestationen gab es nicht, die noch 1935 gegründete Abteilung für »Erbbpflege und Erbforschung« war auf Drittmittel angewiesen und ständig in ihrer Existenz bedroht.<sup>151</sup> Dies wirkte sich letztlich dann auch so aus, dass wie auch immer geartete wissenschaftliche Ergebnisse zur Erb- und Rassenforschung von Schittenhelm in der gesamten Zeit bis zur kriegsbedingten Schließung der Abteilung im Jahre 1939 nicht publiziert wurden.<sup>152</sup> In der Folgezeit nahm er seine Tätigkeit ohne hier interessierende Besonderheiten wahr. 1944 wurden die Münchner Kliniken in den Umraum verlegt. Er übernahm eine Ausweichklinik in Rottach-Egern. Auch gehörte er 1944 zum Führungskreis des NS-Dozentenbundes.<sup>153</sup>

Er war zweifellos der Auslöser für die kompromisslose Gleichschaltung der Medizinischen Fakultät Kiel, die in dieser Härte anderen Medizinischen Fakultäten in Deutschland zunächst erspart blieb. Ohne ihn hätten es die Nationalsozialisten sehr viel schwerer gehabt, ihren Einfluss bei den Kieler Medizinern auszubauen, da es ihnen 1933/34 in fast allen medizinischen Fächern an berufungsfähigem Nachwuchs mit Durchsetzungsvermögen und fester Bindung an die nationalsozialistische Ideologie fehlte. Einer von vielen Beweisen hierfür sind die später noch anzusprechenden Berufungen des als Anthropologen gerade einmal vor zwei Jahre habilitierten Lothar Löffler nach Königsberg und des bereits aus dem aktiven Universitätsleben ausgeschiedenen niedergelassenen Hals-Nasen-Ohren-Arztes Fritz Specht nach Erlangen. Wie sehr die aus nationalsozialistischer Sicht unbefriedigende Situation auch für das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schwer hinzunehmen war, ist einem Vermerk vom Juni 1934 aus dem Ministerium zu entnehmen: »[...] Die schwierigen Kieler Verhältnisse erfordern auf jeden Fall ein energisches und schnelles Handeln.«<sup>154</sup> Das Reichserziehungsministerium konnte sich zur damaligen Zeit nicht erlauben, Schwächen zu zeigen, da die einflussreiche Münchener Hochschulkommission dadurch

150 Klee, Auschwitz, S. 70.

151 Schencking, S. 77.

152 Ebd., S. 107.

153 Diese Sachverhalte hinderten die Universität Kiel nicht, ihn 1951 zum Ehrensensator zu ernennen. Die heute neben dem Gebäude »seiner« I. Medizinischen Klinik verlaufende Straße trägt als »Schittenhelmstraße« seinen Namen. Verstorben ist Schittenhelm am 27.12.1954.

154 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 34. Dieser Ausspruch erfolgte im Zusammenhang mit einer gegen Heine gerichteten Untersuchung des Ministeriums, auf die noch im Abschnitt über die Berufung Löhrs eingegangen wird.

weitere Möglichkeiten erhalten hätte, über das Ministerium hinweg in die Hochschulpolitik einzugreifen. Dies hätte nicht nur in der Medizinischen Fakultät Kiel verhängnisvolle Folgen haben können, weil die fachlich in der Regel versierten Referenten des Berliner Wissenschaftsministeriums mehr Gewicht auf wissenschaftliche Qualität und fachliche Eignung als auf politische Verdienste und Ideologietreue legen mussten, wenn sie ihrer Aufgabe als Hochschulministerium gerecht werden wollten.<sup>155</sup>

### 3.3.2 Der Vertrauensmann der Reichsleitung

Dass die Hochschulkommission ihrerseits in Kiel nicht untätig blieb, lässt sich dem Protokoll der Sitzung der Fakultät vom 11. Mai 1934 entnehmen. Neben dem neu in die Fakultät aufgenommenen Pathologen Martin Staemmler aus Breslau wurde auch der nichtbeamtete außerordentliche Professor Fritz Specht, niedergelassener Kieler Hals-Nasen-Ohren-Arzt, als »Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP bei der Medizinischen Fakultät« begrüßt. Ein solcher Vertrauensmann war für jede Medizinische Fakultät bestimmt worden. In einem Schreiben des Reichsärztesführers Wagner an Rektor Wolf vom 18. Januar 1934 wurde unter Bezug auf eine Verfügung des »Stellvertreters des Führers« vom 6. November 1933 und einer am 14. Januar 1934 in Anwesenheit von Rudolf Heß stattgefundenen Sitzung im »Braunen Haus« »Pg. Prof. Dr. Specht« als »der derzeitige Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP bei der medizinischen Fakultät der Universität Kiel« benannt. Weiter hieß es in dem Schreiben: »Ich ersuche Sie, den genannten Vertrauensmann der Partei zu allen Sitzungen der medizinischen Fakultät, des Senats und allen zu Sonderzwecken eingesetzten Kommissionen der Fakultät und des Senats (Berufungsausschuß usw.) zuzuziehen und sich auch sonst persönlich bei allen wichtigen Angelegenheiten, vor allem solchen hochschulpolitischer Art, mit ihm in Verbindung zu setzen. [...]«<sup>156</sup> Offenbar waren führende Nationalsozialisten in München der Auffassung, dass es dieser außergewöhnlichen Maßnahmen bedürfte, um Kontrolle über die Medizinischen Fakultäten in Deutschland zu bekommen.

Der 43-jährige Fritz Specht war ab 1920 in der Kieler Hals-Nasen-Ohren-Klinik als Assistenzarzt, dann ab 1921 als Oberarzt tätig gewesen, hatte sich 1925 habilitiert und war 1930 nicht beamteter außerordentlicher Professor geworden. Im selben Jahr musste er sich 40-jährig in der Feldstraße in Kiel als praktizierender Hals-Nasen-Ohren-Arzt

155 Bussche, Akademische Karrieren, S. 65 f.

156 BArch R 4901, Nr. 01210, p. 257. Schrb. Reichsärztesführer an Rektor v. 18.1.1934.

Kassenarzt niedergelassen, da es an der Kieler Universität keine Stelle mehr für ihn gab. Er hatte durchaus Grund zur Unzufriedenheit, weil er seinen schwer erkrankten Chef erfolgreich vertreten und somit den Beweis erbracht hatte, für eine Berufung auf einen Lehrstuhl die notwendigen Fähigkeiten zu besitzen. Vielleicht auch aus diesem Grunde war er im April 1932 in die NSDAP eingetreten. Er wurde auf der Liste der NSDAP in den Kieler Kommunalwahlen vom 12. März 1933 als Stadtverordneter gewählt und zum Stadtrat für das Gesundheitswesen bestimmt. Für das Kieler Gesundheitswesen trug er zusammen mit dem Kieler Amtsarzt Medizinalrat Franz Klose bis zu seiner Berufung zum ordentlichen Professor in Erlangen am 1. November 1934 die Verantwortung. In Erlangen wurde er 1935 gleich für drei Jahre Rektor.<sup>157</sup>

Einen Aufpasser der Reichsleitung in ihren Reihen wollte die Kieler Hochschule und mit ihr die Medizinische Fakultät nicht hinnehmen. Direkter Widerstand war aber sicher nicht ratsam. Rektor Wolf musste sich also auf indirekte Weise zur Wehr setzen. Dabei kam ihm zur Hilfe, dass die Referenten des Ministeriums die Aktivitäten der Hochschulkommission ebenfalls mit Unbehagen sahen. Wolf nutzte einen Formfehler des Schreibens von Wagner für seine Zwecke. Dieses Schreiben lag lediglich als eine Abschrift mit einem maschinengeschriebenen Briefkopf »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Der Stellvertreter des Führers, Stab Dr. Wagner« vor und bot damit die Möglichkeit, seine Authentizität anzuzweifeln. Rektor Wolf richtete, wohl in der Hoffnung, Zeit zu gewinnen und eventuell die Hilfe des Ministeriums zu erreichen, mit stillschweigender Unterstützung des Kurators am 22. Januar 1934 eine Anfrage an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in dem er seiner vorgeblichen Ratlosigkeit Ausdruck gab. Wörtlich hieß es da: »Ich sehe nicht, was ich auf Grund dieses Schreibens veranlassen kann, da die Zusammensetzung des Senats und der Fakultäten laut Verordnung des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung festgelegt ist und eine Zuziehung von Herrn Specht zu allen zu besonderen Zwecken eingesetzten Kommissionen praktisch undurchführbar erscheint.« Und weiter: »Ich werde bis zum Eingang Ihrer Entscheidung nichts veranlassen.«<sup>158</sup> Vom Kurator war das Schreiben unkommentiert weitergegeben worden. Es folgte ein Schreiben des

157 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 163. Ursprünglich evangelisch, Kirchenaustritt 1937, 1944 noch SS-Sturmabführer geworden, wurde Specht von der Militärregierung 1945 entlassen, drei Jahre inhaftiert, 1948 als »Mitläufer« eingestuft. Seit 1949 war er als niedergelassener HNO-Arzt in Hof tätig. Er starb am 4.11.1972 in Berlin-Schöneberg. Kieler Neueste Nachrichten v. 7.5.1933, S. 10; Specht, Fritz: Politische Hochschule, Rektorrede, in: Ziel und Weg, 1935, H. 7, S. 148.

158 BArch R 4901, Nr. 01210, p. 257.

Rektors an Specht vom 14. Februar 1934, das in den Quellen nicht vorhanden ist und dessen Inhalt wohl recht deutlich gewesen sein muss. Dies ist der Antwort Spechts an den Rektor vom 17. Februar zu entnehmen: »[...] bestätige ich mit verbindlichem Dank den Empfang des Schreibens vom 14. Februar, das ich der Reichsleitung übermittelt habe. [...] muß ich noch einmal betonen, daß ich von der Reichsleitung der NSDAP eingesetzt bin, nicht vom NSÄB, wenn auch der Beauftragte des Herrn Reichsministers Hess<sup>159</sup> [...] zufällig zugleich Führer des NSÄB ist. Es ist auch m. E. nicht gut möglich, die Beziehungen zu mir abzubrechen, da ich nicht als Privatperson handele, sondern als der örtliche Vertreter der Reichsleitung im Umfange meines Auftrages. Diesen können Sie aber nicht aufheben und ich kann mich ihm auch nicht entziehen, wenn Sie es wünschen. Gegen die Verweisung des >TONS< in meinem Schreiben vom 13. erhebe ich in aller Form Einspruch.«<sup>160</sup> Dieses Schreiben wurde mit Datum vom 19. Februar von Wolf über den Kurator an den Minister nach Berlin gesandt, Eingang dort am 22. Februar, und wurde ebenso wie das erste Schreiben Wolfs vom 22. Januar, wie einem Vermerk auf dem Schreiben zu entnehmen ist, erst am 2. August 1934 abgelegt.<sup>161</sup> Der große Zeitraum zwischen Eingang des Schreibens im Ministerium und seiner späten Ablage lässt erkennen, dass der Vorgang auch im Ministerium auf Ratlosigkeit stieß. Die zitierte Argumentation Spechts macht deutlich, dass die Reichsleitung der NSDAP knapp ein Jahr nach der Machtübernahme ganz unverhohlen den Anspruch geltend machte, vorbei am offiziellen Dienstweg über eigene Anweisungen Verbindungsleute in den Universitäten installieren zu können, ohne dass hierfür eine gesetzliche Legitimation bestand. Hiervon war auch das Selbstverständnis des Wissenschaftsministeriums und seines Ministers Rust betroffen. So überrascht es nicht, dass der Vorgang in Berlin hinhaltend bearbeitet wurde, um die hinter dem Ansinnen der Reichsleitung stehende Entschiedenheit des Machtanspruches abschätzen zu können. Kurz gesagt: In dieser Zeit fand der erbitterte Machtkampf um die »Definitionshoheit« an den deutschen Universitäten zwischen der auch der Funktionsfähigkeit der Universitäten verpflichteten nationalsozialistisch geführten und handelnden Ministerialbürokratie und den die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit für die Universitäten, wenn überhaupt, dann erst in zweiter Linie berücksichtigenden Parteiideologen in München statt. Da der Ausgang aus der Sicht des Ministeriums völlig ungewiss war und mit der dem »Stellvertreter des Führers« unterstehenden Hochschulkommission ein großes

159 Gemeint ist der Reichsärztesführer Dr. Wagner.

160 BAArch R 4901, Nr. 01210, p. 255. Unterstreichungen und Wiedergabe des Wortes >TONS< in Versalien wie im Original.

161 Ebd., p. 254.

Machtpotential hinter dem Vorgang stand, musste eine Festlegung vermieden werden. Deswegen wurde erst die weitere Anfrage der Medizinischen Fakultät vom 30. Juni 1934 an das Ministerium, wie nun weiter mit Specht zu verfahren sei, am 10. August mit dem Vermerk entschieden: »Eine besondere Ernennung von Prof. Specht ist unnütz. Seine Ernennung am 18.1.1934 besteht nach wie vor zu Recht.«<sup>162</sup> Die Hochschulkommission der NSDAP hatte sich gegenüber dem Ministerium mit seinem schwachen Minister Rust an der Spitze durchgesetzt.

Der Widerstand von Rektor und Dekan wird auch noch an weiteren Sachverhalten deutlich: Specht hatte an der Fakultätssitzung am 11. Mai 1934 teilgenommen, danach schon deswegen nicht mehr, weil er keine Gelegenheit mehr bekam. Es fanden keine Sitzungen mehr statt. Am 30. Juni fragte der Dekan der Medizinischen Fakultät, Schröder, beim Rektor nach, ob Specht nun als ernannt anzusehen wäre oder nicht, Wolf antwortete, dass wohl eine neue Ernennung erforderlich sein könnte und verwies auf eine Rücksprache mit dem Oberpräsidenten und Gauleiter Hinrich Lohse. Er empfahl Schröder, bis eine Antwort auf seine erneute Anfrage beim Kultusministerium in Berlin vorläge, »Herrn Specht von Fall zu Fall als Vertrauensmann beizuziehen, ohne daß aus dieser Maßnahme ein endgültiges Anrecht des Herrn Specht gefolgert werden dürfte, bevor die Entscheidung aus Berlin eingetroffen ist.«<sup>163</sup> Selbst dies wollte Schröder wohl nicht hinnehmen. Deswegen fanden nach der zweiten Fakultätssitzung des Jahres im Mai im Jahre 1934 keine weiteren Sitzungen des Fakultätsausschusses mehr statt. Schröder als »Führer« der Fakultät hatte es in der Hand, Sitzungen stattfinden zu lassen oder nicht und musste die Beratung »seines« Ausschusses nicht unbedingt in Anspruch nehmen. Der Einzige, der ihn dazu hätte bewegen können, wäre der Rektor gewesen. Dieser war, wie wohl auch die zuständigen Referenten der Wissenschaftsabteilung des Ministeriums in Berlin, nicht der Auffassung, dass dem Beauftragten der Reichsleitung der NSADP der Weg geebnet werden sollte. Bei Kenntnis der Persönlichkeitsstruktur Schröders, die sich recht gut aus dem vorhandenen Material erschließen lässt, ist davon auszugehen, dass für den Rest des Jahres 1934 eine Abstimmung mit den maßgeblichen Personen des Fakultätsausschusses mit Sicherheit ohne Einbeziehung des Dozentenführers Löffler auf informellem Wege stattgefunden hat. Es entspricht der Natur der Sache, dass direkte Beweise hierfür nicht zu finden sind. Die nationalsozialistischen Machthaber in München hätten sicher mit aller Entschiedenheit auf ein solches Verhalten reagiert. Widerstand der Fakultät gegen die Machtansprüche der

162 Handschriftlicher Vermerk vom 10.8.1934 auf der Rückseite des Schrb. Rektor Wolfs v. 30.6.1934, BArch R 4901, Nr. 01210, p. 260f.

163 BArch R 4901, Nr. 01210, p. 262, Schrb. Rektor an Dekan v. 30.6.1934.

Reichsleitung war also auch unter der Führung des Pg. Schröder mit stillschweigender Billigung des Rektors und Pg. Wolf durch Zeitgewinn erfolgreich. Vielleicht wäre es den Kieler Medizinprofessoren, hier besonders dem Dekan Schröder, unterstützt von Wolf – wenn auch nur vorübergehend – gelungen, Einflüsse von Außenstehenden begrenzt zu halten, wenn mit Schittenhelm nicht ein Mitglied der Fakultät durch sein Vorgehen dem »Braunen Haus« in München die Möglichkeit eröffnet hätte, einen weit mehr der nationalsozialistischen Ideologie verbundenen Medizinprofessor an die Spitze der Kieler Medizinischen Fakultät zu setzen.

Die Angelegenheit Specht fand für die Kieler Fakultät bald ein Ende. Specht wurde nach Erlangen berufen, damit hatte er seine Tätigkeit als Vertrauensmann in Kiel beendet. Unter den Bearbeitungsvermerken des Ministeriums auf einem Schreiben des Kurators vom 2. November ist auch ein Vermerk mit Datum vom 20. November zu finden, der lakonisch feststellt »...nicht mehr nötig«. <sup>164</sup> Einen Nachfolger hatte die Hochschulkommission der NSDAP jetzt in Person des Nachfolgers Schittenhelms als Direktor der Medizinischen Klinik, Hanns Löhr, wie dieser selbst in einem Schreiben an Ministerialrat Prof. Dr. Franz Bachér im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 14. Dezember 1935 mitteilte. <sup>165</sup> Löhr übernahm als Vertrauensmann der Reichsleitung, ab Sommersemester 1935 als Dekan der Medizinischen Fakultät, zeitweise als Prorektor, als Gaudozentenführer und zum Schluss bis zu seinem Tode als Rektor der gesamten Universität neben anderen Parteaufgaben zahlreiche Funktionen. Und das Ministerium hatte dadurch, dass es Löhr zu einer Berufung verholfen hatte, der Hochschulkommission den Grund genommen, eine dritte Person als Vertrauensmann zu berufen, ein Kompromiss, bei dem es zu Lasten und mit Ausnahme der Kieler Medizinischen Fakultät nur »Sieger« gab. Parallel zum Vorgang Specht liefen jedoch noch zwei weitere Vorgänge ab, in denen die Medizinische Fakultät ernsthaft jedoch erfolglos versuchte, durch mehr oder weniger geschicktes Taktieren einer Vereinnahmung durch die NSDAP zu widerstehen: Erstens bei der Berufung des Nachfolgers Rudolf Höbers und zweitens bei dem Versuch, die Berufung Hanns Löhrs zu verhindern.

164 Ebd., p. 323.

165 LASH Abt. 47, Nr. 1107, p. 138.

### 3.3.3 Widerstand gegen die Berufung Ernst Holzlöhners

Die Entscheidung für die Nachfolge Höbers führte weniger zu Problemen mit der Hochschulkommission, sondern vielmehr zu Konflikten zwischen Ministerium und Universität und innerhalb der Universität zwischen Rektor und Dekan auf der einen Seite sowie Dozentenführer Löffler auf der anderen Seite. Löffler schlug Holzlöhner in der Fakultätssitzung vom 26. Februar 1934 für Platz 3 der Liste vor und entsprechend wurde auch beschlossen. Dekan Schröder teilte jedoch in seinem Schreiben vom 26. März 1934 an den Kurator über den Rektor die Dreierliste »1. Rein/Göttingen, 2. Wagner/Erlangen 3. Achelis/Berlin« mit und noch ergänzte, dass der Kieler Physiologe Mond hervorragend sei, die Fakultät aber keine Hausberufung wollte.<sup>166</sup> Holzlöhner wurde trotz der Entscheidung der Fakultät nicht genannt. Weitere Einzelvoten folgten von dem Assistenten Hans Netter in dessen Funktion als Nichtordinarien-Fachvertreter am 5. März 1934 an das Dekanat und von Löffler am 15. Mai 1934 an das Preußische Kultusministerium: Netter schlug Holzlöhner an dritter Stelle vor,<sup>167</sup> Löffler benannte in seiner Funktion als Führer der Dozentschaft Holzlöhner »im Einverständnis mit dem Unterführer der Dozenten in der Medizinischen Fakultät«. Das Ministerium wurde von Löffler darauf hingewiesen, dass eine Benennung an dritter Stelle durch den Dekan entsprechend dem Beschluss vom 26. Februar 1934 nicht erfolgt sei.<sup>168</sup> Ein nicht ungeschickter, vielleicht etwas plumper Schachzug der Kieler waren auch die in den Schreiben des Dekans an den Rektor (vom 31. Juli 1934) und des Rektors an das Ministerium (vom 1. August 1934) ausgesprochenen Voten, mit denen sich beide für die Berufung des als hauptamtlichem Referenten im Ministerium tätigen, an der Berliner Universität als apl. Professor lehrenden Physiologen und Ministerialrats Professor Dr. Johann Daniel Achelis auf den Kieler Lehrstuhl für Physiologie einsetzten.<sup>169</sup> Rektor, Dekan und die Medizin-Ordinarien wollten also Holzlöhner nicht. Auch im Ministerium bestanden noch Zweifel bezüglich der Berufung Holzlöh-

166 GStA PK I. HA Rep. 76, Va Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 182–183.

167 Ebd., p. 188. An 1. Stelle nannte er Wacholder/Rostock und Rein/Göttingen, an 2. Stelle seinen Kollegen Mond/Kiel.

168 Ebd., p. 179.

169 Johann Daniel Achelis (1898–1963): 1.5.1933 Mitglied der NSDAP, 1.4.33 bis Sept. 1934 Ministerialrat und Personalreferent im preuß. Kultusministerium, Ende 1934 Ordinarius für Physiologie in Heidelberg. 1942–1945 Dekan, 1950 führende Stellung bei der Fa. Boehringer, Mannheim. Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 13, GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 174, 175; UA Leipzig PA 1442, Bl. 44. Nach Heiber (Heiber, I, S. 392) »Architekt der Säuberung der Hochschulen«; lt. Karl Brandt führender Physiologe der Zeit des Nationalsozialismus (Klee, Personenlexikon, S. 10).

ners. Einen Streit mit der Hochschulkommission wollte man wegen dieser Personalie jedenfalls nicht. Ausdrücklich wurde ihr Votum am 8. September 1934 erbeten und von Rust persönlich am 26. September 1934 beim Referenten angemahnt. Erst als die Hochschulkommission ihr Einverständnis gab,<sup>170</sup> erfolgte zum 9. Oktober 1934 die Berufung von Ernst Holzlöhner auf den Lehrstuhl für Physiologie in Kiel.<sup>171</sup> Er wurde am 23. November 1899 in Karalene/Insterburg geboren, die Promotion erfolgte 1924 in Würzburg, die Habilitation 1929 in Berlin, 1932 wurde er apl. Professor in Berlin. In Berlin hatte Holzlöhner den vom Wintersemester 1930 bis zum Ende des Wintersemester 1933 erkrankten Institutsdirektor Prof. Dr. Wilhelm Trendelenburg vertreten, dies war sicher neben seinem Einsatz für die Ziele der Nationalsozialisten ein wichtiger Grund für seine Berufung. In einer Vereinbarung vom 18. September 1934 wurden ihm seitens des Ministeriums ein Grundgehalt von 8.000,- RM sowie Wohnungsgeldzuschuss und gegebenenfalls Kinderbeihilfen zugesagt. Er erhielt – wie alle anderen nach Kiel berufenen Ordinarien – eine Kolleggeldgarantie vom jährlich 1.000,- RM und eine befristet außerplanmäßige Assistentenstelle bewilligt. Die Einstellung einer zusätzlichen Schreibkraft und eines Mechanikers sowie kleinere bauliche Veränderungen (Kostenvoranschlag 2.100,- RM) im Institut wurden ihm zugesagt. Die Herrichtung der Dienstwohnung wurde mit einem Kostenaufwand von 950,- RM übernommen und für die Ergänzung von Inventar, »Apparatur« und Bücherei wurden für 1934 und 1935 jeweils 2.000,- RM bewilligt

Zu der Berufung Holzlöhners gibt es noch einen weiteren Vorgang, der einen tiefen Einblick in die Verhältnisse an der Kieler Universität im Jahre 1934/35 gibt: Es liegt ein Schreiben von Rektor Dahm, dem Nachfolger Wolfs, vom 22. November 1935 (offenbar als Antwort auf eine nicht in den Akten vorliegende Anfrage des Reichserziehungsministeriums) vor,<sup>172</sup> in dem mitgeteilt wurde, dass sich Wolf am 25. Oktober 1935 mit einer Beschwerde an den Rektor gewandt habe. Wolf hätte vorgebracht, dass Holzlöhner gegenüber Karl Beurlen<sup>173</sup> über Wolf bemerkt haben solle, dass er aus persönlicher Erfahrung wüsste, dass er, Wolf, ein ungeheures Machtstreben besäße. Weiter schrieb Wolf wörtlich: »Das kann sich nur auf mein Verhalten bei der Berufung Holzlöhners

170 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 112, 153, 154.

171 LASH Abt. 47, Nr. 6683, Vereinbarung v. 18.9.1934.

172 LASH Abt. 47, Nr. 6683, Schreiben an den Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 22.11.1935.

173 Karl Beurlen (1901–1985): Mai 1933 NSDAP-Mitglied, Ortgruppenamtsleiter, SA, NS-Dozentenbund, 1934 Lehrstuhl für Geologie und Paläontologie in Kiel, 1941 o. Prof. in München, 1945 entlassen, 1950 Prof. in Brasilien (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 22).

und bei seiner Ernennung zum Dozentenschaftsführer beziehen. Ich stelle fest, dass ich in beiden Fällen in vollster Übereinstimmung mit und im Auftrag der unmittelbar betroffenen Gremien gehandelt habe. Bei der Berufung legte ich in Übereinstimmung mit dem Dekan (Schröder [d. Verf.]) und mit Prof. Löhr Verwahrung ein. «Holzlöhner hatte, so das Schreiben weiter, von der Äußerung Wolfs erfahren und am 4. November 1935 mitgeteilt, dass die Behauptungen über die Stellungnahmen von Löhr und Schröder unwahr wären und er eine Abschrift seines Schreibens auch dem Referenten für Dozentenschaftsfragen im Ministerium zuleiten würde. Wolf seinerseits, so schrieb Dahm, hätte seine Äußerung wie folgt begründet: »Er habe noch einige Tage vor der letzten Unterredung mit Herrn Schröder über die Berufung Holzlöhners im Rektorat mit diesem telefoniert. Dabei habe Herr Schröder Zweifel darüber geäußert, ob Herr Holzlöhner wohl in der Lage sei, den exponierten Lehrstuhl für Physiologie zu vertreten. Auf dieses Telefongespräch hin habe er, Herr Wolf, in Berlin Bedenken gegen die Berufung Holzlöhners erhoben.« Schröder konnte sich an dieses delikate Telefongespräch nicht erinnern, auch stünde sein Inhalt, so Schröder, im Widerspruch zu einer mündlichen Unterredung mit Wolf, in der er sich für Holzlöhner ausgesprochen habe. Wolf habe nicht das Recht gehabt, unter Berufung auf ihn, Schröder, gegen Herrn Holzlöhner beim Ministerium Bedenken zu äußern. Dahm schrieb dann weiter, dass er hoffe, den Vorfall in Kiel zu bereinigen, so dass kein Anlass für ein Eingreifen des Ministerium bestehe. Er selbst glaube, dass die Mitteilung Wolfs über die Vorgeschichte der Berufung Holzlöhners unzutreffend sei, Wolf könne »irgend ein Telefongespräch mit Herrn Schröder missverstanden« haben, er, der Rektor wolle das Ganze jedenfalls örtlich erledigen.

Der Vorgang ist nicht ganz einfach zu verstehen und dem ersten Anschein nach eigentlich nebensächlich, bekommt aber seine Bedeutung durch den mit ihm gewährten Einblick zum einen in inhaltliche zum anderen in verfahrenstechnische Gesichtspunkte der damaligen Arbeit in Rektorat und Fakultät. Inhaltlich steht fest: Der Dekan der Medizinischen Fakultät hatte mit Unterstützung des damaligen Rektors Wolf, beides treue Mitglieder der NSDAP, den Berliner nationalsozialistischen Hochschulfunktionär Holzlöhner nicht gewollt. Das Verfahren hierbei lief nicht offiziell ab: Die Absprachen und Meinungsbildungen erfolgten informell und nicht förmlich. Dieses Vorgehen hatte den Vorteil, dass, wie hier auch geschehen, alles abgestritten werden konnte. In der damaligen Zeit war eine solche Vorgehensweise sicher mehr als geboten, wenn sich die Aktivitäten, wie in diesem Falle, gegen die Entscheidungen der vorgesetzten Dienststelle und möglicherweise sogar gegen die nationalsozialistische Reichsleitung richteten. Die Machtsituation war im Jahre 1934 für die Universität nicht einschätzbar, da der Machtkampf zwischen der Hochschulkommission der NSDAP-Reichsleitung

in München und dem zuständigen Fachministerium nicht entschieden war. Da jedoch der Dekan als »Führer« der Medizinischen Fakultät die Beschlüsse des Fakultätsausschusses lediglich als Empfehlung ansehen musste, bestand für ihn die Möglichkeit, von dem Beschluss seines Beratungsgremiums abzuweichen. Der Dekan, und sicher auch weitere Mitglieder der Fakultät hielten Holzlöhner nach dem allseits anerkannten Physiologen Höber nicht für geeignet, den Lehrstuhl angemessen zu vertreten. Dies wurde untereinander erörtert, mit Rektor Wolf besprochen, dieser intervenierte (vielleicht nicht ausdrücklich autorisiert, was formal gesehen auch nicht erforderlich war) beim Ministerium, jedoch ohne Erfolg. Holzlöhner war der Vorgang bekannt geworden und er konnte darüber nicht schweigen. Der Rest ist als das Bemühen des Rektors Dahm zu verstehen, den Schaden zu begrenzen. Im Jahre 1934 gab es keine sichere Machtkonstellation in der Wissenschaftsverwaltung mehr, um fachlicher Qualität den Vorrang vor nationalsozialistischen Parteigängern zu verschaffen.<sup>174</sup>

Holzlöhners »politischer« Lebenslauf ist durchaus als typisch für den eines nationalsozialistischen Hochschulfunktionärs anzusehen. Im November 1917 war er noch als Kriegsfreiwilliger Soldat geworden und an der Westfront eingesetzt. Er wurde als Fahnenjunker-Unteroffizier entlassen. 1921 war er, wie viele andere den radikalen Parteien zuneigende Akademiker, einige Monate Mitglied eines Freikorps (Selbstschutz Oberschlesien, Gruppe Nord, I. Bat., 2. Komp.), 1923 dann des Bundes Oberland Würzburg. Aus beiden gingen später u. a. auch Teile der SA hervor. 1933/34 war Holzlöhner Mitglied des Sanitätsdienstes der SS und wechselte 1934 zum Fliegersturm. Der Eintritt in die NSDAP mit Mitglieds-Nummer 2.582.604 erfolgte mit Antrag vom 20. Februar 1933<sup>175</sup> zum 1. Mai 1933, 1933/34 war Holzlöhner in Berlin Führerstellvertreter in

174 Es ging aber durchaus auch anders, wie die Berufung des ehemaligen Oberarztes von Robert Schröder Hans Runge, der 1932 Lehrstuhlinhaber für Frauenheilkunde in Greifswald geworden war, zeigt. 1934 war seine Berufung nach Heidelberg praktisch schon entschieden. Die Intervention der NS-Hochschulkommission verhinderte die Berufung. Ein Schriftwechsel zwischen Runge, dem Badischen Kultusminister Otto Wacker, Bernhard Rust und Rudolf Heß führte zur Mitteilung des Ministerialdirektors im REM Theodor Vahlen, dass die Hochschulkommission in Berufungsfragen kein Vetorecht habe. Runge wurde am 19.10.1934 Direktor der UFK Heidelberg. Vgl. Hierzu Bröer, Ralf: Geburtshilfe und Gynäkologie, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 845–892, hier S. 855–857.

175 GStA PK I. HA Rep. 706, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 147, Fragebogen v. 18.9.1934. Holzlöhner gab auf diesem Fragebogen den Beginn seiner Mitgliedschaft in der NSDAP mit dem 20.2.1933 an. Vieles spricht dafür, dass dies der Zeitpunkt der Antragstellung war und die eigentliche Aufnahme erst zum 1.5.1933 erfolgte. Wegen der großen Zahl der Professoren, die

der Preußischen Dozentenschaft. Gleich nach Dienstantritt in Kiel wurde er dann im November 1934 Führer der Dozentenschaft und des NS-Dozentenbundes Kiel.<sup>176</sup> Seine positive Haltung zur nationalsozialistischen Ideologie in dieser Zeit ist einem Beitrag in »Die Tat« aus dem Jahr 1934 zu entnehmen, in dem sich Holzlöhner mit der neuen Bedeutung der Dozentenschaft im nationalsozialistischen Staat befasste.<sup>177</sup> Formulierungen wie »Nachdem aber das ganze Volk durch seinen Führer das Ziel erkannt hat und auf allen Wegen marschiert [...]« oder »Die Wissenschaft hat nicht dem neuen Staat Konzessionen zu machen, sie wird den Grundgedanken des Nationalsozialismus aufsaugen und verarbeiten müssen, weil sie sonst zugrunde geht« zeigen wie sehr Holzlöhner die Wissenschaft nicht nur in den Dienst des neuen Staates stellen, sondern sie ihr unterordnen wollte. Die Schaffung der Dozentenschaft als einer »Fakultät der Jugend« sollte den Einfluss aller Dozenten und Assistenten ohne Beamtenverhältnis gegenüber den etablierten verbeamteten Professoren verstärken, nachdem die Wissenschaft sich »die radikalste Lösung«, »auf die Mitarbeit aller Bisherigen zu verzichten und alles von der Ausbildung eines neuen Menschentyps zu erwarten« nicht habe leisten können<sup>178</sup> Über seine Tätigkeit als Hochschullehrer berichtet Stephan Pfürtner als Zeitzeuge aus dem Sommersemester 1942: »Holzlöhner war ein kleiner, zierlicher Mann. Er sprach leise, wirkte auf mich feinfühlig wie ein sensibler Musiker, trug eine schmale, goldumrandete Brille und kam meist in der Uniform eines Sanitätsoffiziers der Luftwaffe. Er hatte wie Freerksen eine sehr ruhige Umgangsart mit Studenten und vermochte, uns Prozesse der Physiologie didaktisch ausgesprochen klug zu vermitteln. [...]«<sup>179</sup>

als sog. »Märzgefallene« zum 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten waren, bestand ein Interesse für Holzlöhner, sein frühes Aufnahmeverhalten herauszustellen.

176 BAArch R 4901, Nr. 13266, Karteiblatt Holzlöhner.

177 Holzlöhner, Ernst: Fakultät der Jugend, in: Die Tat. Unabhängige Monatszeitschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit 25 (1933/34), H. 2, , S. 884–889.

178 Holzlöhner, S. 887.

179 Pfürtner, Stephan H.: Nicht ohne Hoffnung. Erlebte Geschichte 1922–1945, Stuttgart 2001, S. 388. Holzlöhner war während des Krieges als Stabsarzt der Luftwaffe u. a. Leiter der Fliegermedizinischen Untersuchungsstelle.

### 3.3.4 Veränderungen in der Arbeit der Fakultät und ihrer Institute und Kliniken

Mit der »Gleichschaltung« kam es auch zu Veränderungen in der Alltagsarbeit in der Fakultät und den Kliniken und Instituten. Die hier verwendeten Quellen geben darüber gerade wegen der »Alltäglichkeit« nur begrenzt Auskunft, lassen aber durch exemplarische Fälle durchaus Schlüsse zu. Große Veränderungen gab es insbesondere in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft bei der Vornahme von Berufungen nach Wechsel oder Ausscheiden eines Lehrstuhlinhabers.<sup>180</sup> Neben der Beteiligung der Hochschulkommission, die durch indirekte Einflussnahme auf Ministerialebene erfolgte und durch die Vertrauensleute der Reichsleitung kontrolliert wurde, übten besonders auch die Dozentenführer der einzelnen Universitäten Einfluss aus. Dieser Faktor spielte allerdings nur solange eine Rolle, wie Dozentenführer und Leitungsebene der Universität durch Personen mit unterschiedlichen Zielvorstellungen besetzt waren, d. h., nach dem Ausscheiden Löfflers gab es in Kiel keine nennenswerten Friktionen mehr zwischen Rektor (Dahm), Dekan (Schröder/Löhr) und Dozentenführer (Holzlöhner). Die Neubesetzung der frei werdenden Lehrstühle bot für die Hochschulkommission und das Ministerium die Möglichkeit, Personen des eigenen Vertrauens einzusetzen, die durch ihre Mitgliedschaft in der NSDAP oder ihren Untergliederungen oder auch nur durch ihre mit dem Nationalsozialismus konformen Einstellungen und ihr Verhalten die Gewähr boten, ihre Arbeit im Sinne des neuen Regimes durchzuführen. Dabei gab es unterschiedliche Interessenlagen, die kurz etwa so beschrieben werden können: Die Hochschulkommission entschied sich vorrangig für ideologiekonforme Kandidaten, das fachliche Können war eher nebensächlich; beim Ministerium war Ideologiekonformität möglichst erwünscht, das fachliche Können jedoch in der Regel wichtiger. In der Fakultät war fachliches Können wichtig, in den ersten Jahren in der Fakultät zu starkes nationalsozialistisches Engagement eher störend, später unter dem Dekanat Löhrs wurde es wichtig. Auch wurde nach der Bedeutung der Lehrstühle durch die Medizinische Fakultät gewichtet: Physiologie und Innere Medizin, aber auch Pathologie und Hygiene sollten bestmöglich besetzt werden, andere Fächer wie z. B. die Anthropologie waren der Fakultät eher gleichgültig. Auf die 1933 bestehende, etwas widersprüchliche Haltung des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu Berufungen war bereits an anderer Stelle hingewiesen worden. Einerseits hatte man verkündet, jetzt Stellungnahmen der Fakultäten zu den Vorschlägen des Ministeriums einholen zu wollen, andererseits behielt sich

180 Vgl. Bussche, Akademische Karrieren, S. 63 f.

einige Monate später der Wissenschaftsstaatssekretär Stuckart vor, direkt entscheiden zu wollen.<sup>181</sup> Ab Februar 1935 erfolgte die Ernennung der Hochschulprofessoren durch Hitler, hierdurch wurde der Präsidialkanzlei als derjenigen Kanzlei Hitlers, die für Ernennungen zuständig war, die Möglichkeit eröffnet, ihrerseits das Berufungsgeschehen nicht nur zu beobachten, sondern auch Einfluss zu nehmen. Nach wie vor hatte die Fakultät die Möglichkeit, einen Dreivorschlag einzureichen, sie konnte aber nicht davon ausgehen, dass er Berücksichtigung finden würde. Soweit das Ministerium die Besetzung des vakanten Lehrstuhls mit einer auf der Dreierliste nicht genannten Person beabsichtigte, bekam die Fakultät gelegentlich die Möglichkeit, zu dieser Person eine Stellungnahme abzugeben.

Lehrstuhlinhaber hatten in Hinblick auf das Wohl und Wehe der Assistenten ihres Institutes oder ihrer Klinik in der Kaiserzeit, der Weimarer Republik und wieder nach 1945 eine übermächtige Stellung. Sie allein entschieden über die wissenschaftliche Zukunft der Assistenten. Nur, wenn ein Assistent auf dem Dienstweg seitens des Lehrstuhlinhabers dem Ministerium vorgeschlagen wurde, hatte dieser die Aussicht, einen Zweijahresvertrag zu erhalten oder verlängert zu bekommen. Umgekehrt wurde kein Assistent gegen den Willen des Lehrstuhlinhabers eingestellt oder verlängert. Grundsätzlich blieb diese Machtstellung auch in der Zeit des Nationalsozialismus erhalten, wenn nicht Vorstellungen und Belange der Administration dem entgegenstanden. Für eine Verlängerung des Zweijahresvertrages war jedoch nun auch die Zustimmung des Dozentenführers erforderlich. Ein Beispiel hierfür mag der Vorgang Heine/Dannheim geben. Der Direktor der Augenklinik Leopold Heine hatte sich im Dezember 1933 geweigert, einen Dr. Dannheim als Assistenten in seiner Augenklinik einzustellen und angeblich ihn wie auch die SA-Ärzte Wolfgang Saalfeldt und Gerhard Küntscher »in einer ganz unerhörten Form angegriffen«.<sup>182</sup> Hierin wurde eine »mangelnde Würdigung der Gründe« gesehen, »die eine weitgehende Förderung von bewährten Kämpfern der nationalsozialistischen Bewegung nicht nur erwünscht, sondern sogar staat-

181 N.N.: Wochenschau, in: DÄ 63 (1933), S. 212–214, hier S. 213; GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1767, Bd. 2, p. 326, Schrb. Staatssekretär Stuckart, Preuß. Minister für Wissenschaft pp. an den Preuß. Ministerpräsidenten v. 28.9.1933.

182 GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1769, Bd. 4, p. 69, Schrb. des Staatsministeriums an das Reichs- und Preuß. Ministerium für Wissenschaft pp. v. 21.2.1935 und GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 158, Schrb. der SA der NSDAP, Der Führer der Gruppe Nord Meyer-Quade an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 14.2.1934.

lich notwendig erscheinen lassen«. <sup>183</sup> Heine war, wie noch an anderer Stelle zu zeigen sein wird, dann, wenn er etwas für richtig hielt, in der Durchsetzung seiner Meinung unbeirrbar, präziser beschrieben, von unglaublicher, oft auch taktisch unkluger Sturheit. <sup>184</sup> So konnte ihn auch der Besuch des »SA-Brigadearztes Dr. Saalfeldt und des SA-Standarten-Arztes Dr. Küntscher«, die ihm in »nachdrücklicher Weise eine Änderung [seines] Standpunktes nahe gelegt hatten« <sup>185</sup> nicht zur Änderung seiner Auffassung bringen. Daraus erwuchs zusammen mit weiteren Aktionen Heines ein Disziplinarvorgang, der zeitweise durchaus Merkmale eines hartnäckigen Widerstandes des Medizinprofessors gegen Eingriffe in seine Rechte durch eine hierzu nicht legitimierte Parteistruktur zeigte. Heines Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime war allerdings auch geprägt durch die besonderen Merkmale seiner Persönlichkeitsstruktur, sollte deswegen aber nicht gering eingeschätzt werden, da ihm die Gefährlichkeit seines Handelns sicher bewusst war.

### 3.3.5 Widerstände gegen die Berufung Hanns Löhrs

Auf den Vermerk des Ministerialrates Achelis im Juni 1934 war bereits hingewiesen worden. <sup>186</sup> Dem Ministerium war nicht verborgen geblieben, dass die Kieler Medizinische Fakultät zwar eine direkte Konfrontation vermied, ansonsten jedoch versuchte, ihre Hochschulinteressen so weit wie irgend möglich auch gegen den Willen höherer Dienststellen, vor allem auch gegenüber den Machtansprüchen des nationalsozialistischen Regimes zu wahren. Dazu gehörte, dass seitens der Fakultät alle vertretbaren Mittel eingesetzt wurden, um die Berufung von den Nationalsozialisten ideologisch genehmen, aber fachlich nicht ausgewiesenen Hochschullehrern, zu verhindern. War die Nachfolge Höbers schon zu einem Balanceakt zwischen Fakultät und Ministerium geworden, mit dem Ergebnis, dass das Ministerium sich durchsetzte und die Berufung Holzlöhners durchsetzte, so sollte der Konflikt um den Nachfolger Schittenhelms zu

183 LASH Abt. 47, Nr. 1597, Schrb. des Ministers für Wissenschaft pp., U I Nr. 17705, v. 2.11.1934, abschriftlich mitgeteilt durch das Schrb. des Kurator an Heine v. 12.11.1934.

184 Vgl. z. B. LASH Abt. 47, Nr. 118, p. 204 ff. (S. 1–14), Darstellung Heines von seinem Streit mit der Marine 1911/12.

185 Ebd.

186 »[...] Die schwierigen Kieler Verhältnisse erfordern auf jeden Fall ein energisches und schnelles Handeln.«, so in GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 34. Dieser Ausspruch erfolgte im Zusammenhang mit einer gegen Heine gerichteten Untersuchung des Ministeriums, auf die noch im Abschnitt über die Berufung Löhrs eingegangen wird.

einem Ringen zwischen den Kieler Medizinerinnen, dem Ministerium und der Hochschulkommission werden. Dabei ging es nur vordergründig um die Besetzung des Lehrstuhls für Innere Medizin in Kiel. Tatsächlich aber war das Ziel zum einen die Schaffung von »Ordnung« in der Kieler Medizinischen Fakultät durch Implementierung eines über jeden Zweifels erhabenen Vertreters des nationalsozialistischen Regimes, zum anderen war es auch ein Ringen um die Machtverteilung zwischen Ministerium und Hochschulkommission, das die Hochschulkommission auch in diesem Falle eindeutig für sich entscheiden sollte.<sup>187</sup>

Am 11. Mai 1934 befasste sich der Fakultätsausschuss mit der Nachfolge Schittenhelms. Die schnelle Besetzung des für Kiel wichtigen Lehrstuhls für Innere Medizin war ein besonderes Anliegen der Fakultät. So verwundert es nicht, dass in dieser Sitzung schon ein Vorschlag durch eine Kommission, die ohne Beteiligung des Fakultätsausschusses durch den Dekan berufen worden sein musste, vorlag. Ein im Protokoll nicht näher spezifizierter Protest des Professors für Anthropologie Otto Aichel gegen das Verfahren zur Besetzung der Kommission ist besonders bemerkenswert, da abweichende Positionen zu Verfahren selten im Protokoll wiedergegeben wurden. Die namentlich nicht näher beschriebene Kommission schlug für den 1. Platz Max Ferdinand Bürger und Hermann Straub, für den 2. Platz der Liste Herbert Assmann und Wilhelm Nonnenbruch vor. Wie schon bei der Erstellung der Liste für den Lehrstuhl für Physiologie hatte Dozentenführer Löffler andere Vorstellungen und meldete als Kandidaten für den 3. Platz den ehemaligen Mitarbeiter Schittenhelms und politisch aktiven nationalsozialistischen Parteigenossen Hanns Löhr an. Diesmal folgte ihm der Fakultätsausschuss schon in der Sitzung nicht. Die auf dem Dienstweg über Rektor und Kurator an das Ministerium gehende Dreierliste sollte nach Beschluss der Fakultät wie folgt zusammengesetzt sein: 1. Bürger/Bonn, 2. Straub/Göttingen, 3. Nonnenbruch/Prag.<sup>188</sup>

Der Vorschlag der Dreierliste war noch mit einem Nachsatz versehen, der wegen der Aufforderung des Ministeriums, eine Stellungnahme zur Persönlichkeit des Herrn Dr. med. Hanns Löhr abzugeben, erstellt worden war. Die Fakultät stellte sich dieser Aufgabe mit großem Geschick. Auf den ersten zwei Seiten ihrer Stellungnahme finden sich positiv klingende fachliche Würdigungen der Tätigkeit Löhrs in Kiel und in Bethel. Dann geht es weiter mit seinen Aktivitäten in der SA und als »Alter Kämpfer«. Wört-

187 Kater, *Ärzte*, S. 212. 1934 wurden 34 Posten an Medizinischen Fachbereichen verschiedener Universitäten des Landes zum offensichtlichen Ärger der Beamten des Ministeriums aufgrund der Interventionen der Hochschulkommission besetzt.

188 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 151–152.

lich wird in dem Schreiben an das Preußische Kultusministerium zum Schluss ausgeführt: »Aufs höchste anerkannt wird, dass er sich durch volles persönliches Einsetzen in der S. A. und der Durchkämpfung der nationalsozialistischen Gedanken während der Kampfzeit größte Verdienste erworben hat. Es muss weiter gesagt werden, dass solche Persönlichkeiten für die Erziehung der Studenten von größtem Nutzen sind. Die Aufgabe der Fakultät ist aber in erster Linie die Betreuung von Wissenschaft, Forschung und Lehre, im Falle der Medizinischen Klinik sind diese Aufgaben ganz besonders hoch. Unter aller Wertschätzung der bisherigen Leistungen des Herrn Löhr glaubt die Fakultät nicht, ausreichende Gewähr dafür zu haben, dass er die besonderen hiesigen Ansprüche ohne den Durchgang durch eine weniger verantwortungsvolle Lehrbetätigung erfüllen kann.«<sup>189</sup> Über den weiteren Fortgang der offiziellen Vorgänge bei der Besetzung des Lehrstuhls ist aus den vorhandenen Akten nichts zu erfahren.<sup>190</sup>

Im Hintergrund entwickelten sich Aktivitäten, die im Hinblick auf die Bedeutung Löhrs für die Inbesitznahme der Fakultät durch die Nationalsozialisten Beachtung finden sollten, auch wenn sie Ausdruck einer zwar tapferen, aber fast verzweifelten Hilflosigkeit waren. Der im folgenden dargestellte Vorgang kann als Versuch des Direktors der Augenklinik Leopold Heine gewertet werden, seine durch die bereits erwähnte Ablehnung Dannheims entstandenen Probleme auf eine recht einfache Weise dazu zu nutzen, indirekt dazu beizutragen, eine Berufung Löhrs zu verhindern. Informationen darüber sind einem Schreiben des Kreisobmannes des NSDÄB für Kiel PD Dr. Walter Dieter, der ursprünglich Oberarzt bei Heine gewesen war und nach heftigen Auseinandersetzungen die Augenklinik Ende 1928 verlassen musste,<sup>191</sup> an den Gauobmann der NSDÄB sowie Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen Ärztekammer Hans Köhler zu entnehmen.<sup>192</sup> Dieter teilte Köhler mit, dass die Tochter Heines, Fräulein Lisa Heine, am 29. April 1934 mit einem Aktenpaket bei dem Fachschaftsleiter der Kieler Klinikerschaft cand. med. Alkmar von Kügelgen gewesen sei und u. a. behauptet

189 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 87–89. 190 Es folgten noch weitere Äußerungen an das Ministerium: 14.5.1934 Rektor Wolf: Auf keinen

Fall Bürger/Bonn, aber v. Weizsäcker/Heidelberg; 14.5.1934 Löffler in einem Telegramm an Achelis ein Sondervotum für Löhr; 15.5.1934 Kurator: Auf keinen Fall Bürger/Bonn; Löffler über Kurator, Abgang dort am 23.5.1934: Vorschlag Löhr (GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 3, Bd. 8, p. 90f., 99, 101).

191 GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 6 adh., Die Untersuchungen gegen den Privatdozenten Dr. Dieter in der Medizinischen Fakultät.

192 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, Schrb. Dieter an den Gauobmann des NSDÄB Gau Schleswig-Holstein Köhler v. 29.4.1934.

habe, die Stellung Köhlers in der Provinz sei schwer erschüttert und dieser mit seinen Ämtern überfordert.<sup>193</sup> Köhler, Frauenarzt aus Neumünster, wusste nichts Besseres, als sich umgehend in einem an Primitivität kaum noch zu übertreffenden Schriftstück an den Reichsärztesführer Wagner zu wenden und sich über Heine zu beschweren. Er schrieb: »Es handelt sich bei Prof. Heine um einen ganz besonderen Schädling, einen Mann, der überall hetzt und stänkert und eigentlich auf keinen Fall an der Universität sein dürfte.«<sup>194</sup> Wagner wandte sich über den für die Hochschulkommission zuständigen Prof. Heinrich Zeiss an Achelis im Ministerium mit dem Verlangen, dass »gegen GR Heine vonseiten des Ministeriums vorgegangen würde, da durch sein Verhalten das Ansehen einer parteiamtlichen Stelle schwer geschädigt wäre.« Er empfahl eine Vernehmung Heines im Ministerium,<sup>195</sup> die auch am 15. Mai 1934 durchgeführt wurde, bei der im Wesentlichen herauskam, dass der ganze Vorgang durch herabsetzende Äußerungen Köhlers vor Studenten über den Fall Dannheim ausgelöst worden war. Heine bestritt, »an [der] Verbreitung etwaiger Gerüchte des Inhalts, Dr. Köhler sei ein toter Mann«,<sup>196</sup> beteiligt gewesen zu sein. Achelis war nach dem Gespräch der Auffassung, Heine beurlauben zu müssen. Hierfür verweigerte sein Kollege Ministerialrat Schnoering<sup>197</sup> die Mitzeichnung, weil er der Auffassung war, dass die vorhandenen Unterlagen einen so weitgehenden Schritt nicht rechtfertigten.<sup>198</sup> Am 4. Juni 1934 tauchte unaufgefordert Lothar Löffler im Preußischen Kultusministerium auf, um seinerseits zu der

»Aufklärung« der Angelegenheit Heine/Köhler beizutragen. Nach seiner Auffassung habe das Treffen Lisa Heines mit dem Fachschaftsführer Alkmar von Kugelgen den Zweck gehabt, darauf aufmerksam zu machen, dass Löhr mit seiner Berufung auch für die Nachfolge Köhlers in seinen Ämtern in der Provinz Schleswig-Holstein (Gauobmann der NSDÄB, Präsident der Ärztekammer, Leiter der Kassenärztlichen Vereini-

193 Ratschko, Karl-Werner: Der Weg der schleswig-holsteinischen Ärzteschaft in das »Dritte Reich«, »Bedingungslose Unterordnung« von Ärzten gefordert und erbracht, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 63 (2010), H. 8, S. 32–37, hier S. 37.

194 GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 3, Bd. 8, Schrb. Köhler an Wagner v. 5.5.1934.

195 Ebd., p. 19, Vermerk Achelis v. 12.5.1934

196 Ebd., p. 22–23, Protokoll, verhandelt im Kultusministerium am 15.5.1934, Teilnehmer MR Achelis, Landrichter Kasper, Heine.

197 Schnoering war vom April 1933 bis zu seiner Ernennung zum Generalstaatsanwalt in Düsseldorf im September 1934 Ministerialrat im preußischen Kultusministerium (Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München<sup>3</sup> 2001, S. 284).

198 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8 p. 24, 25. Vermerk Achelis v. 17.5.33, Schnoering v. 26. und 29.5.1934

gung Deutschlands für die Provinz Schleswig-Holstein) in Aussicht genommen sei. Die von Löffler übermittelten Informationen, protokolliert in einem Vermerk durch den für juristische Angelegenheiten des Ministeriums zuständigen Landrichter Kasper lassen den Versuch Löfflers erkennen, Heine zu belasten, dessen Bemühungen darzustellen, Löhr zu verhindern und sich selbst im rechten Licht erscheinen zu lassen.<sup>199</sup> Es liegen noch weitere Schriftstücke aus dem Mai/Juni 1934 vor, die im Wesentlichen den Versuch der Beteiligten erkennen lassen, den Vorgang abzumildern, um etwaige Folgen für Heine in Grenzen zu halten.<sup>200</sup> Mit einem Schreiben vom 2. November 1934 erhielt Heine seitens des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einen Verweis dafür, dass er sich geweigert hatte, den Assistenten Dr. Dannheim einzustellen und mit der Mitteilung vertraulich zu behandelnder Fakultätsangelegenheiten (Berufung Dr. Löhr) und der Übergabe des Materials Köhler an seine Tochter Lisa unerfreuliche und schädliche Gerüchte erzeugt zu haben.<sup>201</sup> In Anbetracht der beteiligten Personen, der Brisanz des gesamten Vorganges und der Bedeutung der Berufung Löhrs für die Münchener Hochschulkommission war Heine mit einem »blauen Auge« davon gekommen. Er wurde jedoch mit Ablauf des Sommersemesters 1935 im Alter von 65 Jahren zum frühestmöglichen Zeitpunkt von allen seinen Universitätsämtern entpflichtet.<sup>202</sup> Hanns Löhr wurde zum 1. August 1934 auf den Lehrstuhl für Innere Medizin berufen und zum Direktor der Klinik für Innere Medizin ernannt.<sup>203</sup>

199 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 34. Vermerk des Referenten im Preußischen Ministerium für Wissenschaft pp. Landrichter Kasper über ein Gespräch mit Lothar Löffler v. 4.6.1934.

200 Ebd., z. B. p. 29, Schrb. v. cand. med. Lisa Heine an Achelis v. 25.5.1934; p. 32, Schrb. Heine an Achelis v. 2.6.1934.

201 LASH Abt. 47, Nr. 1597, Schrb. des Ministers für Wissenschaft pp., U I Nr. 17705, v. 2.11.1934, abschriftlich mitgeteilt durch das Schrb. des Kurator an Heine v. 12.11.1934.

202 LASH Abt. 47.6, Nr. 95, p. 11, Schrb. des Kurators an den Rektor der Universität v. 7.6.1935.

203 LASH Abt. 47.6, Nr. 123, Schrb. Kurator an Rektor v. 4.9.1934.

## 4. Rassenhygiene, Rassenkunde und Rassismus

### 4.1 Der Weg in den Rassismus und Antisemitismus

#### 4.1.1 Die Wurzeln der nationalsozialistischen Rassenideologie

Die scheinbare Legitimation der »Blut und Boden«-Ideologie im Nationalsozialismus wurde durch die Vorarbeiten der Naturforscher, Rassenhygieniker und -ideologen in den Jahrzehnten vor dem »Dritten Reich« überhaupt erst möglich. Auf ihre Arbeiten konnte Hitler zurückgreifen, als er für den von ihm in seinem zweibändigen Werk »Mein Kampf« vertretenen Antisemitismus eine »wissenschaftliche« Legitimation suchte, die über einen primitiven Hass gegen Juden, ihre Leistungen und ihren Einfluss in der westlichen Welt hinausging. Die Nationalsozialisten brauchten für ihren radikalen Antisemitismus Begründungen, mit denen sie ihr Handeln gegenüber der Bevölkerung rechtfertigen konnten. Diese wurden von einer Reihe von mit der Rassenhygiene befassten Wissenschaftlern wie z. B. Eugen Fischer, Fritz Lenz, Ernst Rüdin, Otmar von Verschuer u. a. geliefert.

Grundlage für die rassistische Ideologie der Nationalsozialisten bildeten die Mitte der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts von Arthur de Gobineau in einem Aufsatz »Über die Ungleichheit der Menschenrassen« dargelegten Ansichten. Nach Gobineaus Auffassung waren die Arier die Grundrasse der Weißen und jegliche Rassenmischung die Ursache für die Degeneration eines Volkes.<sup>1</sup> Charles Darwin gab mit seiner Arbeit den Anstoß für Forschungen und Spekulationen, mit denen die deutschen Wissenschaftler und Politiker, aber nicht nur sie, versuchten, die durch Industrialisierung und Globalisierung entstandenen sozialen Verwerfungen im deutschen Kaiserreich mit einer praktisch durchgeführten Rassenhygiene sozialreformerisch zu bekämpfen.<sup>2</sup> Die stärker medizinisch orientierte Rassenhygiene und die eher anthropologische Rassenkunde standen sich in der von Gobineau in Gang gesetzten Diskussion trotz ihrer verschiedenen rassistischen Ansätze nahe und wurden durch politische Neigungen

- 1 Weingart, Peter/Kroll, Jürgen/Bayertz, Kurt(Hg.): Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992, S. 94.
- 2 Darwin, Charles: Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf um's Dasein, Stuttgart<sup>6</sup> 1884, [ursprünglich London 1872], S. 82 ff.

und ganz persönliche Wertungen ihrer Protagonisten stark beeinflusst. Der Münchner Mediziner, Anthropologe und Rassenhygieniker Eugen Fischer (1874–1967) begründete 1913 mit seinem Werk »Die Rehobother Bastards und das Bastardierungsproblem beim Menschen« ein für die folgenden Jahrzehnte geltendes Grunddogma der Rassenhygiene, mit dem er eine Verbindung zwischen der Rassenhygiene und der Rassenanthropologie herstellte. Er postulierte, dass »farbige« Völker gegenüber weißen minderwertig und dass Rassenmischungen schädlich für das Volk seien.<sup>3</sup> Der Hygieniker Fritz Lenz<sup>4</sup> ging noch einen Schritt weiter. Nach seiner Auffassung bleibt die wissenschaftliche Begründung der rassischen Differenzierung bis zu einem gewissen Grade willkürlich, d. h., der Vergleich der üblichen Körpermerkmale reiche allein nicht aus, entscheidend seien geistig-seelische Rassenmerkmale.<sup>5</sup> Dies waren Vorstellungen, die der nationalsozialistischen Führung um Hitler ohne Zweifel gefielen, da ihr Anti-semitismus weniger auf die »jüdische Nase« als auf den »jüdischen Einfluss«<sup>6</sup> und die »Verschwörung des Weltjudentums« zielte. Wilhelm Schallmeyer entwickelte in seinem Werk »Vererbung und Auslese« 1903 Vorstellungen zu einer Bevölkerungspolitik, mit der er Fehlentwicklungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung vermeiden oder eingrenzen wollte. Dabei sollte eine quantitative Bevölkerungspolitik die Vergrößerung der Bevölkerung unter Rücksichtnahme auf die Qualität des Nachwuchses unterstützen, wobei die natürliche durch eine bewusste Auslese ersetzt werden sollte.<sup>7</sup> All diese Überlegungen ließen sich über eine völlig unklare Definition des »Nicht-ariers« zu einer definitorischen Ausgrenzung der Juden, ihrer sukzessive verlaufende Enteignung und darauf folgende Konzentration in Ghettos bis hin zur völligen Ausrottung unter der Maxime der Gewinnung einer reinen deutschen »Volksgemeinschaft« missbrauchen.<sup>8</sup> Im Zusammenhang mit der Kieler Medizinischen Fakultät interessiert besonders, wie sehr die Rassenideologie als ein wesentliches Merkmal der nationalsozialistischen Ideologie an der Fakultät vertreten wurde.

3 Weingart, S. 100 f.

4 Fritz Lenz (1887–1976) war ein Schüler von Alfred Ploetz und der erste planmäßige a. o. Professor für Rassenhygiene Deutschlands in München, ab 1933 bis zum Ende des NS-Regimes dann ordentlicher Professor und Lehrstuhlinhaber in Berlin.

5 In: Baur, Erwin/Fischer, Eugen/Lenz, Fritz: Grundriss der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene, Bd. 1: Menschliche Erblichkeitslehre, München 1921, S. 268–298, hier S. 286.

6 Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1990, S. 71.

7 Weingart, S. 168.

8 Vgl. ebd., S. 57.

#### 4.1.2 Antisemitismus, Rassismus und rassenhygienische Ziele der Nationalsozialisten

Der Antijudaismus des Mittelalters unterschied sich von dem des 19. und 20. Jahrhunderts. Er war religiös begründet, hatte aber ebenso wie der nach der französischen Revolution aufkommende rassistische Antisemitismus eine wirtschaftliche und eine soziale Komponente.<sup>9</sup> Anders als nach Aufkommen des Antisemitismus im 19. Jahrhundert bestand für Juden durch den Übertritt zum Christentum die Möglichkeit der Integration, die zwar keine Lösung des latent in der Bevölkerung vorhandenen Juden- und Fremdenhasses darstellte, aber nicht selten für die Betroffenen individuelle Perspektiven bot. Eine solche Lösung konnte es beim rassistisch bestimmten Antisemitismus, den sich die breite Masse der Nationalsozialisten auf die Fahnen geschrieben hatte, nicht geben. Zunehmend entwickelten sich mit Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa, den USA und weiteren Regionen antisemitische Tendenzen, die gegen Ende des Jahrhunderts zunehmend radikaler wurden. Die »Lösung der Judenfrage« sollte nach den Programmen einiger Parteien<sup>10</sup> durch Vertreibung, mitunter sogar Ausrottung erfolgen. Die gesellschaftliche Situation des Deutschen Kaiserreiches mit der späten Industrialisierung, der Säkularisierung und der allmählich stattfindenden, zäh verlaufenden Demokratisierung war ein idealer Nährboden für solche Vorstellungen. Sie erlangten besonders im politisch-administrativen System und im unteren Bürgertum eine hohe Akzeptanz, blieben jedoch zunächst weitgehend folgenlos. Erst der Erste Weltkrieg und die Suche nach den Verantwortlichen für die Niederlage konnte bis 1932 ein bis dahin unvorstellbares Wählerpotential mobilisieren.<sup>11</sup> Schicksalshafte Folgen für eine große Zahl von Behinderten und Kranken sollte die 1920 erschene Broschüre »Die Freigabe der Vernichtung des lebensunwerten Lebens« des Psychiaters Alfred Erich Hoche (1865–1943) und des Strafrechtlers Karl Binding (1841–1920) in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland haben, in der sie sich für die Tötung »Minderwertiger« und Kranker aussprachen.

9 Lotter, Friedrich: Judenfeindschaft (-haß, -verfolgung), in: Angermann, Norbert/Bautier, Robert-Henri/Auty, Robert (Hg.): Lexikon des Mittelalters. Bd. V, München 2003, Sp. 790.

10 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3, Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995, S. 1064. Hier handelte es sich insbesondere um die Christlich-Soziale Partei, die Deutsche Reformpartei, die Deutsch-Soziale Reformpartei, die Deutsch-Soziale Partei und die Deutsch-Völkische Partei. Diese Parteien hatten 1893 auf dem Höhepunkt ihres Einflusses immerhin 16 Reichstagsmandate.

11 Wehler, Bd. 3, S. 1066.

Das Parteiprogramm der NSDAP, das Adolf Hitler am 20. Februar 1920, dem Tage der Umbenennung der Deutschen Arbeiterpartei in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, im Münchner Hofbräuhaus verkündete, enthielt im vierten Punkt im Kern bereits den späteren radikalen Antisemitismus, aber keinen Hinweis auf Rassenhygiene. Erst in Hitlers »Mein Kampf« 1924 wurden von ihm die populistisch-rassistisch verfärbten Grundsätze der Rassenkunde und -hygiene zur Begründung seines kompromisslosen Judenhasses hinzugezogen.<sup>12</sup> Er bekannte sich zum Antisemitismus und kündete an, die »Entfernung« aller Juden politisch und militärisch durchsetzen zu wollen. Er strebte eine »unausweichliche Befreiung der Menschheit vom Weltjudentum« an, auf dessen Verschwörung gegen die »arische Herrenrasse« er die Weltkriegsniederlage, den angloamerikanischen Kapitalismus und den russischen Bolschewismus gleichermaßen zurückführte.<sup>13</sup> Erst hier fand die später so verhängnisvolle Ideologie der Nationalsozialisten ihre theoretische Ausformung. Im Ergebnis ging es den nationalsozialistischen Rassenideologen um eine Hierarchisierung der Rassen mit der »arischen Rasse« an der Spitze. Diese wurde idealtypisch verkörpert durch den

»nordischen Menschen«. Aus diesen Vorstellungen wurde als Ziel der rassenhygienischen Bemühungen die Rassenreinheit und die »Reinheit des Volkskörpers« durch Eingriffe des Staates zur Sicherung der Zukunft der deutschen »Volksgemeinschaft« entwickelt.

12 Siehe hierzu ausführlich: Beierl, Florian/Plöckinger, Othmar: Neue Dokumente zu Hitlers Buch *Mein Kampf*, in: VfZ 57(2009), H. 2, S. 261–318, hier S. 294. Die Autoren verdeutlichen anhand der Analyse von fünf Konzeptseiten und 18 Konzeptblättern zu Hitlers Buch u. a. Hitlers Bemühungen um eine theoretische »Fundierung« seines Rassismus und Antisemitismus.

13 Hitler, Adolf: *Mein Kampf*. Erster Band: Eine Abrechnung, München<sup>13</sup> 1933, S. 359 f.; Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung, München<sup>6</sup> 1933, S. 723, 738, 751.

## 4.2 Die Anfänge der Anthropologie und Rassenhygiene in Kiel

### 4.2.1 Rassenwissenschaft und Rassenideologie an den Medizinischen Fakultäten in Deutschland

Wenn sich das besonders an Mediziner gerichtete rassenhhygienische Lehrangebot an den deutschen Universitäten auch seit 1920 vermehrt hatte, so war es doch nicht zu einer Institutionalisierung der Rassenwissenschaft an den Universitäten während der Weimarer Republik gekommen.<sup>14</sup> Aus diesem Grunde nahmen sich außeruniversitäre Einrichtungen wie das Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) des offenbar zukunftsweisenden Forschungsgebietes an. Der erste Inhaber eines Lehrstuhls für Rassenhygiene, Fritz Lenz, gab der rassenhhygienischen Wissenschaft ihre nationalsozialistische Prägung, verband, was eigentlich nicht zu verbinden war, nämlich die Parteideologie und -propaganda mit der Hochschulwissenschaft. Er bezog sich auf Hitlers »Mein Kampf«, orientierte sich also eindeutig an den Deutungen und der Ideologie Hitlers.<sup>15</sup> Schon 1931 lobte er die NSDAP als einzige Partei, die die Rassenhygiene als zentrale Forderung in ihrem Programm vertrete.

Die mit Anthropologie, Rassenhygiene und Erbbiologie befassten führenden Wissenschaftler waren bei allen Unterschieden und gelegentlichen Ausnahmen in der Hoffnung gute Arbeitsmöglichkeiten für ihr Fach und ihre Überzeugungen zu erhalten, zum Werkzeug der nationalsozialistischen Ideologie geworden. Wie gering die Bedeutung ihrer durchaus nicht immer reinem Opportunismus folgenden rassennideologischen Bemühungen von den neuen Machthabern eingeschätzt wurde, wird in einem Rundschreiben des Leiters des Rassenpolitischen Amtes (RPA) Walter Groß an seine Dienststellen im Oktober 1934 deutlich, in dem er sich mit dem Verhältnis der Naturwissenschaften zur Rassenpolitik befasste: »Der Nationalsozialismus hat sich in seiner rassennpolitischen Begriffsbildung bewusst auf das Ergebnis der Naturwissenschaft gestützt (und) wenn auch die Richtigkeit unseres rassennischen Denkens an sich für uns ohne weiteres feststeht und keines Gelehrtenbeweises bedarf, so sind diese

14 Weingart, S. 239 f.; Lenz, Fritz: Rassenhhygienische Vorlesungen an deutschen Hochschulen, in: ARGB, 16 (1925), H. 3, S. 316 f.: Aufgezählt werden über 20 Vorlesungen an deutschsprachigen Hochschulen (Kiel ist nicht dabei), Lenz schließt jedoch mit den Sätzen: »Der Leser darf [...] nicht den Schluß ziehen, daß an den deutschen Hochschulen rassenhhygienischer Unterricht schon ein wesentliche Rolle spielt. Die meisten rassenhhygienischen Vorlesungen werden nur von wenigen Hörern besucht.«

15 Heesch, Eckhard: Nationalsozialistische Zwangssterilisation psychiatrischer Patienten in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 9 (1995), S. 55–102, hier S. 58.

Beweise doch für das geistige Ringen mit den Gegnern der geistigen Denkungsart unentbehrlich.«<sup>16</sup> Warnungen, wie z. B. der vom »Alten Kämpfer« und bayrischen Kultusminister Hans Schemm vor Professoren 1934 getätigte Ausspruch: »Von jetzt ab kommt es für Sie nicht mehr darauf an, festzustellen, ob es wahr ist, sondern ob es im Sinne der nationalsozialistischen Revolution ist«<sup>17</sup> waren offenbar auch für die Kieler Medizinische Fakultät keine Alarmzeichen, wenn sie denn überhaupt wahrgenommen wurden.

Der Lohn für die Rassenhygieniker blieb nicht aus. Beispiele waren hier die Umwandlung des Greifswalder Instituts für Vererbungswissenschaft in ein Institut für menschliche Erblehre und Eugenik; die Erweiterung der Abteilung für Soziale Hygiene in Münster in eine Abteilung für Sozial- und Rassenhygiene sowie die Neugründung rassenhygienischer Institute in Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Düsseldorf, Tübingen und Königsberg und später auch in Frankfurt, Gießen, Graz, Innsbruck, Prag und Danzig.<sup>18</sup> In Kiel allerdings veränderte sich über das bis dahin Erreichte hinaus nur wenig.

#### 4.2.2 Der Aufbau des Anthropologischen Institutes in Kiel

Die Medizinische Fakultät Kiel wollte schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hinter der Entwicklung in dem wissenschaftlich immer interessanter erscheinenden Fach der Anthropologie nicht zurückstehen. Im Jahre 1913 wurde der Privatdozent für Anatomie Otto Aichel durch den Direktor des Anatomischen Instituts Ferdinand Graf von Spee (1855–1937) aus Halle auf die Stelle des zweiten Prosektors nach Kiel geholt.<sup>19</sup> Er begann alsbald mit dem Ausbau der physischen Anthropologie durch regelmäßige Vorlesungen und anthropologische Forschung. 1923 entstand trotz der bedrängenden wirtschaftlichen Situation Preußens und des Reiches zunächst als Abteilung der Anatomie ein provisorischer Lehrstuhl für Anthropologie, der mit Otto Aichel besetzt

16 Zit. n. Poliakov, Léon/Wulf Josef: Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente, Berlin 1959, S. 411.

17 Dieser Satz entstammt einer Rede Schemms zit. n. Möller, Horst, Nationalsozialistische Wissenschaftsideologie, in: Träger, Jörg (Hg.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1986, S. 65–76, hier S. 65.

18 Schmuhl, Hans-Walter: Rassehygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie<sup>2</sup>. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890–1945, Göttingen <sup>2</sup>1992, S. 98; Weingart, S. 438 f.

19 GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 3, Bd. 2, p. 145, Schrb. Kurator an Ministerium v. 30.10.1912.

wurde. Dies wurde aber nur durch einen weitgehenden Verzicht Aichels auf die ihm eigentlich zustehenden finanziellen Verbesserungen möglich. Für die mehr sozialhygienischen Aspekte der Rassenhygiene fühlten sich in Kiel der Hygieniker Karl Kißkalt, später dann auch Dold zuständig.

Bemerkenswert sind die Aufbauleistungen, die Otto Aichel in schwierigen Zeiten erbrachte. Schon 1924 konnte er auf der Anatomenversammlung in Halle berichten, dass »in Kiel eine ›anthropologische Abteilung‹ als ›Anthropologisches Institut‹ mit eigenem Etat vom Anatomischen Institut abgezweigt und in einem Flügel des ersten Stockwerkes des durch einen Anbau erweiterten Anatomischen Institutes untergebracht sei«<sup>20</sup>. Das neue Institut hatte einen Kurssaal, drei Laboratorien, eine Dunkelkammer und konnte den Hörsaal des Anatomischen Institutes benutzen. Ein Glücksfall war für Aichel, dass mit dem Umzug der Medizinischen Klinik in das umgebaute Marinelazarett 1928 Räume frei wurden. Zusammen mit dem Institut für Physiko-chemische Medizin, das unter der Leitung von Schade<sup>21</sup> ähnlich wie Aichel die Neubegründung einer neuen Fachdisziplin an der Medizinischen Fakultät zum Ziel hatte, konnte das Anthropologische Institut das sogenannte ›Esmarchhaus‹ beziehen. Nach gründlichen Umbauten erhielt das Anthropologische Institut 1928 einen Teil des Kellers, das erste und zweite Stockwerk sowie ausbaufähige Bodenräume, den Rest erhielt das organisatorisch völlig getrennt arbeitende Physiko-chemische Institut.

Hervorzuheben ist auch die Ausstattung des Instituts, weil dadurch deutlich wird, welche Bedeutung die Anthropologie mittlerweile bekommen hatte: Im Keller befanden sich drei Tierställe, ein Leichentank- und Mazerierraum sowie ein Lagerraum für Tierfutter. Im ersten Stockwerk gab es einen Sammlungsraum, den Hörsaal mit 86 Sitzen, ein Laboratorium mit 16 Arbeitsplätzen für Studenten, ein Laboratorium für den Direktor, ein Direktorzimmer sowie weitere Räume. Im zweiten Stockwerk befanden sich ein Kurssaal mit 24 Arbeitsplätzen, gleichzeitig mit Umkleidekabine und als photographisches Aufnahmetelier ausgestattet, ein großer Sammlungsraum u. a. für die Ganzskelettsammlung, zwei Laboratorien für Assistenten, eine Dunkelkammer, ein

20 Aichel, Otto: Das neue Kieler Anthropologische Institut, in: Anthropologischer Anzeiger.

Bericht über physisch-anthropologische Literatur. Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Physische Anthropologie 6 (1930), H. 3, S. 249–252, hier S. 249.

21 Volbehr/Weyl, S. 88. Heinrich Schade (1876–1935): 1899 Prom. in Kiel, Ass. an Med. Poli-

klinik, 1902 prakt. Arzt in Kiel, 1906 Hab. in Kiel, 10.6.1912 Vorsteher einer von ihm eingerichteten Physiko-chemischen Abt. der Med. Klinik, 1921 n. b. a. o. Prof., 1.4.1933 o. Prof. der Angewandten Chemie. Hinweise auf Volbehr/Weyl werden im Folgenden der besseren Übersichtlichkeit wegen nicht mehr erfolgen.

Röntgenraum, ein Raum mit vier Arbeitsplätzen für statische Arbeiten und eine Werkstatt.<sup>22</sup> Bei etwa 700 Medizinstudenten insgesamt in der Vorklinik und Klinik war dies eine Ausstattung, auf die Aichel zu Recht stolz sein konnte, vor allem auch deswegen, weil die Fortschritte fast ausschließlich seinem Engagement und seinen unermüdlichen Anstrengungen zu verdanken waren.

### 4.3 Der erste Lehrstuhl für Anthropologie in Kiel unter Otto Aichel

#### 4.3.1 Der mühsame Weg Otto Aichels zum eigenen Lehrstuhl

Otto Aichel wurde am 31. Oktober 1871 als Angehöriger einer deutschen Auswandererfamilie in Concepción (Chile) geboren. Wie so häufig bei Protagonisten neuer Universitätsfächer verlief auch Aichels Weg zur Anthropologie und Rassenhygiene nicht geradlinig. Obwohl er bereits während seiner Studienzeit in Erlangen und Würzburg eine Neigung zur vergleichenden Anatomie und Anthropologie zeigte, sollten seine beruflichen Schwerpunkte zunächst in eine ganz andere Richtung gehen. Er wurde 1896 in Erlangen zum Dr. phil. und 1898 in Würzburg zum Dr. med. promoviert, habilitierte sich dann jedoch 1901 in Erlangen für das Fach der Gynäkologie und Geburtshilfe. 1902 wurde er außerordentlicher Professor für Gynäkologie an der Universität Santiago de Chile.<sup>23</sup> Während der sich von 1909 bis 1911 anschließenden praktischen ärztlichen Tätigkeit als Volontärassistent in der Frauenklinik in München galt sein Interesse jedoch weiterhin auch anthropologischen Fragestellungen. Im Oktober 1911 wurde er

22 Aichel, Institut, S. 249, 252.

23 In Santiago de Chile war Aichel als Gutachter in den hochpolitischen »Fall Beckert« verwickelt. Der Botschaftssekretär Beckert hatte 1907 den chilenischen Hausmeister der Botschaft umgebracht, die Tat versucht, durch Brandstiftung zu verschleiern und war mit der Botschaftskasse geflüchtet. Der Pathologe Westenhöfer, Aichel und ein chilenischer Arzt stellten nach der Sektion der verbrannten Leiche fälschlich fest, dass das Mordopfer Beckert sei. Daraufhin verlangte das Deutsche Reich Genugtuung von Chile in Form der Abtretung der Straße von Magellan. Wenig später wurde Beckert aufgegriffen und in einer Gerichtsverhandlung wegen Mordes zum Tode verurteilt. Diese Angelegenheit könnte erklären, warum Aichel Chile verlassen hat und sich (in Chile immerhin apl. Professor) in Deutschland erneut der Kärnertour einer Universitätslaufbahn mit der Übernahme einer Volontärassistentenstelle an der Universität Halle unterzogen hat. Den Hinweis auf diesen Vorgang verdanke ich German Manriquez, MG. SC. Ph. D, von der Universidad de Chile, Santiago de Chile. Vgl. Westenhoeffer, Max: Der Fall Beckert. Mord und Brand in der deutschen Gesandtschaft zu Santiago de Chile, Berlin 1910.

Assistent am Anatomischen Institut in Halle. 1913 habilitierte er sich dort für Anatomie. Es folgte der Wechsel nach Kiel, im Mai 1914 die Titularprofessur. Im November 1914 wurde er zum Kriegsdienst einberufen. Vom 1. November 1914 bis Ende Februar 1915 war er Chefarzt des Festungslazarets Antwerpen.

Seine Vorlesungen über Anthropologie begann er im Wintersemester 1913/14 mit einer zweistündigen Vorlesung in Anthropologie für Hörer aller Fakultäten zum Thema »Der prähistorische Mensch, seine Bedeutung für die Abstammungslehre und seine Beziehungen zur rezenten Menschheit«, im Sommersemester 1914 folgte dann die zweistündige Vorlesung für Hörer aller Fakultäten »Die Rassen der Erde«, seit 1917 bot er zusätzlich anthropologische Praktika an, ab 1919 befasste er sich auch mit der Genetik. Daneben war er als Prosektor der Anatomie bis 1923 verpflichtet, anatomische Vorlesungen zu halten.<sup>24</sup> 1919 rückte Aichel als Nachfolger des zum 5. Mai 1919 nach Hamburg berufenen ersten Prosektors und Abteilungsvorstehers Friedrich Meves in dessen Stelle in der Anatomie auf,<sup>25</sup> im August 1920 wurde er apl. a. o. Professor und am 21. August 1921 (persönlicher) ordentlicher Professor für Anatomie und Anthropologie.<sup>26</sup> Aichel bemühte sich intensiv um ein eigenes Institut, wobei er in Aussicht stellte, dass von seiner chilenischen Verwandtschaft 200 englische Pfund für den Ausbau zur Verfügung gestellt würden. Weiterhin war er bereit, seine ihm persönlich gehörende Sammlung von Schädeln etc. dem Institut zu übereignen.<sup>27</sup> 1923 erfolgte nur drei Monate nach einem entsprechenden Antrag des scheidenden von Spees,<sup>28</sup> der Aichel außerordentlich schätzte und ihn gerne als seinen Nachfolger gesehen hätte, die Gründung des Anthropologischen Institutes mit Otto Aichel als Direktor.<sup>29</sup> Später kamen aus privater Spende Einrichtungsgegenstände, Instrumentarien und Apparate etc. sowie eine anthropologische Sammlung im Werte von knapp 30.000 RM hinzu.<sup>30</sup> Trotz der Förderung durch den damaligen Kurator Dr. Erich Wende besetzte Aichel aber weiterhin etatmäßig die Stelle eines ersten Prosektors des Anatomischen Institutes,<sup>31</sup> auch

24 Vorlesungsverzeichnisse Wintersemester 1913/14, Sommersemester 1923.

25 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, 9, X, Nr. 3, Bd. 2, p. 145, Schrb. Kurator an Ministerium v. 12.7.1919.

26 Ebd., p. 190, Schrb. Ministerium mit Bestallung Aichel v. 31.8.1921.

27 Ebd., p. 211, Schrb. Kurator Wende an Ministerialrat Irmer v. 15.3.1923.

28 Ebd., p. 205, Schrb. v. Spee an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 7.2.1923.

29 Ebd., p. 213, Schrb. Ministerium an Aichel v. 18.5.1923.

30 Ebd., p. 296, Schrb. Kurator an Ministerium v. 14.7.1925.

31 Ebd., p. 381, Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Finanzministerium v. 14.8.1924

erfolgte die Finanzierung seines Gehaltes und des Instituts aus dem Etat des Anatomischen Instituts.<sup>32</sup> Seine Stelle fehlte in der Anatomie, eine Situation, die eine Verschlechterung der Arbeitsmöglichkeiten des Anatomischen Institutes gegenüber den Möglichkeiten entsprechender Institute in Deutschland darstellte<sup>33</sup> und die von dem seit dem 1. November 1923 berufenen Nachfolger von Spees, Wilhelm von Möllendorf, nur schwer ertragen wurde.<sup>34</sup> Dies mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass von Möllendorf schon im Jahre 1927 einem Ruf auf den Lehrstuhl für Anatomie in Freiburg/Breisgau folgte. 1929 wurde das Anthropologische Institut auch etatrechtlich von der Anatomie abgetrennt, obwohl sich auch danach an der Finanzierung der Stelle Aichels bis 1934 nichts änderte. Nach wie vor wurde er aus den eigentlich für den ersten Prosektor des Anatomischen Institutes bestimmten Mitteln finanziert. Als (persönlicher) ordentlicher Professor war Aichel gleichberechtigtes Mitglied der engeren Fakultät. Erst ab 1. Oktober 1934 sollten laut Schreiben des Reichserziehungsministeriums die Gehaltsbezüge von Aichel mit dem »neu errichteten Extraordinariat für Rassenhygiene« verrechnet werden. Dabei sollte jedoch auch weiterhin die Abteilungsleiterstelle des Anatomischen Instituts nicht wieder regulär besetzt werden.<sup>35</sup> Aichel war verheiratet und hatte vier Kinder, einen Sohn und drei Töchter. Er wird als eine lebhaft, humorvolle, musikalische Persönlichkeit geschildert.<sup>36</sup>

Aichel gehörte nicht zu den in der öffentlichen Diskussion führenden Rassenwissenschaftlern in Deutschland, hatte sich jedoch durch seine berufspolitischen Aktivitäten und Veröffentlichungen eine bemerkenswerte Reputation als physischer Anthropologe erarbeitet. So wurde er 1920 Mitglied der Leopoldina<sup>37</sup> und am 20. April 1923 gründeten Kißkalt und er eine Kieler Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, deren Vorsitz Aichel 1925 nach dem Weggang Kißkalts auf den Lehrstuhl für Hygiene in München übernahm.<sup>38</sup> Auf der Hauptversammlung der Deutschen

32 Ebd., p. 296, Schrb. Kurator an Ministerium v. 18.5.1923. Es handelte sich zunächst um einen Betrag von 1.000 RM, der 1925 auf 750 RM vermindert wurde.

33 Ebd., p. 256, Schrb. Kurator an Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 12.6.1924.

34 Ebd., p. 261, Schrb. Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an Finanzministerium v. 14.8.1924; p. 276, Schrb. Kurator an Ministerium v. 12.2.1925.

35 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 1, Schrb. Benninghoff an den Kurator v. 22.2.1935.

36 Bargmann, Wolfgang: Aichel, Otto Oskar Wilhelm, in: Klose, Olaf/Rudolph, Eva (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Bd. 3, Neumünster 1974, S. 15 f.

37 Ebd.

38 Bericht Hanssen: Aus der Gesellschaft für Rassenhygiene, in: ARGB 16., (1924), S. 460. Bericht Ploetz, Alfred: Karl Kißkalt 60 Jahre, in: ARGB 29. (1935), S. 478.

Gesellschaft für Rassenhygiene am 18. Oktober 1924 war die Ortsgruppe Kiel neben den Ortsgruppen aus Berlin, Dresden, Freiburg, München und Tübingen vertreten. Otto Aichel wurde bei Wiederwahl des gesamten Vorstandes neu in den Vorstandsrat, ein beratendes Gremium, aufgenommen.<sup>39</sup> 1928 wurde er korrespondierendes Mitglied der Academia Chilena de Ciencias Naturales, 1932 korrespondierendes Mitglied der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, 1934 korrespondierendes Mitglied der Real Academia de Ciencias y Artes in Barcelona.<sup>40</sup> Die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte hatte Otto Aichel 1934, schon dem nationalsozialistischen Führerprinzip folgend, zu ihrem »Führer« ernannt.<sup>41</sup>

#### 4.3.2 Otto Aichels wissenschaftliche Bedeutung und seine Schüler

Für die Beurteilung der Bedeutung einzelner Hochschullehrer in politischer, wissenschaftlicher und pädagogischer Hinsicht werden je nach Quellenlage ihre wissenschaftlichen und organisatorischen Aktivitäten, fachlichen und sonstigen Äußerungen, Leistungen und Veröffentlichungen zu Grunde gelegt, wobei Lücken in der Überlieferung im Einzelfall fast immer bestehen und ein nicht immer vollständiges Bild zur Folge haben. Nicht anders ist dies auch bei Otto Aichel. Seine wissenschaftlichen Leistungen und die Zahl seiner Arbeiten auf dem Gebiet der physischen Anthropologie sind beachtlich. In der Zeit zwischen 1895 und 1913 befasste sich Aichel mit der vergleichenden Embryologie und Histologie des Zentralnervensystems und der Sinnesorgane der Fische, der ontogenetischen und phylogenetischen Entwicklung der Nebennieren, sowie zytologischen Problemen. Bei seiner Habilitation für das Fach Anatomie wurden ihm von der Medizinischen Fakultät in Halle alle Habilitationsleistungen mit Ausnahme der Antrittsvorlesung erlassen. Zwischen 1913 und 1934 in Kiel beschäftigte er sich dann mehr mit vergleichend anatomisch-anthropologischen Fragestellungen (Schädel, Kiefer, Zähne, Mongolenfalte, anthropologische Erhebungen in Schleswig-Holstein), weniger mit genetischen Fragen. 1927/28 unternahm er eine Forschungsreise nach Chile und Bolivien.<sup>42</sup> Die Themen seiner insgesamt etwa 250 Arbeiten waren

39 Bericht Lenz, Fritz: ARGB, 16. Bd., (1925), S. 458–460.

40 Bargmann, S. 15 f.

41 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 61, Geschäftsbericht des Rektors der Universität Dahm am 15.2.1935.

42 Bargmann, B 15.

sehr vielfältig.<sup>43</sup> Dies änderte sich Anfang der dreißiger Jahre, als in Aichels Werken neben durchaus weiter ernstzunehmender anthropologischer Forschung nun auch Rassenideologie und Verherrlichung des Nationalsozialismus z. B. in seiner Arbeit »Der Deutsche Mensch« (1933), in auffälliger Weise Eingang fanden.<sup>44</sup>

In Aichels Schülern spiegelt sich, sicher mehr zufällig, die innere Zerrissenheit des alten Anthropologen in seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus wieder. Besonders sind Karl Saller und Lothar Löffler zu nennen. Aber auch Rudolf Frercks darf nicht vergessen werden, der bei Aichel das notwendige Rüstzeug für seine spätere Tätigkeit als Abteilungsleiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP erwarb.

Karl Saller, geboren am 3. September 1902 in Kempten/Bayern, studierte in München Naturwissenschaften und Medizin und wurde 1924 mit dem Hauptfach Anthropologie zum Dr. phil. promoviert. Im gleichen Jahr noch erhielt er eine Stelle in der Anthropologischen Abteilung der anthropologisch-prähistorischen Sammlung des Freistaates Bayern in München, die medizinische Promotion erfolgte 1926, im gleichen Jahre auch der Wechsel nach Kiel. Dort wurde Saller ein schlecht bezahlter außerplanmäßiger Assistent.<sup>45</sup> Er selbst sagte dazu: »Wir Rassenhygieniker mußten im akademischen Betrieb bei anderen Fächern anfangen.«<sup>46</sup> Von Aichel wurde die Übernahme des in beiden Bereichen mit summa cum laude promovierten Dr. phil. und frischen Dr. med. zum 1. Juni 1926 mit den Worten begleitet, dass nur ein »sehr geringer medizinisch anthropologischer Nachwuchs vorhanden sei.«<sup>47</sup> Am 27. Februar 1928 habilitierte sich Saller bei Otto Aichel in Anthropologie. In den drei Jahren in Kiel erhielt Saller von Otto Aichel seine entscheidende wissenschaftliche Prägung, die sein weiteres Schicksal nach der »Machtergreifung« maßgeblich beeinflussen sollte, einem Schicksal, dem der nicht nur in fachlichen Dingen mitunter starrsinnige Aichel möglicherweise nur wegen seines Alters und frühzeitigen Todes entgangen sein könnte. Im

43 Ein umfassendes Verzeichnis der Veröffentlichungen von Otto Aichel findet sich in dem Nachruf auf Otto Aichel: Saller, Karl: Otto Aichel †, in: Anthropologischer Anzeiger 12 (1935), S. 91–95.

44 Aichel, Otto: .Der Deutsche Mensch. Studie auf Grund neuen europäischen und außereuropäischen Materials. Erste Veröffentlichung der prähistorischen Menschenreste aus Schleswig-Holstein und Beiträge zur Anthropologie Amerikas als Parallele zur europäischen Rassenbildung, Jena 1933, Vorwort S. VI.

45 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 3, Bd. 2, Schrb. Kurator an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 12.5.1926, p. 331, p. 333. Saller erhielt im Gegensatz zu anderen apl. Assistenten statt 306,80 RM/Monat lediglich 208,33 RM/Monat.

46 Klee, Personenlexikon, S. 518.

47 Ebd.

Jahre 1929 wechselte Saller als planmäßiger Assistent in die Anatomie der Universität Göttingen und hielt dort auch anthropologische Vorlesungen.<sup>48</sup>

Saller gehörte zu den Wissenschaftlern, die den Weg der Nationalsozialisten nicht widerspruchlos mitgehen wollten. Weltanschaulich stand er dem deutschnationalen Spektrum und zunächst auch den Nationalsozialisten nahe. Nachträglich beschrieb er diesen Sachverhalt 1961 beschönigend in seiner Biographie mit den Worten: »Auch meine Gegnerschaft war keineswegs so kompromisslos, wie sie es nach der ›Machtergreifung‹ wurde. Ich gehörte zu dem Kreis deutscher Optimisten, die einen großen Teil der nationalsozialistischen Ziele, speziell diejenigen der Rassenlehre, für so unsinnig hielten, daß sie ihre zwangsläufige Zurücknahme erwarteten, für den Fall, daß die Nationalsozialisten mit der Verantwortung konfrontiert würden.«<sup>49</sup> Es gibt jedoch Beweise für Sallers Sympathie für den nationalsozialistischen Staat und dessen Ideologie. Dazu gehört seine 1932 in einer »Einführung in die menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik« veröffentlichte Auffassung, dass Antisemitismus nur berechtigt sei, »wenn er lediglich die weitgehenden Sonder-Ansprüche und die staatszerwühlende bzw.-zersetzende Tätigkeit erheblicher Teile des Judentums zurückweist.«<sup>50</sup> Damit versuchte er die kompromisslose ideologische Haltung der Nationalsozialisten zu relativieren, um es sich mit der Partei, auf die auch er für seine eigene Zukunft Hoffnungen setzte, nicht zu verderben. Tatsächlich erkennbar ist jedoch auch hier ein kaum geminderter Antisemitismus. Für Sallers positive Haltung zum nationalsozialistischen Regime in den Jahren bis 1933 spricht auch, dass er zu den 42 Hochschullehrern in Göttingen gehörte, die in einer scharfen Erklärung am 24. April 1933 ihren Kollegen James Franck im Göttinger Tageblatt öffentlich angegriffen hatten.<sup>51</sup>

Karl Saller hatte jedoch auch den Mut, sich nach der Machtergreifung 1933 in der Klinischen Wochenschrift, einer in der Ärzteschaft damals weit verbreiteten Fach-

48 Szabó, Annikó: Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus, Göttingen 2000, S. 172.

49 Saller, Karl: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Darmstadt 1961, S. 6.

50 Saller, Karl: Einführung in die menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik, Berlin 1932, S. 253.

51 Becker, Heinrich/Dahms, Hans-Joachim/Wegeler, Cornelia (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, München/London 1987. Der Physiker und Nobelpreisträger James Franck war nicht bereit, dem neuen Regime zu dienen und hatte mit seinem Rücktritt ein Zeichen gegen die antijüdische Politik des nationalsozialistischen Regimes setzen wollen. Francks mutige Tat wurde in der Erklärung der 42 Hochschullehrer, also auch durch Karl Saller, als »Sabotageakt der innen- und außenpolitischen Arbeit der nationalen Regierung« diffamiert.

zeitschrift, kritisch über Feststellungen Lenz' im 2. Band des »Baur-Fischer-Lenz« zu äußern.<sup>52</sup> Saller schrieb, dass praktisch tätige Ärzte den Lenzschen Ausführungen verständnislos gegenüberstünden, einige seiner Äußerungen seien Auswüchse der Erblichkeits- und Bevölkerungslehre, die »keine sachliche Wissenschaft« mehr seien. Er urteilte so: »Was hier geboten wird ist keine sachliche Wissenschaft mehr, und ich glaube, es ist ein einfaches Gebot der wissenschaftlichen Selbsterhaltung für die Eugeniker, auch ihrerseits von solchen Auswüchsen abzurücken und ganz eindeutig zu erklären, daß sie mit der Eugenik, die verwirklicht werden soll und muß, nichts zu tun haben.«<sup>53</sup> Im Gegensatz zu den führenden Rassenhygienikern und auch den Ideologen im Rassenpolitischen Amt der NSDAP war Saller der Auffassung, dass die wissenschaftliche Begründung für rassehygienische Sozialdiagnosen eben nicht durch die Vererbungswissenschaft gesichert sei. Er sah die Zukunft der Eugenik in der engen Anbindung an die Medizin, eine Sichtweise, die sich nach 1945 in der Verbindung zwischen Humangenetik und Medizin bestätigte.<sup>54</sup> Die Antwort von Lenz auf den Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit an gleicher Stelle ließ an Deutlichkeit keine Wünsche offen: »Es ist [...] für die dringenden praktischen Aufgaben der Rassenhygiene gar nicht entscheidend, zu wissen, wie der spezielle ERB-Gang der einzelnen Anomalien und sonstiger Merkmale ist. Ob z. B. der Schwachsinn dominant oder recessiv, geschlechtsgebunden oder nicht, monomer oder polymer erblich ist, ist an sich wissenschaftlich wert, aber es ändert nichts daran, dass der Schwachsinn überhaupt ausgemerzt werden muß.«<sup>55</sup> Die Konsequenzen der offenen Stellungnahme Sallers gegen die herrschende Meinung ließen nicht lange auf sich warten: Im Dezember 1934 wurden seine Bücher verboten, die beantragte Ernennung zum außerordentlichen Professor wurde abgelehnt und am 14. Januar 1935 wurden Saller die Lehrberechtigung und die Assistentenstelle entzogen.<sup>56</sup> Ihm blieb nichts anderes übrig, als Homöopath ein Sanatorium zu betreiben.<sup>57</sup> Wissenschaftlich und schriftstellerisch war er jedoch weiterhin sehr produktiv,

52 Saller, Karl: Stand und Aufgaben der Eugenik, in: *Klinische Wochenschrift* 12 (1933), S. 1041–1044.

53 Saller, Eugenik, S. 1042.

54 Weingart, S. 318 f.

55 Lenz, Fritz: Rassenhygiene und Klinische Medizin, in: *Klinische Wochenschrift* 12 (1933), S. 1571.

56 Szabó, S. 178.

57 Ebd., S. 185 ff. Nach dem Krieg gestaltete sich die Wiedergutmachung durch die Universität in Göttingen schwierig, der Glücksfall der 1948 erfolgten Berufung als ordentlicher Professor für Anthropologie und Humangenetik der Universität München beendete das hier im einzelnen

er schrieb mehrere Bücher und veröffentlichte fast 400 Arbeiten in Zeitschriften.<sup>58</sup> Ab 1948 war er wieder als Professor tätig.

Rudolf Frercks, ein weiterer Schüler Aichels, trug im Dritten Reich an herausgehobener Stelle Verantwortung für Rassenhygiene und Rassismus. 1908 als Sohn eines Kieler Oberstadtsekretärs geboren, besuchte er dort das Gymnasium und studierte Medizin. 1935 promovierte Frercks mit dem Thema »Das Schädelmaterial von Haithabu« in Kiel zum Dr. med. und trat 1936 in die SS ein. Er formulierte die wissenschaftlich-erbbiologische Begründung des Selektions- und Vernichtungskonzepts der Nationalsozialisten:<sup>59</sup> 1934 war Frercks Abteilungsleiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP und Verbindungsmann für rassen- und erbbiologische Angelegenheiten zum Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Bereits 1928 war er Mitglied des NSDStB, 1931 der NSDAP. Frercks verfasste eine Reihe rassenpädagogischer und -politischer Schriften.<sup>60</sup> Die Titel einiger weiterer einschlägiger Veröffentlichungen des späteren SS-Obersturmbannführers und Marinestabsarztes Frercks geben Einblick in das politische Wirken dieses Schülers Aichels.<sup>61</sup> 1938 wurde er Hauptabteilungsleiter des RPA, nach dem Krieg Chefarzt.<sup>62</sup>

Für den rassenhygienischen Propagandafilm »Opfer der Vergangenheit« erstellte er das Drehbuch. Der Film wurde am 20. März 1937 als »Staatspolitisch wertvoll, ab 14.J. volksbildend« von der Zensur eingestuft, eine seiner Aussagen lautete wie folgt:

nicht darzustellende, von der Medizinischen Fakultät Göttingen betriebene peinliche Hin und Her. Saller starb 1969 an den Folgen eines Autounfalls.

- 58 U. a. Leitfaden der Anthropologie, Berlin 1930; Einführung in die menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik, Berlin 1932; Art- und Rassenlehre des Menschen, Stuttgart 1949; Angewandte Anthropologie, Stuttgart 1951; Volksmedizin und ausserschulgemässe diagnostische und therapeutische Methoden, Saulgau 1951; Lehrbuch der Anthropologie in systematischer Darstellung, Stuttgart 1956–1966; Das Menschenbild der naturwissenschaftlichen Anthropologie, Speyer/München 1958; Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Darmstadt 1961; Rassengeschichte des Menschen, Stuttgart et al. 1969.
- 59 Lob-Hüdepohl, Andreas: Ethik sozialer Arbeit. Ein Handbuch, Paderborn 2007, S. 18 f.
- 60 Harten, Hans-Christian/Neirich, Uwe/Schwerendt, Matthias: Rassenhygiene als Erziehungs-ideologie des Dritten Reichs- Bio-bibliographisches Handbuch, Berlin 2006, S. 229.
- 61 Zusammen mit Arthur Hoffmann: Erbnot und Volksaufartung, Erfurt 1934; Das rassische Erwachen des deutschen Volkes, Berlin 1935; Zusammen mit Edgar H. Schulz: Warum Arierparagraph? Ein Beitrag zur Judenfrage, Berlin 1935; Deutsche Rassenpolitik, Berlin<sup>3</sup> 1937; Politische Rassenkunde und Lehrerbildung, in: Der neue Volkserzieher 1 (1934), H. 2; Der Rassengedanke fordert eine neue Auslese, in: Korrespondenz für Rassenauflärung und Rassenpflege 4 (1935), S. 3.
- 62 Harten/Neirich/Schwerendt, S. 376.

»Wer Unkraut verhindert, fördert das Wertvolle [...] Wenn wir heute das große Gesetz von der Auslese mit humanen Mitteln künstlich wieder herstellen, [...] beugen [wir] uns vor seiner Ordnung.«<sup>63</sup>

Ganz anders verlief das Schicksal von Lothar Löffler. Der Anthropologe und Rassenbiologe wurde mit seinem Engagement in der NSDAP und in einigen ihrer Untergliederungen als aktiver Nationalsozialist und Dozentenführer bereits im vorigen Kapitel vorgestellt. Im Anthropologischen Institut war er Anfang 1933 Privatdozent und 1. Assistent ohne Planstelle.<sup>64</sup> 1901 in Erfurt geboren, war er 1925 Assistent in Tübingen, dann 1927 bei Eugen Fischer am Kaiser-Wilhelm-Institut für Menschliche Erblehre in Berlin-Dahlem und wurde am 1. Oktober 1929 Assistent bei Aichel. Seine Habilitation erfolgte 1931 in Kiel für Physische Anthropologie, Menschliche Erblehre und Eugenik. Nach seiner Habilitation beteiligte er sich ab Sommersemester 1932/33 zunächst neben Aichel am zweistündigen Anthropologischen Kurs und hielt eine einstündige Vorlesung zur »Einführung in die Konstitutionslehre«, der im Winter eine einstündige Vorlesung zur »Einführung in die Eugenik« folgte.<sup>65</sup>

Im Jahre 1933/34 entstand in seiner Verantwortung (Korreferent: Aichel) eine Dissertation von Frithjof Hager mit dem Thema »Der gegenwärtige Stand der Frage der Sterilisierung Minderwertiger in Deutschland«. Der Arbeit ist eine Präambel vorangestellt, in der Hager, sicher nicht ohne Wollen oder sogar Verlangen Löfflers, sich zu den neuen Verhältnissen in Deutschland äußert: »Durch die siegreiche nationale Revolution vom 30.1.1933 und der damit erfolgten Machtübernahme unseres Führers Adolf Hitler trat erfreulicherweise eine schnellere Verwirklichung der hier behandelten Fragen ein.« Es folgt auf einer weiteren eingeschobenen Seite der Appell »Gedenke, daß Du ein Ahnherr bist.« Auf die ansonsten wissenschaftlich solide erstellte Arbeit wird im Zusammenhang mit der Zwangssterilisation noch näher einzugehen sein.

Im Mai 1934 war Löffler für den erbbiologischen Lehrstuhl in Frankfurt an dem »Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene« vorgesehen. Er lehnte den Ruf ab, »da ihm Frankfurt mit seinen vielen Juden als zu konfliktreich erschien«, folgte dann aber noch 1934 einer Berufung zum ordentlichen Professor für Erb- und Rassenbiologie und Direktor des Rassenbiologischen Instituts in Königsberg. Dort wurde er auch Leiter

63 Frercks, Rudolf: NS-Film. Paradigma Unmenschlichkeit (27.6.2006), online: [http://www.literaturwissenschaft-online.uni-kiel.de/veranstaltungen/vorlesungen/ns-film/VL%2010\\_web.pdf](http://www.literaturwissenschaft-online.uni-kiel.de/veranstaltungen/vorlesungen/ns-film/VL%2010_web.pdf). [17.12.2007].

64 BArch R 4901, Nr. 01210, Gehaltberechnung, Monatsgehalt 232,39 RM, entspricht heute ungefähr 950 Euro.

65 Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1932/33.

des örtlichen Rassenpolitischen Amtes,<sup>66</sup> später dann auch Gauamtsleiter des Rassenpolitischen Amtes Ostpreußen. Löffler setzte die Aktivitäten nationalsozialistischer Prägung im Bereich der Rassenbiologie fort, im Rahmen der »Kinder-Euthanasie« übte er Gutachtertätigkeit aus. Ernüchternd muss für Löffler ein Vorgang gewirkt haben, über den Benno Müller-Hill 1984 berichtete: Er geriet mit Julius Streicher über ein Vaterschaftsgutachten in Konflikt. Streicher, ein Mann aus der Gefolgschaft Hitlers Anfang der zwanziger Jahre glaubte an die Telegenie, die beinhaltet, dass ein einziger Beischlaf eines Juden mit einer arischen Frau genüge, um deren Blut für immer zu vergiften, weil der männliche Same bei der Begattung vom weiblichen Mutterboden aufgesogen werde. Die Folge sollte nach Streicher sein, dass die Frau nie mehr rein arische Kinder bekommen könnte.<sup>67</sup> Das war auch für Löffler zu viel. In einem Gutachten begründete Löffler, dass die Ausführungen Streichers falsch wären. Als Streicher von dem Gutachten erfuhr, wurde die Lage für Löffler bedrohlich. Seine Freunde in der NSDAP und der SS versagten ihm die Unterstützung, Groß vom Rassenpolitischen Amt organisierte ein Streitgespräch in Streichers Garten, bei dem Löffler durch geschickte Argumentation Streicher dazu bringen konnte, die Sache nicht weiter zu verfolgen.<sup>68</sup> 1942–1945 war er Direktor des Instituts für Rassenbiologie und Rassenhygiene Wien<sup>69</sup> und 1944 im Wissenschaftlichen Beirat des 1947 wegen seiner Verantwortung für die T4-Aktion hingerichteten »Bevollmächtigten des Führers für das Gesundheitswesen« Karl Brandt. Nach dem Krieg erfolgte die Internierung Löfflers, danach war er an verschiedenen Stellen wieder anthropologisch und »sozialbiologisch« tätig, 1961 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Er starb am 23. Oktober 1983 in Bad Boll.<sup>70</sup>

66 Müller-Hill, S. 81.

67 Diese Auffassung dürfte auf dem Roman von Artur Dinter »Die Sünde wider das Blut« beruhen, das erstmalig 1918 veröffentlicht wurde und hohe Auflagen (innerhalb von drei Jahren 200.000 Exemplare) erlebte.

68 Vgl. Müller-Hill, S. 81.

69 Harten/Neirich/Schwerendt, S. 429.

70 Klee, Personenlexikon, S. 376, dort auch noch weitere Einzelheiten.

#### 4.3.4 Aichels Verhältnis zur Rassenideologie des Nationalsozialismus

Aichel, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, des Stahlhelms und des Bundes der Frontsoldaten, trat zusammen mit seinem Assistenten Löffler am 1. August 1932 der NSDAP mit der Mitglieds-Nummer 1 273 695 bei.<sup>71</sup> Es besteht kein Zweifel, Aichel hatte sich zu diesem Zeitpunkt, trotz seiner soliden fachlichen Herkunft und der eigentlich erforderlichen Distanz eines Hochschulwissenschaftlers zur nationalsozialistischen Rassenideologie dem neuen Regime verschrieben. Neben seines für einen Hochschul-lehrer frühen Eintritts in NSDAP ist ein weiteres Indiz für seine Nähe zur NSDAP die Tatsache, dass er zu den sechs Kieler Medizinprofessoren gehörte, die die schon im vorigen Kapitel erwähnte Erklärung im Völkischen Beobachter vom 3. März 1933 unterschrieben. Ein Schreiben an den Begründer der modernen Anthropologie, den deutschstämmigen, in den USA lebenden Franz Boas lässt erkennen, dass Aichel in den Jahren vor seinem Tode dem Antisemitismus der Nationalsozialisten in erschreckender Weise verfallen war: »Ihnen liegt völlig fern, nach den Ursachen zu forschen, die eine stärkere Strömung gegen die Juden in Deutschland veranlassten. Sie erkennen nicht die aufreizende Art, mit der in der Nachkriegszeit die Juden sich in Deutschland breit machten, Sie sehen bei gewissen jüdischen Hochschullehrern nur die Leistungen auf wissenschaftlichem Gebiet, nicht aber, daß sie Deutschlands Ehre in den Kot zogen, wie, um nur ein Beispiel von der Kieler Universität zu nennen, Professor Kantorowicz.«<sup>72</sup> Franz Boas hatte am 27. März 1933 in einem »offenen Brief« an Reichspräsident Paul von Hindenburg gegen den Antisemitismus der Nationalsozialisten mit den Worten »Ich bin jüdischer Abstammung, aber im Fühlen und Denken bin ich Deutscher. Was verdanke ich meinem Elternhaus? Pflichtgefühl, Treue und den Drang, die Wahrheit ehrlich zu suchen. Wenn dies eines Deutschen unwürdig ist, wenn Unfläterei, Gemeinheit, Unduldsamkeit, Ungerechtigkeit, Lüge heutzutage als deutsch angesehen werden, wer mag dann noch ein Deutscher sein?« Position bezogen.<sup>73</sup>

Das Schreiben Boas an den deutschen Reichspräsidenten musste schon sehr wichtig für den Nationalsozialisten Otto Aichel gewesen sein. Nur so läßt sich sein unsachlicher Angriff auf einen Kollegen derartiger fachlicher Provenienz erklären. Gleichzeitig

71 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 3, Bd. 8, p. 204–205, Schrb. Specht an Zeiss v. 30.8.1934.

72 Online: [http://franz-boas.de/download/on\\_aichel\\_u.pdf](http://franz-boas.de/download/on_aichel_u.pdf) [25.10.2012]. Das Original des Briefes ist in den Franz Boas Papers, American Philosophical Society, Philadelphia zu finden.

73 Girtler, Roland: Franz Boas – Burschenschafter und Schwiegersohn eines österreichischen Revolutionärs von 1848, Wien 2003, online: [http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/girtler\\_franz\\_boas.pdf](http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/girtler_franz_boas.pdf).

schreckte er hierbei auch nicht davor zurück, einen Kollegen aus der Kieler Philosophischen Fakultät zu diskreditieren.<sup>74</sup> Auch die Präambel zu seinem bereits erwähnten letzten Werk »Der deutsche Mensch« erweckt bei oberflächlichem Lesen den Eindruck bedingungsloser Unterwerfung unter die nationalsozialistische Rassenideologie, beim zweiten Hinsehen allerdings könnten die pathetischen Worte Aichels durchaus auch etwas anders interpretiert werden: »Dieses Buch ist meinen in Rassenkunde und Rassenpropaganda sich betätigenden Parteigenossen gewidmet. Durch die national-sozialistische Revolution erhielt der Staat neue Grundmauern. Auch die das Gebäude stützenden Säulen müssen ersetzt oder doch wesentlich umgebaut werden. Für die Beurteilung der rassischen Grundlagen des Deutschen Menschen und für die Entstehung seines besonderen Erbgutes gibt diese Abhandlung neue Unterlagen. Wissenschaftliche Forschung und politische Propaganda dürfen nicht gegeneinander arbeiten, ihr gemeinsames Ziel sei die Gesundung des Deutschen Menschen.«<sup>75</sup>

Wenn Aichel fordert, dass »wissenschaftliche Forschung und politische Propaganda« nicht gegeneinander arbeiten dürfen, muss dies nicht als Unterwerfung der Wissenschaft unter die Parteipropaganda verstanden werden, sondern kann auch im Zusammenhang mit dem Inhalt seines Buches so verstanden werden, dass die Propaganda sich nach den Ergebnissen der Wissenschaft zu richten habe. Vieles spricht dafür, dass Aichel, etwas verklausuliert, der zweiten Aussage Ausdruck geben wollte. Die Formulierungen Aichels lassen zwei Interpretationsmöglichkeiten zu, von denen zumindest die eine durchaus den Nationalsozialisten gefallen haben könnte.<sup>76</sup> Dieses vorsichtige Vorgehen hat er bei Vorträgen und Vorlesungen wohl nicht immer eingehalten, wie ein später noch darzustellender Vorgang zeigen wird. Er war zweifellos den Nationalsozialisten verfallen, meinte jedoch wie viele andere auch, durch Einbringung seiner fachlichen Kompetenz die Auffassungen des Regimes beeinflussen zu können. Insofern gibt es bei aller Unterschiedlichkeit der Personen eine gewisse Ähnlichkeit zum Verhalten seines ehemaligen Assistenten Karl Saller.

74 Hermann Ullrich Kantorowicz (1877–1940) hatte 1921, noch während seiner Zeit als Hochschullehrer in Freiburg, in den Basler Nachrichten »die verhängnisvolle Wirkung Bismarcks auf die deutsche politische Moral« kritisiert. Wörtlich: »Bei aller Ehrfurcht vor Bismarcks

>Riesengestalt« müsse jedoch der Kultus um den >Menschenzerstörer« und >Verführer des deutschen politischen Charakters« ein Ende finden [...]«. Kreuzberger, S. 99. Als Nachfolger von Gustav Radbruch war er ordentlicher Professor an der Universität Kiel (1929–1933).

75 Aichel, *Der Deutsche Mensch*, S. III.

76 Vgl. GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Nr. 3, Bd. 8, p. 206 f., Schrb. Specht an Wirz (Hochschulkommission) und Groß (RPA) v. 19.5.1934.

In seinem Werk »Der Deutsche Mensch« nutzte er die Möglichkeit der Einleitung, um Ordnung in die verworrenen rassenideologischen Vorstellungen der neuen Machthaber und ihrer Anhänger zu bringen. Zunächst kritisierte er, dass »andere Schriftsteller, die über die notwendigen anthropologischen Kenntnisse nicht verfügten«, den Boden der Tatsachen in der Verfolgung ihrer Ideale verlieren müssten, indem sie »Teile des deutschen Volkes als Fremdlinge, in ihren Qualitäten als Juden gleich« glaubten bewerten zu müssen. Seine Stellungnahme hierzu war die Folgende: »Die wissenschaftliche Anthropologie bekannte offen, daß die Kenntnisse auf rassenpsychologischem Gebiet nicht soweit gediehen seien, daß ein Urteil gefällt werden könne; bei voller Anerkennung des Wertes nordischen Erbgutes könne den anderen Rassenanteilen des deutschen Volkes eine Bedeutung nicht abgesprochen werden.«<sup>77</sup> Im Anschluss erläuterte Aichel, dass die wissenschaftliche Anthropologie erst die morphologische Rasseinteilung des europäischen und deutschen Menschen erforschen müsse, dass erst die Frage beantwortet werden müsse, inwieweit ein Merkmal, z. B. die Kurzköpfigkeit, erbbedingt oder umweltbeeinflusst sei und dass endgültige Ergebnisse noch gar nicht vorliegen könnten, obwohl Regierung und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft die Rassenforschung soweit möglich gefördert hätten.<sup>78</sup> Nach Erläuterungen der anthropologischen Methodik kam Aichel dann zu dem Ergebnis: »Die Entstehung der langköpfigen Rassen, zu denen die nordische Rasse gehört, ist nicht klargelegt und die Frage der Herkunft der kurzköpfigen Rassen ist, je weiter unsere Kenntnisse vordringen, nicht einfacher, sondern komplizierter geworden.«<sup>79</sup> An anderer Stelle schrieb er: »Wenn man von ›Volk‹ im Sinne einer durch ›Blut, Sprache, Kultur und Geschichte gewachsenen Einheit‹ spricht, dann werden die Begriffe ›Rasse‹ und ›Volk‹ zu einer Einheit verschmolzen.«<sup>80</sup>

Dies musste Essig in den Wein der nationalsozialistischen, wie Aichel es nennt, »populären Schriftsteller« sein, für die die vorläufigen Ergebnisse der Anthropologie als fest begründete Tatsachen galten. Aichels Argumente waren nicht gegen die Rassenideologie der Nationalsozialisten gerichtet, erkennbar bemühte er sich, seine wissenschaftlichen Vorstellungen mehr zur Richtigstellung verworrener Darstellungen zu nutzen. Er konnte jedoch nicht wissen, dass die von ihm betriebene »Rassenwissenschaft« für den nationalsozialistischen Rassenmythos von führenden nationalsozialis-

77 Aichel, *Der Deutsche Mensch*, S. 1–2.

78 Ebd., S. 2.

79 Ebd., S. 3.

80 Ebd., S. 5.

tischen Ideologen als gar nicht notwendig angesehen wurde.<sup>81</sup> Er konnte nicht die erst später veröffentlichte zynische Aussage des Leiters des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, des bereits zitierten Walter Groß, kennen – »Den Streit der Wissenschaftler lassen wir unangetastet; er gehört in die Gelehrtenbesprechung. Vor das Forum der Öffentlichkeit darf aber nur die erwiesene Tatsache und nicht die umstrittene Meinung kommen.«<sup>82</sup> – oder auch die schon oben wiedergegebene Aussage des bayrischen Kultusministers Schemm. Anders als Karl Saller war Otto Aichel durch sein Alter und seine Position einigermaßen geschützt. Dies sollte aber nicht bedeuten, dass er sich nicht kränkender Intrigen seines Assistenten Löffler und dreister Übergriffe des neu nach Kiel berufenen Pathologen und nationalsozialistischen Rassenideologen Staemmler erwehren musste, um seine angesehene Stellung innerhalb der Medizinischen Fakultät bewahren zu können.

#### 4.3.5 Intrigen Löfflers und Staemmlers Verdrängungsversuche

Zunächst schien es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als hätte Otto Aichel es nun wirklich geschafft. Die Fakultät hatte sich unter dem der Rassenhygiene positiv gegenüberstehenden Dekan Dold im Juli 1933 an den Minister für Wissenschaft mit dem Antrag gewandt, das Fach Anthropologie an der Universität Kiel dadurch weiter auszubauen, »dass der Direktor des Anthropologischen Institutes eine selbständige Professur erhält«.<sup>83</sup> Im Januar 1934 wurde vom Minister dem Antrag, den Lehrauftrag von Otto Aichel auf die Physische Anthropologie, menschliche Erblchkeitslehre und Rassenhygiene zu erweitern, entsprochen.<sup>84</sup> Für Otto Aichel schien sich also sein Einschwenken auf die nationalsozialistische Rassenideologie ausgezahlt zu haben, er hatte in Kiel neben der Anthropologie die für das neue Regime so wichtige Erblchkeitslehre und Rassenhygiene übertragen bekommen. Auch ergab sich eine Erweiterung seiner Bedeutung durch den Beschluss der Philosophischen Fakultät, ihren Studenten, unter diesen besonders den künftigen Studienräten, den akademischen Unterricht in Rassenkunde, menschlicher Erblchkeitslehre und Rassenhygiene möglichst nahe zu bringen.

81 Ebd.

82 Köhn-Behrens, Charlotte: Was ist Rasse? Gespräch mit den größten deutschen Forschern der Gegenwart, München 1934, S. 74, zit. n. Weingart, S. 404.

83 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 31, Schrb. Dekan der Med. Fak. an Preuß. Minister für Wissenschaft pp. an Kurator v. 25.7.1933.

84 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 114, Schrb. Preuß. Minister für Wissenschaft pp. an Kurator v. 9.1.1934.

Aichel sollte mit seinen Vorlesungen künftig auch bei der Philosophischen Fakultät im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt werden. Auch wurde das Ministerium um Prüfung gebeten, ob der Kieler Anthropologe künftig nicht in geeigneter Form beiden Fakultäten angehören könnte.<sup>85</sup> An der Planstelle des 1. Prosektors des Anatomischen Institutes änderte sich durch die Vorgänge allerdings nichts.

Aichel war wegen einer schweren Koronarsklerose zunehmend nicht mehr einsatzbereit. Deswegen war es unumgänglich, dass er im August 1933 zu seiner gesundheitlichen Wiederherstellung ein Gesuch an das Ministerium um Beurlaubung für das Wintersemester 1933/1934 richtete, dem wenig später entsprochen wurde. Mit seiner Vertretung wurde sein Assistent Löffler beauftragt.<sup>86</sup> Diesem hatte die Vertretung wohl gut gefallen und er hätte vermutlich gerne mehr daraus gemacht. Die Aussichten dafür waren in den damaligen Zeiten für den eingeschworenen Nationalsozialisten und Rassenideologen Löffler, der mittlerweile auch in seiner Funktion als Dozentenführer Verbindungen zu dem einflussreichen Ministerialrat Achelis im Wissenschaftsministerium geschaffen hatte, sicher nicht als gering einzuschätzen. Bei der Notwendigkeit, zahlreiche Lehrstühle für Rassenhygiene mit geeigneten Personen zu besetzen, wartete auf Löffler eine glänzende Karriere.

Nur so lässt sich der Bericht Löfflers vom 18. Mai 1934, einen Tag nach dem Gespräch mit Achelis in Berlin, auf das bereits im vorigen Kapitel eingegangen wurde, verstehen.<sup>87</sup> Nur mit Rückendeckung des Ministeriums war der im Folgenden beschriebene Vorgang denkbar. Löffler gibt einem nicht angegebenen Adressaten zur Kenntnis, dass ein Student, der Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungsamtes der SS gewesen sei, ihm Ende Januar oder Anfang Februar erzählt hätte, dass dieser auf Grund einer Beschwerde über einen Vortrag Aichels in Barcelona aufgefordert worden sei, Bericht über Aichel zu erstatten. Auch hätte, so der Student, Aichel im Dezember 1933 einen Vortrag vor der Medizinischen Fachschaft gehalten, der »wegen seiner Stellung zur Rassenfrage wenig Anklang gefunden habe«.<sup>88</sup> Des Weiteren teilt Löffler mit, dass ihm seitens des schon genannten Studenten und des Schriftleiters der Zeitschrift *Volk und Rasse*, Dr. Bruno Kurt Schultz, der eine wichtige Stelle im Rasse- und Siedlungsamt innehatte, mitgeteilt worden sei, dass ein Neffe Aichels die Information gegeben habe, eine Groß-

85 LASH Abt. 47, Nr. 1531, p. 11, Die Fakultäten 1933–1935, Schrb. des Dekans der Phil. Fak. Wesle an das Ministerium für Wissenschaft pp. v. 11.11.1933.

86 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 30, Schrb. Kurator an Aichel v. 13.9.1933.

87 Ebd., Bericht Löffler v. 18.5.1934.

88 Siehe auch GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. 4, Bd. 3, 8, p. 41, Schrb. des Amtes für Rasse der Kieler Studentenschaft an Staemmler v. 2.6.1933.

mutter Aichels solle »nichtarischer« Herkunft gewesen sein. Löffler habe sich mit dem Institutslaboranten beraten, der Parteigenosse und schon zehn Jahre im Institut tätig gewesen sei. Beide hätten damals beschlossen, nichts zu unternehmen, da »die Angelegenheit ohnehin schon bei der Partei lief«. Löffler berichtet dann im Einzelnen über eine Anfrage des Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, Prof. Dr. Ernst Rüdin,<sup>89</sup> bei Aichel in der Angelegenheit »nichtarische Vorfahren«, und dass er Aichel den oben dargestellten Vorgang auch auf direktes Befragen verschwiegen hätte. Aichel sei dann in der Lage gewesen, die arische Herkunft seiner Großmutter zu beweisen. Nachdem er später erfuhr, dass Löffler den gesamten Vorgang kannte, hätte er ihm das Vertrauen entzogen. Zu seiner Rechtfertigung führte Löffler aus dass er »die Pflicht zur Verschwiegenheit über Parteigenossen, die im amtlichen Auftrag eine Auskunft erteilt hätten«, über seine Verpflichtungen gegenüber Aichel gestellt hätte. Löffler hätte dann um seine Entlassung gebeten, dem wollte Aichel, weil er dies als zu weitgehend ansah, nicht stattgeben. Nach einem Gespräch mit dem Kurator schlug Aichel Löffler eine Erledigung der Angelegenheit durch Entschuldigung im Beisein des Kurators vor. Hierzu war Löffler nicht bereit, weil er »grundsätzlich jederzeit wieder so handeln würde«. <sup>90</sup> Und weil, das kann hier schon hinzugefügt werden, auf ihn ein Ruf an die Universität Königsberg wartete.

Zweifelsfrei ist das Schreiben Löfflers als ein Versuch anzusehen, seinen Chef in Misskredit zu bringen. Dabei gab er sich als redlicher Nationalsozialist, der sich in einer unauflösbaren Pflichtenkollision für die Partei und gegen seinen Chef habe entscheiden müssen. Einiges spricht dafür, dass Löffler den Bericht direkt seinem Vertrauten im Ministerium, Ministerialrat Achelis, und dem Vertrauensmann der Hochschulkommission der NSDAP in Kiel, Fritz Specht, überreichte. Kaum anders lässt sich erklären, dass bereits am 19. Mai, also einen Tag später, Specht eine Stellungnahme erarbeitet hatte, die den Parteigenossen Dr. Franz Wirz in der Hochschulkommission der NSDAP und Dr. Walter Groß als Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP zugesandt wurde. In seinen Ausführungen stellt Specht die bereits dargestellte, der nationalsozialistischen Rassenideologie widersprechende Auffassung Aichels in »Der Deutsche Mensch« offen dar, kam dann aber zu dem Ergebnis: »Aichel hat in seinem Buch m. E. den einzigen Weg gefunden, den er als Wissenschaftler und Nationalsozialist gehen kann und gehen muß, ohne die Wissenschaft und den Nationalsozialismus zu verleugnen. [...] Ich kann nicht einsehen, wo die Gefahr für die nationalsozialistische Propaganda

89 Ernst Rüdin (1874–1952) war maßgeblicher Rassenhygieniker während der Zeit des Nationalsozialismus.

90 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, Personalakte Aichel, p. 28.

liegen soll, weil im Ernst keine Gegensätze vorhanden sind und einem Aufkommen von Mißverständnissen in ausführlichen Darlegungen über die Notwendigkeit und die Methoden einer Rassenpropaganda ganz im nationalsozialistischen Sinne von vornherein vorgebeugt wird.«<sup>91</sup>

Vieles spricht dafür, dass Specht und Aichel sich gut gekannt und geschätzt haben müssen. Es dürfte eine ähnliche politische Einstellung bestanden haben: deutschnational, mit stärker werdenden Tendenzen zu den Nationalsozialisten, beide waren schon lange in Kiel tätig, Aichel seit 1913 und Specht seit 1920, beide hatten es schwer, an der Universität angemessen Fuß zu fassen. Specht musste sich 1930 als HNO-Arzt in eigener Praxis in der Feldstraße in Kiel niederlassen. Er hatte dadurch jedoch, anders als die beamteten Hochschullehrer, die Freiheit sich politisch als NSDAP-Mitglied zu engagieren. Aichel hatte mühsame Erfolge an der Universität zu verzeichnen. Insofern ist die positive Stellungnahme Spechts gut zu verstehen, nach 1945 wäre ein solches Schreiben wohl als »Persilschein« bezeichnet worden. Die Angelegenheit war damit aber noch nicht erledigt. Wohl infolge des Antrags der Fakultät vom 25. Juli 1933, Aichel eine ordentliche Professur zu erteilen, wurde Specht vom Wissenschaftsministerium gebeten, eine Stellungnahme über Otto Aichel abzugeben. Diese erfolgte mit Datum vom 30. August 1933 und ist an den Referenten im Ministerium Heinrich Zeiss gerichtet. Specht schilderte die Erfolge Aichels, seine offene Art, mit jungen Menschen umzugehen, stellte dar, dass Löffler mit seiner Familie in Aichels Haus ein- und ausging und ging dann auf den Bericht Löfflers ein, ohne ihn ausdrücklich zu nennen: »Wie durch die dem Kultusministerium bekannten Akten ersichtlich ist, hatte im Frühjahr 34 plötzlich eine Hetze gegen Prof. A. während einer Spanienreise Aichels eingesetzt, die auf Verleumdungen recht übler Art beruht. [...] Es stellte sich bei sorgfältiger Nachforschung heraus, daß diese Hetze auf einen kleinen Kreis Kieler Studenten zurückging. Der entscheidende Angreifer war in der Studentenschaft auf führendem Posten. Er mußte zugeben, daß die Äußerungen, die er getan und die in die Presse lanziert worden waren, nicht der Wahrheit entsprachen.« Specht geht auf die schon dargestellte rassenpolitischen Auffassung Aichels ein und fuhr dann fort: »Leider war in dieser üblen Angelegenheit Priv. Doz. Dr. Löffler nicht ganz unbeteiligt. Er hatte um die Vorgänge gewußt, nichts getan, um abzubremsen, den Chef zu schützen oder ihn auch nur darauf aufmerksam zu machen. Er hatte im Gegenteil auf direkte Anfrage geleugnet, etwas zu wissen, obwohl er selbst die Dinge mit dem Institutsdiener besprochen hatte. Dies führte zu dem Konflikt Aichel-Löffler, der seinen Abschluß durch eine ehrenvolle

Berufung Löfflers finden soll. Aichel ist infolge der starken Aufregung schwer erkrankt (Coronarsklerose) [...].«<sup>92</sup>

Ob der Hinweis auf die »ehrenvolle Berufung« Löfflers nach Königsberg als eine krude Art einer damals üblichen Parteilogik oder doch eher als versteckte Form von Sarkasmus angesehen werden muss, ist abschließend nicht zu beurteilen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass Specht das illoyale Verhalten Löfflers gebilligt hat.

Die schwer zu ertragende Illoyalität seines Assistenten Löffler war nicht das einzige Ärgernis, das Aichel nach seiner Rückkehr aus Spanien zu verkraften hatte. Ende Juni war ihm bekannt geworden, dass der neu nach Kiel berufene Pathologe Martin Staemmler ab Wintersemester 1934/1935 vom Ministerium auf seinen eigenen Antrag hin den Auftrag erhalten habe, in der Medizinischen Fakultät eine Vorlesung über Rassenpflege zu halten. Bereits in den Zwanzigern in der Gesellschaft für Rassenhygiene engagiert<sup>93</sup> war Staemmler 1931 in die NSDAP eingetreten und nach seinem Wechsel nach Kiel als Referent für das Rassenpolitische Amt der NSDAP tätig.<sup>94</sup> Insofern war es nachvollziehbar, dass er auch in Kiel seinem rassenpolitischen Engagement nachgehen wollte. Staemmler war im Juni 1934 seitens der Studentenschaft gebeten worden, für das Wintersemester Rassenvorlesungen anzukündigen. Als Begründung hatte es in dem Schreiben der Studenten geheißen: »[...] denn fast täglich wird im Rasseamt über die unerfreuliche Lage in der Rassenwissenschaft an der Universität geklagt. Gerade wo heute überall eine Aufgewecktheit für Rassenfragen besteht, muß auch in Kiel über Rassen gelesen werden!«<sup>95</sup> Staemmler nahm das Schreiben zum Anlass, um schon wenige Tage später direkt an Achelis im Wissenschaftsministerium zu schreiben und um einen entsprechenden Lehrauftrag zu bitten. Er hätte, so schrieb er, den Auftrag gerne vom Ministerium, »um gewisse Schwierigkeiten mit dem hiesigen Anthropologischen Institut zu vermeiden.«<sup>96</sup> Es erscheint nicht unbedingt verwunderlich, dass eine entsprechende Beauftragung Staemmlers zeitnah erfolgte.<sup>97</sup>

92 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 203, Schrb. Specht an Zeiss im Wissenschaftsministerium v. 30.8.1933.

93 Schmuhl, S. 97.

94 Klee, Personenlexikon, S. 594.

95 GStA PK, I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 41, Schrb. des Amtes für Rasse der Kieler Studentenschaft an Staemmler v. 2.6.1933.

96 Ebd., p. 40, Schrb. Staemmler an Achelis, Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 6.6.1934.

97 Ebd., p. 42, Schrb. Ministerium an Staemmler v. 21.6.1934.

Aichel war durch die Beauftragung eines Ordinarius eines »ganz fernstehenden Faches« in hohem Maße gekränkt und sah sich veranlasst, um das Ausmaß seiner Kränkung deutlich werden zu lassen, den ihm erteilten Lehrauftrag über Rassenhygiene in einem direkten Schreiben an das Wissenschaftsministerium, in die »Hände des Ministers« zurück zu legen.<sup>98</sup> Der fachlich nicht versierte und rassenideologisch der NSDAP folgende Parteigenosse Rektor Wolfbat am 5. Juli den Dekan der Medizinischen Fakultät Schröder um Stellungnahme, sprach sich aber bereits in seinem für eine Bitte um Stellungnahme mit drei Seiten ungewöhnlich langem Schreiben für die Beauftragung Staemmlers aus, da »er schon seit einiger Zeit Vorträge über Rassenpflege hält, was gerade von der Parteiorganisation besonders anerkannt wurde.« Weiter führte er aus: »[...] scheint mir die Beauftragung des Herrn Staemmler nur begrüßenswert. Es ist darüber hinaus m. E. im höchsten Grade wünschenswert, wenn gerade in einem solchen Fach, das momentan sehr große Bedeutung hat, ein doppelter Lehrauftrag erteilt ist [...].« Wolf urteilte: »Ich bin der Ansicht, dass wir es freudig begrüßen sollen, dass der Herr Minister für das Fach Rassenpflege hier zwei Lehraufträge erteilt und nicht, wie Herr Aichel es tut, dagegen aus persönlichen Gründen wehren sollten. Dazu kommt ein ganz besonderer Grund [...], nämlich der, dass von gewissen Kreisen der NSDAP der Standpunkt des Herrn Aichel in der Rassenpflege angegriffen wird.«<sup>99</sup>

Die Stellungnahme des Dekans fiel jedoch nicht ganz nach den Wünschen des Rektors aus. Schröder, bekanntlich auch seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP, aber Kenner der Rassenhygiene, stellte fest, dass er Otto Aichel sehr gut wegen seines Ärgers über die Beauftragung Staemmlers, neben Aichel Rassenhygiene in der Medizinischen Fakultät zu lesen, verstehen könnte. Er, Schröder, habe ihm in einem Gespräch geraten, eine Abgrenzung der Lehraufträge beim Ministerium herbeizuführen. Vorsichtig ging Schröder auf die deutlichen qualitativen Unterschiede zwischen Aichel und Staemmler in Rassenhygiene ein: »Wenn Herr Prof. Staemmler die Rassenhygiene in einer mehr allgemein und politisch gedachten Vorlesung vertritt, so ist das etwas anderes, als wenn der Fachvertreter die wissenschaftlichen und sachlichen Grundlagen des Faches Rassenhygiene den Medizinstudenten auseinandersetzt.« Er empfahl, die Rassenhygiene beim Fach Anthropologie zu belassen, und den Lehrauftrag für Staemmler so zu differenzieren, dass »Überschneidungen ungünstiger Art« nicht zustande kommen könnten.<sup>100</sup> Das Ministerium bat auch in diesem Falle Fritz Specht um eine Stellung-

98 Ebd., p. 198, Schrb. Aichel an Ministerium v. 3.7.1934, Abschriften an Dekanat und Rektorat.

99 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 199 f., Schrb. Rektor an Dekan v. 5.7.1934.

100 Ebd., p. 202, Schrb. Dekan an Kurator durch den Rektor v. 13.7.1934.

nahme: Diese war in dem schon erwähnten Schreiben Spechts vom 30. August 1934 enthalten: »Vorausgegangen war eine gewisse Erörterung zwischen Dold und Aichel, ob der Hygieniker oder der Rassenmann die Rassenhygiene lesen sollte, wobei Aichel siegte, da er dem Gebiet bereits jahrzehntelange Forschungen gewidmet hatte. Darauf bekam Aichel den Lehrauftrag. Er kündigte das Kolleg priv. an, Staemmler hinterher sein Kolleg publice et gratis. Die Wirkung auf die Studenten ist bei dieser Form der Ankündigung leicht abzusehen. Praktisch dürfte damit Aichel aufs Trockene gesetzt sein. Es ist nicht meine Sache, zu erörtern, auf welche Weise und von welchen Stellen eine so peinliche Lage hätte verhindert werden können. M. E. wäre es besser gewesen, wenn man einen zweiten gleichen Lehrauftrag in der gleichen Fakultät nicht erteilt hätte, abgesehen davon, daß Staemmler sich mit dem Gebiet nicht wissenschaftlich abgegeben haben soll und das Gebiet der Pathologie groß genug ist, einen Menschen voll zu beschäftigen.«<sup>101</sup>

Nachdem sich mit Schröder und Specht mehrere Parteigenossen für Aichel ausgesprochen und die fachlichen Einwände auch durchaus Gewicht hatten, ist davon auszugehen, dass der für diesen Bereich nunmehr zuständige Referent des Ministeriums Werner Jansen, Kontakt mit Staemmler aufnahm und mit ihm das weitere Vorgehen absprach. Im November 1934 jedenfalls schrieb Staemmler an Jansen,<sup>102</sup> ging auf die Missstimmung mit Aichel ein, berichtete über ein Gespräch, in dem sich herausgestellt habe, dass sachliche Gegensätze nicht bestünden, Aichel aus gesundheitlichen Gründen jedoch nicht in der Lage wäre, Vorlesungen zu halten und ihn um Vertretung gebeten hätte. Staemmler schlug vor, den an ihn gegebenen Lehrauftrag zurückzuziehen, Aichel zu bitten, sein Fach weiter zu vertreten und den Wunsch zu äußern, Staemmler an den Vorlesungen zu beteiligen.<sup>103</sup>

Auch zur Frage der Professur für Rassenhygiene hatte sich Specht positiv geäußert,<sup>104</sup> so dass es nicht überrascht, dass nunmehr im Berliner Ministerium eine Entscheidung

101 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 205 f.

102 Ministerialrat Werner Jansen (1890–1943) war Ordinarius für natürlich Heil- und Lebensweise an der Universität Berlin, trat 1933 in die NSDAP ein und wurde ohne Promotion und Habilitation von Rust zum beamteten außerordentlichen Professor, 1934 zum persönlichen und 1935 zum ordentlichen Professor ernannt, 1935 SS-Standartenführer, 1934–1936 Referent für Medizinische Fakultäten im REM, Vizepräsident der DFG, 1939 auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt. (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 84).

103 Ebd., p. 196, Schr. Staemmler an Jansen, Wissenschaftsministerium v. 9.11.1934.

104 »Was Ihre Frage angeht, ob man Prof. Aichel die Professur für Rassenhygiene und Anthropologie übertragen soll, so meine ich, daß er sie bekommen sollte, da er sie eigentlich schon hatte, da

fiel. Das Extraordinariat für Rassenhygiene wurde mit einem Schreiben vom 24. Januar 1935 rückwirkend ab 1. Oktober 1934 an Otto Aichel übertragen. Der Kurator konnte diesen Sachverhalt mit einem Schreiben vom 4. Februar 1935 aber nur noch dem Dekan der Medizinischen Fakultät mitteilen,<sup>105</sup> da Aichel am 31. Januar 1935 an den Folgen seiner schweren Herzerkrankung verstorben war.<sup>106</sup> Die durch Schaffung des Extraordinariats für Rassenhygiene frei werdende Stelle des Abteilungsvorstehers beim Anatomischen Institut allerdings sollte auch in den nächsten Jahren nicht wieder besetzt werden.<sup>107</sup>

#### 4.3.6 Hans Weinert, der Nachfolger Aichels auf dem Lehrstuhl für Anthropologie

Aichel war am 31. Januar 1935 gestorben. In der Fakultätssitzung am 4. Februar 1935 schon unter dem Vorsitz Schröders wurde die Kommission für die Erstellung der Dreierliste mit Benninghoff, Staemmler, Rodenwaldt und Löhr besetzt. In der nächsten Fakultätssitzung am 13. Februar 1935 musste Benninghoff jedoch berichten, dass seitens der Kommission kein konkreter Vorschlag für die Wiederbesetzung des Lehrstuhls gemacht werden konnte. Eine Begründung ist dem Protokoll nicht zu entnehmen, aber leicht zu vermuten. Der Markt an berufungsfähigen Anthropologen war leergefegt. Die wenigen Anthropologen, die in den letzten Jahren die erforderlichen Fähigkeiten für die Vertretung des Faches Anthropologie an der Hochschule erworben hatten, wie z. B. aus Kiel Saller und Löffler waren bereits an anderer Stelle in festen Positionen beschäftigt oder kamen wie z. B. Saller wegen seiner von der nationalsozialistischen Ideologie abweichenden Auffassung für Kiel nicht in Frage. Es kann für das Ministerium nicht leicht gewesen sein, einen Nachfolger für Aichel zu finden. Über das Zustandekommen der Berufung des Nichtmediziners Weinert zum Direktor des Anthropologischen Instituts ist den Akten wenig zu entnehmen. Ministerialrat Jansen äußerte sich zu Weinert mit Datum vom 14. März 1935: »Daß von ihm die engeren medizinischen Belange vielleicht nicht so gut behandelt werden können, scheint bei der Gesamtlage in Kiel nicht so schwer ins Gewicht zu fallen, da sowohl in der Hygiene wie auch in der pathologischen Anatomie Lehrkräfte vorhanden sind, die diesen Zweig der Erblehre

er weltanschaulich entsprechend eingestellt ist und nach dem ganzen üblen Ärger eine offizielle Rehabilitierung verdient«.

105 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 33.

106 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 48, Geschäftsbericht des Rektors für 1934/35.

107 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 33.

besonders pflegen. [...] Weinert ist im Rasse- und Siedlungsamt der SS tätig.«<sup>108</sup> Mit einem Schreiben vom 27. März 1935 an den Preußischen Ministerpräsidenten schlägt das Reichserziehungsministerium den bisherigen Studienrat im städtischen höheren Schuldienst und n. b. a. o. Professor an der Universität Berlin Dr. Hans Weinert zum ordentlichen Professor in Kiel vor. Den beigefügten Informationen ist zu entnehmen, dass Weinert im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer gewesen, aber zum Zeitpunkt der Berufung nicht Mitglied der NSDAP war.<sup>109</sup> Er wurde am 20. April 1935 persönlicher ordentlicher Professor für Anthropologie (Extraordinarius) sowohl der Medizinischen als auch der Philosophischen Fakultät in Kiel.<sup>110</sup> 1937 trat er der NSDAP bei.<sup>111</sup> An seiner Auswahl war die Medizinische Fakultät Kiel nicht beteiligt. In der Fakultätssitzung am 8. April 1935, also nur knapp zweieinhalb Monate nach Aichels Tod, wurde der neue Anthropologe in der Sitzung des Fakultätsausschusses begrüßt.<sup>112</sup>

Innerhalb der Medizinischen Fakultät wie auch des Dozentenbundes bekleidete er keine Ämter und scheint auch nicht besonders beliebt gewesen zu sein. Weinert war Verfasser mehrerer anthropologischer Lehrbücher.<sup>113</sup> Diese Bücher sind verständlich geschrieben und bemühen sich, dem nicht fachkundigen Leser Grundlagen der Rassenkunde und Rassenhygiene zu vermitteln. Es wird aber auch deutlich, dass Weinert sich zu dieser Zeit mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifizierte. Er forderte die dankbare Anerkennung der »nationalsozialistischen Erhebung«, die das GzVeN möglich machte und die dieses Gesetz auch »bringen mußte«. Ferner forderte er, dass das Wohl des Einzelnen sich dem Wohle des Ganzen unterzuordnen habe. So schrieb er: »Ein Mensch soll das selbstverständliche Recht und das unbewußt natürlich Streben alles Lebendigen, sich fortzupflanzen, hingeben aus Verantwortungsgefühl für sein

108 GStA PK I. HA Rep. 90A, Nr. 1769, p. 167. Jansen meinte Staemmler und Rodenwaldt. Allerdings folgten beide noch im gleichen Jahr Berufungen an andere Universitäten.

109 Ebd., p. 164, 165, 169. Hans Weinert, geboren am 14. April 1887 in Braunschweig, wurde 1909 zum Dr. rer. nat. in Leipzig promoviert und habilitierte sich 1926 in Berlin. 1932 wurde er apl. Professor in Berlin. Er starb am 7.3.1967 in Heidelberg.

110 LASH Abt. 811, Nr. 12415, Vereinbarung zwischen REM (MR Jansen) und Weinert. Noch kurz vor seiner Emeritierung versuchte er, Ordinarius zu werden, wie einem Vermerk des Kurators der Universität Fehling vom 16.11.1954 über ein Gespräch mit Weinert am 12.11.1954 zu entnehmen ist.

111 Klee, Personenlexikon, S. 662.

112 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 167–169.

113 U. a. Weinert, Hans: Biologische Grundlagen für Rassenkunde und Rassenhygiene, Stuttgart 1934; später dann: Ders.: Vom Menschenaffen zur Menschheit, Erfurt<sup>2</sup> 1938; Ders.: Die Rassen der Menschheit,<sup>3</sup> Leipzig/Berlin 1941.

Volk, obwohl er weiß, daß er selbst unschuldig ist.«<sup>114</sup> Dies waren schwülstige Worte für ein Zwangsverfahren, mit dem viele Menschen gegen ihren Willen und nicht selten selbst aus der Sicht des GzVeN unbegründet um die Aussicht auf Nachkommenschaft und im Zusammenhang mit dem Erbgesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935 um die Aussicht auf Familie gebracht worden waren. Besonders widerwärtig erscheint seine auch wissenschaftlich nicht haltbare Position zu den »Rheinlandbastarden«, den etwa 600 bis 800 Kindern aus Beziehungen deutscher Frauen mit schwarzen französischen Besatzungssoldaten anlässlich der Rheinlandbesetzung. Hier urteilte er: »In den meisten Fällen werden die Menschen von beiden Eltern nicht das beste Erbgut mitbekommen haben. Unser Staat ist in vollem Recht, wenn er die weitere Fortpflanzung dieser lebenden Erinnerung an eine traurige schmachvolle Zeit unterbindet. [...] Es gibt also keinen Grund, der eine Weiterzüchtung dieser Rassenbastarde irgendwie denkbar oder gar notwendig machen könnte.«<sup>115</sup> Im Sommer 1937 wurden insgesamt ca. 400 Kinder mit erfasster »Mischabstammung« sterilisiert. Diese Sterilisierungen erfolgten unter Federführung einer »Sonderkommission 3« mit Hilfe der Gestapo geheim und ohne gesetzliche Grundlage.<sup>116</sup>

Über Weinerts Fähigkeiten in der Lehre berichtet Pfürtner in seiner Biographie: Weinert vermochte die Studenten nicht zu fesseln, so dass Pfürtner sich bald »ausklinkte«. Weinerts »wissenschaftlich erwiesene« Unterschiede menschlicher Rassen und seine wertende Qualifizierung mit seiner daraus folgenden naiven Voreingenommenheit für die »arische Rasse« waren zu offenkundig und brachte die Studenten häufig einfach nur zum Lachen.<sup>117</sup> Die rassenbiologischen Gutachten Weinerts in den Kriegsjahren und damit zusammenhängend seine Vaterschaftsgutachten in der Nachkriegszeit werden in einem späteren Kapitel (6.3.3) dargestellt.

114 Weinert, Biologische Grundlagen, S. 1 f.

115 Ebd., S. 135.

116 Pommerin, Reiner: Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937, Düsseldorf 1979, S. 78.

117 Pfürtner, S. 360.

## 4.4 Die Haltung der Kieler Medizinischen Fakultät zur nationalsozialistischen Rassenhygiene

### 4.4.1 Die inhaltliche Ausgestaltung

Die Anpassung des Lehrangebots in Rassenhygiene an die Notwendigkeiten der neuen Zeit war der Medizinischen Fakultät offenbar ein Bedürfnis. Zunächst war es erforderlich, unter Berücksichtigung der Belange der Fächer Anthropologie und Hygiene die Schwerpunkte zu setzen. Dies erfolgte im Wesentlichen zwischen den beiden Fachvertretern, wie Fritz Specht am 30. August 1934 in seinem schon mehrfach angeführten Schreiben berichtete. Danach hatte es vor dem Antrag der Fakultät, Aichel den Lehrauftrag für Rassenhygiene zu erteilen, eine Erörterung zwischen Dold und Aichel gegeben, ob der Hygieniker oder der »Rassenmann« die Rassenhygiene lesen sollte. Aichel setzte sich durch, da er »dem Gebiet schon jahrzehntelange Forschungen gewidmet hatte«. <sup>118</sup> Dem als Schriftstück nicht vorliegenden Antrag der Fakultät vom 4. Dezember 1933 war eine Stellungnahme beigefügt, die die Lehraufträge des Anthropologen und des Hygienikers aus der Sicht der Fakultät eindeutig definierte: »Rassenhygiene wird in der Medizinischen Fakultät Kiel sowohl vom Hygieniker wie vom Anthropologen gelesen. Der Vertreter der Anthropologie liest außer über Anthropologie über menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik. Assistent besitzt Venia legendi für physische Anthropologie, menschliche Erblchkeitslehre und Eugenik. Der Hygieniker behandelt Rassenhygiene vom Standpunkt der Gesamthygiene aus im Rahmen der Hygienischen Hauptvorlesung. Die Vorlesung ist angekündigt als Hygiene (Individual-, Sozial- und Rassenhygiene). Die Fakultät hält es für wichtig, dass Rassenhygiene sowohl vom Standpunkt des Hygienikers wie dem des Anthropologen gelehrt wird; sie ist daher damit einverstanden, dass der Vertreter der Anthropologie den ihm erteilten Lehrauftrag »Anthropologie« in sinngemäßer Erweiterung als für die Gebiete der physischen Anthropologie, der menschlichen Erblchkeitslehre und der Rassenhygiene geltend auffasst.« Die Stellungnahme ist vom Prodekan Külz unterzeichnet, was dafür sprechen könnte (aber nicht muss), dass Dold das Ergebnis für sein Fach Hygiene nicht als befriedigend empfand und deswegen nicht selbst unterzeichnen wollte. <sup>119</sup> Es

118 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 203, Schrb. Specht an Zeiss im Wissenschaftsministerium v. 30.8.1933.

119 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, p. 7, Schrb. Dekan (i. V. Külz) zu Aufteilung Rassenhygiene in der Medizinischen Fakultät auf Hygieniker und Anthropologen v. 25.11.1933.

erfolgte die Erweiterung des Lehrauftrags Aichels durch das Ministerium.<sup>120</sup> Damit hatte sich die Medizinische Fakultät festgelegt und so auch die Grundlage für ihre Haltung in dem bereits oben dargestellten Streit zwischen Aichel und Staemmler im Jahre 1934 gelegt. Dem Tätigkeitsbericht des Rektors für das Wintersemester 1934/35 ist zu entnehmen, dass in der »Psychiatrischen und Nervenklinik eine erbbiologische Bestandsaufnahme der schleswig-holsteinischen Bevölkerung eingeleitet worden [ist]«. Unter der Leitung des Oberarztes Ernst Braun war eine Kartei aufgebaut worden, die von Erbkranken, aber auch Erbgesunden ausging und, ausgehend von diesen, ganze Sippen und Stämme möglichst genau erfasste.<sup>121</sup>

1934 standen in der Kieler Medizinischen Fakultät mehrere Neuberufungen an, mit denen die Möglichkeit bestand, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Im Zusammenhang mit der Rassenhygiene sind hier besonders die Nachfolger von Jores, der im April 1934 emeritiert wurde und Dold, der zum 15. März 1934 nach Tübingen wechselte, zu nennen. In ihrer Sitzung vom 26. Februar 1934 entschied die Fakultät, dem Ministerium für die Nachfolge Jores eine Dreierliste vorzuschlagen, auf deren dritten Platz Staemmler genannt wurde. Die Nachfolge Dolds wurde in der Fakultätssitzung vom 11. Mai 1934 besprochen. Für Dold wurde von der Fakultät eine Dreierliste vorgeschlagen, an deren erster Stelle Ernst Rodenwaldt (Java), stand. Die zum 1. Mai 1934 als Nachfolger für Jores erfolgte Berufung des Pathologen Martin Staemmler wurde bereits angesprochen.<sup>122</sup> Seine Positionierung auf dem dritten Platz der Liste lässt vermuten, dass die Fakultät Staemmler als tüchtigen Pathologen, nicht aber als selbst ernannten, wissenschaftlich nicht ausgewiesenen Rassenideologen einschätzte. Sonst hätte man ihn an die erste Stelle setzen müssen, denn vor ihm auf den Plätzen 1 und 2 waren mit Hermann Löschke (Greifswald) und Paul Schürmann (Berlin) zwei Pathologen vorgeschlagen worden,<sup>123</sup> die keine besondere Affinität zu Rassenhygiene besaßen. Diese »Zugabe« Rassenhygiene wurde bei Staemmler stillschweigend mit hingenommen, hatte jedoch wohl ungewollt den Vorteil, dass der in Fragen der Rassenhygiene wenig versierte Rektor Wolf wie auch die nationalsozialistischen Studenten durch die Berufung Staemmlers, der ja eben nicht nur als Pathologe sondern in Chemnitz auch

120 LASH Abt. 47.6, Nr. 47, p. 114, Schrb. Preuß. Minister für Wissenschaft pp. an Kurator v. 9.1.1934

121 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 75, Bericht des Rektors für das Wintersemester 1934/35.

122 Jansen, Hans H.: Die Geschichte des Pathologischen Institutes der Christian-Albrechts-Universität in Kiel (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft N. F., Bd. 23), Kiel 1958, S. 51.

123 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 149–150, Protokoll der Sitzung der Med. Fak. v. 26.2.1934.

als Hygieniker tätig gewesen war, zufrieden gestellt wurden. Mit Staemmler bestand die Möglichkeit, die den Medizinstudenten durch Dold und Aichel zu nüchtern, zu wissenschaftlich gelehrte »Rassenhygiene« in der im Alltag um sich greifenden propagandistischen Form der nationalsozialistischen Ideologen vermittelt zu bekommen.

Staemmler wurde am 23. Oktober 1890 in Duschnik geboren,<sup>124</sup> promovierte 1916 in Berlin, habilitierte sich 1922 in Göttingen, wurde 1926 a. o. Professor und 1927 Direktor des Pathologisch-Hygienischen Instituts in Chemnitz, 1931 trat er in die NSDAP ein; später war er auch als Referent für das Rassenpolitische Amt der NSDAP in Kiel tätig.<sup>125</sup> Im Zusammenhang mit seiner Berufung nach Kiel ist hervorzuheben, dass ihm seitens des Wissenschaftsministeriums ein Jahresgrundgehalt von 12.600 RM jährlich zugestanden wurde, das höchste Gehalt unter den Berufungen des Jahres 1934 in der Medizinischen Fakultät.<sup>126</sup> Die im gleichen Jahr berufenen Professoren Rodenwaldt, Holzlöhner und Löhr verdienten bei weitem nicht in dieser Größenordnung, ein Sachverhalt, der im Zusammenhang damit, dass der Dritte der Fakultätsliste berufen wurde sowie der besonders schwierigen Situation des Reichserziehungsministerium gegenüber der Hochschulkommission der NSDAP als ein Versuch angesehen werden kann, die Berufungshoheit gegenüber der nationalsozialistischen Reichsleitung zu bewahren.

Staemmler hatte sich bereits in den Zwanzigern in der Gesellschaft für Rassenhygiene engagiert<sup>127</sup> und hatte 1931 in seinem weit verbreiteten Lehrbuch »Rassenpflege im völkischen Staat« populistische nationalsozialistische Vorstellungen vertreten. Im Zusammenhang mit der rassenhygienischen Bewertung der Frau bezog er den Standpunkt: »Und eins vergessen sie, ihre Töchter vor allem in dem Sinne zu erziehen, dass ihre erste und allerheiligste Pflicht ist, dem Volke gesunde Kinder zu schenken« und an anderer Stelle schrieb er »[v]öllig aus dem Erwerbsleben zu verschwinden hat die verheiratete Frau.«<sup>128</sup> Noch eindeutiger sind seine Äußerungen anlässlich eines Vortrages zum Thema »Rassenpflege und Schule«:<sup>129</sup> Im Entscheidungskampf bedürfe es einer Rasse, die »bei möglichst geringer Pflege am leistungsfähigsten und widerstandsfähig-

124 Kreis Samter in der damaligen preußischen Provinz Posen.

125 Klee, Personenlexikon, S. 594.

126 GStA PK I. HA Rep. 151, I C Nr. 6552, p. 82–87. Das Höchstgehalt lag in Preußen bei 13.600 RM, im Durchschnitt wurden allen ordentlichen Professoren der Universität Kiel 11.100 RM jährlich gezahlt.

127 Schmuhl, Rassenhygiene, S. 97.

128 Staemmler, Martin: Rassenpflege im völkischen Staat, München 1933, S. 31, 68.

129 Auf einer Tagung »Die Erziehung zum nationalsozialistischen Staat« im Pädagogisch-psychologischen Institut München, 1. bis 5.8.1933. zit. nach Klee, Deutsche Medizin, S. 46.

ten« sei und »Kampf erfordert Gesundheit. Rasse haben heißt, gesund zu sein. Es ist die Aufgabe des Züchters, seine Rasse gesund zu halten [...].«<sup>130</sup> In »Rassenpflege im völkischen Staat« heißt es weiter: »Die Eugenik [...] kümmert sich aber nicht um die rassische Zusammensetzung, [...] Eugenik ist die Rassenpflege der bastardierten Völker. Reine Eugenik wird nur der treiben, der von der angeblichen Gleichheit der Rassen, von deren gleichmäßigem Wert überzeugt ist. Wer das nicht ist, muß sich folgerichtig zur Rassenpflege bekennen. [...] Bei der Frage also, ob wir uns in unserem Volk auf Eugenik beschränken können [...] oder ob wir Rassenpflege treiben müssen, bekennen wir uns ganz klar und fest zur Rassenpflege.«<sup>131</sup> Hierbei forderte er »[...] nicht auf den einzelnen kommt es an [...]. Das Ziel, dem rücksichtslos, ohne Mitleid, ohne Scheu vor Opfern zugeschritten wird, ist die Erhaltung der Art, der Rasse, des Volkes. Da sehen wir [...] den alten germanischen Grundsatz, den der Nationalsozialismus wieder erneut aufgenommen hat: Gemeinnutz vor Eigennutz. Der einzelne ist nichts, das Volk, die Rasse ist alles.«<sup>132</sup>

Staemmler ist in seinen rassistischen Vorstellungen aber noch viel weiter gegangen, wie Gereon Schäfer und Dominik Groß in einer Untersuchung 2006 herausstellten.<sup>133</sup> Anlass für ihre Arbeit war eine Überprüfung des (bereits verstorbenen) Ehrenmitgliedes der Medizinischen Gesellschaft Aachen Martin Staemmler im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung in *The Lancet* im Jahre 2006.<sup>134</sup> Schäfer und Groß kommen in ihrer Arbeit zu einer eindeutigen Bewertung der rassenideologischen Haltung Staemmlers, die dann auch im Jahre 2006 zu dem Entzug der Ehrenmitgliedschaft in der Medizinischen Gesellschaft Aachen führen sollte: »Martin Staemmler war ein überzeugter Verfechter der nationalsozialistischen Rassenhygiene. Er setzte sich ein

130 Martin Staemmler folgte bereits am 1.8.1935 einem Ruf nach Breslau, war dort von 1938 bis 1943 Rektor und Mitherausgeber der Zeitschrift »Volk und Rasse«. Er leitete in der Nachkriegszeit nach 1947 die Pathologie in Detmold, dann ab 1949 die Prosektur in Hamm und von 1950 bis 1960 das Pathologisch-bakteriologische Institut in Aachen. Danach Tätigkeit als Leiter der Pathologischen Abteilung bei Chemie Grünenthal in Stolberg. Er verstarb am 6.6.1974 in Kiel (Klee, Personenlexikon, S. 594).

131 Staemmler, S. 45.

132 Ebd., S. 22 f.

133 Schäfer, Gereon/Döbber, Carola/Groß, Dominik: Martin Staemmler – Pathologe und Hochschullehrer im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik, in: Kühl, Richard/Ohnhäuser, Tim/Schäfer, Gereon (Hg.): *Verfolger und Verfolgte. Bilder ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, Bd. 2)*, Münster 2010, S. 69–86.

134 Woywodt, Alexander et al.: Wegner's granulomatosis, in: *The Lancet* 367 (2006), S. 1362–1366.

für die politische Umsetzung der Rassentrennung, der Scheidung und Auslese erblich ›Hoch- und Minderwertiger‹, ihrer Förderung bzw. ›Ausmerze‹. [...] Als Maßnahme der ›Ausmerze‹ sprach sich Staemmler schon vor der Einführung des GzVeN vehement für die Einführung der Zwangssterilisation ›rassisch Minderwertiger‹ aus. Darüber hinaus strebte er die Erweiterung des Anwendungsbereichs von Zwangssterilisationen auch auf ›Gewohnheitsverbrecher‹, Alkoholiker und andere ›Ballastexistenzen‹ an. In der Überzeugung, dass Medizin und Ärzteschaft in ihrer Betrachtung der Patienten als Individuen Mitverantwortung für die ›Degeneration‹ der ›deutschen Rasse‹ trügen, forderte Staemmler prototypisch für den Nationalsozialismus einen Deutungswandel der ärztlichen Aufgabe im Dritten Reich: vom ›Arzt des Einzelnen‹ zum ›Arzt der Rasse‹. Hiermit verband Staemmler die Verantwortung für die Züchtung der ›deutschen Rasse‹ (›Aufartung‹) und für den Schutz sowie die Heilung des ›Volkskörpers‹. In seinen Schriften machte Staemmler keinen Hehl aus seiner antisemitischen Einstellung.«<sup>135</sup>

Staemmler war zwar nicht die erste Wahl der Fakultät. Aber er war von ihr auf die Liste gesetzt worden. Sollten die oben angesprochenen Mutmaßungen über die im Ministerium liegenden Gründe für die Berufung Staemmlers nach Kiel nicht ganz überzeugen, so bleibt doch, dass mit der Berufung des in der Rassenhygiene kaum wissenschaftlich, sondern rassenideologisch im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber rhetorisch versiert argumentierenden Nationalsozialisten und Pathologen Staemmler die Fakultät sich dieses Mal auf die schwierige Gratwanderung zwischen Kollaboration mit dem neuen Regime in einer in der damaligen Zeit zentralen wissenschaftlichen Frage der Medizin eingelassen hatte. Der für die neue Zeit nicht mehr »geeignete« Otto Aichel blieb trotz seiner für die Fakultät schwierigen anthropologischen Auffassungen weiterhin neben dem Hygieniker der auch persönlich geschätzte Fachwissenschaftler. Auf der anderen Seite kam Staemmler sicher nicht ganz ungelegen. Er konnte, so hätten die Überlegungen in der Fakultät aber auch im Ministerium sein können, als langjähriges NSDAP-Parteimitglied Druck von der Fakultät nehmen und dieser wieder die Möglichkeit geben, ihre bisherige Politik fortzusetzen. Eine weitere Möglichkeit bot sich, als Dold sich entschied, einen Ruf nach Tübingen anzunehmen. Nun hatte die Fakultät eine reale Möglichkeit, mit Rodenwaldt einen wissenschaftlich ausgewiesenen Rassenhygieniker – das war Dold nämlich nicht – auf die Liste zu setzen. Das Konzept der Fakultät lautete damals so vielleicht: Aichel für die Anthropologie, Staemmler für die »nationalsozialistische Rassenideo-

135 Schäfer/Döbber/Groß, S. 69–86.

logie« und Rodenwaldt für die in der Bevölkerungsmedizin verankerte Rassenhygiene. Das Ministerium hätte zufrieden sein können, einen Nationalsozialisten in der Kieler Medizinischen Fakultät installiert zu haben, wenn nicht die Münchener Reichsleitung der NSDAP gewesen wäre. Die Machtfrage in der Kieler Medizinischen Fakultät war aus der Sicht der Münchener Parteistrategen überhaupt noch nicht gelöst und wurde erst durch das Ausscheiden Schittenhelms und die Berufung Löhrs einer befriedigenden Lösung zugeführt.

#### 4.4.2 Rassenhygiene und Rassismus der Kieler Hygieniker

Karl Kißkalt<sup>136</sup> hatte die Zeichen der Zeit erkannt und nach dem Ersten Weltkrieg seit dem Winterhalbjahr 1919/20 ein Kolleg »Rassenhygiene« angeboten. Nachdem sein Nachfolger Arthur Korff-Petersen<sup>137</sup> 1927 verstorben war, wurde Hermann Dold zum Wintersemester 1928/29 als dessen Nachfolger ordentlicher Professor für Hygiene in Kiel.<sup>138</sup> Das bereits von Kißkalt gehaltene Kolleg wurde bei Dold allerdings erst im Wintersemester 1931/32 zum Bestandteil der von ihm gehaltenen Magistralvorlesung.<sup>139</sup> Wahrscheinlich hatte der sich immer mehr verstärkende Eindruck der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Dold dazu gebracht, auch der auf Rassenhygiene ausgerichteten Sozial- und Bevölkerungsmedizin in seinem Unterricht besondere Beachtung zu schenken. Dazu passte seine Festrede zur Reichgründungsfeier 1931.<sup>140</sup> Mit dieser Rede hatte er sich als entschiedener Anhänger der zwar zunehmend weniger umstrittenen, aber gerade auch im wissenschaftlichen Diskurs der Universität noch um Anerkennung ringenden Rassenhygiene bekannt.

136 Karl Kißkalt, (1875–1962), Promotion 1898 in Würzburg, 1901 Assistent Hygiene Gießen, 1906 Habilitation, 1906 am Hygienischen Institut in Berlin, 1907 Abteilungsvorsteher, 1912 o. Prof. Königsberg, 1917 Kiel, 1924 Bonn, 1925 München, 1929 Direktor des Hygienischen Zentralinstituts in Ankara, 1931 München, 1947 entpflichtet.

137 Arthur Korff-Petersen, (1882–1927), 1908 Promotion Leipzig, 1910 Hygienisches Institut Berlin, 1915 Habilitation, 1917 Abteilungsvorstand, 1918 Hygienisches Institut Dorpat, 1924 a. o. Prof. Berlin, 1925 o. Prof. für Hygiene und Bakteriologie und Direktor in Kiel.

138 LASH Abt. 47.6, Nr. 74, Personalakte Dold, Schrb. Kurator an Medizinische Fakultät v. 15.8.1928.

139 Vorlesungsverzeichnis WS 1931/32, S. 28, Vorlesungsverzeichnis WS 1932/33, S. 28, in den Sommersemestern 1932 und 1933 wurden von ihm keine rassenhygienischen Vorlesungen angeboten.

140 Dold; Kudlien, Briefwechsel, S. 338–348.

In den Mittelpunkt seines Festvortrages stellte der Kieler Hygieniker Fragen der Bevölkerungshygiene. Aufbauend auf die Feststellung, dass »die Jungen ab und die Alten relativ« zunehmen, machte Dold deutlich, dass derartige Veränderungen der Struktur eines Volkes schwerwiegende wirtschaftliche und politische Folgen haben müssen, insbesondere dass »in einem derart alternden Volk von der geschrumpften Schicht der Schaffenden die Tributlasten und vermehrten sozialen Lasten [...]« nicht aufgebracht werden können.<sup>141</sup> Auch sei die Schlussfolgerung, dass durch eine systematische Geburteneinschränkung die politische und wirtschaftliche Lage verbessert werden könne, eine gefährliche Illusion. »Die heute schon im Gang befindliche Einwanderung anspruchsloserer, fremdrassiger Menschen [würde] sich mehr und mehr steigern und so uns und unsere Kinder um den erhofften Genuß unserer völkischen Selbstbestimmung bringen. Andere würden unser Land füllen und uns zu Knechten auf eigenem Boden machen.« Die erschreckende Geburtenabnahme habe – so Dold weiter – in den kulturtragenden Schichten begonnen, was dazu führe, dass von ihr vorwiegend »die biologisch Hochwertigen« betroffen seien während »die Minderwertigen nicht nur verschont blieben, sondern sogar eine relative Zunahme erführen«.<sup>142</sup> Otmar Freiherr von Verschuer habe, so Dold, eine Mindestzahl von 300.000 schweren offensichtlichen Erbkranken in Deutschland errechnet, viel größer sei aber die Zahl der Übergangsformen und Grenzfälle. Die begabten, aufstrebenden Kreise in allen Schichten der Bevölkerung beschränkten ihre Nachkommenschaft immer mehr, während »die Kriminellen, Trunksüchtigen, Arbeitsscheuen, Liederlichen und besonders die Schwachsinnigen und Schwachbegabten eine zum Teil doppelt so große Kinderzahl aufweisen«. Teilweise begab sich Dold dann mit seinen weiteren Argumenten trotz des festlichen Anlasses der Reichsgründungsfeier auf unteres Stammtischniveau: »Die Gefahr einer qualitativen Gegenauslese durch relative Zunahme der biologisch Minderwertigen darf gerade heute nicht unterschätzt werden, wo den Minderwertigen, vor allem den verdeckten Minderwertigkeitsträgern größere Freiheiten und Rechte und deshalb auch größere Möglichkeiten einer Einflußnahme auf das öffentliche und staatliche Geschehen gegeben sind als zuvor.« Antidemokratischer und populistischer ging es wohl nicht, besonders wenn die in der Veröffentlichung seiner Rede zu diesem Teil in einer Fußnote hinzugefügte Anmerkung hinzugenommen wird: »Man beachte in der Presse und Literatur die Zunahme der Schilderung krankhafter und verbrecherischer Personen als »Helden«, wobei für diese Abnormen nicht nur Verständnis, sondern

141 Dold, S. 6.

142 Ebd., S. 8 f.

wegen ihrer besonderen Veranlagung da und dort schon besondere Rücksichtnahme, Vorrechte verlangt werden.«<sup>143</sup> Nach weiteren, hier im Einzelnen nicht wiederzugebenden, Ausführungen weniger spektakulärer Art entwickelte Dold dann eine aus seiner Sicht mögliche Lösung, mit der der Rahmen der Weimarer Verfassung<sup>144</sup> verlassen und zentrale Elemente der späteren nationalsozialistischen Rassenideologie gefordert wurden: »Der Gedanke an kommende Geschlechter zwingt uns, mit allen möglichen Mitteln die Neuentstehung minderwertigen erbkranken Lebens zu verhindern. Die menschliche Gesellschaft hatte die Kühnheit, der Natur das Regulativ zu nehmen; sie wird nun auch den Mut aufbringen müssen, nicht bloß zu hegen und zu pflegen, sondern auch zu roden und zu jäten.«<sup>145</sup> Die erschreckende Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie ist bei diesem diesbezüglich bis dahin in den Quellen unauffällig wirkenden Wissenschaftler unverkennbar.

Hermann Dold, geboren am 5. Oktober 1882 in Stuttgart, besaß eine solide Ausbildung in Hygiene, auch mit Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitsdienst, hatte sich aber in Rassenhygiene nicht wissenschaftlich profiliert. Sein Werdegang hatte – wie bei Hygienikern der damaligen Zeit nicht ganz selten – einige Besonderheiten aufzuweisen. Dold wurde 1906 in Tübingen promoviert und nach Assistenzarztzeiten in Chirurgie und Pathologie in Stuttgart und Tübingen 1906 bis 1908 sowie nach einer Tätigkeit am Royal Institute of Public Health bis 1910 in London wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Kaiserlichen Gesundheitsamt in Berlin. Die Habilitation für Hygiene und Bakteriologie erfolgte 1912 in Straßburg, 1917 wurde er dort zum a. o. Professor ernannt, von 1914 bis 1919 leitete er das Hygienische Institut der Deutschen Medizin- und Ingenieurschule in Shanghai. Weitere Stationen seines Werdeganges waren die Positionen 1920 als Privatdozent in Frankfurt, 1921 als a. o. Professor in Marburg und 1923 als Direktor des Instituts für experimentelle Therapie in Marburg. 1927 wurde er Regierungsrat im Reichsgesundheitsamt und a. o. Professor an der Universität Berlin, 1927 erfolgte der Wechsel nach Kiel. Politisch war er schon in Weimarer Republik engagiert: 1925–1927 war er Mitglied der Deutschen Volkspartei, in die NSDAP trat er am 1. Mai 1933 mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 2.733.928 ein.<sup>146</sup> Zu seiner Zeit war das Kieler Hygiene-Institut, von ihm aktiv geführt, mit vier wissenschaftlichen

143 Dold, S. 10.

144 Gusy, Christoph: Die Weimarer Verfassung, Tübingen 1997, S. 294f.

145 Ebd., S. 14–15.

146 BAArch R 4901, Nr. 13261, Hermann Dold (1882–1962) wechselte zum 1.4.1934 erst nach Tübingen, dort Mitgliedschaft im NS-Ärztebund und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, dann zum 1.10.1936 nach Freiburg im Breisgau. 1942 stellte er einen Auf-

und einem technischen Assistenten personell das größte der sieben Institute der Kieler Medizinischen Fakultät.

Die oben bereits dargestellte, dem Berliner Ministerium übermittelte Stellungnahme der Kieler Medizinischen Fakultät zur Aufgabenteilung zwischen den Fächern in der Vermittlung der Rassenhygiene dürfte in wesentlichen Teilen ihm zu verdanken sein. Inhaltlich hatte er sich – wie es seinen Pflichten als Dekan entsprach – erkennbar um Neutralität bemüht. Die Stellungnahme folgte nicht, wie es vielleicht möglich gewesen wäre, einseitig den Interessen des Hygienikers nach mehr Einfluss in der Rassenhygiene. Für korrekte Neutralität des Dekans, auch für die Qualität der informellen Abstimmungsprozesse, spricht, dass die Unterzeichnung der Stellungnahme nicht durch ihn als einen Vertreter des Faches Hygiene, der hätte befangen sein können, erfolgte, sondern durch seinen Vertreter, den Pharmakologen und Prodekan Külz. Im Rahmen der Hygiene-Hauptvorlesung »Individual-, Sozial- und Rassenhygiene« sollte die Rassenhygiene vom Standpunkt des Hygienikers vermittelt werden, hatte also anders als die Kieler Anthropologie nur geringen Bezug zur »Rassenkunde« und zur Eugenik, sondern sollte sich mehr mit den Aspekten der Sozial- und Bevölkerungshygiene befassen, aber auch nationalsozialistische Auffassungen berücksichtigen.

Der für die Kieler Fakultät überraschende Wechsel Dolds nach Tübingen stellte die Kieler vor neue Probleme. Es war nicht ganz einfach, einen geeigneten Bewerber als Nachfolger zu finden. Offensichtlich wollte die Fakultät einen für das Fach Rassenhygiene hervorragend ausgewiesenen Hygieniker, um den Anforderungen der Zeit, mehr aber noch denen der Nationalsozialisten und der eigenen Überzeugung Rechnung tragen zu können. Solche Hygieniker waren zum damaligen Zeitpunkt im Deutschen Reich aber ausgesprochene Mangelware. Die Lösung fand sich in Ernst Rodenwaldt, eine Lösung, die allerdings aus drei Gründen nicht ganz unproblematisch war. Erstens war Rodenwaldt mit fast 56 Jahren schon fast zu alt für eine Berufung auf einen Lehrstuhl, zweitens hatte er sich seit 1921 ein Tätigkeitsfeld im holländischen Ostindien aufgebaut und war deswegen mit den Verhältnissen in Deutschland nicht vertraut. Drittens war er besonders in der Tropenmedizin tätig gewesen, einem fachlichen Schwerpunkt, der bislang nicht zum Spektrum der Kieler Medizinischen Fakultät gehört hatte und wohl auch nicht gehören sollte. Trotz vermutlich einiger Bedenken übernahm die Fakultät den Vorschlag der von ihr eingesetzten Kommission mit Rodenwaldt an erster Stelle. In seiner Biographie berichtet Rodenwaldt, dass das Jahr 1934

nahmeantrag für den NS-Dozentenbund, 1943 bis 1945 war er Dekan der Medizinischen Fakultät Freiburg. 1952 wurde er entpflichtet. Vgl. Klee, Personenlexikon, S. 116.

für ihn in Batavia mit einem überraschenden Schreiben der Dekans der Medizinischen Fakultät in Kiel begann, in dem dieser anfragte, ob er bereit sei, das Ordinariat für Hygiene in Kiel zu übernehmen. Angenehm überrascht, er hatte seit Jahren nicht mehr damit gerechnet, dass ihm in Deutschland noch einmal eine Aufgabe gestellt werden könnte, sagte Rodenwaldt zu.<sup>147</sup>

Mit ihrer Entscheidung für Rodenwaldt hatte sich die die Kieler Medizinische Fakultät »für einen für seine Zeit recht einfachen und wenig wissenschaftlichen Rassenanthropologe[n] und ideologische[n] Rassist[en] vom Scheitel bis zur Sohle entschieden«, der sich genau damit in die »unintellektuelle rassenhygienische Strömung des nationalsozialistischen Regimes seiner Zeit« einfügte.<sup>148</sup> Rodenwaldt wurde vom Ministerium zum 18. September 1934 als ordentlicher Professor für Hygiene auf den Lehrstuhl in Kiel berufen. Am 5. August 1878 als Sohn eines Altphilologen und Gymnasialprofessors in Berlin geboren, absolvierte Rodenwaldt seine ärztliche Ausbildung auf der Militärärztlichen Akademie mit den folgenden Stationen: Staatsexamen 1903, Promotion 1904 in Halle, 1907–1910 Ausbildung am Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, 1909–1913 Regierungsarzt in Togo, im Ersten Weltkrieg als Stabsarzt Beratender Hygieniker der 5. kaiserlich-osmanischen Armee in Kleinasien, 1919 Habilitation für das Fach Hygiene in Heidelberg. Er war dann ab 1921, bis er 1934 nach Kiel kam, in niederländischen Diensten in Ostindien tätig. In dieser Zeit veröffentlichte er zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, propagierte die Rassenhygiene als Instrument der Eugenik und wandte sich besonders der Mischlingsforschung zu. Dabei ließ er sich besonders von Eugen Fischers Arbeit über die »Rehobother Bastards« beeinflussen und befasste sich mit der Bastardisierungsfrage am Beispiel der »Mestizen von Kisar«. Wie Fischer kam er zu einer »reduktionistisch wertenden Rassenkunde, die der nationalsozialistischen Bevölkerungs- und Rassenideologie und -politik die entscheidende Legitimationsbasis lieferte«. <sup>149</sup> Am 1. März 1932 wurde er in Batavia zunächst Mitglied der Auslandsorganisation der NSDAP, trat jedoch am 23. Februar 1933 aus Verärgerung wieder aus, da die NSDAP versucht hatte, politisch auf den »Bund der Auslandsdeutschen« einzuwirken.<sup>150</sup> Nachteile aus diesem Schritt ergaben sich für ihn auch in der Folgezeit nicht. Von ihm wird berichtet, dass er stets »schärfster Antisemit« gewesen wäre.<sup>151</sup> Seit 1933 war er Mitherausgeber des »Archiv

147 Rodenwaldt, Ernst: Ein Tropenarzt erzählt sein Leben, Stuttgart 1957, S. 395 f.

148 Eckart, Hygiene, S. 705.

149 Eckart, Hygiene, S. 704.

150 Ebd.

151 Ebd., S. 710.

für Rassen- und Gesellschaftsbiologie. Organ der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene«.

Ebenso wie Staemmler blieb auch Rodenwaldt nur kurz in Kiel. Schon im November 1935 nahm er eine Tätigkeit als ordentlicher Professor in Heidelberg auf. 1940 wurde er Leiter des Instituts für Tropenmedizin und Tropenhygiene der Militärärztlichen Akademie und Beratender Tropenmediziner beim Chef des Sanitätswesens des Heeres. 1943 wurde er Generalarzt und staatlich anerkannter Rassengutachter, 1944 war er im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen Karl Brandt tätig.<sup>152</sup> Dekan Hanns Löhr charakterisierte ihn 1940 in der Festschrift zum 275-jährigen Bestehen der Universität als »allgemein anerkannten Tropenhygieniker«, der eine »vorzügliche Lehrgabe« habe. Löhr schrieb: »Er verstand es, das von den Studenten oft recht stiefmütterlich behandelte Kolleg über Hygiene zu einem Anziehungspunkt ersten Ranges zu gestalten.«<sup>153</sup> 1945 erfolgte Rodenwaldts Entlassung wegen seiner nationalsozialistischen Belastung.<sup>154</sup> Ob Staemmler und Rodenwaldt Kiel nur als Sprungbrett genutzt hatten, oder ihnen die günstige Konjunktur für ideologische »lupenreine« Rassenhygieniker und Rassisten half, ist heute nicht mehr feststellbar. Wahrscheinlich dürfte beides zutreffen. Jedenfalls nahm Staemmler schon zum 1. August 1935 einen Ruf nach Breslau an und Rodenwaldt tauschte zum 1. Oktober 1935<sup>155</sup> den »verhältnismäßig geringwertigen Lehrstuhl« für Hygiene der Universität Kiel<sup>156</sup> gegen den der Universität Heidelberg. Der Nachfolger Schröders im Amt des Dekans, Hanns Löhr, hatte mit Schreiben vom 5. Oktober 1935 dem REM eine Dreierliste der Fakultät mitgeteilt, auf der an 1. Stelle Blumenberg/Breslau, auf 2. Stelle Zeiss/Berlin<sup>157</sup> und auf 3. Stelle Bachmann/Königsberg standen. Der gerade erst habi-

152 Klee, Personenlexikon, S. 501–502.

153 Löhr, Hanns: Die medizinische Fakultät, in: Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hofman, Gottfried (Hg): Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Leipzig 1940, S. 164–215, hier S. 211.

154 1948 erhielt er einen Lehrauftrag der Universität Heidelberg, 1952 wurde er Leiter der geomedizinischen Forschungsstelle. Rodenwaldt starb am 4.6.1965 in Ruhpolding. Der 1967 dem Institut für Wehrmedizin und Hygiene der Bundeswehr in Koblenz verliehene Name »Ernst-Rodenwaldt-Institut« wurde 1998 getilgt. Eckart, Hygiene, S. 715 f. Kiminus, Manuela: Ernst Rodenwaldt – Leben und Werk, Heidelberg 2001, online: <http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/3215/1/zusammenfassung-doktorarbeitmanuelakiminus.pdf>.

155 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 88.

156 Eckart, Hygiene, S. 711.

157 Heinz Zeiss (1888–1949), 1931 NSDAP-Mitglied, ab 1933 Direktor des Hygiene-Instituts der Charité, NSDAP-Vertrauensmann, 1934 zeitweise Referent für Medizinische Fakultäten

litierte Pels-Leusden wurde als Vertretung für nicht hinreichend qualifiziert gehalten, übernahm dann jedoch nolens volens die Vertretung, weil niemand anders, der sie hätte übernehmen können, zur Verfügung stand. Ein Jahr später war der Lehrstuhl immer noch nicht besetzt.<sup>158</sup> Am 2. November 1936 wurde Bachmann mit der Vertretungsprofessur beauftragt. Am 1. Juni 1937 wurde er ordentlicher Professor für Hygiene in Kiel. Zu seinen Aufgaben gehörte die Wahrnehmung des Lehrgebietes Hygiene – sein besonderer Schwerpunkt war die Sozialhygiene – dazu kam das Amt des Gauamtsleiters für Rassenhygiene im Gau Schleswig-Holstein.<sup>159</sup>

Werner Bachmann war wohl neben Löhr der einzige Kieler Lehrstuhlinhaber, der neben der Propagierung der auch von anderen Lehrstuhlinhabern inhaltlich vertretenen Rassenhygiene sich nicht nur voll zum Antisemitismus des nationalsozialistischen Regimes bekannte, sondern sich auch für seine praktische Durchsetzung aus Überzeugung einsetzte. In diesem Zusammenhang soll der Vorgang um den mit einem »nicht-arischen« Großelternanteil belasteten Volontärassistenten am Hygienischen Institut Georg Henneberg nicht unerwähnt bleiben. Rektor Dahm übermittelte mit Schreiben vom 19. Juni 1936 einen in den Quellen nicht vorliegenden Antrag Hennebergs auf Übertragung einer planmäßigen Assistentenstelle an das Reichserziehungsministerium. Er bemerkte dazu: »Die Anstellung des Herrn Henneberg als Assistent ist nach den geltenden Bestimmungen nicht möglich, da Herr Henneberg unter seinen Vorfahren einen jüdischen Großelternanteil hat. In Übereinstimmung mit dem Herrn Dekan der Medizinischen Fakultät glaube ich aber, daß es sich hier um einen ganz besonderen Ausnahmefall handelt, so daß ich [...] zu prüfen bitte, ob es nicht möglich wäre, von der Anwendung der sonst maßgebenden Bestimmungen Abstand zu nehmen. [...] Die Verhältnisse liegen in diesem Fall ganz besonders, so daß ich es für gerechtfertigt halten würde, wenn Henneberg die Assistentenstelle bekäme. Henneberg ist heute noch in der SA., obwohl der SA. der Sachverhalt bekannt ist.«<sup>160</sup> Das Reichserziehungsministerium benötigte am 4. Januar 1937 noch Zeit zur Entscheidung, war aber damit einverstanden, dass Henneberg für die Zeit seiner Tätigkeit eine Entschädigung in Höhe von drei Vierteln der Vergütung eines planmäßigen Assistenten gezahlt wurde.<sup>161</sup> Am 17. August 1937 schrieb Dekan Löhr an den Rektor, dass er eine Vergütung Henneberg als Volontärassis-

im REM, Experte für biologische Kriegführung, in der UdSSR zu 25 Jahren Haft verurteilt (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 188).

158 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 89.

159 Wolf, Hygiene, S. 99.

160 LASH Abt. 47, Nr. 1106, p. 79, Schrb. des Rektors Dahm an das REM v. 19.6.1936.

161 Ebd., p. 235, Schrb. Kurator an Rektor v. 4.1.1937.

tent »bis heute« befürwortet habe, jedoch auf eine endgültige Entscheidung dringen würde. Der mittlerweile berufene Bachmann sah keine Einstellungsmöglichkeit für Henneberg. Löhr wies darauf hin, dass Henneberg als über den Durchschnitt begabt und fleißig gälte und »ihm selbst erst nach dem Tode seiner Eltern bekannt geworden ist, zweiten Grades jüdisch versippt« zu sein. Er hätte die ärztliche Bestallung und das Doktordiplom erhalten und nun müsste der Minister oder die Zentralstelle des Rasseamtes eine Entscheidung herbeiführen.<sup>162</sup> Ein Zwischenbescheid des Reichserziehungsministeriums kam am 25. Oktober 1937 mit der Aussage: Verwaltung der Assistentenstelle weiter möglich, bis »Eingang der von mir vor längerer Zeit erbetenen Stellungnahme des Stellvertreters des Führers«. <sup>163</sup> Mit einem Schreiben des Kurators vom 15. Februar 1938 wurde eine Abschrift eines Schreibens des REM übermittelt: Der Stellvertreter des Führers und das Reichsinnenministerium hätten ihre Zustimmung erteilt, dass »dem Arzt Dr. Georg Henneberg, welcher Mischling 2. Grades ist [...] die planmäßige Assistentenstelle übertragen wird.« Der Kurator wurde ermächtigt, die planmäßige Assistentenstelle endgültig zu übertragen. Die Entscheidung kam zu spät, da Henneberg mittlerweile eine Stelle in der Industrie angenommen hatte.<sup>164</sup> Bachmann äußerte sich mit Schreiben vom 21. Februar 1938 noch abschließend dazu: »[...] lege ich Wert darauf festzustellen, dass ich niemals die Absicht gehabt habe, Herrn Dr. Georg Henneberg am Hygienischen Institut der Universität Kiel eine planmäßige Assistentenstelle verfügbar zu machen [...].«<sup>165</sup> Auch wenn eine Begründung fehlt, so konnte der einzige Grund für Bachmann wohl nur der nichtarische Großelternteil Hennebergs gewesen sein. Hier übertraf sein Rassismus sogar den seines Dekans Hanns Löhr und den der zuständigen Reichsbehörden und Parteiinstitutionen, die offenbar bereit waren, die besonderen Umstände des Einzelfalles gelten zu lassen.<sup>166</sup> Bachmann wurde im Juni 1945 von der Besatzungsmacht inhaftiert,<sup>167</sup> sein Lehrstuhl mit Klose

162 LASH Abt. 47, Nr. 1672, p. 221, Schrb. Dekan an Rektor v. 17.8.1937.

163 Ebd., p. 272, Schrb. Kurator v. 3.11.1937 mit Abschrift Schrb. REM v. 25.10.1937 an Rektor mit Durchschlägen für Dekan und Dozentenschaftsführer.

164 Ebd., p. 490, Schrb. Kurator v. 15.2.1938 mit Abschrift Schrb. REM v. 4.2.1938 an Rektor.

165 LASH Abt. 47, Nr. 1673, p. 10, Schrb. Bachmann an Rektor v. 21.2.1938.

166 Uhlig, S. 129 f., Henneberg arbeitete nach dem Krieg am Robert-Koch-Institut (RKI) in Berlin, habilitierte sich 1950 an der FU Berlin und wurde Abteilungsleiter im RKI, arbeitete dann im Bundesgesundheitsamt, zuletzt als dessen Präsident.

167 LASH Abt. 47, Nr. 3153, Schrb. des komm. Leiters des Hygiene Instituts Klose an den Kurator der Universität v. 1.12.1945.

zunächst kommissarisch, dann endgültig besetzt.<sup>168</sup> Seine Bemühungen, in das Amt zurückzukehren, scheiterten.<sup>169</sup>

## 4.5 Zwangssterilisation durch Kieler Hochschulmediziner

### 4.5.1 Die Diskussion um die Sterilisation »Minderwertiger«

Wenige Jahre vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges gab es in Deutschland eine zunehmend intensiver werdende Diskussion über die Ursachen der ständigen Abnahme der Geburtenzahlen. Als Gründe wurden die »um sich greifende materialistische Lebensauffassung und die Rationalisierung des Sexuallebens« sowie die Verbreitung und Anpreisung empfängnisverhütender Mittel festgestellt.<sup>170</sup> Die politische Diskussion über die Bevölkerungsfrage bewegte sich in den Folgejahren zwischen zwei Extremen. Auf der einen Seite sollten steigende Geburtenzahlen um jeden Preis gefördert werden (vertreten durch die 1915 gegründete »Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungspolitik«), auf der anderen Seite wurde die Wahrung und Mehrung der »wertvollen« Erbanlagen als oberste Aufgabe gesehen (vertreten durch die Rassenhygieniker mit ihrer »Gesellschaft für Rassenhygiene« u. a.). Es ging also im Kern um die Grundsatzdiskussion zwischen quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik.<sup>171</sup> Das Nahziel der Rassenhygieniker, der vom deutschen Reichstag und der Ministerialbürokratie getragenen quantitativen Bevölkerungspolitik eine rassenhygienisch-qualitative Politik zur Seite zu stellen, wurde bis zum Kriegsende 1918 aus leicht nachvollziehbaren Gründen nicht erreicht. Es waren hohe Geburtenzahlen erforderlich, um die hohen kriegsbedingten Verluste mittelfristig auszugleichen.<sup>172</sup> Der 1923 gegründete, zunächst an einer quantitativen Bevölkerungspolitik orientierte »Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie e. V.« näherte sich Anfang der dreißiger Jahre den Ras-

168 Wolf, Hygiene, S. 106.

169 Ebd.: Er betrieb später in Kiel ein privates medizinisch-diagnostisches Institut. 1954 wurde er entpflichtet. Von seinem Nachfolger in zweiter Generation, Dekan Prof. Dr. Horst Gärtner, wurde er zu seinem 70. Geburtstag am 9.9.1960 in einer Feier mit Glückwünschen der Fakultät bedacht. Am 18.4.1976 starb er in Traunstein.

170 Ministerium des Inneren (Bearb.): Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückganges und die dagegen vorgeschlagenen Maßnahmen, Berlin 1915, S. 11, 36, 52, zit. n. Weingart, S. 217.

171 Weingart, S. 223.

172 Vgl. Weingart, S. 229 f.

senhygienikern mehr und mehr an. Die wirtschaftliche Not der Weltwirtschaftskrise hatte zu einer zunehmenden Entsolidarisierung der »Kinderreichen« untereinander geführt. Die Ausgrenzung der »Untüchtigen« begann dadurch schärfere Konturen anzunehmen und ließ selbst ein Sterilisierungsgesetz möglich erscheinen.<sup>173</sup> Die »Kinderreichen« waren bereit, »allen Sicherungen zuzustimmen, die den Zweck haben, minderwertige Elemente nicht auf Kosten der lebenswichtigen Familien überwuchern zu lassen«. <sup>174</sup> Mit der Hinwendung des mitgliederstarken Reichsbundes zur positiven Eugenik erhielt die Frage der Bevölkerungspolitik einen neuen Stellenwert, wobei die mit den Maßnahmen, wie z. B. einer obligatorischen Eheberatung, verbundenen Kosten in der damaligen prekären Lage den ohnehin unzureichend ausgestatteten Sozialetat bei weitem überforderten. Für die Lösung der sozialen Probleme bot sich nun die Rassenhygiene mit dem »Ehegesundheitszeugnis« und der »Sterilisierung aus eugenischer Indikation« an.<sup>175</sup> Der nächste Schritt war ein Initiativantrag zu eugenischen Maßnahmen im Oktober 1931 vor dem Gemeindeausschuss der preußischen Staatsverwaltung, in dem die Kostenargumente politisch aufgenommen wurden. Noch vor der Zeit des Nationalsozialismus erfolgten die weiteren Vorgaben im Preußischen Staatsrat anhand einer im Januar 1932 erarbeiteten Stellungnahme zur Eugenik mit der Maßgabe, dass »mit möglichster Beschleunigung die [...] für die Pflege und Förderung der geistig und körperlich Minderwertigen anzuwendenden Kosten auf dasjenige Maß herabgesenkt werden, das von einem völlig verarmten Volk noch getragen werden kann.«<sup>176</sup> Humanitäre Aspekte waren gegenüber ökonomischen Überlegungen völlig in den Hintergrund getreten. Der Preußische Landesgesundheitsbeirat stellte am 2. Juli 1932 für die Verwaltung die Weichen für eine rassenhygienische Sozial- und Bevölkerungspolitik. Es wurde gefordert: »Die zwingende Notwendigkeit, alle öffentlichen Ausgaben auf das äußerste einzuschränken, läßt nun die Frage aufkommen, ob es nicht durch geeignete eugenische Maßnahmen möglich wäre, die ins Unermeßliche gestie-

173 Vgl. ebd., S. 236.

174 Engelsmann, Robert: Der »Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie e. V.«, in: Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde 2 (1932), S. 107–114, hier S. 112, zit. nach Weingart, S. 236.

175 Weingart, S. 237.

176 Harmen, Hans: Verminderung der Kosten für die geistig und körperlich Minderwertigen, Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde 3 (1933), S. 58–65, hier S. 58, 62. zit. n. Weingart, S. 266.

genen und nicht mehr aufzubringenden Wohlfahrtslasten zu verringern.«<sup>177</sup> Dies alles geschah im sozialdemokratisch regierten Preußen noch vor dem »Preußenschlag« des Reichskanzlers von Papen am 20. Juli 1932, mit dem die sozialdemokratische Regierung des Landes Preußen durch einen Reichskommissar der rechtskonservativen Reichsregierung ersetzt wurde.

In der preußischen Provinz Schleswig-Holstein war die Diskussion um die Bevölkerungspolitik aufmerksam verfolgt worden. Besonders die Kieler Stadtmedizinalräte, Kreisarzt Robert Engelsmann und der Leiter des Kieler Gesundheitsamtes Franz Klose wie auch Vertreter der Kieler Medizinischen Fakultät brachten sich bereits verschiedentlich in die Diskussion ein. Strittig blieb eigentlich bei ansonsten weitgehendem Konsens die Frage, ob eine Sterilisation »Minderwertiger« nur auf freiwilliger Basis oder auch unter Anwendung von staatlichem Zwang erfolgen sollte. Vereinzelt gab es Stimmen, die anzweifeln, dass der Stand der Wissenschaft schon ausreichte, um derart weitgehend in die Persönlichkeit eingreifende Maßnahmen, wie Sterilisationen, mit gutem Gewissen vornehmen zu können.<sup>178</sup> Im Kieler Ärzteverein war am 10. Februar 1933 die Vorlage des Landesgesundheitsbeirates beraten und ein Änderungsvorschlag von Engelsmann angenommen worden, mit dem abweichend vom Entwurf des Landesgesundheitsbeirates die Zwangssterilisation gefordert und ein »Schutzgesetz für die erbgesunden, geordneten Familien [...]« vorgeschlagen wurde.<sup>179</sup>

Die Versammlung der Ärztekammer tagte am 8. März 1933 zum letzten Mal als frei gewähltes Organ der schleswig-holsteinischen Ärzteschaft. Eines der Themen war eine Stellungnahme zu der Frage »Eugenik im Dienste des Volkswohls«. Die Vertreter der Medizinischen Fakultät Stertz, Schittenhelm und Anschütz nahmen als Gäste an der Sitzung teil. Ihr Fakultätskollege Robert Schröder bedurfte keiner besonderen Einladung, da er gewähltes Mitglied der Ärztekammer-Versammlung war. Die Einführung in das Thema erfolgte durch den Präsidenten der Ärztekammer, Sanitätsrat Dr. Hans

177 Landesgesundheitsrat Preußen (Hg.): Die Eugenik im Dienste der Volkswohlfahrt. Bericht über die Verhandlungen eines zusammengesetzten Ausschusses des Preußischen Landgesundheitsrats vom 2. Juli 1932 (= Veröffentlichungen aus dem Gebiet der Medizinalverwaltung Bd. 38, H. 5), Berlin 1932, S. 634 f., zit. n. Weingart S. 273.

178 Vgl. Ratschko, Karl-Werner: Der Schwachsinn überhaupt (muß) ausgemerzt werden. Die Rolle schleswig-holsteinischer Ärzte bei der Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 63 (2010), H. 12, S. 59–64.

179 Schirren, Carl Georg: Hundert Jahre Kieler Ärzteverein, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 11 (1958), H. 1, S. 5–13, hier S. 9. Lubinus, Johann/Schirren, Carl: Bericht über die Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Schleswig-Holstein am 8. März 1933 in Kiel, Hansa-Hotel, in: Mitteilungen für den Verein Schleswig-Holsteinischer Ärzte 42 (1933), H. 4, S. 83.

Lubinus aus Kiel. Er wies auf den Geburtenrückgang in Deutschland hin, der sich »fast allein auf den erbgesunden Teil der Bevölkerung [erstreckt]« und führte dann weiter aus: »Der erbkrankte Teil setzt ungehemmt seinem Triebleben folgend Kinder in die Welt, die in erheblicher Zahl geistig und körperlich minderwertig, fortzeugend die Zahl der Erbkranken vermehren. [...] Die schwere Notlage, in der sich unser Vaterland nach dem Weltkrieg befindet, macht die Belastung umso untragbarer, als wir kaum imstande sind, das Millionenheer gesunder Erwerbsloser kümmerlich mit Wohnung, Kleidung und Nahrung zu versorgen.« Es folgten Ausführungen von Stertz, denen Lubinus inhaltlich beipflichtete. Lubinus ging dann besonders auf die Empfehlung des Preußischen Landesgesundheitsbeirates ein, mit geeigneten eugenischen Maßnahmen die ins Unermessliche gestiegenen und nicht mehr aufzubringenden Wohlfahrtslasten zu verringern. Wörtlich sagt er: »Im preußischen Staatsrat ist dieser Punkt bereits beraten. Es ist eine ganze Reihe von Möglichkeiten entworfen, wie dieser ungünstigen Entwicklung entgegenzuarbeiten ist. Es kommt eine gewisse Sparsamkeit der Fürsorge in Betracht.« In der sich anschließenden Diskussion ging es im Wesentlichen um die Möglichkeit einer Zwangssterilisation. Schröder, der wenig später (am 1. Mai 1933) der NSDAP beitrug, sprach sich gegen sie aus und sah gute Chancen, »die Leute zu überreden«. Stertz, der 1937 wegen seiner Verheiratung mit einer »nichtarischen« Ehefrau gegen seinen Willen in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde,<sup>180</sup> stimmte ihm zu, während Stadtmedizinalrat Klose für eine Zwangssterilisation plädierte, Anschütz folgte Klose inhaltlich. Der Antrag des Kieler Ärztevereins wurde angenommen, die Ärztekammer-Versammlung folgte dem Ärzteverein in der Forderung nach Verankerung der Zwangssterilisation in dem Entwurf des preußischen Sterilisationsgesetzes.<sup>181</sup>

Klose hatte in der Zeit von 1929 bis 1932, vor dem Erlass des GzVeN bereits 21 Sterilisierungen mit Einwilligung der Frauen in der Universitätsfrauenklinik Kiel durch Schröder vornehmen lassen, offenbar ohne dass dieser in der Illegalität des Vorgehens ein Problem gesehen hatte.<sup>182</sup> Die Indikationsstellung erfolgte nicht nur nach ärztlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus der Sicht des Sozial- und Rassenhygienikers. Bei den Frauen soll es sich um »dem Pflegeamt oder dem Jugendamt als asoziale Ele-

180 BAArch R4901/13277. In seinem Personalblatt gibt Stertz für die Mutter seiner Frau »nichtarisch«, für den Vater »arisch« an.

181 Lubinus/Schirren, S. 84; vgl. Ratschko, Zwangssterilisation, S. 64–69.

182 Vgl. Lenz, Fritz: Die Sterilisierungsfrage im Strafrechtsausschuß des Reichstages, in: ARGB 26 (1932), S. 230. Hellweg, Albert: Die Rechtslage bei der Unfruchtbarmachung durch den Arzt nach heutigem Recht, in: DÄ (1934), S. 143–145, hier S. 144.

mente« bekannt gewordenen Personen gehandelt haben, »die, unfähig für ihre Kinder zu sorgen, immer neue Kinder zu Lasten der Allgemeinheit in die Welt setzten«. <sup>183</sup>

An der Diskussion um die Zwangssterilisation hatte sich auch der noch außerhalb Schleswig-Holsteins befindliche Pathologe und Rassenhygieniker Martin Staemmler beteiligt, der zum 1. Mai 1934 auf den Lehrstuhl von Jores berufen werden sollte. Schon 1931 stellte er auf einer Gautagung des NSDÄB in dem Referat »Rassenhygiene im Dritten Reich« die Forderung auf: »Menschen mit schweren Erbkrankheiten sind zu sterilisieren.« <sup>184</sup> Nach der Einführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zeigte sich Staemmler enttäuscht, »daß nicht auch das Gewohnheitsverbrechertum mit erfaßt und durch Sterilisierung aus der Fortpflanzung ausgeschaltet worden war. [...] Denn wenn es Geistesschwäche [...] gab, so mußte doch erst recht eine Indikation vorhanden sein, gegen Mängel des Charakters in gleicher Weise vorzugehen [...]«. <sup>185</sup> Besonderes Interesse verdient in diesem Zusammenhang Staemmlers ahistorische Darstellung der Entwicklung von »Eugenik« und »Rassenhygiene«: Staemmler zufolge war es die »Eugenik«, die sich im Sinne eines »Umschwungs« von der traditionellen »Wissenschaft« der »Rassenhygiene« oder »Rassenpflege« abspaltete, indem sie die vermeintlich allgemein anerkannte Lehre von der Ungleichwertigkeit der »Rassen« ablehnte. Tatsächlich aber war es nicht die Lehre von der Ungleichwertigkeit der »Rassen«, sondern, wie oben bereits dargestellt, die Vorstellung von der Notwendigkeit, Erbkrankheiten auch durch Sterilisationsmaßnahmen zu verhindern, die in der Gesellschaft der Weimarer Republik zu Beginn der 1930er Jahre weitgehend auf Akzeptanz gestoßen war. <sup>186</sup> In der der Zeitschrift »Eugenik, Erblehre, Erbkunde«

183 Diese erstaunliche Tatsache wurde in einem Beitrag der Tochter Klosers, Felicitas Klose, 1940 in einer renommierten Zeitschrift veröffentlicht. Klose, Felicitas: Nachuntersuchung des Schicksals der in den Jahren 1934 bis 1937 in dem Stadtkreis Kiel auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sterilisierten Frauen unter der Berücksichtigung der Frage nach der Notwendigkeit einer nachgehenden Fürsorge, in: Der Öffentliche Gesundheitsdienst. Teilausgabe A 6 (1940/41), S. 294–305, S. 325–333, hier S. 295.

184 Hager, Fridhjo: Der gegenwärtige Stand der Frage der Sterilisierung Minderwertiger in Deutschland, Bochum 1934.

185 Staemmler, Rassenpflege, S. 188 f.

186 Vgl. hierzu z. B. Schmuhl, S. 99–105, der auf Seite 104 feststellt: »Zu Beginn des Jahres 1933 stand fest, daß die rassenhygienisch indizierte Sterilisierung legalisiert werden würde. Umstritten war lediglich, ob Unfruchtbarmachung auch unter Zwang durchgeführt werden sollte.«

sprach sich Staemmler 1933 dafür aus, dass auch rückfällige Verbrecher aus eugenischen Gründen zu sterilisieren seien.<sup>187</sup>

#### 4.5.2 Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN)

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde am 14. Juli 1933 erlassen.<sup>188</sup> Es sah vor, dass Personen, bei denen nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein würde, dass ihre Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden würden, sterilisiert werden können. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes wurden fünf psychiatrisch-neurologische Krankheitsbilder, nämlich angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz, sowie drei körperliche Behinderungen, nämlich erbliche Blindheit, erbliche Taubheit und schwere erbliche körperliche Missbildung angesehen. Weiterhin sollte eine Person sterilisiert werden können, die an schwerem Alkoholismus litt. Antragsberechtigt sollte derjenige, der unfruchtbar gemacht werden sollte bzw. in gegebenen Fällen der gesetzliche Vertreter, aber auch der beamtete Arzt und der Anstaltsleiter sein, wenn die in Frage kommende Person Insasse einer Kranken-, Heil-, Pflege- oder Strafanstalt war. Entschieden wurde der Antrag von einem bei einem Amtsgericht angesiedelten Erbgesundheitsgericht, besetzt mit dem Amtsrichter als Vorsitzendem, einem beamteten Arzt und einem weiteren mit der Erbgesundheitslehre besonders vertrauten Arzt. Das Verfahren entsprach im Wesentlichen den Vorschriften der damaligen freiwilligen Gerichtsbarkeit, als Beschwerdeinstanz war für Schleswig-Holstein ein Erbgesundheitsobergericht in Kiel vorgesehen, dessen Besetzung mit einem Richter und zwei Ärzten dem der Erbgesundheitsgerichte entsprach. Das Verfahren vor dem Erbgesundheitsgericht war nicht öffentlich, die als Zeugen oder Sachverständigen geladenen Ärzte waren ohne Rücksicht auf ihre Schweigepflicht zur Aussage verpflichtet. In § 12 waren die Grundlagen für die Ausübung von Zwang festgelegt: »Hat das Gericht die Unfruchtbarmachung endgültig beschlossen, so ist sie auch gegen den Willen des Unfruchtbarzumachenden auszuführen, sofern nicht dieser allein den Antrag gestellt hat. Der beamtete Arzt hat bei der Polizeibehörde die erforderlichen Maßnahmen zu beantragen. Soweit andere Maßnahmen nicht ausreichen, ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig.« Das GzVeN schloss Personen als Richter oder ärztliche Beisitzer in dem Erbgesundheitsverfahren aus, wenn

187 Staemmler, Martin: Die Sterilisierung Minderwertiger vom Standpunkt des Nationalsozialismus, in: Eugenik, Erblehre, Erbkunde (1933) H. 3, S. 97–110, hier S. 109.

188 RGBl 1933, I, S. 529, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses v. 14.7.1933.

sie in einer früheren Phase des Verfahrens bereits beteiligt gewesen waren. So war z. B. ein beamteter Arzt, der den Antrag gestellt hatte, von der Mitwirkung an der Entscheidung ausgeschlossen. Der Eingriff durfte auch nicht von einem Arzt vorgenommen werden, der den Antrag gestellt oder in dem Verfahren als Beisitzer mitgewirkt hatte.<sup>189</sup>

Erweckt das Gesetz oberflächlich betrachtet noch den Eindruck, dass auch die Betroffenen noch über einige Rechte, wie z. B. das Recht zur Antragstellung oder das Widerspruchsrecht, verfügten und dass ein geordnetes Gerichtsverfahren möglich sein könnte, sieht das im Lichte der Ausführungsverordnung zum GzVeN vom 5. Dezember 1933 schon deutlich anders aus: Den Ärzten wurde zur Pflicht gemacht, erbkrank oder an schwerem Alkoholismus leidende Personen bei Androhung einer Geldstrafe im Unterlassungsfall beim zuständigen Amtsarzt zu melden. War der Eingriff nach Ablauf einer Frist von zwei Wochen nach der Entscheidung nicht erfolgt, so sollte die betroffene Person mit Hilfe der Polizeibehörde, nötigenfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwanges, vorgeführt werden. Mit der Ausführungsbestimmung wurde der Anschein einer gewissen Freiwilligkeit, den das Gesetz noch auf den ersten Blick vermittelte, aufgehoben. In Artikel 3 Absatz 4 der Ausführungsbestimmungen hieß es: »Hält der beamtete Arzt die Unfruchtbarmachung für geboten, so soll er dahin wirken, daß der Unfruchtbarzumachende selbst oder sein gesetzlicher Vertreter einen Antrag stellt. Unterbleibt dies, so hat er selbst den Antrag zu stellen.«<sup>190</sup> Das hieß im Klartext: Ließ sich der vom Amtsarzt als erbkrank Erkannte nicht zum Antrag auf Sterilisation überreden, so stellte der Amtsarzt den Antrag. Die 3. Verordnung zur Durchführung der GzVeN vom 25. Februar 1935<sup>191</sup> stellte den Einfluss der nationalsozialistischen Administration auf die Auswahl der Beisitzer der Erbgesundheitsgerichte sicher. Die Ärzte durften nur noch auf Vorschlag der höheren Verwaltungsbehörden berufen werden.

Der maßgebliche Initiator des Gesetzes war der Leiter der Gesundheitsabteilung des Reichsinnenministeriums Arthur Gütt, der auch zeitnah zur Veröffentlichung des Gesetzes eine Kommentierung im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichte. Gütt machte den Ärzten deutlich, dass der Staat den Ärzten das Recht der Entscheidung über wertvoll oder minderwertig zuerkennt. Er gab bereits in diesem frühen Stadium Maßstäbe vor: »Da wir als Ärzte wissen, daß die leichten Formen erbbiologisch genauso gefährlich in dem Ausmaß der Vererbung sind wie die schwereren Fälle, wird man den

189 Vgl. RGBl 1933, I, S. 529, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, 14.7.1933.

190 RGBl 1933, I, S. 1021, Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, 5.12.1933.

191 RGBl. 1935, I, S. 289.

Rahmen der zu erfassenden Personen nicht zu eng zu ziehen haben, besonders, wenn ethische und moralische Minderwertigkeit hinzukommen.«<sup>192</sup> Gütt lieferte mit diesen Worten die Rechtfertigung einer Hetzjagd nicht nur auf Menschen mit psychiatrischen Auffälligkeiten, sondern auch auf Andersdenkende.

#### 4.5.3 Auswirkungen des GzVeN auf die Medizinische Fakultät Kiel

Besonders die Lehrstuhlinhaber und ihre Oberärzte bzw. Oberassistenten, aber auch die Assistenten der Medizinischen Fakultät Kiel, waren in die Durchführung des GzVeN an vielen Stellen einbezogen. Für alle Ärzte galt die Pflicht zur unverzüglichen Anzeige von Patienten mit »Erbkrankheiten« oder schwerem Alkoholismus. Die Ärzte waren in die Erstellung von Gutachten für die Erbgesundheitsgerichte eingebunden, einige von ihnen waren als beamtete oder mit Erbgesundheitslehre besonders vertraute Ärzte an der Besetzung des Erbgesundheitsgerichtes und -obergerichtes Kiel beteiligt. Die Ärzte der Nervenlinik hatten aufgrund der Art ihrer Patienten die größte Anzahl der Meldungen von Erbkranken an den zuständigen Amtsarzt vorzunehmen,<sup>193</sup> die Ärzte der Chirurgie und Frauenklinik führten einen Teil der von den Erbgesundheitsgerichten angeordneten Sterilisationen durch.

Die Universitätsnervenlinik war besonders gefordert bei der Anzeige der Patienten mit »Erbkrankheiten« und bei der Erstellung von Gutachten. Einem Begleitschreiben des Kreisarztes für den Stadtkreis Kiel, Dr. Engelsmann, an den Vorsitzenden des Erbgesundheitsgerichtes Kiel, Dr. Franzen, vom 19. Februar 1934 zu 32 Anträgen auf Sterilisierung, das hier beispielhaft genannt werden soll, ist folgende Aufteilung zu entnehmen: elf Fälle von erblicher Fallsucht, fünf Fälle von Schizophrenie, zehn Fälle von angeborenem Schwachsinn, fünf Fälle von schwerem Alkoholismus sowie ein Fall von schwerem Alkoholismus verbunden mit schwerer körperlicher Missbildung. Nur sieben der Anträge waren zum Zeitpunkt der Übergabe an das Erbgesundheitsgericht freiwillig, weitere 42 von der Nervenlinik bereits gemeldete Fälle wurden angekündigt.<sup>194</sup> Bei Patienten mit psychiatrischen Erkrankungen wurden regelmäßig Gutachten von

192 Gütt, Arthur: Der deutsche Arzt und das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: DÄ 63 (1933), S. 163–164.

193 Siebke, Harald/Hinrichsen, Fritz: Bericht über die 7. Sitzung der Medizinischen Gesellschaft Kiel am 10.1.1935, in: Ärzteblatt für Hamburg und Schleswig-Holstein (1935), H. 1, S. 50, H. 2, S. 63.

194 LASH Abt. 355, Nr. 2418, Generalakten Erbgesundheitsgericht 1934, p. 16, Schrb. v. 19.2.1934.

der Universitätsnervenklinik eingeholt. Zusätzlich wurde die Krankenakte erbeten.<sup>195</sup> Die Belastungen der Ärzte der Nervenklinik, aber auch der ehrenamtlich tätigen Beisitzer, waren erheblich. Die Statistik des Erbgesundheitsgerichtes Kiel (drei weitere gab es für Schleswig-Holstein in Lübeck, Flensburg und Altona)<sup>196</sup> für 1934 berichtete von insgesamt 908 Anträgen, davon 426 Männern und 482 Frauen, abgelehnt wurden 27, eine sonstige Erledigung ergab sich bei 13 Fällen. Für 758 Personen, 353 Männern und 405 Frauen, wurde eine Sterilisierung angeordnet, die fehlende Zahl ist nicht erklärt, es dürfte sich um schwebende Verfahren handeln.<sup>197</sup> Für die ca. 1.000 Anträge, die vom 1. März 1934 bis zum 14. März 1935 verhandelt wurden, wurden 45 Sitzungen des Erbgesundheitsgerichtes benötigt, d. h. pro Sitzung wurden ca. 20 Anträge entschieden.<sup>198</sup> Für 1935 berichtete der Vorsitzende des Erbgesundheitsgerichtes Kiel an den Kieler Landgerichtspräsidenten, dass bis zum Zeitpunkt seines Schreibens, dem 14. November 1935, 892 Anträge gestellt und 572 Beschlüsse gefasst worden waren. In 45 Fällen kam es zu Beschwerden beim Erbgesundheitsobergericht, 28 wurden zurückgewiesen, 5 abgeändert, 12 waren noch schwebend.<sup>199</sup>

Die Beteiligung der Mitglieder der Kieler Medizinischen Fakultät als Beisitzer in den Erbgesundheitsgerichten hielt sich in engen Grenzen. Im Erbgesundheitsgericht Kiel waren es bei Aufnahme der Tätigkeit Anfang 1934 der Gerichtsmediziner Ernst Ziemke als »beamteter Arzt«,<sup>200</sup> Löffler als nichtbeamteter Arzt, im Erbgesundheitsobergericht Kiel waren Aichel und Stertz beamtete Beisitzer. Mit seiner Berufung nach Königsberg schied Löffler Anfang November 1934 aus. Oberarzt Ernst Braun aus der Universitätsnervenklinik und wenig später der 1. Assistent Robert Herbst aus der Medizinischen Klinik wurden Beisitzer im Erbgesundheitsobergericht, Georg Stertz wurde nicht wieder berufen.<sup>201</sup> Im April 1935 trat Ferdinand Wiethold an die Stelle Ziemkes.

195 LASH Abt. 355, Nr. 2427, Generalakten Beisitzer, p. 9.

196 Nach dem 1937 in Kraft getretenen Groß-Hamburg-Gesetz wurde Altona Stadtteil von Hamburg. An die Stelle des Erbgesundheitsgerichtes Altona trat in Schleswig-Holstein das Erbgesundheitsgericht Itzehoe.

197 LASH Abt. 355, Nr. 2418, Generalakten Erbgesundheitsgericht 1934, p. 171.

198 LASH Abt. 355, Nr. 2427, Generalakten Beisitzer, p. 24, Schrb. Stadtmedizinalrat Klose an Landgerichtspräsidenten v. 14.3.1935.

199 Ebd., Generalakten Beisitzer, p. 41.

200 Ziemke war auch bis zu seiner Emeritierung beamteter Beisitzer im Erbgesundheitsgericht Flensburg.

201 LASH Abt. 355, Nr. 2427, Schrb. des Oberlandesgerichtspräsidenten an den Landgerichtspräsidenten v. 5.11.1935. Siehe auch: LASH Abt. 47, Nr. 1638, p. 114f., Schrb. Löhner an Rektor v. 11.5.1937.

Ab Herbst 1936 gab es nur noch drei Angehörige der Fakultät (Wiethold, Herbst und Braun) in der Kieler Erbgesundheitsgerichtsbarkeit: Herbst und Braun schieden 1937 aus, Bachmann kam 1938 dazu.<sup>202</sup> Die Bedeutung des GzVeN schwand mit Beginn des Krieges, die Erbgesundheitsgerichte blieben bestehen und arbeiteten in vermindertem Umfang weiter. Wiethold schied 1941 wegen seiner Berufung nach Frankfurt am Main aus, an seine Stelle trat auf eigenen Wunsch sein Nachfolger als Direktor des Gerichtsmedizinischen Instituts Wilhelm Hallermann.

Die Dozenten der Fakultät befassten sich je nach Fach, Neigung und ideologischer Überzeugung mit der Rassenhygiene, der Zwangssterilisation, der erforderlichen Diagnostik und Überlegungen und werteten die Folgen und Ergebnisse des GzVeN in der Regel durch Doktorarbeiten aus. Grundlage ihrer Tätigkeit war neben der häufig positiven Einstellung zu den Zwangssterilisationen ein ihnen plausibel erscheinendes Gesetz, das GzVeN, das vermeintlich klare, für einen Arzt möglicherweise rechtlich verständliche und bei Nationalsozialisten und mit ihnen in dieser Frage sympathisierenden Hochschulärzten als notwendig angesehene Regelungen traf. Eine kritische rechtliche Bewertung des Gesetzes war von den Medizinhochschullehrern nicht zu erwarten. Zu erwarten wäre aber durchaus gewesen, dass bei den Medizinwissenschaftlern in Kiel ebenso wie z. B. bei Karl Saller in Göttingen Zweifel an der wissenschaftlichen Stichhaltigkeit der Vererbbarkeit bestimmter Krankheiten sowie rassenhygienischer begründeter Sozialdiagnosen auftraten.

Im Übrigen nahmen auch Dozenten der Medizinischen Fakultät Fortbildungsaufgaben für die Rassenhygiene wahr. Ein gut belegtes Beispiel mag ein Referat des Oberarztes der Universitätsnervenklinik Ernst Braun geben. In der Sitzung der Medizinischen Gesellschaft Kiel am 10. Januar 1935 sprach er Wünsche an, die sich »aus der rassenpflegerischen Arbeit des letzten Jahres ergeben haben«. Die psychischen und neurologischen Erbkrankheiten würden ihrer Zahl und Schwere nach weit im Vordergrund der negativen Rassepflegetmaßnahmen stehen. Er sagte: »Unter den 473 Fällen, die bisher durch Urteil des Kieler Erbgesundheitsgerichtes sterilisiert worden sind, waren nur drei Fälle von körperlichen Mißbildungen, alle übrigen fielen in das Gebiet des Psychiaters.« Er forderte, dass in Zukunft auch die erblichen Nervenkrankheiten sowie eine bestimmte Gruppe erblich belasteter, asozialer, willensschwacher und haltloser Psychopathen aufgenommen würden. Braun ging sogar noch ein ganzes Stück weiter. Er sprach das Problem der phänotypisch Gesunden, die Träger eines »kranken« Gens seien und dies »in den Erbgang weitergeben«, aber durch das Sterilisationsge-

202 LASH Abt. 355, Nr. 2427, Generalakten Beisitzer, passim.

setz nicht zu fassen seien, an. Da die phänotypisch Gesunden, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit erbkranker Nachwuchs zu erwarten sei, klinisch nicht zu erfassen seien, forderte er die erbbiologische Beschaffenheit der gesamten Stammes oder der Sippe festzustellen. Gewisse, besonders belastete Erbstämme, in denen rezessive Erbkleiden von besonderer Penetranz zu finden seien und in denen sich Erbkleiden verschiedener Art häuften, sollten insgesamt durch die Sterilisation unfruchtbar gemacht werden. Hier machte Braun dann allerdings doch noch Einschränkungen: So sollte die Sterilisation phänotypisch Nicht-Kranker zumindest zunächst auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen und nach Schaffung »unangreifbarer wissenschaftlicher Grundlagen« durch eingehende Erforschung der erblichen Beschaffenheit von Stämmen und Sippen könnte der Weg weiter ausgebaut werden. Widersprüche oder kritische Diskussionsbemerkungen sind dem Bericht über die Sitzung nicht zu entnehmen, auch nicht von dem Chef Brauns, Stertz, der in der gleichen Sitzung anwesend war und über das »Kapitel des sogenannten nervösen Tics« referierte. Sie waren aber wohl nun öffentlich auch nicht mehr zu erwarten, da selbst, wenn sie vorgekommen wären, der für die Berichterstattung des Ärzteblattes für Hamburg und Schleswig-Holstein verantwortliche Schriftleiter Dr. Fritz Hinrichsen aus Neumünster, ein treuer Adlatus des nationalsozialistischen Gesundheits-Kommissars für Schleswig-Holstein Dr. Hans Köhler, sie nicht veröffentlicht hätte.<sup>203</sup>

#### 4.5.4 (Zwangs-)Sterilisationen im Kieler Universitätsklinikum

Auf die im Jahre 1933/34 in der Verantwortung von Löffler (Korreferent: Aichel) entstandene Dissertation von Frithjof Hager mit dem Thema »Der gegenwärtige Stand der Frage der Sterilisierung Minderwertiger in Deutschland« ist bereits hingewiesen worden. Die in Anbetracht des Standes der medizinischen Forschung in der damaligen Zeit wissenschaftlich solide erstellte Arbeit, allerdings mit der bereits erwähnten Huldigung an die nationalsozialistische Rassenhygiene in der Präambel, setzt sich dann ohne weitere nationalsozialistische Propagandaphraseologie mit der Problematik der vermeintlichen Zunahme »minderwertigen Nachwuchses«, der Ausschaltung »minderwertigen Erbgutes« von der Fortpflanzung, dem infrage kommenden Personenkreis für eine Sterilisierung und dem Für und Wider der verschiedenen Methoden der Sterilisierung auseinander. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Lösung in der operativen Sterilisierung mit Einwilligung des Betreffenden oder seines gesetzlichen Vertreters

203 Siebke/Hinrichsen, S. 50, 63.

liegen könnte. Die Arbeit schließt mit den Sätzen: »Die Sterilisierung Minderwertiger ist nur eine der vielen Maßnahmen zur Aufartung des Menschengeschlechtes, über welche die Eugenik verfügt. In erster Linie hat sie positive Aufgaben zu erfüllen. Neben der Verhinderung der Fortpflanzung Minderwertiger muß sie für die Erhaltung der Familie aus wertvollen Erbstämmen in allen Volksschichten eintreten.«<sup>204</sup> Hier handelt es sich um Forderungen, die in Anbetracht der sich ursprünglich in fast allen Parteien zu findenden Furcht vor den hohen Kosten, die mit der drohenden Degeneration des Volkes verbunden schienen, durchaus zeitgemäß erscheinen. Würden die tragischen Folgen dieser rassenhygienischen Sicht uns nicht vor Augen stehen, könnten sie durchaus im Rahmen der Wissenschaft der damaligen Zeit akzeptiert werden. Unabhängig davon war schon diese Arbeit jedoch ein zwar kleiner, aber eben doch ein in der Verantwortung der Kieler Fakultät entstandener Mosaikstein zur Unterstützung der nationalsozialistischen Rassenideologie.

Die Sterilisationen erfolgten fast immer operativ. Die Schwere des Eingriffs unterschied sich bei Männern und Frauen erheblich. Während bei den Männern nur ein kleiner Eingriff, die Durchtrennung des Samenstranges nach einem (kleinen) Leistenchnitt, erforderlich war, erfolgte bei den Frauen eine Quetschung, Durchtrennung oder teilweise Resektion des Eileiters. Der dazu erforderliche operative Eingriff, bei dem der Zugang meist durch einen Bauchdeckenschnitt, über den Leistenkanal oder selten die Scheide erfolgte, war deutlich größer und beinhaltete nicht selten Risiken und unerwünschte Folgen. Für die Durchführung der Eingriffe hatte die Ärztekammer Schleswig-Holstein 1935 ein Verzeichnis von Krankenhäusern, die für Sterilisationen in Frage kamen, erstellt.<sup>205</sup> Folgende Zahlen geben ein Beispiel der Größenordnungen: Im Jahre 1937 wurden in Schleswig-Holstein 1193 Patienten, davon 613 Männer und 580 Frauen sterilisiert, 13 Prozent der Sterilisierungen,<sup>206</sup> also etwa 155, wurden in Kiel, davon 97 in der Universitätsfrauenklinik durchgeführt.<sup>207</sup> Ohne, dass es näher belegt werden kann, ist wegen der Art des Eingriffs aber auch der Besonderheit der oft psychisch kranken Patienten davon auszugehen, dass diese Eingriffe insgesamt überwiegend in den großen Kliniken vorgenommen wurden. Die kleinen Privatkliniken hatten in der Regel nicht die pflegerischen Möglichkeiten, um z. B. bei Erregheitszuständen

204 Hager, S. 31.

205 Heesch, S. 73. In Kiel waren neben den beiden Universitätskliniken das DRK-Anscharkrankenhaus sowie die Privatkliniken Dr. Lubinus (Chirurgie), Dr. Rehr (Chirurgie), Dr. Demme (Frauen), Dr. Koreuber (Frauen) und Dr. Robert (Frauen) vorgehen.

206 Ebd., S. 81.

207 Piechatzek.

von operierten Patienten während der Nacht die richtigen Maßnahmen durchzuführen.

Aus den genannten Zahlen lässt sich ableiten, dass bei der Durchführung der Sterilisationen von Frauen die Universitätsfrauenklinik im Kieler Raum dominierend war. In den Jahren von 1932 bis 1940 wurden in ihr zahlreiche Operationen zur Sterilisation durchgeführt. Eine Kieler medizinische Dissertation aus dem Jahre 2009 befasst sich mit der statistischen Auswertung der in der Universitätsfrauenklinik vorliegenden Krankenunterlagen von 536 sterilisierten Frauen zwischen 1932 und 1940 mit Schwerpunkt von 1934 bis 1938:<sup>208</sup> Das Durchschnittsalter der Patientinnen war knapp 26 Jahre, die jüngste war 11 und die älteste 48 Jahre alt.<sup>209</sup> Die häufigste Diagnose, die eine Sterilisation zur Folge hatte, war mit etwa 65 Prozent »angeborener Schwachsinn«, gefolgt von Schizophrenie mit 11,2 Prozent und »erblicher Fallsucht« mit 11 Prozent. Bei einer Frau erfolgte die Sterilisation wegen schwerem Alkoholismus. Knapp 9 Prozent der Sterilisationen erfolgten jedoch, ohne dass in den Unterlagen der Klinik hierfür eine dem GzVeN zuzuordnende Diagnose genannt wurde.<sup>210</sup> Insgesamt sieben Patientinnen wurden durch Röntgenstrahlen sterilisiert, möglicherweise sogar kastriert.<sup>211</sup> Die Operation dauerten durchschnittlich eine halbe Stunde,<sup>212</sup> am häufigsten operierten Oberarzt Kessler<sup>213</sup> (ca. 30 Prozent) und der Direktor der Klinik Schröder (ca. 20 Prozent) sowie die Assistenten Harms, Kirchhoff, Tietze (ca. jeweils knapp unter 10 Prozent). Der 1937 neu berufene Direktor der Frauenklinik Philipp führte nach Piechatzek bis 1940 lediglich sechs Sterilisationen durch.<sup>214</sup> Die Verweil-

208 Piechatzek, S. 27.

209 Ebd., S. 29.

210 Ebd., S. 39.

211 Ebd., S. 51. Durch eine Sterilisation wird ein Mensch fortpflanzungsunfähig, ohne dass die Produktion seiner Geschlechtshormone beeinflusst wird. Durch eine Kastration werden die Keimdrüsen entfernt oder zerstört. In diesem Falle tritt nicht nur Unfruchtbarkeit ein, sondern die aus den Keimdrüsen stammenden geschlechtsspezifischen Hormone wie Östrogene und Gestagene bei der Frau und Testosteron beim Mann können nicht mehr produziert werden. Hieraus resultieren erhebliche körperliche und psychische Veränderungen.

212 Ebd., S. 69.

213 Kessler war in der Interimszeit zwischen dem Ausscheiden von Schröder und der Einsetzung von Philipp ein knappes Jahr kommissarischer Direktor der Klinik.

214 Piechatzek, S. 63.

dauer belief sich durchschnittlich auf 14 Tage, das Maximum nach Komplikationen auf 66 Tage.<sup>215</sup> Operationsbedingte Todesfälle gab es zwei, vielleicht drei.<sup>216</sup>

Eine bereits im Jahre 1937 veröffentlichte Dissertation von Ursula Krause befasste sich mit den in den ersten beiden Jahren (1. April 1934 bis 1. April 1936) nach Inkrafttreten des GzVeN an der Universitätsfrauenklinik durchgeführten 315 Sterilisationen. Die prozentuale Häufigkeit der für die Sterilisationen maßgeblichen Diagnosen stimmt wie auch die Verweildauer in den Arbeiten von Piechatzek und Krause weitgehend überein, wenn sie auch wegen des unterschiedlichen Zeitraums nur grob vergleichbar ist. Krause legte in ihrer Arbeit den Schwerpunkt auf die Gefährdungen der Patientinnen durch die Operation, um zu verdeutlichen, dass diese nur selten und in geringem Umfange vorkamen. Dabei ging es um die Kontraindikationen zur Operation und die Komplikationen nach der Operation. Für Kiel galt für eugenische Operationen, dass die besten Operateure und die besten Operationsgelegenheiten Anwendung fanden, d. h. Operationen nur vom Chef der Klinik und von seinem Oberarzt ausgeführt werden sollten. Die Zahlen Krauses zeigen schwerwiegende Vorerkrankungen auf:<sup>217</sup> 5 Fälle von herabgesetztem Kräftezustand durch Anämie bzw. einem Geräusch über der Herzspitze, 3 Fälle von Herzanomalien, 2 Fälle von chronischer Bronchitis mit zum einen respiratorischer Arrhythmie, zum anderen schlechtem Ernährungszustand sowie 5 Fälle mit pathologischen Befunden am Ende einer Schwangerschaft hätten eine Sterilisationsoperation verboten. In allen Fällen wurden die Sterilisationen aber durchgeführt.<sup>218</sup> Operateure waren in dem Berichtszeitraum Krauses tatsächlich meist Schröder und Kessler. Die Assistenten Kirchoff, Tietze und Siebke waren jedoch auch, nicht ganz den vollmundigen Versprechungen Schröders entsprechend, mit etwa 25 Prozent an den 315 Operationen beteiligt. Eindrucksvoll ist Krauses Schilderung der Komplikationen bei Sterilisationen von 38 Patientinnen innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Geburt ihres Kindes. Bei 20 Patientinnen war der postoperative Heilverlauf gestört, einige Patientinnen konnten erst nach drei bis vier Wochen, die letzte der 38 wegen einer Nierenbeckenentzündung und einer akuten Gonorrhö erst am 73. Behandlungstag entlassen werden. Von der Gesamtgruppe der 315 sterilisierten Frauen mussten 32 in die Psychiatrie verlegt werden, einige mussten nach vollständiger Heilung der Operationswunden in Heil- und Pflegeanstalten gebracht werden, zwei

215 Ebd., S. 75.

216 Martha G. 22.2.1935, Hertha K. 5.5.1937 und eine 25jährige Patientin, die 1937 nach der OP in die Nervenklinik verlegt wurde (Akte UFK K 1174/37), vgl. Piechatzek, S. 77 f.

217 Krause, S. 17.

218 Ebd., S. 16.

davon nach 4 und 5 Monate dauernder Behandlung. Eine Patientin mit Lungeninfarkt konnte erst nach 135 Tagen aus dem Städtischen Krankenhaus Kiel entlassen werden. Sie hatte eine schwere Verkrümmung der Wirbelsäule, eine Kontraindikation, die zur damaligen Zeit eine Operation nur in drängender Lebensgefahr, die hier natürlich nicht vorlag, erlaubt hätte. Der in den Berichtszeitraum Krauses fallende, von Piechatzek geschilderte Todesfall der an Schizophrenie leidenden Martha G am 22. Februar 1934 in der Kieler Nervenlinik, 18 Tage nach der Sterilisation, wird von Krause nicht erwähnt. Todesfälle kommen bei ihr nicht vor.<sup>219</sup> Greggersen berichtet in seinem noch später näher zu erörterndem Beitrag von mehreren Fällen von schizophrenen Schüben im Anschluss an eine Sterilisierung, die wohl durch die Schwere der Operation bedingt waren.<sup>220</sup>

Von Felicitas Klose liegt uns eine Nachuntersuchung der in den Jahren 1934 bis 1937 in Kiel sterilisierten Frauen vor, die, obwohl sie mit einer sozialmedizinischen Zielrichtung erstellt wurde, ein ergänzendes Bild des Schicksals der Frauen erlaubt.<sup>221</sup> Klose konnte die Möglichkeit der bereits angesprochenen durch Stadtarzt Franz Klose veranlassten und Schröder durchgeführten illegalen Sterilisation von 21 Frauen vor 1933 nutzen, um die Nachuntersuchung auf Frauen auszudehnen, bei denen die Sterilisation schon 8–10 Jahre zurücklag. Schon die Wortwahl der Verfasserin im Jahre 1940 macht deutlich, dass die Begründungen der Akteure von der primär dem GzVeN zu entnehmenden rassenhygienischen Indikationen in sozialhygienische Indikationen abgeglitten waren. Es ging nicht mehr allein darum, die Weitergabe von Erbkrankheiten durch Sterilisierungen zu unterbinden, sondern durch die Diagnose »angeborener Schwachsinn« sozial unerwünschte Personengruppen daran zu hindern, Kinder zu bekommen. Klose schrieb zu den illegal sterilisierten 21 Frauen: »Bei allen diesen Frauen handelt es sich nämlich um solche, die schon längere Zeit der Geisteskrankenfürsorge, dem Pflegeamt und dem Jugendamt als asoziale Elemente bekannt geworden waren. Es waren Frauen, die unfähig für ihre Kinder zu sorgen, immer neue Kinder zu Lasten der Allgemeinheit in die Welt setzten [...].«<sup>222</sup> Es bleibt festzustellen: Franz Klose und Robert Schröder sterilisierten also schon vor dem GzVeN Frauen, die nicht

219 Piechatzek, S. 77.

220 Greggersen, Hans: Ergebnisse einer Nachuntersuchung über das Schicksal einer Reihe auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses unfruchtbar gemachter Männer(= Veröffentlichungen aus dem Gebiete des Volksgesundheitsdienstes, Bd. 51), Berlin 1938, S. 363–398, hier S. 391 f.

221 Klose, Felicitas, S. 294–305, S. 325–333.

222 Klose, Felicitas, S. 295 f.

einmal nach dem Wortlaut dieses Gesetzes und seiner Handhabung in der Anfangszeit nach dem Inkrafttreten zu jenen gehört hätten, die nach dem Willen des Gesetzgebers hätten sterilisiert werden sollen. Erschwerend kommt hinzu, dass sich unter den sterilisierten Frauen fünf befanden, bei denen die ohnehin ungesetzliche Sterilisation schon deswegen nicht hätte stattfinden dürfen, weil sich diese Frauen in ständiger Anstalts- bzw. Sicherheitsverwahrung befanden und gar keine Möglichkeit zu einer Schwangerschaft hatten. Felicitas Klose war der Auffassung, dass die (ungesetzliche [d. Verf.]) Sterilisation zu Recht erfolgt wäre, da eine Unterbringung der Frauen zum Zeitpunkt der Sterilisation mangels gesetzlicher Regelung noch nicht durchführbar gewesen wäre. Sie begründete das Tun ihres Vaters wie folgt: »In diesen fünf aufgeführten Fällen hat das weitere Schicksal der Probandinnen ergeben, daß seinerzeit die Sterilisation, obschon damals gesetzlich unzulässig, zu Recht erfolgte, wengleich heute die Gefahr der unerwünschten Schwängerung allein schon durch die angeordnete Verwahrung aufgehoben ist [...].«<sup>223</sup> Interessant sind noch einige weitere Ergebnisse der Nachuntersuchung bei 15 der 21 ungesetzlich sterilisierten Frauen: Elf Frauen lebten in geordneten Verhältnissen, acht von ihnen waren in der Lage, sich den Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu verdienen, einige von diesen konnten in Beschäftigungen mit höheren Anforderungen wechseln. Felicitas Klose geht im Einzelnen auf die körperlichen und seelischen Beschwerden der Frauen nach der Sterilisationsoperation ein. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass »eine objektiv faßbare, körperliche Schädigung nach der Operation bei keiner der vor 1933 sterilisierten Frauen, soweit sie nachuntersucht werden konnten, gefunden wurde.«<sup>224</sup> Ein Schicksal, das im Einzelnen mangels näherer Kenntnisse der Umstände nicht abschließend beurteilt werden kann, gibt einen Hinweis auf die schweren Folgen der Sterilisation für die weitere Lebensgestaltung der Sterilisierten. Eine der befragten Frauen sah sich nach der Sterilisation dadurch benachteiligt, dass sie nach der Einführung des Ehegesundheitsgesetzes vom 18. Oktober 1935 wesentlich verschlechterte Heiratsaussichten haben würde. Dies war sicher richtig und wurde auch durch Klose erkannt, die schrieb, dass die »die Probandin tatsächlich [beabsichtigte] zu heiraten, obwohl ihr in einer Besprechung in der Erb- und Rassenpflegeabteilung eröffnet worden war, daß sie mit einer Befürwortung ihres Antrages auf Befreiung

223 Ebd., S. 296 f.

224 Klose, Felicitas, S. 297–299. Die Bewertung von Frau Klose kann durchaus infrage gestellt werden, eine Befassung mit den dargestellten, teilweise wirklich nicht sehr gewichtigen Befindlichkeitsstörungen würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen.

vom Ehehindernis zwecks Verheiratung mit ihrem derzeitigen Verlobten von seiten des Amtsarztes nicht rechnen könne.«<sup>225</sup>

Im Hauptteil ihrer Arbeit untersucht Felicitas Klose 211 nach dem 1. März 1934 sterilisierte Frauen<sup>226</sup> in Bezug auf eine Reihe von Fragestellungen, von denen fünf aufgegriffen werden sollen: die Indikation zur Unfruchtbarkeitsmachung, die Einstellung der Frauen zur Sterilisation, die von den »Erbkranken« auf die Sterilisation zurückgeführte Nachteile, das körperliche Befinden und die Erkrankung nach der Operation, die Lebensgestaltung nach der Sterilisation, der Kinderwunsch und dessen Befürwortung. Bei knapp 78,2 Prozent war die Indikation zur Sterilisation »angeborener Schwachsinn« gefolgt von 9,8 Prozent »[e]rbliche Fallsucht« und 8 Prozent Schizophrenie. Die übrigen Indikationen kamen mit insgesamt 4 Prozent nur vereinzelt vor.<sup>227</sup> Die meisten Frauen standen der Sterilisation nach Klose gleichgültig gegenüber (knapp 40 Prozent), stimmten ihr zu (17,5 Prozent), waren »verständnisvoll« (13,3 Prozent) oder »noch ablehnend« (20,4 Prozent) bzw. »depressiv beeindruckt« (2,4 Prozent).<sup>228</sup> Als Folge der Operation wurde in knapp 20 Prozent über Menstruationsbeschwerden geklagt, selten über Kopf- und Narbenschmerzen. In etwa 10 Prozent kam es unter »[s]onstige Beschwerden« zu durchaus ernsthaften Erkrankungen wie Morbus Basedow, Tuberkulose, nervösen Störungen und allgemeiner Insuffizienz der endokrinen Drüsen, bei denen ein Bezug zur Sterilisation von Klose mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen wurde.<sup>229</sup> 37,4 Prozent der Frauen waren berufstätig und wirtschaftlich selbständig, 25,6 Prozent verheiratet.<sup>230</sup> Bei gut 40 Prozent der Frauen bestand ein Heiratswunsch. Nach den damals bestehenden Bestimmungen konnte eine Sterilisierte nur einen unfruchtbar gemachten oder sonst unfruchtbaren Mann heiraten. Die Heirat eines »fruchtbaren Mannes« bedurfte der Ausnahmegenehmigung durch das Reichsinnenministerium, die nur in eng begrenzten Ausnahmefällen gegeben wurde.<sup>231</sup> Bei drei von elf Frauen mit Kinderwunsch wurde die Übernahme des Sorgerechts für ein

225 Ebd., S. 297.

226 Die Sterilisierungen wurden bis auf ganz vereinzelte Ausnahmen in der Kieler UFK durch Schröder durchgeführt.

227 Klose, Felicitas, S. 299.

228 Ebd., S. 302. Keine Stellungnahme kam von 14 Frauen mit, so Klose »hochgradigem Schwachsinn, die völlig an ihrer Umgebung vorbeilebten.«

229 Ebd., S. 303 f.

230 Ebd., S. 325.

231 Ebd., S. 328.

Pflege- oder Adoptivkind befürwortet.<sup>232</sup> Es überrascht kaum, dass Felicitas Klose als Ergebnis der Arbeit zu dem Eindruck kommt, dass die unfruchtbar gemachten Erbkranken es »durchaus nicht als Belästigung oder Störung empfinden, sondern im Gegenteil, meist sehr dankbar vermerken, daß man sie nicht allein ihrem Schicksal überläßt, sondern daß man sie als vollwertige Menschen achte und bestrebt ist, ihnen so weit wie möglich durch nachgehende Fürsorge zu helfen.«<sup>233</sup> Es ist zu vermuten, dass dieser Satz nicht so zynisch gemeint war, wie er wohl heute empfunden wird.

Eine zu Vergleichszwecken hinzugezogene Dissertation aus der Universitätsfrauenklinik Heidelberg ist für die hier interessierenden Fragestellungen nur begrenzt ergiebig.<sup>234</sup> Erwähnenswert ist die hohe Zahl von sterilisierten Frauen mit Schizophrenie, die mit 127/291 (43,6 Prozent) und 120/291 (41,2 Prozent) bei »Schwachsinnigen« für die UFK Heidelberg völlig andere Verhältnisse als die Arbeiten von Piechatzek (1932–1940: Schizophrenie 11,2 Prozent, »Schwachsinn« 64,9 Prozent,) und Krause aufzeigen (1934–1936: Schizophrenie 10,2 Prozent, »Schwachsinn« 69 Prozent).<sup>235</sup> In der Universitätsfrauenklinik Freiburg waren die Indikationen bei den Frauen zu 52,2 Prozent »Schwachsinn«, zu 35,9 Prozent Schizophrenie, zu 5,8 Prozent Fallsucht und zu 3,8 Prozent manisch-depressives Irresein.<sup>236</sup> Solche großen Unterschiede lassen sich nicht allein durch regionale Besonderheiten erklären. Nach Erklärungen für die sich nur auf weniger als ein Drittel belaufenden Zahlen von sterilisierten Patienten mit der Indikation Schizophrenie müsste gesucht werden. Denkbar ist u. a., dass seitens der Kieler Nervenklinik weniger schizophrene Patientinnen gemeldet wurden.

Männer und Frauen wurden in etwa gleichem Umfange sterilisiert. Die einfachere Operation bei Männern führte zu weniger Kontraindikationen, Komplikationen und organischen Spätfolgen, so dass Arbeiten über die Ergebnisse dieser Sterilisationen in geringerer Zahl und später erschienen. Ein weiterer Grund mag sein, dass in der Chir-

232 Ebd., S. 329

233 Ebd., S. 332.

234 Neeff, Dora: Die bisherigen Erfahrungen über Eingriff und Verlauf der sterilisierenden Operationen bei der Frau (nach 280 Tubensterilisationen, die in Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorgenommen sind), Speyer 1935. Neeffs Doktorvater, der Ordinarius für Frauenheilkunde in Heidelberg, Runge, war übrigens Schüler von Schröder. Anders als Schröder bevorzugte Runge die schonendere Sterilisationsoperation nach Madlehner und Madlehner-Walhard (Quetschung der Eileiter mit daraus folgendem Verschluss), die aber nicht mit der gleichen Sicherheit zur Sterilisation der operierten Frauen führte.

235 Vgl. Gütt, Arthur/Rüdin, Ernst/Ruttke, Falk: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 nebst Ausführungsverordnungen, München 1936, S. 134.

236 Grün, S. 313–315.

urgischen Universitätsklinik bezogen auf die Gesamtzahl der in Kiel sterilisierten Männer deutlich weniger Operationen vorgenommen wurden und die Arbeit den Kieler Privatkliniken überlassen wurde. Daraus könnte sich auch ein geringes Interesse der Chirurgie unter Anschütz an wissenschaftlichen Auswertungen ergeben haben. Aus Kiel liegt nur eine Arbeit von Hans Greggersen aus dem Gesundheitsamt der Stadt Kiel über Ergebnisse von Nachuntersuchungen aus dem Jahre 1938 vor.

Greggersen stellt in seiner Arbeit die Ergebnisse einer Nachuntersuchung von 89 in Kiel sterilisierten Männern dar, die in der Zeit von Oktober 1936 bis Februar 1937 vom Kieler Gesundheitsamt aus einer Gesamtzahl von 290 erfasst werden konnten.<sup>237</sup> Greggersen befasst sich bei der nur noch etwa ein Drittel der Gesamtheit umfassenden Nachuntersuchungsgruppe mit den körperlichen Erscheinungen, den Einflüssen auf die Grundkrankheit und aufgetretenen Operationsversagern sowie der Einstellung der Patienten zur vollzogenen Sterilisation. Neben einigen auch im Zusammenhang mit anderen Operationen allgemein auftretenden körperlichen Erscheinungen klagten drei Operierte über starke Kopfschmerzen, fünf »Schwachsinnige«, davon drei verheiratet, klagten über schwer beherrschbare Reizbarkeit, bei vier Kranken wurde eine Besserung der seelischen Erkrankung, bei vier anderen eine beruhigende Wirkung durch die Sterilisation beobachtet.<sup>238</sup> Einschränkungen im Sexualleben ergaben sich nicht, Veränderungen wurden bei 19 Sterilisierten beobachtet, bei elf eine Steigerung, bei sieben eine Abnahme des Sexuallebens. Während Greggersen diese Veränderungen in seiner Kommentierung für sehr fraglich hält, scheint ihm der vollständige Fortfall von Libido und Potenz bei einem 38-jährigen schwachsinnigen Arbeiter durch die Operation bedingt zu sein.<sup>239</sup> Greggersen beschreibt die Einschränkungen, die durch das Erbgesundheitsgesetz vom 18. Oktober 1935<sup>240</sup> von den sterilisierten Patienten ertragen werden mussten. Sterilisierten Männern war untersagt, ein »fruchtbares Mädchen« zu heiraten. Hierin bestand für viele ein Anlass zu Minderwertigkeitsgefühlen. Sterilisierte durften nur eine Ehe mit einem unfruchtbaren Partner eingehen. Greggersen schilderte den Fall eines 22-jährigen Schizophrenen, der mit 17 Jahren im Anschluss an eine lang anhaltende körperliche Anstrengung einen ersten schizophrenen Schub bekommen hatte und seitdem in einem freien Intervall lebte. Er bestand sein Abitur,

237 Greggersen, S. 363–397.

238 Ebd., S. 384–388.

239 Ebd., S. 388 f.

240 Das Erbgesundheitsgesetz führte die Pflicht zu Vorlage von durch das Gesundheitsamt ausgestellten Ehefähigkeitszeugnissen ein und verbot Ehen mit Erbkranken, Entmündigten und Geistesgestörten sowie ansteckenden Kranken.

studierte und war ein gewandter Turner und Leichtathlet mit Erfolgen bei sportlichen Wettkämpfen. Seine Sterilisierung führte dazu, dass er bei der militärischen Musterung zurückgewiesen wurde.<sup>241</sup> Ein sterilisierter 28-jähriger Epileptiker mit vierteljährigen Anfällen durfte wegen seiner Grundkrankheit nicht im väterlichen Baugeschäft arbeiten, wegen seiner Sterilisation nicht das ihm schon lange bekannte Mädchen heiraten.<sup>242</sup> Nachteile bei der Zuweisung von Wohnungen und Kinderbeihilfen, wie auch Lohnausfall durch das Verfahren vor dem Erbgesundheitsgericht und den Aufenthalt in der Klinik stellten weitere von den sterilisierten Männern als diskriminierend empfundene Benachteiligungen dar.<sup>243</sup> Es gab aber auch Patienten, die die Sterilisation begrüßten, weil dadurch ein weiteres Anwachsen der Familie verhindert wurde. Auch versuchten einige Vorteile aus der Sterilisation zu ziehen, indem sie für Schädigungen durch die Operation Schadenersatz forderten.<sup>244</sup>

Wie immer die einzelnen von Greggersen erhobenen körperlichen und psychischen Folgen der Sterilisation zu bewerten sind, zweifelsfrei fügte der Zwangseingriff in die körperliche Unversehrtheit der Patienten den Betroffenen Schaden zu. Die Ärzte verließen, freiwillig oder unfreiwillig, die Grundsätze der »hippokratischen Medizin« und handelten gegen die Interessen ihrer Patienten zum vermeintlichen Vorteil der »Volksgemeinschaft«. Berechtigtes Misstrauen gegenüber den Festlegungen des Gesetzes, das bestimmte Krankheiten zu Erbkrankheiten erklärte, ohne dass dies, teilweise bis heute, erwiesen ist, wurde nicht artikuliert. Dies wiegt besonders schwer bei Hochschulmedizinerinnen, die gerade als Hochschullehrer die Pflicht gehabt hätten, ihren Studenten auf der Grundlage einer wissenschaftlich orientierten Ausbildung die Achtung vor dem menschlichen Leben nahe zu bringen.

#### 4.5.5 Kritische Abwägung und Bewertung

Die im vorigen Abschnitt genutzten Arbeiten bedürfen einer kritischen Abwägung und Bewertung. Die während der Zeit des Nationalsozialismus entstandenen Arbeiten von Krause, Greggersen und Felicitas Klose weisen eine erstaunliche Diskrepanz zwischen der Schilderung von Einzelschicksalen und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen auf. Überraschen kann dieser Sachverhalt aber nicht, denn es wäre dem beruflichen Fortkommen der drei Autoren sicher nicht zuträglich gewesen, wenn sie zu der aus

241 Greggersen, S. 373 f.

242 Ebd., S. 372 f.

243 Ebd., S. 375.

244 Ebd., S. 378 f.

heutiger Sicht mit Sicherheit, aber wahrscheinlich auch schon damals richtigen Auffassung gekommen wären, dass nicht wenigen Betroffenen durch die Operationen und die nachfolgende Zeit erheblicher körperlicher und seelischer Schaden zugefügt wurde. Die Arbeit von Piechatzek aus dem Jahre 2009 weist Einschränkungen in ihrer Aussagekraft im Hinblick auf die Vollständigkeit und die Ehrlichkeit der von ihr zugrunde gelegten Krankenakten auf.<sup>245</sup> Hier fehlt die Quellenkritik. Immerhin stimmen die Zahlen der zur Sterilisation führenden Indikationen in Anbetracht der Tatsache, dass jeweils unterschiedliche oder sich nur teilweise überschneidende Personengruppen herangezogen wurden, erstaunlich gut mit denen von Krause und Felicitas Klose überein. Allein Piechatzek hat die 2–3 Todesfälle bei den von ihr untersuchten Krankenakten von 536 Frauen festgestellt. Eine grobe Hochrechnung zeigt, dass diese Zahlen durchaus plausibel sind, wenn man sie mit anderen veröffentlichten Schätzungen vergleicht: Hochgerechnet auf bis 1939 etwa 150.000 sterilisierte Frauen würden sich daraus 600 bis 700 Todesopfer der GzVeN im Deutschen Reich ergeben. Nicht berücksichtigt sind die ca. 150.000 Männer, bei denen die Zahlen der Mortalität mit Sicherheit deutlich geringer ausfielen und die 60.000 weiteren Sterilisationen von Männern und Frauen während des Krieges.

Ein Kernproblem der gesamten Diskussion um die Sterilisierung der »Erbkranken« war, dass bei ideologiefreier Sichtweise kein Wissenschaftler in der Lage war, bei den meisten im GzVeN genannten Indikationen von einer sicheren Erbllichkeit zu sprechen. Auf den mutigen Beitrag von Aichels Schüler Karl Saller 1933 in der Klinischen Wochenschrift, der sich kritisch über Feststellungen von Lenz im 2. Band des »Baur-Fischer-Lenz« geäußert hatte, wurde bereits hingewiesen:<sup>246</sup> Der die Rassenhygiene im Prinzip durchaus befürwortende Anthropologe schrieb, dass praktisch tätige Ärzte den Lenzschen Ausführungen verständnislos gegenüberstünden, einige seiner Äußerungen seien Auswüchse der Erbllichkeits- und Bevölkerungslehre, die »keine sachliche Wissenschaft« mehr seien und über die Vererbung bestimmter Merkmale wie

245 Sie schreibt, dass Philipp nicht in der NSDAP gewesen sei (Piechatzek, S. 81). Dies trifft nicht zu. Philipp war seit dem 1.5.1933 Mitglied der NSDAP (Mitglieds-Nr. 2 596 034, LASH Abt. 47 Nr. 6906, Personalblatt Philipp). Philipp war in Kiel im Nationalsozialistischen Dozentenbund stellvertretender Gaudozentenführer sowie stellvertretender Ehrenrichter (Vorlesungsverzeichnis, SoSe 1944, S. 12–13) und letzter Dekan der Medizinischen Fakultät von 1943/44 bis zur Schließung der Universität im Mai 1945, also durchaus von einem gewissen Engagement für die Nationalsozialisten. Die Arbeiten von Ursula Krause, Felicitas Klose und Hans Greggersen bleiben in der Dissertation von Piechatzek unbeachtet.

246 Saller, Eugenik, S. 1041–1044.

Hässlichkeit und Schönheit, Mut, Dummheit, Familienzank, unglückliche Ehe u. a. m. sei entgegen den Mutmaßungen von Lenz nichts Verlässliches bekannt. Saller schrieb: »Was hier geboten wird ist keine sachliche Wissenschaft mehr, und ich glaube, es ist ein einfaches Gebot der wissenschaftlichen Selbsterhaltung für die Eugeniker, auch ihrerseits von solchen Auswüchsen abzurücken und ganz eindeutig zu erklären, daß sie mit der Eugenik, die verwirklicht werden soll und muß, nichts zu tun haben.«<sup>247</sup> Im Gegensatz zu den führenden Rassenhygienikern und auch den nationalsozialistischen Rassenideologen im Rassenpolitischen Amt der NSDAP war Saller der Auffassung, dass die wissenschaftliche Begründung für rassenhygienische Sozialdiagnosen durch die Vererbungswissenschaft nicht gesichert sei. Er sah die Zukunft der Eugenik in der engen Anbindung an die Medizin, eine Sichtweise, die sich nach 1945 in der Verbindung zwischen Humangenetik und Medizin bestätigte.<sup>248</sup> Eine entsprechende Einstellung dürfte bei vielen auch nationalsozialistisch eingestellten Ärzten vorgelegen haben. Sterilisierungen an sogenannten »Erbkranken«, bei denen diese Diagnose meist nicht sicher war, lassen sich auch bei großzügiger Interpretation der arztethischen Berufsvorstellungen nicht rechtfertigen. Beispielhaft seien einige wenige heutige Zahlen zur Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Schizophrenie und Epilepsie bei genetischer Disposition genannt: Bei einem an Schizophrenie erkrankten Elternteil beträgt sie unter 10 Prozent, bei kranken Geschwistern unter 8 Prozent, bei eineiigen Zwillingen unter 45 Prozent und bei zweieiigen Zwillingen etwa 12 Prozent. Wäre die Schizophrenie eine rein genetisch verursachte Krankheit, müsste sie bei eineiigen Zwillingen 100 Prozent betragen.<sup>249</sup> Bei Epileptikern ist das Vererbungsrisiko unterschiedlich nach Epilepsie-Syndromen gering, Epilepsie ist nach heutigen Kenntnissen keine »Erbkrankheit«.<sup>250</sup> Die heutigen Zahlen waren damals den Ärzten nicht unbedingt bekannt, allerdings gab es die praktische Erfahrung, dass Epilepsien familiär selten auftraten.<sup>251</sup> Sie zeigen ein auch für die damaligen Ärzte so grobes Missverhältnis zwischen der Behauptung der »Erbkrankheit« und den tatsächlich auftretenden Krankheiten, z. B. jedes 10. Kind bei einer Ehe mit einem an Schizophrenie erkrankten Elternteil, etwa jedes 20. Kind

247 Saller, Eugenik, S. 1042.

248 Weingart, S. 318 f.

249 Häfner, Heinz: Was ist Schizophrenie, In: Ders. (Hg): Was ist Schizophrenie, Stuttgart/Jena/New York 1995, S. 1–57, hier S. 14.

250 Habermann-Horstmeier, Lotte: Epilepsie und Vererbung (= Informationszentrum Epilepsie, Nr. 005), Berlin 2008, online: <http://www.izepilepsie.de/home/showdoc,id,433,aid,219.html> [3.6.2012].

251 Vgl. Gütt, S. 134.

bei Epilepsie eines oder beider Eltern, auf, dass allein schon die klinische Erfahrung den praktisch tätigen Ärzten empirisch hätte verdeutlichen müssen, dass »Erbkrankheiten« in vielen Fällen nicht vorliegen konnten. Die nationalsozialistische Rassenhygiene schob den Einfluss der Umwelt auf die Entstehung der dem GzVeN genannten Krankheiten völlig in den Hintergrund. Gunther Link schreibt dazu: »Mit Ausnahme der Chorea Huntington, einzelnen Unterformen der Taubheit, Blindheit und Mißbildungen, wobei diesen zusammengenommen nur marginale Bedeutung zukommt, handelt es sich bei den in GzVeN genannten »Erbkrankheiten« – sowohl nach damaligem wie auch heutigem Wissenstand – nicht um pathologisch-anatomisch definierte und in ihrer Kausalität geklärter Krankheitseinheiten, sondern ausschließlich um Symptomenkomplexe im Sinne klinisch-psycho-pathologisch definierter und typologischer Zustands-Verlaufs-Einheiten. Liegen aber keine ätiologischen bzw. erbbiologischen Einheiten vor, so kann ein Erbgang weder geklärt noch klärbar sein.«<sup>252</sup> Kurz gesagt: Liegt keine eindeutig definierte Krankheit vor, kann über die Vererbung des fälschlich als einheitliche Krankheit angesehenen Symptomenkomplexes keine auf die einzelne Person anwendbare eindeutige Aussage gemacht werden.

Die in der Ärzteschaft und, wie wir gesehen haben, auch unter Hochschulmedizinerinnen breite Zustimmung zur Rassenhygiene und zunächst auch zum GzVeN stieß erkennbar auf ihre Grenzen, wenn kluge, tüchtige, junge Personen mit einem einmaligen schizophrenen Schub und fünfjährigem freien Intervall durch eine Sterilisation in ihren Lebensperspektiven stark eingeschränkt wurden, wie Greggersen eindrücklich beschrieb. So lässt sich vielleicht auch eine Erklärung für die ansonsten kaum glaubhaften prozentualen Unterschiede zwischen den in der Kieler Universitätsfrauenklinik sterilisierten »schizophrenen« Frauen von 11,2 Prozent gegenüber etwa 20 Prozent in Jena, Göttingen, München, Frankfurt/Main, Bremen, Offenbach<sup>253</sup> sowie 35,9 Prozent in Freiburg und 43,6 Prozent in Heidelberg finden. Die Entscheidung, ob nach einem Antrag des Amtsarztes eine Sterilisation stattfinden soll oder nicht, lag in den Händen der Erbgesundheitsgerichte. Das Kieler Erbgesundheitsgericht war dominiert von dem Kieler Medizinalrat Franz Klose, der, wie auch die Arbeiten von Hans Greggersen und Felicitas Klose aus seinem Gesundheitsamt zeigen, Sterilisationen vorwiegend

252 Link, Gunther: Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen an der Universitätsfrauenklinik Freiburg im Nationalsozialismus, in: Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M. et al. 2002, S. 301–330, hier S. 328.

253 Piechatzek, S. 85.

bei sozialhygienisch auffälligen »Schwachsinnigen« als sinnvoll ansah. Franz Klose war fast über die gesamte Zeit des Bestehens des Erbgesundheitsgerichtes beamteter ärztlicher Beisitzer und hatte durch seine umfassenden einschlägigen Kenntnisse großen Einfluss auf die Entscheidungen.<sup>254</sup> Zusätzlich könnte bis 1937 der Direktor der Universitätsnervenklinik Kiel, Georg Stertz, eine weitere maßgebliche Rolle gespielt haben, indem aus seiner Klinik Patienten mit schizophrenen Schüben seltener dem Kieler Amtsarzt gemeldet wurden und vom Erbgesundheitsgericht angeforderte Gutachten entsprechend ausfielen. Es fällt schwer, eine andere Erklärung zu finden, genauso schwer, wenn nicht unmöglich ist es heute aber auch, diese Vermutungen zu beweisen. Ein solches Verhalten würde auch erklären, warum Stertz am Ende des Jahres 1935 für das Erbgesundheitsobergericht nicht wieder berufen wurde,<sup>255</sup> es würde erklären, warum sein Oberarzt Braun mit einer Erbgesundheitskartei versuchte, den Erbgängen von »Erbkrankheiten« nachzuspüren und es gäbe auch eine Erklärung dafür, warum Stertz 1937, vielleicht nicht nur wegen seiner »nichtarischen« Ehefrau, auf Betreiben des nationalsozialistischen Dekans Hanns Löhr, in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde.<sup>256</sup>

Zu den Pflichten eines Arztes vor einem Eingriff bei einem Patienten gehört stets die Indikationsstellung. Es muss sichergestellt sein, dass die Belastung, die dem Patienten durch das ärztliche Handeln zugemutet wird, in einem vertretbaren Verhältnis zu dem für ihn entstehenden Nutzen steht. Kann der Arzt diesen Nutzen nicht erkennen, muss der Eingriff unterbleiben. Das Wohl des Patienten hat Richtschnur ärztlichen Handelns zu sein.<sup>257</sup> Auch bei einer Sterilisation kann ein Nutzen für den Patienten entstehen. Dies ist der Fall, wenn die Sterilisation aus nachvollziehbaren Gründen von diesem gewünscht wird und eine nennenswerte Gefährdung durch den Eingriff nicht besteht. Sehr oft handelte es sich bei Sterilisationen nach dem GzVeN jedoch um vom Erbgesundheitsgericht den Patienten aufgezwungene Operationen, die von ihnen nicht gewollt, nur widerwillig ertragen oder auf Grund begrenzter intellektueller Fähigkeiten gar nicht verstanden wurden. Die Ärzte konnten eine rechtliche Legitimierung der Durchführung der Sterilisation im GzVeN sehen, die Operation durfte nach ärztlicher Berufsethik aber nur bei einem absolut zu vernachlässigenden Risiko für die Patienten durchgeführt werden. Folglich werfen die von Krause beschriebenen körperlichen

254 LASH Abt. 355, Nr. 2427, Erbgesundheitsgericht Kiel, Generalakten Beisitzer, passim.

255 Ebd., Schr. des Oberlandesgerichtspräsidenten an den Landgerichtspräsidenten v. 5.11.1935.

256 Siehe 5.3.7.

257 Vgl. Ley, Astrid: Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Hintergründe und Ziele ärztlichen Handelns 1934–1945 (= Kultur der Medizin, Bd. 11), Frankfurt a. M. 2004, S. 122.

Einschränkungen bei manchen Patienten vor der Operation Fragen auf. Trotz aller Einschränkungen bezüglich der Qualität der genutzten Materialien sowie auch der bei ihnen vorgenommenen manipulativen Eingriffe bzw. Lücken besteht kein Zweifel daran, dass die Ärzte der Universitätsfrauenklinik und mit einigen Einschränkungen bezüglich der Beweislage auch die Ärzte der Universitätschirurgie die Sterilisationen der nationalsozialistischen Ideologie folgend nicht im Interesse der Patienten, sondern in der Regel gegen deren Interesse und häufig auch noch gegen deren Willen vornahmen. Sie beugten sich also den Forderungen der Nationalsozialisten, die Gesundheit des Einzelnen dem Wohl der »Volksgemeinschaft« zu opfern, wenn sie nicht sogar selbst dies als »stramme Nationalsozialisten« forderten. Damit wurden sie Handwerkszeuge der Täter, verstießen gegen die ärztliche Berufsethik und konnten auch ihrer Vorbildfunktion als Medizinhochschullehrer gegenüber den Studenten nicht mehr nachkommen. In den Kieler Universitätskliniken wurden hunderte ohnehin schon stigmatisierten Patienten körperlich geschädigt und durch das GzVeN zusammen mit den rigiden Bestimmungen des Erbgesundheitsgesetzes um ihre bürgerliche Zukunft in geordneten Familienverhältnissen gebracht.

Gunther Link weist noch auf einen weiteren Sachverhalt hin, nämlich: »Über die Hälfte der eugenischen Sterilisationen in der Frauenklinik Freiburg erfolgte aufgrund von >angeborenem Schwachsinn<. Die in der Anwendung des GzVeN gebräuchlichen Erbkrankheitsbezeichnungen sind nur bedingt mit diesen Begriffen im heutigen Verständnis kompatibel. Sie sind ausschließlich vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Weltanschauung und Rechtsauffassung angemessen zu interpretieren. Das Erstellen einer eugenischen Sterilisationsindikation kann keinesfalls als eine medizinische Diagnosestellung im heutigen Sinne begriffen werden. Vielmehr handelt es sich um eine >sozialbiologische< Bewertung der Persönlichkeit, welche die >Brauchbarkeit< und den >Nutzen< des Betroffenen für die >Volksgemeinschaft< zu messen hat.«<sup>258</sup> Dies könnte die von Piechatzek dargestellte Zunahme der sterilisierten »schwachsinnigen Frauen« in den Jahren von 1935 mit 55,5 Prozent über 1936 mit 56,8 auf 1937 mit 78,4 bis 1938 mit 73,1 Prozent erklären. Dazu passt ein kurzer Hinweis des Direktors der Universitätsfrauenklinik Kiel, Walter Jonat, im Jahre 2005 in dem Jubiläumsband zum 200-jährigen Bestehen des Universitätsfrauenklinikums: »Bei den Frauen wurde auch das soziale und sexuelle Verhalten bewertet. Betroffen waren Frauen, die häufig den Arbeitsplatz wechselten, die ihre Kinder ohne Mann erzogen, die durch individuellen Lebensstil auffielen, die sich nicht der nationalsozialistischen Norm entsprechend

258 Link, S. 328.

verhielten und deren sexuelles Verhalten auffällig war. Entsprechend dieser Einstellung wurden sie zwangssterilisiert. Wie in vielen anderen Universitätskliniken wurden auch in Kiel diese furchtbaren gesetzlichen Vorgaben umgesetzt.<sup>259</sup> Deutlich ist also auch in Kiel eine Verschärfung der mittlerweile fast ungebremsten ideologischen, auf eine ›Volksgemeinschaft‹ von ›Herrenmenschen‹ hinstrebende nationalsozialistischen Rassenhygiene zu erkennen, die 1939 in die ›Euthanasie‹ und 1941 in den Holocaust mündete. Piechatzek geht in ihrer Arbeit auf die von ihr selbst dokumentierten Veränderungen der Indikationen für Sterilisationen bei Frauen nicht ein.

Zweifellos machten sich die Kieler Hochschulmediziner ebenso wie fast alle anderen in die Zwangssterilisationen eingebundenen Ärztinnen und Ärzte einer gravierenden Verletzung ihrer ärztlichen Berufspflichten schuldig.<sup>260</sup> Es ist zudem davon auszugehen, dass es auch Verstöße selbst gegen die damaligen Gesetze durch Inanspruchnahme unzulässig weiter Interpretationsspielräume gab, da die Handhabung des GzVeN durch Amtsärzte und Erbgesundheitsgerichte zunehmend willkürlicher erfolgte und dies den die Sterilisation durchführenden Ärzten nicht verborgen geblieben sein kann.

259 Jonat, Walter/Andree, Christian/Schollmeyer, Thoralf: Universitäts-Frauenklinik Kiel und Michaelis-Hebammenschule 1805–2005. Eine medizinhistorische Studie zum 200-jährigen Bestehen, Stuttgart 2005, S. 41. Jonat irrt hier in einem Punkte: Das von ihm geschilderte Vorgehen war auch durch das GzVeN nicht abgedeckt, sondern stellt eines der vielen Beispiele von nationalsozialistischer Willkür dar. In der Publikation der Klinik zum 180-jährigen Jubiläum heißt es noch: »Im großen und ganzen darf man sagen, dass allem politischen Druck zum Trotz der Geist wissenschaftlicher Forschung und Lehre, der sich nur dem Gesetz der Wahrheit verpflichtet fühlt, in Kiel die Oberhand behielt. Das gilt auch und besonders für die Universitäts-Frauenklinik, deren wissenschaftlich begründete Arbeitsintensität [...] belegt ist.« (Semm, Kurt/Weichert-von Hassel, Monika: Die Universitäts-Frauenklinik Kiel. Ihre Bedeutung für die Frauenheilkunde 1805–1985. Eine medizinhistorische Studie zum 180-jährigen Bestehen, Kiel<sup>3</sup> 1985, S. 140).

260 Vgl. Ley, S. 121 ff.



## 5. Nationalsozialistische »Fakultäts-Normalität« unter Dekan Hanns Löhr 1935 bis 1940

### 5.1 Ein »Alter Kämpfer« an der Spitze der Fakultät

#### 5.1.1 Hanns Löhrs Werdegang bis zu seiner Berufung nach Kiel

Johannes (Hanns) Löhrs Werdegang enthält zahlreiche Elemente, die charakteristisch für sein weiteres Leben waren und sowohl seine dominierende Rolle wie auch die Art seiner Machtausübung in der Kieler Medizinischen Fakultät besser verstehen lassen. Löhr wurde am 10. September 1891 als zweiter Sohn des protestantischen Superintendenten Wilhelm Löhr und seiner Ehefrau Henriette geb. Steffen in Hohensolms (Kreis Wetzlar) geboren.<sup>1</sup> Sein Elternhaus wird als fromm, konservativ und vaterländisch gesinnt beschrieben.<sup>2</sup> Er besuchte das humanistische Gymnasium Elberfeld, legte sein Abitur jedoch, ohne dass heute die Gründe für den Ortswechsel feststellbar sind, im März 1911 im Gymnasium Minden ab.<sup>3</sup> Zum 1. April 1911 hatte sich Löhr als Einjährig-Freiwilliger zum Wehrdienst gemeldet. Im gleichen Jahr begann er mit dem Studium der Medizin in Gießen und setzte es dann in Bonn und Kiel fort. Wie damals bei Studenten durchaus üblich, legte er den einjährigen freiwilligen Heeresdienst im ersten Studienjahr ab. Zum 1. Mai 1914 wurde cand. med. Löhr auf Antrag des Direktors des Anatomischen Institutes in Kiel, Graf von Spee, mit der Verwaltung einer Assistentenstelle des Instituts bei Gewährung einer »Renumeration« von 62,50 M

- 1 Der ältere Bruder Löhrs war Wilhelm Löhr (1889–1941): Promotion 1914 zum Dr. med. in Kiel, 1923 Habilitation für Chirurgie bei Anschütz, 1927 n. b. apl. Professor, 1931 Direktor der Chirurgischen Klinik Magdeburg-Altstadt. Er verstarb 1941 14 Tage vor seinem Bruder an Tuberkulose. Sein Sohn Berthold Löhr (1920–1984) war von 1963 bis 1978 Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, sein Enkel Joachim Löhr (1951–2009) war von 2001 bis 2002 auf dem Lehrstuhl für Orthopädie in Lübeck, danach bis 2008 als Direktor der Endo-Klinik Hamburg tätig. Den Hinweis auf die Verwandtschaftsverhältnisse verdanke ich Privatdozent Dr. Carsten Boos, St. Gallen.
- 2 Michaelis, Gottfried: Der Fall Vischer. Ein Kapitel des Kirchenkampfes. Ein Beitrag zur Geschichte Bethels 1932–1946, Bielefeld 1994, S. 133.
- 3 Schmuhl, Hans-Walter: Ärzte in der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta 1890–1970, Bielefeld 2001, S. 51.

beauftragt.<sup>4</sup> Hierbei handelt es sich sicher um einen Ausdruck der Wertschätzung von Spees für den Studenten Löhr mit für ihn positiven wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Verwaltung der Stelle sollte aber nicht lange andauern, da der Ausbruch des Ersten Weltkrieges zunächst einmal alle Planungen des knapp 23-Jährigen über den Haufen warf. Schon ab 2. August 1914 bis zu seiner Verwundung am 25. März 1918 diente er als (nicht approbierter) Feldhilfsarzt und Bataillonsarzt in Feldlazaretten der 13. und 14. Infanterie-Division. Sein Vorgesetzter und Stationsarzt war der Betheler Chirurg Dr. Richard Wilmanns. Die Verbindung zu Wilmanns sollte Löhr später für seinen weiteren Werdegang nützlich sein. Im März 1918 wurde er schwer verwundet, war nur noch garnisonsverwendungsfähig und konnte sein Studium in Bonn wieder aufnehmen. Im November 1918 ging er nach Kiel zu Schittenhelm an die Medizinische Universitätsklinik, legte dort 1919 sein Staatsexamen ab und erhielt die Approbation zum Arzt.<sup>5</sup>

1918 wurde er in Kiel Mitglied der Studentenabteilung der Brigade Loewenfeld.<sup>6</sup> Er selbst sah sich als Angehöriger der Langemarck-Generation und sein Geschichtsverständnis – wie viele seines Alters – durch seine »Felderlebnisse« bestimmt, allerdings ohne dass er jemals Kämpfer im Schützengraben gewesen war.<sup>7</sup> Am 28. Juli 1919 wurde er Volontärassistent, ab 1. Mai 1920 nach seiner Promotion mit dem Titel »Versuch einer therapeutischen Anwendung von Kupfersalzlösungen bei der Behandlung von Typhus abdominalis«<sup>8</sup> planmäßiger Assistent, kurz darauf auch »I. nach den Oberärzten.«<sup>9</sup> Sein schneller Aufstieg in Kiel gibt wie auch das spätere Geschehen Hinweise darauf, dass sich Schittenhelm und Löhr in ihren politischen Grundeinstellungen nahe gestanden haben dürften, auch wenn politische Themen wahrscheinlich nicht

4 GStA PK I. HA Rep. 76, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 3, Bd. 2, p. 113, Schrb. Kurator an Minister v. 25.6.1914.

5 Michaelis, S. 134, 135; Schmuhl, Sarepta, S. 51.

6 BAArch R 4901 Nr. 13270, Personalblatt. Bei der Marine-Brigade von Loewenfeld handelt es sich um ein auf Weisung Noskes aufgestelltes nach ihrem Kommandeur benanntes Freikorps, das an verschiedenen Stellen der frühen Weimarer Republik eingesetzt wurde. Ein Bataillon blieb jedoch ständig in Kiel stationiert. (Kameradschaft der 3. Marine-Brigade (Hg.): Die 3. Marinebrigade v. Loewenfeld 1919/20, Plön 1963, S. 6f.). Aus den Freikorps rekrutierten sich die Soldaten der Reichswehr sowie zahlreiche führende Angehörige der NSDAP, SA und SS. (Venner, Dominique: Söldner ohne Sold. Die deutschen Freikorps 1918–1923, Kiel 1984, passim).

7 Michaelis, S. 135.

8 Vonkennel, Josef/Freerksen, Enno: Hanns Löhr, in: Kieler Blätter (1941), S. 118–129, hier S. 119.

9 Michaelis, S. 135.

Gegenstand der Gespräche zwischen dem erfahrenen Ordinarius und dem aufstrebenden, ehrgeizigen Assistenten gewesen sein dürften. Dafür spricht, dass die beiden auch nach dem Wechsel Schittenhelms nach München bis zum Tode Löhrs im Oktober 1941 in brieflicher Verbindung blieben.<sup>10</sup> Im Herbst 1921 entsandte ihn Schittenhelm in die urologische Abteilung der Berliner Chirurgie (Leitung Prof. Dr. Joseph), gleichzeitig auch in die Serologie (Leitung Prof. Dr. Konrich).<sup>11</sup> Ab 1923 galt Löhrs wissenschaftliche Aufmerksamkeit der Lunge und dem respiratorischen Stoffwechsel. Es folgten im gleichen Jahr die von Schittenhelm ermöglichten Fortbildungsaufenthalte an den physiologischen und pharmakologischen Instituten in Frankfurt/Main und Berlin sowie dem Pharmakologischen Institut in Utrecht. Kurz vor seinem Weggang aus Kiel unternahm Löhr Studien zu dem Schilddrüsenhormon Thyroxin. Bis zu seiner Habilitation legte er 33 wissenschaftliche Publikationen vor.<sup>12</sup> Mit dem Thema »Über die Wirkung des Thyroxins auf den menschlichen Organismus« habilitierte er sich am 30. Juli 1925, als der Wechsel nach Bethel bereits eine beschlossene Sache war. Vorlesungen hielt Löhr in Kiel nicht mehr.<sup>13</sup> Eine Förderung durch seinen Chef Schittenhelm, der schon damals einen herausragenden Ruf hatte, hätte Löhr die Aussicht auf eine glanzvolle Universitätslaufbahn eröffnen können. Trotzdem entschloss er sich, diesen Weg zu verlassen und die Leitung der Inneren Abteilung des von Richard Wilmanns geleiteten Krankenhauses Gilead der Bodenschwinghschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld zu übernehmen.<sup>14</sup> Gründe für seinen Verzicht auf eine weitere Universitätslaufbahn sind den verfügbaren Quellen nicht direkt zu entnehmen. Möglicherweise war es schon die eigene Erkenntnis, dass eine wissenschaftlich geprägte Tätigkeit nicht durch Neigung und Begabung hinreichend gedeckt war.<sup>15</sup> Der Weg bis zum Lehrstuhlinhaber wäre auch bei fortdauernder Förderung durch Schittenhelm steinig gewesen und der Erfolg war letztlich ungewiss. Zudem hatte Hanns Löhr Familie. Er war seit dem 17. Mai 1920 mit Marianne Dieterici, der Tochter des Kieler ordentlichen Professors für Physik und Rektors der Universität des Rektoratsjahres 1916/17 Conrad Dieterici, verheiratet. Sie hatten zum Zeitpunkt seiner Habilitation 1925 bereits drei Söhne (Konrad 1921, Georg-Wilhelm 1922, Hanns 1924, zwei weitere, Eberhard und Roland sollten noch 1928 und 1930 folgen) – eine stattliche Familie, der das magere Assistentengehalt der Universität

10 LASH Acc. 68/2004, Nr. 37, Personalunterlagen, Schrb. Löhr an Schittenhelm vom 3.7.1940.

11 Michaelis, S. 136.

12 Schmuhl, Sarepta, S. 51.

13 Vonkennel/Freerksen, S. 120; Michaelis, S. 136.

14 Michaelis, S. 136.

15 Siehe 5.2.2.

gerade auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten nur ein mühsames Auskommen ermöglichte. Die Familie war für Löhr wichtig, sein Familienleben soll vorbildlich gewesen sein.<sup>16</sup> Seine Persönlichkeitsstruktur spricht auch durchaus dafür, dass er, mittlerweile 36 Jahre alt, genug davon hatte, sich ein- und unterzuordnen, Eigenschaften, die ohnehin nicht zu seinen Stärken gehörten. Insofern ist sein Entschluss, einen gut dotierten Chefarztposten zu übernehmen, nachvollziehbar, er dürfte jedoch, wie sein weiterer Lebensweg zeigt, hier mehr der Vernunft als seinem Herzen gefolgt sein. Von 1925 bis zu seiner Berufung nach Kiel 1934 war Hanns Löhr Leiter der Inneren Abteilung der Krankenhauses Gilead.<sup>17</sup> Dort war er neben seinen ärztlichen Aufgaben durchaus nicht untätig. Spätestens nach Ablauf seiner Probezeit im Jahre 1927 führte seine kompromisslose Art, einmal von seiner Seite für richtig Erkanntes ohne Zurückweichen zu vertreten zu Konflikten: 1928 wegen einer von ihm als Ärztin eingesetzten Schwester mit der Schwesternschaft, dann wegen einer falschen Verdächtigung, Alkoholiker zu sein, mit den Vereinigten Vorständen Bethel und 1931 wegen seines groben Umgangs mit den Mitarbeitern.<sup>18</sup>

Am 1. März 1931, also recht früh, trat er mit der verhältnismäßig niedrigen Mitgliedsnummer 478 874 in die NSDAP ein, folgerichtig für ein ehemaliges Mitglied der Brigade Loewenfeld war er zwei Wochen vorher schon Mitglied der SA geworden.<sup>19</sup> Nach der »Machtergreifung« kam es dann zu einer erheblichen Ausweitung der Konflikte. Löhr mischte sich u. a. massiv in die Berufung von Ärzten ein, intrigierte gegen Fritz von Bodelschwing und denunzierte die Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe Bethel.<sup>20</sup> Seine protestantischen Wurzeln wie auch seine Hinwendung zum Nationalsozialismus führen zu einer Verstrickung in den »Kirchenkampf« im Raum Bielefeld auf der Seite der »Deutschen Christen«.<sup>21</sup> Der Antisemitismus des »Ariers« Löhr und die aggressive Wahrnehmung seiner politischen Ämter hatte vielfach Streit besonders im Zusammenhang mit Personalentscheidungen in den Betheler Anstalten zur Folge.<sup>22</sup> Sein brennender Ehrgeiz führte zu einer glanzlosen Rolle im Zusammenhang mit dem tragischen Selbstmord des Münsteraner Professors für Innere Medizin

16 Vonkennel/Freerksen, S. 122.

17 Schmuhl, Sarepta, S. 50 f.

18 Schmuhl, Sarepta, S. 52 f.

19 BArch SS0 272 A, p. 0403, SS-Stammrollen-Auszug.

20 Schmuhl, Sarepta, S. 55 f.

21 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft, p. 158, Schrb. SA, Brigade 66 (Münster) an SA-Obergruppe X (Dortmund) v. 30.4.1934.

22 Schmuhl, Hans-Walter: Ärzte in der Anstalt Bethel 1870–1945, Bielefeld 1998, S. 31 f., 61 f.

Paul Krause, so dass es sich glücklich traf, dass das Ausscheiden Schittenhelms in Kiel und seine Berufung dorthin als Nachfolger ihm die Möglichkeit gaben, nach Kiel zu wechseln.<sup>23</sup> Am 26. August 1934 wurde er durch den Kieler Rektor Wolf als Direktor der Medizinischen Klinik der Christian-Albrechts-Universität und ordentlicher Professor auf den »Führer« vereidigt, ohne dass er nach seiner Habilitation 1925 wissenschaftliche Tätigkeit und akademische Lehre nachweisen konnte, zweifelsfrei der Lohn für sein Eintreten für die Nationalsozialisten und ihre Ziele.<sup>24</sup> Mit diesem Werdegang dürfte der alsbaldige Dekan der Medizinischen Fakultät und spätere kurzzeitige Rektor der Kieler Universität aus der Reihe ähnlicher Karrieren von nationalsozialistischen Medizinhochschullehrern herausragen. Seine Rolle in Kiel wird im Weiteren noch näher beschrieben werden. Daher sei lediglich angemerkt: Löhr wohnte in Kiel im Düsternbrooker Weg, einer der besten Wohngegenden Kiels, nicht allzu weit von der Medizinischen Klinik entfernt.<sup>25</sup> Am 4. Oktober 1941 starb er an einer tödlichen Knochenmarksschädigung, die durch hoch dosierte aggressive Schmerzmittel, die Löhr gegen seine durch Gicht bedingten sehr starken Gelenkschmerzen eingenommen hatte, verursacht war.<sup>26</sup>

### 5.1.2 Hanns Löhr als Mensch, Arzt und Wissenschaftler

Da Löhr während des Nationalsozialismus von herausragender Bedeutung für die Kieler Medizinische Fakultät war, muss seine Persönlichkeit und sein ärztliches und wissenschaftliches Wirken näher betrachtet werden. Michaelis schildert Löhr in seiner Betheler Zeit als burschikos, jovial-freundlich, manchmal von grober Art. Obwohl er selbst austeilen konnte, vertrug er es nicht, wenn entsprechend mit ihm umgegangen wurde. Löhr war einerseits gesellig, kochte für seine Gäste und wirkte in Sarepta in dem von seinem Chef Richard Wilmanns geleiteten Hausmusikkreis als Kontrabassist mit. In bestimmten Momenten jedoch war er andererseits unbedacht impulsiv, ja jähzornig, wie auch das von Michaelis berichtete Beispiel der Visite bei einer Leberpatientin deutlich macht. Das Essenstablett einer Patientin mit Spiegelei und Spinat wurde von

23 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft, p. 194, Schrb. des Gauleiters Westfalen-Nord an StS Stuckard, Preuss. Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 15.5.1934.

24 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, Nachsatz zu der Liste für die Wiederbesetzung des Medizinischen Lehrstuhls in Kiel v. 11.5.1934.

25 BArch R 4901, Nr. 13270, Personalblatt Löhr.

26 Huch, Klaus: Helmuth Reinwein (1895–1966). Leben und Werk, Kiel 1993, S. 31.

Löhr ohne Federlesen aus dem Fenster geworfen, da die Patientin dieses Essen aus Diätgründen nicht hätte bekommen dürfen.<sup>27</sup> Seine Mitgliedschaft in der NSDAP wurde von ihm mit vollem Herzen gelebt und bestimmte sein Handeln, wobei er der Partei mit ihren Münchener und regionalen Repräsentanten nahezu widerspruchslos folgte. Jedoch galt dies besonders in den ersten Jahren der Kieler Zeit nicht für die Reichsregierung, speziell das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und seinen regionalen Vertreter, den Kieler Kurator. Hier war Löhr – wie noch zu zeigen sein wird – im Schutze seiner Parteizugehörigkeit und seines hohen SS-Dienstgrades häufig unangemessen aggressiv und machte Ansprüche geltend, die trotz seiner Stellung in der Universität nicht gerechtfertigt waren.

Weitere Aufschlüsse über die Persönlichkeit Hanns Löhrs gibt u. a. auch die Stellungnahme der Kieler Fakultät im Rahmen des Berufungsverfahrens zur Nachfolge Schittenhelms.<sup>28</sup> Dabei muss diese Quelle im Licht der Umstände gelesen werden: Die Fakultät wollte Löhr als Nachfolger Schittenhelms nicht, konnte diese Tatsache aber nur behutsam zum Ausdruck bringen, da Löhr Favorit des »Braunen Hauses« in München war und Schröder als nationalsozialistischer Dekan im Prinzip verpflichtet gewesen wäre, den Parteigenossen zu unterstützen. Zu seiner Person heißt es dort: »Herr Löhr war bei den Kollegen, die ihn hier noch kennen gelernt haben, wegen seiner persönlichen Eigenschaften sehr beliebt. Seine Persönlichkeit hat entschieden etwas stark Imponierendes. [...] Er ist auch ein geschickter Redner. Über sein Lehrtalent hat die Fakultät aus eigener Anschauung kein Urteil, weil er sofort nach seiner Habilitation Kiel verlassen hat. Von verschiedenen Seiten wurde berichtet, dass die ärztlichen Demonstrationsabende in Bethel geschätzt seien und gut besucht würden und dass Herr Löhr ebenso die Kurse für Hilfspersonal mit großem Erfolg zu leiten verstand. Bei wissenschaftlichen Sitzungen spricht er gut und eindrucksvoll. Zusammenfassend läßt sich sagen, dass Herr Löhr zweifellos ein ausgezeichnete Krankenhausdirektor, ein guter Organisator und guter Arzt ist.« Die Fakultät machte vorsichtig deutlich, dass Löhr wohl bei »Hilfspersonal«, nicht aber als Dozent an der Universität Lehrerfahrung vorzuweisen hat, die Beschreibung seiner Persönlichkeit als einer, die »etwas stark Imponierendes« aufzuweisen hat, erscheint im Kontext mit anderen Quellen und Informationen ein verschlüsselter Hinweis auf seine choleriche Persönlichkeit und die Betonung seiner Fähigkeiten als Organisator und Arzt weist hier unausgesprochen

27 Michaelis, S. 136 f.

28 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, Nachsatz zu der Liste für die Wiederbesetzung des Medizinischen Lehrstuhls in Kiel v. 11.5.1934.

darauf hin, dass ihm nach Auffassung der Fakultät die Eignung für das Ordinariat in Kiel fehle.

Ergänzung fand die Exploration der Persönlichkeit Löhrs in den Reden seiner Freunde und Parteigenossen auf der einige Tage nach seinem Ableben am 9. Oktober 1941 abgehaltenen Totenfeier. Der mittlerweile als Ministerialdirigent und stellvertretender Amtschef des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium nach Berlin versetzte ehemalige Rektor der Universität, Paul Ritterbusch, ging in seiner Totenrede ganz besonders auf die Stärken und Schwächen seines verstorbenen Freundes ein. Geleitet wurde er dabei von dem Willen Hanns Löhrs', dass dieser »keine hohlen Tiraden und keine konventionelle Predigt [wolle]«. <sup>29</sup> Diesem Wunsch entsprach Ritterbusch trotz der auch damals üblichen Gepflogenheit »de mortuis nil nisi bene« und sprach erstaunlich offen auch über die Schattenseiten des Verstorbenen. Unter den Parteigenossen galt damals eine heute verkrampft wirkende, burschikose Kameradschaftlichkeit, die auch in seiner Rede zum Ausdruck kam. So ist auf diese ungewöhnliche Weise durch die von Ritterbusch gehaltene Totenrede ein aufschlussreiches Bild von Hanns Löhr überliefert, das durchaus geeignet ist, die Erfolge des Nationalsozialisten Löhr im Dritten Reich verständlich werden zu lassen.

Ritterbusch beschrieb seinen verstorbenen Freund u. a. mit den Worten: »Er war kein Bürger im Sinne des Spießers, kein Normaltypus, kein Dutzendmensch. Ja diese fühlten sich gegenüber der rauhen Kämpfernatur dieses Menschen unbehaglich, ebenso wie geistreichelnde Intellektuelle sein derbes, die Dinge oft deutlich genug beim Namen nennendes Wesen gräßlich und gar nicht vornehm fanden [...].« <sup>30</sup> Und weiter: »Ein leidenschaftlicher Zorn, der sich explosiv entlud, konnte ihn erfassen, wenn er menschliche Gemeinheit, Borniertheit oder Dummheit sah [...]. Und doch wäre es kein richtiges Bild eines Menschen, wenn man verschweigen wollte, daß er auch der Genosse so mancher froher Männerrunde gewesen, in der seine überschäumende Lebenskraft und Lebensfreude so recht zum Durchbruch kam und andere mit sich fortriß. Es wäre aber ein falsches Bild seines Menschentums, wenn wir verschweigen wollten, daß er auch seine Schwächen und Fehler hatte. Er war eben ein Vollmensch im wahrsten Sinne des Wortes, und als solches war ihm das Menschliche nicht fremd [...]. So konnte ihn manchmal mit seinem leidenschaftlichen Wesen der Jähzorn packen, ein Erbteil seiner Rasse, aber das Unrecht, das er beging, tat ihm bitter weh [...].« <sup>31</sup>

29 Ritterbusch, Paul: Hanns Löhr zum Gedächtnis, in: Kieler Blätter (1941), S. 131–135, hier

S. 131.

30 Ebd., S. 133.

31 Ebd., S. 131.

Zu dem Umgang Löhrs mit seiner Krankheit führt Ritterbusch aus: »Wir sehen ihn vor uns, den schweren Körper mit schwerfälligen Schritten bewegend, ein derbes Scherzwort auf den Lippen, ein feuriger Geist, ein eiserner Wille in einen siechen, gichtigen Körper gebannt.«<sup>32</sup>[...] »In den schlaflosen Nächten seiner schmerzhaften Anfälle hat er seine Bücher geschrieben. So ist sein Buch »Medizin und Aberglaube« ein Produkt durchwachter Nächte des Schmerzes.«<sup>33</sup> In der gleichen Feier würdigte Gauleiter und Duzfreund Hinrich Lohse die »nationalsozialistischen und weltanschaulichen« Verdienste des Verstorbenen. Wörtlich sagte er: »Du hattest dir bereits vor der Machtübernahme als Arzt einen Namen gemacht [...]. Du hattest es darum gar nicht nötig, dich in den politischen Kampf zu stürzen, und da du dich zu den »bösen Nationalsozialisten« bekanntest, deine Stellung und deine Existenz aufs Spiel zu setzen. [...] Du hast dich damals bekannt und erklärt: Hier stehe ich, der Chefarzt Hanns Löhr, ich bin Nationalsozialist, ich folge Adolf Hitler. Du erklärtest es nicht nur mit Worten, du hast es sofort durch die Tat bewiesen.«<sup>34</sup> Löhrs ältester Sohn, der 20-jährige Konrad, war zum Zeitpunkt des Todes seines Vaters bereits Soldat. Gauleiter Lohse führte dazu in seinem Nachruf aus: »Was du als Vater damals begonnen hast, das hat nunmehr bereits dein ältester Sohn in der großen und tapferen Armee des Führers unter Einsatz von Blut und Leben fortgesetzt, und seine Kinder werden es vielleicht einmal vollenden.«<sup>35</sup> Lohse äußerte sich widersprüchlich zu Löhr als Arzt. Seine eingangs getroffene Feststellung: »[...] wie du als Wissenschaftler und Arzt der Menschheit gedient und auch jedem einzelnen Kranken, ob arm oder reich, wenn er zu dir kam, geholfen hast [...].«<sup>36</sup> wurde wenige Minuten später durch die Feststellung konterkariert: »Hattest du bis dahin [gemeint ist der Eintritt in die NSDAP, d. Verf.] deinem Beruf und deiner Wissenschaft gedient, so gingest du jetzt hinaus als Prediger in der Wüste, um deinem Volke einen neuen politischen Glauben zu bringen, und ich weiß es von deinen Freunden, wie du deine Zeit der Bewegung geopfert, deinen Beruf vielleicht hier und da vernachlässigt hast [...] um nunmehr der neuen Gemeinde [...] in dem neuen Glauben Adolf Hitlers zu dienen.«<sup>37</sup> Lohses Worte machen deutlich: Auch Hanns Löhr konnte nur einem Herrn dienen. Dieser waren nicht die Patienten,

32 Ebd., S. 132

33 Ebd., S. 132.

34 Lohse, Hinrich: Nachruf für Hanns Löhr, in: Kieler Blätter (1941), S. 136–137.

35 Konrad Löhr war Infanterist im Russlandfeldzug. Von 1950 bis 1956 war er bei Reinwein als Assistent in der 1. Medizinischen Klinik. Vgl. Huch, S. 81, Anm. 152.

36 Lohse, S. 136.

37 Lohse, S. 136f.

schon gar nicht »jeder einzelnen Kranke, ob arm oder reich«, sondern Adolf Hitler und dessen nationalsozialistische Ideologie.

Die Einschätzung der Reden von Ritterbusch und Lohse durch Gottfried Michaelis, der sich mit dem Leben Löhrs im Zusammenhang mit dem »Fall Vischer« befasst hatte, soll hier nicht verschwiegen werden. Ritterbusch wurde eine »hochpathetische Hymne« mit erstaunlich geringem Wortschatz fern von der von den Nachlebenden erlebten Wirklichkeit zuerkannt, Lohses Nachruf als primitiv bezeichnet. Diese Bewertung ist kritisch zu sehen: Michaelis macht sich nicht die Mühe, die in den aus heutiger Sicht tatsächlich wegen ihres schwülstigen Stils schwer zu lesenden Reden enthaltenen wertvollen Informationen über Löhr auszuwerten. Er bleibt in einer oberflächlichen, mehr formalen Bewertung stehen und nutzt dadurch nicht die in den beiden Totenreden enthaltenen Zugänge zu Löhrs Persönlichkeit.<sup>38</sup> Diese war, wie Heiber es zusammenfasst, die eines fröhlichen und derben wissenschaftlichen Landsknechts.<sup>39</sup> Er war ein Mann, dem es gelang, ohne Behinderung durch seine Zugehörigkeit zu einer Bildungselite wegen seiner direkten, aber auch cholerischen und jähzornigen Art, als »Alter Kämpfer« von den Nationalsozialisten ohne Einschränkung als einer der ihren angesehen zu werden. Seine Gegner müssen es mit ihm schwer gehabt haben.

Über Löhr als Arzt ist in den Quellen und der Literatur wenig zu finden. Helmut Heiber und auch Christian Kinder berichten über eine Auseinandersetzung, die der damals noch stellvertretende Kurator Kinder mit Löhr als Klinikdirektor in einer Patienten betreffenden Angelegenheit hatte. Dabei ging es um einen Seelsorger an den Heilanstalten, ein Angehöriger der Bekennenden Kirche, der die Angewohnheit hatte, dann, wenn bei einem Patienten das Ende nahte, mit der Gemeindegewester auf dem Flur vor den Krankenzimmern geistliche Lieder zu singen. Hierin sah Löhr, wie auch Heiber meint, nicht ganz zu Unrecht, eine den Heilerfolg gefährdende psychische Belastung der übrigen Kranken. Seine Intervention hatte allerdings nur zweifelhaften Erfolg. Der Seelsorger wurde vom stellvertretenden Kurator Christian Kinder gegen den Einspruch Löhrs durch einen fast blinden Pastor mit goldenem Parteiabzeichen ersetzt, der dann zu guter Letzt sogar mit einem fahrbaren Harmonium tätig wurde. Dieser Geistliche wurde von Löhr toleriert, obwohl sich die Situation für die Patienten eher verschlechtert hatte.<sup>40</sup> Es zeigt sich, dass Löhr durchaus bis zu einer gewissen

38 Michaelis, S. 138.

39 Heiber, Helmut: Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 2 Bd. 2. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München 1992, S. 402.

40 Heiber, II, 2, S. 399; Kinder, Christian: Neue Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein und im Reich 1924–1945, Flensburg<sup>3</sup> 1968, S. 206 f.

Grenze als Arzt handelte, die Grenze war jedoch erreicht, sobald die Partei »ins Spiel« kam. Parteigenossen konnten, wie sich an Beispielen zeigen lässt, auch wenn sie im Unrecht waren, nicht die erforderliche Leistung zeigten oder sich etwas hatten zuschulden kommen lassen, immer mit Löhr rechnen.<sup>41</sup>

Über seine wissenschaftlichen Leistungen gibt die Stellungnahme der Kieler Fakultät zu Löhr im Rahmen des Berufungsverfahrens zur Nachfolge Schittenhelms deutliche Hinweise.<sup>42</sup> Auf die Einschränkungen bei der Interpretation dieser Quelle wurde bereits hingewiesen. Der vorsichtigen Absage geht eine summarische Darstellung seiner wissenschaftlichen Leistungen und Verdienste zu Beginn seiner Karriere in Kiel voraus: Bearbeitung serologischer Probleme wie des Agglutiningehalts der Muttermilch, der Blutkörperchensenkung, dann der Wirkung von Reizstoffen. Wörtlich heißt es: »Diese Arbeiten sind anerkannt und sind sorgfältig durchgeführt.« Die Hospitationen in Berlin und Utrecht, eine neue Methodik für Versuche an isolierten Säugertierlungen und seine bereits erwähnte Habilitationsschrift werden angesprochen. Die Zusammenfassung seiner Kieler wissenschaftlichen Tätigkeit mit den Worten »[i]n seiner wissenschaftlichen Tätigkeit war er fleißig und zuverlässig«, klingt auf den ersten Anschein gut, ist aber bei genauer Betrachtung nicht als wirklich positive Bewertung anzusehen. Kritisch geht die Fakultät im Weiteren auf Löhrs wissenschaftliche Leistungen in Sarepta ein: »Aus der damaligen Zeit stammen nur einige Veröffentlichungen über die Behandlung von Herzkranken mit Adonis vernalis<sup>43</sup> in verschiedenen Zeitschriften und weiter eine Arbeit über die Behandlung spastischer Zustände im Magen-Darmkanal mit den sogenannten Gastretten, einer Mischung von Arzneimitteln, die auf Veranlassung von Löhr in den Handel eingeführt wurden und die sich gut bewährt haben.« Die Botschaft ist versteckt aber eindeutig: Wissenschaftliches Ansehen besaß Löhr in der Kieler Fakultät nicht. Die genannten Veröffentlichungen besaßen aus der Sicht der Fakultät keinen hohen Wert.

Selbst nachdem er in Kiel fest im Sattel saß, muss es Gerede über seinen wissenschaftlichen Fleiß gegeben haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass im Jahre 1938 eine ansonsten unübliche kleine neunseitige Broschüre mit dem Titel »Arbeiten aus der

41 Z. B. Gerhard Küntscher, Alfred Wilhelm Fischer, Wilhelm Meister, Robert Herbst, Walter Marquort.

42 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8, Nachsatz zu der Liste für die Wiederbesetzung des Medizinischen Lehrstuhls in Kiel v. 11.5.1934.

43 Adoniskraut: Ein Arzneimittel mit einer schwachen, die Herzkraft verbessernden Wirkung, das aus der gleichnamigen Pflanze gewonnen wird. (Pschyrembel, Willibald: Klinisches Wörterbuch, Berlin<sup>259</sup> 2001, S. 23.)

Medizinischen Universitätsklinik Kiel in der Zeit vom 1. August 1934 bis 31. Dezember 1937« erschien. Löhr konnte für diese Zeit 18 Fachartikel, drei davon zusammen mit Hilmar Wilmanns, dem Sohn seines ehemaligen Chefs aus Gilead, vorlegen. Immerhin 17 Dissertationen wurden unter seiner Anleitung geschrieben. Dazu kamen einige Veröffentlichungen nichtmedizinischer Natur. Insgesamt etwa rund 60 Veröffentlichungen und über 40 Dissertationen stammten aus dem Kreise seiner Mitarbeiter.<sup>44</sup> Vonkennel schrieb über Löhrs Forschungen in Kiel nach dessen Tode: »Die Themen der neuen Forschungszeit schließen an die früheren an, und für das besondere ›Schilddrüse und Jodstoffwechsel‹ wird er zusammen mit Wilmanns ein anerkannter Spezialist. Ein allgemeingültiges Verfahren zur Jodbestimmung in biologischem Material wird ausgearbeitet, die Jodaufnahme durch die Lunge aus der Luft wird festgestellt, ihre praktische Bedeutung – Seeluft, Kontinentalklima – beleuchtet, und die letzte Arbeit vom März 1941 ist noch ein wichtiger Beitrag zur Frage der Verteilung des Jods im Gehirn unter normalen Bedingungen und nach Jodzufuhr. Daneben finden wir aber noch viele bemerkenswerte praktische und wissenschaftliche Arbeiten: Über mechanische Kreislaufschädigungen; über das Altersherz; die Störungen der Blutbildung nach Magenoperationen und über die sogenannten Herdinfektionen. In dem von A. W. Fischer, Kiel, herausgegebenen Buch über: ›Das ärztliche Gutachten im Versicherungswesen‹ schreibt Löhr das Kapitel über das Herz und den Kreislauf.«<sup>45</sup>

1940 publizierte er sein Buch »Aberglauben und Medizin« (Auflage: 2.000 Exemplare). Von dem für Thema und Kriegszeit ungewöhnlich erfolgreichen Werk folgte Ende 1941 die nächste Auflage, zwei weitere Nachdrucke 1942 und 1943 führten zu einer Gesamtauflage von 30.000 Exemplaren.<sup>46</sup> Nach Freerksen kommt in diesem Buch die feste Überzeugung zum Ausdruck, »dass Unverstand, Mystik, falsch verstandener Glaube und Aberglauben nur verschiedene Erscheinungsformen jener Kräfte seien, die als ewige Widersacher des Geistes anzusehen sind.« Für Löhr also war – so Freerksen – »der Aberglaube weniger seiner Tatsachen wegen interessant, sondern vielmehr in seiner Eigenschaft als der zu allen Zeiten nachweisbar gefährlichste Gegner im Bereich der wissenschaftlichen Medizin, wenn nicht der Wissenschaft überhaupt.« Er schlussfolgerte: »[...] sein Ziel war nicht, mit diesem Buch ein Problem zu klären, sondern er sah seine Hauptaufgabe darin, aufzurütteln und anzuregen. Nur wer das weiß, kann die oft in bewusster Schwarz-Weiß-Zeichnung gehaltene Darstellung Löhrs

44 LASH 47, Nr. 2049, Arbeiten aus der Medizinischen Universitätsklinik Kiel in der Zeit vom 1. August 1934 bis 31. Dezember 1937, Kiel 1938.

45 Vonkennel/Freerksen, S. 122.

46 Löhr, Hanns: Aberglauben und Medizin, Leipzig 1940.

richtig verstehen.«<sup>47</sup> Löhr setzte sich kritisch mit Wunderheilern und Kurfuscherei auseinander und kam trotz seiner ständig spürbaren nationalsozialistischen Grundhaltung zu Ergebnissen, die auch heute noch Bestand haben könnten, wie z. B.: »Bei allen Wunderheilungen kommt es nicht so sehr darauf an, wodurch das Wunder eintritt, was der Wunderheiler wirklich tut, sondern darauf, was von ihm geglaubt wird. So ist auch zwischen Arzt und Kranken das Vertrauen das festeste Band und vielfach Vorbedingung zur Heilung. [...] Auch der moderne Arzt kann nicht die »Magiermütze« entbehren, die Paracelsus und Doktor Faust trugen. [...] Was heute die »Schulmedizin« als Dogma lehrt, ist morgen der Glaubensinhalt der Laienmedizin. Umgekehrt bringt die wissenschaftliche Heilkunde in unseren Tagen manchen altbewährten, aber längst verschütteten medizinischen Schatz der Volksmedizin wieder zu Ehren.« Und etwas später findet sich Folgendes: »Der stärkste Feind des Aberglaubens und des Wunders aber ist die Wissenschaft.«<sup>48</sup>

Sein nächstes Werk »Naturwissenschaft und Theologie« konnte er nicht mehr vollenden, es erschien ergänzt durch ein von einem »A. v. H.« gezeichnetes Nachwort im Jahre 1944. Es ging ihm hier um die »Unterdrückung des germanische Wesens«, um den Kampf der Kirche gegen das Germanentum: »Rom hat es stets mit unfehlbarem Instinkt verstanden, dasjenige, was geeignet war, das Germanentum zu fördern, hintanzuhalten, und demjenigen, wodurch es am tiefsten geschädigt werden mußte, Vorschub zu leisten.« Der »germanische Drang nach Freiheit des Denkens und Glaubens« konnte niemals völlig unterdrückt werden, »bis er siegreich durchbrach und in unseren Tagen in der Idee des Nationalsozialismus seine reinste Offenbarung fand.«<sup>49</sup> Kritisch setzte er sich mit der Haltung der katholischen Kirche zur Wissenschaft auseinander,<sup>50</sup> beschreibt den Standpunkt theologischer Kritiker, die für sich gegenüber naturwissenschaftlichen Fragen in Anspruch nehmen, »es gebe Voraussetzungen für richtige Fragen, die nicht rein intellektueller Natur, aber von größter Bedeutung für »reine« Intellektualität und sachliches Fragen sind« und fordert dies auch für die nationalsozialistische Ideologie: »Wir möchten solche Voraussetzungen auch für uns in Anspruch nehmen, wenn der ganze Komplex von nationalsozialistischer Weltanschauung her einmal betrachtet wird.« Das vermutlich wegen des fehlenden Schlusses seines Buches nicht erreichte Ziel sollte sein, den Nachweis zu führen, »daß von kirch-

47 Vonkennel/Freerksen, S. 125.

48 Löhr, Aberglauben, S. 131 f.

49 Löhr, Hanns: Naturwissenschaft und Theologie. Eine zweitausendjährige Auseinandersetzung, Dortmund 1944, S. 3.

50 Ebd., S. 5 f.

licher Seite aus keine einzige bedeutungsvollere Lehre aus der Vergangenheit – wenn wir von der Annahme des heliozentrischen Systems von Kopernikus, nach 300 Jahren, absehen – aufgegeben wurde, und daß heute die Methoden der Scholastik in der Neuscholastik als offizielle Philosophie der Kirche die gleiche alles beherrschende Stellung innehaben, wie in der Vergangenheit, endlich aber, daß in unseren Tagen die Kurie eine freie Forschung niemals zuläßt, genau so wenig, wie sie es früher tat.«<sup>51</sup>

Beide Bücher werfen Fragen zu Löhrs Absichten auf, die erst an späterer Stelle näher erörtert werden können: Ging es Löhr wirklich nur um Aberglauben, Theologie, Naturwissenschaft und Medizin, oder ging es ihm auch um die Möglichkeit, die 1940 nach dem Tode des Reichsärztführer Wagner im Jahre 1939 und den Notwendigkeiten des Krieges allmählich in den Hintergrund tretende »Neue Deutsche Heilkunde« und die anfangs in der NSDAP ausgeprägte Wissenschaftsfeindlichkeit indirekt anzugreifen? Eines läßt sich schon hier feststellen: Beide Bücher waren mit einem erheblichen Quellenstudium verbunden und bedeuteten so viel Arbeit, dass der durch Klinik, Fakultät, Universität, politische Ämter, Partei und sich verschärfender qualvoller Krankheit belastete Löhr schon einen tieferen Antrieb verspürt haben muss, sich dieser Aufgabe zu unterziehen, als lediglich die Zahl seiner Publikationen um zwei weitere zu erhöhen.

### 5.1.3 Hanns Löhr als nationalsozialistischer Politiker

Zweifellos war Löhr auch politisch durch sein protestantisches, frommes, konservatives und vaterländisches Elternhaus schon einschlägig geprägt. Auch der Besuch eines humanistischen Gymnasiums während der Kaiserzeit, die »Felderlebnisse« im Weltkrieg, die kurze Mitgliedschaft in der Brigade Loewenfeld, die Ablehnung des Versailler Vertrages sowie die Akzeptanz durch Schittenhelm sprechen für eine ausgeprägte nationalliberale Gesinnung. Inwieweit vielleicht in der Weimarer Zeit erst in Kiel, dann in Sarepta eine möglicherweise schon vorhandene Neigung zu den Nationalsozialisten aus Karrieregesichtspunkten zurückgestellt wurde, läßt sich heute nicht mehr feststellen, würde aber nicht überraschen.

Spätestens seit 1931, ziemlich wahrscheinlich schon früher, betätigte Löhr sich politisch. Sein verhältnismäßig früher Eintritt in die NSDAP hatte zur Folge, dass er vom 1. Oktober 1931 bis zu seinem Wechsel nach Kiel NSDAP-Kreisleiter für den Landkreis Bielefeld, Stellvertreter des Landrats, Mitglied des Kreis Ausschusses, 1. Kreisdeputierter

51 Ebd., S. 10f.

sowie Mitglied des Provinziallandtages Westfalen war.<sup>52</sup> Schon seit dem 15. Februar 1931 war er SA-Standartenarzt und seit dem 1. Juli 1932 bis zu seinem Wechsel nach Kiel als Sanitäts-Gruppenführer Gruppenarzt der SA Westfalen,<sup>53</sup> kurz gesagt: Er hatte sich mit Haut und Haar der NSDAP verschrieben.<sup>54</sup> Dazu kam dann noch die Aufgabe des Bezirksobmanns des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes (NSDÄB). Lohses Beschreibung der Hingabe Löhrrs zu Hitler war bereits zitiert worden: Der Chefarzt Hanns Löhrr bekannte sich nicht nur zum Nationalsozialismus und zur Gefolgschaft Hitlers, sondern hatte es auch durch seine Taten bewiesen. Lohse führte in seinem Nachruf auf Löhrr dann weiter aus: « Hattest du bis dahin deinem Beruf und deiner Wissenschaft gedient, so gingst du jetzt hinaus als Prediger in die Wüste, um deinem Volke einen neuen politischen Glauben zu bringen, und ich weiß es von deinen Freunden, von unseren Parteigenossen, wie du deine Zeit der Bewegung geopfert, deinen Beruf vielleicht hier und da vernachlässigt hast, wie du dein Geld gegeben, dein Auto der Bewegung zur Verfügung stelltest, so daß berufliche Fahrten unterbleiben mußten, wie du das große Glück neben deiner tapferen Frau und der blühenden Kinderschar zurückstelltest, um nunmehr der neuen Gemeinde, die du dir als Ortsgruppenleiter geschaffen hattest, in dem neuen Glauben Adolf Hitler zu dienen. Und diese unbequeme und rastlose Tätigkeit, am Tage der Beruf und am Abend und nachts die Partei, der du in der Kampfzeit bald als Kreisleiter dienen mußtest, ist auch in den späteren Ämtern als SA.-Arzt, als Gauamtsleiter und Brigadeführer bis zu deinem Tode nicht mehr abgebrochen.»<sup>55</sup>

So verwundert es nicht, dass Löhrr sich massiv und mit Erfolg als nationalsozialistischer Amtsinhaber in die Besetzung von Arztstellen der Anstalt Bethel einmischte. Der Fall des Arztes Enno Herzfeld lässt bereits hier die strikt antisemitische Haltung Löhrrs erkennen: Enno Herzfeld bewarb sich im September 1933 in Bethel. Neben guten fachlichen Voraussetzungen – er war seit 1930 in der Provincial-Heil- und Pflegeanstalt Gütersloh tätig gewesen – hätte er eigentlich auch sonst ein Arzt nach dem Herzen Hanns Löhrrs' sein müssen, war er doch 1919 Mitglied in einem Freikorps im Baltikum gewesen, Anwärter des NSDÄB und stammte aus einem evangelisch-christlichen Elternhaus. Die Tatsache, dass er einen jüdischen Großvater hatte, führte jedoch zum Eingreifen Löhrrs. Herzfelds Anstellung scheiterte,<sup>56</sup> obwohl dieser Sachverhalt nicht

52 BArch SSO 272 A, p. 376, Lebenslauf o. D. [August 1936].

53 Ebd.

54 BArch R 4901, Nr. 13270, Personalblatt.

55 Lohse, S. 137.

56 Schmuhl, Ärzte, S. 31.

einmal unter die Bestimmungen des »Arierparagraphen« fiel. In einem anderen Fall musste Bethel unter dem Druck Löhrs einen Arzt entlassen.<sup>57</sup> Lühr forderte, dass künftig er als Betriebsobmann des NSDÄB bei der Neueinstellung von Ärzten gehört werden müsse.

Der Versuch der Gleichschaltung der Deutschen Evangelischen Kirche durch die Nationalsozialisten und den mit ihnen verbundenen Deutschen Christen führte im Mai 1934 zur Bildung einer Oppositionsbewegung, der Bekennenden Kirche, die für sich den Anspruch erhob, die einzige rechtmäßige Kirche zu sein. Es kam zum »Kirchenkampf« zwischen Angehörigen der Bekennenden Kirche und der Deutschen Christen.<sup>58</sup> Lühr stand in Bielefeld im Brennpunkt der kirchlichen Auseinandersetzung.<sup>59</sup> Trotz seiner Stellung in der Klinik Gilead setzte sich Lühr aktiv für die Deutschen Christen ein.<sup>60</sup>

Dass Lühr als Chefarzt des Gilead-Krankenhauses mit dem Erreichten offensichtlich nicht zufrieden war, zeigen die Ereignisse, die zum tragischen Schicksal des Münsteraner Direktors der Medizinischen Universitätsklinik Paul Krause führten. Als Gegner der »Neuen Deutschen Heilkunde« griff dieser das Eintreten Gerhard Wagners, des Vertrauensmannes Heß' für medizinische und hochschulpolitische Fragen, für den Entwurf eines Heilpraktikergesetzes an und geriet in das Visier des späteren Reichsarztreführers. Wagner verlangte wegen Hetze in übelster Weise Krauses Absetzung.<sup>61</sup> Die Medizinische Fachschaft Münster und die Klinikerschaft unter Leitung von cand. med. H. D. Sinn, einem Neffen Löhrs, hielten plötzlich die Qualität der Vorlesungen Krauses für mangelhaft und boykottierten diese. Die Dozentenschaft unterstützte die Forderungen der Studenten, der Oberarzt Krauses, Sanitätssturmführer und Vertrauensmann der NSDAP-Reichsleitung Robert Gantenberg intrigierte gegen seinen Chef.<sup>62</sup> Die Assistenten Krauses allerdings wie auch der Kurator stellten sich hinter Krause. Die SA-Gruppe Westfalen in Dortmund schlug ihren Gruppenführer Hanns Lühr dem Minis-

57 Ebd.

58 Nowak, Kurt: Kirchenkampf, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 192–194, hier S. 192 f.

59 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt 1, IV, 17, Beiheft p. 158. Schrb. der SA der NSDAP, Brigade 66 (Münster) an SA-Obergruppe X, Dortmund v. 30.4.1934. Die Unterlagen GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft, verdanke ich Frau Dr. Ursula Ferdinand, Berlin.

60 Siehe dazu auch das »Lebensbild Hanns Lühr« in: Michaelis, S. 132–139.

61 Heiber, I, S. 177.

62 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17, p. 158. Beiheft Schrb. der SA der NSDAP, Brigade 66 (Münster) an SA-Obergruppe X, Dortmund v. 30.4.1934.

terium in Berlin als geeigneten Nachfolger vor. Nach einigem Hin und Her, das ausführlich von Heiber dargestellt wird, erschoss sich Krause am 7. Mai in Bad Ems.<sup>63</sup> Die Verzweiflungstat Krauses hatte erhebliche Folgen für die Beteiligten: Der Gauleiter des Gaus Westfalen-Nord schrieb am 17. Mai an den Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, dass er eine Nachfolge Krauses durch Löhr für untragbar halte. Löhr habe ihm in einem Gespräch mitgeteilt, dass er für Kiel vorgesehen sei. Der Gauleiter urteilte hierzu: »So ungern ich ihn als Vorkämpfer gegen den Bethel-Geist scheiden sehe, vielleicht ist es augenblicklich das Richtige.«<sup>64</sup> Im gleichen Schreiben sprach er ein Schreiben des Kreisleiters Tewes »Löhr betreffend« an, das beigelegt war, in den Unterlagen aber nicht mehr verfügbar ist. Offenbar musste es Negatives über Löhr enthalten haben,<sup>65</sup> anders sind zwei Sätze seines Schreibens nicht zu verstehen: »Ich will und kann noch nicht glauben, dass dieser Bericht den Tatsachen entspricht. Jedenfalls werde ich die Behauptungen wegen Dr. Löhr zum Gegenstand eingehender Untersuchungen machen.«<sup>66</sup> Heiber berichtet, dass über Löhr plötzliches Bedenkliches zu hören gewesen sei. Er solle vor den Teilnehmern eines Kursus erklärt haben, dass Röhm der kommende Mann sei und erst nach allgemeinem Räuspern der Anwesenden hinzugefügt haben: »Außer unserem Führer.«<sup>67</sup>

In der Folge musste sich Löhr gegenüber dem Ministerium in Berlin rechtfertigen. Krause habe ihn, Löhr, auf dem Internistenkongress in Wiesbaden als den eigentlichen Urheber der Aktion bezeichnet. Und wörtlich hieß es in seinem Schreiben an Ministerialrat Achelis weiter: »Ich nehme an, dass die entscheidend von Zentrumskreisen in begreiflicher Erregung über den Tod des Prof. Krause ausgestreuten Gerüchte gegen die NSDAP und insbesondere gegen die SA auch Ihnen zu Ohren kommen werden. Ich habe daher zu meiner Rechtfertigung mir gestattet, diese meine ehrenwörtliche

63 Heiber, I, S. 175–179.

64 Trotz der Tatsache, dass der Fakultätsausschuss der Kieler Medizinischen Fakultät sich in seinen Beratungen am 11.5.1934 noch gegen Löhr ausgesprochen hatte, schienen Löhr und die Gauleitung in Westfalen-Lippe davon auszugehen, dass der Wechsel Löhrs nach Kiel eine beschlossene Sache sei. Hier handelt es sich um ein weiteres, nicht unbedingt erforderliches, Indiz dafür, dass die Reichsleitung der NSDAP Löhr in Kiel haben wollte. Die Auffassung der Kieler Medizinischen Fakultät und des REM waren hierbei offensichtlich zweitrangig.

65 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft, p. 194. Schrb. Gauleiter Westfalen-Nord an Staatssekretär Stuckart, Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 17.5.1933.

66 Ebd.

67 Heiber, I, S. 179.

Erklärung an Eidesstatt über den Fall Krause zu Ihren Akten zu geben.«<sup>68</sup> Löhr versicherte »dass ich mit den ganzen Unternehmungen der Studentenschaft und auch der Dozentenschaft, insbesondere mit den Eingaben von Prof. Grävingshoff, nicht das Geringste zu tun habe.«<sup>69</sup> Die Erklärung dürfte dem Wortlaut nach zutreffen, lässt aber völlig offen, inwieweit Löhr im Hintergrund Motor der gegen Krause gerichteten Aktivitäten gewesen war.

Auch in Kiel übernahm Löhr schnell verschiedene Parteiämter, so z. B. den Posten des Bezirksobmanns des Nationalsozialistischen Ärztebundes. Noch 1934 wurde er Gauamtsleiter für Bevölkerungspolitik und 1935 Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP im Gau Schleswig-Holstein. 1936 wechselte Löhr von der SA zur SS, wurde dort SS-Oberführer und später SS-Brigadeführer und war der Führungsreserve des SD-Hauptamtes zugeordnet.<sup>70</sup> Voraussetzung für Aufnahme in den SD war der Austritt aus der Kirche,<sup>71</sup> den Löhr zu dieser Zeit vollzogen haben muss.<sup>72</sup> Außerdem war Löhr Senatsmitglied und Ratsherr der Stadt Kiel.<sup>73</sup> Die politischen Ämter standen nun aber nicht mehr im Vordergrund seines Interesses. Vielmehr ging es ihm darum, seinen wissenschaftsskeptischen nationalsozialistischen Parteigenossen zu beweisen, dass die Hochschulen unter richtiger Führung und Schwerpunktsetzung in den nationalsozialistischen Staat passten und ihm dienen konnten. Dazu waren Aktivitäten Löhrs in der Universität, in der Dozentenschaft und in der Medizinischen Fakultät erforderlich. Damit er dieses Ziel erfolgreich erreichen konnte, war es im Herbst 1934 erst einmal notwendig, die Medizinische Klinik zu einer nationalsozialistischen Bastion innerhalb der Fakultät auszubauen.

68 GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft, p. 206, Schrb. Löhrs an Achelis, Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung v. 25.5.1934.

69 Ebd., p. 207, Schrb. Löhr an Wirz, Hochschulkommission der NSDAP München v. 25.5.1934.

70 BArch SSO 272 A, p. 367, Personalnachweis Hanns Löhr.

71 Ebd., p. 401, Fragebogen zur Ergänzung bzw. Berichtigung der Führerkartei und Dienstaltersliste.

72 BArch SSO 272 A, p. 376, Lebenslauf o. D. [August 1936], Vonkennel/Freerksen, S. 126.

73 Ebd., S. 121.

#### 5.1.4 Hanns Löhrs Umgang mit Mitarbeitern in der Klinik

Löhrs Berufung nach Kiel hatte tiefgreifende Folgen für die Zusammensetzung der Assistenten in der Medizinischen Universitätsklinik. Es entstand eine Fluktuation von Oberärzten und Assistenten, die in diesem Umfang in der Kieler Medizinischen Fakultät bisher nicht beobachtet werden konnte, allerdings bei Kenntnis der Persönlichkeitsstruktur Löhrs auch nicht überrascht. Schittenhelms Oberarzt Fritz Schellong<sup>74</sup> hatte bereits 1933 unabhängig von Schittenhelms Berufung nach München die Leitung eines Krankenhauses in Heidelberg übernommen. Friedrich Tiemann wurde sein Nachfolger, war dann aber mit Schittenhelm nach München gewechselt, hatte sich dort umhabilitiert und war als Oberarzt engster Mitarbeiter Schittenhelms in München.<sup>75</sup> Sein Nachfolger als Oberarzt in Kiel war Privatdozent Walter Stockinger, der auch schon unter Schittenhelm Assistent der Klinik<sup>76</sup> und 1925 unter dem Stationsarzt Löhr Medizinalpraktikant in der Klinik gewesen war.<sup>77</sup> Außer ihm waren von den zehn Assistenten aus der Zeit Schittenhelms im Sommersemester 1935 noch zwei, Friedrich Chrometzka und Erich Hayer, in der Medizinischen Klinik verblieben. So musste Löhr erst einmal dafür sorgen, wieder eine arbeitsfähige Klinik zu bekommen. Folglich war es für ihn unproblematisch, den Assistenten Walter Marquort aus seiner bisherigen Klinik in Sarepta unterzubringen. Auch dem ihm schon länger bekannten Robert Herbst konnte er eine, wenn auch nicht angemessene Stelle verschaffen. Seit November 1934 war der Sohn des ehemaligen Chefs Löhrs im Krankenhaus Gilead Richard Wilmanns, Hilmar Wilmanns erst als Medizinalpraktikant und dann als Assistent in der Klinik tätig.<sup>78</sup> Im

74 Fritz Schellong (1891–1953): 1920 Promotion in Königsberg, seit 1922 Assistent in Kiel, 1925 Habilitation, 1929 Oberarzt, NSDAP-Mitglied seit 1.5.1933, 1933 apl. Prof., August 1933 Leiter der gemeinnützigen Öffentlichen Krankenanstalten Speyererhof in Heidelberg, 1939–40 ord. Prof. II. Med. Klinik der Dt. Univ. in Prag, 1940 bis zum Tode 1953 Lehrstuhl für Innere Medizin in Münster (Büttner/Bruhn, Bd. 1, S. 51).

75 Friedrich Tiemann (1899–1982): im Ersten Weltkrieg Gefreiter, nach dem Krieg Mitglied der Brigade Ehrhardt, 1920–1922 des S. V. Wingolf und 1922/23 des Marburger Studentenfreikorps, 1926 Promotion, 1928 Habilitation in Kiel, 1. Mai 1933 NSDAP-Mitglied (Nr. 2730384), Okt. 1933 SA als Truppführer, 1935 SS als Sanitätsuntersturmführer, 1934 Oberarzt in München, dort 1936 apl. Prof., NSDDB, NSDÄ, NSV. 1938 Berufung an die Universität Bonn als o. Prof. gegen den Willen der Medizinischen Fakultät, überzeugter Nationalsozialist (Forsbach, S. 158 ff.).

76 Walter Stockinger (1899–1951): 1924 Promotion und 1929 Habilitation in Kiel, seit 1927 Assistent der Klinik, 1936 n. b. apl. Prof, ab 1938 Badearzt in Mergentheim.

77 LASH Abt. 47, Nr. 5518, Schrb. Löhr an Herbst v. 23.8.1934.

78 LASH Abt. 47, Nr. 7128, Lebenslauf Hilmar Wilmanns v. 23.2.1942.

Sommer 1936 wurde Erich Finke eingestellt, der im Zusammenhang mit den Kälteversuchen an KZ-Häftlingen aus Dachau 1941 zusammen mit Holzlöhner noch eine unglückliche Rolle spielen sollte. Stockinger kündigte zum 1. April 1938 sein Arbeitsverhältnis wahrscheinlich nicht freiwillig oder wurde sogar gekündigt,<sup>79</sup> sein kommissarischer Nachfolger war Chrometzka,<sup>80</sup> später dann bis zum Kriegsende und auch unter der Leitung des Nachfolgers von Löhr, Helmuth Reinwein, Hans Glatzel. Glatzel konnte jedoch ab 1941 wegen seiner Einberufung diese Funktion nicht wahrnehmen. Einige der 1935 neu eingestellten Assistenten (Helmut Uffenorde, Erich Köhler, Horst Tillmanns) blieben, durchaus typisch für Universitätskliniken, nur kürzere Zeit in der Klinik, andere verließen die Klinik nach etwas längerer Zeit. Zu ihnen gehörten Walter Stockinger, Robert Herbst, Friedrich Chrometzka und Walter Marquort. Wieder andere blieben der Klinik zumindest nominell bis zum Ende des Krieges treu, wurden jedoch meistens durch weibliche »Hilfsärzte« vertreten, da sie durch ihre Einberufung in die Wehrmacht verhindert waren.<sup>81</sup> Walter Drenckhahn und Fritz Pohlmann wurden nicht eingezogen und blieben während der Kriegsjahre in der Klinik. Jochen Rietz war bereits seit 1937 als Medizinalpraktikant und Volontärassistent in der Klinik tätig, erhielt zum Sommersemester 1939 eine Assistentenstelle, übernahm dann jedoch während des Krieges zunächst mit dem Dienstgrad eines SS-Untersturmführers Tätigkeiten im Sicherheitsdienst der SS. In der ab Sommersemester 1947 im Vorlesungsverzeichnis wiedergegebenen Assistentenliste ist außer Bernigau keiner der früheren Assistenten der Klinik mehr zu finden.

Bei Walter Stockinger können Dissonanzen mit Löhr als wahrscheinlich angesehen werden, denn ein Wechsel nach elfjähriger erfolgreicher universitärer Tätigkeit mit Habilitation, *Venia legendi* und apl. Professur in eine Tätigkeit als Badearzt spricht nicht für einen geordneten Abschluss einer Universitätskarriere, sondern dürfte unter dem massiven Druck Löhrs erfolgt sein. Der Wortlaut der Mitteilung Löhrs vom 1. Februar 1938 an den Kurator, mit der das Kündigungsschreiben Stockingers übermittelt wird, ist an verbaler Kälte nicht zu übertreffen und spricht für ein tiefgreifendes Zerwürfnis, das zur sofortigen Trennung geführt haben muss.<sup>82</sup> Deutlicher sind die

79 LASH Abt. 47, Nr. 1672, p. 450, Schrb. Löhr an Kurator v. 1.2.1938.

80 Friedrich Chrometzka (1901–1943): 1926 Promotion, 1932 Habilitation in Kiel, 1938 apl. Prof.

81 Zu ihnen gehörten Gustav-Adolf Jöllenbek, Helmut Bordewiek, Hilmar Wilmanns, Werner Essen, Heinrich Bernigau und Erich Finke.

82 LASH Abt. 47, Nr. 1672, p. 450, Schrb. Löhr an Kurator v. 1.2.1938: »[...] erlaube ich mir die Kündigung des Oberarztes Professor Dr. Walter Stockinger beizufügen und bitte, ihn zum

Spannungen zwischen dem kommissarischen Nachfolger Stockingers, Friedrich Chrometzka, und Löhr dokumentiert. Chrometzka war Assistent der Klinik seit Mai 1925, 1926 erfolgte seine Promotion, 1932 die Habilitation verbunden mit der *Venia legendi*. Zunächst muss es zwischen Löhr und Chrometzka, die 1925 für etwa zwei Monate bis zum Weggang Löhrs nach Sarepta noch gemeinsam Assistenten Schittenhelms gewesen waren, eine gute Arbeitsatmosphäre gegeben haben. Löhr setzte den 1. Assistenten Chrometzka im August 1934 als Leiter der Ambulanz der Medizinischen Klinik ein, die ihm bereits 1929 von Schittenhelm übertragene Leitung der chemischen Laboratorien und die wissenschaftliche Leitung der Diätküche beließ er ihm bis zum März 1939. In den Akten findet sich aus dem Jahr 1936 ein durchaus respektabler persönlicher Einsatz Löhrs für eine finanzielle Beihilfe des Ministeriums an Chrometzka, dessen Ehefrau gerade ihr fünftes Kind bekommen hatte, die dann wenige Monate später in Höhe von 500,- RM auch gewährt wurde.<sup>83</sup> 1938 sprach sich Löhr in höchsten Tönen für die Verleihung der Dienstbezeichnung n. b. apl. Professor aus und hob besonders die wissenschaftlichen Arbeiten Chrometzkas zum Harnsäure- und Purinstoffwechsel hervor, lobte ihn als akademischen Lehrer und verwies auf sein sehr gutes ärztliches Können.<sup>84</sup> Auf die Beauftragung des 1. Assistenten mit der kommissarischen Oberarztstätigkeit nach dem Ausscheiden Stockingers vom März 1938 bis zum Juli 1940 wurde bereits hingewiesen. Am 12. November 1938 wurde Chrometzka nicht beamteter außerplanmäßiger Professor, im September 1939 wurde der Antrag Chrometzkas auf Ernennung zum mit einer Verbeamtung verbundenen a. o. Professor »neuer Ordnung« von Löhr befürwortet.<sup>85</sup> Vielleicht wegen der von Chrometzka offenbar gerne akzeptierten Einberufungen zur Wehrmacht traten zwischen ihm und Löhr Spannungen auf, vielleicht waren jedoch die ohnehin bestehenden Spannungen der Grund dafür, dass Chrometzka den Dienst in der Wehrmacht einer Tätigkeit unter Löhr vorzog. Chrometzka nahm nicht nur am Polenfeldzug teil, sondern ließ sich 1940 auch erneut reaktivieren, als es Ärger in der Klinik mit Urlaubsplänen gab.<sup>86</sup> Tatsächlich dürften die Gründe aber tiefer gelegen haben, denn Löhr schreibt an Schittenhelm am 24. Juli 1940: »Chrometzka, dessen wissenschaftliche Leistungen und großen Fleiß ich stets anerkannt habe, war mir als überzeugter Kathole und im Hinblick auf seine sonstige politische Vergangenheit

1. April 1938 aus dem Amtsverhältnis entlassen zu wollen. Über die Nachfolge des Prof. Stockinger als Oberarzt ist vorläufig noch keine Entscheidung getroffen.«

83 LASH Abt. 47, Nr. 6509, diverse Schreiben in den Monaten Februar bis April 1936.

84 Ebd., Schrb. Dekan an Ministerium v. 14.7.1938.

85 LASH Abt. 47.6, Nr. 66, p. 14, Schrb. Dekan an Ministerium v. 27.9.1939.

86 Büttner/Bruhn, Bd. 1, S. 69.

nicht der geeignete Mann, bei mir Oberarzt zu werden.«<sup>87</sup> Sowohl die Konfession wie auch politische Überzeugung seines Oberarztes waren nicht nach dem Geschmack des Nationalsozialisten und SD-Mannes Hanns Löhr. Dies waren Gesichtspunkte, die für ihn eine große Rolle spielten und wahrscheinlich nur durch die große Tüchtigkeit Chrometzkas kompensiert wurden. Mit einer nur zur damaligen Zeit möglichen Konstruktion erfolgte die Trennung: Chrometzka sollte zum 30. September 1940 kündigen, Löhr handelte vorsorglich entsprechend zum gleichen Termin, die Kündigung sollte jedoch bis zu einem Termin nach Kriegsende ruhen. Chrometzka erhielt weiter sein Gehalt als Assistent der Klinik und die üblichen zusätzlichen Entschädigungen als wehrpflichtiger Sanitätsoffizier. Tatsächlich kam es dann jedoch anders: Zum 1. Juni 1941 schied er durch Eintritt in den aktiven Sanitätsdienst des Heeres als Oberstabsarzt formell aus der Medizinischen Klinik aus.<sup>88</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte Löhr noch ein halbes Jahr zu leben. Chrometzka fiel am 24. Januar 1943 als Chef des Feldlazarettes 194 der 94. Infanterie-Division im Kessel von Stalingrad.<sup>89</sup>

Der bereits in Königsberg in der Medizinischen Universitätsklinik als außerplanmäßiger Professor tätig gewesene Robert Herbst war der einzige »Quereinsteiger« unter den Assistenten Löhrs. Bei der Übernahme der Klinik durch Löhr waren viele Assistenten ausgeschieden und damit zunächst einmal viel Fachkompetenz verloren gegangen, so dass Löhr das Interesse Herbsts an einer Stelle in Kiel recht sein konnte. Der 1895 in Eger geborene katholische Oberarzt der Königsberger Medizinischen Poliklinik, »politisch zuverlässig«,<sup>90</sup> »arischer Abstammung« und Parteigenosse<sup>91</sup> war Löhr aus seiner Zeit an dem Physiologischen Institut in Berlin sehr gut bekannt<sup>92</sup> und auch fachlich interessant, da Herbst in Königsberg einen Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin erhalten hatte. Löhr verdeutlichte Herbst, dass er trotz seiner längeren Dienstzeit und seiner Dienstbezeichnung Professor lediglich 1. Assistent und nicht Oberarzt bei ihm werden könnte. Er begründete dies damit, dass es ihm erstens an klinischer Erfahrung mit stationären Patienten fehle und dass zweitens er, Löhr, an dem von ihm sehr geschätzten

87 Ebd.

88 Ebd.

89 Busch, Reinhold: Die letzten Tage im Kessel von Stalingrad (Teil III), in: Wehrmedizinische Monatsschrift 52 (2008), S. 144–146, hier S. 145. Die Aussagen zum Tod Chrometzkas sind widersprüchlich. Ein Zeuge berichtet, dass Chrometzka von sowjetischen Soldaten erschossen wurde, ein anderer schließt Suizid nicht aus.

90 LASH Abt. 47, Nr. 5518, Schr. Löhr an den Dekan v. 22.9.1934.

91 Ebd., Schr. Löhr an den Dekan v. 10.10.1934.

92 Ebd., Schr. Löhr an den Dekan v. 22.9.1934.

Stockinger als Oberarzt festhalten wolle. Als 1. Assistent würde er nach einer Einarbeitungszeit im stationären Bereich jedoch die Poliklinik leiten<sup>93</sup> und den Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin wahrnehmen können. Auch deutete er die Möglichkeit der Übernahme der Leitung der »Luftfahrtmedizin«, gemeint ist wohl die Flugmedizinische Untersuchungsstelle, an, die von dem an der Medizinischen Klinik als Assistenten attachierten Sportarzt der Universität Dr. Wilhelm Meister geleitet wurde.<sup>94</sup> Herbst war mit den Bedingungen einverstanden und übernahm die Stelle zum 1. November 1934, dem für ihn frühestmöglichem Zeitpunkt. Die Luftfahrtmedizin war im Zuge der Vorbereitungen zur Schaffung einer eigenen Luftwaffe für die Nationalsozialisten ein wichtiges Fach. Kiel war nach Bekunden Löhrs neben Königsberg und Hamburg »eine der wichtigsten Ausbildungsstätten der Luftfahrt«.<sup>95</sup> Herbst erhielt den Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin, bot bis zu seinem Ausscheiden Ende November 1937<sup>96</sup> in jedem Semester zu dem Gebiet eine einstündige Vorlesung an und engagierte sich beim Aufbau einer für Unterricht und Untersuchungen geeigneten Infrastruktur.<sup>97</sup> Seine Nachfolge als Dozent übernahm der oben erwähnte Meister, der jedoch auch während der Zeit Herbsts in Kiel weiterhin Leiter der Fliegeruntersuchungsstelle geblieben war.<sup>98</sup>

Es gab zwei Assistenten, zu denen Löhr aus unterschiedlichen Gründen ein besonderes Vertrauensverhältnis hatte. Beide waren noch vor ihm in die NSDAP eingetreten und genossen u. a. auch wegen ihrer politischen Einstellung das besondere Wohlwollen des Klinikchefs. Es handelt sich um Walter Marquort, den Löhr bei seinem Wechsel aus

93 Ebd., Schrb. Löhr an Herbst v. 23.8.1934.

94 Ebd., Schrb. Löhr an Herbst v. 16.10.1934.

95 Ebd., Schrb. Löhr an den Dekan v. 4.1.1935

96 Ebd., Schrb. Herbst an den Kurator v. 14.10.1937. Zum 1.12.1937 übernahm er die Leitung des Städtischen Krankenhauses Berlin-Weißensee.

97 LASH Abt. 47, Nr. 1558, Schrb. Löhr an das Ministerium v. 31.5.1937. Ebd., Schrb. Herbst an das das Ministerium v. 28.5.1937. Herbst fordert für Lehr- und Forschungszwecke für 1937 4.000,- RM. Herbst beantragte zusätzlich einen Kostenzuschuss für die Errichtung einer prinzipiell vom zuständigen Reichsluftministerium zu finanzierenden mit Kosten von 28.000,- RM zu errichtenden Unterdruckkammer; für den Universitätsbereich damals hohe Summen, die nur durch die militärische Bedeutung des Vorhabens begründet werden können.

98 LASH Abt. 47, Nr. 2062, Schrb. Löhr an Ministerium v. 20.1.1938; LASH Abt. 47.6, Nr. 324, Personalunterlagen und Briefwechsel Wilhelm Meister. Wilhelm Meister (1906–1944): Dr. med., seit 1933 Assistent der Med. Klinik Kiel und Sportarzt der Universität, seit 1934 Leiter der flugmedizinischen Untersuchungsstelle, seit 1936 beauftragter Dozent für Sportmedizin, seit 1940 auch für Luftfahrtmedizin. Seit August 1940 Kriegsdienst. Im Spätsommer 1944 durch Partisanentätigkeit in der Slowakei als Stabsarzt umgekommen.

der inneren Abteilung der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta in Bethel mitgebracht hatte und Hilmar Wilmanns, den Sohn seines früheren Chefs.<sup>99</sup> Die von Löhr mit Walter Marquort und Hilmar Wilmanns geführten persönlichen Schriftwechsel in den Jahren 1940/41 geben einen Einblick in die Denkweise Hanns Löhrs sowie in seine patriarchalische, durch Nepotismus besonders gegenüber ihm nahestehenden Parteigenossen geprägte Haltung. Mit Marquort verband ihn die »Kämpferzeit« in Bielefeld und die SA/SS-typische Kameraderie, bei Wilmanns war es eine mehr väterliche Rolle, die Löhr gegenüber dem Sohn seines ehemaligen Chefs und Förderers eingenommen hatte. Auffallend ist in den Briefwechseln mit Marquort und Wilmanns, dass Löhr die beiden mit Vornamen anredet und duzt, umgekehrt wird beim »Sie« geblieben, auch fehlt in der Anrede der Titel nicht.

Walter Marquort hatte für Löhr nicht nur als Assistent in der Klinik in Bethel gearbeitet, sondern war auch seine rechte Hand bei Wahrnehmung seiner politischen Ämter in NSDAP und SA, pointiert formuliert: sein Laufbursche für Partei-Angelegenheiten.<sup>100</sup> Entsprechend sind auch Duktus und Wortwahl in den Briefen. Geboren am 23. April 1905 in Dortmund, evangelisch, Promotion Juni 1932 in Freiburg, war Marquort vom 1. März 1931 bis zu seinem Wechsel nach Kiel zum 1. August 1934 als Medizinalpraktikant und Assistent im Krankenhaus Sarepta tätig. Er war 25-jährig Anfang 1931 der NSDAP beigetreten und im August des Jahres als Sanitätstruppführer SA-Mitglied geworden. Im November 1932 wurde er SS-Sturmführer, später dann in Kiel als SS-Obersturmbannführer, Mitglied des Sicherheitsdienstes der SS, im Fakultätsausschuss Vertreter des NSDDB und »beim Dozentenbundsführer [Löhr, d. Verf.] Helfer in bürotechnischen Angelegenheiten«.<sup>101</sup> Bei seinem Wechsel nach Kiel waren

99 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Personalunterlagen und Briefwechsel Walter Marquort; LASH Abt. 47.6, Nr. 335, Personalunterlagen und Briefwechsel Hilmar Wilmanns.

100 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Personalunterlagen und Briefwechsel Walter Marquort, Schrb. Löhr an Kurator v. 10.12.1934. Löhr schrieb: »[...] daß Dr. Marquort seit Anfang 1931 in sehr exponierter Stellung als SS-Truppführer, mit der Leitung des Nachrichtendienstes beauftragt, im Kampf gegen den Marxismus ungeheure Leistungen und Opfer aufgebracht hat. Er ist seit der Zeit weiterhin ein zuverlässiger Kämpfer der Partei und in seiner Eigenschaft als SA-Standartenführer der persönliche Adjutant des Gruppenarztes der SA Westphalens und des politischen Kreisleiters von Bielefeld gewesen. Da ich vor meiner Berufung die beiden Ämter in meiner Person vereinigte, bin ich in der Lage, über Dr. Marquort nur das allergünstigste Zeugnis auszustellen.« Und: »Da ich persönlich entscheidenden Wert darauf legte, von vornherein mit alteingearbeiteten, politisch und menschlich in jeder Weise zuverlässigen Mitarbeitern umgeben zu sein, erschien mir die Mitnahme des Dr. Marquort eine Notwendigkeit.«

101 Ebd., Lebenslauf 1936.

Marquort die Dienstjahre in Bethel nicht auf seine Besoldung angerechnet worden. Löhr setzte sich in der Folge für ihn in einem Schreiben an den Kurator engagiert ein.<sup>102</sup> In Kiel war er planmäßiger Assistent in der Medizinischen Klinik, allerdings ohne die für diese Tätigkeit erforderlichen wissenschaftlichen Aktivitäten aufzuweisen. Seinem Lebenslauf aus dem Jahre 1936 sind lediglich eine wissenschaftliche Arbeit und ein Routinevortrag auf dem Nordwestdeutschen Internistenkongress 1936 zu entnehmen.<sup>103</sup> Er hatte die Stelle eben nicht bekommen, weil er vielversprechender Wissenschaftsnachwuchs war, sondern weil Löhr auch in Kiel auf ihn nicht verzichten wollte. Arbeiten zur Taucherkrankheit, die für die U-Boot-Waffe von Bedeutung waren, bildeten später ein wissenschaftliches Tätigkeitsfeld Marquorts.<sup>104</sup> Hieraus entstand 1939 eine Doktorarbeit des Assistenten Jochen Rietz,<sup>105</sup> deren Ergebnisse von Marquort und Rietz gemeinsam veröffentlicht wurden.<sup>106</sup> Da eine Assistentenstelle an der Universität immer nur für zwei Jahre vergeben wurde, mit der Bedingung der persönlichen wissenschaftlichen Weiterentwicklung verbunden und auch insgesamt zeitlich begrenzt war, konnte Marquort nicht dauerhaft als Assistent in Kiel bleiben. Hieraus ergab sich eine besondere Anforderung für Löhr. Bei einem dergestalt wissenschaftlich kaum ausgewiesenen Arzt ohne Habilitation und akademischen Lehrauftrag bedurfte es seines ganzen Engagements und Einflusses als SS-Oberführer, um Marquort zu vermitteln. Diese Gelegenheit bot sich 1940, als es Löhr gelang, unter Nutzung seiner Verbindungen innerhalb der SS, insbesondere zu dem ihm aus seiner Tätigkeit als Führer des SD-Unterabschnitts Schleswig-Holstein gut bekannten SS-Obersturmbannführer Horst Böhme, der nach der Besetzung Tschechiens eine neue Verwendung als Sicherheitschef

102 Ebd., Schrb. Löhr an Kurator v. 10.12.1934.

103 Ebd.: »Wissenschaftliche Arbeiten: 1. Experimentelle Arbeit: »Zur Histologie der Synovialmembran«. 2. Vortragsthema: »Besondere Verlaufsformen der Pneumonie. Unter Berücksichtigung der hier in Kiel zur Beobachtung gekommenen Fälle.«

104 Ebd., Bescheinigung Löhr v. 28.1.1938; Antrag Löhrs auf Genehmigung der Weiterbeschäftigung eines Assistenten v. 8.1.1938. Zitat: »Zudem befaßt er [Marquort] sich mit wissenschaftlichen Sonderaufgaben.« Damit dürfte die hier auch thematisch naheliegende Forschung im Auftrage der Kriegsmarine gemeint sein.

105 Rietz, Jochen: Physiologische Untersuchungen und Beobachtungen an Druckluftarbeitern, Kiel 1939.

106 Marquort, Walter/Rietz, Jochen: Physiologische Untersuchungen und Beobachtungen an Druckluftarbeitern, in: Zeitschrift für die gesamte experimentelle Medizin 106 (1940), S. 684–703.

der Polizei in Prag gefunden hatte,<sup>107</sup> Marquort eine Chefarztstelle in der I. internen Abteilung der Landeskrankenanstalten in Brünn zu verschaffen.<sup>108</sup> In dem okkupierten Rest-Tschechien hatte die SS bei der Besetzung von Führungspositionen einen besonderen Einfluss. Im Mai 1940 übernahm Marquort, wie Löhr an den Kurator schrieb, »als SS-Obersturmbannführer auf Veranlassung des Reichsführers SS die Leitung des Krankenhauses Brünn [...].«<sup>109</sup> Die Innere Abteilung in Brünn war nach Löhrs Aussage mit 420 Betten das größte Krankenhaus Deutschlands und wurde von Marquort noch um weitere 100 Betten durch einen Anbau erweitert.<sup>110</sup> Marquort schilderte Löhr in einem Schreiben neben anderen Dingen die Verhältnisse in Brünn: »Hier macht inzwischen die Verdeutschungs- und Rausschmissaktion recht zufriedenstellende Fortschritte. Es ist nur gut, dass man mich nicht frühstücken kann und auch nicht so ohne weiteres, ohne dass es auffällt, verschwinden lassen kann.«<sup>111</sup> Die Verhältnisse in Tschechien waren wohl selbst für einen deutschen Chefarzt und höheren SS-Dienstgrad sehr unübersichtlich. Seine ganz persönlichen Ausführungen in demselben Schreiben zeigen daneben beispielhaft, wie an anderen Stellen und in anderen Schreiben auch, die für die Förderung durch Löhr als Preis zu zahlende Unterwürfigkeit: »Dass ich ein Idiot bin, weiss ich, zumal Sie mir das auch oft genug bestätigt haben.«<sup>112</sup>

Hilmar Wilmanns, am 24. Juli 1909 als zweites von elf Kindern des Löhr-Förderers Richard Wilmanns in Freiburg/Breisgau geboren, wurde von Löhr nach dem Studium der Medizin und Chemie in Kiel, Wien und Freiburg sowie einer vorübergehenden hauptamtlichen Tätigkeit als Führer des SA-Hochschulamtes Freiburg 1933/34 zum 1. Dezember 1934 als Medizinalpraktikant, ein Jahr später als außerplanmäßiger und dann zum Oktober 1937 als planmäßiger Assistent eingestellt.<sup>113</sup> Ganz anders als Marquort wurde Wilmanns von Löhr trotz seines frühzeitigen Engagements für die

107 BAArch SSO 33 B, p. 234, Vorschlagsprotokoll des Führerkorps SD-Unterabschnitt Schleswig-Holstein v. 17.2.1939. Klee, Personenlexikon, S. 60.

108 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schr. »SS-Oberführer Prof. Dr. Löhr« an den SS-Obersturmbannführer Böhme, Prag, v. 9.2.1940. Löhr schrieb: »Ich gebe Marquort selbstverständlich jederzeit gerne ab, auch für Brünn, zumal dort ss-mäßig gesehen, unbedingt so ein Mann wie Marquort hin muß. Was hilft mir ein nur wissenschaftlich begabter Assistent an der Universitätsklinik, der aber kein SS-Mann ist, und der nicht die Fähigkeiten hat, die politisch außerordentlichen Aufgaben deutschtumsmäßig zu vertreten.« Ebd., Zeugnis v. 2.3.1940.

109 Ebd., Schr. Löhr an Kurator v. 17.4.1940.

110 Ebd., Zeugnis v. 2.3.1940.

111 Ebd., Schr. Marquort an Löhr v. 2.9.1940.

112 Ebd.

113 LASH Abt. 47.6., Nr. 7128, Lebenslauf Hilmar Wilmanns v. 23.2.1942.

NSDAP<sup>114</sup> und SA nicht zur Unterstützung der Aufgaben Löhrs in der NSDAP und im SD der SS herangezogen, auch hatte seine wissenschaftliche Tätigkeit neben der klinischen von Anfang an einen hohen Stellenwert. Ob es der gering ausgeprägte Wille Wilmanns war, sich politisch weitergehend zu engagieren – das Engagement in der SA wurde von vielen Medizinern als Symbol der Zugehörigkeit ohne weitergehende Verpflichtungen verstanden – oder ob Löhr dies seinerseits von vornherein ausschloss, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Sicher ist jedoch, dass Löhr größten Wert auf ihn, den unter »seinem Nachwuchs wissenschaftlich Befähigsten und Fleißigsten« und als Vollchemiker mit Arbeiten an dem »Jodproblem« beschäftigt, legte.<sup>115</sup> Vieles spricht dafür, dass auch Löhr trotz allem nationalsozialistischen Engagements Wissenschaft, Medizin und auch Privates, nämlich hier die Verpflichtung gegenüber Richard Wilmanns, durchaus von seinen politischen Aufgaben trennen konnte. Marquort war von Löhr für die Unterstützung bei seinen nationalsozialistischen Aktivitäten, also die Partei- und SS/SD-Aufgaben, Wilmanns für die Unterstützung bei den weiteren wissenschaftlichen Arbeiten am Jodstoffwechsel, also die Hochschulaufgaben, vorgesehen. Dabei erwartete Löhr selbstverständlich auch von Wilmanns die fraglos vorhandene ideologische Verbundenheit mit dem nationalsozialistischen Regime, mehr aber auch nicht. Ganz typisch wird dies bei Wilmanns an der auch 1938 nach wie vor bestehender Zugehörigkeit zur SA deutlich. Löhr selbst war 1936 mit hohem Dienstgrad zur SS gewechselt, Marquort war sogar schon früher Mitglied der SS geworden. Beide übernahmen, wie noch später zu zeigen sein wird, eine wichtige Rolle im SD-Netz der Kieler Universität. Die SA war seit dem sogenannten Röhm-Putsch, der »Nacht der langen Messer«, im Juni/Juli 1934 zunehmend unbedeutender geworden.

Löhr hatte Hilmar Wilmanns mit der Fortführung seiner eigenen Arbeiten zum Jodstoffwechsel beauftragt. 1937 promovierte Wilmanns mit einer methodischen Arbeit über die Mikrojodbestimmung in biologischem Material, einer Voraussetzung für weiterführende Arbeiten bei der Erforschung des Jodstoffwechsels.<sup>116</sup> Wilmanns war als Arzt Reservist der Wehrmacht und wurde im März 1940, vermutlich in Vorbereitung der Besetzung Dänemarks und Norwegens sowie des Westfeldzuges als Assistenzarzt in das Reservelazarett Tönsheide eingezogen und war dann im Zuge der Kriegsergei-

114 BAArch SA 325 B, LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Antrag auf Weiterbeschäftigung eines Assistenten August 1941: NSDAP-Mitglied seit dem 1.11.1930, Nr. 366618, SA-Mitglied seit dem 7.11.1931. Zu diesem Zeitpunkt war Wilmanns SA-Obersturmbannführer.

115 Ebd., Bescheinigung Löhr v. 28.1.1938.

116 Wilmanns, Hilmar: Zur Methodik der Mikrojodbestimmung in biologischem Material, Kiel 1936.

nisse zunächst an verschiedenen Orte in Nordfrankreich und dann in Paris, wo er als Stationsarzt in einem Lazarett tätig war.<sup>117</sup> Der vorliegende Schriftwechsel beginnt mit einem eindringlichen Schreiben Löhrs an die Feldpostnummer 11693, in dem er Wilmanns bittet, die Laborbücher und Protokolle, die dieser mitgenommen hatte, um sie zur Vorbereitung seiner Habilitation auszuwerten, zurückzusenden. Löhr macht sich Sorgen: Frankreich war besiegt, Wilmanns wahrscheinlich nicht in unmittelbarer Gefahr, aber keiner wisse, wie es jetzt mit England weitergehen würde. Die Unterlagen seien deswegen bei Wilmanns nicht sicher und Löhr seien die von Wilmanns erarbeiteten Ergebnisse wichtig. Das nächste Schreiben Löhrs vom 7. August bezieht sich auf einen nicht vorliegenden Gruß, Löhr weiß jetzt definitiv, dass Wilmanns in Frankreich ist, die im Mai erbetenen Unterlagen hat er immer noch nicht: »Ich möchte daher noch einmal und letztmalig dringend bitten, mir die Protokolle und Tabellen zu schicken, ganz gleichgültig wie sie sind.« Fast beschwörend bittet er ihn dann im Weiteren um »die Bücher [...] sonst soll Dich der Satan holen«.<sup>118</sup> Wilmanns sagt in seiner Antwort vom 1. September die Übersendung der Laborbücher zu, beschreibt die Schwierigkeiten der Bearbeitung der Tabellen und weist darauf hin, dass nur derjenige, der den Gang der Analysen geleitet und verfolgt hat, die Auswertung vornehmen kann. Er war zwischenzeitlich zehn Tage in Bergen auf der Insel Rügen in Urlaub, wo seine Frau Grete mit seinen beiden Kindern Zuflucht vor den sich häufenden nächtlichen Bombenangriffen der Briten auf Kiel gefunden hatte.<sup>119</sup> Nachdem einige Missverständnisse offenbar ausgeräumt waren und Löhr im Besitz der Laborbücher war, wird der Ton in den Schreiben wieder versöhnlicher. Es wird deutlich, dass Löhr in den aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten seines alten Lehrers Schittenhelm eine Gefahr für die eigenen Veröffentlichungen sah. Gegen Ende seines Briefes wird hinter der Jovialität, Kameraderie und Verbundenheit im Bezug auf die eigene Familie und Freunde die unvorstellbare Härte und Herzlosigkeit des Nationalsozialisten deutlich, denn Löhr schreibt: »Ich habe gestern gelegentlich des 60. Geburtstages Deines Vaters mit diesem telefoniert und nur gute Nachrichten bekommen. Für Bethel ist die Fliegerbombardierung eine Riesenreklame. [...] Nun aber hat Gott der Herr zwölf epileptische Kinder getötet, deren Tod an und für sich keinen Verlust bedeutet. Leider ist dabei auch eine Schwester zugrunde gegangen. [...] Gott sei Dank ist nicht der allgemeine Friedhof Bethels getroffen worden, also auch nicht die Gräber meiner Schwiegereltern, sondern der sog. Brüderfriedhof. Die Leichensteine sind hunderte Meter bis über

117 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Bescheinigung Löhr für den Kurator v. 9.5.1940.

118 Ebd., Schrb. Löhr an Wilmanns v. 26.6.1940 und 7.8.1940 [Unterstreichung im Original].

119 Ebd., Schrb. Wilmanns an Löhr v. 1.9.1940.

Nebo hinausgeflogen.«<sup>120</sup> Jeglicher vielleicht noch vorhandener Zweifel an der Engstirnigkeit dieses der nationalsozialistischen Ideologie verfallenen Medizinprofessors wird durch die zynische Kommentierung des Unglücks der Kinder beseitigt. Und mehr noch: Die ganze Anomalität der nationalsozialistischen Ideologie mit den schon zum Zeitpunkt des Briefes vollbrachten zehntausendfachen Morden an kranken Kindern wird durch diese Zeilen deutlich, in denen Gräber von Angehörigen wichtiger sind als unschuldige Kinder, die zu Opfern eines unbarmherzigen Krieges geworden sind. Hier wird noch einmal offensichtlich: Löhr verschrieb sich dem Regime mit ganzem Herzen und unterstützte nicht nur seine programmatische »Blut und Boden«-Ideologie, sondern weitergehend auch Krankenkrieg und »Ausmerze«. Von dieser Auffassung bis hin zum Massengenozid der Einsatzgruppen des SD in den besetzten Gebieten der Sowjetunion sowie den Tötungsfabriken der SS im Osten war es dann nur noch ein kurzer Weg, den Löhr auf Grund seines Alters, seiner Krankheit und seines frühen Todes physisch jedoch nicht gehen musste. Der weitere Briefwechsel mit Wilmanns befasst sich mit den Fortschritten der Auswertung der Analysen, Löhr berichtet über Mitarbeiter der Klinik und das Kriegsgeschehen: Am 25. Juni 1941, vier Tage nach dem Einfall der Wehrmacht in der Sowjetunion, ist er noch der Auffassung, dass »der Russenkrieg ja wohl in rund 8 Wochen vorbei sein wird«, ein Irrtum, den Löhr mit vielen Deutschen und manchen Alliierten teilte.<sup>121</sup> Am 6. März 1942, vier Monate nach dem Tode Löhrs, erfolgte die Habilitation Wilmanns,<sup>122</sup> am 12. Mai 1942 wurde er zum Dozenten ernannt.<sup>123</sup> Wilmanns kehrte nach dem Kriege nicht an die Universität zurück, sondern nahm eine Tätigkeit in der pharmazeutischen Industrie auf.<sup>124</sup>

120 Ebd., Schr. Löhr an Wilmanns v. 24.9.1940.

121 Ebd., Schr. Löhr an Wilmanns v. 25.6.1941.

122 LASH Abt. 47, Nr. 7128, Schr. des Dekans der Medizinischen Fakultät Kiel, A. W. Fischer, an den Rektor v. 9.3.1942.

123 LASH Abt. 47, Nr. 7128, Ernennung Hilmar Wilmanns zum Dozenten durch den Preußischen Ministerpräsidenten v. 12.5.1942.

124 LASH Abt. 47.6, Nr. 335, Schr. Wilmanns an Reinwein v. 2.3.1955. Er war zu diesem Zeitpunkt Leiter der Medizinisch-Wissenschaftlichen Abteilung der Asta-Werke A. G.

## 5.2 Bemühungen um eine nationalsozialistische Medizinische Fakultät

### 5.2.1 Die neue Position des Dekans in der Fakultät

Der vom Rektor eingesetzte Dekan war in der nationalsozialistischen Universität als »Führer« der Fakultät der Dreh- und Angelpunkt aller die Fakultät betreffenden Angelegenheiten. Beratend, aber im Gegensatz zu der Zeit vor 1933 eben auch nur beratend, stand der Fakultätsausschuss dem Dekan zur Seite.<sup>125</sup> Dieser bestand nach wie vor aus den beamteten ordentlichen und außerordentlichen Professoren der Fakultät sowie zwei vom Leiter der Dozentenschaft zu benennenden nicht beamteten Hochschullehrern.<sup>126</sup> Der Dekan hatte die Fakultätssitzungen einzuberufen, die Gelder der Fakultät zu verwalten und Habilitationen und Promotionen zu vollziehen. Nach der vom Kurator in einem Schreiben zum Ausdruck gebrachten Auffassung, hat der »Dekan und Führer der Medizinischen Fakultät [...] die gesamte medizinisch-fachwissenschaftliche Arbeit der Fakultät zu überwachen«.<sup>127</sup>

Weiterhin hatte der Dekan einen Sitz in dem den Rektor beratenden Senat, dem neben dem Rektor und Prorektor und den weiteren Dekanen der Universität noch die Leiter der Dozenten- und Studentenschaft sowie zwei weitere vom Rektor zu berufende Mitglieder der Dozentenschaft angehörten. Keine direkte Zuständigkeit hatte der Dekan (ebenso wenig wie der Rektor) für die Akademischen Heilanstalten, also die Kliniken, für die einer der Direktoren der Fakultät als Verwaltungsdirektor eingesetzt war. Dieser unterstand direkt dem Kurator, was gelegentlich zu Auseinandersetzungen mit dem Dekan führte.

Die Tätigkeit der Fakultät hatte sich in der Anfangszeit des Nationalsozialismus kaum, dann nach der Übernahme des Dekanats durch Löhr in der Art der Durchführung, jedoch im Großen und Ganzen zunächst nicht in Inhalt und Umfang geändert. Die Fakultäten waren Träger der fachwissenschaftlichen Arbeit, daraus ergaben sich ihre Aufgaben. Auch weiterhin hatte die Fakultät für die Lehre zu sorgen, vor der Besetzung planmäßiger Professuren dem Ministerium ein Gutachten mit drei Personalvorschlägen einzureichen und akademische Grade zu verleihen sowie Stellungnahmen zu

125 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 67–68, Richtlinie zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, WI a 588/35 v. 3.4.1933.

126 Ebd., p. 16. Der Fakultätsausschuss entsprach in seiner Zusammensetzung in etwa der »engeren Fakultät« der Universitätssatzung v. 17.11.1928.

127 LASH Abt. 47, Nr. 1107, p. 120, Schr. Kurator an den Medizinalpraktikanten Werner Geiger v. 6.11.1935.

den die Fakultät betreffenden allgemeinen Angelegenheiten des Unterrichts und der Studienordnung sowie zu akademischen Standesangelegenheiten abzugeben. Geändert hatten sich jedoch die politischen Vorgaben und die internen Machtverhältnisse. Der Dekan war nicht mehr »Geschäftsführer« der Fakultät und damit auf ihre Beschlüsse angewiesen, sondern ihr nur dem Rektor verantwortlicher »Führer«.<sup>128</sup> Insofern kam dem Dekan eine weit größere Bedeutung als in der Vergangenheit zu, denn er konnte nun auch unabhängig von der Befragung oder der Beschlussfassung des Fakultätsausschusses für die Fakultät Beschlüsse fassen und sprechen. Wenn das Dekanat mit Personen besetzt war, die unabhängig von den neuen Regelungen die alten Verfahrensweisen grundsätzlich respektierten, ihre Kollegen im Fakultätsausschuss befragten und deren Beschlüsse in der Regel durchführten, waren die Veränderungen, soweit die unmittelbare Fakultätsarbeit betroffen war, begrenzt. Bei den beiden ersten Dekanen der Kieler Medizinischen Fakultät – Dold und Schröder – war dies allem Anschein nach der Fall.

### 5.2.2 Fakultätssitzungen 1934 bis Mai 1935: Das Dekanat Schröder

Schröder hatte wohl Schwierigkeiten damit, nach den Berufungen von Löhr und Holzlöhner das Amt des Dekans in gewohnter Weise wahrzunehmen. Er hielt offenbar Fakultätsausschusssitzungen nicht mehr für nötig. Vielleicht wollte er auch nur den Verbindungsmann des Hochschulausschusses Fritz Specht nicht dabei haben oder sich Demütigungen durch Löhr ersparen. Bis Ende 1934 gab es nach der Sitzung des Fakultätsausschusses vom 11. Mai 1934 keine weiteren Sitzungen mehr, die nächste fand erst nach fast neunmonatiger Pause am 4. Februar 1935 statt. Löhr hatte schon gleich nach seiner Berufung zum 1. August 1934 erheblichen Einfluss innerhalb der Fakultät beansprucht, war jedoch in den ersten Monaten seiner Kieler Zeit nicht durch ein offizielles Amt legitimiert und benötigte Zeit, um sich auf die für ihn neuen Verhältnisse einzustellen. Trotzdem gab es wohl kaum noch Vorgänge und Entscheidungen von Bedeutung, die ohne seine Beteiligung erfolgten. Lediglich die Notwendigkeit, die von ihm nun geleitete große Kieler Medizinische Klinik auf nationalsozialistischen Kurs zu bringen und alte Verbindungen aus seiner Kieler Zeit wieder aufleben zu lassen und neue Netze zu knüpfen, schränkten in seinen ersten Kieler Monaten seine Möglichkeiten ein. Ein Blick in das von Benninghoff geführte Protokoll der Sitzung vom 4. Februar 1935 zeigt zum einen, dass die »Geschäfte« weiterhin ihren mehr oder weniger gewohnten Verlauf nahmen, zum anderen aber auch, dass Löhr, wie schon

128 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 67–68, Richtlinie v. 3.4.1933.

oben dargestellt, seine Macht in der Fakultät mittlerweile gefestigt und ausgebaut hatte.<sup>129</sup> Auch für ihn persönlich muss dies die erste Sitzung in einem Fakultätsausschuss gewesen sein, da er bis zu seinem Ausscheiden aus der Kieler Universität als Assistent keine Gelegenheit hatte, direkte Erfahrungen mit der Selbstverwaltung der Universität zu erwerben. Assistenten, soweit sie nicht dafür gewählte Dozenten waren, waren bis zum Ende der Weimarer Republik an Beratungen der damals so genannten »engeren Fakultät« nicht beteiligt. Erstmals nahmen am 4. Februar die neuen Lehrstuhlinhaber Holzlöhner, Staemmler und Rodenwaldt sowie die Vertreter der Dozentschaft Gerhard Küntscher (Chirurgie) und Walter Marquort (Medizinische Klinik), beide nicht habilitierte Assistenten, teil. Des verstorbenen Aichels wurde vor Eintritt in die Tagesordnung gedacht. Eine umfangreiche Tagesordnung wurde abgearbeitet: Neben einer Diskussion über die neue Habilitationsordnung vom 13. Dezember 1934 war die Habilitation von Wilhelm Siemens (Chirurgie) zu beschließen, über die Durchführung des Kolloquiums bei Habilitationsverfahren zu beraten sowie eine Kommission für das Habilitations-Gesuch des Stadtmedizinalrates Franz Klose einzusetzen (Rodenwaldt, Rominger, Staemmler, Klingmüller). Der Beschluss der von einer Kommission unter Vorsitz von Löhr ausgestellten Dreierliste für die Nachfolge von Külz war ebenso Routine wie die Wahl einer Kommission zur Erstellung einer Liste für die Nachfolge Aichels (Benninghoff, Staemmler, Rodenwaldt und Löhr).

Spannender war schon, dass eine sicher auch zu anderen Zeiten mögliche, aber unter den Vorzeichen nationalsozialistischer Herrschaft kritischer ins Auge zu fassende Diskussion über die Frage stattfand, ob bei Habilitationen nur die wissenschaftliche Leistung oder auch die Persönlichkeit bewertet werden sollte. Das war eine Diskussion, die mit weitgehender Sicherheit von Löhr in Gang gesetzt wurde, da er nur über die Bewertung der Persönlichkeit den notwendigen Einfluss entwickeln konnte, denn in ihrer fachlichen Erfahrung waren ihm die »alten« Lehrstuhlinhaber weit überlegen. Auch war die »Bewertung der Persönlichkeit« eine Möglichkeit, mangelnde Qualität von nationalsozialistischen Bewerbern durch »Persönlichkeit« im Sinne von nationalsozialistischem Engagement zu ersetzen. Hierbei handelte es sich um eine Frage von großer Bedeutung für die Nationalsozialisten, denn es mangelte an qualifizierten, sich überzeugt zum Nationalsozialismus bekennenden Wissenschaftlern. Zweieinhalb Monate später war Löhr nicht nur Dekan der Medizinischen Fakultät, sondern hatte auch die Bewertung der Persönlichkeit in seinem Sinne geregelt. In dem Protokoll der Fakultätsausschusssitzung vom 20. Mai 1935, die schon von Löhr geleitet wurde, findet

129 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 153 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 4.2.1935.

sich, wenn auch nicht ohne Eingriff in die Protokollierung durch den neuen Dekan das von Löhr gewünschte Ergebnis.<sup>130</sup> Benninghoff hatte notiert: »Die Kommissionen haben nur die wissenschaftliche Qualifikation der Habilitationskandidaten zu prüfen.« Das war eine für Löhr unzureichende Lösung. Nachträglich musste dieser Satz durch Benninghoff ergänzt werden: »Es ist Aufgabe des Dekans, sich über die menschliche und politische Zuverlässigkeit an den zuständigen Stellen zu erkundigen.« Hier handelt es sich um einen bis dahin einmaligen und für den Protokollanten Alfred Benninghoff demütigenden Eingriff in die Protokollführung.<sup>131</sup> Auch in anderen Bereichen sorgte Löhr, obgleich er zu diesem Zeitpunkt noch nicht Dekan war, bereits Anfang Februar für vollendete Tatsachen. Der von Löhr aus Königsberg nach Kiel geholte und bereits für Innere Medizin (Luftfahrtmedizin) ohne Beteiligung des Fakultätsausschusses umhabilitierte Professor Dr. Robert Herbst stellte sich den Vertretern der Fakultät mit einem Einführungsreferat vor.<sup>132</sup> Als sollten die Versäumnisse der letzten acht Monate wett gemacht werden, folgte nur eine Woche später am 13. Februar 1935 schon die nächste Sitzung des Fakultätsausschusses. Des am 6. Februar verstorbenen Pathologen Jores wurde gedacht. Siemens hielt seinen Habilitationsvortrag zum Thema »Über Praecancerosen und Praeblastomatosen«. Staemmler, der Nachfolger Jores', wurde für den Vorsitz des Prüfungsausschusses für die ärztliche Prüfung benannt. Die durch Aichel bisher wahrgenommene Vertretung der Fakultät in der Schleswig-Holsteini-schen Universitätsgesellschaft wurde Löhr übertragen. Benninghoff berichtete, dass die von ihm geleitete Kommission für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Besetzung des Lehrstuhls für Anthropologie niemanden gefunden habe, der vorgeschlagen werden könne. Anregungen zur Ausgestaltung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Kliniken und Instituten wurden diskutiert. Wohl erstmalig, und nie wieder in so großer Zahl, nahmen fünf Vertreter der Philosophischen Fakultät an der Sitzung des Fakultätsausschusses der Medizinischen Fakultät als Gäste teil.<sup>133</sup> Hier handelt es sich um ein leicht zu übersehendes, harmlos erscheinendes Zeichen veränderter politischer und ideologischer Verhältnisse: Den Nationalsozialisten war in ihrer erst fragmentarisch angedachten Wissenschaftspolitik daran gelegen, die Grenzen zwischen den Fachbe-reichen aufzuweichen, weil sie beabsichtigten, ihre recht diffusen Vorstellungen von Wissenschaft zu einem einheitlichen, einfachen Wissenschaftsbild zu entwickeln. Da war ein zu starkes Nebeneinander der verschiedenen Fachbereiche nur hinderlich.

130 Ebd.

131 Ebd., p. 159 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 20.5.1935.

132 Ebd., p. 153 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 4.2.1935.

133 Ebd., p. 155 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 13.2.1935.

Die Sitzung am 13. Februar war die letzte unter dem Vorsitz von Robert Schröder. Er hatte in den Wahlen für die Dreierliste, die die Fakultät für die Benennung eines Dekans erstellen sollte, nur wenige Stimmen erhalten. Dem als Rektor amtierenden Prorektor Dahm wurden die Namen Löhr für die 1. Stelle (9/17 Stimmen), Benninghoff für die 2. Stelle (9/17 Stimmen) und Rodenwaldt für die 3. Stelle (11/17 Stimmen) von der Fakultät übermittelt.<sup>134</sup> Die Positionen der Dreierliste waren in getrennten Wahlgängen besetzt worden. Löhr hatte sich zu diesem Zeitpunkt in der Medizinischen Fakultät Kiel bereits durchgesetzt und übernahm nun ohne Unterbrechung für die nächsten sechs Jahre ihre Führung.

### 5.2.3 Fakultätssitzungen 1936 bis 1940: Das Dekanat Hanns Löhr

Dem Vorschlag der Fakultät entsprechend setzte Dahm Löhr als Dekan ein. Dieser nahm bereits in der folgenden Sitzung am 8. April 1935 den Vorsitz des Fakultätsausschusses wahr. Zum Prodekan hatte er, der in Fakultätsangelegenheiten unerfahrene Neuling, den versierten Benninghoff ernannt, der zwar von ihm persönlich nicht geschätzt wurde<sup>135</sup> und sich politisch auch nicht festgelegt hatte, aber bei seinen Kollegen beliebt war und die Fakultätsroutine schon seit vielen Jahren kannte. Löhrs nächstes großes Ziel in Kiel nach der Besetzung seiner Klinik mit ihm ergebenen Nationalsozialisten war erreicht: Die Medizinische Fakultät war unter nationalsozialistischer Aufsicht und Leitung und konnte von ihm in der Folgezeit im Rahmen der sich ergebenden Möglichkeiten zu einer nationalsozialistischen Fakultät umgestaltet werden. Aus den weitgehend unauffälligen Protokollen der Sitzungen des Fakultätsausschusses bis Ende 1940 sollen nur einige Besonderheiten kurz skizziert werden. Meist beschränkten sich die Ergebnism Niederschriften auf Routinebeschlüsse. Die weiteren drei Sitzungen des Fakultätsausschusses im Jahre 1935 befassten sich mit den Regularien der Habilitation sowie Beschlüssen zu Habilitationen einzelner Assistenten. In der Niederschrift vom 20. Mai 1935 wurden wie schon o. a. die Aufgaben zwischen Kommissionen und Dekan für die Beurteilung von Habilitanden aufgeteilt: Die wissenschaftliche Sicht sollten die Kommissionen übernehmen, die menschliche und politische Zuverlässigkeit

134 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 137, Schreiben des Dekans an den Prorektor v. 12.3.1935

135 Benninghoff war von Löhr gegenüber dem Sicherheitsdienst der SS als »liberalistisch, jüdenfreundlich und konfessionell gebunden« denunziert worden. (UB Marburg Nachlass Benninghoff, Schr. einschl. Anlage 1 e, Erklärung Benninghoff im Widerspruchsverfahren gegen die Entscheidung des der Spruchkammer I v. 24.10.1946; Grundmann, Fakultät, S. 539).

sollte Angelegenheit des Dekans sein.<sup>136</sup> Auf diese Weise hatte Löhr in der Fakultät das letzte Wort. Es war kaum vorstellbar, dass sich ein wissenschaftlich geeigneter Assistent gegen ein mit politischer Unzuverlässigkeit begründetes Votum Löhrs in Kiel hätte habilitieren können.

1936 fanden sieben Sitzungen statt.<sup>137</sup> Mit Ausnahme der Einsetzung der Kommissionen für die Nachfolge Viktor Klingmüller (Haut) und Willy Anschütz (Chirurgie) befasste sich die Fakultät fast ausschließlich mit Probevorlesungen von Habilitationsanwärtern. Spätestens in diesem Jahr hatte sich die Arbeit der Fakultät dem »Führerprinzip« angepasst, mit Ausnahme der zunächst rein fachlichen Beurteilungen von Berufungen und Habilitationen fielen die meisten organisatorischen Entscheidungen durch den Dekan ohne Beratungen im Fakultätsausschuss. 1937 fanden mit vier deutlich weniger Sitzungen der Fakultät statt.<sup>138</sup> Hervorzuheben ist die Diskussion über die Nachfolge Anschütz' am 12. Januar 1937. Die Fakultät hatte eine Dreierliste mit 1. A. W. Fischer, 2. Goetze und 3. Pute-Rieder beschlossen. Der Bruder des Dekans Wilhelm Löhr/Magdeburg sollte außerhalb der Liste genannt werden. Der Vorschlag des schleswig-holsteinischen Gauleiters und Oberpräsidenten Hinrich Lohse, den Kieler chirurgischen Lehrstuhl mit Hans Kilian aus Freiburg zu besetzen, wurde einhellig abgelehnt.<sup>139</sup> Hier handelt es sich um eine heikle Entscheidung, die nicht nur Löhr den Vorwurf der Patronage hätte einhandeln sondern auch noch die weitere Entwicklung seines Verhältnisses zum schleswig-holsteinischen Gauleiter hätte gefährden können. Auf diesen Vorgang wird später noch näher eingegangen. Weiterhin nennt eine Kommission mögliche Nachfolger für Schröder, der einem Ruf nach Leipzig gefolgt war. Inhaltlich nicht viel anders stellen sich die Fakultätssitzungen der Jahre 1938 und 1939 in den Protokollen dar.<sup>140</sup> Bemerkenswert sind die nachträglichen handschriftlichen Einträge von Löhr in der Sitzung vom 17. Dezember 1937<sup>141</sup> sowie die vom

136 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 159 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 21.5.1935.

137 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, 1936: 10.2., 17.2., 18.2., 22.4., 22.5., 16.4. und 11.11.

138 Ebd., 1937: 12.1., 27.2., 28.4. und 17.12.

139 Ebd., p. 179; s. a. Schrb. Lohses an den Reichsamtseiter der NSD, 21.1.1937, BArch ZB II 45 36 A 8 Bl. 66–69, online abrufbar auf: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/3killianlohse37.pdf>, [3.11.2007].

140 Ebd., 1938: 15.1., 18.2., 4.3., 24.5., 12.7., 18.10., 18.11., 12.12.; 1939: 3.2., 20.2., 17.3., 26.3., 14.7., 17.7.

141 Ebd., p. 184 »Prinzipielle Klärung, ob die Arbeit »Moebius« der Anlage nach als Doktorarbeit zugelassen werden kann. Dürfen Arbeiten über nicht bekannte Prüfärzte als Doktorarbeit zugelassen werden? [...] Im Übrigen ist die Fakultät der Ansicht, dass man bei der Prüfung von Prüfärzten der Industrie durch Doktorväter sehr vorsichtig sein soll.«

14. Juli 1939 zur öffentlichen Lehrprobe von Richard Maatz, einem Assistenten A. W. Fischers, zum Thema »Das Nieren-Harnsteinleiden«: »Dürftiger Vortrag. M. soll auf Beschluss der Fakultät erneut Lehrprobe halten, bevor er zum Dozenten eingereicht wird.«<sup>142</sup> Solche Eintragungen waren von Benninghoff nicht zu erwarten, deswegen nahm Löhr sie, vermutlich im Zusammenhang mit seiner Unterschrift, persönlich vor. In der gleichen Sitzung gibt es noch einen weiteren Eintrag in das Protokoll durch Löhr, diesmal positiv zu der öffentlichen Lehrprobe des Assistenten Herbert Huber aus der Frauenklinik mit dem Thema »Neue Erkenntnisse über den Gebärmutterhalskrebs«. Dazu schreibt Löhr: »Ausgezeichneter Vortrag, H. wird beim Minister zum Dozenten vorgeschlagen.«<sup>143</sup> Die letzte Fakultätssitzung vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Überfall auf Polen am 1. September 1939 fand am 17. Juli 1939 statt.

Die kriegsbedingt für das Wintersemester 1939/40 angeordnete Schließung der Kieler Universität wird in den Protokollen der Fakultät erstaunlicherweise nicht erwähnt. Die nächste Fakultätssitzung fand allerdings auch erst am 16. Februar 1940 statt, die ebenso wie die Sitzungen vom 19. Februar, 23. April, 15. Juli und 14. Oktober 1940 als Sitzung der Gesamtfakultät ausschließlich für Lehrproben von Habilitationsanwärtern durchgeführt wurde. Am 24. April und 22. Mai 1940 gab es zusätzlich zu den Lehrproben Aussprachen über die Qualifikation der Vortragenden im Fakultätsausschuss. Löhr verzichtete nun vollständig auf Beratungen im Fakultätsausschuss, entschied allein oder möglicherweise nach informeller Rücksprache mit von ihm individuell ausgesuchten Ratgebern innerhalb und außerhalb der Fakultät. Auf den in Europa tobenden Krieg wird in den Protokollen mit keinem Wort eingegangen.<sup>144</sup>

Durch Hanns Löhr, aber nicht allein durch ihn, wurde die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität in den sechs Jahren seines Dekanats endgültig eine andere, eine nationalsozialistische Fakultät. Während es hier und da anderen Medizinischen Fakultäten im Reich noch eine Zeit lang möglich war, sich der vollständigen Übernahme durch nationalsozialistische Hochschullehrer zu entziehen und eine gewisse Selbständigkeit innerhalb des nationalsozialistischen Wissenschaftssystems zu bewahren, hatten auch die der NSDAP zugeneigten Kieler Medizinprofessoren gegen den machtbewussten, der nationalsozialistischen Führung ergebenen Kämpfer Hanns Löhr keinen über ihre fachliche Zuständigkeit hinausgehenden Einfluss. Er nutzte

142 Ebd., p. 210.

143 Ebd., p. 155 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 14.7.1939.

144 Ebd., p. 214–221, Protokolle der Fakultätsausschusssitzungen v. 16.2., 19.2., 23.4., 24.4., 22.5., 15.7. und 14.10.1940.

ohne Bedenken die Macht, die ihm aus seiner politischen Stellung auch innerhalb der Fakultät zuwuchs, um die Ziele der NSDAP in der Medizinischen Fakultät Kiel durchzusetzen. Für die nächsten Jahre wurde der Weg der Medizinischen Fakultät hin zu einer nationalsozialistischen Musterfakultät, ein Ziel, das übrigens nie erreicht wurde, durch Hanns Löhr bestimmt. Wer ihm nicht folgte, hatte zumindest Schwierigkeiten, im schlimmsten Falle wie z. B. bei Stertz oder Stockinger sogar existentielle Probleme.

Hausmann teilt die Wissenschaftsgeschichte im Nationalsozialismus in vier Phasen ein. Die erste Phase ist die sogenannte Übergangsphase von der »Machtergreifung« bis zur Gründung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) am 1. Mai 1934, in dieser Zeit war noch die Veröffentlichung von vor 1933 erstellten Publikationen möglich. Zweitens folgt die Konsolidierung bis zum Anschluss Österreichs mit restloser Gleichschaltung, Verankerung des Führerprinzips, obligatorischem Lagerdienst, sowie der Heranbildung ideologisch zuverlässigen Nachwuchses. Die dritte Phase ist die Siegesphase mit Gemeinschafts- statt Individualforschung als der den Nationalsozialisten wesenseigene Forschungsweise, realisiert in Einsätzen, Lagern, Akademien und als vierte und letzte Phase folgt die Phase der Mängelverwaltung und des Niedergangs, in der Frauen und ältere Jahrgänge Notprogramme für überwiegend weibliche Studenten übernahmen und ab 1943 ein langsamer Zusammenbruch des Hochschulwesens eintrat.<sup>145</sup> Löhr stand während seines Dekanats, das Hausmanns Phasen eins bis drei zuzuordnen ist, für Gleichschaltung, Führerprinzip, Lagerdienst, ideologisch zuverlässigen Nachwuchs und bemühte sich mit seinem Freund Ritterbusch um eine herausragende Stellung für die Grenzlanduniversität Kiel bei der nationalsozialistischen Führung in Berlin und München. Daneben versuchte er, der Hochschulwissenschaft ihren Rang gegenüber den oft herabsetzenden Einschätzungen seiner Parteigenossen zu erhalten und einer Degradierung der Universitäten zu Fachhochschulen entgegenzutreten.

Seine Person und sein Handeln waren von entscheidendem Einfluss für das Geschehen in der Kieler Medizinischen Fakultät. Mit seiner politischen und strukturellen Nähe zu den regionalen Repräsentanten von NSDAP, SS und SD war dieses in nicht unerheblichem Maße wichtig für die Kieler Universität als Ganzes. Seine Aktivitäten waren so dominant, dass sich die Wissenschaftsgeschichte der Kieler Medizinischen Fakultät abweichend von Hausmanns Phaseneinteilung an Löhr orientieren könnte: die Phase der Zeit vor Löhr, das Dekanat Hanns Löhrs, die Zeit nach Löhr. Entschei-

145 Hausmann, Franz-Rutger: Einführung, in: Ders. (Hg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945 (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, Bd. 53), München 2002, S. VII–XXVI, hier S. XXV–XXVI.

dend für seine Dominanz waren seine Persönlichkeit, seine Rücksichtslosigkeit und Zielstrebigkeit sowie wie der von ihm gelebte Nationalsozialismus. Hierauf soll im Folgenden näher eingegangen werden.

#### 5.2.4 Auseinandersetzungen um die Macht

Löhr fand bei seiner Berufung und der ein dreiviertel Jahr später erfolgenden Amtsübernahme als Dekan eine Fakultät vor, die nationalsozialistischen Ansprüchen nicht gerecht werden konnte. Die Medizinprofessoren waren zwar nicht unpolitisch, aber sie versuchten sich nach außen so zu verhalten. Sie waren überwiegend nationalliberal, der Weimarer Republik überdrüssig, deswegen aber weltanschaulich nicht unbedingt nationalsozialistisch eingestellt. Die NSDAP war nach der Machtübernahme anfangs das »kleinere Übel«, das mit allen seinen von vielen Professoren so gesehenen Widerwärtigkeiten hingenommen werden musste, weil sie ohne Alternative zu sein schien. Als im Verlauf des Jahres 1933 das Ausmaß des nationalsozialistischen Machtanspruchs auch in den Universitäten immer deutlicher wurde, gab es kaum noch Möglichkeiten, dem neuen Regime kraftvoll entgegenzutreten, ohne ungewisse persönliche Risiken auf sich zu nehmen. Die Mehrzahl der Professoren resignierte und richtete sich im nationalsozialistischen System ein.<sup>146</sup> Das Regime andererseits brauchte funktionsfähige Universitäten und war nicht im Entferntesten in der Lage, eine nennenswerte Zahl von Lehrstühlen mit qualifizierten Parteigenossen zu besetzen. Hieraus ergab sich, wie auch in vielen anderen Bereichen der deutschen Gesellschaft, eine unheilige Allianz: Die Machthaber respektierten weitgehend den Besitzstand der Professoren, jedoch zu ihren Bedingungen. Das bedeutete, dass der persönliche und fachliche Besitzstand der Kliniks- und Institutsdirektoren weitgehend unangetastet blieb, soweit sie sich in die neue Situation einpassten und nach außen Wohlverhalten zeigten. In der Praxis wurde meist die Lösung gefunden, dass in den einzelnen Kliniken und Instituten die Oberärzte bzw. die Oberassistenten, die häufig begeisterte Nationalsozialisten waren, für die reibungslose Erfüllung der Parteivorstellungen sorgten.

Außer Löhr können 1934/35 unter den Lehrstuhlinhabern nur drei weitere Kollegen als überzeugte Parteigenossen angesehen werden: Holzlöhner, Staemmler und Schröder, allenfalls noch Rodenwaldt, der jedoch nicht der NSDAP angehörte. Ende 1935 hatten Rodenwaldt und Staemmler Kiel bereits wieder verlassen, Schröder ging

146 Vgl. z. B. Schäfer, Hans: 60 Jahre Physiologie, in: Marx, Otto M. und Moses, Annett (Hg.), Emeriti erinnern sich. Rückblicke auf Lehre und Forschung in Heidelberg, Bd. 1 Die Medizinischen Fakultäten, Weinheim et al. 1993, S. 15–30, hier S. 15.

1936. Unter diesen Umständen musste es Löhrs vorrangiges Anliegen sein, seine Macht in der Fakultät dadurch auszubauen, dass die Zahl der engagierten oder doch zumindest positiv eingestellten Parteigenossen im Fakultätsausschuss bei Berufungen möglichst schnell erhöht wurde. Hierbei war es vorteilhaft, dass von den Ende 1932 in der Fakultät vorhandenen 16 Lehrstühlen<sup>147</sup> bis 1936 etwa die Hälfte neu besetzt werden musste, bis 1939 waren es sogar alle bis auf Anatomie, Kinderheilkunde und Hals-Nasen-Ohrenheilkunde. Als Voraussetzung für den Umbau der Medizinischen Fakultät zu einer nationalsozialistischen Muster-Fakultät war es notwendig, frei werdende Lehrstühle mit überzeugten Nationalsozialisten zu besetzen, die überdies auch noch die erforderlichen Qualifikationen für die Übernahme eines Lehrstuhls und die Leitung eines Institutes oder einer Klinik besaßen. Zum Zeitpunkt des Ausscheidens Löhrs als Dekan im Frühjahr 1941 hatte er scheinbar sein Ziel erreicht. Bis auf den Kinderkliniker Rominger, den Hals-Nasen-Ohren-Arzt Seiffert<sup>148</sup> und den Nervenarzt Creutzfeldt waren alle Lehrstuhlinhaber Mitglieder der NSDAP, Creutzfeldt war immerhin, wenn auch mehr auf dem Papier, förderndes Mitglied der SS.

Löhr verstand seinen Führungsauftrag sehr umfassend und nutzte insbesondere auch seine Parteiämter, um seinen Anliegen Bedeutung zu verleihen. Dies gelang jedoch in seiner Anfangszeit als Dekan nicht immer. Dabei gab es deutliche Unterschiede: Parteiinstanzen, insbesondere das »Braune Haus« in München, der schleswig-holsteinische Gauleiter, die SA und die SS, dazu noch die Rektoren Dahm und Ritterbusch wurden von Löhr respektiert und stellten seine Machtbasis dar. Dies galt jedoch nicht für den Kurator der Kieler Universität und etwa bis 1939 auch nicht für das Berliner Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Diese Tatsache illustrieren einige Beispiele, die gut durch Quellen belegt sind, und besonders auch den von Ritterbusch in der Totenrede beschriebenen Arbeitsstil Löhrs verdeutlichen.

Durch das Berliner Ministerium war der Kurator Max Sitzler um Stellungnahme gebeten worden, ob die durch den Weggang Schröders frei gewordene Direktorenwohnung der Frauenklinik nicht zur Behebung der großen Raumnot eingezogen und einer anderen Verwendung zugeführt werden könne. Dabei wurde nicht an die Schaffung neuer Krankenzimmer, sondern an die Unterbringung von Personal gedacht. Bei der Prüfung der Angelegenheit war eine Beteiligung des Dekans, also Löhr, nicht erfolgt. Als dieser davon erfuhr, zitierte er »offiziell Herrn[den amtierenden Direktor, d. Verf.]

147 Ohne Berücksichtigung des Zahnmedizinischen Instituts, das zum 1.10.1934 geschlossen wurde.

148 Seiffert folgte noch 1942 einem Ruf nach Heidelberg. Sein Nachfolger Vogel war überzeugter Pj. und SS-Sturmbannführer.

Keßler« herbei.<sup>149</sup> Dieser teilte dann unter Bezug auf den Dekan dem Kurator mit, dass er nicht in der Lage sei, ein endgültiges Urteil abzugeben und Pläne auszuarbeiten. Der Kurator warf Keßler glatten Ungehorsam vor. Der Dekan legte unter Hinweis auf die Tatsache, dass es sich bei Keßler lediglich um einen Vertreter mit eingeschränkten Möglichkeiten handelte, beim Ministerium in Berlin offiziell Protest ein. Er schrieb: »Ich halte es nicht für tragbar, wenn innerhalb der Universität Dienstwege und Verwaltungswege derartig nebeneinander her laufen können, dass die Dekane von allerwichtigsten Verhandlungen keine Kenntnisse erhalten [...].«<sup>150</sup> Eine Erklärung des Kurators erfolgte am gleichen Tag gegenüber dem Dekan.<sup>151</sup> Das Schreiben des Dekans wurde dem Ministerium vom Rektor am 8. Dezember 1936 übersandt, wobei Dahm inhaltlich Löhr zustimmte.<sup>152</sup> Ein Antwortschreiben des Ministeriums erfolgte mit Datum vom 28. Januar 1937. Keßler wurde ermahnt, in entsprechenden Fällen den Weisungen des Kurators zu folgen, Löhr wurde der Sachverhalt erklärt und darauf aufmerksam gemacht, dass es zur Aufklärung des tatsächlichen Sachverhalts nur einer Anfrage beim Kurator bedurft hätte. Weiterhin wurde ihm der korrekte Weg der Handhabung aufgezeigt.<sup>153</sup>

Parallel dazu gab es einen weiteren, für die ersten Jahre der Amtszeit Löhrs als Dekan typischen Vorgang: In einem Schreiben vom 13. Januar 1937 beschwerte sich Löhr erneut über den Kurator. Diesmal habe ihn dieser darüber in Unkenntnis gelassen, dass auf dem Gelände der Medizinischen Klinik das neue Hygienische Institut errichtet werden solle. Dagegen erhebe er »allerlebhaftesten Einspruch«. Es erfolgte eine ausführliche Begründung, die darauf hinaus lief, dass der Dekan wieder einmal nicht beteiligt worden sei.<sup>154</sup> Dem vom Rektor an den Minister gerichtete Begleitschreiben vom 18. Januar 1937, in dem Dahm Löhr wiederum inhaltlich voll unterstützte, wird mit Schreiben vom 21. Januar 1937 offenbar nach einem telefonischen Gespräch mit dem entscheidenden Satz »[i]n der [...] Angelegenheit sind weder vollendete Tatsachen

149 Robert Keßler war bis zur Neubesetzung der Professur Schröder durch Philipp stellvertretender Direktor der Frauenklinik.

150 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 137–140, Schrb. Dekan an Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 5.12.1936.

151 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 130, Schrb. Kurator an Dekan v. 5.12.1936.

152 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 136, Schrb. Rektor an Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 8.12.1936.

153 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 168–169, Schrb. Ministerium an Keßler und Dekan v. 28.12.36.

154 Ebd., p. 139–142, Schrb. Dekan an Rektor v. 13.1.1937.

geschaffen, noch haben wichtige Beratungen stattgefunden noch sind Entscheidungen getroffen worden, ohne dass der Dekan gehört worden ist« widersprochen<sup>155</sup>

Hier handelt es sich um zwei beispielhaft ausgewählte, vielleicht banal erscheinende Vorgänge, die jedoch zum einen die Aggressivität und Unbedachtheit von Löhrs Handeln aufzeigen, zum anderen aber auch den Versuch erkennen lassen, Machtpositionen dort aufzubauen, wo sie ihm als Dekan nicht zukamen oder (wie es später häufig der Fall war) nicht eingeräumt wurden. Auch war das Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nicht unbedingt bereit, sich dem Druck eines Dekans selbst mit starkem Rückhalt in der NSDAP zu beugen. Es konnte sich dies offensichtlich auch erlauben und stellte sich schützend vor den Kurator, seinen Vertreter vor Ort.

Ein merkwürdiges Bild über die Arbeit des Dekans, aber auch des Reichserziehungsministeriums, zeichnet ein den Medizinalpraktikanten Werner Geiger betreffender Vorgang.<sup>156</sup> Geiger hatte offenbar, wie Heiber nachvollziehbar darstellt, Beziehungen zum ehemaligen Rektor Wolf, sowie Kenntnisse über dessen Ablösung durch Dahm, den »Stefan-George-Kreis« der Universität Kiel, den Historiker Dr. Carl Petersen und zur Universitätsgesellschaft.<sup>157</sup> Geiger selbst ist in den Personalverzeichnissen für das Wintersemester 33/34 und das Sommersemester 1934 als cand. med. und persönlicher Referent des Studentenführers zu finden. Auf Bitte Geigers hatte in Löhrs Urlaubsort Schilksee im Norden Kiels eine Unterredung stattgefunden, in der Geiger Löhr wohl vertrauliche Informationen geben wollte. Löhr war mit den Informationen nicht so umgegangen, wie Geiger sich das vorgestellt hatte. Daraufhin hatte er Löhr mit Datum vom 12. Oktober 1935 einen Brief geschrieben, in dem er nach langen Ausführungen zur Sache (die unerwähnt bleiben sollen, da sie hier nicht wichtig sind) im vorletzten Absatz einen in Aussicht genommenen Besuch am 14. Oktober mit den Zeilen absagt:

155 Ebd., p. 143, Schrb. Kurator an Rektor v. 23.1.1937.

156 LASH Abt. 47, Nr. 1107, p. 118–139, verschiedene Schrb. Nov./Dez. 1935..

157 Vgl. Mish, Carsten: »Führer der Universität«. Die Kieler Rektoren in der NS-Zeit, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 33–57; Heiber, II, 1: 393–394. Der Stefan-George-Kreis war eine Gruppierung exklusiv denkender junger Künstler und Gelehrten, der sich auf den Dichter Stefan George (1868–Dez. 1933) mit seinen Publikationen bezog, Georges Versuch, die Krise der europäischen Kultur im 20. Jahrhundert zu überwinden, führte zur Umdeutung und Reklamierung seines Werkes durch die Nationalsozialisten (N.N.: George, Stefan, in: Meyers Großes Universallexikon, Bd. 5, Mannheim 1982, S. 505; N.N.: George-Kreis, in: Meyers Großes Universallexikon, Bd. 5, Mannheim 1982, S. 506). Inwieweit der George-Kreis an der Kieler Universität wirklich eine Rolle gespielt haben könnte, bedürfte einer weitergehenden Untersuchung.

»[...] muß ich von dem für Montag den 14.10. um 11 Uhr 30 bei Ihnen geplanten Besuch absehen, da ich mich nicht der Gefahr aussetzen möchte, dass mein erneuter Besuch bei dritten Personen in ähnlicher Weise beurteilt bzw. ins falsche Licht gerückt wird.«<sup>158</sup> Hierin sahen nicht nur Löhr, sondern auch der Universitätsrat<sup>159</sup> und der Kurator einen beleidigenden Vorwurf. Dahm schrieb in der Folge am 17. Oktober an den Kurator, dass dem Wunsche des Direktors der Medizinischen Klinik, darauf hinzuwirken, dass die Beziehung des Herrn Geiger zur Universität gelöst würde (also seine Praktikantenstelle im Hygienischen Institut gekündigt werde), stattgegeben werden solle.<sup>160</sup> Der Kurator teilte Geiger in seinem Schreiben vom 4. November 1935 mit, dass der stellvertretende Direktor des Hygienischen Institutes ihm die Stelle als Medizinalpraktikant kündigen werde.<sup>161</sup> Es folgte ein Schreiben des Mitarbeiters des Wissenschaftsministeriums, Ministerialrat Bachér, vom 28. November 1935 an den eigentlich nicht zuständigen Rektor mit der Bitte, sich dafür einzusetzen, dass die Kündigung rückgängig gemacht werde. Geiger sei bei ihm gewesen und das Ganze sei doch wirklich keine allzu wichtige Sache.<sup>162</sup> Diesem Ansinnen wollte Dahm laut Schreiben an Bachér vom 30. November nicht folgen.<sup>163</sup> Danach schrieb der fachlich zuständigen Kurator vom 12. Dezember 1935 an den stellvertretenden Direktor des Hygienischen Instituts, dass er durch Erlass des REM ersucht worden sei, die Anweisung, Geiger zu kündigen, zurückzuziehen.<sup>164</sup> Die Affäre zog jedoch noch weitere Kreise: Einer Telefonnotiz vom 14. Dezember ist u. a. zu entnehmen, dass Löhr sich für Montag (16.12.) »in Berlin angemeldet« und »mit München gesprochen« habe. München habe ihm geraten, »mit aller Energie auf den Tisch zu hauen.«<sup>165</sup> Am gleichen Tag schickte Löhr als Dekan ein Schreiben an Ministerialrat Bachér direkt nach Berlin und gab es erst nachträglich auf den Dienstweg, eine mögliche, aber durchaus nicht alltägliche Angelegenheit.<sup>166</sup> Löhr bestritt Bachér die Zuständigkeit für den Erlass, kritisierte, dass Studenten oder Assistenten

158 LASH Abt. 47, Nr. 1107, p. 119, Schrb. Kurator an Geiger v. 4.11.1935 mit Abschrift des Schrb. Geigers an Löhr v. 12.10.1935.

159 Der Universitätsrat hat die Aufgabe der rechtlichen Beratung des Kurators, des Rektors und der übrigen akademischen Behörden. Er muss die Fähigkeit zum Richteramt besitzen und wird vom Minister ernannt. § 79 der Universitätssatzung v. 17.11.1928.

160 LASH Abt. 47, Nr. 1107, p. 118, Schrb. Rektor an Kurator.

161 Ebd., p. 119, Schrb. Kurator an Geiger v. 4.11.1935.

162 Ebd., p. 122, Schrb. Bachér an Rektor v. 28.11.1935.

163 Ebd., p. 126 f., Schrb. Rektor an Bachér v. 30.11.1935.

164 Ebd., Nr. 1107, p. 130, Schrb. Kurator an stellv. Dir. Hyg. Inst. Pels-Leusden v. 12.12.1935.

165 Ebd., p. 132.

166 Ebd., p. 134, Schrb. Löhr an Bachér v. 14.12.1935.

unter Umgehung des Dienstwegs im Ministerium Gehör fänden und ging dann auf die Angelegenheit im Einzelnen ein. Löhr bezeichnete sich als »alten Nationalsozialisten«, der auch Geiger zu Unrecht für einen gehalten habe, griff ausführlich die Aktivitäten des Stefan-George-Kreises auf,<sup>167</sup> sah durch das Verhalten Bachérs »die gradlinige Aufbaupolitik, wie sie [...] nach Rücktritt des früheren Rektors Wolf angestrebt wird, empfindsam gestört«. Besonders erregte Löhr, dass »Geiger nur ganz kurz in der SA tätig war, aus der man ihn wegen mangelnder Beteiligung herausgetan hat.« Und weiter schrieb der: »Ich fasse es nach wie vor als eine Arroganz und Unverschämtheit auf, wenn mir irgend ein Student bzw. Medizinalpraktikant, der politisch zum Stefan-George-Kreis gehört, sich aber bei mir als Nationalsozialist einführt, großmütige Ratschläge erteilt.« Zum Schluss seines Briefes führte er, offenbar mit dem Ziel, Bachér einzuschüchtern, seine sämtlichen Ämter zum damaligen Zeitpunkt auf: »Jedenfalls lehne ich es sowohl als Dekan als auch als Gau-Dozentenbundsführer und Vertrauensmann der Hochschulkommission ab, daß die Angelegenheit Geiger in dem von Herrn Professor Dr. Bachér angestrebten Sinne erledigt wird.« Der Vorgang macht den eingeschränkten Horizont des hier besonders interessierenden Dekans Hanns Löhr deutlich: Offenbar scheint ihm nicht bewusst gewesen zu sein, dass er in seinem Wunsch, durch Indiskretionen nützliche Informationen in die Hand zu bekommen, einem Wichtigtuer aufgesessen war. Die Einschaltung »Münchens«, womit die Hochschulkommission der Reichsleitung gemeint war, und die Reise nach Berlin in der Angelegenheit Geiger zeigt, dass er in seinem überschäumenden Ärger völlig die Verhältnismäßigkeit der Angelegenheit aus den Augen verloren hatte und nun all seine Machtmittel einsetzte, um dem aus seiner Sicht unkorrekten Verhalten des Leiters der Hochschulabteilung im REM Bachér seine ganze Empörung entgegenzusetzen. Es ist davon auszugehen, dass diese Art Löhrs, mit seiner Auffassung zuwiderlaufenden Vorgängen umzugehen, sich häufiger wiederholen dürfte. Einen Hinweis hierzu enthält auch die Rede Ritterbuschs anlässlich der Trauerfeier nach Löhrs Tod. Diese Art der Reaktion schüchterte

167 Er teilte Bachér mit, dass Geiger mit anderen Nächstvertrauter des Stefan-George-Kreises der Universität Kiel um Prof. Wolf und Prof. Petersen sei. Dieser Kreis habe – so Löhr in seinem Schreiben – eine gradlinige Politik an der Kieler Hochschule verhindert. Betroffen seien nicht nur Rektor Dahm, sondern auch Holzlöhner als Dozentschaftsleiter und Löhr selbst als Vertrauensmann der Reichsleitung gewesen. Verbindungen u. a. zu Ministerialrat Haupt im REM hätten es unmöglich gemacht, sich dagegen zu wehren. Dann folgte noch der Hinweis, dass Anhänger des Stefan-George-Kreises von offiziellen Stellen der Partei in Wort und Schrift als für bedenklich und gefährlich bei dem Aufbau des nationalsozialistischen Staates bezeichnet würden.

sicher in der Regel seine Kontrahenten dermaßen ein, dass Forderungen und Anordnungen Löhrs kaum etwas entgegengesetzt wurde.

### 5.3 Berufungen als Mittel der Umgestaltung zu einer nationalsozialistischen Fakultät

#### 5.3.1 Das veränderte Berufungsverfahren ab 1935

Van den Bussche unterscheidet drei Zeiträume mit unterschiedlicher Ausgestaltung der Berufungsverfahren in der Zeit des »Dritten Reiches«: Erstens die Phase der »nationalen Revolution« (1933–1934), die durch unreglementierte Einflussnahmen der NSDAP charakterisiert war, zweitens die Phase der Dominanz des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit halbwegs geordneten Verwaltungsgängen sowie drittens die Kriegsphase.<sup>168</sup> In Kiel gehörten in die erste Phase die Berufungen von Rodenwaldt, Staemmler, Holzlöhner, Weinert und Lühr. Auf Vorschlag oder im Einverständnis mit der Medizinischen Fakultät wurden, wie schon dargestellt, die Rassenideologen Staemmler und Rodenwaldt, ohne Vorschlag seitens der Fakultät der Anthropologe und Nichtmediziner Weinert, und gegen das Votum der Fakultät die eingefleischten Nationalsozialisten Holzlöhner und Lühr berufen. Im Falle Weinerts hatte sich die Fakultät nicht zu einem Vorschlag in der Lage gesehen, da keine Anthropologen, die für eine Berufung hätten in Frage kommen können, bekannt waren. In die zweite Phase der Berufungen gehören 1936 Behrens, Wiethold, Siegmund und Meesmann, 1937 Netter, Bachmann und Philipp und 1938 Vonkennel, Fischer und Creutzfeldt sowie, obwohl schon im Krieg erfolgt, als Sonderfall 1941 Freerksen. In der dritten Phase wurde 1941 noch Hallermann, 1942 Reinwein und Büngler und 1943 Vogel und Schmidt berufen. Auf diese Phase wird an späterer Stelle eingegangen. Zu jedem Kandidaten wurde im Wissenschaftsministerium für die Präsidialkanzlei, aber auch für das eigene Haus in den ersten Jahren meist von Ministerialrat Werner Jansen ein Eignungsbericht erstellt. Beispielhaft soll der recht schlicht gehaltene »Eignungsbericht des Referenten« für den am 1. April 1935 an Stelle von Külz<sup>169</sup> berufenen Pharmakologen Behrend Behrens auszugsweise wiedergegeben werden: »Stellungnahme der Hochschulkommission: Positiv am 30.10.34; Im Einverständnis mit der Fakultät Kiel;

168 Bussche, *Akademische Karrieren*, S. 73.

169 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Schrb. des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, WI b Nr. Behrens I a, v. 3.4.1935 an Behrens. Külz hatte einen Ruf nach Frankfurt angenommen.

(Bereits auf verschiedenen Vorschlagslisten); Behrens ist der führende Kopf des pharmakologischen Nachwuchses. Es gibt keine schlechten Urteile über ihn. Seine Arbeiten befassen sich im Unterschied von anderen mit praktischen Fragestellungen und sind in ihrer sauberen Führung allgemein anerkannt. Behrens hat als einer von wenigen Pharmakologen die Toxicologie besonders gefördert. Als Mensch ist er von unbestechlicher Ehrlichkeit, politisch einwandfrei und von erfreulich weißer Weste.«<sup>170</sup> Behrens wurde zunächst am 24. Februar 1935 aushilfsweise Mitarbeiter des Ministeriums,<sup>171</sup> war bis 1937 kein Parteimitglied, jedoch seit 1933 Mitglied der SA als Sturmmann, entsprechend dem Dienstgrad Gefreiter bei der Wehrmacht.

Die Berufungsverfahren waren gegenüber jenen der Weimarer Zeit sehr viel weniger übersichtlich geworden, auch wenn die Grundzüge des Verfahrens erhalten geblieben waren. Die Berufungen fanden im Gegensatz zu den Jahren 1933 und 1934 grundsätzlich wieder in geordneter Form statt. Die Fakultät erstellte eine Liste, die auf dem Dienstweg an das Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung gegeben wurde, das gleichzeitig die Funktion des Preußischen Landesministeriums wahrnahm. Das Ministerium leitete nach Berufungsverhandlungen mit den infrage kommenden Kandidaten einen Ernennungsvorschlag an die Reichskanzlei weiter. In der Regel erfolgte dann die Ernennung. Anders als in der Vergangenheit gab es jedoch vielfältige Einflussnahme. Auf der Ebene der Fakultät und des Rektors ist besonders der Leiter der Dozentenschaft der Universität zu nennen, der auch in Personalunion als nationalsozialistischer Dozentenbundsführer Vorstellungen des Dozentenbundes durchzusetzen versuchte. Der Vertrauensmann der NSDAP brachte Vorstellungen der Hochschulkommission in die Beratungen der Fakultät ein, NSDDB und Hochschulkommission konnten noch auf Ministeriumsebene Einfluss nehmen. Weiterhin bestand auf Regionalebene in Schleswig-Holstein auch noch für den Gauleiter und Oberpräsidenten die Möglichkeit, die Besetzung von Lehrstühlen zu beeinflussen. Dem Wissenschaftsministerium gelang es jedoch im Verlauf des Jahres 1936, die Entscheidung über die Berufungen auf der Grundlage der Dreierlisten der Fakultäten und

170 GStA PK, I. HA Rep. 90, Nr. 1769, Bd. 4, p. 99, Eignungsbericht des Referenten anlässlich der Berufung von Behrend Behrens als ordentlicher Professor für Pharmakologie nach Kiel v. 4.2.1935 [Semikolon an Stelle von Absätzen].

171 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Schrb. des Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Z I Nr. 430, WI v. 22.2.1935 an Behrens.

unter Berücksichtigung der Voten der Parteiinstitutionen wieder weitgehend an sich zu ziehen.<sup>172</sup>

### 5.3.2 Parteigenossen und Protestanten: Prioritäten bei Berufungen

Löhr hatte in Kiel durch Übernahme von Positionen, aus denen heraus er Einfluss auf die regionale Entscheidung und zentral beim NSDDB und der Hochschulkommission nehmen konnte, seine Möglichkeiten gut ausgebaut. Er war als Dekan für die Mitteilung der Dreierlisten an das Ministerium zuständig, war Vertrauensmann der Hochschulkommission und Gaudozentenführer, seine Parteigenossen Holzlöhner und Ritterbusch waren Dozentenführer der Universität. Ritterbusch, der in einem recht engen Freundschaftsverhältnis zu Löhr stand, war zusätzlich ab 1936 Löhr auch noch als Dozentenbundsführer der Universität formal unterstellt. Mit Gauleiter Lohse unterhielt Löhr enge Kontakte. Lediglich die ministerielle Ebene, bestehend aus dem Kieler Universitätskurator Max Sitzler und dem Berliner Wissenschaftsministerium, war dem Einfluss Löhrs weitgehend entzogen, eine Tatsache, die ihm in den ersten Jahren seines Dekanats des Öfteren Schwierigkeiten bereiten und nicht ganz selten zu Berufungen führen sollte, die seinen Vorstellungen nicht entsprachen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich bei den vielen Neuberufungen der Kieler Fakultät in den folgenden Jahren ein uneinheitliches Bild abzeichnete:<sup>173</sup>

1935, im ersten Jahr des Dekanats Löhrs, gab es in der Kieler Medizinischen Fakultät insgesamt fünf Berufungen, die höchste Anzahl pro Jahr in der Zeit des Nationalsozialismus. So waren die Bedingungen für Löhr eigentlich ausgezeichnet, durch massive Einflussnahme die Zusammensetzung der Fakultät bei Berufungen zu beeinflussen. Das Ziel einer nationalsozialistisch gefestigten Medizinischen Fakultät, die sich ähnlich wie die Kieler Juristen an die Spitze der Medizinischen Fakultäten im nationalsozialistischen Staat hätte setzen können, war in Anbetracht des Mangels an geeigneten, ideologisch gefestigten Medizinwissenschaftlern kurzfristig nicht zu erreichen. Für Löhr war es unter diesen Umständen wichtig, Medizinprofessoren nach Kiel zu holen, die,

172 Grüttner, *Universitäten*, S. 85, vgl. Nagel, Anne C.: *Hitlers Bildungsreformer, Das Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945*, Frankfurt a. M. 2012, passim, besonders S. 255–280.

173 Auf Vorschlag oder im Einverständnis mit der Medizinischen Fakultät wurden Behrens, Meesmann, Netter, Creutzfeldt und Fischer, wahrscheinlich auch Siegmund, ohne Vorschlag der Fakultät Bachmann und Vonkennel, Freerksen, möglicherweise auch Wiethold, und ohne Vorschlag und gegen das Votum der Fakultät Philipp, berufen.

wenn schon nicht ideologisch gefestigt, gegenüber den nationalsozialistischen Zielen Wohlverhalten zeigten und fachlich die Voraussetzungen mitbrachten, das neben dem nationalsozialistischen Rassismus gleichwertige Ziel der militärischen Aufrüstung zu unterstützen. Tatsächlich gelang ihm selbst dies zunächst nicht.

Löhr hatte 1936, wie schon berichtet, den Wechsel von der SA zur SS vollzogen, wurde von der SS als Oberführer übernommen und kurz vor seinem Tode zum SS-Brigadeführer befördert. Aus seinem Wechsel zur SS, seiner hohen Eingruppierung und seiner Zuordnung zum SD-Hauptamt lässt sich mit einiger Sicherheit vermuten, dass er an der Kieler Universität eine führende Rolle in dem universitären SD-Netzwerk einnahm.<sup>174</sup> Der SD hatte bereits früh eine Kategorisierung der Gegner des Nationalsozialismus vorgenommen. Dabei standen die Rotarier und Freimaurer an der Spitze, gefolgt von den Juden, den praktizierenden Katholiken sowie den Liberalen und den Reaktionären.<sup>175</sup> Bekannte Rotarier und Freimaurer gab es in der Kieler Medizinischen Fakultät nicht,<sup>176</sup> der einzige »Jude« Rudolf Höber war bereits 1933 wie auch fast alle jüdisch-stämmigen Assistenten und Studenten von der Universität entfernt worden. So blieben als »Gegnergruppe« die Katholiken, die dann, wenn sie überzeugte Katholiken waren, bei Berufungen nicht berücksichtigt werden sollten, um das Ziel einer nationalsozialistischen medizinischen »Vorzeige-Fakultät« nicht unnötig zu gefährden. Bei den noch näher darzustellenden Berufungen des Jahres 1935 hatte der konfessionelle Gesichtspunkt noch keine erkennbare Rolle gespielt, wohl weil die Politik Hitlers zu diesem Zeitpunkt noch bemüht war, mit dem Vatikan und der katholischen Kirche in Deutschland einen Ausgleich zu finden. Auch erlaubten die Auseinandersetzungen mit der Hochschulkommission und der Mangel an die Wunschvorstellungen der Nationalsozialisten erfüllenden Hochschullehrern eine solche Politik nicht. 1936 gab es in der Kieler Medizinischen Fakultät keine Berufungen, 1937 wurde als erster der evangelische Netter berufen. Erst dann gab es die Möglichkeit, auch den konfessionellen Gesichtspunkt bei Berufungen einzubringen.

174 Büttner/Bruhn, S. 73–74.

175 Simon, Gerd (Hg.): Germanistik in den Planspielen des Sicherheitsdienstes der SS. Ein Dokument aus der Frühgeschichte der SD-Forschung, Tübingen 1998, S. 12 f.

176 LASH Abt. 460, Nr. 4391, Anlage zu Fragebogen v. 30.1.1947. Rominger gibt in seinem Entnazifizierungsverfahren an, Rotarier gewesen zu sein. Es gibt keinerlei Hinweis, dass dies in der Zeit des Nationalsozialismus offiziell bekannt war.

### 5.3.3 Die ersten Berufungen unter Hanns Löhr

Die erste Berufung unter Dekan Hanns Löhr führte zur Besetzung des Lehrstuhles für Pharmakologie mit einem Wissenschaftler, der nicht nur Wohlverhalten gegenüber den Machthabern zeigte, sondern auch alle fachlichen Voraussetzungen erbrachte, um toxikologische Forschung für die Kriegsmarine zu betreiben. Diese Möglichkeit ergab sich, als Külz zum 1. April 1935 den Lehrstuhl für Pharmakologie in Frankfurt übernahm. Es war schon darauf hingewiesen worden, dass Külz dem nationalsozialistischen Regime distanziert gegenüberstand und dass die Annahme des Rufes nach Frankfurt nach der Ablehnung dreier ehrenvoller Berufungen in den Jahren 1931 und 1932 wohl Folge der »Herrschaftsübernahme« des ihm unerträglichen Nationalsozialisten Hanns Löhr gewesen sein dürfte. In ihrer Sitzung vom 4. Februar 1935 noch unter Leitung von Schröder beschloss die Fakultät eine Dreierliste, in der an erster Stelle neben Gremels<sup>177</sup> auch der Berliner Pharmakologe Behrend Behrens genannt war. Der bereits zitierte Eignungsbericht des Ministerialrats Jansen war sehr positiv, so dass es nicht überrascht, dass auch die Hochschulkommission in München einverstanden war. Behrend Behrens wies nicht gerade eine Vita auf, die, wenn nicht die militärischen Notwendigkeiten bestanden hätten, nach dem Geschmack der Nationalsozialisten gewesen wäre. Am 23. Mai 1895 als Sohn des Geheimen Hofrats und Professors für romanische Philologie Dietrich Behrens in Gießen geboren, evangelisch und »arisches«,<sup>178</sup> war er nach seinem Abitur von September 1914 bis Frühjahr 1918 in der freiwilligen Krankenpflege des Roten Kreuzes überwiegend in Gießener Reservelazaretten tätig,<sup>179</sup> studierte daneben zunächst Landwirtschaft und Veterinärmedizin, dann ab 1916 bis 1920 mit Unterbrechungen Medizin in Gießen. Vom 1. Juni bis 12. Dezember 1918 war er einfacher Soldat in einem Pionierbataillon. Er wurde 1922 in Gießen promoviert<sup>180</sup> und habilitierte sich als Pharmakologe 1925 in Königsberg. Seine Antrittsvorlesung hielt er am 31. Juli 1925 über die »Kumulation von Giften«,<sup>181</sup> 1926 ging er nach Heidelberg und wurde dort 1930 apl. Professor, 1932 dann apl. Professor in Berlin.<sup>182</sup> Zum 5. Feb-

177 Hans Gremels (1896–1949), Pharmakologe, 1938 Lehrstuhl in Marburg (Klee, Personenlexikon, S. 199).

178 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Personalblatt Behrens.

179 GStA PK I. HA Rep. 90A, Nr. 1769, p. 97–99; LASH Abt. 47, Nr. 6465, Personalbogen für wissenschaftliche Angestellte 1932.

180 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Abschrift der Promotionsbescheinigung v. 9.8.1922, Thema »Über den Einfluss der Verdünnungsflüssigkeit auf das Zählresultat bei Erythrozytenzählung«.

181 Kroker-Wawrzinek, S. 77.

182 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Personalblatt Behrens.

ruar 1933 trat er dort als Sturmmann und Arzt in den SA-Sanitätssturm Stab Standarte 16 ein. Nach eigenem Bekunden aus dem Jahre 1934 gehörte er keiner Partei an. Es folgte von Februar 1935 bis Anfang 1936 eine aushilfswise Tätigkeit als Referent im Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,<sup>183</sup> in Anbetracht seines Werdeganges und seiner wenig erkennbaren Hinwendung zur nationalsozialistischen Ideologie eine erstaunliche Entscheidung des Ministeriums. Sie wurde noch dadurch übertroffen, dass er am 1. April 1935 die Berufung als ordentlicher Professor für Pharmakologie in Kiel mit einem im Vergleich zu anderen zuvor berufenen Kollegen für sein Alter erstaunlich hohem Grundgehalt von jährlich 11.600,- RM erhielt.<sup>184</sup> Einer Notiz von Behrend Behrens für den Kieler Universitätskurator ist zu entnehmen, dass das Ministerium schon vor der Stellungnahme der Fakultät mit ihm verhandelt hatte.<sup>185</sup> Man war also hochgradig an ihm interessiert. Das starke Interesse des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Behrens dürfte durch seine besonderen Forschungsgebiete Toxikologie und seine Funktion als Herausgeber von Fühner-Wielands Sammlung von Vergiftungsfällen<sup>186</sup> begründet gewesen sein. Das Deutsche Reich war im Begriff, ab 1935 mit Einführung der Wehrpflicht im Eiltempo eine hochgerüstete Wehrmacht aufzubauen, die spezielle Forschungen in den Gebieten Kampfstoffmedizin und Wehrtoxikologie benötigte. Mit seiner Berufung wurden sicher gestellt, dass in den Zeiten der Aufrüstung besonders für die Marine mit ihren aus toxikologischer Sicht nicht unproblematischen Bordverhältnissen auf den U-Booten und anderen Kriegsschiffen ein hochqualifizierter Wissenschaftler in Kiel zur Verfügung stand. So erhielt er z. B. schon 1937 einen Auftrag zur Untersuchung der Seekrankheit und deren therapeutischer Beeinflussbarkeit.<sup>187</sup> Bereits vor seiner Berufung hatte Behrens das Spektrum der pharmakologischen Methodik mit großem Einfallsreichtum verfeinert, u. a. gehört zu seinen Leistungen die Anwendung radioaktiver Isotope in der experimentellen Medizin.<sup>188</sup> Während der Zeit im Berli-

183 Ebd., Schrb. Ministerium an Behrens v. 22.2.1935.

184 LASH Abt. 811, Nr. 12334, Schrb. Ministerium an Behrens v. 17.9.1935: »Ich habe Ihnen [...] unter Vorwegnahme sämtlicher Dienstalterszulagen eine Grundgehalt von [...] bewilligt.«

185 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Schrb. Behrens an den Kurator v. 8.4.1935.

186 Behrens, Behrend (Hg.): Fühner-Wielands Sammlung von Vergiftungsfällen, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1936–1954.

187 Kroker-Wawrzinek, S. 70. Hierbei handelt es sich um eine Frage, die für den Seetransport von Truppen wie z. B. beim Überfall auf Norwegen 1940, von erheblicher militärischer Bedeutung war.

188 Vgl. Kroker-Wawrzinek, S. 68.

ner Ministerium wurde Behrens von dem habilitierten Berliner Assistenten, Gerhard Orzechowski, in Kiel vertreten.<sup>189</sup> Dadurch wurde Behrens die weitere Tätigkeit im Ministerium ermöglicht. Auch dieses Vorgehen ist ein weiteres Indiz dafür, wie wichtig für die Regierung in Berlin die künftige Tätigkeit des Pharmakologen in Kiel war.

Auch die nächste Berufung bot für Löhr nicht viel Spielraum zum Handeln. Ob die Kieler Fakultät überhaupt um Vorschläge gebeten worden ist, lässt sich auf Grund der dürftigen Quellenlage nicht mehr feststellen. Es ging um den Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin. Ernst Ziemke war am 1. April 1935 aus Altersgründen entpflichtet worden. Sein Nachfolger wurde wenig später der Berliner apl. Professor Ferdinand Wiethold. Auch dessen Vita erscheint allemal zum Zeitpunkt seiner Berufung nicht als die eines überzeugten Nationalsozialisten. Am 24. Dezember 1893 in Bocholt (Westf.) geboren, war Wiethold im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer und wurde 1915 schwer verwundet und deswegen 1916 aus dem Heer entlassen. Er wurde 1920 in Frankfurt promoviert, habilitierte sich 1929 in Bonn, ging 1930 nach Berlin und wurde dort 1932 apl. Professor. Ministerialrat Jansen aus dem REM schrieb in seiner Stellungnahme zu Wiethold im Jahre 1935: »[...] ein Wissenschaftler von guter Kritik und klarer Problemstellung. Er besitzt auf seinem engeren Fachgebiet außerordentlich große Erfahrungen, die ihn im Hinblick auf gerichtsärztliche Gutachtertätigkeit, die in Kiel eine große Rolle spielt, für den dortigen Posten besonders geeignet erscheinen lassen. [...] Politisch gilt Wiethold als zuverlässig. Ich halte die Besetzung des in Frage kommenden Postens mit Herrn Wiethold für die bestmögliche Lösung, da sich unter den Gerichtsmedizinern, soweit sie nicht schon Ordinarien sind, kaum eine Persönlichkeit finden läßt, die den dortigen Ansprüchen gerecht werden kann.«<sup>190</sup> Am 6. Juni 1935 wurde Wiethold ordentlicher Professor für gerichtliche Medizin in Kiel. Unterlagen über den Berufungsvorgang sind in den einschlägigen Akten in Schleswig und Berlin nicht zu finden. Da auch weitere Personalunterlagen nicht aufzufinden sind, muss der Eignungsbericht Jansens dafür herhalten, einige Vermutungen anzuschließen: Wiethold dürfte zum Zeitpunkt der Berufung nicht Mitglied der NSDAP gewesen sein, die wenig differenzierte Feststellung der »politischen Zuverlässigkeit« durch Jansen dürfte in Ermangelung weitergehenden nationalsozialistischen Engagements neben einer wahrscheinlich mehr formalen Zugehörigkeit zur SA in der damaligen Zeit als Mindestvoraussetzung für eine Berufung anzusehen sein. Wäre es anders gewesen, hätte Jansen wohl eine andere Formulierung gewählt. Auch scheint das Ministerium keine große Auswahl gehabt zu

189 LASH Abt. 47, Nr. 1609, p. 2, Schrb. des Kurator an den Rektor v. 8.4.1935.

190 GStA PK I. HA Rep. 90A, Nr. 1770, p. 88, Eignungsbericht v. 22.3.1935.

haben. Das Fach Gerichtsmedizin war in Kiel personell so schlecht ausgestattet, dass eine Berufung nicht reizvoll erscheinen konnte. Auch musste der Lehrstuhlinhaber in allen Bereichen seines Faches ausreichende Fähigkeiten besitzen, um den Anforderungen der Lehre, aber mehr noch des gerichtsmedizinischen Alltags mit Gutachten und kriminologischen Untersuchungen gerecht zu werden. Ihm stand neben einer Schreibhilfe und einem Gehilfen nur eine einzige auch noch außerplanmäßige Assistentenstelle zur Verfügung. Der Assistent musste auch die Oberassistentenfunktion wahrnehmen, wenn der Ordinarius nicht seine Aufgaben ausüben konnte.<sup>191</sup> Über die Tätigkeit Wietholds in den Folgejahren ist wenig bekannt. Auf Vorschlag des Kieler Landesgerichtspräsidenten wurde er im Mai 1935 vertretendes beamtetes Mitglied im Erbgesundheitsgericht bis zum Ende des Jahres. Danach wurde er bis zu seiner Berufung nach Frankfurt im Jahre 1941 beamtetes Mitglied im Erbgesundheitsgericht.<sup>192</sup> Dazu passt die Auffassung Wietholds zum GzVeN, die in der Februarausgabe des Jahres 1934 der »Kriminalistischen Monatshefte« veröffentlicht wurde: »Unsere neue Regierung hat nun mit vorbildlicher Tatkraft und mit umfassenden weltanschaulichen Maßnahmen Rassenpflege und Aufartung bewußt zu beherrschenden Gesichtspunkten der Staatsführung erhoben.«<sup>193</sup> Am 1. April 1941 folgte Wiethold einem Ruf nach Frankfurt. Die letzten Kriegsjahre in Frankfurt dürften für Wiethold nicht ganz unproblematisch gewesen sein. Anders ist die Aussage seines Schülers Kurt Wagner in dem Nachruf 1961 zu der Situation Wietholds nach 1945 nicht zu verstehen: »[Wiethold] verlor einen Lehrstuhl, für kurze Zeit auch die Approbation, und es hat viele Jahre gedauert, ehe er wieder den Lehrstuhl innehatte, auf den er 1941 berufen worden war«. Vorher hatte Wagner schon in der verklausulierten Art, mit der besonders in Nachrufen mit kritikwürdigem Verhalten umgegangen wurde, geschrieben: »Sein Arztum und seine wissenschaftlichen Erkenntnisse, nicht zuletzt aber auch seine innere Gesinnung, verboten ihm, auch nur entfernt jene Wege gutzuheißen, die zumindest in den letzten Kriegsjahren die nationalsozialistische Justiz förmlich vorschrieb. Er geriet in sehr ernste Konflikte. Seine in diesen Jahren vornehmlich gutachterliche Tätigkeit hielt sich

191 Hallermann, Wilhelm: Bericht über die weitere Entwicklung der gerichtlichen Medizin in Kiel, in: Beiträge zur Gerichtlichen Medizin 25 (1969), S. 9–15, hier S. 10.

192 LASH Abt. 355, Nr. 2427, p. 51, Berufung der Mitgl. des EGG durch den Landgerichtspräsidenten v. 21.12.1935.

193 Wiethold, Ferdinand.: Über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: Kriminalistische Monatshefte 8 (1934), S. 27–32, hier S. 27, zit. nach Herber, Friedrich: Gerichtsmedizin unterm Hakenkreuz, Leipzig 2002, S. 54.

an streng wissenschaftliche Erkenntnisse.«<sup>194</sup> Dieserart Rechtfertigungen ohne dass Sachverhalte benannt werden, lassen vermuten, dass wohl auch Wiethold nicht ganz frei von einem hier nicht näher bekannten, wahrscheinlich in der Art seiner Gutachten liegenden angreifbarem Verhalten gewesen sein wird. Friedrich Herbers Äußerungen unterstützen diese Argumentation, schreibt er doch: »Möchte man sich über den Lebensweg dieses Gerichtsmediziners orientieren, so findet man durchweg lückenhafte Darstellungen, die keine Erklärung dafür anbieten, warum Wiethold so lange auf seine Wiedereinsetzung warten musste.«<sup>195</sup>

Auch der Lehrstuhl für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie musste 1935 neu besetzt werden. Nachfolger von Leonhard Jores, der am 1. April 1934 entpflichtet worden war, wurde zum 1. Mai 1934 Martin Staemmler. Staemmler war, ebenso wie Rodenwaldt, nur kurze Zeit in Kiel. Schon zum 1. August 1935 nahm er einen Ruf nach Breslau an. Am 4. September 1935 wurde Herbert Siegmund als sein Nachfolger berufen. Geboren am 14. April 1892 in Rybnik (Oberschlesien), wurde der katholische Siegmund nach einem Studium der Medizin und Chemie in Breslau und München 1916 in München promoviert. Im Ersten Weltkrieg war er als Arzt auf verschiedenen Kriegsschauplätzen in Deutschland und Frankreich eingesetzt. Ab Juni 1917 nahm er die Funktion eines Armeepathologen wahr. Er wurde als Oberarzt d. R. im April 1918 entlassen.<sup>196</sup> Siegmund habilitierte sich 1921 in Köln mit einer Arbeit über die damals herrschende epidemische Encephalitis und wurde dort 1925 apl. Professor. Er war 1922/23 stellvertretender Direktor des Pathologischen Instituts in Marburg und 1928 bis 1930 in gleicher Position in Köln. 1932 wurde er Direktor des Pathologischen Instituts am Katharinenhospital in Stuttgart und Dozent in Tübingen.<sup>197</sup> Von 1920 bis 1933 war Siegmund Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, trat der NSDAP im April 1933 (Mitglieds-Nr. 3 228 360) bei, gehörte dem NSDÄB, dem NSDDB und der nationalsozialistischen Studentenkampfhilfe an und war Hauptführer beim Deutschen Roten Kreuz.<sup>198</sup> Der Leiter der Dozentenschaft in Kiel, Gerhard Küntscher, beschreibt

194 Wagner, Kurt: Nachruf für Ferdinand Wiethold 1893–1961, in: Dtsch. Z. ges. gerichtl. Med. 52 (1961), S. 4–6, hier S. 5.

195 Herber, S. 172. Herber bezieht sich auf die ausführlichen Darstellungen von Kögler (Kögler, Rolf-Günther: Die gerichtliche und soziale Medizin an der Universität Frankfurt a. M. bis 1961, Frankfurt a. M. 1988, 175 ff.) und Mallach (Mallach, Hans Joachim: Geschichte der Gerichtlichen Medizin im deutschsprachigen Raum, Lübeck 1996, S. 147 f.)

196 BArch PK L 274, p. 1524, Lebenslauf Siegmund v. 1.2.1944.

197 Jansen, S. 51 f.

198 BArch PK L 274, p. 1526, Lebenslauf Siegmund v. 1.2.1944.

ihn in einem Gutachten vom 3. August 1938, das auf Anfrage der Universität Tübingen erstellt wurde »als sehr entgegenkommend und fast zu liebenswürdig.« Andererseits sei er aber jemand, der es verstehe, seine Interessen in jeder Hinsicht wahrzunehmen. Er urteilt: »In politischer Hinsicht ist Nachteiliges nicht bekannt. Seine eigentliche Bedeutung in Kiel liegt in seiner Lehrtätigkeit, die als außerordentlich wertvoll unterstrichen werden muß.«<sup>199</sup> Abweichend von den vier anderen im Jahre 1935 in Kiel berufenen Medizinprofessoren war Siegmund vor 1933 Mitglied einer nationalliberalen, konservativen Partei und früh in die NSDAP gewechselt, seine politischen Aktivitäten dürften sich in seiner Kieler Zeit jedoch auf ein Minimum beschränkt haben. Anders kann das Votum des Dozentenführers Küntscher »Nachteiliges nicht bekannt« und »eigentliche Bedeutung liegt in [...] Lehrtätigkeit« nicht verstanden werden. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in Kiel waren die Parodontose und Herdkrankheiten, Tuberkulose und Staublungenerkrankungen, Meniskus- und Bandscheibenveränderungen sowie die Glykogenspeicherkrankheiten.<sup>200</sup>

Mit der letzten Berufung in Jahre 1935 erfolgte die Besetzung des ophthalmologischen Lehrstuhls Heines, der am 1. Oktober 1935 entpflichtet wurde. Alois Meesmann, geboren am 1. Mai 1888 in Bochum, wurde mit Schreiben vom 28. September 1935 zum Professor und Direktor der Augenklinik ernannt. Die Fakultät hatte ihn auf ihrer Dreierliste an erster Stelle vorgeschlagen.<sup>201</sup> Hierbei handelt es sich um eine Ernennung zum persönlichen Ordinarius, so dass auf das Dienst Einkommen Meesmanns die für planmäßige Extraordinariate geltenden Bestimmungen Anwendung fanden. Sein Jahresgrundgehalt wurde auf 9.000,- RM festgelegt.<sup>202</sup> Meesmann wurde 1918 promoviert, war von 1919 bis 1935 Assistenz- bzw. Oberarzt an der Charité, habilitierte sich 1923, wurde 1928 apl. Professor und trat im Mai 1933 der NSDAP bei, ohne dort ein Amt inne zu haben.<sup>203</sup> Am 29. September 1935 wurde er schließlich ordentlicher Professor für Augenheilkunde in Kiel. Anstelle des Ende September 1937 aus dem Amt des Ver-

199 LASH Abt. 47.6, Nr. 165, p. 19, 20, Gutachten des Leiters der Dozentenschaft Küntscher v. 3.8.1938 erstellt auf Anforderung des Rektors der Universität Tübingen; p. 20, Stellungnahme der Fakultät v. 9.8.1938, unterzeichnet »i. V. Benninghoff«: »Die Medizinische Fakultät schließt sich [...] vollinhaltlich an.«

200 Jansen, S. 53, 55.

201 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 171. Das Protokoll der Fakultätssitzung trägt kein Datum. Sie fand nach dem 20.5. und vor dem 9.12.1935 statt.

202 LASH Abt. 47, Nr. 6844, Schrb. des REM an den n. b. a. o. Professor Dr. Alois Meesmann v. 28.9.1935.

203 UB Marburg, Nachlass Benninghoff, Schrb. Meesmann an Benninghoff v. 25.4.1946.

waltungsdirektors der Akademischen Heilanstalten enthobenen Klingmüllers sollte Meesmann ab 1. Oktober 1937 das Amt übernehmen.<sup>204</sup> Diese Entscheidung musste der Kurator am 22. September 1937 überraschend revidieren. Dem neu an die Universität berufenen Nachfolger Klingmüllers, Dozent Dr. Josef Vonkennel, wurde unerwartet das Amt übertragen. Die Eigenschaft Vonkennels als ausgewiesener, überzeugter Nationalsozialist dürfte hierfür den Ausschlag gegeben haben. Meesmann hatte nicht das Vertrauen der Partei, vermutlich auch nicht Löhrs, und dem Ministerium war die Angelegenheit keine Auseinandersetzung mit den Münchnern wert. An Meesmanns Stelle wurde ein gerade erst nach Kiel berufener, der NSDAP ideologisch nahe stehender Kollege vorgezogen, bei dem zum Zeitpunkt der Amtsübernahme keinerlei Kenntnisse bezüglich der Akademischen Heilanstalten vorlagen. Vielleicht schien es auch den Verantwortlichen sinnvoll, den schon vor dem 30. Januar 1933 im Amt befindlichen Kurator bezüglich seiner Aktivitäten nicht nur in Universität und Fakultäten, sondern auch bei den Akademischen Heilanstalten durch einen Mann ihres Vertrauens zu kontrollieren.<sup>205</sup> Eine Art von Wiedergutmachung gab es für Meesmann wenig später. Auf seine Bitte, von Löhr und dem Kurator unterstützt,<sup>206</sup> erhielt Meesmann durch Erlass vom 5. April 1938 rückwirkend zum 1. Februar 1938 ein planmäßiges Ordinariat, sein Grundgehalt wurde geringfügig auf 9.200,- RM erhöht.<sup>207</sup> Fachlicher Schwerpunkt seiner Tätigkeit war die Pathologie der Linse und Hornhaut.<sup>208</sup> Nach dem Wechsel Vonkennels 1943 nach Dresden war die Position des Direktors der Akademischen Heilanstalten erneut zu besetzen, jetzt aber unter deutlich veränderten Verhältnissen. 1943 war die Personaldecke an für die Belange der Partei einsetzbaren nationalsozialistischen Professoren in der Medizinischen Fakultät Kiel dünn geworden, auch konnte der Ende 1941 verstorbene Löhr seinen Einfluss nicht mehr geltend machen, zudem hatte der Kurator gewechselt. An die Stelle des in Parteiangelegenheiten wenig profilierten Kurators Max Sitzler war sein bisheriger Vertreter, der Präsident des Nordelbischen Kirchenamtes, Dr. Christian Kinder getreten, der schon früh nach der Machtübernahme in die NSDAP eingetreten war, an der Spitze der mit dem Regime kollaborierenden protestantischen Vereinigung der »Deutschen Christen« gestanden hatte, und

204 LASH Abt. 47, Nr. 1803, p. 7, Schrb. des Kurators an den Rektor v. 16.7.1937.

205 Ebd., p. 10, Schrb. des Kurators an den Dozenten Dr. Vonkennel v. 30.9.1937.

206 Meesmann bat mit Schreiben vom 21.2.1938 das REM, nunmehr ein Vollordinariat einzurichten.

207 Ebd., Schrb. des Dekans v. 4.3.1938, des Kurators v. 10.3.38 und des REM v. 5.4.1938.

208 Röper, Hans-Jürgen: Die Geschichte der Universitäts-Augenklinik Kiel, Kiel 1961, S. 33.

deswegen keiner Überwachung durch einen Vertrauten des Regimes bedurfte.<sup>209</sup> So konnte Meesmann mit Wirkung zum 1. April 1943 das Amt des Verwaltungsdirektors der Akademischen Heilanstalten als Nachfolger Vonkennels übertragen werden.<sup>210</sup> Am 1. April 1959 wurde er emeritiert. Im gleichen Jahr wurde ihm das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Er verstarb im Jahre 1969.<sup>211</sup>

1935 war, wie schon eingangs ausgeführt, das Jahr mit den meisten Berufungen in der Medizinischen Fakultät Kiel. Es war auch das erste vollständige Jahr Löhrs in Kiel nach seiner Berufung. Ganz entgegen den üblichen Gepflogenheiten des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung erfolgten die Berufungen zeitnah nach dem Ausscheiden der Vorgänger. Wider Erwarten handelte es sich bei den neu Berufenen nicht nur um engagierte Nationalsozialisten, allerdings immer um Medizinprofessoren, von denen Wohlverhalten gegenüber dem Regime zu erwarten war. Es war das erste vollständige Jahr, in dem das am 1. Mai 1934 neu gebildete Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung beweisen musste, dass es in der Lage war, sich in seinem Verwaltungshandeln von den Praktiken der Jahre vor 1933 abzusetzen, das Berufungschaos der vergangenen Jahre in den Griff zu bekommen und die Funktionsfähigkeit der Universitäten zu erhalten, möglichst zu verbessern, um wieder gegenüber der NSDAP, hier besonders der Münchener Hochschulkommission, die Initiative und Entscheidungsgewalt zurückzugewinnen.<sup>212</sup> Es war mit der Berufung Behrens' auch der Einstieg in eine den nationalsozialistischen Zielen gerecht werdende Forschung und Lehre – eine Entwicklung, die sich in der Folgezeit noch verstärken sollte. Damit waren die Möglichkeiten des Ministeriums aber wohl zunächst erschöpft. 1936 gab es keine Berufungen, obwohl die Lehrstühle für Hygiene und Frauenheilkunde seit dem Wintersemester 1935/36 dringend auf eine neue Leitung warteten.

209 Christian Kinder (1887–1972) war Jurist, seit 1933 Mitglied der NSDAP, 1934/35 Reichsleiter der Deutschen Christen, 1936 kommissarischer und seit 1938 Präsident des Landeskirchenamtes. (Klee, Personenlexikon, S. 309).

210 BArch R 4901, Nr. 14807, Schrb. REM an Meesmann v. 12.3.1943.

211 Röper, S. 36.

212 Vgl. Maier, Hans: Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: Kuhn, Helmut et al. (Hg.): Die deutsche Universität im Dritten Reich. Acht Beiträge. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 71–102, hier S. 87 f.

### 5.3.4 Neubesetzung der Physikochemischen Medizin, Hygiene und Frauenheilkunde

1937

Die erste Berufung des Jahres 1937 löste nicht die dringenden Probleme der Fächer Frauenheilkunde und Hygiene in der Kieler Universitätsmedizin. Hans Netter hatte sich seine Berufung für Physiologische Chemie in Kiel erarbeitet. Es handelte sich um die einzige echte Hausberufung der Kieler Medizinischen Fakultät in der Zeit des Nationalsozialismus.<sup>213</sup> Netter, geboren am 13. Juni 1899 in Meißen, evangelisch, Promotion 1924, war auf Bestreben Höbers 1925 planmäßiger Assistent im Physiologischen Institut geworden. 1927 erfolgte seine Habilitation, 1928 erhielt er einen Lehrauftrag für physiologische Chemie, 1933 folgte bereits unter dem Nachfolger Höbers die Ernennung zum n. b. apl. Professor und Oberassistenten.<sup>214</sup> Der Wechsel von Höber zu Holzlöhner stellte für die Position Netters kein Problem dar. Nachdem er noch im März 1933 als Höbers Assistent zeitweise von den Gewaltaktionen der Kieler Studenten betroffen war, stellte er sich auf die neuen Machtverhältnisse ein, gab ein Sondervotum für die Berufung Holzlöhners ab und zeigte gegenüber dem Regime Wohlverhalten. Netter besaß das Wohlwollen Löhrs, obwohl er in politischer Hinsicht sehr zurückhaltend war. Er war einer der wenigen fähigen Vertreter einer für die Weiterentwicklung der Medizin, aber auch für die Wehrmedizin wichtigen biochemischen Grundlagenforschung und bemühte sich, durch politische Enthaltensamkeit seiner Forschung möglichst ungestört nachgehen zu können. So war er am 1. November 1933 in die SA eingetreten, hatte es dort bis 1938 aber nur bis zum Sanitätstruppführer, entsprechend einem Feldwebel in der Wehrmacht, gebracht, war 1935 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und des nationalsozialistischen Ärztebundes, 1937 der NSDAP und 1938 des nationalsozialistischen Dozentenbundes geworden<sup>215</sup> und hatte damit die Verbundenheit mit dem Regime hergestellt, enthielt sich jedoch, wie auch manch anderer seiner Kieler Kollegen, weitergehender politischer Aktivitäten. Nach dem überraschenden Tod des Begründers des Instituts für physiologische Chemie und Physikochemie, Heinrich Schade, am 9. November 1935 wurde

213 Formal gesehen gab es noch 1941 eine weitere Hausberufung. Freerksen war vor seiner formlos durchgeführten Berufung zum Nachfolger Benninghoffs im Jahre 1941 seit Anfang 1940 i. Prosektor am Kieler Anatomischen Institut gewesen. Es ist davon auszugehen, dass seine Versetzung nach Kiel bereits der Regelung der Nachfolge im Anatomischen Institut diene, die deswegen m. E. nicht als »Hausberufung« in der der eigentlichen Bedeutung des Begriffes angesehen werden kann.

214 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 55, 56, Geschäftsbericht des Rektors.

215 LASH Abt. 460, Nr. 4181, Entnazifizierungsfragebogen.

Netter zunächst zum 5. Februar 1936 unter Beibehaltung seiner Stellung als Oberassistent im Physiologischen Institut zum kommissarischen Direktor des Instituts, dann im Februar 1937 zum persönlichen ordentlichen Professor für Physiologische Chemie und physikochemische Grundlagen der Medizin berufen und zum Direktor des Instituts ernannt. Als Wissenschaftler war Netter schon früh sehr erfolgreich. Fragen des Transportes von Stoffen durch die Zellmembranen beschäftigten ihn schon in seiner Doktorarbeit, später dann befasste er sich mit der Ionenpermeabilität von Nerven, Muskelzellen und roten Blutkörperchen, den Vorgängen in der Zelle bei der Muskel- und Nervenregung, der Kohlendioxidbindung des Hämoglobins und besonders auch mit dem Bohr-Effekt.<sup>216</sup> Dies waren Fragen von großer Bedeutung für die Arbeitsmedizin und eine ihrer speziellen Ausprägungen, die Wehrmedizin. So war es nur folgerichtig, dass Netter später an kriegswichtigen Forschungen für Luftwaffe, Marine und das Heereswaffenamt beteiligt war (6.2.5).

Möglicherweise Verärgerung des Reichserziehungsministeriums über Löhr, sicherlich aber ein Mangel an Professoren, die fachlich geeignet für die Übernahme eines Lehrstuhls für Hygiene und politisch zumindest vertretbar waren, lässt das Berufungsgeschehen um den Lehrstuhl für Hygiene vermuten. Löhr teilte mit Schreiben vom 5. Oktober 1935 dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung eine Dreierliste mit, auf der an 1. Stelle Walter Blumenberg/Breslau, auf 2. Stelle Heinrich Zeiss/Berlin<sup>217</sup> und auf 3. Stelle Werner Bachmann/Königsberg standen. Der gerade erst habilitierte Pels-Leusden wurde als Vertretung für nicht hinreichend qualifiziert gehalten, wobei auch der Streit mit Löffler im November 1933 und die Beurteilung seiner Teilnahme am Dozentenlager in Kitzeberg<sup>218</sup> seine politische Zuverlässigkeit in Frage gestellt haben dürften. Ausreichend qualifizierte Professoren waren jedoch für eine schnelle Neubesetzung des Lehrstuhls nicht vorhanden, so dass er ein Jahr später immer noch vakant war.<sup>219</sup> Erst am 2. November 1936 wurde Bachmann mit der

216 Ohlenbusch, Hans-Dieter: In Memoriam Hans Netter, 13.7.1899–8.10.1977, in: Christiana Albertina N. F. 9 (1978), S. 187–189. Der Bohr-Effekt: Die Bindung von Sauerstoff am Hämoglobin kann durch Kohlendioxid und den pH-Wert negativ beeinflusst werden, ein Phänomen von Bedeutung für die Marine und die Luftwaffe.

217 Heinz Zeiss (1888–1949), 1931 Mitglied der NSDAP, ab 1933 Direktor des Hygiene-Instituts der Charité, NSDAP-Vertrauensmann, 1934 zeitweise Referent für Medizinische Fakultäten im REM, Experte für biologische Kriegführung, in der UdSSR zu 25 Jahren Haft verurteilt (Grüttner, Bibliographisches Lexikon, S. 188).

218 LASH Abt. 47, Nr. 1566, Schrb. Löhr an REM v. 8.7.35.

219 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 97, Schrb. Rektor an REM v. 17.10.1936.

Vertretungs-Professur beauftragt. Am 1. Juni 1937 wurde er ordentlicher Professor für Hygiene in Kiel.

Auf Werner Bachmann als überzeugten Nationalsozialisten mit antisemitischer Einstellung ist bereits im Zusammenhang mit der Vertretung der Rassenhygiene in Kiel eingegangen worden. Seine Berufung nach Kiel war ohne Zweifel eine Verstärkung der zum damaligen Zeitpunkt kleinen Gruppe überzeugter Nationalsozialisten. Eine Entlastung für Löhr war Bachmann aber trotzdem nicht, da ihm dazu die persönlichen Voraussetzungen trotz tief verinnerlichter nationalsozialistischer Überzeugung fehlten.<sup>220</sup> In Königsberg war Bachmann im Hygiene-Institut Oberassistent und konnte für diese Zeit eine ganze Reihe von Veröffentlichungen in medizinischen Zeitschriften vorweisen, die sich mit hygienischen und mikrobiologischen Fragen beschäftigten. Publikationen aus dem Bereich der Rassenhygiene, wie sie bei Rodenwaldt und Staemmler umfassend und in größerer Zahl vorlagen, gab es bei Bachmann nicht. Aus der Sicht des Dekans war Bachmann sicher nicht die erwünschte Verstärkung nationalsozialistischer Kompetenz an der Fakultät, sondern eine eher fachlich farblose, aber ideologisch integere Notlösung in einer Zeit, in der es kaum noch möglich war, geeignete Hochschuldozenten für die Besetzung des Lehrstuhls für Hygiene zu finden. Bei Bachmann war schon die Zeit als Wissenschaftler bis zu seiner Berufung nach Kiel nicht besonders überzeugend.<sup>221</sup> Am 9. September 1890 in Plauen im Vogtland geboren, erfolgte 1919 die Promotion und, ziemlich ungewöhnlich für die Laufbahn eines späteren Lehrstuhlinhabers, erst ganze 14 Jahre später 1933 die Habilitation an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf. Bevor er nach Kiel kam, war er von 1926 bis 1936 Assistent am Hygienischen Institut in Königsberg, 1928 wurde er dort apl. Professor. Bachmann gehört zu den wenigen Medizinprofessoren in Kiel,<sup>222</sup> die während der Herrschaft der Nationalsozialisten wohl allein auf Grund des Parteibuches und der ideologischen Anschauungen und nicht wegen wissenschaftlicher Leistungen einen Lehrstuhl bekamen. Er war förderndes Mitglied der SS, seit April 1933 in der NSDAP (Mitglieds-Nr. 1 845 682), seit Mai 1933 Blockleiter in einer Ortsgruppe, seit Ende Mai 1934 Gaubeauftragter des Rassenpolitischen Amtes bei der Gauleitung in Königsberg, seit 12. November 1934 im »Range eines Gauabteilungsleiters für Bevölkerungs- und

220 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Rektor an Fischer v. 17.7.1943, Das Schrb. des Rektors schlägt vor, dass Bachmann entgegen der ursprünglichen Absicht nicht mehr Dekan, sondern nur noch Prodekan werden solle. Die Begründung lässt erkennen, dass bei Bachmann nicht die erforderliche Persönlichkeit für das Amt gesehen wird.

221 Wolf, Hygiene, S. 98.

222 Weitere wären u. a. Löhr, Vonkennel, Freerksen, Vogel.

Rassenpolitik«, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene, Ortsgruppe Königsberg und Mitglied des Führerkreises der Dozentenschaft an der Universität Königsberg<sup>223</sup> – alles wenig profilierte Ämter, die wohl mehr der Belohnung von Treue als der Wahrnehmung wichtiger Aufgaben dienten.

Bachmanns neun Jahre in Kiel waren für das Hygienische Institut in Kiel, wenn seine Leistungen zur Bewertung herangezogen werden, verlorene Jahre. Bachmanns wissenschaftliche Arbeit entsprach nicht dem von einem Lehrstuhlinhaber zu erwartenden Standard. Allein die Tatsache, dass mit Friedrich Pels-Leusden und Willy Maassen zwei Wissenschaftler im Institut tätig waren, deren Arbeiten Bachmanns Publikationen an Umfang und Bedeutung bei weitem übertrafen, verschleierte die geringe wissenschaftliche Leistung Bachmanns.<sup>224</sup> Nicht nur ist die Zahl seiner Arbeiten verhältnismäßig gering, die meisten wurden in Koautorschaft mit einem seiner Mitarbeiter veröffentlicht. Eine Ausnahme bildet die von ihm allein verfasste Publikation einer kleinen, zehn Seiten umfassende Schrift zum Thema »Die Aufgabe der Hygiene in der deutschen Volksgemeinschaft« in der Schriftenreihe der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes der Universität. In dieser Schrift bemüht er sich, die wissenschaftliche Hygiene mit der nationalsozialistischen Ideologie in Einklang zu bringen.<sup>225</sup> Zu Bachmanns Aufgaben gehörte die Unterrichtung der Studenten in Rassenhygiene, dazu kam das Amt des »Gauamtsleiters für Rassenhygiene im Gau Schleswig-Holstein«.<sup>226</sup> Die rassistische Haltung Bachmanns in der Angelegenheit seines Assistenten Henneberg wurde bereits dargestellt. Bachmann war der einzige Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät, dessen Rolle im Nationalsozialismus nach dem Krieg dazu führte, dass er seinen Lehrstuhl endgültig verlor.

Nachdem mit Bachmann ein wenig durchsetzungsfähiger Nationalsozialist auf den Lehrstuhl für Hygiene berufen worden war, bot die ausstehende Besetzung der Frauenheilkunde für Löhrl eine weitere Möglichkeit, den Lehrkörper der Medizinischen Fakultät durch einen kämpferisch eingestellten Parteigenossen zu verstärken. Einen solchen gab es mit Günther Frommholt in Halle. Nach der üblichen Befragung der Fachvertreter aller Medizinischen Fakultäten nach aus ihrer Sicht geeigneten Kandidaten und Beratung am 12. Januar 1937 im Fakultätsausschuss wurde dem Ministerium eine Dreierliste (1. von Jaschke/Gießen und von Mikulicz/Königsberg, 2. Fromholt/Halle, 3. Guthmann/Frankfurt) vorgelegt. Die Liste, sicher auch schon ein mühsam

223 BAArch R 4901, Nr. 13258, Personalblatt Bachmann.

224 Wolf, Hygiene, S. 99.

225 Ebd.

226 Ebd.

errungener Kompromiss, hatte jedoch einen für Löhrs Ziele entscheidenden Schönheitsfehler. Gerade sein Favorit Frommolt verfügte im Gegensatz zu allen anderen Vorgeschlagenen über keine einzige Empfehlung seitens der extern zu Rate gezogenen Ordinarien.<sup>227</sup> Frommolt, der sogar einmal Assistent Stoeckels<sup>228</sup> gewesen war, wurde von diesem jedoch »nicht allzu günstig beurteilt«, weil »Frommolt [...] sich menschlich mit Stöckel nie gestanden [hat]«. <sup>229</sup> Löhr musste sicher schon im Fakultätsausschuss bei der Erstellung der Liste nachgeben. Frommolt war erst nach zwei primo loco gesetzten Personen auf den zweiten Platz der Liste gekommen und hatte damit geringe Chancen auf den begehrten Lehrstuhl. Dies zeigt, dass Anfang 1937 Löhrs Einfluss in der Fakultät nicht so groß war, dass er »seinen« Kandidaten gegen die Meinung der im ganzen Reich befragten Lehrstuhlinhaber und des Fakultätsausschusses auf einen ersten Platz hätte setzen können. Immerhin ging es um die Besetzung eines herausragenden Lehrstuhls, der durch Stoeckel und Schröder ein weit über die Grenzen Preußens hinausgehendes Ansehen gewonnen hatte. Löhr musste deswegen einen anderen Weg beschreiten, um seinen Wunschkandidaten Frommolt beim Ministerium durchzubekommen. Zum ersten Male wurde von ihm in Kiel die Konfession der in Frage kommenden Kandidaten als Auswahlkriterium auch offiziell eingeführt. Sein Schreiben an das Ministerium vom 6. Februar 1937, mit dem er die Dreierliste der Fakultät mitteilte, enthielt Bedenken gegen von Jaschke, der nach Auffassung Löhrs als katholischer Süddeutscher nicht so recht in den nordischen Raum passe. Man »sollte aus rein äußeren Gründen nach Möglichkeit eine Berufung weiterer katholischer Herren vermeiden, [...]«. Frommolt wurde von ihm besonders wegen seiner Befassung mit Rassenfragen in der Frauenheilkunde begrüßt: »Nach eindeutigen Urteil der Fakultät dürften gerade diese Arbeiten von bleibender Bedeutung sein und im nationalsozialistischen Staate für die gesamte Frauenheilkunde völlig neue Wege zeigen.« Und weiter schrieb er: »Ich würde die Berufung von Frommolt [...] für Kiel am wertvollsten halten.« Auf den Kieler Oberarzt Keßler (»glänzende Operationstechnik«, »Klinik durchaus in guten Händen«) und Philipp, Greifswald wurde ergänzend hingewiesen.

227 LASH Abt. 47, Nr. 1592, p. 13–16, Schrb. Löhrs an das Ministerium v. 6.2.1937: v. Jaschke und v. Mikulicz wurden durch Stöckel, Eymmer, Esch und Schultze empfohlen, v. Mikulicz noch zusätzlich von Eymmer und Runge, Guthmann von Mayer, Kehrler, Seitz, Philipp, Runge und Schultze sowie Keßler von v. Jaschke, Schröder, Naujoks, Esch und Runge.

228 LASH Abt. 47, Nr. 1592, p. 14, Schrb. Löhrs an REM v. 6.2.37. Walther Stoeckel (1871–1961), war in Kiel als Direktor der Frauenklinik von 1910 bis 1922 tätig, wirkte dann in Leipzig und ab 1926 in Berlin.

229 Ebd., p. 46f., Schrb. Löhrs an das Ministerium v. 7.5.1937.

Der Rektor (i. V. Löhr als Prorektor für den offenbar verhinderten Dahm) und der Leiter der Dozentenschaft Ritterbusch schlossen sich den Vorschlägen des Dekans an.<sup>230</sup>

Es gab wohl eine Rückfrage, wie ein Schreiben des Dekans Löhr an das REM vom 15. März 1937 mit Bezug auf ein nicht vorliegendes Schreiben des Ministeriums vom 3. März 1937 zeigte: »Es besteht keine Veranlassung die [...] eingereichte Vorschlagsliste [...] zu ändern. Der endunterzeichnete [sic!] Dekan hielt sich nur verpflichtet, bei den an 1. Stelle genannten Ordinarien v. Jaschke und v. Mikulicz auf die katholische Konfession hinzuweisen [...]. Aus diesem Grunde wurde eindeutig die Berufung des Professors Frommolt als am zweckmäßigsten bezeichnet. Nach Rücksprache mit der Dozentenbundsführung in München würde diese eine Berufung von Frommolt nach Kiel gutheissen. Nach dem Standpunkt mehrerer Mitglieder der Berufungs-Kommission erscheint die Berufung von Prof. Philipp Greifswald, gegen dessen wissenschaftliche Befähigung und politische Einstellung nicht die geringsten Bedenken vorliegen, nicht zweckmässig.«<sup>231</sup> Rektor Dahm unterstützte Löhr in seinem Begleitschreiben vorbehaltlos: »Fünf Herren der Medizinischen Fakultät sind Katholiken. Eine weitere Verstärkung des katholischen Elements an einer norddeutschen Universität halte auch ich nicht für erwünscht, solange nicht zwingende Gründe diese Verstärkung notwendig machen. Auch ich bitte deshalb Herrn Professor Frommolt zu berufen.«<sup>232</sup>

Offenbar war das Ministerium nicht einverstanden, denn Löhr musste am 7. Mai 1937 auf ein wiederum in den Akten nicht vorliegendes Schreiben des Ministeriums vom 10. April antworten<sup>233</sup> und sich u. a. zu der Eignung eines Günther K. F. Schultze äußern. Löhr zog nun alle Register, um seinen Favoriten Frommolt nach Kiel zu bekommen. Er bemühte die Traditionen »eines Stöckel und eines Schröder«, wies erneut auf Frommolt hin, der zwar von Stöckel nicht günstig beurteilt wurde, aber durch den Dozentenbund Halle. Und dies sei nicht nur die »Meinung des endunterzeichneten [sic!] Dekans, den man in diesem Falle vielleicht als parteipolitisch und einseitig hinstellen könnte, sondern von den wertvollsten Vertretern unsrer Fakultät, so insbesondere von Professor Sigmund, Professor Benninghoff, Professor Holzlöhner und Professor Behrens [...]. [...] Persönlich möchte der endunterzeichnete [sic!] Dekan

230 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 12–14. Schrb. des Dekans der Med. Fak. v. 6.2., des Rektors v. 11.2. und des Leiters der Dozentenschaft v. 2.3.1937 an das REM.

231 Ebd., p. 5, Schrb. des Dekans der Med. Fak. v. 15.3.1937 an das REM.

232 Ebd., p. 4, Schrb. des Rektors an das Wissenschaftsministerium v. 18.3.1937.

233 In der Fakultätssitzung vom 28.4.1937 wurde über die Nachfolge Schröder gesprochen. Die Anfrage des REM Schultze betreffend, sollte – so der Beschluss – ablehnend beantwortet werden (LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 183).

noch darauf hinweisen, daß er die Vorschlagsliste im engen Einvernehmen mit Seiner Magnifizenz dem Rektor der Universität aufgestellt hat. Wenn der Dekan daher gleichzeitig als Prorektor [...] gegenzeichnet, so ist es selbstverständlich, dass dies im Einvernehmen und unter persönlicher Orientierung des amtierenden Rektors geschah. Wenn der Herr Referent, Herr Ministerialrat Jansen, es für geboten hält, darüber hinaus die persönliche Stellungnahme des Rektors einzuholen, weil anscheinend das Votum des Prorektors nicht genügt, so hätte endesunterzeichneter [sic!] <sup>234</sup> Dekan eine diesbezügliche Mitteilung begrüßt. « Das Schreiben wurde vom neuen Rektor Ritterbusch am 13. Mai 1937 mit dem Bemerken »Gesehen und weitergeleitet« gegengezeichnet. Ritterbusch war am 1. April 1937 Rektor geworden. Prorektor wurde nicht etwa wieder Löhr, sondern Dahm. Der Versuch Löhrs, seinen Kandidaten dann in seinem Schreiben an das Ministeriums doch noch durch einen Hinweis auf die katholische Konfession der beiden primo loco genannten Vorschläge durchzusetzen, bedarf dann schon keiner besonderen Kommentierung mehr. Es bleibt hervorzuheben, dass Löhr es im Jahre 1937 für nötig hielt, sein Eintreten für den Nationalsozialisten Frommolt gegenüber dem Ministerium gegen den Vorwurf zu verteidigen, dass es »parteilich und einseitig« sei und meinte, dafür sowohl Nationalsozialisten wie auch parteilich (noch) nicht gebundene Lehrstuhlinhaber als Zeugen benennen zu müssen. <sup>235</sup>

Die Angelegenheit sah, allemal zusammen mit dem bereits geschilderten, einige Wochen vorher stattgefundenen Streit mit dem Kurator (den kommissarischen Direktor und das Direktorenhaus der Frauenklinik betreffend) sehr nach einer Niederlage des Kieler Dekans aus, auch die deutlichen Hinweise auf das »Braune Haus« in München und die nationalsozialistische und rassenpolitische Eignung Frommolts hatten nicht geholfen. Frommolt <sup>236</sup> brachte offenbar als Frauenarzt nach Ansicht des Ministeriums nicht die Fähigkeiten mit, die hoch angesehene Kieler Frauenklinik zu führen.

234 Auch diese Variante des »Endunterzeichnenden« befindet sich in dem Schreiben. Die Sperrung der Namen entspricht der Schreibweise in dem Original.

235 Alle vier fielen während des Dekanat Löhrs nicht dadurch auf, dass sie ihm gegenüber unabhängige Positionen bezogen hätten: Holzlöhner und Siegmund waren überzeugte Nationalsozialisten, Benninghoff und Behrens waren an Politik nicht interessiert und wollten ihre wissenschaftliche Arbeit nicht durch Differenzen mit dem übermächtigen Dekan gefährden.

236 Günther Frommolt (1892–1972), Frauenarzt, 1931 a. o. Prof. in Berlin, 1933 Mitglied der NSDAP, SA, NS-Krafftfahrkorps, Mitarbeit im rassenpolitischen Amt, 1934 Leiter der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung im Diakonissenhaus Halle an der Saale, a. o. Prof. an der Universität Halle, 1934/35 Vertrauensmann der Hochschulkommission der NSDAP-Reichsleitung, 1936 Lehrauftrag für Rassenhygiene in Halle (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 54; Klee, Personenlexikon, S. 170).

Fachliche Gesichtspunkte fanden beim Ministerium wieder stärkere Berücksichtigung. Für Löhr wäre Frommolt jedoch als überzeugter und kämpferisch veranlagter Nationalsozialist eine wichtige Verstärkung gewesen. Die Folgen dieses Machtkampfes für die Kieler Frauenklinik waren jedoch nicht unbedenklich. Nachdem auch noch zwei von vier planmäßigen Assistenten die Frauenklinik verlassen hatten und ein weiterer häufig auf Wehrübung war, mahnte der kommissarische Direktor Keßler am 1. Juni 1937 eine Wiederbesetzung der Direktorenstelle an. Löhr nutzte die Gelegenheit, um den Rektor und Kurator aufzufordern, persönlich beim Reichserziehungsminister oder dem Staatssekretär vorzusprechen und dabei Frommolt besonders hervorzuheben.<sup>237</sup> Ritterbusch unterstützte das Anliegen erneut mit einem Schreiben vom 17. Juli 1937 an das Ministerium.<sup>238</sup> Am 25. August teilte Keßler mit, dass er zum 1. September zu einer Wehrübung einberufen sei, an ihr teilnehmen müsse und mit dem Divisionsarzt abgesprochen habe, in Neumünster üben zu können. Löhr vermerkte dazu am 26. August, dass »sofort vom Minister telegraphisch ein Vertreter ernannt werden [muss]. So lässt sich in keiner Weise der Betrieb einer Frauenklinik aufrecht erhalten.«. Rektor und Dekan sandten sofort ein Telegramm an das Ministerium.<sup>239</sup> Damit endet der Vorgang in den Akten.

In der Folge wurde dann Ernst Philipp am 1. November 1937, über ein Jahr nach dem Weggang Schröders, ordentlicher Professor für Geburtshilfe und Gynäkologie in Kiel. Geboren am 22. Oktober 1893 in Münsterberg (Schlesien), evangelisch, war er im Ersten Weltkrieg Soldat. Während des Spartakusaufstandes war er 1919 Freiwilliger des Freikorps Reinhard sowie während der Bekämpfung der kommunistischen Räterepublik im Mai 1919 in München und weiter bis in den Herbst 1919 Bataillonsarzt im Freikorps von Oven.<sup>240</sup> Damit gehörte er zu denjenigen Nationalsozialisten, die in den Freikorps der »Schwarzen Reichswehr« bereits politisch in die Nähe der noch in den Anfängen befindlichen Ideologie der Nationalsozialisten gerückt waren. Seine Promotion erfolgte 1920 in Berlin, 1921 bis 1934 war er Assistenz- bzw. Oberarzt an der Frauenklinik in Berlin, 1927 folgte die Habilitation, 1933 wurde er dort planmäßiger außerordentlicher Professor und 1934 ordentlicher Professor in Greifswald. Dort wurde er zur Sterilisation mit Strahlen ermächtigt.<sup>241</sup> Nach eigenen Angaben war er

237 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 98–101, Schrb. Keßlers v. 1.6.1937 und Schrb. Löhrs v. 8.6.1937 an den Kurator.

238 Ebd., p. 110.

239 Ebd., p. 145–149.

240 LASH Abt. 47, Nr. 6906, Personalkarteiblatt Philipp.

241 Klee, Personenlexikon, S. 460.

früher nicht politisch aktiv gewesen, wählte jedoch seit 1931 nationalsozialistisch<sup>242</sup> und trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP (Mitglieds-Nr. 2 596 034) und zum 1. Oktober in die SA ein.<sup>243</sup> Philipp war in der Folgezeit in Kiel im Nationalsozialistischen Dozentenbund stellvertretender Kieler Dozentenbundsleiter sowie stellvertretender Ehrenrichter.<sup>244</sup> Auch wenn Philipp nicht zur ersten Wahl Löhrs gehörte, war er doch einer der überzeugten Nationalsozialisten der Fakultät. Er war politisch eher inaktiv, so dass er, mit Ausnahme seiner Tätigkeit als Dekan in der zweiten Hälfte des Krieges, ähnlich wie Holzlöhner und Bachmann nur in der zweiten Linie bei der Besetzung nationalsozialistischer Schlüsselämter stand. Auffallend ist auch seine persönliche Zurückhaltung bei der Durchführung von Sterilisationen nach den GzVeN.<sup>245</sup>

### 5.3.5 Josef Vonkennel auf dem Lehrstuhl für Dermatologie

Mit der Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Dermatologie bestand seitens des REM offenbar auch keine große Eile. Allerdings gab es dafür auch keine Notwendigkeit. Klingmüller war zwar zum 30. September 1935 entpflichtet worden,<sup>246</sup> wurde jedoch noch zwei Jahre bis zum 30. September 1937 mit der Verwaltung seines Lehrstuhls, der Direktion der Hautklinik und den Amtsgeschäften als Verwaltungsdirektor der Akademischen Heilanstalten beauftragt.<sup>247</sup> Die Fakultät hatte in ihrer Liste an erster Stelle drei Vorschläge (Ernst-Heinrich Brill/Rostock; Walther Schönfeld/Heidelberg und Meyer/Münster) gemacht. Vonkennel war neben seinem ebenfalls in München tätigen Kollegen Carl Monkorps an zweiter, Julius Dörffel/Königsberg an dritter Stelle genannt. Im Juni 1937 lehnte Brill, ein ausgewiesener Nationalsozialist,<sup>248</sup> ab, Meyer, Vonkennel und Dörffel standen noch zur Verfügung.<sup>249</sup> Hervorzuheben ist an dieser

242 So die eigenhändig geschriebene Angabe in seinem Personalblatt. Die Mitgliedschaft in der NSDAP war in Preußen, wie schon früher ausgeführt, bis zum Juli 1932 für das Fortkommen nicht ungefährlich.

243 LASH Abt. 47 Nr. 6906, Personalblatt.

244 Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1944, S. 12–13.

245 Piechatzek, S. 63.

246 LASH Abt. 47, Nr. 6714, Schrb. REM an Klingmüller v. 10.9.1937.

247 LASH Abt. 47.6, Nr. 114, p. 72, Personalakte Klingmüller.

248 Er war Mitglied der NSDAP, der SA und ab 1937 bei der SS, so: Heise, Helmut: Ernst Heinrich Brill, in: Gross, Gerd E. (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock, Rostock 2002, S. 45–52, online: <http://www-duk.med.uni-rostock.de/public/index.php?id=63> [27.7.2011].

249 LASH Abt. 47, Nr. 1592, p. 101, Schrb. Dekan an REM v. 8.6.1937.

Stelle, dass der neben Brill zusammen mit Meyer an erster Stelle genannte Walther Schönfeld der NSDAP eher distanziert gegenüberstand,<sup>250</sup> ein weiteres Zeichen dafür, dass Löhr 1937 bei der Erstellung der Berufungslisten innerhalb der Fakultät noch Kompromisse eingehen musste. Mit Schreiben des Kurators vom 14. August 1937 wurden Rektor und Dekan darüber informiert, dass der Dozent Dr. Josef Vonkennel aus München die Professur Klingmüllers ab 1. Oktober 1937 vertretungsweise übernehmen solle. Gleichzeitig wurde durch den Minister der Umzug Vonkennels nach Kiel angeordnet. Damit war im Grunde, wenn auch nicht formell, die Berufung nach Kiel endgültig, was auch durch die Übertragung des Amtes des Verwaltungsdirektors der Akademischen Heilanstalten mit Schreiben vom 22. September deutlich wird<sup>251</sup> Diese etwas merkwürdige Konstruktion erklärt sich damit, dass vor einer endgültigen Ernennung Vonkennels zunächst noch die Zustimmung der NSDAP und der Hochschulkommission beim »Stellvertreter des Führers« eingeholt werden musste.<sup>252</sup> Auch war der wissenschaftlich erfolgreiche Vonkennel in München nicht an einer Universitätsklinik tätig gewesen, sondern hatte sich aus einer Oberarztstelle an der Hautklinik des Städtischen Krankenhauses München-Schwabing im Dezember 1934 heraus habilitiert und arbeitete dort immer noch als Oberarzt.<sup>253</sup> Durch Vonkennels zum gleichen Zeitpunkt erfolgende Ernennung zum Verwaltungsdirektor der Akademischen Heilanstalten wurde ein Schreiben des Kurators vom 16. Juli 1937 gegenstandslos, mit dem bereits Meesmann diese Position zum 1. Oktober 1937 übertragen worden war.<sup>254</sup> Am 19. März 1938 wurde Vonkennel (persönlicher) ordentlicher Professor für Haut- und

250 Bauer, Axel W.: Innere Medizin, Neurologie und Dermatologie, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 719–810, hier S. 801 ff. 1935 konnte ein älterer Hochschullehrer durchaus eine solche Position einnehmen, so dass Schönfeld, der seit 1922 Ordinarius in Greifswald war, Unterstützung von ausgewiesenen Nationalsozialisten, wie z. B. Jansen aus dem REM, dem Gynäkologen Hans Runge/Heidelberg wie auch dem Physiologen Achelis, Heidelberg, erfuhr.

251 LASH Abt. 47.6, Nr. 178, p. 6. Ein Umzug wird nur angeordnet, wenn keine Zweifel an der Dauerhaftigkeit des Verbleibens eines Beamten am neuen Dienstort bestehen. Die Beauftragung mit einer Vertretung war also nur eine Formsache.

252 BArch PK S 76, p. 1172., Schrb. NSDAP, Der Stellvertr. des Führers, Stab, an die Gauleitung München Oberbayern vom 19.1.1938, p. 1170 Schrb. Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP, Personalamt/Politische Beurteilungen v. 7.3.1938.

253 UA Köln, Zug. 31/III/2215, Lebenslauf v. 2.1.1948.

254 LASH Abt. 47.6, Nr. 114, p. 72, Schrb. Kurator an Rektor und Dekan Med. Fak. v. 16.7.1937.

Geschlechtskrankheiten in Kiel.<sup>255</sup> Leben und Werdegang Vonkennels wurde eingehend von Brita Leube in ihrer Dissertation aus dem Jahre 1998 untersucht.<sup>256</sup>

Geboren wurde der protestantische Vonkennel am 9. August 1897 als zweites Kind des Brauereiexpeditienten der Salvatorbrauerei in München Gottfried Vonkennel. Seine Schulzeit am Theresengymnasium war entscheidend für sein ganzes Leben. Geprägt wurde sie durch die Freundschaft mit dem Sohn Otto Friedrich<sup>257</sup> des Münchener Psychiaters Karl Ranke, die zu einer engen Bindung an die Familie Ranke führte. Auf dem Gut der Rankes verbrachte er einen Großteil seiner Jugendzeit. Dort wurde Vonkennel in einem »frommen deutschnationalen Geist« erzogen, der sein weiteres Leben entscheidend beeinflussen sollte. Mit den Söhnen Rankes zog er im August 1914 17-jährig als Freiwilliger in den Krieg, aus dem er durch den Verlust des rechten Beines 1916 bei Verdun schwer behindert zurückkehrte.<sup>258</sup> Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, wie sein kurz vor ihm berufener Kieler Kollege Ernst Philipp im Freikorps Reinhart seinerseits im Freikorps Oberland an den Kämpfen zur Niederschlagung der Räterepublik in München Anfang Mai 1919, später dann auch bei der Niederschlagung der Arbeiteraufstände im Ruhrgebiet und den Kämpfen in Oberschlesien teilzunehmen.<sup>259</sup> Er gehörte zu den Mitgliedern des Freikorps Oberland, die sich um Ernst Röhm zu dem deutschnationalen Kreis »Schwarz-Weiß-Rot«, auch als Kampfbund »Eiserne Faust« bezeichnet, sammelten.<sup>260</sup> Dieser Bund hatte damals Kontakt zu Adolf Hitler, hier entstanden

255 LASH Abt. 47.6, Nr. 178, p. 8, Schrb. Kurator an Rektor v. 28.3.1938.

256 Leube, Brita: Leben und Werk des Dermatologen Josef Vonkennel unter besonderer Berücksichtigung seiner Wirkzeit in Leipzig, Leipzig 1998.

257 Otto Friedrich Ranke (1899–1959) war dem nationalsozialistischen System ähnlich wie Vonkennel verbunden. Nach seiner Habilitation 1931 in Heidelberg war er ab 1935 am Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstitut der Militärärztlichen Akademie in Berlin tätig und leitete von 1937 bis 1945 an der Militärärztlichen Akademie das Institut für Allgemeine und Wehrphysiologie. Ranke gehörte dem Stahlhelm an und wurde nach der Überführung des Stahlhelms in die SA deren Mitglied. Nach dem Krieg war er Lehrstuhlinhaber für Physiologie in Erlangen. Klee, Personenlexikon, S. 479.

258 UA Köln, Zug. 317/III/2215, Lebenslauf v. 2.1.1948; BArch R4901/13279, Personalblatt Vonkennel.

259 UA Leipzig PA 1647, Bl. 64. Diese Phase seines Lebens fehlt im Lebenslauf v. 2.1.1948.

260 Ebd., Bl. 21. Beurteilung des Vertreters der Dozentenschaft Wurst v. 21.9.1935: »Politisch stets einwandfrei. Steht seit langem schon auf dem Boden der Bewegung. Hat früher der eisernen Faust angehört, die Anfänge der NSDAP mit erlebt. V. ist Pg. Mann von bestem Frontkämpfergeist, von bester Kameradschaft, Schwerkriegsverletzt [sic!][...]. Seine politische und nationalsozialistische Stellung ist absolut einwandfrei.«

die Verbindungen zwischen den Freikorpsangehörigen und den Nationalsozialisten,<sup>261</sup> die später von wesentlicher Bedeutung für die personelle Besetzung der SA, der SS und weiterer nationalsozialistischer Organisationen aber auch der Wehrmacht werden sollten. Vonkennels Studium erfolgte in München. Während dieser Zeit gehörte Vonkennel der nur regional bekannten »deutsch-völkischen Arbeiterpartei« an.<sup>262</sup> Die Beteiligung an antisemitischen Ausschreitungen brachte ihm sechs Tage Festungshaft ein.<sup>263</sup> Seine Approbation erfolgte Ende 1924, es folgte die Tätigkeit als Assistent, seit 1929 als Oberarzt und Chefarzt-Stellvertreter an der Hautklinik des Städtischen Krankenhauses München-Schwabing. Diese Stelle hatte er ohne Unterbrechung bis zu seiner Berufung nach Kiel inne. 1928 erfolgte die Promotion mit dem Thema »Experimentelle und histochemische Untersuchungen zur Wismut-Therapie«. Seine Arbeiten dieser Zeit, bereits in einem eigenen Labor, befassten sich mit der medikamentösen Behandlung der Syphilis.<sup>264</sup> Zur Habilitation 1934 in München legte er eine Arbeit mit dem Thema »Klinische und experimentelle Grundlagen der Goldtherapie« vor. Die Ergebnisse seiner Arbeiten führten zur Verwendung von Goldpräparaten als Arzneimittel. Daraus resultierende Erträge verwendete er nicht für sich persönlich, sondern zur Deckung der Kosten weiterer Forschungen.<sup>265</sup> Zum 1. April 1933 trat er in die NSDAP ein, weiterhin war er Mitglied des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und des Nationalsozialistischen Ärztesbundes.<sup>266</sup> Seine Aktivitäten in der SA und später auch in der SS dürften im Hinblick auf seine zahlreichen Aufgaben, insbesondere seine auch für Belange der Wehrmacht wichtigen Forschungen zur Behandlung der Geschlechtskrankheiten, die in der damaligen Zeit bei Soldaten ein großes, auch therapeutisches Problem darstellten, eher gering gewesen sein.<sup>267</sup> Festzustellen ist jedoch eine Betätigung im Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP, aus der vielfältige Vortragstätigkeiten resultierten.<sup>268</sup> Trotz seiner schweren Behinderung nahm er im Frühjahr 1934 an einem 10-wöchigen Wehrsportlager teil, dieses war laut der später erlassenen Reichshabilitationsordnung

261 Kuron, Hans J.: Freikorps und Bund Oberland, [Erlangen] 1960, S. 62–63.

262 Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 164. UA Leipzig PA 1647, p. 24, 64.

263 UA Leipzig PA 1647, p. 24, 25.

264 UA Köln, Zug. 317/III/2215, Lebenslauf v. 2.1.1948.

265 Ebd.

266 BArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt Vonkennel; UA Leipzig PA 1647, p. 64.

267 BArch PK S 76, p. 1170, Politische Beurteilung des Josef Vonkennel v. 7.3.1938 durch die Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP.

268 BArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt Vonkennel.

vom 13. Dezember 1934 für eine Lehrbefugnis notwendig.<sup>269</sup> Die Erteilung der Lehrbefugnis für einen nicht im Universitätsklinikum tätigen Habilitanden erfolgte auch auf Grund der politischen Einstellung, war aber in erster Linie seinen schon zu dieser Zeit herausragenden wissenschaftlichen Leistungen zu verdanken.<sup>270</sup>

In seinen Kieler Jahren standen im Zentrum der wissenschaftlichen Arbeiten Vonkennels weiterhin Forschungen zur Therapie der Geschlechtskrankheiten, ab 1938/39 dann zunehmend Arbeiten zu Eigenschaften der 1935 von Domagk erstmals entdeckten antibakteriellen Wirkung von Sulfonamiden.<sup>271</sup> Es entstanden Veröffentlichungen von großer Bedeutung auch für die Wehrmedizin. Vonkennel war biochemisch orientiert, durch seine Sulfonamidarbeiten kamen von ihm entscheidende Beiträge für die Entwicklung von Chemotherapeutika. In dieser Zeit befasste er sich neben dem Problem der Durchgängigkeit der Blut-Liquor-Schranke für Sulfonamide besonders mit neuen Sulfonamiden wie z. B. dem Sulfacetamid,<sup>272</sup> aber auch schon 1943 mit den Mycoinen, einer neuen Gruppe therapeutisch wirksamer Substanzen aus Pilzen, die, wenn auch nicht in der Einsetzbarkeit, vergleichbar mit dem bei den Kriegsgegnern des »Dritten Reiches« zur Anwendung weiter entwickelten, von Fleming 1929 entdeckten, Penicillins waren.<sup>273</sup> Die Mycoine ermöglichten es 1944, in Deutschland die ersten Gonorrhö-Patienten erfolgreich zu behandeln.<sup>274</sup> Vonkennel galt als bedeutendster Chemotherapeut neben Domagk,<sup>275</sup> ein Sachverhalt, der zusammen mit seiner ideologischen Nähe zum Regime für ihn vorteilhaft schien, letztlich jedoch verhängnisvolle Folgen haben sollte (s. a. 6.2.7). Mit Vonkennel hatte die Kieler Medizinische Fakultät nicht nur einen hervorragenden, hoch engagierten Wissenschaftler mit großer Bedeutung für die Kriegsméizin, sondern sicher mindestens genauso bedeutsam, Lóhr hatte

269 UA Leipzig, PA 1647, p. 18, Begutachtung durch Dr. Adolf Greifenstein, o. D. [1934/35, d. Verf.].

270 Schirren, Carl: Professor Dr. med. Josef Vonkennel zum Gedächtnis, in: Fortschritte der Medizin 81 (1963), S. 751.

271 Gerhard Domagk (1895–1964) führte die Sulfonamide in die Behandlung der bakteriellen Infektionen ein. Er entdeckte 1935 die antibakterielle Wirkung des Sulfonamids Prontosil (Sulfamidochrysoidin). Den 1939 verliehenen Nobelpreis für Medizin durfte er nicht annehmen. Grundmann, Ekkehard: Gerhard Domagk, Der erste Sieger über die Infektionskrankheiten, Münster 2001, S. 54 f., 81 f.

272 Leube, S. 3 f., 82 f.

273 Vonkennel, Josef/Kimmig, Josef./Lembke, Andreas.: Die Mycoine, eine neue Gruppe therapeutisch wirksamer Substanzen aus Pilzen, in: Klin. Wschr. 22 (1943), S. 321.

274 Schirren, Vonkennel zum Gedächtnis, S. 751.

275 UA Köln, Zug 67/1161.

Verstärkung durch einen engagierten, tatkräftigen nationalsozialistischem Mitstreiter gewonnen. Vonkennel wurde zum Wintersemester 1941/42 Prorektor der Kieler Universität, zweifellos ein weiteres Zeichen für seine politische Zuverlässigkeit, wenn es nach seinen biographischen Daten dessen noch bedurft hätte. Albrecht Scholz vertritt nachvollziehbar die Auffassung, dass Vonkennel zur Gruppe der Ordinarien in Deutschland gehört habe, die mit tiefer innerer Überzeugung das nationalsozialistische Regime unterstützt, verteidigt und mit durchgesetzt hätten. Für Vonkennel schränkt er ein, dass die Nutzung von Partei- und SS-Unterstützung für die eigene Karriere und Forschung gegenüber der inneren, geistigen Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie überwogen haben möge.<sup>276</sup> Im Juni 1941 sprach sich die Fakultät schon unter dem Dekan A. W. Fischer auf Anfrage des Reichserziehungsministeriums in einem Schreiben an den Kieler Rektor Löhr für die Verleihung ordentlicher Planstellen an die persönlichen Ordinarien Vonkennel und Rominger aus. Vonkennel wurde im September 1941 rückwirkend zum 1. Juli 1941 ein planmäßiges Ordinariat verliehen, der gegenüber den Nationalsozialisten kritische Rominger musste, obwohl weitaus dienstälter als Vonkennel, noch bis zum 1. Juli 1942 warten.<sup>277</sup>

### 5.3.6 Albert Wilhelm Fischer als Nachfolger von Willy Anschütz

Willy Anschütz (1870–1954) gehörte zusammen mit August Bier (1861–1949) und Walther Stoeckel (1871–1961) zu den hochangesehenen »alten« Medizinhochschul Lehrern, die wesentliche Teile ihres Berufslebens in Kiel tätig waren, auch nach 1933 nicht der NSDAP angehörten, dem System aber bei durchaus gelegentlicher Distanz in unterschiedlichem Maße Sympathie entgegenbrachten und sich gewollt oder ungewollt von der nationalsozialistischen Propaganda vereinnahmen ließen. Alle drei hatten ihre Stellung an der Hochschule in der Kaiserzeit begründet, sie waren im Ersten Weltkrieg Sanitätsoffiziere gewesen<sup>278</sup> und wurden von den nationalsozialistischen Machthabern und Studenten hofiert, geehrt und für ihre Zwecke eingespannt. Keiner von ihnen

276 Scholz, Albrecht: Die Position Rostocks in der Deutschen Dermatologie bis 1989, in: Gross, Gerd E. (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock, Rostock 2002, S. 9–23, hier 16 f.

277 LASH Abt. 47, Nr. 6950, Schrb. REM an Kurator v. 7.6.1941; LASH Abt. 47.6, Nr. 178, p. 221, Personalakte Vonkennel, Schrb. Fischer an Rektor v. 28.6.1941, Schrb. v. Kurator an Rektor v. 20.9.1941; LASH Abt. 47, Nr. 6950, Schrb. REM an Rominger v. 7.9.1942.

278 Anschütz: 1914 als Oberstarbzt beratender Chirurg erst des IX., dann des XXIII. Reserve-Armeekorps. (Voigt, Jürgen/Lohff, Brigitte: Ein Haus für die Chirurgie 1802–1986. Zur

nutzte jedoch die 1933 noch denkbare Möglichkeit über das unmittelbare persönliche und berufliche Umfeld hinaus ihre gesellschaftliche Anerkennung gegen die politisch oder rassistisch begründete Entlassungen von Hochschulkollegen einzusetzen und sich so oder auf andere Weise von dem Regime zu distanzieren. August Bier, in Kiel als Student und von 1888 bis 1899 als Assistent in der Chirurgischen Universitätsklinik tätig, votierte bereits 1932 im Völkischen Beobachter für Hitler<sup>279</sup> und erhielt während des Reichsparteitages der NSDAP 1937 zusammen mit Sauerbruch den Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft.<sup>280</sup>

Walther Stoeckel (1871–1961), war in Kiel als Direktor der Frauenklinik von 1910 bis 1922 tätig, wirkte dann in Leipzig und ab 1926 in Berlin und verfügte als Frauenarzt von Magda Goebbels nicht nur über Kontakte zu Regierungsmitgliedern sondern auch die Gelegenheiten zu persönlichen Gesprächen mit Hitler, dessen Ende als Verbrecher er zwar konzedierte, ihn jedoch ansonsten als überlegenen Geist, bedeutenden edlen Menschen und überragende, begeisternde Persönlichkeit charakterisierte.<sup>281</sup> Willy Anschütz, der im März 1933 im Rahmen einer Ärztekammerversammlung

Geschichte der einzelnen Kliniken und ihrer Professoren an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Neumünster 1986, S. 101).

Bier: Marineobergeneralarzt im Rang eines Konteradmirals, beratender Chirurg des XVIII. Armee-Korps. August Bier war bis 1932 Ordinarius für Chirurgie in Berlin (Klee, Personenlexikon, S. 49; Zapel, Kirsten: August Bier (1861–1949), Leben, Werk und Wirken, Kiel 1994, S. 12 f.).

Stoeckel: Am Anfang des Krieges für ein Jahr Stabsarzt zunächst beim Landsturmataillon Kiel dann Stationsarzt in einem Feldlazarett in Flandern und bis Ende Juli 1915 Chefarzt eines Lazarett in Lille. (Stoeckel, Erinnerungen, S. 112 f.)

279 Klee, Personenlexikon, S. 49.

280 Der Deutsche Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft war eine Auszeichnung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches. Er wurde 1937 durch Adolf Hitler gestiftet und sollte an die Stelle des Nobelpreises treten, den anzunehmen Hitler – als Reaktion auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky 1936 – »für alle Zukunft Deutschen« untersagte. (Kaiser, Wolf: Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 599).

281 Schleiermacher, Sabine/Schagen, Udo: Enthumanisierung der Medizin und der Charité im »Dritten Reich«, in: Dies.(Hg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 9–22, hier S. 10.

für die Zwangssterilisation votierte,<sup>282</sup> war zusammen mit sechs Reichsministern,<sup>283</sup> einer Reihe anderer hoch stehender nationalsozialistischer Persönlichkeiten und der NSDAP nahestehenden Personen wie z. B. Hanns Löhr und Martin Staemmler Mitglied des Ehrenführerringes des Reichsbundes der Kinderreichen, an dessen Spitze der Gauleiter Reichsstatthalter Fritz Sauckel stand. Hierbei handelt es sich sicher nicht um eine politisch allzu bedeutungsvolle Angelegenheit. Sie macht jedoch die Vereinnahmung dieses angesehenen Kieler Mediziners durch das nationalsozialistische System deutlich.<sup>284</sup> Durch seine Bereitschaft, in diesem Gremium mitzuarbeiten, wertete er die übrigen Mitglieder des Ehrenführerringes, die in diesen häufig nur auf Grund ihrer Ämter berufen worden waren, gegenüber der Öffentlichkeit auf. Im Organ des Gaustudentenführers Schleswig-Holstein – Student der Nordmark – wurde Anschütz Ende 1937 überschwänglich für seine dreißigjährige Tätigkeit als Direktor der Universitätschirurgie gefeiert. Seine Verdienste bei der 1921 erfolgten Gründung des Vereins für Schleswig-Holsteinische Studentenhilfe, den er bis zu dessen Umwandlung 1933 in das Studentenwerk geleitet hatte, wurden gewürdigt.<sup>285</sup> Ebenso wie Stoeckel – Bier war schon 1932 emeritiert worden – war Anschütz 1936 gebeten worden, seine Tätigkeit noch über das Ruhestandsalter hinaus fortzusetzen. Zum einen war dies ein Zeichen der Wertschätzung durch das Regime, zum anderen ein Ausdruck der Tatsache, dass sich auch bei der Besetzung seiner Nachfolge für das Reichserziehungsministerium unerwartete Schwierigkeiten ergeben hatten.

Anders als z. B. Stoeckel, der seinen Beruf noch bis nach Vollendung des 80. Lebensjahres im Jahre 1951 ausübte, wollte Anschütz nach zwei Jahren kommissarischer Leitung seiner Klinik nicht mehr länger die Verantwortung tragen und reichte mit 67 Jahren 1937 sein Emeritierungsgesuch ein. Zu Beginn des Sommersemesters 1938 gab er Lehrstuhl und Leitung der Chirurgischen Klinik auf.<sup>286</sup> Für ihn musste nun ein

282 Lubinus, Hans/Schirren, Carl: Bericht über die Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Schleswig-Holstein am 8. März 1933 in Kiel, in: Mitteilungen für den Verein Schleswig-Holsteinischer Ärzte, 62 (1933), H. 4, S. 75–85, hier S. 84.

283 Von Blomberg, Reichskriegsminister, Freiherr v. Eltz-Rübenach, Reichsverkehrsminister, Dr. Frick, Reichs- und Preußischer Minister des Inneren, Dr. Goebbels, Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Rust, Reichs- und Preußischer Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Graf Schwerin von Krosigh, Reichsminister der Finanzen.

284 N.N.: Wir verzeichnen, in: Ziel und Weg 6 (1936) H. 1, S. 36.

285 N.N.: Geheimrat Professor Dr. Anschütz, 30 Jahre Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, in: Student in der Nordmark. Organ des Gaustudentenführers Schleswig-Holstein 14. (1937) H. 2, S. 1.

286 Voigt/Lohff, S. 102.

passender Nachfolger gefunden werden, der nicht nur den Anforderungen des Regimes gerecht wurde, sondern auch in die »großen Schuhe«, die Anschütz hinterlassen hatte, passte. Schon im April 1936 hatte Anschütz A. W. Fischer auf dem Chirurgenkongress in Berlin mitgeteilt, dass er demnächst einen Ruf nach Kiel erhalten werde. Die Kieler Medizinische Fakultät habe ihn, wie Anschütz Fischer mit Schreiben vom 12. September 1936 noch einmal bestätigte, als alleinigen Kandidaten bereits 1936 ausgewählt.<sup>287</sup> Offenbar war der Ordinarius für Chirurgie der Universität Gießen aus der Sicht der Fakultät der einzige Chirurg, der für die Nachfolge eines Anschütz' in Frage kam. Tatsächlich sollte der Vorgang um Fischers Berufung nach Kiel jedoch insgesamt zwei Jahre in Anspruch nehmen. Ein Grund dafür mag der Wille Löhrs gewesen sein, eine Liste »machen« zu wollen. Dieser Wunsch Löhrs hatte auch Anschütz befremdet. Erst am 30. Dezember 1936 hatte der Kurator den Rektor um Vorschläge für die Nachfolge Anschütz' gebeten, die von diesem mit Datum vom 4. Januar 1937 an den Dekan der Medizinischen Fakultät weitergeleitet wurden.<sup>288</sup> Die Komplikationen dieses im Grunde einfachen Berufungsvorganges erklären sich dann aus dem weiteren Verlauf. Sowohl Löhr wie auch der Gauleiter Hinrich Lohse verfolgten andere Ziele, als den sogar aus nationalsozialistischer Sicht vernünftigen Vorschlag der Medizinischen Fakultät zu unterstützen, obwohl zu Fischer aufgrund seines Werdeganges, seines Könnens, seiner Erfahrung und sogar seiner parteipolitischen Orientierung auch aus Sicht Löhrs und Lohses keine Alternativen hätten bestehen dürfen. Löhr wollte gerne seinen Bruder aus Magdeburg auf den hoch angesehenen Lehrstuhl in Kiel holen, ein schwieriger Vorgang, da bei den Nationalsozialisten allzu offensichtlicher Nepotismus nicht gerne gesehen wurde. Lohse wollte eine Dankesschuld für gelungene Operationen seiner schweren Kriegsschäden bei dem Freiburger Chirurgen Hans Kilian ableisten.<sup>289</sup> Auch Lohse könnte zur Verzögerung der Berufung Fischers um zwei Jahre beigetragen haben.<sup>290</sup> Löhr hatte sich in der Fakultät bezüglich der Liste durchgesetzt und teilte sie am 8. Januar dem REM mit, obwohl sich der Fakultätsausschuss ausweislich des Protokolls der Fakultätssitzung erst am 12. Januar 1937 mit diesem Tagesordnungspunkt

287 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, Schrb. des Rechtsanwalts von Fischer, Dr. jur. Emcke, Kiel, an den Berufungsausschuss für Entnazifizierung v. 3.6.1948, S. 5.

288 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 193.

289 BAArch ZB II 45 36 A 8, p. 66–69, Lohse an Reichsamtsleiter der NSD, 21.1.1937, zit. nach: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/3killianlohse37.pdf> [9.8.2011].

290 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, Schrb. des Rechtsanwalts von Fischer, Dr. jur. Emcke, Kiel, an den Berufungsausschuss für Entnazifizierung v. 3.6.1948, S. 5.

befasste.<sup>291</sup> Vermutlich hatte er das ihm als Dekan zustehende Recht, sich mit seiner Entscheidung nach dem Führerprinzip über den Willen des Fakultätsausschusses hinwegzusetzen, in Anspruch genommen. Vorgeschlagen wurde von ihm eine Dreierliste mit als Erstplatziertem A. W. Fischer/Gießen, als Zweitplatziertem Hellmuth Goetze/Erlangen sowie als Drittplatzierte Hugo Puhl/Kiel<sup>292</sup> und Wilhelm Rieder/Hamburg. Wörtlich schrieb Löhr dann weiter: »Gleichzeitig lässt die Medizinische Fakultät durch mich mitteilen, daß sie den Prof. Wilhelm Löhr aus Magdeburg, in voller Beurteilung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an die 2. Stelle gesetzt haben würde, wenn nicht die verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem endesunterzeichneten Dekan dieses von vornherein nicht als richtig erscheinen ließ.«<sup>293</sup> Die Fakultät hatte tatsächlich am 12. Januar unter TOP 1 neben der Dreierliste auch beschlossen, dass Wilhelm Löhr außerhalb der Liste genannt werden soll. Löhr stellte A. W. Fischer fachlich sehr positiv dar und endete diesen Teil seines Briefes mit dem Urteil, dass dieser sich »[...]nach meiner persönlichen Kenntnis [...] am Aufbau einer nationalsozialistischen Wissenschaft an der Giessener Hochschule warm eingesetzt [hat].« Zu Götze urteilte er: »Ich als der unterzeichnende Dekan möchte jedoch gegen die Berufung von Götze nach Kiel trotz aller wissenschaftlicher Wertung die Bedenken geltend machen, daß Götze sich selbst doch anscheinend bei einer an und für sich nicht sehr großen Klinik wie Erlangen nicht um den praktischen Betrieb so intensiv bekümmert hat, daß er als Chef voll verantwortlich für alle Dinge an seinem Institut auch einstehen kann.« Und zu Rieder schrieb Löhr: »Man kann sich zwar nicht ganz des Eindrucks erwehren, als wenn Rieder zu den Vielschreibern neigt. [...] Ich halte es jedoch für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß gegen Rieder [...] gewisse negative Charaktereigenschaften geltend gemacht werden. Er gilt nach mir durchaus objektivem Urteil als krankhaft ehrgeizig, nicht immer im angenehmen Sinne des Wortes. [...] Gegen Rieder nahmen s. Zt. sowohl der Vertrauensmann als auch die drei ältesten Nationalsozialisten des Krankenhauses Eppendorf vollkommen unabhängig voneinander eine ablehnende Stellung bei der Frage der Berufung nach Tübingen.« Im Bezug auf den Kieler Oberarzt Puhl machte Löhr deutlich, dass die Nennung nur deswegen erfolgt sei, damit eine Nichtnennung nicht als Nichtempfehlung ausgelegt werden könne. Und dann kamen – das kann nach dem bisher geschilderten Verlauf des Briefes kaum überraschen – fast anderthalb Seiten mit positiver Darstellung seines Bruders Wilhelm Löhr.<sup>294</sup> Einem Schreiben August

291 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 179.

292 Oberarzt der Chirurgischen Klinik.

293 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 194.

294 Ebd., p. 196–200.

Biers an Rektor Ritterbusch vom 24. November 1937, eigentlich bezogen auf einen Beitrag für die Kieler Blätter, den Bier übrigens ablehnte, ist zu entnehmen, dass Löhr Bier gebeten hatte, persönlich mit SS-Oberführer Otto Wacker<sup>295</sup> über seinen Bruder zu sprechen und ihn zu empfehlen. Bier lehnte dies aus grundsätzlichen Erwägungen ab, äußerte jedoch die Bereitschaft, sich für Wilhelm Löhr auszusprechen, wenn er offiziell gefragt werden sollte.<sup>296</sup>

Parallel dazu hatte sich der Gauleiter und Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, in die Nachfolgeregelung eingeschaltet und sich bei Berthold Rust für den Chirurgen Hans Kilian, Freiburg, eingesetzt. Offenbar war er auf Ablehnung gestoßen.<sup>297</sup> Löhr war vom Reichserziehungsministerium aufgefordert worden, zu Kilian Stellung zu beziehen. Diese Stellungnahme fiel nicht positiv aus, weil Kilian »zur Leitung eines derartig wichtigen und großen Instituts [...] noch nicht das notwendige Ausmaß hat«. Auch hatte er ein Referat beim Pharmakologenkongress im Oktober 1935 eingereicht, das »ganz einseitig das ausländische Coramin den ebenso gleichwertigen deutschen Präparaten [...] vorzog. [...] Zudem] wurde auf diesem Kongreß von unseren besten Pharmakologen [...] ein Teil der Versuche von Kilian als völlig falsch widerlegt [...].«<sup>298</sup> Bei derart politisch brisanten Verhältnissen in einer eigentlich fachlich einfach zu entscheidenden Frage tat das Reichserziehungsministerium das, was durchaus nicht unüblich für das Verhalten eines Ministeriums in einer solchen Lage war, wenn es sich politisch nicht exponieren wollte: Es ließ den Vorgang unabhängig von der Wichtigkeit

295 Otto Wacker, Erziehungsminister in Baden, ein fanatischer Nationalsozialist, war von 1937 bis 1939 vertretungsweise Chef des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium (Grüntner, Biographisches Lexikon, S. 178, Klee, Personenlexikon, S. 647).

296 LASH Abt. 47, Nr. 1728, Schrb. August Bier an Rektor Ritterbusch v. 24.11.1937.

297 BArch ZB II 45 36 A 8, p. 66–69, Lohse an Reichsamtseleiter der NSD, 21.1.1937, zitiert nach: <http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/3killianlohse37> [12.11.2007]. Der Anfang des Briefes wörtlich: »Zu ihrer in keiner Weise sachlichen Qualifikation des Prof. Dr. Hans Killian in Freiburg habe ich der Reihe nach folgendes zu bemerken: Dass K. früher dem Stahlhelm angehört hat und dann zur N. S. D. A.P. über- und in die SA eingetreten ist, beweist zunächst, dass er früher als viele andere erkannte, auf was es in Deutschland ankam. Ihm hieraus einen Vorwurf zu machen, steht Ihnen schon deswegen nicht zu, weil K. als Parteigenosse und Brigadearzt der SA bisher stets seine Pflicht getan hat. K. war im Kriege hervorragender Offizier, dessen Tapferkeit vor dem Feinde mir gegenüber gerade von einem bekannten, in der SS eine hohen Stellung bekleidenden Parteigenossen, ganz besonders unterstrichen wurde. Ich finde es geschmacklos, seine hohen Kriegsauszeichnungen nebenbei in einem Schreiben zu erwähnen, das lediglich dazu angetan ist, diesen Mann zu verletzen und in seiner Person und Ehre herabzuwürdigen.«

298 LASH Abt. 47, Nr. 1591, p. 141–144, Schrb. Dekan Löhr an REM v. 21.7.1937.

der Entscheidung erst einmal liegen. So wurde Fischer erst zum 1. April 1938 auf den Kieler Lehrstuhl für Chirurgie berufen.

Albert Wilhelm Fischer, geboren am 10. August 1892 in Berlin-Lichterfelde als Sohn des Oberregierungs- und Baurates Alfred Fischer, evangelisch, besuchte bis zum Abitur 1910 das Real-Gymnasium in Berlin-Lichterfelde, studierte in Freiburg im Breisgau, Rostock, Berlin und Halle. Nach der Kriegs-Staatsprüfung im März erfolgte im April 1915 die Promotion. Im August 1914 trat er als Kriegsfreiwilliger in das Ersatz-Bataillon des Grenadier-Regiments 12 ein, konnte dort noch sein Studium beenden und wurde ab September 1915 bei verschiedenen Kämpfen als Sanitätsoffizier in Nordfrankreich eingesetzt. Im März 1919 wurde er mit dem Dienstgrad Oberarzt der Reserve aus dem Heeresdienst entlassen. Im Gegensatz zu seinen späteren Kollegen Löhrl, Holzlöhner, Vonkennel und Philipp nahm er nicht an Kämpfen der Freikorps teil, sondern wurde bereits im Januar 1919, noch vor seiner Demobilisierung, Volontär-Assistent in der Chirurgischen Universitätsklinik Halle, ab Oktober dann bereits planmäßiger Assistent. Im April 1920 wurde er zunächst Assistenz-, dann Oberarzt an der Chirurgischen Universitätsklinik in Frankfurt a. M., wo er sich im Mai 1923 habilitierte und im März 1928 n. b. a. o. Professor wurde. 1933 erhielt er den Ruf als ordentlicher Professor und Direktor der Universitätsklinik in Gießen.<sup>299</sup> Vom Wintersemester 1934/35 bis Sommersemester 1936 war er dort Dekan, danach bis Sommersemester 1937 Prodekan.

Fischer war offensichtlich entschlossen, seine Karrierechancen im Dritten Reich zu wahren, ohne dass er zu besonderen politischen Aktivitäten bereit war. So trat er bereits 1933 noch in Frankfurt in die NSDAP ein.<sup>300</sup> 1938 wurde er in Kiel Mitglied der SS.<sup>301</sup> Seine Mitgliedschaften in Untergliederungen und Verbänden wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem NS-Kraftfahr-Korps, dem NS-Ärztebund, dem NS-Dozentenbund, dem Reichsluftschutzbund und dem NS-Altherrenbund<sup>302</sup> nehmen bezüglich ihrer Zahl schon eine besondere Stellung unter den Kieler Ordinarien ein und sind sicher auch als Ausdruck ideologischer Verbundenheit mit dem Regime zu werten, hatten jedoch keine praktischen Auswirkungen. Diese Sicht wird bestätigt durch seinen Austritt aus der evangelischen Kirche 1937, der von ihm später zwar inhaltlich mit Glaubensargumenten begründet wurde,<sup>303</sup> aber ebenso wie bei vielen anderen Angehörigen

299 LASH Abt. 811, Nr. 6666, Lebenslauf Prof. Dr. med. A. W. Fischer o. D. [wahrscheinlich aus dem Jahre 1958 oder etwas später, d. Verf.].

300 LASH Abt. 460, Nr. 2242, Entnazifizierungsfragebogen v. 24.7.1948, S. 6.

301 Ebd.

302 Ebd., Oehler-Klein, S. 615.

303 LASH Abt. 460, Nr. 2242, Entnazifizierungsfragebogen v. 24.7.1948, S. 6 f.

der NSDAP wahrscheinlich einen ideologischen Hintergrund hatte, denn eine Kirchenmitgliedschaft war bei SS-Angehörigen nicht erwünscht. Im Gegensatz zu anderen Nationalsozialisten der Kieler Medizinischen Fakultät bekleidete Fischer offenbar keine nationalsozialistischen Ämter, die ihn zu außerdienstlichen Aktivitäten verpflichteten. Als Chirurg in beruflich sehr belasteter Stellung wäre ihm dies wohl auch kaum möglich gewesen. Er war, wie Raul Hilberg in einem anderen Zusammenhang so feinsinnig unterschied, also ein »Nazi und glaubte an Hitler und Deutschland«, aber kein »Parteimann«. <sup>304</sup> In Gießen setzte er sich als Dekan nicht nur für die Einrichtung eines Instituts für Rassenhygiene unter Heinrich Wilhelm Kranz ein, <sup>305</sup> sondern war auch ein Anhänger der »erbhygienischen« Maßnahmen des Systems, <sup>306</sup> gehörte aber nicht zu den Nationalsozialisten, die sich in der »nationalsozialistischen Revolution« besonders engagierten. <sup>307</sup> Auch traf er als Dekan in mindestens zwei Fällen vernünftige Entscheidungen zugunsten jüdischer Promovenden. <sup>308</sup> Fischer erweckt auch während seiner Tätigkeit in Kiel den Eindruck eines Medizinprofessors, der sich mit dem nationalsozialistischen Regime arrangiert hatte, von ihm fasziniert war und sich in einem gewissen Umfang auch einbeziehen ließ, aber nicht bereit war, bestimmte Grenzen, die er für sich als Arzt und Hochschullehrer gesetzt hatte, zu überschreiten. Typisch hierfür ist sein Brief an seinen Frankfurter »Klinikkameraden« SS-Standartenführer Hans Holfelder vom 12. Juni 1937. Wegen der besonderen Bedeutung dieses Schreibens für das Verständnis der Haltung Fischers wird es vollständig wiedergegeben: »Lieber Holfelder! Im Vorjahre hat man mir verschiedentlich nahegelegt, in die SS zu kommen, ich habe das bisher mit Erfolg abgelehnt, weil ich, abgesehen von anderen Dingen, keine Zeit neben meinem Beruf dafür habe. Nun kommst Du mit dem gleichen Ansinnen und der Zusicherung, ich solle nur als fachchirurgischer Berater und Prüfer der Sanitätsmannschaften alle Halbjahre mal mitmachen. Sei mir nicht böse, aber ich mag diese Bindung nicht eingehen. Da uns ja nichts anderes übrig blieb, wollten wir unsere

304 Hilberg, S. 74. Hilberg weist am Beispiel des Staatssekretärs Stuckart im RIM auf die in der Zeit des Nationalsozialismus übliche Differenzierung zwischen Nazi und Parteimann hin: »Als Nazi galt jeder, solange er nicht durch sein eigenes Verhalten das Gegenteil bekundete. [...] Parteimänner waren nur diejenigen, die ein Parteiamt innehatten, ihre Stellung der Partei verdankten oder bei Unstimmigkeiten zwischen Partei und den anderen Hierarchien die Parteiinteressen vertraten.«

305 Oehler-Klein, S. 228–230.

306 Ebd., S. 259.

307 Ebd., S. 112.

308 Ebd., S. 115 f.

Stellung nicht gefährden und nicht als schlechte Deutsche gelten, bin ich schließlich 1934 zum NSKK gegangen und hatte dort ab und zu bei der Vorbereitung der sanitären Dinge für das Rennen rund um Schotten usw. ganz nette Tätigkeit. Damit habe ich den Anforderungen entsprochen, die man an uns stellt. Zudem ist der Kreis im NSKK ganz nett, Herzog, Pitzen, Hildebrandt sind auch dabei. Nur Dir kann ich aus alter Klinikkameradschaft heraus so offen schreiben. Du weisst ja auch von früher, dass ich sowieso der politischen Abstempelung des Arztes mit seinen caritativen und damit internationalen Aufgaben sehr skeptisch gegenüberstehe, davon muss man heute ja absolut schweigen. Aber gibt es eine »deutsche Appendicitis« oder ist diese nicht vielmehr überall gleich?? Also tu mir die Liebe und sucht Euch einen anderen. Herzlichst Dein.«<sup>309</sup> Kritisch beurteilt ist diese »Copie des Durchschlages eines Briefes«, die sich in den Entnazifizierungsunterlagen findet, ohne direkten Beweiswert, da es sich nicht einmal um den Originaldurchschlag handelt, an dem eventuell, wie bei einem anderen Schreiben, auf das später noch näher eingegangen wird, das Alter des Papiers hätte festgestellt werden können.<sup>310</sup> Für die Richtigkeit der Abschrift spricht der unter Freunden gelegentlich übliche lässige sprachliche Ausdruck, der sich deutlich von jenem in den Schreiben der »Persilscheingeber« in den Entnazifizierungsunterlagen Fischers unterscheidet, aber ganz besonders auch die aus den gesamten vorliegenden Quellen erschließbare Persönlichkeit A. W. Fischers. SS-Angehöriger wurde er ein Jahr später trotz seiner hier sichtbar werdenden Haltung.

Am deutlichsten wird seine Einstellung im Zusammenhang mit einem Vorfall in dem sogenannten Novemberpogrom 1938 in Kiel. Dietrich Hauschildt-Stuff berichtet in einem Aufsatz über die Vorgänge in Kiel 1938.<sup>311</sup> Auslöser des reichsweiten Pogroms gegen die Juden war das Attentat des 17-jährigen polnischen Juden Herschel Grynszpan am 7. November 1938 auf den Legationssekretär Ernst von Rath in Paris, dem von Rath zwei Tage später, am 9. November, erlag. Es traf sich, dass an diesem Tag die nationalso-

309 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, p. 7, Kopie des Durchschlages eines Briefes an den Prof. Hans Holfelder, SS-Standartenführer, 1944 gefallen. Das Schreiben wurde neben vielen anderen Dokumenten im Entnazifizierungsverfahren zur Entlastung eingebracht, eine Untersuchung des Originaldurchschlages durch die Kriminalpolizei auf Echtheit ist – wie bei einem anderen Schreiben – nicht erfolgt, wäre mit den technischen Möglichkeiten der damaligen Zeit wohl auch nicht möglich gewesen. Offensichtliche Schreibfehler wurden korrigiert, nicht aber Rechtschreibung und grammatikalische Fehler.

310 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, p. 41, Gutachtliche Äußerung der Landeskriminalpolizei Schleswig-Holstein v. 7.10.1947.

311 Hauschildt-Stuff, Dietrich: Novemberpogrom. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938, in: MKStG 73 (1987–91), S. 129–172.

zialistische Führung traditionell den Jahrestag des Putschversuches von 1923 unter der Beteiligung fast aller hohen nationalsozialistischer Funktionäre in München feierte. Von hohen Kieler Funktionären wurde von dort nach einer antisemitischen Hetzrede Goebbels die Festnahme aller Kieler Juden befohlen. Zusätzlich ordnete die in Kiel verbliebene nationalsozialistische Führung, weit über die aus München gegebenen Anweisungen hinausgehend an,<sup>312</sup> dass in Kiel in der Pogromnacht zwei Juden sterben sollten.<sup>313</sup> Aus einer Liste des Kieler SD wurden unter den »politisch gefährlichsten Juden« nach einem Bericht des Stabsführers der SA-Gruppe Nordmark, Oberführer Vollquardsen, zwei unter jenen herausgesucht, die sich noch in Kiel aufhielten. Wörtlich hieß es in den Akten: »Es waren das der Jude Lask und der Jude Leven. Beide sollten verhaftet und bei der geringsten Regung erschossen werden. [...] Gegen Morgen wurde bekannt, daß die beiden Juden in schwerverletztem Zustand in der Chir. Klinik der Universität eingeliefert worden seien. Damit war die Aktion abgeschlossen. Es ist nachzutragen, daß die beiden schwerverletzten Juden sich auf dem Wege der Besserung befinden.«<sup>314</sup> Beide konnten noch 1939 nach England emigrieren, wo Leven und Lask 1946 ausführliche Berichte über den Hergang der Verhaftung durch die SS-Mordkommandos abgaben. Leven war nach der Festnahme in der Moltkestraße aufgefordert worden, wegzulaufen. Dann wurde auf ihn geschossen, er wurde von drei Schüssen getroffen, und auf dem Gehweg liegen gelassen, um zu sterben. Er berichtete wörtlich: »The shots entered my body as follows: one entered the left lung and passed right through my body, the second grazed my head, and the third smashed my jaw completely. I was in hospital in Kiel until Christmas, and underwent treatment until the next July.«<sup>315</sup> Lask erging es ähnlich. Auf ihn wurden von SS-Leuten drei Schüsse aus einer Parabelumpistole abgegeben, von denen ihn zwei trafen. Ein Schuss ging in den Rücken, der zweite war ein schwerer Bauchdurchschuss. Er rettete sich in einen Vorgarten, wurde nach langer Wartezeit möglicherweise durch eine von der Gestapo verursachte Behinderung des Krankenwagens in die Universitätschirurgie gebracht, dort zwei Stunden

312 Ebd., S. 152.

313 Ebd., S. 154

314 BAArch 409 SA, Schumacher, Bericht vom 9.12.1938, Bl. 3 f. Offenbar ein Rechtfertigungsschreiben des Kieler SA-Stabschefs und SS-Oberführers Vollquardsen an eine unbekannt höhere Dienststelle, zit. nach Hauschildt-Stuff, S. 140.

315 LASH Abt. 352.3, Nr. 1690, Verfahren gegen Unbekannt im Zusammenhang mit der Reichsprogromnacht, p. 6, Schrb. Peter Leven an Legal Division (Rear), Control Commission for Germany, South Kensington, S. W. 7.

operiert und konnte das Krankenhaus nach sieben Wochen verlassen.<sup>316</sup> Von beiden SS-Opfern liegt eine Abschrift der Krankengeschichte in der Chirurgie Kiel vor. Die Einlieferung von Paul Leven erfolgte um 3,30 Uhr. Bei dem 59-jährigen wurde ein Tangentialschuss Mitte Schädeldach, ein Unterkiefersteckschuss und ein Konturschuss<sup>317</sup> der linken Lendengegend diagnostiziert, die Wunden wurden von A. W. Fischer mit Hilfe von Assistenten versorgt, Geschossteile wurden aus dem Unterkiefer entfernt. Die Entlassung erfolgte am 23. Dezember.<sup>318</sup> Der 62-jährige Gustav Lask wurde eine Stunde später um 4,30 Uhr eingeliefert. Diagnostiziert wurde abweichend von der Schilderung Lasks ein Bauchdurchschuss mit Einschuss links neben der Wirbelsäule in Höhe des 2. und 3. Lendenwirbels und Ausschuss in der Mittellinie über dem Nabel. Die sofortige Operation in Äthernarkose wurde vom gleichen Team wie bei Leven durchgeführt. Das Operationsprotokoll zeigt, dass Lask sich in unmittelbarer, großer Lebensgefahr befand.<sup>319</sup>

Die Behandlung der beiden SS-Opfer durch Fischer blieb nicht ohne Folgen für ihn. Am Tage nach der Operation rief ihn der Kieler SS-Oberführer des SS-Abschnitts XX an, machte ihm offenbar als SS-Anwärter schwerste Vorwürfe, teilte mit, dass sein Handeln nicht der erforderlichen Haltung nach dem Attentat auf von Rath entsprochen habe und dass sich die SS weitere Schritte vorbehalten müsse. Als Fischer sich jede Einmischung in seine ärztlichen Aufgaben verbat, wurde der SS-Oberführer sehr grob, drohte mit weiteren Maßnahmen und brach das Gespräch ab. Es liegt die Kopie eines Schreibens von Fischer an den Oberführer vom 14. November 1938 vor, in dem sich Fischer zu rechtfertigen versuchte: »Ich kann Ihnen in dieser Angelegenheit nur mitteilen, dass meine Zugehörigkeit zur SS als Staffelanwärter<sup>320</sup> nichts mit meiner

316 Ebd., p. 9f., Schrb. Gustav Lask, o. D., o. Unterschrift, o. Adresse.

317 Ein Konturschuss ist eine Schussverletzung, bei der das Geschoss an einem Knochen entlang gleitet und auf der anderen Körperseite erscheint, ohne die entsprechende Körperhöhle eröffnet zu haben. Hier war der Einschuss in der linken Hüftgegend und der Ausschuss vorne an der Mammillarlinie unterhalb des Rippenbogens. (Psyhyrembel, S. 1505).

318 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, beglaubigte Abschrift der Krankengeschichte Nr. 2567, 1938.

319 Ebd., beglaubigte Abschrift der Krankengeschichte Nr. 2566, 1938.

320 Der für die SS geeignete und taugliche junge Mann konnte im Alter von 18 Jahren SS-Bewerber werden. Auf dem Parteitag des gleichen Jahres wurde dieser Bewerber unter der Bezeichnung Staffel-Anwärter als vorläufiges Mitglied in die SS aufgenommen und am 9. November vereidigt. Nach Wehrdienst und besonderer weiterer weltanschaulicher Schulung erfolgt am nächstmöglichen 9. November die Anerkennung als SS-Mann. D'Alquen, Gunter: Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP (= bearbeitet im Auftrage des Reichsführers SS), Berlin 1939, S. 18 f.

allgemeinen Berufspflicht als Arzt zu tun hat. Wenn ein Kranker oder ein Verletzter in die Klinik kommt, dann wird ihm jede nur mögliche Hilfe zu Teil, wobei es vollkommen gleichgültig ist, ob es sich dabei um einen Christen, jüdischen Kaufmann oder sonst wen handelt, oder ob der Eingelieferte Nationalsozialist oder Communist ist.«<sup>321</sup> Die Kopie des Schreibens wurde dem Schriftstück des Rechtsanwaltes Fischers Dr. Emcke, Kiel, vom 3. Juni 1948 an den Berufungsausschuss für Entnazifizierung als Anlage 15<sup>322</sup> beigefügt und wurde wegen seiner besonderen Bedeutung an die Landeskriminalpolizei Schleswig-Holstein zur kriminaltechnischen Überprüfung übergeben, um auszuschließen, dass es eventuell erst nach dem Kriege bei der Zusammenstellung der Entlastungsmittel hergestellt worden sei. Es liegt eine gutachterliche Äußerung des Landeskriminalamtes vor, die über das Alter des Durchschlages aber auch nur Mutmaßungen wiedergibt, die eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Korrektheit des Durchschlages erkennen lassen.<sup>323</sup>

Trotz des Schreibens war die Angelegenheit 1938 noch nicht beendet. Löhr teilte Fischer einige Tage später mit, dass eine Anzeige gegen ihn bei der Gestapo vorliege. Diese Anzeige bezog sich aber nicht auf die operative Versorgung der beiden SS-Opfer, dies war den örtlichen nationalsozialistischen Machthabern wohl doch zu heikel, sondern darauf, dass sich Fischer in dem Restaurant Düppel prahlerisch über seine Operation an den Beiden geäußert habe. Die Anzeige war inhaltlich falsch, denn Fischer kannte das Lokal damals gar nicht. Der Bitte Fischers an Löhr, ihn den Anzeigenden gegenüberzustellen, wurde nicht entsprochen. Der weitere Verlauf zeigte, dass Löhr wohl genug Einfluss als SS-Oberführer hatte, um Fischer vor weiteren Folgen durch Maßnahmen der SS zu bewahren.<sup>324</sup> Fischer war zum Zeitpunkt seines Briefes bereits SS-Anwärter. Seine Dienstgrade SS-Obersturmführer und SS-Sturmbannführer könnten ihm tatsächlich in Anlehnung an seine militärische Sanitätsdienstgrade Oberarzt und Oberstabsarzt verliehen worden sein. Das Verfahren der Dienststrangleichung war in der SS besonders bei der Übernahme von Polizisten in die SS üblich, setzte aber voraus, dass Fischer Mitglied der SS gewesen ist. Er selbst hatte in seinem bereits

321 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, Durchschlag eines Briefes an den Oberführer des SS-Abschnittes XX.

322 Ebd., Schreiben des Rechtsanwaltes Fischers, Emcke, Kiel v. 3.6.1948 an den Berufungsausschuss für Entnazifizierung, Lorentzendamm 35, Kiel.

323 Ebd., Schreiben der Landeskriminalpolizei Schleswig-Holstein, KTU.Nr. 148/47 v. 7.10.1947 an die Landesregierung Schleswig-Holstein, Amt für Entnazifizierung und Kategorisierung.

324 Ebd., Schreiben des Rechtsanwaltes Fischers Emcke, Kiel v. 3.6.1948 an den Berufungsausschuss für Entnazifizierung.

angeführten Schreiben an den SS-Oberführer des Abschnitts XX eingeräumt, Staffelanwärter der SS zu sein.

Fischer publizierte insgesamt mehr als 300 Arbeiten. Zu den wichtigsten gehören Handbuchbeiträge zur Kriegschirurgie, Beiträge zur chirurgischen Operationslehre, Arbeiten über die Abdominalchirurgie sowie Handbücher über ärztliche Begutachtung und das Versicherungswesen.<sup>325</sup> Seine wissenschaftlichen Arbeiten sind, soweit sich dies bei Stichproben feststellen lässt, dem ärztlichen Bewusstsein, Wissen und Können nach fachlich in Ordnung, sachlich verfasst, aber nicht ganz frei von politischen und ideologisch geprägten Aussagen. Dies kann beispielhaft an seinem Beitrag in den Schriften der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB der CAU gezeigt werden. Hier weist er darauf hin, dass Unfallverletzte dazu verpflichtet seien, Operationen zu dulden, die in den Bestand und die Unversehrtheit ihres Körpers eingriffen. Er führte das folgende Argument an: »Die Begründung ist im nationalsozialistischen Gedankengut ohne weiteres gegeben. So heißt es in einer Urteilsbegründung: >zumal im nationalsozialistischen Staate in ganz anderem Umfange als im liberal-demokratischen Staate dem einzelnen Staatsbürger zugunsten der Gesamtheit Opfer zugemutet werden können«.

Weiter führt er aus: »Weiterhin wird der Arzt in geeigneter Form ruhig oder auch einmal, falls es nötig ist, sehr deutlich den unfallverletzten Volksgenossen darauf hinweisen, daß er nicht durch eine unnötige Rente der Allgemeinheit Lasten aufbürden darf, daß er durch seine Weigerung sich gegen den Gedanken der Volksgemeinschaft zu versündigen im Begriff ist.«<sup>326</sup> Aus unserer heutigen Sicht handelt es sich hier um eine gegen die Menschenwürde verstoßende Nötigung des Patienten. In der nationalsozialistischen Zeit handelte es sich um eine ideologisch verlangte »conditio sine qua non«, da die Notwendigkeiten der »Volksgemeinschaft« Vorrang vor Individualinteressen hatten. Fischer selbst weist in seinem Referat darauf hin, dass abweichend von der zum Zeitpunkt seines Vortrages von ihm dargelegten Auffassung in der Rechtsprechung vor 1933 eine Pflicht zur Duldung von Operationen durch Unfallverletzte nicht vorgesehen war.<sup>327</sup>

325 Vgl. Feiner, Edith: Fischer, Alfred Wilhelm, in: Klose, Olaf (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon. Bd. 2, Neumünster 1971, S. 140; LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, p. 39–49, Wissenschaftliche Arbeiten, Veröffentlichungen von Prof. Dr. A. W. Fischer ab 1923 bis ca. 1943, o. D.

326 Fischer, Alfred Wilhelm: Der operative Eingriff des Chirurgen (= Schriften der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB der Christian-Albrechts-Universität, Bd. 21), Neumünster 1940, S. 11.

327 Ebd.

Zu Beginn des Krieges wurde Fischer kurzfristig eingezogen, aber bereits am 7. September 1939 wieder nach Kiel entlassen.<sup>328</sup> Zum 3. Februar 1941 wurde er mit seinem alten Dienstrang Oberarzt der Reserve erneut einberufen und dem Sanitätsamt der Marinestation der Ostsee als Beratender Chirurg zugeordnet. Diese militärische Verwendung erlaubte es ihm, die Chirurgische Universitätsklinik weiterhin zu leiten.<sup>329</sup> Es bleibt festzuhalten: Auch wenn Fischer nicht ein Nationalsozialist war, der für seine nationalsozialistische Überzeugung alle ärztlichen Berufspflichten vergaß und wie noch zu zeigen sein wird, auch menschlich deutliche Unterschiede zum ideologisch gefestigten Nationalsozialisten zeigte, hielt er zumindest bis zum Ende seines Dekanats 1943 loyal und diszipliniert zum Regime. Er konnte von Löh in gewissen Grenzen – er wäre sicher nicht als Dozentenführer oder für ein Amt der schleswig-holsteinischen Gauleitung geeignet gewesen – auch aus nationalsozialistischer Sicht als Zugewinn für eine im Sinne der NSDAP arbeitenden Medizinische Fakultät angesehen werden. 1945 wurde er durch die Briten für zwei Jahre interniert, im Entnazifizierungsverfahren im Januar 1948 in die Kategorie IV (Mitläufer) ohne Vermögenssperre und nach einem Widerspruch im Juni 1948 in Kategorie V (Entlastete) eingestuft.<sup>330</sup> 1951 übernahm er als Ordinarius die neu eingerichtete Abteilung Kiel-Wik der Chirurgischen Universitätsklinik. 1960 wurde Fischer emeritiert, 1961/62 war er Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. 1962 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.<sup>331</sup> Er verstarb am 10. August 1969.<sup>332</sup>

328 LASH Abt. Nr. 811, Nr. 6666, Schrb. Fischer an Kurator v. 11.9.1939.

329 Ebd., Schrb. Fischer an Kurator v. 4.2.1941.

330 LASH Abt. 811, Nr. 6666, Einreichungsbescheid des Universitäts-Entnazifizierungsausschusses v. 22.1.1948; Berufungsentscheidung des Entnazifizierungs-Berufungsausschusses v. 29.6.1948.

331 Die Kontrollratsdirektive Nr. 38 v. 12.10.1946, Artikel 1, legt fünf Gruppen der Verantwortlichen zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit fest: I (Hauptschuldige), II (Belastete), III (Minderbelastete), IV (Mitläufer) und V (Entlastete). Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik (= *Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft*, Bd. 40), Neuwied et al. 1969, S. 105 f.

332 Voigt/Lohff, S. 104.

### 5.3.7 Nachfolger von Georg Stertz: Hans Gerhard Creutzfeldt

Voraussetzung für die Berufung Creutzfeldts auf den Kieler Lehrstuhl für Nervenheilkunde war die Entlassung von Georg Stertz. Als 59-jähriger unkündbarer Beamter hätte er 1937 mindestens noch sechs Jahre Dienstzeit bis zu seinem Ruhestand vor sich gehabt. Auf die Schilderung von Uhlig wird hier Bezug genommen.<sup>333</sup> Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 sah in Paragraph 6 vor, dass Beamte zur Vereinfachung der Verwaltung in den Ruhestand versetzt werden konnten, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig waren. Weiter hieß es in diesem Gesetz, dass in diesem Falle die Stellen nicht mehr besetzt werden dürften. Diese Gesetzesgrundlage wurde einem Runderlass des Reichserziehungsministeriums vom 19. April 1934, dem sogenannten Flaggenerlaß, zugrunde gelegt, mit dem nach den Juden und jüdischen »Mischlingen 1. (und mitunter auch 2.) Grades« nun auch die mit einem jüdischen Ehepartner verheirateten Beamten aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden sollten. Das Reichserziehungsministerium schrieb für »jüdisch Versippte«<sup>334</sup> Folgendes vor: »Mein Rundschreiben, das den deutschblütigen Ehegatten, der in einer deutsch-jüdischen Mischehe lebt, verbietet, in seiner Wohnung die Reichs- und Nationalflagge zu hissen, gilt auch für Beamte. Da der Zustand, daß ein Beamter nicht flaggen darf, auf Dauer nicht tragbar ist, ist der jüdisch versippte Beamte in der Regel gemäß § 6 BBG in den Ruhestand zu versetzen.«<sup>335</sup> Stertz war mit der Tochter Alois Alzheimers verheiratet, dessen Ehefrau Jüdin war. Seine Frau war also nach der Terminologie des Regimes ein Mischling 1. Grades, nicht »Jüdin«, der Erlass des REM traf also auf Stertz eigentlich nicht zu.<sup>336</sup> Löhrl sah die juristischen Bedenken Stertz' als berechtigt an,<sup>337</sup> wollte jedoch trotzdem Stertz aus der Fakultät entfernt wissen, da man »wirklich eindeutige Gutachten, beispielweise ob ein Mensch geisteskrank und somit zu sterilisieren ist, [...] kaum von Stertz bekommen könne«, er in »seiner Weichheit« in seiner Klinik »typische Meckerer« dulde, früher »mit allen Juden und Judengenossen der Fakultät und darüber hinaus freundlich gestanden« habe. Löhrl drückte sich in seinem Schreiben sehr direkt aus: »Wenn man auch keine negative Betätigung

333 Vgl. Uhlig, S. 121–124.

334 Als »jüdisch versippt« galten »Arier«, deren Ehepartner Jude waren.

335 Zit. n. Dahms, Hans-Joachim: Einleitung, in: Becker, Heinrich/Dahms, Hans-Joachim/Wegele, Cornelia. (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, München/London 1987, S. 15–60, hier S. 30.

336 BAArch R 4901, Nr. 13277; LASH Abt. 47, Nr. 1638, p. 105–107. Stertz gibt für die Mutter seiner Frau »nichtarisch« an.

337 LASH Abt. 47, Nr. 1638, p. 114f., Schrb. Löhrl an Rektor v. 11.5.1937.

nachweisen kann, [...] so wäre die Gelegenheit jetzt günstig, wenn Stertz gehen könnte [...].« Wissenschaftlich sei er keine »Kanone, menschlich viel zu weich« und er habe keine Führeigenschaften im Sinne des nationalsozialistischen Staates.<sup>338</sup>

Georg Stertz hatte eine »Bilderbuchkarriere« vorzuweisen. Er wurde am 19. Dezember 1878 in Breslau geboren, die Promotion erfolgte 1903 ebenfalls dort, bis 1906 war er Assistent in Freiburg und Hamburg, dann ab 1907 in Breslau und ab 1910 Assistent in der Psychiatrischen Klinik Bonn, dort habilitierte er sich. Von 1912 mit Unterbrechungen durch den Krieg von August 1914 bis Dezember 1915 war er Oberarzt bei Alzheimer in Breslau, 1914 wurde er außerordentlicher Professor, 1915 heiratete er die Tochter Alzheimers, nach dessen plötzlichem Tod wurde er 1915 kommissarischer Leiter der Breslauer Psychiatrie, bis 1917 Oswald Bumke die Klinik übernahm. 1919 erfolgte der Wechsel zu Emil Kraepelin nach München, 1921 wurde er ordentlicher Professor in Marburg und am 1. April 1926 ordentlicher Professor für Psychiatrie und Nervenheilkunde in Kiel. Noch im Jahre 1933 hatte sich Stertz in einem Vortrag vor dem Kieler Ärzteverein gegen die Zwangssterilisierung ausgesprochen. Trotzdem war es ihm nicht möglich, sich der Meldepflicht nach der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 5. Dezember 1933 gänzlich zu entziehen. Stertz und seinen Mitarbeitern gelang es wohl, in den meisten Fällen von einer symptomatischen Form der jeweiligen Erkrankung zu sprechen und eine Erblichkeit damit zu verneinen, eine Tatsache, die offenbar auch Löhr nicht verborgen blieb.<sup>339</sup>

Stertz besaß also in der Medizinischen Fakultät aufgrund seiner Haltung zum Nationalsozialismus nicht die Sympathie des Dekans. Auch der Rektor wollte Stertz in den Ruhestand entlassen. Noch im gleichen Monat ging sicher deswegen in dieser Angelegenheit ein Schreiben des Rektors an den Leiter der Dozentenschaft mit der Bitte um Rückäußerung zur Eignung der Person Stertz.<sup>340</sup> Dieser hatte keine politischen Bedenken, wollte sich aber wegen Stertz' mangelnder Führungsfähigkeiten auch

338 Ebd. In diesem Schreiben wird auch die kritische Haltung Löhrs gegenüber seinen katholischen Fakultätskollegen deutlich. Stertz war katholisch, er hätte auch »zwei katholische Assistenten gehabt«. Besonders erwähnt wurde, dass Stertz zu den neu berufenen Katholiken Meesmann, Wiethold und Siegmund, wie auch dem katholischen Kurator kein besonderes Verhältnis gehabt habe.

339 Christiani, S. 35. Diese sehr schwer wiegende Aussage ist von Christiani nicht mit einer Quellen- oder Literaturangabe belegt.

340 LASH Abt. 47, Nr. 1638, p. 92, Verfügung Rektor u. a. an Leiter der Dozentenschaft und Dekan v. 24.4.1937.

nicht für ihn einsetzen.<sup>341</sup> Auch das Reichserziehungsministerium regte an, mit Stertz die Frage zu klären, ob er nicht seinerseits bereit wäre, selbst einen Antrag auf Entbindung von den amtlichen Verpflichtungen zu stellen.<sup>342</sup> Nachdem auch der Rektor keine Gründe für das »ausnahmsweise« Belassen von Stertz im Amt sah,<sup>343</sup> folgte Stertz dessen Rat und stellte noch im Mai den Antrag, ihn zum Ende des Sommersemesters 1937 zu entpflichten.<sup>344</sup> Als ihm im Juli die Unrechtmäßigkeit des Vorgehens von Reichserziehungsministerium, Universität und Dekan bewusst wurde, erhob er halbherzig Einspruch,<sup>345</sup> der jedoch ohne in den Quellen feststellbare Reaktion blieb.<sup>346</sup> Diese Maßnahme erfolgte ohne Rücksicht auf die Situation der Klinik für Neurologie und Psychiatrie. Nachdem Oberarzt Kolle 1933 aufgrund seiner ernsthaften Bedrohung durch den Terror der Kieler Studenten fluchtartig nach Freiburg gehen musste und Oberarzt Braun 1934 nach Rostock berufen wurde, gab es keinen habilitierten Arzt an der Universitätsnervenklinik in Kiel mehr. Dies stellte auch Löhr in einem Schreiben bereits im Juni 1937 fest. Nach Entfernung Stertz' aus dem Amt wären »die Hauptlehrstühle der Fakultät überhaupt nicht besetzt.«<sup>347</sup>

Zum kommissarischen Direktor der Kieler Nervenklinik wurde zum Wintersemester 1937/38 Friedrich Mauz, ein den Zielen des nationalsozialistischen Staates sehr nahe stehender Psychiater, bestellt.<sup>348</sup> Die in der Sitzung vom 17. Dezember 1937 von der Fakultät aufgestellte Liste enthielt auf Platz 2 Mauz und Hans Gerhard Creutzfeldt. Die Liste wurde am 8. Dezember (also immer noch vor der Beschlussfassung der Fakultät) vom Rektor Ritterbusch an das Reichs- und Preußische Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung mit der zusätzlichen Anmerkung, dass er, Ritterbusch, die

341 Ebd., p. 124 f., Schrb. Leiter Dozentenschaft an Rektor v. 11.5.1937.

342 Ebd., p. 90, Schrb. REM an Rektor v. 24.4.1937.

343 Ebd., p. 120, 123, zwei Schrb. Rektor an REM v. 14 und 18.5.1937

344 Ebd., p. 118, Schrb. Stertz an REM v. 14.5.1937

345 Ebd., 128 f.; Schrb. Stertz an Rektor v. 7.6.1937. Er bat um seine Rehabilitierung, wollte sein Entpflichtungsgesuch aber nicht mehr zurücknehmen.

346 1946 wurde er zunächst stellvertretender Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität München, 1947 dann als Nachfolger von Bumke mit ihrer Leitung bis 1952 betraut. 1955 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Stertz starb am 19.3.1959. (Christiani, S. 31 f., Uhlig, S. 123 f.).

347 LASH Abt. 47, Nr. 1592, p. 100 f., Schrb. Löhr an Kurator v. 8.6.1937, gemeint waren die Lehrstühle Frauenheilkunde, Chirurgie, Dermatologie. Dermatologie gehörte im Gegensatz zur Inneren Medizin, die mit Löhr besetzt war, nicht zu den Hauptlehrstühlen.

348 Schimmelpennig, Gustav W.: Friedrich Mauz (1900–1979), in: Christiani, Klaus (Hg.): Hundert Jahre UniversitätsNervenklinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001, S. 40–42, hier S. 40.

Berufung von Mauz »aufs wärmste empfehlen (möchte)« da »charakterlich, politisch und wissenschaftlich Herr Professor Mauz zweifellos der für den Lehrstuhl Geeignetste [ist]«<sup>349</sup>, weitergeleitet. Berücksichtigt man, dass zwischen den beiden Parteigenossen Löhr und Ritterbusch eine Freundschaft bestand, wird deutlich, dass die Führung von Universität und Fakultät Creutzfeldt nicht wollte, sondern bemüht war, die frei gewordene Stelle mit einem ausgewiesenen Parteigenossen zu besetzen. Creutzfeldt war mit 53 Jahren zu alt, seine politische Einstellung trotz seiner rechtskonservativen Prägung nicht erwünscht, wissenschaftliche Großtaten waren von ihm nicht mehr zu erwarten und die Position des Direktors der Nervenlinik war aus rassenhygienischer Sicht eine zu bedeutsame Schlüsselstellung, als dass sie einem nicht der Partei angehörenden Psychiater überlassen werden konnte. Das Ministerium jedoch wollte den Wünschen des Kieler Rektors und des Dekans nicht folgen.

Creutzfeldts Tätigkeit in Kiel begann im Sommersemester 1938. In der Fakultäts-sitzung vom 24. Mai 1938 wurde Creutzfeldt zunächst als kommissarischer Nachfolger von Stertz begrüßt, zum 1. September 1938 erhielt er die Berufung auf den neurologisch-psychiatrischen Lehrstuhl und die Ernennung zum Direktor der Nervenlinik. Hans Gerhard Creutzfeldt, am 2. Juni 1885 in Harburg geboren, wurde 1909 promoviert. An der Universitäts-Nervenlinik in Breslau erforschte Creutzfeldt 1913 eine bis dahin unbekannte Krankheit, die 1922 nach ihm benannte Creutzfeldt-Jakob-Krankheit.<sup>350</sup> Im Ersten Weltkrieg war er, prägend für seine Gutachtertätigkeit im Zweiten Weltkrieg, als Marinearzt im Fronteinsatz, Verbindungsoffizier in der Türkei, die Entlassung folgte im Juni 1919 als Marine-Stabsarzt d. R.<sup>351</sup> 1920 erfolgte die Habilitation bei Ernst Siermerling in Kiel. Bis 1924 war er dort als Assistenzarzt und von 1924 bis 1938 an der Psychiatrischen Universitätsklinik der Charité unter Leitung von Karl Bonhoeffer, zuletzt als außerplanmäßiger Professor und Oberarzt, tätig.<sup>352</sup> Creutzfeldt war Deutsch-Nationaler, kein Nationalsozialist.<sup>353</sup> Eine Mitgliedschaft in der NSDAP bestand nicht.<sup>354</sup>

349 LASH Abt. 47, Nr. 1598, p. 202, Schrb. Rektor an REM v. 8.12.1937.

350 Alfons Maria Jakob (1884–1931) war ein Hamburger Neurologe. 1920 entdeckte er kurz nach Creutzfeldt die spongiöse Enzephalopathie, auch Creutzfeldt-Jakob Krankheit genannt. (Pschyrembel, S. 322).

351 Wolf, Creutzfeldt, S. 14.

352 Ebd., S. 54–58.

353 Legband, Michael: Gefangen im System, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 54 (2001), H. 9, S. 15–16, hier S. 15.

354 Godau-Schüttke, Klaus-Dieter: Kieler Nachkriegsordinarien der Medizin und die NS-Euthanasie, in: Danker, Uwe [Katalog]: Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder und Jugendpsychiatrie

Ganz frei von Sympathien zu dem nationalsozialistischen System kann er jedoch nicht gewesen sein. Recht früh schon wurde er 1932/33 förderndes Mitglied der SS (Mitglieds-Nr. 56038) und 1940 Anwärter für die Mitgliedschaft im nationalsozialistischen Ärztebund. Einer seiner Nachfolger, Joseph Aldenhoff, schrieb hierzu: »Creutzfeldt gilt als Verächter des nationalsozialistischen Regimes [...]. Seine Ablehnung entsprach weniger einer intellektuell begründeten Gegnerschaft, als daß er die Nationalsozialisten wegen ihrer Primitivität verachtete.«<sup>355</sup> Als Vertreter seines Chefs Bonhoeffer war er im Erbgesundheitsobergericht Berlin tätig, verhielt sich politisch unauffällig, sachorientiert konform, ohne emotionale Bindung an die nationalsozialistische Ideologie.<sup>356</sup> Man musste aber nicht unbedingt NSDAP-Mitglied sein, um in die Verbrechen des Regimes verstrickt zu werden. Es gehört sicher zu den Vorwürfen, die Creutzfeldt gemacht werden können, dass er ohne offenkundige Skrupel von der unrechtmäßigen Entfernung Georg Sterz' von seinem Lehrstuhl profitierte. Gerade weil er kein Nationalsozialist war und sich nach eigener Auffassung eine Kritikfähigkeit gegenüber dem Regime bewahrte, hätte er schon hier ohne allzu große Nachteile Distanz bewahren können.

## 5.4 Einsatz der Mediziner für eine nationalsozialistische Universität

### 5.4.1 Die Verhältnisse im Vergleich zu anderen deutschen Medizinischen Fakultäten

Etwa zum Zeitpunkt des »Anschlusses« Österreichs im Frühjahr 1938 war die Kieler Medizinische Fakultät nicht nur gleichgeschaltet, sondern hatte für die Nationalsozialisten im Norden eine wichtige Rolle für die Durchsetzung rassistischer, antisemitischer und rassenhygienischer Ziele übernommen. Ohne die zumindest stillschweigende Zustimmung der Medizinprofessoren wäre es für die Vertreter des neuen Regimes nicht möglich gewesen, in der kurzen Zeit von etwa drei bis fünf Jahren ihre rassenpolitischen Vorstellungen im medizinischen Alltag durchzusetzen. Sie konnten sich nun ohne Verzug damit beschäftigen, ihre Maßnahmen zur Vorbereitung des geplanten Krieges zu intensivieren und im Zuge der Vorbereitungen auf den Krieg die nächste Stufe, nämlich die Befreiung der »Volksgemeinschaft« von Erbkranken, zu beschreiten. Gemeint ist

und Heilpädagogik in Schleswig (= Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, Bd. 56), Schleswig 1997, S. 95–114, hier S. 108.

355 Aldenhoff, Josef Bernd: Hans Gerhard Creutzfeldt, in: Christiani, Klaus (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001, S. 43–47, hier S. 46.

356 Klee, Personenlexikon, S. 97.

die beschönigend als »Euthanasie« bezeichnete Ermordung von vielen Tausend psychiatrischen Patienten. Auch hier waren die Kieler Medizinprofessoren, wenn auch eher unfreiwillig, behilflich. Allerdings hatte bis 1938 eine weitgehend natürliche Fluktuation durch das altersbedingte Ausscheiden, die Entlassungen Höbers und Stertz' und die Berufungen an andere Universitäten zu einer stark veränderten personellen Zusammensetzung der Lehrstuhlinhaber gegenüber 1933 geführt. In nur fünf Jahren, davon dreieinhalb unter der Führung eines im Nationalsozialismus tief verwurzelten »Parteimannes«, wurde aus einer im Wesentlichen noch kaiserzeitlich geprägten, konservativ-liberalen Honoratiorenfakultät eine Speerspitze nationalsozialistischer Medizin. Das Ausscheiden von zwei Dritteln der Medizinprofessoren in diesem Zeitraum und die daraufhin folgenden Berufungen hatten jedoch nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, eine Fakultät zur Folge, deren Lehrstühle ausschließlich oder zumindest nahezu ausschließlich mit überzeugten Nationalsozialisten besetzt waren. Dazu war die Personaldecke der für Berufungen qualifizierten, der NSDAP angehörenden oder mit ihr sympathisierenden Medizinprofessoren im Deutschen Reich zu klein und das Interesse des letztlich entscheidenden Reichserziehungsministeriums an einer Bevorzugung fachlich nicht geeigneter Parteiangehöriger vor politisch weniger engagierten, jedoch wissenschaftlich und ärztlich qualifizierten Medizinprofessoren wohl auch zu gering. Auch in Kiel musste es reichen, über Professoren zu verfügen, die, wenn sie schon dem Regime nicht zustimmten, es zumindest für geraten hielten, nach außen Wohlverhalten zu zeigen. Zusammen mit der frühen Berufung eines machtbewussten, ideologisch versierten »Alten Kämpfers«, der in rund sechs Jahren Dekanat nennenswerte Abweichungen von der offiziellen Parteilinie nicht duldete und der mit seiner Verankerung in Partei und Sicherheitsdienst der SS auch die Werkzeuge besaß, sich durchzusetzen und mit »Zuckerbrot und Peitsche« eine nach außen homogen auftretende Fakultät zu erzwingen, entstand eine weitgehend systembejahend erscheinende Fakultät, die sich von anderen medizinischen Fakultäten in Deutschland zumindest graduell unterschied.

Dies können einige Beispiele illustrieren: Ein Vergleich zwischen den Medizinischen Fakultäten der beiden »Grenzlanduniversitäten« Kiel und Königsberg bietet sich an, auch wenn ab 1937, dem Jahr des »Überganges zum offenen Imperialismus«, in dem Hitler seine Absichten zur Eroberung des »Lebensraums« im Osten enthüllte,<sup>357</sup> die »Grenzlanduniversitäten« als solche an Bedeutung verloren und ihre Vorzugsstel-

357 Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M. 1968, S. 252.

lung einbüßten. Lothar Löffler war aus Kiel 1934 nach Königsberg berufen worden. 1935 wurde er dort Dozentenschaftsleiter und konnte so an allen Berufungsentscheidungen mitwirken.<sup>358</sup> So habe er die Fachkompetenz parteipolitischen Erwägungen untergeordnet, mit dieser Strategie die Fakultät regelrecht »terrorisiert« und das Ansehen der Universität »ruiniert«. <sup>359</sup> Es dürfte Löfflers Bemühungen zu verdanken sein, dass, wie Christian Tilitzki feststellt, es der Medizinischen Fakultät Königsberg erfolgreicher als an den Medizinischen Fakultäten anderer Universitäten und nachhaltiger als an den anderen Fakultäten der Königsberger Universität gelang, einen Lehrkörper nach nationalsozialistischen Maßstäben aufzubauen. Von den zwölf bis 1939 neu berufenen Ordinarien zeigten sechs eine einschlägige Vorgeschichte wie Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwillige, frühes Engagement im Freikorps oder rechten Splittergruppen auf, fast alle übrigen hatten ihre Anpassungsbereitschaft in SA- oder SS-Formationen unter Beweis gestellt. Schwächen gab es in der ideologischen Neuausrichtung. So blieb Löffler bis zu seiner Wegberufung nach Wien 1942 auf einem Extraordinariat und musste in seinem Rassenbiologischen Institut mit einer einzigen Assistentenstelle auskommen. Tilitzki kommt zu dem Schluss, dass personalpolitisch betrachtet die Medizinische Fakultät bis zum Kriegsausbruch das schärfste nationalsozialistische Profil erhielt: Der Rassenbiologe Lothar Löffler oder der auch aus Kiel stammenden Gynäkologe und Schröder-Schüler Carl Clauberg (s. a. 6.2.7) repräsentierten den neuen Dozententyp.<sup>360</sup> Im Gegensatz zu Kiel fehlte jedoch in Königsberg ein über längere Zeit machtvoll sein Amt ausübender Dekan, wie es Hanns Löhrr war.

Über die Medizinische Fakultät in Bonn berichtet Ralf Forsbach, dass sie aufgrund des Katholizismus vieler ihrer Professoren und Mitarbeiter einen Sonderfall darstellte, der die Machthaber immer wieder mit Misstrauen erfüllte. Sie bot dem Nationalsozialismus »keinen gesicherten Raum«, war aber auch kein Hort des Widerstandes. In der NSDAP-Mitgliedschaft unterschied sich Bonn deutlich von Kiel. Waren 1933 in Bonn immerhin ein Drittel schon Mitglieder der NSDAP, so wurden es bis 1945 lediglich zwei Drittel. In Kiel war Anfang 1933 nur einen Lehrstuhlinhaber in der

358 Tilitzki, Christian: Von der Grenzland-Universität zum Zentrum der nationalsozialistischen »Neuordnung des Ostraums«? Aspekte der Königsberger Universitätsgeschichte im Dritten Reich, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 46 (2000), S. 233–269, hier S. 241.

359 GStA PK XX. HA, Rep. 99c/52, Anatom Robert Heiß an Kurator Hoffmann v. 24.3.1947, zit. n. Tilitzki, S. 241.

360 Tilitzki, S. 242 f. Tilitzki räumt in einer Fußnote ein, dass die Forschung in diesem Bereich noch in den Anfängen steckt.

NSDAP, 1945 waren alle bis auf drei, nämlich Rominger, Büngeler und Creutzfeldt, letzter war allerdings förderndes Mitglied der SS, in der Partei. Es gab in Bonn Opposition, die sich jedoch nicht auf nationalsozialistisches Unrecht bezog, sondern auf Störungen im Arbeitsalltag. Mehrere Dekane der Bonner Fakultät bemühten sich um Anstand und christlich motiviertes Handeln, ließen es jedoch an Widerstand gegen Verbrechen und Widerwärtigkeiten des Regimes fehlen.<sup>361</sup> In Kiel gab es keine Opposition gegen den Dekan, es sei denn in fachlichen Angelegenheiten der einzelnen Lehrstühle z. B. bei Berufungen.

Aus der Medizinischen Fakultät der Universität Gießen berichtet Sigrid Oehler-Klein über ähnliche Entwicklungen wie in Kiel. Generationswechsel und Wegberufungen änderten das Verhältnis zwischen Partei- und Nicht-Parteimitgliedern ähnlich wie in Kiel, es bestand eine breite Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik. Auch in Gießen fällt es schwer, berufsschädigende oder die Karriere hemmende Konsequenzen durch negative politische Gutachten oder Denunziation nachzuweisen, dies war eher in Kiel z. B. bei Pels-Leusden, Stockinger, Chrometzka, Stertz und einigen anderen der Fall. Aus Einzelanalysen von Berufungsverhandlungen schließt Oehler-Klein, dass die zunehmend nationalsozialistische Ausrichtung der Medizinischen Fakultät ab 1933 dem Wunsch der Mitglieder entsprach.<sup>362</sup> Diese Feststellung ist für Kiel so nicht zutreffend ist, da der ansonsten übermächtige Dekan Hanns Löhr seine oft explizit nationalsozialistisch orientierten, fachlich aber nicht überzeugend ausgewiesenen Favoriten nahezu immer nur auf dem zweiten Platz der Berufslisten positionieren konnte. Zwischen der hier fast ausnahmsweise in Kiel zur Wirkung kommenden Fakultätsmehrheit, die fachliche Gesichtspunkte nicht hinter nationalsozialistischer Einstellung zurückstellen wollte, und Löhr gab es in den ersten Jahren seines Dekanats bei der Wahl zwischen mehr nationalsozialistischer und mehr wissenschaftlicher Orientierung der Kandidaten durchaus sichtbare Dissonanzen. Sie dürften in Kiel aber nicht auf einer offenen oder vielleicht auch verborgenen Abneigung gegen Nationalsozialisten, sondern mehr auf dem Wunsch, der im Übrigen auch von Löhr geteilt wurde, einer wissenschaftlich hochstehenden Fakultät anzugehören, beruhen. Enno Freerksen, A. W. Fischer und Helmuth Reinwein, die als Prorektor, Dekan und Klinikdirektor wichtige Rollen nach Hanns Löhrs Tod seit 1941 in Kiel spielten, stammten aus der Medizinischen Fakultät Gießen. Sie nahmen ihre Aufgaben in Kiel zusammen mit dem aus Greifswald stammenden Philipp systemkonform,

361 Forsbach, S. 92.

362 Oehler-Klein, S. 37.

aber ohne nationalsozialistischen Enthusiasmus wahr. Mit ihnen reihte sich die Medizinische Fakultät der Universität Kiel Ende 1941 wieder in die »nationalsozialistische Normalität« der anderen Medizinischen Fakultäten ein.

Die hier beispielhaft herangezogenen drei Medizinischen Fakultäten Königsberg, Gießen und Bonn gehörten wie jene in Kiel zu preußischen Universitäten in etwa vergleichbarer Größe und Bedeutung. Ergänzend sollen die Verhältnisse einer süddeutschen Medizinischen Fakultät, die der Universität Heidelberg, und einer norddeutschen, der Christian-Albrechts-Universität benachbarten Universität, die der Hamburger Universität, zum Vergleich dargestellt werden. Zwar war vom nationalsozialistischen Regime im Frühjahr 1933 die föderale Selbstständigkeit weitgehend aufgehoben worden, regionale Unterschiede waren aber auch in der Folgezeit denkbar, da die unter Staatskommissaren und Beauftragten weiterbestehenden Institutionen der Länder durchaus im Rahmen der Vorgaben des Reichserziehungsministeriums Abweichungen zuließen.

In der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg gab es eine größere Fluktuation von Dekanen, wobei jeder für sich als Vertreter nationalsozialistischer Überzeugungen angesehen werden muss. Auf die politisch durchaus noch, ähnlich wie in Kiel bis 1935, moderaten Dekanate des Internisten Richard Siebeck und des Psychiaters Philipp Broemser folgten die strammen Nationalsozialisten: der ähnlich wie Löhr in Bethel als Leitender Arzt tätig gewesene Psychiater Carl Schneider ab Juli 1934, der aus Kiel und Greifswald stammende Gynäkologe Hans Runge ab 1936/37, der kurzzeitig 1934 auch in Kiel lehrende Ernst Rodenwaldt ab Oktober 1939 und für die restliche Zeit des »Dritten Reiches« der aus dem Reichserziehungsministerium stammende Physiologe Johann Daniel Achelis ab Juni 1942. Spielte das Politische in den Fakultätsprotokollen bis zur Amtsübernahme Schneiders keine Rolle, so änderte sich dies mit seinem Dekanat.<sup>363</sup> Ganz anders in Kiel: Politisches war in den Protokollen der Fakultätssitzungen, soweit es nicht durch Notwendigkeiten des Alltags erzwungen war, nicht zu finden.<sup>364</sup> Offenbar wurden in Kiel unvermeidbar zu regelnde politische Angelegenheiten, wie z. B. die Entfernung des Psychiaters Stertz aus dem Dienst 1937, autoritär oder durch informelle Absprachen, z. B. unter den Angehörigen des SD-Netztes in der Fakultät, geregelt. Sicher bedurfte Löhr auf Grund seiner starken Vernetzung durch politische und universitäre Ämter auch keiner weiteren Beweise besonders strammen nationalsozialistischen Verhaltens. Er war unangefochtener Führer der Medizinischen Fakul-

363 Eckart, Fakultät, S. 642 f.

364 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, Sitzungsprotokolle der Medizinischen Fakultät 1933–1945, passim.

tät, nicht einmal Rektor Paul Ritterbusch hätte, wenn er, der Freund Hanns Löhrs, es gewollt hätte, gegen den Willen Löhrs handeln können. Zwischen 1933 und 1939 wurden in Heidelberg etwa 20 Professoren und Dozenten der Medizinischen Fakultät aus ihren Positionen entfernt,<sup>365</sup> eine Zahl, die in der Kieler Medizinischen Fakultät mit ca. drei bis fünf nicht einmal annähernd erreicht wurde.<sup>366</sup> Dabei sind in beiden Fakultäten Assistenten und Studenten nicht berücksichtigt. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen Kieler Verdienst. Für die deutlich kleinere nördliche Medizinische Fakultät zahlte es sich aus, dass schon in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik stillschweigend davon Abstand genommen worden war, die Berufung von »Jüdischstämmigen« und politisch links stehenden Professoren zu fördern. Rudolf Höber bildete hier eine Ausnahme, die sich wohl nur durch seine weit überdurchschnittlichen wissenschaftlichen Leistungen erklären lässt. Auf die mit seiner Person verbundenen Schwierigkeiten, ihn für den Kieler Lehrstuhl für Physiologie zu erhalten, wurde bereits hingewiesen.

Noch wieder anders gestalteten sich die Verhältnisse an der Universität Hamburg. Das von der Hamburger Landesverwaltung erarbeitete und 1934 verabschiedete Hochschulgesetz griff den erst später wirksam werdenden Gesetzen der Reichsebene vor. Eine neue Satzung der Medizinischen Fakultät von 1934 verschärfte sogar noch das Hochschulgesetz. Ausdrücklich wurde vorgeschrieben, dass Dozenten u. a. neben wissenschaftlicher Tüchtigkeit auch charakterliche Eignung und politische Zuverlässigkeit aufweisen sollten. Unter Eduard Keesers Dekanat, der insgesamt immerhin fünf Jahre von 1934 bis 1941, unterbrochen durch das Dekanat Peter Mühlens' von 1938 bis 1940, die Leitung der Fakultät innehatte, änderte sich praktisch kaum etwas. Keeser und Mühlens verstanden sich weiterhin als Sprecher eines Kollegialorgans. Auch Eingriffe der Dozentschaft und des NSDStB in Fakultätsgeschäfte kamen kaum vor. Van den Bussche fasst den Sachverhalt so zusammen: »Im Grunde bewirkte das ›Dritte Reich‹ im UKE, dem ›Führerprinzip‹ zum Trotz, bis 1941 eher eine Nivellierung der Macht als eine Hierarchisierung im Lehrkörper.« Das endete schlagartig 1941 mit dem Dekanat von Hans Bürger-Prinz. Mit der Ärztlichen Leitung des Universitätsklinikums Eppendorf (UKE) und guten Verbindungen zu Partei und Senat, auch zu Max de Crinis im REM und »Generalkommissar« Karl Brandt versehen, kam das Führerprinzip jetzt voll zur Geltung.<sup>367</sup> Während Löhre von 1935 bis 1941 in Kiel autoritär das Führerprinzip unter Ausschaltung des Fakultätsausschusses durchsetzte, blieb in Hamburg

365 Eckart, Fakultät, S. 647.

366 Z. B. Rudolf Höber, Georg Stertz, Albin Hentze, Kurt Kolle.

367 Bussche, Hendrik van den: Machtverhältnisse und Politik in der Fakultät, in: Ders. (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an

in etwa dem selben Zeitraum unter Keeser und Mühlens das Entscheidungsgremium der Fakultät als kollegial arbeitendes Beschlussorgan de facto entgegen der anderslautenden Rechtslage bestehen. Nach Löhrs Tod wurde unter den Dekanen Fischer und Philipp die Entscheidungsfindung innerhalb der Fakultät wieder kollegialer. Bürger-Prinz wollte ab 1941 in Hamburg das Führerprinzip durchsetzen, scheiterte jedoch letztlich 1945 daran, dass die Medizinische Fakultät ihn aufgrund einer hier nicht näher darzustellenden Eigenmächtigkeit für nicht mehr tragbar hielt. Er wurde von seinem mittlerweile als Rektor fungierenden Vorgänger Keeser als Dekan entlassen. Hanns Löhrs Macht war als Dekan bezogen auf die Fakultätsaufgaben lediglich durch Kurator und Reichserziehungsministerium eingeschränkt, eine Absetzung seiner Person wäre schlichtweg undenkbar gewesen. Obwohl viele Hamburger Fakultätsmitglieder in der NSDAP waren, blieben in Hamburg die fakultären Gepflogenheiten, akademischen Freiheiten und professoraler Individualismus weitgehend erhalten.<sup>368</sup> Besser als am Beispiel dieser beiden benachbarten norddeutschen Medizinischen Fakultäten lässt es sich kaum zeigen, dass der Stil des Miteinanders innerhalb der Fakultäten nicht so sehr vom System, sondern auch in den Jahren 1933 bis 1945 von hanseatischen respektive preußischen Traditionen und mehr noch den handelnden Personen abhing.

Die Vergleiche mit weiteren medizinischen Fakultäten ließen sich fortsetzen. Jede Fakultät hatte natürlich auch im »Dritten Reich« ihre Besonderheiten, die sich aus Tradition, Konfession der Lehrstuhlinhaber, Hinwendung zur NSDAP u. a. m. ergaben, kaum eine jedoch verfügte über einen Hanns Löhr, der das Führerprinzip so radikal umgesetzte dass Entscheidungen von Bedeutung in der Fakultät nur durch ihn und mit ihm möglich waren. Die Routinearbeiten überließ er jedoch gerne seinen Vertretern.

#### 5.4.2 Die Dominanz Hanns Löhrs – Das Gespann Löhr/Ritterbusch

Die Medizinische Fakultät war während des »Dritten Reiches« zu jeder Zeit die größte Fakultät der Kieler Universität. Der Anteil der Medizinstudenten lag bei immer wenig unter (1933) bis etwas über der Hälfte (1939) der von 1933 bis 1939 auf ungefähr ein Viertel stark schrumpfenden Studentenzahlen der gesamten Universität. Im Krieg war die Gesamtstudentenzahl zwar noch sehr viel niedriger, der Anteil der Medizinstudenten aber lag proportional bei rund zwei Drittel bis drei Viertel der Gesamtzahl der Studenten. Im Gegensatz zu den Verhältnissen vor 1933 spiegelte sich in den Jahren des

der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989, S. 158–164, hier S. 158 f.

368 Ebd., S. 160 f.

»Dritten Reiches« zunehmend die zahlenmäßige Dominanz der Medizinstudenten auch in den Ämtern der Universität wider. Rektoren waren zwar zwischen 1933 und 1945 mit Lothar Wolf, Georg Dahm, Paul Ritterbusch und Andreas Predöhl überwiegend Nichtmediziner, lediglich Löhr bekleidete 1941 das Amt für sechs und Holzlöhner 1945 für zwei Monate. Die Vertreter der Rektoren wurden jedoch mit Schröder, Löhr, Vonkennel, Freerksen und Holzlöhner häufig von Medizinern gestellt, nur Wolfgang Freiherr von Buddenbrock-Hettersdorf war 1933/34 für zwei, Predöhl 1935/36 ebenfalls für zwei und Dahm 1937 bis 1939 für drei Semester Prorektor. Leiter der zunehmend einflussloser werdenden Studentenschaft waren nie Medizinstudenten. Leiter der Dozentenschaft mit drei Ausnahmen waren für einen Zeitraum von ein bis zwei Semestern (Wilhelm Nicolaisen, Paul Ritterbusch und Johannes Leonhardt) immer Mediziner. Sie waren seit es einen Gaudozentenführer gab, ständig einem Mediziner (Löhr, Freerksen) nachgeordnet. Auch im »gleichgeschalteten« Senat war z. B. Ende 1934 die Zahl der Mediziner erheblich: Von zehn Sitzen waren fünf mit Medizinern (Schröder, Löhr, Holzlöhner, Staemmler und Küntscher) besetzt.<sup>369</sup> Der Rückzug Wolfs aus dem Rektorat mag viele Gründe gehabt haben. Auf jeden Fall spielten die fünf Mediziner im Senat und die »Nebenregierung der Dozentenschaft« eine wichtige Rolle.<sup>370</sup> Wolf war erfolgreich im Umgang mit der allerdings immer ruhiger agierenden Studentenschaft, weniger erfolgreich jedoch im Streit mit dem Dozentenführer und Mediziner Holzlöhner, der sicher die Unterstützung Löhrs hatte.<sup>371</sup> Am 9. Januar 1935 wurde Wolf vom Minister auf eigenen Wunsch seines Amtes entbunden, Prorektor Dahm wurde zunächst mit der kommissarischen, ab 1. April mit der endgültigen Führung des Rektorates beauftragt.<sup>372</sup> Die Dekane blieben im Amt.

Es spricht einiges dafür, dass Dahm und Löhr sich nicht besonders gut verstanden, obwohl (oder gerade weil) die vorliegenden Schriftstücke nahezu überschwängliche Verbundenheit ausdrücken.<sup>373</sup> Die starke Position Löhrs schränkte die Möglichkeiten Dahms ein, als Rektor so zu arbeiten, wie er es sich wünschte. Entscheidend war die Verteilung von tatsächlichem Einfluss und Macht. Hier ist wieder die besondere, in

369 LASH Abt. 47, Nr. 1549, p. 45 ff. Löhr war anstelle von Benninghoff in den Senat berufen worden. Als Löhr Dozentenbundsführer wurde, kam Staemmler hinzu.

370 LASH Abt. 47, Nr. 1552, p. 64, Telefonnotiz Wolf mit dem Wissenschaftsministerium v. 28.11.1934.

371 Ebd., p. 70, Schrb. Prorektor Dahm an den gesamten Lehrkörper v. 1.1.1935.

372 LASH Abt. 47, Nr. 1553, p. 3, Schrb. REM an Rektor Wolf v. 27.12.1934; p. 73, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Senats v. 11.1.1935.

373 LASH Abt. 47, Nr. 1558, p. 71, Schrb. Dahm an Löhr vom 22.2.1936.

den deutschen Medizinischen Fakultäten wohl einmalige Stellung Löhrs hervorzuheben, die ihm Machtoptionen eröffnete, wie sie bei einem in der Universität tätigen normalen Medizinprofessor kaum vorstellbar waren. Er hatte wie kein anderer Verbindungen als Vertrauensmann der Hochschulkommission im »Braunen Haus« in München, als Gaudozentenführer zum Reichsdozentenführer, als SS-Oberführer und SD-Mitglied zu SS und SD auf Reichs- und Regionalebene, als NSDAP-Funktionär zum Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich Lohse und, wenn auch nicht eng, zum Minister Bernhard Rust sowie als Kieler Stadtrat zur Stadt Kiel. Er war Präsident der Akademie des NSDDB und Mitherausgeber der neu aufgelegten Kieler Blätter, alles in enger kameradschaftlicher Verbundenheit mit seinem Parteigenossen, Freund und Rektor Paul Ritterbusch. Diese Fülle von Einfluss machte Löhr für alle, die ihm entgentreten wollten, unkalkulierbar und gefährlich, aber zum richtigen Zusammenhang auch nützlich. Innerhalb der Medizinischen Fakultät war Opposition, falls sie überhaupt angestrebt wurde, nur in engen Grenzen möglich, die sich auf den fachlichen Alltag bezogen. Innerhalb der Universität war dies nicht viel anders. Deswegen findet sich aus der Kieler Universität nichts über interne Widerstände gegen Löhr, die latent aufgrund seiner Persönlichkeit und Art der Amtsausübung mit Sicherheit vorhanden waren. Man arrangierte sich mit ihm und nutzte sicher auch seinen Einfluss. Der Streit mit dem Kurator Max Sitzler über die mit ihm nicht abgestimmte Verwendung des Direktorenhauses der Frauenklinik nach der Berufung Schröders nach Leipzig und der Streit mit dem Reichserziehungsministerium in der Angelegenheit Geiger sind Beispiele für das aggressive Verhalten Löhrs, wenn er sich übergangen fühlte. Es ist möglicherweise zu spekulativ, eine Verbindung zwischen den Streitereien mit Löhr und der Entlassung des Kurators Sitzler letztlich auf Veranlassung Hinrich Lohses herzustellen, auch bei dem Leiter der Hochschulabteilung des Reichserziehungsministerium Franz Bachér dürfte seine Entlassung im April 1937 aus dem Ministerium gewichtigere Gründe gehabt haben. Aber Mosaiksteinchen könnten die Zwistigkeiten mit Löhr schon gewesen sein. Im Falle Sitzler war es wahrscheinlich sogar mehr, denn der Anlass für seine Entlassung, die Unterlassung der Sicherung des Nydam-Bootes gegen Bombenangriffe, wog zwar schwer, scheint ohne weiter gehende Gründe jedoch nicht überzeugend. Fehler dieser Art dürfte es in den Jahren 1941 bis 1945 in Kiel bei der großen Zahl der Bombenangriffe häufig gegeben haben. Löhrs Duzfreund Lohse wird, so könnte man sich vorstellen, nur auf eine Gelegenheit gewartet haben, den korrekten, aber parteipolitisch völlig unauffälligen Kurator aus seinem Amt entfernen und durch einen willigen Gefolgsmann ersetzen zu lassen. A. W. Fischer konnte, wie oben gezeigt wurde, nur durch Löhrs Verbindungen zur Kieler SS aus einer gefährlichen Situation befreit werden. Die Verhinderung der Schließung der Kieler Universität im Jahre 1941

mag sicher nicht allein durch Löhrs Einsatz möglich geworden sein, seine Aktivitäten könnten jedoch dafür den Ausschlag gegeben haben. Dieser Vorgang wird später noch dargestellt.

Nachdem er in Kiel die für sich erforderliche Machtbasis geschaffen hatte, war Hanns Lühr der Motor für zahlreiche Aktivitäten der Universität, wobei die Medizinische Fakultät nicht immer eine herausragende Rolle spielen musste, jedoch einen zuverlässigen Rückhalt bot. Die Durchführung der Universitätswoche im Juni 1937, kurz nach der Amtsübernahme Paul Ritterbuschs, der zum 1. April 1937 Rektor geworden war, bildete die Grundlage für das Programm der nächsten vier Jahre. Die Gründung der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB Anfang 1938 war ein großer Erfolg ganz besonders für Lühr. Ihm gelang es, den Reichsdozentenführer Prof. Dr. Walter Schultze für ein Referat zu gewinnen, und sowohl Heinrich Himmler wie auch Heinrich Lohse zur Teilnahme zu bewegen. Die Neubegründung der Kieler Blätter 1938, die »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« 1939/40 und zum Abschluss vor dem abrupten Ende seiner Karriere die 275-Jahr-Feier der Universität mit einer Festrede des Reichserziehungsministers Rust waren weitere Höhepunkte nationalsozialistischer Universitätspräsenz, die auf Bemühungen Löhrs zurückzuführen sind. Der Wechsel Ritterbuschs nach Berlin im Frühjahr 1941, der Tod Löhrs im Herbst desselben Jahres und die zunehmenden Schäden durch Bombenangriffe sowie die sich ab Ende 1942 abzeichnenden Folgen eines immer aussichtsloser werdenden Krieges ließen andere Themen für Universität und Medizinische Fakultät wichtiger werden. Lühr und Ritterbusch ergänzten sich in ihren Fähigkeiten hervorragend und waren gemeinsam der Grund für eine zeitweise herausgehobene Stellung der Kieler Universität in der Universitätslandschaft des »Dritten Reiches«. Lühr war der aggressive, oft unbedachte Draufgänger mit Organisationstalent, Ritterbusch das »Hirn«, der die geisteswissenschaftlichen Konzepte entwickelte und eines Löhrs zu ihrer Durchsetzung bedurfte. Den Anstoß für Aktivitäten, soweit sie nicht die Geisteswissenschaften im engeren Sinne betrafen, dürfte in der Regel Lühr gegeben haben. Ein Problem, das beide Hochschulführer eng verband, war die Sorge um die Haltung weiter Kreise der NSDAP bis in die Spitzen hinein zur Bedeutung der Hochschulwissenschaft für ein nationalsozialistisches Deutschland.

Die Universitätswoche 1937, die vom 14. bis 19. Juni stattfand, war jedoch möglicherweise nicht so sehr auf Lühr und die Mediziner zurückzuführen. Aber dieser Eindruck könnte, zumindest was Lühr betrifft, täuschen. Der Bericht 1938 im ersten Heft der unter nationalsozialistischen Vorzeichen wieder aufgelegten Kieler Blätter wurde von Dahm verfasst, der ansonsten von dem Gemeinschaftsvorhaben des Rektors und des Gaudozentenbundsführers ausgeschlossen blieb, sicher ein Anlass, die

Rolle des übermächtigen Löhrs in der Berichterstattung klein zu halten. So können wir lesen, dass Ritterbusch der Initiator war, der gemeinsam mit anderen Dozenten, namentlich den Professoren Johannes Leonhardt und Herbert Jankuhn die Woche der Universität vorbereitet hatte.<sup>374</sup> Gegen eine geringe Rolle Löhrs bei der Initiative dürfte sprechen, dass die Reden und Vorträge zur Woche der Universität von Ritterbusch und Löhr noch 1937 gemeinsam als Berichtsband herausgegeben wurden.<sup>375</sup> Die Universitätswoche sollte, so Dahm in seinem Beitrag in den Kieler Blättern, unter dem Leitwort »Die Universität Kiel und Schleswig Holstein« stattfinden.<sup>376</sup> Sie war angelegt als eine Art Public-Relations-Aktion, mit der die Bevölkerung, entgegen der durch die Nationalsozialisten verbreiteten Geringschätzung universitärer Wissenschaft vom Wert der Hochschulen, insbesondere auch der Christian-Albrechts-Universität, überzeugt werden sollten. Es ging darum, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass die von den Nationalsozialisten verbreitete Auffassung einer weltfremden und orientierungslosen Wissenschaft zumindest in der Kieler Universität keine Berechtigung hatte. Bezug wurde besonders auf den »Einsatz Kieler Professoren und Studenten im Kampf Schleswig-Holsteins um sein Deutschtum während des 19. Jahrhunderts« genommen, der neben dem »schöpferischen Verhältnis [der Universität, d. Verf.] zur Schleswig-Holsteinischen Landschaft und den Menschen unseres Stammes« die stark nationalsozialistisch geprägten Ziele der Universitätswoche, in denen sich die Blut- und Boden-Ideologie aber auch die Aufgaben der Grenzlanduniversität wiederfinden, aufnahm. Durch Vorlesungen und in den Instituten wurden für »de[n] außerhalb der Universität und der wissenschaftlichen Arbeit stehenden Volksgenossen [ ] die tägliche und mühsame Arbeit der Wissenschaft vorgeführt [ ].«<sup>377</sup> Es besteht kein Zweifel: Mit der Universitätswoche 1937 begaben sich der nationalsozialistische Idealist Ritterbusch und der nationalsozialistische Draufgänger Löhr auf einen Weg, der für die nationalsozialistische Gesellschaft eine neue Bewertung einer aus Partei-Sicht »richtig« betriebenen Wissenschaft im nationalsozialistischen Staat ermöglichen sollte. Die Universitätswoche fand im Herbst 1939 mit den »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« und 1941 in der bereits erwähnten 275-Jahr-Feier der Christian-Albrechts-Universität jeweils eine Fortsetzung. Diese Veranstaltungen, die in Kiel als erster Universität im

374 Dahm, Georg: Die Woche der Universität Kiel, in: Kieler Blätter (1938), S. 74–76, hier 74f.

375 Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns (Hg.): Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni 1937), Neumünster 1937.

376 Dahm, S. 74f.

377 Ebd.

Reich durchgeführt wurden,<sup>378</sup> dienten erneut dem Ziel, die Bedeutung der Universität für die »Volksgenossen« durch Einblicke in die tägliche Arbeit transparenter zu machen und von der »Unbestechlichkeit und unbedingten Verantwortungsfreudigkeit der deutschen Wissenschaftler zu überzeugen«, so der Bericht von Hans-Helmut Dietze in den Kieler Blättern Anfang 1941.<sup>379</sup> Nach der 275-Jahr-Feier als Höhepunkt, der Versetzung Ritterbuschs nach Berlin und Löhrs Tod fand die Universitätswoche 1943 noch ein letztes Mal statt, bevor die Entwicklung des Krieges und die zunehmende Zerstörung der Universität ihr ein Ende setzte.

#### 5.4.3 Ringen um Anerkennung der Wissenschaft im nationalsozialistischen Staat

Der vom »Alten Kämpfer« und bayrischen Kultusminister Hans Schemm vor Professoren 1934 getätigte Ausspruch: »Von jetzt ab kommt es für Sie nicht mehr darauf an, festzustellen, ob es wahr ist, sondern ob es im Sinne der nationalsozialistischen Revolution ist« fasst die Forderungen der Nationalsozialisten an die Wissenschaftler in pointierter Form zusammen. An die Stelle von Objektivität und Wertefreiheit sollte Parteilichkeit für den Nationalsozialismus treten.<sup>380</sup> Hans Maier weist in einer Arbeit zur nationalsozialistischen Hochschulpolitik darauf hin, dass die Stichworte »Universität« und »Hochschule« weder in Hitlers »Mein Kampf« noch in Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« im Register vorkommen. Er stellt zu Recht die Frage: »Was sollten [...] die Universitäten und Hochschulen [...] mit einer Bewegung anfangen, die in blindem Pragmatismus und radikalem Tötertum den Primat des Geistigen verneinte und damit die traditionelle Gestalt der Universität von vornherein in Frage stellte?«<sup>381</sup> Die komplexen Vorgänge bei dem Versuch, eine andersartige, nationalsozialistische Hochschulpolitik zu gestalten, können hier nicht dargestellt werden. Nur so viel: Der Versuch der bereits angesprochenen Hochschultagung der NSDAP im Januar 1934 im »Braunen Haus« in München, u. a. die Universitäten durch die Bildung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zum 1. Mai 1934 stärker nationalsozialistischen Ideen zu unterwerfen, scheiterte nicht nur an der Dürf-

378 Löh, Hanns: Zum Beginn der Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk. Rede gehalten am 26.11.1939 zur Eröffnung der »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in: Kieler Blätter (1940), S. 16–19, hier S. 16.

379 Dietze, Hans-Helmut: Von der 275-Jahr-Feier der Universität Kiel, in: Kieler Blätter (1941), S. 62–64, hier S. 64.

380 Ebd.

381 Maier, Nationalsozialistische Hochschulpolitik, S. 74.

tigkeit der nationalsozialistischen Ideologie, sondern auch an den für das Regime so typischen internen Reibereien.<sup>382</sup> Um hier für die Reichsebene dem Ergebnis schon einmal vorzugreifen: Begünstigt durch das allgemein nachlassende Interesse der NSDAP an den Universitäten ab 1938 sowie die Notwendigkeiten des Krieges gewannen die Hochschulen im Ergebnis wieder ein Großteil ihrer inneren Autonomie zurück.<sup>383</sup>

Bernhard Rust formulierte bereits zum 550-jährigen Jubiläum der Heidelberger Universität 1936 die Ziele der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik: Zunächst beschreibt er die Auffassung der politischen Gegner, die »die herrschende Ideologie einer wertfreien und voraussetzungslosen Wissenschaft« als willkommenen Schutz für »die Fortführung ihrer Pläne« ansähen.<sup>384</sup> Als »wirklichen Sachverhalt« stellt er dann fest: »Den Nationalsozialismus trifft der Vorwurf der Wissenschaftsfeindlichkeit dann mit Recht, wenn Voraussetzungslosigkeit und Wertfreiheit tatsächliche Wesensmerkmale der Wissenschaft sind. Wir bestreiten das. Der Nationalsozialismus hat erkannt, dass Wissenschaft ohne Voraussetzungen und ohne wertmäßige Grundlagen überhaupt nicht möglich ist.«<sup>385</sup> Damit wird der Kern der nationalsozialistischen Wissenschaftsziele deutlich: Natürlich haben Wissenschaftler zu keiner Zeit voraussetzungslos und wertfrei Wissenschaft betrieben, auch wenn dies bei dem in Reden oft üblichem wenig differenzierendem Sprachgebrauch in vielen Bekenntnissen leidenschaftlich argumentierender Professoren im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu finden ist. Voraussetzungen und Werte des Wissenschaftlers Humboldtscher Prägung sind das Bekenntnis zur Freiheit von Forschung und Lehre und die Verpflichtung gegenüber der Wahrheit und Humanität. Diese seit Anfang des 19. Jahrhunderts in deutschen Universitäten zunehmend selbstverständlich werdenden Voraussetzungen wurden jedoch von den Nationalsozialisten nicht anerkannt, da sie ihren ideologischen Voraussetzungen nicht entsprachen. Die eigenen Wissenschaftsvoraussetzungen wurden zu den einzig möglichen erklärt. Rust fordert in seiner Rede für die nationalsozialistische als

382 Vgl. Seier, Hellmut: Nationalsozialistisches Wissenschaftsverständnis und Hochschulpolitik, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 5–21, hier S. 11, 19f.

383 Vgl. Maier, S. 87 ff.; vgl. Seier, Wissenschaftsverständnis, S. 19.

384 Rust, Bernhard: Nationalismus und Wissenschaft. Rede des Reichsministers Rust beim Festakt in Heidelberg, in: Frank, Walter (Hg.): Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden von Reichsminister Rust und Prof. Ernst Krieck, Hamburg 1936, S. 9–22, hier S. 13f.

385 Ebd., S. 14, Zitat gesperrt gedruckt, hier in Normalschrift wieder gegeben; vgl. Seier, S. 12.

die einzig richtige Wissenschaft die »Volksgebundenheit der Wissenschaft« mit ihrer Verwurzelung in der »Gemeinschaft des Blutes«. Der durch »Blut und Geschichte gebundene Mensch« müsse zum Subjekt der Erkenntnis gemacht werden, damit werde aus nationalsozialistischer Sicht die wahre Objektivität erreicht.<sup>386</sup> Rust stellt abschließend fest: »Die neue Wissenschaft unterscheidet sich zutiefst von einem Erkenntnisbegriff, der seine Würde in der Zeitlosigkeit seines Wahrheitsstrebens erblickte. Die wahre Autonomie und Freiheit der Wissenschaft liegt darin, geistiges Organ der im Volke lebenden Kräfte und unseres geschichtlichen Schicksals zu sein und sie im Gehorsam gegenüber dem Gesetz der Wahrheit darzustellen.«<sup>387</sup> Eindeutig verwendet er teilweise wenig sinnhafte, aus der nationalsozialistischen Terminologie entlehnte Begriffe und Phrasen, die kaum geeignet sind, den Weg zur Umsetzung derartiger »Vorstellungen« in der praktischen Wissenschaft aufzuzeigen. Ein ebenfalls während des Heidelberger Jubiläums von dem Heidelberger Hochschulprofessor und neben Alfred Baeumler führendem nationalsozialistischen Hochschultheoretiker Ernst Kriek gehaltenen Vortrag stellt die von den traditionellen Wissenschaftlern geforderte Objektivität der Wissenschaft in Frage.<sup>388</sup> Er setzt sie in Beziehung zur Sprache, dem rassistischen Charakter und »andere[n] Naturbedingungen, unter denen ein Volk seinen Weg geht und seinen Sinn erfüllt« und verneint – auch aus heutiger Sicht eingängig – der »Objektivität« den »Absolutheitsanspruch wissenschaftlicher Erkenntnis«.<sup>389</sup> »Wissenschaft bedarf einer neuen Rechtfertigung und Sinngebung«, so schließt er, und dann wird auch bei ihm die ansonsten recht klare Gedankenführung nebulös: »Wir wissen uns auch in der Wissenschaft auf einem Weg zu neuen Zielen, der uns von Charakter, Schicksal und Geschichte vorgeschrieben ist, auf einem Weg, auf dem voranzugehen wir berufen sind [...]«<sup>390</sup> Handlungsanweisungen für eine praktisch durchführbare nationalsozialistische Wissenschaft an der Universität sind weder aus Rusts noch Krieks Ausführungen abzuleiten. Insofern bestand eine erhebliche Unsicherheit für dem Regime ergebene Wissenschaftler wie Ritterbusch und Löhr bei der Suche nach einer Wissenschaft, die

386 Vgl. Möller, S. 67.

387 Rust, S. 22. [Der zweite Satz des Zitats ist gesperrt gedruckt, hier jedoch in Normalschrift wieder gegeben].

388 Kriek, Ernst: Die Objektivität der Wissenschaft, in: Frank, Walter (Hg.): Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden von Reichsminister Rust und Prof. Ernst Kriek, Hamburg 1936, S. 23–35.

389 Ebd., S. 28 f.

390 Ebd., S. 35.

mit den nationalsozialistischen Zielen übereinstimmte und trotzdem in Forschung und Lehre an der Universität umsetzbar war.

Die Haltung der Nationalsozialisten zur Wissenschaft an den Universitäten im »Dritten Reich« beschäftigte Löhr schon früh. Ritterbusch beschreibt das Verhältnis Löhrs zum Wissenschaftsverständnis mancher Nationalsozialisten, hier besonders aus den Reihen der »Alten Kämpfer«, in seiner Totenrede am Sarg Löhrs: »Mir wird die Aufgabe, das Bild des Menschen durch das Bild des Wissenschaftlers, des deutschen Professors, des Kämpfers für die deutsche Wissenschaft und Universität zu ergänzen. Hier hat in den letzten Jahren sein tiefstes Streben gelegen. Mit immer stärkerer Überzeugung und mit leidenschaftlichem Glauben hat er sich immer mehr zur Wissenschaft bekannt, hat er sich als deutscher Professor gefühlt, und das gerade als alter Kämpfer Adolf Hitlers. Nichts hat ihm mehr weh getan, als wenn er in den Kreisen alter Kämpfer Unverstand und herabwürdigende Auffassung vom Wesen der Wissenschaft und des Gelehrten fand.«<sup>391</sup> Anders formuliert: Löhr litt unter der Missachtung der Wissenschaft durch die »Alten Kämpfer«, denen er sich zugehörig fühlte und hatte sich das Ziel gesetzt, zwischen universitärer Wissenschaft und Nationalsozialismus zu vermitteln.

Bereits in seiner Kieler Antrittsvorlesung am 23. November 1934 befasste sich Hanns Löhr mit dem Thema »Die Stellung und Bedeutung der Heilkunde im nationalsozialistischen Staate« und führte hierzu als Nationalsozialist, nicht als Vertreter der Hochschule, als der er ja eigentlich sprechen sollte, aus: »Wir wenden uns keineswegs gegen die Wissenschaft, sondern verlangen vielmehr vom kommenden Arzt ein hohes Maß wissenschaftlichen Denkens, das aber nur in einer Verlebendigung des Unterrichts durch eine wesentlich stärkere Beziehung zur menschlichen Biologie zu erreichen ist, als dieses bisher vielfach durch Vermittlung rein abstrakten und toten Lehrstoffs geschieht.«<sup>392</sup> Damit hatte Löhr den Kern der Problematik noch nicht erkannt oder wollte ihn nicht ansprechen. Die von Reichsärztführer Gerhard Wagner geförderte »Neue deutsche Heilkunde« bedrohte die Stellung der Hochschulmedizin. Eine direkte Opposition verbot sich, wie das tragische Schicksal des Münsteraner Hochschulprofessors Paul Krause, an dem Löhr nicht ganz unbeteiligt war, erst ein halbes Jahr vor der Löhrschen Antrittsvorlesung gezeigt hatte. Viel wichtiger war jedoch dass es nicht so sehr um die methodische Frage der Vermittlung von Theorie und Praxis in der Arztausbildung ging, sondern um einen Paradigmenwechsel in der

391 Ritterbusch, S. 134.

392 Büttner/Bruhn, S. 62.

Hochschulwissenschaft, wie er auch in der Rede Rusts deutlich wird. Für Löhr diene die Wissenschaft dem Nationalsozialismus, die Vorgaben für die Medizin kamen nach seinem Verständnis von Gerhard Wagner aus München. So mussten seine Ausführungen die von ihm vermutlich abgelehnte »Neue deutsche Heilkunde«, ohne sie direkt zu benennen, behutsam in das Konzept einer Hochschulwissenschaft integrieren: »Wir bekennen uns zu einem erneuten Zusammenschluss aller Wissensgebiete unter eine führende Idee, unter die schöpferische Einheit, die sich auf die letzten Daseinsäußerungen unseres Lebens, auf Blut und Rasse gründet. [...] Die deutsche Wissenschaft wird nur dann gefördert werden können, wenn a l l e Stellen in Staat und Partei, die mit der Betreuung der Wissenschaft oder Verwaltung deren Stätten zu tun haben, nicht nur äußerlich nebeneinander, sondern innerlich zusammenarbeiten. [...] Von Kiel aus wurde es eindeutig und klar ausgesprochen, dass die Universität nicht das Erzeugnis des Liberalismus oder einer art- und rassefremden Weltanschauung darstellt. Sie ist vielmehr eine der eigentümlichsten und tiefsten Schöpfungen des germanisch-deutschen Geistes und lässt sich aus dem Leben unseres Volkes ohne unermesslichen Schaden für unsere Nation nicht mehr herausdenken oder beseitigen.«<sup>393</sup>

Ritterbusch äußerte sich zu seinem Verhältnis zu Löhr und ihrer beider Programmatik in den Jahren 1935/36 in seiner Festrede zum 275-jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel im Jahre 1940 mit folgenden Worten: »1935 bis 1936 begann sich in unserer Universität aus dem Gärungsprozess der ersten Jahre allmählich eine neue feste Form des Universitätslebens zu entwickeln. Bedingung dafür ist gewesen, dass sich unter Führung bewährter Nationalsozialisten eine Gemeinschaft Kieler Dozenten zusammenfand, die den festen Willen hatte, eine neue positive Entwicklung und Ordnung unserer Universität aufzubauen. Diese Gemeinschaft Kieler Dozenten, die sich bereits unter dem Rektorat von Georg Dahm unter der Führung der Dozentenbundsführer Hanns Löhr und Paul Ritterbusch bildete, ging zunächst von der einfachen Einsicht aus, dass alle sich nur negativ auswirkende Gegensätzlichkeit innerhalb des Universitätslebens einer positiven Zusammenarbeit weichen müsste, die von den selbstverständlichen und gesunden Grundsätzen des Gemeinschaftslebens getragen sein müsste.«<sup>394</sup> Unverkennbar ist dieser Passage seiner Rede die wichtige Rolle Löhrs

393 Löhr, Hanns: Über den Wert und die Leistung der Kieler nationalsozialistischen wissenschaftlichen Akademie des NSD.-Dozentenbundes. Rückblick und Ausblick, in: Kieler Blätter (1939), S. 272–275, hier S. 273.

394 Ritterbusch, Paul: Die Entwicklung der Universität Kiel seit 1933, in: Ders./Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hoffmann, Gottfried Ernst (Hg.): Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Leipzig 1940, S. 447–466, hier S. 453 f.

zu entnehmen. Löhr war der Motor, Ritterbusch war der Kopf und wurde mitgerissen, Dahm war am Anfang des beschriebenen Geschehens Rektor, aber im engeren Sinne nicht beteiligt. Eindeutig ist auch die Zielsetzung einer Gemeinschaft der Hochschul-lehrer, die von »gesunden Grundsätzen des Gemeinschaftslebens« ohne sich negativ auswirkende Gegensätzlichkeit getragen sein soll.

Äußerlich erkennbar wurde die für vier Jahre das Geschehen an der Kieler Univer-sität bestimmende Veränderung im Juli 1937, drei Monate nach dem Wechsel Ritter-buschs aus dem Amt des Dozentenführers an die Universitätsspitze. Die bereits darge-stellte Eröffnung der Universitätswoche stand ganz im Zeichen des neuen Führungs-duos. Ritterbusch stimmt ein: auf die geschichtliche Vergangenheit als »Vorkämpferin deutschen Volkstums, deutschen nationalen Wesens und des deutschen Gedankens in diesem völkisch immer umkämpften Land«, hebt die Notwendigkeit hervor, »in Lehre und Forschung die Totalität eines uns artgemäßen völkischen Lebens [zu] denken« und beschreibt die Bedeutung der Wissenschaft für »eine unserer Wirklichkeit und den letzten Bedingungen unserer völkischen Eigenart entsprechenden Erkenntnislehre und Philosophie, die vor allem unserer Art entsprechendem sittlichen Bewusstsein Gestalt und Norm zu geben hätte.«<sup>395</sup> Damit formuliert er sein Ziel für die Arbeit der nächsten Jahre – eine der »Volksgemeinschaft« dienende nationalsozialistische Wissenschaft in einer nationalsozialistischen Universität. Zur Erreichung dieses Zieles konnte jedoch die Universitätswoche nur der Anfang sein. Da traf es sich gut, dass Ritterbusch mit Löhr einen ideologisch gefestigten Nationalsozialisten an seiner Seite wusste, der dieses Ziel nicht nur mit ihm teilte, sondern darüber hinaus, anders als er, die notwendigen organisatorischen Fähigkeiten besaß und zahlreiche Verbindungen zu Partei und Politik hatte. So ist es nur folgerichtig, dass gleich nach ihm als Redner Hanns Löhr folgte, der in seiner Funktion als Gaudozentenbundsführer feierlich die Wissenschaftliche Akademie des NSDDB Kiel gründete, die neben den Universitätstagen 1937, den Kriegsvor-lesungen 1939 und der 275-Jahr-Feier 1940 und den von 1938 bis 1943 neu aufgelegten Kieler Blättern ein wichtiges Werkzeug zur Verwirklichung der Ritterbuschschen und Löhrschen Vorstellungen war.<sup>396</sup> Die Akademie sollte den Ansprüchen und Forderun-

395 Ritterbusch, Paul: Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein, in: Ders./Löhr, Hanns (Hg.): Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni 1937), Neumünster 1937, S. 1–4.

396 Löhr, Hanns: Feierliche Begründung der Wissenschaftlichen Akademie der Dozenten der Christian-Albrechts-Universität durch den Gaudozentenbundsführer SS-Oberführer Pro-fessor Dr. Hanns Löhr, in: Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns (Hg.): Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni

gen einer »völkisch erneuerten Wissenschaft und Universität« dienen<sup>397</sup> und hatte als Vorbild die von Ernst Kriek in Heidelberg begründete »Dozentenakademie«, die dort allerdings nie über das Stadium einer Arbeitsgemeinschaft hinaus kam.<sup>398</sup> Außer in Kiel war es auch in Göttingen und Tübingen zu Akademiegründungen des NSDDB gekommen, an anderen Universitäten gab es lediglich Arbeitsgemeinschaften, ohne dass eine feste organisatorische Form angestrebt wurde.<sup>399</sup> Hier hatten sich die Kieler nach den Vorgaben des Heidelbergers Kriek an die Spitze einer Bewegung gesetzt, die nicht ohne Widerspruch bleiben sollte. Das Reichserziehungsministerium jedenfalls formulierte zunächst das Ziel vorsichtiger und noch nebulöser als »Neuformung von Hochschule und Wissenschaft im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung«, sah die Aufgabe der neuen Akademien zunächst nur als Versuch an, mit dem erreicht werden soll, »die Fakultäten wieder zusammenzuführen und eine gemeinsame geistige Grundlage für die Hochschulgemeinschaft in allen ihren Gliederungen zu erringen« und forderte vom Rektor der Universität einen ausführlichen Bericht über die Gründung der Akademie, ihre Ziele und ihre Arbeitsberichte an.<sup>400</sup> Ritterbusch konkretisierte daraufhin gegenüber dem REM die Ziele der Akademie wie folgt: »1. Einheit von Wissenschaft und Weltanschauung. 2. Die Erneuerung der Universität als einer wirklichen Einheit und Ganzheit der Wissenschaften und als eine Gemeinschaft wissenschaftlicher Arbeit ihrer Dozenten. 3. Die besondere Ausrichtung der Wissenschaft auf die durch die nationalsozialistische Weltanschauung und Bewegung hervorgetretenen Grundfragen unseres Lebens (Rasse, Volkstum usw.). 4. Eine besondere Ausrichtung der Wissenschaftlichen Arbeit unserer Universität auf ihre landschaftlichen Aufgaben, z. B. Heimat- und Volkstumsforschung in Schleswig-Holstein, wissenschaftliche Unterstützung des völkischen Abwehrkampfes gegen Dänemark, überhaupt wissenschaftliche Arbeit an den entscheidenden Fragen unserer Nordmark. 5. Geistige Führung und Ausrichtung des wissenschaftlichen Nachwuchses.«<sup>401</sup>

1937), Neumünster 1937, S. 5–8. Von Löhr kam noch neben anderen von Scheel, Huber und Fricke gehaltenen Vorträgen ein weiterer öffentlicher Vortrag »Zur Geschichte der medizinischen Fakultät zu Kiel«, ein Referat, das er in Zukunft noch öfter halten sollte. Abgerundet wurde die Woche durch eine Ausstellung mit Bildern und Dokumenten zur Geschichte der Universität, öffentlichen Vorlesungen aus allen Wissensgebieten und der Besichtigung von Hörsälen, Instituten und Kliniken.

397 Ebd., S. 5.

398 LASH Abt. 47, Nr. 1191, p. 102, Schrb. Rektor an REM vom 21.9.1937.

399 Ebd., p. 101, Schrb. REM an Hochschulverwaltungen der Länder vom 27.8.1937.

400 Ebd.

401 LASH Abt. 47, Nr. 1191, p. 102–104, Schrb. Rektor an REM vom 21.9.1937.

Die Eröffnung der Akademie am 21. Januar 1938 erfolgte durch den Reichsdozentenführer Walter Schultze im Beisein des Reichsführers SS Heinrich Himmler und des Gauleiters Hinrich Lohse. Der erste Präsident der Akademie wurde Hanns Lühr. Er äußerte sich 1939 zur Hauptaufgabe der Akademie folgendermaßen: »Sie [die Akademie, d. Verf.] stellt tatsächlich [...] die höchste Spitze der Universität selbst dar, mit dem Ziel, die Einheit und Ganzheit des völkischen und wahrhaft politischen Willens zu erneuern.«<sup>402</sup> Peter Wulf fasst in seiner Untersuchung über die Kieler Wissenschaftliche Akademie die Problematik der Zielsetzung wie folgt zusammen: »Eine der großen Schwächen aber war, dass es [...] nicht gelang darzulegen, was denn eine »völkische Wissenschaft« ausmachen sollte. Was waren »völkische« Elemente in den einzelnen Wissenschaften, welche Methoden und welche Kategorien für ihre Aussagen sollten sie anwenden, daraus folgend: welche Vergleichsmaßstäbe wissenschaftlicher Leistung gab es und schließlich: welche Instanz in einem Führerstaat dieser Art entschied über wissenschaftliche Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit, über Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit solcher wissenschaftlichen Aussagen?«<sup>403</sup> Hinzu kam, dass Alfred Rosenberg, der führende Ideologe der NSDAP, eine mögliche Konkurrenz zu seiner »Hohen Schule« der NSDAP nicht hinnehmen wollte. Nachdem es ihm weder gelang, die Konkurrenz zu unterbinden, noch gelang, den NSDDB unter seine Kontrolle zu bringen, erreichte er 1941, dass die wissenschaftliche Arbeit des NSDDB durch den Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann verboten wurde.<sup>404</sup> Es kann hier nicht der Ort sein, die Arbeit der Kieler Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB im Einzelnen zu analysieren. Die in Vollversammlungen und Arbeitsgruppen der Akademie gehaltenen Referate sind in den Kieler Blättern der Jahre 1938 bis 1943 meist veröffentlicht worden. Die Beiträge der Mediziner unterschieden sich inhaltlich und in der Thematik kaum von den üblichen Veröffentlichungen von Medizinerinnen. Referenten der anderen Fakultäten befassten sich gelegentlich mit Schwerpunkten nationalsozialistischer Ideologie oder Propaganda. Alle ließen aber nicht die »Gemeinsamkeit völkischer Wissenschaft« erkennen, wahrscheinlich, weil es in Kiel ebenso wenig wie überall anders im

402 Lühr, Akademie, S. 272.

403 Wulf, Peter: Der Kampf um die »neue« Wissenschaft. Die Wissenschaftliche Akademie der NS-Dozentenbundes an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2004), H. 1, S. 5–25, hier S. 12.

404 Vgl. Kelly, Reece C.: Die gescheiterte nationalsozialistische Personalpolitik und die misslungene Entwicklung der nationalsozialistischen Hochschulen, in: Heinemann, Manfred (Hg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980, S. 61–76, hier S. 72–73.

Reich den Nationalsozialisten möglich war, den auf unterschiedlichen methodischen und inhaltlichen Vorgaben bestehenden Dualismus zwischen Naturwissenschaften/Medizin und Geisteswissenschaften/Rechts- und Staatswissenschaften auch mit ganzheitlicher Sicht und völkischem Denken zu überbrücken. Zusammenfassend ist festzustellen: Den Kieler Wissenschaftlern gelang es in ihrer Wissenschaftlichen Akademie trotz einer sicher nicht unbedeutenden Personalunion mit dem SD-Netz der Universität nicht, eine nationalsozialistische Wissenschaft zu erarbeiten. Hanns Löhr muss dies gemerkt haben und wollte sich diesem Ergebnis nicht beugen. Mit seinen beiden erfolgreich vermarkteten Büchern »Aberglauben und Medizin« und »Naturwissenschaft und Theologie« versuchte er, den Dualismus zwischen geisteswissenschaftlichem und naturwissenschaftlichem Denken zu überbrücken und beide Bereiche in Bezug zueinander zu bringen. Dies war ein ungewöhnliches Vorgehen für einen Medizinprofessor, der seine Wurzeln in der experimentellen und angewandten Physiologie des Menschen hatte und gewohnt war, seine Hypothesen in Laborversuchen zu verifizieren.<sup>405</sup> Dieser Versuch war letztlich zum Scheitern verurteilt. Seine Bücher hatten jedoch, wie bereits dargestellt, trotz schwieriger Kriegsbedingungen erstaunliche Auflagenhöhen zu verzeichnen.

#### 5.4.4 Verfahren zur Aberkennung von medizinischen Dokortiteln

Bis 1934/35 gab es in vielen Promotionsordnungen der preußischen Universitäten entweder überhaupt keine Bestimmungen über die Aberkennung des Doktorgrades oder eine Entziehung war nur möglich, wenn dem Inhaber des Titels durch ein rechtskräftiges Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden. Dies geschah nur selten.<sup>406</sup> Dieser Sachverhalt passte nicht in das Konzept des Regimes und veranlasste den Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung schon am 17. Juli 1934 zu einem Erlass, mit dem diese Lücke geschlossen werden sollte. Künftig sollte es auch möglich sein, dass bei mehrjährigen Gefängnisstrafen ohne Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wie auch strafrechtlich nicht relevantem »unwürdigem Verhalten«, wie z. B. deutschfeindlicher Betätigung im Ausland oder Teilnahme an Gräuelpromaganda, der Dokortitel zu entzogen werden konnte. Dazu »ersuchte« der Minister die Uni-

405 Löhr, Naturwissenschaft; Ders. Aberglauben.

406 Happ, Sabine: Politisch und nicht politisch motivierte Aberkennungen von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: Dies./Nonn, Ulrich (Hg.): Vielfalt der Geschichte. Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeit, Berlin 2004, S. 283–296, hier S. 285.

versitäten, in sämtlichen Promotionsordnungen unter Streichung der bisherigen Regelungen genau festgelegte Einzelbestimmungen aufzunehmen, die den Entzug der Doktorwürde bei Täuschung oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrigerweise als gegeben angenommen worden waren sowie bei einem Verhalten, mit dem sich der Inhaber eines Dokortitels des Tragens einer deutschen akademischen Würde als unwürdig erwies, regelten. Eine Entscheidung hierüber sollte ein aus dem Rektor und den Dekanen zusammengesetzter Ausschuss treffen. Als unwürdig sollten in jedem Falle auch diejenigen Personen angesehen werden, denen die Staatsbürgerschaft nach dem Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und der Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 aberkannt worden war.<sup>407</sup> Diesbezüglich sollte es besonderer Bestimmungen in den Promotionsordnungen nicht bedürfen.<sup>408</sup> Hiermit war ein weiterer Schritt zur regelhaft ablaufenden Demütigung und Herabsetzung der vor dem nationalsozialistischen Regime in Ausland geflüchteten Emigranten getan, allerdings scheute das Ministerium die Öffentlichkeit. Diese Regelung, die von der Medizinischen Fakultät noch im Dekanat Schröders in den Entwurf der Promotionsordnung übernommen wurde,<sup>409</sup> galt bis zum Inkrafttreten des inhaltlich gleichlautenden »Gesetzes über die Führung akademischer Grade« vom 7. Juni 1939, das den dargestellten Sachverhalt gesetzlich regelte.<sup>410</sup> Die Fakultäten waren demnach verpflichtet, ohne irgendeinen Entscheidungsspielraum bei Aberkennung

407 RGBl. I 1933, I, S. 480. Das Gesetz ermöglichte u. a. den Widerruf von zwischen dem 9.11.1918 und dem 30.1.1933 vorgenommenen Einbürgerungen durch den Reichsinnenminister sowie den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bei im Ausland befindliche »Reichsangehörige«, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt oder einer Rückkehraufforderung des Reichsinnenministers nicht Folge geleistet hatten.

408 LASH Abt. 47, Nr. 1569, p. 170, Schrb. des Ministeriums für Wissenschaft pp. an die Universitätskuratoren pp. v. 17.7.1934.

409 LASH Abt. 47, Nr. 1569, p. 306, Schrb. Dekan MF an Rektor v. 16.11.1934; p. 303 Schrb. Rektor an Wissenschaftsminister v. 17.11.1934; p. 307–311, Promotionsordnung für die Medizinische Fakultät der Universität Kiel o. D.

410 § 4 des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (RGBl. 1939, S. 985). »(1) Der von einer deutschen staatlichen Hochschule verliehene akademische Grad kann wieder entzogen werden, a) wenn sich nachträglich herausstellt, daß er durch Täuschung erworben worden ist, oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrigerweise als gegeben angenommen worden sind, b) wenn sich nachträglich herausstellt, daß der Inhaber der Verleihung eines akademischen Grades unwürdig war, c) wenn sich der Inhaber durch sein späteres Verhalten der Führung eines akademischen Grades unwürdig erwiesen hat. Über die Entziehung entscheidet diejenige Hochschule, die den akademischen Grad verliehen hat. [...]«

der Staatsbürgerschaft nach Paragraph 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 den Doktorgrad zu entziehen. Aber nicht immer erfolgte die Depromovierung aus vordergründig ideologischen Gründen. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte durch ein Gericht nach Paragraph 33 des Strafgesetzbuches hatte unmittelbar den Entzug des akademischen Grades zur Folge. Die Universität hatte dies dem Betroffenen nur noch mitzuteilen, ein Widerspruchsrecht bestand nicht. Entscheidungsmöglichkeiten für die Fakultäten bzw. die Universität bestanden bei Täuschungen, Fehlen wesentlicher Voraussetzungen für die Promotion und Verurteilungen durch ein Gericht ohne Aberkennung bürgerlich Ehrenrechte. Obwohl bereits Ende 1934 damit die Voraussetzungen für die Depromovierung nach nationalsozialistischen Vorstellungen verbindlich galten, kamen sie in der Folgezeit in Kiel, wie auch den anderen preußischen und außerpreußischen deutschen Universitäten, nicht zur Anwendung.<sup>411</sup> Dafür könnten drei Gründe maßgeblich gewesen sein: Zum einen hatte sich wohl das administrative Verfahren zur Meldung von Verfehlungen promovierter Akademiker durch Gerichte an Universitäten noch nicht durchgesetzt, zum zweiten fanden möglicherweise vor den Olympischen Spielen 1936<sup>412</sup> noch keine Ausbürgerungen von Personen mit akademischen Graden statt, oder zum dritten fehlte vielleicht an den Universitäten die Bereitschaft, tätig zu werden.

Der erste einschlägige Kieler Fall ist das Schicksal des in Hamburg tätig gewesenen 71-jährigen jüdischen niedergelassenen Arztes Dr. med. Max Münden, der durch das hanseatische Sondergericht am 16. April 1936 »wegen Vergehens gegen § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1934 in Tateinheit mit Beschimpfung des Reiches u. seiner Farben«<sup>413</sup> zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war.<sup>414</sup> Max Münden hatte in dem aus einer Hamburger Bibliothek Anfang 1936 entliehenen Buch »Mein Kampf«<sup>415</sup> eine Reihe von Unterstreichungen und Anmerkungen vorgenommen, die

411 Lemberg, Margret: »...eines deutschen akademischen Grades unwürdig«. Die Entziehung des Dokortitels an der Philipps-Universität Marburg 1933–1945, (= Schriften der Universitätsbibliothek Marburg, Bd. 113), Marburg 2002, S. 18 f.

412 Vgl. ebd. S. 19.

413 Hierbei handelt es sich um das sogenannte »Heimtückegesetz« (RGBl. I 1934, S. 1269–1271), dem »Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform« mit unverhältnismäßig großen Strafandrohungen bei Verstößen.

414 LASH Abt. 47, Nr. 1571, p. 126, Schrb. Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Hamburg an die Universität Kiel v. 24.8.1936.

415 LASH Abt. 47, Nr. 1571, p. 128. Entliehen waren die Bücher: Adolf Hitler: »Mein Kampf«, Otto Dietrich: »Mit Hitler an die Macht« und Oswald Spengler: »Jahre der Entscheidung«. Anmerkungen gab es in »Mein Kampf« und eine in Otto Dietrich.

inhaltlich heute der freien Meinungsäußerung zugerechnet werden würden, damals jedoch eine ungeheure Provokation des Regimes darstellten. Zwei ausgewählte Beispiele seiner 23 Randbemerkungen können dies illustrieren: Zum Text Hitlers auf S. 104, der lautet »Staatsautorität als Selbstzweck kann es nicht geben, da in diesem Fall jede Tyrannei auf dieser Welt unangreifbar und geheiligt wäre«; fügte Münden die Anmerkung hinzu: »Merk' Dir das Cäsar Hitler [sic]!« und zum Text S. 125 »Denn sobald man die Religion oder auch Konfession für seine persönliche Schlechtigkeit verantwortlich macht und sie deshalb angreift, der der verlogene Bursche [...]«, war seine Anmerkung: »!!! Hitler [sic]«. <sup>416</sup> Das Strafmaß von zwei Jahren Gefängnis war ungewöhnlich hoch und wurde vom Hanseatischen Sondergericht damit begründet, dass »der Angeklagte als Jude unter Mißachtung des ihm in Deutschland gewährten Gastrechts in geradezu ungeheuerlicher Weise die Regierung und insbesondere den Führer beschimpfte, und daß er mit seiner staatsfeindlichen Einstellung auch noch andere Volksgenossen verseuchen wollte [...].« Bevor jedoch die Kieler Universität zur Tat schreiten konnte, wurde ihr auf ihre Bitte zur Überlassung der Strafakten mitgeteilt, dass Dr. Münden am 24. September 1936 im Gefängnis verstorben sei. <sup>417</sup> Die Todesursache war angeblich Herzschlag, eine beliebte Diagnose in der damaligen Zeit auf Totenscheinen, wenn inhaftierte Regimegegner durch Personal der Haftanstalten oder fanatisierte Mitgefangene umgebracht worden waren. <sup>418</sup> Damit hätte der Fall für die Kieler Universität eigentlich erledigt gewesen sein können, hätte nicht im Oktober 1938 der Universitäts-Richter aus Gießen angefragt, ob in der Kieler Universität bereits einmal die Entziehung eines Dokortitels »wegen Vergehens gegen das Heimtückegezet (z. B. Beleidigung des Führers und führender Persönlichkeiten)« stattgefunden habe. <sup>419</sup> Offenbar waren sich die Gießener unschlüssig, wie sie verfahren sollten. Es ist unklar, ob es Schlamperie war oder ob man mit strammer nationalsozialistischer Haltung beeindruckt wollte – wenig später wurde u. a. mitgeteilt, dass bei einem praktischen Arzt, Dr. med., gemeint ist Max Münden, aufgrund schwerer Beleidigung des Führers auf Entziehung der Doktorwürde erkannt worden sei. <sup>420</sup>

416 LASH Abt. 47, Nr. 1571, p. 129.

417 LASH Abt. 47, Nr. 1571, p. 146, Schrb. Universitätsrat CAU an Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg v. 30.9.1936 sowie urschriftliche Beantwortung vom 5.10.1936.

418 Villiez, Anna von: Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung »nicht arischer« Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009, S. 364f.

419 LASH Abt. 47, Nr. 9693, Schrb. Universitäts-Richter der Universität Gießen an Universität Kiel v. 5.10.1936.

420 Ebd., Schrb. Universitätsrat CAU an Universitäts-Richter der Universität Gießen v. 12.10.1936.

Der nächste bekannte Fall hatte auch seine Besonderheiten. Hier wurde auf das Fehlen der Voraussetzungen für eine Promotion erkannt. Der Medizinalpraktikant Werner K. wurde im August 1938 wegen Vergehens gegen den § 175 StGB zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Er habe sich seit 1931 wiederholt homosexuell betätigt. In diesem Falle wurde vom Universitätsrat festgestellt, dass die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion im Jahre 1937 nicht gegeben gewesen waren, so dass der Dekan der Medizinischen Fakultät die Promotionsleistung für ungültig erklären musste. So wurde am 20. Juli 1939 dann auch durch den Prodekan der Medizinischen Fakultät Benninghoff verfahren.<sup>421</sup>

Weitere elf Aberkennungsverfahren von Kieler Medizinpromovenden nach Verurteilungen sind mit unterschiedlichem Ausgang mehr oder weniger gut belegt. Der Arzt Dr. med. Alfred A. wurde durch Urteil der Großen Strafkammer des Landgerichts Altona vom 11. September 1936 wegen Verbrechens gegen § 176 Ziff. 1 StGB zu zwei Jahren Zuchthaus (Unzucht mit Minderjährigen) verurteilt und ihm wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre aberkannt. Der Ausschuss der Universität stellte fest, dass Alfred A. mit Wirkung des Urteils die Doktorwürde verloren habe.<sup>422</sup> Auf eine Anfrage des Rektors beim Reichserziehungsministerium, ob Beschwerde gegen den Beschluss eingelegt worden war, wurde der Universität rechtlich zutreffend mitgeteilt, dass bei Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte der Verlust der Doktorwürde zwangsläufig für dauerhaft eintrete, ein förmlicher Entziehungsbeschluss nicht erforderlich sei und die Universität dies dem Betroffenen lediglich mitzuteilen habe. Ein Widerspruchsrecht bestünde nicht.<sup>423</sup> Ähnlich gelagerte Fälle lagen bei den Doktoren der Medizin Max Sch., Hugo E. und Hans H. vor. Die Ärzte waren durch Schwurgerichte wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu je fünf Jahren Zuchthaus und dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt worden. Die Doktorwürden wurden ihnen 1936 und 1938 von der Universität aberkannt.<sup>424</sup> Auch bei Hugo E. hatte die Universität den Verlust der Doktorwürde lediglich mitzuteilen, ließ es sich aber nicht nehmen, einen förmlichen Beschluss durch den dafür eingesetzten

421 LASH Abt. 47, Nr. 2039, p. 36, Stellungnahme des Universitätsrates vom 20.7.1939; p. 33, Ungültigkeitserklärung der mündlichen Doktorprüfung v. 20.7.1939.

422 LASH Abt. 47, Nr. 1572, p. 35–37, verschiedene Schreiben aus dem Februar 1937.

423 Ebd., p. 38, Schrb. Rektor an REM v. 10.4.1937 und Antwort REM v. 14.5.1937.

424 LASH Abt. 47, Nr. 9693, Beschluss auf Briefbogen Rektor v. 25.8.1938, unterzeichnet von Rektor Dahm und Dekanen.

Ausschuss fassen zu lassen.<sup>425</sup> Der Ausschuss tagte in den Semesterferien und wurde möglicherweise nicht kompetent beraten, denn diese Arbeit war unnötig, da laut Gesetz der Verlust des Titel automatisch erfolgte.

In einem weiteren Fall wurde der Arzt Walter K. im Jahre 1938 durch die große Strafkammer des Lübecker Landgerichts wegen »tätlicher Beleidigung« zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Urteil lag ein Sittlichkeitsdelikt gegenüber einem jungen Mädchen zugrunde. Dies reichte nach Auffassung der Regierung jedoch nicht aus, um dem Arzt die Bestallung zu entziehen. In einem berufsgerichtlichen Verfahren vor dem Ehrengericht der Ärztekammer wurde auf die damals sehr hohe Geldstrafe von 3.000,- RM erkannt. Der Universitätsausschuss kam zu der Auffassung, dass das Verhalten des Arztes mit Recht vom Gericht scharf verurteilt worden sei. Da er aber bisher ein untadeliges Leben geführt habe und wohl doch nur der Versuchung erlegen sei, weil sich das Mädchen entsprechend verhalten habe, wurde von der Entziehung des Doktorgrades abgesehen.<sup>426</sup>

Der Arzt Gustav B. war wegen Abtreibung am 11. Januar 1938 zu acht Monaten Gefängnis durch die Große Strafkammer des Landgerichts in Stendal verurteilt worden. Das ärztliche Bezirksgericht Sachsen-Anhalt erkannte am 24. Mai 1939, dass er unwürdig sei, den ärztlichen Beruf auszuüben. Von dem Ausschuss der Universität, besetzt mit Rektor Ritterbusch, Hanns Löhr, Prodekan Larenz und Dekan Schmieder, wurde ihm am 8. April 1940 der Doktorgrad entzogen.<sup>427</sup> Bei einem weiteren Arzt, Friedrich K., fand das Verfahren 1940 nicht statt, da er vor der Entscheidung der Universität verstorben war: Bei zwei weiteren Ärzten liegen nähere Unterlagen nicht vor: Rudolf K. wurde 1939 der Dokortitel wohl wegen »Abtreibung, Verlust der Ehrenrechte« entzogen, K.-W. (Vorname unbekannt) 1940 wohl nicht.<sup>428</sup>

425 Ebd., Schrb. Rektor v. 25.8.1938 an sämtliche deutschen Hochschulen. Vorsitz i. V. Georg Dahm (für Ritterbusch), Georg Fiedler (Dekan Theol. Fak.), i. V. Karl Michaelis (für den Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fak.), Oskar Schmieder (Dekan der Phil. Fak.) und i. V. Alfred Benninghoff (für den Dekan der Med. Fak. Hanns Löhr).

426 LASH Abt. 47, Nr. 2039, Schrb. Reichsärztekammer, Ärztekammer Schleswig-Holstein v. 10.1., 19.7. und 30.8.1938 an den Universitätsrat; Entscheidung der Universität v. 23.9.1938, beteiligt neben Ritterbusch auch Hanns Löhr sowie die Dekane der drei weiteren Fakultäten.

427 LASH Abt. 47, Nr. 2044, Beschluss der Universität v. 8.4.1940. Der Dekan der Theologischen Fakultät fehlte.

428 Aktennotiz Uhlig, Ralph/Wieben, Matthias: Entzug der Dokortitel an der Christian-Albrechts-Universität im »Dritten Reich« v. 19.5.1992, als Kopie vorliegend, überreicht von Prof. Dr. Jörn Henning Wolf, Kiel.

Der Zahnarzt Rudolf A. wurde wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Minderjährigen im November 1944 zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte bereits seit Jahren im Verdacht homosexueller Handlungen gestanden. Der vom Universitätsrat mit Datum vom 6. März 1945 vorbereitete Beschluss auf Aberkennung des Doktordiploms wurde von Rektor und Dekanen nicht unterzeichnet. Dekan Philipp schrieb dazu mit Datum vom 17. März 1945, dass er den Beschluss nicht ohne Weiteres unterschreiben wolle. Der Dekan der Philosophischen Fakultät schloss sich ebenso wie der Prodekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät mit Datum vom 23. März 1945 und der Rektor am 6. März 1945 der Auffassung Philipps an.<sup>429</sup>

Bei dem vom Sondergericht für den Oberlandesgerichtsbezirk Jena in Weimar am 14. April 1944 wegen Verbrechens nach § 4 des Volksschädlingsgesetzes zu zwei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre verurteilten M.-G. war durch den Polizeipräsidenten in Berlin mit Datum 11. November 1944 die Bestallung zurückgenommen worden. Seitens des Dekans Philipp wurde der Vorgang zuständigkeitshalber am 21. November 1944 an den Universitätsrat weitergegeben, mehr ist an der Kieler Universität nicht geschehen.<sup>430</sup>

Erfolgte hingegen die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit durch das Reichsinnenministerium nach dem Gesetz vom 14. Juli 1933, also in der Regel ab 1936/37 bei Emigranten, bestand, wie schon dargestellt, kein Entscheidungsspielraum für Rektor und Dekane. Der Entzug der Doktordiplome lag nicht im Ermessen der Fakultät, sondern wurde durch den beim Reichsinnenminister vollzogenen Akt des Entzugs der Staatsangehörigkeit vorgegeben. Der vielbeschworene »Geist« der Universität hatte auch hier dem pervertierten Rechtssystem des »Dritten Reiches« nichts entgegenzusetzen, im Gegenteil, die Universitäten hatten selbst an der eingebauten Eskalation der Willkür mitgearbeitet.<sup>431</sup> Der aus Rektor und Dekanen bestehende Aus-

429 LASH Abt. 47, Nr. 2044, Vorbereiteter Beschluss v. 6.3.1945, nicht unterzeichnet.

430 Ebd., Schrb. des Polizeipräsidenten in Berlin v. 11.11.1944, Mitteilung des Polizeipräsidenten an den Dekan der Medizinischen Fakultät Kiel ohne Datum; mit Bearbeitungsvermerk des Dekans Philipp v. 21.11.1944 »Dem Herrn Universitätsrat zuständigkeitshalber weitergeleitet«. Der Vorname von M.-G. ist nicht bekannt.

431 Weisbrod, Bernd: Legale Diskriminierung und universitäre Selbstmobilisierung. Die Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Göttingen im »Dritten Reich«, in: Thieler, Kerstin (Hg.): »... des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.« Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im »Dritten Reich«. Katalog zur Ausstellung, Göttingen 2006, S. 11–17, hier 15 f.

schuss war Erfüllungsgelhilfe des nationalsozialistischen Staates. Die Ausschussmitglieder hatten inhaltlich gleichlautende Rundschreiben an die anderen Universitäten zu unterschreiben und ihre »Entscheidung« im Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger kostenpflichtig für die Universität bekanntzugeben. Bei den hier dargestellten Fällen wurde seitens der Universität als Begründung der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit auf Grund von § 2 des Gesetzes über die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft vom 14. Juli 1933, sowie die Promotionsordnung in Verbindung mit § 4 des Gesetzes über die Führung akademischer Grade angegeben.<sup>432</sup> Eine Beschwerde beim REM musste innerhalb von vier Wochen erfolgen, danach war die Entscheidung der Universität rechtskräftig. Unterzeichnet wurden die Schriftstücke vom Prorektor, zunächst Schmieder, dann Löhr, und den vier, ab 1940 drei Dekanen, unter denen sich auch immer Hanns Löhr befand.<sup>433</sup> Die folgenden Namen von 15 Medizinern sind belegt, denen in den Jahren 1938 bis 1940 an der Kieler Universität aufgrund des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit der Doktorgrad entzogen wurde.<sup>434</sup>

26.10.1938 Dr. med. Hugo Natannsen

---

13.10.1939 Dr. med. dent. Isaak Wolgemuth, Dr. med. Franz Grüneberg,  
Dr. med. Oskar Salomon Meyer, Dr. med. Martin Schüler

---

1.1.1940 Dr. med. Wilhelm Lindenthal

---

6.2.1940 Dr. med. Robert Nussbaum

---

23.2.1940 Dr. med. Simon Friedrich Aron, Dr. med. Siegmund Blumenthal

---

27.5.1940 Dr. med. Hermann Joseph Moritz Israel Raschkow, Dr. med. Arthur  
Blank, Dr. med. Johannes Barasch.

---

27.8.1940 Dr. med. Käthe Frankenthal

---

28.11.1940 Dr. med. Ernst Levy, Dr. med. Hugo Jakobowski

432 § 4 Abs. (1) des Gesetzes über die Führung akademischer Grade v. 7.6.1939: »Der von einer deutschen staatlichen Hochschule verliehene akademische Grad kann wieder entzogen werden, a) wenn sich nachträglich herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist, oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrigerweise als gegeben angenommen worden sind, b) wenn sich nachträglich herausstellt, dass der Inhaber der Verleihung eines akademischen Grades unwürdig war, c) wenn sich der Inhaber durch sein späteres Verhalten der Führung eines akademischen Grades unwürdig erwiesen hat. Über die Entziehung entscheidet diejenige Hochschule, die den akademischen Grad verliehen hat.«

433 LASH Abt. 47 Nr. 2040. Es fehlte der Dekan der Theologischen Fakultät.

434 LASH Abt. 47 Nr. 2039, 2040. Das Aberkennungsdatum ist hier den Namen vorangestellt.

Vor 1938 in Kiel mit der Begründung »Unwürdigkeit durch Verlust der Staatsangehörigkeit« erfolgte Aberkennungen von Dokortiteln sind nicht bekannt.<sup>435</sup> Es ist möglich, dass noch weitere Doktordiplome von Medizinerinnen auf der Grundlage des Gesetzes vom 7. Juni 1939 entzogen wurden, Unterlagen darüber sind jedoch nicht vorhanden. Eine Mitteilung des Reichserziehungsministeriums im Juli 1940, mit der mitgeteilt wurde, dass künftig erwünscht sei, das Verfahren über die Entziehung der akademischen Grade bereits bei Einleitung des Ausbürgerungsverfahrens durch den Reichsführer SS vor Ausspruch der Ausbürgerung selbst durchzuführen,<sup>436</sup> kam bei Käthe Frankenthal, Ernst Levy und Hugo Jakobowski zur Anwendung, änderte jedoch grundsätzlich am Verfahren nichts, da auch hier tatsächlich der Universität nur scheinbar ein Ermessensspielraum eröffnet wurde. Zumindest im Falle von Käthe Frankenthal war der Reichsführer SS schneller als die Universität.

Die Aberkennung der an einer deutschen Universität erworbenen Dokortitel ist im letzten Jahrzehnt Gegenstand intensiver systematischer Untersuchungen geworden, wobei die Auffassungen weit auseinandergehen.<sup>437</sup> Insgesamt soll es zu über 2000 Aberkennungen in allen Fakultäten gekommen sein. Die Verteilung war höchst unterschiedlich, als Beispiele seien genannt: Berlin 197, Breslau 226, Erlangen 163, Frankfurt am Main 114, Freiburg 136, Gießen 47, Heidelberg 171, Leipzig 174, München rund 200, Würzburg 173.<sup>438</sup> Auch wenn diese Zahlen nicht nach Fakultäten differenziert sind, wird deutlich, dass die für die Kieler Medizinische Fakultät bekannten Zahlen, die sich zusammengenommen mit jenen der anderen Fakultäten auf etwas mehr als 40 belaufen,<sup>439</sup> recht gering sind. Emigration zog nicht unbedingt den Verlust der Staats-

435 Notiz Uhlig/Wieben.

436 LASH Abt. 47, Nr. 2040, Schrb. REM an Rektor v. 23.7.1940.

437 Chroust, Peter: Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933–1945 im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, Gießen 2006; Harrecker, Stefanie: Degradierete Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians-Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007; Henne, Thomas: Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933–1945, Leipzig 2007; Lemberg, Entziehung; Szöllözi-Janze, Margit/Freitäger, Andreas: Doktorgrad entzogen! Aberkennungen akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945, Nümbrecht 2005; Thieler, Entziehung.

438 Vgl. Morgenstern, Ulf: Nationalsozialismus. Aberkennung von Doktorgraden. Sammelrezension. in: H-Soz-u-Kult v. 2.9.2008, online: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-3-126> [29.11.2012].

439 Vgl. Happ, S. 288 und Peschel, Karin: Erklärung zur Aberkennung der Doktorgrade (1993), online: <http://www.uni-kiel.de/ns-zeit/nachkrieg/peschel.shtml> [17.11.2011]. In ähnlicher

angehörigkeit nach sich und die Aberkennung der Staatsangehörigkeit hatte bis 1943 nicht immer die Aberkennung des akademischen Titels zu Folge.<sup>440</sup> Vielleicht gibt es auch Lücken in den Quellen, möglicherweise gab es in Kiel nicht so große Zahlen von ausgebürgerten Emigranten, die den Dokortitel erworben hatten.<sup>441</sup>

Peter Chroust unterscheidet bei den in Gießen festgestellten 47 Aberkennungen einerseits zwischen den im Sinne der damals geltenden Gesetze schuldig Gewordenen, also ex post mindestens latent zu Recht Verurteilten und andererseits den rassistisch und politisch ex post übereinstimmend zu Unrecht Verfolgten, während der Jurist Thomas Henne primär auf den Unrechtscharakter der Depromotionsverfahren abstellt, also von einer generellen Unrechtsannahme ausgeht. Erst durch eine Einzelfallprüfung solle – so Henne – das unterschiedliche Maß an Unrecht festgestellt werden.<sup>442</sup> Für die Kieler depromovierten Mediziner wird es bei den Aberkennungen aufgrund rechtskräftiger Verurteilung schwer sein, heute unter Zugrundelegung der damaligen Rechtsauffassungen eine Feststellung zu treffen, inwieweit durch die Kieler Universität wissentlich Unrecht geschehen ist. Dem Rektor und den Dekanen der Universität wird man zugutehalten müssen, dass sie die gerichtlichen Entscheidungen als verbindlich akzeptieren mussten, so dass ein Zweifel am zu beurteilenden Sachverhalt wohl kaum bestand. Ganz frei von Opportunismus und männlichem Chauvinismus dürften die Entscheidenden dort, wo es einen Spielraum gegeben hat, jedoch nicht gewesen sein. Anders verhält es sich bei der Aberkennung der Doktorwürde aufgrund der Ausbürgerung. Hier war die Unrechtmäßigkeit einer Aberkennung auch für die damals Verantwortlichen offensichtlich, da die Tatsache des Wohnsitzes im Ausland sowie die daraufhin erfolgte Ausbürgerung unter keinem Gesichtspunkt außer dem einer rassistisch und politisch motivierten Willkür eine Unwürdigkeit mit Folge der Depromovierung zur Folge haben kann. Es kann als sicher angesehen werden, dass seitens des Universitätsrats als Berater und des entscheidenden Ausschusses nicht der Wille bestanden hatte, einen möglicherweise rechtlich bestehenden Entscheidungsspielraum wahrzunehmen. Gesetzt dem unwahrscheinlichen Fall, es hätte doch Zweifel gegeben, wäre eine Abwägung zwischen den Schwierigkeiten, die hierdurch der Universitätsführung durch Erziehungsministerium und NSDAP entstehen mussten und dem mutmaßlich

Größenordnung um etwa 40 lagen nach Happ neben Gießen die Universitäten Jena, Köln, Königsberg und Tübingen.

440 Happ, S. 289 f.

441 Vgl. Morgenstern, Nationalsozialismus; Happ, S. 287–288. Die jeweils höheren publizierten Zahlen wurden hier genannt.

442 Ebd.

geringen Schaden, den eine Depromovierung für die ausgebürgerten Emigranten aus der damaligen Sicht bedeutet hätte, sicher zugunsten einer Entscheidung im Sinne des Regimes ausgegangen. Schon die Präsenz von Hanns Löhr in dem zur Entscheidung befugten Ausschuss dürfte jedoch einen anderen Ausgang der Verfahren gegen die ausgebürgerten Emigranten ausschließen. Auffallend ist hierbei übrigens, dass bei der Gruppe der rassistisch und politisch Verfolgten Löhr persönlich tätig wurde, während er bei der anderen Gruppe der wegen Straftaten Verurteilten offenbar regelmäßig von Benninghoff vertreten wurde. Möglicherweise war Benninghoff nicht bereit, das Unrecht des Regimes gegenüber den durch die Nationalsozialisten Verfolgten durch seine Unterschrift mitzutragen. Mit der »Zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Führung akademischer Grade« vom 29. März 1943 war auch der letzte Rest einer eventuellen Illusion über eine begrenzte Entscheidungsfreiheit für die Universitäten verschwunden, weil das Gesetz den Universitäten jeden Spielraum nahm.<sup>443</sup>

Morgenstern sieht auch, dass die Depromovierung im Kontext mit der bis zur massenweisen Ermordung gehenden Verfolgung von Opfergruppen als das kleinere Übel angesehen werden könnte, sieht ihre Wirkung jedoch mehr in dem Effekt, der sich gegen eine zahlenmäßig größere Akademikergruppe im Inland richtete: die in Deutschland verbliebenen rassistisch und politisch unliebsamen, in den freien Berufen tätigen Doktoren.<sup>444</sup> Dieser Argumentation kann für die Mediziner nur schwer gefolgt werden: Die Aberkennung von Dokortiteln bei insgesamt mehr als 2.000 Akademikern, die als Emigranten im Ausland lebten und deren Depromovierung im kaum zur Alltagslektüre von Freiberuflern gehörenden Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger mitgeteilt wurde, kann kaum einen größeren Effekt erzeugt haben und dürfte z. B. bei den noch in Deutschland verbliebenen »nichtarischen« Ärzten, denen seit 1938 die Approbation entzogen und die zu »Krankenbehandlern« gemacht wurden, selbst im Falle einer Kenntnis eher als »cura posterior« angesehen worden sein. Dieser Personenkreis hatte spätestens ab dem Pogrom am 9. November 1938 andere Sorgen. Inwieweit für die direkt betroffenen Emigranten, die im Ausland häufig in ärmlichsten Verhältnissen um ihr physisches Überleben kämpften, ein Verlust des Dokortitels eine Rolle gespielt haben mag, lässt sich schwer beurteilen. Naheliegend dürfte aber sein, dass die Auswirkungen der nationalsozialistischen Willkür den Betroffenen vor und während des Krieges häufig gar nicht bekannt wurden. Für diejenigen, die davon erfahren haben

443 Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Führung akademischer Grade vom 29. März 1943. Mit dieser Verordnung trat zugleich mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der Verlust des akademischen Grade ein (RGBl. 1943, I, S. 168).

444 Morgenstern, S. 2.

sollten, wird sie vielleicht als schmerzliches Gefühl einer weiteren Diskriminierung und Beleidigung empfunden worden sein, denn schließlich wurde man mit Kriminellen über einen »Kamm geschoren«. Meist war die Situation der Emigranten aber so, dass solche Gefühle schnell von sehr viel existentielleren Sorgen überdeckt wurden. Dies illustriert das Beispiel der wahrscheinlich prominentesten ausgebürgerten Ärztin mit Kieler medizinischem Dokortitel, der Sozialistin, Jüdin und Ärztin Dr. med. Käthe Frankenthal. Bei ihr wurde der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft im Deutschen Reichs- und Preußischen Anzeiger vom 26.7.1940 veröffentlicht. Am 2. August 1940 erfolgte der Entzug ihres 1915 in Kiel erworbenen Titels »Dr. med.«<sup>445</sup> Ob diese Nachricht sie überhaupt erreichte, lässt sich nicht feststellen. Sie hatte in New York City zu dieser Zeit andere Sorgen, für die die Staatsbürgerschaft und der Dokortitel wohl eher bedeutungslos waren: Käthe Frankenthal versuchte sich nach Jahren der Emigration in der Tschechoslowakei, Frankreich, der Schweiz und den USA völlig mittellos in New York eine neue Existenz mit einer privaten psychiatrischen Praxis aufzubauen. Der Anfang gestaltete sich so schwierig, dass sie sich mit physisch und psychisch belastenden Tätigkeiten als Straßenverkäuferin von Eiscreme und als Wahrsagerin über Wasser halten musste.<sup>446</sup>

Ohne gravierendes Unrecht beschönigen zu wollen, erscheint die Depromovierung der »Ausgebürgerten« in Anbetracht des ungeheuerlichen Geschehens im nationalsozialistischen Reich insbesondere seit 1938 von Quantität und Auswirkung eher als zweitrangig und darf nicht dazu führen, dass die Verbrechen, die unter den Begriffen Zwangssterilisation, Euthanasie, ethnisch begründetem und willkürlichem Massenmord, Holocaust u. a. m. stattfanden, indirekt und ungewollt banalisiert werden. Für Medizinische Fakultät und Universität lässt sich zusammenfassend feststellen, dass sowohl bei den Ausgebürgerten als auch bei den Akademikern, die ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten, kein Spielraum zu den von Reichsinnenministerium und Reichserziehungsministerium vorgegebenen Entscheidungen bestand. So bleiben bei den Aberkennungen von Dokortiteln bei den Medizinerinnen nur zwei Fehlentscheidungen des Kieler Universitäts-Ausschusses, die auch damals nicht hätten erfolgen müssen: der Fall des Homosexuellen Werner K., bei dem angeblich die Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion im Jahre 1937 nicht gegeben gewesen sein sollten, und der Fall Gustav B. Die Feststellung durch das ärztliche Bezirksgericht Sachsen-Anhalt, dass B. unwürdig sei, den ärztlichen Beruf aufgrund einer Verurteilung zu acht Monaten

445 LASH Abt. 47, Nr. 2040, Schrb. Rektor an REM v. 27.8.1940.

446 Frankenthal, Käthe: Der dreifache Fluch. Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil, Frankfurt a. M./New York 1981, S. 252 f.

Gefängnis auszuüben, war auch damals eigentlich für jeden erkennbar weit überzogen.<sup>447</sup> Insofern übte die Kieler Universität ihr hier tatsächlich vorhandenes Ermessen fehlerhaft aus.<sup>448</sup> Abgesehen von diesen beiden Fällen bestand jedoch bei allen Verfahren mit politischem und rassistischem Hintergrund zumindest eine formale Verantwortung der Universität für Handlungen, denen sie sich zwar nicht entziehen konnte, die sie jedoch auch heute noch gegen sich gelten lassen muss. So ist es mehr als gerechtfertigt, dass die Christian-Albrechts-Universität Kiel anlässlich der Akademischen Feier zur Mahnung gegen Krieg und Gewaltherrschaft am 15. November 1993 durch ihre Rektorin Karin Peschel die von der Universität zwischen 1936 und 1945 politisch motivierten Aberkennungen der Doktorgrade für nichtig erklärte.<sup>449</sup> Mit dieser späten Entscheidung kam es nur zu einer Teillösung.<sup>450</sup> Nicht allen Betroffenen ist Genugtuung widerfahren, da der Entzug des Titels bei zumindest einem Teil der strafrechtlich Verurteilten ebenso einer Revision bedürfte. Hierbei sind insbesondere die Urteile aufgrund »gewerbsmäßiger Abtreibung« und »Homosexualität« zu nennen, die daraufhin hätten überprüft werden müssen, ob die Entziehung des Doktorgrades durch die Schwere der Straftat gerechtfertigt erscheint. Beide Sachverhalte waren vor 1933 und auch nach 1945 (Homosexualität bis 1978, Abtreibung bis heute) strafbar, so dass in der Gegenwart pauschale Bewertungen auch dann nicht gerechtfertigt erscheinen, wenn berücksichtigt wird, dass es für Abtreibung wie auch Homosexualität während des nationalsozialistischen Regimes wesentliche Verschärfungen des Strafgesetzbuches gab.<sup>451</sup> Eine Rücknahme der Entziehung wäre in diesen Fällen nur nach einer Einzelfallprüfung denkbar, ein Vorgang, der in Anbetracht der verflossenen Zeit wahrscheinlich mehr Schaden als Nutzen angerichtet hätte.<sup>452</sup> Ein erster wichtiger Schritt wurde 1993 in Kiel jedoch getan, für weitere Schritte, über die schon 1993 eine Entscheidung offenbar nicht möglich war, dürfte es heute zu spät sein.

447 Vgl. Happ, S. 292 f.

448 LASH Abt. 47, Nr. 2044, Beschluss der Universität v. 8.4.1940. Der Dekan der Theologischen Fakultät fehlte.

449 Peschel, Erklärung.

450 Vgl. Borchard, Klaus (Hg.): Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstunde anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht, Bonn 1999. Eine entsprechende Entscheidung fällte z. B. der Senat der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im November 1998 und der Senat der Georg-August-Universität Göttingen am 27.10.2004, wobei auch eine Begrenzung auf die politisch und rassistisch Verfolgten, die zudem, möglicherweise lückenhaft, namentlich aufgezählt wurden, erfolgte.

451 Vgl. Happ, S. 293.

452 Peschel, Erklärung.

#### 5.4.5 Das universitäre SD-Netz in der Medizinischen Fakultät

Der sich ab 1935 vollziehende Wandel des Sicherheitsdienstes der SS (SD) zu einem »Lebensgebietsnachrichtendienst«, mit der wissenschaftlichen Untermauerung der nationalsozialistischen Ideologie durch »Gegnerforschung«, ist u. a. durch Untersuchungen zur Rolle des SD in den Geisteswissenschaften und der Germanistik belegt.<sup>453</sup> Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erforderte auch eine Infiltration der Universitäten durch den Sicherheitsdienst der SS. In seiner Einführung zu dem 17 bändigen Werk

»Meldungen aus dem Reich, Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945« stellt Boberach fest, dass an den Universitäten SD-Arbeitsgemeinschaften bestanden, deren Mitglieder als Sachverständige für Wissenschaftsangelegenheiten herangezogen wurden.<sup>454</sup> In Kiel spricht viel dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen Universität und SD noch weiter gegangen ist. Die an der Christiana Albertina vorhandenen SD-Angehörigen und ihre Verbindungsmänner (V-Leute) dürften auf Grund ihrer Persönlichkeitsstrukturen und ideologischen Einstellungen höhere Ansprüche an sich bei ihrem Einsatz für den SD gestellt haben, als ausschließlich als Sachverständige zur Verfügung stehen zu wollen. Die Quellenlage für die SD-Aktivitäten in der Kieler Universität ist schlecht, u. a. auch, weil es dem Kieler SD-Abschnitt gelang vor der Besetzung Kiels Anfang Mai 1945 seine Unterlagen vollständig zu vernichten.<sup>455</sup> In dem Quellenmaterial der Universität finden sich nur seltene, meist indirekte Hinweise und Indizien. Auch Parallelquellen mit Bezug auf den SD-Abschnitt Kiel und die Kieler Universität in anderen Archiven, insbesondere im Bundesarchiv, sind lückenhaft und beziehen sich in der Regel auf den Status von Personen, nicht auf inhaltliche Gesichtspunkte der Arbeit. Diese bedauerlichen Voraussetzungen setzen Grenzen, erlauben aber dennoch Überlegungen, die ihrerseits zu Interpretationen führen, deren Stichhaltigkeit vereinzelt erhärtet werden kann. Die Hinweise über SD-Aktivitäten in der Medizinischen Fakultät sind eng verbunden mit dem SS-Oberführer und späteren SS-Brigadeführer Hanns Löhr, seinem Adlatus, dem SS-Obersturmbannführer Wal-

453 Simon, Gerd: Germanistik und Sicherheitsdienst, in: Michael Wildt (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 190–203; Lerchenmüller, Joachim: Die »SD-mäßige« Bearbeitung der Geschichtswissenschaft, in: Michael Wildt (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 160–189.

454 Boberach, Heinz: Einführung, in: Ders. (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, Bd. 1, Herrsching 1984, S. 11–44, hier S. 17.

455 Persönliche Mitteilung LASH, Dezernat 2, Sven Schoen.

ter Marquort, dem SS-Hauptsturmführer Enno Freerksen, dem SS-Sturmbannführer Erich Holzlöhner, dem SS-Hauptsturmführer Hans-Joachim Rietz, dem späteren SS-Obersturmbannführer Josef Vonkennel und weniger wahrscheinlich dem SS-Sturmbannführer Albert Wilhelm Fischer. Die in den letzten Jahren veröffentlichte Untersuchung von Carsten Schreiber über Entstehung, Zusammensetzung, Organisation und Funktionsweise des SD in Sachsen, aber auch Veröffentlichungen von Michael Wildt, Ulrich Herbert u. a. helfen, die wenigen vorhandenen Hinweise auf SD-Aktivitäten in der Medizinischen Fakultät Kiel zu verstehen und zu einem Bild zusammenzufügen.<sup>456</sup> Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS wurde 1931 von Reinhard Heydrich im Auftrage Himmlers innerhalb der SS als Nachrichtendienst zur Informationsbeschaffung über politische Gegner und innerparteiliche Konkurrenten geschaffen. Ab 1935 veränderte sich das Aufgabenspektrum unter den sich wandelnden Verhältnissen des mittlerweile gefestigten nationalsozialistischen Staates. Aus dem zunächst nur als

»Gegnernachrichtendienst« arbeitenden SD entwickelte sich ein totalitärer »Lebensgebietsnachrichtendienst«. Es trat die systematische Beobachtung aller gesellschaftlichen Bereiche in den Vordergrund der Arbeit.<sup>457</sup> Nachdem Heinrich Himmler 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei geworden war, wurde die zentrale Verwaltung der Polizei durch die zwei Hauptämter Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei wahrgenommen. SD-Chef Heydrich wurde Leiter der aus Gestapo und Kripo zusammengesetzten Sicherheitspolizei. Da SD-Führer zunehmend als Führungskräfte der Sicherheitspolizei eingesetzt wurden, wuchs die Bedeutung des zunächst randständigen sowie sachlich und personell schlecht ausgestatteten SD.<sup>458</sup> In dem 1936 neu strukturierten, in nunmehr drei Ämter aufgeteilten SD-Hauptamt entstanden im Amt II die beiden Zentralabteilungen für weltanschauliche und lebensgebietsmäßige Auswertungen.<sup>459</sup>

456 Schreiber, Carsten: *Elite im Verborgenen, Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerkes am Beispiel Sachsens*, München 2008; Wildt, Michael (Hg.): *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003; Wildt, Michael: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003; Herbert, Ulrich: *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989*, Bonn 1996.

457 Vgl. Wildt, Michael: *Einleitung*, in: Ders. (Hg.): *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003, S. 7–37, hier S. 13 ff.

458 Vgl. Buchheim, Hans: *Die SS – das Herrschaftsinstrument*, in: Buchheim, Hans/Broszat, Martin/Jacobsen, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut: *Anatomie des SS-Staates*, München<sup>8</sup> 2005, S. 15–214, hier S. 66.

459 Vgl. Wildt, *Einleitung*, S. 13 ff. Mit der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes am 1. September 1939 wurde ohne hier nicht interessierende Änderungen aus dem Amt II das Amt VII.

Als eine sowohl staatliche (Geheimdienst) wie auch Parteiaufgaben (weltanschauliche Elite) wahrnehmende Organisation der SS hatte der SD einen ungewöhnlichen Doppelcharakter. Der Anspruch des weltanschaulich orientierten Amtes II umfasste gesellschaftliche Gebiete wie insbesondere Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Damit traten auch die Universitäten in das Visier der SD. Im Vordergrund standen zunächst besonders die Geisteswissenschaften und hier die für die Partei-Ideologie wichtigen Fächer Germanistik und Geschichte.<sup>460</sup> Die notwendige Infiltration gesellschaftlicher Bereiche erfolgte durch im Zivilleben in führenden Positionen angesiedelte V-Leute, die sich gegenüber dem SD zur Treue verpflichtet hatten, ihm jedoch nicht angehörten und auch, wie es bei einem Geheimdienst nicht anders zu erwarten war, öffentlich nicht als SD-Mitarbeiter kenntlich waren. Das SD-Personal setzte sich aus diesen V-Leuten, haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern und dem Führungskorps zusammen.<sup>461</sup> Die Grenzen waren dabei durchaus fließend: Um die Führer gruppierten sich ehrenamtliche Mitarbeiter, V-Leute und Zuträger, wobei, wie Carsten Schreiber herausfand, die Funktionen nie statisch waren, z. B. konnten V-Leute allmählich immer weiter in verantwortliche Positionen aufsteigen.<sup>462</sup> Schreiber unterscheidet bei den Mitarbeitern zwischen Status und Funktion, die anders als etwa bei der Wehrmacht oder zivilen Verwaltungseinrichtungen nicht miteinander korrespondieren mussten. Seine neueren Untersuchungen schaffen Klarheit: »Wie die beiden Achsen in einem zweidimensionalen Koordinatensystem reichen die beiden Parameter Status und Funktion, um die Stellung einer jeden Person im Netzwerk des SD zu beschreiben. Für den Status ist in erster Linie die Zugehörigkeit zum Sicherheitsdienst als SS-Formation entscheidend, die Frage, ob jemand SD-Angehöriger und damit Teil einer weltanschaulichen Elite war oder nicht. Weiter entscheidet der SS-Rang und eventuell die Zugehörigkeit zum prestigeträchtigen Führungskorps über die Höhe des Status. Da SD-Arbeit im Alltag in erster Linie Nachrichtendienstarbeit war, übernahm jeder unabhängig von seinem Status auch eine praktische Aufgabe im Netzwerk, die Funktion.«<sup>463</sup>

Es gab nur SS-Angehörige, nie SS-Mitglieder. Dadurch wurde Verfügungsanspruch über das Leben der Angehörigen ausgedrückt – die SS-Angehörigkeit konnte nicht so

Leiter blieb Franz Alfred Six.

460 Vgl. Simon, Planspiele; Simon, Sicherheitsdienst; Lerchenmüller, Geschichtswissenschaft.

461 Schreiber, Carsten: »Eine verschworene Gemeinschaft«. Regionale Verfolgungsnetzwerke des SD in Sachsen, in: (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 57–85, hier S. 57 f.

462 Ebd., S. 63.

463 Schreiber, Elite, S. 67.

ohne weiteres wie eine Vereinsmitgliedschaft abgestreift werden.<sup>464</sup> Wer für den SD arbeitete, ohne SD-Angehöriger zu sein, hatte den Status »im SD tätig«. Für den Status »SD-Angehöriger« war die Zugehörigkeit zur SS unabdingbar, für die Funktion war es unerheblich, ob sie ehrenamtlich oder hauptamtlich wahrgenommen wurde. Dies beeinflusste ebenso wie der Status weder Art noch Umfang der Tätigkeit.<sup>465</sup> Bei den Funktionen wurde zwischen Zubringern, Agenten, V-Leuten, Mitarbeitern, Beobachtern und Außenstellenleitern innerhalb des SD-Netzwerkes sowie dem Führungskorps unterschieden.<sup>466</sup> Zubringer lieferten nur gelegentliche Informationen, Agenten wurden bezahlt und stammten auch aus dem Lager der Gegner, V-Leute arbeiteten unbezahlt, bestanden meist aus bekennenden Nationalsozialisten und konnten nach Jahren der Bewährung als vollwertiges SD-Mitglied in die Funktion eines Mitarbeiters aufsteigen. Sie arbeiteten in einer Dienststelle, nebenberuflich und ohne Bezahlung in der Regel etwa zweimal pro Woche in den Abendstunden.<sup>467</sup> Der SD war in zehn (nach dem »Anschluss« Österreichs elf) SD-Oberabschnitte unterhalb des SD-Hauptamtes gegliedert, die ihrerseits in 56 SD-Abschnitte unterteilt waren. Mit der Gründung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) am 1. September 1939 wurden die Oberabschnitte aufgelöst, die Abschnitte wurden direkt vom Amt III des RSHA geleitet.<sup>468</sup> Der SD-Abschnitt Kiel gehörte vor dem Krieg zum SD-Oberabschnitt Nord, dann zum SD-Leitabschnitt Hamburg.<sup>469</sup> Die Leitabschnitte und Abschnitte waren mit hauptamtlichem Personal unter Leitung eines höheren Führers (Sturmbannführer oder Hauptsturmführer) besetzt.<sup>470</sup>

Aufgabe des Inlandsnachrichtendienstes des SD sollte es sein, mit Stimmungs- und Lageberichten über die sachlichen Probleme der einzelnen Lebensgebiete und die Auswirkungen der Maßnahmen der Staatsführung zu informieren. Dies sollten, gewissermaßen als Meinungsforschungsinstrument der nationalsozialistischen Diktatur, die Stimmungs- und Lageberichte leisten, die von 1938 bis 1945 von dem SD für die Führung erstellt wurden und bis Juni 1943 als »Meldungen aus dem Reich«, danach als »SD-Berichte zu Inlandsfragen« bezeichnet wurden., Im Sommer 1944

464 Ebd., S. 68.

465 Ebd., S. 85, 89 f.

466 Ebd., S. 30.

467 Schreiber, *Verschworene Gemeinschaft*, S. 71 f.

468 Schreiber, *Elite*, S. 54.

469 Ebd., S. 35, 52.

470 Boberach, S. 16.

hatte die Kritik am »Defaitismus« der SD-Berichte die Einstellung einer regelmäßigen Berichtserstattung zur Folge.<sup>471</sup>

Von den Medizinern Hanns Löhr, Walter Marquort, Enno Freerksen und Hans-Joachim Rietz wissen wir sicher, dass sie Angehörige des SD waren. Löhr dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit unterhalb der Ebene des SD-Abschnittes Kiel die Leitung des für den Lebensgebietsnachrichtendienst und die Erstellung der »Meldungen aus dem Reich« wichtigen SD-Netzes der Kieler Universität übernommen haben. Wegen seiner kaum zu bewältigenden Belastung als Dekan, Klinikchef, Gaudozentenleiter und nationalsozialistischer Regionalpolitiker u. a. m. musste ihm sein Assistenzarzt Walter Marquort, ehrenamtlich als SS-Obersturmbannführer im SD, zur Seite stehen.<sup>472</sup> Marquort hielt auch die Verbindung zum SD-Abschnitt Kiel.<sup>473</sup> Der erst später zur Kieler Universität und dem dortigen SD-Netz hinzugekommene Freerksen dürfte für die eventuell notwendig werdende Nachfolge des schwer an Gicht erkrankten Löhr in seiner nachrichtendienstlichen Funktion vorgesehen gewesen sein, da davon auszugehen war, dass ohne einen machtvoll agierenden Motor das SD-Netz in der Kieler Universität schnell seine Brauchbarkeit verloren hätte. Josef Vonkennel war bis September 1943 nicht Angehöriger der SS, damit auch nicht des SD.<sup>474</sup> Alles spricht dafür, dass er in seiner Kieler Zeit höchst wirkungsvoll als Verbindungsmann im SD-Netz der Universität gearbeitet hat, also »im SD tätig« war. Weitere Mitglieder der Fakultät, wie z. B. die SS-Angehörigen Holzlöhner und A. W. Fischer, aber auch die der NSDAP besonders verbundenen Ärzte Bachmann, Philipp, Küntscher, Meister u. a. m. dürften SD-Verbindungsmänner, vielleicht auch nur wissentlich oder unwissentlich Informanten für das Universitäts-Netz des SD gewesen sein.

Formal wurde Hanns Löhr am 13. September 1936 SS-Angehöriger, nachdem er seit dem Februar 1931 eine steile Karriere in der SA vom Sturmbannarzt bis zum Sanitätsgruppenführer durchlaufen hatte. Seine Übernahme in die SS wurde durch eine möglicherweise spontane Handlung Heinrich Himmlers, die durch mit einer taktischen Überlegung verbundenen Sympathie des Reichsführers SS zu Hanns Löhr erklärt werden kann, einer Sympathie, die sich bis zum Tode Löhrs immer wieder feststellen ließ,

471 Vgl. ebd., S. 11, 21.

472 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Lebenslauf 1936. In seinem Lebenslauf umschrieb Marquort diesen Sachverhalt mit den Worten, dass er »beim Dozentenbundsführer [Löhr] Helfer in bürotechnischen Angelegenheiten« sei.

473 BArch SSO 33 B, p. 234f., Vorschlags-Protokoll des Führerkorps des SD-Unterabschnitts Schleswig-Holstein v. 17.2.1939.

474 BArch SSO 211 B, p. 517, Personalstammblatt Vonkennel.

möglich. Löhr beschreibt diesen Sachverhalt in seinem Lebenslauf aus dem August 1936 mit den Worten: »Am 6. Juli 1936 wurde ich gelegentlich einer Gaudozentenbundsführertagung in Alt Rehse durch den Reichsführer SS zum Oberführer der SS ernannt zum Stabe des Sicherheitsdienstes des Rf. SS.«<sup>475</sup> So einfach war ein solcher Vorgang aber selbst für Himmler nicht zu bewerkstelligen. So musste das SD-Hauptamt erst eine Freigabe Löhrs bei der SA beantragen.<sup>476</sup> Diese erfolgte jedoch unverzüglich,<sup>477</sup> so dass Löhr Anfang September 1936 mitgeteilt wurde, dass er mit Wirkung vom 13. September 1936 an in die SS mit dem Dienstgrad eines SS-Oberführers übernommen und zum SS-Führer im SD-Hauptamt ernannt worden sei. Damit stand er in der Dienstaltersliste der SS im Reich Ende 1938 immerhin an 181. Stelle.<sup>478</sup> Den hohen SS-Dienstgrad verdankte er zum einen sicher der Sympathie Himmlers, zum anderen auch der Tatsache, dass Himmler ihn zum Zeitpunkt seiner Übernahme 1936 im SD brauchte. Es gab im ganzen Deutschen Reich keinen mit der NSDAP und ihrer Ideologie verbundenen Medizinprofessor, dem es gelungen war, sich derart in der Universität und ihrer politischen Umgebung zu vernetzen, wie das bei Hanns Löhr der Fall war. Der SD benötigte ihn dringend für seine Neuausrichtung als »Lebensgebietsnachrichtendienst«, damit auch die Hochschulmedizin nicht ein »weißer Fleck« in der Landkarte der SD-Berichterstattung blieb. Eine Rolle bei der Verleihung des Dienstgrades SS-Oberführer könnten auch Löhrs hohe Einstufung in der SA und vielleicht noch seine Verdienste in der »Kampfzeit« sowie seine hohen Positionen im Zivilleben als Klinikchef, Dekan und Gaudozentenführer gespielt haben.<sup>479</sup> Spannend, aber bislang nur Spekulationen zugänglich, ist der Charakter des Kontakts Löhrs zu Himmler. Neben dem Nutzen, den Löhr zweifellos in den Augen des Reichsführers SS (RFSS) gehabt haben könnte, wird es bestimmt auch Sympathie und Gleichklang der Gesinnungen gewesen sein. Es gehörte bei den Kursen in Alt-Rehse zum (inoffiziellen) Programm, dass abends nach Dienst in dem gegenüber der Torwache gelegenen Alt-Rehser Dorfkrug in feuchtfröh-

475 BArch SSO 272 A, p. 376, Lebenslauf Hanns Löhr.

476 Ebd., p. 396, Schrb. Sicherheitshauptamt an Oberste SA-Führung, München v. 21.8.1936

477 Ebd., p. 391, Schrb. »Die Oberste SA-Führung« an »Reichführung-SS, Der Chef des Sicherheitshauptamtes« v. 26.8.1936: »[...] wird mitgeteilt, dass dem Gesuch des Sanitätsgruppenführers Prof. Dr. Hans [sic!] Löhr auf ehrenvolle Entlassung mit Wirkung vom 1.8.1936 stattgegeben wurde.«

478 Heiber, II, 2, S. 399.

479 Es erfolgte bei der Übernahme in die SS eine Herabstufung von Löhr. Der SS-Dienstgrad Oberführer lag zwei Stufen unter dem von Löhr bei der SA innengehabten Dienstgrad SA-Sanitäts-Gruppenführer.

lichem Zusammensein die Trinkfestigkeit der Kursteilnehmer erprobt wurde.<sup>480</sup> Bei einer solchen Gelegenheit könnte es am 6. Juli 1936 zwischen Himmler, der am gleichen Tage vor den Gaudozentenbundsführern ein Referat vermutlich über das Thema »Nationalsozialistische Auslese« gehalten hatte,<sup>481</sup> und Löhr zur Feststellung gleicher nationalsozialistischer Auffassungen und Einschätzungen gekommen sein, die dann an Ort und Stelle zu der vermeintlichen, jedoch verwaltungstechnisch nicht sofort möglichen Aufnahme Löhrs in die SS durch Himmler geführt hatte.

Schon die SS-Angehörigkeit, dann aber erst recht die Zugehörigkeit zum SD, erforderte einen Kirchenaustritt,<sup>482</sup> den Hanns Löhr, Sohn eines evangelischen Superintendenten, spätestens bis Anfang August 1937, wahrscheinlich aber früher, vollzog.<sup>483</sup> Löhr hatte den Status eines SD-Führers auf SD-Hauptamtsebene, aber keine dem Status entsprechende Funktion im Sicherheitsdienst, die sich in einer der wenigen über ihn überlieferten Quellen finden lassen könnte. Es passt jedoch weder zur Persönlichkeitsstruktur Löhrs noch zu den Zielen des SD, dass die von Löhr möglichen unschätzbaren Dienste im regionalen Bereich, speziell als »Führer« der Medizinischen Fakultät Kiel mit großem Einfluss auf das Geschehen der Kieler Universität, nicht genutzt wurden. Zusammen mit der Bedeutung, die Himmler offenbar dem ideologisch sattelfesten Kieler Medizinprofessor mit starker Vernetzung zu den regional bedeutenden Nationalsozialisten und hohem Einfluss auf die Universität zugemessen hat, lässt keinen anderen Schluss zu, als dass Löhr im SD im Rahmen der neuen Aufgaben des Inlandsnachrichtendienstes des SD (Abteilung III) sich für Stimmungs- und Lageberichte aus der Hochschule angeboten hatte und auch eingesetzt wurde. Die Anwesenheit Heinrich Himmlers bei der Gründung der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB Anfang 1938 war ungewöhnlich und könnte den Verdiensten und der regionalen Bedeutung Löhrs gegolten haben. Diese Vermutung wird durch weitere Gunstbeweise des Reichsführers SS erhärtet: Himmler hatte die Angewohnheit, hohe SS-Angehörige anlässlich ihrer Geburtstage mit Geschenken zu bedenken. Darüber wurde bereits bei Schittenhelm berichtet. Himmler drückte Löhr gegenüber mit besonderen Ehrungen wie dem

480 Löhr, Hanns: Über die Tagung des NSD.-Dozentenbundes in Alt-Rehse, in: Kieler Blätter (1938), S. 42–43, hier S. 43.

481 Ebd., S. 177.

482 90 % der SD-Mitglieder traten aus der Kirche aus. Browder, George C.: Die frühe Entwicklung des SD. Das Entstehen multipler institutioneller Identitäten, in: Wildt, Michael (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. Hamburg 2003, S. 38–56, hier S. 52.

483 BArch SSO 272 A, p. 401 f., Fragebogen v. 3.8.1937; Vonkennel/Freerksen, S. 118.

sogenannten »Totenkopfring«, dem Ehrendegen und dem Julleuchter sein Wohlwollen aus.<sup>484</sup> Zu seinem 49. Geburtstag 1940, schreibt Löhr an Marquort in Brünn, habe ihm der »Reichsführer SS [...] mit einer handgeschriebenen Visitenkarte persönlich gratuliert und [...] durch die SS-Porzellanmanufaktur den SS-Fahnenräger in Porzellan als Geschenk übersandt«,<sup>485</sup> zum 50. Geburtstag 1941, nur wenige Wochen vor seinem Tode, erfolgte die lang ersehnte Beförderung zum SS-Brigadeführer<sup>486</sup> durch den Reichsführer SS. Auch hier gab es, offenbar wie schon im Juli 1936, auf die die Bürokratie ignorierende Vorgehensweise Himmlers zurückzuführende Unklarheiten. Rechtzeitig zu seinem Geburtstag war Löhr die Beförderung durch Heydrich mitgeteilt worden,<sup>487</sup> allerdings war versäumt worden, eine Ernennungsurkunde auszustellen. Erst am 9. März 1942, also etwas mehr als fünf Monate nach dem Tode Löhrs, erfolgte die Unterschrift Himmlers, nachdem der Chef des SS-Personalhauptamtes, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Walter Schmitt, sich der Angelegenheit angenommen hatte.<sup>488</sup> Auch bei der Beförderung Löhrs zum SS-Brigadeführer handelte es sich um einen Ehrentitel. Dieser wurde jedoch nur an jemanden verliehen, der Heinrich Himmlers Wertschätzung genoss und praktischen Wert für ihn besaß. Heiber weist darauf hin, dass diesen Rang im SD »fast nur Vahlen und Mentzel, die ganz alten Kämpfer und Chefs des Amtes Wissenschaft« besaßen.<sup>489</sup>

Für die Erfüllung seiner SD-Aufgaben standen Löhr innerhalb der Medizinischen Fakultät weitere SD-Angehörige und V-Männer zur Verfügung. Zu ihnen gehörte u. a. als rechte Hand Walter Marquort. Er war Löhrs Assistent in der Kieler Medizinischen Universitätsklinik. Im Herbst 1931 war er Angehöriger der SS mit der niedrigen SS-Nr. 11.055 geworden. Schon am 26. Oktober 1931 war er rückwirkend zum 20. September 1931 zum SS-Sturmbannarzt ernannt und mit der Führung und Organisation des III. Sturmbanns der 19. SS-Standarte beauftragt worden.<sup>490</sup> Ein Jahr später erfolgte die Beförderung zum SS-Sturmführer und die Ernennung zum Sturmbannarzt des IV.

484 BArch SSO 272 A, p. 367, Personalnachweis Hanns Löhr.

485 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schrb. Löhr an Marquort v. 24.9.1940.

486 Ebd., BArch SSO 272 A, p. 380, Schrb. Marianne Löhr an den Reichsführer SS, SS-Personalhauptamt v. 14.10.1943.

487 BArch SSO 272 A, p. 382 f., Schrb. Chef Sicherheitshauptamt an Reichsführer SS, SS-Personalhauptamt v. 2.3.1942 nebst Anlage des Schrb. Heydrich an Löhr v. 13.9.1941.

488 Ebd., Schrb. Schmitt an den Pers. Stab RFSS SS-Sturmbannführer Dr. Brandt v. 6.3.1942.

489 Heiber, II, 2, S. 399.

490 BArch SSO 297 A, Beauftragung und Ernennung vom Reichsführer-SS v. 26.10.1931.

Sturmbanns der 19. SS-Standarte.<sup>491</sup> Diese vielversprechende »Karriere« fand 1933 ein jähes Ende, als Marquort auf Antrag des Führers des SS-Abschnitts XVII, SS-Oberführer Heißmeyer, aus der SS entlassen wurde, weil er »für die SS ungeeignet« sei und mit dem Führer der IV/19. SS-Standarte nicht zusammengearbeitet habe.<sup>492</sup> Marquort war für Löhr sicher nicht in erster Linie als Arzt, sondern eher als rechte Hand im Rahmen seiner SA-Tätigkeit unentbehrlich und wurde von ihm deswegen aus Bethel mit nach Kiel genommen. Dort war er ab 1. August 1934, also dem Zeitpunkt des Wechsels nach Kiel, als SA-Standartenarzt bei der SA-Gruppe Nordmark zusammen mit Löhr tätig. Es spricht viel dafür, dass Löhr, der für seine Tätigkeit beim Aufbau des SD-Netzes der Universität Marquort benötigte, direkt bei Himmler am 6. Juli 1936, die Initiative ergriff, um Marquort wieder die Aufnahme in die SS zu ermöglichen. Im September 1936 wurde der Antrag gestellt, Marquort als SS-Obersturmbannführer in die SS und den SD aufzunehmen.<sup>493</sup> Das Sicherheitshauptamt begründete den etwas ungewöhnlichen Vorgang damit, dass »Marquort Assistenzarzt bei SS-Oberführer Prof. Dr. Löhr an der Universitätsklinik [sei] und seit Anfang 1936 ehrenamtlich für den SD-RF-SS [arbeite]«. Schließlich war Marquort 1933 mehr oder weniger unehrenhaft aus der SS entlassen worden. Die Wiederaufnahme Marquorts, der als SS-Sturmführer, entsprechend dem Rang eines SS-Untersturmführers im Jahre 1936,<sup>494</sup> aus der SS entlassen worden war, wurde mit einer Beförderung um vier Stufen zum Obersturmbannführer verbunden, auch seine alte SS-Nummer wurde ihm wieder erteilt. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, dass SS-Oberführer Löhr die Wiederaufnahme befürwortet habe.<sup>495</sup> In der Folge wurde Marquort mit einer persönlich von Himmler unterzeichneten Urkunde zum 18. März 1937 mit dem Dienstgrad eines SS-Obersturmbannführers

491 Ebd., Beauftragung und Ernennung vom Reichsführer-SS v. 8.11.1932.

492 Ebd., Schreiben des SS-Oberführers Heißmeyer an die SS-Gruppe-West v. 16.1.1933; Schrb. der SS-Gruppe-West an den Reichsführer-SS v. 19.1.1933. Danach hatte Marquort einem SS-Mann geholfen, der auf Beschluss der SS der örtlichen Kriminalpolizei ausgehändigt werden sollte. Entlassungsschreiben Reichsführer-SS v. 25.1.1933. Die Entlassung erfolgte zum 19.1.1933.

493 BAArch SSO 297 A, Dienstleistungszeugnis des Kieler Führers der SA-Gruppe Nordmark SA-Gruppenführer Meyer-Quade v. 24.9.1933. Einen Beweis für die Einflussnahme Löhrs gibt es nicht.

494 Die Dienstgradbezeichnung Sturmführer war bei der SS (anders als bei der SA) in Untersturmführer geändert worden.

495 BAArch SSO 297 A, Antrag des Chefs des Sicherheitshauptamtes an die SS-Personalkanzlei v. 3.3.1937

unter gleichzeitiger Ernennung zum SS-Führer im Sicherheitshauptamt wieder in die SS aufgenommen.<sup>496</sup>

Dieser Vorgang wurde hier ausführlich dargestellt, da er das große Interesse der SD-Führung an der Arbeit Löhrs und den dadurch gegebenen Einfluss Löhrs bei Himmler und beim SD deutlich macht. Es ist eine Bestätigung für die bereits oben gemachte Feststellung, dass der SD Löhre haben wollte, um seine Aufgaben im Rahmen des im Aufbau befindlichen »Lebensgebietsnachrichtendienstes« erfüllen zu können. Unterstrichen wird die Bedeutung des Vorgangs durch die persönliche Unterschrift Himmlers. 1937 war eine derartige direkt sichtbare, persönliche Beteiligung Himmlers anders als z. B. 1931 nur noch bei Vorgängen von hoher Bedeutung üblich.<sup>497</sup> Bis August 1937 trat Marquort auch, wie es für einen SD-Angehörigen nahezu unverzichtbar war, aus der Kirche aus.<sup>498</sup> Walter Marquort war für Löhre nicht nur als Assistenzarzt in der Klinik tätig, sondern war auch seit Bethel seine rechte Hand bei Wahrnehmung seiner politischen Ämter in NSDAP und SA,<sup>499</sup> in Kiel dann neben der Klinik­tätigkeit auch ganz besonders beim SD und »beim Dozentenbunds­führer [Löhre] Helfer in büro­technischen Angelegenheiten«.<sup>500</sup> Marquorts bereits erwähnte Arbeiten zur Taucher­krankheit, die für die U-Boot-Waffe von Bedeutung waren,<sup>501</sup> bildeten die Grundlage für eine Doktorarbeit des Assistenz­arztes und SS- und SD-Kameraden Jochen Rietz 1939.<sup>502</sup> Der parallel zur Beförderung Löhres im Spätsommer 1941 unternommene Versuch Heydrichs, Marquort zum SS-Standartenführer befördern zu lassen,<sup>503</sup> scheiterte an Himmlers Einspruch wegen Marquorts jungem Alter und der Tatsache, dass

496 Ebd., Schrb. des RF-SS an den SA-Standartenführer Dr. Marquort v. 20.3.1937.

497 Ebd., passim. Beförderungen in der SS wurden zu diesem Zeitpunkt bei den hier angesprochenen Dienstgraden nicht mehr mit Himmlers persönlicher Unterschrift ausgefertigt, sondern nur noch in seinem Namen »gezeichnet« und beglaubigt.

498 Ebd., Fragebogen zur Ergänzung bzw. Berichtigung der Führerkartei und der Dienstaltersliste v. 6.8.1937. 1931 hatte Himmler noch die Beförderungen Marquorts zum SS-Mann und zum Sturmbannarzt und 1932 zum Sturmbannarzt und SS-Sturmführer persönlich unterschrieben (BArch SSO 297 A).

499 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schrb. Löhre an Kurator v. 10.12.1934.

500 Ebd., Lebenslauf Marquort 1936.

501 Ebd., Bescheinigung Löhre v. 28.1.1938; ebd., Antrag Löhres auf Genehmigung der Weiterbeschäftigung eines Assistenten v. 8.1.1938.

502 Rietz, Physiologische Untersuchungen.

503 BArch SSO 297 A, Schrb. Chef Sicherheitspolizei und des SD Heydrich an SS-Personalhauptamt v. 8.8.1941.

Marquort nicht gedient habe<sup>504</sup> Ein zweiter Versuch Heydrichs gut zwei Wochen vor dem Attentat auf ihn im Mai 1942 war mit Wirkung vom 1. Juli erfolgreich.<sup>505</sup> Der verhältnismäßig kurze Zeitraum von etwa 9 Monaten zwischen den beiden Versuchen lässt vermuten, dass es eine persönliche Intervention Heydrichs bei Himmler gab. Ein solches Vorgehen erfolgt sicher nur bei Personen, die besondere Verdienste erworben hatten, Marquort also auch in Brünn in seiner Funktion als Chefarzt für den SD wertvolle Dienste geleistet haben musste. Dazu passt, dass Marquort am 30. Januar 1944 ohne erkennbare wissenschaftliche Meriten zum Professor ernannt wurde.<sup>506</sup> Über Marquorts weitere Tätigkeit in Tschechien liegen nähere Informationen nicht vor, da nach Löhrrs Tod keine aktenkundige offizielle Verbindung zwischen Marquort und der Kieler Medizinischen Fakultät mehr bestand.

Dass es bei Enno Freerksen recht wenig Quellen über seine Tätigkeiten in Kiel während der Zeit des Nationalsozialismus gibt, mag zum einen auf seinen Einfluss als in Kiel bis Mitte 1944 die Amtsgeschäfte führender Prorektor<sup>507</sup> zum anderen darauf zurückzuführen sein, dass er ab Juni 1944 einen geordneten Rückzug aus allen Ämtern von Universität und Partei durchführte, ein Vorgang, auf den noch näher einzugehen sein wird.<sup>508</sup> Es ist wahrscheinlich, dass er in der Endphase des Regimes Einfluss auf den Verbleib ihn betreffender heikler Akten nahm. Seine Partei- und Universitätskarriere, sein SS-Dienstgrad 1941 als Untersturmführer wie auch sein Austritt aus der evangelischen Kirche am 24. Februar 1939 geben schon erste Hinweise auf eine Zugehörigkeit zum SD, wahrscheinlich zunächst als Verbindungsmann.<sup>509</sup> Kater berichtet, dass Freerksen für den SD tätig gewesen sei, wie er schreibt, als »Spitzel«.<sup>510</sup> Der von Kater gewählte Begriff »Spitzel« ist jedoch zu eindimensional und bedarf näherer Analyse. Eine ehrenamtliche Mitarbeit im SD als V-Mann war im Hinblick auf die Entwicklung des SD etwa ab 1937 zur Avantgarde und zum »Träger einer politischen Zieli-

504 Ebd., Schrb. RF-SS, Persönlicher Stab (aus den Führerhauptquartier) an den Chef des SS-Personalhauptamtes SS-Gruppenführer Schmitt v. 28.8.1941.

505 Ebd., Schrb. Chef Sicherheitspolizei und des SD an SS-Personalhauptamt v. 11.5.1942; Schrb. Chef SS-Personalhauptamt SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Schmitt an RSH v. 2.6.1942.

506 Ebd., Schrb. Marquort an SS-Personalhauptamt v. 24.4.1944.

507 Rektor Predöhl musste einen Großteil seiner Zeit in Ratzeburg verbringen, da die für seine kriegswichtige Arbeit unentbehrliche Bibliothek des Institutes für Weltwirtschaft dorthin ausgelagert worden war.

508 Ausführlicher zu Enno Freerksen s. 6.2.3.

509 BArch SSO 220, Personalkarteiblatt.

510 Kater, Ärzte, S. 218.

nie«, die über das mit dem Begriff »Spitzel« beschriebene reine Denunziantentum hinausging,<sup>511</sup> für einen jungen, ehrgeizigen, nach vorne strebenden, engagierten, nationalsozialistischen Angehörigen der Universitätselite naheliegend. Der SD hatte sich etwa ab 1937 als politische Elite identifiziert, die nach ihrem Führungsanspruch immer mehr in die Funktion eines umfassenden »Lebensnachrichtendienstes« eintrat.<sup>512</sup> Hierzu wurden erhebliche Zahlen von in die Universitäten integrierten V-Männern benötigt, die über die mehr »trivialen« Tätigkeiten der Gestapo und Teilen des SD hinaus den weitergehenden weltanschaulichen Zielen des Regimes mit einer sachlich-nüchternen wissenschaftlichen Zuarbeit dienen sollten.<sup>513</sup> Tatsächlich erfolgte Freerksens Aufnahme in den SD sicher nicht ohne Förderung Löhrs zum 20. Mai 1941 mit einer Zuordnung zur Führungsreserve des Reichssicherheitshauptamtes.<sup>514</sup> Naheliegender erscheint in diesem Zusammenhang in Anbetracht der Persönlichkeitsstruktur Löhrs, dass dieser als Rektor der Universität seine Aufgaben im SD einem jüngeren Nachfolger übergeben wollte, weil nach seinem Verständnis die Aufgabe eines Rektors nicht mit einer aktiven Tätigkeit für den Sicherheitsdienst kompatibel war. Freerksen wurde 1943 zum SS-Obersturmführer und am 21. Juni 1944 zum SS-Hauptsturmführer befördert.<sup>515</sup> Hierbei handelt es sich um hohe Dienstgrade für einen noch nicht Fünfunddreißigjährigen, der keinerlei militärische Verdienste aufweisen konnte.<sup>516</sup>

Enno Freerksen wies bereits eine beachtliche Zahl von Ämtern während der ersten Jahre seiner nationalsozialistischen Karriere auf. Er war von 1933 bis 1937 Mitglied der SA, kurz vor seinem Wechsel nach Gießen dann Dozentenbundsführer in Rostock. Im Januar 1938 trat Freerksen dort in die SS als SS-Anwärter ein,<sup>517</sup> 1938/39 wurde er Leiter der Dozentschaft an der Universität Gießen sowie Gaudozentenführer von Hessen-Nassau. Sein Werdegang lässt sich schlüssig nur mit dem Schutz durch übergeordnete

511 Vgl. Schreiber, S. 3; BArch, R 58/826, p. 10, SD-HA, Reorganisation des SD v. 24.2.1939, aber auch: Best, Werner: Die Deutsche Polizei, Darmstadt 1941, S. 45 f.

512 Schreiber, Elite, S. 3–6.

513 Lerchenmüller, Joachim: Die Reichsuniversität Straßburg. SD-Wissenschaftspolitik und Wissenschaftskarrieren vor und nach 1945, in: Bayer, Karen (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 53–80, hier S. 53–57.

514 BArch SSO 220, Akte Freerksen.

515 Ebd., Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 52.

516 Es war bei der SS üblich, einen bereits bei der Wehrmacht erworbenen Dienstgrad bei der Einstufung in einen SS-Dienstgrad je nach Wichtigkeit der betroffenen Person mehr oder weniger zu berücksichtigen.

517 BArch RS B 040, Enno Freerksen, p. 980, Rasse- und Siedlungsamt-Fragebogen.

nationalsozialistische Stellen und deren Interessen erklären. Möglicherweise war Freerksen schon zum Zeitpunkt seines Eintritts in die SS auch ehrenamtlicher V-Mann des SD gewesen. Er ist der einzige der hier genannten SD-Angehörigen, von dem nach dem Kriege noch Durchschläge über Meldungen an den SD vorlagen, bei allen anderen hier genannten Angehörigen und Mitarbeitern des SD gab es das nicht.<sup>518</sup> Vom 9. Juni 1942 bis 5. Juni 1944 bekleidete er als Nachfolger Vonkennels mit einer Ausnahmegegenehmigung des Reichserziehungsministers das Amt des Prorektors.<sup>519</sup> In Kiel war Enno Freerksen im Jahr 1940 bis Mai 1941 Dozentenbundsleiter und von Mai 1941 bis Mitte 1944 Gaudozentenbundsleiter. Ein Privileg, das sich stillschweigend einige führende SD-Angehörige, so auch Freerksen als Angehöriger der SD-Elite und auch Vonkennel als SD-Mitarbeiter, herausnahmen, war die Distanz zu den oft geistlosen Konventionen der Nationalsozialisten. Hierdurch erhielt er die von ihm als Gaudozentenleiter und Prorektor auch erkennbar genutzten Handlungsspielräume, die es ihm erlaubten, seine offiziellen Tätigkeiten losgelöst von der nationalsozialistischen Phraseologie ohne Beeinträchtigung seiner Karriere durchführen zu können.<sup>520</sup>

Hans-Jochen Rietz, am 14. August 1910 in Berlin-Wilmersdorf im gleichen Jahr wie Enno Freerksen geboren, war ebenfalls Arzt, NSDAP-Mitglied und SD-Angehöriger. Ansonsten konnte der Werdegang der beiden unterschiedlicher nicht sein. Rietz studierte ab 1930 in Königsberg, Berlin, Würzburg, Innsbruck und Kiel, legte in Kiel im Juni 1936 sein medizinisches Staatsexamen ab und kam am 1. August 1937 als Volontärassistent in Löhrrs Medizinische Klinik.<sup>521</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Freerksen schon Dozentenbundsleiter für Rostock und wenig später Gaudozentenbundsleiter in Gießen für Hessen-Nassau. Rietz hatte noch nicht einmal promoviert, als Freerksen bereits mit seiner Habilitation fertig war. Rietz war ähnlich wie Freerksen schon 1932 in die NSDAP eingetreten, anders als dieser aber im gleichen Jahr auch in die SS. Während seines Studiums in Innsbruck von Ende 1933 bis zum österreichischen Juli-Putsch 1934

518 LASH Abt. 605, Nr. 1032, Begründung des Berufungsausschusses für Entnazifizierung v. 7.2.1947. Über die Durchschläge wurde an dieser Stelle berichtet, sie liegen heute nicht mehr vor.

519 Erlass vom 9. Juli 1942, LASH Abt. 47, Nr. 2045, Mitteilung des Rektors Predöhl an Freerksen v. 6.10.1942. Die Ausnahmegegenehmigung war nötig, da für das Rektorenamt die ordentliche Professur Voraussetzung war.

520 Die durch einen archivarischen Glücksfall eindeutig belegte ehrenamtliche SD-Karriere des Kieler Dermatologen Vonkennel, der 1943 nach Leipzig ging und dort als V-Mann und SS-Sturmbannleiter wichtige Funktionen für den SD übernahm, mag hierbei als vergleichbare Parallele gelten. Schreiber, Elite, S. 263–266.

521 Rietz, Physiologische Untersuchungen, Lebenslauf.

war er, wie er selbst schreibt, in der österreichischen SA »aktiv« geworden.<sup>522</sup> Anders als Freerksen, der erst 1939 aus der Kirche austrat, nahm Rietz diesen Schritt bereits im Februar 1935 vor und wurde im September 1935 in Kiel als SD-Mann verpflichtet und vom SD-Unterabschnitt Schleswig-Holstein übernommen. Dort bearbeitete er das Arbeitsgebiet »Rasse und Volksgesundheit«, war also für die Rassenfragen im SD-Abschnitt verantwortlich.<sup>523</sup> Im Gegensatz zu Freerksen, der seine Karriere zielgerichtet mit den von der Partei an der Universität zu vergebenden Ämtern aufbaute, konzentrierte sich Rietz neben seiner Tätigkeit als Assistenzarzt an der Medizinischen Universitätsklinik Kiel voll auf seine ehrenamtliche Laufbahn im SD. Auf seine Promotion im Jahre 1939 wurde bereits hingewiesen.<sup>524</sup>

Rietz musste abweichend von den hier bisher geschilderten Werdegängen in der SS mit einem niedrigen Rang beginnen und so waren SS-Mann, SS-Scharführer und 1938 SS-Oberscharführer Stationen seines eher mühsamen ehrenamtlichen Werdeganges im SD. Beschrieben wurde er in einer Beurteilung als vorwiegend nordischer Mann mit ausgezeichneter persönlicher Haltung, korrektem soldatischen Auftreten und kompromissloser nationalsozialistischer Überzeugung. Seine Weltanschauung sei »von vorbildlich klarem Gefühl getragen«, er sei »der vorbildliche SS-Mann mit überdurchschnittlicher Befähigung, großem Arbeitseifer und seltenem Idealismus«. Ein erster Höhepunkt seiner SS-/SD-Karriere war der Vorschlag zur SS-Sturmführer-Laufbahn nach einer hochrangig besetzten Besprechung unter Leitung des bereits erwähnten SD-Unterabschnitts-Führers für Kiel, dem SS-Obersturmbannführer Horst Böhme. Von den in dieser Besprechung anwesenden SS-Führern, unter denen sich Walter Marquort befand, wurde die Bürgerschaft zur Beförderung als SS-Sturmführer übernommen.<sup>525</sup> Im April 1939 wurde er Untersturmführer, ein Jahr später Obersturmführer und im September 1942 Hauptsturmführer.<sup>526</sup> Rietz war vom SD nicht für den Einsatz an der Universität vorgesehen. Deswegen dürften sich seine Kontakte zu Löhrl im

522 Der Juli-Putsch war ein gescheiterter nationalsozialistischer Umsturzversuch in Österreich mit zahlreichen Toten, darunter auch dem österreichischen Bundeskanzler Dollfuß. Er begann am 25. Juli 1934 mit dem Überfall von als Soldaten verkleideten SA-Männern auf das Bundeskanzleramt in Wien. (Auerbach, Hellmuth, Juli-Putsch, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 537 f.). Wahrscheinlich war Rietz beteiligt und musste aus Österreich flüchten.

523 BArch SSO O33 B, p. 225, Beurteilung v. 25.6.1942

524 Marquort/Rietz, Physiologische Untersuchungen.

525 BArch SSO O33 B, p. 232 f., Vorschlagsprotokoll des Führerkorps SD-Unterabschnitt Schleswig-Holstein vom 17.2.1939.

526 BArch SSO O33 B, p. 210, Personalblatt o. D.

Wesentlichen auf die eines Assistenzarztes zu seinem Chef beschränkt haben. Nach der Besetzung Polens wurde er von dem SD-Abschnitt Kiel am 7. November 1939 für fünf Monate zur Einwandererzentralstelle (EWZ) Nord-Ost als vertretender Dienststellenleiter einer Gesundheitsstelle nach Posen abgeordnet, wo er u. a. die »rassische Bewertung« deutscher Umsiedler vorwiegend aus Bessarabien durchführte.<sup>527</sup> Nach dieser Zeit wurde ihm die Eignung für leitende ärztliche Tätigkeiten bei Sondereinsätzen als SD-Mitarbeiter für das Gesundheitswesen bescheinigt. Nach der Besetzung Norwegens im April/Mai 1940 erfolgte die Kommandierung zum Stab des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) in Oslo, wo er das Referat III B »Volkstum und Volksgesundheit« leitete und umfangreiche Ausarbeitungen zu dem von ihm vertretenen Fachgebiet anfertigte.<sup>528</sup> Die Informationen über die weiteren Tätigkeiten Rietz' werden dann spärlich. Nur so viel ist noch bekannt: Seine Dienstanzeige war im April 1944 Brandenburg/Havel, Malge. Aus dem November 1944 ist folgender Vermerk in den Quellen zu finden: »Der SS-HStF Dr. Jochen Rietz, RSHA – Amt III – wird aus dienstlichen Gründen zum BdS Oslo abgeordnet.«<sup>529</sup> Aus seiner Adresse in Brandenburg lässt sich schließen, dass er direkt im Reichssicherheitshauptamt in Berlin tätig gewesen war, bevor seine Osloer Erfahrung vermutlich in brenzlicher Situation erneut in Norwegen benötigt wurde. Ausgezeichnet wurde er am 9. Februar 1942 rückwirkend zum 1. September 1941 mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern,<sup>530</sup> später dann auch noch mit der Medaille für deutsche Volkspflege.<sup>531</sup> Das Material erlaubt nur vage Vermutungen, ob Rietz, wie auch schon nach dem Polenfeldzug, Aufgaben vor Ort nach dem Überfall auf die Sowjetunion übernommen haben könnte. Da er aus dem SD-Abschnitt Kiel nach Oslo nur abgeordnet und nicht versetzt war, ist es denkbar, dass der dem System ideologisch vorbehaltlos ergebene SD-Arzt nach dem Einmarsch in die Sowjetunion eine vorübergehende Verwendung im östlichen Kriegsgeschehen gefunden hat. Dafür spricht auch das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern.<sup>532</sup>

527 Ebd., p. 215, Kurzmitteilung o. D, vermutlich 1940.

528 Ebd., p. 225, Beurteilung v. 25.6.1942.

529 Ebd., p. 220 f.

530 Ebd., p. 243, Meldung v. 15.2.1943.

531 Ebd., p. 222, Meldung v. 9.2.1942.

532 Die ursprüngliche Stiftung sah nur das Kriegsverdienstkreuz I. und II. Klasse mit und ohne Schwerter vor, kam aber vor 1940 nicht zur Anwendung. Damit sollte eine klare Differenzierung zwischen den Verdiensten an der Heimatfront (ohne Schwerter) sowie dem rückwärtigen Frontgebiet, der Etappe und beim Ersatzheer (mit Schwertern) erreicht werden. Die Stiftungsverordnung besagt dazu, dass das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern verliehen wird gemäß Art. 3 a) StiftungsVO: »...für besondere Verdienste bei Einsatz unter feindlicher

1941/42 wurden Orden im Deutschen Reich und besonders auch in der SS noch unter gewissenhafter Beachtung der Ordensbestimmungen vergeben. Rietz wurde also nicht für Verdienste an der »Heimatfront«, denn dafür war der ihm verliehene Orden nicht bestimmt, sondern für »besondere Verdienste beim Einsatz unter feindlicher Waffenwirkung oder für besondere Verdienste in der militärischen Kriegsführung« geehrt. Die Verleihung erfolgte mit Wirkung zum 1. September 1941, der Zeit, in der die Mordkommandos der Einsatzgruppen des SD im rückwärtigen Kriegsgebiet der Ostfront ihr schreckliches Werk vollbrachten.<sup>533</sup> Ergänzend spricht für diese Vermutung dass der stellvertretende Befehlshaber der Einsatzgruppe A im Baltikum, Obersturmbannführer Karl Tschierschky,<sup>534</sup> der der ehemalige Chef von Rietz als stellvertretender Leiter der Einwanderungszentrale in Posen gewesen war und große Stücke auf ihn hielt,<sup>535</sup> ihn angefordert haben könnte. So ist die Vorstellung einer vorübergehenden Abordnung des durch und durch die nationalsozialistische Ideologie bejahenden, schwergebietsmäßig immer wieder für die Durchsetzung des nationalsozialistischen Rassismus tätigen Arztes in den Osten durchaus wahrscheinlich. Dafür spricht auch, dass in den ansonsten recht vollständig erscheinenden SS-Personalunterlagen im Bundesarchiv<sup>536</sup> über die Gründe für die beiden verliehenen Orden kein Hinweis zu finden ist. Die könnte man mit der Absicht von Geheimdiensten, wie des SD, operative Geheimvorgänge auch gegenüber der personalaktenführenden Dienststelle vertraulich zu halten, erklären. Nach dem wahrscheinlichen Einsatz im Osten war Rietz wieder beim BdS in Oslo

Waffenwirkung oder für besondere Verdienste in der militärischen Kriegsführung.« (Also ohne die für das Eiserne Kreuz ausschlaggebende »Tapferkeit vor dem Feind« oder »hervorragende Verdienste in der Truppenführung«.) Das Kriegsverdienstkreuz ohne Schwerter wird gemäß Art. 3 b) StiftungsVO: »...für besondere Verdienste bei der Durchführung von sonstigen Kriegsaufgaben, bei denen ein Einsatz unter feindlicher Waffenwirkung nicht vorlag« verliehen. Doehle, Heinrich: Die Auszeichnungen des Großdeutschen Reiches, Orden, Ehrenzeichen, Abzeichen, Berlin 1945 [Lizenzausgabe Norderstedt 2000], S. 29 f.

533 Vgl. Pohl, Dieter: Eisernes Kreuz. Orden für den Massenmord, in: Die Zeit v. 8.6.2008, online: <http://www.zeit.de/2008/24/Eisernes-Kreuz>.

534 Schreiber, S. 59. Zu seiner Zeit als stellvertretender Befehlshaber der Einsatzgruppe A wurden durch deren Erschießungskommandos im Baltikum über 300.000 Menschen ermordet. Tschierschky war von 1941 bis zum Frühjahr 1944 SD-Abschnittsführer in Dresden und wechselte wie viele SD-Führer zwischen der Verwendung in der Heimat und in den Mordkommandos in den besetzten Gebieten.

535 BAArch SSO 33 B, p. 218, Dienstleistungszeugnis der EWZ Nordost in Lodsch v. 6.3.1940.

536 BAArch SSO 33 B, p. 210–244.

tätig,<sup>537</sup> dann zu einem späteren Zeitpunkt im RSHA, bis er 1944 erneut nach Oslo abgeordnet wurde. Der weitere Verbleib von Rietz in Oslo bleibt im Dunkeln. Ob er den Krieg überlebt hat, ist aus den Quellen nicht zu ersehen.

Bei einer Zwischenbilanz zur Zahl wirklich überzeugter, einsetzbarer und durchsetzungsfähiger Nationalsozialisten in der Kieler Medizinischen Fakultät im Jahre 1940 ergibt sich folgendes Bild: An der Spitze stand Löhr, gefolgt von Vonkennel und Freerksen, an Rassismus und Fanatismus wohl noch übertroffen von Rietz, der jedoch im Geschehen der Fakultät keine Rolle spielte. Weiterhin sind die aktiven überzeugten Nationalsozialisten Holzlöhner, Bachmann, Philipp und Küntscher von Bedeutung. Weitere Oberärzte und Assistenten müssten noch genannt werden, konnten hier für eine solche Bewertung nicht genau untersucht werden.

Freerksen hatte sich dem Nationalsozialismus offensichtlich aus Karrieregründen verschrieben, seine Aktivitäten waren in der Regel leidenschaftslos und sachorientiert, immer auf den Nutzen für seine Hochschullaufbahn ausgerichtet. Anders bei Vonkennel: Dem nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg dem extremen rechten Flügel zuzurechnenden Freikorpskämpfer mit starken antisemitischen Aktivitäten muss der Dienst für die Nationalsozialisten ein inneres Bedürfnis gewesen sein, dem er sich, soweit es seine von ihm vielleicht noch mehr präferierte Wissenschaft zuließ, nahezu bedingungslos verschrieb. So bestehen gar keine Zweifel daran, dass Vonkennel nicht nur am SD-Netz der Kieler Medizinischen Fakultät beteiligt, sondern es scheint sicher, dass er für die Arbeit und die Ergebnisse des Netzes von großer Bedeutung war. Seine schwere Behinderung stand zunächst einer Aufnahme in die SS und damit in den SD entgegen, da er den Vorstellungen der SS-Führung bezüglich des Erscheinungsbildes eines SS-Mannes nicht entsprechen konnte. So war er bis zur zweiten Hälfte 1941 (s. a. 6.2.7) nicht Angehöriger der SS, damit auch nicht des SD.<sup>538</sup> Dies musste ihn aber nicht daran hindern, als Verbindungsmann im SD-Netz der Universität an der Seite Löhrs zu arbeiten. Durch sein umgängliches Wesen, seine kommunikativen Fähigkeiten und seinen Wunsch, zur Förderung seiner wissenschaftlichen Arbeiten in möglichst großem Umfange vom Regime positiv wahrgenommen zu werden, war Vonkennel für die Beschaffung von Informationen sehr geeignet. Er wird also vermutlich während des größten Teils seiner Kieler Zeit als Verbindungsmann mit dem Status »im SD tätig« geführt worden sein. Neben diesen mehr allgemeinen Hinweisen auf eine SD-Tätigkeit deutet ein Vorgang um seine beabsichtigte Berufung nach Straßburg im Jahre 1941 auf

537 Ebd., p. 224, Beförderungsvorschlag v. 29.6.1942. Dafür spricht auch die Verleihung der Medaille für deutsche Volkspflege zum 19.10.1942.

538 BArch SSO 211 B, p. 517, Personalstammblatt.

eine besondere Verwendung Vonkennels in Kiel hin.<sup>539</sup> Der SD strebte in Straßburg »die Schaffung eines unbedingt körperschaftlichen Lehrkörpers« an, der nicht nur der Reichsuniversität Straßburg dienen, sondern »der gesamten deutschen Wissenschaft« als »dauernder Zustrom zugeleitet« werden sollte.<sup>540</sup>

Es war beabsichtigt, eine komplette Universität »unter Zugrundelegung eines streng nationalsozialistischen Maßstabes und einer straffen Auswahl der Lehrkräfte zu einer im Raum verankerten Kampfuniversität zu machen«, so Heydrich gegenüber Himmler.<sup>541</sup> Der mögliche Verlust Vonkennels für Kiel war für Löhr ein Grund, trotz seiner vielfältigen Belastungen als Dekan, designierter Rektor u. a. m. sowie seiner angeschlagenen Gesundheit persönlich nach Berlin zu fahren, um in einer Besprechung mit dem zuständigen Referenten des REM, Ministerialrat Scheer, am 7. März 1941 die Berufung zu verhindern.<sup>542</sup> Auch wenn Vonkennel als Wissenschaftler und designierter Prorektor ohnehin ungen von der Kieler Medizinischen Fakultät abgegeben worden wäre, erklärt dies nicht die persönliche Reise Löhrs. Er hätte seine Argumente auch schriftlich vorbringen können, aber er konnte offenbar nicht alles, was dazu vorzubringen war, schriftlich oder telefonisch äußern. Löhr musste erreichen, dass Vonkennel in Kiel blieb. Unterlagen über den Inhalt des Gespräches gibt es nicht, auch ein mögliches Indiz dafür, dass es sich nicht zur schriftlichen Fixierung eignete. Es könnte also darum gegangen sein, dass Löhr sich die Mitarbeit Vonkennels im SD-Netz erhalten wollte. Vonkennel bot nämlich noch weitere Vorteile, die ihn bei der Informationsbeschaffung nahezu unersetzlich machten. Die sich bei immer stärkerer Militarisierung des Deutschen Reiches unter den Soldaten ausbreitenden Geschlechtskrankheiten<sup>543</sup> erforderten auch von dem eigentlich durch Wissenschaft, Klinik und Lehre ausgelasteten Vonkennel, der durch sein Fach Haut- und Geschlechtskrankheiten und seine Forschungen für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten besonders qualifiziert war, sich für eine umfangreiche Vortragstätigkeit auch im Rahmen seines Engagements

539 LASH Abt. 47, Nr. 2057, Schrb. REM an Dekan Med. Fak. Kiel v. 15.2.1941; Schrb. Vonkennel an den Kieler Rektor v. 20.2.1941.

540 Auch Holzlöhner sollte einen Ruf nach Straßburg erhalten, wohin, so Löhr in seinem Schreiben wörtlich: »[...] wohin überhaupt ein großes Gerenne geht.« LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schrb. Löhr an Marquort v. 24.9.1940.

541 Heydrich an Himmler, 10.4.1942, BA, BDC, SSO-Akte Anrich, zit. nach Lerchenmüller, »SD-mäßige« Bearbeitung, S. 185. Das SD-Vorhaben der Straßburger »Reichsuniversität« scheiterte letztendlich in dem von NSDAP und SD geplanten Umfange, das Ringen um die »Reichsuniversität« Straßburg wurde weitgehend zugunsten des REM entschieden.

542 LASH Abt. 47, Nr. 2057, Schrb. Dekan an Rektor v. 1.4.1941.

543 Vgl. Boberach, S. 272.

für das Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP zu Verfügung zu stellen.<sup>544</sup> Durch seine zahlreichen Vorträge, nicht selten auch in den Ärztevereinen,<sup>545</sup> kam er im Lande herum und erhielt Gelegenheit zu Kontakten mit der Bevölkerung, wichtiger aber noch, mit den Ärzten des Landes. Dies war eine hervorragende Voraussetzung, um Material für eine Berichterstattung beim SD zu sammeln, besonders wenn Persönlichkeit und scheinbar systemkritisches Verhalten die Gesprächspartner dazu brachte, ihre Kritik gegenüber dem Regime offen zum Ausdruck zu bringen.<sup>546</sup> Hier schuf Vonkennel durch sein persönliches Verhalten, das ihm ohne Rückendeckung durch Löhrr und den Kieler SD größte Schwierigkeiten hätte bereiten können, die besten Voraussetzungen dafür, das Vertrauen der auszuhorchenden Personen zu erhalten. Vonkennel wurde in der Nachkriegszeit bestätigt, dass er sich u. a. wiederholt abfällig über die Nationalsozialisten und ihre Politik geäußert,<sup>547</sup> beim Austausch von Meinungen eine grundsätzliche Ablehnung des nationalsozialistischen Systems gezeigt,<sup>548</sup> den Leibarzt Hitlers Morell als wissenschaftlichen Dilettanten bezeichnet habe<sup>549</sup> und auch noch Kontakt zu Creutzfeldt gehalten habe, als dessen Ehefrau sich wegen abfälliger Äußerungen über Hitler im Gefängnis befand.<sup>550</sup> Er habe die Ärztin Dr. Lore Salzenbrodt, die eine jüdische Mutter hatte, bei sich als Privatassistentin beschäftigt, den Bruder seines Assistenten Dr. Josef Kimmig, den Vikar Karl Kimmig, aus den Händen der Gestapo befreit und bei sich als Privatsekretär und Vorlesungsassistenten angestellt u. a. m.<sup>551</sup> Auch wenn diese Erklärungen nach dem Kriege der Entlastung Vonkennels im Sinne der bekannten »Persilscheine« gedient haben und nicht unbedingt in jeder Einzelheit als glaubhaft angesehen werden müssen, kann ihnen auf der Grundlage seines Bekenntnisses zur NSDAP entnommen werden, dass er mit seinem Verhalten Vertrauen erzeugen wollte, das Gegner und Skeptiker des Regimes dazu ermunterten sollte,

544 BAArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt Vonkennel.

545 LASH Abt. 47, Nr. 2117, Schrb. Vonkennel an Rektor Löhrr v. 20.6.1941. Vonkennel sagte eine Einladung zur Hausmusik im Gauhaus mit der Begründung ab, dass er am 25.6. im Vosshaus in Eutin und am 27.6. in Husum vor den Ärzteschaften der Kreisleitung Eutin und Husum Vorträge halten muss.

546 UA Köln, Zug. 317/III 2215, Josef Vonkennel, o. Az., 1947–1966, Bericht Verw. Dir. Schneider, Kuratorium der Universität Köln v. 9.3.1950, Gespräch mit Rominger und Creutzfeldt in Kiel.

547 Ebd., Bericht Verw. Dir. Schneider, Kuratorium der Universität Köln v. 9.3.1950.

548 Ebd., Erklärung Dr. Hans Drexler v. 10.1.1947.

549 Ebd., Erklärung Klaus Kimmig v. 18.8.1946.

550 Ebd., Gespräch mit Rominger und Creutzfeldt in Kiel.

551 Ebd., Erklärung Vonkennel in Ergänzung seines Fragebogens v. 24.1.1948.

offen mit ihm zu reden. Dies war in der damaligen Zeit für eine Person an profilierter Stelle mit vielen Gesprächspartnern nur dann möglich, wenn eine Stelle, die dazu in der Lage war, nämlich der SD, seine schützende Hand über Vonkennel hielt.

Vonkennel blieb zunächst in Kiel. Die weitere Entwicklung des Krieges, durch die dann die Forschungen Vonkennels immer wichtiger wurden, hatten dann jedoch auf Betreiben Himmlers zur Folge, dass Rust am 24. Dezember 1942 der Berufung Vonkennels nach Leipzig zustimmte. Vonkennel, den der SD als »fanatischen Nationalsozialisten unter den führenden Dermatologen Europas« ansah, der »jederzeit zu jedem einsatzbereit sei« ging nach Leipzig, um dort – in einem Geheimvertrag mit dem Reichsarzt SS geregelt – unter dem Deckmantel seines Lehrstuhls mit Hilfe des SS-Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamtes ein chemotherapeutisches Forschungsinstitut aufzubauen.<sup>552</sup> Auf die damit verbundenen Aktivitäten des Dermatologen wird noch später zurückzukommen sein (s. 6.2.7).

Ob Ritterbusch in seiner Festrede mit dem bereits zitierten Hinweis auf die »Gemeinschaft Kieler Dozenten«, die sich 1935 bis 1936 »unter Führung bewährter Nationalsozialisten eine Gemeinschaft Kieler Dozenten zusammenfand« bereits das im Entstehen befindliche SD-Netz der Universität meinte, oder ob es sich hier um eine ausschließlich universitär begründete Arbeitsgemeinschaft zur Vorbereitung der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB handelte, wird heute nicht mehr zu entscheiden sein, ist vielleicht aber auch unerheblich. Beides wäre möglich: Im zweiten Falle dürfte die Gemeinschaft die Vorstufe weiterer organisatorischer Bemühungen Löhrs mit dem Ziel gewesen sein, den Nationalsozialismus in der Universität als ideologische Grundlage weiterer Arbeit zu verfestigen, um mit Hilfe eines dann entstehenden SD-Netzes, der Gründung der Akademie des NSDDB und der erneut begründeten Kieler Blätter zu einer, wie er schrieb, »nationalsozialistischen Wissenschaft« zu kommen.<sup>553</sup> Das SD-Netzwerk Löhrs in der Medizinischen Fakultät wird seine Hauptaufgaben in der Berichterstattung gesehen haben, die dann in der SD-Zentrale in die »Meldungen aus dem Reich«, spezielle Untersuchungen oder auch nur in Personalakten beobachteter Personen eingegangen sein dürften. Die Berichte über Vorgänge an den Universitäten in den »Meldungen aus dem Reich« sind stark zusammengefasst und erlauben keine Identifizierung der Nachrichtenquellen, ein bei einem Geheimdienst nicht gerade ungewöhnlicher Vorgang.<sup>554</sup>

552 Schreiber, *Elite*, S. 264.

553 Ritterbusch, *Entwicklung*, S. 453 f.

554 Boberach, *passim*.

Bei der Nachrichtenbeschaffung dürfte Löhr nicht auf nennenswerte Schwierigkeiten gestoßen sein, da er als Dekan und enger Vertrauter des Rektors, zeitweise auch Prorektor, alle Möglichkeiten besaß, an Informationen heranzukommen. Die »Gemeinschaft Kieler Dozenten« wie auch weitere Mitglieder der Fakultät sowohl aus dem Lehrkörper als auch aus der Assistentenschaft werden ihm dabei unwissentlich als Zuträger oder wissentlich als Zuträger und V-Männer geholfen haben. Hierbei dürften neben Vonkennel, Freerksen und Marquort die besonders engagierten Nationalsozialisten, wie in der Anfangszeit Robert Schröder, später auch Werner Bachmann, Herbert Siegmund, Wilhelm Meister, Klaus Niessing, Gerhard Küntscher, Hugo Meyer, Heinz-Gerhard Riecke und Karl-Hugo Zinck, nützlich gewesen sein. Schröder gab in einem Lebenslauf vom 25. Mai 1945 an, dass er an Besprechungen des SD über Hochschulangelegenheiten und ärztliche Fragen teilgenommen habe.<sup>555</sup> SS-Angehörige wie Holzlhöner und A. W. Fischer, übernahmen im Bedarfsfall noch besondere Aufgaben. Darüber hinaus dürfte es größere nationalsozialistische und sicherheitsdienstliche Aktivitäten außerhalb des genannten Personenkreises wohl eher selten gegeben haben, wobei der Quellensituation geschuldete Lücken nicht restlos auszuschließen sind. Auch der SD beklagte in seinen »Meldungen aus dem Reich«, dass nur bei einem zahlenmäßig geringeren Teil der Dozenten an Universitäten von einer offenen Einsatzbereitschaft für den Nationalsozialismus gesprochen werden könne.<sup>556</sup>

555 UA Leipzig PA 1602, Personalakte Schröder, p. 247. Inhalte der Besprechungen sollen rein sachliche Stellungnahmen, nie politische Tätigkeit, gewesen sein wie z. B. Universitätsangelegenheiten, ärztliche Fragen. Dem von Schröder verfassten »Daten über Professor Dr. Robert Schröder« ist nicht zu entnehmen, wann die Zusammenarbeit mit dem SD erfolgte. Sie ist nicht eindeutig Kiel zuzuordnen, sondern könnte auch in Leipzig stattgefunden haben.

556 Boberach, S. 83.

## 6. Zunehmende Beeinträchtigung durch den Krieg

### 6.1 Universität und Medizinische Fakultät am Anfang des Krieges

#### 6.1.1 Auswirkungen des Kriegsbeginns

Im September 1939 geriet die Kieler Universität in eine kritische Situation. Bis dahin hatte sich die Studentenzahl durch die Karrieremöglichkeiten in der Wehrmacht und in einer durch Rüstungsaufträge und Autarkiebestrebungen hochgradig ausgelasteten Wirtschaft ohnehin schon von 2.593 im Jahre 1933 auf 674 im Sommersemester 1939 reduziert. Nun kam ein weiterer erheblicher Rückgang der Zahlen durch die Einberufung vieler Studenten in die Wehrmacht hinzu. Die sich aus der Lage der Universität in einem wichtigen Kriegsmarinestandort ergebenden Schwierigkeiten, wie z. B. der Wohnungsmangel und ein steigender Bedarf der Marine an Liegenschaften für militärische Zwecke taten ihr Übriges.

Zusammen mit einer Reihe anderer Universitäten wurde die Christiana Albertina zu Kriegsbeginn geschlossen. Ein sechs Wochen nach Kriegsbeginn an die Universitäten gerichteter Schnellbrief des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, informierte über den seitens der Reichsregierung vorgesehenen Fortgang: keine Wiederaufnahme des Lehrbetriebs im Jahre 1939 bei bereits geschlossenen Hochschulen, Priorität der Anliegen und Bedürfnisse der Wehrmacht und des Staates, Wiederbeginn des Unterrichts möglichst an allen Universitäten ab Anfang 1940 und Ankündigung von für die Reichsverteidigung vordringlichen Forschungsarbeiten. Es muss auch heftige Kritik an den Maßnahmen des Ministeriums gegeben haben, gegen die sich Rust im vorletzten Absatz seines Schreibens zur Wehr setzt: »Nicht aus Versäumnis oder mangelndem Verständnis ihres verantwortlichen Ministeriums, sondern durch die militärpolitische Lage, die letzten Endes durch den einzigartigen Ablauf des polnischen Feldzuges, wie durch die Kühnheit der politischen Strategie schnell und grundlegend gewandelt ist, sind zwangsläufig Hochschulen und ihre Mitglieder, Lehrer wie Studenten nicht gleich gefahren.«<sup>1</sup>

1 LASH Abt. 47, Nr. 2110, Schnellbrief W A 2821, R V (a) v. 14.10.1939 an die Rektoren der deutschen Hochschulen einschl. Österreich, die nachgeordneten Dienststellen der preußischen Hochschulverwaltung und die Unterrichtsverwaltungen der Länder mit Hochschulen

Die Entwicklung der Studentenzahlen in den fast sieben Jahren des nationalsozialistischen Regimes bis 1940 hatte sich zu Ungunsten der Universitäten ausgewirkt. Die Kieler Universität hatte im Sommersemester 1931 mit insgesamt 3.420 Studierenden, davon 2.799 Studenten und 621 Studentinnen, den absoluten Höchststand an Studierenden seit ihrem Bestehen zu verzeichnen. Seitdem verringerten sich die Zahlen kontinuierlich. Im Sommersemester 1933 war mit 3.206 (m 2.593/w 613) eine zunächst nur geringfügige Verminderung festzustellen. Dies änderte sich jedoch in den Folgejahren: Die Studentenzahlen waren schon im Sommersemester 1934 bezogen auf 1931 um knapp 25 Prozent, im Sommersemester 1936 um die Hälfte, im Sommersemester 1938 auf weniger als ein Drittel und im letzten Friedenssemester des »Dritten Reiches« auf ca. ein Viertel der Zahl der Studierenden des Sommersemesters 1931 gesunken. Der Anteil der Medizinstudierenden an der Gesamtzahl der Studierenden nahm von 45 Prozent im Jahr 1933 über 51,6 Prozent im Sommersemester 1939 auf 66,3 Prozent im 2. Trimester 1940 prozentual zu, in absoluten Zahlen jedoch von 1411 auf 335 ab (s. Tabelle 1).<sup>2</sup>

In seinen »Meldungen aus dem Reich« sieht auch der SD die Gründe für die schrumpfenden Studierendenzahlen in der sich fortsetzenden Abwanderung der Studierenden, Assistenten und Dozenten in Wirtschaft und Industrie und weist auf die finanziellen Schwierigkeiten der Universitäten hin.<sup>3</sup> Die Verschlechterung des Einkommens der Nichtordinarien unter den Dozenten, deren Bezüge neben den meist schmalen Grundgehältern aus Kolleggebühren, Gutachten u. ä. bestanden, dürften hier auch eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Der Kieler Pharmakologe Gerhard Orzechowski schreibt dazu in einem Antrag auf Gewährung einer monatlichen Beihilfe Anfang 1938: »Die Einnahmen aus Kollegs sind sehr gering geworden, was sich zwanglos aus den hiesigen Verhältnissen erklären läßt. Die Universität Kiel leidet unter einem stetig zunehmenden Schwund an Studierenden [...]. Die Lebensverhältnisse in Kiel müssen als teuer bezeichnet werden. Die aus äußeren Gründen hier herrschende Wohnungsknappheit bringt es mit sich, daß die neu gebauten Wohnungen hier relativ

einschl. Österreich – außer Preußen –, den Herrn Reichsprotektor in Böhmen und Mähren in Prag.

2 Hierbei ist noch zu berücksichtigen, dass 1939 die militärärztliche Akademie von Kiel nach Tübingen verlegt wurde (Drews, Ulrich: Die Zeit des Nationalsozialismus am Anatomischen Institut der Universität Tübingen, Unbeantwortete ethische Fragen damals und heute, in: Peiffer, Jürgen (Hg.): Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich, Tübingen 1992, S. 93–107, hier S. 95.

3 Boberach, S. 84.

Sommer-Semester bzw. Trimester	Studenten	Studentinnen	Insgesamt	Prozent insgesamt	Med. Stud. insgesamt	Proz. Med. Stud. Insgesamt*	Proz. Med. Stud. von jeweiliger Gesamtzahl**
1933	2.593 (1.128)	613 (283)	3.206	100,0	1.411	100,0	44,0
1934	2.133 (1.016)	468 (236)	2.601	81,1	1.252	88,7	47,6
1935	1.486 (679)	282 (149)	1.768	56,7	828	58,7	46,8
1936	1.321 (608)	281 (155)	1.602	50,0	763	54,1	46,0
1937	974 (459)	214 (121)	1.188	37,1	580	41,1	47,1
1938	778 (392)	150 (99)	928	28,9	491	34,8	50,4
1939	674 (348)	110 (57)	784	24,5	405	28,7	51,6
1. Tri 40	337 (218)	69 (37)	406	12,7	255	18,1	64,7
2. Tri 40	410 (295)	95 (40)	505	15,8	335	23,7	66,3

**Tabelle 1: Veränderungen der Studentenzahlen der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1933 bis 1940, Medizinstudentinnen/ Medizinstudenten in Klammern (Quelle: Personal- und Vorlesungsverzeichnisse).<sup>4</sup> \* Die Prozentzahlen beziehen sich auf 1933 = 100 Prozent. \*\* Die Prozentzahlen geben den Anteil der Medizinstudierenden an der Gesamtzahl der Studenten des jeweiligen Jahres an.**

sehr teuer sind, so daß nicht das normale Verhältnis von etwa  $1/5$  des Gehalts für die Wohnung aufgewendet werden muß, sondern nahezu  $1/3$ .<sup>5</sup>

Diese Entwicklung hatte zur Folge, dass die für die kriegswichtige Ausbildung von Medizinern wegen der Abnahme der Studierendenzahlen zunehmend unbedeutender werdende Kieler Universität zu denjenigen gehörte, die nicht nur nach Kriegsbeginn vorübergehend geschlossen wurden, sondern dass auch die Gefahr einer vollständigen Schließung stieg. Es ist davon auszugehen, dass Löhr und Ritterbusch die Gefahren

4 Anders als es übrigens Kater (Ärzte, Anmerkungen, Fußnote 35, S. 489) feststellt, lag der Anteil der Medizinstudentinnen in Kiel immer etwa bei einem Viertel bis einem Drittel der Medizinstudierenden, mit Ausnahme der ersten Kriegsjahre, wo er etwa bei einem Achtel lag.

5 BArch, PK I 0432, p. 2952, Schrb. Gerhard Orzechowski an den Führer des NSDDB der Universität Kiel v. 10.1.1938.

dieser Entwicklung einzuschätzen wussten. So wird es nicht nur »patriotische Begeisterung« gewesen sein, die Gaudozentenführer und Rektor auf die Idee brachte, schon Ende 1939 mit den »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« einen Versuch zu machen, den Nutzen der Universität, in einer auf Krieg fixierten Gesellschaft Machthabern und Bevölkerung nachdrücklich vor Augen zu führen.<sup>6</sup> Auch ist recht wahrscheinlich, dass gerade Befürchtungen der Kieler SD-Angehörigen und -Mitarbeiter der Universität zu einem Beitrag in den »Meldungen aus dem Reich« zur Wiedereröffnung der Hochschulen beigetragen haben könnten. Der SD hatte im Berichtszeitraum vom 13. November 1939 bis zum 13. März 1940 über die Sorge der geschlossenen Universitäten berichtet, dass sich bei Fortbestehen der Unklarheiten die Studenten zu Beginn des am 1. Januar 1940 beginnenden Trimesters in eine der geöffnet gebliebenen Universitäten umorientieren könnten.<sup>7</sup> Löhr formuliert das in seiner Rede zur Eröffnung der »Kriegsvorlesungen« so: »Denn sind einmal die Forschungsstätten geschlossen [...] so lassen sich die sofort entstehenden Substanzverluste später überhaupt nicht mehr ersetzen.«<sup>8</sup> Die Schließung der Kieler Universität im Wintersemester 1939/40 hatte wegen des Ausfalls der Lehre und starker Einschränkung der Forschungsmöglichkeiten<sup>9</sup> trotz der vielen zum Wehrdienst eingezogenen Dozenten Ressourcen freigesetzt, die die vom 26. November bis 17. Dezember 1939 erstmalig im Deutschen Reich veranstalteten dreiwöchigen »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« ermöglichten. Veranstalter waren die Universität, der NSDDB und die Schleswig-Holsteinische Universitätsgesellschaft. Im Unterschied zu den Universitätswochen 1937 waren in den Kriegsvorlesungen nicht einige wenige Vorträge vorgesehen, sondern alle Fakultäten, zahlreiche Institute und viele Dozenten stellten sich für drei Wochen andauernde Vorlesungen für interessierte Laien zur Verfügung. Ein weiterer Unterschied sollte die Ausrichtung der Vorlesungen auf Ziele des Krieges sein. Die »Volksgenossen [sollten] in die tiefen und letzten Zusammenhänge des Krieges« eingeführt werden.<sup>10</sup> Weiter schreibt Löhr: »Dabei will diese Universität einmal [...] zeigen, wie unmittelbar ihre verschiedensten Forschungsstätten mit allen Notwendigkeiten des Krieges verbunden sind: mit der Waffen- und Kriegstechnik oder mit der Abwehr und Blockade.« Im Weiteren verweist Löhr dann auf entsprechende Themen wie z. B. »Die Chemie der Sprengstoffe«, »Die Bekämpfung der Kriegsseuchen«, »Das Kriegsherz« oder »Tiere als Feinde oder

6 Löhr, Kriegsvorlesungen, S. 16.

7 Boberach, S. 525.

8 Löhr, Kriegsvorlesungen, S. 16

9 Ebd. Die Patientenversorgung war von der Schließung nicht betroffen.

10 Ebd., S. 16f.

Freunde der kämpfenden Truppe«, mit denen an der Kieler Universität eine »sehr praktische und kriegsverbundene Wissenschaft« betrieben werde und kommt zu dem Schluss: »Staunend wird man erkennen, daß die Beantwortung der lebenswichtigen Fragen unseres Volkes, von denen unter Umständen Sieg oder Untergang abhängen könnte, wesentlich durch die Forschertätigkeit der Universitätsdozenten geschah.«<sup>11</sup> In seiner Rede geht Löhr auf die Bedeutung der Geisteswissenschaften und die Verdienste der Wissenschaft im Ersten Weltkrieg ein, hebt sogar einen Gegner der Nationalsozialisten, den Professor Ferdinand Tönnies, hervor, der »während der Kriegszeit [des Ersten Weltkrieges, d. Verf.] dem deutschen Volk wertvolle sogar entscheidende Dienste geleistet« habe.<sup>12</sup> Zum Schluss seiner Rede zieht er eine Verbindung vom Wesen der Wissenschaft zu der Erkenntnis, dass die »deutsche Wissenschaft das wirkliche deutsche Wesen verkörpert«, dass hierauf die geistige Haltung aller Deutschen beruhe, in der die Quellen der Kraft zum sicheren Sieg lägen.<sup>13</sup> Dies sind starke Worte eines um den Erhalt seiner Universität kämpfenden nationalsozialistischen Funktionärs und Hochschullehrers, der alle Register zog, um der Regierung, aber auch der Öffentlichkeit, die Bedeutung seiner Universität für die siegreiche Beendigung des Krieges zu verdeutlichen.

Das Programm der Kriegsvorlesungen war tatsächlich mit insgesamt über 100 Vorlesungen eine respektable organisatorische Leistung, die nur die Dynamik eines auf dem Höhepunkt seiner Macht stehenden Hanns Löhr zustande bringen konnte. Es bestand aus einem breiten Spektrum von Themen zu Kriegsmedizin, Kriegsrecht, Volkstum, Kriegspropaganda und nationalsozialistischer Ideologie und war zweifellos eine Kraftanstrengung für die zahlreichen beteiligten Dozenten.<sup>14</sup> Allerdings waren nicht alle Fakultäten beteiligt, wie Löhr so vollmundig verkündet hatte. Es fehlten die Dozenten der nur noch in Fragmenten bestehenden Theologischen Fakultät. Auch aus der Medizinischen Fakultät waren bei weitem nicht alle Lehrstuhlinhaber beteiligt. Vertreten waren von den Ordinarien nur sechs – Löhr, Vonkennel, Meesmann,

11 Ebd., S. 17.

12 Ebd., S. 18. Ferdinand Tönnies (1855–1936), schleswig-holsteinischer Soziologe, der unter den etablierten deutschen Soziologen am schärfsten ab 1930 die Nationalsozialisten kritisierte. Er verlor 1933 seine Lehrbefugnis in Kiel und wurde unter Streichung seiner Emeritenbezüge aus dem Beamtenstand entlassen. Carstens, Uwe: Ferdinand Tönnies, Friese und Weltbürger. Eine Biographie, Norderstedt 2005, S. 273 f., 278 ff., 293 f.

13 Löhr, Beginn Kriegsvorlesungen, S. 19.

14 Leonhardt, Johannes: Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk 1939, in: Kieler Blätter (1940),

Bachmann, Fischer, Creutzfeldt – und von den Oberassistenten sogar nur der Anatom Klaus Niessing und der Hygieniker Pels-Leusden. Löhr hatte also nicht einmal engagierte Nationalsozialisten seiner Fakultät wie Holzlöhner, Siegmund, Philipp oder auch weniger engagierte wie Wiethold, Behrens, Netter und Weinert begeistern oder vielleicht auch nur berücksichtigen können, geschweige denn die sich neutral bis ablehnend verhaltenden Lehrstuhlinhaber Benninghoff, Seiffert und Rominger. Die Inhalte der Vorlesungen der Mediziner, die durchaus auch bei harmlos erscheinenden Themen nationalsozialistische Ideologie transportiert haben könnten, sind nicht in den Kieler Blättern veröffentlicht, sodass allein nach den Themen der Referate geurteilt werden muss. Die Themen der Mediziner scheinen zwar am Krieg orientiert, aber sachbezogen und nicht im engeren Sinne ideologisch ausgerichtet. Die rassistischen und antisemitischen Referate kamen nicht von Medizinern, sondern von Vertretern anderer Fakultäten.<sup>15</sup> Die zu diesem Zeitpunkt in den Einrichtungen der Medizinischen Fakultät stattfindende Kriegsforschung, etwa durch Behrens, Netter, Orzechowski, Marquort/Rietz, fand sich, wahrscheinlich auch aus Geheimhaltungsgründen, in den Themen der Vorträge nicht wieder.

Die 275-Jahr-Feier der Christiana Albertina fand in der Woche vom 26. Oktober bis 2. November 1940 statt. In ihrem Rahmen wollte die Universität einen »umfassenden Rechenschaftsbericht ablegen«, mit dem gezeigt werden sollte, dass sich »die Arbeit einer deutschen Universität gar nicht mehr fortdenken läßt aus der gesamten Arbeitsleitung des deutschen Volkes.« Es folgen zwei bezeichnende Sätze in dem Bericht von Hans-Helmut Dietze in den Kieler Blättern zur 275-Jahr-Feier: »Die Waffen des Geistes, die an den deutschen Hochschulen von jeher geschmiedet worden sind, haben zu allen Zeiten das Schicksal des Reiches mitbestimmt. Sie stellen gerade heute einen Gutteil des deutschen Kriegspotentials überhaupt dar, und wollte man auf sie verzichten, so erlitt die Vormachtstellung des Reiches eine Einbuße, die nicht wieder gutzumachen wäre.«<sup>16</sup> Immer noch meinten die Kieler Wissenschaftler, um die Position der Wissenschaft und ihrer Träger, den Universitäten, kämpfen zu müssen. Sie werden es nicht ohne Grund getan haben, da die Kriegserfolge des Deutschen Reiches zu diesem

15 Z. B. Hermann Mandel: Die Rassenseele des Judentums; Friedrich Eggers: Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses; ders.: Sinn und Aufgabe der Rassenpflege (Zoologie). Schwer einzuschätzen ist die Vorlesung des Oberassistenten der Anatomie Klaus Niessing, der gleichzeitig als Geschäftsführer des Dozentenführers auch rechte Hand Löhrs war: Die Frühentwicklung der Menschen (mit Filmvorführung).

16 Dietze, Hans-Helmut: Von der 275-Jahrfeier der Universität Kiel, in: Kieler Blätter (1941), H. 1, S. 62–64, hier S. 62.

Zeitpunkt noch den Blick der im Siegestaumel befindlichen nationalsozialistischen Führung für die Bedeutung der Wissenschaft für die technische und mentale Kampfbereitschaft der »Volksgemeinschaft« verstellten. Die Eröffnung der Veranstaltung fand am 26. Oktober in der Aula der Universität im Beisein des Reichserziehungsministers Bernhard Rust, des Ministerialdirektors Rudolf Mentzel,<sup>17</sup> des Gauleiters Hinrich Lohse und des Großadmirals Erich Raeder sowie des Kieler Oberbürgermeisters Walter Behrens statt, zu den Feierlichkeiten erschien eine Festschrift, die u. a. von Ritterbusch und Löhr im Auftrage des NSDDB herausgegeben wurde.<sup>18</sup>

Die weitere Darstellung durchaus interessanter Einzelheiten erübrigt sich hier, da die Medizinische Fakultät für den Ablauf der Veranstaltung ihren Beitrag leistete, aber ansonsten in keiner besonderen Weise hervortrat. Die seitens der Mediziner gehaltenen und in der o. a. Publikation veröffentlichten Referate befassten sich, wie auch die Beiträge der beiden anderen noch funktionsfähigen Fakultäten, mit geschichtlichen Rückblicken. Bei den Medizinerinnen gab Löhr einen Überblick über die Geschichte der Medizinischen Fakultät, Philipp und Koch berichteten über die Entwicklung des Hebammenwesens, A. W. Fischer über den Kieler Chirurgen Langenbeck und Anschütz über Esmarch und Stromeyer in den schleswig-holsteinischen Befreiungskriegen. Dabei entspricht die Diktion den Gepflogenheiten der Zeit, ist nicht frei von ideologischen Zielsetzungen, ohne dass die Seriosität der Darstellung in auffälliger Weise durch ideologische Verzerrungen verletzt wird. Erstaunlich ist immerhin schon, dass die Herausgeber der Festschrift in ihrem Vorwort den Mut besaßen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts »in den Lehrkörper eingedrungene größere Anzahl Juden«, die lange Jahre »Lehre und Forschung des deutschen und germanischen Rechtes« vertreten, aber auch im Bereich der Naturwissenschaften wissenschaftlichen Einfluss ausgeübt hatten, in den wissenschaftlichen Beiträgen zu erwähnen.<sup>19</sup> Die Präsenz der Namen jüdischer Wissenschaftler in wissenschaftlichen Arbeiten war für die Nationalsozialisten ein ärgerliches Problem, dem sie nur schwer Herr werden konnten, da eben viele hochverdiente jüdische Wissenschaftler die deutschen Wissenschafts- und Universitätsgeschichte geprägt hatten.<sup>20</sup> Insofern ist die von den Herausgebern der Festschrift

17 Rudolf Mentzel, (1900–1987), 1939–1945 Ministerialdirektor und Leiter des Amtes Wissenschaft im REM (Grüttner, S. 117).

18 Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hoffmann, Gottfried Ernst (Hg.): Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität, Kiel Leipzig 1940.

19 Ritterbusch/Löhr/Scheel/Hoffmann, Festschrift, Vorwort, S. V.

20 Z. B. LASH Abt. 47, Nr. 2142, Schrb. REM an Unterrichtsverwaltungen der Länder mit Hochschulen v. 23.2.1940 »Zitieren jüdischer Autoren«: »[...] wonach dafür Sorge zu tragen

gefundene Lösung, hinter der die ganze Autorität erheblicher Teile regionaler nationalsozialistischer Prominenz stand, durchaus bemerkenswert. Sie ließen nämlich – selbst das war 1940 schon etwas Besonderes – die Bewertung offen: »Künftiger Untersuchung bleibt es vorbehalten, die Bedeutung des Judentums für die Kieler Universität und ihre einzelnen Fakultäten zusammenfassend zu behandeln.«<sup>21</sup>

Der Krieg hatte zur Folge, dass sich die Arbeitsbedingungen deutlich verschlechterten und die noch vorhandenen Freiheiten weiter eingeschränkt wurden. Das Durcheinander durch die Schließung von Universitäten, kurzfristig erfolgenden Wiedereröffnungen sowie die Nichteinberufung einer größeren Zahl von Studenten durch die kurze Dauer des Polenfeldzuges führte zu einer nicht vorausgesehenen Überfüllung insbesondere der Medizinischen Fakultäten. Dadurch entstand die Notwendigkeit zum unfreiwilligen Hochschulwechsel einer größeren Zahl von Studenten in dem bereits am 10. September bzw. 1. Oktober 1939 begonnenen Kriegs-Trimester 1939. Die Folge war, dass Studenten erst mit zwei bis vier Wochen Verspätung ihr Studium aufnehmen konnten. Selbst der Minister räumte ein, dass »eine völlige Bewältigung des [...] Stoffes nur bei reibungsloser und ungestörter Fortführung des Unterrichtsbetriebes möglich« sein würde,<sup>22</sup> also in Anbetracht der kriegsbedingten Verhältnisse eben nicht erfolgen könne. Kiel war allerdings von diesen Störungen durch seine vorübergehende Schließung ausgenommen und musste befürchten, dass an der Schließung möglicherweise festgehalten werden würde. Die Ankündigung, dass eine Reihe von Hochschullehrern in allernächster Zeit zur Mitarbeit an zentralen »für die Reichsverteidigung vordringlichen Aufgaben herangezogen« werden würde, hatte weitere Unruhe zur Folge.<sup>23</sup> In den SD-Berichten ist zu lesen, dass vom Arbeitsdienst zum Studium entlassene Studenten sich der Tatsache, dass ihnen trotz der Kriegslage die Möglichkeit zum Studium gegeben wurde, nicht würdig erwiesen hätten. In Medizinischen Kollegs hätten sich verschiedentlich lärmende Auftritte entwickelt, die Studenten versuchten sich von ihren dienstlichen Verpflichtungen im NSDStB zu drücken und es habe sich »mittlerweile ein regelrechter Poussier- und Saufbetrieb« herausgebildet.<sup>24</sup> Die Sorge

ist, daß ein Zitieren jüdischer Autoren niemals erfolgt, ohne daß eine besondere Kennzeichnung der Autoren als Juden vorgenommen wird und in der Literaturzusammenstellung Juden von deutschen Autoren getrennt aufzuführen sind, [...]«.

21 Ritterbusch/Löhr/Scheel/Hoffmann, Festschrift, Vorwort, S. VI.

22 LASH Abt. 47, Nr. 2053, Schrb. REM (gez. Rust) an Rektoren der deutschen Hochschulen v. 14.10.1939.

23 Ebd., Boberach, Meldungen, Bd. 3, 13.11.1939–13.3.1940, S. 647.

24 Ebd., Bd. 3, 13.11.1939–13.3.1940, S. 493 f.

sich vermindernder Qualität der Studierenden trieb das Reichserziehungsministerium auch weiterhin um. In einem Schnellbrief vom 18. Januar 1940, der jetzt auch die Kieler Universität betraf, da sie zum 1. Trimester 1940 am 8. Januar 1940 wieder eröffnet worden war, wurde darauf hingewiesen, dass eine Senkung der Leistungen der Studierenden im Studium und in den Prüfungen zwangsläufig zu einer Verminderung der Leistungsfähigkeit im Berufsleben führen müsse. Studenten, die es an Haltung und Einsatz fehlen ließen, sollten aus der Hochschule entfernt werden. Damit diese Studenten erkannt werden könnten, wurde angeordnet, künftig die Teilnahme an Vorlesungen und Übungen erst nach Feststellung regelmäßiger und erfolgreicher Teilnahme am Ende der Unterrichtsveranstaltung gegebenenfalls auch nach einer kleinen Prüfung zu testen.<sup>25</sup> Die bisher üblichen An- sollten also durch qualifizierte Abtestate ersetzt werden. Diese Regelung wurde seitens der Hochschullehrer sehr positiv bewertet.<sup>26</sup> Hintergrund für die Schreiben des Reichserziehungsministeriums mag auch die in den »Meldungen aus dem Reich« zu findende Schilderung der Probleme des Medizinstudiums gewesen sein. Danach zeigten die in den Notexamina geprüften Medizinstudenten teilweise erhebliche Unkenntnisse.<sup>27</sup> Wörtlich heißt es hierzu: »Fachkreise befürchten, daß mit der Verkürzung des medizinischen Studiums, den neuen Prüfungsbestimmungen für das Physikum die Gefahr einer ungenügenden ärztlichen Ausbildung nicht von der Hand zu weisen sei.« Zahlreiche erstsemestrige Mediziner nähmen nach der Befreiung vom Arbeitsdienst für die Aufnahme eines Medizinstudiums ihr eigentliches Studium absprachewidrig in einer anderen Fakultät auf, eine große Zahl von Studenten solle sich aber auch wegen der Überfüllung des Medizinstudiums zunächst in naturwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben haben.<sup>28</sup> Letzteres dürfte für Kiel auch in Anbetracht der vielen zum Wehrdienst eingezogenen Dozenten und Assistenten kaum gegolten haben, da sowohl die Medizinstudentenzahlen wie auch die Einschreibungen in die übrigen Fakultäten deutlich unter den letzten Friedenszahlen lagen (siehe Tabelle 1). Darüber hinaus berichtet der SD über eine passive Haltung der Dozenten, die jede über den engen Rahmen ihrer Facharbeit hinausgehende politische und weltanschauliche Arbeit ablehnten.<sup>29</sup> In den »Meldungen aus dem Reich« wird auch über die Entwicklung im 1. Trimester 1940 berichtet, das durch eine Überfüllung

25 LASH Abt. 47, Nr. 2053, Schrb. REM an die Rektoren der deutschen Hochschulen v. 18.1.1940.

26 Boberach, Meldungen, Bd. 3, 13.11.1939–13.3.1940, S. 493 f.

27 Ebd., S. 525.

28 Ebd., S. 526 f.

29 Boberach, Meldungen, Bd. 2, Jahreslagebericht des Sicherheitshauptamtes, S. 83.

und einen »ungeheuren Zustrom« zum Medizinstudium geprägt war. So machten die Medizinstudenten in Berlin und Frankfurt a. M. über 50 Prozent, in Tübingen sogar 75 Prozent der Studenten aus.<sup>30</sup> In Kiel lag die Zahl mit einem knappen Zweidrittel Medizinstudenten bezogen auf alle Kieler Studenten ungefähr dazwischen. Wurde im November 1939 noch über Undiszipliniertheiten der Medizinstudenten berichtet, hatte sich im Februar 1940 »nach Meldungen von fast allen Hochschulen der Studieneifer und die Haltung der Medizinstudenten gebessert«.<sup>31</sup>

Ein Jahr später regelte ein Schreiben des Reichserziehungsministeriums die Fortsetzung des Unterrichtsbetriebes für das Jahr 1941, das mit dem »Trimester 1941« am 7. Januar 1941 beginnen sollte. Im Anschluss daran sollte dann die Wiederaufnahme des Unterrichtsbetriebes wieder in Form der Semester erfolgen, denn: »Es hat sich erwiesen, dass, wie ich bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht hatte, die Durchführung des Unterrichtsbetriebes in Trimestern sich nur unter den besonderen Umständen und für kurze Zeit rechtfertigen lässt. Die Notwendigkeit einer ordnungsmässigen Ausbildung der Studierenden und die Rücksichtnahme auf die durch sonstige wichtige Aufgaben, insbesondere Forschungsaufgaben in Anspruch genommene Kraft der Hochschullehrer liessen eine Verlängerung des Unterrichtsbetriebes nicht zu.«<sup>32</sup>

### 6.1.2 Schließungsabsichten 1941

Die Universität Kiel musste sich in der Folgezeit wiederholt gegen Bestrebungen einer vollständigen Schließung zur Wehr setzen. Das begann schon im Spätherbst 1939, als die Kriegsmarine Anspruch besonders auf dicht am Wasser liegende Universitätsgebäude erhob, die jedoch für den Universitätsbetrieb unentbehrlich waren.<sup>33</sup> In Zeiten höchster Rüstungsanstrengungen hatte die Universität mit ihren schwindenden Studentenzahlen diesem Ansinnen nicht allzu viel entgegenzusetzen. Rektor Ritterbusch suchte durch Kontaktaufnahme zum Oberbefehlshaber der Marine, Großadmiral Raeder, den Schulterchluss mit der Kriegsmarine, wobei er besonders auch den Nutzen der Univer-

30 Boberach, Meldungen, Bd. 3, 13.11.1939–13.3.1940, S. 717.

31 Ebd.

32 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. des REM v. 25.10.1940, W A 2390, W J (a) »Betr. Fortsetzung des Unterrichtsbetriebes im Jahre 1941«.

33 Z. B. LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Küstenbefehlshaber der westl. Ostsee, Baustab Kiel an Rektor, Vertraulich, v. 28.11.1939. Hier ging es um die Errichtung eines 25 Meter hohen Flakturms auf dem Grundstück der akademischen Segelvereinigung. Einverständnis des Rektors v. 6.12.1939.

sität für die Kriegsmarine herausstellte. Dies geschah zunächst mit Erfolg.<sup>34</sup> In der Folge war es jedoch noch wiederholt nötig, Immobilien der Universität vor dem Zugriff der Marine zu bewahren. Rektor Löhr schrieb hierzu im Juli 1941: »Immer wieder versucht die Marine, [...] Räumlichkeiten der Universität in die Hand zu bekommen. Noch ganz kürzlich beabsichtigte man von Seiten der Kriegsmarine das gesamte Universitätsgebäude zu beschlagnahmen. Erst mein stärkster Einspruch bei dem kommandierenden Admiral verhinderte die weitere Ausbreitung der Kriegsmarine.«<sup>35</sup> Die Universität wurde in der Folgezeit durch die Marine in ihrer Arbeit nicht nennenswert behindert, wohl aber ab 1941 durch die Auswirkungen des Bombenkrieges.

Nach diesen Konflikten sorgte die folgende Aktennotiz des Universitäts-Sekretariats vom 19. Juli 1941 für heftige Aufregung. Danach hatte Mentzel seinen neuen Mitarbeiter Ritterbusch<sup>36</sup> beauftragt, dem am 6. Mai 1941 als Nachfolger Ritterbuschs eingesetzten Rektor Löhr die Absicht des Finanzministeriums mitzuteilen, die Universität Kiel wegen der geringen Studentenzahl aus Kostengründen ganz zu schließen. Mentzel bat um Unterlagen, um dagegen Einspruch einlegen zu können.<sup>37</sup> Anlass hierfür war ein Schreiben des Preußischen Finanzministers vom 13. Juli 1941, das von nur 98 Studenten in Kiel und einer Evakuierung einzelner Kliniken ausging.<sup>38</sup> In dieser Situation war es ein glücklicher Umstand für die Kieler Universität, den in den Strukturen des »Dritten Reiches« tief verwurzelten Löhr in ihren Reihen zu haben. Mit Schreiben vom 23. Juli 1941 an Mentzel begründete er ausführlich, warum die Universität bestehen bleiben müsse: Zwar habe sie derzeit nur 326 Studenten, hiervon jedoch 226 Mediziner, davon seien allein 130 in einer Studentenkompanie zusammengefasst. Diese könnten in Hamburg nicht untergebracht werden. Nach Abschluss des russischen Feldzugs – so

34 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Rektor an Großadmiral v. 21.11.1939; Antwort Großadmiral v. 25.11.1939; Denkschrift des Rektors »Grundsätzliches zur allgemeinen Lage der Universität« v. 6.12.1939: »[...] daß auf Dauer eine vollwertige Universität in einer mächtig anwachsenden Marinestadt nur bestehen kann, wenn auch die Marine selbst an ihr Interesse nimmt und sie fördert.« Tatsächlich gelang es, eine Marineärztliche Akademie, wie von Ritterbusch schon 1939 vorgeschlagen, 1941 in Kiel zu eröffnen. (so Engfer, Antje K. U.: Die Ausbildung der Marinesanitätsoffiziersanwärter in den deutschen Marinern (1848–1945), Heidelberg 2004.).

35 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Rektor Löhr an Amtschef W im REM Mentzel vom 23.7.1941.

36 Paul Ritterbusch, war 1940 im Range eines Ministerialdirigenten zum Obmann des REM für den »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« berufen worden (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 140; Klee, Personenlexikon, S. 500).

37 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Aktennotiz des Universitäts-Sekretariats vom 19.7.1941.

38 Ebd., Schrb. Rektor Löhr an SS-Obergruppenführer Mentzel REM v. 30.7.1939.

Löhr – würden große Zahlen von Medizinstudenten aus Schleswig-Holstein zurück erwartet werden. Größere Zahlen von Professoren und Dozenten könnten ohnehin nicht frei gesetzt werden: Nicht wehrpflichtig seien 47, einberufen 61, von der Universität unabkömmlich gestellt 26, für die Wehrmacht unabkömmlich gestellt vier. Die Kliniken müssten auch nach einer vollen Stilllegung wegen des katastrophalen Bettenmangels in der Provinz Schleswig-Holstein aufrechterhalten werden. Er wies ergänzend auf den »denkbar schlechtesten Eindruck« hin, den die Riesenflucht von Teilen der Bevölkerung aus Kiel nach den ersten Bombardierungen gemacht habe.<sup>39</sup> Die Schließung – so Rektor Löhr – der Universität hätte weiterhin die Folge, dass die Kriegsmarine sofort das Universitätsgebäude wie auch einen großen Teil der Institute beschlagnahmen würde.<sup>40</sup> Durchschläge seines Schreibens schickte Löhr am 25. Juli 1941 an den stellvertretenden Gauleiter Wilhelm Sieh, den Sicherheitsdienst des Reichsführers SS – Abschnitt Kiel –, den SS-Gruppenführer Heydrich,<sup>41</sup> wobei er bei den Begleitschreiben an die beiden letztgenannten den üblichen Briefkopf des Rektors noch um seine SS-Dienststellung »SS Oberführer Löhr im SD-Hauptamt« ergänzte.<sup>42</sup> Ein weiteres sechsstufiges Schreiben schickte Löhr mit Datum vom 28. Juli an das Reichserziehungsministerium, in dem er ergänzend zu dem Schreiben an Mentzel das Argument widerlegte, dass die Kliniken ohnehin evakuiert seien. Die tragende Bedeutung der Dozenten der Universität für die Verwaltungsakademie der Nordmark wurde ebenfalls herausgestellt.<sup>43</sup> Löhr-Freund Ritterbusch wurde mit Schreiben vom 30. Juli mit der Anrede »Lieber Ritterbusch!« in seinem Urlaub in Kärnten um Unter-

39 Über 40.000 Kieler, vorwiegend Beamte und Angehörige der gehobenen und höheren Schichten, sollen die Stadt nach den ersten Bombenangriffen verlassen haben. Unter ihnen befand sich auch die Familie von Löhrs Assistenten Hilmar Wilmanns, die in Bergen auf der Insel Rügen Zuflucht vor den Bombenangriffen suchte, ein Sachverhalt, den Löhr offenbar in diesem Falle ohne eine Kritik an Wilmanns hinahm (LASH 47.6, Nr. 335, Schr. Wilmanns an Löhr v. 1.9.1940).

40 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Rektor Löhr an Amtschef W im REM Mentzel vom 23.7.1941.

41 Reinhard Heydrich (1904–1942) war SS-Obergruppenführer und General der Polizei, Leiter des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) und Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.

42 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Rektor Löhr an den stellvertretenden Gauleiter Sieh v. 25.7.1941.

43 Ebd., Schrb. Rektor Löhr an REM v. 28.7.1941.

stützung gebeten,<sup>44</sup> am gleichen Tag ging ein persönlich adressiertes Schreiben an den »SS-Oberführer« Mentzel mit der Anrede »Sehr verehrter Kamerad Mentzel« und mit ergänzenden Inhalten zur beabsichtigten Schließung.<sup>45</sup> Am 31. Juli 1941 konnte Löhr den Mitgliedern des Lehrkörpers Ergebnisse eines Gespräches vom Vortage mit Mentzel und Ministerialrat Kasper im Reichserziehungsministerium u. a. vertraulich mitteilen: Dort denke man nicht daran, die Kieler Universität zu schließen.<sup>46</sup> Nachdem sich auch noch am 7. August die NSDAP-Partei-Kanzlei in München mit einem Schreiben an die Gauleitung Schleswig-Holstein eingeschaltet und das Preußische Finanzministerium sein Anliegen mit Schreiben vom 12. August 1941 relativiert hatte, musste das vom Staatssekretär Zschintzsch unterzeichnete Schreiben mit dem lapidaren Satz »Ich beabsichtige weder die Universitätskliniken noch den Lehrbetrieb der Universität Kiel zu schließen« wie eine Erlösung gewirkt haben.<sup>47</sup>

### 6.1.3 Die Beteiligung der Psychiatrie an der »Euthanasie«

Im Unterschied zur »Zwangssterilisierung« gab es für die Durchführung der »Vernichtung unwerten Lebens« keine gesetzliche Regelung. Auslöser für die »Kindereuthanasie« genannte Ermordung von behinderten Kindern sollen Eltern eines schwerstbehinderten Kindes gewesen sein, die selbst oder über den Leipziger Ordinarius für Kinderheilkunde, Werner Catel,<sup>48</sup> Ende 1938/Anfang 1939 ein Gesuch auf »Sterbehilfe« an Hitler gerichtet hatten. Nach Genehmigung durch Hitler tötete Catel das

44 Ebd., Schr. Löhr an Ritterbusch v. 30.7.1941: »Setze Dich doch auch von Dir aus noch einmal mit Mentzel in Verbindung. Die Schliessung der Universität für vorübergehende Zeit bedeutet tatsächlich ihr Ende.«

45 Ebd., Schr. Rektor Löhr an SS-Obergruppenführer Mentzel REM v. 30.7.1941.

46 Ebd., Schr. Rektor an Lehrkörper v. 31.7.1941.

47 LASH Abt. 47 Nr. 2081, Schr. NSDAP Partei-Kanzlei München an die Gauleitung Schleswig-Holstein v. 7.8.1941, III D/15b-Gn-3230/5; Schr. des Finanzministers Prof. Dr. Popitz, Preuß. Finanzministerium, an den stellvertr. Gauleiter Sieh v. 12.8.1941, IB 1038/28.7.; Schr. REM an Rektor v. 13.8.1941, W D 1698/41 (a).

48 Werner Catel (1894–1981) wurde 1933 Ordinarius für Kinderheilkunde und Leiter der Leipziger Universitätskinderklinik und 1937 Mitglied der NSDAP. Er war Obergutachter der »Kindereuthanasie« und Durchführender der Maßnahmen in seiner Klinik. Von ihm ist der Ausspruch überliefert: »Vollidiotische Wesen sind religiös betrachtet keine Menschen, da sie über keine Persönlichkeit verfügen.« 1954 bis 1960 war er Ordinarius für Kinderheilkunde in Kiel (Klee, Personenlexikon, S. 91).

Kind Knauer.<sup>49</sup> Danach wurde 1939 mit dem systematischen Mord an behinderten Kindern begonnen. Ein »Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden«, angesiedelt in der Kanzlei des Führers, hatte die Federführung. Ärzte und Hebammen wurden durch einen streng vertraulichen Rund-erlass des Reichsinnenministeriums vom 18. August 1939<sup>50</sup> zur Meldung verpflichtet, auf deren Grundlage drei Gutachter die Tötungsentscheidung trafen. Die Tötung der Kinder erfolgte meist medikamentös in (insgesamt 27) »Kinderfachabteilungen« von Krankenhäusern und Heilanstalten. Die Arbeit der »Kinderfachabteilungen« wurde bis zum Ende des Krieges fortgeführt, etwa 5.000 bis 10.000 Kinder kamen durch sie um.<sup>51</sup>

Der nächste Schritt nach der »Kindereuthanasie« war die sogenannte »Euthanasie«. Mit ihr begab sich das nationalsozialistische Regime über die Verfolgung hinaus auf den Weg zur systematischen Vernichtung ganzer Menschengruppen.<sup>52</sup> Die »Aktion T4«,<sup>53</sup> der Mord an »unheilbar Kranken«, beruhte auf einem Auftrag, den Hitler im Oktober 1939 für den Kanzleichef Philipp Bouler und seinen Begleitarzt Dr. Karl Brandt ausfertigen ließ. Das auf einem persönlichen Briefbogen ausgefertigte Schreiben war auf den 1. September 1939 rückdatiert.<sup>54</sup> Auch hier erfolgte die Entscheidung durch »Gutachter« auf der Grundlage der in den psychiatrischen Anstalten aus-

49 Misgajski, Susanna: Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig bis 1945, in: Danker, Uwe [Katalog]: Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder- und Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig (= Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, Bd. 56), Schleswig 1997, S. 7–56, hier S. 42. Es handelte sich um ein Kind namens Knauer, das bei dem Direktor der Leipziger Universitätskinderklinik Catel Patient war. Ob Catel oder die Eltern das Gesuch gestellt haben, lässt sich nicht mehr eindeutig feststellen.

50 Ebd., S. 42. Im Wortlaut bei Klee, Ernst: »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung unwerten Lebens«, Frankfurt a. M. 1983, S. 80–81.

51 Schmuhl, Hans-Walter: »Euthanasie« und Krankenmord, in: Jütte, Robert (in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß): Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011, S. 214–255, hier S. 222.

52 Vgl. Schmuhl, »Euthanasie«, S. 214.

53 Die »Aktion T4« hatte ihren Namen durch die Adresse der Zentrale für die Leitung der Ermordung behinderter Menschen, der Tiergartenstraße 4 in Berlin.

54 Freimüller, Tobias: Mediziner: Operation Volkskörper, in: Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielicht, Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2002, S. 13–72, S. 22; Klee, Ernst (Hg.): Dokumente zur Euthanasie, Frankfurt a. M. <sup>6</sup> 2007, S. 85.; im Wortlaut: »Reichsleiter Bouler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.«

gefüllten Meldebögen. Nach einem Aufenthalt in »Zwischenanstalten« wurden die Opfer in einer von sechs speziellen Tötungsanstalten anfangs mit Injektionen, später mit Gas ermordet. Infolge von Protesten aus der Bevölkerung und kirchlichen Bereichen und wohl auch, weil die angestrebte Gesamtzahl von 70.000 Opfern erreicht worden war, wurde die Aktion am 21. August 1941 durch einen mündlichen Befehl Hitlers an seinen Begleitarzt Dr. Karl Brandt offiziell beendet.<sup>55</sup> Neben der »Aktion T4« begann bereits früher als bisher angenommen vor dem Krieg in Hessen und Sachsen die von Anstaltsärzten vor Ort mit Injektionen und Elektroschocks in eigener Regie durchgeführte »wilde Euthanasie«.<sup>56</sup> Durch sie starben weitere 120.000 Patienten.<sup>57</sup> Es gab weitere Aktionen ohne direkten Bezug zur Tätigkeit der Medizinischen Fakultäten,<sup>58</sup> auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Während bei Zwangssterilisationen die Nervenlinik, die Frauenklinik und die Chirurgie der Akademischen Heilanstalten direkt betroffen waren, stand bei der »Euthanasie« die Nervenlinik im Vordergrund. Aldenhoff schreibt zum Verhalten Creutzfeldts: »Eugenisches Grundverhalten gehört gleichsam zur Grundausrüstung medizinischen Denkens im 20. Jahrhundert. [...] Hinterfragt wurde diese Pseudogewissheit auch von so kritischen und unkonventionellen Menschen nicht, wie es H. G. Creutzfeldt nach Aussagen vieler Zeitgenossen war. So findet sich entsprechendes Gedankengut natürlich auch in den wissenschaftlichen Schriften Creutzfeldts und in seinen Gutachten. [...] Vom eugenischen Denkansatz zur Tötung der Geisteskranken besteht offenbar ein direkter Weg. [...] Die erschütternde Folgerung aus der sehr spät erfolgenden Erforschung der Beteiligung führender deutscher Psychiater bei der Tötung der Geisteskranken ist, daß bis auf ganz wenige, zwei oder drei Ausnahmen, wohl alle Universitätspsychiater das unter der Abkürzung »Aktion T4« laufende Tötungsprogramm der Nationalsozialisten tolerierten, oder sogar förderten, aber keinen aktiven Widerstand leisteten. H. G. Creutzfeldt soll zu den Ausnahmen gehört

55 Schmuhl, »Euthanasie«, S. 229.

56 Vgl. Schmuhl, »Euthanasie«, S. 218 f.

57 Freimüller, S. 23–24. Schmuhl, S. 214. Schmuhl vertritt die Auffassung, dass zwischen 1939 bis 1945 im Deutschen Reich einschließlich der annektierten Gebiete 196.000 psychisch kranke und geistig behinderte Menschen umgebracht wurden, mit den Ermordungen in den polnischen, sowjetischen und französischen Gebieten und den in »Euthanasie«-Anstalten ermordeten KZ-Häftlingen (Aktion 14f13) kommt er auf 300.000 mit steigender Tendenz.

58 Die »Aktion 14f13«, die »Aktion Brandt«, die »Aktion Reinhardt« in Konzentrationslagern, Altersheimen und Vernichtungslagern, so Freimüller, S. 24.

haben.«<sup>59</sup> Dabei soll nach Angaben Creutzfeldts und enger Mitarbeiter das alltägliche Vorgehen so gewesen sein, dass belastende Diagnosen, die weitgehend denen im »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« entsprachen, in unverfängliche Diagnosen umbenannt wurden. Nach Aldenhoff hatte es nach einer Untersuchung von ca. 6.000 Krankengeschichten, die zum Zeitpunkt seines Berichtes im Jahre 2001 noch nicht abgeschlossen war, den Anschein, dass die Aussage, Creutzfeldt habe seine Patienten vor der »Euthanasie« gerettet, in der allgemeinen Form nicht aufrecht erhalten werden könne, da eingefahrene organisatorische Verfahren von ihm nicht wesentlich beeinflusst werden konnten. Die begrenzten Kapazitäten der Kieler Nervenlinik machten es zwingend erforderlich, Patienten nach Schleswig und Neustadt zu verlegen. Was dort geschah, war von dem Kieler Ordinarius wenig zu beeinflussen. Nach Aldenhoff ist auch nicht festzustellen, dass nach dem Anlaufen der »T4-Aktion« die Zahl der Verlegungen wesentlich vermindert worden seien. So stellt er fest, dass es auch Creutzfeldt nicht möglich gewesen sein dürfte, die Tötung von Geisteskranken wesentlich zu behindern und damit die Patienten der Kieler Psychiatrischen Klinik vor der Ermordung zu retten.<sup>60</sup>

Aldenhoffs Einschätzung bezieht sich offenbar auf die Vorarbeiten zu der 2003 von Anna Corinna Dinkel vorgelegten Dissertation.<sup>61</sup> Dinkel kommt in der Diskussion ihrer Untersuchungen jedoch zu dem Ergebnis, dass sich im Zeitraum von 1938 bis 1945 eine statistisch signifikante Änderung der Verlegungspraxis von der Kieler Psychiatrischen Klinik und Nervenlinik in die Heil- und Pflegeanstalten nachweisen lässt. 1941 wurden nur noch 7,3 Prozent der Patienten gegenüber 11,9 Prozent (1938), 11,6 Prozent (1939) und 12,1 Prozent (1940) verlegt. Weiterhin habe sich in den Jahren von 1938 bis 1944 eine stetige Abnahme der »GzVeN-Diagnosen« bei Patienten, die nach Hause entlassen wurden, gezeigt. Auch sei die Zahl der Patienten, die mit solchen Diagnosen in die Heil- und Pflegeanstalten verlegt wurden, signifikant gesunken. Sie schließt daraus, dass Creutzfeldt bemüht war, die Euthanasie-Maßnahmen der Nationalsozialisten zu unterlaufen. Der stete Rückgang der GzVeN-Diagnosen sowohl bei den Patienten, die nach Hause entlassen wurden (von 14,2 Prozent 1938 auf 6,4 Prozent 1944) als auch bei denjenigen, die in Heil- und Pflegeanstalten verlegt wurden (von 61,2 Prozent

59 Aldenhoff, Josef: Hans-Gerhard Creutzfeldt (2.6.1895–30.12.1964), in: Christiani, Klaus (Hg.), Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001, S. 43–50, S. 46.

60 Aldenhoff, S. 45–47.

61 Dinkel, Anna C.: Veränderungen der Verlegungspraxis und Diagnosestellung in der Kieler Psychiatrischen und Nervenlinik während der Zeit des Nationalsozialismus. Auswertung einer Datenerhebung der stationären Patienten in den Jahren 1938–1945, Kiel 2003.

1938 auf 26,2 Prozent 1944) lasse es als wahrscheinlich erscheinen, dass Diagnosen gefälscht, Krankheitsbilder als symptomatisch oder erworben dargestellt oder auch in neurologische Störungen umgedeutet worden seien. Dinkel ist auch der Überzeugung, dass Creutzfeldt gegenüber der Euthanasie eine ablehnende Haltung eingenommen und versucht habe, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Inwieweit die noch weiterhin – wenn auch unter anderer Diagnose – erfolgte Verlegung in Heil- und Pflegeanstalten die Patienten dann doch der Ermordungsgefahr ausgesetzt habe, muss nach ihrer Auffassung noch weiter untersucht werden.<sup>62</sup>

Jörn Henning Wolf stellt in diesem Zusammenhang in seiner Monographie über Creutzfeldt<sup>63</sup> fest, dass auf Creutzfeldts persönliche Anordnung oder mit seinem Einvernehmen von 1940 bis 1944 insgesamt 636 Verlegungen von 605 Patienten<sup>64</sup> in die Schleswiger und von 45 Patienten in die Neustädter Heil- und Pflegeanstalt erfolgten. Die Zahlen der Krankenverlegungen<sup>65</sup> unterlagen nach Wolf gewissen Schwankungen, aus denen »unangemessene Schlussfolgerungen« aber nicht gezogen werden dürften. Die Diagnosen zeigen über die Jahre hinweg jedoch ein ziemlich gleichförmiges Bild: An erster Stelle Schizophrenie, dann senile Hirnarteriosklerose mit Demenz, progressive Paralyse, Schwachsinn und Epilepsie. Von Zwangssterilisationen bedroht waren die Schizophrenen, Schwachsinnigen und Epileptiker, von der Verschleppung in Tötungsanstalten die Altersdementen, Paralytiker und auch schwere Erkrankungsformen der Epileptiker.<sup>66</sup> Vier der 1940 nach Schleswig überwiesenen Patienten starben in der »T4-Mordanstalt Bernburg«. Weitere 104 zwischen 1940 und 1944 nach Schleswig überwiesene Patienten wurden in die Tötungsanstalt Meseritz-Obrawalde verlegt, von denen mindestens 58 Patienten innerhalb der ersten vier Monate der dort seit 1942 praktizierten »wilden Euthanasie« zum Opfer fielen. Das Geschick der verbliebenen 46 Patienten wird von Wolf – soweit möglich – dargestellt,<sup>67</sup> hier jedoch nicht wiedergegeben. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die glänzende Sonderstellung, die Creutzfeldt unter den Psychiatern der »Dritten Reiches« eingeräumt wird, nur mit Einschränkungen anerkannt werden kann. Zutreffend dürfte nach seiner Ansicht »die schlichte Annahme [sein], dass er bei unstrittig ausgeprägter Eigenart seines Wesens [...] korrekt nach der Maßgabe der Möglichkeiten gehandelt, zu dem ihm in vieler

62 Dinkel, S. 30–36.

63 Wolf, Creutzfeldt, S. 72 ff.

64 Es gab Mehrfachverlegungen, so Wolf, Creutzfeldt, S. 73.

65 1940: 141; 1941: 78; 1942: 136; 1943: 169 und 1944: 112.

66 Wolf, Creutzfeldt, S. 71–73.

67 Ebd., S. 74–75.

Hinsicht lästigen Regime selbstbewusst und unmissverständlich Abstand gewahrt, aber nicht im engeren Sinne aktiv Widerstand geleistet« habe.<sup>68</sup> Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kieler Universitätsnervenklinik zwar nicht willentlich, aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wissend in die »Euthanasie-Maßnahmen« einbezogen war.

Creutzfeldt selbst bezeichnete sich später als »ein entschiedener Gegner der Irrenmorde«. Er habe dies auch »in seinen Vorlesungen zum Ausdruck gebracht« und »in engeren und weiteren Kreisen aus diesem Standpunkt kein Hehl gemacht«, so schrieb er am 30. Oktober 1945 in einem Brief an die Kriminalpolizei Kiel.<sup>69</sup> In der Tat soll er der einzige Ordinarius der Kieler Medizinischen Fakultät gewesen sein, der gegen die Mordaktionen protestiert hatte. Nach eigener Mitteilung verbot er in seiner Klinik bei Patienten die Diagnosen zu stellen, die im Rahmen der nationalsozialistischen Euthanasie die Ermordung der Patienten zur Folge haben könnten.<sup>70</sup> Für diese Haltung spricht, dass er selbst Vater einer geistig behinderten Tochter war, für das er seit 1941/42 [genauer Zeitraum unbekannt. D. Verf.] das ihm eigentlich zustehende Kindergeld abweichend von dem Vorgehen bei seinen anderen Kindern Werner, Otto und Karin nicht mehr eingefordert hatte.<sup>71</sup> Die Selbstdarstellung Creutzfeldts ist jedoch nicht richtig, wie Wolf in seiner Monographie über Creutzfeldt eindrucksvoll beweisen kann. Die Diagnosen der in den Jahren 1940 bis 1944 in die Landesheil- und Pflegeanstalt Schleswig-Stadtfeld verlegten Patienten hatten eben die Folge, dass bei einer nicht genau zu bestimmenden Zahl (ca. 50 bis 100 Patienten) eine Ermordung nach Weiterverlegung in die Mordanstalten Bernburg und Meseritz-Obrawalde erfolgte.<sup>72</sup>

Creutzfeldt war als »Zulieferer« an den Krankenmorden beteiligt, auch wenn ihm sicher eine nennenswerte Zahl seiner von Ermordung bedrohten Patienten ihr Leben verdanken. Er versuchte nicht, sich den mörderischen Zwängen seines Amtes als Direktor der Nervenklinik entgegenzustellen oder doch zumindest z. B. durch Aufgabe dieser Tätigkeit und Niederlassung als Nervenarzt zu entziehen. Dabei hätte er nicht einmal existentielle Einbußen beklagen, sondern lediglich einige Unbequemlichkeiten auf sich nehmen müssen. Er machte jedoch mit. Er tat stillschweigend seine Pflicht, schaute weg, wenn Dinge geschahen, die man nicht billigen konnte und verlor so seine

68 Ebd., S. 81–82.

69 Legband, S. 15 f.

70 Godau-Schüttke, S. 108.

71 LASH Abt. 47, Nr. 6506, Vermerk des Universitätskurators v. 11.2.1964. Creutzfeldts Tochter Felicitas litt seit frühester Jugend an Debilität.

72 Wolf, S. 66–82, S. 122–129.

menschliche und ärztliche Unschuld, vielleicht ohne es zu merken. Sozialpsychologisch gesehen tat er nicht anderes als sich im Rahmen zeitgenössischer normativer Standards, wissenschaftlicher Lehrmeinungen, militärischer Pflichtauffassungen und kanonisierter Ehrendefinitionen einzuordnen,<sup>73</sup> ohne die Unbequemlichkeiten eines im Innersten als richtig erkannten Weges ertragen zu wollen. Damit unterscheidet sich auch Creutzfeldt nur graduell von anderen, die sich auf eine viel weiter gehende Weise an den Mordtaten des nationalsozialistischen Regimes beteiligten. Abgesehen von einer kleineren Zahl von Psychopathen wogen sich viele der Täter im nationalsozialistischen Staat auch bei den schlimmsten Verbrechen in der Sicherheit, Befehle zu befolgen, für die sie Verantwortung nicht übernehmen mussten. Damit hätten sie nichts anderes als ihre schwere Pflicht getan, so die nach dem Krieg häufig geäußerte Rechtfertigung.<sup>74</sup>

#### 6.1.4 Evakuierung der Patienten aus dem Luftkriegsraum Kiel

Kiel war mit seinem Werftgelände und den unmittelbar benachbarten militärischen Anlagen von der Krupp Germaniawerft in der Hörn bis zu den unterirdischen Ölbunkeranlagen in Mönkeberg als U-Bootschmiede des Deutschen Reiches für die alliierten Bombenangriffe ein Ziel von hoher strategischer Bedeutung. So verwundert es nicht, dass für die Stadt umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen auf den Bombenkrieg vorgenommen wurden. Die Marinestadt wurde Luftschutzort erster Ordnung mit einer Vielzahl von Luftschutzanlagen.<sup>75</sup> Im ersten Kriegsjahr kam es zwar zu zahlreichen, jedoch in ihren Auswirkungen auf die Kriegsindustrie und die Stadt weitgehend unbedeutenden Bombenangriffen. Im zweiten Halbjahr gab jedoch schon erste Tote und Verletzte sowie Gebäudeschäden.<sup>76</sup>

Anders sah es dann 1941 aus. Ab Frühjahr 1941 erfolgten die Angriffe mit jeweils ca. 60–70 Bombenflugzeugen. Zunehmend wurden auch Brandbomben eingesetzt. Dabei wurde nach einem Schema vorgegangen: der Angriff der ersten Bomberwelle erfolgte gegen die Stadtteile nördlich und südlich der Werften, um dann mit der zwei-

73 Vgl. Welzer, Harald: Täter, Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2011, S. 30, 31.

74 Himmlers Rede v. 4.10.1943 in Posen, passim.

75 Oddey, Markus: Die Kieler Hafenindustrie im Zweiten Weltkrieg, in: Oddey, Markus/Riis, Thomas (Hg.): Zukunft aus Trümmern. Wiederaufbau und Städtebau in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 2000, S. 7–83, hier S. 12.

76 Boelck, Detlef: Kiel im Luftkrieg 1939–1945. Tagebuch des Alarmpostens Detlef Boelck, Kiel 1980, u. a. S. 12.

ten Angriffswelle das Werftgelände selbst zu bombardieren.<sup>77</sup> Nordwestlich der Werften lag u. a. neben der Kieler Altstadt auch das Gelände der Universität, das aus diesem Grunde häufig Ziel der alliierten Bomber wurde. Bei einem Angriff am 18./19. März wurde neben vielen anderen Gebäuden in Kiel auch die Medizinische Klinik beschädigt. Während sich die Verantwortlichen auf den Schutz der Werftanlagen der Kriegsmarine und der Rüstungsbetriebe gegen Luftangriffe vorbereitet hatten, hatte man die Universität mit ihren Kliniken und medizinischen Instituten vergessen.

Im Jahre 1940 gab es in Kiel über 60, 1941 knapp 120 Luftalarme, die nicht unbedingt Bombenabwürfe zur Folge hatten, jedoch die Bevölkerung zwangen, die Luftschutzräume aufzusuchen.<sup>78</sup> Hierzu äußert sich Löhr in einem Schreiben an Walter Marquort im Oktober 1940: »Von hier ist nicht viel neues zu berichten, außer daß kürzlich ein Blindgänger einer Bombe in unmittelbarer Nähe Deines Hauses in einen Vorgarten der nach der Beselerallee zuliegenden Tirpitzstraße heruntergegangen ist. Manchmal kommen die Brüder jetzt nächtlicherweise 4 Mal. Wir werden Höhlenbewohner und Maulwürfe.«<sup>79</sup> Löhr berichtet Hilmar Wilmanns im Mai 1941, dass am 18. März 1941 der gesamte Dachstuhl des Laboratoriumsflügels der Klinik sowie ein Teil der Arztwohnungen ausgebrannt seien und die 2. Männerstation der Inneren Medizin hatte geräumt werden müssen. In den Nächten vom 7. bis 9. April 1941 wurden nach Löhr rund 15.000 Brandbomben und 1.000 Sprengbomben abgeworfen. Der auf der anderen Seite der Kieler Förde südöstlich der Universität gegenüberliegende Stadtteil Gaarden wurde – so Löhr wörtlich – »stark coventryisiert«. Die Werften sollen einen Ausfall von über 50 Prozent gehabt haben. Es gab etwa 400 Tote und 25.000 Obdachlose. Das Wohnhaus Löhrs wurde von zwei Brandbomben getroffen, von denen eine das Löhrsche Schlafzimmer zerstörte.<sup>80</sup> In einem weiteren Schreiben aus dem Juni schildert Löhr die Auswirkungen der nächtlichen Angriffe auf seine »Spannkraft«: »[...] wenn man fast jede Nacht mit gutem Wetter mindestens zwei Stunden im Keller sitzen muß

77 Oddey, S. 14; Boelck, S. 132: Die zwischen 23.30 und 4.00 Uhr erfolgten Angriffe am 7./8.4. und 8./9.4.1941 forderten erstmals bis dahin ungewohnt hohe Opferzahlen: 88 Tote und 184 Verletzte/Vermisste zum ersten Termin, 125/197 zum zweiten Termin.

78 Boelck, S. 132. Angriffe mit Bombenabwürfen gab es 1940 15, 1941 28, 1942 5 und 1943 9, wobei die Schwere der Angriffe von Jahr zu Jahr anstieg.

79 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schrb. Löhr an Marquort v. 16.10.1940.

80 LASH Abt. 47.6, Nr. 335, Schrb. Löhr an Wilmanns v. 7.5.1941. Weiterhin war das Haus des Apothekers Rüdel rechts neben Löhrs Haus restlos ausgebrannt, desgleichen das Haus des Warenhausbesitzers Jacobsen links von seinem Haus. In die Gauleiterwohnung fielen sieben Brandbomben, auch in das Haus von Anschütz und fast jedes Haus in Düsterbrook waren Brandbomben hineingefallen.

und hinterher erst eine Stunde später wieder einschläft, hat man am folgenden Tage wenig Spannkraft, wenn man wie ich beispielsweise neben dem Rektorat den Kolleg- und Klinikbetrieb zu erledigen hat, für andere Dinge. Hinzu kommt ja auch, daß alle diese letzten Angriffe wieder keineswegs so ohne waren. Gestern nacht hat ein riesiges Lufttorpedo am Kleinen Kiel in der gesamten Mittelstadt so gut wie alle Fensterscheiben eingedrückt und die Fensterrahmen z. T. herausgerissen, die Dachschindeln sind 1.000 m weit durch die Luft weggeflogen.«<sup>81</sup> Im August 1941 schreibt Löhr, dass nach den ersten stärkeren Luftangriffen Tausende von Einwohnern, vor allem vermögende Leute und Personen in führender Stellung, Kiel fluchtartig verlassen hätten.<sup>82</sup>

Die Alarme waren schon für die Gesunden eine erhebliche physische und psychische Belastung, viel mehr jedoch für die Schwerkranken, Frischoperierten und nicht Gehfähigen in den Krankenhäusern. In einem Erlass des Reichsministers für Luftfahrt und Oberbefehlshabers der Luftwaffe aus dem Juni 1942, der Bezug auf ältere Erlasse nimmt, wurde angeordnet, dass Vorkehrungen getroffen werden sollten, damit während der Luftangriffe der »unumgänglich notwendige Betrieb« durchgeführt werden könne. Dazu sollten ausgebauten Dachgeschosse und darunter liegende Geschoße der Krankenhäuser von bettlägerigen Schwerkranken und schwer zu transportierenden Kranken geräumt werden. Dort wo diese untergebracht seien, sollten, soweit vorhanden, Mittelflure als Luftschutzräume hergerichtet werden. Um wirtschaftliche Schäden zu vermeiden, sollten die von Schwerkranken geräumten Stockwerke mit leicht transportierbaren und gehfähigen Kranken belegt werden.<sup>83</sup> Für Krankenanstalten bestimmter Luftschutzorte, zu denen Kiel gehörte, seien bombensichere Luftschutz- und Operationsräume einzurichten. In den für die Krankenversorgung in Kiel und der weiteren Umgebung unentbehrlichen Universitätskliniken, die nur wenige hundert Meter von den Werftanlagen entfernt waren, gab es jedoch keine Bunker für Patienten und Personal, sondern lediglich wenige geeignete Schutzräume.

Am 7./8. April 1941 wurden bei einem Großangriff auch die Kliniken und Institute in Mitleidenschaft gezogen. Die Chirurgische Klinik wurde durch Sprengbomben erheblich beschädigt. Teile der Frontmauern wurden fortgerissen, Bomben detonierten im Innern auf der Flurdecke im Lehrflügel. Das alte Direktorenhaus der Frauenklinik war schon am 25. Februar 1941 durch Brandbomben beschädigt worden. A. W. Fischer und Ernst Philipp sahen unter diesen Umständen keine andere Möglichkeit mehr, als

81 Ebd., Schr. Löhr an Wilmanns v. 25.6.1941.

82 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schr. Löhr an REM v. 13.8.1941.

83 BAArch R 4901, Nr. 14807, p. 337 b, 338, Erlass des Reichsministers für Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe v. 12.6.1942.

transportfähige Patienten zu evakuieren. Philipp beschrieb die Situation für die Frauenklinik in einem Schreiben an den Kurator so: »Ein bombensicheres Unterbringen der Kranken ist nicht möglich; die Kellerräume befinden sich fast durchweg in halber Höhe und sind eben splittersicher. [...] Da bombensichere Unterstände in absehbarer Zeit nicht fertig werden, muss die Belegung der Klinik so niedrig gehalten werden. [...] Auf der gynäkologischen Abteilung lässt sich das dadurch einigermaßen einrichten, dass nur Frauen mit lebensbedrohenden Erkrankungen aufgenommen, die andern aber abgewiesen werden. Auf der geburtshilflichen Station ist jedoch ein Abweisen unmöglich, da die Frauen sofortige Hilfe verlangen. [...] Eine Senkung der Belegungsziffer liesse sich dadurch erreichen, dass man die frisch entbundenen Mütter mit ihren Kindern bald nach der Geburt mittels Auto aus der Klinik nach außerhalb abtransportiert.«<sup>84</sup> Eine gute Woche später folgte ein Schreiben von A. W. Fischer: »Die Zahl der in der Klinik leidlich luftschuttsicher unterzubringenden Kranken beläuft sich auf etwa 80–100. Über wirklich luftschuttsichere Kellerräume verfügt die Klinik auch nicht, lediglich in einem Flügel ist ein einigermaßen gesicherter Operationsraum hergerichtet worden, Kellerräume, in welche die Kranken verbracht werden können, sind nicht vorhanden. [...] [D]ie Erfahrungen der letzten schweren Angriffe auf Kiel stellen mich vor die zwingende Notwendigkeit, ausserhalb Kiels Räumlichkeiten zu suchen, in denen wir bis zu 150 Kranke unterbringen können.« Fischer hatte bereits genaue Vorstellungen, wie verfahren werden sollte, und er hatte bereits ein auswärtiges Haus für diese Zwecke gefunden: »Die Aufnahme der Kranken würde nach wie vor durch die Kieler Chirurgische Klinik direkt erfolgen, grosse Operationen würden auch in Kiel durchgeführt werden, die Kranken jedoch nach einigen Tagen, sobald sie transportfähig sind, nach auswärts verbracht werden.«<sup>85</sup> Schon eine Woche später erbat der Kurator vom Reichserziehungsministerium die allgemeine Ermächtigung, alle durch die Fliegerangriffe gebotenen Maßnahmen und Schritte sofort selbständig treffen zu können und seine bereits ergriffenen Schritte gut zu heißen. Hier wurde für die Außenstelle der Chirurgischen Klinik ein Kinderheim in Haffkrug, das eigentlich vom Wehrkreiskommando X in Hamburg als Reservelazarett vorgesehen und von Größe und Ausstattung für die Kieler chirurgischen Patienten geeignet war, beschlagnahmt. Ferner wurden 60 Betten in einem Haus der Landes-, Heil- und Pflgeanstalt in Neustadt für die Chirurgische Klinik und für die Frauenklinik ein Gebäude des Hamburger Schulvereins, die beide von der Kriegsmarine für Lazarettzwecke vorgesehen waren, übernommen. Der Kurator

84 BAArch R 4901, Nr. 14807, Schrb. Philipp an Kurator v. 22.4.1941.

85 Ebd., Schrb. A. W. Fischer an Kurator v. 30.4.1941.

hatte dem Schreiben eine Bescheinigung des Oberpräsidenten und Gauleiters Hinrich Lohse beigefügt, »daß wegen der in der letzten Zeit erfolgten starken Fliegerangriffe und wegen der in nächster Zeit möglichen weiteren Fliegerangriffe die Evakuierung eines Teils der Chirurgischen und der Frauenklinik und unter Umständen noch anderer Universitätskliniken dringend notwendig ist.«<sup>86</sup> Mit Datum vom 20. Mai erhielt der Kurator die gewünschte Ermächtigung.<sup>87</sup> Am 7. Juni 1941 wurde die Unterbringung von Teilen der Chirurgie und der Frauenklinik außerhalb Kiels »im Einverständnis mit dem Herrn Finanzminister« genehmigt.<sup>88</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Stellen verlief allem Anschein nach gut. Unverzüglich wurde damit begonnen, die Ausweichkrankenhäuser in Haffkrug, Neustadt und Grömitz einzurichten, um für die Patienten den Stress der Luftalarme und die Gefahr durch Bombardierungen zu vermindern. Es folgte die Verlegung eines großen Teils der Kinderklinik im Jahre 1941 in das leer stehende Herrenhaus des Gutes Behl bei Plön.<sup>89</sup> Hinzu kam für an Tuberkulose erkrankte Kinder das LVA-Heim »Stil-les Tal« in der Nähe.<sup>90</sup> In Kiel verblieben die Poliklinik und zwei Stationen der Kinderklinik. Ein Nachteil der Auslagerung von Betten lag in der Verteilung der einzelnen Krankenhausbereiche auf weit voneinander entfernte Standorte der einzelnen Krankenhausbereiche, wodurch die ohnehin schon bestehenden Personalengpässe noch verschärft wurden. Durch den Transport der oft gerade erst frisch operierten Patienten entstanden zusätzliche Risiken. Hinzu kamen, nicht zuletzt auch durch die Trennung der Operierten und frisch entbundenen Mütter von den Familien, erhebliche körperliche und seelische Belastungen. Die von den Klinikmitarbeitern unter den ohnehin schon erschwerten Arbeitsbedingungen zusätzlich zu erbringenden Leistungen konnten nicht ohne Auswirkungen auf die Qualität der Krankenversorgung bleiben. Aber auch seitens der Ärzte und des Pflegepersonals waren zusätzlich persönliche Belastungen und gelegentlich auch Gefahren hinzunehmen, wie beispielhaft das Schreiben Romingers an das Wehrbezirkskommando Kiel im März 1942 zeigt, mit dem er erfolglos um drei Monate Arbeitsurlaub für seinen eingezogenen Assistenten, den »Sanitäts-Gefreiten der Ersatz Reserve II, Dr. Kreuyk«, bat. Grund für diese Bitte war ein Autounfall Romingers, der drei Wochen vorher auf der Fahrt vom Gut Behl zu

86 BArch R 4901, Nr. 14807, p. 201, Schrb. Kurator an REM v. 7.5.1941. Unterstreichung im Schreiben; BArch R 4901, Nr. 14807, p. 207, Schrb. A. W. Fischer an Kurator v. 5.5.1941.

87 Ebd., p. 214, Entwurf Schrb. REM an Kurator v. 21.5.1941.

88 BArch R 4901, Nr. 14807, p. 215, Entwurf Schrb. REM an Kurator v. 7.6.1941.

89 Ebd., p. 251, Schrb. RIM an REM v. 6.9.1941.

90 Jaeger, S. 158.

seiner Klinik in Kiel in seinem PKW von einem Wehrmachts-LKW überfahren worden war, und der bei ihm neben einem Beinbruch zu drei Rippenbrüchen und zahlreichen Schnittwunden geführt hatte.<sup>91</sup>

Im Herbst 1941 wurde am Ostende der Chirurgischen Klinik mit dem Bau eines Operationsbunkers begonnen, der ab 1943 in seinem oberen Geschoss auf der Höhe des Kellergeschosses der Klinik eine vollständige Operationsabteilung enthielt.<sup>92</sup> Der Operationsbetrieb kam folglich nicht einen Tag zum Erliegen. Der Bau eines Bunkers für die Frauenklinik in Kiel wurde Ende 1941 bewilligt und in Angriff genommen, wegen Materialmangels allerdings nicht fortgeführt. Der Klinikbetrieb wurde in beschädigten Häusern, im Chirurgie-Bunker und später zusätzlich in einem Marinebunker in der Knorrstraße fortgeführt.<sup>93</sup> In Folge der zahlreichen Luftangriffe gab es 1941 zudem weitere meist kleinere Beschädigungen an den Kliniken und Instituten.

Auch in der Folge kam es zu weiteren Zerstörungen, die den Unterricht und die Behandlung der Patienten empfindlich störten. Im April 1942 brannten Teile des Physiologischen Institutes, im Oktober 1942 die Dachstühle des Haupt- und des Wirtschaftsgebäudes der Universitäts-Nervenklinik ab. Beide wurden bald wiederhergestellt.<sup>94</sup> Am 29. April 1942 wurde der Dachstuhl der Augenklinik völlig zerstört, die Etage darunter schwer beschädigt. Die bettlägerigen Patienten mussten zunächst in die Frauenklinik, dann in die Chirurgische Klinik ausgelagert werden.<sup>95</sup> Dort wurden im Bunker auch die augenärztlichen Operationen durchgeführt. Die Poliklinik fand ebenfalls im Bunker der Chirurgen in einem winzigen Raum Unterkunft.<sup>96</sup> Ebenfalls 1942 wurde der linke Flügel des Anatomischen Instituts einschließlich des großen Hörsaals durch einen Bombenangriff vollkommen vernichtet. Die Reparatur des Anatomischen Instituts sollte bis Anfang 1943, die der Augenklinik bis Dezember 1943 dauern.<sup>97</sup>

Es bleibt jedoch festzuhalten: Es gelang den betroffenen Kieler Klinikdirektoren in der ersten Hälfte des Krieges, über die für schwer kranke Patienten nicht ungefährlichen Luftalarmen hinaus den zunehmend deutlicher werdenden Bedrohungen durch

91 LASH Abt. 47, Nr. 2065, Schrb. Rominger an WBK Kiel v. 17.3.1942.

92 Jaeger, S. 152.

93 Philipp, Ernst/Hörmann, Georg: Die Kieler Universitäts-Frauenklinik und Hebammen-Lehranstalt 1805–1955. Eine medizinhistorische Studie zur Feier ihrer 150jährigen Bestehens am 1. Mai 1955, Kiel 1955, S. 102.

94 Jaeger, S. 157, 160.

95 Ebd., S. 155.

96 Röper, S. 34f.

97 Ebd., S. 35; LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schrb. Freerksen an das REM v. 9.2.1943.

entschlossenes Handeln zu begegnen. Dabei war das Zusammenspiel zwischen Medizinprofessoren, Kurator, Oberpräsident, Wehrmachts- und Marineverwaltung offenbar ziemlich reibungslos – dies war sonst eher selten zu beobachten. Die Evakuierungsmaßnahmen hätten möglicherweise noch unerwünschte Folgen haben können. Der Preußische Finanzminister forderte auch aufgrund der durch die Maßnahmen entstandenen außerplanmäßigen Ausgaben Kompensationen bis hin zur Schließung des gesamten Lehrbetriebes der Universität.<sup>98</sup> Löhr musste in Abwehr des Schließungsverlangens verdeutlichen, dass nur bestimmte Teile einzelner Kliniken evakuiert worden waren.<sup>99</sup> Die Kosten der Einrichtung und des Betriebs sicherer Unterbringungsmöglichkeiten in der schleswig-holsteinischen Provinz beliefen sich 1941 auf 140.000 RM, in den Folgejahren etwa auf 250.000 RM. Ihre Deckung sollte die Provinzbürokratien und drei Reichsministerien im Hinblick auf das dramatische Kriegsgeschehen in nahezu grotesker Weise beschäftigen, ohne dass bis zum Kriegsende eine Lösung gefunden werden konnte.<sup>100</sup>

## 6.2 Die Kieler Medizinische Fakultät im Kriegsalltag

### 6.2.1 Die Sitzungen der Fakultät 1941 bis 1943

Löhr hielt nicht viel von offiziellen Fakultätssitzungen, sondern ordnete als »Führer« der Fakultät an. Wenn es sich aus fachlichen Gründen nicht vermeiden ließ, führte er informelle Gespräche. So gab es mit Ausnahme von zwei Terminen 1940 lediglich Sitzungen der Gesamtfakultät, die sich mit Lehrproben von Habilitationsanwärtern befassten. Am 24. April und 22. Mai 1940 fanden zusätzlich zu den Lehrproben Aussprachen über die Qualifikation der Vortragenden im Fakultätsausschuss statt.<sup>101</sup> Dieses Vorgehen änderte sich erstaunlicherweise 1941 bereits in den letzten Monaten des Dekanats Löhr. In den ersten beiden Sitzungen der Jahres 1941 noch unter seiner Leitung erhielt der Fakultätsausschuss in den immer noch von Löhr gesetzten Grenzen seine traditionelle Funktion als Kollegialorgan zurück. Themen waren am 26. Januar u. a. die Umwandlung des Extraordinariats für Anthropologie in ein Ordinariat und die Liste für die Wiederbesetzung des anatomischen Lehrstuhls. In der letzten von ihm als

98 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schr. Preuß. Finanzminister an REM v. 13.6.1941.

99 Ebd., Schr. Löhr an REM v. 13.8.1941.

100 BArch R 4901, Nr. 14807, p. 250 ff.

101 LASH, Abt. 47.6., Nr. 16, p. 214–221, Protokolle der Fakultätsausschusssitzungen v. 16.2., 19.2., 23.4., 24.4., 22.5., 15.7. und 14.10.1940.

Dekan geleiteten Sitzung vor Übernahme des Rektorats ging es um die Vorabklärung der Nachfolge für den nach Frankfurt a. M. berufenen Gerichtsmediziner Wiethold.<sup>102</sup> Es wurde ein Geheimerlass über die UK-Stellung von Hochschullehrern verlesen und über die Aufrechterhaltung der Lehre im Sommersemester 1941 beraten. Für die Lehrstuhlinhaber mit Ausnahme Vonkennels, Netters, Romingers und Wietholds<sup>103</sup> sollten UK-Anträge gestellt werden. Anschließend erfolgte eine Aussprache über die Höhe der Abgaben der Klinik-Direktoren für die von ihnen erzielten Nebeneinnahmen.<sup>104</sup>

Der plötzliche Wandel bei der inhaltlichen Ausgestaltung der letzten Sitzungen des Dekanats Löhr lässt sich mit der Wahl A. W. Fischers als Nachfolger im Dekanat erklären. Löhr war als Rektor nicht mehr in die Führungsgeschäfte der Medizinischen Fakultät eingebunden. Als Leiter der größten Klinik der Fakultät, aber auch in den meisten seiner politischen Funktionen bis hin zu seinen Aufgaben im SD war er aber auf Kenntnisse über das Geschehen in der wichtigsten und größten Fakultät der Universität angewiesen. Als Rektor konnte er nur auf Sachverhalte Einfluss nehmen, die ihm bekannt waren. Als Lehrstuhlinhaber blieb er Mitglied des Fakultätsausschusses. Insofern war ihm nunmehr, abweichend von seinem eigenen früheren Verhalten, an möglichst transparenten Fakultätssitzungen gelegen. Dies gewährte sein loyaler, zudem ihm zu Dank verpflichteter Nachfolger A. W. Fischer, der bereits in Gießen als Dekan einen guten Eindruck bei den Nationalsozialisten hinterlassen hatte.<sup>105</sup> Auf diese Weise trug Löhr dafür Sorge, dass ihm trotz seines Wechsels in das Rektorenamt die Entwicklungen in der Medizinischen Fakultät nicht entglitten und sein Einfluss erhalten blieb. In den folgenden zwei Sitzungen im Mai, dem Monat, in dem er auch offiziell das Rektorat übernahm, die bereits unter der Leitung von A. W. Fischer stattfanden, ließ

102 Gedacht war an Jungmichael, Panning und Hallermann.

103 Vonkennel war wegen seiner schweren Kriegsbeschädigung aus dem Ersten Weltkrieg nicht kriegsverwendungsfähig, Rominger war mit knapp 55 Jahren zu alt, Wiethold gehörte wenig später nicht mehr zur Kieler Fakultät und Netter wurde als Physiologe bei der Luftwaffe gebraucht und war in Kiel als Leiter der Fliegerärztlichen Untersuchungsstelle eingesetzt.

104 LASH, Abt. 47.6., Nr. 16, p. 224 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 6.3.1941.

105 Oehler-Klein, Sigrid: Politische Einflüsse – Inhaltliche Ausrichtungen, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 91–132, hier S. 115 f. Oehler-Klein, Sigrid: Auf- und Ausbau der Rassenhygiene unter Heinrich Wilhelm Kranz, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 223–246, hier S. 228 f.

er sich allerdings entschuldigen, zum Zeitpunkt der dann folgenden Fakultätssitzung im November war er bereits sechs Wochen tot.

Neben Berufungsfragen ging es in der Sitzung am 2. Mai 1941 um die Vorbereitung des neuen Dekans Fischer für eine Dekanatsbesprechung wenige Tage später in Berlin. Es wurden wieder, wie vor der Ära Löhr, Themen angesprochen, die den Alltag der Fakultät prägten: Verbesserung der Leistungen in den Examina, Assistentenmangel an theoretischen Instituten, Umbenennung des Faches »Irrenheilkunde«, Zulassung von Kassenpatienten an Polikliniken u. a. m. Neben der inhaltlich nicht so bedeutenden Sitzung am 19. Mai gab es dann noch eine weitere Sitzung am 18. November 1941. Löhrs wurde gedacht, Wilhelm Hallermann wurde als Nachfolger Wietholds begrüßt, Behrens sollte die unter Löhr offenbar nicht ausreichend gepflegte Statistik der Fakultät wieder in Ordnung bringen und Holzlöhner, der im August die verhängnisvollen Kälteversuche mit zahlreichen Todesfällen an KZ-Häftlingen aus Dachau abgebrochen hatte,<sup>106</sup> sollte bei der Luftwaffe »reklamiert« werden.<sup>107</sup> Überwiegend handelte es sich also um Fakultätsroutine. Die aufregenden Ereignisse wie die Bombardierungen des Klinikums, die Evakuierung von Patienten ins südöstliche Holstein und die nur mühsam abgewendete Schließung der Universität waren zumindest nach dem Protokoll kein Thema und wahrscheinlich zeitnah außerhalb offizieller Fakultätssitzungen abgearbeitet worden. Ein besonderer Punkt war noch die Nachfolge Löhrs. Freerksen berichtete, dass Löhr ihm gegenüber am Tage vor seinem Tode »Herrn Reinwein aus Gießen« als denjenigen bezeichnet habe, den er am liebsten als seinen Nachfolger sähe. So überrascht es nicht, dass die verabschiedete Liste an erster Stelle Helmuth Reinwein benannte.<sup>108</sup> Freerksens Bericht über das Gespräch mit Löhr wirft Fragen auf. Reinwein war ein fähiger Klinikdirektor, Mitglied der NSDAP, aber mit Sicherheit kein engagierter Nationalsozialist. Wie noch zu zeigen sein wird, vermied er lediglich alles, was ihn in Konflikt mit den Machthabern bringen konnte. Warum also diese Wahl Löhrs? Gab es im ganzen Reich keinen geeigneten, hochgradig motivierten Nationalsozialisten mehr, hatten sich bei Löhr im Laufe der Jahre Vorbehalte gegen fachlich nicht so überzeugende, engagierte Parteigenossen aufgebaut oder handelte es sich um eine Taktik des zusammen mit Vonkennel, Philipp und Netter in der Berufungskommission sitzenden Freerksen, der sehr gut in der Lage war, trotz Mitgliedschaft in NSDAP, SS und SD sinnvollen Lösungen den Vorrang vor Parteiinteressen zu geben? Wie dem auch sei, Freerksen kannte Reinwein aus seiner Zeit in Gießen, schätzte ihn vermutlich

106 Siehe 6.2.1.

107 LASH, Abt. 47.6., Nr. 16, p. 230 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 18.11.1941.

108 Ebd.

und wusste die Bedeutung einer qualifizierten Besetzung der Medizinischen Klinik für das Ansehen der Fakultät einzuschätzen.

1942 brach der Fakultätsausschuss der Medizinischen Fakultät mit neun Sitzungen trotz der hohen Arbeitsbelastung seiner durch die Auswirkungen des Krieges beanspruchten Mitglieder unter Leitung Fischers alle bisherigen Rekorde.<sup>109</sup> Der Krieg spielte in den Protokollen des Jahres aber nur an zwei Stellen eine gewisse Rolle: Erstens bei dem Probevortrag des ophthalmologischen Oberarztes Rieken über »Nachtblindheit und Vitamin A« am 8. März, ein Thema, das die Luftverteidigung durch Nachtjäger betraf,<sup>110</sup> sowie zum zweiten in der Sitzung am 20. Mai 1942, als es um Luftschutzfragen ging. Die Nachfolgeregelung des nach Münster berufenen Pathologen Siegmund<sup>111</sup> wurde dadurch erschwert, dass das Reichserziehungsministerium schon vor der Erstellung der Dreierliste durch die Fakultät auf ihre Gestaltung Einfluss nahm. Die Fakultät war aufgefordert worden, zu einer eventuellen Berufung des aus Brasilien zurückgekehrten Walter Büngeler Stellung zu nehmen.<sup>112</sup>

1943 leitet Fischer immerhin bis zum Ende des Sommersemesters noch fünf Fakultätssitzungen. Dabei ging es um viel Fakultätsroutine. Hervorzuheben sind die Beratungen über die Nachfolge Vonkennels, der Ende 1942 einen Ruf nach Leipzig erhalten hatte. Auch gab es Schwierigkeiten mit dem Landeshauptmann Dr. Wilhelm Schow, der von den Akademischen Heilanstalten verlangt hatte, dass sie ihre Patienten nach der Erstversorgung an das Krankenhaus des Provinzialverbandes in Neustadt in fremde Hände geben sollte. Die Fakultät sah hierin einen Versuch des Provinzialverbandes, die Kriegsumstände auszunutzen, um in Hinblick auf die Nachkriegszeit ein großes Provinzialkrankenhaus in Neustadt zu errichten.<sup>113</sup>

109 Sitzungen 1942: 10.2., 6.3., 8.3., 21.4., 24.4., 28.4., 19.6., 28.10., 16.12.

110 Vgl. LASH Abt. 47, Nr. 2059, Referat v. Meesmann über die Habilitationsschrift des Herrn Dr. med. Hans Rieken v. 5.1.1943, Korreferat v. Holzlöhner v. 28.2.1942.

111 Siehe 6.2.4.

112 Siehe 6.2.3.

113 LASH Abt. 47, Nr. 2050, Schrb. Dekan an Kurator v. 3.6.1943. Die traditionelle Struktur der Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein war auch in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes beibehalten worden: Unter der Aufsicht des Oberpräsidenten in Kiel leitete der Regierungspräsident in Schleswig die Verwaltung des einzigen Regierungsbezirkes der Provinz Schleswig-Holstein. Ausgenommen war die provinzielle Selbstverwaltung, die dem Oberpräsidenten zwar unterstellt war, aber von einem Landeshauptmann geleitet wurde und eigene Aufgaben wahrzunehmen hatte. Hierbei handelte es sich um Sozialaufgaben der übergemeindlichen Krankenpflege und Psychiatrie, zu denen auch Krankenhäuser gehörten, Kulturpflege, Denkmalschutz und Wegeunterhaltung. Der Oberpräsident war seit 1941 auch Reichsvertei-

Als etwas Besonderes ist die am Ende der Sitzung vom 17. Juni 1943 durchgeführte Besichtigung des nach einem Brandbombenangriff wiederhergestellten Anatomischen Instituts hervorzuheben. Freerksen war es gelungen, innerhalb eines Dreivierteljahres einige nicht so wichtige Räume des Instituts so umzubauen, dass das nunmehr kleinere Institut als leistungsfähiger als zuvor angesehen werden konnte.<sup>114</sup> In diesem Monat bat Fischer den Rektor, ihn wegen allzu großer Arbeitsbelastung nach fünf Semestern in der Position des Dekans zum Ende des Sommersemesters von diesem Amt zu entpflichten und den Prodekan Werner Bachmann zum Dekan zu ernennen. Ernst Philipp solle Prodekan werden.<sup>115</sup> Nach anfänglicher Zustimmung<sup>116</sup> revidierte Predöhl seine Meinung: Philipp solle Dekan werden, Bachmann sein Vertreter. Die Begründung ist nicht uninteressant: Der Rektor hielt Philipp wegen seines Ansehens über den Rahmen der Fakultät hinaus als Persönlichkeit im Gau für weit geeigneter als Bachmann. Abgesehen davon sei Bachmann wegen seiner kriegsbedingten Abwesenheit nur formal Prodekan gewesen und sei von Philipp vertreten worden, so dass dieser jetzt auch über die größere Erfahrung verfüge. Auch bestünden Zweifel, wie lange die UK.-Stellung Bachmanns andauern könnte.<sup>117</sup> So wurde zum Wintersemester 1943/44 Philipp Dekan und Bachmann sein Vertreter. Er konnte zu der ersten von Philipp geleiteten Sitzung am 19. Oktober 1943 als »aus dem Felde zurück« begrüßt werden.<sup>118</sup>

Die Umstände des Dekanwechsels der Medizinischen Fakultät zum Wintersemester 1943/44 geben ungewohnt deutlich Einblick in das Innenleben der Universität. Fischer schlug Bachmann als seinen Nachfolger vor, da nach seinen traditionellen Vorstellungen der Prodekan dem Dekan folgen sollte. Zudem war Bachmann ein mehr als strammer Nationalsozialist. Predöhl, der genug mit seinem strategisch wichtigen Institut für Weltwirtschaft zu tun hatte und sich mit den Medizinern nicht so besonders gut auskannte, stimmte dem Vorschlag zunächst zu. In den folgenden Wochen änderte er seine Meinung. Da die Ernennung Philipps für Bachmann eine Kränkung darstellen

digungskommissar für Schleswig-Holstein. (Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter: Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 157)

114 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Schr. Freerksen an REM v. 9.2.1943.

115 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schr. Dekan an Rektor v. 8.6.1943.

116 Ebd., Schr. Rektor an Dekan MF v. 10.6.1943.

117 Ebd., Schr. Rektor an Dekan MF v. 17.7.1943.

118 LASH, Abt. 47.6, Nr. 16, p. 248, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 19.10.1943. LASH Abt. 460, Nr. 2994, p. 8, Bescheinigung im Entnazifizierungsverfahren von Toni Siedlaczek v. 21.9.1946. Bachmann war von Februar bis Oktober 1940, von Juni bis Dezember 1941 und von Mai 1942 bis Oktober 1943 als Beratender Hygieniker bei der Armee und als Leiter einer bakteriologischen Untersuchungseinheit zum Kriegsdienst einberufen worden.

musste und Predöhl nicht wissen konnte, wie sein Meinungswechsel kolportiert werden würde und Bachmann mit seiner fast fanatischen Parteiverbundenheit als Gegner nicht gering einzuschätzen war, musste der Anlass für den Meinungsumschwung schon schwerwiegend gewesen sein. Es ist naheliegend, dass der Rektor die Angelegenheit mit seinem ohnehin die Alltagsgeschäfte in Kiel führenden Prorektor Freerksen besprochen hatte und dieser der wichtigen Medizinischen Fakultät die schwache und weithin wenig angesehene Persönlichkeit Bachmanns ersparen wollte. Freerksen war auch in der Lage, Predöhl die eventuell notwendige Rückendeckung in der Partei zu verschaffen. An der Universität Kiel näherten sich die Zeiten dem Ende, in denen bei der Vergabe von Ämtern das Parteibuch den Vorrang vor Persönlichkeit und Leistung erhielt. Abgesehen davon war auch Philipp Mitglied der NSDAP, aber ohne die fanatische ideologische Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Parteideologie, wie sie bei Bachmann vorlag.

#### 6.2.2 Personalsituation, Hilfsärzte und erneute Schließungsabsichten

Die Personalsituation in den Kliniken und Instituten veränderte sich mit Kriegsbeginn allmählich immer mehr zum Schlechten. Einige Professoren und Dozenten sowie zahlreiche Assistenten der Medizinischen Fakultät waren zum Kriegsdienst einberufen worden. Zum Vergleich: Im Wintersemester 1937/38 bestand die Fakultät laut Personal- und Vorlesungsverzeichnis aus 16 Direktoren, 14 Oberärzten bzw. Oberassistenten, ca. 60 Assistenten sowie einer kleineren, nicht genau bekannten Zahl von Volontärassistenten. Im ersten Kieler Kriegstrimester 1940 war von den Instituten zwar keiner der Direktoren und Oberassistenten eingezogen worden, aber immerhin vier von 14 Assistenten. Auch von den Klinikdirektoren war keiner im Heeresdienst, aber drei von acht Oberärzten und 14 von etwa 50 Assistenzärzten standen für die Patientenversorgung in den Krankenanstalten aus diesem Grunde nicht zur Verfügung. Diese Zahlen verschlechterten sich dramatisch nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Laut Vorlesungs- und Personalverzeichnis für das Wintersemester 1941/42 leisteten vier Institutsdirektoren (Holzlöhner, Siegmund, Bachmann und der mit der Vertretung des Lehrstuhls Wiethold beauftragte Hallermann), einer von fünf Oberassistenten und acht von 14 Assistenten der Institute Militärdienst. Besonders stark waren das Pathologische und das Hygienische Institut betroffen. In der Pathologie tat nur noch Oberassistent Zinck Dienst, Lehrstuhlinhaber Siegmund und seine beiden Assistenten leisteten Kriegsdienst. In der Hygiene war Oberassistent Pels-Leusden der einzige Arzt, Lehrstuhlinhaber Bachmann und drei weitere Assistenten waren einberufen worden. Die Klinikdirektoren standen für die Leitung ihrer Kliniken mitunter als einzige Fach-

ärzte zur Verfügung, einige mussten sogar noch zusätzlich als Beratende Ärzte bei der Marine oder dem Heer Dienst tun. Fünf von sieben Klinikoberärzten und 30 von etwa 50 Klinikassistenten waren eingezogen worden. In der Medizinischen Klinik waren neben Löhr nur noch zwei von zwölf planmäßigen Ärzten tätig, in der Chirurgie neben Fischer und Oberarzt Robert Wanke zwei von acht Assistenten und in der Frauenklinik gab es neben Philipp nur noch den Assistenzarzt Herbert Huber, denn Oberarzt Walter Schäfer sowie sechs weitere Assistenten waren eingezogen worden. Die medizinische Situation war jedoch nicht ganz so dramatisch, wie es sich auf den ersten Blick darstellt, da Volontärärzte und »Hilfsärzte« in den ohnehin ungenauen Personal- und Vorlesungsverzeichnissen nicht ausgewiesen sind. Dieses ärztliche Personal musste neben der täglich stattfindenden Versorgung der Patienten noch den nächtlichen Bereitschaftsdienst ihrer Klinik sicherstellen. Für die Chirurgie sowie die Frauen- und Kinderklinik kam noch verschärfend die ärztliche Betreuung der bereits im Sommer 1941 ausgelagerten Klinikteile in Haffkrug, Grömitz und Neustadt (ca. 80 km einfache Fahrt) und Gut Behl bei Plön (ca. 35 km einfache Fahrt) dazu, die erhebliche Autostunden mit schlecht gefederten kleinen PKWs auf den zeitgemäß ausgebauten, mit Blaubalsalt gepflasterten Reichs- und Landstraßen erforderten. Auch kam es durch die Opfer der Bombenangriffe zu vermehrter ärztlicher Tätigkeit im Vergleich zur Friedenszeit. Da davon auszugehen ist, dass auch der Pflegebereich und das übrige Fachpersonal kriegsbedingt ausgedünnt waren und vertretungsweise tätige Ärztinnen und Ärzte, wie auch hilfsweise eingesetzte Medizinstudenten höherer Semester, bei allen Bemühungen nicht so arbeiten konnten, wie die jeweils eingearbeiteten Teams der Kliniken, muss von einer in Anbetracht der Arbeitsleistung der Klinikleitung deutlich spürbaren Qualitätsminderung der medizinischen Betreuung ausgegangen werden.

Die durch Einberufungen verminderte Zahl der planmäßigen Ärzte konnte in einem gewissen Umfang während der Kriegsdauer durch »Hilfsärzte« und verstärkte Inanspruchnahme von medizinischem Assistenzpersonal für ärztliche Aufgaben behelfsmäßig ausgeglichen werden. Die Hilfsärzte, auch Jungärzte genannt, meist handelte es sich hier übrigens um Ärztinnen, wechselten häufig zwischen den Kliniken und wurden formal als wissenschaftliche Hilfskräfte angesehen und bezahlt.<sup>119</sup> Wei-

119 LASH Abt. 47, Nrn. 2065, 2066, enthalten Namen von Hilfsärztinnen und -ärzten, die in der Zeit zwischen 1940 und 1943 Dienst taten: u. a. Erika Behnken, Annelise Henze, Erika Meyer-Bornsen (Hautklinik); Reinhild Belke, Teye Johan Boumer, Erich Heinz, Ilse Jalass, Erika Kattiofsky, Hans Loeber, Magdalene Herbst, Lotte Rosenow (Kinderklinik); Irmgard Brand, Inken Bremer, Erwin Buchys, Ruth Sandberg (Med. Klinik); Marga Dietrich, Karl Ericson, Ernst Frowein, Heinz Jungs, Heinrich Klodt (Chirurgie); Eva Maria Tuchnitz, Ilse

tere Hilfsärzte wurden den Kliniken während der Kriegszeit durch den in Vertretung des Polizeipräsidenten tätigen Luftschutzarzt zugewiesen.<sup>120</sup> Die Stellen der zum Heeresdienst einberufenen Assistenten blieben durch diese besetzt, Hilfsärzte erhielten immer nur einen Vertrag als Vertreter. Arbeitsverträge, wie im Fall der Ärztin Dr. med. Inge-Marie Theobald wurden befristet »als Hilfsärztin für die Kriegsdauer, längstens jedoch bis zur Rückkehr des eingezogenen Assistenten Dr. Harms« abgeschlossen.<sup>121</sup> Eine weitere Möglichkeit der »Gewinnung« von ärztlicher Arbeitskraft erfolgte nach der Norddienstverordnung durch Dienstverpflichtung. So wurde Frau Dr. med. Ursula Krause »ab 1. Januar 1945 auf die Dauer des Krieges, längstens jedoch bis zur Rückkehr des eingezogenen Assistenten Dr. Wilmans, als Hilfsärztin und Kriegsveterin [...] unter Einreihung in die Vergütungsgruppe III TO. A bei der Medizinischen Klinik der Universität Kiel ins Angestelltenverhältnis übernommen.«<sup>122</sup>

Der allgemeine Mangel an Ärzten wurde auch in den Universitätskliniken immer spürbarer und zwang die Verantwortlichen in Berlin zu Kompromissen. Einem Schreiben des Reichserziehungsministeriums an den Kieler Kurator aus dem Jahre 1943 ist zu entnehmen, dass auch die Einstellung von Ärztinnen als wissenschaftliche Assistentinnen nicht mehr unerwünscht sei. Wenn wissenschaftliche Assistentenstellen frei würden, so das Schreiben aus dem Jahre 1943, bestünden keine Bedenken mehr, im Bedarfsfall Frauen »in frei gewordene Stellen zu wissenschaftlichen Assistenten zu ernennen, zumal sie meist nach kürzerer oder längerer Zeit zur Übernahme einer ärztlichen Praxis oder einer anderen Stelle in öffentlichen oder privaten Dienst ausscheiden werden.«<sup>123</sup> Dies ist ein Beispiel dafür, dass nationalsozialistische Ideologie zunehmend im Alltag, wenn auch mit einer fadenscheinigen, das Gesicht wahrenenden Begründung, hinter den Kriegsnotwendigkeiten zurücktreten musste. Noch 1938/39 hatte z. B. Rominger größte Schwierigkeiten, weibliche ärztliche Mitarbeiter einzustellen, wie die im Herbst

Klostermann (Frauenklinik). Die Liste dürfte bei Weitem nicht vollständig sein. Die Entlohnung dieser Ärzte erfolgte nach dem Tarif der Krankenheil- und Pflgeanstalten des Reiches in die Tarifgruppe III TO A und nicht wie bei anderen kurz vor Kriegsbeginn eingestellten wissenschaftlichen Hilfskräften nach der Diätenordnung für Dozenten und Wissenschaftliche Assistenten (LASH Abt. 47, Nr. 2065, Schrb. REM an Kurator v. 9.8.1943).

120 LASH Abt. 47, Nr. 2063, Schrb. Kurator an Rektor v. 4.6.1940. LASH Abt. 47, Nr. 2066, Schrb. Kurator an Rektor v. 7.7.1943.

121 LASH, Abt. 47, Nr. 2095, Arbeitsvertrag zwischen Inge-Marie Theobald und dem Kurator v. 21.2.1945.

122 LASH Abt. 47, Nr. 4977, Arbeitsvertrag zwischen Ursula Krause und dem Kurator v. 10.1.1945.

123 LASH Abt. 47, Nr. 2065, Schrb. REM an Kurator v. 22.2.1943.

1938 zunächst wegen Bedenken der Dozentenschaft gescheiterte Einstellung von Dr. med. Marta Füchte als Volontärassistentin in der Kinderklinik zeigte. Die ursprüngliche Ablehnung wurde damit begründet, dass Rominger im September 1938 bereits zwei Volontärärztinnen eingestellt hatte.<sup>124</sup> Erst im Frühjahr 1939 wurde ihre Einstellung schließlich möglich.

Es gab jedoch nicht viele Hilfsärzte. Sie wurden auch benötigt, um ein Mindestmaß an ambulanter kassenärztlicher Versorgung sicherzustellen, da viele niedergelassene Ärzte zum Wehrdienst einberufen worden waren. Insofern ist davon auszugehen, dass im Rahmen der Möglichkeiten ausländische Ärzte eingesetzt wurden. Die Beschäftigung ausländischer Mitarbeiter in medizinischen Universitätseinrichtungen dürften sich jedoch in engen Grenzen gehalten haben. Nach nationalsozialistischen Vorstellungen sollte die Behandlung deutscher Patienten nur durch deutsches oder »artverwandtes« Personal erfolgen. Polen und Ostarbeiter hätten an einer Universitätsklinik als Ärzte kaum in Frage kommen dürfen.<sup>125</sup> Von der Charité berichten Rückl und Schultze über eine recht geringe Zahl von Ausländern im Vergleich zur Gesamtzahl der »Gefolgschaftsmitglieder«. Als Hausdiener, Heizergehilfen, für die Straßenreinigung und als Gartenarbeiter eingesetzte Personen beliefen sich auf fünf bis 23. Im medizinischen Bereich waren z. B. im Mai 1944 elf ausländische Ärzte aufgelistet, die z. T. jedoch aus verbündeten Staaten stammten, sowie drei Schwesterhelferinnen aus Frankreich, zwei Hausmädchen aus der Ukraine und Rumänien, zwei Hausdiener aus der UdSSR und Polen und ein dienstverpflichteter Arzt aus Elsass-Lothringen.<sup>126</sup> Die Quellenlage zur Beschäftigung von Ausländern ist für die Medizinische Fakultät Kiel noch schlechter als jene zu der Beschäftigung von Hilfsärzten. In den Quellen findet sich der Hinweis, dass der Däne Edward Hjelm Poulsen 1942 als Volontärassistent in der Anatomie tätig war und der tschechische Arzt Dr. J. Ondracek vom Kieler Polizeipräsidenten der Universitäts-Hals-Nasen-Ohren-Klinik als Hilfsarzt zugewiesen wur-

124 LASH Abt. 47, Nr. 2061, Schrb. Rektor an Rominger v. 20.10.1938.

125 Vgl. Graefe, Flora/Roelke, Volker: »Fremdarbeiter« als Arbeitskräfte und Patienten, in: Oehler-Klein, Sigrid (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 277–392, hier S. 379.

126 Rückl, Steffen/Schultze, Winfried (unter Mitarbeit von Karl-Heinz Noack): Zwangsarbeit und Kriegsgefangeneneinsatz an der Berliner Universität 1933 bis 1945, in: Jahr, Christoph (unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt) (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd I: Strukturen und Personen, Stuttgart 2005, S. 205–226, hier S. 218 f. Nicht berücksichtigt sind die 34 Ostarbeiter, die mit Wiederaufbauarbeiten beschäftigt waren.

de.<sup>127</sup> Einen weiteren Hinweis gibt es in den Entnazifizierungsunterlagen von A. W. Fischer und einen noch schwächeren in denen von Bachmann. Fischer wurde von dem polnischen Arzt Dr. Zysmunt Skowron aus Krakau, Lagerarzt bei einem sogenannten polnischen Arbeiterbataillon in Jägershöhe, am 17. September 1945 folgendes bescheinigt: »Professor A. W. Fischer Director of the University Surgical Hospital gave me as a Pole the chance of getting employed in his infirmary. I work there as an assistant surgeon 1942 and 1943.« Weiterhin bescheinigt Skowron, dass ihm Fischer ärztliche Weiterbildung ermöglicht und er viele Polen und andere Ausländer behandelt habe und bemüht gewesen sei, ihnen allen in bester Weise ohne Ansehen der Person zu helfen.<sup>128</sup> Im Gegensatz zu manchen anderen Bescheinigungen in Entnazifizierungsunterlagen gibt es quellenkritisch keinen erkennbaren Grund, diese Aussage Skowrons anzuzweifeln, auch deswegen nicht, weil seine Angaben vom polnischen Sergeanten Josef Paul, der in der Zeit von 1942 bis zum Kriegsende als einfacher Arbeiter (Hausdiener) in der Chirurgie arbeitete, bestätigt wurden.<sup>129</sup> In seinem Entnazifizierungsverfahren berichtete Bachmann ferner von der Beschäftigung zweier Ukrainerinnen im Hygienischen Institut.<sup>130</sup> Es wurden also zumindest in der Kieler Universitätschirurgie und im Hygienischen Institut ausländisches Personal beschäftigt und auch ausländische Patienten behandelt.<sup>131</sup> Der Status des polnischen Arztes Skowron und des Sergeanten Paul ist nicht näher aufzuklären. Wahrscheinlich handelte es sich um Kriegsgefangene, eher unwahrscheinlich ist, dass sie als Fremdarbeiter angeworben wurden, noch unwahrscheinlicher erscheint hier der Einsatz als Zwangsarbeiter. Über die Ukrainerinnen in der Hygiene ist nicht Näheres bekannt. Die Anwesenheit von »Fremdarbeitern« in der Chirurgie sowie im Hygienischen Institut lässt es als sehr wahrscheinlich erscheinen, dass nicht nur in den anderen Kliniken und Instituten bei der bestehenden Arbeitskräftesituation Ausländer beschäftigt wurden, sondern auch in den zentralen Einrichtungen der Akademischen Heilanstalten. Dabei spricht einiges dafür, dass die Fremdarbeiter im Rahmen der Möglichkeiten wohl erträglich behandelt wurden. Die Arbeit auf dem Klinikhügel der Kieler Universität war jedoch für keinen der dort Beschäftigten

127 LASH Abt. 47, Nr. 2066, Schrb. Kurator an Rektor v. 7.7.1943.

128 LASH Abt. 460, Nr. 2242, p. 10, Declaration mit deutscher Übersetzung von Dr. Skowron, Jaegerslust, v. 17.9.1945.

129 Ebd., p. 22, Zeugnis des polnischen Sergeanten Josef Paul v. 5.8.1947.

130 LASH Abt. 460, Nr. 2994, p. 47f., Klageschrift »Der öffentliche Kläger bei dem Entnazifizierungs-Ausschuß I in Kiel« v. 11.4.1948.

131 LASH Abt. 460, Nr. 2242, p. 22, Zeugnis des polnischen Sergeanten Josef Paul v. 5.8.1947.

unter den Umständen der sich ab 1942 ständig verschärfenden Bombenangriffe und der sonstigen Lebensumstände als leicht zu bezeichnen.

Noch vor der Kapitulation der 6. Armee in Stalingrad und der Sportpalastrede Goebbels mit der Ausrufung des »totalen Krieges« teilte das Reichserziehungsministerium mit Datum vom 29. Januar 1943 aufgrund eines Erlasses des Führers über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für die Aufgaben der Reichsverteidigung vom 13. Januar 1943 in einem Schnellbrief mit, dass in Aussicht genommen sei, mit Beginn des Sommersemester 1943 an einer Anzahl von Hochschulen den Lehrbetrieb ganz oder teilweise einzustellen. Eine Stilllegung von Hochschulkliniken sei nicht beabsichtigt, da diese für die Versorgung der Bevölkerung nötig und zum größten Teil auch Reservelazarette seien. Auch die wissenschaftliche Forschung solle eingeschränkt werden, soweit sie nicht kriegswichtig sei. Kriegswichtige Forschung allerdings solle noch verstärkt werden. Die jeweilige Entscheidung, die vom REM vorgenommen werden solle, würde im Wesentlichen von militärischen Gesichtspunkten abhängig gemacht werden. Vor einer endgültigen Entscheidung wolle das Ministerium deswegen den Reichsverteidigungskommissaren Gelegenheit zur Stellungnahme geben.<sup>132</sup> Bei den Kieler Verantwortlichen führte dies zu großer Unruhe. Die Kieler Universität war wegen ihrer exponierten Lage, den ständigen Bombenschäden, dem Wunsch der Marine nach den Gebäuden und den insgesamt niedrigen Studentenzahlen durchaus ein Kandidat für eine Schließung. Predöhl, der bei weitem nicht über die Vernetzungen Löhrs verfügte, versuchte zunächst einmal, den ehemaligen Rektor und seinerzeitigen stellvertretenden Leiter der Wissenschaftsabteilung im REM, Paul Ritterbusch, zu mobilisieren. In seinem Schreiben vom 5. Februar hob er die gute Entwicklung der Universität hervor. Es habe eine Einigung mit der Marine gegeben, die nunmehr ein starkes Interesse an der Weiterentwicklung der Universität bekunde, die Kieler Blätter, ein »Kind« Hanns Löhrs und Paul Ritterbuschs, erschienen weiter, die Universitätsgesellschaft habe die volle Unterstützung des Gauleiters und das Wichtigste sei, dass die in den vergangenen Jahren sinkenden Studentenzahlen erneut stiegen.<sup>133</sup>

Wenn auch den Kieler Blättern nur noch eine kurze Erscheinungszeit beschieden war<sup>134</sup> und die Marine sicher auch immer weniger Interesse an den durch Bombenschäden nur noch eingeschränkt verwendungsfähigen Gebäuden der Universität hatte, so

132 LASH Abt. 47, Nr. 2047, Schnellbrief REM an üblichen Verteiler v. 29.1.1943 WA 151, Va, Z I (a).

133 Ebd., Schrb. Predöhl an Ritterbusch v. 5.2.1943.

134 Heft 4/1943 sollte das letzte Heft der Kieler Blätter sein, dann forderte die Papierrationierung auch hier ihren Tribut.

waren doch die Studentenzahlen tatsächlich von 325 im Sommer 1941 auf 610 Studenten im Wintersemester 1942/43 gestiegen, von denen fast zwei Drittel Medizinstudenten waren. Von diesen Studenten gehörte eine nicht geringe Zahl einer Studentenkompagnie des Heeres und der Luftwaffe an. Noch zwei Jahre vorher hatte es nach der Schließung der Universität zum Wintersemester 1939/40 erheblicher Bemühungen bedurft, Studentenkompagnien nach Kiel zu bekommen, nachdem die der Marine angehörigen Medizinstudenten der Universität Königsberg, die der Luftwaffe zugehörigen Greifswald zugewiesen worden waren und Medizinstudenten des Heeres in Hamburg studieren sollten.<sup>135</sup>

Semester	Studenten	Studentinnen	alle	Prozent*
<b>Sommersemester 1941</b>	229 (171)	96 (44)	325 (215)	10,1
<b>Wintersemester 1941/42</b>	302 (173)	102 (52)	404 (225)	12,6
<b>Sommersemester 1942</b>	330 (253)	131 (62)	461 (315)	14,4
<b>Wintersemester 1942/43</b>	452 (296)	158 (76)	610 (372)	19,0
<b>Sommersemester 1943</b>	487 (407)	201 (106)	688 (513)	21,5
<b>Wintersemester 1943/44</b>	517 (440)	242 (129)	759 (569)	23,7

**Tabelle 2: Studentenzahlen Sommersemester 1941 bis Wintersemester 1943/44, in Klammern die Zahl der Medizinstudierenden (\* bezogen auf das Sommersemester 1933 als 100 Prozent, Quelle: Personal- und Vorlesungsverzeichnisse).**

Da militärische Gesichtspunkte für die Frage der Schließung entscheidend sein sollten, informierte Predöhl mit seinem nächsten Schritt den Reichsverteidigungskommissar Schleswig-Holsteins, bei dem es sich seit November 1942 um den Gauleiter Hinrich Lohse handelte. In seinem Schreiben macht Predöhl geltend, dass die Kliniken zur Versorgung der Bevölkerung und der Wehrmacht erhalten bleiben müssten, die theoretischen Institute arbeiteten mit den Kliniken eng zusammen, verfügten über kriegswichtige Aufgaben oder seien wie z. B. das Hygienische Institut oder das Institut für Gerichtliche Medizin im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes unentbehrlich. Die Theologische Fakultät sei mit vier Studenten entbehrlich, die beiden anderen Fakultäten seien mit wenig Personal besetzt und hätten mit jeweils einigen Instituten kriegswichtige Funktionen. Auch sei die Kieler Universität in der Lage, noch deutlich

135 LASH Abt. 47, Nr. 2049, Schrb. Dekan MF an Rektor v. 9.1.1940.

mehr Studenten aufzunehmen, da die Marine das Christian-Albrechts-Haus wieder räumen werde und dort im beträchtlichen Umfang Studenten »kriegsmäßig« untergebracht werden könnten.<sup>136</sup> Ein mehr auf eine politische Argumentation zielendes Schreiben an den Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich Lohse<sup>137</sup> erreichte diesen wohl nicht persönlich, weil sowohl der Kurator Dr. Christian Kinder wie auch der Leiter der Allgemeinen Abteilung im Oberpräsidium, Regierungsdirektor Dr. Otto Hövermann, Predöhl abgeraten hatten, Lohse zu alarmieren. Nunmehr bestand offenbar nur noch die letzte Hoffnung, wenigstens die Medizinische und die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät zu erhalten.<sup>138</sup> Die Stimmung muss eine knappe Woche nach der Rede Goebbels in der Universität und der Provinzverwaltung sehr gedrückt gewesen sein, so dass man sich auch der Unterstützung des der Universität positiv gegenüberstehenden Gauleiters nicht mehr sicher war. Die Antwort des Rektors auf eine Anfrage des Ministeriums vom 26. März zeigt zusätzlich, wie schlecht die Situation der Christian-Albrechts-Universität zu diesem Zeitpunkt eingeschätzt wurde.<sup>139</sup> Das Schreiben des Ministeriums nahm die Rektoren der einzelnen Hochschulen in die Pflicht. Es wurde festgelegt, dass alle wissenschaftlichen Hochschulen ihren Lehrbetrieb weiterführen könnten, stillzulegen seien nur diejenigen Bereiche, in denen ein guter Unterricht nicht mehr möglich sei. Die Rektoren wurden unter Terminsetzung aufgefordert, die stillzulegenden Fachbereiche zu nennen, vertretungsweise benötigte Lehrkräfte zu benennen und die im Falle der Stilllegung frei werdenden Lehrkräfte mitzuteilen.<sup>140</sup> Es überrascht bei dem Damoklesschwert der Schließung, das über der Kieler Universität hing, kaum, dass laut Schreiben in der Kieler Universität bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen, der Medizinischen und dem naturwissenschaftlichen Teil der Philosophischen Fakultät keine Probleme bestanden, die Geisteswissenschaft und die Theologische Fakultät lediglich einige Vertretungen benötigten, aber sonst arbeitsfähig seien. Überraschend aber war schon die Aussage des von Prorektor Freerksen unterschriebenen Schriftstücks, dass mit Ausnahme der Theologischen Fakultät die Ausbildung größerer Studentenzahlen in sämtlichen Fakultäten durchgeführt werden

136 LASH Abt. 47, Nr. 2049, Schrb. Rektor Predöhl an Reichsverteidigungskommissar Schleswig-Holstein v. 11.2.1943 und v. 12.2.1943.

137 Ebd., Schrb. Rektor an Gauleiter Lohse v. 15.2.1943. Lohse war auch Leiter des Reichskommissariats Ostland in Riga und aufgrund dieser Funktion in Kiel oft nicht präsent.

138 Ebd., Schrb. Rektor an Kurator Kinder v. 24.2.1943.

139 LASH Abt. 47, Nr. 2047, Schnellbrief REM an Rektor v. 26.3.1943, Antwort Predöhl an REM v. 6.4.1943.

140 Ebd., Schnellbrief des REM an den üblichen Verteiler v. 26.3.1943, W A 590/43 RV (b).

könne. Er nannte auch Zahlen: für die Medizinische Fakultät etwa 1.000, für die Philosophische Fakultät etwa 600 und für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät etwa 400 Studenten, insgesamt mindestens 1.200 weitere Studenten zusätzlich zu den bereits vorhandenen Studenten. Frühere beklagte Unterbringungsschwierigkeiten gebe es nicht mehr.<sup>141</sup> Dieses Schreiben müsste eigentlich im Berliner Wissenschaftsministerium Erstaunen, wenn nicht Spott hervorgerufen haben. Wäre das Angebot der unter dem Bombenhagel alliierter Flugzeuge deutlich beeinträchtigten Universität in Anspruch genommen worden, hätten die Studentenzahlen das Drei- bis Vierfache des letzten Friedenssemesters und ungefähr den Stand des Sommersemesters 1934 erreicht. Allein dieser Vergleich zeigt, wie sehr die Verzweiflung, vielleicht aber immer auch noch der Ehrgeiz des karrierebewussten Prorektors Freerksen die treibende Kraft war. Waren doch Teile ihrer Gebäude beschädigt, transportfähige Patienten dreier Kliniken in die südöstliche Provinz ausgelagert und ein erheblicher Teil der Dozenten zum Kriegsdienst einberufen oder zumindest durch die Tätigkeit als Beratende Ärzte von Marine und Heer belastet. Das übrige Personal war ausgedünnt und qualitativ unzureichend, sogar über Wäschemangel wurde geklagt.<sup>142</sup> Der Fortgang der Angelegenheit ist nicht dokumentiert, aber vorstellbar: Die Front im Osten stabilisierte sich vorübergehend und an die Stelle des panikartigen Polypragmatismus nach der Goebbels-Rede trat zumindest im Bereich des Reichserziehungsministeriums und der Universitäten wieder ein »business as usual«. Die Kieler Universität konnte 1943 weitgehend unbeeinträchtigt durch Schließungsabsichten ihre Arbeit fortsetzen.

### 6.2.3 Enno Freerksen als Nachfolger Löhrs und Benninghoffs sowie weitere Kriegsberufungen

Überraschend erhielt zum 1. Januar 1941 der Kieler Anatom Alfred Benninghoff endlich einen Ruf auf den Lehrstuhl Anatomie in Marburg. Überraschend kam der Ruf deswegen, weil Benninghoff trotz seiner hohen fachlichen Qualifikation wegen politischer Unzuverlässigkeit seit 1933 bei mehr als zehn Berufungsverfahren übergangen worden war und mittlerweile die Hoffnung aufgegeben hatte, eine Berufung an eine

141 LASH Abt. 47, Nr. 2047, Antwort Predöhl an REM v. 6.4.1943.

142 LASH Abt. 811, Nr. 6666, Bericht von A. W. Fischer o. D., vermutlich Juni 1942, über eine Vortragsreise nach Ungarn, in dem ein Vergleich zwischen den beiden ungarischen Universitätskliniken mit der Klinik von A. W. Fischer gezogen wurde.

andere Universität zu erhalten.<sup>143</sup> Benninghoff gehörte zu den führenden Anatomen seiner Zeit und zu den besten Wissenschaftlern der Kieler Medizinischen Fakultät. Sein Spezialgebiet war die Erforschung der Anatomie und Physiologie der funktionellen Systeme, der Stützgewebe und der Kreislauforgane. Der 1890 in Emmelsum bei Wesel geborene Anatom studierte in Heidelberg, war vier Jahre während des Ersten Weltkrieges Truppenarzt<sup>144</sup> und wurde 1919 in München promoviert. Im gleichen Jahr wurde er 2. Prosektor am Marburger Anatomischen Institut, habilitierte sich dort 1921 und kam 1924 als 1. Prosektor an das Anatomische Institut in Kiel. 1925 wurde er dort außerplanmäßiger, dann 1927 als Nachfolger von Möllendorfs<sup>145</sup> ordentlicher Professor für Anatomie. Er trat während seiner Kieler Zeit nicht in die NSDAP ein, hatte jedoch auch nicht eine unabhängige Stellung gegenüber dem Regime bezogen.<sup>146</sup> 1935 wurde er sogar vom Kieler Dekan Löhr, dessen loyaler Prodekan er in den Folgejahren bis zu seinem Weggang aus Kiel Ende 1940 war, gegenüber dem Sicherheitsdienst der SS denunziert.<sup>147</sup> Erst 1940 trat er dem damals schon weitgehend bedeutungslosen NS-Ärztebund bei.<sup>148</sup> Benninghoff kam dem Ruf nach Marburg mehr als gern nach,<sup>149</sup> nicht zuletzt auch deswegen, weil er die Funktion als Prodekan Löhrs verbunden mit Tätigkeiten, die ihm in seinem Innersten widerstrebten und die nicht frei von Demütigungen waren, als entwürdigend empfunden haben muss. Wie auch anderen Mitgliedern der Fakultät waren ihm seine Wissenschaft und seine Bücher viel zu wichtig, als dass er sie durch Streitigkeiten mit dem zu brutalem Dominanzverhalten neigenden

143 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Anlage 1 e, Erklärung Benninghoffs im Widerspruchsverfahren gegen die Entscheidung der Spruchkammer I v. 24.10.1946: »Seit 1933 stand ich an folgenden Universitäten an 1. Stelle auf den Berufungslisten: München, Leipzig (2mal), Berlin (1. oder 2. Stelle?), Heidelberg, Freiburg, Würzburg, Tübingen (2mal), Frankfurt (2mal), Marburg (3mal), Göttingen.«

144 LASH Abt. 47.6, Nr. 54, p. 8, Personalakte Benninghoff.

145 Wilhelm von Möllendorf (1887–1944), 1.11.1922 o. Prof. für Anatomie in Hamburg, 1923 in Kiel, 1.10.1927 Freiburg, 1935 Zürich.

146 Grundmann, Fakultät, S. 541.

147 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Schrb. einschl. Anlage 1 e, Erklärung Benninghoffs im Widerspruchverfahren gegen die Entscheidung der Spruchkammer I v. 24.10.1946; Grundmann, Fakultät, S. 539.

148 Süß, Winfried: Der »Volkskörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003, S. 54–55.

149 Benninghoff konnte nach dem Krieg seine Arbeit in Marburg ungehindert fortsetzen. Er verstarb am 18.2.1953 in Marburg.

mächtigen Dekan Löhr gefährdet hätte. Erst in Marburg trat er in die NSDAP und den NSDDB ein. Hierzu soll ihn sein Nachfolger Freerksen anlässlich eines Besuches in Marburg genötigt haben. Benninghoff meinte, sich einem Beitritt nicht entziehen zu können, ohne sein wissenschaftliches Werk zu gefährden. In Hessen wurde er auch Gau-Dozentenführer.<sup>150</sup>

Die Fakultät beriet noch unter der Leitung Löhrs in ihrer Sitzung am 26. Januar 1941 über die Liste für die Wiederbesetzung des anatomischen Lehrstuhls. Festgelegt wurde für die Dreierliste 1. Adolf Dabelow, 2. Karl Zeiger, 3. Erich Hayer/Hans Schreiber, nicht jedoch Enno Freerksen, der dann aber in der Folge berufen wurde. Löhr setzte durch, dass Klaus Niessing, der bis vor kurzem 1. Prosektor in Kiel gewesen war und mehrere Jahre die Geschäfte der Dozentschaft in Kiel geführt hatte sowie dessen Nachfolger in der Anatomie, Freerksen, beides ihm ergebene Nationalsozialisten, im Anhang genannt wurden.<sup>151</sup> Freerksen war am 1. Januar 1940 auf die Stelle des 1. Prosektors der Anatomie in Kiel versetzt worden.<sup>152</sup> Benninghoff wollte ihn nach dem Weggang Niessings nach Freiburg wohl gerne haben, äußerte sich aber in seinem Schreiben vom 31. Juli 1939 an das Reichserziehungsministerium bezogen auf die Fähigkeiten Freerksens eher zurückhaltend mit dem Satz: »Seine bisherigen Arbeiten stellen einen guten Durchschnitt dar und lassen das Bemühen erkennen, neuen Fragestellungen nachzugehen«. <sup>153</sup> Zu diesem Zeitpunkt lagen bei dem frischgebackenen 1. Prosektor nach eigenen Angaben erst elf einschlägige Veröffentlichungen vor.<sup>154</sup> Der weitere Verlauf der Berufung Freerksens als Nachfolger Benninghoffs ist im Einzelnen nicht ganz klar. Es ist zu vermuten, dass bereits die geplante Einsetzung Freerksens in Kiel als Nachfolger Benninghoffs der Anlass für die Versetzung Niessings nach Freiburg war. Anders lässt sich nach der Vorgeschichte kaum erklären, dass nunmehr eine bisher vielfach verhinderte Berufung Benninghoffs an eine andere Hochschule möglich wurde. Unübersahbar war für die nationalsozialistische Führungsspitze 1940, dass für den an schwerer Gicht leidenden Dekan und künftigen Rektor Hanns Löhr, der bereits

150 UB Marburg, Nachlass Benninghoff, Durchschlag einer Anlage zur Erklärung Benninghoffs im Widerspruchverfahren gegen die Entscheidung des der Spruchkammer I v. 24.10.1946; Grundmann, Fakultät, S. 540.

151 LASH Abt. 47.6., Nr. 16, p. 222 f., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 26.1.1941.

152 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Schrb. REM an Freerksen v. 18.12.1939.

153 Ebd., Schrb. Benninghoff an REM v. 31.7.1939.

154 Ebd., Verzeichnis der wissenschaftlichen Arbeiten, Anhang zum Lebenslauf, Anlage zum Schrb. von Benninghoff an das REM v. 31.7.1939. Fünf Veröffentlichungen standen »kurz vor der Vollendung«.

lange vor dem Weggang Ritterbuschs im Frühjahr 1941 die zentrale Führungsfigur der Universität war, Entlastung erforderlich wurde. Im Falle seiner krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit oder seines Todes hätte es keinen Ersatz unter den vorhandenen Ordinarien der Universität gegeben, der in der Lage gewesen wäre, die nationalsozialistische Vorstellungen an der Universität nachdrücklich zu vertreten. Unübersahbar war für die Verantwortlichen, dass ohne eine starke nationalsozialistische Führungspersönlichkeit die Universität und besonders auch die Medizinische Fakultät wieder in die mehr unpolitische alltägliche Hochschulroutine zurückfallen würden. Dazu kam, dass sicher schon Vorstellungen bei dem Leiter des Amtes Wissenschaft, Rudolf Mentzel, bestanden, Ritterbusch 1941 endgültig zu übernehmen, nachdem dieser schon 1940 ehrenamtlich im Ministerium den »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« neben der Wahrnehmung des Rektorats und Leitung seines Lehrstuhls organisiert hatte.<sup>155</sup> In dieser Zeit hatte er in Kiel wenig zur Verfügung gestanden und musste häufig von seinem Prorektor Löhr vertreten werden. Hier war Freerksen genau der Richtige. Mehr als er konnte ein Hochschullehrer kaum den nationalsozialistischen Idealvorstellungen entsprechen. Ein durch und durch überzeugter Nationalsozialist, jung, intelligent, drahtig, ehrgeizig, karrierebewusst, erfolgreich, nordischer Typ mit langem Schädel, hellblondem Haar und blauen Augen<sup>156</sup> und in einem theoretischen Fach tätig, in dem weder klinische noch organisatorische Erfahrungen unbedingt vorhanden sein mussten, um früh berufen werden zu können. Als Dozentenbundsführer war Freerksen auch Fachgutachter für Anatomie im Amt Rosenberg,<sup>157</sup> dadurch konnte er Einfluss auf Berufungen nehmen und seinen eigenen Vorteil wahren.<sup>158</sup> So folgte der 30 Jahre alte Enno Freerksen Benninghoff wie selbstverständlich zunächst als Vertreter,<sup>159</sup> dann als planmäßiger außerordentlicher Professor mit Wirkung vom 1. Juni 1941 nach.<sup>160</sup> Eine Überraschung war seine Berufung allerdings nicht. Schlüssig lässt sich sein Wer-

155 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 140.

156 BAArch B 040, Enno Freerksen, p. 950, Ärztlicher Untersuchungsbogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes aus dem Jahre 1938.

157 Bollmus, Reinhard: Rosenberg, Alfred Ernst, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 59–61 [Onlinefassung] online: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118602691.html>. Alfred Rosenberg (1893–1946) war Chefideologe der NSDAP (»Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP«) und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

158 Freerksen fasste auch ein Gutachten über Benninghoff ab, das vom Amt Rosenberg nahezu wörtlich übernommen wurde (Grundmann, Fakultät, S. 540).

159 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Schrb. REM an Kurator v. 30.12.1940.

160 Ebd., Schrb. REM an Freerksen v. 18.8.1941.

degang mit übergeordneten machtpolitischen Überlegungen und Interessen erklären, die sich allerdings in den Quellen nicht nachweisen lassen, möglicherweise auch nie einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben.

Der Lebenslauf Freerksens war zunächst unauffällig, zeigte aber schon früh, deutlich vor der »Machtergreifung« Hitlers, eine Hinwendung zu den Nationalsozialisten. Am 11. September 1910 in Emden geboren, wurde er 1933 zum Dr. phil. und 1935 zum Dr. med. promoviert.<sup>161</sup> Seit 1930 war er Mitglied des NS-Studentenbundes und wurde am 1. Mai 1932 Mitglied der NSDAP (Mitglieds-Nummer 1.092.8609). 1933/34 war er Führer der Studentenschaft und Hochschulgruppenführer des NS-Studentenbundes in Rostock. Von Februar 1933 bis März 1935 arbeitete er als wissenschaftlicher Hilfsassistent am Hygienischen Institut Rostock und von November 1935 bis Ende November 1936 als Assistent am Anatomischen Institut Rostock.<sup>162</sup> Dort kündigte er mindestens eine Vorlesung zum Thema »Rassistische Weltanschauung« an.<sup>163</sup> 1933 bis 1937 war er Mitglied der SA, vor seinem Wechsel nach Gießen dann kurzzeitig Dozentenbundsführer in Rostock. Anlässlich seiner Berufung an das Anatomische Institut Gießen zum 22. Juni 1936 nahm der Rostocker Anatom Curt Elze Enno Freerksen als 2. Prosektor mit. Dort war Freerksen von November 1936 bis Ende Dezember 1939 als Oberassistent tätig.<sup>164</sup> Elze war kein Parteimitglied, jedoch immerhin Nationalist mit mehrfach bescheinigtem redlichem Bemühen, im Sinne des neuen Staates zu handeln.<sup>165</sup> Dieser Sachverhalt spricht dafür, dass Freerksens steile Karriere nicht allein

161 Vgl. Buddecke, Julia: Endstation Anatomie. Die Opfer nationalsozialistischer Vernichtungsjustiz in Schleswig-Holstein, Hildesheim/Zürich/New York 2010, S. 151. Den Dr. phil. erwarb Freerksen mit einer Arbeit im Fach Zoologie zum Thema »Ein neuer Beweis für das rhythmische Wachstum der Kerne durch vergleichende volumetrische Untersuchungen an den Zellkernen von Meerschweinchen und Kaninchen« (in: Zeitschrift für Zellforschung und mikroskopische Anatomie 18 (1933), S. 362–399). Zoologie war ein Bestandteil des Medizinstudiums, gehörte aber anders als in der Nachkriegszeit als naturwissenschaftliches Fach zur Philosophischen Fakultät. So ergibt sich der aus heutigem Verständnis der Eindruck, dass Freerksen während seiner Studienzeit in Rostock neben der Medizin auch eine Geisteswissenschaft studiert habe. In Medizin promovierte Freerksen am 31. Oktober 1935 zum Thema »Selbstregulierung des Gebisses« (in: Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte, 108, (1936), H. 3, S. 316–326).

162 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Annahmevertrag zwischen dem Direktor des Anatomischen Instituts Prof. Dr. Elze und Freerksen v. 31.10.1935.

163 Schmidt, S. 287.

164 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Formblatt zur Festsetzung des Dienalters.

165 Oehler-Klein, Sigrid: Der Lehrkörper der Medizinischen Fakultät nach 1933, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der

auf sein Engagement in der NSDAP, sondern zu einem guten Teil auf seine Begabung zurückgeführt werden kann. Im Januar 1938 habilitierte er sich mit dem Thema »Die Venen des Handrückens«. <sup>166</sup> Zusammen mit den Professoren Kranz und Hummel in Gießen <sup>167</sup> kündigte er ein erb- und rassenkundliches Kolloquium an. In seinem Lebenslauf aus dem Jahre 1938 nennt er als sein besonderes Interesse die Rassenkunde und die Rassenhygiene sowie die damit im Zusammenhang stehenden weltanschaulichen Fragen. <sup>168</sup> Wegen einer Lungentuberkulose mit perifokalen Infiltrationen im rechten oberen Lungenlappen musste sich Freerksen 1938 einer Behandlung in einem Sanatorium in St. Blasien unterziehen. <sup>169</sup> 1938/39 wurde er – wie bereits erwähnt – Dozentenbundsführer und Leiter der Dozentenschaft an der Universität Gießen sowie Gaudozentenführer von Hessen-Nassau. <sup>170</sup> Vielleicht, weil er die Gelegenheit seines Aufenthaltes in der Schweiz im Sommer 1938 genutzt hatte, sich bei von Möllendorf, dem Vorgänger Benninghoffs in Kiel, vorzustellen, hatte er von diesem die »ehrenvolle Aufforderung« zu einer einjährigen Gastdozentur nach Zürich erhalten, <sup>171</sup> für die er auch vom Reichstatthalter in Hessen für ein Jahr beurlaubt wurde. Freerksen wurde eine Entschädigung von monatlich 205,- RM zur Deckung seiner im Inland

Nachkriegszeit. Personen und Institutionen. Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 45–90, hier S. 58.

- 166 UA Gießen, Hab. Dr. Freerksen, Anat. Inst, Dekanat Humanmedizin, 3. Lieferung, zu Med K 6, Schrb. REM an Reichsstatthalter Hessen v. 7.1.1939, Freerksen, Enno: Die Venen des Handrückens, in: Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte 108 (1937), H. 1, S. 82–111.
- 167 Heinrich W. Kranz (1897–1945), 1926 Hab. (Augenheilkunde), Dez. 1932 Mitgl. NSDAP, seit 1934 Leiter der Abteilung Erbgesundheits- und Rassenpflege der Ärztekammer Hessen, Lehrbeauftragter für Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik der Universität Gießen, Mitgl. des Erbgesundheitsobergericht Darmstadt (für Hessen), 1940 o. Prof. für Rassenhygiene in Gießen, vermutlich Selbstmord am 11.5.1945 in Staßfurt (Sachsen) auf der Flucht (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 97). Karl Hummel (1889–1945), 1920 habilitiert (Geologie und Paläontologie), Febr. 1932 Mitgl. NSDAP, seit 1934 pers. Ordinarius, 1933–1937 Kanzler und Prorektor Univ. Gießen, 7.4.1945 Tod durch Selbstmord in Lanzenhain (Oberhessen) (Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 80).
- 168 BArch RS B 040, Enno Freerksen, p. 982, Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, Lebenslauf.
- 169 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Amtsärztliches Zeugnis Prof. Dr. Reinwein v. 20.7.1942.
- 170 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 52.
- 171 UA Gießen, Hab. Dr. Freerksen, Anat. Inst. Dekanat Humanmedizin, 3. Lieferung, zu Med K 6, Schrb. Dekan Med. Fak. Gießen Elze an Rektor v. 6.3.1939.

weiterlaufenden Verbindlichkeiten gewährt.<sup>172</sup> Von März bis Ende September 1939 war Freerksen Gastdozent in Zürich. Im Sommersemester 1939 hielt er eine dreistündige Vorlesung in Histologie und beteiligte sich an den Kursen Embryologie, Histologie und makroskopische Präparationen.<sup>173</sup> Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beendete die Gastprofessur vorzeitig Ende September 1939.

Im Spätsommer 1942 traten erneut Symptome einer Tuberkulose bei Freerksen auf, so dass er erneut vom 20. August bis 25. September 1942 eine 36-tägige Heilstättenkur in St. Blasien in der Schweiz absolvieren musste.<sup>174</sup> Die Aufenthalte in der Schweiz sind insoweit erstaunlich, als die Devisenknappheit des Reiches 1938 und der kostspielige Krieg im Osten 1942 einen solchen Luxus für einen »einfachen« Hochschuldozenten eigentlich kaum möglich erscheinen ließen. Freerksen war als SS-Anwärter seit dem 3. Januar 1938 Angehöriger der SS.<sup>175</sup> Diese Konstellation verleitet zu Spekulationen: Es könnte sein, dass er schon 1938 ehrenamtlicher V-Mann des Sicherheitsdienstes der SS war. Die Zusammenarbeit mit dem SD war neben seiner Begabung sicher ein Grund für seine außerordentliche Förderung. Den verbliebenen Resten von Freerksens SS-Personalakte ist zu entnehmen, dass er am 20. Mai 1941 mit dem Dienstgrad SS-Untersturmführer in den SD aufgenommen und der Führungsreserve des Reichssicherheitshauptamtes zugeordnet wurde.<sup>176</sup> Anders als Rietz konnte er sofort, ohne dass bei ihm militärische Vorkenntnisse vorlagen, seine SS-Laufbahn als Offizier beginnen. Auch dies spräche wohl für eine vorherige Tätigkeit für den SD.

Für eine Protektion spricht auch das politische Verhalten des Hochschuldozenten. Freerksen nutzte die ihm als Gaudozentenführer, in Kiel auch als Prorektor und als Angehörigem der SD-Elite gewährten Handlungsspielräume. Er übte seine offiziellen Tätigkeiten losgelöst von der nationalsozialistischen Phraseologie ohne erkennbare Beeinträchtigung seiner Karriere aus. So ganz ohne Friktionen gelang ihm dies nicht immer, wie der Stellungnahme des Berufungsausschusses im Entnazifizierungsverfahren Freerksens zu entnehmen ist. Danach soll 1939 in Gießen seine Entsetzung als Dozentenführer erfolgt sein. Dieser Vorgang lässt vermuten, dass sein Verhältnis zur

172 Ebd., Schrb. Reichsstatthalter Hessen, Landesregierung Abt. VII an Rektor Gießen v. 19.4.1939.

173 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Lebenslauf (o. D.), [Ende 1939].

174 Ebd., Amtsärztliches Zeugnis Prof. Dr. Reinwein v. 20.7.1942.

175 BArch RS B 040, Enno Freerksen, p. 980, Fragebogen des Rasse- und Siedlungsamtes der SS.

176 BArch SSO 220, Personalblatt Enno Freerksen.

Partei dort nicht ohne Spannungen war.<sup>177</sup> Ursache könnte eine Denkschrift gewesen sein, die Freerksen im November 1938 einem Referenten des Reichserziehungsministeriums überreicht und mit der er der Gießener Universität ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt hatte. In einer unfreundlichen und reizlosen Stadt, zwischen den attraktiven Universitätsstandorten Frankfurt und Marburg – so Freerksen –, befände sich die Gießener Universität mit einer völlig unzureichenden Ausstattung und einem Lehrkörper dritter Garnitur. Die Lösung sah Freerksen in der Verlegung der Universität nach Salzburg.<sup>178</sup> Auch wenn er mit seinem im Grunde nur durch seine Jugend und einen unbändigen Wunsch, seine Karriere zu beschleunigen, zu begründendes unbedachtes Vorgehen ohne Erfolg geblieben war, dürfte seine Denkschrift nicht auf Wohlgefallen bei dem hessen-nassauischen Gauleiter Jakob Sprenger gestoßen sein. Der hieraus resultierende Konflikt war wahrscheinlich auch ein wichtiger Grund für seine plötzliche Versetzung nach Kiel. Auch bei Gefolgsleuten des SD war mit der regionalen Macht der Gauleiter nicht zu spaßen. Als nationalsozialistischer Nachwuchswissenschaftler der neuen Generation war er den Verantwortlichen in München und Berlin offenbar so wichtig, dass er zu seiner eigenen Sicherheit aus dem Machtbereich Sprengers entfernt werden musste.

Zum 1. Juni 1941 wurde er planmäßiger außerordentlicher Professor und Direktor des Anatomischen Institutes der Universität Kiel mit einem Gehalt von 6.200 RM zuzüglich einer Kolleggeldgarantie von 1.000 RM pro Jahr. Für einmalige Anschaffungen für das Anatomische Institut wurden ihm für 1941 5.000 RM zugesagt.<sup>179</sup> Von Mai 1941 bis Mitte 1944 war er als Nachfolger Löhrs Gaudozentenbundsführer von Schleswig-Holstein. Freerksen war jedoch im Unterschied zu Löhr nicht bereit, die Hochschulbelange bedingungslos der Partei unterzuordnen, vor allen Dingen dann nicht, wenn ein solches Verhalten jeder inneren Logik entbehrte. Dies zeigt beispielhaft ein auf den ersten Blick eher nebensächlich erscheinender Vorgang. Es ging um die Beteiligung des NSDDB an den Personalentscheidungen der Universität. Zuletzt war diese in einem Schreiben des Gaudozentenbundsführers Löhr gemeinsam mit dem Rektor Ritterbusch vom 6. Februar 1940 bei den Dekanen eingefordert worden. Wörtlich schrieben Löhr und Ritterbusch: »Der NSD.-Dozentenbund hat insbesondere bei der Auswahl der Hochschullehrer maßgebend mitzuwirken. Die Erfüllung dieses poli-

177 LASH Abt. 605, Nr. 1032, Stellungnahme des Berufungsausschusses zur Wiedereinstellung Freerksens v. 9.9.1947.

178 BAArch R 4901, Nr. 636, Denkschrift Enno Freerksen, zit. nach Heiber, II, 1, S. 194 f.

179 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Abschrift Schrb. REM an Kurator v. 4.11.1941, weitergeleitet an Freerksen am 10.11.1941; Vereinbarung zwischen REM und Freerksen v. 30.5.1941.

tischen Auftrages ist jedoch nur dann möglich, wenn alle personellen Angelegenheiten des gesamten Lehrkörpers dem NSD.-Dozentenbund zur Kenntnis gebracht werden. Bei allen Anstellungsverträgen von Assistenten, Zulassungen zu Habilitationen und Dozenturen, Ernennungsvorschlägen, Berufungen, beabsichtigten Vertretungen, Verleihungen von Lehraufträgen usw. muß deshalb vorher die Stellungnahme des NSD.-Dozentenbundes durch die Herrn Dekane herbeigeführt werden.«<sup>180</sup> Hierbei handelt es sich um eine nicht nur inhaltlich merkwürdige, sehr bürokratisch erscheinende Forderung, wenn man bedenkt, dass Löhr zu diesem Zeitpunkt als Dekan der mit Abstand größten Fakultät der Universität wie auch als Prorektor, allemal zusammen mit dem Mitunterzeichner Ritterbusch als Rektor über alle gewünschten Informationen verfügen konnte.<sup>181</sup> Freerksen beendete nur etwas mehr als einem Monat nach dem Tod Löhrs in seiner Funktion als Gaudozentenführer das auch außerhalb der damals geltenden Bestimmungen angewandte Verfahren. Er schickte den Bericht des Dekans der Medizinischen Fakultät A. W. Fischer über die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Innere Medizin an den Rektor zurück und bat darum, in Zukunft von einer Übersendung der Listen an die Gaudozentenführung Abstand zu nehmen.<sup>182</sup>

Über Freerksen als Hochschullehrer existiert ein Bericht eines Zeitzeugen, des damaligen Medizinstudenten Stephan Pfürtner, der im Sommersemester 1942 in Kiel studierte. Pfürtner beschreibt Freerksen als eine fachlich sehr kompetente und menschlich ausgewogene Person, der gelegentlich Unterricht in seiner schwarzen SS-Uniform gehalten habe. Dieses Auftreten habe die damaligen Studenten nicht gestört, da das Ansehen der SS, so Pfürtner, damals bei den Jugendlichen und Studenten hoch gewesen sei. Die SS habe als ›schick‹, intellektuell und ästhetisch geprägt gegolten. Freerksen sei ein ausgesprochen überzeugter Nationalsozialist gewesen, ideologischen Fanatismus habe Pfürtner bei ihm ebenso wenig beobachtet wie Äußerungen im »Parteijargon«. Er habe als Experte in seinem Fach gegolten, sei sehr engagiert in der Lehre und umgänglich mit den Studenten gewesen.<sup>183</sup> Buddecke führte mit Pfürtner am 26. Oktober 2002

180 LASH Abt. 47, Nr. 2056, Schrb. Gaudozentenführer Löhr und Rektor Ritterbusch an die Dekane v. 6.2.1940.

181 LASH Abt. 811, Nr. 13770. Ein Beispiel wie paradox das Beharren auf Einschaltung des NSDDB sein konnte, gibt ein Schreiben des »Dekanats der Medizinischen Fakultät Kiel« vom 25.9.1940 an das REM, mit dem beantragt wird, dass Freerksen einen Lehrauftrag für Geschichte der Medizin erhalten solle. Das Schreiben trägt drei Unterschriften: die des Verfassers – Löhr, die des Gaudozentenbundsführers – Löhr – und die des Rektors i. V. – Löhr.

182 LASH Abt. 47, Nr. 2049, Schrb. Gaudozentenführer Freerksen an Rektorat v. 9.12.1941.

183 Pfürtner, S. 358.

ein Gespräch, in dem dieser die meisten Aussagen seiner Autobiographie bestätigte, aber auch noch einige hinzufügte. So habe Freerksen für »menschliche Beziehungen keine Antenne« gehabt, Emotionen seien bei ihm »völlig ausgeblendet« gewesen.<sup>184</sup>

Freerksen wurde am 9. Juni 1942 bis zum 5. Juni 1944 als Nachfolger Vonkennels Prorektor,<sup>185</sup> am 1. September 1943 SS-Obersturmführer, am 21. Juni 1944 SS-Hauptsturmführer<sup>186</sup> und im Januar 1945 – immerhin erst 35 Jahre alt – ordentlicher Professor für Anatomie und Geschichte der Medizin. Am 19. Juni 1945 wurde er auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht aus seinem Amt als Institutsdirektor entlassen, im Juli 1945 wurde er von den Briten verhaftet. Freerksen hatte es geschafft, im Alter von etwas über 30 Jahren nicht nur Nachfolger des wissenschaftlich profilierten Anatomen Benninghoff zu werden, sondern auch nach Löhrs Tod fast alle seiner »Parteifunktionen« und damit zumindest theoretisch auch Machtoptionen einschließlich der im SD zu übernehmen.

Neben der Berufung Freerksens gab es während des Krieges noch einige weitere neue Lehrstuhlinhaber. Dabei änderte sich das Prozedere gegenüber der »Ära Lühr« jedoch deutlich. Politische Aktivitäten, Mitgliedschaften oder Einstellungen sind in den Begründungen zu den von der Fakultät eingereichten Listen bei den Berufungen der Jahre 1941 bis 1944 nicht mehr zu finden. Die Fakultät hatte nach der »Ära Lühr« trotz ihrer der NSDAP angehörenden Dekane Albert Wilhelm Fischer und Ernst Philipp zu ihren Kernkompetenzen zurückgefunden. Auch zeigen die Protokolle der Fakultätssitzungen der Dekanate Fischer und Philipp, dass das »Führerprinzip« in der Fakultät stark in den Hintergrund getreten war und wieder deutlich mehr das vor 1933 angewandte Kollegialprinzip zur Anwendung kam.<sup>187</sup> Im Alltag des »totalen Krieges« trat im Handeln der Kieler medizinischen Fakultät die nationalsozialistische Parteideologie hinter der beherrschenden Notwendigkeit einer möglichst hohen Effizienz unter schlechten Arbeitsbedingungen zurück.

Der Gerichtsmediziner Ferdinand Wiethold hatte zum 1. April 1941 einen Ruf nach Frankfurt a. M. angenommen. Wilhelm Hallermann wurde zum 1. Mai 1941 als sein

184 Buddecke, S. 156.

185 Dies ging nur mit einer Ausnahmegenehmigung des Reichserziehungsministers, da außerordentliche Professoren eigentlich nicht Rektoren werden konnten. Sie wurde mit Erlass vom 9. Juli 1942 – WD Nr. 1077 – gewährt; LASH Abt. 47, Nr. 2045, Mitteilung des Rektors Predöhl an Freerksen v. 6.10.1942.

186 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 52.

187 LASH, Abt. 47.6, Nr. 16, p. 226–274, Protokolle der Sitzungen des Fakultätsausschusses v. 2.5.1941–20.4.1945, passim.

Vertreter<sup>188</sup> und ab 1. August 1941 als Nachfolger von Wiethold auf dem Lehrstuhl für Gerichtliche Medizin und Kriminalistik in Kiel eingesetzt.<sup>189</sup> Hallermann wurde am 14. März 1901 als Sohn eines Rektors in Arnsberg (Westf.) geboren und gehörte der katholischen Kirche an, sein medizinisches Staatsexamen erfolgte 1924, die Promotion 1925 in Würzburg. 1925 bis 1931 war er Assistent in Dresden und Leipzig, 1931 bis 1940 Dozent und Oberarzt am Institut für Gerichtliche und Soziale Medizin in Berlin, dort erfolgte auch die Habilitation. Seit 1933 war er Mitglied der SA. Am 1. Mai 1937 trat er in die NSDAP ein.<sup>190</sup> Seit Kriegsbeginn war Hallermann zugleich in verschiedenen Positionen an Universitäten und für die Wehrmacht tätig. 1939 war er als Gerichtsarzt im Institut für wehrgerichtliche Medizin der Militärärztlichen Akademie in Berlin tätig, dann in gleicher Funktion in Polen. In Kiel war er Gerichtsarzt beim Heeres-Sanitäts-Inspekteur und Beratender Sanitätsoffizier für gerichtliche Medizin beim Chef der Kriegsmarine.<sup>191</sup> Im Wintersemester 1940/41 hatte er eine Lehrstuhlvertretung in Frankfurt inne, wurde dort von Wiethold abgelöst, den er daraufhin bis zu seiner endgültigen Berufung als planmäßigen außerordentlichen Professor auf den Lehrstuhl in Kiel vertrat.<sup>192</sup> Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Jugendpsychologie, der plötzliche Tod, die Bedeutung der Blutgruppen und die Sexualpathologie.<sup>193</sup> Die Arbeitsbedingungen in Kiel müssen abenteuerlich gewesen sein. Hallermann schreibt dazu: »Als ich am 1. Mai 1941 [...] mitten im Kriege das hiesige Institut übernahm, war es quasi ein Ein-Mann-Betrieb.«<sup>194</sup> Obwohl er während des gesamten Krieges als Sanitätsoffizier eingezogen war, konnte er weiterhin seine Lehrstuhlaufgaben wahrnehmen. Zusätzlich war er als Gerichtsarzt und Beratender Sanitätsoffizier eingesetzt. Auf eigenen Wunsch wurde er 1941 als Nachfolger Wietholds Beisitzer im Erbgesundheitsgericht und Beratendes Mitglied des Gerichtsärztlichen Ausschusses. Bei den Studenten war er beliebt, nicht zuletzt auch deswegen, weil er sich für studentische Belange einsetzte. Für eine längere Zeit war er Führer einer Medizinerkompanie der Luftwaffe in

188 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Schrb. REM an Hallermann v. 23.4.1941.

189 Ebd., Schrb. REM an Hallermann v. 4.11.1941.

190 Herber, S. 178.

191 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Erklärung v. 14.2.1958; Schrb. des Dekans an das REM v. 25.3.1945.

192 Ebd., Anlage zur Dienstnachweisung Prof. Hallermann, o. D., [aus dem Jahre 1942], Schrb. REM an Hallermann v. 23.4.1941.

193 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Karteiblatt Hallermann.

194 Hallermann, Wilhelm: Bericht über die weitere Entwicklung der gerichtlichen Medizin in Kiel, in: Beiträge zur Gerichtlichen Medizin 25 (1969), S. 9–15, hier S. 10, zit. nach Herber, S. 96.

Kiel.<sup>195</sup> Stephan Pfürtner, der im Zusammenhang mit seiner Verhaftung Ende Juli 1942 durch die Gestapo und seinem Prozess vor dem Berliner Volksgericht im Juni 1943, als Angehöriger einer der beiden Kieler Studentenkompanien engen Kontakt mit seinem Kompaniechef Hallermann hatte, stellt ihm in seiner Biographie ein sehr gutes Zeugnis aus. Er beschrieb ihn als mittelgroßen Mann mit markantem westfälischem Kopf in der Luftwaffenuniform eines Stabsarztes, »aus dem sich zwei intellektuell wache und zugleich gütig drein blickende Augen« auf Pfürtner gerichtet hätten. In seinem Umgang war er, so Pfürtner, mehr Professor als Kompaniechef, alles sei mehr zivil als militärisch zugegangen.<sup>196</sup> Bei einer zufälligen Begegnung im Botanischen Garten der Universität vier Monate später habe Hallermann Pfürtner Ratschläge im Umgang mit der Gestapo gegeben, die darauf hinausliefen, dass Pfürtner seine positive Einstellung zur Kirche in Verhören nicht so offen aussprechen sollte. Hallermann habe gesagt: »Es wäre wohl besser gewesen, das nicht so offen zu sagen, ich habe durch meine Tätigkeit bei Gericht immer mal Kontakt mit den Leuten. Sie verdienen nicht so viel Wahrhaftigkeit. Sie verdrehen Ihnen das Wort im Munde. Mit ihnen muss man anders umgehen.«<sup>197</sup> Im Prozess vor dem Volksgerichtshof bewarb sich Hallermann darum, als Pfürtners Kompaniechef ihm ein 10-minütiges Leumundszeugnis auszustellen. Sein Plädoyer erfolgte in Form einer rhetorischen Meisterleistung, die für den für Pfürtner glimpflichen Ausgang des Prozesses ausschlaggebend gewesen sein dürfte. Dabei trat Hallermann in Zivil auf, nicht in seiner Luftwaffenuniform, um die von ihm vermuteten Aggressionen der nationalsozialistischen Parteichargen und Richter durch die Vorbehalte gegen die Luftwaffe nicht unnötig anzustacheln.<sup>198</sup>

Hallermann war »Hausgutachter« des Sondergerichts Kiel. Uli Poppe hat seine diesbezügliche Tätigkeit eingehend untersucht.<sup>199</sup> Von den insgesamt 165 für das Gericht angefertigten psychiatrischen Gutachten aus den Jahren 1933 bis 1945 stammten allein 97 von Hallermann,<sup>200</sup> obwohl er erst seit 1941 in Kiel tätig war. Die meisten psychiatrischen Gutachten bezogen sich auf die Zurechnungsfähigkeit von Angeschuldigten nach § 51 StGB. In den von Hallermann erstellten Gutachten waren folgende

195 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Schrb. Dekan an REM v. 23.3.1945.

196 Pfürtner, S. 368.

197 Ebd., S. 387.

198 Ebd., S. 432 ff.

199 Poppe, Uli: Die Bedeutung von gerichtsmedizinischen Gutachten für die Rechtsprechung des Sondergerichts, in: Bohn, Robert/Danker, Uwe (Hg.): »Standgericht der inneren Front«. Das Sondergericht Altona/Kiel 1932–1945, Hamburg 1998, S. 276–324, hier S. 289.

200 Ebd., S. 293.

»Delikte« vertreten: Vergehen gegen die »Heimtückeverordnung« (28), Diebstahl (26), Mord, Totschlag, fahrlässige Tötung (8), Vergehen nach der »Kriegswirtschaftsverordnung« (7), Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen (5), Unterschlagung, Betrug (4), Sexualdelikte (4), »Abhören feindlicher Sender« (3) und einige andere mehr. Zwölf Angeschuldigte wurden hingerichtet, je sieben kamen in Sicherheitsverwahrung oder eine Heil- und Pflegeanstalt. Bis auf acht freigesprochene Angeschuldigte kamen die Übrigen in ein Straflager, Zuchthaus oder Gefängnis oder erhielten in Einzelfällen eine Geldstrafe.<sup>201</sup> Poppe kommt zu dem Ergebnis, dass Hallermann seinen Entscheidungsspielraum als Gutachter mit offenbar stillschweigendem Einverständnis des Sondergerichts über die ihm als Gutachter zustehende Aufgabe auf vom Gericht zu bewertende Fragen ausgedehnt habe. Hierbei war er weder dem Angeklagten, noch dem Gericht gegenüber konsequent neutral.<sup>202</sup> Er formulierte unzulässigerweise viele rein juristische Überlegungen vor, die das Sondergericht offenbar häufig dankbar übernahm und zeigte keine Distanz zur politischen Strafjustiz des Sondergerichts.<sup>203</sup> Hallermann verhielt sich dabei durchaus widersprüchlich, er half den von ihm begutachteten Menschen, aber er ging auch von der Schuld der Angeklagten aus, wenn die Beweislage, die von ihm als Gutachter nicht zu beurteilen war, dies eigentlich nicht erlaubte.<sup>204</sup> Insgesamt scheint Hallermann seine durch geschicktes Auftreten gegenüber dem Sondergericht Kiel kaschierte intellektuelle Überlegenheit dazu ausgenutzt zu haben, über die einem Gutachter zugestandenen Rechte hinaus Einfluss auf das Gericht ausgeübt zu haben. Seine Auffassungen scheinen gelegentlich auch zum Nachteil der Angeklagten nicht nur durch seine eigene konservativ-bürgerliche Sozialisation, sondern auch durch die von ihm so gesehenen Erfordernisse der »Volksgemeinschaft« im Krieg geprägt. Er begnügte sich nicht mit den von ihm als Gutachter erwarteten medizinischen Feststellungen, sondern betonte immer wieder die Unantastbarkeit des Führers, der Bewegung und des »jetzigen Staates« und die absolute Priorität des zu gewinnenden Krieges. Abgesehen von den nicht abschließend zu beurteilenden Folgen der Kompetenzüberschreitungen Hallermanns bedeutet seine Mitarbeit beim Sondergericht Kiel eine nicht zu unterschätzende Legitimation der nationalsozialistischen Strafjustiz.<sup>205</sup>

Nach dem Krieg wurde er zunächst auf Befehl der Britischen Militärregierung am 6. Juni 1945 entlassen, am 20. Dezember 1945 wurde die Entlassung zurückgenom-

201 Ebd., S. 294.

202 Ebd., S. 307 f.

203 Ebd., S. 303 ff.

204 Ebd., S. 308.

205 Ebd., S. 312.

men – einer der wenigen Fälle, in denen eine Entlassung durch die Militärregierung rückgängig gemacht wurde.<sup>206</sup> Er gehörte trotz seiner fachlich exponierten Stellung als Gerichtsarzt und Gutachter von Sondergerichten offensichtlich zu den Ordinarien, die von der Besatzungsmacht als unbelastet angesehen wurden und ihre Arbeit unbehelligt fortsetzen konnten.<sup>207</sup> 1946 übernahm er unter schwierigen Verhältnissen die Leitung des Studentenwerkes Kiel.<sup>208</sup> Am 28. November 1946 wurde er (persönlicher) ordentlicher Professor, zum 1. Oktober 1948 dann ordentlicher Professor für Gerichtliche und Soziale Medizin in Kiel. Bereits 1947 wurde er Dekan der Medizinischen Fakultät. 1959 lehnte er die Ernennung zum Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes ab. 1964 wurde Hallermann das Offizierskreuz des Ordens »Palme Académiques« von der französischen Regierung erteilt. 1969 erfolgte die Emeritierung. 1971 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Er verstarb am 28. März 1975 in Kiel.<sup>209</sup>

Der Nachfolger Hanns Löhrs auf dem Lehrstuhl für Innere Medizin und als Direktor der Medizinischen Klinik, Helmuth Reinwein, wurde am 22. Februar 1895 in Dudendorf (Mecklenburg) geboren. Die Teilnahme am Ersten Weltkrieg erfolgte als Kriegsfreiwilliger, im November 1914 kam er für fast sechs Jahre in russische Kriegsgefangenschaft. Dort übte er bis Juli 1920 eine Tätigkeit als Sanitäter in einem Gefangenenlager in Sibirien aus. Hier lernte ihn Elsa Brandström, die Tochter des schwedischen Botschafters, die gleichzeitig mit Reinwein in Krasnojarsk gearbeitet hatte, kennen und stellte ihm ein »äußerst warmherziges Empfehlungsschreiben« aus.<sup>210</sup> 1922 erfolgte das Medizinische Staatsexamen, 1923 die Promotion in Rostock, 1927 die Habilitation in Würzburg, 1931 wurde er apl. Professor, von Mai 1933 bis November 1934 war er Leitender Arzt am Henriettenstift in Hannover, von 1934 bis 1942 ordentlicher Professor in Gießen und Direktor der Medizinischen und Nervenklिनик sowie Verwaltungsdirektor des Universitätsklinikums.<sup>211</sup> Berufungen an die Universitäten in Göttingen und Innsbruck soll er wegen deren Nähe zum Nationalsozialismus abgelehnt haben.<sup>212</sup> 1933/34 erfolgte der Eintritt in die SA, 1933 in die Volkswohlfahrt, 1936/37 wurde er

206 LASH Abt. 47, Nr. 7017, Mitteilung Rektor an Kurator v. 23.1.1946; Vermerk Kurator v. 18.3.1950.

207 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Vermerk für die Personalakte o. D., [Anfang Juni 1945, d. Verf.]; Schrb. Rektor an Kurator v. 23.1.1946; LASH Abt. 47.6 Nr. 16, p. 275 ff.

208 Herber, S. 178.

209 LASH Abt. 811, Nr. 12041, passim; Klee, Personenlexikon, S. 220.

210 Huch, S. 12.

211 Oehler-Klein, Medizinische Fakultät Göttingen, Biographischer Index: Reinwein, S. 618.

212 Huch, S. 28.

Mitglied des NS-Krafftfahrkorps, 1936/37 der Kriegsopferversorgung, 1937 trat er in die NSDAP und 1937/38 in den NS-Ärztebund, 1938 dann noch in den NS-Altherrenbund sowie den NSDDB ein. In keiner der Organisationen bekleidete Reinwein ein Amt. Von Oktober 1941 bis April 1942 war er mit dem Dienstgrad Oberarzt<sup>213</sup> Beratender Internist für den Armeabschnitt Süd-Ost am Schwarzen Meer (Rumänien).<sup>214</sup> Nach Angaben von Zeitzeugen war Reinwein gegenüber dem nationalsozialistischen System innerlich ablehnend und äußerlich zurückhaltend.<sup>215</sup> Konrad Löhr, der Sohn Hanns Löhrs, hielt Reinwein für einen unpolitischen Mann, für den seine Arbeit wichtig war, der sich jedoch »auf niederer Aktivitätsebene, hier allerdings vielfältig« arrangierte.<sup>216</sup> Werner Schmidt berichtet über eine Begegnung mit Reinwein in Gießen. Er hatte sich bei ihm als »Halbjud« um eine unbezahlte Medizinalpraktikantenstelle beworben. Reinwein wies ihn ab, um Komplikationen für sich zu vermeiden. Schmidt schreibt hierzu im Nachhinein: »Es handelte sich bei Reinwein um einen Menschen, der wie so viele den Widerstand gegen die wahnwitzigen Forderungen einer verbrecherischen Regierung aufgegeben hatten.«<sup>217</sup>

Reinwein war nach Freerksens Bericht in der Fakultätssitzung am 18. November 1941 Wunschkandidat des todkranken Löhrs gewesen. Wohl auch deswegen hatte die Kieler Fakultät ihn in ihrer Dreierliste auf Platz 1 vor Ferdinand Hoff/Würzburg und Heinz Kauffmann/Berlin gesetzt, sah jedoch zwischen Reinwein und Kauffmann keinen großen »Wertunterschied«. Hoff wisse seine Studenten mehr zu fesseln und sei aufgeschlossener. Ausschlaggebend sei gewesen, dass Reinwein der Fakultät »der reifere Kliniker« zu sein schien.<sup>218</sup> Zum 1. April 1942, nachdem er seine Aufgabe als Beratender Internist erfüllt hatte, wurde er ordentlicher Professor für Innere Medizin in Kiel. 1945 konnte er seine Tätigkeit sofort fortsetzen. 1958 wurde er zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin gewählt. Ärger, den Reinwein gegen Ende seiner Amtszeit 1959 mit Burschenschafnern in der Nachbarschaft seines Wohnhauses hatte, die durch Lärm seine Nachtruhe störten, führte zur Aufdeckung des unter

213 Der Dienstgrad Oberarzt entsprach dem Oberleutnant.

214 Huch, S. 82, Fußnote 153.

215 Ebd., S. 28. Es handelt sich hier um Johannes Seusing, einen Arzt der Medizinischen Klinik Kiel in den Fünfzigern.

216 Ebd.

217 Schmidt, S. 51–53.

218 LASH Abt. 47, Nr. 2049, Schrb. des Dekans der Medizinischen Fakultät an das REM v. 25.11.1941. Äußerungen zum politischen Verhalten sind in dem Schrb. nicht zu finden.

falschen Namen tätigen T4-Obergutachters Heyde in Flensburg.<sup>219</sup> 1962 erfolgten die Emeritierung und die Ehrung mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. Am 17. November 1966 verstarb er in Gauting.

Ziemlich überraschend für die Kieler Fakultät war der Pathologe Herbert Siegmund einem Ruf nach Münster gefolgt. An seine Stelle trat Walter Büngeler, geboren am 30. Dezember 1900 in Niedermendig (Rheinpreußen). Der katholische, ursprünglich dem Zentrum nahe stehende Büngeler wurde 1924 in Bonn promoviert und habilitierte sich 1928 in Frankfurt a. M. mit einer experimentellen Arbeit über die Beziehungen von Regenerationsvorgängen zur Geschwulstbildung. Von 1925 bis 1935 war er Assistenz- bzw. Oberarzt am Pathologischen Institut in Frankfurt. 1934 wurde er dort außerplanmäßiger Professor. In Frankfurt hatte Büngeler auch seine ersten politischen Begegnungen mit den Nationalsozialisten, deren Haltung zur Wissenschaft sowie Niveau und Ton er, nach eigenem Bekunden, als äußerst deprimierend empfand. Im Mai oder Juni 1933 trat Büngeler der NSDAP als Anwärter bei, um durch Mitarbeit den vernichtenden Einfluss der Partei auf die deutsche Wissenschaft aufzuhalten, wie er später schrieb.<sup>220</sup> Im Januar 1934 siedelte er als ordentlicher Professor und Gründungsdekan der Medizinischen Akademie in den Freistaat Danzig über. Dort wurde er auf seinen Antrag hin im Juli 1934 als Anwärter in die SS aufgenommen. Im Juli 1936 musste Büngeler Danzig geordnet, aber nicht ganz freiwillig verlassen. Der Anlass hierfür ergab sich aus einem hochpolitischen Vorgang, der einmal mehr die kruden Methoden der NSDAP, die sich im Freistaat Danzig noch mit politischen Gegnern auseinandersetzen musste, zeigt. Er hatte die Sektion eines im Verlaufe einer Wahlkampfschlägerei zwischen einer Oppositionspartei und nationalsozialistischen Anhängern an Herzinfarkt verstorbenen 21-jährigen hochgradigen Syphilitikers durchgeführt. Die NSDAP wollte den SA-Mann zum Märtyrer machen, hatte ein Staatsbegräbnis durchgeführt und erwartete von Büngeler, als die tatsächliche Todesursache bekannt wurde, dass dieser öffentlich die Verletzungen des Mannes aus der Schlägerei zur Todesursache erklärte. Büngeler weigerte sich, dies zu tun. Nach bedrohlichen Reaktionen der NSDAP verließ Büngeler wenig später Deutschland, schied dabei aus der NSDAP aus und verlor die Anwartschaft für die SS. Er nahm ein Angebot der brasilianischen

219 Näheres bei: Engelhard, Karlheinz: Helmuth Reinwein – Erinnerungen an einen großen Arzt, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 55 (2002), H. 12, S. 33–36; Klee, Ernst: Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Frankfurt a. M. 2004, S. 25–29.

220 LASH Abt. 460, Nr. 4391, Walter Büngeler, Wissenschaftlicher und politischer Lebenslauf v. 25.1.1947, S. 3 f.

Regierung für einen Lehrstuhl in São Paulo (Brasilien) an.<sup>221</sup> Von 1936 bis 1942 war er als ordentlicher Professor und Direktor des Lepra-Forschungsinstitutes in São Paulo tätig. Nach dem Kriegsausbruch zwischen Brasilien und Deutschland kehrte Büngeler im Juni 1942 nach Deutschland zurück.<sup>222</sup>

Die Dreierliste der Kieler Medizinischen Fakultät sah Büngeler nicht vor, vielleicht, weil er durch seine Tätigkeit in São Paulo aus dem Blick der an den Universitäten tätigen Pathologen geraten war, vielleicht aber auch, weil er auf Grund der politischen Vorgänge für nicht tragbar gehalten wurde oder aber auch, weil eine Rückkehr Büngelers aus Brasilien in das im Krieg befindliche Deutschland nicht angenommen wurde. Die Fakultät war durch das Reichserziehungsministerium aufgefordert worden, zu Büngeler Stellung zu beziehen, sah sich jedoch zunächst dazu nicht in der Lage.<sup>223</sup> Elf Tage später wurde eine neue Dreierliste nachgereicht, auf der Büngeler auf Platz 2 ergänzt worden war. Obwohl der Fakultät bekannt geworden war, dass Büngeler sowohl in Frankfurt wie auch in Danzig »persönlich gewisse Schwierigkeiten gehabt habe, die wahrscheinlich mit seinem sehr aktiven Wesen zusammenhängen und u. E. nicht überbewertet werden dürfen« sah sie im Jahr nach dem Tode Löhrs dies nicht mehr als ausreichenden Grund für eine Ablehnung an.<sup>224</sup> Büngeler wurde vom Reichserziehungsministerium im Juli 1942 zunächst zur »informatorischen Beschäftigung« dem noch unter Leitung des scheidenden Siegmund stehenden Kieler Pathologischen Instituts zugewiesen, wenig später dann mit der Vertretung der Institutsleiters beauftragt.<sup>225</sup> Am 1. August 1942 wurde Büngeler ordentlicher Professor für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie in Kiel. Büngeler war als ausgewiesener Wissenschaftler, der zum Zeitpunkt seiner Berufung nach Kiel bereits 140 wissenschaftliche Veröffentlichungen vorweisen konnte, jemand, der in Kiel nach dem wissenschaftlich profilierten Siegmund in der Lage war, die entstandene Lücke zu füllen. Krieg und Mangel an qualifizierten, erfahrenen Hochschullehrern ließen auch bei der Berufung Büngelers

221 Ebd. Über diesen Vorgang berichtete auch etwas modifiziert Hermann Rauschnig in seinem 1938 in Zürich/New York erschienen Buch »Die Revolution des Nihilismus«. Kulisse und Wirklichkeit im »Dritten Reich«, S. 58: »In Danzig wurde von dem Senator für Gesundheit verlangt, wider den klaren medizinischen Befund als Todesurache bei einem nationalsozialistischen »Kämpfer« den Schlag von einem politischen Gegner festzustellen. Der Mann weigerte sich, gegen die Wahrheit etwas amtlich festzustellen und verlor Amt und Würde.«

222 Ebd.

223 LASH Abt. 47, Nr. 2050, Schrb. Dekan Med. Fak. an REM v. 9.6.1942.

224 Ebd., Schrb. Dekan Med. Fak. an REM v. 20.6.1942.

225 LASH Abt. 47, Nr. 6481, Schrb. REM an Kurator v. 2.7.1942.

offenbar letztlich Bedenken der Nationalsozialisten hinter fachlichen Notwendigkeiten zurücktreten, obwohl er durch sein Verhalten in Frankfurt und Danzig sicher in der NSDAP nicht zu großer Popularität gekommen war. In der Folgezeit in Kiel bis 1945 blieb Büngeler nach eigenem Bekunden bei einer parteikritischen Haltung und hatte deswegen 1944 Probleme mit der Gestapo. Ein Eintritt in die NSDAP oder andere Parteigliederungen erfolgte nach seiner Rückkehr nach Deutschland nicht mehr.<sup>226</sup> Er konnte es vermeiden, als Beratender Pathologe zur Marine eingezogen zu werden. Am Ende des Krieges wurde Büngeler mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse für seine Verdienste um die Bergung, Identifizierung und Obduzierung von Bombenopfern ausgezeichnet.<sup>227</sup> Nach dem Krieg wurde er im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V eingestuft und war 1947/48 Dekan der Medizinischen Fakultät.<sup>228</sup> Zum 1. März 1956 übernahm Walter Büngeler bis 1970 die Leitung des Instituts für allgemeine Pathologie und pathologische Anatomie der Ludwig-Maximilians-Universität München.<sup>229</sup>

Der Direktor der Hals-Nasen-Ohrenklinik Alfred Seiffert ging 1942 nach Heidelberg. Ihm folgte am 1. Januar 1943 als planmäßiger a. o. Professor Klaus Vogel, der auch schon 1931 Nachfolger von Seiffert als Oberarzt der 1. Universitäts-Hals-Nasen- und Ohren-Klinik und Poliklinik der Charité in Berlin geworden war. Vogel wurde am 6. April 1890 in München geboren, war katholisch, aber seit 1938 konfessionslos. Sein medizinisches Staatsexamen legte er 1914 in Berlin ab, im Ersten Weltkrieg war er zunächst Truppenarzt, dann Arzt in Inneren Abteilungen deutscher Lazarette in der Türkei und wurde als Oberarzt d. R. im März 1919 entlassen.<sup>230</sup> Er wurde 1919 in Berlin promoviert, 1928 erfolgte die Habilitation, 1933 trat er dem SS-Sanitäts-Sturm bei, wurde 1934 apl. Professor und zum 15. Mai 1937 Mitglied der NSDAP. Seit dem 20. April 1937 war er SS-Untersturmführer beim Stab der Sanitätsabteilung Ost, Oberabschnitt Ost.<sup>231</sup> Er war Mitglied des NS-Lehrerbundes, des NSV, des NSDÄB, des Bundes der Kinderreichen sowie des Reichsluftschutzbundes. Vogel hatte sich bereits in Kiel als Lehrstuhlvertreter bewährt. Er wurde von der Medizinischen Fakultät auf

226 LASH Abt. 460, Nr. 4391, Fragebogen v. 25.1.1947.

227 Ebd., Walter Büngeler, Wissenschaftlicher und politischer Lebenslauf v. 25.1.1947, S. 7 f.

228 Ebd., Schrb. Büngeler an Entnazifizierungs-Hauptausschuss Kiel v. 27.5.1948.

229 Jansen, S. 55–56; Ludwig-Maximilians-Universität München. Medizinische Fakultät. Pathologisches Institut (Hg.): Geschichte des Instituts. 3. Das Pathologische Institut der LMU an der Thalkirchener Straße, online: <http://www.pathologie.med.uni-muenchen.de/040institut/010geschichte/3gesch/index.html> [13.12.2012].

230 LASH Abt. 47, Nr. 7083, Lebenslauf o. D. [ca. 1960].

231 LASH Abt. 47, Nr. 7413, p. 113, Erklärung Prof. Vogel v. 11.5.1937.

ihrer Dreierliste an erster Stelle genannt. Seine Berufung nach Kiel erfolgte in ausdrücklichem persönlich gegebenem Einvernehmen mit dem Reichsgesundheitsführer Leonardo Conti, ein nach den für die Kieler Medizinische Fakultät vorliegenden Quellen ungewöhnlicher Vorgang.<sup>232</sup> Nach dem Kriege wurde Vogel wegen seiner politischen Betätigung im Nationalsozialismus, besonders wohl auch wegen seines letzten hohen Dienstgrades als SS-Sturmbannführer<sup>233</sup> und seiner aktiven Beteiligung in Partei und SS aus dem Universitätsdienst entlassen. Als Ergebnis der Entnazifizierung erfolgte die Eingruppierung zunächst in Kategorie III (Minderbelasteter), dann IV (Mitläufer), im Februar 1949 dann in die Kategorie V (Entlastet). Zusätzlich musste er eine hohe Geldstrafe zahlen. Ein Berufsverbot gab es nicht.<sup>234</sup> Am 17. Juli 1952 erhielt er das (persönliche) Ordinariat, 1955 wurde er ordentlicher Professor für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde. 1959 wurde er emeritiert.<sup>235</sup> Er verstarb im 90. Lebensjahr am 6. Juli 1979.<sup>236</sup>

Paul Wilhelm Schmidt folgte Vonkennel, der 1943 nach Leipzig ging, auf dem Lehrstuhl für Dermatologie am 1. August 1943 als planmäßiger a. o. Professor. Am 13. Januar 1896 in Dülmen (Westfalen) geboren war Schmidt katholisch. Er diente als Soldat im Ersten Weltkrieg vom 3. September 1914 bis November 1918 bei der Marine-Artillerie in Flandern, es folgten das medizinische Staatsexamen 1922, die Promotion 1923 in Freiburg, die Habilitation 1929 in Münster und ab 1934 war er Oberarzt an den Hautkliniken in Münster und Freiburg.<sup>237</sup> Er war Mitglied nicht nur in der NSDAP zum 1. Mai 1933 (Mitgl. Nr. 2.492.248), sondern in zahlreichen weiteren nationalsozialistischen Organisationen: NSKK und NSV 1933, NSDDB und NS-Altherrenbund 1937. Ende 1941 wurde Schmidt apl. Professor.<sup>238</sup> Schwerpunkte seiner Arbeit waren allergische Erkrankungen, Pilzkrankungen und ganz besonders auch die Hauttuberkulose

232 BAArch R 4901, Nr. 14797, Schrb. Reichsgesundheitsführer an Rust v. 8.12.1942.

233 LASH Abt. 47, Nr. 7083, Entnazifizierungsfragebogen v. 20.5.1946, S. 8. Hier gibt Vogel glaubhaft an, dass die Beförderung zum SS-Sturmbannführer »zum Zwecke der Rangangleichung« an seinen Dienstgrad Oberstabsarzt bei der Wehrmacht erfolgt sei.

234 Ebd., Bescheid des »Deutschen Entnazifizierungsausschusses, Province Schleswig-Holstein« v. 6.7.1946; Schrb. Dekan Philipp an Kultusminister v. 7.11.1951.

235 BAArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt; LASH Abt. 47, Nr. 2750, Schrb. Dekan an REM v. 23.11.1942; Wegler, S. 85.

236 Rudert, Heinrich: In memoriam Klaus Vogel (6. April 1890–6. Juli 1979), Christiana Abertina 12 (1980), S. 247–248.

237 LASH Abt. 47, Nr. 7017, »Standesliste«.

238 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Entnazifizierungsfragebogen v. 6.2.1947.

sowie die Strahlenbehandlung in der Dermatologie.<sup>239</sup> Schmidt war auf einer Viererliste der Kieler Medizinischen Fakultät an zweiter Stelle genannt worden, hervorgehoben wurden seine wissenschaftlichen Verdienste. Nach eigenen Angaben im Rahmen des Entnazifizierungsverfahren soll es mit der nationalsozialistischen Reichsleitung wegen der Zugehörigkeit zur katholischen Kirche bei der Berufung Schwierigkeiten gegeben haben, die lediglich durch das Beharren der Kieler Medizinischen Fakultät auf seiner Person und dem Einsatz der Kriegsmarine überwunden werden konnte.<sup>240</sup> Schmidt war vom 20. April 1944 bis zum Kriegsende neben der Leitung seiner Klinik im Sanitätsamt der Marine in Kiel als Beratender Sanitätsoffizier für Haut- und Geschlechtskrankheiten mit dem Dienstgrad Stabsarzt, ab 1. April 1945 Oberstabsarzt, tätig.<sup>241</sup> Nach dem Krieg bestanden nach der Entlassung am 6. Juni 1945 und ihrer Rücknahme durch die britische Militärregierung am 20. Dezember 1945 keine Bedenken gegen seine Weiterbeschäftigung. Eine Rücknahme der Entlassung wie auch bei Hallermann erfolgte durch die Militärregierung nur in seltenen Fällen.<sup>242</sup> 1947 wurde er ordentlicher (persönlicher) Ordinarius für Haut- und Geschlechtskrankheiten in Kiel.<sup>243</sup> Er verstarb am 18. Januar 1950 an den Folgen eines Magengeschwürs in einem Krankenhaus in Hamburg.

#### 6.2.4 Ordinarien und Dozenten als Beratende Ärzte

Das im Ersten Weltkrieg von Heer und Marine schon angewandte Prinzip der Beratenden Ärzte wurde im Zweiten Weltkrieg erheblich ausgebaut. Um die Effizienz der mitunter in moderner praktischer Medizin nicht sehr erfahrenen leitenden Sanitätsoffiziere zu erhöhen, verwendeten Heer, Luftwaffe und Marine Ordinarien und habilitierte Oberärzte aus den Medizinischen Fakultäten, die als Sanitätsoffiziere eingezogen wurden, als Berater. Obwohl die Dienstränge bei älteren Beratenden Ärzten durchaus auch bis zum Generalarzt gehen konnten – Rodenwaldt in Heidelberg ist ein Beispiel dafür – hatten die Beratenden Ärzte keine Befehlsgewalt, sondern waren in ihrem Handeln auf Anträge und Ratschläge beschränkt. Die Koordination der im Zweiten

239 LASH Abt. 47, Nr. 7017 Lebenslauf v. 26.3.1947.

240 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Politischer Lebenslauf des Professor Dr. med. P. W. Schmidt v. 2.2.1947.

241 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Entnazifizierungsfragebogen v. 6.2.1947.

242 LASH Abt. 47, Nr. 7017, Mitteilung Rektor an Kurator v. 23.1.1946; Vermerk Kurator v. 18.3.1950.

243 Ebd., Entwurf Ernennungsurkunde Ministerium für Volksbildung v. 23.1.1947.

Weltkrieg in größerer Anzahl zur Verfügung stehenden Beratenden Ärzte übernahmen ihre beratenden Fachkollegen bei der Heeresinspektion in Berlin. Dort waren fast alle Fachrichtungen vertreten. Der Kieler Gerichtsmediziner Hallermann gehörte zeitweise zu ihnen. Weitere Beratende Ärzte waren den Armeen, Heeresgruppen und Wehrkreisen zugeordnet.<sup>244</sup> Für die Beratenden Ärzte wurden nach dem Überfall auf die Sowjetunion insgesamt vier Fachtagungen veranstaltet, von denen die ersten drei in der Militärärztlichen Akademie in Berlin stattfanden. Sie dienten insbesondere dem Erfahrungsaustausch, sowie der Diskussion neuerer Verfahren, wie sie sich aus der Kriegführung im Osten sowie dem Luft- und Seekrieg ergaben. Ab 1941/42 zeigte sich für die als Beratende Ärzte eingesetzten Kieler Ordinarien folgendes Bild: Herbert Siegmund und Werner Bachmann waren die meiste Zeit an der Ostfront eingesetzt, während Albert Wilhelm Fischer, Hans Netter, Wilhelm Hallermann und Paul Wilhelm Schmidt eine heimatnahe Verwendung als Beratende Ärzte fanden, so dass sie ihren Versorgungs- und Lehrverpflichtungen neben ihrer sanitätsdienstlichen Tätigkeit nachkommen konnten. Ernst Holzlöhner war als Stabsarzt der Luftwaffe eingezogen und mit wissenschaftlichen Untersuchungen im Zusammenhang mit dem Unterkühlungstod über dem Kanal abgeschossener oder wegen Treibstoffmangels abgestürzter Piloten befasst. Nach einer Serie von Tierversuchen nahm er Menschenversuche an Dachauer KZ-Häftlingen vor.<sup>245</sup>

Herbert Siegmund war nach entsprechenden Tätigkeiten in Frankreich und Polen Berater der Pathologie der 17. Armee in der Ukraine während der ersten etwa 8 Monaten des »Unternehmens Barbarossa«. Nach der Besetzung Lembergs wurden am 1. Juli 1941 etwa 4.000 Juden durch ukrainische Zivilisten, Angehörige der Einsatzgruppe C sowie Wehrmachtssoldaten erschossen und erschlagen.<sup>246</sup> Die Anregung des Armeekorpskommandos 17 bei der Einsatzgruppe D, »zunächst die in den neu besetzten Gebieten wohnhaften antijüdisch und antikommunistisch eingestellten Polen zu Selbstreinigungsgangaktionen zu benutzen« wurde befolgt und später sogar von den anderen Einsatzgruppen an der Ostfront übernommen.<sup>247</sup> Auch als Reaktion auf

244 Vgl. Behrendt, Karl Philipp: Die Kriegschirurgie von 1939–1945 aus der Sicht der Beratenden Chirurgen des deutschen Heeres im Zweiten Weltkrieg, Freiburg 2004, S. 17 ff.

245 Siehe 6.2.7.

246 Cüppers, Martin: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005, S. 341.

247 BAArch R 58, Nr. 214, EM v. 2.7.1941, zit. nach Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord, Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003, S. 136.

die Ermordung Tausender Ukrainer, oft Regimegegnern der Sowjets, eskalierte unter Billigung der deutschen Besatzer der Hass der Ukrainer. Frisch aufgestellte Nationalmilizen und der Mob durften Rache nehmen. Juden, die als Träger des sowjetischen Systems angesehen wurden, mussten als Zwangsarbeiter die Ermordeten bergen oder wurden unter Misshandlungen getötet. Die Einsatzgruppe C ermordete bis Mitte Juli 1941 allein 7.000 Juden.<sup>248</sup> Am 3. September 1941 meldete der Chef des Generalstabs der 17. Armee, dass Teile der SS-Division »Wiking« sich in Lemberg aufhielten mit der ergänzenden Bemerkung: »Einzelne Angehörige der Division gehen inzwischen auf Juden jagen.«<sup>249</sup>

Inmitten dieses Geschehens befand sich Siegmund als Beratender Pathologe. Höchst ungewöhnlich hat er über seine Eindrücke mit Datum vom 8. August 1941 »Magnifizienz Herrn Prof. Löhr« handschriftlich berichtet. Dem Schreiben sind keine Lese- oder Bearbeitungsvermerke zu entnehmen. Zu vermuten ist, dass das Schreiben als Feldpostbrief während des raschen Vormarsches der Wehrmacht in der Sowjetunion lange Beförderungszeiten hatte, so dass Löhr es möglicherweise krankheitsbedingt nicht mehr lesen konnte. Das in Sütterlin-Schrift offensichtlich mit einem Tintenstift auf grobes, kariert bedrucktes Papier im DIN-A5-Format (offensichtlich einem zur Ausstattung beim Heer üblichen Meldeblick entnommen) verfasste Schreiben ist schwer leserlich, da Siegmund eine, für sein Alter und seinen Beruf als Arzt nicht ungewöhnliche, ausgeschriebene Handschrift hatte. Beigefügt waren dem Schreiben knapp zwanzig 4 cm x 6 cm große Schwarz-Weiß-Fotos überwiegend von Personen, die Leichen bargen. Die Bilder sind auf der Rückseite mit Kommentierungen beschriftet wie z. B. »Tarnopol – Juden beim Begraben von erschossenen Ukrainern; Hof des G.P.U Gefängnisses in Tarnopol, in dem 100 Ukrainer ermordet lagen. Lemberg – Judenweiber werden [...];<sup>250</sup> Lemberg – Juden beim Begraben ermordeter Ukrainer«.<sup>251</sup> Das nicht überall lesbare Schreiben lautet am Anfang: »Sehr geehrter Herr Löhr, ich darf wohl annehmen, daß Sie und vielleicht auch einige andere Herren der Fakultät an den beiliegenden Originalphotos einiges Interesse haben. Ich bin z. Zt. bei der 17. Armee Stülpnagel in der Südukraine. Hoffen demnächst die Russen ins Schwarze Meer jagen zu können. [...] Wir müssen nur darüber ganz klar sein, daß beim Russen die Führung nicht gut, sondern ausgezeichnet ist.«. Neben Siegmund gibt es nur noch wenige Kieler Medizindozenten, die so unmittelbar in das Geschehen an der Ostfront eingebunden

248 Vgl. Angrick, S. 136–139.

249 Cüppers, S. 341.

250 Auslassung nicht leserlich.

251 LASH Abt. 47.6, Nr. 165, Fotos.

waren: Gerhard Küntscher und Friedrich Chrometzka. Nur bei Siegmund wird man aber wegen seiner Stellung beim Armeestab, verbunden mit seiner Tätigkeit und seinen Kenntnissen als Pathologe und eingebunden in die Kenntnisse und Gerüchte, die in einem Stab dieser Führungsebene sicher kommuniziert wurden, mit einiger Sicherheit unterstellen können, dass er umfassendes Wissen über die Morde der eigenen Seite oder in deutscher Verantwortung an Zivilisten im Osten hatte.

Siegmund hatte 1941 mit der Universität Münster und dem Reichserziehungsministerium geheime Berufungsverhandlungen geführt, und dort sein Erscheinen zunächst für Ende Dezember 1941, dann Ende Januar 1942 zugesagt.<sup>252</sup> Sein Schreiben an das REM nach seiner Rückkehr von der Ostfront vom 19. März 1942 zeigt recht deutlich, dass ihn Münster nicht wegen der guten Ausstattung oder des besseren Verdienstes lockte – die Ausstattung und Baulichkeit des Pathologischen Instituts in Münster waren schlechter und die Nebeneinnahmen deutlich geringer – sondern wegen anderer Vorzüge, die in den damaligen Zeiten aber sicher ein hohes Gewicht hatten.<sup>253</sup> Zum einen war der Kieler Klinikhügel 1941/42 wegen der zahlreichen Bombenangriffe und ständig drohenden Zerstörungen nicht mehr besonders attraktiv, zum anderen – und das scheint in diesem Zusammenhang wohl für Siegmund noch wichtiger gewesen zu sein – war die Münsteraner Stelle mit einer Tätigkeit als Beratender Pathologe beim Wehrkreisarzt VI in Münster verbunden,<sup>254</sup> d. h. Siegmund musste nicht mehr an die Ostfront mit den sicher auch für den überzeugten Nationalsozialisten schrecklichen Morden und Unbequemlichkeiten zurück.<sup>255</sup>

Es mag noch einen anderen Grund für den Wechsel von Kiel nach Münster gegeben haben: Siegmund muss eine schwierige Persönlichkeit gewesen sein, wie aus verschiedenen Schreiben in den Unterlagen des Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesens hervorgeht.<sup>256</sup> Ihm werde nachgesagt, dass er sehr unverträglich sei und mit allen Klinikern Krach bekäme, so heißt es in einem Vermerk des Beauftragten Karl Brandts, Paul Rostock.<sup>257</sup> Der Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik

252 Ebd., Schr. des Münsteraner Gaudozentenführer Becher an Freerksen v. 6.2.1942. Becher schreibt weiter, dass man fest mit Siegmund zum Sommersemester rechne, da dieser vom Münsteraner Wehrkreis als Wehrkreispathologe angefordert sei.

253 Ebd., Schr. Siegmund an das REM v. 19.3.1942.

254 BArch PK L 274, p. 1486, Personalnotizen »Der Bevollmächtigte für das Sanitäts- und Gesundheitswesen« v. Januar 1945.

255 LASH Abt. 47.6, Nr. 165, Schr. Gaudozentenführer Münster an Freerksen v. 6.2.1942.

256 BArch PK L 274, verschiedene Schr.

257 Ebd., p. 1494, Vermerk v. 24.1. und 4.11.1942.

München, Prof. Dr. Emil K. Frey, bescheinigte ihm, dass er »gelegentlich ein richtiger Krakehler sein [kann] und dann auch schon etwas schwierig«<sup>258</sup> sei. Der immer auf Ausgleich bedachte, sehr kollegiale Kieler Dekan Fischer beschreibt Siegmund in einem Schreiben an den Beauftragten für medizinische Wissenschaft und Forschung Rostock als einerseits ideenreichen und wissenschaftlich hochstehenden Pathologen, der nicht unverträglich sei, jedoch andererseits in Kiel Differenzen mit Philipp und Creutzfeldt gehabt habe. In seinem Institut habe es schwere Auseinandersetzungen zwischen ihm und seinem Oberarzt Zinck gegeben.<sup>259</sup> Karl Hugo Zinck, der sich unter Siegmund im Jahre 1940 habilitiert hatte, war deswegen 1942 an die Medizinische Akademie Danzig umhabilitiert worden.<sup>260</sup> Nach Aussagen Siegmunds habe sich Zinck, der kommissarisch das Institut im Kriege während der Abwesenheit Siegmunds geleitet hatte und längere Zeit der einzige Arzt am Institut gewesen war, ausschließlich mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt und sich wenig um den Sektionsbetrieb gekümmert.<sup>261</sup>

In Kiel ahnte man nichts von den Veränderungswünschen des Pathologen:<sup>262</sup> Ein Ersuchen des Dekans Fischer vom 4. Oktober 1941 an den Heeres-Sanitätsinspekteur in Berlin, Siegmund für das Wintersemester ab 1. November freizustellen, um einen geordneten Unterricht zu gewährleisten, wurde am 7. Oktober 1941 abschlägig beschieden, allerdings der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass »Prof. S. bis Semesterbeginn noch verfügbar wird.«<sup>263</sup> Er wurde es nicht, sondern kehrte erst im März 1942 nach Kiel zurück, um dort noch seine »laufenden kriegswichtigen Aufgaben« zum Abschluss zu bringen.<sup>264</sup> Zum 1. August 1942 wurde er ordentlicher Professor in Münster. Im Sommersemester 1944 und im Wintersemester 1944/45 war Siegmund Rektor der Universität Münster. 1953 wurde ihm anlässlich des 56. Deutschen Ärztetages in Lindau die Paracelsus-Medaille der deutschen Ärzteschaft verliehen. Er starb am 22. Februar 1954.

Wilhelm Hallermann war vom 1. September 1939 bis zum Kriegsende als Soldat zunächst mit dem Dienstgrad Oberarzt, dann als Stabsarzt eingezogen, ohne jedoch seine Institutstätigkeiten unterbrechen zu müssen. 1939 war er im Institut für wehrge-

258 Ebd., p. 1506, Schrb. Frey an Rostock v. 13.8.1943.

259 Ebd., p. 1514, Schrb. A. W. Fischer an Rostock v. 19.1.1943.

260 LASH Abt. 47, Nr. 2055, Schrb. des Prorektors Freerksens an das REM v. 14.7.1942; BArch PK L 274, p. 1514, Schrb. A. W. Fischer an Rostock v. 19.1.1943.

261 Jansen, S. 55.

262 LASH Abt. 47.6, Nr. 165, p. 219, Schrb. Freerksen an Dekan v. 17.2.1942.

263 Ebd., p. 14, 15, Schrb. Dekan an Heeres-Sanitätsinspekteur v. 4.10.1941, Antwort v. 7.10.1941.

264 Ebd., Schreiben an das REM v. 19.3.1942, p. 3.

richtliche Medizin der Militärärztliche Akademie in Berlin als Gerichtsarzt tätig und als Gerichtsarzt in Polen mit der Untersuchung von exhumierten »Volksdeutschen« in besetzten polnischen Gebieten um Bromberg und Posen befasst.<sup>265</sup> Anlässlich der 29. Tagung der »Deutschen Gesellschaft für gerichtliche, soziale Medizin und Kriminalistik« vom 15. bis 17. Mai 1940 hielt Hallermann ein Referat zum Thema »Die Todesopfer der Volksdeutschen Geiseltzüge aus dem Warthegau«.<sup>266</sup> 1940 wurde er stellvertretender Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin in Frankfurt. 1941 erhielt er den Lehrstuhl in Kiel als planmäßiger außerordentlicher Professor. 1943 war er mit elf weiteren Professoren des Fachgebiets Gerichtliche Medizin an der Untersuchung der Massengräber in Winniza beteiligt.<sup>267</sup> Später war er als Gerichtsarzt beim Heeressanitätsinspekteur und ab 1944 auch bei der Marine als einziger Gerichtsarzt im »Gau Schleswig-Holstein« mit Dienstsitz in Kiel tätig. Er war Gutachter des Sondergerichts Kiel.<sup>268</sup> Nach dem Krieg gehörte er zu den Ordinarien, die von der Besatzungsmacht als unbelastet angesehen wurden und ihre Arbeit unbehelligt fortsetzen konnten.<sup>269</sup>

Auch Creutzfeld war als Beratender Arzt für die Marine tätig. Im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit als Wehrmachtspanychiater stand seine Sorge um die Disziplin der Truppe für ihn als durch den Ersten Weltkrieg geprägter Marineoffizier über dem ärztlichen Gebot des Beistands für den Patienten, sodass er sich in seinen Entscheidungen für strenge Zucht und drakonische Vergeltung bei Pflichtverletzungen aussprach und keineswegs die ärztliche Fürsorge das handlungsleitende Motiv war.<sup>270</sup> Er soll aber auch Gutachten erstellt haben, mit denen Menschen vor der Hinrichtung bewahrt wurden.<sup>271</sup> Mindestens zwei Fälle sind jedoch bekannt, in denen in seinen Gutachten, die bei klinischen Diagnosen, die sehr dem Ermessen des Psychiaters unterlagen, nämlich

265 Herber, Friedrich: *Gerichtsmedizin unter dem Hakenkreuz*, Leipzig 2002, S. 272.

266 Ebd., S. 300. Hallermann besichtigte etwa 100 Leichen, einige obduzierte er: Kopf- und Brustschüsse, oft ausgeführt »mit rasanten Waffen, d. h. mit einem Militärgewehr« waren meist die Todesursache (Hallermann, Wilhelm.; *Die Todesopfer der Volksdeutschen aus den Geiseltzügen im Warthegau*, in: *Deutsche Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin* 34 (1941), H. 1–3, S. 54–90).

267 Herber, S. 317. Die in den Massengräbern aufgefundenen Toten waren Opfer der Stalinschen Säuberungen in der Ukraine in den Jahren nach 1938.

268 LASH Abt. 811, Nr. 12041, Schrb. Dekan an REM v. 23.3.1945; LASH Abt. 811, Nr. 16, p. 275 ff.

269 Ebd., Schrb. Rektor Creutzfeldt an Oberpräsidenten, Universitätskurator, v. 23.1.1946.

270 Vgl. Wolf, Creutzfeldt, S. 82.

271 Vgl. ebd., S. 85, Fußnote 143.

der Diagnose von Unzurechnungsfähigkeit, Creutzfeldt zu Ungunsten der Angeklagten votierte und deren Tod in Kauf nahm.<sup>272</sup> Im Fall von Helmut F. beharrte er darauf, die den Angeklagten schützende Diagnose Schizophrenie für nichtig zu erklären, forderte die Aufhebung des ergangenen Urteils und drängte auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Er versuchte, den Vorgutachter, einen Marine-Oberassistentenarzt, von seiner falschen Diagnose zu überzeugen und als dies nicht fruchtete, erstattete er Meldung an das Sanitätsamt. Als keine Reaktion erfolgte, setzte er seine Bemühungen, vielleicht aus militärischer Dienstbesessenheit oder verletzter Eitelkeit fort, bis das Verfahren erneut aufgenommen wurde und Helmut F. zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde. Wolf schreibt dazu: »Creutzfeldts Eingreifen ist nicht nur deshalb ethisch so gravierend, weil es ein vermeidbares Todesurteil zur Folge hatte, sondern weil er sich mit seiner ungerufenen gutachterlichen Demarche – ohne die oft zitierten politischen Zwänge – in den Dienst der höchst anfechtbaren NS-Wehrmachtsjustiz gestellt hat.«<sup>273</sup>

Am 25. Mai 1944 war Hans Netter als Beratender Arzt Teilnehmer einer Besprechung, die die Versuchsreihen für Meerwasser-Versuche an »Zigeunern« im KZ Dachau bestimmen sollte. Mit der Zunahme des Luftkriegs über dem Mittelmeer und dem Atlantik häuften sich Fälle von Seenot, deren Hauptgefahr in warmen Gegenden der Durst war. Es wurden Verfahren gesucht, mit denen das Meerwasser entsalzt bzw. trinkbar gemacht werden konnte. Bei dem sogenannten Schäfer-Verfahren (entwickelt von Dr. Konrad Schäfer) wurde das Meerwasser direkt entsalzt, während das Berka-Verfahren nur den Geschmack des Meerwassers verbesserte. Das billigere und einfachere Berka-Verfahren wurde in seiner Wirksamkeit durch die Sanitätsinspektion bezweifelt, da sich bei diesem Verfahren das Meersalz im Körper immer weiter anreichere. Nach Meinung des gutachtlich befragten Schäfer müsse das Verfahren nach sechs Tagen zu dauernden gesundheitlichen Schädigungen führen und nach 12 Tagen mit tödlichem Ausgang enden. Eine Kommission sollte die Versuchsreihen festlegen. Zu dieser Kommission gehörte für das Oberkommando der Marine der Assistent des Kieler Pharmakologischen Instituts, Prof. Gerhard Orzechowski.<sup>274</sup> Unter den beratenden Teil-

272 Ebd., S. 82.

273 Ebd., S. 84, Fußnote 140; Legband, S. 16. Es handelte sich um einen Matrosenobergefreiten, der um Eindruck bei Frauen zu schinden, gelegentlich als »Bootsmannsmaat« auftrat und zum »Aufschneiden« neigte. Eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, um Urlaub vom Dienst zu erhalten, wurde dem Mann als Fahnenflucht ausgelegt.

274 Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred (Hg.): *Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses*, Frankfurt a. M. 1962, S. 94–117; Klee, *Auschwitz*, S. 243–255.

nehmern war Hans Netter, der das »Berka-Verfahren« als unbrauchbar beurteilte.<sup>275</sup> Letztlich wurden im August 1944 Versuche an 40 Versuchspersonen im KZ Dachau vorgenommen, wohl bei drei Häftlingen mit tödlichem Ausgang.<sup>276</sup> Netter hatte mit der praktischen Durchführung dieser Versuche nichts zu tun, seine Beteiligung an der Vorbereitung dürfte der Grund dafür gewesen sein, dass er nach Kriegsende durch die Militärregierung für einige Zeit aus dem Hochschuldienst entfernt wurde.

Weitere Beratende Ärzte waren ab 1941 Fischer, Küntscher und Schmidt. Fischer war für die Kriegsmarine tätig, ab 1944 hatte er als Geschwaderarzt die organisatorische Verantwortung für die sanitätsdienstliche Versorgung eines Geschwaders. Beide Tätigkeiten erlaubten ihm, weiterhin die Chirurgische Klinik zu leiten, auch wenn er gelegentlich im Auftrage der Wehrmacht Dienstreisen durchführen musste, wie z. B. im Jahre 1942. In diesem Jahr führte ihn ein militärischer Auftrag für etwa 10–14 Tage in den Osten.<sup>277</sup> Schmidt war von April 1944 bis zum Kriegsende Beratender Sanitätsoffizier für Haut- und Geschlechtskrankheiten als Stabsarzt, kurz vor Kriegsende als Oberstabsarzt. Der Oberarzt in der Chirurgie Gerhard Küntscher war seit April 1941 Soldat und nach dem Überfall auf die Sowjetunion in Hauptverbandsplätzen und Kriegslazaretten an der Ostfront und seit Mitte April 1943 bis September 1944 in Kemi (Finnland) als Beratender Chirurg eingesetzt.<sup>278</sup>

### 6.2.5 Kriegsforschung und Doktorarbeiten im Krieg

1942 erhielt Behrend Behrens, der Direktor des Pharmakologischen Institutes, durch das Oberkommando der Kriegsmarine den Auftrag, zusammen mit seinen Assistenten, Günther Malorny und Gerhard Orzechowski, pharmakologisch-toxische Untersuchungen auf dem Gebiet der Kampfstoffmedizin und Wehrtoxikologie durchzuführen. Hierbei handelte es sich um Arbeiten, die sich mit Kohlensäurevergiftung, Öldampfwirkung, Raumbelüftung auf U-Booten und Kleinkraftfahrzeugen, Wachhalteproblematik, Seekrankheit und ihrer therapeutische Beeinflussbarkeit und lokalen

275 Peter, Jürgen: Der Nürnberger Ärzteprozeß im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, Münster 1998, S. 191.

276 Klee, Auschwitz, S. 243–255.

277 LASH Abt. 47, Nr. 2050, Schreiben Fischer an Predöhl v. 19.9.1942.

278 LASH, Abt. 47, Nr. 6757, Lebenslauf 1935; Fischer, Hubert: Der deutsche Sanitätsdienst 1921–1945. Organisation, Dokumente und persönliche Erfahrungen. Bd 3, Osnabrück 1984, S. 1473.

Kälteschäden befassten.<sup>279</sup> 1942 wurde die pharmakologisch-toxikologische Abteilung des Forschungsinstituts für U-Bootmedizin der Kriegsmarine im Pharmakologischen Institut untergebracht, später wurde dieses Institut nach Carnac in der Bretagne an die französische Atlantikküste verlegt.<sup>280</sup>

Die Arbeiten für die Marine wurden im Wesentlichen von den beiden Assistenten des Instituts übernommen. Die Ergebnisse durften nur in geheimen Schriften der Wehrmacht veröffentlicht werden.<sup>281</sup> Günther Malornys Arbeiten spiegeln nicht nur die Entwicklung der U-Boot-Waffe, sondern auch das Rückzugsgeschehen während der zweiten Hälfte des Krieges wieder. Sie befassten sich häufig mit den Wirkungen von Kohlenoxid in bestimmten, kriegsbedingten Situationen wie z. B.: Kohlenoxydgefährdung beim Umgang mit Holzgaskraftwagen; Abhilfenvorschläge für den Garagenbetrieb, Carnac 1943; Kohlenoxydentwicklung bei Verwendung neuartiger Asbestersatzmatten auf U-Booten, Carnac 1943; Kohlenoxydvorkommen auf normalen U-Booten und auf dem U-Boot-Schnorchel, Carnac 1944; Mineralverschiebungen zwischen Blut und Gewebe bei erhöhter CO<sub>2</sub>-Konzentrationen, Carnac 1944; Raumlufuntersuchungen, Druckregistrierungen und CO-Messungen auf Walterbooten, Carnac 1944. Das Institut in Carnac musste auf Grund des Kriegsverlaufs 1944 verlassen werden, weitere Arbeiten entstanden in Freiburg, auf der Halbinsel Hela und in Kappeln: Verhalten der Gewebegase nach Unterkühlung, Freiburg 1944; Beziehungen zwischen Kohlenoxyd und Unterdruck, Hela 1944; Raumlufuntersuchungen auf Kleinkampfmittel der Kriegsmarine, Kappeln 1944; Kohlenoxydvergiftungen auf Kleinst-U-Booten, Kappeln 1945; Schreib- und Rechenuntersuchungen bei Übermüdeten, Kappeln 1945; Mineralhaushalt bei der Sauerstoffvergiftung, Kappeln 1946.<sup>282</sup> Zusammen mit Orzechowski veröffentlichte Malorny nicht der Kriegsmedizin zuzurechnende Arbeiten insbesondere zur Wirkungsweise der Sympathomimetika.<sup>283</sup> Günther Malorny, 1912 in Borislawitz/Oberschlesien geboren, katholisch, studierte in Graz und Kiel, Staatsexamen und

279 Kroker-Wawrzinek, S. 78.

280 LASH Abt. 47, Nr. 6823, Referat über Habilitationsschrift »Zum Mechanismus der Sauerstoff-Vergiftung« von Günther Malorny o. D. [sicher 1943], ohne Autor, wahrscheinlich Behrens.

281 Kroker-Wawrzinek, S. 78. Sie fanden nach der Kapitulation das Interesse der Besatzungsmacht und mussten ihr übergeben werden.

282 LASH Abt. 47, Nr. 5163, Veröffentlichungen des wissenschaftlichen Assistenten Dozent Dr. med. Günther Malorny o. D. [vermutlich Juni 1947. D. Verf.].

283 Ebd.; LASH Abt. 47, Nr. 6823, unveröffentlichte Arbeiten (ausgefertigt bei der früheren Kriegsmarine und nur z. T. erhalten) v. 6.2.1950.

Promotion fanden 1937 statt. 1934 erfolgte der Eintritt in SA (höchster Dienstgrad 1942 SA-Sturmführer) und NSSStB, seit 1. Mai 1937 war er Mitglied der NSDAP<sup>284</sup> und seit dem April 1938 wissenschaftlicher Assistent am Pharmakologischen Institut mit dem Schwerpunkt Pharmakologie und Toxikologie. Im Juli 1940 wurde er auf eigenen Wunsch zur Luftwaffe eingezogen, im September 1941 zur Kriegsmarine abkommandiert. Die Habilitation erfolgte im Dezember 1943, die Dozentur wurde ihm 1944 übertragen.<sup>285</sup> Malorny hatte während seines Studiums wegen seiner weltanschaulichen und religiösen Einstellung als Katholik erhebliche Schwierigkeiten mit den Machthabern, konnte jedoch sein Studium und seine wissenschaftliche Laufbahn mit der Unterstützung durch Netter und Behrens erfolgreich absolvieren. 1938 verhinderte der NS-Dozentenbund für ein Jahr seine Einstellung als wissenschaftlicher Assistent, eine Zeit, die durch eine von Behrens vermittelte, aus der Wirtschaft bezahlte Stelle überbrückt werden musste.<sup>286</sup> Letztlich arrangierte er sich mit dem Regime, um sein Fortkommen nicht zu gefährden, wie z. B. die »dringende Befürwortung« der Ernennung Malornys zum Dozenten durch den Gaudozentenführer Freerksen beweisen könnte. Möglicherweise zeigt das hier verwendete Schreiben Freerksens aus dem März 1944 aber auch nur einmal mehr, dass die Notwendigkeiten des Krieges – Malorny war ein guter Wissenschaftler – die Ressentiments der Partei überwogen.<sup>287</sup> Von Ende 1945 bis Ende 1946 leitete Malorny stellvertretend das nach Kappeln in die Landwirtschaftsschule ausgelagerte Pharmakologische Institut, da Behrens von Dezember 1945 bis Oktober 1946 wohl wegen seiner Tätigkeit im Reichserziehungsministerium 1935/36 durch die Besatzungsmacht entlassen worden war.<sup>288</sup> 1950 wurde Malorny apl. Professor, am 1. April 1957 ordentlicher Professor des Lehrstuhls für Pharmakologie der Universität Hamburg.<sup>289</sup> Er starb 1978.

Gerhard Orzechowski wurde am 2. November 1902 in Rosenberg/Oberschlesien geboren und katholisch getauft. Sein Medizinstudium absolvierte er ab 1921 in Bres-

284 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Entnazifizierungsfragebogen v. 5.3.1947; LASH Abt. 47, Nr. 6823, Personalkartei.

285 LASH Abt. 47, Nr. 6823, Lebenslauf 1.12.1943; Schrb. des Dekans an das REM v. 22.1.1944.

286 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Lebenslauf Malorny v. 10.2.1947; Erklärung über politische Einstellung Malornys durch Netter v. 26.1.1947. Für die Medizinische Fakultät waren zu dieser Zeit Hugo Meyer, Küntscher und Marquort als Vertreter des Dozentenbundes zuständig.

287 LASH Abt. 47, Nr. 6823, Stellungnahme auf dem Schrb. des Dekans an das REM v. 6.3.1944 von Freerksen v. 21.3.1944.

288 Kroker-Wawrzinek, S. 83.

289 LASH Abt. 460, Nr. 4438, Schrb. Malorny an Kurator v. 21.3.1957.

lau, es folgten 1926 das Staatsexamen und 1927 die Promotion. Weitere Tätigkeiten im Pathologischen und Hygienischen Institut in Breslau sowie für eineinhalb Jahre bei Höber im Physiologischen Institut in Kiel schlossen sich an. Er ging 1930 für ein Jahr zum Pharmakologen Heubner an das Pharmakologische Institut in Heidelberg, danach an das Pharmakologische Institut der Universität Berlin. Im Juni 1934 habilitierte er sich und erhielt die *Venia Legendi*, nachdem er an zwei jeweils 14 Tage dauernden Dozentenlehrgängen des Reichs-SA-Hochschulamtes in Zossen und der Dozentenakademie in Kitzberg teilgenommen hatte. Im April 1935 wurde er als Assistent an das Pharmakologische Institut Kiel versetzt. Er vertrat dort gleich den neu nach Kiel berufenen Behrens, der noch im Reichserziehungsministerium tätig war.<sup>290</sup>

Orzechowski war Mitglied der SA seit Dezember 1933, führte dort SA-Sanitätstrupps und den SA-Sanitätssturm 187, sein letzter Dienstgrad war SA-Hauptsturmführer. Er war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Mai 1937 (Nr. 3.949.034) sowie im NSDDB, NSDÄB, NSD, NSV und Reichsluftschutzbund.<sup>291</sup> Der Geschäftsführer der Dozentschaft Klaus Niessing beschrieb Orzechowski als einen »fest überzeugten Nazi von größter Einsatzfähigkeit«, Küntscher als Vertrauensmann des NS-Dozentenbundes für die Medizinische Fakultät bescheinigte ihm, absolut auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung zu stehen.<sup>292</sup> Im Oktober 1939 wurde Orzechowski zum außerplanmäßigen Professor ernannt.<sup>293</sup> 1939 wurde er zur Kriegsmarine einberufen, 1941/42 leitete er dort die Pharmakologische Abteilung des Marineärztlichen Forschungsinstituts für U-Bootmedizin, 1943/44 war er als Marinestabsarzt Leiter der Pharmakologisch-Toxikologischen Abteilung im Sanitätsamt des Marine-Oberkommandos Ostsee mit besonderer Zuständigkeit für die Kampfstoffmedizin und Wehrttoxikologie.<sup>294</sup> Orzechowski beschäftigte sich im Auftrage des Forschungsinstituts für U-Bootmedizin der Kriegsmarine im Krieg mit Vergiftungen durch Sauerstoff sowie durch Kohlenmonoxid, den Wirkungen des Öldampfes und Ernährungsproblemen des U-Bootfahrers sowie dem Wirkungsmechanismus des Lungenkampfstoffs Chlorpidin.

290 BArch PK I 0432, p. 2858, Lebenslauf o. D. [vermutlich 1943, d. Verf.].

291 LASH Abt. 47, Nr. 6883, Schrb. Orzechowski an Behrens v. 11.2.1938.

292 BArch PK I 0432, p. 2912, Gutachten Niessing o. D. [vermutlich Januar 1938, d. Verf.], Beurteilung Küntscher v. 17.1.1938.

293 LASH Abt. 47, Nr. 6883, Schrb. REM an Orzechowski v. 16.10.1939.

294 BArch PK I 0432, p. 2848, Personalnotizen von Generalarzt Prof. Dr. Paul Rostock aus dem Juli 1944; BArch, PK I 0432, p. 2858, Lebenslauf o. D. [vermutlich 1943]; p. 2856, Schrb. Orzechowski an Rostock v. 3.7.1944, p. 2866–2876, Veröffentlichungen des Gerhard Orzechowski, o. D. [vermutlich Juli 1944, d. Verf.].

Im Gegensatz zu Malorny ließ Orzechowski auch seine Doktoranden kriegswichtige Themen insbesondere aus dem Bereich der chemischen Kampfstoffe bearbeiten.<sup>295</sup> Am 16. März 1944 forderte Vizeadmiral Hellmuth Heye in einer Besprechung der Marine-Kleinkampfverbände mit Pharmakologen ein Medikament, das geeignet sein würde, Soldaten länger einsatzfähig zu machen und ihre Stimmung positiv zu beeinflussen. Mittel dieser Art, besonders das Pervitin®,<sup>296</sup> wurden in großen Mengen trotz starker ärztlicher Bedenken während des gesamten Krieges von der Wehrmacht verwendet, gegen Kriegsende reichte die Wirkung dieser mit erheblichen Nebenwirkungen behafteten Droge nicht mehr aus. Für den »Endkampf« mit Klein-U-Booten wurden länger und stärker wirkende sowie mit einem größeren Wirkungsspektrum ausgestattete Drogen benötigt. Orzechowski erhielt nach der Genehmigung durch das Führerhauptquartier den Auftrag, ein solches Medikament zu entwickeln. Nach einigen Monaten stellte er die aus fünf Milligramm Kokain, drei Milligramm Metamphetamin und fünf Milligramm Oxycodon<sup>297</sup> bestehende D-IX-Tablette vor. Eine Erprobung an Häftlingen des KZ Sachsenhausens folgte ab November 1944 mit überzeugendem Ergebnis für die Verantwortlichen, so dass alle deutschen Truppenteile mit D-IX versorgt werden sollten.<sup>298</sup> Das Kriegsende verhinderte die Ausführung dieser Pläne.<sup>299</sup>

Aus britischer Gefangenschaft am 19. Dezember 1945 in das Pharmakologische Institut zurückgekehrt, wurde er wenig später von der Britischen Militärregierung entlassen.<sup>300</sup> Ende 1946 wurde der Beschluss revidiert und Orzechowski für sechs Monate auf Widerruf wieder eingestellt. Auf Betreiben Behrens' wurde ihm zum 1. April 1947 gekündigt, da dieser für ihn keine Zukunft an der Universität sah. Auch sein ehemaliger Chef in Heidelberg, Wolfgang Heubner, hatte ihn im Dezember 1943 in einer Stellungnahme gegenüber Paul Rostock lediglich als geeignet für die Übernahme eines Ordi-

295 Kroker-Wawrzinek, S. 83–84; LASH Abt. 47, Nr. 6823, Lebenslauf Malorny.

296 Methamphetamin, ein zentral wirkendes Aufputschmittel, das in der deutschen Wehrmacht häufig verwendet wurde.

297 Markenname Eukodal®, ein schmerzstillendes Opiumpräparat.

298 Einen Hinweis auf eine Beteiligung Orzechowskis an den Menschenversuchen im KZ Sachsenhausen gibt es nicht.

299 Ulrich, Andreas: Berauscht in die Schlacht, in: Burgdorff, Stephan/Wiegrefe, Klaus (Hg.): Der 2. Weltkrieg. Wendepunkte der deutschen Geschichte, München 2007, S. 217–221, hier S. 219. D-IX-Tabletten wurden zunächst an Besatzungsmitgliedern der Kleinst-U-Boote, dann an der Kampfschwimmereinheit »Forelle« des SS-Jagdkommandos »Donau« überprüft, dann im November 1944 an Häftlingen des KZs Sachsenhausen.

300 LASH Abt. 47, Nr. 6883, Schrb. Behrens an Kurator v. 4.1.1946; Vermerk Kurator für Behrens o. D.

nariats in »3. Linie« angesehen.<sup>301</sup> Er war danach im Marinelazarett Kiel-Wik und im Stadt Krankenhaus Rendsburg internistisch tätig und wurde 1950 Leiter der Inneren Abteilung des Stadtkrankenhauses Schleswig-Stadtfeld. 1955 nahm er eine Tätigkeit bei den Maddaus-Werken in Köln auf.<sup>302</sup>

Hans Netter befasste sich mit der Ionenpermeabilität von Nerven, Muskelzellen und roten Blutkörperchen, den Vorgängen in der Zelle bei der Muskel- und Nerven-erregung und der Kohlendioxidbindung des Hämoglobins u. a. m.<sup>303</sup> Diese Fragen waren für die Arbeitsmedizin und eine ihrer speziellen Ausprägungen, die Wehrmedizin, von großer Bedeutung. So war es nur folgerichtig, dass Netter an kriegswichtigen Forschungen für Luftwaffe, Marine und das Heereswaffenamt beteiligt war. Er war als Oberarzt der Luftwaffe im Krieg am Institut für Allgemeine Pharmakologie und Wehrtoxikologie der Militärärztlichen Akademie tätig und beteiligte sich an der Luftwaffenforschung mit dem Thema »Die Bedeutung des Bohreffektes für die Höhenumstellung und Anpassung«. Der Bohr-Effekt sorgt in stoffwechselaktiven Geweben für eine bevorzugte Freisetzung von Sauerstoff, seine Beeinflussung z. B. durch Vermeidung einer Hyperventilation konnte von militärischer Bedeutung für die Jagdflieger der Luftwaffe sein, die bei der Abwehr von feindlichen Bomberverbänden und beim Jagdschutz für eigene Verbände in immer größeren und damit sauerstoffärmeren Höhen operieren mussten.<sup>304</sup> Nach dem Kriege nahm er vom 1. März bis zum 26. November 1946 nicht an den Fakultätssitzungen teil, in der Sitzung am 1. März wurde unter Tagesordnungspunkt 2 eine Berufungsliste für Netters Physiologisch-Chemischen Lehrstuhl festgelegt. Eine stichhaltige Begründung hierfür hat sich in den Quellen bisher nicht finden

301 LASH Abt. 47, Nr. 6883, Abschrift Mitteilung Education Branch (Univ) HQ Mil Gov, Schleswig-Holstein, Region Kiel an Rektor Blume v. 28.12.1946; Schrb. Behrens an Kurator v. 2.12.1946; BArch PK I 0432, p. 2848, Personalnotizen Paul Rostock v. 9.12.1943.

302 Kroker-Wawrzinek, S. 83.

303 Ohlenbusch, S. 187.

304 Pongratz, Hans (Hg.): Kompendium der Flugmedizin, Fürstentfeldbrück 2006, S. 48. Bei normaler Atmung ist die Veränderung des pH-Wertes für den O<sub>2</sub>-Austausch und die CO<sub>2</sub>-Abgabe von unterstützender Wirkung: Im CO<sub>2</sub>-reichen, sauren Milieu wird die O<sub>2</sub>-Abgabe von HbO<sub>2</sub> an die Zelle erleichtert. Durch das Abatmen des CO<sub>2</sub> über die Lunge wird ein alkalisches Milieu erzeugt, welches die Anlagerung des O<sub>2</sub> an das Hämoglobin erleichtert (Bohr-Effekt). Wird durch eine unphysiologische Hyperventilation auch im Zellbereich der pH-Wert alkalisch, wird die O<sub>2</sub>-Abgabe an die Zelle bzw. das Erfolgsorgan erschwert.

lassen.<sup>305</sup> Netter setzte nach diesen Irritationen seine Tätigkeit unbehelligt fort und wurde 1967 emeritiert. Er starb am 8. Oktober 1977 in Eutin.<sup>306</sup>

Gerhard Küntschers Arbeiten sind nur bedingt der Kriegsforschung zuzurechnen, weil er die Grundlagen zu seinen kriegswichtigen Forschungen bereits Jahre vor Kriegsbeginn gelegt hatte und anders als bei den übrigen hier genannten Kieler Medizinwissenschaftlern seine Arbeiten nicht im Auftrage der Wehrmacht entstanden. Der überzeugte und engagierte Nationalsozialist entwickelte schon 1934 in Zusammenarbeit mit der Firma Siemens-Reiniger ein Hochfrequenzgerät zum Aufspüren von Geschossen im menschlichen Körper,<sup>307</sup> mit dem während des Krieges zahlreiche Lazarette der deutschen Wehrmacht ausgerüstet wurden.<sup>308</sup> Schließlich machte er sich im Rahmen seiner Habilitationsschrift über »Die Bedeutung der Darstellung des Kraftflusses im Knochen für die Chirurgie« ein Sichtprüfungsverfahren aus der Autoindustrie zum Nutzen und wies so die Bereiche in Knochen nach, die den stärksten Belastungen ausgesetzt sind.<sup>309</sup> Es gelang die Deformation des Knochens bei der Beanspruchung darzustellen und auch quantitativ zu erfassen und damit wichtige theoretische Fragen des Baues und der Funktion des Knochens zu lösen.<sup>310</sup> Hierbei handelte es sich um eine Arbeit, die nach der Meinung der gesamten Medizinischen Fakultät, wie der nationalsozialistische Dekan Hanns Löhr dem Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1935 berichtete, als »ganz ausgezeichnet beurteilt [wird ...] und weit über den Rahmen der üblichen Habilitationsarbeiten« hinausgehe.<sup>311</sup> Die weitere Verfolgung dieser Arbeiten und der seit mehreren Jahren an der Kieler Klinik erfolgreich ausgeübten Schenkelhalsnagelung führten unmittelbar zur Entwicklung der Markna-

305 LASH Abt. 47.6. Nr. 16, p. 287, 302, Protokolle der Fakultätsausschusssitzungen v. 1.3. und 20.11.1946.

306 Klee, Personenlexikon, S. 431 f.; Klee, Auschwitz, S. 246.

307 Küntscher, Gerhard: Ein Hochfrequenzverfahren zum Auffinden von Metallfremdkörpern, in: Zentralbl. Chir. 67 (1940), S. 2338–2344; Küntscher, Gerhard: Das Feststellen und Aufsuchen von Fremdkörpern mittels elektrischer Wellen, in: Zentralblatt für Chirurgie 61 (1934), S. 1764–1768.

308 Lebenslauf Küntscher 1965, zit. n. Schröder, Ludwig: Zum 100. Geburtstag von Professor Dr. Gerhard Küntscher, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 54 (2001) H. 1, S. 51–53.

309 Küntscher, Gerhard: Die Bedeutung der Darstellung des Kraftflusses im Knochen für die Chirurgie, in: Archiv für klinische Chirurgie 182 (1935), S. 489–551.

310 LASH Abt. 47, Nr. 6757, p. 15, Abschrift der Habilitationsurkunde v. 17.9.1935.

311 LASH Abt. 47, Nr. 1566, p. 54, Schrb. Dekan Löhr an REM v. 8.7.1935.

gelung, die Küntscher zunächst am Hunde ausprobierte.<sup>312</sup> Kurz nach Kriegsbeginn im November 1939 führte Küntscher erstmalig eine Marknagelung am Menschen aus.<sup>313</sup> Küntscher wurde im April 1941 Soldat, am 2. Juni 1942 apl. Professor. Er wurde auf Hauptverbandsplätzen und in Kriegslazaretten an der Ostfront, ab April 1943 bis September 1944 als beratender Chirurg in Finnland eingesetzt, wo er auch als Chefarzt des Deutschen Militärlazaretts Patienten nach seiner Methode operierte. Nach Kriegsende kehrte er in Kenntnis der wegen seines nationalsozialistischen Engagements bestehenden Aussichtslosigkeit einer weiteren Universitätskarriere gar nicht erst an die Universität zurück, sondern übernahm er die Leitung eines Schleswiger Lazaretts, in dem in den folgenden Jahren hauptsächlich Wiederherstellungschirurgie betrieben wurde.<sup>314</sup> 1953 erfolgte die Auszeichnung mit dem Danis-Preis der Société Internationale de Chirurgie mit der Begründung »die Marknagelung sei der bedeutendste Beitrag der deutschen Chirurgie aus der Kriegs- und Nachkriegszeit«. 1957 wurde er Ärztlicher Direktor des Hafenkrankenhauses in Hamburg. 1972, ein halbes Jahr vor seinem Tode, verlieh ihm der Deutsche Ärztetag die Paracelsus-Medaille, die nur einmal im Jahr an drei bis vier Ärzte vergeben wird. Er starb am 17. Dezember 1972 in Flensburg.<sup>315</sup>

Habilitationen von Assistenten gab es trotz der Schließung in der Medizinischen Fakultät fast bis zum letzten Tag des »Dritten Reiches«, Promotionen übrigens sogar noch deutlich darüber hinaus.<sup>316</sup> Die Themen der Doktorarbeiten unterschieden sich von wenigen Ausnahmen abgesehen von ihrer Art her nicht von vor 1933 und nach 1945 üblichen Themen. 1934, 1935 und 1937 gab es einige Dissertationen mit Themen aus der

312 Lebenslauf Küntscher 1965, zit. n. Schröder, Ludwig. S. 51–53. Küntscher, Gerhard: Die Marknagelung von Knochenbrüchen. Tierexperimenteller Teil, in: *Klin. Wschr.* 19 (1940), S. 6–10; Vgl. Ratschko, Karl-Werner/Mehs, Susanne: Der andere Küntscher. Nicht nur Marknagelung und Anekdoten, in: *Schl.-Holst. Ärzteblatt* 64 (2011) H. 5, S. 56–63.

313 Voigt/Lohff, S. 108–127. Bei der Marknagelung handelt es sich um ein Verfahren zur Behandlung von Brüchen von Oberschenkel-, Unterschenkel- und Oberarmknochen durch Einschlagen eines Spezialnagels in die Markhöhle. Ein wichtiger Vorteil ist: Der Patient kann schnell wieder mobilisiert werden. Ein Nachteil ist: Für die Operation sind höchste aseptische Bedingungen erforderlich, die im Rahmen der Kriegschirurgie in Frontnähe nahezu niemals zu erreichen waren und den Einsatz der Methode dort praktisch ausschlossen.

314 Vgl. Ratschko/Mehs, S. 56–63.

315 Voigt/Lohff, S. 108–127.

316 Unterschriften von Holzlöhner unter Promotionsurkunden gab es noch in größerer Zahl bis Mitte Mai 1945 (LASH 47.6, Nr. 427).

Kriegsmedizin.<sup>317</sup> Für 1939 findet sich eine auffällige Häufung von Themen, die sich mit Wehrmedizin und Rassenhygiene befassten (s. Tabelle 3).<sup>318</sup>

Die kriegsmedizinische Forschung des Pharmakologischen Instituts fand sich auch in 1943 und 1944 veröffentlichten Dissertationen wieder: 1943 bei Jobst Schäfer aus Sonderburg zum Thema »Die Ernährung des U-Boot-Fahrers im Krieg«, 1944 bei Hermann Schädling zum Thema »Über die während des Krieges bei der U-Waffe beobachteten Vergiftungsfälle« und im gleichen Jahr bei Hermann Bitter »Eine Methode zur Bestimmung von Öldämpfen (Kohlenwasserstoffen) in der Luft«. Eine nicht bekannte Zahl von Arbeiten wurde nicht aufgeführt, da sie geheim waren, die meisten von ihnen sind bis heute verschollen.<sup>319</sup> Die Qualität der medizinischen Doktorarbeiten blieb auch während der Zeit des Nationalsozialismus wie schon in den Jahrzehnten davor und auch nach 1945 problematisch.<sup>320</sup> Zusätzlich gab es noch Schwierigkeiten mit der Zitation der Namen jüdischer Wissenschaftler, die von den Nationalsozialisten nicht gerne gesehen wurde, aber in korrekt durchgeführten wissenschaftlichen Arbeiten erforderlich war.<sup>321</sup>

Zahlreiche Dissertationen befassten sich während des Krieges mit der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten, die bei den Soldaten der Wehrmacht stark verbreitet waren und zeitweise zu erheblichen Ausfällen führten. Die Verwendung von Sulfonamiden gegen Geschlechtskrankheiten und ihre Verträglichkeit war für die Einsatzbereitschaft der Truppe von erheblicher Bedeutung. Die zahlreichen Arbeiten, mit denen die Kieler Medizinische Fakultät bis zum Wechsel des Dermatologen Vonkennel an die Leipziger Universität neben den Arbeiten der Pharmakologie kriegswichtige Forschungen erbrachte, brachten nicht nur für die medizinische Betreuung der Soldaten, sondern z. T. auch für die Behandlung von Zivilpatienten wichtige therapeutische Fortschritte (s. Tabelle 4).

317 LASH Abt. 47.6, Nrn. 260–263, Diss. v. 15.9.1934: Syphilis in der Kriegsmarine 1920–1932; Diss. v. 27.9.1934: Nierenschüsse; Diss. v. 1.5.1935: Blasenschüsse; Diss. v. 17.3.1937: Gasbrand bei Kriegsverletzten; Diss. v. 30.3.1937: Die Behandlung der Malaria und ihre Verbreitung in der Kriegsmarine in den Jahren 1920–1935.

318 LASH Abt. 47.6, Nr. 264, Doktordiplome 1939.

319 LASH Abt. 47.6, Nr. 426, Gutachten 1936, 1938, 1939 (auch 1944). Unter der Arbeit von Hermann Schädling findet sich mit dem Datum 15.1.1945 der Vermerk: »Arbeit geheim. Darf nicht abgegeben werden.«

320 LASH Abt. 47, Nr. 1570, p. 3, Schrb. Dekan Schröder an Rektor v. 14.8.1934; LASH Abt. 47, Nr. 2037, Schrb. Dekan Löhner an Rektor v. 14.1.1939.

321 Z. B. LASH Abt. 47, Nr. 2142, Schrb. REM an Unterrichtsverwaltungen der Länder mit Hochschulen v. 23.2.1940.

	Datum	Thema
1.	1.1.1939	Sterilisation von Instrumenten in kochenden Desinfektionslösungen (Bactol®, Carvasept®, Sagrotan®, Zephirol®).
2.	2.1.1939	Ergebnisse der Nachuntersuchung über das Schicksal einer Reihe auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses unfruchtbar gemachter Männer.
3.	15.1.1939	Über die Notwendigkeit erbbiologischer Untersuchungen unehelicher Kinder vor der Adoptionsvermittlung unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse.
4.	12.5.1939	Ein Beitrag zur Behandlung von Schädelverletzungen und deren Spätfolgen.
5.	9.6.1939	Die Einflüsse kranken Erbguts auf erbgesunde Familien und die Notwendigkeit systematischer Eheberatung.
6.	4.8.1939	Einfluss kurzdauernden Sauerstoffmangels auf das Blutbild.
7.	20.8.1939	Zur Frage der röntgenologischen Herzgrößenveränderung beim Menschen im Unterdruck.
8.	1.9.1939	Soziale und erbbiologische Verhältnisse unehelicher Kinder (Untersuchungen an dem Kieler Material aus den Jahren 1935/36).
9.	18.12.1939	Mit welchen Farbsinnproben läßt sich auf einfachste und schnellste Weise eine Auswahl zwischen Farbtüchtigen und Farbungtüchtigen bei der Musterung treffen?

**Tabelle 3: Dissertationen mit wehrmedizinischer oder rassenhgienischer Thematik im Jahre 1939.** Zum wehrmedizinischen Bereich gehören die Dissertationen 1, 4, 6, 7, 9<sup>322</sup> zur Rassenhygiene 2, 3, 5, 8.

Erstaunlich wenige Dissertationen mit direkt erkennbarem Bezug zum Krieg gibt es aus den übrigen Fächern der Fakultät, wobei die eine oder andere Verbindung zum Kriegsgeschehen den Titeln der Arbeiten nicht unbedingt zu entnehmen sein muss. Hinweise auf Dissertationen mit rassenhgienischen Themen sind nach Kriegsbeginn nicht mehr zu finden (s. Tabelle 5).

322 Zu 1. Eine einfache Sterilisation von Instrumenten mit Hilfe von erhitzten Desinfektionsmitteln würde auch unter Feldbedingungen möglich sein. Zu 6. und 7.: Von Bedeutung für den Aufenthalt in U-Booten.

<b>Jahr</b>	<b>Thema</b>
1939	Sulfonamide und Spermiogenese Über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in verschiedenen ausländischen Kriegsmarinen Leberfunktionsprüfungen bei Therapie mit Sulfamidkörpern
1940	Der Nachweis und die Ausscheidungsverhältnisse von Derivaten des Sulfonamids, Sulfinamids und des Diphenylamids Zur Durchgängigkeit der Blut-Liquorschranke für die Sulfonamide Klinisch-experimenteller Beitrag zur Chemotherapie der Gonorrhö
1941	Die Provokationsmethoden der Gonorrhö Die intravenöse Sulfonamidbehandlung der weiblichen Gonorrhö, unter besonderer Berücksichtigung des Albucids und neuer Sulfonamide
1942	Versuche zur Behandlung des Fleckfiebers mit Sulfaäthylthiodiazol (Globucid) Ein Sulfadiazin zur Behandlung der Gonorrhö Rückfälle und Reizung bei der Chemotherapie der Gonorrhö Über die Salvarsanresistenz der Lues Weitere Versuche mit Chemotherapeutica zur Behandlung der Gonorrhö Die Pyrimalbehandlung der Gonorrhö Löslichkeitsbestimmungen der Sulfonamidverbindungen zur klinischen Frage der Nierenschädigung
1943	Statistische Daten zur Klinik und Behandlung von Gonorrhö an Hand von 5.226 Fällen

**Tabelle 4:** Arbeiten aus der Universitätshautklinik während der Zeit Vonkennels.

<b>Jahr</b>	<b>Thema</b>
1942	Erfahrungen in der Behandlung von Verletzungen durch Fliegerangriffe
1944	Erste Wundversorgung im Feldlazarett Hat sich das klinische Bild des Ulcus pepticum während des Krieges verändert?

**Tabelle 5:** Arbeiten mit direktem Bezug zum Krieg aus den übrigen Fächern.

Eine Dissertation aus den Jahren 1943/44 sprengt den Rahmen aller Themen, die während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in der Medizinischen Fakultät angenommen worden sind: die Arbeit von Liselotte Knolle,<sup>323</sup> Bremen, zum Thema »Die bevölkerungs- und rassenpolitische Lage der Niederlande«. Sie sticht aus der Vielzahl der 1933–1945 erstellten Doktorarbeiten durch Form und Inhalt heraus, die auch Rückschlüsse auf die innere Verfasstheit der Medizinischen Fakultät in der genannten Zeit erlauben. Deswegen, aber mehr noch wegen ihrer Verbindung zur Wannsee-Konferenz, soll sie hier besondere Berücksichtigung finden.

### 6.2.6 Die Dissertation der Ärztin Liselotte Knolle, geb. Siemann

Liselotte Knolle, evangelisch, am 27. Mai 1912 in Bremen als Tochter des Baurats Siemann geboren, studierte in Bonn, Freiburg, München und Kiel und legte 1937 in Kiel ihr medizinisches Staatsexamen mit der Note »sehr gut« ab. 1937/38 betreute sie als Ärztin die Hitlerjugend anlässlich von Aufmärschen und Sportfesten. 1938 trat sie in die NSDAP als Parteianwärterin ein. Vor ihrer Verheiratung mit Rudolf Siensen am 1. Januar 1939 arbeitete sie drei Monate in der Adoptionsstelle des Reichsgesundheitsamtes in Berlin, gab die Arbeit jedoch auf, als im März 1939 ihr erstes Kind geboren wurde. Nachdem ihr Mann als Angehöriger der Waffen-SS 1940 vor Dünkirchen gefallen war, übernahm Liselotte Knolle die Aufgabe einer Referentin für die Bearbeitung von Ausländerehegesuchen im Reichsinnenministerium und bereiste, wie sie in ihrem Lebenslauf aus dem Jahre 1943 beschreibt, »im Rahmen dieser rassenpolitischen Tätigkeit 1941 und 1942 die Niederlande, um an Ort und Stelle das statistische Material für ihre Dissertation zu gewinnen.« Im September 1943 heiratete sie den ursprünglich zur nationalsozialistischen Kieler Führungsschicht gehörenden Buchhändler und SS-Standartenführer Friedrich Knolle,<sup>324</sup> der seit 1940 vertretender Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (BdS) in den Niederlanden war. Nach

323 Zum Zeitpunkt der Abgabe der Dissertation im November 1943 führte Liselotte Knolle ihren Geburtsnamen verbunden mit den Namen ihres zweiten Ehemannes, Heirat September 1943, nannte sich also Siemann-Knolle, vorher wird sie den Nachnamen ihres gefallenen ersten Ehemannes Siensen geführt haben, später verwendete sie (möglicherweise nur bis zu ihrer Scheidung 1956) nur noch den Namen Knolle. Der besseren Verständlichkeit halber wird hier ohne Beachtung der zwischenzeitlichen Namensänderungen nur der Name »Knolle« verwendet.

324 Scheck, Thomas: Knolle, Friedrich, in: Lohmeier, Dieter (Red.): Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bd. 11, Neumünster 2000, S. 207–212.

Fertigstellung ihrer Dissertation im Oktober 1943 schied sie aus dem Reichsinnenministerium aus.<sup>325</sup>

Liselotte Knolle war eine glühende Nationalsozialistin. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, dass das Reichsinnenministerium die Ärztin zum Zwecke der Erstellung einer Doktorarbeit mitten im Krieg zwei Jahre lang als Referentin angestellt hätte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass sie den Auftrag bekam – um es mit dem Titel des dritten Teils ihrer Arbeit auszudrücken – die »Fremdrassengefahr in den Niederlanden« zu analysieren und damit verlässliche Grundlagen für weitere Deportationen von niederländischen Juden und anderen »Fremdrassen« für das Reichsinnenministerium zu erarbeiten. Ihre offensichtlich professionell im Ministerium geschriebene Arbeit unterscheidet sich in Umfang, Ausstattung und äußerer Form deutlich von dem 1943/44 üblichen Standard von Kieler medizinischen Doktorarbeiten. Den 216 Textseiten folgen umfangreiche, in einem Anhang zusammengefasste Statistiken sowie ein Fotobildbericht mit zahlreichen Bildern von Personen unterschiedlicher Rassen. Auf die Einleitung mit dem Titel »Die Bedeutung der Niederlande als Träger germanischen Blutes und germanischer Kultur« folgen drei Teile: »Die rassische Zusammensetzung des niederländischen Volkes«, »Die bevölkerungspolitische Entwicklung in den Niederlanden«, der bereits erwähnte dritte Teil »Die Fremdrassengefahr in den Niederlanden« sowie ein Schluss mit einer Zusammenfassung.

Schon der erste Satz von Knolles Einleitung gibt die Linie der gesamten Arbeit vor: »Schicksal und Zukunft des grossgermanischen Raumes und des neuen Europas sind an den biologischen Bestand des germanischen Volkes geknüpft.« Es folgen Ausführungen »zur geistig-politischen Erschlaffung des Niederländers in den letzten 200 Jahren« durch den auch »mit Hilfe deutscher Söldner« in den niederländischen Kolonien erworbenen Reichtum und das daraus resultierende verderbliche Wohlleben. Die Zukunft der von der deutschen Wehrmacht überfallenen und besetzten Niederlande sieht Knolle in der Erweckung in Zeiten tiefster Not durch »die Wiedergeburt jener nur verschütteten, germanischen Geisteshaltung«. Hier sei die Gelegenheit für den heutigen Kampf »gegen den materialistisch-liberalistisch-plutokratischen Geist und das harte Ringen mit dem Untermenschentum des Ostens« und damit ein Prüfstein, »was noch an kämpferischer Volkssubstanz« vorhanden sei. Positiv stellte sie heraus, dass die Niederlande die »höchste Geburtenziffer aller germanischen Länder« aufwiesen, deswegen am weitesten von einer biologischen Selbstaufgabe entfernt seien, »ein Volk ohne Raum« darstellten, das »in der grossgermanischen Zukunft

325 Knolle, Liselotte: Die bevölkerungs- und rassenpolitische Lage der Niederlande, Kiel 1944.

eine führende und bedeutende Rolle einnehmen« könne. Dies ginge aber nur, »wenn dieses Volk [...] den Weg zu seiner nordisch-germanischen Artung zurückfindet«.<sup>326</sup> Schon die hier kurz skizzierte Einleitung verdeutlicht, dass es sich hier um eine Arbeit handelt, die inhaltlich völlig aus dem Rahmen der auch in der nationalsozialistischen Zeit eher nüchtern, häufig ohne ideologisches Beiwerk verfassten Kieler medizinischen Doktorarbeiten heraussticht. Die drei Hauptteile unterscheiden sich in Diktion und Zielsetzung von der Einleitung nicht, sind im Einzelnen hier aber nicht zu untersuchen. Es geht immer wieder um »Degeneration« und »Entartung« des niederländischen Volkes, die »Fremdvölker« in den Niederlanden, die Malaien, die ost- und westindischen Mischlinge, Chinesen und Juden.

Auf den Abschnitt, der sich mit letzteren befasst, soll noch näher eingegangen werden, weil hier noch einmal besonders deutlich wird, welches rassistische Machwerk 1944 unter dem Dekanat Ernst Philipps von der Kieler Medizinischen Fakultät als Dissertation nicht nur angenommen, sondern auch mit der Note »sehr gut« versehen wurde. Im einleitenden Abschnitt des dritten Teils im vierten Abschnitt findet sich zum Thema »Das Judentum in den Niederlanden« Folgendes: »Das Judentum in den Niederlanden«: »[...] war es besonders das Judenproblem, das gerade in den Niederlanden von allen germanischen Ländern am meisten einer dringlichen Lösung bedurfte und sie [...] teilweise bereits 1942 und 1943 in grosszügiger Weise fand.«<sup>327</sup> Die Frage, ob die »heutigen portugiesischen Juden auch Rassejuden« seien, wird bejaht, Knolle führt dazu aus, dass die Literatur hierüber aus der Gegenwart stamme und durchweg jüdische Verfasser habe, die nichts anderes bezwecken wollten, »als ihren Glaubensgenossen das Schicksal der Ostjuden zu ersparen«. Sie beklagt, dass diese Schriften von deutschen Dienststellen eifrigst verteidigt worden seien.<sup>328</sup> »Nirgends [...] stand vor 1940 zur Debatte, dass die Sephardimjuden der Niederlande etwa keine Rassejuden seien [...]«.<sup>329</sup> Interessant für die Beziehung zu der Wannsee-Konferenz ist der Bericht Knolles über eine im Sommer 1941 in den Niederlanden durchgeführte »Rassejudenzählung«. Vor dieser Zählung ging man von ca. 124.000 »Glaubensjuden«, 46.000 Flüchtlingen aus Deutschland, geschätzten 30.000 »Rassejuden«, die nicht mehr Glaubensjuden seien sowie

326 Ebd., S. 5–7.

327 Ebd., S. 173.

328 Wahrscheinlich meint sie den Leiter der Hauptabteilung Inneres in der deutschen Verwaltung der besetzten Niederlande, Hans-Georg Calmeyer, der sich um die Rettung von Juden vor der Ermordung bemühte. Auf ihn wird noch in einem anderen Zusammenhang später eingegangen werden (6.3.3).

329 Knolle, S. 182. Sperrung der Jahreszahl im Original.

geschätzten 50.000 Personen gemischten Blutes, insgesamt also 250.000 Personen aus. Die Judenzählung des Reichskommissars der Niederlande ergab unter Zugrundelegung der »Nürnberger Gesetze«<sup>330</sup> nach Auswertung im Oktober 1941 118.295 Volljuden, 15.652 deutsche »Judenemigranten« und 7.605 ausländische Juden, insgesamt 140.552 »Gesamtvolljuden«.<sup>331</sup> Im Protokoll der Wannsee-Konferenz sind für die Niederlande 160.800 »Glaubensjuden« angegeben. Die Differenz von rund 20.300 Personen zwischen dem Ergebnis der vier Monate zurückliegenden Zählung und der im Wannsee-Protokoll angegebenen Zahl ergibt sich dadurch, dass der für die Deportation der Juden im RSHA zuständige Adolf Eichmann<sup>332</sup> bereits die »Mischlinge« in seine Statistik einbezogen hatte. Es entsprach seiner und Heydrichs Vorstellung, dass diese Gruppe zum Kreis der zu Ermordenden gehören sollte.<sup>333</sup> Das Problem der »Mischlinge« spitzte sich Anfang 1942 zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz zu: Das RSHA wollte sie möglichst weitgehend den Volljuden zuschlagen, Staatssekretär Stuckart, der Vorgesetzte Liselotte Knolles, schlug ausweislich des Protokolls der Wannsee-Konferenz als Lösung der Mischlings- und Mischehenfrage einen Verbleib im Heimatland unter gleichzeitiger Zwangssterilisierung vor.<sup>334</sup> Knolle berichtet in ihrer Arbeit davon, dass man dazu übergegangen sei, die in Mischehen lebenden und in den Niederlanden verbliebenen Juden zu sterilisieren, was in 38 Fällen auch schon geschehen sei.<sup>335</sup> Im Sommer 1942 sei der Abtransport der Juden in Angriff genommen worden. Anfang März seien in acht Monaten ohne Unterbrechung insgesamt 50.000 Juden aus den Niederlanden in den Osten deportiert worden.<sup>336</sup> Es kann hier nicht der Inhalt auch dieses Teils der Knolleschen

330 Personen mit drei jüdischen Großeltern und solche mit zwei jüdischen Großeltern und jüdischen Glaubens zählten als Volljuden.

331 Knolle, S. 203–204.

332 Obersturmbannführer Adolf Eichmann war 1941 der Leiter des Referats IV B 4 (Juden und Räumungsangelegenheiten) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), das für die Organisation der Deportation der Juden aus Deutschland und den besetzten europäischen Ländern zuständig war. Protokoll der Wannsee-Konferenz, 20. Januar 1942, in: Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika: Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der Endlösung, Berlin 1992, S. 206 ff.

333 Vgl. Kreitzmüller, Christoph: Die Erfassung der Juden im Reichskommissariat der besetzten niederländischen Gebiete, in: Hürter Johannes/Zarusky, Jürgen (Hg.): Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008, S. 21–44, hier S. 40–42.

334 Protokoll der Wannsee-Konferenz, 20. Januar 1942, in: Pätzold/Schwarz, S. 102–112.

335 Knolle, S. 209.

336 Ebd., S. 210.

Doktorarbeit vollständig beschrieben werden. Ein Zitat aus der Zusammenfassung zeigt noch einmal in Kurzform, wie die fanatisch nationalsozialistische Ärztin in kaum zu übertreffender Weise menschenverachtende Formulierungen findet, mit denen die Auslöschung einer großen Gruppe von Menschen in den Niederlanden scheinwissenschaftlich beschrieben wird: »Umso mehr ist es zu begrüßen, dass inzwischen die Judenfrage einer Lösung zugeführt wird und bald in dem so erheblich verjudeten Raum, zumindest biologisch aber auch geistig, das Judentum ausgelöscht sein wird.«<sup>337</sup> Die Bedeutung der Knolleschen Formulierungen wird noch dadurch verschärft, dass in offiziellen Papieren eine codierte Sprache verwendet wurde, deren Bedeutung jedoch allen Eingeweihten und Lesern verständlich war. So bedeutete z. B. das Wort »Endlösung« nichts anderes als »Judenmord«. Allen an der Doktorarbeit Beteiligten muss unterstellt werden, dass sie 1944 wussten, was Knolle meint, wenn sie davon spricht, dass »die Judenfrage einer Lösung zugeführt wird«.

Wie es dazu gekommen ist, dass die Kieler Medizinische Fakultät die Doktorarbeit von Liselotte Knolle angenommen hat, kann nur vermutet werden, da außer der Kopie der Doktorurkunde<sup>338</sup> und einem Exemplar der eigentlichen Doktorarbeit weitere Unterlagen nicht vorliegen.<sup>339</sup> Knolle hatte die Untersuchungen als Referentin des Reichsinnenministeriums im Rahmen eines dienstlichen Auftrages durchgeführt und dabei den ihr vielleicht schon während ihres Studiums in Kiel 1937/38 bekannt gewordenen damaligen Buchhändler und Gaukulturwart der NSDAP Friedrich Knolle in den Niederlanden wiedergetroffen. Nachdem Knolle das Amt des Gaukulturwartes im Oktober 1937 abgeben musste, wechselte er in das in das Hauptamt des Sicherheitsdienstes, Angehöriger der SS war er schon seit November 1932. Anfang 1938 trat er endgültig in die Dienste des Reichsführers SS. Nach Stationen in München und Düsseldorf übernahm er 1940 vor Beginn des Westfeldzuges die Leitung des SD-Abschnittes Aachen. Mitte Oktober 1940 wurde ihm in den Niederlanden die Leitung des gesamten Nachrichtendienstes übertragen. Er wurde Stellvertreter des BdS für die niederländischen Gebiete und erreichte den Dienstgrad eines SS-Standartenführers. 1944 wurde er

337 Ebd., S. 214.

338 LASH Abt. 47.6, Nr. 426, Promotionsurkunde Liselotte Knolle v. 15.4.1944.

339 Universitätsbibliothek Kiel, TU 44.5520, Dissertation L. Knolle. Im Gegensatz zu den üblichen Gepflogenheiten sind weder der Referent noch der Korreferent genannt, wenn es denn solche gegeben haben sollte. Es ist nicht auszuschließen, dass die Anerkennung der Arbeit allein durch den Dekan Philipp, vielleicht in mündlicher Abstimmung mit dem fachlich zuständigen Bevölkerungshygieniker Bachmann, erfolgt ist. Die Doktorarbeit soll in Kiel Gerüchten zufolge lange Zeit nach dem Krieg nicht für die Ausleihe zur Verfügung gestanden haben.

zum Auslands-SD versetzt und als Leiter einer Dienststelle in Belgrad mit der »Partisanenbekämpfung« beauftragt.<sup>340</sup> Vermutlich war es für die Kieler Medizinische Fakultät 1943/44 eine Selbstverständlichkeit, Wünschen von Kieler NSDAP-Mitgliedern mit entsprechender Vernetzung, die es zu einem hohen SS-Dienstgrad im Sicherheitsdienst der SS gebracht hatten, nachdrücklich vielleicht auch von Vertretern des Kieler SD-Abschnitts und der NSDAP unterstützt wurden, nachzukommen, auch wenn damit eine wissenschaftlich wertlose, verbrecherischen Genozid befürwortende, jedoch den damaligen ideologischen Ansichten der NSDAP entsprechende Arbeit sanktioniert werden würde. Sollte es Bedenken gegeben haben, muss abgewogen worden sein, ob es sich die Fakultät 1944 noch erlauben wollte oder konnte, Widerstand zu leisten. Es hätte schon erheblichen Mutes bedurft, die Arbeit von Liselotte Knolle abzulehnen. Die Vernetzungen des Kieler Alt-Nationalsozialisten Friedrich Knolle in Kiel, wohl auch hinein in die Reste des SD-Netzes in der Medizinischen Fakultät, dürften Wirkung gezeigt haben. So erhielt Liselotte Knolle am 15. April 1944 die von Dekan Philipp unterzeichnete, mit dem Prädikat »sehr gut« versehene Doktorurkunde.<sup>341</sup> Ob die Arbeit, wie es eigentlich üblich war,<sup>342</sup> den Mitgliedern des Fakultätsausschusses vorgelegen hatte, lässt sich den Quellen nicht entnehmen. Es erscheint durchaus möglich, dass Philipp von seinen Rechten als »Führer« der Fakultät Gebrauch gemacht hatte und allein über die Arbeit entschieden hatte oder dass die Unterlagen, wie viele andere aus dieser Zeit, vernichtet wurden. Auf Grund des brisanten Inhalts der Dissertation kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeit als »Geheim« eingestuft war und nicht veröffentlicht werden durfte.

Unabhängig von Zwängen und möglicherweise auf die Medizinische Fakultät ausgeübtem Druck bleibt jedoch festzuhalten, dass die Anerkennung der Knolleschen Arbeit als Doktorarbeit und ihre Bewertung mit einer Prädikatsnote nur zwei Schlüsse zulässt:

340 Vgl. Scheck, S. 207–212. Nach dem Kriege konnte Friedrich Knolle zunächst untertauchen. Verbrechen – sowohl in den Niederlanden wie auch in Belgrad wurden ihm Morde und Kriegsverbrechen vorgeworfen – konnten ihm nicht nachgewiesen werden, so dass er lediglich wegen der Verwendung falscher Ausweispapiere und eines falschen Namen nach dem Kriege zu zwei Jahren Gefängnis und wegen seiner politischen Tätigkeit zu sechs Monaten Arbeitslager verurteilt wurde. Er starb 1977.

341 1956 ließ sich Dr. Liselotte Knolle von dem mittlerweile zum Alkoholiker gewordenen Knolle scheiden. Sie verstarb Ende 1988 in Bremen.

342 Vgl. LASH Abt. 47.6, Nr. 427. Hier handelt es sich um den vollständig erhaltenen Vorgang der Promotion des Dänen Carl Friedrich Carstensen aus Apenrade, der am 8.2.1945 vom Dekan Philipp in den Umlauf gegeben wurde. Die Doktorprüfung wurde am 27.2.1945 mit genügend bestanden.

Entweder war die Fakultät mittlerweile derart dem Regime verfallen, dass auch eine Arbeit mit der pseudowissenschaftlichen Begründung für die Ermordung von Millionen von Menschen kein Hindernisgrund mehr war, sie als wissenschaftliche Leistung anzuerkennen, oder die Resignation, die Angst und der Druck waren 1944 so unmittelbar, dass keinerlei Widerstand auch in ureigensten Angelegenheiten von der Fakultät mehr den NSDAP-, SS- und SD-Anliegen entgegengesetzt wurde. Für die letzte Möglichkeit spricht auch die Veröffentlichung eines »wissenschaftlichen« Beitrages des KZ-Arzt und Volontärassistenten in der Chirurgischen Klinik Ernst Frowein in der Zeitschrift *Der Chirurg* im gleichen Jahr, auf die im nächsten Abschnitt eingegangen wird. Auch hiermit war die Fakultät ethisch-moralisch in die Massenmorde der Nazis eingebunden, mit der Anerkennung der Doktorarbeit hatte sie in ihrem Rahmen die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern auch sanktioniert.

### 6.2.7 Verbrecherische Humanexperimente an KZ-Häftlingen

Kieler Universitätsmediziner waren auch an den Versuchen mit KZ-Häftlingen beteiligt. Diese waren dazu bestimmt, ohne Rücksicht auf Gesundheit und Leben der unfreiwilligen Versuchspersonen zur Optimierung der Kriegsführung schnell zu medizinischen Ergebnissen zu kommen. Zwei Ärzte der Kieler Fakultät, der Physiologe Holzlöhner und der Assistenzarzt aus der Medizinischen Klinik Erich Finke führten als Stabsärzte der Luftwaffe 1941 im KZ Dachau Unterkühlungsversuche an KZ-Häftlingen durch, ein dritter, der Dermatologe Vonkennel, war Anfang 1943 einem Ruf nach Leipzig gefolgt, setzte aber dort die in Kiel begonnenen Arbeiten fort. Die mit dem SS-Sturmbannführer in Zusammenhang stehenden Versuche wurden 1944 im KZ Buchenwald vorgenommen. Die Untersuchungen zur praktischen Durchführung einer »Sterilisierung von Jüdinnen durch Einspritzen einer Reizflüssigkeit« wurden von SS-Brigadeführer Carl Clauberg, einem ehemaligen Schüler Robert Schröders vorgenommen, der schon 1932 aus Kiel nach Königsberg gewechselt war, während die eigenmächtig vorgenommenen Versuchsoperationen, die von dem Kieler chirurgischen Volontärassistenten und stellvertretenden Leiter des Krankenreviers im Konzentrationslager Sachsenhausen, dem SS-Obersturmführer Ernst Frowein, 1942/43 zur angeblichen Behandlung der Schrumpfblyse vorgenommen wurden, auf eigener Initiative beruhten.<sup>343</sup>

343 Eine kurzgehaltene neue Übersicht gibt Eckart, Wolfgang U.: *Medizin in der NS-Diktatur*, Wien/Köln/Weimar 2011, S. 296–311.

In dem auf den Sieg gegen Frankreich 1941/42 folgenden »Luftkrieg gegen England« waren über dem Ärmelkanal zahlreiche Flieger abgeschossen worden und im kalten Wasser nach kurzer Zeit durch Unterkühlung zu Tode gekommen. Die Luftwaffe wollte die Ursachen des Kältetodes und einen Schutz dagegen herausfinden.<sup>344</sup> Bereits am 24. Februar 1942 hatte Erich Holzlöhner vom Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe, Generaloberstabsarzt Prof. Dr. Erich Hippke, den Auftrag erhalten, eine Untersuchung zu dem Thema »Die Wirkung der Abkühlung auf den Warmblüter« durchzuführen. Ergänzend dazu ist einem Schreiben des Reichsluftfahrtministeriums nach Abschluss der Versuche am 8. Oktober 1942 zu entnehmen, dass »auf Vorschlag von Stabsarzt Dr. Rascher<sup>345</sup> entsprechende Untersuchungen auf den Menschen ausgedehnt und im Einvernehmen mit dem Reichsführer-SS geeignete Untersuchungsmöglichkeiten der SS in Anspruch genommen wurden. Zur Durchführung der Untersuchungen wurde eine Versuchsgruppe »Seenot« zusammengestellt, bestehend aus Prof. Dr. Holzlöhner als Leiter, sowie den Stabsärzten Dr. Rascher und Dr. Finke.«<sup>346</sup>

Im August 1942 begannen die Versuche. Die Häftlinge aus dem KZ Dachau wurden in einem Wasserbottich mit Wassertemperaturen zwischen 2,5 bis 12 Grad stark unterkühlt, die Körpertemperatur und der Herzschlag kontinuierlich gemessen, bei jeder Verminderung der Körpertemperatur um 1 Grad Blut und Urin abgenommen und über Punktionen des Rückenmarkkanals Hirn-Rückenmarksflüssigkeit gewonnen.<sup>347</sup> Die KZ-Häftlinge wurden hierbei auf eine Körpertemperatur bis zu 26,5 Grad

344 Klee, Auschwitz, S. 231.

345 Sigmund Rascher (1909–1945), Stabsarzt der Luftwaffe und SS-Hauptsturmführer (seit 1942), 1933 NSDAP, 1936 Examen bei Schittenhelm in München, Aug. 1943 von der Luftwaffe zur Waffen-SS freigestellt, Leiter der Abteilung »R« des Ahnenerbes in Dachau, über seine Ehefrau von Himmler protegert. Rascher nahm eine Schlüsselstellung ein, da er über eine direkte Verbindung zu Himmler verfügte und von ihm die Erlaubnis zu den Versuchen in Dachau erwirken konnte. Er wurde im März 1944 verhaftet, am 26.4.1945 auf Befehl Himmlers in Dachau hingerichtet (Klee, Personenlexikon, S. 480).

346 Aus dem Schr. des Referenten für Luftfahrtmedizin im Reichsluftministerium v. 8.10.1942, zit. nach Mitscherlich/Mielke, S. 68 (Doc. NO. 286). Dr. Erich Finke kam aus der Medizinischen Universitätsklinik Kiel und war ab Anfang 1941 Stabsarzt im Luftwaffen-Lazarett Westerland (Personen- und Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1936 bis Wintersemester 1941/42; Klee, Auschwitz, S. 236). Finke hatte 1935 bei Löhr mit dem Thema: Untersuchungen über das Verhalten des Purinstoffwechsels des Hundes nach Injektionen von Speicherstoffen des retikuloendothelialen Systems, Kiel 1935, promoviert. Er verstarb am Ende des Krieges in einem Lazarett in Neustadt.

347 Klee, Auschwitz, S. 232.

abgekühlt.<sup>348</sup> Die »Unterkühlungsuntersuchungen« wurden in zwei Gruppen mit insgesamt ca. 280 bis 300 Versuchspersonen durchgeführt. Holzlöhner und Finke waren ausschließlich an den Menschenversuchen der Gruppe 1 beteiligt, die ungefähr 50–60 Häftlinge aus Dachau umfasste. Einzelheiten der Versuche werden von Ebbinghaus und Roth auf der Grundlage der Verhöre im Nürnberger Ärzteprozesses ausführlich geschildert.<sup>349</sup> Infolge der Versuche kamen aus der Gruppe 1 15–18 Personen um.<sup>350</sup> Rascher schrieb über die Haltung Holzlöhners zu den Kälteversuchen am 9. Oktober 1942 an Himmler: »Da Prof. Holzlöhner die wissenschaftliche Verwertung der Versuche im Interesse seines wissenschaftlichen Namens (Menschenversuche: Pfu) ablehnt, werde ich die Auswertung über das Universitätsinstitut von SS-Obersturmbannführer Prof. Pfannenstiel vornehmen.«<sup>351</sup> In einem »Bericht über Abkühlversuche am Menschen« vom 10. Oktober 1942 wurde Himmler durch die Arbeitsgruppe Holzlöhner/Rascher/Finke informiert und um Freigabe für eine Ende Oktober 1942 vorgesehene Tagung von Sanitätsoffizieren gebeten.<sup>352</sup>

Es folgte die vom Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe für den 26./27. Oktober 1942 im »Deutschen Hof« in Nürnberg anberaumte wissenschaftliche Besprechung über »Ärztliche Fragen bei Seenot und Winternot« unter Leitung des Gießener Professors Albert Johann Antony,<sup>353</sup> in der Holzlöhner über die Versuche berichtete: Wenn die Unterkühlung 31 Grad erreiche, käme es zu einer Bewusstseinsintrübung, unter 30 Grad zu einer Kältenarkose und unter 28 Grad aus einer Herzarrhythmie her-

348 Normal ca. 36,5 bis 37,5 Grad. Um die Wiedergabe der Versuchsanordnung nicht unnötig zu komplizieren, sind nur die rektal (im Enddarm) gemessenen Temperaturen genannt. Temperaturen wurden auch mit einer Magensonde gemessen, die Ergebnisse zur rektalen Messung unterscheiden sich kaum.

349 Ebbinghaus, Angelika/Roth, Karl Heinz: *Medizinverbrechen vor Gericht. Die Menschenversuche im Konzentrationslager Dachau*, in: Eiber, Ludwig/Sigel, Robert (Hg.): *Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945–48. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen*, Göttingen 2007, S. 126–159, hier S. 141–146.

350 Mitscherlich/Mielke, S. 81.

351 Ebd., S. 80–82. Wilhelm Pfannenstiel (1902–1977) hatte Bauwesen studiert, war seit 1933 Mitglied der NSDAP und SA, 1936/37 Dozentenbundsführer und Leiter der Dozentschaft an der TH Aachen, 1943 auch an der TH Hannover (Grüttner, *Bibliographisches Lexikon*, S. 129).

352 Ebd., S. 75.

353 Oehler-Klein, Sigrid/Neumann, Alexander: *Karrieren im Krieg – Gießener Wissenschaftler in den Sanitätsinspektionen der Wehrmacht*, in: Oehler-Klein, Sigrid (Hg.): *Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten*, Stuttgart 2007, S. 401–430, hier S. 401.

aus zum Herztod. Der Tod träte auch ein, wenn der Hirnstamm und das Hinterhirn (Sitz der Wärme- und Gefäßregulationszentren) unterkühlt würden.<sup>354</sup> Eine Bestätigung, dass sich die Beobachtungen auf Versuche an Konzentrationslagerhäftlingen bezogen, war im Anschluss an das Referat Holzlöhners den Bemerkungen Raschers zu den Versuchen zu entnehmen. Auch wurde klar, dass es Todesfälle gegeben hatte.<sup>355</sup> Proteste an den Versuchen wurden von Anwesenden,<sup>356</sup> unter denen sich auch namhafte Vertreter der Forschung befanden,<sup>357</sup> laut nicht erhoben, obwohl eindeutig deutlich wurde, dass Versuchspersonen zu Tode gebracht worden waren.<sup>358</sup> Holzlöhner hielt sein Referat noch ein zweites Mal auf einer Arbeitstagung Ost der Beratenden Ärzte der Wehrmacht vom 30. November bis 3. Dezember 1942 in Berlin, auch hier sind Proteste nicht bekannt geworden.<sup>359</sup> Holzlöhner und Finke waren nicht bereit gewesen, weitere Experimente dieser Art durchzuführen und deswegen seit Oktober 1942 an der Durchführung der Untersuchungen nicht mehr beteiligt. Vorher hatte Holzlöhner offensichtlich nicht den Mut gehabt, dem Druck Himmlers zu widerstehen, so dass er sich an den unzulässigen Experimenten beteiligte. Schon damals jedoch machte er sich keine Illusionen über die Verwerflichkeit seines Handelns. Im Sommer 1943 soll er jedenfalls seiner Sekretärin gesagt haben, dass er sicher sei, im Falle eines Sieges der Alliierten von diesen aufgehängt zu werden.<sup>360</sup> Der Freiburger Pathologe Büchner<sup>361</sup>

354 Mitscherlich/Mielke, S. 75 f. (Doc. NO. 401). Schlussfolgerung war, dass eine schnelle und starke Erwärmung zur Lebensrettung (Einbringen in ein heißes Bad) besser geeignet sei, da damit ein Temperatenausgleich zwischen noch warmem Körperkern (Rumpf) und unterkühlter Körperschale (Kopf, Arme, Beine) erzielt werden kann. Anzüge gegen Wasserkälte könnten die Überlebensdauer auf das Doppelte steigern (Mitscherlich/Mielke, S. 74).

355 Ebd., S. 76.

356 55 Angehörige der Luftwaffe, 12 des Heeres, 4 der Marine, 4 der Waffen-SS und Polizei und 19 Universitätsprofessoren und andere Herren.

357 Aus Kiel nahmen Holzlöhner und Finke teil, aus Münster der ehemalige Kieler Pathologe Siegmund.

358 Mitscherlich/Mielke, S. 369.

359 Behrendt, S. 205.

360 N.N.: Das Physiologische Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, aus: *Physiologie* (1997), H. 9, online: <http://www.physiologie.uni-kiel.de/geschichte.html>.

361 Franz Büchner hat sich am 18.11.1941 in dem öffentlichen Vortrag »Der Eid des Hippokrates«, ohne sie ausdrücklich zu erwähnen, kritisch zur »Euthanasie« geäußert (Leven, Karl-Heinz: *Der Freiburger Pathologe Franz Büchner 1941. Widerstand mit und ohne Hippokrates*, in: Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): *Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum während der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«*, Frankfurt a. M. et al. 2002, S. 362–396, hier S. 362).

berichtet in seinen Lebenserinnerungen auch über die Nürnberger Tagung. Danach soll der Leiter der Diskussion (»der am Ende des zweiten Weltkrieges plötzlich verstorben ist«) einen geheimen Vortrag außerhalb der Tagesordnung angekündigt haben. Es folgte – so Büchner – die Mitteilung eines SS-Arztbes über die Unterkühlungsexperimente an zum Tode verurteilten Schwerverbrechern. Büchner und einige andere hätten im Foyer der Reihe nach beim dienstältesten Sanitätsoffizier der Luftwaffe heftigen Einspruch dagegen erhoben, dass solche Experimente durchgeführt worden seien und dass ein Luftwaffenoffizier zum Teil daran mitgewirkt habe. Ein Brechdurchfall habe Büchner dann an weiterem Handeln gehindert, er habe aber bei seinem nächsten Aufenthalt in Berlin heftigsten Einspruch bei seinem militärischen Vorgesetzten gegen die durchgeführten Unterkühlungsexperimente erhoben. Dann schreibt er wörtlich weiter: »Eine Tatsache sei hier noch besonders mitgeteilt: Der an den Experimenten beteiligte Sanitätsoffizier der Luftwaffe hatte vor seiner vorübergehenden Mitarbeit an diesen Versuchen rücksichtslose Selbstversuche über die Wirkung der Unterkühlung und ihre möglichen Gefahren durchgeführt. Auf der Tagung habe ich ihm sehr ernst ins Gewissen geredet. Im Sommer 1944 hat er mich in Freiburg aufgesucht und sich unter vier Augen wegen seiner Verfehlungen schwer ausgeklagt. Am Kriegsende hat er dem Leben seiner Familie und seinem eigenen Leben ein Ende bereitet.«<sup>362</sup> Anlässlich des Verhörs des Generalarztes der Luftwaffe Gerhard Rose im Nürnberger Ärzteprozess zur Auswahl von Versuchspersonen äußerte sich dieser auch zu Holzlöhner: »Ich hatte nach dem Unterkühlungsvortrag von Holzlöhner in Nürnberg mit Prof. Holzlöhner zufällig gesprochen. Mir war aus seinem Vortrag der Zusammenhang nicht klar geworden, und deshalb habe ich mich nachher, nach dem ganzen Versuch bei ihm erkundigt, und hatte dabei gesehen, was für eine ungeheure seelische Belastung diese Versuche für diesen Arzt, für Professor Holzlöhner, gewesen war. Denn auch der zum Tode Verurteilte bleibt ja schließlich noch ein Mensch, er ist für Leiden empfänglich...«.<sup>363</sup>

Am 6. Juni 1944 wurde Holzlöhner von Rektor Predöhl als Nachfolger Freerksens zum Prorektor ernannt.<sup>364</sup> Nach der vollständigen Zerstörung des Physiologischen Ins-

362 Büchner, Franz: Pläne und Fügungen, München/Berlin 1965, S. 81–82. Bei dem »Sanitätsoffizier der Luftwaffe« kann es sich nur um Holzlöhner gehandelt haben.

363 Mitscherlich/Mielke, S. 137. Prof. Dr. Gerhard Rose (1892–1992) war Abteilungsleiter für Tropenmedizin am Robert-Koch-Institut, im Krieg als Generalarzt Beratender Hygieniker und Tropenmediziner beim Chef des Sanitätswesens der Luftwaffe. Er wurde im Nürnberger Ärzteprozess wegen seiner Beteiligung an Fleckfieberimpfungen an Häftlingen des KZ Buchenhangens zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, 1955 entlassen (Klee, Personalexikon, S. 507).

364 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Predöhls an Holzlöhner v. 6.6.1944.

titutes im August 1944 wurde es erst nach Schuby, dann in die Bauernschule in Mohrkirchosterholz/Angeln verlegt.<sup>365</sup> Am 10. April 1945 erfolgte durch Minister Rust die Ernennung Holzlöhners zum Rektor der Kieler Universität für zwei Jahre [sic!] als Nachfolger Predöhl's. Er wurde am 6. Juni 1945 von den Britischen Militärbehörden aus seinem Amt als Hochschullehrer entlassen.<sup>366</sup> Nach einem Besuch des Direktors des Luftfahrtmedizinischen Institutes beim Royal Aircraft Establishment in Farnborough, Sir Bryan Matthews,<sup>367</sup> im Juni 1945 fühlt sich Holzlöhner enttarnt, sah zudem nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates für sich, den Nationalsozialisten und SS-Offizier und seine Familie keine Zukunft mehr<sup>368</sup> und versuchte, sich und seine Familie am 14. Juni 1945 durch Vergiftung mit Kohlenmonoxid umzubringen. Seine Ehefrau und seine damals vierzehnjährige Tochter Barbara überlebten mit schweren Gesundheitsstörungen.<sup>369</sup> Erst am 1. Januar 1951 wurden den beiden überlebenden Familienangehörigen Hinterbliebenenbezüge gewährt, nachdem Holzlöhner posthum in die Kategorie III (Minderbelastete) eingestuft worden war.<sup>370</sup> Nach Begründung des Ausschusses sei das Verhalten des Verstorbenen nicht so belastend gewesen, als dass den Angehörigen, die nach Aussagen glaubwürdiger Zeugen über seine Tätigkeit in keiner Weise informiert gewesen waren, die Hinterbliebenenrente völlig hätte gestrichen werden können.<sup>371</sup>

Die Schwächung der Kampfkraft der deutschen Wehrmacht durch Gelbfieber, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Wundinfektionen u. a. m. führten zu einer immer größeren Bedeutung der Bekämpfung von Infektionen durch die Sulfonamide, einer Arzneimittelgruppe, die u. a. durch Vonkennel erforscht wurde. Seine Berufung nach Leipzig war eine Folge dieses Sachverhaltes. Noch in seiner Kieler Zeit hatte Vonkennel im Frühjahr 1942 einen Vortrag über die lokale Anwendung der Sulfonamide auf einer Arbeitstagung der Beratenden Wehrmchtaärzte gehalten. Die SS wurde auf ihn aufmerksam und neben seiner schon bestehenden Tätigkeit als Beratender Arzt für Geschlechtskrankheiten der Marine erfolgte jetzt die Ernennung zum Beratenden

365 LASH Abt. 47, Nr. 6683, Schrb. Holzlöhner v. 1.10.1944 (Schuby) und Schrb. v. 3.2.1945 (Bauernschule) an Kurator.

366 Ebd., Bestätigung der damaligen Sekretärin Frau Magdalene Schiedges v. 1.4.1946.

367 Sir Bryan Harold Cabot Matthews (1906–1986), Physiologe an der Universität Cambridge.

368 Klee, *Auschwitz*, S. 252. Die Aussage Klees an dieser Stelle, dass Holzlöhner sich erschossen habe, ist nicht zutreffend.

369 LASH Abt. 47, Nr. 6683, Schrb. des Rektor Creutzfeldt an den Universitätskurator v. 20.10.1945.

370 Fürstenau, S. 105 f.

371 LASH Abt. 47, Nr. 6683, Abschrift der Spruchentscheidung des Landesausschusses für Entnazifizierung vom 21.2.1951.

Dermatologen der Waffen-SS.<sup>372</sup> In diesem Zusammenhang wird die Frage noch einmal wichtig, wann Vonkennel wohl in die SS eingetreten sein könnte, nachdem er, wie bereits in Abschnitt 5.4.5 gezeigt werden konnte, als V-Mann des SD in Kieler Universitätsnetz tätig war. Das nicht sehr vollständig ausgefüllt Personalblatt des SS-Personalhauptamtes gibt nur Hinweise: Vonkennel trat im Juli 1941 aus der evangelischen Kirche aus, eine *conditio sine qua non*, wenn eine Aufnahme in den SS-Sicherheitsdienst beabsichtigt war, allerdings ist in der genannten Quelle zu diesem Zeitpunkt kein SS-Dienstgrad vermerkt. Der erste genannte Dienstgrad »SS-Sturmbannführer« wurde zum 10. September 1943 verzeichnet, einer entsprechenden Eintragung ist jedoch zu entnehmen, dass das Personalblatt bereits während Vonkennels Kieler Zeit angelegt worden sein muss.<sup>373</sup> Alle Indizien zusammen erlauben den Schluss, dass Vonkennel, wahrscheinlich motiviert und unterstützt durch Löhr, noch während seiner Kieler Zeit, aber nach seinem Austritt aus der Kirche, also im zweiten Halbjahr 1941 Angehöriger der SS geworden ist, nur so lässt sich dann auch seine Ernennung zum Beratenden Dermatologen der Waffen-SS im ersten Halbjahr 1942 erklären. Es ist nicht vorstellbar, dass die SS jemanden zum Beratenden SS-Arzt berufen hätte, der ihr nicht angehörte, insbesondere wenn Rang und Dienststellung der beiden anderen Beratenden Ärzte der Waffen-SS – mehr als die drei gab es nicht – in die Überlegungen einbezogen werden.<sup>374</sup>

Berufungsangebote nach Graz und Würzburg hatte Vonkennel abgelehnt, die Berufung auf den Lehrstuhl in Leipzig jedoch, verbunden, wie er in seinem Lebenslauf vom 2. Januar 1948 schreibt, mit »der vielleicht schönsten Hautklinik Deutschlands« nahm er an.<sup>375</sup> Die Berufung war nur mit Hilfe eines Gutachtens der SD-Leitstelle Dresden sowie durch die Inanspruchnahme des SD-Netzwerks in Leipzig möglich gewesen, da die Leipziger Fakultät ihn lediglich an dritter Stelle auf ihrer Liste vorgeschlagen hatte<sup>376</sup> und die Zustimmung des Leipziger Oberbürgermeisters Alfred Freiberg erforderlich war. Freiberg war dem SD seit Jahren als SS-Gruppenführer verbunden.<sup>377</sup>

372 UA Köln Zug. 317/III/2215.

373 BArch SSO 211 B, p. 517.

374 Hahn, Judith: Grawitz, Genzken, Gebhardt. Drei Karrieren im Sanitätsdienst der SS, Münster 2008, S. 227. Durch die Ernennung zum Beratenden Dermatologen der Waffen-SS wurde Vonkennel einer der nur drei Beratenden Ärzte im Sanitätswesen der Waffen-SS, die beiden anderen waren der Beratende Chirurg SS-Gruppenführer Karl Gebhardt und der Beratende Hygieniker SS-Standartenführer Wilhelm Pfannenstiel.

375 UA Köln Zug. 317/III/2215.

376 Kästner/Thom, S. 193; Leube, S. 17.

377 Schreiber, S. 263 f. Der Oberbürgermeister musste bei der Berufung zustimmen, da mit ihr die ärztliche Leitung der dermatologischen Abteilung des städtischen St.-Jakob-Krankenhauses

Vielleicht durch den Tod seines engen Mitarbeiters, des SS-Gruppenführers Reinhard Heydrich, an einer Wundinfektion als Folge des auf ihn am 27. Mai 1942 in Prag verübten Attentats, wurde Himmlers Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Sulfonamidforschung gelenkt. Himmler beauftragte den Reichsarzt-SS und Polizei Ernst Grawitz am 1. Januar 1943 mit der Errichtung eines »Chemo-therapeutischen Forschungsinstituts« unter der Leitung Vonkennels in Leipzig. Das Institut sollte dem Reichsarzt-SS, also Grawitz, persönlich unterstellt sein.<sup>378</sup> Am 15. Januar 1943 schloss Vonkennel als Vertreter des »Reichsarztes SS, Chemotherapeutisches Forschungsinstitut« mit der dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt unterstehenden Deutschen Heilmittel GmbH in Prag einen Geheimvertrag, mit dem ein chemotherapeutisches Forschungsinstitut getarnt durch seine künftigen Leipziger Universitätseinrichtungen begründet werden sollte. Die Finanzierung erfolgte durch die SS mit einem stattlichen Betrag in Höhe von 13.500 RM monatlich, über die Vonkennel allein verfügungsberechtigt war. Vonkennel wurde verpflichtet, die Ergebnisse seiner Arbeit der SS unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Er war damit einverstanden, dass die Deutsche Heilmittel GmbH als Patentinhaberin auftreten soll.<sup>379</sup> Aus Tarnungsgründen wurde das Projekt als »Forschungsinstitut Professor Vonkennel (Forschungsinstitut V)« bezeichnet.<sup>380</sup> Vonkennel nahm seinen Dienst am 1. April 1943 in Leipzig auf.<sup>381</sup> Bombenangriffe der Alliierten hatten immer wieder Zerstörungen der Leipziger Universitätshautklinik zur Folge, so dass die Arbeiten trotz des großen organisatorischen Geschicks Vonkennels stark behindert wurden und hinter den Ergebnissen der Forschungen in Kiel zurückstehen mussten.<sup>382</sup> Die Synthese des Diaminodiphenylsulfons durch seinen Assistenten Kimmig führte zu einem vielversprechenden Sulfonamid, das beim Menschen allerdings eine eigentlich harmlose Blaufärbung der Haut (Zyanose) als Nebenwirkung hervorrief. In einem Brief an den SS-Standartenführer Helmut Poppending beim Reichsarzt-SS schlug Vonkennel vor, einige orientierende Versuche bei Fleckfieberkranken machen zu lassen, um zu überprüfen, inwieweit weitere Arbeiten zur Entgiftung einen Sinn ergäben. Er bat um die Zusammenarbeit mit einer Klinik.<sup>383</sup> Nachdem eine erste Probe im Juni 1944

verbunden war.

378 Vgl. Leube, S. 17.

379 BArch DS B 0043 p. 726.

380 Leube, S. 20.

381 Kästner, Ingrid/Thom, Achim (Hg.): 575 Jahre Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1990, S. 193; Leube, S. 17.

382 Leube, S. 21 f.

383 Ebd., S. 23.

an Poppendick abgegeben worden war, leitete er diese an die Fleckfieberabteilung des KZs Buchenwald mit der Maßgabe weiter, Fleckfieberversuche an Häftlingen durchzuführen. In einem Schreiben Poppendicks heißt es: »Prof. Dr. Vonkennel haelt es für unbedingt zweckmäßig, wenn Stubaf. Dr. Ding-Schuler<sup>384</sup> zu einer orientierenden Aussprache über die recht differente Therapie ihn in seiner Leipziger Klinik aufsuchen wird. Auf die Notwendigkeit absoluter Geheimhaltung durch alle zu beteiligenden Stellen wird hingewiesen [...].«<sup>385</sup> Vonkennel hatte die Humanexperimente im KZ Buchenwald nicht als solche geplant und auch nicht persönlich durchgeführt, aber er hatte Kenntnis von ihnen und unterstützte sie dadurch, dass er Untersuchungen an Patienten (einer Klinik) wünschte, das Präparat zur Verfügung stellte und bei der Durchführung beratend tätig war. Er nahm also die kriminellen Versuche an Häftlingen des Konzentrationslagers Buchenwald billigend zur Kenntnis und machte sie durch seine Sulfonamid-Lieferungen überhaupt erst möglich.<sup>386</sup> Noch am 30. Januar 1945 wurde Vonkennel SS-Obersturmbannführer, im April 1945 wurde er nach der Besetzung Leipzigs durch die Amerikaner verhaftet und interniert, 1948 in Darmstadt als entlastet entnazifiziert. Er war dann als Facharzt der Chemischen Werke Rheinpreußen in Düsseldorf tätig und wurde 1950 ordentlicher Professor für Dermatologie in Köln.

Der in Kiel unter Robert Schröder tätig gewesene Gynäkologe Carl Clauberg führte Menschenversuche zur Sterilisierung von Frauen im Auftrage Himmlers durch. Er arbeitete ab 1925 als Assistent bei Schröder, dessen wissenschaftlicher Schwerpunkt die Untersuchung des Menstruationszyklus und der weiblichen Sexualhormone war. 1928 gelang es Clauberg, die Funktionsweise des Follikel- und des Gelbkörperhormons getrennt voneinander darzustellen und dadurch eine führende Position als Wissenschaftler für den Bereich der weiblichen Sexualhormone zu erlangen.<sup>387</sup> Seine menschlichen Eigenschaften deckten sich nicht mit seinen wissenschaftlichen Verdiensten. Der wegen seiner Kleinwüchsigkeit und hochgradigen Kurzsichtigkeit an Minder-

384 SS-Sturmbannführer Erwin Ding-Schuler war Leiter der Abteilung Fleckfieber und Virusforschung beim Hygiene-Institut der Waffen-SS, Außenstelle Buchenwald (Klee, Personenlexikon, S. 111).

385 BArch Koblenz All. Proz. 1 LXIV R 6, S. 8, zit. n. Leube S. 24.

386 Klee, Auschwitz, S. 335. (Bericht Humanversuche ZSt 413 AR 1463/65, Bl. 21). Dafür, dass Vonkennel die Versuche in Buchenwald angeregt habe, so wie es Klee schreibt, sind in den mir bekannten Quellen Hinweise nicht zu finden. Ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Köln gegen ihn, in dem wegen seiner Zusammenarbeit mit der SS ermittelt wurde, wurde wegen des am 13. Juni 1963 erfolgten Suizids Vonkennells eingestellt. S. a. 8. Zusammenfassung.

387 Dopheide, Renate: Clauberg, Carl, in: Dieter Lohmeier (Red.): Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 11, Neumünster 2000, S. 78–82, hier S. 79.

wertigkeitskomplexen leidende Arzt galt als Frauenheld, neigte zu Alkoholexzessen und Wichtigtuerei. 1923 hatte er in betrunkenem Zustand angeblich in Notwehr einen Mann erschossen, ohne dass dies strafrechtliche Folgen hatte.<sup>388</sup> Clauberg wurde 1898 in Wupperhof bei Solingen geboren, nach dem Abitur 1916 in Kiel folgten Kriegsdienst, englische Kriegsgefangenschaft, Medizinstudium, 1924 das Staatsexamen, 1925 die Promotion. Schröder wollte wohl nicht, dass er sich bei ihm habilitierte und half Clauberg mit einem guten Zeugnis, in dem er ihm »Fleiß, gute Forschungsarbeit und Herzenswärme als Arzt« bestätigte, 1932 nach Königsberg zu wechseln. 1933 erfolgte dort die Habilitation, Ende 1934 wurde er Oberarzt, 1937 a. o. Professor und 1939 außerplanmäßiger Professor.<sup>389</sup> Obwohl er als »unpolitisch« galt, war er Mitglied der SA und seit dem 1. April 1933 der NSDAP, des Nationalsozialistischen Lehrerbundes und später dann SS-Brigadeführer.<sup>390</sup> Nachdem Bemühungen, einen Ruf nach Graz, Kiel oder Marburg zu erhalten, scheiterten, wurde er 1940 Chefarzt der Frauenklinik des Knappschaftskrankenhauses in Königshütte in Oberschlesien.<sup>391</sup>

Clauberg befasste sich seit 1940 zunehmend mit der Sterilisation der Frau durch künstlich erzeugte Entzündungen, die zu einem Verschluss der Eileiter führten. Diese Arbeiten fanden das Interesse Himmlers, da sie eine Möglichkeit boten, ohne großen Aufwand die Vermehrungsfähigkeit von Jüdinnen und »Mischlingen«, deren Arbeitskraft gebraucht wurde, zu unterbinden.<sup>392</sup> Himmler wollte, dass die Arbeiten Claubergs im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück durchgeführt wurden sollten, Clauberg wollte mit seinem Forschungsapparat nicht dorthin ziehen. Dies führte dazu, dass das Vorhaben für etwa ein Jahr nicht weiter vorangetrieben wurde.<sup>393</sup> Nach einer am 7. Juli 1942 im Führerhauptquartier durchgeführten Besprechung zwischen Himmler, Karl Franz Gebhardt, SS-Brigadeführer Richard Gluecks und Clauberg erhielt dieser die Möglichkeit, an Tieren und Menschen in Auschwitz Versuche durchzuführen. Dabei war das Ziel die Durchführung einer Sterilisation, von der die Betroffenen nichts merken sollten.<sup>394</sup> Wörtlich heißt es in dem Schreiben vom 10. Juli 1942: »Bevor Sie mit Ihrer Arbeit beginnen, würde der Reichsführer-SS noch Wert darauf legen, von Ihnen

388 Ebd.

389 Schäfer, Silke: Zum Selbstverständnis von Frauen im Konzentrationslager. Das Lager Ravensbrück, Berlin 2002, S. 128.

390 Mitscherlich/Mielke, S. 321 (Doc. NO. 216).

391 Dopheide, S. 79.

392 Schäfer, Silke, S. 128 f.

393 Hilberg, S. 1007.

394 Mitscherlich/Mielke, S. 321 (Doc. NO. 216); Klee, Auschwitz, S. 438.

zu erfahren, welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1.000 Jüdinnen in Frage käme. Die Jüdinnen sollen nichts wissen. Im Rahmen einer allgemeinen Untersuchung könnten Sie nach Ansicht des Reichsführers-SS die entsprechende Spritze verabreichen.« Clauberg zog im Herbst 1942 mit seinem schwerfälligen Forschungsapparat zunächst in den Block 30 des Frauenlagers Birkenau, dann im März 1943 in den Block 10 im Stammlager Auschwitz I.<sup>395</sup> Er berichtete im Juni 1943 an Himmler, dass seine Methode so gut wie fertig ausgearbeitet sei, die Sterilisation durch eine einzige Einspritzung erfolgen und bei der üblichen gynäkologischen Untersuchung vorgenommen werden könne. Clauberg hielt es für möglich, dass die von ihm entwickelte Sterilisierung von Frauen durch einen Arzt mit zehn Hilfspersonen an einem Tag an bis zu tausend Jüdinnen erfolgen könnte.<sup>396</sup> Er führte die Experimente an etwa 20- bis 30-jährigen Frauen durch, denen ein formalinhaltiges Mittel gespritzt wurde, das eine Entzündung in den Eileitern bewirkte. Die darauffolgenden Verklebungen und Vernarbungen führten meistens zu einer Unfruchtbarkeit. Alle überlebenden Frauen berichteten, dass nach der Injektion ein fürchterlich brennendes Gefühl im Eileiter eintrat.<sup>397</sup> Mindestens sechs Frauen starben durch die Einspritzungen. Fast alle litten wegen des brutalen Vorgehens und der unzulänglichen Hygiene bei den Eingriffen an starken Schmerzen und Infektionen. Viele sterilisierte Frauen wurden nach Birkenau zurückgeschickt und dort vergast. Die Zahl der in der Verantwortung Claubergs sterilisierten Frauen wird insgesamt auf etwa 700 geschätzt.<sup>398</sup> Clauberg floh im Januar 1945 vor der Roten Armee in das KZ Ravensbrück, wo er seine Experimente fortsetzte. Am 8. Juni 1945 wurde er in Schleswig-Holstein verhaftet und in der Sowjetunion wegen der Ermordung sowjetischer Staatsbürger zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren verurteilt.<sup>399</sup> 1955 in die Bundesrepublik zurückgekehrt, fehlte ihm jede Einsicht in die Verwerflichkeit seines Handelns. Nach einer Zwischenstation »als gemeingefährlicher Geisteskranker« im Landeskrankenhaus Neustadt – dort wurde bei der Entlassung seine Unzurechnungsfähigkeit verneint und ihm eine abnorme Persönlichkeit bescheinigt – wurde er Ende 1956 wegen schwerer Körperverletzung in mindestens 170 Fällen, davon vier mit Todesfolge, von der Oberstaatsanwaltschaft in Kiel angeklagt. Kein deutscher Gynäkologe war bereit, ein Gutachten über Claubergs Methoden zu erstellen, auch deswegen verzö-

395 Ebd., S. 319 f. (Doc. NO. 213); Schäfer, Silke, S. 129; Klee, Auschwitz, S. 439.

396 Ebd., S. 318 f. (Doc. NO. 212).

397 Klee, Auschwitz, S. 440.

398 Dopheide, S. 80.

399 Ebd., S. 81.

gerte sich das Verfahren. Clauberg verstarb im August 1957 vor Eröffnung des Prozesses an einem Schlaganfall.<sup>400</sup>

Die Menschenversuche Froweins unterscheiden sich völlig von den bisher dargestellten Experimenten an KZ-Häftlingen. Der Kieler chirurgische Volontärassistent, KZ-Arzt und SS-Obersturmführer Ernst Frowein war in den Jahren 1942/43 im KZ Sachsenhausen stellvertretender Lagerarzt und Leiter der Operationsabteilung. Im Gegensatz zu den bisher geschilderten Humanexperimenten an Häftlingen der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, die in offiziellem Auftrag im Hinblick auf militärische Notwendigkeiten, beziehungsweise im Rahmen der rassistischen Vernichtungspolitik der Nazis in den Konzentrationslagern Auschwitz und Ravensbrück durchgeführt wurden, erfolgten Froweins Versuche an Menschen auf eigene Initiative unter Ausnutzung der Machtmöglichkeiten, die ihm seine Stellung im Konzentrationslager Sachsenhausen bot. Frowein wählte meist ältere Häftlinge aus, die Störungen beim Urinieren hatten, denen er, in der Regel medizinisch sinnlos, durch eine Operation eine neue Harnblase verschaffte.<sup>401</sup>

Die biographischen Hinweise sind in den Quellen – wie es häufig bei Assistenzärzten der Fall ist – dürftig. Er wurde 1916 in Iserlohn geboren, trat im Mai 1935 in die NSDAP und ungefähr 1936 in die SS ein, war ab 1. Februar 1941 Hilfsarzt in der Chirurgischen Universitätsklinik Kiel, promovierte 1940/42 und wurde Angehöriger der Waffen-SS. Von Juni 1942 bis März 1943 war er Arzt im KZ Sachsenhausen, ab Juli 1943 gehörte er der SS-Panzer-Grenadier-Division »Totenkopf« an und wurde ab Juni 1944 als SS-Hauptsturmführer Adjutant des Reichsarztes SS Ernst Grawitz. Am 7. Januar 1947 wurde er nach einer Verurteilung durch das sowjetische Militärtribunal in Berlin wegen der Beteiligung an der Hinrichtung von 13 Sachsenhausen-Häftlingen, der Anwesenheit bei Exekutionen von 24 Häftlingen und wegen der Durchführung von Experimenten an Häftlingen hingerichtet.<sup>402</sup> Diese ganz im Dienst der nationalsozialistischen Ideologie stehende Karriere hätte recht wenig Verbindungen mit der

400 Ebd.

401 Zegarski, Witold: Das Krankenrevier in Sachsenhausen 1940–45, in: Sachsenhauskomitee Westberlin (Hg.): Niemand und nichts vergessen. Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, Berlin (West) 1984, S. 39–53, hier S. 45.

402 BAArch R 14802, Meldung des Personal-Standes der Medizinischen Fakultät Kiel, Stand 1944: Frowein wird als Volontärassistent der Chirurgie seit 31.1.1941, »im Wehrdienst als Offizier«, mit EK I und II gemeldet; s. a. Monitor-Installation 2009, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen; Vgl. Ley, Astrid/Morsch, Günter: Medizin und Verbrechen. Das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen 1936–1945, Berlin 2007, S. 185 f.

Kieler Medizinischen Fakultät, wenn Froweins aus Karrieresucht durchgeführte Operationen an Häftlingen nicht in der angesehenen Zeitschrift *Der Chirurg* 1944 unter dem Titel »Beitrag zur operativen Behandlung der Schrumpfblyse von Dr. med. E. Frowein, Assistent der Klinik, Aus der Chirurgischen Universitätsklinik Kiel (Direktor Prof. A. W. Fischer)«<sup>403</sup> veröffentlicht worden wären. Es ist kaum vorstellbar, dass eine solche Veröffentlichung ohne die ausdrückliche Förderung durch Fischer hätte erfolgen können. Auch ist nicht vorstellbar, dass der Charakter von Froweins Operationen im KZ Sachsenhausen Fischer bei seiner Hilfestellung und Sanktionierung der Arbeit nicht bewusst gewesen wäre. Fischer stimmte ähnlich wie schon Philipp bei der Arbeit von Liselotte Knolle, allerdings ohne dass die Gründe so leicht erkennbar wären, der Veröffentlichung von operativen Experimenten an KZ- Häftlingen zu. Er ermöglichte sie sogar erst, denn ohne sein befürwortendes Votum wäre diese Veröffentlichung Anfang 1944 nicht erfolgt.

Die hier geschilderten Experimente an KZ-Häftlingen können nach Nava Cohen in zwei Kategorien eingeteilt werden: »1. Versuche, deren Zielsetzung zwar der medizinischen Ethik nicht widersprach, deren Durchführung jedoch die Moral verletzte; 2. Versuche, deren Zielsetzung gegen die menschliche Ethik und die allgemeinen Normen der medizinischen Forschung verstießen.« Die erste Kategorie unterteilt Cohen noch in zwei Untergruppen: »1 a. Experimente bezogen auf Überlebensfähigkeit und Lebensrettung und 1 b. solche, die medizinische Behandlungsmethoden betrafen (Zielgruppen Kriegsverletzte, Opfer von Gasangriffen und Seuchenkranke)«.<sup>404</sup> Holzlhöners Unterkühlungsexperimente an Häftlingen des KZ Dachau sind in Untergruppe 1 a, Vonkennelschen Sulfonamidverabreichungen an Häftlinge mit Fleckfieber des KZ Buchenwald in Untergruppe 1 b, Claubergs Experimente an weiblichen Häftlingen in Auschwitz und Ravensbrück und Froweins chirurgische Eingriffe an Häftlingen des KZ

403 Frowein, Ernst: Beitrag zur operativen Behandlung der Schrumpfblyse, in: *Der Chirurg* 16 (1944), H. 3/6, S. 88–91. Dem Beitrag ist kein Hinweis auf den Ort der experimentellen Operationen zu entnehmen. Vorgestellt werden vier männliche Patienten im Alter von 28 bis 45 Jahren, bei denen die Operation der »narbigen Schrumpfblyse« gelungen sein soll, einer der vier verstarb nach vier Wochen an einer »Lungenentzündung«. Über die Gesamtzahl der Eingriffe und Misserfolge wird nicht berichtet, ein Grund, der schon für sich allein genommen die Aufnahme der Arbeit in die Fachzeitschrift hätte verhindern müssen.

404 Cohen, Nava: Medizinische Experimente, in: Gutman, Israel (Hauptherausgeber)/Jäckel, Eberhard/Longerich, Peter/Schoeps, Julius (Hg. der dt. Ausgabe): *Enzyklopädie des Holocaust*. Bd. II, München/Zürich 1998, S. 938–944, hier S. 939.

Sachenhausens in die Kategorie 2 einzuordnen, wobei Frowein ohne jeglichen Auftrag handelte, die Eingriffe also aus eigener Machtvollkommenheit vornahm.

Alle diese Experimente waren unzulässig und verstießen gegen die auch damals schon geltenden Regeln für medizinische Humanexperimente. Dies war nicht immer so, denn etwa bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war es für Ärzte selbstverständlich, Experimente an Menschen ohne deren Zustimmung vorzunehmen,<sup>405</sup> ihnen fehlte, wie Baader es ausdrückt, die »medizinethische Dimension«.<sup>406</sup> Ein die breitere Öffentlichkeit erfassendes Umdenken gab es erst um die Jahrhundertwende, nachdem der Breslauer Dermatologe Albert Neisser 1892 acht jungen Frauen Serum von Syphilis-kranken injiziert hatte und bei der Hälfte nach vier Jahren eine Syphilis auftrat. Neisser veröffentlichte diese Versuche im Jahr 1898. In der sich anschließenden Diskussion ging es besonders um die Frage, ob Neisser die Einwilligung der betroffenen Frauen eingeholt hatte. Neisser jedoch hielt eine Einwilligung von sachkundigen Personen für unnötig. In einem Disziplinarverfahren wurde er zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Als Ergebnis der öffentlichen Diskussion bestimmte im Dezember 1900 das Preußische Kultusministerium drei Ausschlusskriterien für medizinische Eingriffe: »1. Minderjährigkeit, 2. fehlende Zustimmung und 3. fehlende vorausgegangene Aufklärung.« Der Widerstand in der Ärzteschaft hiergegen war erheblich, weil aus der Sicht der Ärzte die Beachtung der Aufklärung und Einholung einer Einwilligung einen Stillstand der medizinischen Forschung bedeute. Entsprechend dieser Auffassung wurden die Regeln des Ministeriums nur selten beachtet.<sup>407</sup> Nach dem Lübecker Impfunglück, bei dem im Februar 1930 nach einer BCG-Impfung von 250 geimpften Säuglingen 72 starben,<sup>408</sup> wurden vom Reichsgesundheitsbeirat »Richtlinien für die neuartige Heilbehandlung und für die Vornahme wissenschaftlicher Versuche am Menschen« beschlossen. U. a. heißt es dort: »Die ärztliche Ethik verwirft jede Ausnutzung der sozialen Notlage.« Und weiter wird festgelegt: »Die Vornahme eines Versuchs [am Menschen, d. Verf.] ist bei fehlender Einwilligung unzulässig. Jeder Versuch am Menschen ist zu verwerfen, der

405 Winau, Rolf: Der Menschenversuch in der Medizin, in: Ebbinghaus, Angelika/Dörner, Klaus (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2002, S. 93–109.

406 Baader, Gerhard: Menschenversuche in Konzentrationslagern, in: Bleker, Johanna/Jachertz, Norbert (Hg.): Medizin im »Dritten Reich«, Köln <sup>2</sup>1993, S. 183–190, hier S. 187.

407 Vgl. Winau, S. 101–107.

408 Baader, S. 187; Eckart, Wolfgang U./Jütte, Robert: Medizingeschichte. Eine Einführung, Köln 2007, S. 280.

durch einen Versuch am Tier ersetzt werden kann.«<sup>409</sup> Damit ist klar, dass alle hier dargestellten, auf die Kieler Medizinische Fakultät zurückzuführenden Experimente schon damals unzulässig, zusätzlich jedoch auch in kaum vorstellbarer Weise unmenschlich waren. Eckart vertritt die Auffassung, dass am Vorabend der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland eine geschützte Rechtssituation für Patienten und Probanden entstanden war, die international als durchaus mustergültig bezeichnet werden darf.<sup>410</sup> Eine freiwillig gegebene Einwilligung der Häftlinge ist unter den menschenverachtenden Bedingungen der deutschen Konzentrationslager nicht denkbar. Trotzdem muss eine Differenzierung möglich bleiben: Holzlöhner und Finke hatten einen Auftrag der Luftwaffe und arbeiteten mit Tierversuchen, erst die Einbeziehung Himmlers weitete die Untersuchungen auf Experimente an Menschen aus. Die Versuche waren anfangs von Anlage und Zielrichtung her durchaus seriös.<sup>411</sup> Dem Argument, dass nur durch schnelles Handeln die Leben vieler abgeschossener Piloten gerettet werden könnten, war außer den im nationalsozialistischen Staat gering geschätzten ethischen Argumenten nichts entgegenzusetzen. Der Nationalsozialist und SS-Mann Holzlöhner hatte auch nicht das Format dazu. Der Pathologe Büchner berichtet, dass sich Holzlöhner vor seiner vorübergehenden Mitarbeit an diesen Versuchen rücksichtsloser Selbstversuche unterzogen hatte, mit irreführendem Ergebnis, vermutlich weil er die schlechte Ernährungs- und Gesundheitslage der Häftlinge nicht gekannt oder berücksichtigt hatte. Nach den schrecklichen Folgen in der ersten Gruppe, in der 15–18 Häftlinge von ungefähr 50–60 Häftlingen unter elenden Bedingungen starben, beendeten Holzlöhner und Finke ihre Arbeiten und schieden aus. Über die für viele Piloten lebensrettenden Ergebnisse berichteten sie noch auf zwei Tagungen. Alle weiteren Arbeiten mit einer zweiten Gruppe u. a. m. wurden ohne die beiden Kieler allein in der Verantwortung des mit einer abnormen Persönlichkeitsstruktur ausgestatteten Sigmund Rascher vorgenommen. Finke starb gegen Ende des Krieges an kriegsbedingten Verletzungen in einem Lazarett im holsteinischen Neustadt. Holzlöhner bereute, wie Franz Büchner berichtet, schon während der Krieges sein Handeln tief und zog vielleicht auch in dem Glauben, dass nach dem Ende des Nationalsozialismus für ihn und seine Familie ohnehin alles verloren sei, mit seinem und dem Tod seiner Familie die aus seiner Sicht allein möglichen Konsequenz. Bei Vonkennel ist den Quellen zu entnehmen, dass er sein Sulfonamid in einem Krankenhaus an Patienten versuchsweise einsetzen wollte, nicht bekannt ist, dass er an Häftlinge eines KZs gedacht hatte. Als es bei den Häftlingen ein-

409 Winau, S. 108.

410 Eckart, *Humanexperimente*, S. 128.

411 Baader, S. 186.

gesetzt wurde, beteiligte er sich wohl ohne Widerspruch. Die Folgen der Experimente sind im Einzelnen nicht bekannt, bei dem schlechten Allgemeinzustand der beteiligten Häftlinge und den mitunter brutal rücksichtslosen Versuchsbedingungen ist davon auszugehen, dass sie nicht von allen überlebt wurden, bewiesen ist hier aber nichts.

Ganz anders sieht es bei den »Experimenten« Claubergs und Froweins aus. Clauberg versuchte immer wieder, das Interesse Himmlers an einer effizienten und möglichst unauffälligen Sterilisierung von Jüdinnen und Mischlingen zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen. Wäre er erfolgreich gewesen, so wäre das Ergebnis eine brutal durchgeführte, lebensbedrohliche Beschädigung der körperlichen Unversehrtheit vieler Frauen gewesen. So blieben seine kriminellen Eingriffe auf die auch schon hohe Zahl von 700 Frauen begrenzt, die nicht nur schreckliche Schmerzen ertragen mussten, sondern auch an den Folgen der Vernarbungen zu leiden hatten. Nicht wenige so gequälte Frauen wurden in Gaskammern ermordet. Über die Experimente Froweins ist wenig Präzises bekannt, die Beteiligung der Fakultät liegt in der durch Fischer unkritisch ermöglichten Veröffentlichung der Arbeit Froweins, die nie in einer medizinischen Zeitschrift hätte erscheinen dürfen.

## 6.3 Im Chaos von Untergang und Wiederbeginn

### 6.3.1 Die Fakultät im »totalen Krieg«

In Philipps Dekanatszeit gab es bis zum Ende des Krieges insgesamt 22 Fakultätssitzungen, davon drei noch 1943, sechzehn 1944 und vier weitere im Jahre 1945.<sup>412</sup> Die erste Sitzung unter der Leitung Philipps fand am 19. Oktober 1943 zu Beginn des Wintersemesters 1943/44 statt. Philipp begann mit einem Dank an seinen aus militärischen Gründen auf Dienstreise befindlichen Vorgänger Fischer. In der Sitzung am 6. Dezember 1943 konnte der Nachfolger Vonkennels, Paul Wilhelm Schmidt, begrüßt werden, die letzte Berufung eines Mediziners während der nationalsozialistischen Zeit auf einen Lehrstuhl in Kiel. In dieser Sitzung wurde auch die Frage der in Kiel nicht angebotenen Pflichtvorlesung »Erbbiologie als Grundlage der Erbkrankheiten« thematisiert. Am 10. Dezember befasste sich der Fakultätsausschuss mit Richtlinien des Bevollmächtigten des Sanitäts- und Gesundheitswesens Karl Brandt.<sup>413</sup> Richtzahlen für die Besetzung

412 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 249–275. Protokolle der Fakultätsausschusssitzungen. 1943: 19.10., 6.12., 10.12.; 1944: 14.1., 21.1., 2.2., 3.2., 23.2., 15.3., 13.3., 13.5., 3.6., 16.6., 11.7., 25.7., 2.10., 2.11., 24.11., 14.12.; 1945: 19.1., 23.2., 23.3., 20.4.

413 LASH Abt. 47, Nr. 2050, Richtlinien des Bevollmächtigten usw. v. 14.1.1944.

von Krankenhäusern mit Ärzten wurden vorgegeben, u. a. solle auf je 50 belegbare Klinikbetten und 100 tägliche poliklinische Behandlungen ein Arzt kommen. Besonderheiten der Universitätskliniken und Institute sollten berücksichtigt werden. In Zukunft solle der Dekan Meldungen über die ärztliche Besetzung der Kliniken und Institute direkt an den Beauftragten für die ärztliche Planwirtschaft abgeben.

Nach den großen Angriffen auf Kiel im April 1941 hatte es 1941 zahlreiche, aber kleinere nächtliche Bombenangriffe auf Kiel gegeben, 1942 gab es insgesamt nur fünf nächtliche Angriffe mittleren Ausmaßes, 1943 waren es insgesamt neun Bombenangriffe, die jetzt auch am Tage stattfanden. Die beiden Angriffe mit den höchsten Opferzahlen fanden am 14. Mai und am 13. Dezember 1943 beide um die Mittagszeit statt, zwei weitere mit geringeren Auswirkungen in den Morgenstunden.<sup>414</sup> Damit waren die lästigen nächtlichen, den Arbeitsalltag nur indirekt belastenden Angriffe zu einer ständigen, auch tagsüber bestehenden Gefahr geworden. Daraus entstand eine zusätzliche Belastung für die Universitätskliniken, die zu den bisher schon bestehenden Zwängen der Versorgung der Verwundeten, Beseitigung von Gebäudeschäden, Brandbekämpfung, Bergung von Mobiliar und Materialien u. a. m. hinzukam.

So ist in der Fakultätssitzung am 10. Dezember 1943 der Tagesordnungspunkt »Luftschutzangelegenheiten« zu finden, zu dem von Holzlöhner vorgetragen wurde. Ein am 4. und 5. Januar 1944 in den Mittagsstunden erfolgter Bomberangriff forderte nicht nur mit 216 Toten und 427 Verletzten und Vermissten die zweitgrößte Zahl an Opfern während des Krieges in Kiel, es wurden auch ca. 250 Häuser mit 1.200 Wohnungen zerstört. Auch das Universitätsklinikum war stark betroffen.<sup>415</sup> Dies galt besonders für die Medizinische Klinik, deren seit Dezember 1943 wieder verwendungsfähiger Westflügel erneut zerstört wurde,<sup>416</sup> die Augenklinik, die ebenfalls gerade erst im Dezember 1943 wiederhergestellt worden war sowie die Frauenklinik, deren ehemaliges Direktorhaus Opfer der Bomben und deren Haupthaus so beschädigt wurde, dass der Kreißsaal vorübergehend in das Städtische Krankenhaus verlegt werden musste.<sup>417</sup> Die Augenklinik traf es besonders schwer: Nach nur vierwöchiger Nutzung des wieder instand gesetzten Gebäudes wurde sie nicht nur im Januar 1944 erneut schwer getroffen, sondern durch weitere Bombeneinwirkungen im Februar und März wurden Station III, die darunterliegenden Operationssäle und das Labor im Erdgeschoß fast völlig zerstört. Am 24. April 1944 fielen dann noch die Station II, die Schwesternwohnungen,

414 Boelck, S. 133.

415 Ebd.; LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 253. Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 14.1.1944.

416 Büttner/Bruns, S. 84.

417 Jonat, S. 72.

die Poliklinik, die Kellerwohnungen und etwas später auch noch der Hörsaal und die Reste der Stationen I und III den Bomben zum Opfer. Im Februar 1944 begann mit der Verlegung der Klinik in das Landeskrankenhaus nach Neustadt in Holstein eine Odyssee, die bei keiner anderen Kieler Klinik in dieser Form zu finden ist.<sup>418</sup>

Am 14. Januar 1944 war das zentrale Thema die Behebung der am 4./5. Januar entstandenen Schäden in Kliniken und Instituten. Erst am 24. Januar konnte wieder Unterricht stattfinden. Bis dahin sollten mindestens der Hörsaal der Medizinischen Klinik und des Physiologischen Institutes sowie die Präpariersäle wieder instand gesetzt sein. In der Sitzung am 21. Januar wurde dann erstaunlicherweise festgestellt, dass es keine Unterrichtsschwierigkeiten mehr gäbe, nur die Vorlesungen der Augenklinik müssten in der Hautklinik stattfinden. Mit 16 Fakultätssitzungen dürfte das Jahr 1944 die höchste Sitzungsfrequenz in der Geschichte der Medizinischen Fakultät Kiel aufweisen, so dass es nicht überrascht, dass die nächsten Sitzungen bereits am 2. und 3. Februar 1944 stattfanden. Hier handelte es sich inhaltlich um Routinetreffen, hervorzuheben ist jedoch die Mitteilung, dass der Leiter der Ärztekammer Schleswig-Holstein, der Gauamtsleiter und SS-Standartenführer Dr. Hans Rinne mit einem Lehrauftrag für »Ärztliche Rechts- und Standeskunde« an der Hauptvorlesung Hallermanns beteiligt wurde.<sup>419</sup> Noch bemühte sich die Fakultät um Schulterchluss mit dem Regime, wie auch die Annahme der Dissertation Liselotte Knolles und der Veröffentlichung Ernst Froweins in der Zeitschrift *Der Chirurg* etwa im gleichen Zeitraum zeigt. Im Mai war über die Frage zu entscheiden, wie die Fakultät zu einem »Institut für Virusforschung und experimentelle Therapie« stehen würde, Anfang Juni war der »Terrorangriff am 22. V. 44« mit dem Ergebnis Thema, dass der Unterricht fortgesetzt werden solle.<sup>420</sup> Am 22. Mai wurde das Haupthaus der Frauenklinik durch Sprengbomben bis in den

418 Röper, S. 34 f. Die Augenklinik wurde nach Kriegsende mit den meisten anderen Kliniken und Instituten der Universität nach Schleswig-Stadtfeld in die Heil- und Pflegeanstalt verlegt. Aber dort war ihr Aufenthalt nur kurz. Schon im November 1945 wurde sie mit Frist von wenigen Stunden auf die Straße gesetzt. Sie erhielt ein Unterkommen im Marinelazarett Bordsesholm, das in einer ehemaligen Druckerei der Inneren Mission untergebracht war. Danach siedelte die Klinik in das ehemalige Kloster und dann in das Amtsgericht in Bordsesholm um, welches für Klinikzwecke gut eingerichtet wurde. Die Poliklinik wurde im Bunker der Chirurgischen Klinik Kiel betrieben. Später war es möglich, ein Haus in der Finnenhaus-Siedlung in Bordsesholm zu mieten, in dem auch eine Poliklinik untergebracht wurde und Wohnungen für drei Schwestern, eine Sekretärin, den Direktor der Klinik und Flüchtlinge vorhanden waren.

419 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 254, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 21.11.1944; BArch SSO 034 B, p. 222, Beförderung v. zum SS-Standartenführer v. 9.11.1938..

420 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 260, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 13.5. und 3.6.1944.

Keller hinein zerstört. Eine Erweiterung um zunächst 74 Betten in Grömitz und die sofortige Verlegung der Entbindungsräume in den Operationsbunker der Chirurgischen Klinik wurden erforderlich. Auf engstem Raum fanden dort bis Ende September 1944 200 Entbindungen und über 300 große Operationen statt.<sup>421</sup> Das Anatomische Institut wurde durch Brandbomben erheblich zerstört und musste seinen wissenschaftlichen Forschungsbetrieb in die Landwirtschaftliche Schule nach Lensahn am Selenter See verlegen.<sup>422</sup> Zerstörungen weiterer großer Teile der Frauenklinik im Juli/August 1944 führten zur Verlegung des Entbindungs- und Operationsbetriebes in das Erdgeschoss des Marine-Hochbunkers in der Knorrstraße in Kiel-Wik. Die immer effizienter und mit größerer Wucht durchgeführten Bombenangriffe begannen auch im Fakultätsausschuss ihre Wirkung zu zeigen. Erstmals wurde in den Fakultätssitzungen am 11. und 25. Juli über eine Evakuierung der Universitätskliniken nach Schleswig beraten. Die Medizinische Klinik hatte bereits im Januar 1944 dort eine Ausweichstelle eingerichtet. Durch einen der schwersten Luftangriffe des Krieges in Kiel am 26. August mit 800 Bombenflugzeugen wurden alle Bemühungen, doch noch die Universität während des Krieges in Kiel zu halten, zunichte gemacht. Der Nachtangriff löste in der Stadt ein Inferno aus, verursacht durch rund 1.000 Spreng-, sowie 100.000 Brandbomben und 300 Luftminen. Es gab etwa 140 Todesopfer, ungefähr 25.000 Menschen verloren allein in dieser Nacht ihre Unterkunft.<sup>423</sup> Ein derart dramatisches Geschehen blieb nicht ohne Folgen für das Universitätsklinikum. Es gab zahlreiche Schäden, die ein Verbleiben der Kliniken und Institute in Kiel nahezu unmöglich machten. Das oberste Stockwerk der Chirurgischen Klinik brannte vollständig aus. Die Röntgenabteilung mit dem gesamten Röntgenfilmarchiv wurde ebenso wie die angegliederte orthopädische Kinderabteilung völlig vernichtet.<sup>424</sup> Im Mai war bereits das dem Hygienischen Institut angegliederte Medizinaluntersuchungsamt zerstört worden, am 26. August 1944 folgten der Hörsaal, Kurssaal und die Tierställe. Das Hygienische Institut arbeitete im Marinesanitätsamt in Kiel-Wik weiter. Das Physiologische Institut brannte am 26. August aus und siedelte in eine Baracke der Luftwaffe nach Schuby über, das Anatomische Institut wurde total

421 Jonat, S. 73.

422 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Rektor Predöhl an Holzlöhner v. 6.6.1944.

423 Boelck, S. 65 f.

424 Eufinger, Hartwig: Die Chirurgie, ihre Kliniken und Lehrer an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Wandel der Zeiten, Kiel 1954, S. 58.

zerstört, jetzt wurde auch ein Teil des Personals an die Landwirtschaftliche Schule in Lensahn evakuiert.<sup>425</sup>

Die Situation der Universität insgesamt im Sommer 1944 ist dem Bericht des Rektors vom 18. September 1944 zu entnehmen.<sup>426</sup> Die Universität befasste sich etwa ab Mitte 1944 mit Überlegungen zu einer Verlagerung des gesamten Lehr- und Forschungsbetriebs, auch »der Medizin«. Vorgesehen war zunächst die Anknüpfung an die vorhandenen Schwerpunkte im »Osten des Gaus«. Die Medizin sollte in den Bereich Neustadt und Grömitz, die Philosophische Fakultät und die Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät sollten in den Lübecker Raum verlagert werden. Für »die Medizin« gab es jedoch Schwierigkeiten, da sich Neustadt nicht als geeignet erwies. Es bot sich als neue Lösung die »Landesirrenanstalt in Schleswig« an. Die Schleswiger Lösung hätte sogar ermöglicht, die gesamte Universität mit Ausnahme des Instituts für Weltwirtschaft, das in Ratzeburg untergekommen war, an einen Ort zu evakuieren. Der Raum in Schleswig konnte jedoch nicht im notwendigen Umfang für die gesamte Universität freigegeben werden, daher wurde angestrebt, wenigstens die Kliniken nach Schleswig und die theoretischen Institute der Medizin und der Naturwissenschaft nach Rendsburg zu verlegen. Auch dieser Weg erwies sich als nicht beschreitbar, so dass das eilige Ausweichen der Kliniken und Institute in greifbare Unterkünfte die letzte Möglichkeit blieb. So gab es Kliniken in Schleswig, Neustadt, Grömitz, Behl und medizinische Institute in Kappeln, Mohrkirchschwesterholz, Lensahn, im Kieler Institut für Milchwirtschaft und in Göttingen.<sup>427</sup> Die Fortführung von Forschung und Lehre war nach den verheerenden Angriffen im Januar, April und Juli/August 1944 eigentlich nicht mehr möglich, wurde jedoch noch weiter provisorisch durchgeführt. Eine Versorgung von Patienten fand weiter statt. In der Medizinischen Klinik wurden ab August 1944 keine stationären Patienten mehr aufgenommen, lediglich der poliklinische Betrieb wurde aufrecht erhalten.<sup>428</sup>

Die Fakultätssitzung am 2. Oktober 1944 fand teilweise zusammen mit dem Kurator der Universität Dr. Christian Kinder statt. Eine gemeinsame Fakultätssitzung mit

425 LASH Abt. 47, Nr. 5590, Schrb. des wiss. Assistenten Ernst Pfennig an den Kurator v. 31.10.1944; LASH Abt. 47, Nr. 2750, Schrb. Freerksen an Kurator v. 14.9. und 17.9.1944.

426 LASH Abt. 47, Nr. 2082, Bericht des Rektors der Universität Kiel über die Evakuierungsmaßnahmen der Kieler Universität v. 18.9.1944.

427 LASH Abt. 47, Nr. 9695, Kappeln: Institute Physiologische Chemie, Physikochemie, Pharmakologie; Mohrkirchschwesterholz: Physiologie; Lensahn/Sielbeck: Anatomie; Institut für Milchwirtschaft, Kiel: Hygiene; Göttingen: Anthropologie.

428 Büttner/Bruhn, S. 84.

dem Kurator hatte es bis dahin noch nie gegeben. Es ging um Evakuierungsfragen. Nachdem die Medizinische und die Psychiatrische Klinik bereits teilweise nach Schleswig evakuiert worden waren, sollten nun die Haut-, Hals-Nasen-Ohren-Klinik und die Augenklinik, weitere Kliniken sowie die theoretischen Fächer folgen. Die Fakultät befürchtete, dass nach den gescheiterten Versuchen 1941 und 1943 nun erneut eine Schließung der Universität drohen könnte. Um diese Entwicklung gar nicht erst herauszufordern, sollte der Unterricht im Wintersemester 1944/45 zwischen Kiel und Schleswig geteilt werden, im Sommersemester 1945 sollte dann der Unterricht ganz in Schleswig stattfinden.<sup>429</sup> In der Sitzung am 2. November lag dann ein Ministerialerlass vom 12. Oktober vor, mit dem die Schließung der Universität angeordnet wurde. Hier von blieben die Studierenden des vierten und der achten bis zehnten Semester Medizin ausgenommen. Der Fakultätsausschuss beschloss am 24. Oktober, den Unterricht bis Weihnachten in Gut Behl und Kiel, dann in Schleswig durchzuführen. Die Kliniken der Akademischen Heilanstalten sollten in Schleswig zusammengefasst werden, die derzeitige schlechte Unterbringung der theoretischen Fächer sollte nur vorübergehend sein. Der Kurator werde sich in Berlin um die Bereitstellung weiteren Raums bemühen.<sup>430</sup> In der gleichen Sitzung wurde über ein Gespräch beim Gauleiter berichtet, nach dem die Medizinische Fakultät, nicht aber die übrigen Teile der Universität, beschleunigt nach Schleswig gehen sollte. Die folgenden fünf Sitzungen bis zur Kapitulation befassten sich auch mit Routinefragen, im Vordergrund stand die Evakuierung nach Schleswig. Die letzte Fakultätssitzung vor der Kapitulation des Nordabschnitts am 5. Mai 1945 fand am 20. April 1945 im Hörsaal des Gerichtsärztlichen Instituts statt. Anwesend waren Philipp, Bachmann, A. W. Fischer, Creutzfeldt, Hallermann, Netter, Meesmann, Büngeler, Huber. Es wurde mitgeteilt, dass Holzlöhner zum Rektor ernannt worden sei, danach folgte eine wissenschaftliche Aussprache über eine Habilitationsarbeit. Weitere Themen u. a. der Antrag des Leiters der zahnärztlichen Station Bichlmayr auf Zulassung von Studierenden zur Zahnheilkunde wurden beraten. Zur Evakuierung findet sich im Protokoll folgende Anmerkung: »Bericht über die Evakuierung nach Schleswig, die weiter gute Fortschritte macht«.<sup>431</sup>

Die hohen Verluste auch an Sanitätsoffizieren führten bei der Wehrmacht zu einem immer größeren Bedarf an frisch ausgebildeten Ärzten. Ab 1943 wurde es für die medi-

429 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, S. 265, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 2.10.1944.

430 BAarch R 4910, Nr. 1480, p. 367, Schrb. des Kurators an das REM v. 29.11.1944. Mit diesem Schrb. wird der Entwurf eines Vertrages übersandt, mit dem das Städtische Krankenhaus in Schleswig durch die Universität übernommen werden soll.

431 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 274, Protokoll der Fachausschusssitzung v. 20.4.1945.

zinischen Fakultäten wegen der wachsenden Zahl von einberufenen Professoren und Assistenten zunehmend schwieriger, den Versorgungs- und Lehrbetrieb in ausreichender Qualität aufrecht zu erhalten. Trotz des großen Bedarfs blieb nichts anderes übrig, als zeitweise Studienbeschränkungen zu verfügen. Die angestrebte Einheitlichkeit des Studienangebots wurde immer weniger erreicht. Typische nationalsozialistische Studienangebote wurden gegen Ende des Krieges erheblich gekürzt, wehrmedizinisch relevante klinische Fächer an vielen Universitäten, nicht jedoch in Kiel, dafür erheblich verstärkt. Am 6. Dezember 1944 hatte sich die Fakultät, wie bereits dargestellt, mit der Frage der in Kiel nicht mehr angebotenen Pflichtvorlesung »Erbbiologie als Grundlage der Erbkrankheiten« zu befassen. Weinert hatte im September 1944, nachdem sein Institut zerstört worden war, den Ort seiner Tätigkeit ohne Kenntnis der Hochschulleitung eigenwillig nach Göttingen verlegt und konnte deswegen seine Vorlesung nicht mehr anbieten (siehe auch 6.3.3).

In Kiel führte die große Anzahl der Bombenangriffe besonders 1944 zu ständigen Störungen des Unterrichts, der oft unterbrochen werden musste, aber nach den häufig erforderlichen Aufräumarbeiten immer wieder fortgesetzt werden konnte.<sup>432</sup> Auch dadurch kam es zu einer gefährlichen Verminderung des Ausbildungsstandards mit der Ausbildung von »Ärzten zweiter Ordnung« und einer latenten Gefahr für die Patienten. Hier kam auch der Medizinischen Fakultät Kiel eine erhebliche Verantwortung zu, die trotz drastisch reduzierten Lehrpersonals und nach Friedensmaßstäben unglaublichen Behinderungen der ärztlichen Arbeit keine Veranlassung sah, vor einer Verschlechterung der Qualität der künftigen Ärzte zu warnen. Im Gegenteil: Am 1. April 1944 teilte Rektor Andreas Predöhl dem Reichserziehungsministerium mit, dass sämtliche Fakultäten der Christiana Albertina noch eine beträchtliche Zahl von Studenten aufnehmen könnten, für die Medizinische Fakultät sei in jedem Semester die Aufnahme von zusätzlich etwa 50 Studierenden, insgesamt also 500 Studierenden, möglich.<sup>433</sup> Diese Mitteilung erfolgt von einer Fakultät, deren Lehrer teilweise als Sanitätsoffiziere in der Wehrmacht Aufgaben wahrzunehmen und durch Auslagerung von Patientenbetten und Arbeitsmaterialien regelmäßig zur Versorgung ihrer Patienten zeitraubende Dienstreisen zu absolvieren hatten, die durch die Versorgung der durch ständige Bomberangriffe vermehrten Patientenzahlen in hohem Maße ärztlich in Anspruch genommen waren und deren Hörsäle häufig nur notdürftig wieder hergerichtet werden konnten. Ein solches Verhalten kann nur auf zweierlei Weise

432 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Telegramm Rektor an REM v. 23.5.1944.

433 Ebd., Schrb. Rektor an REM v. 1.4.1944.

erklärt werden: Die Durchhalteparolen der Nationalsozialisten verfehlten auch bei den Hochschullehrern nicht ihre Wirkung oder es fehlte der Mut, die Aussichtslosigkeit weiterer Improvisationen gegenüber dem Ministerium zu vertreten. Es wird, so führt Forsbach für die Medizinische Fakultät der Universität Bonn aus, »kaum zu rekonstruieren sein, wie viele Menschen, insbesondere Soldaten, aufgrund einer mangelhaften medizinischen Ausbildung zu Schaden kamen und wie vielen, denen ohne ärztliche Versorgung der Tod sicher gewesen wäre, trotz mangelhafter Ausbildung geholfen werden konnte.«<sup>434</sup> So wurden die medizinischen Fakultäten im Verlauf des Krieges immer mehr zu »Durchlauferhitzern«, weil die Wehrmacht Quantität vor Qualität forderte. Trotz alledem reichten die Maßnahmen<sup>435</sup> zur Steigerung der Ausbildungszahlen nicht aus, um den Bedarf an Ärzten auch nur im Entferntesten zu decken. Ab dem Wintersemester 1944/45 galt der »totale Kriegseinsatz«. Der Lehrbetrieb sollte nur noch an neun Fakultäten im Reich vollständig aufrechterhalten bleiben. Zu guter Letzt wurden, wie bereits oben dargestellt, auch die soldatischen Medizinstudierenden der vorklinischen und der klinischen ersten bis dritten Semester für Hilfsarbeiten zum Sanitätsdienst eingezogen und waren als Hilfsärzte auf den Truppenübungsplätzen und in Lazaretten tätig.

In den Universitätskliniken musste die Krankenversorgung trotzdem weitergehen. Der Klinikbetrieb wurde in beschädigten Häusern, Kellern und Bunkern fortgeführt. Im Universitätsklinikum Kiel wurden die Teilerstörungen immer wieder vorrangig soweit wie möglich repariert.<sup>436</sup> Einer Doktorarbeit aus dem Jahre 1951 können mit einiger Vorsicht Angaben über die Ergebnisse der chirurgischen Versorgung vor dem Krieg im Vergleich zu 1945/46 entnommen werden. Bei etwa gleich großer Patientenzahl lag die Sterblichkeit 1937/38 bei 5,7 und 1945/46 bei 7,8 Prozent. Auffällig ist besonders das Ansteigen der Sterblichkeit auf fast das Dreifache bei septischen Allgemeininfektionen sowie auf etwa das Doppelte bei chirurgischen Erkrankungen des Magen-Darm-

434 Forsbach, S. 33.

435 Bussche, Hendrik van den: Im Dienste der »Volksgemeinschaft«, Studienreform im Nationalsozialismus am Beispiel der ärztlichen Ausbildung (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 4), Berlin/Hamburg 1989, S. 148–150: Wie z. B. Zwangsverpflichtung von Abiturienten zum Medizinstudium, Errichtung neuer Ausbildungsstätten, Verkürzung des Studiums, vorübergehende Einführung von Trimestern, Zulassung größerer Zahlen weiblicher Medizinstudenten.

436 Jürgensen, Kurt: Die Christian-Albrechts-Universität nach 1945, in: Meyer, Imke (Red.): Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945. Eine Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Wintersemester 1994/95, Kiel 1995, S. 183–202, hier S. 183–184.

Traktes im weitesten Sinne (Magen und Zwölffingerdarmgeschwüre, Darmverschlüsse, Darmeinklemmungen und Gallensteinleiden). Der Autor führt in seiner Diskussion diese Zunahme auf die Ernährungssituation zurück.<sup>437</sup> Diese Auffassung berücksichtigt die durch Raum- und Materialmangel gegebenen desolaten Arbeits- und Hygieneverhältnisse, die Bettensituation, den Medikamenten- und Verbandstoffmangel, den Transport auf schlechten Straßen mit unzulänglichen Fahrzeugen jedoch nicht hinreichend und war wohl mehr von dem vorgegebenen Wunsch getragen, die Leistungen der Chirurgen in diesen unmittelbar an den Krieg anschließenden Notzeiten wissenschaftlich zu würdigen.

Ende September 1944 wurde nach Vornahme erforderlicher Umbauten der gesamte Kreißaal- und Operationsbetrieb der Frauenklinik in den Marine-Hochbunker in der Knorrstraße in Kiel verlegt. Er verblieb dort bis Mitte 1949. Zweimal wöchentlich gingen während des Krieges Transporte zur Außenstelle der Frauenklinik nach Grömitz, ein wegen der zahlreichen Luftangriffe gefährliches Unterfangen. Bis zum Transport mussten die operierten und entbundenen Frauen jeweils in dreifach übereinander stehenden Feldbetten im Bunker warten.<sup>438</sup> Die Einschränkungen in der Patientenversorgung waren mannigfaltig und lassen sich durch folgende Merkmale charakterisieren: Abweisungen nicht dringend Behandlungsbedürftiger, Hygienemängel, Zeitnot von viel zu wenig Ärzten und Pflegepersonal, Verschlechterungen des Zustands der frisch-operierten Patienten durch den Transport über schlechte Straßen und Luftangriffe, der Mangel an Geräten, Instrumenten und Materialien an den verschiedenen Standorten, der Zeitausfall bei einigen Kliniken durch häufigere Verlegung der Behandlungs- und Pflegebereiche u. a. m. Diese Umstände, die für uns heute unvorstellbar klingen, aber auch in der damaligen Zeit für Patienten kaum tolerierbar waren, müssen neben der schlechten Ernährungssituation ein weiterer Grund für die erhöhte Sterblichkeit gewe-

437 Johnsen, Hubert.: Die Todesfälle in der Chirurgischen Universitäts-Klinik zu Kiel in den Jahren 1937/38 und 1945/46, Kiel 1952, S. 11, 34–35. Die räumliche und materielle Situation dürfte sich in den ersten Monaten nach dem Krieg von jener in den letzten Kriegsmonaten nicht wesentlich unterscheiden. Es wäre aber durchaus denkbar, dass sich die Patientenversorgung in der ersten Nachkriegszeit durch Versorgungsmängel und die hohen Flüchtlingszahlen noch weiter verschlechtert haben könnte.

438 Jonat, S. 73 f.: Von September 1944 bis Mitte 1949 fanden in dem Bunker 3.773 gynäkologische Patienten Aufnahme, 1.537 kleine vaginale Eingriffe, 653 Laparotomien, 425 plastische und 142 große vaginale Operationen wurden durchgeführt. 2.592 Fehlgeburten [sic!] wurden behandelt und in den 18 Monaten bis Mitte Mai 1946 (zu diesem Zeitpunkt konnte die geburtshilfliche Abteilung in provisorisch hergerichtete Räume der Frauenklinik rückverlegt werden) 1.474 Frauen entbunden.

sen sein. Die Chirurgische Universitätsklinik erfüllte seit November 1944 die Aufgaben eines Zentrums für die ärztliche Versorgung der Opfer des Bombenkrieges.<sup>439</sup> Die Odyssee der Augenklinik, die lediglich wegen der meist gegebenen Transportfähigkeit der Patienten nicht zu einer Katastrophe geführt hatte, wurde bereits dargestellt.

Die Schwierigkeiten der Hals-Nasen-Ohren-Klinik, Räume für eine angemessene Versorgung der Patienten zu finden und die damit verbundenen Belastungen der Patienten so niedrig wie möglich zu halten, sind durch mehrere Schriftwechsel des Direktors Vogel gut dokumentiert.<sup>440</sup> Am 22. Mai 1944 schlug ein Volltreffer in der Klinik vom Dach bis in den Keller durch, tötete einen Patienten und zerstörte große Teile des Gebäudes. Bei den mittlerweile von den Alliierten verwendeten 550 kg Sprengbomben boten die Keller keinen Schutz mehr. Eine größere Zahl von zum Teil schwerkranken Patienten wurde daraufhin in das Ausweichkrankenhaus Kronshagen verlegt, wo sie durch Ärzte der HNO-Klinik weiter hätten versorgt werden können. Ohne Abstimmung mit Vogel wurden diese Patienten dann jedoch eigenmächtig weiter geschickt, z. B. ein Patient mit einem otogen bedingten Hirnabszess, einer damals lebensbedrohlichen Erkrankung, in das Ausweichkrankenhaus Schafstedt (ein Ort zwischen Heide und Itzehoe) ohne jegliche ärztliche Versorgung. Andere wurden nach Neustadt gebracht, wo jedoch die Ausweichstation der Klinik noch nicht eingerichtet war. Obwohl es sich um Schwerstkranke mit ernsten Diagnosen handelte,<sup>441</sup> blieben sie viele Tage ohne fachärztliche Versorgung. Die Versorgung der Patienten in Neustadt stieß wegen des Widerstandes der Provinzialverwaltung Schleswig-Holsteins und der Ärzte des Neustädter Krankenhauses auf große Schwierigkeiten. Anstelle einer verfügbar gewesenen Privatstation, die für die Bedürfnisse der HNO-Klinik ausgereicht hätte, musste sie sich mit der Augenklinik ein Stockwerk mit drei großen Frauensälen, einem Tagesraum, einem Wasch- und Badezimmer und einer Teeküche teilen. An die dringend gebotene Absonderung Schwerstkranker sowie eine Trennung der meist nicht infektiösen Patienten mit Augenoperationen von den meist infektiösen mit HNO-Operationen war nicht zu denken. Erst nach Einschaltung des Regierungspräsidenten und des Vertreters des Oberpräsidenten erhielt die HNO-Klinik in Neustadt ein brauchbares Stockwerk mit einer ausreichenden Zahl an Räumen für 40 Patienten,

439 Bargmann, Wolfgang: Die Christiana Albertina in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Kiel 1965, S. 19.

440 LASH Abt. 47, Nr. 2083, Schrb. Vogel an Kurator v. 22.6.1944, Schrb. Vogel an Dekan v. 29.6.1944.

441 Z. B. eitriges Labyrinthitis, eitriges Meningitis, Mastoiditis mit Subperiostalabszess, Ohrkarzinom.

einem Operationsraum und weiteren erforderlichen Funktionsräumen. Vogel führte in Kiel noch weiterhin die poliklinische Sprechstunde, seine Privatsprechstunde und die Vorlesungen durch, sein 1. Assistent war ständig in Neustadt. Dreimal in der Woche fuhr Vogel nachmittags nach Neustadt, operierte abends, machte die Visite und fuhr am nächsten Morgen so nach Kiel zurück, dass er rechtzeitig zu seiner Vorlesung um 11:00 Uhr wieder anwesend war. Streit gab es mit den Neustädter Ärzten, die eine Abgabe der Patienten an ihr eigenes Krankenhaus erwarteten, ein Ansinnen, dass Vogel wegen der dort fehlenden fachärztlichen Kompetenz und ebenfalls nicht vorhandenen Spezialinstrumente und Einrichtungen zurückwies. Letztere waren bis hin zu den Waschbecken aus der Klinik in Kiel ausgebaut und nach Neustadt gebracht worden. Der Einbau einer Kassette von 20 cm × 15 cm × 15 cm Größe für die strahlensichere Aufbewahrung von Radium war abgelehnt worden, so dass eine Radiumbehandlung krebserkrankter HNO-Patienten in Schleswig-Holstein nicht mehr möglich war. Auch sonst fehlte es an jeglicher Kooperation der Provinzverwaltung.

Diese beispielhafte Darstellung lässt erahnen, welche schweren Folgen die Zerstörungen und die daraus resultierenden Maßnahmen für Versorgung und Lehre hatten. Zum einen war die Zahl der Ärzte schon durch Einberufungen stark vermindert, auch wenn sie wohl in einem gewissen Umfang durch Hilfsassistenten und verstärkte Inanspruchnahme von medizinischem Assistenzpersonal behelfsmäßig ausgeglichen werden konnte. Zum anderen kam ein erhöhter Personalbedarf durch Aufteilung und Verlegung von Klinikbereichen in weit auseinander liegende Orte hinzu. Der Transport und das Zurücklegen von Wegstrecken in der Situation des »totalen Krieges« mit entsprechenden Fahrtunterbrechungen und Verspätungen sowie das große Leid bei den oft notdürftig versorgten und betreuten Patienten, die nach frischen Eingriffen über weite Wege mit ungeeigneten Transportmitteln in unzulänglich ausgestattete Krankenhäuser transportiert wurden, führten zu weiteren Erschwernissen.

### 6.3.2 »Leichenangelegenheiten« des Anatomischen Instituts

Menschliche Leichen sind seit der frühen Neuzeit unentbehrlich für die medizinische Forschung und Ausbildung. Die anatomische Sektion des Menschen<sup>442</sup> als Grundlage

442 »Die anatomische Sektion ist die Zergliederung von Leichen oder Leichenteilen in anatomischen Instituten zum Zwecke der Lehre und Forschung über den Aufbau und die Funktion des menschlichen Körpers.« (Stellungnahme zur Autopsie, beschlossen vom Vorstand der Bundesärztekammer in seiner Sitzung vom 26.8.2005 auf Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats, online: [www.bundesaerztekammer.de/downloads/AutLang.pdf](http://www.bundesaerztekammer.de/downloads/AutLang.pdf) [8.2.2012], S. 5)

der wissenschaftlichen Anatomie und Morphologie wurde von Andreas Vesalius (1514–1564) in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts begründet. Vesalius seziierte öffentlich in einem »Anatomischen Theater«, die dazu benötigten Leichen musste er sich oft durch Abschneiden von in der Nacht Gehängten vom Galgenberg beschaffen. Im Zuge der Aufklärung wurde die Verwendung der Leichname auch von Personen, die nicht zu Tode verurteilt waren, möglich. Im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stammten die in der Forschung und bei Präparierübungen der Medizinstudenten verwendeten Leichen von Personen, die ohne Angehörige verstorben waren bzw. deren Angehörige für eine Bestattung nicht aufkommen konnten. Ein Einverständnis wurde vor dem Tode nicht eingeholt. In Deutschland wurden bis zum Jahre 1949 Hingerichtete, die mit dem Urteil ihre bürgerlichen Ehrenrechte verloren hatten, den Anatomischen Instituten zur Verfügung gestellt.<sup>443</sup> Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wird der Bedarf an Leichen der Anatomischen Institute in Deutschland durch freiwillige anatomische Körperspenden aus der Bevölkerung gedeckt. Bestattung und die damit verbundenen Rituale sind für die Angehörigen, die mit dem toten Körper weiterhin die Person des Verstorbenen identifizieren, eine Möglichkeit, deren Integrität und Andenken zu wahren.<sup>444</sup> Die Verwendung von Leichen in den Anatomien ist eine erlaubte Ausnahme und dadurch begründet, dass anatomische Universitätsinstitute für die Ausbildung von Medizinstudenten Leichen benötigen, an denen durch das Präparieren anatomischer Strukturen plastische Vorstellungen der Anatomie erlernt werden. Ohne Leichen als Studienobjekte wurde und wird anatomischer Unterricht für Ärzte nicht für möglich gehalten. Die Rechtfertigung der anatomischen Sektion erfolgt also durch die Tatsache, dass die Anatomie als Grundlage medizinischen Handelns von Studenten im praktischen Unterricht erworben werden muss, um für seine weitere Ausbildung und die spätere Arbeit das Fundament zu bilden.

Nach einem Runderlass der preußischen Minister des Inneren, für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und für Volkswohlfahrt vom 4. Mai 1927 »waren den anatomischen Anstalten der Universitäten die Leichen solcher Verstorbenen zu überweisen, welche entweder keine Angehörigen haben oder deren Angehörige sich nicht um die Bestattung der Leichen kümmern, also in allen den Fällen, in denen durch die Über-

443 Winkelmann, Andreas: Der Anatom Hermann Stieve und die Forschung an Leichen Hinterbliebener, in: Schleiermacher, Sabine/Schagen, Udo (Hg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 105–120, hier S. 114.

444 Drews, S. 106–107.

weisung an eine anatomische Anstalt niemandes Pietät verletzt wird.«<sup>445</sup> In einem Erlass vom 6. Oktober 1933 legte das bereits von dem Nationalsozialisten Bernhard Rust geleitete Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung fest, dass »die Leichen der im Gebiet des Preußischen Staates hingerichteten Personen [...] künftig wieder den jeweils nächstgelegenen preußischen Universitäten zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und des Unterrichts überlassen werden.«<sup>446</sup> Mit diesen Bestimmungen bewegten sich die Regelungen im Deutschen Reich im Rahmen des damals auch in anderen Ländern Üblichen.

Die Unterlagen des Anatomischen Instituts Kiel sind durch die Totalzerstörung des Institutsgebäudes im Sommer 1944 weitgehend vernichtet worden.<sup>447</sup> Unmittelbar nach dem Krieg wurden die Transportunternehmen, die mit der Beförderung der Leichen vom Ort des Todeseintritts in das Institut beauftragt gewesen waren, gebeten, aus ihren Unterlagen einen Überblick über die von ihnen durchgeführten Leichentransporte zu geben. Nach den Auskünften der Unternehmen erfolgten die Überführungen der Leichen in den Jahren 1939 bis 1942 durch die Gebr. Hirschelmann, Schleswig, die insgesamt 33 Leichen aus der Anstalt Schleswig, 15 Leichen aus dem Arbeitshaus Glückstadt, zwei aus dem Altersheim Meldorf sowie eine aus Westerakeby in einer Liste aufführten. Zum Teil waren die verstorbenen Personen namentlich benannt. Aus den Namen wie Maier, Rohwedder, Neumann usw. sowie den Abholorten kann geschlossen werden, dass es sich hierbei um Personen handelte, die wahrscheinlich eines natürlichen Todes gestorben waren. Das Schreiben der Gebr. Hirschelmann gibt hierzu keine weitere Auskunft. Der letzte Transport der Gebr. Hirschelmann erfolgte im Juni 1942.<sup>448</sup> Eine weitere Aufstellung liegt vom Fuhrunternehmen Walter Paulsen aus der Waitzstraße in Kiel vor, die im September 1943 beginnt und am 16. August 1944 kurz vor der totalen Zerstörung des Anatomischen Institutes endet. In dieser Auflistung hat sich der Charakter der Transporte vollständig verändert. Die Leichen für die Anatomie kamen mit Ausnahme von zwei Personen, die aus dem Pflegeheim Schönberg kamen, nunmehr aus dem Gefängnis Hamburg (39), dem Lager Drachensee

445 LASH Abt. 47.6, Nr. 455, Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, Universitäts-Kurator v. 14.11.1945, Ablieferung und Transport von Leichen für anatomische Zwecke an das Anatomische Institut der Universität Kiel. Das o. a. Zitat geht dann weiter: »Die Regelung gilt auch jetzt noch und wird zur künftigen Beachtung erneut mitgeteilt.« [Unterstreichung im Erlass].

446 BArch R 3001, Nr. 1478, zit. n. Forsbach, S. 528.

447 LASH Abt. 47.6, Nr. 455, Schrb. Bargmann an Manja Abshagen v. 1.3.1946.

448 Ebd., Schrb. des Transporteurs Gebr. Hirschelmann, Schleswig v. 22.11.1945.

(16), dem Marinelazarett Kiel (7), dem Gefängnis Glückstadt (1) und dem Gefängnis Kiel (1), waren also mutmaßlich Opfer staatlich veranlasster oder verschuldeter Maßnahmen.<sup>449</sup> Weitere Leichen wurden offenbar direkt von einem Fahrzeug des Anatomischen Instituts abgeholt, so zwischen dem 16. Februar und dem 20. Mai 1943 die Leichen von sechs nach Todesurteilen des Gerichts des 2. Admirals der Ostseestation hingerichteten Matrosen und zwischen dem 19. März 1943 und dem 31. Juli 1944 die Leichen von 45 enthaupteten Personen aus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg-Stadt. Die meisten in Hamburg exekutierten Menschen waren vom Sondergericht in Kiel verurteilte junge männliche Zwangsarbeiter, die Gründe der Todesurteile häufig Verstöße gegen das »Polenstrafrecht« und die »Volksschädlichkeitsverordnung«.<sup>450</sup> Die Unterlagen sind kaum als vollständig anzusehen, die Zahl der Leichen aus den hier angegebenen Einrichtungen dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit noch deutlich höher gewesen sein. Der Wechsel der »Bezugsstellen« für Leichen Ende 1942, also unter dem Direktor Freerksen, ist jedoch auffällig. Im Gegensatz zur ersten Hälfte des Krieges handelt es sich bei den ab Anfang 1943 in die Anatomie Kiel transportierten Leichen fast nur noch um Hingerichtete der Marinestrafjustiz und der Sondergerichtsbarkeit des »Dritten Reiches«. Die Erklärung für die hohe Zahl der in die Anatomie transportierten Leichen liegt in der sich in der zweiten Hälfte des Krieges fast explosionsartig vermehrten Zahl von Todesopfern der nationalsozialistischen Strafjustiz. Eine weitere Erklärung könnte auch im Wechsel an der Institutsspitze zu sehen sein. Benninghoff hatte möglicherweise kein so großes Interesse an Leichen aus der Strafjustiz des »Dritten Reiches« gehabt, Freerksen und sein Prosektor Sigfrid Zitzlsperger<sup>451</sup> hatten diese Skrupel offenbar nicht. Die Anatomie hatte es bei der großen Zahl der für Wissenschaft und Lehre sehr viel brauchbareren »jungen« Leichen nicht mehr nötig, auf die meist alten, mittellos verstorbenen Patienten der Pflegeheime und Kranken-

449 LASH Abt. 47.6, Nr. 455, Schrb. der Gebr. Hirschelmann v. 22.11.1945 und der Fa. Paulsen, Kiel, Waitzstr. v. 14.11.1945 an das Anatomische Institut. Aufstellungen der Fa. Schulz, Schleswig und Fa. Paulsen, Kiel, Reventlouallee, die Aufschluss über weitere Transporte hätten geben können, konnten nicht erstellt werden, so dass große Lücken bestehen dürften.

450 Ebd., diverse Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft als Leiter der Anklagebehörde bei dem Sondergericht Kiel, diverse Schrb. des Gerichts des 2. Admirals der Ostseestation.

451 LASH Abt. 47, Nr. 7133, Lebenslauf Zitzlsperger; Schrb. Freerksen an Rektor wg. Einberufung Feneis v. 9.6.1941. Zitzlsperger war seit dem 1.9.1941 als Vertreter von Feneis, der als Soldat eingezogen worden war, am Anatomischen Institut Kiel tätig. Zitzlsperger hatte seine Arbeiten bereits in seiner Berliner Zeit bei Stieve begonnen, so dass zu vermuten ist, dass er von dort auch die Methode der Organentnahme unmittelbar nach der Hinrichtung mitgebracht hat.

häuser zurückzugreifen. Die Möglichkeit, über große Zahlen von Hingerichteten zu verfügen, verbesserte die Lehrsituation erheblich und betäubte wahrscheinlich bei den Anatomielehrern ein emotional begründetes Unwohlsein und moralische Bedenken, so dass sie keinen Anstoß an der hohen Zahl der ihnen zur Verfügung gestellten Leichen nahmen. Bei den Kieler Anatomen liegen in den verbliebenen Akten Formschriften des Oberstaatsanwalts beim Sondergericht Kiel als Spiritusumdrucke vor, denen entnommen werden kann, dass es sich bei den Opfern der Strafjustiz meist um aufgrund kleinerer Vergehen zum Tode Verurteilte handelte und Deutsche in weitaus geringerer Zahl betroffen waren als ausländische Zwangsarbeiter. Die Leichen wurden offenbar unmittelbar nach der Hinrichtung an den Beauftragten des Anatomischen Instituts übergeben. Alle Beteiligten wurden zu unbedingter Verschwiegenheit verpflichtet. Die hier geschilderte Konstellation hätte bei den Kieler Anatomielehrern Aufmerksamkeit erregen müssen. Ob dies der Fall gewesen ist, lässt sich den noch vorhandenen Unterlagen nicht entnehmen. Auch aus anderen Universitäten des Reiches liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor.<sup>452</sup> Die Vielzahl der Hingerichteten und die Gründe dafür können nicht ohne Eindruck geblieben sein. So behauptete der Berliner Anatom Hermann Stieve, über den neuere Arbeiten von Udo Schagen<sup>453</sup> und Andreas Winkelmann<sup>454</sup> vorliegen, nach dem Kriege, dass er die anatomische Sektion von Leichen politisch Verurteilter verweigert habe.<sup>455</sup> Es sind Zweifel an der Glaubhaftigkeit dieser Behauptung und ihrer inhaltlichen Richtigkeit erlaubt. Es ist kaum vorstellbar, dass Stieve auf Grund der ihm vorliegenden Informationen in der Lage war, den tatsächlichen Hintergrund der Todesurteile zu bewerten. Schagen berichtet zudem das Gegenteil, lediglich die Annahme der Körper der Attentäter des 20. Juli habe Stieve

452 Sommer, Felix: Anatomie, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S 651–670, hier S. 663.

453 Schagen, Udo: Die Forschung an menschlichen Organen nach den »plötzlichen Tod« – der Anatom H. Stieve (1886–1952), in: vom Bruch, Rüdiger (unter Mitarbeit von Schaarschmidt, Rebecca) (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. II: Fachbereiche und Fakultäten, Stuttgart 2005, S. 35–54. Stieve veröffentlichte Arbeiten über »den Einfluss nervöser Erregung« (gemeint ist u. a. die Mitteilung des Vollstreckungstermins als Ursache der nervösen Erregung) auf den Menstruationszyklus an zum Tode verurteilten Frauen (z. B. Schreckblutungen), aber untersuchte auch sich in entsprechender Situation befindliche Männer auf das Versiegen der Samenbildung hin. Hierbei handelt es sich um ein problematisches Vorgehen, weil schon Daten vor der Hinrichtung erhoben wurden und eine Entnahme der Eierstöcke gleich nach der Hinrichtung erfolgen musste.

454 Winkelmann, S. 105–120.

455 Schagen, S. 48.

verweigert.<sup>456</sup> Vermutlich erkannte Stieve den politischen Hintergrund vieler Todesurteile gegen ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen gar nicht. Zu Stieve, dessen Untersuchungen deutlich über eine Verwendung der zum Tode Verurteilten zu Präparierübungen und postmortalen Gewebe- und Organentnahmen hinausging, stellt Schagen fest, dass Stieve die ethischen Grenzen der Forschung seiner Zeit nicht überschritten habe. Er habe keinen persönlichen Kontakt zu den Verurteilten vor der Hinrichtung gehabt und auch nicht Einfluss auf den Hinrichtungstermin genommen, damit besteht kein Anlass zu einem Verdacht der direkten Mitwirkung an den nationalsozialistischen Justizmorden.<sup>457</sup> Trotzdem bleibt Schagen bei seiner exkulpierenden Bewertung ein Unbehagen: Stieve habe bei den von ihm verfolgten Fragestellungen von der Entgrenzung staatlichen Handelns profitiert, seine Integration in das allgemeine Vernichtungssystem als Direktor der Anatomie sei offenkundig. Auch habe die von Stieve veranlasste anonyme Sammelbestattung der politischen Opfer des Nationalsozialismus verhindert, dass es Orte des individuellen Gedenkens gebe.<sup>458</sup> Winkelmann stimmt Schagen grundsätzlich zu, geht jedoch in der Bewertung noch weiter: Er ist nicht allein der Auffassung, dass das, was Stieve getan hat, nicht richtig gewesen sei, sondern betont, Stieve zu rechtfertigen, heiße die nationalsozialistische Justiz zu rechtfertigen. Die Störung der Totenruhe der Hingerichteten und die Verweigerung einer Grabstätte durch eine anatomische Sektion stelle eine zusätzliche Demütigung und Entehrung der Opfer und ihrer Angehörigen dar und Stieve habe in »kaum erträglicher Weise die Todesangst von Frauen zu einer nüchternen wissenschaftlichen Variable seiner Forschung gemacht«.<sup>459</sup>

Zur Frage der Forschung an den Leichen der Hingerichteten in Kiel geht Buddecke davon aus, dass Freerksen in Kiel wegen seiner politischen Aufgaben kaum die Zeit gefunden haben dürfte, an den dem Anatomischen Institut überlassenen Leichen zu forschen. Die Hingerichteten dürften hauptsächlich Verwendung für Zwecke der akademischen Lehre gefunden haben.<sup>460</sup> Für diese Auffassung spricht, dass nach der Verlagerung des Instituts nach Lensahn und Sielbeck die im Keller des Anatomischen Instituts unter den Trümmern des Gebäudes befindlichen Leichen zum größten Teil

456 Ebd.

457 Ebd., S. 52.

458 Ebd., S. 53.

459 Winkelmann, S. 115 f., 119.

460 Buddecke, S. 153.

oder vollständig bis Juni 1945 dort verblieben.<sup>461</sup> Mitarbeiter jedoch führten Forschungen an den Leichen der Hingerichteten durch. Wolfgang Brune aus Schleswig, ein Doktorand Freerksens, fertigte in seiner Dissertation über »Untersuchungen zur Anatomie des Ganglion stellatum« 34 Präparate von 18 Leichen an, bei denen es sich bis auf eine um »Präpariersaalleichen« handelte. Anhand eines Präparates einer frischen Leiche wollte Brune feststellen, ob durch die Fixation der »Präpariersaalleichen« Artefakte eingetreten seien. Dies war nicht der Fall.<sup>462</sup> Prosektor Sigfrid Zitzlsperger entnahm für seine Habilitationsarbeit »Interstitielle Zellen (Cajal) im Papillarmuskel des menschlichen Herzens« von neun Hingerichteten die Herzen fünf bis dreißig Minuten nach der Hinrichtung.<sup>463</sup> Weitere, erst nach dem Krieg nach Kiel berufene Anatomen experimentierten während der Kriegsjahre mit frischen Geweben gerade Hingerichteter. Der als Nachfolger Freerksens im Frühjahr 1946 berufene, aus Königsberg stammende Anatom Wolfgang Bargmann berichtete 1943 in der Fachzeitschrift *Zeitschrift für Zellforschung und mikroskopische Anatomie* über seine in Königsberg durchgeführten Untersuchungen an Hirnanhangsdrüsen gerade hingerichteter 18 bis 45-jähriger Personen,<sup>464</sup> der 1962 auf den Lehrstuhl für Geschichte der Medizin in Kiel berufene

461 LASH Abt. 47.6, Nr. 455, u. a. Schrb. der Angehörigen Manja Abshagen an Bargmann v. 17.7.1946.

462 Brune, Wolfgang: Untersuchungen zur Anatomie des Ganglion stellatum, Kiel 1946, S. 6, 16.

463 Zitzlsperger, Sigfrid: Interstitielle Zellen (Cajal) im Papillarmuskel des menschlichen Herzens, Med. Hab.-Schrift., Kiel 28.10.1942, in: *Zeitschrift für mikroskopisch-anatomische Forschung* 53 (1943), S. 1–40.

464 Hildebrandt, Sabine: Research on bodies of the executed in German anatomy: An accepted method that changed during the Third Reich. Study anatomical journals from 1924 to 1951, in: *Clinical Anatomy*, im Druck, auch online unter: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ca.22107/pdf>. Bargmann gehört mit sechs Veröffentlichungen neben Max Clara (10), Heinrich von Hayek (9) und Hermann Stieve (5) zu den deutschen Anatomen mit den meisten Veröffentlichungen, die auf der Grundlage von Gewebeatnahmen bei Hingerichteten entstanden sind. Der nach dem Krieg hoch angesehene Wissenschaftler beschäftigte sich besonders mit der neurosekretorischen Funktion der Hypophyse (Bargmann, Wolfgang: Über Kernsekretion in der Neurohypophyse des Menschen, in: *Z. Zellforsch* 32 (1942), H. 3, S. 394–400). Hierbei handelt es sich um die Thematik, die er sich durch die Untersuchung von Geweben gerade Hingerichteter erschlossen hatte. Weitere einschlägige Arbeiten Bargmanns beschäftigten sich mit den Nierenglomerula (Frankfurt a. M. 1931, Zürich 1938), den Hülsenkapillaren der Milz (Leipzig 1941), der Furchung interstitieller Ovarialzellen (Königsberg 1943) und dem menschlichen Darmepithel (Königsberg 1944).

Wolfgang Bargmann (1906–1978) studierte Medizin in Frankfurt, weitere Stationen seiner wissenschaftlichen Laufbahn waren Freiburg, Zürich, Leipzig und Königsberg, 1946 wurde er

Robert Herrlinger nahm als Oberassistent am Anatomischen Institut der Reichsuniversität Posen 1944 an Hinrichtungen teil, um sofort nach der Exekution Untersuchungen vornehmen zu können.<sup>465</sup> Weder bei Stieve noch den hier angeführten Kieler Medizinerinnen wurde im Krieg oder in der ersten Nachkriegszeit von Deutschen bzw. nach 1945 von den alliierten Siegermächten Anstoß an der Verwendung der Leichen von hingerichteten Opfern der nationalsozialistischen Justiz genommen, ein deutlicher Hinweis dafür, dass sich ihr Handeln im Rahmen des damals auch außerhalb Deutschlands geltenden Verständnisses bewegte. Hoimar von Ditfurth,<sup>466</sup> der 1940/41 als Stu-

auf den Lehrstuhl für Anatomie nach Kiel berufen. Nach dem Kriege war er zweimal Rektor der CAU (1951–1952, 1955–1961) und hatte zahlreiche Leitungsfunktionen in Wissenschaftsgremien inne. (Leonhardt, Helmut; Wolfgang Bargmann. Ein ungewöhnlicher Mensch, ein überragender Morphologe und Hochschullehrer, in: Christiana Albertina N. F. 9 (1978) S. 171–176). 1933 trat er der NSDAP bei (UB Marburg, Nachlass Benninghoff, Schrb. Benninghoff an Netter v. 30.11.1945).

- 465 Hildebrandt, Research. Herrlinger Robert: Das Blut in der Milzvene des Menschen in: Anatomischer Anzeiger 96 (1947), S. 226–234; Ders.: Neue funktionell-histologische Untersuchungen an der menschlichen Milz, in: Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte 114 (1949), H. 4, S. 341–365. Herrlingers Arbeiten entstanden im Krieg in Posen, das Untersuchungsmaterial wurde 40 bis 80 Sekunden nach der Hinrichtung entnommen. Herrlinger soll nach Auskunft von Fridolf Kudlien der einzige Anatom gewesen sein, der unter seinen Arbeiten mit den Hingerichteten auch persönlich gelitten habe. Seine Arbeit wurde zwar ohne Beanstandungen 1947/48 mit Genehmigung der sowjetischen Militärregierung in Jena publiziert, diese Veröffentlichung beeinträchtigte – als fast einmalige Ausnahme, so Aly – jedoch eine spätere Karriere. Kritiker Herrlingers verhinderten, dass er Anatom in Heidelberg werden konnte. Aly, Götz: Das Posener Tagebuch des Anatomen Hermann Voss, in: Aly/Götz, Chroust, Peter/Pross Christian: Biedermann und Schreibtischtäter: Materialien zur deutschen Täter-Biographie, (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987, S. 15–66, hier S. 64f.

Robert Herrlinger (1914–1968) studierte in Heidelberg Medizin und Kunstgeschichte, war ab 1942 Oberassistent am Anatomischen Institut in Posen, wurde nach einem Studium der Geschichte der Medizin in Würzburg dort 1951 Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin, 1962 wechselte er in das gleichnamige Institut der CAU. Herrlinger beschäftigte sich besonders mit der Geschichte des Krankenhauswesens. Zu ihm: Kudlien, Fridolf: Robert Herrlinger, in: Christiana Albertina 5 (1968), S. 87f.

- 466 Hoimar von Ditfurth (1921–1989), promoviert 1946 zum Dr. med., Habilitation 1959 in Würzburg für Psychiatrie und Neurologie, 1967 apl. Prof. in Heidelberg, wurde nach knapp zehn Jahren Tätigkeit in der Pharmaindustrie einer der profiliertesten Wissenschaftsjournalisten Deutschlands und Buchautor, so: Boente, Heinz: Hoimar von Ditfurth (1921–1989). Biographie, online: <http://hoimar-von-ditfurth.de/biographie.html> [7.3.2012].

dent bei Stieve gehört hatte, bekannte 1989, dass jedermann gewusst habe, woher die Leichen stammten, an denen die Studenten ihr Wissen erwarben und wie stark die Zahl der durch den Staat getöteten Menschen in die Höhe geschneit war. Er schreibt 1989: »Bedeutet dieses Mitwissen allein, wenn ihm keine Reaktion – weder hörbarer Protest noch konkretes Tun – folgte, schon Mitschuld. Es ist nicht leicht, über diese Frage mit sich ins reine zu kommen. Ich neige heute dazu, sie zu bejahen.«<sup>467</sup> Horst-Eberhard Richter<sup>468</sup> konzediert in seinen »Erinnerungen und Assoziationen« 2002 entschuldigend, dass der Druck fortlaufender Kontrollen und Prüfungen, die damalige Studenten zu Schülern habe regredieren lassen, die gefügig alles auswendig lernten, welches dazu führte, dass nicht danach gefragt wurde, woher die Leichen und Schädel in der Anatomie gekommen seien.<sup>469</sup> Die alleinige Überlassung der Leichen Hingerichteter an Anatomische Institute und die Forschung und Lehre an ihnen kann nicht als typisch für den Nationalsozialismus angesehen werden, weil dies vor und nach der nationalsozialistischen Zeit sowie auch in vielen europäischen Ländern auch der Fall war. Anders ist das mit den Umständen und Zahlen der Hinrichtungen.

Aus heutiger Sicht allerdings müsste eine Bewertung anders aussehen: Das Kieler Anatomische Institut nutzte, wie wohl alle anderen Anatomischen Institute im deutschen Machtbereich, die im Zusammenhang mit dem »totalen Krieg« unmenschlich verschärfte Strafjustiz zum eigenen Vorteil. Die Hingerichteten hatten oft Angehörige und diese hätten grundsätzlich vor einer Übernahme der Leichen gehört werden müssen. Ein solches Vorgehen wäre jedoch aufwändig bis unmöglich gewesen und von den nationalsozialistischen Machthabern auch nicht toleriert worden. Auch hätten die Angehörigen sicher überwiegend ihr Einverständnis verweigert. Hieraus ergibt sich, dass aus heutiger Sicht von einer »Nutzung« der Leichen hätte Abstand genommen werden müssen. Die vor dem Krieg, an seinem Anfang und nach 1945 zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, Leichen zu anatomischen Lehrzwecken zu bekommen, bestanden auch zu dem Zeitpunkt, als die Leichen gerade hingerichteter Menschen verwendet wurden. Leichen waren für den Zweck anatomischer Präparation also in aus-

467 Ditfurth, Hoimar von: Innenansichten eines Artgenossen. Meine Bilanz, Düsseldorf 1989, S. 167 f.

468 Horst-Eberhard Richter (1923–2011) war deutscher Psychoanalytiker, Psychosomatiker und Sozialphilosoph. Der Autor zahlreicher Bücher galt vielen als der »große alte Mann« der bundesdeutschen Friedensbewegung. Gropp, Rose-Maria: Zum Tode von Horst-Eberhard Richter. Der Therapeut der Nation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.12.2011.

469 Richter, Horst-Eberhard: Die Chance des Gewissens. Erinnerungen und Assoziationen, Gießen 2002, S. 39 f.

reichender Zahl vorhanden. Nur handelte es sich bei den Opfern der nationalsozialistischen Justiz um junge, besonders gut für anatomische Sektionen und wissenschaftliche Untersuchungen geeignete Menschen und eben nicht um alte Personen mit oft auch noch länger zurückliegendem Todesdatum. Der Hinrichtungszeitpunkt war bekannt, so dass Organe und Gewebe unmittelbar nach dem Tode für wissenschaftliche Zwecke entnommen werden konnten. Insofern war die schreckliche Entwicklung durchaus im Interesse der damaligen anatomischen Forschung und Lehre. Die Konsequenzen aus den Fehlern der Vergangenheit sind heute weitgehend gezogen. Winkelmann erwartet, dass heute für jede Forschung am Menschen gleichgültig ob vor oder nach dem Tode, verlangt werden muss, dass sie nicht nur nach methodischen Gesichtspunkten bewertet wird, sondern immer auch nach dem ethischen Kontext der Entstehung von Forschungsdaten.<sup>470</sup> Dies ist spätestens nach der flächendeckenden Einführung von Ethik-Kommissionen an Universitäten und Ärztekammern in Deutschland grundsätzlich der Fall.

Die Verwendung der Leichen hingerichteter Opfer des nationalsozialistischen Regimes durch die Kieler Anatomen hatte ein Nachspiel: Nach der Kapitulation war es für Passanten möglich, von der Straße aus in die Trümmer des stark zerstörten Anatomischen Instituts einzudringen. In den erhalten gebliebenen Kellerräumen befanden in den Leichenbecken noch 72 mit Formalin konservierte Leichen. Durch die Kriminalpolizei wurde die anonyme Bestattung aller Anatomie-Leichen angeordnet und noch von Freerksen im Juni 1945 kurz vor seiner Verhaftung durch die britische Militärregierung in mehreren Massengräbern auf dem Friedhof Eichhof veranlasst.<sup>471</sup> Zu Beginn der Wiederaufnahme des Unterrichts im November 1945 fehlten dem Anatomischen Institut dann Leichen für den anatomischen Präparationskurs. Der kommissarische Direktor des Instituts Rudolf Spanner sah keine andere Möglichkeit zur Abhilfe, als bei der Polizeibehörde und dem Friedhofsausschuss Kronshagen um Genehmigung zur Exhumierung der im Juni bestatteten Leichen zu Lehrzwecken zu bitten.<sup>472</sup> Dieses Ansinnen scheiterte an der Ablehnung des Friedhofsausschuss. Hieran änderte auch die Genehmigung der Polizeibehörde Kronshagen nichts.<sup>473</sup> In einem zähen Schriftwechsel

470 Winkelmann, S. 119.

471 LASH Abt. 47.6, Nr. 455, Schr. Bargmann an Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v. 12.9.1947.

472 Ebd., Schr. Spanner an Friedhofsausschuss der evangelische Kirchengemeinde Kronshagen und Polizeibehörde Kronshagen.

473 Ebd., Ablehnung der Exhumierung durch den Friedhofsausschuss, Zustimmung durch die Polizeibehörde Kronshagen, beide v. 30.1.1946

mit dem mangels eigener Unterlagen völlig überforderten Institutsdirektor Wolfgang Bargmann im Jahre 1946 versuchten Angehörige von hingerichteten politischen Gefangenen eine Exhumierung zu erreichen. Erst im September 1947 war es möglich, die Massengräber zu öffnen und sechs von den Angehörigen gesuchter Leichen hingerichteter politischer Opfer zu identifizieren und am 14. September 1947 in Hamburg feierlich beisetzen zu lassen.<sup>474</sup> Weitere Schriftwechsel gab es bis in die fünfziger Jahre hinein mit französischen Dienststellen über den Verbleib von hingerichteten französischen Staatsangehörigen. Vorwürfe gegen das Anatomische Institut wegen der Verwendung der Leichen für anatomische Sektionen wurden nach den heute noch vorliegenden unvollständigen Unterlagen von keiner Seite erhoben.<sup>475</sup>

### 6.3.3 Hans Weinerts Aktivitäten als Anthropologe und Gutachter

Ein ausführlicher Bericht über die Arbeiten in Weinerts Institut erfolgt in Anbetracht der Bedeutung der Anthropologie für die nationalsozialistische Ideologie, aber auch für die Zielsetzung der NSDDB-Akademie erst recht spät im Jahre 1941 im Heft 1 der Kieler Blätter.<sup>476</sup> Weinert beschreibt die Veränderungen der Aufgabenstellung des Kieler Anthropologischen Instituts in den vergangenen Jahren. Neben den »rassenkundlichen Erhebungen«, die bereits unter seinem Vorgänger Aichel stattgefunden hätten, seien – so der Bericht von Weinert – in den letzten Jahren mehr und mehr erbbiologische Untersuchungen und Gutachten im Institut durchgeführt worden. Befunde aus jahrhundertealten Skelettresten, die in Schleswig-Holstein gefunden worden waren, wurden mit dem Knochenbau der in der Gegenwart lebenden Bevölkerung verglichen. So konnte, »die Stetigkeit oder auch der Wandel in der Erscheinungsform der ansässigen Bevölkerung« festgestellt werden.<sup>477</sup> Die rassenkundliche Erfassung Schleswig-Holsteins, die bereits unter Aichel von dessen Assistenten Saller und Reiter begonnen worden war, wurde durch Bauermeister<sup>478</sup> unter der Ägide Weinert's fort-

474 Ebd., Schrb. Bargmann an die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v.12.9.1947.

475 Ebd., verschiedene Schriftstücke.

476 Weinert, Hans: Rassenkundliche Erhebungen und erbbiologische Untersuchungen an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins, in: Kieler Blätter (1941), S. 65–68.

477 Ebd., S. 65.

478 Wolfgang Bauermeister (1907–1975) war Assistent von Weinert, gehörte seit 1933 der SA an, war in seiner Kieler Zeit dem Stab der SA-Standarte 187 als Referent für Rassenfragen zugeteilt, war Mitarbeiter und Redner des Rassenpolitischen Amtes für Schleswig-Holstein, habilitierte sich 1939, erhielt 1940 die Venia Legendi und vertrat seitdem den zur Wehrmacht

gesetzt. Seit 1935 wurde als großes zusammenhängendes Gebiet die Bevölkerung der Insel Helgoland anthropologisch untersucht und von Bauermeister zusammen mit unveröffentlichten Daten früherer Untersuchungen als Habilitationsschrift veröffentlicht. Die Arbeiten erlaubten es – so Weinert – mit den aufgestellten Sippschaftstafeln den Erbgang körperlicher Merkmale festzustellen. Besonders hebt er hervor, dass die untersuchte bodenständige Bevölkerung einen »mittleren Kopfindex« von 82 und 83 aufweise, ein Index der eine »schwache Kurzköpfigkeit«, verursacht durch ein »verhältnismäßig flaches Hinterhaupt« ausdrücke. Damit erfüllten die Schleswig-Holsteiner nicht die Forderungen Hans F. K. Günthers an die »nordische Rasse«. <sup>479</sup> Weinert versucht diese unerwünschte Erkenntnis durch das Argument aufzufangen, dass die »Kurzköpfigkeit« bei dem aus dem Verhältnis von Längs- und Querdurchmesser des Schädels berechneten Index durch das »flache Hinterhaupt« herbeigeführt werde und damit »Schleswig-Holstein doch das Land des nordischen Rassenraumes« bleibe. Bei allen aus unserer heutigen Sicht ohnehin angebrachten Zweifeln an dieserlei Indexberechnungen mit auch fragwürdigen Schlussfolgerungen wird deutlich, wie Weinert auf der einen Seite nicht bereit war, von ihm für richtig gehaltene wissenschaftliche Erkenntnisse zu unterdrücken, sie auf der anderen Seite jedoch mit »flexiblen« Interpretationen an die Rassevorstellungen der Nationalsozialisten anpasste. Im weiteren Text werden von Weinert Inhalte von Doktorarbeiten dargestellt, die durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft <sup>480</sup> unterstützt worden waren und die sich mit Einzeluntersuchungen an Skelettmaterial beschäftigten. Er geht auf erbbiologische Doktorarbeiten über familienstatistische Untersuchungen zum Problem der »Konfessionstheorie«, zur »unterschiedlichen Fortpflanzung der Großstadtbevölkerung« sowie der Blutgruppenverteilung als Grundlage von zunehmend im Institut durchgeführten erbbiologischen Untersuchungen für die Feststellung der Vaterschaft und der arischen Abstammung ein. Hierzu schreibt Weinert: »Derartige Arbeiten sind notwendig, um aus den rein statistischen Ergebnissen die Schlüsse für unsere aufbauende Bevölkerungspolitik zu ziehen. >Unterschiedlich< soll die Fortpflanzung in der Bevölkerung ja in dem Sinne sein, daß die Erbtüchtigen sich stärker fortpflanzen als die erblich weniger gut ausgestatteten Familien, während die Erbuntüchtigen und Asozialen nach Möglichkeit von der Fortpflanzung ausgeschlossen bleiben sollen.«. Die Grundzüge nationalsozialistischer »Bevölkerungspolitik« in Richtung »Aufnordung« der

eingezogenen Ferdinand Claußen auf dem Lehrstuhl für Rassenhygiene in Köln. (Klee, Personenlexikon, S. 31).

479 Günther, Hans F. K.: Kleine Rassenkunde des Deutschen Volkes, München 1937.

480 Weinert, Rassenkundliche Erhebungen, S. 66.

Zusammensetzung der »Volksgemeinschaft« wurden von Weinert unterstützt, den für die nationalsozialistischen Ideologen unverzichtbaren Antisemitismus teilte er jedoch nicht. Beate Meyer stellt hierzu in ihrer Arbeit über Hans Weinert fest, dass Weinerts Vorstellungen keine rassenhygienischen oder gar eliminatorischen Vorstellungen von Ausgrenzung oder Ermordung der Juden zur Wiederherstellung der »Rassenreinheit« enthalten, ein Sachverhalt, der sich in Weinerts erbbiologischen Gutachten in der Regel zugunsten der Untersuchten auswirkte.<sup>481</sup>

In seinem Bericht in den Kieler Blättern hebt Weinert als wichtiges Sondergebiet die erbbiologischen Untersuchungen mit der »Frage nach arischer Abstammung« überwiegend auf Anweisung des Reichssippenamtes in Berlin hervor, eine Fragestellung, mit der »unter günstigen Umständen auch Leute von dem Verdacht befreit werden können, daß sie nichtarischer Abstammung wären.«<sup>482</sup> Weinerts Reserve gegenüber dem nationalsozialistischen Antisemitismus zusammen mit einer auffällig ausgeprägten Geldgier führte in den Jahren 1942 bis 1944 dazu, dass er mit seinen Gutachten etwa 300 bis 500 Juden in den Niederlanden das Leben rettete.<sup>483</sup> Die Gelegenheit hierzu bekam er durch Hans Georg Calmeyer, den Leiter der Hauptabteilung Inneres in der deutschen Verwaltung der besetzten Niederlande,<sup>484</sup> der berechtigt war, in Zweifelsfällen über jüdische Abstammung zu entscheiden. Hans Weinert ermöglichte ihm durch seine erbbiologischen Gutachten, dass viele »Volljuden« der Deportation entgingen. Mehr als beschämend ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass sich der Kieler Universitätsprofessor sein Handeln von Calmeyer durch deutlich überzogene Honorarforderungen von 1.000 RM pro Gutachten bezahlen ließ, die, wie bei dieserlei Gutachten üblich, von den Betroffenen getragen werden mussten. Dabei konnte er bei jedem Besuch in den Niederlanden zwischen vier und zwölf »Fälle« begutachten. Seine knappen Gutachten – so Weinert – beschränkten sich auf das Wesentliche,

481 Meyer, Beate: Hans Weinert, (Rasse)Anthropologe an der Universität Kiel von 1935 bis 1955, in: Ruck, Michael/Pohl, Karl-Heinrich (Hg.): Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 193–203, hier S. 199.

482 Weinert, Rassenkundliche Erhebungen, S. 67.

483 Meyer, S. 199.

484 Vgl. Kreitzmüller, Christoph: Die Erfassung der Juden im Reichskommissariat der besetzten niederländischen Gebiete, in: Hürter Johannes/Zaruský, Jürgen: Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, München 2008, S. 21–44, hier S. 34. Hans Georg Calmeyer (1903–1972) war ein Rechtsanwalt, der von 1941 bis 1945 3.500 bis 5000 Juden in den von Deutschland besetzten Niederlanden das Leben rettete. Kleine-Brockhoff, Thomas: Hans Georg Calmeyer, in: Die Zeit v. 1.4.1994 online: <http://www.zeit.de/1994/14/hans-georg-calmeyer/komplettansicht>. [1.12.1912]

da umfangreiche Messungen ohnehin »scheinwissenschaftliche Spielereien« seien.<sup>485</sup> Auch wenn Weinert sein Honorar mit den Reisekosten und der wenig schlüssigen Tatsache, dass er sie ohne Assistenten durchführen müsse, begründete und bei mehreren Fällen pro Besuch von ihm »Mengenrabatte« gewährt wurden, fand sich hier eine für Weinert glückliche Symbiose zwischen der Notlage vom Tode bedrohter Personen, wissenschaftlicher Einschätzung des Antisemitismus und an Bestechlichkeit grenzender Geldgier.<sup>486</sup> Die Begrenzung auf das Wesentliche zur Vermeidung »scheinwissenschaftlicher Spielereien« hielt Weinert jedoch in bestimmten Fällen nicht für angebracht. Beate Meyer schildert ein Interview, das sie 1992 mit einem Geschwisterpaar jüdischer Herkunft durchgeführte, das Weinert durch sein Gutachten vor einer Deportation bewahrt hatte. Hier hatten seine Untersuchungen noch einen weiteren Preis. Die Zeitzeugin sagte: »Das hat den ganzen Tag in Anspruch genommen, dieses Ausmessen und Abwiegen und Arme hochheben und den Busen vermessen und den Bauch vermessen. Es war menschenunwürdig. Aber wie gesagt, was wir nachher über das KZ gelesen haben, dagegen war das nichts, wirklich nichts.«<sup>487</sup> Weinerts Verbindung der Erstellung von Gutachten mit sexuellen Übergriffen nutzte die Notlage der Betroffenen aus. Für sie war es zu diesem Zeitpunkt die einzige Möglichkeit, Zwangsarbeit, Deportation und Mord zu entkommen.

Nach der Zerstörung seines Instituts am 26. August 1944 ging Weinert nach Göttingen wie er mit Schreiben vom 19. September 1944 direkt dem Reichserziehungsministerium und nachrichtlich dem Rektor Predöhl mitteilte, um dort die »im Auftrage der Gerichte, des Reichssippenamtes und anderer Partei- und Dienststellen erbbiologische Untersuchungen zur Feststellung fraglicher Vaterschaft und Abstammung durchzuführen [...]«. Predöhl leitete das Schreiben am 25. September 1944 an den Kurator weiter »mit dem Bemerkten [...], dass ich die Art und Weise, wie Herr Weinert seine Dinge auf Kosten der Universität Kiel betreibt, sehr unerfreulich finde. [...] Grundsätzlich scheint es mir durchaus erwünscht, wenn Weinert von der Universität Göttingen mehr oder minder übernommen wird.«<sup>488</sup> Die geringe Wertschätzung Weinerts in der Kieler

485 Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie RIOD, Generalkommissar für Verwaltung und Justiz 25/43 150 n, Erbbiologische Untersuchungen, Schrb. Weiner an Calmeyer v. 3.12.1942, zit. n. Meyer, S. 199.

486 Vgl. Meyer, S. 199.

487 Forschungsstelle für Zeitgeschichte/Werkstatt der Erinnerung (FZH/WdE), 015 Interview von Beate Meyer mit Ingrid W. am 18.6.1992 in Friedrichskoog, Transkript S. 4, 18, zit. n. Meyer, S. 193, 203.

488 LASH Abt. 47, Nr. 2778, Schrb. Weinerts an den Herrn Reichserziehungsminister v. 18.9.1944.

Medizinischen Fakultät wird auch durch die bereits an anderer Stelle wiedergegebenen Einschätzungen durch den Dekan Rominger und den Rektor Creutzfeldt im August 1945 deutlich, erster schreibt: »Der bisherige Direktor des Kieler Anthropologischen Instituts, Professor Dr. Weinert, ist als reiner Vertreter des politischen Rassismus nicht tragbar und kann seine Lehrstätigkeit in Kiel nicht wieder aufnehmen.«<sup>489</sup> Creutzfeldt pflichtete ihm am 19. August 1945 bei mit den Worten: »[...] dass ich der in seinem Schreiben vom 13. August 1945 dargelegten Auffassung des Herrn Dekans der Medizinischen Fakultät beitrete.«<sup>490</sup> Obwohl die Fakultät ihn nicht mehr haben wollte, kehrte Weinert 1946 nach Kiel zurück, ausschlaggebender Grund hierfür dürfte gewesen sein, dass man ihn auch an keiner anderen Universität haben wollte.

Der Verdacht ist naheliegend, dass die durch eine Zeitzeugin belegten, durch Weinert erfolgten sexuellen Übergriffe bei der Erstellung eines rassenbiologischen Gutachtens nicht einmalig gewesen sein dürften. Einen direkten Beweis hierfür gibt es nicht. Die Untersuchten waren im nationalsozialistischen Staat nicht in der Situation, sich zu beschweren. Indirekt erfolgt eine Bestätigung durch Untersuchungen im Rahmen eines in den Jahren 1947 bis 1950 durchgeführten Disziplinarverfahrens, das deswegen hier kurz angesprochen werden soll.<sup>491</sup> Einzelheiten finden sich auf den über 200 Seiten in der Akte Abt. 811, Nr. 12415 des Landesarchivs Schleswig-Holstein. Im Rahmen einer Vaterschaftsuntersuchung hatte der Nichtarzt Weinert, der solche »ärztlichen« Untersuchungen in der Regel durchführte,<sup>492</sup> nachdem er seine Mitarbeiterin aus dem Raum geschickt hatte, in einem – wie er meinte – für die Feststellung der Vaterschaft wichtigen Untersuchungsbestandteil versucht, die Orgasmusfähigkeit der Mutter festzustellen.<sup>493</sup> Diese Handlung war Anlass für die Beschwerde gegen ihn gewesen, da die

489 Ebd., Schrb. Dekan Rominger an Oberpräsidenten v. 13.8.1945

490 Ebd., Schrb. Rektor Creutzfeldt an Oberpräsidenten v. 27.8.1945.

491 Vgl. Meyer, S. 201–203.

492 Weinert war als Anthropologe zu ärztlichen Untersuchungen nicht berechtigt, da er kein Arzt war. Anthropologische Untersuchungen im Zusammenhang mit Vaterschaftsbestimmungen waren zulässig, wenn die Betroffenen in Kenntnis des Status Weinerts diesem zugestimmt hatten. Weinert hatte geltend gemacht, dass seine Untersuchungen vom Standpunkt »des praktischen Arztes sowie des Wissenschaftlers durchaus zu vertreten seien« (LASH Abt. 811, Nr. 12415, p. 47), nur war er kein praktischer Arzt und um Wissenschaft handelte es sich hierbei auch nicht. Abgesehen davon sind von Ärzten bei Untersuchungen von Patienten bestimmte Untersuchungs- und Hygienevoraussetzungen zu beachten, die hier offensichtlich keine Rolle spielten.

493 LASH Abt. 811, Nr. 12415 p. 71, Protokoll der Vernehmung Weinerts durch den Universitätsrat v. 15.11.1948: »[...]Ich bestreite also ganz entschieden, daß andere als rein wissenschaftli-

Frau hierin einen sexuellen Übergriff gesehen hatte. Nach der Anhörung vieler Zeugen und dem Verstreichen einiger Zeit wurde die Beschwerde zurückgewiesen. Ausschlaggebend dafür wird bei einer Reihe von Hinweisen, die gegen Weinert sprachen, das Gutachten des Hamburger Obergutachters Friedrich Keiter gewesen sein, der – wie es scheint – Weinert etwas widerwillig bescheinigte, dass die von dem Anthropologen durchgeführte Untersuchung notwendig gewesen sei.<sup>494</sup> An den hier nicht im Einzelnen dargestellten Inhalten des Ermittlungsverfahrens wird erkennbar, dass Weinerts Handeln in den damaligen gesellschaftlichen Zusammenhängen nicht zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens führen konnte, weil juristisch ein Fehlverhalten nicht nachzuweisen war,<sup>495</sup> auch wenn der Sachverhalt eigentlich eindeutig war. Der Bescheid des Kurators vom 22. April 1950 lässt jedoch, wie in solchen amtlichen Schreiben auch nicht anders möglich, immerhin indirekt Zweifel des Kurators am korrekten Verhalten Weinerts erkennen. Weinert blieb Direktor seines Institutes und wurde 68-jährig am 31. Juli 1955 emeritiert. Er starb am 7. März 1967 in Heidelberg. Er gehört zu jenen, die sowohl im Nationalsozialismus als auch in der Zeit danach neben anthropologisch-wissenschaftlichen Interessen ihre Position zu ihrem eigenen Vorteil und eigener Befriedigung ausnutzten und sich dabei die Schwächen der nationalsozialistischen Machthaber wie auch der Nachkriegsregierungen persönlich nutzbar machten.

#### 6.3.4 Auflösungserscheinungen

Als Direktor des Anatomischen Instituts hatte Freerksen kein Glück. Bereits in der Nacht vom 28. auf den 29. April 1942 wurde die Anatomie durch einen Bombenangriff schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der gesamte linke Flügel des Instituts einschließlich des großen Hörsaals wurde vollständig vernichtet. Freerksen gelang es, durch bessere Ausnutzung der Räume und Ersatzbeschaffung des zerstörten Inventars die Funktions-

che Gründe mich bei der Untersuchung der Frau M. geleitet haben. Die Frage des Eintritts oder Nichteintritts des Orgasmus war unbedingt notwendig als das letzte Mittel zur Feststellung, ob es bei dem Verkehr der Frau M. mit L. zum Orgasmus gekommen ist. »

494 LASH Abt. 811, Nr. 12415, p. 55, Schrb. Prof. Dr. phil. et med. Friedrich Keiter, Hamburg, an (den ermittelnden) Universitätsrat der CAU v 12.8.1948: »Das Gutachten Prof. Weinerts ist sachlich richtig. Die von ihm durchgeführten Untersuchungen gehören, wie auch das Gericht schon anerkannt hat, zu einem vollen Programm biologischer Vaterschaftsbeurteilung, genügende Delikatesse in der Durchführung vorausgesetzt, dazu.«

495 Dies war nicht zuletzt auch deswegen der Fall, weil die ermittelnden Personen erhebliche Energie aufbrachten, die Glaubwürdigkeit der Zeuginnen durch eingehende Untersuchungen ihres Lebenswandels unter Einschaltung der Kriminalpolizei zu erschüttern.

fähigkeit des Instituts wiederherzustellen.<sup>496</sup> Am 5. Juni 1944 jedoch bat Freerksen den Rektor nach einem vorangegangenen persönlichen Gespräch, ihn von seinem Amt als Prorektor zu entbinden. Als Grund gab er an, dass das Anatomische Institut beim letzten Bombenangriff am 22. Mai derart schwere Bombenschäden davongetragen habe, dass nur eine radikale Umstellung des Betriebes die Weiterführung der Arbeit möglich mache. Dadurch müsse er häufig einige Tage von Kiel abwesend sein.<sup>497</sup> Ähnliche Schreiben verfasste er wohl noch häufiger, denn im Personal- und Vorlesungsverzeichnisses des Wintersemesters 1944/45 ist er nur noch in seiner Lehrstuhl- und Direktorfunktion und als Mitglied des Senats zu finden. Alle anderen Ämter hatte er wahrscheinlich im Juni 1944 mit der gleichen Begründung aufgegeben. Holzlöhner wurde noch am Tage des Eingangs des Schreibens Freerksens bei Predöhl, dem 6. Juni 1944, zum Nachfolger als Prorektor ernannt.<sup>498</sup> Für den Institutsdirektor Freerksen kam es noch schlimmer: Am 14. September 1944 teilte er dem Kurator mit, dass das Anatomische Institut in der Nacht vom 26. auf den 27. August 1944 durch Brandbomben total zerstört worden sei. Am 17. September folgte die Mitteilung, dass das Institut nach seiner Totalzerstörung seinen wissenschaftlichen Forschungsbetrieb in der Landwirtschaftlichen Schule in Lensahn<sup>499</sup> und seit Januar 1945 auch in Sielbeck bei Eutin fortführe.<sup>500</sup> Einem Vermerk vom 6. Juli 1945 ist zu entnehmen, dass Freerksen von den englischen Dienststellen verhaftet worden war.<sup>501</sup> Dieses war das Ende einer glanzvollen Karriere als nationalsozialistischer Funktionär und mehr oder weniger auch als Anatomieprofessor.

Freerksens plötzliches Ausscheiden aus der Universitätsführung nach einem Gespräch mit Predöhl am 5. Juni 1944 gibt Anlass zu Spekulationen. Predöhl war vor 1933 Sozialdemokrat gewesen und war wohl mehr den von ihm so erkannten Not-

496 LASH Abt. 47, Nr. 2081, Bericht Freerksen an das REM über Wiederaufbau des Anatomischen Instituts v. 9.2.1943.

497 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Freerksen an Predöhl v. 5.6.1944.

498 Ebd., Schrb. Predöhl an Holzlöhner v. 6.6.1944.

499 LASH Abt. 47, Nr. 2750, Schrb. Freerksen an Kurator v. 14.9.1944 und 17.9.1944. Bei beiden Schreiben fehlt die damals übliche Grußformel »Heil Hitler«.

500 LASH Abt. 47, Nr. 2750, Schrb. Freerksen an Kurator v. 17.1.1945. Die Aufnahme der Arbeit in Sielbeck muss zwischen Ende November 1944 und Anfang Januar 1945 erfolgt sein. Mit Schreiben v. 10.11.1944 bat Zitzlsperger darum, nach Genehmigung durch Ärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung in Lensahn ärztliche Praxis ausüben zu dürfen. Am 22.2.1945 wurde ein Schreiben des Kurators bereits an Zitzlsperger, Anatomisches Institut, Sielbeck bei Eutin adressiert. Näheres ist zu dem Umzug von Lensahn nach Sielbeck nicht bekannt.

501 LASH Abt. 47, Nr. 2750, Vermerk v. 6.7.1945.

wendigkeiten als Neigungen gefolgt, als er 1937 in die NSDAP eintrat. Werden die Feststellungen des bereits einmal angeführten Berufungsausschusses in Freerksens Entnazifizierungsverfahren trotz grundsätzlicher Bedenken gegen Quellen dieser Art hinzugezogen, so gibt eine hier wörtlich wiedergegebene Feststellung Hinweise: »Freerksen hat durch zahlreiches weiteres Material, das dem Ausschuss vorgelegt worden ist, insbesondere durch Bescheinigungen der als Mitglieder der Widerstandsbewegung bekannten Professoren Gerstenmeyer [sic!] und Schreiner sowie des Direktors Sander den eindeutigen Nachweis erbracht, dass er Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hat.«<sup>502</sup> Diese Feststellung im Bezug auf einen Hochschullehrer, der in der Zeit des Nationalsozialismus hohe Ämter in der Universität, als Gaudozentenführer und eine Funktion im SD der SS bekleidete, erhält dadurch, dass als Konsequenz von allen befassten Entnazifizierungsbehörden immer wieder die völlige Entlastung festgestellt wurde, erhebliches Gewicht. Freerksen wurde u. a. durch Benninghoff<sup>503</sup> und, wie schon erwähnt, dem Theologieprofessor und späteren CDU-Politiker und Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier entlastet. Insbesondere der Name Gerstenmaier könnte hierbei überraschen, dies relativiert sich jedoch bei näherer Kenntnis der beruflichen Tätigkeiten Gerstenmaiers in den dreißiger Jahren, die durchaus in manchen Phasen als mit dem Nationalsozialismus konform angesehen werden können. Auf Einzelheiten, die von Jochen-Christoph Kaiser ausführlich dargestellt sind, kann hier nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls müssen sich Gerstenmaier und Freerksen schon in Freerksens Rostocker Zeit kennen gelernt haben, als Gerstenmaier die theologische Studentenschaft führte und es zu kleineren Zusammenstößen mit der von Freerksen geführten nationalsozialistischen Studenten kam.<sup>504</sup> Im Jahre 1938 hatte Freerksen seinerseits als Gießener Gaudozentenführer dem Mitarbeiter des Kirchlichen Außenamtes Gerstenmaier, der gleichzeitig auch noch nebenamtlich in der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes arbeitete, gegenüber dem Dozentenbunds-

502 LASH Abt. 605, Nr. 1032, Vorlage für Entscheidung der Militärregierung zur Berufung v. 7.2.1947.

503 Grundmann, Kornelia/Aumüller, Gerhard: Anatomen in der NS-Zeit – Parteigenossen oder Karteigenossen? Das Marburger Anatomische Institut im Dritten Reich, in: *Medizinhistorisches Journal* 31 (1996), H. 3/4, S. 322–357, hier S. 347.

504 Kaiser, Jochen-Christoph: Eugen Gerstenmaier in Kirchen und Gesellschaft nach 1945, in: Huber, Wolfgang (Hg.): *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 69–92, hier S. 72–77.

fürher der Universität Berlin eine befürwortende Bescheinigung ausgestellt.<sup>505</sup> 1944 gehörte Gerstenmaier zu den wenigen Angehörigen des Kreisauer Kreises, die den 20. Juli 1944 überlebt hatten.<sup>506</sup>

Denkbar wäre, dass die Evakuierung seines Instituts nach Lensahn es Freerksen tatsächlich erschwert haben könnte, dem Amt des Prorektors weiter nachzukommen. Der übergangslos erfolgte Rücktritt könnte aber auch dadurch bedingt sein dass es weitere gute Gründe wie z. B. eine nicht ganz tatenlose Opposition Freerksens zum Regime gegeben haben könnte. In diesem Falle wird Predöhl die notwendigen Maßnahmen ergriffen haben, um die Universität im Falle einer Entdeckung nicht mit einem derart engagierten Prorektor zu belasten. Wie offen das Gespräch zwischen Rektor und Prorektor auch immer geführt worden sein mag, es muss bei Predöhl Eindruck hinterlassen haben. Für die ungewöhnliche, sofortige Entpflichtung Freerksens und Einsetzung Holzlöhners ist die Verlagerung des Anatomischen Instituts keine angemessene Begründung. Predöhl, der als Rektor sein Institut in Ratzeburg führte, hatte wohl das Gefühl, dass unverzügliches Handeln erforderlich sei. Im Bezug auf die Gründe hierfür bleiben derzeit nur spekulative Überlegungen. Zwischen dem 5. Juni, dem Zeitpunkt des Gesprächs, und dem 20. Juli 1944, dem Zeitpunkt des Attentats auf Hitler, lagen nur sechs Wochen. Die Vorbereitungen zu dem Putsch waren zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschritten. Die Aufklärung der Beziehung Freerksen/Gerstenmaier wird ebenso wie das plötzliche freiwillige Ausscheiden Freerksens aus fast allen Ämtern im Juni 1944 noch Ziel weiterer Forschungsbemühungen sein müssen.

Eine viel einfachere Erklärung könnte durchaus plausibel im gesundheitlichen Bereich liegen. Vielleicht hatte Freerksen eine reaktive Anpassungsstörung,<sup>507</sup> die seine Arbeitsfähigkeit einschränkte. Schließlich war alles, was ihm bisher wichtig gewesen war, in kürzester Zeit zu einem großen Trümmerhaufen geworden. Für eine solche Störung könnte u. a. der Zeitraum von fast drei Wochen zwischen der Zerstörung des Instituts und seiner Mitteilung an den Kurator und die Tatsache, dass seinen beiden

505 Schrb. der NSDAP Gauleitung Hessen-Nassau, Amt NSDAP-Dozentenbund, Der Gaudozentenbundsführer Gießen, Unterschrift Freerksen, an den Dozentenbundsführer der Universität Berlin v. 20.12.1938, Faksimile aus Cramer, Helmut: *Wie sind wir doch so frei – auweih! Ein kritischer Bericht über den Skandal um 21.000 Kriegsbücher der Waffen-SS, Königswinter 1973.*

506 Kaiser, S. 76.

507 Sie kann das Ergebnis eines Ereignisses sein, auf das sich der Betroffene nicht einstellen kann. Meist wird eine solche Anpassungsstörung wenige Wochen nach Beendigung des auslösenden Faktors überwunden. Pschyrembel, S. 83.

Schreiben an den Kurator vom 14. und 17. September 1944 die ansonsten nahezu reflexartig verwendete Grußformel »Heil Hitler« fehlte, sprechen. Dann allerdings bliebe unverständlich, warum es dem durch hohe Ämter im Nationalsozialismus belasteten Freerksen früh, nämlich schon Anfang 1947, gelang, sich als eindeutig unbelastet einstufen zu lassen.

Der Bombenangriff am 26./27. August 1944 hatte neben der weitgehenden Beschädigung des Anatomischen und des Physiologischen Instituts sowie des Instituts für Physiologische Chemie auch die Zerstörung des Anthropologischen Instituts zur Folge. Weinerts Konsequenz, ohne weitere Abstimmung mit Rektor und Dekan seine Aktivitäten im September 1944 weit in den Süden an die Universität Göttingen zu verlegen, wurde bereits dargestellt. Dass Weinert durch sein menschlich vielleicht verständliches Vorgehen gegen seine Pflichten als Hochschullehrer verstieß, indem er seine Vorlesungen für die Kieler Studenten nicht mehr anbot, mag im Hinblick auf den weiteren Kriegsverlauf und die bevorstehende, zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht bekannte Schließung der Universität, unerheblich erscheinen, wurde jedoch von seinen in Kiel verbliebenen Kollegen nicht ohne Grimm zur Kenntnis genommen.<sup>508</sup> Sein Ansehen war unter den Kollegen so gering, dass die Fakultät lieber ganz auf ihn verzichten wollte, als sich mit seinem Verhalten auseinanderzusetzen. Die nun von ihm nicht mehr angebotene Pflichtvorlesung »Erbbiologie als Grundlage der Erbkrankheiten« solle Creutzfeldt anhangsweise in seine Vorlesung aufnehmen, im Übrigen sollten alle Dozenten die Erbkrankheiten im Rahmen ihrer Vorlesungen berücksichtigen, so die Fakultät. Der Beschluss lässt erkennen, dass die Erbbiologie zwar ihren ideologischen Stellenwert behielt – sonst hätte man in Anbetracht drängenderer Probleme ganz auf sie verzichtet – aber auch in der von den Nationalsozialisten beherrschten Kieler Medizinischen Fakultät mittlerweile ohne praktische Bedeutung war. Andere Themen wurden zunehmend wichtiger und Creutzfeldt war mit Sicherheit kein engagierter Lehrer in Erbbiologie. Die anhangsweise Übernahme in eine bestehende Hauptvorlesung lässt unter diesen Umständen nicht mehr als eine »Pflichtübung« erwarten. Dies dürfte auch für die Berücksichtigung der Thematik in fast allen anderen Vorlesungen gelten. Die Fakultät hatte sich durch ihren Beschluss einer lästigen Pflicht entledigt, ohne dass tatsächlich eine Änderung beabsichtigt war.

508 LASH Abt. 47, Nr. 2778, Schrb. Rektor an Kurator v. 25.9.1944.

### 6.3.5 Wiedereröffnung der Universität

Der erste von den Briten ernannte Rektor der Christian-Albrechts-Universität war der Mediziner Hans Gerhard Creutzfeldt. Seine Rede anlässlich der Wiedereröffnung der Christiana Albertina am 27. November 1945<sup>509</sup> stellt eine Bilanz und ein Programm dar, bei dem deutlich das Bemühen um Einbindung in einen weit zurückreichenden Traditionsstrang ins Auge sticht. Den »Schiffbrüchigen« des Jahres 1945 sollte auch moralisch wieder Halt verschafft werden.<sup>510</sup> Die von Creutzfeldt offensichtlich mit Bedacht formulierte Rede beschäftigt sich mit der Bedeutung des Dankens für die Menschen. Dieser Abschnitt endet mit den Worten: »Wir wurzeln im Danke, in der Dankbarkeit auch gegen alle die, deren Leben die letzten Völkerkriege ein frühes Ziel gesetzt haben.« Sein scheinbar klarer Satz lässt viele Fragen offen: Wem wollte er danken? Den vielen ermordeten und im Bombenkrieg umgekommenen Opfern eines von Deutschland angezettelten Angriffskrieges? Oder den Menschen, deren Leben auf die schrecklichste Art und Weise in den Vernichtungslagern im Osten ausgelöscht wurden? Oder den Männern, Frauen und Kindern, die durch die Kugeln der Einsatzkommandos des SD ermordet wurden? Oder den Soldaten beider Seiten, denen in den brutalen Kämpfen besonders an der Ostfront und in Frankreich 1944 unter Verletzung jeglichen Völkerrechts »ein frühes Ziel« gesetzt wurde? Seine nächsten Worte machen deutlich, dass auch ein durchaus dem Regime distanziert gegenüberstehender Mann wie Creutzfeldt nicht begriffen hatte, auf welchem nicht nur materiellen sondern viel ausschlaggebender moralischen Trümmerhaufen die Aufbauarbeit beginnen musste: »Ich bitte Sie alle sich zu erheben zu dankbarem Gedenken an alle Gefallenen dieses Krieges, ob Freund, ob Feind, sie sind Opfer einer Idee, die uns alle erfüllen soll, die des Friedens«. Alles an diesem Satz Creutzfeldts ist unangebracht. Er signalisiert eine Haltung der »gleichen Augenhöhe« mit den Siegern, etwa in dem Sinne: »Wir haben verloren, wir sind auf euch angewiesen, aber es hätte auch anders kommen können.« Aber so war es nicht: Von einem Regime mit früh erklärten imperialistischen und menschenverachtenden Zielen, das Rückhalt in der großen Mehrheit des deutschen Volkes und eben auch bei einer erheblichen Zahl von Hochschullehrern gefunden hatte, war nach einer gewaltigen, alle wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands weit überschreiten-

509 Maschinenschriftliches Manuskript mit der Bezeichnung »Eröffnungsfeier der Universität 27. November 1945«. Ungedrucktes Manuskript, Archiv des Rektorats der CAU. Kopie vom Original im Besitz des Verfassers. Diese Quelle verdanke ich Prof. Dr. Christoph Cornelißen, Frankfurt a. M.

510 Cornelißen, Christoph: Aus den Trümmern – die Kieler Universität im Jahre 1945, in: Christina Albertina N. F. 62 (2006), S. 33–45, hier S. 33.

den, der Kriegsvorbereitung dienenden Aufrüstung und zahlreichen völkerrechtlichen Verstößen kurz vor der Insolvenz des Staates ein beispielloser Eroberungs- und Vernichtungskrieg begonnen worden. In dessen Verlauf mussten über 50 Millionen Menschen ihr Leben lassen. Nur die Entschiedenheit der alliierten Siegermächte hatte zu einer Befreiung der verblendeten und zu einem wirkungsvollen Widerstand gegen die Verbrecher an ihrer Spitze nicht bereiten und fähigen Deutschen geführt. Creutzfeldt merkte nicht oder wollte nicht sehen, dass die Deutschen weniger Opfer, sondern viel mehr Täter waren, dass ihre Idee nicht die der Freiheit war, sondern die der »Blut-und-Boden-Ideologie« der Nationalsozialisten, deren Folge über die gefallenen Soldaten beider Seiten hinaus viele Millionen im Namen des deutschen Volkes ermordete Juden, Polen, Sowjetrussen, Kriegsgefangene, Sinti und Roma u. a. mehr waren. Damit legte Creutzfeldt, ohne dass er und andere dies bei der Eröffnungsfeier es schon wissen konnten, mit anderen die Grundlage für einen verlogenen Neubeginn in Deutschland, bei dem die Notwendigkeiten des sich bald entwickelnden »Kalten Krieges« zwischen Ost und West das Vergessen unter den Deutschen zur nationalen Pflicht machten. Creutzfeldt hatte damit schon früh die Formel für die zukünftige »Bewältigung der Vergangenheit« gefunden.<sup>511</sup> Oder, um es mit Wolfgang Eckart auszudrücken: »[...] der lange Weg hin zu einer restaurativen, eher auf das Kaiserreich als auf Weimar gerichteten >neuen< Identität, zurück zu den abgeschlossenen Strukturen der autoritativen Ordinarienuniversität, mögen hierzu [der späten Rezeption des politischen Alltags an Universitäten und Fakultäten, d. Verf.] ebenso beigetragen haben wie Prozesse der unbewussten Verdrängung oder der bewussten Verleugnung einer dem NS-Staat willfährig subordinierten und vom Staat in Dienst genommenen Universität zwischen 1933 und 1945«.<sup>512</sup> Deswegen gab es keinen Neuanfang, sondern tatsächlich nur eine Wiederaufnahme der Tätigkeit nach einem unverarbeiteten, katastrophalen Zusammenbruch. Zu einem Neuanfang gehört, um es in der Sprache der Betriebswirtschaft auszudrücken, eine »Bilanz des Soll und Habens« sowie »Wertberichtigungen«.

Es gab aber auch 1945 schon Stimmen, die die Notwendigkeiten erkannten. Zu ihnen gehörte Karl Jaspers. Er fordert in seiner bekannten Rede aus dem August 1945 die Erneuerung: »Unsere in dieser Würdelosigkeit einzig noch bleibende Würde ist die Wahrhaftigkeit. [...] Wir müssen Abstand nehmen von einer Vergangenheit um uns

511 Vgl. Pohl, Karl-Heinrich: Überlegungen zur »Vergangenheitsbewältigung« in Schleswig-Holstein nach 1945, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 209–220, hier S. 216.

512 Eckart, Medizinische Forschung, S. 106

und in uns.«<sup>513</sup> Davon war 1945 seitens der Universität und auch der Medizinischen Fakultät wenig zu spüren. Die Frage einer Aufarbeitung der Vergangenheit, der wirklichen Neugestaltung der Zukunft stellte sich in der Fakultät noch viele Jahre nicht, stattdessen wurde in bekannten Mustern argumentiert Man habe sich nichts vorzuwerfen, die Ausbildung der Medizinstudenten sei eigentlich auch in der schwierigen Zeit gut gewesen und man habe »Großes« in der Kriegs- und Nachkriegszeit geleistet.

Die Wiedereinstellung von Amtsinhabern der Verwaltung und des Militärs des unter großen Opfern beseitigten Regimes und der wegen der fast vollständigen Übernahme der Justiz des »Dritten Reiches« nicht überführbaren meisten Verantwortlichen des nationalsozialistischen Regimes durch die neue Staatlichkeit in Deutschland waren wahrscheinlich der Grund dafür, dass der in den ersten Jahren noch unter einzelnen Hochschullehrern bestehenden Wunsch, einen neuen Anfang zu wagen, scheitern musste. Auch die Kieler Medizinprofessoren blieben nach dem Zweiten Weltkrieg einem Denken in überkommenen politischen Kategorien verhaftet. Sie hielten geradezu verkrampft am Bild der unpolitischen Universität fest, obwohl sie selbst gleich nach dem Kriegsende mit dem Politisieren fortfuhren.<sup>514</sup> Erst die Kinder und Enkelkinder der Verantwortlichen schafften es, beginnend in den letzten Jahren der Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts, gegen starken Widerstand die Aufarbeitung der weitgehend totgeschwiegenen Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zu beginnen.<sup>515</sup>

Creutzfeldt als Rektor war sicher in einer schwierigen Situation. Aus den überzeugten oder auch nur »Nenn«-Nationalsozialisten waren überwiegend wieder national-liberale, konservative Hochschullehrer geworden, die die letzten zwölf Jahre vergessen und dort anknüpfen wollten, wo Anfang 1933 aufgehört worden war. Dazu gehörte, dass die alten Ordinarienrechte wieder voll restituiert, möglichst noch verbessert wurden und die Selbstachtung erhalten blieb. Schließlich habe man ja nur seine Pflicht getan, habe in der Forschung und Lehre Hervorragendes geleistet und Patienten unter schwierigen Umständen in Trümmern versorgt. Daher wollten die Kieler Hochschullehrer den Vorwurf nicht hinnehmen, dass auch mit ihrer Hilfe Würde und Ansehen der Deutschen verloren gegangen seien.<sup>516</sup> Auch sie konnten aber die gravierenden Ver-

513 Jaspers, Karl: Die Erneuerung der Universität. Rede bei der Feier der Eröffnung der medizinischen Kurse an der Universität Heidelberg am 15.8.1945, in: Bauer, Karl-Heinrich (Hg.): Vom neuen Geist der Universität. Dokumente, Reden und Vorträge 1945/46, Berlin/Heidelberg 1947, S. 18–25, hier S. 20.

514 Cornelißen, Aus Trümmern, S. 40.

515 Vgl. Eckart, Medizinische Forschung, S. 106.

516 Vgl. Bleuel, S. 7 f.

fehlungen und Verbrechen, die an das Tageslicht kamen, nicht ungeschehen machen oder leugnen. So schien es zunächst geraten, sich zurückzuhalten und auf die Zeit zu warten, in denen die Siegermächte die Besiegten wieder brauchen und der Schleier des Vergessens sich über das Vergangene senken würde. Folglich wurden belastete Kollegen ähnlich wie es auch 1933, jedoch in umgekehrter Richtung, geschehen war, aus der vordersten Linie zurückgenommen. Der neben Büngeler einzige unbelastete Medizinprofessor Rominger wurde Dekan der Medizinischen Fakultät. Bargmann und Hallermann, die einen guten Ruf in der Bevölkerung und bei der Besatzungsmacht hatten, übernahmen führende Rollen. Die Dozenten, Oberärzte und Oberassistenten wie auch die Assistenten waren entbehrlich und wurden fast vollständig ausgetauscht, die Macht der Ordinarien war in der Folge größer und stärker als je zuvor. Es ging um das Anknüpfen an die Ideale der Universität Humboldts, Stolz auf die Leistungen im Krieg und danach, Dank an die Möglichkeit des scheinbar neu weitermachen Dürfens unter stillschweigender Einbindung auch der Täter. Es gab keine sichtbare Reue, kein Bedauern, keine Reflexionen.

Creutzfeldt war keine lange Amtszeit als Rektor beschieden. Bereits im Frühjahr 1946 wurde er seines Amtes enthoben, als er gegen die Anweisung der britischen Besatzungsmacht mehr als die erlaubten 10 Prozent an Wehrmachtsoffizieren zum Studium an der Universität zuließ.<sup>517</sup> Am 30. September 1953 wurde er entpflichtet. Seine Rolle im Fall Heyde/Sawade zeigt, dass er in den Folgejahren nach der Niederlage nichts dazu gelernt hatte und, wenn auch wieder einmal widerwillig, Bestandteil des neuen Systems, des Netzwerks der Ewiggestrigen wurde. Immerhin teilte er, nachdem er entpflichtet worden war und durch seinen Umzug nach München knapp 900 km zwischen sich und seine alte Wirkstätte gelegt hatte, in einem Gutachter-Streit am 8. Dezember 1954 dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichtes Dr. jur. Ernst-Siegfried Buresch schriftlich die wahre Identität des »Dr. Sawade« mit. Am 10. Januar 1955 erhielt er das Schreiben vom Präsidenten des Gerichts mit der Bemerkung zurück, sein Handeln doch noch einmal in Hinblick auf die Resonanz in den Medien besonders im Ausland zu überdenken.<sup>518</sup> Creutzfeldt ließ die Sache daraufhin auf sich beruhen.<sup>519</sup> Er gehörte mit weiteren Kieler Ordinarien, wie Hallermann, Reinwein und auch seinem Nachfolger Störing<sup>520</sup> zu denjenigen Kieler Professoren, die wussten, dass der Flensburger Gutachter »Dr. Sawade« in Wirklichkeit der Würzburger Professor und

517 Legband, S. 15 f.

518 Vgl. Wolf, Creutzfeldt, S. 106–109.

519 Wolf, Creutzfeldt, S. 106–110; Bästlein, Heimatgeschichte, S. 159.

520 Ebd., S. 107; Godau-Schüttke, S. 106.

T4-Obergutachter Heyde war. Heyde war von 1939 bis 1941 medizinischer Leiter der Aktion T4 gewesen und wurde wegen seiner Beteiligung an der Ermordung von Behinderten und psychisch Kranken polizeilich gesucht. Es bedurfte erst im Jahre 1959 des Ärgers des in seinem persönlichen Wohlbefinden durch nachts zu laute Burschenschaften in der Nachbarschaft seines Privathauses gestörten Reinweins, damit die bis dahin unbehelligte Tätigkeit des ehemaligen »Euthanasie«-Arztes Heyde als Gutachter aufflog.<sup>521</sup> Heyde konnte so, geschützt auch durch die falsch verstandene Kollegialität Kieler Medizinprofessoren bis November 1959, wenn auch unter falschem Namen, für die schleswig-holsteinische Justiz Gutachten erstellen.

### 6.3.6 Die Medizinische Fakultät nach 1945

Trotz Schließung der Universität durch die Besatzungsmacht fand auch das eigentlich gar nicht existierende Sommersemester 1945 erstaunlicherweise nicht ohne Studenten statt. Eine Statistik der Universitätsverwaltung vom 16. Juli 1945 weist immerhin insgesamt über tausend Studierende auf, von denen etwa 400 fernimmatrikuliert waren. Etwa 140 Studentinnen waren ausgewiesen, in der Medizinischen Fakultät waren insgesamt 381 Studierende erfasst, von denen 164 männlich, 73 weiblich und 144 fernimmatrikuliert waren.<sup>522</sup>

Die erste offizielle Zusammenkunft der Fakultät fand nach der Kapitulation am 20. September im Pathologischen Institut statt. Inoffizielle Besprechungen dürfte es bei dem bestehenden Regelungsbedarf mit Sicherheit häufiger gegeben haben. Hierüber liegen jedoch Quellen nicht vor. Auf Anordnung der Militärregierung hatte eine Neuwahl des Dekans stattgefunden, bei der am 7. August 1945 der Direktor der Universitäts-Kinderklinik Rominger einstimmig gewählt worden war.<sup>523</sup> Drei Tage nach Wiedereröffnung der Universität am 27. November fand am 30. November eine Fakultätssitzung statt, an der unter Vorsitz des Dekans Rominger auch der neue Rektor Creutzfeldt teilnahm. In dieser Sitzung wurde auch über die Suspendierung von Fakultätsmitgliedern gesprochen und der Ersatz im Einzelnen erörtert. Es wurde beschlossen, zunächst nur Stellvertreter einzusetzen, weil »damit gerechnet wird, dass der

521 U.a. LASH Abt. 811, Nr. 6667; Schleswig-Holsteinische Volkszeitung v. 21.11.1959.

522 LASH Abt. 47, Nr. 2108. Bei den Fernimmatrikulierten dürfte es sich um kriegsgefangene deutsche Soldaten gehandelt haben, so dass insgesamt 308 Studierende männlich gewesen sein müssten.

523 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 275. Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 20.9.1945. Das Ergebnis der Neuwahl des Dekans am 7.8.1945 wurde nachträglich protokolliert.

größere Teil der Kollegen doch wieder in ihr Amt eingewiesen werden kann«. <sup>524</sup> Am 1. März 1946 berieten nur die wenigen, von der Militärregierung bestätigten Mitglieder der »engeren« Fakultät: Creutzfeldt, Rominger, Anschütz, Hallermann, Schmidt. Bei allen anderen war noch offen, ob sie wieder Verwendung finden würden. Es folgte eine Zeit voller Ungewissheiten über die weitere Verwendung der belasteten Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät, die auch geprägt war von widersprüchlichen Entscheidungen der Militärregierung und der Notwendigkeit, unter großen materiellen Schwierigkeiten die materiellen und inhaltlichen Grundlagen für die künftige Ausbildung von Ärzten zu schaffen.

Das weitere Geschehen in der Medizinischen Fakultät ist bei allen Unsicherheiten der damaligen Zeit durch eine letztlich erstaunliche Kontinuität geprägt. Der Werdegang Freerksens nach 1945 schließt sich unerwartet nahtlos an seine Erfolgsgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus an. Ihm selbst war es offenbar gelungen, seine Aktivitäten im »Dritten Reich« in den Jahren nach dem Krieg weitgehend aus dem allgemeinen Bewusstsein verschwinden zu lassen. Er selbst soll nie über seine Vergangenheit gesprochen haben und muss wohl den Einfluss besessen haben, auch wichtige Unterlagen den Augen der Nachwelt zu entziehen. Zunächst gingen Freerksens Kollegen in der Fakultät jedoch davon aus, dass er seinen Lehrstuhl verlieren würde. In der Fakultätssitzung vom 4. Januar 1946 wird unter dem Tagesordnungspunkt »Berufungsfragen« deutlich, wie der Fakultätsausschuss, dessen Mitglieder die Aktivitäten ihrer Kollegen aus nächster Nähe mitbekommen hatten, deren Aussichten einschätzten, wieder in ihr Amt eingesetzt zu werden. Für die Besetzung der Lehrstühle Anatomie, Hygiene und Physiologie wurden die Professoren Bargmann, Klose und Opitz vorgeschlagen. <sup>525</sup> Der Ausschuss vertrat offensichtlich die Auffassung, dass Freerksen und Bachmann ihren Lehrstuhl nicht wieder würden wahrnehmen können, der Lehrstuhl für Physiologie war durch den Tod Holzlöhners frei geworden.

Werner Bachmann ist tatsächlich der einzige Medizinprofessor, der dauerhaft aus der Universität entfernt wurde. Ohne Zweifel war er ein überzeugter, ideologisch gefestigter Nationalsozialist, dem jedoch neben seinem ausgeprägten Antisemitismus und Rassismus, seiner Mitgliedschaft in der NSDAP und seiner Funktion als Gauamtsleiters für Rassenhygiene im Gau Schleswig-Holstein keine weiter gehenden Vorwürfe gemacht werden können. Er wurde im Juni 1945 von der Besatzungsmacht inhaftiert, <sup>526</sup>

524 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 279., Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 30.11.1945.

525 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 283, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 4.1.1946.

526 LASH Abt. 47 Nr. 3153, Schrb. des komm. Leiters des Hygiene Instituts Klose an den Kurator der Universität v. 1.12.1945.

sein Lehrstuhl mit Klose zunächst kommissarisch, dann endgültig besetzt.<sup>527</sup> Seine Bemühungen, in das Amt zurückzukehren, scheiterten.

Für einige Zeit gab es in der Fakultät jedoch noch ziemliche Turbulenzen. Am 15. Mai 1946 nahm Bargmann als neuer Ordinarius für Anatomie erstmals an einer Fakultätssitzung teil.<sup>528</sup> In der gleichen Sitzung berichtete Creutzfeldt über die Gründe seiner Absetzung als Rektor durch die Militärregierung. Am 18. Juni wurde Bargmann als Mitglied des Entnazifizierungsausschusses vorgeschlagen, am 6. August Büngeler als Dekan gewählt. In mehreren Sitzungen beschäftigte man sich mit dem >Problem< Weinert, der mit der Sammlung des Anthropologischen Instituts in Göttingen untergekommen war und den die Fakultät nicht mehr in ihren Reihen haben wollte. Am 10. September war über den Umstand zu beraten, dass Klose wohl aufgrund interner Intrigen im Hygienischen Institut auf Verfügung der Militärregierung wieder entlassen worden war. Am 17. September wurde daher eine Berufungskommission für die Nachfolge Kloses eingesetzt. Der bisherige Oberarzt der Chirurgie Wanke wurde an erster Stelle für die Nachfolge Fischers in der Chirurgischen Klinik vorgeschlagen, Oberarzt Riecke sollte den HNO-Lehrstuhl von Vogel übernehmen. In der Sitzung am 21. September wurde laut Protokoll über die Auswahl bei der Immatrikulation von Studenten, Zuständigkeitsfragen für die Ernennung von kommissarischen Vertretern und Berufungsfragen beraten. Am 19. Oktober waren es Berufungsfragen, die Planung einer Ärztefortbildung zusammen mit den niedergelassenen Ärzten und die Organisation der Medikamentenbeschaffung, mit denen sich die Sitzung beschäftigte.

Am 6. Januar 1947 wurde berichtet, dass Klose einstimmig vom deutschen Entnazifizierungsausschuss der Militärregierung zur Wiedereinsetzung empfohlen worden sei, bei Vogel werde ähnliches erwartet. In dieser Sitzung musste sich die Fakultät mit der überraschenden Tatsache befassen, dass Freerksen vom deutschen Entnazifizierungsausschuss einstimmig entlastet worden war und seine Wiederverwendung vom Hochschulausschuss empfohlen wurde. In der Fakultät hatte aufgrund der eindeutigen Zuwendung Freerksens zum Nationalsozialismus wohl keiner mit einer derartigen Entwicklung gerechnet. Die Fakultät beschloss, Freerksen von seinem Ordinariat zu beurlauben, bis eine Wiederberufung auf einen anderen Lehrstuhl möglich sein würde.<sup>529</sup> Am 3. März 1947 wurde ein entsprechender Antrag an die Landesregierung gerichtet.<sup>530</sup> Am 28. April berichtete der Dekan überraschend, dass die Wiedereinset-

527 Wolf, Hygiene, S. 106.

528 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 288, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 15.5.1945.

529 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 305, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 6.1.1947.

530 Ebd., p. 311, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 3.3.1947.

zung von Klose nicht möglich sei und Klose seine Emeritierung beantragt habe. Am 4. März 1948 wurde in der Fakultätssitzung bekannt, dass Klose seinen Anspruch auf den Lehrstuhl aufrecht erhalten habe, den er dann auch einige Zeit später tatsächlich wieder übernahm.<sup>531</sup>

Am 28. April 1947 wollte die Fakultät einen Lehrstuhl oder Lehrauftrag für Geschichte der Medizin für Freerksen beantragen.<sup>532</sup> Am 3. November 1947 musste sie sich mit Unterlagen Freerksens befassen, denen zu entnehmen ist, dass er nunmehr von dem Entnazifizierungsausschuss und der englischen Militärregierung einstimmig in die Gruppe V »Entlastet« eingestuft worden war. Freerksen bat die Fakultät »das Erforderliche zur Erlangung seines Lehrstuhls zu veranlassen«. Die Fakultät beschloss, auf eine Emeritierung Freerksens hinzuarbeiten. Dabei sollten aber alle Schritte zur Rehabilitierung ergriffen werden, die möglich waren, ohne Bargmann zu beeinträchtigen.<sup>533</sup> Wie ging es also mit Freerksen weiter? Schreiber weist auf in den letzten Jahren vermehrt publizierte Studien hin, »welche die geradezu reibungslose Integration von NS-Tätern aus dem Kreise des Sicherheitsdienstes in die deutsche Nachkriegsgesellschaft zum Gegenstand haben«. <sup>534</sup> Die weitere Karriere Freerksens entspräche den Studien, ohne dass bisher Quellen vorliegen, die diesen Sachverhalt direkt beweisen. Freerksen wurde 1946 als Abteilungsleiter in das spätere Forschungsinstitut Borstel eingestellt, dessen Leitung er 1950 als Institutsdirektor übernahm. Ein Schriftwechsel zwischen Bargmann und Freerksen im Jahre 1952 lässt eine Momentaufnahme dieses Mannes in der damaligen Zeit erkennen: Der Direktor des Anatomischen Institutes bittet den in Borstel tätigen Freerksen, wegen des großen Platzmangels an seinem Institut das von ihm kaum genutzte Emeritus-Zimmer zur Verfügung zu stellen, nachdem er sich vorher schon Rückendeckung beim Kurator geholt hat. Er stößt auf keinerlei Einsicht bei Freerksen, der durch Bargmann mehr oder weniger »gewaltsam« aus dem Zimmer entfernt werden muss.<sup>535</sup> 1967 wurde er während der Amtszeit des Ministerpräsidenten

531 Ebd., p. 313, 336, Protokolle der Fakultätsausschusssitzung v.28.4.1947 und 3.3.1948.

532 Ebd., p. 313, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 28.4.1947.

533 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 328, Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 3.11.1947.

534 Schreiber, S. 13. Vom Schreiber wird auch eine Studie von Lutz Hachmeister angeführt, der am Beispiel des von der RAF ermordeten ehemaligen ehrenamtlichen SD-Mitarbeiters und SS-Untersturmführers, des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, erarbeitet hat, wie es die junge SD-Elite schaffte, nach dem Kriege Teile ihrer Netzwerke zu reaktivieren und für die eigene Karriere u. a. als Journalist oder eben auch in der Wirtschaft zu nutzen.

535 LASH Abt. 47, Nr. 2750. Verschiedene Schriftwechsel zwischen Bargmann, Freerksen und dem Kurator aus dem Juni/Juli 1952.

Helmut Lembke, des ehemaligen nationalsozialistischen Bürgermeisters von Schleswig und Eckernförde, gegen den Willen der Kieler Medizinischen Fakultät auf einen neu geschaffenen Lehrstuhl für Experimentelle Biologie und Medizin berufen.<sup>536</sup> Das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse mochte Helmut Lembke Freerksen anlässlich seines 60. Geburtstags 1970 nach einer Rückfrage beim Berlin Document Center nicht verleihen.<sup>537</sup> 1978 trat Freerksen in den Ruhestand, nachdem es ihm noch 1972 gelungen war, eine vielversprechende Kombi-Therapie gegen Lepra zu entwickeln.<sup>538</sup> 1994 wurde über eine von ihm nach dem Eintritt in den Ruhestand entwickelte Kombinationstherapie gegen Malaria berichtet.<sup>539</sup> Freerksen starb am 4. Oktober 2001 in Mölln.<sup>540</sup>

### 6.3.7 Der Beginn in Trümmern und Ungewissheit

Der Beginn nach der Befreiung – oder wie die meisten Deutschen damals meinten – nach der Niederlage, konnte, wie die kurze Zusammenfassung der nunmehr ausführlicher protokollierten Fakultätssitzungen zeigt, kaum noch chaotischer ablaufen. Hinzu kamen die hier nicht dargestellten zahlreichen Diebstähle in den Instituten und Kliniken, ein Zuständigkeitswirrwarr, Intrigen in den führungslosen Instituten und Kliniken sowie ein Mangel an fast allem, was für eine geordnete Lehre und Patientenversorgung benötigt wurde. Die Zerstörung der Universität durch die alliierten Bombenangriffe hatte einen großen Mangel an Raum zur Folge, die Patientenversorgung erfolgte Ende 1944 und 1945 weitgehend in Schleswig, lediglich die poliklinische Patientenversorgung und die Lehre fanden weiterhin in Kiel statt. Die wenigen verbliebenen Hörsäle waren in einem solchen Ausmaß überbelegt, dass Studenten oft keinen Zutritt bekamen.<sup>541</sup> Für alle Fakultäten waren Hörsäle nur im Pathologischen, Zoologischen und Pharmakologischen Institut sowie in der Chirurgischen Klinik noch nutzbar, in der Inneren Medizin und der Frauenklinik wurden größere Räume für die Lehre hergerichtet.<sup>542</sup> Die Vorlesungsräume waren lange Zeit nur provisorisch ausgestattet. Einfa-

536 Schmidt, S. 287.

537 LASH Abt. 605, Nr. 14648, Vermerk Chef der Staatskanzlei –StK 2– vom 9.10.1970.

538 Lübecker Nachrichten v. 9.11.1990.

539 Ebd. v. 5.4.1994.

540 Grüttner, Biographisches Lexikon, S. 52.

541 Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948(= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 24), Köln/Wien 1983, S. 76.

542 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 280. Protokoll der Fakultätsausschusssitzung v. 30.11.1945.

che Holzbänke und ein aus Kistenbrettern gezimmertes Pult waren das Inventar. Die Elac-Gebäude, in denen die spätere »Neue Universität« untergebracht werden sollte, konnten im Wintersemester 1945/46 noch nicht genutzt werden. Man musste sich mit dem wenigen behelfen, was in der alten Universität noch vorhanden war.<sup>543</sup> Die Unterbringung von ca. 2.000 Studenten war 1945/46 in dem hochgradig zerstörten und mit Flüchtlingen überbelegten Kiel eigentlich nicht möglich. Vorläufige Abhilfe schuf die Nutzung dreier Ausbildungs- und Versorgungsschiffe der Kriegsmarine sowie eines städtischen Schiffes, die bis zum 31. März 1947 1.000 Studenten sowie 64 Dozenten und tagsüber Lehrveranstaltungen beherbergten. Trotz großer Schwierigkeiten brachte man so mit einem bewundernswerten Improvisationsvermögen das erste Nachkriegssemester mehr oder minder ordnungsgemäß über die Runden. Die Medizinische Fakultät konnte für die damalige Zeit im Rahmen dessen, was Fakultäten zu leisten vermochten stolz auf ihre Flexibilität und ihre Wiederaufbauleistungen sein. So waren die Fakultätsmitglieder vollauf damit beschäftigt, sich selbst und ihre Familien, aber auch die Krankenversorgung einigermaßen erträglich »über die Runden zu bringen« und die Lehre inhaltlich bei fehlenden Büchern, Papier u. ä. wieder zu ermöglichen. Genau ein Jahr nach der deutschen Kapitulation, am 8. Mai 1946, konnten die »Kieler Nachrichten« schreiben: »Ein Rückblick auf das vergangene Wintersemester an der Kieler Christian-Albrechts-Universität ergibt eine erfreuliche Bilanz, wenn man die großen Schwierigkeiten und Hemmnisse berücksichtigt, unter denen dieser Anfang stand.« Auch geht aus dem Artikel hervor, dass im ersten Nachkriegs-Semester die Gesamtzahl der Studierenden bereits 2.400 betrug. Dies waren immerhin nur rund 800 weniger als in dem Rekordsemester 1931. Darunter waren 84 Ausländer.<sup>544</sup> Die Aufarbeitung der Vergangenheit und eine wirkliche Neugestaltung der Tätigkeit für die Zukunft waren bei der dargestellten Mangelsituation allenfalls, wenn überhaupt, eine »cura posterior«. Wie die Zukunft dann zeigen sollte, stellte sich die Fakultät ihr noch viele Jahre nicht, und dann, wenn überhaupt, nur höchst unzulänglich. Der Lehrkörper der Fakultät war der alte, zeitweise reduziert um diejenigen, die durch ihre Tätigkeit in der Zeit des »Dritten Reiches« so belastet worden waren, dass die britische Besatzungsmacht ihre Weiterbeschäftigung nicht zuließ, ergänzt um einige neue Universitätslehrer. Im ersten nach Kriegsende wieder erschienenen, für das Wintersemester 1945/46 nur provisorisch erstellten Vorlesungsverzeichnis wurden Freerksen, Behrens,

543 Tetsch, Hartmut: Neubeginn aus Schutt und Asche, in: Allgemeiner Studentenausschuss und Arbeitsgemeinschaft für Aktive Hochschulpolitik (Hg.): 300 Jahre Studentenschaft Christiana Albertina Kiel. Jubiläumsschrift der Kieler Studentenschaft, Kiel 1965, S. 18–24, hier S. 22.

544 Kieler Nachrichten v. 8.5.1946.

Holzlhöner, Fischer, Philipp, Vogel, Schmidt, Hallermann und Bachmann nicht mehr aufgeführt.<sup>545</sup> Im Sommersemester 1946 fehlten weiterhin Freerksen, Fischer, Philipp, Bachmann und Vogel.<sup>546</sup> Neu hinzugekommen war auf den Lehrstuhl für Anatomie Wolfgang Bargmann, der aus Königsberg über Göttingen nach Kiel berufen wurde. Der 1937 emeritierte Anschütz hatte wieder die Leitung der Chirurgischen Klinik übernommen. Ein Jahr später fehlten noch Freerksen, Fischer, Bachmann und Vogel. Neu hinzugekommen waren für die Chirurgie Wanke und für die Physiologie Opitz, für die Zahnheilkunde Hammer sowie einige apl. Professoren.<sup>547</sup>

Alfred W. Fischer musste noch lange um seine Wiedereinsetzung kämpfen, neben einer Namensverwechslung machten ihm seine vielen Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und besonders seine Zugehörigkeit zur SS als Sturm-  
bannführer zu schaffen. Als er mit der Einstufung »entlastet« entnazifiziert wurde, war sein Lehrstuhl bereits mit Robert Wanke besetzt. Für Fischer wurde ein zweiter chirurgischer Lehrstuhl eingerichtet. 1954 wurde er als Direktor für die Abteilung Wik der Chirurgischen Universitätsklinik eingesetzt. Klaus Vogel hatte ebenfalls erhebliche Schwierigkeiten mit seiner Entnazifizierung. Er war neben Fischer der einzige Kieler Universitätsmediziner, der mit dem SS-Dienstgrad Sturm-  
bannführer eine Wiedereinstellung anstrebte. Dieser Dienstgrad muss in den ersten Jahren nach dem Kriege ein Ausschlusskriterium gewesen sein, denn Fischers Lehrstuhl wurde neu besetzt, d. h. es rechnete von den damals Verantwortlichen keiner mit der Möglichkeit von Fischers Rückkehr. Freerksen, der mit seiner Wiedereinstellung auch Schwierigkeiten hatte, war zwar nur SS-Hauptsturmführer jedoch im Sicherheitsdienst der SS gewesen. Vogels bis 1945 erfolgtes offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus, sein Rang als SS-Sturm-  
bannführer sowie seine aktive ehrenamtliche Mitarbeit in der Allgemeinen SS beim Stab der Sanitätsabteilung Ost, Oberabschnitt Ost, standen lange Zeit trotz chaotischer Verhältnisse in der Kieler Hals-Nasen-Ohren-Klinik seiner Wiedereinstellung als Direktor der Klinik im Wege.<sup>548</sup> Sein Glück war seine hohe fachliche Kompetenz. Für ihn, den hervorragenden Hals-Nasen-Ohrenarzt mit außergewöhnlichen Fähigkeiten in der damals für viele Kriegsversehrten unentbehrlichen plastischen Chirurgie seines Fachgebietes fand sich kein Ersatz, so dass alles versucht wurde, um ihn wieder in seine alte Tätigkeit einzusetzen.<sup>549</sup> Für Vogels Schwierigkeiten mag auch der Widerstand

545 Tetsch, S. 18.

546 Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1946.

547 Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1947.

548 LASH Abt. 47, Nr. 7413, p. 113, Erklärung Prof. Vogel v. 11.5.1937.

549 LASH Abt. 47, Nr. 7083, passim.

des SPD-Innenministers Wilhelm Käber eine Rolle gespielt haben.<sup>550</sup> Seine Wiedereinstellung als Direktor der Hals-Nasen-Ohrenklinik gelang auch wegen seiner zu diesem Zeitpunkt bestehenden Einstufung in Kategorie IV, nachdem er vorher sogar in Kategorie III eingestuft war,<sup>551</sup> nur mit vielen Mühen zum 1. Oktober 1948 in der Dienststellung eines außerplanmäßigen beamteten Professors, aber nur mit dem für einen Lehrstuhlinhaber höchst ungewöhnlichen Status eines Widerrufsbearbeiteten.<sup>552</sup> Erst 1952 wurde er persönlicher ordentlicher Professor, 1955 dann planmäßiger ordentlicher Professor.

Viele von den vormaligen in Kiel immatrikulierten Studenten hatten im Krieg ihr Leben gelassen. Andere befanden sich in Kriegsgefangenschaft oder suchten im zerstörten Deutschland nach ihren Familien. Gleich nach dem Kriegsende hatten sich in Kiel zahlreiche Studenten ohne Habe und ohne Unterkunft eingefunden.<sup>553</sup> Die meisten Studenten waren unterernährt und untergewichtig, viele kriegsbeschädigt. Statistische Erhebungen und eine ärztliche Untersuchung zu Beginn des Wintersemesters 1947 zeichneten sicher ein treffendes Bild, wobei die Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 noch schlimmer gewesen sein dürfte. Von 2.440 männlichen Studenten wiesen nur 175 (7 %) Normalgewicht auf. 75 (3,3 %) litten an aktiver Tuberkulose. 520 Studenten, etwa ein Sechstel, waren kriegsversehrt. Eine Immatrikulation war zunächst ohne Weiteres gar nicht möglich. Es galt, eine ganze Reihe von Bedingungen zu erfüllen. So durfte ein Student weder HJ-Führer noch sonstiger Parteimann gewesen sein. Diese Zulassungsbegrenzungen wurden jedoch bald gelockert. Bis Dezember 1946 mussten vor der Immatrikulation Aufräumungsleistungen nachgewiesen werden.<sup>554</sup>

In der Fakultätssitzung vom 21. Dezember 1945 wurde folgender Beschluss von einer Dekanatstagung in Göttingen berichtet: »Um die Kriegsteilnehmer, die trotz bester Qualifikation am Studium verhindert wurden, nun zulassen zu können. Es sollen nicht mehr als 10 % Medizinerinnen zugelassen werden.« Auch solle eine strenge Auswahl bei allen Bewerbern erfolgen, Ausländer sollten wie Deutsche behandelt werden und es solle eine zentrale Austauschstelle eingerichtet werden, um den Wechsel zwischen den Universitäten zu ermöglichen.<sup>555</sup> Nach der Wiedereröffnung studierte die Kriegs-

550 Ebd., Schrb. Dekan Medizinische Fakultät an Innenminister v. 12.11.1948.

551 LASH Abt. 47, Nr. 7083, p. 41 f., (rechtskräftige) Spruchentscheidung des Entnazifizierungshauptausschusses v. 8.6.1948: Gruppe IV, Zahlung v. 10.000 RM.

552 Ebd., Vermerk Der Ministerpräsident v. 18.1.1951.

553 Tetsch, S. 18.

554 Ebd., S. 22.

555 LASH Abt. 47,6, Nr. 16, p. 281 [Fehler aus dem Original wurden nicht korrigiert].

generation, hoch motivierte Studenten, jedoch viele gezeichnet von Verwundung und Entbehrungen.<sup>556</sup> Der Mangel an Wohnraum erschwerte das Studium zusätzlich. So lebten in Kiel beispielsweise 120 Studentinnen auf einem fast ungeheizten Schiff in unerträglich überbelegten Kabinen.<sup>557</sup> Neben den beschwerlichen Wohnverhältnissen kam als weitere Herausforderung hinzu, dass die Studenten einen großen Teil ihrer Zeit für das Organisieren von Lebensmitteln und Brennstoff sowie für Schwarzmarktgeschäfte verwenden mussten. Trotz aller Motivation litten die Qualität der akademischen Arbeit und die Arbeitsmoral unter diesen Umständen.<sup>558</sup> Die Widrigkeiten eines solchen Studiums in den harten Wintermonaten mit mangelhafter Ernährung sowie mit Kälte und Stromabsperungen schilderte bereits am 2. Dezember 1947 eindringlich der Pressereferent des AStA in den Kieler Nachrichten: »Es ist kein Einzelfall«, so heißt es dort, »dass im vergangenen Jahre Doktoranden und Examenskandidaten ihre Prüfungsarbeiten im Bett schrieben.«<sup>559</sup> Unterrichtet und geprüft wurden die Medizinstudenten im Wesentlichen nach den Bestimmungen der Bestallungsordnung für Ärzte vom 17. Juli 1939.<sup>560</sup> Schon am 19. Oktober 1945 wurde in der Fakultätssitzung über den Göttinger Studienplan, einem frühen Entwurf für die Durchführung des Medizinstudiums unmittelbar nach dem Kriege, berichtet. Am 30. Oktober 1945 wurde zur Vorbereitung einer Dekanatssitzung in Göttingen die Auffassung der Kieler Fakultät zu einer neuen Studienordnung festgelegt: Vorgesehen waren nun vier bis fünf Semester Vorklinik, der Wegfall des Vorphysikums und ein Medizinalpraktikantenjahr wie vor 1933 sollte wieder eingeführt werden. Am 21. Oktober konnte der Dekan von der Dekanatstagung berichten, dass die Vorstellungen der Kieler berücksichtigt worden waren. Das Studium sollte vorklinisch vier und klinisch fünf Semester haben. Dies sollte eine Übergangsbestimmung sein, später sollte es dann auch wieder fünf vorklinische Semester geben.

Somit hatte sich an Dauer, Aufteilung und Inhalten gegenüber der Lehrtätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus nur insoweit etwas geändert, als die der nationalsozialistischen Ideologie entstammenden Inhalte der Erbbiologie, Rassenbiologie, Rassenhygiene sowie die wehrmedizinische Ausprägung einiger Lehrveranstaltungen

556 Jürgensen, Christian-Albrechts-Universität, S. 193.

557 Philipps, S. 76.

558 Ebd.

559 Tetsch, S. 22

560 Voigt, Gerhard: Ärztliche Selbstverwaltung im Wandel. Eine historische Dokumentation am Beispiel der Ärztekammer Nordrhein, Köln 1998, S. 308.

nicht fortgeführt wurden. Eine grundsätzliche Neustrukturierung des Medizinstudiums erfolgte erst mit der Approbationsordnung für Ärzte aus dem Jahre 1970.<sup>561</sup>

561 Vogt, S. 308, 316–329.



## 7. Parteimann, Nazi, Mitläufer oder Gegner – Versuch einer Zuschreibung<sup>1</sup>

### 7.1 Versuch einer Systematisierung

#### 7.1.1 Die Beziehung Hochschullehrer – Nationalsozialismus

Die Medizinische Fakultät war Bestandteil des nationalsozialistischen Staates geworden und erfüllte ihre Pflichten – so muss vermutet werden – zur Zufriedenheit der Machthaber und ihrer regionalen Repräsentanten. Ohne Zweifel bestand für die »gleichgeschaltete« Universität und ihre Fakultäten spätestens nach dem Tode Hindenburgs im August 1934 keine Möglichkeit mehr, sich den Machtansprüchen der NSDAP und des von ihr übernommenen Staates als Fakultät zu entziehen. Umso mehr kam es auf die Handlungen der Einzelnen an, die durchaus die Möglichkeiten hatten, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten als Instituts- und Klinikdirektoren und -oberärzte Distanz zum Regime zu bewahren. Wie gezeigt werden konnte, wurden diese Möglichkeiten von den Kieler Medizinprofessoren in unterschiedlichem Umfang genutzt: von weitgehender Hingabe an die Zielen der NSDAP bis hin zu bemerkenswerter Distanz. Gerade weil nach dem Krieg im Zuge der mehr und mehr wirkungslos gewordenen Entnazifizierung zu guter Letzt bei den Ordinarien mit einer Ausnahmen (Bachmann) nur noch »Entlastete« übrig blieben, soll im Folgenden eine Kategorisierung versucht werden, die das Verhalten der maßgeblichen Personen der Medizinischen Fakultät gewichtet. So ist eine Abstufung der menschlichen, moralischen und politischen Verantwortung einzelner Medizinprofessoren in dem von Anfang an unmoralisch spätestens ab Kriegsbeginn auch für Außenstehende erkennbar verbrecherisch handelnden Staat möglich.

Nur drei der Ordinarien der Medizinischen Fakultät Kiel waren am Ende des »Dritten Reiches« nicht Mitglied der NSDAP: Creutzfeldt, Büngeler und Rominger. Creutzfeldt war jedoch seit 1933 SS-Anwärter, Büngeler war nach seiner vorübergehenden Tätigkeit in Brasilien von 1936 bis 1942 nicht wieder in die Partei eingetreten.

1 Auf die Einteilung von Raul Hilberg war bereits hingewiesen worden (5.3.6). Danach galt jeder als Nazi, der nicht durch sein eigenes Verhalten das Gegenteil bekundete. Parteimänner waren nur diejenigen, die ein Parteiamt innehatten, ihre Stellung der Partei verdankten oder bei Unstimmigkeiten zwischen Partei und den anderen Hierarchien die Parteiinteressen vertraten.

treten, vorher aber Mitglied der SS und NSDAP gewesen, Rominger hatte jeglicher Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Einrichtungen oder Untergliederungen widerstanden. Fast alle Oberärzte und Oberassistenten waren in die NSDAP eingetreten. Allerdings erlaubt allein das Wissen um eine Mitgliedschaft in Parteistrukturen oder um die Übernahme von Ämtern im Auftrage der NSDAP nicht unbedingt Rückschlüsse auf das Verhältnis der Professoren und Dozenten zu dem Nationalsozialismus. Auf der einen Seite musste man nicht unbedingt der NSDAP angehören, um Anhänger des Nationalsozialismus zu sein<sup>2</sup> – Rodenwaldt ist ein Beispiel dafür. Auf der anderen Seite hatte eine Mitgliedschaft in NSDAP, SA, NSDDB, NSDÄB oder anderen nationalsozialistischen Gliederungen und Organisationen bezüglich der politischen Einstellung der betroffenen Person für sich allein genommen auch nur eine geringe Aussagekraft. So entsteht beispielsweise im Falle von Fischer und Schmidt der Eindruck, als hätten beide versucht, durch zahlreiche Mitgliedschaften gegenüber der NSDAP Wohlverhalten zu zeigen, ohne sich tatsächlich beteiligen zu müssen. Anders ist dies schon bei denjenigen, die vor 1933 in die NSDAP eingetreten waren, wie z. B. Hanns Löhr und Enno Freerksen. Diese frühen Gefolgsleute, die sich gerne als »Alte Kämpfer« bezeichneten,<sup>3</sup> waren Nationalsozialisten aus Überzeugung.

Hatten die Hochschulen noch bis Ende der sechziger Jahre darauf verwiesen, dass es vor dem 30. Januar 1933 unter den mehr als 2.000 deutschen Ordinarien kein einziges Mitglied der NSDAP gegeben habe,<sup>4</sup> so kann Christian Jansen in seiner 1992 veröffentlichten Studie dies schon nicht mehr bestätigen.<sup>5</sup> Tatsächlich gab es sogar in

2 Heiber, I, S. 155 f.

3 Als »Alte Kämpfer« wurden NSDAP-Mitglieder bezeichnet, die eine Mitgliedsnummer unter 100.000 besaßen und zum Tragen des Goldenen Parteiabzeichens berechtigt waren. Zeitlich fiel die Vergabe der Mitgliedsnummer 100.000 in das Jahr 1928, so dass danach nicht alle Parteimitglieder, die sich als »Alte Kämpfer« bezeichneten, auch wirklich welche waren. Parteimitglieder, die vor dem 30.1.1933 eingetreten waren, wurden parteiamtlich als »alte Parteigenossen« bezeichnet. Weiß, Hermann: Alte Kämpfer, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 358. Schmitz-Berning nennt eine andere Definition. Danach sind »Alte Kämpfer« Angehörige der SA, der SS und des Stahlhelms, die vor dem 30.1.1933 in diese Organisationen eingetreten waren, Parteimitglieder mit einer Mitgliedsnummer bis 300.000 sowie Amtswalter (alle Mitglieder mit besonderen Aufgaben), die am 1.10.1933 bereits ein Jahr Amtswalter waren. Schmitz-Berning, Cornelia: Alte Kämpfer, in: Dies.: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 2000, S. 26, 30.

4 Bleuel, S. 215.

5 Jansen, S. 240.

der kleinen Kieler Medizinischen Fakultät zum Zeitpunkt der Machtübernahme mit Otto Aichel einen Ordinarius, der der NSDAP angehörte. Erst später erhielten weitere frühe Mitglieder der NSDAP bzw. der SA oder SS Lehrstühle in der Kieler Medizinischen Fakultät: Staemmler, Holzlöhner, Löhr, Vonkennel, Freerksen – alles Dozenten, die 1933 noch nicht Ordinarien waren und erst im Verlaufe der Zeit des Nationalsozialismus Mitglieder der Fakultät wurden. Die nach dem 30. Januar 1933 in der Kieler Medizinischen Fakultät für die NSDAP aktiven Ordinarien Dold, Schittenhelm und Schröder gehörten ebenso wie Meesmann zu den sogenannten »Märzgefallenen«<sup>6</sup>, die dadurch charakterisiert werden, dass sie am 1. Mai 1933 vor einer vierjährigen Mitgliedersperre NSDAP-Mitglied geworden waren. Alle anderen Professoren, die Anfang 1933 einen Kieler Medizinlehrstuhl hatten, traten bis zu ihrem erzwungenen (Höber, Stertz), durch Berufung (Külz) oder Ruhestand (Heine, Jores, Ziemke, Klingmüller, Hentze, Anschütz) bedingten Ausscheiden aus der Kieler Medizinischen Fakultät der NSDAP nicht bei. Dies bedeutet jedoch nicht zwingend, dass es nicht Sympathien für die Nationalsozialisten gegeben hätte. Die Abneigung, sich überhaupt politisch zu engagieren, das für die meisten Hochschullehrer primitiv wirkende Erscheinungsbild der NSDAP, aber auch die fehlende Notwendigkeit, für die eigene Zukunft vorzusorgen oder vielleicht auch nur Gleichgültigkeit könnten der Grund für parteipolitische Enthaltensamkeit gewesen sein.

Mit der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946, Artikel 1, hatten die Alliierten zur gerechten Beurteilung des Verhaltens während der NS-Zeit fünf Gruppen von Verantwortlichen definiert, um eine einheitliche Behandlung dieser Personen in den verschiedenen Zonen des besetzten Deutschlands zu gewährleisten: I. die Gruppe der Hauptschuldigen, II. die Gruppe der Belasteten, die weiter in Aktivisten, Militaristen und Nutznießer aufgeteilt wurden, III. die Gruppe der Minderbelasteten, IV. die Gruppe der Mitläufer und V. die Gruppe der Entlasteten.<sup>7</sup> Von den Lehrstuhlinhabern der Medizinischen Fakultät Kiel kamen letztlich alle Professoren als entlastet in die Gruppe V mit Ausnahme von Werner Bachmann, der als Mitläufer eingestuft

6 Als »Märzgefallene« bezeichnet man die Opfer der Märzrevolution von 1848 in Wien und in Berlin. Nach der Machtübergabe Anfang 1933 kam es zu zahlreichen Eintritten in die NSDAP. Diese Neumitglieder, denen Opportunismus unterstellt wurde, wurden von den »Alten Kämpfern« als »Märzgefallene« verspottet. Um ihren Einfluss klein zu halten, erließ die NSDAP am 19. April 1933 eine vierjährige Aufnahmesperre mit Wirkung zum 1. Mai 1933. Schmitz-Berning, Cornelia: »Märzgefallene«, in: dies.: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 2000, S. 399.

7 Vgl. Fürstenau, S. 105 f.

wurde und blieb, sowie Holzlöhner, der posthum als Minderbelasteter der Gruppe III angesehen wurde. Nach dieser Direktive waren diejenigen, die als entlastet in die Gruppe V kategorisiert worden waren, solche, die trotz formeller Mitgliedschaft oder Anwartschaft oder eines anderen äußeren Merkmals sich nicht nur passiv verhalten, sondern auch aktiv nach besten Kräften der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hatten. Diese rechtlich bindende Vorschrift der Alliierten war die Grundlage der Arbeit der Entnazifizierungsausschüsse, bot aber wenig Möglichkeiten, neben mit juristischen Mitteln überführbaren Straftätern Mitverantwortung für das Geschehen in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1945 festzustellen. Gerade für den Bereich der Hochschule waren die Möglichkeiten der Differenzierung zu gering, so dass zusammen mit den erlahmenden Entnazifizierungsbemühungen ab Ende 1947 die Kategorisierung der Direktive Nr. 38 ein »stumpfes Schwert« wurde, das letztlich unabhängig vom wirklichen Verhalten die meisten Betroffenen als entlastet in die Gruppe V entließ.

Um die mit überwältigender Mehrheit erfolgten Einstufungen von Hochschullehrern in Kategorie V voneinander zu differenzieren, gab es häufiger Versuche, die Beziehung der Hochschullehrer zum Nationalsozialismus schematisch zu beschreiben. Sie folgen grundsätzlich alle dem gleichen Muster z. B. Zustimmung, Mitläufertum oder Abneigung, und dies in allen denkbaren Intensitäten wie z. B. starke, moderate, schwache Zustimmung. Gerhard Aumüller bringt einen entscheidenden auch heute gelegentlich nicht genug beachteten Gesichtspunkt in die Diskussion ein: »Die formelle Mitgliedschaft in der Partei oder einer ihrer Gliederungen kann nicht automatisch als Zustimmung oder Mittäterschaft gewertet werden; Überzeugung, Opportunismus, Gleichgültigkeit oder gar Widerstand lassen sich nicht aus Mitgliederlisten herauslesen.«<sup>8</sup>

Hans Rothfels unterscheidet grob vier Gruppen: tatsächliche und nominelle Nazis, Nicht-Nazis und Anti-Nazis. Er weist daraufhin, dass das Verhältnis der Gruppen zueinander festzustellen unmöglich sei, weil sich die Übergänge durch die Jahre während der nationalsozialistischen Herrschaft mannigfach verschoben hätten.<sup>9</sup> Karl Dietrich Erdmann kommt, wie viele andere auch, zu ähnlichen Ergebnissen. Er klammert die Charakterlosen und Opportunisten aus und kennt dann auch in der Zeit des Natio-

8 Aumüller, S. 169; vgl. Ratschko, Karl-Werner: Drei Kieler Medizinprofessoren im »Dritten Reich«, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 135–150, hier S. 149.

9 Rothfels, Hans: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt a. M. 1977, S. 39.

nalsozialismus nur den »guten« Wissenschaftler. Er beschreibt drei Grundtypen der wissenschaftlichen Verhaltensweise gegenüber dem Nationalsozialismus. Dem ersten Typus des charaktervollen Gegners einer Ideologisierung stellt er als zweiten Typus den Wissenschaftler von unbezweifelbarem Rang gegenüber, der sich nicht aus politischem Opportunismus, sondern aus Überzeugung für den Nationalsozialismus einsetze und sein eigenes wissenschaftliches Tun mit der nationalsozialistischen Ideologie in Verbindung bringe. Den dritten Typus sieht er in zahlreichen Wissenschaftlern, die, ohne nach außen hin im Sinne der Nationalsozialisten positiv oder negativ profiliert zu sein, ordentliche Wissenschaft weiter betrieben hätten.<sup>10</sup> Peter Wulf sieht unter den Kieler Professoren im Herbst 1935 aufgrund ihrer Beziehung zum Nationalsozialismus unterschiedliche Typen: Mehrere Aktivisten, eine große Zahl von nominellen Mitgliedern der Partei und Professoren, die nicht Mitglieder der Partei oder ihrer Formationen gewesen seien.<sup>11</sup>

Heiber wagt einen Versuch, die Haltung der Hochschullehrer zum Nationalsozialismus zu systematisieren. Er teilt in drei Gruppen ein, wobei die Gruppe 2 noch einmal wieder aus drei Untergruppen besteht: Gruppe 1 seien diejenigen, die »in Weimar Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren und [...] auch jetzt Gegner bleiben«. Gruppe 2 a seien die alten Nationalsozialisten, schon vor der Machtübernahme als solche bekannt waren, Gruppe 2 b diejenigen, die »1933 dazukamen«, Gruppe 2 c die Langsameren, die zunächst abgewartet hätten und die Spätberufenen gewesen, Gruppe 3 waren die Reservierten, Skeptischen, unangenehm Berührten, Schwarz-Weiß-Roten, Feigen – all diejenigen, die zwar eindeutig gegen Weimar gewesen seien, gegen Versailles, gegen den »undeutschen« Liberalismus, denen aber das Neue auch nicht so recht, ebenso wenig oder schon gar nicht behagt habe. Heiber weist im Zusammenhang mit der von ihm vollzogenen Gruppenbildung darauf hin, dass die Gruppen selbstverständlich durchlässig gewesen seien, eine Aussage, die für jegliche Gruppenbildung bezüglich des Verhältnisses von Hochschullehrern zum Nationalsozialismus, aber auch darüber hinaus gelten dürfte.<sup>12</sup> Brigitte Lohff beschreibt die von Kater erarbeiteten Reaktionsweisen von Medizinprofessoren wie folgt: 1. Jüngere Mediziner, die durch die Nationalsozialisten Karriere machen konnten, 2. Ältere Medizinprofessoren, die bereits vor 1933 der nationalsozialistischen Bewegung positiv gegenüberstanden, 3. Mediziner

10 Erdmann, Wissenschaft, S. 11 f.

11 Wulf, S. 9.

12 Heiber, I, S. 155 f.

die bereits vor 1933 wissenschaftlich anerkannt waren und sich während des Nationalsozialismus zu diesem bekannten und 4. Wissenschaftler, die sich nicht anpassten.<sup>13</sup>

Gerda Stuchlik teilt die Studentenschaft im Nationalsozialismus bezüglich des Verhältnisses von Studenten zum Nationalsozialismus schlagwortartig in Funktionäre, Mitläufer, Außenseiter und Ausgestoßene ein. Sie differenziert diese grobe, auch nicht immer stimmige Einteilung im Weiteren dann überzeugender. Diese Einteilung ist mit Anpassungen auch auf die Hochschullehrer anwendbar. Das von ihr zugrunde gelegte Spektrum umfasst 1. überzeugte Mitarbeit und Übernahme leitender Funktionen, 2. punktuelle Mitarbeit dort, wo eigene Interessen, politische Optionen und nationalsozialistische Anforderungen sich überschneiden, 3. die Erfüllung der Pflichten ohne besonderes Interesse, 4. ausschließliche Bemühung um das Fachliche unter weitgehender Vermeidung nationalsozialistischer Anforderungen und 5. vollständige Enthaltung von nationalsozialistischen Aktivitäten.<sup>14</sup> Diese von Stuchlik für die Studenten im Nationalsozialismus gefundene Strukturierung enthält weniger die nur in Momentaufnahmen wiedergebenden statischen Elemente, die sonst häufig wie beispielsweise bei Heiber und Lohff/Kater anzutreffen sind, sondern ist dynamisch und berücksichtigt in besonderer Weise auch die Aktivität bzw. den über das Statische z. B. von formellen Mitgliedschaften hinausgehenden Einsatz einzelner Personen für den Nationalsozialismus. Hierbei muss aus hermeneutischer Sicht zwischen dem Einsatz auf der einen Seite für Parteiideologie und -ziele sowie auf der anderen Seite nach 1939 der »Pflehterfüllung« für die möglichst siegreiche Beendigung des »nationalen Krieges« getrennt werden, auch wenn die »Pflehterfüllung« letztlich der NSDAP diene. Diese heute selbstverständliche Kausalität wurde zu damaliger Zeit jedoch von vielen nicht so empfunden. Auch Gegner des Nationalsozialismus stellten ihre Bedenken zurück, wenn es darum ging, mit eigener Anstrengung zu einem für Deutschland erfolgreichen Ausgang des Krieges beizutragen. Ein Beispiel hierfür ist der Pharmakologe Günther Malorny: Als bekennender Katholik hatte er wenig Sympathien für das nationalsozialistische Regime und seine Ideologie, stellt jedoch seine ganze Kraft in die Forschungen zur Schaffung der medizinischen Voraussetzungen für den U-Boot-Krieg.

13 Lohff, Brigitte: Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 119–134, hier S. 123 f.; Kater, Ärzte, S. 189 ff.

14 Stuchlik, Gerda: Funktionäre, Mitläufer, Außenseiter und Ausgestoßene. Studentenschaft im Nationalsozialismus, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 49–89, hier S. 73.

Nr.	Gruppe	Beschreibung	Ø-Alt.	Leitpers.	Direktoren	Doz./Ass. z. B.
1	Überzeugte Nationalsozialisten in herausragenden nationalsozialistischen Positionen	Nationalsozialistische Ideologie dominiert über Belange der Hochschule, a. Menschenversuche, b. rassenhygienisch aktiv	33,8	Löhr	a. Holzöhner, Vonkennel b. zeitweise Freerksen	Löffler, Specht, Marquort
2.	Aktive Anhänger der Nationalsozialisten	Bemühung um Vereinbarkeit von Hochschulfunktionen und nationalsozialistischer Ideologie	47,9	Schröder, Schirrenhelm	Aichel, Dold Rodenwaldt, Staemmler Bachmann, Philipp, Vogel	Küntscher, Riecke, Meyer H., Zinck, Glatzel, Keßler, Niessing, Pfennig, Frowein, Rietz
3.	Eher passive, aber nationalsozialistisch zuverlässige Hochschullehrer	Akzeptanz der nationalsozialistischen Ideologie, Hochschulbelange möglichst im Vordergrund	42	Siegmund	A. W. Fischer, Wiethold, Weinert, Klingmüller, Haltermann, Netter	Orzechowski, Wanke, Spanner
4.	Politisch desinteressierte, den Nationalsozialismus tolerierende bzw. partiell zustimmende Medizinprofessoren	Hochschullehrer in NSDAP oder Untergliederungen, ohne nationalsozialistische Funktionen, ohne wesentliche Bedeutung für das Regime	57,9	Anschütz	Hentze, Jores, Ziemke, Heine, Meesmann, Behrens, Benninghoff	Klose, Bauermeister, Opitz, Chrometzka
5.	Dem Nationalsozialismus distanzierter gegenüberstehende Hochschullehrer	Keine oder späte Mitgliedschaft in NSDAP oder Untergliederungen, distanzierte Haltung	49,9	Rominger	Höber, Seiffert, Sertz, Külz, Büngeler, Creutzfeldt	Pels-Leusden, Malorny, Stockinger

Tabelle 6: Typisierungsmuster Kieler Hochschulmediziner

Es bleibt festzuhalten: Vorhandene Systematisierungen von Personen, also auch von Hochschullehrern, in der Zeit des Nationalsozialismus leiden meist darunter, dass sie zu sehr aus einem statischen Blickwinkel erfolgen. Nicht die formalen Zugehörigkeiten zu Strukturen des nationalsozialistischen Systems bestimmten bei den Hochschullehrern in der Regel den Wert einer Person für die Nationalsozialisten, sondern die nationalsozialistische Entschiedenheit und Verlässlichkeit des Handelns. Deswegen bietet sich für die vorgesehene Systematisierung an, neben der hierarchischen Bedeutung im nationalsozialistischen Staat und der persönlichen Dynamik der Medizinprofessoren einerseits ihr tatsächliches, nicht ausschließlich nominelles Verhältnis zum Regime und andererseits ihre Einstellung zu den Aufgaben als Hochschullehrer als Parameter heranzuziehen. Hierbei ist in Anlehnung an Gerda Stuchlik die Gliederung in fünf Gruppen sinnvoll: 1. die Gruppe der überzeugten Nationalsozialisten in herausragenden Positionen, 2. die Gruppe der aktiven Anhänger des Nationalsozialismus, 3. die eher passiven, aber nationalsozialistisch zuverlässigen Hochschullehrer, 4. die etwas inhomogene Gruppe der politisch desinteressierten, die Nationalsozialisten tolerierenden und ihnen partiell zustimmenden Hochschullehrer und 5. die distanzierten Medizinprofessoren (s. Tabelle 6).

### 7.1.2 Kieler Medizinprofessoren in ihrem Verhältnis zu Hochschule und Nationalsozialismus

In der für die erfolgreiche Durchsetzung nationalsozialistischer Vorstellungen und Ziele wichtigen ersten Gruppe gab es nur wenige Dozenten, die in der Fakultät und in der Universität insgesamt dafür sorgten, dass Fakultät und Universität den Erwartungen der Machthaber entsprachen. In der Anfangszeit nach 1933 gehörte zu dieser Gruppe abgesehen von Löffler und Specht nur Löhr, der bald nach seiner Berufung 1934 die Führung in der Fakultät übernahm. Er fand nachhaltige politische Unterstützung bei Ernst Holzlöhner, der als Führer der Dozentenschaft in den ersten Jahren des Regimes über eine erhebliche Macht verfügte. Die übrigen nationalsozialistischen Lehrstuhlinhaber hielten 1934/35 mehr oder weniger Distanz zu Löhr. Vonkennel verstärkte 1938 die Führungsriege, sein Interesse galt aber mehr seinen Forschungen, er verließ die Fakultät auch bereits Ende 1942 wieder, weil die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Tätigkeit wegen ihrer kriegswichtigen Bedeutung schwerer wogen als seine Bedeutung für die nationalsozialistische Prägung der Fakultät. Enno Freerksen, erst 1910 geboren, gehörte zu dem nationalsozialistischen Nachwuchs, der nach dem Willen der Machthaber spätestens nach dem Krieg die Universität prägen sollte. Es scheint, dass er in Kiel zur Entlastung oder sogar Nachfolge des von einer schweren

Krankheit gezeichneten, jedoch für die NSDAP eigentlich unentbehrlichen Löhrs vorgesehen war. Ob sich diese Funktion mehr zufällig ergab oder für ihn geplant war und welche Einrichtung im zweiten Falle dafür die Initiative ergriffen haben könnte, bleibt unklar. In Frage kommen weniger das Reichserziehungsministerium, sondern eher das »Braune Haus« oder am wahrscheinlichsten der SD. Bei den Nichtordinarien sind für die erste Gruppe besonders Löffler und Specht zu nennen, die in den ersten etwa eineinhalb Jahren nach der Machtübernahme großen Einfluss hatten. Sie folgten 1935 Berufungen auf Lehrstühle in Königsberg und Erlangen. Wie sehr sie dort gebraucht wurden, zeigt die Fülle der Ämter, die sie dort sofort übernehmen mussten, Specht wurde z. B. sofort Rektor der Erlanger Universität.

Die zweite Gruppe bestand aus aktiven, überzeugten Anhängern des Nationalsozialismus ohne wesentliche politische Führungsfunktionen oder -fähigkeiten. Zu ihnen gehörten als »Männer der ersten Stunde« neben Schittenhelm und Schröder die anthropologisch und rassenhygienisch aktiven Lehrstuhlinhaber Aichel, Dold, Rodenwaldt und Staemmler sowie die ideologisch gefestigten und nationalsozialistisch aktiven Ordinarien Bachmann, Philipp und Vogel. Dold folgte schon 1934 einem Ruf nach Tübingen, dann Freiburg, sein Nachfolger Rodenwaldt blieb auch nicht lange in Kiel, er ging im Herbst 1935 nach Heidelberg und der nächste Nachfolger Dolds, Bachmann, kam erst spät im Herbst 1937, war zwar überzeugter Nationalsozialist und Antisemit, aber von geringem Durchsetzungsvermögen, geringer wissenschaftlicher Durchschlagskraft und begrenztem Ansehen in der Fakultät. Die Oberärzte Hugo Meyer, Heinz-Gerhard Riecke, Gerhard Küntscher und Robert Keßler waren, wie auch die Oberassistenten Karl Hugo Zinck und Kurt Wolff, aktive Anhänger der NSDAP. Sie nahmen in der Regel die Aufgabe wahr, ihren nationalsozialistisch weniger erfahrenen und engagierten Chefs, dort wo es erforderlich war, zur Seite zu stehen. Ernst Frowein und Hans-Jochen Rietz waren Assistenten, die im Krieg in der SS aktiv waren. Frowein, Volontärassistent bei Fischer, war als Angehöriger der Waffen-SS, KZ-Arzt und führte verbrecherische Menschenversuche im KZ Sachenhausen durch. Rietz, Assistent bei Lühr, hatte eine (ehrenamtliche) Planstelle im Sicherheitsdienst des SD-Abschnitts Kiel und war im Krieg dann in Posen und Oslo in Rassenpolitischen Ämtern auch mit der rassischen Bewertung von Menschen im Sinne ihrer »Brauchbarkeit« für die »Volksgemeinschaft« aktiv. Einiges spricht dafür, dass er zeitweise auch im Hinterland der Ostfront einschlägig in einer Einsatzgruppe tätig war.

Die dritte Gruppe hatte sich im Nationalsozialismus eingerichtet, betrachtete ihn als Voraussetzung für ihre Hochschullehrertätigkeit, die zu akzeptieren war, und hatte sich weitgehend mit der nationalsozialistischen Ideologie arrangiert. Zu ihnen gehörten aus dem Kreise der Ordinarien Siegmund, A. W. Fischer, Wiethold, Weinert, Kling-

müller, Hallermann und Netter. Seitens der Nichtordinarien war hier Orzechowski einzuordnen.

In die vierte Gruppe gehören die Hochschullehrer, die über ihre im Sinne des Regimes durchgeführte Tätigkeit als Hochschullehrer hinaus keine besondere Bedeutung hatten. Bei den Ordinarien gehörten zu ihnen die alten Lehrstuhlinhaber wie Anschütz, Jores, Hentze, Ziemke und Heine, die nur noch wenige Jahre Dienstzeit bis zur Emeritierung hatten, sowie Meesmann. Das Durchschnittsalter der vierten Gruppe, bezogen auf das Jahr 1933, lag bei knapp 58 Jahren, immerhin acht Jahre mehr als bei der im Durchschnittsalter folgenden fünften Gruppe mit knapp 50 Jahren. Zu diesem Ergebnis kommt es, obwohl zur vierten Gruppe mit Behrens (1933: 38 Jahre) und Benninghoff (1933: 43 Jahre) die 1933/34 jüngsten Ordinarien der Fakultät gehörten.<sup>15</sup>

In die fünfte Gruppe sind die sieben Ordinarien eingeordnet, die entweder keine oder erst spät Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Untergliederungen wurden und/oder die dem Nationalsozialismus distanziert bis desinteressiert gegenüberstanden. Bei zwei von ihnen (Höber, Stertz) sowie mutmaßlich auch Löhrs Oberarzt Stockinger war das neben rassistischen Gründen der Anlass, sie aus dem Dienst zu entfernen, andere (Rominger, Külz, Seiffert, Creutzfeldt, Büngler) wurden toleriert, weil sie unentbehrlich waren oder in ihrer Haltung nicht besonders auffielen. Mit Schwierigkeiten hatten aber alle, genauso wie z. B. die Oberassistenten Pels-Leusden und Malorny, zu kämpfen.

### 7.1.3 Überzeugte Nationalsozialisten in nationalsozialistischen Führungspositionen

Die erste Gruppe mit den überzeugten Nationalsozialisten Löhr, Vonkennel, Holzlöhner und Freerksen stellte das nationalsozialistische Rückgrat der Kieler Medizinischen Fakultät dar, wobei Löhr und Freerksen innerhalb dieser Gruppe wiederum eine Spitzenposition einnahmen. Sie wiesen Merkmale auf, die in anderen Gruppen nur noch vereinzelt zu beobachten waren: Ursprünglich evangelischen Bekenntnisses, waren alle Mitglieder dieser ersten Gruppe aus der Kirche ausgetreten, Löhr und Freerksen gehörten zur Führungsreserve des SD im Reichssicherheitshauptamt mit den SS-Dienstgraden Oberführer/Brigadeführer und Hauptsturmführer, Holzlöhner und Vonkennel waren als Sturmbannführer Angehörige der SS. Bis auf Freerksen, der dafür zu jung war, waren 1919/20 alle Angehörige eines Freikorps gewesen (s. Tabelle 7).

15 Um eine einheitliche Bemessungsgrundlage zu haben, beziehen sich alle Berechnungen des Durchschnittsalters auf das Jahr 1933, unabhängig davon, ob die in der jeweiligen Gruppe erfassten Lehrstuhlinhaber bereits in Kiel tätig waren bzw. einen Lehrstuhl innehatten.

Löhr, der 1925 kurz nach der Habilitation seine Hochschullehrerlaufbahn beendet hatte, indem er den Posten eines Chefarztes in Sarepta übernahm, wurde mit Hilfe von Reichsärztführer Gerhard Wagner, der für ihn in Kiel einen Platz freimachte, 1934 als Direktor der Medizinischen Klinik an die Medizinische Fakultät Kiel berufen. Er übernahm alle für die Durchsetzung von nationalsozialistischer Ideologie und Macht wichtigen Führungspositionen, angefangen beim Dekan der Medizinischen Fakultät, Gaudozentenfürher, Leiter des Rassenpolitischen Amtes für den Gau Schleswig-Holstein bis hin zu Prorektor und Rektor. Seine Freundschaft mit Paul Ritterbusch, wie auch die Duz-Kameradschaft mit dem Gauleiter Hinrich Lohse sicherten seine universitäre Macht ab. Es gab wohl nicht viele nationalsozialistische Medizinprofessoren, die persönlich von Heinrich Himmler für den Sicherheitsdienst der SS geworben worden waren, wie es mit Hanns Löhr am 6. Juli 1936 in der Führerschule der deutschen Ärzteschaft in Alt-Rehse geschah. Noch bemerkenswerter und einzigartiger ist jedoch die Tatsache, dass Himmler wohl in einer anderen Angelegenheit direkt auf Wunsch Löhrs handelte. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass der 1933 aus der SS wegen mangelnder Eignung als Untersturmführer verstoßene Assistenzarzt Löhrs in Sarepta und Kiel, Walter Marquort, schon im Frühjahr 1937 auf ausdrückliche Befürwortung Löhrs von Himmler persönlich nicht nur in die SS mit seiner alten SS-Nummer wieder aufgenommen wurde, sondern zugleich einen um vier Stufen höheren Dienstgrad als Obersturmbannführer erhielt.

Löhr leitete in seiner Kieler Zeit nicht nur das SD-Netz der Kieler Universität, er brachte die Medizinische Fakultät auf strikten nationalsozialistischen Kurs und nutzte seine Position als Dekan der größten und wichtigsten Kieler Fakultät dazu, eine Akademie des NSDDB in Kiel zu gründen (mit Himmler als Gast bei der Eröffnung). Er verschaffte den nationalsozialistischen Kieler Wissenschaftlern mit den neu begründeten Kieler Blättern ein ideologisches Forum. In eindrucksvollen Veranstaltungen wie den Universitätstagen 1937, den Kriegsvorlesungen 1939 und der 275-Jahr-Feier 1940 brachte er die Universität mit öffentlichen Vorlesungen in ihren Leistungen für die »Volksgemeinschaft« der Bevölkerung nahe und bewahrte die Universität 1941 vor einer Schließung. Daneben versuchte er, durch eigene Arbeiten, die einen Niederschlag in zwei Büchern fanden, die Kluft zwischen NSDAP und Hochschulen zu verringern, sowie seinen nationalsozialistischen Parteigenossen zu verdeutlichen, dass die Universitätswissenschaft kein Fremdkörper im nationalsozialistischen Staate, sondern ein produktiver und notwendiger Bestandteil sei. Seine eigene wissenschaftliche Arbeit wie auch die seiner Klinik waren eher bescheiden. Löhr war zweifelsohne ein zutiefst überzeugter Nationalsozialist, ein »Alter Kämpfer«, der bereit war, für die Partei große Opfer zu bringen, der sich aber auch für seine nationalsozialistischen Kameraden,

Name	Geb./Ort	Konf.	NSDAP SA/SS	Lehrst. Kiel	1914–1918, 1919–1920
Hanns Löhr	1891–1941 Hohensolms	Ev./aus- getreten	1931  1931	1934 1941	Feldhilfsarzt, Freikorps
Josef Von- kennel	1897–1965 München	Ev./aus- getreten	1933  1943	1938 1942	Kriegsfreiwilliger, Freikorps
Ernst Holzlöhner	1899–1945 Karalene	Ev./aus- getreten	1933  1933/34	1934 1945	1917 Kriegsfreiwilliger, Freikorps
Enno Freerksen	1910–2001 Emden	Ev./aus- getreten	1932 1933 1938	1941 1945	

**Tabelle 7: Gruppe 1 – Überzeugte Nationalsozialisten in herausragenden nationalsozialistischen Positionen**

wie z. B. Walter Marquort bei der Beschaffung einer Chefarzt-Stelle und für von ihm geschätzte Ordinarien-Kollegen, wie z. B. A. W. Fischer nach dessen ärztlichem Einsatz für Opfer der Progrom-Nacht vom 9. November 1938, einsetzte. Für die Fakultät und Hochschule war sein Einsatz ebenfalls bemerkenswert, er stand aber immer unter dem Vorzeichen nationalsozialistischer Machtausübung. Auch das Private soll hier nicht ganz vergessen werden. Der von ihm vorliegende Schriftwechsel mit Marquort, Wilmanns und Meister zeigt einen loyalen, autoritären, antisemitisch argumentierenden Chef, dem seine Söhne sehr am Herzen lagen. Keiner der Söhne Löhrs wurde Mitglied der SS, sein Sohn Konrad nahm als Infanterist am Beginn des Russlandfeldzuges teil und war als künftiger Sanitätsoffizier 1942 Fähnrich. Pfürtner berichtet über eine Dis-

Politische Betätigung	Bemerkung
NSDAP-Kreisleiter Bielefeld, 1931 SA, Bezirksobmann NSDÄB Bielefeld und Kiel, 1935 Leiter Rassenpolitisches Amt Gau SH, 1936 SS-Oberführer und 1941-Brigadeführer, dem SD-Hauptamt zugeordnet, Ratsherr in Kiel, Gaudozentenführer und Präsident NSDDB-Akademie 1937–1941	1925–1925 Chefarzt Krhs. Sarepta, Berufung in Kiel gegen Fakultät durch massive Eingriffe des REM und NSDAP, Dekan 1935–1941, Prorektor WS 1936/37 und 1939–1941, Rektor 1941
NS-Lehrerbund, NSDÄB, Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP, Beratender Dermatologe beim Reichsarzt SS, 1943 SS-Sturmbannführer	Leiter »Forschungsinstitut V«, Menschenversuche mit tödlichem Ausgang in Buchenwald, 1945 interniert, 1963 Suizid
1933/34 Führerstellvertreter der preußischen Dozentenschaft, 1934 SS-Fliegersturm, 1935–1937 Dozentenbundsführer, 1939–1942 stellvertretender Dozentenbundsführer, SS-Sturmbannführer	1942: Teilnahme an Menschenversuchen an KZ-Häftlingen mit tödlichem Ausgang, 1944 Prorektor, 1945 Rektor, 1945 Suizid
1930 NS-Studentenbund, Dozentenbundsführer und Dozentenführer Gießen, Gaudozentenführer in Hessen-Nassau, 1938 SS, 1941–1942 Dozentenbundsführer Kiel, 1944 SS-Hauptsturmführer, SD	Erb- und rassenkundliche Lehraufträge, 1942–44 Prorektor, 1945 interniert

kussion im Sommer 1942 unter Beteiligung Konrad Löhrs, bei der es durchaus möglich war, kritische Argumente und Zweifel am Regime auszudrücken. Pfürtner hielt Löhrs Sohn für einen ausgesprochenen Idealisten, der in Hitler die einzige Möglichkeit der nationalen Rettung sah und – wie damals viele andere – die Auffassung vertrat, dass man versuchen müsse, die Partei von innen heraus zu verändern.<sup>16</sup> Die Schlussfolgerung, dass im familiären Kreise der Vater eine ähnliche Haltung vertreten haben könnte, ist nicht zu belegen, möglicherweise auch zu spekulativ, scheint aber gerade

16 Pfürtner, S. 362.

auch beim Tenor der von Löhr vorliegenden privaten Briefe nicht unwahrscheinlich.<sup>17</sup> Bei aller Macht, die Löhr angesammelt hatte – es gab an der Kieler Universität während des Nationalsozialismus keinen Professor, der über mehr Einfluss und Möglichkeiten verfügte – war diese Macht doch nicht schrankenlos/unbegrenzt, dies wurde beispielsweise bei den Berufungen deutlich. Wenn der Fakultätsausschuss seinen Vorstellungen nicht folgte, konnte oder wollte er oft seine Stellung als »Führer« der Fakultät nicht dafür einsetzen, um sich über seine Kollegen hinwegzusetzen. Auch er war auf Kooperation angewiesen. Der Kurator und das Reichserziehungsministerium ließen sich oft von den mitunter leidenschaftlich vorgetragenen Argumenten Löhrs nicht beeindrucken. Gelegentlich entsteht sogar, besonders im Bezug auf seine ersten Jahre in Kiel der Eindruck, als wolle die Ministerialbürokratie einschließlich des Kurators ihm seine Grenzen aufzeigen. Seine choleriche, fordernde Art und sein hemdsärmeliges Auftreten schafften ihm mitunter Feinde und trugen dazu bei, auch dem mächtigsten Mann der Universität kleinere Niederlagen zu bereiten. Es bleibt das Resümee: Ohne Löhr hätte es die Kieler Medizinische Fakultät in ihrer spezifischen nationalsozialistischen Ausprägung und mit dem durch ihn vermittelten nationalsozialistischen Sendungsbewusstsein aber auch mit ihrer tiefen Verstrickung in Zwangssterilisation, SS-Sicherheitsdienst, Gutachtertätigkeiten für Sondergerichte, Kriegsforschung und sogar die Verstrickung Einzelner in verbrecherische Menschenversuche nicht gegeben. Nach seinem Tode allerdings brauchte die Fakultät ihren »Zuchtmeister« nicht mehr, denn die Mitglieder des Fakultätsausschusses hatten gelernt, welche Grenzen von ihnen im Krieg unter dem nationalsozialistischen Regime nicht überschritten werden durften.

Freerkens kann als Prototyp des vom Regime geförderten, ja regelrecht aufgebauten Medizinprofessors angesehen werden. Zusätzlich zu seiner steilen Universitätskarriere mit zwei Promotionen, einer Habilitation sowie dem Lehrstuhl für Anatomie in Kiel in der kurzen Zeit von 1933 bis 1941, konnte er an den drei Universitäten, an denen er in dieser Zeit arbeitete, wichtige politische Positionen bekleiden. In Rostock, wo er sein Studium abschloss, war er seit 1930 Mitglied des NS-Studentenbundes, wurde 1933/34 Führer der Studentenschaft und Hochschulgruppenführer der NS-Studentenbundes und 1936 kurzzeitig NS-Dozentenbundsführer. In Gießen wurde er 1938/39 Dozentenbundsführer und Leiter der Dozentenschaft sowie Gaudozentenführer von Hessen-Nassau. In Kiel war er dann ab Mai 1941 Gaudozentenbundsführer für Schleswig-Holstein und ab Juni 1942 als Prorektor Vertreter des vor 1933 sozialdemokratischen

17 LASH Abt. 47.6, Nr. 323 (Marquort), 324 (Meister), 335 (Wilmanns).

Rektors Predöhl,<sup>18</sup> der wegen der kriegswichtigen Notwendigkeiten seines Instituts für Weltwirtschaft, das nach Ratzeburg ausgelagert worden war, oft nicht in Kiel anwesend sein konnte. In der Praxis hieß dies, dass die alltäglichen Rektoratsgeschäfte von Freerksen wahrgenommen wurden. Dieser Sachverhalt wird auch durch die Schriftstücke des Rektorats bestätigt, in denen die Unterschrift Freerksens dominiert. Auch in der Partei und ihren Untergliederungen hatte Freerksen die für seine Karriere in der Zeit des Nationalsozialismus passenden Entscheidungen getroffen. Am 1. Mai 1932 wurde er Mitglied der NSDAP, 1933 trat er in die SA ein und wechselte Anfang 1938 als Anwärter in die SS über, trat folgerichtig im Februar 1939 aus der evangelischen Kirche aus, war 1941 Untersturmführer, 1943 Obersturmführer und wurde im Juni 1944 SS-Hauptsturmführer. Zum Zeitpunkt seines Eintritts in die SS wurde er möglicherweise auch ehrenamtlicher V-Mann des SD. Seine Aufnahme in den SD erfolgte jedoch erst im Mai 1941 mit einer Zuordnung zur Führungsreserve des Reichssicherheitshauptamtes.<sup>19</sup> Es ist davon auszugehen, dass Löhr als neu eingesetzter Rektor der Universität es für notwendig hielt, seine Leitungsposition im SD-Netz der Universität abzugeben. Als Nachfolger kam, wie in anderen Bereichen später auch, nur Freerksen in Frage. Der Anatom war wegen der Folgen einer eitrigen Mittelohrentzündung und der daraufhin in Rostock im Februar 1936 erfolgten Radikaloperation des linken Mittelohres nur bedingt wehrdiensttauglich,<sup>20</sup> ein Umstand, der ihn während des Krieges zusammen mit seiner nur oberflächlich ausgeheilten Tuberkulose vor Einberufungen schützte. Damit war er anders als die meisten anderen Lehrstuhlinhaber nicht durch Wehrdienst belastet und konnte unbehelligt seine universitäre und politische Karriere gestalten.

In Freerksens Lebenslauf finden sich Auffälligkeiten, die Anlass zu Spekulationen geben. Zunächst ist hier seine Gastdozentur in Zürich von Ende März bis Ende September 1939 zu nennen. Devisen wurden im Deutschen Reich streng bewirtschaftet und waren knapp. Freerksen erhielt über die Finanzierung seiner Gastdozentur in Zürich durch den Gastgeber hinaus noch einen Zuschuss von monatlich 205,- RM von der Gießener Universität zur Deckung seiner im Inland weiterlaufenden Verbindlichkeiten<sup>21</sup> – eine großzügige Regelung, die sicher nur unter besonderen Umständen gewährt

18 LASH Abt. 399.65, Nr. 31, Bericht Freerksens über seine persönlichen Erfahrungen mit Herrn Hinrich Lohse v. 2.6.1950.

19 BArch SSO 220, Akte Freerksen.

20 BArch RS B 040, p. 0898, Rasse- und Siedlungshauptamt, Ärztlicher Untersuchungsbogen v. 16.3.1939.

21 UA Gießen Hab. Dr. Freerksen, Anat. Inst. Dekanat Humanmedizin, 3. Lieferung, zu Med K 6, Schrb. Reichsstatthalter Hessen, Landesregierung Abt. VII an Rektor Gießen v. 19.4.1939.

wurde. Möglicherweise gab es ein Interesse des SD daran, durch Freerksen Näheres über die Verhältnisse an den Schweizer Hochschulen zu erfahren. Die Schweiz hatte für das Deutsche Reich in vielerlei Hinsicht eine kriegswichtige Bedeutung. In diesem Zusammenhang könnten beispielsweise Stimmung und Aktivitäten emigrierter Deutscher an Schweizer Universitäten, aber auch der Aufbau von Verbindungen in Wissenschaftskreise interessant gewesen sein. Freerksen war für eine solche Aufgabe als überzeugter Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie auch wegen seiner hohen Intelligenz hervorragend geeignet. Zudem verstand er es, wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten im Laufe seiner Karriere zeigte, Menschen für sich zu gewinnen. Einen Monat nach Kriegsbeginn musste Freerksen seine Tätigkeit in Zürich beenden, kehrte jedoch im Sommer 1942 in die Schweiz zurück. Denn eine Remission seiner Tuberkulose führte dazu, dass er vom 20. August bis 25. September 1942 mitten im Krieg eine 35-tägige Heilstättenkur in St. Blasien absolvierte. Offenbar standen in seinem Fall für private Zwecke der Behandlung einer Krankheit, die im Übrigen zu diesem Zeitpunkt genauso gut im Deutschen Reich möglich gewesen wäre, Devisen zur Verfügung. Auch hier könnte ein Auftrag des SD Freerksen den Weg geebnet haben. Auf der anderen Seite war es nicht ungewöhnlich, dass auch im Krieg deutsche Tuberkulosekranke in der Schweiz behandelt wurden. Benninghoff, mittlerweile auch Mitglied der NSDAP, wurde im Wintersemester 1942/43 wegen einer Pleuritis exsudativa tuberculosa längere Zeit in einem Sanatorium in Agra/Schweiz behandelt.<sup>22</sup> Der Arzt Dr. Erich Heinz, Assistent von Netter seit 1942, teilt in einem Entlastungsschreiben für Netter vom 20. Mai 1946 beiläufig mit, dass er im Sommer 1944 die Nachricht erhalten hatte, eine längere Kur in der Schweiz antreten zu müssen.<sup>23</sup> Es bestand also sogar noch 1944, aus welchen Gründen auch immer, für Deutsche die Möglichkeit von Kuren in der Schweiz.<sup>24</sup>

22 UA Marburg 307 c Nr. 242 Schrb. Benninghoff an Bach v. 17.12.1942.

23 LASH Abt. 460, Nr. 4181. Vermutlich hatte er sich während seines Wehrdienstes 1943/44 eine Tuberkulose zugezogen. Da diese Aussage keinen direkten Bezug zur Person Netters hat, scheint sie trotz der fragwürdigen Stellung von Entlastungsschreiben im Rahmen von Entnazifizierungsverfahren glaubhaft.

24 Längere Kuren in der Schweiz dienten in der Regel der Tuberkulose-Behandlung. Denkbar wäre, dass das Deutsche Reich diese Sanatoriumsaufenthalte von Deutschen in der Schweiz im Hinblick auf die Dauer solcher Behandlungen, die schwierige Situation in deutschen Krankenhäusern und Lazaretten infolge des Krieges wie auch aus außenpolitischen Gründen unterstützte oder zumindest tolerierte.

Der plötzliche Rücktritt Freerksens als Prorektor am 5. Juni 1944 und seine sofortige Annahme durch Predöhl sind sowohl als Tatsache wie auch vom Zeitpunkt und vom Zeitablauf her auffällig. Auch die Begründung kann nicht überzeugen. Freerksen wurde als Prorektor aus der Sicht der NSDAP gebraucht, da Predöhl zum einen nur selten in Kiel sein konnte und zum anderen als Nationalsozialist mit einer Vergangenheit als Sozialdemokrat in der NSDAP nicht das uneingeschränkte Vertrauen genoss. Von einem Nationalsozialisten und SS-Mann wie Freerksen wurde erwartet, dass er mit den kriegsbedingten Schwierigkeiten ohne Anzeichen von Schwäche fertig werden würde. Zum Zeitpunkt und Zeitablauf des Rücktritts sind Interpretationen bereits im Kapitel 6.3.4 entwickelt worden. Ob nun eine schwere Depression oder viel eher eine irgendwann erfolgte halbherzige Wendung zum Widerstand vorlagen, werden vielleicht spätere Untersuchungen zeigen. Für letzteres spricht die sofortige Akzeptanz des Rücktritts durch Predöhl. Auch wäre es für Freerksen selbst in der Ausnahmesituation eines stark beschädigten Instituts – die totale Zerstörung des Anatomischen Instituts bis auf den Keller erfolgte ja erst am 25./26. August 1944 – zumutbar gewesen, die Aufgaben des Prorektors noch einige Zeit weiter wahrzunehmen. Aber offensichtlich war dies auch aus der Sicht des Rektors nicht vertretbar. Predöhl musste wohl sofort handeln und provisorische Übergangslösungen reichten offenbar nicht aus. Ein ernst zu nehmender Vermerk des Verwalters der Geschäfte des Kurators Dr. August Wilhelm Fehling aus der Nachkriegszeit, in dem er Freerksen als jemanden kategorisiert, der sich »nachweisbar als Gegner des Nationalsozialismus betätigt« hatte,<sup>25</sup> unterstützt die Vorstellung einer Wendung Freerksens zum Widerstand, ohne dass konkretere Hinweise zu finden sind.

Auch die Behandlung Freerksens im Entnazifizierungsverfahren in der Nachkriegszeit einschließlich des »Persilscheins« des Widerstandskämpfers Eugen Gerstenmaier sprechen für eine Wandlung des »Saulus zum Paulus«. Voraussetzung für den schnellen Rücktritt wäre jedoch gewesen, dass Freerksen offen mit Predöhl gesprochen hätte, damit dieser auch im Interesse der Universität die Notwendigkeit sofortiger Konsequenzen erkennen konnte. In drei Jahren Zusammenarbeit mit Freerksen als Gaudozentenführer und Prorektor könnte ein so enges Vertrauensverhältnis zwischen dem tatsächlich wenig nationalsozialistisch profilierten Predöhl und dem intelligenten, dem

25 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Vermerk v. 11. Mai 1948. Bis 1952 hat Fehling die Geschäfte des Kurators verwaltet. Kurator war 1946/47 der Ministerpräsident, 1947–1952 der Kultusminister. (Asmussen, Georg: Findbuch des Bestandes 47.1, Kuratorium der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Kiel (= Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Bd. 91), Hamburg 2007, Vorbemerkung S. IV).

Regime eventuell immer kritischer gegenüberstehenden Freerksen entstanden sein,<sup>26</sup> so dass ein nicht ganz ungefährlicher Gesinnungswandel Freerksens hätte zur Sprache kommen können.

Auffällig ist auch die frühzeitige Entlastung im Entnazifizierungsverfahren durch alle Instanzen, begonnen Ende 1946, fortgesetzt im Jahre 1947, als das allgemeine Wohlwollen für Verstrickungen in nationalsozialistisches Unrecht noch nicht so ausgeprägt war und die Entnazifizierungsverfahren noch nicht einem stumpfen Schwert glichen, wie es ab Ende 1947/1948 zunehmend zu beobachten war. Auch die zahlreichen, von Freerksen bekleideten hohen Ämter, die nur durch vertrauenswürdige nationalsozialistische Anhänger zu besetzen waren sowie Freerksens Zugehörigkeit zum Sicherheitsdienst der SS, einer von den alliierten Siegermächten für verbrecherisch erklärten Organisation, hätten einer Eingruppierung in Kategorie V »Unbelastet« im Wege stehen müssen. Dies gilt besonders, wenn man sich die Schwierigkeiten vergegenwärtigt, die Klaus Vogel mit einer niedrigeren Belastung hatte. Freerksens Dienstgrad Hauptsturmführer, ein hoher Dienstgrad im Hinblick darauf, dass er bis auf ca. vier Wochen im Jahre 1938 keinen Wehrdienst abgeleistet hatte, sowie seine Zugehörigkeit zur Führungsreserve des Reichssicherheitshauptamtes passen ebenfalls nicht zu seiner frühen Entnazifizierung. Freerksen wurde kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reiches« schon wieder gefördert. Schon 1946 erhielt er eine Abteilungsleiterstelle im späteren Forschungsinstitut Borstel. 1950 wurde er von dem CDU-Minister für Inneres und Volksbildung Paul Pagel, dem seinerzeit einzigen Angehörigen der Schleswig-holsteinischen Landesregierung, das nicht Mitglied der NSDAP gewesen war, in den gut dotierten Posten des Institutsdirektors des Forschungsinstitutes eingesetzt. Der langjährige Leiter der Medizinischen Klinik in Hanau, Werner Schmidt, der als »Halbjude« versuchen musste, die Zeit des Nationalsozialismus einigermaßen unbeschadet zu überstehen und der darüber eine Autobiographie verfasste,<sup>27</sup> schreibt dazu: »Er ist ein besonders gutes Beispiel für Menschen, die mit hohem Einsatz spielen und dabei nicht verlieren.«<sup>28</sup>

Holzlhöner und Vonkennel sind die beiden weiteren Ordinarien der ersten Gruppe. Sie unterscheiden sich von Löhr und Freerksen dadurch, dass ihr Einsatz in nationalsozialistischen Führungspositionen zwar immer noch bemerkenswert war, jedoch bei wei-

26 LASH Abt. 399.65, Nr. 32, Schrb. Predöhl o. D. [wahrscheinlich 1950, d. Verf.] über Zusammenarbeit zwischen Rektor und Gauleiter.

27 Schmidt, Werner: *Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit*, Zürich 1989.

28 Schmidt, S. 286.

tem nicht das Ausmaß des Engagements von Löhr und Freerksen besaß. Beide gehörten nicht dem Sicherheitsdienst der SS an, arbeiteten aber wohl als V-Leute für ihn. Holzlöhners bereits teilweise dargestellter Lebenslauf hat die typischen Merkmale eines überzeugten Anhängers des Regimes. Gleich nach dem Dienstantritt in Kiel wurde er im November 1934 Dozentenschaftsführer und übernahm im Sommersemester 1935 die Führung des NS-Dozentenbundes in Personalunion mit der Funktion des Leiters der Dozentenschaft der Universität.<sup>29</sup> Im Sommersemester 1937 wurde er von Ritterbusch abgelöst. Seit dem Sommersemester 1939 bis einschließlich Wintersemester 1940 gehörte er zu den der SS angehörigen Professoren, die dabei helfen sollten, dem Lehrkörper der »Reichsuniversität Straßburg« die von der SS gewünschte Prägung zu geben, ein Vorhaben, das am Widerstand des Reichserziehungsministeriums scheiterte.<sup>30</sup> Holzlöhner blieb in Kiel. 1941/42 war er dann erneut stellvertretender NS-Dozentenbundsleiter. Holzlöhner kann jedoch in der Ausübung seiner Führungsaufgaben nicht sehr überzeugend gewesen sein, denn in Anbetracht der Tatsache, dass ein Mangel an ideologisch gefestigten Hochschullehrern für Führungspositionen bestand, hatte er seine Ämter immer nur recht kurze Zeit inne. Seine Ergebenheit gegenüber dem Regime und sein Pflichtbewusstsein lassen es als wenig wahrscheinlich erscheinen, dass die immer nur kurze Dauer seiner verschiedenen Führungsaufgaben seinem eigenen Wunsch entsprach. Das zeigt auch sein Einsatz im Juni 1944, als das »Dritte Reich« erkennbar seinem Ende entgegen ging, er sich jedoch vom Rektor Predöhl als Nachfolger Freerksens zum Prorektor ernennen ließ.<sup>31</sup> Pflichterfüllung gegenüber dem System hatte bei ihm Vorrang vor eigenen Einsichten – ein Verhalten, das auch bei seiner Beteiligung an den Menschenversuchen mit den Dachauer Häftlingen zu beobachten war. Am 10. April 1945 erfolgte durch Minister Rust die Ernennung Holzlöhners zum Rektor der Kieler Universität. Er wurde am 6. Juni 1945 von den Britischen Militärbehörden aus seinem Amt als Hochschullehrer entlassen und nahm sich, als er sich durch die britische Besatzungsmacht enttarnt fühlte, am 14. Juni 1945 das Leben. Im Jahre 1951, wie schon dargestellt, wurde er für den Fall, dass er noch am Leben gewesen wäre, in einem für die Pensionszahlung an die Ehefrau wichtigen posthumen Entnazifizierungsverfahren in die Kategorie III eingestuft. Holzlöhner ist der typische engagierte Anhänger der NSDAP, der als Hochschullehrer unauffällig seine Aufgaben erledigte sowie als Angehöriger der NSDAP und mehr noch der SS seinen vermeintlichen Pflichten

29 BArch R 4901, Nr. 13266 Karteiblatt Holzlöhner.

30 LASH Abt. 47.6, Nr. 323, Schrb. Löhr an Marquort v. 24.9.1940; Lerchenmüller, Reichsuniversität Straßburg, S. 53–80.

31 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Predöhls an Holzlöhner v. 6.6.1944.

gegen eigene Bedenken auch dann noch nachkam, als die Grenze zu Inhumanität und Verbrechen überschritten wurde. Die Übernahme des sicher von ihm grundsätzlich für erstrebenswert gehaltenen, vier Wochen vor der Kapitulation jedoch völlig jeder Bedeutung verlustigt gegangenen Rektorenamtes entbehrt nicht eine gewisse Tragik seines durch ideologische Befangenheit verpuschten Lebens.

Während Holzlöhner nach dem Start als »Märzgefallener« in den Nationalsozialismus alle ihm übertragenen Ämter bis zum bitteren Ende pflichtbewusst wahrnahm, obwohl es ihm offensichtlich an Führungsqualitäten fehlte, war Vonkennel ein früher Nationalsozialist, Antisemit und trotz schwerer Kriegsverletzung engagierter Freikorpskämpfer, der sich später ideologisch als Nationalsozialist betätigte, aber anders als Holzlöhner vermied, Ämter zu übernehmen. Wie Ernst Philipp im Freikorps Reinhard nahm er im Freikorps Oberland an den Kämpfen 1919 in München, später auch an der Niederschlagung der Arbeiteraufstände im Ruhrgebiet und an den Kämpfen in Oberschlesien teil.<sup>32</sup> Seine Kontakte zu nationalsozialistischen Kreisen, wie z. B. zum Kampfbund »Eiserne Faust«, über den die Verbindungen zwischen den Freikorpsangehörigen und den Nationalsozialisten entstanden,<sup>33</sup> sind ebenso wie seine Mitgliedschaft in der »Deutsch Völkischen Arbeiterpartei« bereits erwähnt worden. Die Beteiligung an antisemitischen Ausschreitungen brachte ihm sechs Tage Festungshaft ein.<sup>34</sup> Zum 1. April 1933 trat er in die NSDAP ein, weiterhin war er Mitglied des NS-Lehrerbundes und des NS-Ärztbundes.<sup>35</sup> Seine Aktivitäten in der SA und später auch in der SS als Beratender SS-Arzt dürften eher bescheiden gewesen sein.<sup>36</sup> Festzustellen ist jedoch eine Betätigung im Hauptamt für Volksgesundheit der NSDAP, aus der eine umfangreiche Vortragstätigkeit resultierte.<sup>37</sup> In Kiel kam er trotz der großen, später auch kriegswichtigen Bedeutung seiner Forschung nicht umhin, wegen seiner ideologischen Verbundenheit mit der NSDAP und des in diesem Zusammenhang von ihm erwarteten Pflichtgefühls doch einige Ämter übernehmen zu müssen. Im Oktober 1937 wurde er Verwaltungsleiter der Akademischen Heilanstalten, ab Mai 1941 bis einschließlich Sommersemester 1942 als Nachfolger Löhrs Prorektor und im Sommersemester 1942

32 UA Leipzig PA 1647, Bl. 64; diese Phase seines Lebens fehlt im Lebenslauf v. 2.1.1948.

33 Kuron, S. 62–63.

34 UA Leipzig PA 1647, Bl. 24, 25, Schrb. der NSDAP-Reichsleitung, Amt NSD-Dozentenbund, an den Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität München v. 1.10.1935.

35 BArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt Vonkennel.

36 BArch PK S76, p. 1170, Politische Beurteilung des Josef Vonkennel v. 7.3.1938 durch die Gauleitung München-Oberbayern der NSDAP.

37 BArch R 4901, Nr. 13279, Personalblatt Vonkennel.

auch Führer des Kieler NSDDB. Sein Einsatz in den genannten Führungspositionen folgte dem auch von den Nationalsozialisten beherzigten Prinzip: War der Inhaber einer wichtigen Führungsfunktion nicht eindeutig als Anhänger einzustufen, musste dies bei dem Vertreter der Fall sein oder umgekehrt. Weder Kurator Sitzler als Vorgesetzter des Direktors der Akademischen Heilanstalten noch Rektor Predöhl gehörten zum nationalsozialistischen Führungskader, so dass dies auf der darunterliegenden Ebene berücksichtigt werden musste. Vonkennel bot die Gewähr für nationalsozialistische Verlässlichkeit. Mit seinem Ausscheiden aus der Kieler Medizinischen Fakultät Ende 1942 wurden Führungspositionen frei, für die den Nationalsozialisten Nachfolger fehlten. Als Prorektor konnte Freerksen erst nach einer Ausnahmegenehmigung des Reichserziehungsministeriums eingesetzt werden, da die Positionen Rektor, Prorektor und Dekan nur an ordentliche Professoren vergeben werden durften, Freerksen hatte bis Anfang 1945 jedoch die Planstelle eines planmäßigen außerordentlichen Professors inne. Als Direktor der Akademischen Heilanstalten fand sich mit Meesmann nunmehr kein geeigneter Nationalsozialist mehr unter den Klinikdirektoren. Dies könnte neben schon erwähnten weiteren Gründen ein noch nicht genannter Anlass für die Ablösung des Kurators Sitzler durch den bis dato als sein Vertreter tätigen eingeschworenen Nationalsozialisten Kinder gewesen sein. Den Nationalsozialisten gingen an der Medizinischen Fakultät in der zweiten Hälfte des Krieges geeignete Führungspersönlichkeiten aus, so dass Kompromisse unvermeidbar wurden.

#### 7.1.4 Nationalsozialistische Hochschullehrer

Die aktiven Nationalsozialisten der ersten Zeit nach der Machtübernahme waren Schittenhelm, Dold, Schröder sowie jeweils nur für etwa ein Jahr Rodenwaldt (als Nachfolger Dolds)<sup>38</sup> und Staemmler (als Nachfolger Jores'). Das Trio Dold, Schittenhelm und Schröder, das sich vor dem 30. Januar 1933 aus Parteipolitik herausgehalten hatten, aber ideologisch durchaus Gemeinsamkeiten mit den Nationalsozialisten aufwies, lieferte mit ihren Maßnahmen in den nächsten 18 Monate die Fakultät unwiederbringlich den nationalsozialistischen Machthabern aus. Gemeinsam verachteten sie die Weimarer Republik auch in ihrer präsidialen Ausprägung wegen ihrer politischen Ineffizienz, litten als Direktoren ihrer Einrichtungen unter dem Geldmangel der Republik in der Weltwirtschaftskrise, hofften auf eine Revision der Versailler Verträge und waren sich

38 Rodenwaldt gehörte trotz seiner einschlägigen Aktivitäten während seiner Zeit in Kiel nicht der NSDAP an.

einig über die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung zur »Sterilisation Minderwertiger«. Dies alles trieb sie in die Arme der einzigen Partei, durch die sie sich Abhilfe erhofften. Der Antisemitismus und die Hochschul- und Wissenschaftsfeindlichkeit der NSDAP stießen sie ab, wurde jedoch entweder verdrängt oder als beeinflussbar angesehen. Sie wollten sich am Aufbau eines »neuen Deutschlands« beteiligen, gerade auch in Anbetracht der Tatsache, dass die von ihnen als unreif angesehenen nationalsozialistischen Studenten im Zuge der »nationalen Revolution« der Universität im Frühjahr 1933 Veränderungen aufzwingen, die sie unter den bestehenden Machtverhältnissen ertragen mussten, aber nicht ein weiteres Mal hinnehmen wollten. Deswegen beschlossen Dold, Schittenhelm und Schröder, wahrscheinlich unabhängig voneinander, die Hochschulpolitik der NSDAP von innen heraus mitzugestalten und traten der NSDAP zum 1. Mai 1933 bei. Schröder schrieb dazu in seinen der Rechtfertigung dienenden »Daten über Professor Dr. Robert Schröder« am 25. Mai 1945: »Im Mai 1933 wurde ich in die Partei aufgenommen, ich hatte mich dazu auf Veranlassung meiner Freunde gemeldet in dem Aufschwung, der damals das deutsche Volk ergriff.«<sup>39</sup> Im Weiteren gingen Schittenhelm, Schröder und Dold allerdings nicht nur unterschiedliche Wege, sondern arbeiteten sogar gegeneinander. Während Dold und Schröder zusammen mit anderen konservativen Lehrstuhlinhabern die Verhältnisse in der Fakultät so zu ändern versuchten, dass sie durch scheinbares Eingehen auf die Forderungen der neuen Machthaber der Fakultät Handlungsspielräume bewahren wollten – ein erster Schritt war die Abwahl Jores' und dessen Ersatz als vorgesehener Dekan durch Dold – machte Schittenhelm die nationalsozialistische Reichsführung in München in Person des Reichsärztesführers Gerhard Wagner durch sein Bekenntnis zur neuen Führung als neu gewählter Präsident der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin anlässlich des 45. Kongresses der Gesellschaft im Juni 1933 auf sich aufmerksam. Als Hanns Löhr Anfang 1934 noch als Kreisleiter für den Landkreis Bielefeld den NS-Reichsärztesführer in der Angelegenheit Krause/Münster von seiner Loyalität überzeugte, dürfte die Idee entstanden sein, Hanns Löhr anstelle von Schittenhelm in Kiel auf den Lehrstuhl für Innere Medizin zu bringen und ihn die Führung der widerspenstigen Medizinischen Fakultät Kiel im Sinne der Nationalsozialisten übernehmen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die damals noch nicht sehr wirkmächtige nationalsozialistische Reichsführung zeitraubende Widerstände überwinden, eine Zeit, die Dold und Schröder, ohne diese Zusammenhänge zu kennen, noch nutzen konnten, um den ihnen gerade unter den neuen Machthabern zukunftsweisend erscheinenden Bereich der Rassenhygiene in

39 UA Leipzig PA 1602, Schröder, p. 246.

der Kieler Medizinischen Fakultät auszubauen. Schon früh hatte die Fakultät »Rassenkunde« als ein zukunftsträchtiges Fachgebiet angesehen, deswegen hatte man den durch Krieg, Kriegsfolgen und Inflation nicht nur für Aichel, sondern auch für die Fakultät steinigen Weg der Schaffung des Lehrstuhls für Anthropologie beschritten. Nunmehr zeigte sich, dass die anthropologische Wissenschaft zur Lösung der drängenden Fragen nicht ausreichte, es bedurfte weitergehender, praktisch ausgerichteter Maßnahmen, wie sie die Rassenhygiene eher versprach. So wurde als Nachfolger für den Pathologen Jores der rassenhygienisch engagierte Pathologe Staemmler aus Leipzig mit dem höchsten Gehalt, das zu jener Zeit an einen Ordinarius in der Medizinischen Fakultät in Kiel gezahlt wurde, nach Kiel geholt. Als Dold sich entschloss, einer Berufung nach Tübingen zu folgen, wurde der Tropenmediziner und Rassenhygieniker Rodenwaldt aus Java trotz seines für eine Erstberufung hohen Alters von 56 Jahren nach Kiel berufen. Kiel konnte beide nicht halten: Staemmler folgte nach einem Jahr einem Ruf nach Breslau, Rodenwaldt nach Heidelberg. Als mit Holzlöhner, besonders aber mit Löhr, eng mit den Zielen der Partei verbundene Nationalsozialisten in Kiel die Richtung bestimmten, war das Konzept Dolds und Schröders gescheitert. Schröder zog die Konsequenzen und folgte einem Ruf nach Leipzig. Die Kieler Medizinische Fakultät war nationalsozialistisch geworden. In der Folgezeit kamen noch einige weitere ideologisch gefestigte Nationalsozialisten zur Fakultät hinzu: 1937 waren es Philipp für Schröder und Bachmann für Rodenwaldt sowie 1943 Vogel für Seiffert.

Ernst Philipp war im Ersten Weltkrieg Soldat. Während des Spartakusaufstandes gehörte er 1919 als Freiwilliger dem Freikorps Reinhard sowie während der Bekämpfung der kommunistischen Räterepublik im Mai 1919 in München und weiter bis in den Herbst 1919 als Bataillonsarzt dem Freikorps v. Oven an.<sup>40</sup> Damit gehörte er zu denjenigen Nationalsozialisten, die in den Freikorps der »Schwarzen Reichswehr« bereits politisch in die Nähe der noch in den Anfängen befindlichen nationalsozialistischen Strukturen gerückt waren. Er war vorher nicht politisch aktiv gewesen, wählte jedoch nach eigenen Angaben seit 1931 nationalsozialistisch,<sup>41</sup> trat aber erst zum 1. Mai 1933 in die NSDAP und zum 1. Oktober in die SA ein.<sup>42</sup> Seine Sympathien für die Nationalsozialisten gingen vor dem 30. Januar 1933 nicht so weit, dass er durch eine Mitgliedschaft Risiken für seine Karriere eingehen wollte. Für Philipp stand seine Hochschul-

40 LASH Abt. 47, Nr. 6906, Personalkarteiblatt Philipp.

41 So die eigenhändig geschriebene Angabe in seinem Personalblatt. Die Mitgliedschaft in der NSDAP war in Preußen, wie schon früher ausgeführt, bis zum Juli 1932 für das Fortkommen nicht ungefährlich.

42 LASH Abt. 47, Nr. 6906, Personalkarteiblatt Philipp.

lehrertätigkeit im Vordergrund. Politisch nicht sehr interessiert, wie bereits vor der Zeit des Nationalsozialismus, wollte er sich auch während des »Dritten Reiches« nur so viel, wie es ihm unvermeidbar schien, in die Pflicht nehmen lassen. Philipp war in Kiel stellvertretender Kieler Dozentenbundsführer sowie stellvertretender Ehrenrichter.<sup>43</sup> Als Nachfolger A. W. Fischers war er vom Sommer 1943 bis zum Mai 1945 Dekan der Medizinischen Fakultät. Mit ihm hatten die Nationalsozialisten einen vorzeigbaren Vertreter, der auch mittlere Positionen bekleiden konnte, aber ideologisch nur so lange als überzeugter Nationalsozialist anzusehen war, solange es ihm persönlich nützte. Als das Ende des »Dritten Reiches« absehbar war, ließ sein Eifer merklich nach, Verfahren auf Entziehung von Dokortiteln wurden von ihm verwaltungstechnisch so dilatierend behandelt, dass sie nicht mehr zur Entscheidung kamen.<sup>44</sup> Sein Verhalten in der Angelegenheit der Promotion Liselotte Knolles fiel jedoch noch in die Zeit, in der er es für inopportun hielt, sich durch standhaftes Verhalten den Ärger von SS-Größen wie dem ehemaligen Kieler Buchhändler und SS-Standartenführer Friedrich Knolle zuzuziehen.

Werner Bachmanns 1937 erfolgte Berufung nach Kiel war zweifellos eine Verstärkung der zum damaligen Zeitpunkt schwachen Repräsentation überzeugter Nationalsozialisten.<sup>45</sup> Um Führungsaufgaben zu übernehmen, fehlten ihm die persönlichen Voraussetzungen trotz tief verinnerlichter nationalsozialistischer Überzeugung.<sup>46</sup> Bachmanns Ämter als Nationalsozialist waren wenig profiliert und dienten mehr der Belohnung von Treue als der Wahrnehmung wichtiger Aufgaben. Während des Krieges war er von Februar bis Oktober 1940, Juni bis Dezember 1941 und Mai 1942 bis Oktober 1943 als Beratender Hygieniker einer Armee und Leiter einer bakteriologischen Untersuchungseinheit bei einer Heeresgruppe in Frankreich und an der Ostfront eingesetzt, stand also in dieser Zeit insgesamt 36 Monate seinem Institut und der Region gar nicht oder sehr begrenzt zur Verfügung.

Vogel zeigte mehr als andere nationalsozialistisches Engagement.<sup>47</sup> Ursprünglich evangelisch, war er aus der Kirche ausgetreten, so wie es von ihm bei seiner Aufnahme in die SS erwartet wurde, jedoch nicht – wie bei einer Aufnahme in den SD – verpflichtend war. Bis 1945 bekannte sich Vogel offen zum Nationalsozialismus, auch sein letzter hoher Rang eines SS-Sturmbannführers sowie seine aktive ehrenamtliche Mitarbeit in

43 Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1944, S. 12–13.

44 LASH Abt. 47, Nr. 2044, Verfahren Albert, Meyer-Grell.

45 Siehe 5.3.4.

46 LASH Abt. 47, Nr. 2045, Schrb. Rektor an Fischer v. 17.7.1943, Bachmann sollte nur Prodekan werden.

47 Siehe 6.2.3.

der SS zeigen sein Engagement für das Regime. Gebündelt in seiner Person, immerhin einem überzeugten, aktiven Nationalsozialisten mit hohem SS-Rang, wird nach dem Kriege besonders die Fragwürdigkeit des gesamten Entnazifizierungsverfahrens deutlich. Zunächst wurde er durch die Entscheidung der Kontrollkommission vom 26. Oktober 1947 in die Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft, dann kam er mit Spruchentscheidung des Entnazifizierungs-Hauptausschusses vom 8. Juni 1948 nebst einer Geldstrafe von 10.000 RM in die Gruppe IV (Mitläufer) und letztlich dann im Februar 1949 in die Gruppe V (Entlastete).<sup>48</sup> Anders als im Falle des weniger belasteten Bachmanns, dem es als Einzigem der Medizinordinarien nicht gelang, die Einstufung in Gruppe IV revidieren zu lassen und seinen Lehrstuhl wieder zu erhalten, waren die chirurgischen Fähigkeiten Vogels unentbehrlich, so dass sich seine Entnazifizierung sehr stark nach den klinischen Erfordernissen richtete.

Über Aichel, seinen Lebenslauf, seine »Karriere« in der Kieler Medizinischen Fakultät, seinen vergeblichen Kampf um eine ordentliche Professur über viele Jahre und seinen einige Monate vor der Machtübernahme zusammen mit seinem Assistenten Löffler erfolgten Eintritt in die NSDAP ist bereits ausführlich berichtet worden. Sein Entschluss zur politischen Betätigung war wohl in seiner beruflichen Frustration und seiner Geringschätzung der Strukturen der Weimarer Republik begründet, Anlass zu diesem Schritt war sicher die Anregung durch Löffler. Selbst in Rassenfragen kam Aichel über Bemühungen zu einem Schulterchluss mit den Nationalsozialisten in seinen Veröffentlichungen nicht hinaus, dazu war er viel zu lange ein seriöser Wissenschaftler gewesen. So gehörte er zwar zu den wenigen Ordinarien, die am 30. Januar 1933 bereits Mitglied der NSDAP waren, trotzdem bewahrte ihn wohl nur sein Tod im Januar 1935 vor ernsthaften Konflikten mit den Machthabern. Die bereits dargestellten Streitigkeiten in den zwei Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft, die er noch miterlebte, beweisen dies. Es war die Solidarität seiner Fakultätskollegen, die ihn vor ernsthaften Schwierigkeiten bewahrte. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass er sich zwar darum bemühte, sich die Strömungen der neuen Zeit für sein Fach dienstbar zu machen, die neuen Machthaber ihn jedoch nicht in der von ihm angestrebten Weise handeln lassen wollten. Ihnen war nicht an Wissenschaftlichkeit, sondern propagandistischer Durchsetzbarkeit ihrer ohnehin rational nicht zu begründenden rassistischen Ziele gelegen. Zum Zeitpunkt seines Todes war Aichel gescheitert.

48 LASH Abt. 47, Nr. 7083, p. 35, Schrb. an Vogel v. 23.12.1947; p. 48, Schrb. Vogel an Kurator v. 30.6.1948; Schrb. o. P. von Dekan Philipp an Kultusminister v. 7.11.1951.

<b>Name</b>	<b>Geb./Ort</b>	<b>Lehrst.</b>	<b>1914–1918</b>
Schittenhelm	1874 Stuttgart	1912–1945	1914–18 Beratender Arzt, Generaloberarzt
Rodenwaldt	1878 Berlin	1934–1945	Beratender Hygieniker 5. Kaiserlich-Osmanische Armee
Dold	1882 Stuttgart	1928–1952	
Schröder	1884 Rostock	1922–1958	
Staemmler	1890 Duschnik	1934	
Vogel	1890	1943–1945, 1949–1959	Truppenarzt, Arzt in d. Türkei, 1919 Oberarzt
Bachmann	1890 Plauen	1937–1945	Kriegsdienst
Philipp	1893 Münsterberg	1937–1961	Soldat, Freikorps

**Tabelle 8: Gruppe 2 – Aktive nationalsozialistische Medizinprofessoren**

<b>Politische Betätigung</b>	<b>Bemerkung</b>
Überzeugtes Mitglied NSDAP, 1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler, SS-Brigadeführer, rassenhygienische Forschung	Rufe: 1924 Leipzig, 1930 Wien, 1932 Berlin abgelehnt, 1934 München
1932 bis Febr. 1933 NSDAP, nationalsozialistische Haltung, Antisemit, staatl. anerk. Rassengutachter, 1944 Wiss. Beirat Brandt	Rassenanthropologe und Rassist, 1945 Entlassung wg. Belastung
Überzeugter Nationalsozialist, 1933 NSDAP, NSDÄB, 1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler , Vors. Ortsgruppe Tübingen der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene	Rassenhygieniker, 1927 Regierungs- rat im Reichsgesundheitsamt Berlin, 1933 Dekan, 1943–1945 Dekan Freiburg
1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler, 1933 NSDAP, SA-Motor- sturm, NSDÄB	Versuchte Berufung der NS-Vertreter Holzlöhner und Löhr zu verhindern, 1945 zwei Jahre interniert
1931 NSDAP, Rassenpolitisches Amt NSDAP	Rassenhygieniker und Rassist
SS-Sanitäts-Sturm, NSDAP, begeisterter Nationalsozialist, SS-Sturmbannführer	1945 entlassen, 1949 wieder einge- setzt
1933 NSDAP, förderndes Mitglied SS, Blockleiter NS-Ortsgruppe, Gaubeauftrag- ter des Rassenpolitischen Amtes Königs- berg, Gauamtsleiter für Rassenhygiene im Gau SH, überzeugter Anhänger der NSDAP	Vorsitzender der Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft für Rassen- hygiene, 1941–1945 Prodekann, 1945 inhaftiert, erhielt Lehrstuhl nicht zurück
Wählte seit 1931 nationalsozialistisch, 1933 NSDAP, stellv. Dozentenführer	Dekan 1943–1945, nach dem Krieg ohne Unterbrechung weiter tätig

Name	Geb./Ort	Lehrst.	1914–1918
Aichel	1871 Chile	1923–1935	Kurzfristig Lazarett geleitet
Weinert	1887 Braunschweig	1935–1955	Frontkämpfer
A. W. Fischer	1892 Berlin	1933–1951	Kriegsfreiwilliger, San. Offizier in Frankreich, 1918 Oberarzt
Siegmund	1892 Rybnik	1935–1954	Als Arzt eingesetzt, 1917 Armeepathologe, entl. als Oberarzt d. R.
Wiethold	1893 Bocholt	1935–1945	Frontkämpfer, schwer verwundet
Netter	1899 Meißen	1937–1967	
Hallermann	1901 Arnsberg	1941–1969	

Tabelle 9: Gruppe 3 – Eher passive, aber nationalsozialistisch zuverlässige Hochschullehrer

Sein Nachfolger Weinert schaffte es, Anfang der dreißiger Jahre SS-Gutachter für erbbiologische Gutachten zu werden, obwohl er zumindest zum Zeitpunkt seiner Berufung nach Kiel nicht einmal Mitglied der NSDAP war. Weinert legte Wert darauf, als »wissenschaftlicher Mitarbeiter der SS« angedeutet zu werden, obwohl ihm der Rückhalt bei den nationalsozialistischen Größen fehlte.<sup>49</sup> Über seine verschiedenen »Aktivitäten« ist bereits ausführlich berichtet worden. Auch wenn er 1937 wieder in die NSDAP eintrat, hatte er kein Interesse an den Nationalsozialisten und ihren ideologischen Anliegen. Mit ihnen teilte er Vorurteile über die »Minderwertigkeit« anderer als der »Nordischen Rasse« zugehörigen Ethnien, den ideologisch

49 GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1797, Bd. 4, p. 167, Votum MR Jansen, REM, zur Berufung Weinerts in Kiel v. 14.3.1935; vgl. Hoßfeld, Uwe: Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit, Stuttgart 2005, S. 343–349.

<b>Politische Betätigung</b>	<b>Bemerkung</b>
1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler, 1932 NSDAP	Probleme wg. kritischer Äußerungen, Rassenhygieniker, Anthropologe
Tätigkeit im Rasse- und Siedlungsamt der SS, vor 1935 und nach 1937 NSDAP, keine NS-Ämter, ausgeprägter Rassist	Rassenhygieniker, Anthropologe, bei NS nicht angesehen, Rominger 1945: »reiner Vertreter des politischen Rassismus«
1933 NSDAP, 1938 SS-Sturmbannführer, div. weitere NS-Untergliederungen	1941–1943 Dekan, 1945 zwei Jahre interniert
1920–1933 DNP, 1933 NSDAP	1944/45 Rektor Uni Münster
SA, REM 1935: politisch zuverlässig	
1937 NSDAP	Kriegsforschung
1933 SA, 1937 NSDAP,	Wehrgerichtliche Forschung, Gutachter Bromberg, Winniza und Sondergericht Kiel

unscharf umrissenen kruden Antisemitismus der Nationalsozialisten hielt er nicht für begründet. Nationalsozialistische Ämter bekleidete er nicht, er kam auch zu keinem Zeitpunkt für ein Amt in Frage. Auch nach dem Kriege fand er bei seinen Fakultätskollegen, die sich gerne seiner entledigt hätten, nur eine sehr begrenzte Toleranz. Dazu beigetragen dürften ihm zur Last gelegte Übergriffe auf weiblichen Klienten im Rahmen von erbbiologischen und Vaterschaftsuntersuchungen. Zusammenfassend ist für ihn festzustellen, dass er sich nur soweit in das System integrierte, wie es für ihn selbst von Nutzen war. Seine Gutachten für den Leiter der Abteilung Innere Verwaltung im Reichskommissariat für die besetzten niederländischen Gebiete, Hans Georg Calmeyer, retteten zwar einer größeren Zahl von Juden das Leben, sein Motiv war jedoch nicht, Leben retten zu wollen, sondern die ihm eigene Gewinnsucht. Jedes seiner Gutachten, die von ihm mühelos, aber nicht ganz gefahrlos zu erstellen waren, ließ er sich teuer von den Betroffenen bezahlen. Diejenigen, die die bei 1.000 RM lie-

genden Preise für seine Gutachten nicht aufbringen konnten, blieben ihrem Schicksal überlassen.

Ein eher passiver Nationalsozialist war der als Nachfolger Löhrs vom Sommer 1941 bis Sommer 1943 amtierende Dekan der Fakultät Albert Wilhelm Fischer, der sich als Beispiel für einen politisch wenig dynamisch handelnden Lehrstuhlinhaber gut eignet. Eigentlich gibt es keine Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation, die er nicht besaß, von der Partei über die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, das NS-Kraftfahrerkorps, den NS-Ärztebund, den NS-Dozentenbund und bis hin zum NS-Altherrenbund. Fischer fiel in keiner Weise durch besonderen nationalsozialistischen Eifer auf, selbst seine Zugehörigkeit zur SS mit dem zuletzt verhältnismäßig hohen Dienstgrad Sturmbannführer macht ihn über einen »Nazi« hinaus nicht zu einem überzeugenden Mitarbeiter der NSDAP und ihrer Gliederungen.<sup>50</sup> Neben seiner auf den Ersten Weltkrieg zurückzuführenden positiven Einstellung zum Soldatentum war er Hochschullehrer und Chirurg. Diese Aufgaben wollte er ungestört ausüben können, dafür schaffte er sich Rückendeckung mit seinen schon fast bizarr anmutenden Mitgliedschaften. Nicht einer konnte und wollte er bei seinen Verpflichtungen als Lehrstuhlinhaber, Leitender Arzt der Chirurgie, Beratender Arzt und zuletzt sogar Geschwaderarzt der Marine durch aktives Handeln gerecht werden. Spätestens seine Kollision mit dem Kieler SS-Abschnittsleiter durch die Behandlung der beiden jüdischen Opfer der Kieler Progromnacht vom 9. November 1938 dürfte seine selbstbewusste Haltung gegenüber den Nationalsozialisten beeinträchtigt haben. Übliches Quellenmaterial, selbst wenn es vollständiger wäre, als es hier erwartet werden kann, erlaubt nur unscharfe weitere Aussagen. Als Dekan machte er auf der einen Seite den Fakultätsausschuss wieder zu einem kollegialen Leitungsorgan, auch hatte er keine Hemmungen entgegen den Bestimmungen in seiner Klinik mindestens einen polnischen Arzt als Arzt und einen polnischen Sergeanten als »Hausdiener« zu beschäftigen.<sup>51</sup> Auf der anderen Seite ist die Unterstützung der auf erbarmungslosen Menschenversuchen beruhenden Veröffentlichung des KZ-Arztes Ernst Frowein Anfang 1944 ein Vorgang, der deutlich macht, dass Fischer keine Skrupel hatte, nach seinem Erlebnis im Jahr 1938 einen Konflikt mit der SS bzw. dem SD zu vermeiden, selbst wenn dieser

50 Wahrscheinlich dürfte bei Fischer die nach dem Nationalsozialismus von vielen SS-Chargen verwendete Ausrede, ihr Dienstgrad sei lediglich an den in der Wehrmacht erworbenen Dienstgrad angeglichen worden, zutreffen. Er war gegen Ende des Krieges als Oberstabsarzt Geschwaderarzt bei der Marine.

51 LASH Abt. 460.19, Nr. 2242, p. 22, Zeugnis des polnischen Sergeanten Josef Paul v. 5.8.1947; p. 10, Brief des polnischen Lagerarztes Skowron v. 17.9.1945.

eigentlich hätte unvermeidbar sein müssen und es Möglichkeiten gegeben hätte, sich der Angelegenheit durch geschicktes Vorgehen, z. B. Dilatieren der Bearbeitung, Hinzuziehung weiterer Gutachter u. ä. ohne wesentliche Nachteile zu entziehen.

Herbert Siegmund war von 1920 bis 1933 Mitglied der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP), ab April 1933 der NSDAP. Daneben bestanden, wie schon berichtet, weitere Mitgliedschaften in nationalsozialistischen Organisationen und Untergliederungen.<sup>52</sup> Politisch aktiv war er während seiner Kieler Zeit offenbar nicht.<sup>53</sup> Seine Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion als Beratender Pathologe der 17. Armee Stülpnagel in den ersten ca. acht Monaten des »Unternehmens Barbarossa« wurde bereits dargestellt. Das von ihm an Rektor Löhr mit Datum vom 8. August 1941 gerichtete Schreiben, in dem er über seine Eindrücke in der Südukraine handschriftlich berichtete, eröffnet einige Möglichkeiten zu weiterführenden Interpretationen. Sicher gehörte es nicht zu den Gewohnheiten von beim Heer tätigen Angehörigen einer Medizinischen Fakultät, dem Dekan oder Rektor über Geschehen im Hinterland der Ostfront zu berichten, und dazu auch noch mit zahlreichen Fotos über Massenmorde Zeugnis abzulegen. Dies gilt umso mehr, wenn Bericht und Fotos Umstände aufzeigten, die zu denjenigen Ereignissen hinter der Ostfront gehörten, die in der Heimat nicht bekannt werden sollten. Um dieses merkwürdige Verhalten Siegmunds zu erklären, bieten sich Mutmaßungen an: Erstens: Siegmund wollte den befreundeten Löhr über die erfolgreiche nationalsozialistische »Blut- und Boden«-Politik in den besetzten Ostgebieten unterrichten; zweitens: Siegmund benötigte Wohlverhalten und Rückendeckung des Rektors gegenüber der Fakultät für seinen insgeheim vorbereiteten Wechsel auf einen zwar vergleichsweise unattraktiven, aber für Leib und Leben des Pathologen im Jahre 1941 sicher erscheinenden Lehrstuhl nach Münster; drittens: Hanns Löhr hatte Herbert Siegmund persönlich und privat um einen Bericht von der Ostfront gebeten, schließlich war dort auch sein Sohn Konrad als Infanterist im Einsatz, und wohl am unwahrscheinlichsten, hatte viertens Löhr Gerüchte über Mordaktionen an der Ostfront gehört und wollte darüber Näheres erfahren. Inwieweit die einzelnen hier entwickelten Möglichkeiten eine Rolle für das Schreiben Siegmunds gespielt haben mögen, wird wohl endgültig nicht festgestellt werden können. Die denkbaren Gründe für das Schreiben zeigen, dass Siegmund tief überzeugter Nationalsozialist gewesen

52 BAArch PK L 274, p. 1526, Lebenslauf Siegmund v. 1.2.1944.

53 LASH Abt. 47.6, Nr. 165, p. 19f., Gutachten des Leiters der Dozentenschaft Küntscher v. 3.8.1938 erstellt auf Anforderung des Rektors der Universität Tübingen; p. 20, Stellungnahme der Fakultät v. 9.8.1938, unterzeichnet »i. V. Benninghoff«: »Die Medizinische Fakultät schließt sich [...] vollinhaltlich an.«

sein muss, der das Vertrauen Löhrs hatte, seinerseits aber auch Löhr vertraute. In diesem Zusammenhang wäre sogar denkbar, dass Löhr seine Münsteraner Parteibeziehungen aus der Zeit von vor August 1934 spielen ließ, um Siegmund den Ruf nach Münster zu verschaffen. Siegmund hatte in Kiel keine Ämter inne, auch sind von ihm besondere nationalsozialistische Aktivitäten in den Quellen nicht zu finden, so dass er als passiver Nationalsozialist mit hoher Bindung an die NSDAP eingeordnet werden muss. Im Oktober 1943 übernahm er das Amt des Rektors der Universität Münster. Bis zum Kriegsende war es sein Ziel, »alle Kräfte an Menschen und Material restlos, rücksichtslos und unverzüglich der Wehrmacht, der Rüstung oder der Kriegswirtschaft zur Verfügung« zu stellen. Zum Kriegsende legte er sein Amt als Rektor nieder, seine Tätigkeit als Pathologe konnte er bei der Eröffnung der Universität im November 1945 bis zu seinem Tode 1954 unbeschadet fortsetzen.<sup>54</sup>

Ferdinand Wiethold machte zum Zeitpunkt seiner Berufung nicht den Eindruck eines überzeugten Nationalsozialisten. Jansen aus dem Reichserziehungsministerium hielt ihn für politisch zuverlässig, eine Bewertung, die kaum unterschritten werden durfte, um eine Berufung zu ermöglichen. Er teilte die ideologische Auffassung der nationalsozialistischen Führung in Angelegenheiten der »Rassenpflege« und machte seinen Einfluss als beamtetes Mitglied im Erbgesundheitsgericht Kiel bis zu seiner Berufung nach Frankfurt geltend. In Kiel ist über politisch zu wertende Handlungen Wietholds Näheres nicht bekannt. In Frankfurt musste er sich jedoch sehr viel stärker für das nationalsozialistische Regime eingesetzt haben, ansonsten ist nicht zu erklären, dass er nach Kriegsende seinen Lehrstuhl und kurzfristig auch seine Approbation verlor. Offenbar hatte er mit seinen Gutachten für die Sondergerichtsbarkeit Grenzen wissenschaftlicher Redlichkeit überschritten, auch wenn sich dies in seinem Nachruf anders anhört.<sup>55</sup> Friedrich Herber, der eine Übersicht über die Gerichtsmediziner während der Zeit des Nationalsozialismus verfasst hat, sieht in der langen Zeit zwischen Wietholds Absetzung 1945 und seiner Wiedereinsetzung hinreichend Grund, Zweifel an der Integrität seines Handelns vor 1945 deutlich zu machen.<sup>56</sup>

Hans Netters Verhältnis zu den neuen Machthabern dürfte 1933 entscheidend durch das Trauma der Besetzung des Physiologischen Institutes durch revoltierende SS-Stu-

54 Ferdinand, Ursula: Die Medizinische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster von der Gründung bis 1939, in: Thamer, Hans-Ulrich/Droste, Daniel/Happ, Sabine: Die Universität Münster im Nationalsozialismus, Münster 2012, S. 413–530, hier S. 518.

55 Wagner, Kurt: Nachruf für Ferdinand Wiethold 1893–1961, in: Dtsch. Z. ges. gerichtl. Med. 52 (1961), S. 4–6, hier S. 5.

56 Herber, Gerichtsmedizin, S. 172 f.

dentem mit seiner gewaltsamen Entfernung als »Judenfreund« aus dem »Judenstall«, gemeint war das Physiologische Institut und sein Verhältnis zu seinem Chef Rudolf Höber, geprägt worden sein.<sup>57</sup> Unter dem Druck des ehrgeizigen Dozentenführers Löffler hatte sich der sensible, zurückhaltende, vermutlich eher ängstliche Mann, der eigentlich nur an seiner Wissenschaft interessiert war, anders als Pels-Leusden zum 1. November 1933 in die SA pressen lassen, brachte es dort wegen mangelnder Aktivität bis 1938 aber nur bis zu dem bescheidenen Dienstgrad eines Sanitätstruppführers. 1935 wurde er Mitglied des Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und Anwärter des NS-Ärztebundes, am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP und 1938 des NS-Dozentenbundes. Bei seiner Berufung habe ihm Löhr, so einige Quellen, in seiner Funktion als Dozentenbundsleiter wegen seines Desinteresses an politischen Fragen Schwierigkeiten gemacht, laut anderer Quellen habe er Netter wohlwollend gefördert.<sup>58</sup> Politische Aktivitäten sind von ihm nicht bekannt, ein Amt bekleidete er nur in der SA.<sup>59</sup> Malorny, der mit der NSDAP auf Grund seiner Einstellung Schwierigkeiten gehabt hatte, bescheinigte Netter im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens, dass er als politisch unzuverlässig und verdächtig gegolten habe. In kleinerem Kreise habe er scharfe Kritik an Einrichtungen des NS-Regimes geäußert, in der Öffentlichkeit jedoch habe er sich große Zurückhaltung auferlegt. Netter habe mit Politik nichts zu tun haben wollen.<sup>60</sup> Für sich allein genommen dürfen Bescheinigungen, die der Entlastung in Entnazifizierungsverfahren dienen sollten, bekanntlich nicht überbewertet werden. Im vorliegenden Falle passen sie jedoch zu der Persönlichkeit Netters, dessen herausragendes Interesse einzig seiner Wissenschaft galt. Im Krieg war er an kriegswichtigen Forschungen beteiligt, übte im Wesentlichen aber eine Tätigkeit als Leiter der Flieger-Untersuchungsstelle Kiel, zuletzt mit dem Dienstgrad Stabsarzt aus. Ab März 1944 war er unabhkömmlich gestellt. Insgesamt ist Netter zu denjenigen Kieler Professoren zu rechnen, die sich formal durch Mitgliedschaften beim Regime absicherten, ohne dass bei ihm ein politisches Interesse zu erkennen ist. Von März bis Oktober 1946

57 LASH Abt. 460, Nr. 4181, Schrb. Netters im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens an die Britische Militärregierung v. 12.3.1946; Anlage zu Entnazifizierungsbogen v. 23.8.1946, unterzeichnet von Dr. Grunau, Vorsitzender des Deutschen Entnazifizierungsausschusses.

58 LASH Abt. 460, Nr. 4181, Bescheinigung von Siegmund, Münster v. 14.1.1946 im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens.

59 Ebd., Entnazifizierungsfragebogen.

60 LASH Abt. 460, Nr. 4181, Bescheinigung von Malorny, Kiel, v. 19.6.1946 im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens.

wurde Netter von der Besatzungsmacht an der Ausübung seiner Tätigkeit gehindert,<sup>61</sup> der Grund könnte nach den vorliegenden Unterlagen seine Tätigkeit als Beratender Arzt der Luftwaffe gewesen sein. Nähe und Kenntnisse zu den von ihm abgelehnten »Durstversuchen« an 40 Versuchspersonen im KZ Dachau könnten Gründe für seine vorübergehende Entfernung aus dem Amt gewesen sein. Nach unserem heutigen Wissensstand ließ er sich in dieser Tätigkeit nichts zuschulden kommen.

Wilhelm Hallermanns politische Vita während des Nationalsozialismus hat große Ähnlichkeit mit der des nur zwei Jahre älteren Netters. 1933 trat er in die SA, am 1. Mai 1937 in die NSDAP ein. Beide waren kirchlich gebunden: Netter evangelisch, Hallermann katholisch. Obwohl Hallermann als Gerichtsmediziner an der Schnittstelle zwischen der Feststellung objektiver kriminologischer Befunde und den Anforderungen des nationalsozialistischen Unrechtsstaates tätig war, gelang es ihm anders als Wiethold offenbar, diese Gratwanderung ohne Schäden für seine Person und seine Nachkriegskarriere zu bewältigen. Im Gegensatz zu Netter hatte Hallermann den Mut, sich zu exponieren und das Geschick, die damit verbundenen Gefahren zu meistern. Auf die Charakterisierung Hallermanns durch den von der Gestapo verhafteten Stefan Pfürtner wurde bereits im Abschnitt 6.2.3 hingewiesen.<sup>62</sup> Hallermann besaß den Mut und die Fähigkeiten, sich vor dem Volksgerichtshof als Pfürtners Kompaniechef für ihn einzusetzen. Sein damaliges Plädoyer rettete Pfürtner vielleicht das Leben.<sup>63</sup> Ein anderer Einzelfall ist bekannt, in dem Hallermann mit seinem Einfluss als Gutachter Schlimmeres abwenden konnte: Cläre Creutzfeldt, Ehefrau des Direktors der Nervenklinik, hatte in einem Kaffeekränzchen den »totalen Krieg« kritisiert. Der Krieg sei für sie verloren und der Führer »ja unter Umständen krank« und könne »nicht alles schaffen«, denn »er werde von manchem ja als »Teppichbeißer« bezeichnet.« Es gelang mit Unterstützung anderer Personen, das Sondergericht Kiel Ende 1943 zu einem verhältnismäßig milden Urteil (»wegen gehässiger, heimtückischer Äußerungen« eine Gefängnisstrafe von vier Monaten) zu bewegen.<sup>64</sup> Sowohl um die Tätigkeit für das Erbgesundheitsgericht als auch als Gutachter für das Sondergericht Kiel hatte sich Hallermann beworben. Die meisten der in der Kriegszeit für das Sondergericht erstellten Gutachten stammten von ihm. In diesen zeigte er keine Distanz zur politischen Strafjustiz des Son-

61 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 287–302, Anwesenheitslisten der Protokolle der engeren Fakultät v. 1.3. bis 26.11.1946. In der Sitzung v. 5.11.1946 wurde Netter noch als Gast geführt. LASH Abt. 47, Nr. 7083, p. 21, Schrb. Oberpräsident an Universitätskasse v. 4.5.1946.

62 Pfürtner, S. 387.

63 Ebd., S. 432 ff.

64 Legband, S. 15 f.

dergerichts und überschritt häufig seine Befugnisse als Gutachter.<sup>65</sup> Ob Angeklagten durch die Tätigkeit Hallermanns Schaden entstand, der den üblichen Rahmen von gutachtlichen Irrtümern überschritt, lässt sich heute nicht mehr beurteilen. Poppe kommt zu der Auffassung, dass Hallermanns Auffassungen gelegentlich auch zum Nachteil der Angeklagten nicht nur durch seine konservative bürgerliche Sozialisation, sondern auch durch die von ihm so gesehenen Erfordernisse der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft« im Krieg geprägt wurden und dass seine Mitarbeit beim Sondergericht Kiel eine nicht zu unterschätzende Legitimation der nationalsozialistischen Strafjustiz bedeutete.<sup>66</sup> Hallermanns Einstellung zur NSDAP und ihrer Ideologie dürfte eher kritisch gewesen sein, im Krieg erfüllte er jedoch unabhängig hiervon das, was er für seine Pflicht hielt. Sein Schicksal unmittelbar nach dem Krieg zeigt, dass die Britische Militärregierung seine Tätigkeit während des Nationalsozialismus anders als etwa in den Fällen Netter und Behrens relativ schnell als unbelastet angesehen haben muss. Seine am 6. Juni 1945 ausgesprochene Entlassung wurde schon am 20. Dezember des gleichen Jahres zurückgenommen. In der Folgezeit war Hallermann trotz seiner mitunter eigenwilligen Gutachtertätigkeit für das Sondergericht Kiel der »Shooting-Star« der Kieler Medizinischen Fakultät. Nicht nur, dass er das Studentenwerk Kiel in einer schwierigen Zeit wieder funktionsfähig machte, er war die personelle Lösung der Fakultät in vielen Fällen, wie die Protokolle der Fakultätssitzungen der Nachkriegszeit immer wieder erkennen lassen.<sup>67</sup> Ein Vergleich zwischen Netter und Hallermann zeigt, dass beide bei ähnlicher politischer Einstellung ein durch ihre Persönlichkeit geprägtes unterschiedliches Schicksal während des Nationalsozialismus, aber auch in der ersten Nachkriegszeit bewältigen mussten. Der zurückhaltende, sensible, in Alltagsfragen nicht so gewandte Hans Netter hatte es deutlich schwerer als der eloquente, taktisch erfahrene und im öffentlichen Auftreten geübte Wilhelm Hallermann.

### 7.1.5 Den Nationalsozialismus tolerierende sowie zum ihm distanzierte Hochschullehrer

Bei der vierten Gruppe der Professoren handelte es sich um nationalliberale, konservative Hochschullehrer mit teilweiser Sympathie für die nationalsozialistische Ideologie sowie Hochschullehrer in der NSDAP oder deren Untergliederungen, die jedoch ohne Funktionen waren. Sie wurden hauptsächlich wegen ihrer Fachkompetenz, ihres Alters

65 Poppe, S. 307 f.

66 Ebd., S. 312.

67 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, 1946/47 passim.

oder ihrer im Ersten Weltkrieg oder in der Medizin erworbenen Verdienste von den Nationalsozialisten toleriert, teilweise sogar umworben, solange sie sich systemkonform oder zumindest unauffällig verhielten. Von den 1933 bereits als Ordinarien in der Fakultät tätigen Medizinprofessoren der vierten und fünften Gruppe hatten alle, mit Ausnahme von Meesmann und Benninghoff, bereits das Alter von 60 Jahren deutlich überschritten. Die über Sechzigjährigen stellten 1933 mit 50 Prozent der Ordinarien den größten Anteil in der Medizinischen Fakultät Kiel.<sup>68</sup> Bei keinem dieser Professoren ist in den ihnen verbleibenden wenigen Jahren ein engagiertes Eintreten für die NSDAP festzustellen, wobei Rudolf Höber auf Grund seiner politischen Einstellung<sup>69</sup> wie auch des weiteren Geschehens ohnehin aus dieser Betrachtung herausfällt. Jores, Ziemke, Anschütz und Heine wurden noch ähnlich wie Aichel in der Kaiserzeit als Hochschullehrer geprägt, anders als er arrangierten sie sich mit den veränderten Verhältnissen nach 1933 nur noch oberflächlich. Jores war durch seine Abwahl als designierter Dekan der Medizinischen Fakultät persönlich desavouiert, seine Beteiligung an der Auswahl der Bewerber an der Dreierliste für seine Nachfolge entsprach mehr traditionellen Gepflogenheiten als einem Wunsch zur Wiedergutmachung. Ziemke erscheint ähnlich wie Jores im kargen Quellenmaterial politisch farblos, das Auffälligste an ihm ist, dass er bis zu seinem Ausscheiden als aktiver Hochschullehrer beamteter Beisitzer im Erbgesundheitsgerichts Kiel und Flensburg war und eigentlich nur als »Hintergrundrauschen« ist interessant, dass seine Tochter die erste Frau des bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Kieler Buchhändlers, nationalsozialistischen Funktionärs und späteren SS-Standartenführers Friedrich Knolle war.<sup>70</sup> Willy Anschütz hatte in Kiel auf provinzieller Ebene eine ähnliche Position wie Sauerbruch, Bier und Stoeckel in Berlin. Sie gehörten zu den auch bei den Nationalsozialisten hoch angesehenen alten Hochschullehrern, die sich von der Propaganda vereinnahmten und der Tatkraft der Nationalsozialisten blenden ließen. In bescheidenem Umfang hatten sie für sich durchaus politische Freiheiten, da sie auch wegen ihrer soldatischen Vergangenheit im Ersten Weltkrieg als Vorbilder für die Jugend hofiert, geehrt aber auch propagandistisch missbraucht wurden. Anschütz war genauso wenig wie die anderen drei genannten Medizinprofessoren bereit, seinen Einfluss gegen die politisch oder rassistisch begründeten Entlassungen von Hochschulkollegen einzusetzen und sich so oder auf andere Weise von dem Regime zu distanzieren. Heines Widerstand gegen die

68 Aichel, Anschütz, Hentze, Jores, Klingmüller, Höber, Heine, Ziemke.

69 Uhlig, S. 52.

70 Scheck, Thomas: Knolle, Friedrich, in: Lohmeier, Dieter (Red.): Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 11, Neumünster 2000, 207–212, hier S. 207.

Berufung Löhrs und seine nach dem Ruhestand aktenkundig gewordene Weigerung, sich mit einem freiwilligen Beitrag am Dozentenwerk zu beteiligen sagen mehr über seine Persönlichkeitsstruktur als sein Verhältnis zum Regime aus. Es war mehr der ihm eigene, sich im Alter noch verstärkende Starrsinn als seine politische Einstellung, die zu seinem Widerstand führten. Er gehörte wie Anschütz zu den Professoren, die sich am 4. März 1933 im Völkischen Beobachter für Hitler aussprachen. Diese politische Meinungsäußerung lässt erkennen, dass zumindest Hitler so viel Eindruck bei den beiden hinterlassen hatte, dass sie ihre gewiss nicht unbeträchtlichen Hemmungen, sich in einem solchen Rahmen öffentlich politisch zu äußern, überwand. Im Grunde erhielten die Nationalsozialisten von den hier genannten alten Professoren alles, was sie von ihnen haben wollten: Sie waren als Bindeglied zu den Zweiflern nützlich. Dabei waren sie für die Nationalsozialisten als politisch ungebunden erscheinende öffentliche Personen mit hohem Ansehen weitaus brauchbarer, als wenn sie versucht hätten, Gefolgsleute der Partei zu werden. Aus der Sicht der Ideologen war eine solche Entwicklung auch nicht erwünscht, da sie für die Assistenten und jungen Dozenten an der Universität, die für die universitäre Entwicklung einer regimetreuen Wissenschaft an nationalsozialistischen Universitäten unentbehrlich waren, Repräsentanten des überholten, zu bekämpfenden Hochschulsystems darstellten.<sup>71</sup> Anschütz, Heine und Klingmüller waren nicht nur gleich alt, sondern waren 1906/1907 gemeinsam aus Breslau dem Ruf nach Kiel gefolgt und waren in der Kieler Zeit freundschaftlich verbunden.<sup>72</sup>

Alfred Benninghoff trat während seiner Kieler Zeit nicht in die NSDAP oder Untergliederungen bzw. Parteiorganisationen ein, bezog jedoch auch nicht eine unabhängige Stellung gegenüber dem Regime.<sup>73</sup> Grundsätzlich nationalliberal gesinnt, mit einer dem »rechten Spektrum« zuzuordnenden Einstellung, zeigte er in seiner ganzen Kieler Zeit keine in den Quellen feststellbaren Sympathien für die Nationalsozialisten. Er trat bis kurz vor seinem Weggang aus Kiel weder der NSDAP noch Untergliederungen oder Organisationen bei. Ähnlich wie Netter war ihm seine Wissenschaft wichtiger als die Politik. Deswegen half er, sicherlich innerlich widerstrebend, dem neu ernannten Dekan Lühr über dessen schwierige Anfangszeit im neuen Amt hinweg. 1935 wurde Benninghoff von Lühr, der ihn sich zur Hilfe geholt hatte und dessen loyaler Prode-

71 Vgl. Heinze, Kieler Studentenschaft, S. 5; Jungmann, Gerhard: Das Schulungslager »Buchenhagen« in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1934), H. 1, S. 9–10.

72 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Rede Benninghoffs zur Feier des Tages, an dem Anschütz mit seinen Freunden Klingmüller und Heine nach Kiel kam. (Ohne Datum, vermutlich 1936 d. Verf.).

73 Grundmann, Fakultät, S. 541.

Name	Geb./Ort	Lehrst.	1914–1918
Jores	1866 Krefeld	1913–1934	
Ziemke	1867 Stettin	1906	Oberstabsarzt
Anschütz	1870 Halle	1907–1938	Beratender Chirurg
Heine	1870 Köthen	1907–1935	
Klingmüller	1870 Strehlen	1906–1937	
Meesmann	1888 Bochum	1935–1959	
Benninghoff	1890 Wesel	1927–1953	
Behrens	1895 Gießen		

**Tabelle 10: Gruppe 4 – Politisch desinteressierte, den Nationalsozialismus tolerierende bzw. partiell zustimmende Medizinprofessoren mit und ohne Mitgliedschaft in der NSDAP**

kan er in den Folgejahren bis zu seinem Weggang aus Kiel Ende 1940 war, gegenüber dem Sicherheitsdienst der SS denunziert.<sup>74</sup> In Hessen übernahm er, in Anbetracht seiner Kieler politischen Vita überraschend, das Amt des NS-Dozentenführers.<sup>75</sup> Vielleicht war er nun doch, sicher widerstrebend, zu dem Ergebnis gekommen, dass die bis 1941/42 für einen politisch rechts denkenden Medizinprofessor recht erfolgreich agierende NSDAP bei allen Schattenseiten nützen könnte. Dazu würde die Wahl des Sanatoriums anlässlich seiner Erkrankung an Tuberkulose im Jahre 1942 passen. Benninghoff wollte die damals nur schwer behandelbare Krankheit in einem Schweizer Sanatorium auskurieren. Erstaunlicherweise wählte er, der sich mit den Nationalsozialisten vermeintlich nur resignierend arrangiert hatte, das Tuberkulose-Sanatorium

74 UB Marburg, Nachlass Benninghoff, Schrb. einschl. Anlage 1 e, Erklärung Benninghoffs im Widerspruchverfahren gegen die Entscheidung der Spruchkammer I v. 24.10.1946; Grundmann, Fakultät, S. 539.

75 Grundmann, Fakultät, S. 540. Benninghoff konnte nach dem Krieg seine Arbeit in Marburg ungehindert fortsetzen. Er verstarb am 18. Februar 1953 in Marburg.

Politische Betätigung	Bemerkung
1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler	Kein Gefolgsmann, 1921 Gründung Studentenhilfe
1933: Unterzeichner »Völkischer Beobachter« für Hitler	Kein Gefolgsmann
	1922–1937 Verwaltungsdirektor Akademische Heilanstalten, blieb Extraordinarius
Mai 1933 NSDAP	1943–1945 Verwaltungsdirektor Akademische Heilanstalten
1941 NSDAP, Gaudozentrenführer in Hessen	Löhr: »liberalistisch, judenfrdl., konfessionell«, polit. unzuverl.
1933/34 Referent im REM, 1937 NSDAP, Wehrtoxikologie	

Agra im Tessin, dessen Chefarzt sehr große Sympathien für die NSDAP hegte. Prof. Dr. Hanns Alexander hatte in Agra eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet, ließ auf dem Sanatorium die Hakenkreuzfahne hissen und verweigerte lungenkranken Juden die Aufnahme ins Sanatorium. Dies geschah alles mit Billigung der Schweizer Behörden.<sup>76</sup>

Auch die Karriere von Behrend Behrens bot im Nationalsozialismus einige Überraschungen. Seine Tätigkeit im Reichserziehungsministerium, seine Berufung nach Kiel 1935, seine dort zunächst erfolgreiche Vertretung durch den zu diesem Zweck nach Kiel geschickten Gerhard Orzechowski, das ungewöhnlich hohe Jahresgehalt, das dem noch jungen Wissenschaftler in Kiel gezahlt wurde, all das konnte nicht nur dem 1933 mit dem Dienstgrad Sturmmann in die SA eingetretenen ansonsten »unpolitischen« Behrens gelten, sondern musste durch die fachliche Ausrichtung des Pharmakologen und

76 Grothe, Solveig: Alpensanatorium Agra. Unheilbar deutsch, in: Spiegel Online v. 13.4.2010, online: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/6742/1/unheilbar\\_deutsch.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/6742/1/unheilbar_deutsch.html). [23.12.2012]. <http://www.flickr.com/photos/rs-foto/sets/72157601606786661> [4.6.2012].

Toxikologen begründet sein. Zur Kriegsvorbereitung brauchten die Nationalsozialisten eine schlagkräftige Marine mit einer leistungsfähigen U-Bootwaffe. Das Interesse galt hier also nicht einem eingeschworenen Nationalsozialisten, sondern dem erfahrenen Toxikologen, der die medizinischen Probleme des Lebens an Bord von Kriegsschiffen bearbeiten sollte. Behrens sollte zudem – und dies war noch viel wichtiger – die für eine siegreiche Kriegsführung als notwendig erachteten Grundlagen der toxikologischen Wirkungen von Gaskampfstoffen weiter erforschen. Dies gibt auch die bereits zitierte Beurteilung durch Jansen 1935 wieder: »Behrens ist der führende Kopf des pharmakologischen Nachwuchses. Es gibt keine schlechten Urteile über ihn. Seine Arbeiten befassen sich im Unterschied von anderen mit praktischen Fragestellungen und sind in ihrer sauberen Führung allgemein anerkannt. Behrens hat als einer der wenigen Pharmakologen die Toxicologie besonders gefördert.« In diesem Falle reichte es aus, »politisch einwandfrei« zu sein.<sup>77</sup> Weiteres ist über Behrens auch nicht festzustellen, auch wenn er 1937 in die NSDAP und später in den NSDDB eintrat. Ämter bekleidete er in der Partei und ihren Gliederungen nicht. Im Sommersemester 1938 bot er zusammen mit Orzechowski eine Vorlesung über Gaskampfstoffe an, 1937 und 1939 übernahm Orzechowski diese Aufgabe allein.<sup>78</sup> Vermutlich wegen seiner Referententätigkeit im Reichserziehungsministerium, vielleicht aber auch wegen seiner Forschungen, wurde Behrens am 5. November 1945 entlassen. Der Termin der Entlassung wurde noch mehrfach bis zum 4. Februar 1946 hinausgeschoben, die Wiedereinstellung erfolgte dann zum 1. November 1946.<sup>79</sup> Behrens Entnazifizierung erfolgte im Juli 1948. Innerhalb der Fakultät muss Behrens eher ein Einzelgänger gewesen sein, ohne dass die Ursachen hierfür näher zu bestimmen sind. Im Juni 1942 teilt er in einem Schreiben an den Kurator mit, die Verhältnisse an der Universität und persönliche Dinge hätten bei ihm den »Wunsch aufkommen lassen, möglichst bald ein anderes Betätigungsfeld zu finden.«<sup>80</sup> Hierfür findet sich in der Nachkriegszeit im Protokoll der Fakultätssitzung vom 3. Februar 1947 eine Bestätigung. Der Antrag von Behrens, ihm wieder den Vorsitz in der ärztlichen Prüfungskommission zu übertragen, wird abgelehnt.<sup>81</sup> Da üblicher-

77 GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1769, Bd. 4, p. 99, Eignungsbericht des Referenten anlässlich der Berufung von Behrend Behrens als ordentlicher Professor für Pharmakologie nach Kiel v. 4.2.1935.

78 Vorlesungsverzeichnisse Sommersemester 1937–1939; Kroker-Wawrzinek, S. 63.

79 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Schrb. Militärregierung an Rektor v. 6.11.1945, sowie weitere Schrb. im Jahre 1946.

80 LASH Abt. 47, Nr. 6465, Schrb. Behrens an Kurator v. 25.6.1942.

81 LASH Abt. 47.6, Nr. 16, p. 308. Protokoll der Fachausschusssitzung v. 3.2.1947.

weise die Ablehnung der Anliegen von Mitgliedern des Fakultätsausschusses außerhalb der Sitzung geklärt wurde, so dass gar nicht erst ein Antrag abzulehnen war und eine peinliche Protokollierung erfolgen musste, spricht schon die Protokollnotiz dafür, dass Behrens in der Fakultät keine hohe Akzeptanz genoss.

Zu Viktor Klingmüller und Alois Meesmann liegen fast keine Kenntnisse im Bezug auf ihre politische Haltung zum nationalsozialistischen Regime vor. Aufgrund eines Streites von Klingmüller und Külz mit Rektor Wolf vom Spätherbst 1934, der darauf beruhte, dass die beiden, vermutlich miteinander abgestimmt, die Annahme eines Schreibens des Rektors vom 7. November 1934 verweigerten, Klingmüller mit dem Bemerkten: »Schriftstücke mit derartigen Ausdrücken pflege ich an den Absender zurückzuschicken«<sup>82</sup> und der Tatsache, dass Klingmüller nie über ein Extraordinariat hinauskam, ist ähnlich wie bei Meesmann von erheblicher Distanz zu den Nationalsozialisten auszugehen. Klingmüller behielt zwar das Amt des Verwaltungsdirektors der Akademischen Heilanstalten bis zu seiner Emeritierung, aber sicher nur deswegen, weil er es bereits seit 1922 innehatte und ein geeigneter Nachfolger nicht zur Verfügung stand. Die Belastungen durch die Tätigkeit des Verwaltungsdirektors erforderten, dass diese traditionell einem Direktor eines kleineren Faches übertragen wurde. Seiffert kam nicht in Frage, so dass nach Klingmüller nun eigentlich Meesmann an der Reihe gewesen wäre. Das Vertrauen in den Direktor der Augenklinik war offenbar aber nicht groß genug,<sup>83</sup> eine bereits schon ausgesprochene Beauftragung wurde zurückgenommen<sup>84</sup> und die Position dem gerade erst in die Fakultät aufgenommenen Dozenten Dr. Vonkennel übertragen. 1943 allerdings gab es keine andere Möglichkeit mehr, nun doch Meesmann als Verwaltungsdirektor einzusetzen. Für die Eingruppierung der beiden Medizinprofessoren in der vierten Gruppe spricht ihre Funktion als Verwaltungsdirektoren der Akademischen Heilanstalten und bei Meesmann auch seine frühe Mitgliedschaft in der NSDAP.

Die fünfte Gruppe ist daran erkennbar, dass keine Mitgliedschaft in die NSDAP bestand und dass bei allen ihr zugeordneten Personen eine innerliche oder sogar deutlich äußerlich erkennbare distanzierte Haltung zu den Nationalsozialisten bestand.

82 LASH 47.6, Nr. 114, p. 13, Schrb. Klingmüller an Rektor v. 9.11.1935; p. 15, Rektor an Klingmüller, p. 16 Rektor an Külz, beide v. 13.11.34.

83 UB Marburg Nachlass Benninghoff, Schrb. Meesmann an Benninghoff v. 25.4.1946. Meesmann schreibt u. a.: »Löhr hat mir jedenfalls politisch nicht allzu sehr getraut, obschon ich seit Mai 33 Pg. war ohne Amt und Rang.«

84 LASH Abt. 47, Nr. 1803, p. 7, Schrb. Kurator an Rektor v. 16.7.1937; p. 10, Schrb. REM an Vonkennel v. 22.9.1937.

Name	Geb./Ort	Lehrst.	1914–1918
Höber	1873 Stettin	1915–1933	
Stertz	1878 Breslau	1921–1937	1914–15
Seiffert	1883 Tharnau	1931–1951	
Creutzfeldt	1885 Harburg	1938–1953	1939–1945 Berat. San. Offz.
Rominger	1886 Freiburg	1924–1954	1914–1918
Külz	1887 Marburg	1926–1949	1914

**Tabelle 11: Gruppe 5 – Dem Nationalsozialismus distanziert gegenüber stehende Hochschul-  
lehrer**

Die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe erklärt sich bei einem Teil der Professoren durch die negative Einstellung zum Nationalsozialismus und seinen Repräsentanten und dem damit verbundenen Willen, sich den Machthabern nur soweit zu beugen, wie es unbedingt sein musste (Stertz, Creutzfeldt, Rominger), bei dem anderen Teil an einem völligen Desinteresse an politischem Geschehen und einer fast weltfremden Hingabe zur eigenen Wissenschaft (Seiffert, Külz). Höber war an politischem Geschehen interessiert, er war sogar – ungewöhnlich für einen Medizinprofessor –, sogar engagiert,<sup>85</sup> von ihm wäre wohl bei einem (unter den bekannten Umständen nicht denkbaren) Verbleib an der Hochschule eine ähnliche Haltung wie bei Rominger zu erwarten gewesen. Hinweise auf die Distanz zum Regime sind höchst unterschiedlich und in der Regel nicht gut dokumentiert: Stertz lehnte die Zwangssterilisation ab,<sup>86</sup> Creutzfeldt riskierte offene Kritik in seinen Vorlesungen<sup>87</sup> und Rominger hielt sich trotz seiner Mitgliedschaft im DRK und kurzzeitig auch in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt

85 GStA PKI. HA Rep. 76, Va 9, Tit. 4, Bd. 7, Nr. 10214; GStA PKI. HA Rep. 76, Va, Nr. 10291; Uhlig, S. 52.

86 LASH Abt. 47, Nr. 1638, p. 114f., Schrb Löhr an Rektor v. 11.5.1937; Christiani, S. 35.

87 Aldenhoff, S. 46; Legband, S. 15 f., s. a. 6.1.3.

<b>Politische Betätigung</b>	<b>Bemerkung</b>
Reichsbanner, DDP	Als »Halbjud« 1933 vorzeitiger Ruhestand
Keine, gegen Zwangssterilisierung	Wg. Ehefrau mit jüd. Mutter 1937 bis 1945 beurlaubt
Keine, wohl wirklich »unpolitisch«	Löhr: 1937 nicht zum o. Prof. vorgeschlagen
Deutsch-national, 1932/33 förderndes Mitgl. SS, 1940 NSÄBD (Anwärter)	Kritische Haltung zur NSDAP
Stahlhelm, NSV, DRK	Im April 1933 an Ausübung ärztlicher Tätigkeit gehindert, Rotarier
Keine	Hatte 1932 in Kieler Neuste Nachrichten Aufruf für Wiederwahl Hindenburgs unterschrieben

vollständig aus allen nationalsozialistischen Aktivitäten heraus.<sup>88</sup> Külz folgte einem Ruf nach Frankfurt, als Löhr die Macht in der Fakultät übernahm, und Seiffert zeigte an den politischen Vorgängen in seiner Umgebung offenbar gar kein Interesse.<sup>89</sup>

## 7.2 Die individuelle Verantwortung

Benno Müller-Hill führte bei der Vorbereitung seiner Monografie »Tödliche Wissenschaften« noch kurz vor dessen Tode mit Löffler ein Gespräch, die Korrektur und Durchsicht des Manuskriptes unterblieben wegen Krankheit und Tod. Die Erben untersagten den Druck, so dass Müller-Hill es nicht verwenden konnte.<sup>90</sup> Die Gesprä-

88 LASH Abt. 460, Nr. 4391, Anlage zu Fragebogen zur Entnazifizierung v. 301.19. Rominger war vom 1.4.1933 1934 auch Mitglied des der DNVP nahestehenden »Stahlhelms«. Er trat aus, als der Stahlhelm in die SA überführt wurde. Im April 1933 wurde er vorübergehend wegen seiner fehlenden Bereitschaft, in die NSDAP einzutreten, an der Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit gehindert.

89 Wegler, S. 78–80.

90 Müller-Hill, S. 9.

che, so schreibt Müller-Hill, auch die ungedruckten, hätten jedoch seine Haltung nachhaltig beeinflusst. »Keiner der Befragten hatte sich selbst beschuldigt.« War ihm mancher Gesprächspartner vor dem Gespräch als »unerfreulicher Kopflanger des vergangenen Regimes erschienen« so bemerkte er, dass »sie alle – und ich schließe hier keinen aus – ihre Bereiche hatten, die vom Nationalsozialismus nicht besudelt waren. Bemerkenswerterweise« so Müller-Hill, »gerade bei denen, die tiefer als andere sich mit der NSDAP oder SS eingelassen hatten, so tief, daß sie nicht mehr ins akademische Leben zurückkehren konnten oder wollten, fand ich Menschen, denen meine Sympathie zu versagen mir unmöglich war.«<sup>91</sup> Diese Anmerkung von Müller-Hill in der Einleitung seines Buches gibt einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die besonders auch durch die Haltung der Betroffenen in der Nachkriegszeit bei der Erörterung der persönlichen Verantwortung entstehen.

Hans Schäfer, Physiologe aus Heidelberg, soll hier neben Rudolf Janzen stellvertretend für viele andere Hochschullehrer zitiert werden. Er schreibt zu seiner Haltung in der NS-Zeit: »Es wird heutigen Menschen nicht nachvollziehbar sein, daß ich und warum ich 1933 der NSDAP beitrat. Die meiner Erinnerung nach korrekte Erklärung wirkt als unglaubliche Entschuldigung, daß ich versuchen wollte, diese Partei von innen heraus verändern zu helfen, zusammen mit einigen Freunden. Es hat mich nicht mehr als ein Jahr gekostet, um einzusehen, daß solche Reformideen utopisch waren. Nach 1934, also dem sog. Röhm-Putsch und der Ermordung führender Katholiken war ich ein entschiedenen Gegner des Nazismus. Aber solches offen zu bekennen bedeutete, mit seiner Existenz, wenn nicht mit seinem Leben zu spielen.«<sup>92</sup> Der Hamburger Neurologe Rudolf Janzen, der um 1930 herum auch in Kiel studierte, beschreibt sein Verhältnis zu den Nationalsozialisten so: »Wie fast alle Studienkameraden bin ich – ungezwungen – in der als NS-Musteruniversität geplanten Christian-Albrechts-Universität als Anwärter in die SA eingetreten, habe freiwillig an einem Wehertüchtigungslager teilgenommen.« 1937 trat er der NSDAP bei, denn sein Laborant habe ihn darauf aufmerksam gemacht, dass die Partei auch Karteigenossen benötige.<sup>93</sup>

Der Philosoph und Psychiater Karl Jaspers fand schon früh klare Worte zu dem Versagen der Deutschen und ihrer mangelnden Bereitschaft, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Er befasste sich in einer Vorlesungsreihe im Wintersemester 1945/46 an der

91 Ebd., S. 10.

92 Schäfer, Hans, S. 15.

93 Janzen, Rudolf: Miterlebte Wandlungen der deutschen Universitäten seit 1928, Hamburg 1989, S. 72.

Universität Heidelberg intensiv mit der Schuldfrage im Nationalsozialismus.<sup>94</sup> Seine Gedanken bleiben auch heute von Bedeutung für Überlegungen im Hinblick auf die »Schuld« der Hochschullehrer im Nationalsozialismus. Sie wurden jedoch zum Zeitpunkt ihrer Entstehung kaum rezipiert.

In seiner Rede vom 15. August 1945 vor den Heidelberger Medizinstudenten zum Thema der Erneuerung der Universität nach dem Zusammenbruch kommt Jaspers zu diametral anderen Ergebnissen als der im Gestrigen verharrende erste Rektor der Kieler Universität nach dem Kriege, Hans-Gerhard Creutzfeldt. Nicht gleiche Augenhöhe zwischen Tätern, Opfern und ihren Befreiern sei gefragt, sondern Demut gegenüber den Opfern von den Verbrechen, die das für das Geschehen der Zeit des Nationalsozialismus mitverantwortliche deutsche Volk in diesen Jahren ermöglicht, unterstützt, ertragen und angeblich nicht gehaut oder gewusst habe. Jaspers geht streng mit sich und den anderen Deutschen um: »Wir sind nicht, als unsere jüdischen Freunde abgeführt wurden, auf die Straße gegangen, haben nicht geschrien, bis man auch uns vernichtete. Wir haben es vorgezogen, am Leben zu bleiben mit dem schwachen, wenn auch richtigem Grund, unser Tod hätte doch nichts helfen können. Daß wir leben, ist unsere Schuld. [...] Unsere in dieser Würdelosigkeit einzig noch bleibende Würde ist die Wahrhaftigkeit, und dann die unendlich geduldige Arbeit trotz aller Hemmungen, trotz allen Mißlingens – solange es uns vergönnt ist. Wir wollen uns unser Leben, das uns gerettet wurde, verdienen.«<sup>95</sup> In seiner schon erwähnten Vorlesungsreihe unterscheidet er vier Schuldbegriffe: die kriminelle Schuld, die politische Schuld, die moralische Schuld und die von ihm so genannte metaphysische Schuld. Während die kriminelle Schuld in ihrer Begrifflichkeit gut zu erfassen ist – Jaspers allerdings hier mit dem Begriff »Verbrechen« den tatsächlichen Sachverhalt begrenzt und teilweise auch nicht ganz richtig umschreibt, besser wäre dafür das Wort »Straftat« – erfordern die von ihm gewählten weiteren drei Begrifflichkeiten einige Überlegungen. Doch zunächst zur »kriminellen Schuld«: In Deutschland wird bei Straftaten zwischen Verbrechen und Vergehen unterschieden. Damit eine Straftat vorliegt, bedarf es dreier Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen: der Tatbestandsmäßigkeit, der Rechtswidrigkeit und des schuldhaften Handlung. Ohne Schuld gibt es also keine Straftat, damit auch keine Bestrafung. Eine Feststellung darüber, ob eine Schuld vorliegt, ist Angelegenheit der Gerichte. Damit handelt es sich bei der von Jaspers gemeinten »kriminellen Schuld« um durch Gerichte zu überprüfende Sachverhalte, die nach den Regeln eines Rechts-

94 Jaspers, Karl: Die Schuldfrage, Heidelberg 1946.

95 Jaspers, Erneuerung, S. 20.

staates entschieden werden müssen.<sup>96</sup> Inwieweit dies in der Nachkriegszeit gescheitert ist, soll hier nicht Gegenstand der Betrachtung sein, fest steht jedoch, dass die Kategorie der Straftat nur bei einigen wenigen Kieler Medizindozenten überhaupt in Frage gekommen wäre. Die Verantwortung für Straftaten liegt bei denjenigen, die sie vollbrachten und denjenigen, die sie anordneten. Im Falle der Kieler Angehörigen der Medizinischen Fakultät sind hier Holzlöhner, Vonkennel, Frowein und als ein Produkt der Fakultät, aber schon lange nicht mehr ihr Mitglied, Clauberg zu nennen. Alle mit Ausnahme Froweins, der von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt und 1947 hingerichtet wurde, entgingen der gerichtlichen Bewertung ihrer Straftaten durch den Tod, Holzlöhner und Vonkennel durch den 1945 und 1963 gewählten Suizid, Clauberg 1957 durch natürlichen Tod.

Die drei weiteren »Schuld«-Begriffe von Karl Jaspers werden heute besser verständlich, wenn der Begriff »Schuld«, der immer eine sprachliche Nähe zu Straftaten hat und eine Bewertung beinhaltet, durch den Begriff »Verantwortung« ersetzt wird. Es geht nicht mehr um die Schuld, sondern es geht um die Verantwortung für die Haltungen und Handlungen im »Dritten Reich«, die auch die heutigen Nachkommen nicht unberührt lassen darf. Eine politische Verantwortung haben zunächst die vom Bürger durch Wahl eingesetzten Staatsmänner. Bei deren Versagen liegt die Verantwortung bei denjenigen, die sich regieren lassen, ohne sich durch einen wie auch immer gearteten Widerstand zur Wehr zu setzen. Diese politische Verantwortung bleibt auch über diejenigen hinaus, die an dem Geschehen teil hatten, für die Nachgeborenen bestehen. Politische Verantwortung muss von allen Bürgern des Staatsvolkes getragen werden, im Falle der Handlungen des »Dritten Reiches« also nicht nur von den unmittelbar Beteiligten, sondern auch von allen übrigen Mitgliedern des Staates, wie auch den nachfolgenden Generationen.

Die moralische Verantwortung besteht für Handlungen, die von Einzelnen begangen wurden. Jaspers formuliert dies so: Die moralische Schuld besteht »für alle [...] Handlungen, auch für politische und militärische [...]. Niemals gilt schlechthin »Befehl ist Befehl«.<sup>97</sup> Die metaphysische Verantwortung sieht Jaspers in der Mitverantwortlichkeit der Menschen für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeit in der Welt, die einer Solidarität zwischen den Menschen geschuldet ist: »Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie zu verhindern, so bin ich mitschuldig. Wenn ich mein Leben nicht eingesetzt habe zur Verhinderung der Ermordung anderer, sondern dabeigestanden bin, fühle ich

96 N.N.: Straftat, Meyers Großes Universallexikon, Mannheim/Wien/Zürich 1985, Bd. 13, S. 469.

97 Jaspers, Schuldfrage, S. 31.

mich auf eine Weise schuldig, die juristisch, politisch und moralisch nicht angemessen begrifflich ist. Daß ich noch lebe, wenn solches geschehen ist, legt sich als untilgbare Schuld auf mich.«<sup>98</sup>

Hiermit setzt Karl Jaspers – und zwar in der Zeit der handelnden Personen, zu denen er auch gehört hatte, nicht erst Jahrzehnte danach ohne eigenes Erleben – Maßstäbe, die Grundlage des Umgangs mit der Vergangenheit besonders auch bei den meisten Kieler Medizinprofessoren hätte sein können. Tatsächlich war deren Bereitschaft, sich ihrer Verantwortung zu stellen, schon gleich nach der Kapitulation nicht groß, wurde aber im Verlauf der Folgejahre immer geringer. Man habe sich nichts vorzuwerfen, so der allgemeine Tenor. Bleuel schreibt hierzu: »Deutschlands Professoren konnten sich nicht darauf berufen, nicht gewusst zu haben, was sich hier vorbereitete und ausbreitete. Sie erlebten die Judenhetze an ihren Hochschulen und sie sahen zu, wie jüdische Kollegen und politische Gegner des Regimes rücksichtslos von ihren Lehrstühlen gestoßen und in die Emigration getrieben wurden. Sie ließen es zu, daß die Rechte akademischer Freiheit und Selbstverwaltung Stück für Stück beschnitten wurden und die Hochschule immer mehr unter die Herrschaft des Staates geriet. Sie beteiligten sich sogar selbst an der Propagierung eines Wissenschaftsbegriffs und eines Bildungsideals, die dem Geist der Wissenschaft und der Idee der Universität strikt zuwiderliefen.«<sup>99</sup>

Das Versagen vieler Kieler Medizinprofessoren war rechtlich nicht zu fassen, wird dadurch aber nicht unbedeutend. Hierzu einige Beispiele: Creutzfeldt galt in der Nachkriegszeit als einer, dem es gelungen war, Distanz zu den Nationalsozialisten zu halten. Zwar war er frühzeitig SS-Anwärter geworden, aber nie in die NSDAP eingetreten und hielt sich wie auch andere Kieler Medizinprofessoren mit seiner mehr internen Kritik gegenüber dem System nicht zurück. Aldenhoff sieht dies so: »Creutzfeldt gilt als Verächter des nationalsozialistischen Regimes [...]. Seine Ablehnung entsprach weniger einer intellektuell begründeten Gegnerschaft, als daß er die Nationalsozialisten wegen ihrer Primitivität verachtete.«<sup>100</sup> Trotzdem fügte er sich dem Regime und profitierte von dessen Maßnahmen. Nur weil Stertz unrechtmäßig, übrigens auch nach den Bestimmungen der damaligen Zeit, durch Hanns Löhr aus seinem Lehrstuhl »gemobbt« wurde, standen der Lehrstuhl und die Leitung der Klinik Creutzfeldt offen. Er war nicht gezwungen, ein auf diese Weise frei gewordenes Ordinariat zu übernehmen und damit Nutznießer des nationalsozialistischen Antisemitismus zu werden. So entstand eine erhebliche moralische Verantwortung des Nervenarztes. Er hätte nicht

98 Ebd., S. 31 f.

99 Bleuel, S. 225.

100 Aldenhoff, S. 46.

danach streben müssen, einem immer mehr als solchem erkennbaren Unrechtsregime an wichtiger Stelle zu dienen. Eine Tätigkeit in einer Arztpraxis als Nervenarzt hätte ihm ebenfalls ein auskömmliches Dasein ermöglicht und ihn vor der Beteiligung an der euphemistisch als »Euthanasie« bezeichneten Mordaktionen des nationalsozialistischen Staates bewahren können. Ihm war seine Karriere wichtiger als ein mehr als verbaler Widerstand gegen das Regime. Seine indirekte Beteiligung am »Euthanasie«-Programm T4 ist zweifelsfrei erwiesen. Er wollte die Ermordung seiner Patienten nicht, tat sicher auch einiges, um ihre Zahl zu vermindern, trotzdem ist unbestreitbar, dass unter seiner Verantwortung chronisch geisteskranke Patienten auf den Weg über die Landeskrankenhäuser Schleswig und Neustadt in die Tötungsanstalten Bernburg und Meseritz-Obrawalde gebracht wurden. Der Einfluss Creutzfeldts auf das Geschehen in Schleswig und Neustadt war begrenzt, Creutzfeldt wäre es nicht möglich gewesen, die Tötung von Geisteskranken wesentlich zu behindern und damit die Patienten der Kieler Universitätsnervenklinik vor der Ermordung zu retten.<sup>101</sup> Seine bereits zitierte Äußerung, dass man nicht jeden freistellen könne, weil sonst die ganze Praxis aufflöge,<sup>102</sup> zeigt seine Bereitschaft, fremde Opfer in Kauf zu nehmen, um sich die Möglichkeit zu erhalten, seiner Tätigkeit weiter nachgehen zu können. Seine Gutachtertätigkeit als Wehrmachtspanychiater und sein nicht gerade vom Bekennermut geprägtes Verhalten bei der Aufdeckung der Identität des T4-Obergutachter Heyde sollen hier nur noch in Erinnerung gerufen werden. Ohne Frage lud Creutzfeldt durch seine Karriere erhebliche moralische Verantwortung auf seine Schultern. Worte der Einsicht, des Bedauerns oder der Entschuldigung gab es von seiner Seite nicht, im Gegenteil, nach dem Kriegsende wurde er wegen der fehlenden Mitgliedschaft in der NSDAP sogar als unbelasteter »Vorzeigepsychiater« und Hochschullehrer angesehen. Das glorifizierende, von Nachkommen unter Berufung auf das von Lifton<sup>103</sup> bekräftigte Urteil, dass Creutzfeldt eine rühmliche Sonderstellung unter den Psychiatern im »Dritten Reich« eingenommen habe, muss in Anbetracht der heute vorliegenden Kenntnissen und Einschätzungen revidiert werden.<sup>104</sup>

Ganz anders ist der Fall bei Freerksen gelagert. Ihm persönlich anzulastende gröbere Verfehlungen, die über seine strukturellen Anbindungen an das nationalsozialistische System hinaus reichen, sind in den Quellen nicht zu finden. In seinem Einsatz für den nationalsozialistischen Staat und der Wahrnehmung hoher Ämter in Universität und

101 Ebd., S. 45–47.

102 Ebd., S. 46.

103 Lifton, Robert Jay: *Ärzte im Dritten Reich*, Berlin 1998, S. 106.

104 Vgl. Wolf, Creutzfeldt, S. 81 f.

Staat schreckte er offenkundig aus Karrieregründen vor keinem Engagement während der Herrschaft des Nationalsozialismus zurück. Ohne Menschen wie ihn hätte das »Dritte Reich« seine Wirkung nicht entfalten können. Freerksen soll sich über seine Rolle im Nationalsozialismus nie öffentlich geäußert haben. Eine Ausnahme macht ein persönliches Schreiben an den ehemaligen Gauleiter Hinrich Lohse vom 2. Juni 1950. Hier zeigt er deutlich, dass auch er, bei aller ihm unterstellten Intelligenz und Flexibilität, in den fünf Jahren nach Kriegsende seine Mitverantwortung für die Handlungen einschließlich der Verbrechen des »Dritten Reiches« nicht verstanden hatte. Er schreibt: »Inzwischen hat sicher anscheinend bei allen rechtlich denkenden Menschen herumgesprochen, dass die Entnazifizierung mit ihrer generellen Verdächtigung aller nicht das Richtige sein kann und mehr und mehr wird klar, dass es nur darauf ankommen kann, in jedem Einzelfalle nachzusehen, was an echten Beschuldigungen wirklich bleibt. Ich habe meine Entnazifizierung von vornherein von dem Gesichtspunkt aus betrieben, dass ich nicht zu bedauern und zu verheimlichen habe. Es trifft das für Unzählige zu und, soweit ich Sie kenne, natürlich auch für Sie.«<sup>105</sup> Freerksen hatte seine Rolle im Nationalsozialismus immer noch nicht verstanden. Dabei ist richtig, dass er sich für den Kirchenmann Gerstenmaier einsetzte. Eine Abwendung von den Nationalsozialisten ab Sommer 1944, als eine Karriere im System nicht mehr zielführend erschien, scheint denkbar, ein Einsatz für jüdische Persönlichkeiten – wie vor der Entnazifizierungskommission behauptet – war während seiner Zeit in Kiel wenig wahrscheinlich, da es wegen der Verbrechen des von ihm gestützten Systems in Kiel kaum noch Juden gegeben haben dürfte. Auch wenn Freerksen es wegen seiner hohen Intelligenz vermeiden konnte, sich in die Tiefen nationalsozialistischer Verbrechen und Absurditäten hinab ziehen zu lassen, war er für die Nationalsozialisten ein wichtiger Träger ihres Gedankenguts und ein enger Mitarbeiter und Zuträger des Sicherheitsdienstes der SS. Als Gaudozentenbundsleiter war er ehrenamtlicher Mitarbeiter des Gauleiters in leitender Funktion und zusätzlich war er Fachgutachter für das Amt Wissenschaftsbeobachtung im Amt Rosenberg. So konnte er seinen Einfluss bei Berufungen geltend machen.<sup>106</sup> Als Prorektor war er in den Alltagsgeschäften des Rektorats federführend, da der Rektor Predöhl häufig in Kiel wegen der Auslagerung seines Instituts nach Ratzeburg nicht zur Verfügung stand. Freerksens individuelle Verantwortung wird nicht dadurch gemindert, dass er sich zu einem Zeitpunkt, als das bevorstehende Ende des »Dritten Reiches« von jedem rational denkenden Mensch

105 LASH Abt. 399.65, Nr. 34, Schrb Freerksen an Lohse v. 2.6.1950.

106 BArch NS 15, Nr. 243. Gutachten Freerksen über Benninghoff v. 1.9.1942, zit. n. Grundmann, Fakultät, S. 540.

schon erkannt werden konnte, möglicherweise dem Widerstand anschloss.<sup>107</sup> Es gibt keinerlei Hinweis, dass er zu irgendeinem Zeitpunkt seines langen Lebens seine moralische Verantwortung erkannt und entsprechend gehandelt hat.

Die mit dem Nationalsozialismus konform gehenden Handlungen Hanns Löhrs wie auch Schittenhelms, Bachmanns aber auch Hallermanns und A. W. Fischers sind offenkundig und bereits Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Sie begründen zumindest eine individuelle moralische Verantwortung, wenn nicht mehr. Hanns Lühr hatte die Verantwortung für die Inbesitznahme zunächst einer ganzen Fakultät, dann auch der Universität durch die Nationalsozialisten. Er war der Prototyp des absolut überzeugten Parteimannes, der das gesamte Repertoire der alltäglichen Repressionsmaßnahmen hervorragend beherrschte. Sein Tod Ende 1941 verhinderte eine rechtliche Aufarbeitung seiner Schuld. Seine Verantwortung für die Auslieferung der Medizinischen Fakultät an seine Partei und an den SD ist offenkundig und kann durch keine der vielen gerne genutzten Entschuldigungen vermindert werden.

Es sind oft kleinere Verfehlungen, die heute noch überliefert sind, die erkennen lassen, wie der Einzelne moralisch gefehlt hat, ohne sich erkennbar seines Fehlverhaltens bewusst geworden zu sein. So verweigerte z. B. Reinwein als Direktor der Medizinischen Klinik Gießen dem »Halbjuden« cand. med. Werner Schmidt 1938 die Tätigkeit als Medizinalpraktikant, weil er Proteste seiner Mitarbeiter in der Klinik fürchtete. Laut Schmidt habe Reinwein zu ihm gesagt: »Ich werde Sie nur annehmen, Herr Kollege, wenn die Partei oder die Regierung mich dazu zwingt, aber dann werde ich immer bestrebt bleiben, Sie rauszudrücken, um dem Drängen der Kollegen an der Klinik gerecht zu werden. Wenn Sie in Deutschland bleiben wollen, rate ich Ihnen, geben Sie die Medizin auf. Kommen Sie niemals in dieser Sache wieder zu mir!«<sup>108</sup>

107 LASH Abt. 605, Nr. 1032, Feststellung der Entnazifizierungs-Berufungsausschusses v. 9.9.1947: »Freerksen hat durch zahlreiches weiteres Material, das dem Ausschuss vorgelegt worden ist, insbesondere durch Bescheinigungen der als Mitglieder der Widerstandsbewegung bekannten Professoren Gerstenmeyer [sic!] und Schreiner sowie des Direktors Sander den eindeutigen Nachweis erbracht, dass er Widerstand gegen den Nationalsozialismus erbracht hat.« Freerksens schon seit seiner Tätigkeit in Rostock bestehende Verbindung zu Gerstenmaier könnte den Weg in den Widerstand geebnet haben. Gerstenmaier gehört zu den Überlebenden des Kreisauer Kreis, die direkt an dem Staatsstreich am 20. Juli 1944 teilgenommen haben. Roon, Ger van: Die Kreisauer, der 20. Juli und die Nachkriegsentwicklung, in: Salewski, Michael/Schulze-Wegener, Guntram (Hg.): Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen (= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beihefte, Bd. 12), Stuttgart 1995, S. 145–160, hier S. 154.

108 Schmidt, S. 52f.

Schmidt konnte zu diesem Zeitpunkt eine Bescheinigung der Hessischen Landesregierung vorweisen, dass seiner Zulassung zum praktischen Jahr nichts entgegenstehe, nach einer Rückfrage Reinweins beim Ministerium ein halbes Jahr später jedoch wurde ihm von der gleichen Dienststelle nun im Auftrage des Reichserziehungsministeriums bestätigt, dass die Zurückweisung durch Reinwein zu Recht erfolgt habe.<sup>109</sup> Die krude und höchst fragwürdige Haltung Reinweins zu seinen moralischen Pflichten zeigte sich erneut im Jahre 1959, als er sich von der Stadt Kiel im Stich gelassen fühlte.<sup>110</sup> Einen nationalsozialistischen Verbrecher zu decken war weder für Reinwein noch für seine Kollegen Creutzfeldt oder Hallermann sowie weitere führende Persönlichkeiten in Schleswig-Holstein ein Problem. Heibers Kommentar zu einem solchen Verhalten passt auch auf die geschilderten Kieler Umstände: »Nur wer hoffnungslos verbohrt oder verblendet ist oder aber wer das Netzgefüge seines persönlichen Interesses an zumindest einer vitalen Stelle mit jenem Regime oder dessen Metastasen verknüpft hat oder findet, wird die Berechtigung einer nach den Normen der Moral und des menschlichen Zusammenlebens eindeutig und zutiefst negativen Bewertung leugnen wollen.«<sup>111</sup>

109 Ebd.

110 Näheres bei: Engelhard, Karlheinz: Helmuth Reinwein – Erinnerungen an einen großen Arzt, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 55 (2002), H. 2, S. 33–36; Klee, Was sie taten, S. 25–29.

111 Heiber, I, S. 9.



## 8. Zusammenfassung und Schluss

Die eingangs gestellte Leitfrage, ob die Medizinische Fakultät Kiel mit ihren Professoren dem Nationalsozialismus dienten und das Ihre dazu beitrugen, dass die Nationalsozialisten ihre »Blut- und Boden«-Ideologie mit verhängnisvollen Folgen umsetzen konnten, ist vorbehaltlos zu bejahen. Die Machthaber hatten nicht nur keine Schwierigkeiten mit den Kieler Medizinprofessoren, sondern diese taten eifertig alles, um den mehr und mehr in Antisemitismus und Terror abgleitenden Staat zu unterstützen. Es gab nach anfänglichen Irritationen keine in den Quellen sich widerspiegelnde Opposition der Medizinprofessoren. Die nationalsozialistische Rassenideologie fand nicht nur Zustimmung, sondern auch praktische Unterstützung. Es gab keinen Widerstand gegen die »Euthanasie« und den von den Nationalsozialisten praktizierten Holocaust. Der Krieg wurde als nationale Aufgabe angesehen, dem alle Kräfte wie auch die ethischen Normen und die Humanität untergeordnet wurden. Ereignisse wie die Massensterben im Polen- und Balkanfeldzug sowie im Hinterland der Ostfront wurden genauso hingenommen wie Menschenversuche in Konzentrationslagern, die Ausbeutung von Zwangsarbeitern, die Existenz zahlreicher Konzentrations- und Arbeitslager sowie wie die ständig steigende Zahl an Hinrichtungen.

Nicht alles lässt sich für die Gesamtheit der Fakultät beweisen. Deswegen musste an vielen Stellen der Arbeit ein biographischer Zugang gewählt werden, um letztlich dann zu Aussagen über die Fakultät zu kommen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die personell durch Neuberufungen stark veränderte Kieler Medizinische Fakultät anfangs zurückhaltend, dann jedoch unaufhaltsam ihrem nationalsozialistischen »Einpeitscher« Hanns Löhr folgte, mit ihm den Weg zur einer dem Nationalsozialismus vorbehaltlos dienenden, in das System voll integrierten, Musterfakultät beschritt und auch nach seinem Tode, wenn auch im Erscheinungsbild etwas abgeschwächt, nicht davon abwich. Ausnahmen gab es jedoch auch: Külz und Seiffert verließen wegen des nationalsozialistischen Drucks Kiel, Stertz wurde gegen seinen Willen in den Ruhestand geschickt. Rominger und Büngeler verhielten sich im Hintergrund unauffällig. Gerade diese Beispiele zeigen also auch die ebenfalls möglichen Handlungsspielräume für Kieler Medizinhochschullehrer auf.

Die Nationalsozialisten gewährten den Ordinarien nicht nur in Kiel und auch nicht nur den Medizinerinnen weiterhin einen Teil ihrer Hochschullehrerprivilegien. Hierfür erwarteten sie und bekamen auch Loyalität, Unterstützung und Unterordnung fast bis

zum letzten Tag ihrer Herrschaft. Weder Hochschullehrerpflichten, noch das zu dem Beruf der Ärzte gehörige ärztliche Ethos wurden, von Einzelfällen einmal abgesehen, verteidigt. Beides war im »Dritten Reich« nur noch dort in einer beschädigten und verzerrten Form präsent, wo es seitens der Machthaber zugelassen wurde. Die nationalsozialistische Führung hatte kein Interesse daran, die für die Vorbereitung und Durchführung ihres Krieges unentbehrlichen Medizinprofessoren zu demotivieren. Daher wurden sie in einem gewissen Umfange hofiert, umworben und gelegentliche harmlose Respektlosigkeiten gegenüber der Partei toleriert. Sie wurden an »langer Leine« geführt und wurden, um im Sprachbild zu bleiben, Marionetten des Systems. Dies trifft beispielsweise auf Creutzfeldt, Vonkennel, Hallermann, Fischer und Freerksen zu, die sich durchaus auch vor Studenten kritisch äußern konnten – allerdings nur so lange, wie bestimmte Grenzen nicht überschritten wurden. Genau dieses Verhalten war es dann auch, das in den Entnazifizierungsverfahren der Nachkriegszeit offenbar nicht ganz ohne Wirkung als Beweis für oppositionelle Gesinnung herangezogen wurde

Die politische Haltung der Medizinischen Fakultät sollte eigentlich an ihren Beschlüssen aufzeigbar sein. Deren Protokollierung vermied jedoch, den politischen Charakter scheinbar nur fachlicher Beschlüsse festzuhalten. Erschwert wird eine realistische Beurteilung zusätzlich dadurch, dass sicher viele Entscheidungen nicht in offiziellen Sitzungen fielen, sondern in informellen Besprechungen in kleineren oder größeren Gruppen der Fakultät nach Dienstschluss oder am Rande von privaten oder dienstlichen Treffen. Dies ist besonders für heikle Angelegenheiten anzunehmen, in denen eine politische Haltung gegenüber den regionalen NSDAP-Vertretern, dem Ministerium, öffentlichen Stellen, dem Kurator o. a. festgelegt wurde. Es widerspräche jeder praktischen Vernunft anzunehmen, dass dies über den gesamten Berichtszeitraum nicht immer wieder geschah. Nur entspricht es gerade dem Charakter dieser Absprachen, dass sie in Quellen nicht zu finden sind. Aktennotizen über mündliche Gespräche wurden in dem gesamten, die Medizinische Fakultät betreffenden Quellenmaterial, anders als beim Reichserziehungsministerium und dem Universitätsrat der Universität, nicht gefunden. Die politische Haltung der Kieler Medizinprofessoren spiegelt sich in Beschlüssen der Medizinischen Fakultät nicht wieder. Ein Grund, aber nicht der Einzige, mag darin liegen, dass der Begriff »politisch« von den Professoren mit »parteilich« gleichgesetzt wurde. Soweit Politik eine Rolle spielte, wurde es nicht bewusst, wenn dies doch der Fall war, war es aus dem Protokoll nicht zu ersehen. Allenfalls das Thema Sterilisation/Zwangsterilisation fand im Zusammenhang mit dem Themenkomplex Anthropologie/Rassenkunde/Rassenhygiene sichtbaren Ausdruck im Handeln der Fakultät. Dieses Thema wurde seitens der Fakultät aber nicht als politisch angesehen. Das trotz großer Schwierigkeiten beharrliche Festhalten an einem

Lehrstuhl und Institut für Anthropologie zu Lasten des Anatomischen Instituts war geprägt von einer fest verankerten wissenschaftspolitischen Auffassung der Fakultät. Es mussten ohne Rücksicht auf die schlechten materiellen Voraussetzungen – so die Überzeugung – rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um nicht den Anschluss an eine, wie man damals meinte, bedeutende wissenschaftliche Entwicklung zu verlieren. Ähnliches gilt für das Chemisch-Physiologische Institut von Schade/Netter und die Bioklimatologie von Pfeleiderer, zwei ursprünglich fachlich selbstständigen Einheiten der Medizinischen Klinik, von denen sich die Physiologische Chemie dann in den dreißiger Jahren verselbständigte.

Den einzelnen Lehrstuhlinhabern waren ihre persönlichen, auch wissenschaftlichen Interessen und die ihres Institutes oder ihrer Klinik am wichtigsten. Dabei galt, dass man sich gegenseitig möglichst nicht behinderte und jeweils die Bereiche der anderen medizinischen Fächer respektierte, selbst wenn darunter die Qualität litt.<sup>1</sup> Dazu passte vor der Machtübernahme das Führungssystem: Dekane wurden nicht nach Leistung und Eignung für dieses Amt gewählt, sondern jährlich wechselnd im Rotationsverfahren, wobei nicht selten ältere Kollegen, die ihre Forschungsarbeit schon weitgehend abgeschlossen hatten, bevorzugt wurden. Der Dekan war ein »primus inter pares« und konnte nur zusammen mit der engeren Fakultät handeln. Er erhielt auf diese Weise nicht die Möglichkeit, ein Machtpotential aufzubauen, das es ihm erlaubt hätte, in die Zuständigkeitsbereiche der Ordinarienkollegen einzugreifen. Alle Entwicklungen, die die Gefahr beinhaltet hätten, die Macht des einzelnen Lehrstuhlinhabers einzuschränken, wurden vermieden. Ansonsten bestand vor dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft der stillschweigende Konsens aller Lehrstuhlinhaber, die Aufgaben der Fakultät im Rahmen der Setzungen durch die Universität und der über den Kurator kommenden Anweisungen des Preußischen Kultusministeriums so autonom wie möglich wahrzunehmen. Die Inanspruchnahme der Freiheit der Wissenschaft, so wie sie von den Professoren gesehen wurde, blieb als Prinzip erhalten, ging aber im Verlaufe der nationalsozialistischen Herrschaft allmählich bis auf kleine Reste verloren.

1 Jaspers, Karl: Die Idee der Universität, Berlin 1980 [Reprint der Ausgabe Berlin 1946], S. 68 f. »Man läßt jedem einzelnen möglichst weitgehende Freiheit, um auf Gegenseitigkeit selbst diese Freiheit zu haben und vor dem Hineinreden anderer möglichst geschützt zu sein. [...] Die Tendenz solcher gegenseitigen Rücksicht geht dahin, schließlich jedem in seinem Bereich seine Willkür und zufällige Richtung zu erlauben, so daß das Wesentliche der Universität nicht mehr gemeinsame Angelegenheit, sondern nur jeweils die des Einzelnen ist, während das Gemeinsame >taktvoll< auf das Formale und auf Berufungen sich erstreckt.«

Der Schock der Veränderungen von 1933/34 beeinträchtigte das Selbstbewusstsein der Professoren und engte ihre Möglichkeiten ein. Die aggressive Haltung der Studenten in Kiel im Rahmen der »nationalen Revolution«, die sich in der Medizinischen Fakultät gegen Höber, Mond, Rominger und Netter richtete, hatte schon vor entsprechenden Weisungen des Preußischen Kultusministeriums Veränderungen der Verfahren in der Fakultät zur Folge. Der altväterliche, kurz vor seiner Emeritierung stehende und noch im Februar 1933 für das Dekanat vorgesehene Jores wurde kurzerhand gegen den vergleichsweise jungen, dynamischen, der NSDAP zugeneigten Dold ausgetauscht, ein Vorgang, der in der Geschichte der Fakultät erstmalig vorgekommen sein dürfte, jedoch die Medizinischen Fakultät zunächst in ihrer Schlagkraft stärkte. Da Dold zum 1. Mai 1933 in die NSDAP eintrat, erfüllte er dann alle Voraussetzungen, um nach der Einführung des »Führerprinzips« im Frühjahr 1933 vom neu ernannten Rektor Wolf auch unter den neuen Vorzeichen zum Dekan ernannt zu werden. Dold seinerseits hielt sich allen Veränderungen zum Trotz an die Tradition und bestellte seinen Vorgänger Külz zum Prodekan. Auch sonst änderte sich damals noch nicht viel, außer, dass die Fakultät ihre Handlungsfähigkeit vorübergehend in einem bescheidenen Umfang wiedergewonnen hatte. Auch politisch zeigte die Fakultät plötzlich (braune) Farbe. Immerhin 22 (von 52) ihrer Professoren und Dozenten – unter ihnen waren sechs Lehrstuhlinhaber – taten etwas, was noch kurze Zeit vorher kaum denkbar gewesen wäre: Sie bekannten sich wenige Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März 1933 zur Wahl der NSDAP. Diese Zahlen müssen auch unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, dass es für einen Professor und schon gar nicht einen Medizinprofessor angebracht war, öffentlich für eine Partei zu werben. Die Dunkelziffer derer, die die NSDAP unterstützten, aber diese Aussage in der Öffentlichkeit nicht wagten, dürfte erheblich gewesen sein. Die Kieler Medizinische Fakultät hatte durch das Handeln eines Teils ihrer Mitglieder einen unbedachten, nicht koordinierten Schritt in den Nationalsozialismus getan, ohne dass die Folgen vorausgesehen wurden. Mit der Neubesetzung des Dekanats ab Juni 1933 durch Dold dachte man, alle erforderlichen Schritte vollzogen zu haben, um grundsätzlich so weiterarbeiten zu können wie bisher. Schon bald zeigte sich, dass die Fakultät sich getäuscht hatte. Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933 führte dazu, dass aus dem Kreis der Lehrstuhlinhaber der Kieler Medizinischen Fakultät einzig Höber zunächst am 7. April 1933 beurlaubt und wegen seiner jüdischen Mutter und der Mitgliedschaft im Reichsbanner und in der Deutschen Demokratischen Partei dann endgültig am 26. September 1933 in den Ruhestand versetzt wurde. Damit wurde die Medizinische Fakultät Kiel um ihren zu diesem Zeitpunkt hervorragendsten Wissenschaftler gebracht. Immerhin brachte sie noch den Mut auf, sich für Höber beim Ministerium am 14. Oktober 1933 einzusetzen,

ohne Erfolg, da nach Auffassung des Ministeriums zwar eine hervorragende Bewährung Höbers vorlag, seine politische Betätigung jedoch eine Weiterbeschäftigung nicht erlaube. Selbst Referenten des Ministeriums unterschätzten die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Führung, ihren Antisemitismus ohne Rücksichten auf »Kollateralschäden« durchzusetzen.

Die Fakultät versuchte, ihre noch verbliebene Freiheit zu nutzen, um zusammen mit dem Rektor die Berufungen von Holzlöhner und Löhr zu verhindern. Zu Recht wurde in der Berufung der beiden Nationalsozialisten das Ende der von der NSDAP halbwegs unabhängigen Fakultätsarbeit gesehen. Die beschrittenen Wege waren nicht ungeschickt: Achilles aus dem Reichserziehungsministerium anstelle Holzlöhners vorzuschlagen, auch Weizsäcker/Heidelberg als Vorschlag für Löhr hätte vielleicht Erfolg haben können, wenn nicht das übergeordnete politische Interesse seitens der Münchener nationalsozialistischen Führung bestanden hätte, die Kieler Medizinische Fakultät, möglicherweise nach dem Vorbild der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät zu einer »Stoßtruppfakultät« umzuwandeln oder zumindest doch unter nationalsozialistische Kontrolle zu bringen. Nur aus diesem Grunde war Schittenhelm nicht ohne Mühe für die Reichsleitung der NSDAP bewegt worden, einen Lehrstuhl in München zu übernehmen. Holzlöhner wurde in der Folge Dozentenführer der Universität, eine 1934/35 noch machtvollere Position als in den Jahren danach, nach Heiber sei er sogar der Grund dafür gewesen, dass Wolf nicht weiter Rektor bleiben wollte.<sup>2</sup> Löhr wurde Vertrauensmann der Hochschulkommission in München und im April 1935 Dekan der Medizinischen Fakultät. Külz und wenig später auch Schröder zogen die Konsequenzen aus der Kieler Entwicklung und folgten Berufungen nach Frankfurt und Leipzig – Külz, nachdem er in den Jahren zuvor drei Berufungen abgelehnt hatte, Schröder, obwohl er überzeugter Nationalsozialist war und in Leipzig auch blieb. Ein kleines Zeichen des Widerstandes fand sich bei Aichel, der in der Sitzung der Fakultät am 11. Mai 1934 Protest gegen das Verfahren der Besetzung der Kommissionen für die Besetzung des Lehrstuhls Schittenhelm anmeldete. Es war eine Form des stillen Protests Schröders, dass die Fakultät im Jahre 1934 nur zwei, statt wie zu erwarten etwa sieben bis acht Sitzungen pro Jahr durchführte, die letzte im Mai. Dass weitere nicht stattfanden, hatte mit dem der Fakultät aufoktroierten Vertrauensmann der Reichsleitung Fritz Specht und dem weiteren Verlauf der Berufungsverfahren Holzlöhner und Löhr zu tun. Schröder wollte seine zum Teil gegen die Bestrebungen in Berlin und München gerichteten Aktivitäten nicht mit dem Fakultätsausschuss, zu dem ja neben Löffler als

2 Heiber, II, 2, S. 390.

Dozentenführer auch Specht als Gast gehörte, teilen. Das aus der damaligen Zeit zur Verfügung stehende Quellenmaterial erfordert auch die aufmerksame Beachtung dieser kleinen Abweichungen vom Üblichen, da deutlichere Hinweise und Quellen entweder gar nicht erst entstanden oder die Folgezeit nicht überstanden.

Die Zeit zwischen seiner Berufung zum 1. August 1934 und der Übernahme des Dekanats der Medizinischen Fakultät nutzte Löhr, um seinen Einfluss auszubauen. Die hiermit verbundenen Schritte sind unter 5.2.2 und 5.2.3 beschrieben. Im Ergebnis hatte Löhr allein die Führung, die beratende Funktion des Fakultätsausschusses wurde nur noch dann in Anspruch genommen, wenn es ihm sinnvoll erschien. Dies war im Wesentlichen bei Habilitationen und der Erstellung von Dreierlisten für Berufungen der Fall, denn dafür fehlte Löhr die fachliche Kompetenz. Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass Löhr die Bewertung der Habilitationen aus wissenschaftlicher Sicht bei den Kommissionen, aus politischer Sicht jedoch bei ihm als Dekan sehen wollte. Folglich gab es keine einzige Habilitation mehr, die gegen seinen Willen beschlossen wurde, aber einige, die bei ihm zumindest vorübergehend auf Schwierigkeiten stießen. Einzig bei der Erstellung der Dreierlisten mit den Berufungsvorschlägen für das Ministerium gab es offenbar gelegentlich auf wahrscheinlich diplomatisch vorgebrachte Weise Widerstände. In der Regel wurde Löhr jedoch auch hier gefolgt, vereinzelt sieht man Spuren eines Kompromisses. Einzelheiten hierzu sind im Zusammenhang mit den Berufungsvorgängen dargestellt. Für den SD war Löhr mit seinem SD-Netz eine nützliche Informationsquelle, um die Verhältnisse und die Stimmungen unter Studenten und Professoren zu kontrollieren. Durch die Umwandlung der bestehenden Führungsstrukturen in Fakultät und Medizin hatte Löhr eine vorher nie erreichte Machtfülle innerhalb der Medizinischen Fakultät erlangt.

Mit dem Ausbruch des Krieges, der vorübergehenden Schließung der Universität, den drei Trimestern im Jahre 1940, den Schließungsabsichten des Reichsfinanzministeriums im Jahre 1941 sowie dem Wehrdienst vieler Assistenten, Dozenten und Professoren und den sich steigernden Bombenangriffen auf die Institute und Kliniken verloren die Fakultätsaussitzungen besonders in der ersten Hälfte des Krieges noch mehr an Bedeutung als es in den letzten Jahren vor Kriegsbeginn der Fall gewesen war. Die militärischen Erfolge der Jahre 1939 bis 1941 brachten die letzten vorsichtigen Kritiker des Systems zum Verstummen. Für Benninghoff waren sie wahrscheinlich ein Grund, sich mit den Machthabern zu arrangieren und in die NSDAP einzutreten. Die Kenntnisse über die Ermordung geistig Behinderter in Tötungsanstalten und über die Misshandlung und Ermordung rassistisch und politisch missliebiger Personen in Arbeitslagern und Konzentrationslagern verbreitete sich zu diesem Zeitpunkt erst langsam und dürfte die Arbeit der Fakultät nicht direkt beeinflusst haben. Die Ärzte der Fakultät waren bis

zur Erschöpfung damit beschäftigt, ihre zum Teil evakuierten Patienten zu versorgen, die Folgen von Bombenabwürfen durch Improvisationen zu überwinden sowie Lehre und zumindest kriegswichtige Forschung nicht zu vernachlässigen. So wurden nationalsozialistische Erwartungen an Verhalten und Auftreten nicht nur widerspruchlos hingenommen, sondern als Normalität angesehen und traten im Alltag der Fakultät immer mehr in den Hintergrund. Dies verstärkte sich noch, nachdem Fischer im Mai 1941 Dekan der Medizinischen Fakultät wurde und nach Löhrs Tod mit Predöhl ein nicht so sehr ideologisch, sondern eher aufgabenorientierter Rektor an die Spitze der Universität kam. Auch der Wechsel des Dekanats zu Philipp im Spätsommer 1943 änderte an der Arbeit der Fakultät gegenüber dem Dekanat Fischers nicht viel. Es ging darum, die Zeit überstehen, ohne Schaden zu nehmen. Dazu gehörte, dass die zunehmend irrationaler werdenden Erwartungen der Machthaber erfüllt wurden, Lehre, Patientenversorgung und Kriegsforschung keinen Grund zu Beanstandungen geben sollten und Kontroversen mit den lokalen Größen aus Partei, SS, SD und Gestapo vermieden wurden. Es galt zu überleben und ein Minimum an Voraussetzungen wie die Fachbibliotheken und Laborausrüstungen für die Weiterarbeit in der Zeit nach dem Kriege hinüberzuretten. Bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft war die Kieler Medizinische Fakultät weiterhin ein nützliches Werkzeug für die Machthaber. Zunehmend ließ jedoch der ideologische Eifer nach und Pragmatismus begann zu dominieren.

Nach der Kapitulation unterwarf man sich der britischen Militärregierung. Freerksen wurde verhaftet, für ihn wurde kurzfristig Bargmann berufen, mit Fischer geschah Gleiches, für ihn übernahm erneut der über 75-jährige Anschütz kommissarisch den Lehrstuhl, bis er 1947 mit Robert Wanke endgültig ersetzt wurde. Bachmann musste gehen, sein Nachfolger Klose war zunächst wegen seines Verhaltens während des »Dritten Reiches« mit einigen Problemen konfrontiert, Vogel schien nicht mehr »rettbar«, Holzlöhner war tot, eine größere Zahl von Oberärzten und -assistenten, wie auch Assistenten meldeten sich, soweit sie den Krieg überlebt hatten, gar nicht mehr zurück und suchten sich in weiser Einsicht gleich eine Stelle in der freien Praxis als niedergelassene Ärzte, in Kliniken außerhalb der Universität oder in der Pharmaindustrie. Sie hatten begriffen, dass ihre Belastungen aus der nationalsozialistischen Vergangenheit anders als bei den auf Lebenszeit beamteten Lehrstuhlinhabern ihnen eine berufliche Zukunft in der Universität unmöglich machen würden. Für kurze Zeit sah es so aus, als hätten die verbliebenen maßgeblichen Köpfe der Fakultät verstanden, dass eine Zäsur eingetreten war, die einen Neuanfang ermöglichen könnte.

Die verbliebenen Lehrstuhlinhaber jedoch dachten so, wie Creutzfeldt es in seiner zur Wiedereröffnung der Universität gehaltenen Rektoratsrede ausgedrückt hatte. Sie meinten, ihre Pflicht getan zu haben, mehr oder weniger unschuldige Opfer eines ver-

brecherischen Regimes gewesen zu sein und sich bemüht zu haben, die eigene Arbeit so ordnungsgemäß wie möglich zu verrichten.<sup>3</sup> Sie versuchten in den Jahren 1945/46 mit den ihnen gebotenen Möglichkeiten nach den durch die britische Besatzungsmacht erzwungenen Klärungsprozessen, die Krankenversorgung und die Lehre so gut es unter den schwierigen räumlichen und materiellen Bedingungen möglich war, fortzuführen. Sie knüpften an die Zeit vor 1933 an. Im Jahre 1947 gab es dann einen allmählichen, sich immer stärker beschleunigenden Umschwung. Mit den von den Siegermächten angeordneten teilweise an Absurdität nicht mehr zu übertreffenden Entnazifizierungsverfahren schlossen sich die Reihen zwischen den mehr oder weniger belasteten nationalsozialistischen Tätern, den Opportunisten, Mitläufern und teilweise sogar Opfern. Gemeinsam wurde versucht, die Zeit eigenen Versagens durch Verschweigen und Vergessen ungeschehen zu machen. Personalakten und Archive wurden bereinigt, Kritiker unterdrückt und Angehörige der Tätergruppe unterstützt.

Dies war auch in der Medizinischen Fakultät Kiel der Fall, wie an zwei hier näher wiedergegebenen Beispielen gezeigt werden soll. Das erste betrifft erneut Enno Freerksen, der, wie bekannt, als Gaudozentenführer, SS-Sturmbannführer im SD, Prorektor und Gutachter für Rosenberg bei Berufungen eine steile nationalsozialistische Karriere ohne besondere wissenschaftliche Leistungen absolviert hatte. Ihm gelang es, nachdem er zunächst, sicher wegen seines politischen Engagements in der nationalsozialistischen Zeit, von seinen Kollegen »aufgegeben« worden war, das Entnazifizierungsverfahren unbeschadet zu überstehen. Seinen Lehrstuhl für Anatomie konnte er aber nicht zurückerlangen, da dieser bereits mit Wolfgang Bargmann besetzt worden war. So wollte man offenbar alles tun, um ihm Wiedergutmachung für die scheinbar voreilige Besetzung seines Lehrstuhls durch die Fakultät zu verschaffen. Die Fakultät hatte sich Anfang 1946 sicher nicht vorstellen können, dass ein Mann mit der nationalsozialistischen Vita Freerksens entlastet werden könnte. Ein in den Archivunterlagen nicht mehr aufzufindendes Schreiben der Fakultät aus dem Jahre 1947 an den Entnazifizierungsausschuss, das in einem anderen Zusammenhang vom Kultusministerium des Landes Schleswig-Holstein 1967 den Kieler Nachrichten übergeben wurde,<sup>4</sup> beschreibt Freerksens Zeit im »Dritten Reich« wie folgt: »Er hat (meist unter schwerer persönlicher

3 Vgl. Cornelißen, *Aus Trümmern*, S. 20 f.

4 Der Dekan wusste von der Berufung, in: *Kieler Nachrichten* v. 21.10.1967, S. 6. Freerksen war 1967, 57-jährig, vom Kultusminister des Landes Schleswig-Holstein, gegen den Willen der Fakultät als ordentlicher Professor auf einen neu geschaffenen Lehrstuhl für Experimentelle Medizin berufen worden. Drei Monate später kam es deswegen zu erheblichen Unruhen in der Kieler Professoren- und Studentenschaft.

Gefährdung) jede Gelegenheit wahrgenommen, um die ›Nazifizierung‹ der Universität zu unterbinden. Eine große Zahl von Einzelfällen bezeugt, daß er sich unter völliger Mißachtung politischer Forderungen der NSDAP gerade auch solcher Kollegen und Persönlichkeiten angenommen hat, die durch die politische Entwicklung gefährdet waren. Er verstand es überdies, von den Parteistellen gewünschte politische Berufungen zu hintertreiben. [Absatz, d. Verf.] Wir haben während der ganzen Jahre Herrn F. als eine sichere Barriere gegen die Überschwemmung mit dem Nazismus empfunden und ihm die Konsequenz gedankt, mit der er unter schwierigen Umständen von Anfang an seinen geraden Weg gegen die geistige Verknechtung der Universität verfolgte. Besonders hervorgehoben sei sein mannhafter Einsatz für Angehörige der Kirche, der am besten beweist, daß er mit den weltanschaulichen Tendenzen der Partei nichts gemein hatte; sein Einsatz für jüdische Persönlichkeiten zeigt das gleiche. [Absatz, d. Verf.] Die Wiedereinsetzung von Herrn F. erscheint vom menschlichen Standpunkt aus als ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit, da er trotz seiner formalen ›Belastung‹ nicht nur als ›Mitläufer‹, sondern als aktiver Gegner des Nazismus zu bezeichnen ist.«<sup>5</sup> Eine Auseinandersetzung mit dieser Meinungsäußerung der Fakultät aus dem Jahre 1947 ist nach den vorliegenden Kenntnissen über Freerksens nationalsozialistisches Engagement redundant, einiges ist nicht falsch, das meiste ist jedoch, wie bereits gezeigt, eine für die Opfer des Nationalsozialismus beleidigende Verkehrung der tatsächlichen Sachverhalte. So zeigte sich schon 1947 ein bezeichnendes Verhalten der Fakultät, die sich nach einer kurzen Schockphase in die in Schleswig-Holstein besonders große Anzahl von Beschönigern und Beschweigern einreihete, ohne sich ihrer Verpflichtung zu stellen. Nur eine gewissenhafte Aufarbeitung des Geschehens einschließlich des Versagens hätte ihr einen unbelasteten Weg in eine selbstkritisch gestaltete Zukunft eröffnet.

Das zweite Beispiel behandelt den Nachkriegswerdegang des NSDAP-Mannes SS-Obersturmbannführer Vonkennel. Durch ein Schreiben des Hamburger Universitätsdermatologen Prof. Dr. Alfred Marchioni aus dem Jahre 1950 an den Dekan der Medizinischen Fakultät Köln wird erneut deutlich, wie wenig die Kieler Medizinische Fakultät in den ersten Nachkriegsjahren bereit war, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Marchioni berichtet über ein Gespräch, das er am 21. Januar 1950 mit Rominger und dem damaligen Dekan Meesmann über die Nachfolge des kurz zuvor verstorbenen Kieler Dermatologen Schmidt, dem Nachfolger Vonkennels in Kiel, geführt hatte. Wörtlich schreibt Marchioni: »Insbesondere aber war ich überrascht, mit welcher Schärfe eine Reihe von Vonkennels älteren Kieler Fakultätskollegen, unter ihnen der Pädiater

5 Ebd.

Rominger und vor allem der derzeitige Dekan Meesmann, Leiter der Augenklinik, es entschieden ablehnten, nach ihren früheren Erfahrungen mit Vonkennel ihn auf das vakant gewordene Ordinariat der Kieler Universität zurückzurufen. Er sei für diese Grenzlanduniversität nach seiner politischen Vergangenheit nicht tragbar, betonte [...] der Kieler Dekan in Gegenwart des Kieler Otologen Vogel [...].<sup>6</sup> Die Angelegenheit hatte noch ein entlarvendes Nachspiel: Die Kölner Universität schickte den Verwaltungsdirektor ihres Kuratoriums Friedrich Schneider zur Aufklärung der von Marchioni erhobenen Vorwürfe nach Kiel, da die Kölner beabsichtigten, Vonkennel auf den Lehrstuhl für Dermatologie der dortigen Universität zu berufen. Dieser berichtet nach seiner Rückkehr Erstaunliches:<sup>7</sup> Rominger und Creutzfeldt hätten Schneider bestätigt, dass Antipathie gegen Vonkennel wegen seines Verhaltens 1937 bis 1942 in Kiel bestanden habe, aber er sei kein Nationalsozialist gewesen, habe sich wiederholt abfällig über die Nationalsozialisten und ihre Politik geäußert und sie berichteten unter anderem die Tatsache, dass er in Kiel keine SS-Uniform getragen habe. Die Abneigung gegen Vonkennel beruhe vielmehr darauf, dass »er sich als Bayer in die im wesentlichen aus Norddeutschen zusammengefügte Kieler Fakultät nicht habe recht einführen können.« Er sei außerordentlich temperamentvoll, nach Rominger ein »bayrisches Urviech«, nach Creutzfeldt ein »überzeugter Katholik«, der daraus in Kiel kein Hehl gemacht habe.<sup>8</sup> Der Wahrheitsgehalt der Aussagen der offiziell befragten Professoren dürfte ähnlich wie bei dem bereits zitierten Schreiben der Fakultät aus dem Jahre 1947 gering sein. Fraglich ist, ob bayrische Eigenarten in Kiel zur Entwicklung einer derartigen Abneigung gegenüber Vonkennel geführt haben können. Falsch ist die Erwähnung seiner angeblich nicht vorhandenen nationalsozialistischen Verstrickung, ebenso falsch die Unterstellung Creutzfeldts, dass der ausgelebte katholische Glaube Grund für die Abneigung der Kieler Kollegen gewesen sei: Vonkennel war bis zu seinem wahrscheinlich im Zusammenhang mit seiner Aufnahme in die SS erfolgten Austritt aus der Kirche im Juli 1941 protestantisch.<sup>9</sup> Warum die Kieler Medizinprofessoren ihre gegenüber Marchioni im persönlichen Gespräch so offen geäußerte Meinung über Vonkennel

6 UA Köln Zug. 317/III 2215, Josef Vonkennel, o. Az., 1947–1966, Schrb. Marchioni an den Dekan der Medizinischen Fakultät Köln, Schulten, als Reaktion auf eine Anfrage Schultens bezüglich der Eignung Vonkennels für die Besetzung des Kölner Lehrstuhls für Dermatologie v. 27.5.1950.

7 Ebd., Bericht Verw. Dir. Schneider, Kuratorium der Universität Köln v. 9.3.1950: Gespräch mit Rominger und Creutzfeldt in Kiel.

8 Ebd.

9 UA Köln Zug. 571/202, Personalbogen Vonkennel der Universität Köln.

gegenüber dem im offiziellen Auftrag angereisten Schneider derart plump revidierten, lässt sich heute nur vermuten: Es entsprach nicht (mehr) dem Selbstverständnis auch der Kieler Nachkriegseliten des Jahres 1950, einen missliebigen Kollegen wegen seines nationalsozialistischen Tuns zu belasten. Aber erneut in die Fakultät holen wollte man ihn auch nicht, obwohl die wissenschaftlichen Verdienste und das Vermögen, Studenten durch seine Lehre zu begeistern, bei Vonkennel unbestritten waren. Vonkennel selbst schrieb über seine Kieler Zeit: »Ich habe mich bei Land und Leuten in Schleswig-Holstein wohl gefühlt, die praktische und wissenschaftliche Zusammenarbeit und Kollegialität an der Kieler Fakultät war vorbildlich.«<sup>10</sup>

Die Fakultät hatte also zu ihrem Selbstbewusstsein und ihrer früheren Selbstwahrnehmung zurückgefunden. Alle Lehrstuhlinhaber mit nationalsozialistischer Vergangenheit wurden zufriedenstellend versorgt: Vogel erhielt seinen Lehrstuhl zurück, wenn auch kurzfristig unter ungewöhnlich schlechten Bedingungen. Für Fischer wurde ein neuer Lehrstuhl für Chirurgie in einer Zweigstelle der Chirurgischen Klinik in Kiel-Wik geschaffen, 1962 wurde ihm sogar das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen.<sup>11</sup> Freerksen erhielt die Leitung des Forschungsinstituts Borstel, einer Einrichtung, die in ihrer Größe und Bedeutung weit über ein Anatomisches Institut hinausging, auch seine Bezahlung war deutlich höher als die eines Anatomieprofessors.<sup>12</sup> Ein Bundesverdienstkreuz blieb ihm jedoch auf Grund seiner Vergangenheit verwehrt.<sup>13</sup> 1967 erhielt er dann sogar einen Lehrstuhl. Lediglich Bachmann gelang es nicht, seinen Lehrstuhl wieder zu erhalten, obwohl es dafür Gelegenheiten hätte geben können.<sup>14</sup> Ein Grund dafür mag in seiner Persönlichkeit gelegen haben. Er hätte vermutlich ohne Parteibuch und seinen ideologischen Fanatismus nie den Kieler Lehrstuhl für Hygiene erhalten, so dass die Kieler Fakultätskollegen froh gewesen sein dürften, ihn nicht mehr in ihren Reihen zu haben.<sup>15</sup> Er litt jedoch keine Not, sondern erhielt

10 UA Köln Zug. 317/III/2215, Josef Vonkennel, o. Az. 1947–1966, Lebenslauf Vonkennel v. 2.1.1948.

11 Oehler-Klein, S. 615.

12 LASH Abt. 811, Nr. 13770, Vermerk v. 29.6.1951.

13 LASH Abt 605, Nr. 14648, Vermerk Staatskanzlei Schl. Holst. V. 9.10.1970.

14 LASH Abt. 811, Nr. 6666, Vermerk v. 25.4.1951.

15 Einer Personalnotiz des Beauftragten für Medizinische Wissenschaft und Forschung im Amt des Bevollmächtigten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen ist zu entnehmen, dass Bachmann im August 1944 auf der 1. Stelle der Liste für das Ordinariat in Hamburg gestanden habe. BArch PK A 117, p. 1138. Nach van den Bussche stand Bachmann in einer Liste der Hamburger Fakultät am 12.2.1943 auf 2. Stelle, eine korrigierte unico loco Liste wurde wenige Tage später nur mit dem Namen der Erstplatzierten (Horst Habs) eingereicht. Dieser wurde

eine Pension als Emeritus<sup>16</sup> und konnte in Kiel ein privates medizinisch-diagnostisches Laboratorium betreiben,<sup>17</sup> das auch schon in der damaligen Zeit eine Quelle hoher Einkünfte war.

Die Fakultät stand mit ihrer Haltung damals allerdings nicht allein da. Schleswig-Holstein entwickelte sich bis 1950 zu einer Region in Deutschland, in der man nicht nur Nationalsozialist gewesen sein durfte, sondern es sogar zunehmend wieder förderlich für das Fortkommen wurde. Bezeichnend ist etwa die Landesregierung im Jahre 1950 – das Ergebnis einer Koalitionsbildung aus CDU, FDP, DP und BHE – deren Kabinett mit dem Innenminister Paul Pagel nur einen Minister hatte, der nicht Mitglied der NSDAP gewesen war.<sup>18</sup> Um noch einige weitere Beispiele zu nennen: Ernst Kracht, Landrat im »frühbraunen« Dithmarschen und von Gauleiter Lohse 1936 eingesetzter Bürgermeister von Flensburg, konnte von 1950 bis 1958 Leiter der Staatskanzlei sein;<sup>19</sup> Hans-Adolf Asbach, NSDAP-Kreishauptmann im besetzten Polen wurde Landessozialminister; Hans-Werner Otto, »Alter Kämpfer«, war Staatssekretär erst im Sozial- dann im Innenministerium;<sup>20</sup> Helmut Lembke, ehemaliger nationalsozialistischer Bürgermeister von Schleswig und Eckernförde, wurde Ministerpräsident (1963–1971) und danach Landtagspräsident. Es hatten sich aus der Hinterlassenschaft der nationalsozialistischen Herrschaft einflussreiche Zirkel in den neuen Funktionseliten gebildet. Es entstand ein »Beschweigen«, das in manchen Bereichen über die

zum 1.10.1943 mit der Vertretung beauftragt und am 1.12.1944 zum Ordinarius ernannt. Rosstocks Notiz war also unzutreffend. Auch die Hamburger hatten nicht den Wunsch, Bachmann in ihren Reihen zu haben. Bussche, Hendrik van den: Akademische Karrieren im »Dritten Reich«, in: Ders. (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989, S. 63–117, hier S. 90.

- 16 Emeritierte Professoren erhielten ein höheres Ruhegehalt als andere Beamte, das ungefähr dem ungekürzten Grundgehalt (ohne den garantierten Gebührenanteil und die Einnahmen aus dem Hauptkolleg) entsprach. Der Emeritus hatte das Recht, Forschungsarbeiten weiter zu betreiben und u. a. Magisterkandidaten, Diplomanden und Doktoranden betreuen. (Weber, Werner: Die Rechtstellung des deutschen Hochschullehrers, Göttingen 1952, S. 50 f.).
- 17 Wolf, Hygiene, S. 99
- 18 Danker, Uwe.: Der Landtag und die Vergangenheit, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 187–208, hier S. 192.
- 19 Danker, Landtag, schreibt dazu (S. 207): »Als förmliche Spinne in Netz der Landespolitik muss er als Symbol der Reintegration der NS- Verwaltungseliten in das junge Nachkriegs-Schleswig-Holstein gelten«.
- 20 Bohn, Robert: »Schleswig- Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat.«, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 173–186, S. 182.

Generation der Mitläufer hinaus währte.<sup>21</sup> Pagel sprach damals sogar von einer Renazifizierung Schleswig-Holsteins.<sup>22</sup> Der Oppositionssprecher des schleswig-holsteinischen Landtages, der SPD-Abgeordnete Wilhelm Käber, merkte sarkastisch zum Beschlussantrag in der Debatte der 7. Sitzung des Landtages in der 2. Wahlperiode (1950–1954) an: »Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat. Die von 1933 bis 1945 begangenen Untaten gegen Leben und Freiheit von Millionen von Menschen sind eine böswillige Erfindung«.<sup>23</sup>

Die Fakultät unterließ in der Folgezeit alle ernsthaften Anstalten, ihre nationalsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten, im Gegenteil – mit der Berufung Werner Catels 1955 auf den Lehrstuhl für Pädiatrie und dem Verschweigen des unter dem Namen Sawade in Flensburg tätigen T4-Obergutachters Heyde fügte sie ihrem Verhalten im Nationalsozialismus weitere peinliche Vorgänge hinzu. Catel war an der »Kindereuthanasie« im »Dritten Reich« beteiligt gewesen, sein Wirken war bekannt, trotzdem wurde er auf Vorschlag der Fakultät 1954 auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde berufen und erst auf Druck der Öffentlichkeit 1960 in den Ruhestand versetzt.<sup>24</sup> Deutlicher konnte die Medizinische Fakultät nicht bekunden, wie wenig sie begriffen hatte, was eigentlich von ihr erwartet wurde. Jubiläumsschriften sowie medizinische Doktorarbeiten zu Kliniken und Instituten der Kieler Medizinischen Fakultät verschwiegen bis in die neunziger Jahre die peinlichen Verstrickungen der jeweiligen Klinik bzw. des Instituts, auch danach war mit Ausnahme einiger weniger Publikationen eine angemessene Bearbeitung des Schwerpunktes Nationalsozialismus nicht festzustellen. Hans-Werner Prahls 1995 erfolgte Feststellung hierzu soll hier noch einmal in Erinnerung gerufen werden: »Die Leitungen der Universität wie auch der Mehrzahl ihrer ProfessorInnen haben [...] bislang nur wenig Anstalten zur Erforschung dieses Zeitabschnittes gemacht – ja: eher durch Verschweigen und Verhindern (und dazu mag auch die Nichtbeantragung von Forschungsmitteln, Verzicht auf einschlägige Lehrver-

21 Ebd., S. 183; Danker, Landtag, S. 207.

22 Pohl, Vergangenheitsbewältigung, S. 215; Bästlein, Heimatgeschichte, S. 152.

23 Danker, Landtag, S. 193.

24 Pohl, S. 217. 1982 verhinderte erst das eindeutige Votum der Studentenschaft, dass seitens der Kieler Universität eine Werner-Catel-Stiftung begründet wurde, deren alle ein bis zwei Jahre zu verleihender »Werner-Catel-Preis« der Förderung medizinischer und naturwissenschaftlicher Forschung zugutekommen sollte. Die Stiftung sollte aus einer Summe von einer halben Millionen Mark finanziert werden, die Catel der Universität unter der Bedingung vermacht hatte, dass Stiftung und Preis nach ihm benannt werden sollten. Siehe hierzu: N. N. Der Kreuzelmacher, in: Der Spiegel 28 (1984), H. 9, S. 79, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13509887.html> [30.4.2012]

anstaltungen und Qualifikationsarbeiten, ›Schönreden‹ der Leistungen von nationalsozialistisch belasteten Kollegen oder die systematische Ausblendung dieses Zeitraumes gehören) und allein durch Zeitablauf (wertvolle Quellen und Zeitzeugen stehen nicht mehr zur Verfügung) zur Unkenntnis über die NS-Zeit der Kieler Universität gewollt oder ungewollt beigetragen.«<sup>25</sup> Der Umgang der Kieler Medizinischen Fakultät mit ihrer Vergangenheit blieb in der Nachkriegszeit ein Desiderat der Forschung. In der nationalsozialistischen Zeit wäre unter den damals herrschenden Bedingungen für diejenigen, die an irgendeine Form von Widerstand gedacht hatten, vielleicht mehr Mut vonnöten, als von ihnen hätte erwartet werden können. Dies galt für die Zeit nach der Kapitulation jedoch nicht mehr. Eine nachträgliche Moralisierung ist nicht sinnvoll,<sup>26</sup> insbesondere auch deswegen, weil das weitere Geschehen an der Universität eine auffällige Affinität zum nationalsozialistischen Gedankengut nicht feststellen lässt. Diese Aussage entbindet jedoch die Fakultät nicht von der Pflicht, sich mit ihrer Zeit im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Es dauerte besonders in der Medizinischen Fakultät noch lange Zeit, bis zumindest Ansätze für einen Wandel in der Haltung von Einzelpersonen aus der Medizinischen Fakultät zu erkennen waren. Besonders sind in diesem Zusammenhang Ludwig Weisbecker, des Lehrstuhlinhaber für Innere Medizin II im Städtischen Krankenhaus Kiel und Rektor der Universität während der Kieler »68er-Unruhen«<sup>27</sup> sowie der Medizinhistoriker Fridolf Kudlien zu nennen. Kudlien gehört zu den Medizinhistorikern in Deutschland, die die Auseinandersetzung mit der Rolle der Medizin und der Ärzte im Nationalsozialismus befördert haben, auffallend ist bei der Analyse seiner Arbeiten jedoch, dass er sich nie mit der Rolle der Medizinischen Fakultät Kiel im »Dritten Reich« befasste. Als erste Angehörige des Medizinhistorischen Lehrstuhls erarbeitete Brigitte Lohff im Jahre 1994 eine Übersichtsarbeit über die Medizinische Fakultät in der nationalsozialistischen Zeit, die allerdings erst 2005 veröffentlicht wurde.<sup>28</sup> Zu diesem Zeitpunkt war Lohff bereits über zehn Jahre Inhaberin des Lehrstuhls für Geschichte der Medizin an der Medizinischen Hochschule Hannover. Hervorzuheben ist die Monographie der Kieler Medizinhistorikers Jörn Henning Wolf über Creutzfeldt aus dem Jahre 2003, in der Wolf akribisch ohne falsche Rücksichten

25 Prahl, Hans-Werner: Die Hochschulen und der Nationalsozialismus, in: Ders. (Hg.): Uniformierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus, Band 1, Kiel 1995, S. 7–50, hier S. 44.

26 Cornelißen, Aus Trümmern, S. 40.

27 Herrlinger, Jörg Dieter: In memoriam Ludwig Weisbecker, Christiana Albertina 11 (1979), S. 197–199

28 Lohff, Grundgedanken.

mit den Legenden um Creutzfeldts angeblich korrektes Verhalten im Nationalsozialismus aufräumt.<sup>29</sup> Diese Arbeit erschien aber erst ein Jahr, nachdem Wolf im Jahre 2002 pensioniert worden war. Eine neue Arbeit über die Universitäts-Hautklinik von Christian Andree aus dem Jahre 2011 befasst sich in einem Appendix ausführlich mit den Verstrickungen Josef Vonkennels in den Nationalsozialismus, ohne jedoch die hier dargestellte Haltung der Vertreter der Kieler Medizinischen Fakultät zu erwähnen.<sup>30</sup>

Die Umstände erlaubten es zwar, aber der Wille war nicht da und die Pflicht wurde vielleicht anfangs auch nicht erkannt. Die Vergangenheit wurde von der Kieler Medizinischen Fakultät nicht aufgearbeitet, konnte vielleicht auch in Anbetracht der herrschenden Personen nicht aufgearbeitet werden. Insofern ist es eine lange überfällige, begrüßenswerte und positive Tatsache, dass sich das Bewusstsein in den letzten Jahren zunehmend geändert hat.<sup>31</sup> Neben der Rolle der Kieler Medizinischen Fakultät in der Zeit des »Dritten Reiches« sollte heute auch zunehmend die in der Nachkriegszeit entstandene, durch Verschleierung der Fakten, Vernichtung von Unterlagen, Geschichtsklitterung, Verleumdung und Rechtsbeugung angehäuften moralischen Verantwortung gegenüber den Opfern des »Dritten Reiches« in den Vordergrund der Betrachtung treten. Denn diese Vorgänge sind noch unzureichend erforscht und von großer Bedeutung für die Nachkriegsgeschichte und damit auch für unsere heutige Zeit. Hier besteht ein Desiderat in der Forschung, das beachtet werden sollte, um nicht erneut dem Verschweigen zum Opfer zu fallen.

29 Wolf, Creutzfeldt.

30 Andree, Christian: Die Universitäts-Hautklinik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1902–2010. Eine medizinhistorische Studie, Kiel 2011.

31 Vgl. Cornelißen, Christoph, Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009.



## 9. Quellen und Literatur

### 9.1 Ungedruckte Quellen

Landesarchiv Schleswig- Holstein (LASH)

LASH Abt. 352.3: Nr. 1690.

LASH Abt. 355: Nr. 2418, Nr. 2427.

LASH Abt. 399.65: Nr. 31, Nr. 32, Nr. 34.

LASH Abt. 460: Nr. 2242, Nr. 2994, Nr. 4181, Nr. 4391, Nr. 4438.

LASH Abt. 460.19: Nr. 2242.

LASH Abt. 460.3: Nr. 163.

LASH Abt. 47: Nr. 244, Nr. 1106, Nr. 1107, Nr. 1188, Nr. 1191, Nr. 1308, Nr. 1531, Nr. 1549, Nr. 1551, Nr. 1552, Nr. 1553, Nr. 1558, Nr. 1566, Nr. 1567, Nr. 1569, Nr. 1570, Nr. 1571, Nr. 1572, Nr. 1591, Nr. 1592, Nr. 1597, Nr. 1598, Nr. 1604, Nr. 1606, Nr. 1608, Nr. 1609, Nr. 1610, Nr. 1638, Nr. 1672, Nr. 1673, Nr. 1728, Nr. 1802, Nr. 1803, Nr. 1951, Nr. 1952, Nr. 1953, Nr. 2039, Nr. 2040, Nr. 2044, Nr. 2045, Nr. 2047, Nr. 2049, Nr. 2050, Nr. 2053, Nr. 2055, Nr. 2056, Nr. 2057, Nr. 2058, Nr. 2059, Nr. 2061, Nr. 2062, Nr. 2063,

Nr. 2065, Nr. 2066, Nr. 2081, Nr. 2082, Nr. 2083, Nr. 2095, Nr. 2108, Nr. 2110, Nr. 2117, Nr. 2142, Nr. 2750, Nr. 2778, Nr. 3153, Nr. 4235, Nr. 4977, Nr. 5163, Nr. 5518, Nr. 5590, Nr. 6465, Nr. 6481, Nr. 6506, Nr. 6509, Nr. 6683, Nr. 6714, Nr. 6724, Nr. 6757, Nr. 6823, Nr. 6844, Nr. 6883, Nr. 6906, Nr. 6950, Nr. 7017, Nr. 7083, Nr. 7114, Nr. 7128, Nr. 7133, Nr. 7320, Nr. 7413, Nr. 9693, Nr. 9695.

LASH Abt. 47.6: Nr. 15, Nr. 16, Nr. 25, Nr. 47, Nr. 54, Nr. 66, Nr. 74, Nr. 95, Nr. 114, Nr. 123, Nr. 159, Nr. 165, Nr. 178, Nr. 189, Nrn. 260–263, Nr. 264, Nr. 323, Nr. 324, Nr. 335, Nr. 426, Nr. 427, Nr. 455, Nr. 7128.

LASH Abt. 605: Nr. 1032, Nr. 14648.

LASH Abt. 811: Nr. 6666, Nr. 6667, Nr. 12041, Nr. 12334, Nr. 12415, Nr. 13770, Nr. 20743.

LASH Acc. 68/2004, Nr. 37.

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA PK)

GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10214.

GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10271.

GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Nr. 10291.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 1, Tit. IV, Nr. 17, Beiheft.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Bd. 7.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 6.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 6 adh.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. IV, Nr. 3, Bd. 8.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 17, Bd. 4.  
GStA PK I. HA Rep. 76, Va, Sekt. 9, Tit. X, Nr. 3, Bd. 2.  
GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1767, Bd. 2.  
GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1769, Bd. 4.  
GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1797, Bd. 4.  
GStA PK I. HA Rep. 90, Nr. 1769, Bd. 4.  
GStA PK I. HA Rep. 90A, Nr. 1769.  
GStA PK I. HA Rep. 90A, Nr. 1770.  
GStA PK I. HA Rep. 151, IC Nr. 6552.  
GStA PK I. HA Rep. 151, I C, Nr. 6572.  
GStA PK I. HA Rep. 151, I C, Nr. 6849.  
GStA PK I. HA Rep. 706, Va, Sekt. 9, Tit. IV Nr. 3, Bd. 8.  
GStA PK XX. HA Rep. 99c/52.

#### Bundesarchiv Berlin (BArch)

BArch DS B 0043.  
BArch NS 15, Nr. 243.  
BArch PK A 117.  
BArch PK I 0432.  
BArch PK L 274.  
BArch PK S 76.  
BArch R 58, Nr. 214.  
BArch R 58, Nr. 826.  
BArch R 3001, Nr. 1478.  
BArch R 4901, Nr. 636.  
BArch R 4910, Nr. 1480.  
BArch R 4901, Nr. 01210.  
BArch R 4901, Nr. 13258.  
BArch R 4901, Nr. 13261.

BArch R 4901, Nr. 13266.  
BArch R 4901, Nr. 13270.  
BArch R 4901, Nr. 13275.  
BArch R 4901, Nr. 13276.  
BArch R 4901, Nr. 13277.  
BArch R 4901, Nr. 13279.  
BArch R 4901, Nr. 14797.  
BArch R 4901, Nr. 14807.  
BArch RS B 040.  
BArch SSO 211 B.  
BArch SSO 220.  
BArch SSO 272 A.  
BArch SSO 297 A.  
BArch SSO 33 B.  
BArch ZB II 45 36 A 8.

#### Universitätsarchive und -bibliotheken

UA Gießen Lieferung, zu Med K 6, Bd. 108, 1.

UA Köln Zug. 571/202.  
UA Köln Zug. 67/1161.  
UA Köln Zug. 31/IIII/2215.

UA Leipzig PA 1442.  
UA Leipzig PA 1602.  
UA Leipzig PA 1647.

UA Marburg 307 c Nr. 242.

UA München Sen 266.

UB Kiel TU 44.5520, Dissertation L. Knolle.

UB Marburg Nachlass Benninghoff.

## 9.2 Gesetze, Verzeichnisse

### Gesetzes- und Verordnungsblätter

Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, S. 175–177, S. 195, S. 215, S. 225 f., S. 289, S. 480, S. 529, S. 1021.

Reichsgesetzblatt 1934, Teil I, S. 401, S. 403, S. 409, S. 1269–1271.

Reichsgesetzblatt 1943, Teil I, S. 168.

Reichsministerialblatt 62, 1934, S. 300 f.; 63, 1935, S. 65.

### Personal- und Vorlesungsverzeichnis der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Sommersemester 1931, Kiel 1931, bis Wintersemester 1947/48, Kiel 1947.

### Verzeichnis der Professoren und Dozenten

Volbehr, Friedrich/Weyl, Richard: Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665–1954, bearb. von Rudolf Bülck, abgeschlossen von Hans-Joachim Newiger, Kiel <sup>4</sup>1956.

## 9.3 Gedruckte Quellen und Literatur

Abendroth, Wolfgang: Das Unpolitische als Wesensmerkmal der deutschen Universität, in: Freie Universität Berlin (Hg.): Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstag 1966, Berlin 1966, S. 189–208.

Aichel, Otto: Das neue Kieler Anthropologische Institut, in: Anthropologischer Anzeiger (1930), H. 3, S. 249–252.

Aichel, Otto: Der Deutsche Mensch. Studie auf Grund neuen europäischen und außer-europäischen Materials. Erste Veröffentlichung der prähistorischen Menschenreste aus Schleswig-Holstein und Beiträge zur Anthropologie Amerikas als Parallele zur europäischen Rassenbildung, Jena 1933.

Aldenhoff, Josef: Hans-Gerhard Creutzfeldt (2.6.1895–30.12.1964), in: Christiani, Klaus (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001, S. 43–50.

Alt, Peter-André: Geisteswissenschaften sind keine Sozialwissenschaften, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30.8.2012, S. 8.

- Aly, Götz: Das Posener Tagebuch des Anatomen Hermann Voss, in: Ders. et al.: Biederermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987, S. 15–55.
- Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
- Andree, Christian: Die Universitäts-Hautklinik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1902–2010. Eine medizinhistorische Studie, Kiel 2011.
- Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003.
- Asmussen, Georg: Findbuch des Bestandes 47.1, Kuratorium der Christian-Albrechts-Universität Kiel (= Veröffentlichungen des Landesarchivs Schleswig-Holstein, Bd. 91), Hamburg 2007.
- Auerbach, Hellmuth: Juli-Putsch, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 537 f.
- Aumüller, Gerhard et al. (Hg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im »Dritten Reich« (= Academia Marburgensis, Bd. 8), München 2001.
- Baader, Gerhard: Menschenversuche in Konzentrationslagern, in: Bleker, Johanna/Jachertz, Norbert (Hg.): Medizin im »Dritten Reich«, Köln 1993, S. 183–190.
- Baberowski, Jörg: Der Sinn der Geschichte. Geschichtstheorien von Hegel bis Foucault, München 2005.
- Bargmann, Wolfgang: Aichel, Otto Oskar Wilhelm, in: Klose, Olaf/Rudolph, Eva (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon, Bd. 3, Neumünster 1974, S. 15 f.
- Bargmann, Wolfgang: Die Christiana Albertina in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Kiel 1965.
- Bargmann, Wolfgang: Über Kernsekretion in der Neurohypophyse des Menschen, in: Z. Zellforsch 32 (1942), H. 3, S. 394–400.
- Bauer, Axel W.: Innere Medizin, Neurologie und Dermatologie, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 719–810.
- Baur, Erwin/Fischer, Eugen/Lenz, Fritz: Grundriss der menschlichen Erblchkeitslehre und Rassenhygiene. Bd. 1: Menschliche Erblchkeitslehre, München 1921.
- Becker, Heinrich/Dahms, Hans-Joachim/Wegler, Cornelia (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, München/London 1987.

- Behrendt, Karl Philipp: Die Kriegschirurgie von 1939–1945 aus der Sicht der Beratenden Chirurgen des deutschen Heeres im Zweiten Weltkrieg, Freiburg 2004.
- Behrens, Behrend (Hg.): Fühner-Wielands Sammlung von Vergiftungsfällen, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1936–1954.
- Beierl, Florian/Plöckinger, Othmar: Neue Dokumente zu Hitlers Buch Mein Kampf, in: VfZ 57 (2009), H. 2, S. 261–318.
- Benz, Wigbert: Paul Carell. Ribbentrops Pressechef Paul Karl Schmidt vor und nach 1945, Berlin 2005.
- Best, Werner: Die Deutsche Polizei, Darmstadt 1941.
- Bialas, Wolfgang: Die moralische Ordnung des Nationalsozialismus. Zum Zusammenhang von Philosophie, Ideologie und Moral, in: Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.): Moralität des Bösen. Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009), Frankfurt a. M./New York 2009, S. 30–60.
- Bleuel, Hans Peter: Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur, Bern/München/Wien 1968.
- Boberach, Heinz: Einführung, in: Ders. (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945 Bd. 1, Herrsching 1984, S. 11–44.
- Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945 Bd. 2, Herrsching 1984.
- Boberach, Heinz: Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945 Bd. 3, Herrsching 1984.
- Boelck, Detlef: Kiel im Luftkrieg 1939–1945. Tagebuch des Alarmpostens Detlef Boelck, Kiel 1980.
- Boente, Heinz: Hoimar von Ditfurth (1921–1989). Biographie, online: <http://hoimar-von-ditfurth.de/biographie.html> [7.3.2012].
- Bohn, Robert: »Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat.«, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 173–186.
- Bollmus, Reinhard: Rosenberg, Alfred Ernst, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 59–61 [Onlinefassung], online: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd118602691.html>.
- Borchard, Klaus (Hg.): Opfer nationalsozialistischen Unrechts an der Universität Bonn. Gedenkstunde anlässlich der 60. Wiederkehr der Reichspogromnacht, Bonn 1999.
- Bracher, Karl Dietrich: Stufen der Machtergreifung, in: Bracher, Karl-Dietrich/Schulz, Gerhard/Sauer, Wolfgang (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung. Stu-

- dien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Bd. 1, Köln/Opladen 1960.
- Brauer, Walter; Jessen, Jens, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 424–425 [Onlinefassung], online: <http://www.deutsche-biographie.de/sfz37235.html> [23.10.2012]. Bröer, Ralf: Geburtshilfe und Gynäkologie, in: Eckart, Wolfgang U./ Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 845–892.
- Broszat, Martin: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Grossmann, Anton (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Band IV, München/Wien 1981, S. 691–709.
- Browder, George C.: Die frühe Entwicklung des SD. Das Entstehen multipler institutioneller Identitäten, in: Wildt, Michael (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 38–56.
- Brune, Wolfgang: Untersuchungen zur Anatomie des Ganglion stellatum, Kiel 1946.
- Buchheim, Hans: Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: Buchheim, Hans/Broszat, Martin/Jacobsen, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates, München<sup>8</sup> 2005, S. 15–214.
- Büchner, Franz: Pläne und Fügungen, München/Berlin 1965.
- Buddecke, Julia: Endstation Anatomie. Die Opfer nationalsozialistischer Vernichtungsjustiz in Schleswig-Holstein, Hildesheim/Zürich/New York 2010.
- Buddecke, Julia: Endstation Anatomie. Die Opfer nationalsozialistischer Vernichtungsjustiz in Schleswig-Holstein, Hildesheim/Zürich/New York 2010.
- Busch, Reinhold: Die letzten Tage im Kessel von Stalingrad (Teil III), in: Wehrmedizinische Monatsschrift 52 (2008), S. 144–146.
- Bussche, Hendrik van den: Akademische Karrieren im »Dritten Reich«, in: Ders. (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989, S. 63–117.
- Bussche, Hendrik van den: Die »Machtergreifung«, in: Ders. (Hg.) Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«, Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989, S. 32–62.
- Bussche, Hendrik van den: Im Dienste der »Volksgemeinschaft«, Studienreform im Nationalsozialismus am Beispiel der ärztlichen Ausbildung, (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 4), Berlin/Hamburg 1989.
- Bussche, Hendrik van den: Machtverhältnisse und Politik in der Fakultät, in: Ders. (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung

- und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989, S. 158–164.
- Bussche, Henrik van den (Hg.): Medizinische Wissenschaft im »Dritten Reich«. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Fakultät (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Berlin/Hamburg 1989.
- Büttner, Johannes/Bruhn, Hans D.: Chemisches Denken in der Medizin. Die Geschichte des Laboratoriums der 1. Medizinischen Klinik der Universität Kiel. Bd. 1, Nordhausen 2007.
- Carstens, Uwe: Ferdinand Tönnies, Friese und Weltbürger. Eine Biographie, Nordstedt 2005.
- Christiani, Klaus (Hg.): Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001.
- Chroust, Peter: Die bürokratische Verfolgung. Doktorgradentziehungen an der Universität Gießen 1933–1945 im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik, Gießen 2006.
- Cohen, Nava: Medizinische Experimente, in: Gutman, Israel (Haupterausgeber)/Jäckel, Eberhard/Longerich, Peter/Schoeps, Julius (Hg. der dt. Ausgabe): Enzyklopädie des Holocaust. Bd. II, München/Zürich 1998, S. 938–944.
- Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009.
- Cornelißen, Christoph: Aus den Trümmern – die Kieler Universität im Jahre 1945, in: Christina Albertina N. F. 62 (2006), S. 33–45.
- Cornelißen, Christoph: Die Universität Kiel im »Dritten Reich«, in: Ders./Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 11–32.
- Cramer, Helmut: Wie sind wir doch so frei – auweih! Königswinter 1973.
- Creutzfeldt, Hans Gerhard: Eröffnungsfeier der Universität 27. November 1945, Maschinenschriftliches Manuskript, Archiv des Rektorats der CAU. [Kopie des Originals im Besitz des Verfassers.]
- Cüppers, Martin: Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945, Darmstadt 2005.
- d'Alquen, Gunter: Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP (bearbeitet im Auftrage des Reichsführers SS von Gunter d'Alquen), Berlin 1939.
- Dahm, Georg: Die Woche der Universität Kiel, in: Kieler Blätter (1938), S. 74–76.
- Dahms, Hans-Joachim: Einleitung, in: Becker, Heinrich/Dahms, Hans-Joachim/Wegeler, Cornelia (Hg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialis-

- mus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, München/London 1987, S. 15–60.
- Danker, Uwe: Der Landtag und die Vergangenheit, in: Demokratische Geschichte 17 (2006), S. 187–208.
- Darwin, Charles: Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl, oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf um's Dasein, Stuttgart <sup>6</sup>1884 [ursprünglich London 1872].
- Dietze, Hans-Helmut: Von der 275-Jahr-Feier der Universität Kiel, in: Kieler Blätter (1941), S. 62–64.
- Dinkel, Anna C.: Veränderungen der Verlegungspraxis und Diagnosestellung in der Kieler Psychiatrischen und Nervenklinik während der Zeit des Nationalsozialismus. Auswertung einer Datenerhebung der stationären Patienten in den Jahren 1938–1945, Kiel 2003.
- Ditfurth, Hoimar von: Innenansichten eines Artgenossen. Meine Bilanz, Düsseldorf 1989.
- Dold, Hermann: Wie steht es um den Deutschen Volkskörper? Rede zur Reichsgründungsfeier gehalten an der Christian-Albrechts-Universität am 18. Januar 1931, Kiel 1931.
- Dopheide, Renate: Clauberg, Carl, in: Dieter Lohmeier (Red.): Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 11, Neumünster 2000, S. 78–82.
- Drews, Ulrich: Die Zeit des Nationalsozialismus am Anatomischen Institut der Universität Tübingen. Unbeantwortete ethische Fragen damals und heute, in: Peiffer, Jürgen (Hg.): Menschenverachtung und Opportunismus. Zur Medizin im Dritten Reich, Tübingen 1992, S. 93–107.
- Dronske, Kerstin: Kultur und Politik in Kiel 1933–1937, in: MKStG 69 (1984), S. 142–176.
- Ebbinghaus, Angelika/Roth, Karl Heinz: Medizinverbrechen vor Gericht. Die Menschenversuche im Konzentrationslager Dachau, in: Eiber, Ludwig/Sigel, Robert (Hg.): Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945–48. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen, Göttingen 2007, S. 126–159.
- Eckart, Wolfgang U./Jütte, Robert: Medizingeschichte. Eine Einführung, Köln 2007.
- Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006.
- Eckart, Wolfgang U.: Die Studentenfürer Stein, Schlüter und Schmidhuber 1933–1945, in: Ders./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg 2006, S. 30–56.

- Eckart, Wolfgang U.: *Medizin in der NS-Diktatur*, Wien/Köln/Weimar 2011.
- Eckart, Wolfgang U.: *Medizinische Forschung, Universitäten, Studierende, Medizinische Fakultäten*, in: Jütte, Robert (in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß): *Medizin und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Göttingen 2011, S. 106–123.
- Engelhard, Karlheinz: *Helmuth Reinwein – Erinnerungen an einen großen Arzt*, in: *Schl.-Holst. Ärzteblatt* 55 (2002), H. 12, S. 33–36.
- Engelsmann, Robert: *Der »Reichsbund der Kinderreichen zum Schutze der Familie e. V.«*, in: *Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde* 2 (1932), S. 107–114.
- Engfer, Antje K. U.: *Die Ausbildung der Marinesanitätsoffiziersanwärter in den deutschen Marinern (1848–1945)*, Heidelberg 2004.
- Erdmann, Karl D.: *Wissenschaft im Dritten Reich (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft Neue Folge, Bd. 45)*, Kiel 1967.
- Eufinger, Hartwig: *Die Chirurgie, ihre Kliniken und Lehrer an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Wandel der Zeiten*, Kiel 1954.
- Feiner, Edith: *Fischer, Albert Wilhelm*, in: *Klose, Olaf (Hg.): Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon. Bd. 2*, Neumünster 1971, S. 140.
- Ferdinand, Ursula: *Die Medizinische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster von der Gründung bis 1939*, in: *Thamer, Hans-Ulrich/Droste, Daniel/Happ, Sabine: Die Universität Münster im Nationalsozialismus*, Münster 2012, S. 413–530.
- Fischer, Albert Wilhelm: *Der operative Eingriff des Chirurgen (= Schriften der Wissenschaftlichen Akademie des NSDDB der Christian-Albrechts-Universität, Bd. 21)*, Neumünster 1940.
- Fischer, Hubert: *Der deutsche Sanitätsdienst 1921–1945. Organisation, Dokumente und persönliche Erfahrungen. Bd 3*, Osnabrück 1984.
- Forsbach, Ralf: *Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im »Dritten Reich«*, München 2006.
- Frankenthal, Käthe: *Der dreifache Fluch. Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil*, Frankfurt a. M./New York 1981.
- Franz Boas Papers, American Philosophical Society, Philadelphia, online: [http://franz-boas.de/download/on\\_aichel\\_u.pdf](http://franz-boas.de/download/on_aichel_u.pdf) [25.10.2012].
- Freerksen, Enno: *Die Venen des Handrückens*, in: *Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte* 108 (1937), H. 1, S. 82–111.
- Freerksen, Enno: *Ein neuer Beweis für das rhythmische Wachstum der Kerne durch vergleichende volumetrische Untersuchungen an den Zellkernen von Meerschwein-*

- chen und Kaninchen, in: Zeitschrift für Zellforschung und mikroskopische Anatomie. 18 (1933), S. 362–399.
- Freerksen, Enno: Selbstregulierung des Gebisses, in: Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte 108 (1936), H. 3, S. 316–326.
- Freese, Hermann: Über multiple Aneurysmen der Lungenarterie und diffuse Xanthelasmatose der Nieren in einem Fall von Myom der Speiseröhre, Düsseldorf 1936.
- Frercks, Rudolf: NS-Film. Paradigma Unmenschlichkeit (27.6.2006), online: [http://www.literaturwissenschaft-online.uni-kiel.de/veranstaltungen/vorlesungen/ns-film/VL%2010\\_web.pdf](http://www.literaturwissenschaft-online.uni-kiel.de/veranstaltungen/vorlesungen/ns-film/VL%2010_web.pdf). [17.12.2007]. Frercks, Rudolf : Das rassistische Erwachen des deutschen Volkes, Berlin 1935.
- Frercks, Rudolf/Hoffmann, Arthur: Erbnot und Volksaufartung, Erfurt 1934.
- Frercks, Rudolf/Schulz, Edgar H.: Warum Arierparagraph? Ein Beitrag zur Judenfrage, Berlin 1935.
- Frercks, Rudolf: Der Rassengedanke fordert eine neue Auslese, in: Korrespondenz für Rassenauflärung und Rassenpflege 4 (1935), S. 3.
- Frercks, Rudolf: Deutsche Rassenpolitik, Berlin <sup>3</sup>1937.
- Frercks, Rudolf: Politische Rassenkunde und Lehrerbildung, in: Der neue Volkserzieher 1 (1934), H. 2.
- Frei, Norbert: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Medizin und Gesundheitspolitik in der NS-Zeit (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer), München 1991, S. 7–32.
- Freimüller, Tobias: Mediziner: Operation Volkskörper, in: Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielflicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M. 2002, S. 13–72.
- Frowein, Ernst: Beitrag zur operativen Behandlung der Schrumpfblyse, in: Der Chirurg 16 (1944), H. 3/6, S. 88–91.
- Fürstenau, Justus: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik (= Politica. Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, Bd. 40), Neuwied u. a. 1969.
- Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz) vom 18.10.1935, RGBl. 1935 I, S. 1246.
- Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) vom 14.7.1933, RGBl. 1933 I, S. 529.
- Girtler, Roland: Franz Boas – Burschenschafter und Schwiegersohn eines österreichischen Revolutionärs von 1848, Wien 2003, online: [http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/girtler\\_franz\\_boas.pdf](http://www.burschenschaftsgeschichte.de/pdf/girtler_franz_boas.pdf).
- Godau-Schüttke, Klaus-Dieter: Kieler Nachkriegsordinarien der Medizin und die NS-Euthanasie, in: Danker, Uwe [Katalog]: Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder und

- Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig (= Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, Bd. 56), Schleswig 1997, S. 95–114.
- Gottfriedsen, Bernd: Politische Erziehung und politische Schulung, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10 (1934), H. 1, S. 2 f.
- Göttinger Zeitung v. 25.4.1933, 26.4.1933.
- Graefe, Flora/Roelke, Volker: »Fremdarbeiter« als Arbeitskräfte und Patienten, in: Oehler-Klein, Sigrid (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit: Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 277–392.
- Greggersen, Hans: Ergebnisse einer Nachuntersuchung über das Schicksal einer Reihe auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses unfruchtbar gemachter Männer (= Veröffentlichungen aus dem Gebiete des Volksgesundheitsdienstes, Bd. 51), Berlin 1938, S. 363–398.
- Gropp, Rose-Maria: Zum Tode von Horst-Eberhard Richter. Der Therapeut der Nation, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20.12.2011.
- Grothe, Solveig: Alpensanatorium Agra. Unheilbar deutsch, in: Spiegel Online v. 13.4.2010, online: [http://einestages.spiegel.de/static/topicalbum-background/6742/1/unheilbar\\_deutsch.html](http://einestages.spiegel.de/static/topicalbum-background/6742/1/unheilbar_deutsch.html). [23.12.2012].
- Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München<sup>3</sup> 2001.
- Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): Medizin im Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M et al. 2002.
- Grundmann, Ekkehard: Gerhard Domagk. Der erste Sieger über die Infektionskrankheiten, Münster 2001.
- Grundmann, Kornelia/Aumüller, Gerhard: Anatomen in der NS-Zeit – Parteigenossen oder Karteigenossen? Das Marburger Anatomische Institut im Dritten Reich, in: Medizinhistorisches Journal 31 (1996), H. 3/4, S. 322–357.
- Grundmann, Kornelia: Die Situation der Fakultät, in: Aumüller, Gerd et al. (Hg.): Die Marburger Medizinische Fakultät im »Dritten Reich« (= Academia Marburgensis, Bd. 8), München 2001, S. 526–565.
- Grüttner, Michael: Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004.
- Grüttner, Michael: Die deutschen Universitäten unter dem Hakenkreuz, in: Connelly, John/Ders. (Hg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn et al. 2003, S. 67–100.
- Grüttner, Michael: Studenten im Dritten Reich, Paderborn et al. 1995.

- Günther, Hans F. K.: Kleine Rassenkunde des Deutschen Volkes, München 1937.
- Gusy, Christoph: Die Weimarer Verfassung, Tübingen 1997.
- Gütt, Arthur/Rüdin, Ernst/Ruttke, Falk: Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 nebst Ausführungsverordnungen, München 1936.
- Gütt, Arthur: Der deutsche Arzt und das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: DÄ 63 (1933), S. 163–164.
- Habermann-Horstmeier, Lotte: Epilepsie und Vererbung (= Informationszentrum Epilepsie, Nr. 005), Berlin 2008, online: <http://www.izepilepsie.de/home/showdoc,id,433,aid,219.html> [3.6.2012].
- Haedenkamp, Karl: Kampfansage an Liberalismus und Reaktion an den Hochschulen, in: DÄ 64 (1934), S. 59–64.
- Häfner, Heinz: Was ist Schizophrenie, In: Ders. (Hg): Was ist Schizophrenie, Stuttgart/Jena/New York 1995, S. 1–57.
- Haese, Ute/Prawitt-Haese, Torsten: Die Kieler Presse in den Nachkriegsjahren, in: MKStG 79 (1995–1999), S. 81–128.
- Hager, Fridh Hof: Der gegenwärtige Stand der Frage der Sterilisierung Minderwertiger in Deutschland, Bochum 1934.
- Hahn, Judith: Grawitz, Genzken, Gebhardt. Drei Karrieren im Sanitätsdienst der SS, Münster 2008.
- Hallermann, Wilhelm: Bericht über die weitere Entwicklung der gerichtlichen Medizin in Kiel, in: Beiträge zur Gerichtlichen Medizin 25 (1969), S. 9–15.
- Hallermann, Wilhelm: Die Todesopfer der Volksdeutschen aus den Geiselnügen im Warthegau, in: Dtsch. Z. ges. gerichtliche Med. 34 (1941), H. 1–3, S. 54–90.
- Hammerstein, Notker: Antisemitismus und deutsche Universitäten. 1871–1933, Frankfurt a. M./New York 1995.
- Hanssen: Bericht. Aus der Gesellschaft für Rassenhygiene, in: ARGB 16. (1924), S. 460.
- Happ, Sabine: Politisch und nicht politisch motivierte Aberkennungen von akademischen Graden. Eine Auswertung der Rundschreiben deutscher Universitäten in der NS-Zeit, in: Dies./Nonn, Ulrich (Hg.): Vielfalt der Geschichte. Lernen, Lehren und Erforschen vergangener Zeit, Berlin 2004, S. 283–296.
- Harmsen, Hans: Verminderung der Kosten für die geistig und körperlich Minderwertigen, in: Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde 3 (1933), S. 58–65.
- Harrecker, Stefanie: Degradierete Doktoren. Die Aberkennung der Doktorwürde an der Ludwig-Maximilians Universität München während der Zeit des Nationalsozialismus, München 2007.

- Harten, Hans-Christian/Neirich, Uwe/Schwerendt, Matthias: Rassenhygiene als Erziehungsideologie des Dritten Reichs. Biobibliographisches Handbuch, Berlin 2006.
- Hauschildt-Stuff, Dietrich: Novemberpogrom. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938, in: MKStG 73 (1987–91), S. 129–172.
- Hausmann, Franz-Rutger, Einführung, in: Ders. (Hg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945 (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, Bd. 53), München 2002, S. VII–XXVI.
- Heesch, Eckhard: Nationalsozialistische Zwangssterilisation psychiatrischer Patienten in Schleswig-Holstein, in: Demokratische Geschichte 9 (1995), S. 55–102.
- Heiber, Helmut: Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 1. Der Professor im Dritten Reich, München et al. 1991.
- Heiber, Helmut: Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 2, Bd. 1. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München et al. 1992.
- Heiber, Helmut: Universität unter dem Hakenkreuz. Teil 2, Bd. 2. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, München et al. 1994.
- Heinze, Kurt: Die Arbeit der Kieler Studentenschaft, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 7, S. 5.
- Heinze, Kurt: Unsere Aufgabe, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10 (1934), H. 1, S. 1 f.
- Heise, Helmut: Ernst Heinrich Brill, in: Gross, Gerd E. (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock, Rostock 2002, S. 45–52, online: <http://www-duk.med.uni-rostock.de/public/index.php?id=63> [27.7.2011].
- Hellweg, Albert: Die Rechtslage bei der Unfruchtbarmachung durch den Arzt nach heutigem Recht, in: DÄ (1934), S. 143–145.
- Henne, Thomas: Die Aberkennung von Doktorgraden an der Juristenfakultät der Universität Leipzig 1933–1945, Leipzig 2007.
- Herber, Friedrich: Gerichtsmedizin unter dem Hakenkreuz, Leipzig 2002.
- Herbert, Ulrich: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996.
- Herrlinger, Jörg Dieter: In memoriam Ludwig Weisbecker, Christiana Albertina 11 (1979), S. 197–199.
- Herrlinger Robert: Neue funktionell-histologische Untersuchungen an der menschlichen Milz, in: Zeitschrift für Anatomie und Entwicklungsgeschichte 114 (1949), H. 4, S. 341–365.
- Herrlinger Robert: Das Blut in der Milzvene des Menschen, in: Anatomischer Anzeiger 96 (1947), S. 226–234.

- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. Bd. 1, Frankfurt a. M. 1990.
- Hildebrandt, Sabine: Research on bodies of the executed in German anatomy: An accepted method that changed during the Third Reich. Study anatomical journals from 1924 to 1951, in: *Clinical Anatomy*, im Druck, auch online: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/ca.22107/pdf>.
- Himmler, Heinrich: Posener Rede, Auszug aus Himmlers Rede an die SS-Gruppenführer in Posen (4. Oktober 1943), in: *Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg* (Hg.): *Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946: Urkunden und anderes Beweismaterial*. Veröffentlicht in Nürnberg 1948. Bd. XXIX: Amtlicher Text – Deutsche Ausgabe, Nummer 1850-PS bis Nummer 2233-PS, München 1989, hier Dokument 1919-PS [online abgerufen: Rede Himmlers bei der SS-Gruppenführertag in Posen am 4. Oktober 1943. <http://www.nationalsozialismus.de/dokumente/texte/heinrich-himmler-posener-rede-vom-04-10-1943-volltext.html>. [15.2010]].
- Hitler, Adolf: *Mein Kampf*. Erster Band: Eine Abrechnung, München <sup>13</sup>1933; Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung, München <sup>6</sup>1933.
- Hofmann, Erich: Die Christian-Albrecht-Universität in preußischer Zeit, in: Ders./Jaeger, Rudolf/Schmidt-Künsemüller, Friedrich A.: *Allgemeine Entwicklung der Universität (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 1, Teil 2)*, Neumünster 1965, S. 9–116.
- Holzlhöner, Ernst: Fakultät der Jugend, in: *Die Tat. Unabhängige Monatszeitschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit* 25 (1933/34), H. 2, S. 884–889.
- Hoßfeld, Uwe: *Geschichte der biologischen Anthropologie in Deutschland. Von den Anfängen bis in die Nachkriegszeit*, Stuttgart 2005.
- Huber, Heinz: *Geschichte der Medizinischen Fakultät Innsbruck und der medizinisch-chirurgischen Studentenanstalt (1673–1938)*, Köln et al. 2010.
- Huch, Klaus: *Helmuth Reinwein (1895–1966). Leben und Werk*, Kiel 1993.
- Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt a. M. 1968.
- Jaeger, Rudolf: Die Baugeschichte der Universität, in: Hofmann, Erich/Jaeger, Rudolf/Schmidt-Künsemüller, Friedrich A.: *Allgemeine Entwicklung der Universität (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 1, Teil 2)*, Neumünster 1965, S. 117–202.
- Jansen, Hans H.: *Die Geschichte des Pathologischen Institutes der Christian-Albrechts-Universität in Kiel (= Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft N. F., Bd. 23)*, Kiel 1958.

- Janzen, Rudolf: Miterlebte Wandlungen der deutschen Universitäten seit 1928, Hamburg 1989.
- Jasch, Hans-Christian: Das preußische Kultusministerium und die »Ausschaltung« von »nicht-arischen« und politisch mißliebigen Professoren an der Berliner Universität in den Jahren 1933 bis 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 07. April 1933, in: *forum historiae juris* 25.8.2005, online: <http://www.forhisiur.de/zitat/0508jasch.htm> [25.12.07].
- Jaspers, Karl: Die Erneuerung der Universität. Rede bei der Feier der Eröffnung der medizinischen Kurse an der Universität Heidelberg am 15.8.1945, in: Bauer, Karl-Heinrich (Hg.): *Vom neuen Geist der Universität. Dokumente, Reden und Vorträge 1945/46*, Berlin/Heidelberg 1947, S. 18–25.
- Jaspers, Karl: *Die Idee der Universität*, Berlin 1980 [Reprint der Ausgabe Berlin 1946].
- Jaspers, Karl: *Die Schuldfrage*, Heidelberg 1946.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: Die Schleswig-Holsteinische Universitäts-Gesellschaft 1933–1945. Intrigen, Krisen, Kriegseinsatz; in: Prahl, Hans-Werner/Petersen, Hans-Christian/Zankel, Sönke (Hg.): *Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel und der Nationalsozialismus*, Bd. 2, Kiel 2007, S. 61–98.
- Johnsen, Hubert: Die Todesfälle in der Chirurgischen Universitäts-Klinik zu Kiel in den Jahren 1937/38 und 1945/46, Kiel 1952.
- Jonat, Walter/Andree, Christian/Schollmeyer, Thoralf: *Universitäts-Frauenklinik Kiel und Michaelis-Hebammenschule 1805–2005. Eine medizinhistorische Studie zum 200-jährigen Bestehen*, Stuttgart 2005.
- Jungmann, Gerhard: Das Schulungslager »Buchenhagen« in: *Schleswig-Holsteinische Hochschul-blätter* 9 (1934), H. 1, S. 9–10.
- Jürgensen, Kurt: Die Christian-Albrechts-Universität nach 1945, in: Meyer, Imke (Red.): *Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945. Eine Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Wintersemester 1994/95*, Kiel 1995, S. 183–202.
- Kaiser, Jochen-Christoph: Eugen Gerstenmeier in Kirchen und Gesellschaft nach 1945, in: Huber, Wolfgang (Hg.): *Protestanten in der Demokratie. Positionen und Profile im Nachkriegsdeutschland*, München 1990, S. 69–92.
- Kaiser, Wolf: Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hg.): *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 1997, S. 599.
- Kameradschaft der 3. Marine-Brigade (Hg.): *Die 3. Marinebrigade v. Loewenfeld 1919/20*, Plön 1963.

- Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Verwaltungsstelle Schleswig-Holstein, Amtliche Mitteilungen: 3. Kampfansage an Liberalismus und Reaktion auf den Hochschulen, in: Ärzteblatt für Hamburg und Schleswig-Holstein 1 (1934), S. 44.
- Kästner, Ingrid/Thom, Achim (Hg.): 575 Jahre Medizinische Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1990.
- Kater, Michael H.: Ärzte als Hitlers Helfer, München 2002.
- Kater, Michael H.: Professoren und Studenten im Dritten Reich, in: Archiv für Kulturgeschichte 67 (1985), H. 2, S. 465–487.
- Kater, Michael H.: Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg 1975.
- Kelly, Reece C.: Die gescheiterte nationalsozialistische Personalpolitik und die misslungene Entwicklung der nationalsozialistischen Hochschulen, in: Heinemann, Manfred (Hg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 2: Hochschule, Erwachsenenbildung, Stuttgart 1980, S. 61–76.
- Kershaw, Ian: Alltägliches und Außeralltägliches. Ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933–1939, in: Detlef Peukert/Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 273–292.
- Kieler Neueste Nachrichten v. 7.5.1933.
- Kiminus, Manuela: Ernst Rodenwaldt – Leben und Werk, Heidelberg 2001. Kinder, Christian: Neue Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein und im Reich 1924–1945, Flensburg<sup>3</sup> 1968.
- Klaus Christiani: Georg Stertz (1878–1959), in: Ders. (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik 1901–2001, Kiel 2001, S. 31–39.
- Klee, Ernst (Hg.): Dokumente zur Euthanasie, Frankfurt a. M. <sup>6</sup>2007.
- Klee, Ernst: »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung unwerten Lebens«, Frankfurt a. M. <sup>3</sup>1983.
- Klee, Ernst: Auschwitz. Die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt a. M. 2004.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt a. M. 2005.
- Klee, Ernst: Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Frankfurt a. M. 2004.
- Kleine-Brockhoff, Thomas: Hans Georg Calmeyer, in: Die Zeit v. 1.4.1994, online: <http://www.zeit.de/1994/14/hans-georg-calmeyer/komplettansicht>.
- Klose, Felicitas: Nachuntersuchung des Schicksals der in den Jahren 1934 bis 1937 in dem Stadtkreis Kiel auf Grund des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuch-

- ses sterilisierten Frauen unter der Berücksichtigung der Frage nach der Notwendigkeit einer nachgehenden Fürsorge, in: *Der Öffentliche Gesundheitsdienst*. Teilausgabe A 6 (1940/41), S. 294–305, S. 325–333.
- Knolle, Liselotte: *Die bevölkerungs- und rassenpolitische Lage der Niederlande*, Kiel 1944.
- Kögler, Rolf-Günther: *Die gerichtliche und soziale Medizin an der Universität Frankfurt a. M. bis 1961*, Frankfurt a. M. 1988.
- Köhn-Behrens, Charlotte: *Was ist Rasse? Gespräch mit den größten deutschen Forschern der Gegenwart*, München 1934.
- Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.): *Moralität des Bösen. Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009)*, Frankfurt a. M./New York 2009.
- Kreitzmüller, Christoph: *Die Erfassung der Juden im Reichskommissariat der besetzten niederländischen Gebiete*, in: Hürter Johannes/Zarusky, Jürgen (Hg.): *Besatzung, Kollaboration, Holocaust. Neue Studien zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden*, München 2008, S. 21–44.
- Kreutzberger, Wolfgang: *Studenten und Politik 1918–1933. Der Fall Freiburg im Breisgau (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 2)*, Göttingen 1972
- Kriek, Ernst: *Die Objektivität der Wissenschaft*, in: Frank, Walter (Hg.): *Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden von Reichsminister Rust und Prof. Ernst Kriek*, Hamburg 1936, S. 23–35.
- Kroker-Wawrzinek, Cornelia: *Die Entwicklung der Pharmakologie und des Pharmakologischen Institutes der Kieler Christiana Albertina (1855–1964)*, Kiel 1977.
- Kudlien, Fridolf: *Ein Briefwechsel zweier Kieler Professoren aus dem Jahre 1931 und sein zeitgeschichtlicher Hintergrund*, in: *Med. hist. J.* 18 (1983), S. 338–348.
- Kümmel, Werner Friedrich: *Die »Ausschaltung«. Wie die Nationalsozialisten die jüdischen und politisch mißliebigen Ärzte aus dem Beruf verdrängten*, in: Bleker, Johanna/Jachertz, Norbert (Hg.): *Medizin im »Dritten Reich«*, Köln <sup>2</sup>1993, S. 70–77.
- Küntscher, Gerhard: *Das Feststellen und Aufsuchen von Fremdkörpern mittels elektrischer Wellen*, in: *Zentralbl. Chir.* 61 (1934), S. 1764–1768.
- Küntscher, Gerhard: *Die Bedeutung der Darstellung des Kraftflusses im Knochen für die Chirurgie*, in: *Arch. klin. Chir.* 182 (1935), S. 489–551.
- Küntscher, Gerhard: *Die Marknagelung von Knochenbrüchen. Tierexperimenteller Teil*, in: *Klin. Wschr.* 19 (1940), S. 6–10.
- Küntscher, Gerhard: *Ein Hochfrequenzverfahren zum Auffinden von Metallfremdkörpern*, in: *Zentralbl. Chir.* 67 (1940), S. 2338–2344.

- Kuron, Hans J.: Freikorps und Bund Oberland, [Erlangen] 1960.
- Landesgesundheitsrat Preußen (Hg.): Die Eugenik im Dienste der Volkswohlfahrt. Bericht über die Verhandlungen eines zusammengesetzten Ausschusses des Preußischen Landesgesundheitsrats vom 2. Juli 1932 (= Veröffentlichungen aus dem Gebiet der Medizinalverwaltung, Bd. 38, H. 5), Berlin 1932.
- Langewiesche, Dieter: Die »Humboldtsche Universität« als nationaler Mythos. Zum Selbstbild der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: HZ 290 (2010), H. 1, S. 53–91.
- Legband, Michael: Gefangen im System, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 54 (2001), H. 9, S. 15–16.
- Lemberg, Margret: »... eines deutschen akademischen Grades unwürdig«. Die Entziehung des Dokortitels an der Philipps-Universität Marburg 1933–1945 (= Schriften der Universitätsbibliothek Marburg, Bd. 113), Marburg 2002.
- Lenz, Fritz: Bericht, in: ARGB 16 (1925), S. 458–460.
- Lenz, Fritz: Die Sterilisierungsfrage im Strafrechtausschuß des Reichstages, in: ARGB 26 (1932), S. 230.
- Lenz, Fritz: Rassenhygiene und Klinische Medizin, in: Klinische Wochenschrift 12 (1933), S. 1571.
- Lenz, Fritz: Rassenhygienische Vorlesungen an deutschen Hochschulen, in: ARGB 16 (1925), H. 3, S. 316
- Leonhardt, Helmut: Wolfgang Bargmann. Ein ungewöhnlicher Mensch, ein überragender Morphologe und Hochschullehrer, in: Christiana Albertina N. F. 9 (1978) S. 171–176.
- Leonhardt, Johannes: Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk 1939, in: Kieler Blätter (1940), S. 132–135.
- Lerchenmüller, Joachim: Die »SD-mäßige« Bearbeitung der Geschichtswissenschaft, in: Michael Wildt (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 160–189.
- Lerchenmüller, Joachim: Die Reichsuniversität Straßburg. SD-Wissenschaftspolitik und Wissenschaftskarrieren vor und nach 1945, in: Bayer, Karen (Hg.): Universitäten und Hochschulen im Nationalsozialismus und in der frühen Nachkriegszeit, Stuttgart 2004, S. 53–80.
- Leube, Brita: Leben und Werk des Dermatologen Josef Vonkennel unter besonderer Berücksichtigung seiner Wirkzeit in Leipzig, Leipzig 1998.
- Leven, Karl-Heinz: Der Freiburger Pathologe Franz Büchner 1941. Widerstand mit und ohne Hippokrates, in: Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das

- Klinikum während der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M. et al. 2002, S. 362–396.
- Ley, Astrid: Zwangssterilisation und Ärzteschaft. Hintergründe und Ziele ärztlichen Handelns 1934–1945 (= Kultur der Medizin, Bd. 11), Frankfurt a. M. 2004.
- Ley, Astrid/Morsch, Günter: Medizin und Verbrechen. Das Krankenrevier des KZ Sachsenhausen 1936–1945, Berlin 2007.
- Lifton, Robert Jay: Ärzte im Dritten Reich, Berlin 1998.
- Link, Gunther: Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen an der Universitätsfrauenklinik Freiburg im Nationalsozialismus, in: Grün, Bernd/Hofer, Hans-Georg/Leven, Karl-Heinz (Hg.): Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät und das Klinikum in der Weimarer Republik und im »Dritten Reich«, Frankfurt a. M. et al. 2002, S. 301–330.
- Lob-Hüdepohl, Andreas: Ethik sozialer Arbeit. Ein Handbuch, Paderborn 2007.
- Lohalm, Uwe: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970.
- Lohff, Brigitte: »... die Grundgedanken des Nationalsozialismus aufsaugen und verarbeiten«. Die politisch-ideologische Funktion der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1933–1945, in: Jahrbuch für Universitäts-geschichte 8 (2005), S. 211–234.
- Lohff, Brigitte: Die Medizinische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 119–134.
- Löhr, Hanns: Aberglauben und Medizin, Leipzig 1940.
- Löhr, Hanns: Die medizinische Fakultät, in: Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hoffmann, Gottfried Ernst (Hg.): Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Leipzig 1940, S. 164–215.
- Löhr, Hanns: Feierliche Begründung der Wissenschaftlichen Akademie der Dozenten der Christian-Albrechts-Universität durch den Gaudozentenbundsführer SS-Oberführer Professor Dr. Hanns Löhr, in: Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns (Hg.): Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni 1937), Neumünster 1937, S. 5–8
- Löhr, Hanns: Naturwissenschaft und Theologie. Eine zweitausendjährige Auseinandersetzung, Dortmund 1944.
- Löhr, Hanns: Über den Wert und die Leistung der Kieler nationalsozialistischen wissenschaftlichen Akademie des NSD.-Dozentenbundes. Rückblick und Ausblick, in: Kieler Blätter (1939), S. 272–275.

- Löhr, Hanns: Über die Tagung des NSD.-Dozentenbundes in Alt-Rehse, in: Kieler Blätter (1938), S. 42–43.
- Löhr, Hanns: Zum Beginn der Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk. Rede gehalten am 26.11.1939 zur Eröffnung der »Kriegsvorlesungen für das deutsche Volk« an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, in: Kieler Blätter (1940), S. 16–19.
- Lohse, Hinrich: Nachruf für Hanns Löhr, in: Kieler Blätter (1941), S. 136–137.
- Lotter, Friedrich: Judenfeindschaft (-haß, -verfolgung), in: Angermann, Norbert/Bautier, Robert-Henri/Auty, Robert (Hg.): Lexikon des Mittelalters. Bd. V, München 2003, Sp. 790.
- Lubarsch, Otto: Zur Frage der Hochschulreform, Wiesbaden 1919.
- Lubinus, Hans/Schirren, Carl: Bericht über die Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Schleswig-Holstein am 8. März 1933 in Kiel, in: Mitteilungen für den Verein Schleswig-Holsteinischer Ärzte 62 (1933), H. 4, S. 75–85.
- Ludwig-Maxilians-Universität München. Medizinische Fakultät. Pathologisches Institut (Hg.): Geschichte des Instituts. 3. Das Pathologische Institut der LMU an der Thalkirchener Straße, online: <http://www.pathologie.med.uni-muenchen.de/040institut/010geschichte/3gesch/index.html> [13.12.2012].
- Maier, Hans: Nationalsozialistische Hochschulpolitik, in: Kuhn, Helmut et al. (Hg.): Die deutsche Universität im Dritten Reich. Acht Beiträge. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 71–102.
- Mallach, Hans Joachim: Geschichte der Gerichtlichen Medizin im deutschsprachigen Raum, Lübeck 1996.
- Marquort, Walter/Rietz, Jochen: Physiologische Untersuchungen und Beobachtungen an Druckluftarbeitern, in: Zeitschrift für die gesamte experimentelle Medizin 106 (1940), S. 684–703.
- Meyer, Beate: Hans Weinert. (Rasse)Anthropologe an der Universität Kiel von 1935 bis 1955, in: Ruck, Michael/Pohl, Karl-Heinrich (Hg.): Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 193–203.
- Meyer, Imke (Red.): Aus der Geschichte lernen? Universität und Land vor und nach 1945. Eine Ringvorlesung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Wintersemester 1994/95, Kiel 1995.
- Michaelis, Gottfried: Der Fall Vischer. Ein Kapitel des Kirchenkampfes. Ein Beitrag zur Geschichte Bethels 1932–1946, Bielefeld 1994.
- Ministerium des Inneren (Bearb.): Denkschrift über die Ursachen des Geburtenrückganges und die dagegen vorgeschlagenen Maßnahmen, Berlin 1915.
- Misgajski, Susanna: Geschichte der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig bis 1945, in: Danker, Uwe [Katalog]: Der Hesterberg. 125 Jahre Kinder- und Jugend-

- psychiatrie und Heilpädagogik in Schleswig (= Veröffentlichung des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, Bd. 56), Schleswig 1997, S. 7–56.
- Mish, Carsten/Cornelißen, Christoph: Kiel, 10. Mai 1933 auf dem Wilhelmsplatz, in: Schoeps, Julius H./Trefß, Werner (Hg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933, Hildesheim et al. 2008, S. 527–543.
- Mish, Carsten: »Führer der Universität«. Die Kieler Rektoren in der NS-Zeit, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus, Essen 2009, S. 33–57.
- Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a. M. <sup>16</sup>2004, S. 94–117.
- Möller, Horst, Nationalsozialistische Wissenschaftsideologie, in: Tröger, Jörg (Hg.): Hochschule und Wissenschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1986, S. 65–76.
- Morgenstern, Ulf: Nationalsozialismus. Aberkennung von Doktorgraden. Sammelrezension. in: H-Soz-u-Kult v. 2.9.2008, online: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensio-nen/2008-3-126> [29.11.2012].
- Morsey, Rudolf: Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932).. Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: König, Klaus/Laubinger, Hans- Werner/Wagener, Frido (Hg.): Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag am 26. Februar 1977, Köln et al. 1977, S. 111–134.
- Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek 1984.
- N. N.: Ämterbesetzung der Kieler Studentenschaft im Sommersemester 1934, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 10. (1934), H. 1, S. 19.
- N. N.: Bedenkliche Kunde kommt von der Kieler Studentenschaft, in: Münchner Medizinische Wochenschrift 80 (1933), S. 673.
- N. N.: Das Physiologische Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, aus: Physiologie (1997), H. 9, online: <http://www.physiologie.uni-kiel.de/geschichte.html>.
- N. N.: Der Dekan wusste von der Berufung, in: Kieler Nachrichten v. 21.10.1967, S. 6.
- N. N.: Der Kreuzelmacher, in: Der Spiegel 28 (1984), H. 9, S. 79, online: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13509887.html> [30.4.2012]
- N. N.: Die Kieler Studentenschaft, Gliederung und Besetzung der Ämter, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 6, S. 22 f.
- N. N.: Geheimrat Professor Dr. Anschütz, 30 Jahre Direktor der Chirurgischen Universitätsklinik, in: Student in der Nordmark. Organ des Gaustudentenführers Schleswig-Holstein 14 (1937), H. 2, S. 1.

- N. N.: George, Stefan, in: Meyers Großes Universalexikon, Bd. 5, Mannheim 1982, S. 505.
- N. N.: George-Kreis, in: Meyers Großes Universalexikon, Bd. 5, Mannheim 1982, S. 506.
- N. N.: Nationalpolitische Bücherei, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1933), H. 2/3, S. 23.
- N. N.: Otto Lubarsch. Ein Vertreter der Konstitutionspathologie, online: [http://denkmaeler.charite.de/site/lubarsch/person/\[22.10.2012\]](http://denkmaeler.charite.de/site/lubarsch/person/[22.10.2012]).
- N. N.: Personalamt der Kieler Studentenschaft (Hrsg.): Hochschulstatistik für das Wintersemester 1933/34, in: Schleswig-Holsteinische Hochschulblätter 9 (1934), H. 10, S. 16.
- N. N.: Schizophrenie. Ursachen und Entstehung, online: [http://www.psychiatrie-gespraech.de/psychische\\_krankheiten/schizophrenie/schizophrenie\\_aetiologie.php](http://www.psychiatrie-gespraech.de/psychische_krankheiten/schizophrenie/schizophrenie_aetiologie.php) [3.6.2012].
- N. N.: Straftat, Meyers Großes Universalexikon, Mannheim/Wien/Zürich 1985, Bd. 13, S. 469.
- N. N.: Wir verzeichnen, in: Ziel und Weg 6 (1936), H. 1, S. 36.
- N. N.: Wochenschau, in: DÄ 63 (1933), S. 212–214.
- Nagel, Anne C.: Hitlers Bildungsreformer. Das Reichministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945, Frankfurt a. M. 2012.
- Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie RIOD, Generalkommissar für Verwaltung und Justiz 25/43 150 n.
- Neeff, Dora: Die bisherigen Erfahrungen über Eingriff und Verlauf der sterilisierenden Operationen bei der Frau (nach 280 Tubensterilisationen, die in Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vorgenommen sind), Speyer 1935.
- Nitsche, Barbara: Die Geschichte des Physiologischen Instituts der Universität Kiel in der Zeit von 1911 bis 1933, Kiel 2002.
- Nowak, Kurt: Kirchenkampf, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann: Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 192–194.
- Oddey, Markus: Die Kieler Hafenindustrie im Zweiten Weltkrieg, in: Oddey, Markus/Riis, Thomas (Hg.): Zukunft aus Trümmern. Wiederaufbau und Städtebau in Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 2000, S. 7–83.
- Oehler-Klein, Sigrid (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007.
- Oehler-Klein, Sigrid/Neumann, Alexander: Karrieren im Krieg. Gießener Wissenschaftler in den Sanitätsinspektionen der Wehrmacht, in: Oehler-Klein, Sigrid

- (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 401–430.
- Oehler-Klein, Sigrid: Auf- und Ausbau der Rassenhygiene unter Heinrich Wilhelm Kranz, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007.
- Oehler-Klein, Sigrid: Der Lehrkörper der Medizinischen Fakultät nach 1933, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen. Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 45–90.
- Oehler-Klein, Sigrid: Politische Einflüsse. Inhaltliche Ausrichtungen, in: Dies. (Hg.): Die Medizinische Fakultät der Universität Gießen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. Personen und Institutionen, Umbrüche und Kontinuitäten, Stuttgart 2007, S. 91–132.
- Ohlenbusch, Hans-Dieter: In Memoriam Hans Netter, 13.7.1899–8.10.1977, in: Christiana Albertina N. F. 9 (1978), S. 187–189.
- Paustian, Matthias: Die Nationalpolitische Erziehungsanstalt Plön 1933–1945, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte 26 (1994), S. 3–100, online: <http://www.akens.org/akens/texte/info/26/94.html#2> [8.12.07].
- Peschel, Karin: Erklärung zur Aberkennung der Doktorgrade (1993), online: <http://www.uni-kiel.de/ns-zeit/nachkrieg/peschel.shtml> [17.11.2011].
- Peter, Jürgen: Der Nürnberger Ärzteprozeß im Spiegel seiner Aufarbeitung anhand der drei Dokumentensammlungen von Alexander Mitscherlich und Fred Mielke, Münster 1998.
- Pförtner, Stephan H.: Nicht ohne Hoffnung. Erlebte Geschichte 1922–1945, Stuttgart 2001.
- Philipp, Ernst/Hörmann, Georg: Die Kieler Universitäts-Frauenklinik und Hebammen-Lehranstalt 1805–1955. Eine medizinhistorische Studie zur Feier ihrer 150jährigen Bestehens am 1. Mai 1955, Kiel 1955.
- Phillips, David: Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948 (= Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 24), Köln/Wien 1983.
- Piechatzek, Jana: Die Auswirkungen des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses an der Universitäts-Frauenklinik Kiel in der Zeit von 1932 bis 1940, Kiel 2009.

- Pietersen, Pit: *Kriegsverbrechen der alliierten Siegermächte. Terroristische Bombenangriffe auf Deutschland und Europa 1939–1945*, Norderstedt 2006.
- Piper, Ernst: *Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe*, München 2005.
- Ploetz, Alfred: Bericht. Karl Kißkalt 60 Jahre, in: *ARGB* 29. (1935), S. 478.
- Pohl, Dieter: *Eisernes Kreuz. Orden für den Massenmord*, in: *Die Zeit* v. 8.6.2008, online: <http://www.zeit.de/2008/24/Eisernes-Kreuz>.
- Pohl, Karl-Heinrich: Überlegungen zur »Vergangenheitsbewältigung« in Schleswig-Holstein nach 1945, in: *Demokratische Geschichte* 17 (2006), S. 209–220.
- Poliakov, Léon/Wulf Josef, *Das Dritte Reich und seine Denker. Dokumente*, Berlin 1959.
- Pommerin, Reiner: *Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918–1937*, Düsseldorf 1979.
- Pongratz, Hans (Hg.): *Kompodium der Flugmedizin*, Fürstfeldbrück 2006.
- Poppe, Uli: Die Bedeutung von gerichtsmedizinischen Gutachten für die Rechtsprechung des Sondergerichts, in: Bohn, Robert/Danker, Uwe (Hg.): »Standgericht der inneren Front«. *Das Sondergericht Altona/Kiel 1932–1945*, Hamburg 1998, S. 276–324.
- Porep, Rüdiger: *Der Physiologe und Planktonforscher Victor Hensen (1835–1924). Sein Leben und sein Werk (= Kieler Beiträge zur Geschichte der Medizin und Pharmazie, Bd. 9)*, Neumünster 1970.
- Prahl, Hans-Werner: Die Hochschulen und der Nationalsozialismus, in: Ders. (Hg.): *Uniformierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus. Band 1*, Kiel 1995, S. 7–50.
- Protokoll der Wannsee-Konferenz, 20. Januar 1942, in: Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika: *Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der Endlösung*, Berlin 1992, S. 206 ff.
- Psyhyrembel, Willibald: *Klinisches Wörterbuch*, Berlin <sup>259</sup>2001.
- Ratschko, Karl-Werner/Mehs, Susanne: Der andere Küntscher. Nicht nur Marknagelung und Anekdoten, in: *Schl.-Holst. Ärzteblatt* 64 (2011), H. 5, S. 56–63.
- Ratschko, Karl-Werner: Der Schwachsinn überhaupt (muß) ausgemerzt werden. Die Rolle schleswig-holsteinischer Ärzte bei der Zwangssterilisation im Nationalsozialismus, in: *Schl.-Holst. Ärzteblatt* 63 (2010), H. 12, S. 59–64.
- Ratschko, Karl-Werner: Der Weg der schleswig-holsteinischen Ärzteschaft in das »Dritte Reich«. »Bedingungslose Unterordnung« von Ärzten gefordert und erbracht, in: *Schl.-Holst. Ärzteblatt* 63 (2010), H. 8, S. 32–37.

- Ratschko, Karl-Werner: Drei Kieler Medizinprofessoren im »Dritten Reich«, in: Cornelißen, Christoph/Mish, Carsten (Hg.): *Wissenschaft an der Grenze. Die Universität Kiel im Nationalsozialismus*, Essen 2009, S. 135–150.
- Rauschnig, Hermann: *Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich*, Zürich/New York 1938.
- Reimann, Bruno W.: *Hochschule zwischen Kaiserreich und Diktatur*, in: Kniggetesche, Renate (Hg.): *Berater der braunen Macht. Wissenschaft und Wissenschaftler im NS-Staat*, Frankfurt a. M. 1999, S. 11–25.
- Reimann, Bruno W.: *Zum politischen Bewusstsein von Hochschullehrern in der Weimarer Republik und 1933*, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): *Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte*, Frankfurt a. M. 1990, S. 22–48.
- Richter, Horst-Eberhard: *Die Chance des Gewissens. Erinnerungen und Assoziationen*, Gießen 2002.
- Rietz, Jochen: *Physiologische Untersuchungen und Beobachtungen an Druckluftarbeitern*, Kiel 1939.
- Riha, Ortrun: *Medizinische Fakultät*, in: Hehl, Ulrich von/John, Uwe/Rudersdorf, Manfred (Hg.): *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*. Bd. 4: Fakultäten, Institute, zentrale Einrichtungen. 2. Halbband, Leipzig 2009, S. 951–1048.
- Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns (Hg.): *Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni 1937)*, Neumünster 1937.
- Ritterbusch, Paul/Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hoffmann, Gottfried Ernst (Hg.): *Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel*, Leipzig 1940.
- Ritterbusch, Paul: *Die Entwicklung der Universität Kiel seit 1933*, in: Ders./Löhr, Hanns/Scheel, Otto/Hoffmann, Gottfried Ernst (Hg.): *Festschrift zum 275jährigen Bestehen der Christian-Albrechts-Universität Kiel*, Leipzig 1940, S. 447–466.
- Ritterbusch, Paul: *Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein*, in: Ders./Löhr, Hanns (Hg.): *Die Universität Kiel und Schleswig-Holstein. Reden und Vorträge zur »Woche der Universität Kiel« (14. bis 21. Juni 1937)*, Neumünster 1937, S. 1–4.
- Ritterbusch, Paul: *Hanns Löhr zum Gedächtnis*, in: *Kieler Blätter (1941)*, S. 131–135.
- Rodenwaldt, Ernst: *Ein Tropenarzt erzählt sein Leben*, Stuttgart 1957.
- Roon, Ger van: *Die Kreisauer, der 20. Juli und die Nachkriegsentwicklung*, in: Salewski, Michael/Schulze-Wegener, Guntram (Hg.): *Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen (= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beihefte, Bd. 12)*, Stuttgart 1995, S. 145–160.

- Röper, Hans-Jürgen: Die Geschichte der Universitäts-Augenklinik Kiel, Kiel 1961.
- Rothfels, Hans: Deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung, Frankfurt a. M. 1977.
- Rückl, Steffen/Schultze, Winfried (unter Mitarbeit von Karl-Heinz Noack): Zwangsarbeit- und Kriegsgefangeneneinsatz an der Berliner Universität 1933 bis 1945, in: Jahr, Christoph (unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt) (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. I: Strukturen und Personen, Stuttgart 2005, S. 205–226.
- Rudert, Heinrich: In memoriam Klaus Vogel (6. April 1890–6. Juli 1979), Christiana Abertina 12 (1980), S. 247–248.
- Rust, Bernhard: Nationalismus und Wissenschaft. Rede des Reichsministers Rust beim Festakt in Heidelberg, in: Frank, Walter (Hg.): Das nationalsozialistische Deutschland und die Wissenschaft. Heidelberger Reden von Reichsminister Rust und Prof. Ernst Krieck, Hamburg 1936, S. 9–22.
- Salewski, Michael: 1944 – Nach fünfzig Jahren, in: Ders./Schulze-Wegener Guntram: Kriegsjahr 1944. Im Großen und im Kleinen (= Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beihefte, Bd. 12), Stuttgart 1995, S. 15–28.
- Salewski, Michael: Kiel im März 1933, in: MKStG 68 (1983), S. 173–200.
- Saller, Karl: Angewandte Anthropologie, Stuttgart 1951.
- Saller, Karl: Art- und Rassenlehre des Menschen, Stuttgart 1949.
- Saller, Karl: Das Menschenbild der naturwissenschaftlichen Anthropologie, Speyer/München 1958.
- Saller, Karl: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Darmstadt 1961.
- Saller, Karl: Einführung in die menschliche Erblichkeitslehre und Eugenik, Berlin 1932.
- Saller, Karl: Lehrbuch der Anthropologie in systematischer Darstellung, Stuttgart 1956–1966.
- Saller, Karl: Leitfaden der Anthropologie, Berlin 1930.
- Saller, Karl: Otto Aichel †, in: Anthropologischer Anzeiger 12 (1935), S. 91–95.
- Saller, Karl: Rassengeschichte des Menschen, Stuttgart et al. 1969.
- Saller, Karl: Stand und Aufgaben der Eugenik, in: Klinische Wochenschrift 12 (1933), S. 1041–1044.
- Saller, Karl: Volksmedizin und ausserschulgemässe diagnostische und therapeutische Methoden, Saulgau 1951.
- Schäfer, Gereon/Döbber, Carola/Groß, Dominik: Martin Staemmler. Pathologe und Hochschullehrer im Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik, in: Kühl, Richard/Ohnhäuser, Tim/Schäfer, Gereon (Hg.): Verfolger und Verfolgte. Bilder

- ärztlichen Handelns im Nationalsozialismus (= Medizin und Nationalsozialismus, Bd. 2), Münster 2010, S. 69–86.
- Schäfer, Hans: 60 Jahre Physiologie, in: Marx, D. M. und Moses, A. (Hg.), Emeriti erinnern sich, Rückblicke auf Lehre und Forschung in Heidelberg, Bd. 1 Die Medizinischen Fakultäten, Weinheim et al. 1993, S. 15–30.
- Schäfer, Silke: Zum Selbstverständnis von Frauen im Konzentrationslager. Das Lager Ravensbrück, Berlin 2002.
- Schagen, Udo: Die Forschung an menschlichen Organen nach den »plötzlichen Tod« – der Anatom H. Stieve (1886–1952), in: Bruch, Rüdiger vom (unter Mitarbeit von Schaarschmidt, Rebecca) (Hg.): Die Berliner Universität in der NS-Zeit. Bd. II: Fachbereiche und Fakultäten, Stuttgart 2005, S. 35–54.
- Scharrel, Helmut: Ernst Siemerling. Sein Leben und sein Werk, Kiel 2006.
- Scheck, Thomas: Knolle, Friedrich, in: Lohmeier, Dieter (Red.): Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Bd. 11, Neumünster 2000, S. 207–212.
- Schencking, Martin: Alfred Schittenhelm und die Abteilung für Erbpflege und Erbforschung an der II. Medizinischen Klinik (Krankenhaus links der Isar) München 1934–1939, München 1999.
- Schimmelpennig, Gustav W.: Friedrich Mauz (1900–1979), in: Christiani, Klaus (Hg.): Hundert Jahre Universitäts-Nervenlinik Kiel 1901–2001, Kiel 2001, S. 40–42.
- Schipperges, Heinrich: Geschichte der medizinischen Fakultät. Die Frühgeschichte 1665–1840 (= Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel, Bd. 4, Teil 1), Kiel 1967.
- Schirren, Carl Georg: Hundert Jahre Kieler Ärzteverein, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 11 (1958), H. 1, S. 5–13.
- Schirren, Carl: Professor Dr. med. Josef Vonkennel zum Gedächtnis, in: Fortschr. Med. 81 (1963), S. 751.
- Schleiermacher, Sabine/Schagen, Udo: Enthumanisierung der Medizin und der Charité im »Dritten Reich«, in: Dies. (Hg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 9–22.
- Schmidt, Werner: Leben an Grenzen. Autobiographischer Bericht eines Mediziners aus dunkler Zeit, Zürich 1989.
- Schmitz-Berning, Cornelia: Alte Kämpfer, in: Dies.: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 2000, S. 26, 30.
- Schmitz-Berning, Cornelia: »Märzgefallene«, in: Dies.: Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin/New York 2000, S. 399.
- Schmuhl, Hans-Walter: »Euthanasie« und Krankenmord, in: Jütte, Robert (in Verbindung mit Wolfgang U. Eckart, Hans-Walter Schmuhl und Winfried Süß): Medizin

- und Nationalsozialismus. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Göttingen 2011, S. 214–255.
- Schmuhl, Hans-Walter: Ärzte in der Anstalt Bethel 1870–1945, Bielefeld 1998.
- Schmuhl, Hans-Walter: Ärzte in der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta 1890–1970, Bielefeld 2001.
- Schmuhl, Hans-Walter: Rassehygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890–1945, Göttingen <sup>2</sup>1992.
- Scholz, Albrecht: Die Position Rostocks in der Deutschen Dermatologie bis 1989, in: Gross, Gerd E. (Hg.): 100 Jahre Universitäts-Hautklinik und Poliklinik Rostock, Rostock 2002, S. 9–23.
- Schreiber, Carsten: »Eine verschworene Gemeinschaft«. Regionale Verfolgungsnetzwerke des SD in Sachsen, in: Wildt, Michael (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 57–85.
- Schreiber, Carsten: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerkes am Beispiel Sachsens, München 2008.
- Schröder, Ludwig: Zum 100. Geburtstag von Professor Dr. Gerhard Küntscher, in: Schl.-Holst. Ärzteblatt 54 (2001), H. 1, S. 51–53.
- Schröder, Wilhelm Heinz: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Ders. (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung, Stuttgart 1985, S. 7–17.
- Schulze, Ralf: Bilder vom verlassenen Sanatorium bei Agra (Collina d’Oro/Tessin/Schweiz), online: <http://www.flickr.com/photos/rs-foto/sets/72157601606786661> [4.6.2012].
- Seier, Hellmut: Nationalsozialistisches Wissenschaftsverständnis und Hochschulpolitik, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte, Frankfurt a. M. 1990, S. 5–21.
- Seier, Hellmut: Universität und Hochschulpolitik im nationalsozialistischen Staat, in: Maletke, Klaus (Hg.): Der Nationalsozialismus an der Macht. Aspekte nationalsozialistischer Politik und Herrschaft, Göttingen 1984, S. 143–162.
- Semm, Kurt/Weichert-von Hassel, Monika: Die Universitäts-Frauenklinik Kiel. Ihre Bedeutung für die Frauenheilkunde 1805–1985. Eine medizinhistorische Studie zum 180-jährigen Bestehen, Kiel <sup>3</sup>1985.

- Siebke, Harald/Hinrichsen, Fritz: Bericht über die 7. Sitzung der Medizinischen Gesellschaft Kiel am 10.1.1935, in: *Ärztblatt für Hamburg und Schleswig-Holstein* (1935), H. 1, S. 50, H. 2, S. 63.
- Simon, Gerd (Hg.): *Germanistik in den Planspielen des Sicherheitsdienstes der SS. Ein Dokument aus der Frühgeschichte der SD-Forschung*, Tübingen 1998.
- Simon, Gerd: *Germanistik und Sicherheitsdienst*, in: Michael Wildt (Hg.): *Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS*, Hamburg 2003, S. 190–203.
- Skopec, Manfred, Lubarsch, Otto, in: *Neue Deutsche Biographie* 15 (1987), S. 261–262 [Onlinefassung] online: <http://www.deutsche-biographie.de/pnd117252891.html> [22.10.2012].
- Sommer, Felix: *Anatomie*, in: Eckart, Wolfgang U./Sellin, Volker/Wolgast, Eike (Hg.): *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*, Heidelberg 2006, S. 651–670.
- Specht, Fritz: *Politische Hochschule, Rektorrede*, in: *Ziel und Weg* (1935), H. 7, S. 148 f.
- Spitznagel, Peter: *Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg 1927–1933*, Würzburg 1974.
- Stammmler, Martin: *Die Sterilisierung Minderwertiger vom Standpunkt des Nationalsozialismus*, in: *Eugenik, Erblehre, Erbkunde* (1933), H. 3, S. 97–110.
- Stammmler, Martin: *Rassenpflege im völkischen Staat*, München 1933.
- Stang, Joachim: *Die Deutsche Demokratische Partei in Preussen 1918–1933*, Düsseldorf 1994.
- Stoeckel, Walter: *Erinnerungen eines Frauenarztes*, München 1966.
- Stone, Lawrence: *Prosopographie. Englische Erfahrungen*, in: Jaraus, Konrad H. (Hg.): *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten*, Düsseldorf 1976, S. 64–97.
- Stuchlik, Gerda: *Funktionäre, Mitläufer, Außenseiter und Ausgestoßene. Studentenschaft im Nationalsozialismus*, in: Siegele-Wenschkewitz, Leonore/Stuchlik, Gerda (Hg.): *Hochschule und Nationalsozialismus. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsbetrieb als Thema der Zeitgeschichte*, Frankfurt a. M. 1990, S. 49–89.
- Süß, Winfried: *Der »Volkkörper« im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945*, München 2003.
- Szabó, Annikó: *Vertreibung, Rückkehr, Wiedergutmachung. Göttinger Hochschullehrer im Schatten des Nationalsozialismus*, Göttingen 2000.
- Szöllözi-Janze, Margit/Freitäger, Andreas: *Doktorgrad entzogen! Aberkennungen akademischer Titel an der Universität Köln 1933 bis 1945*, Nümbrecht 2005.

- Tetsch, Hartmut: Neubeginn aus Schutt und Asche, in: Allgemeiner Studentenausschuss und Arbeitsgemeinschaft für Aktive Hochschulpolitik (Hg.): 300 Jahre Studentenschaft Christiana Albertina Kiel. Jubiläumsschrift der Kieler Studentenschaft, Kiel 1965, S. 18–24.
- Tilitzki, Christian: Von der Grenzland-Universität zum Zentrum der nationalsozialistischen »Neuordnung des Ostraums«? Aspekte der Königsberger Universitätsgeschichte im Dritten Reich, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 46 (2000), S. 233–269.
- Uhlig, Ralph (Hg.): Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) nach 1933. Zur Geschichte der CAU im Nationalsozialismus. Eine Dokumentation bearbeitet von Uta Cornelia Schmatzler und Matthias Wieben, Frankfurt a. M. et al. 1991.
- Uhlig, Ralph/Wieben, Matthias: Entzug der Dokortitel an der Christian-Albrechts-Universität im »Dritten Reich« v. 19.5.1992 [Aktennotiz als Kopie vorliegend].
- Ulrich, Andreas: Berauscht in die Schlacht, in: Burgdorff, Stephan/Wiegrefe, Klaus (Hg.): Der 2. Weltkrieg. Wendepunkte der deutschen Geschichte, München 2007, S. 217–221.
- Uphoff, Hubert: Zehn Jahre abdominale Schnittentbindung, Leipzig 1933.
- Venner, Dominique: Söldner ohne Sold. Die deutschen Freikorps 1918–1923, Kiel 1984.
- Villiez, Anna von: Mit aller Kraft verdrängt. Entrechtung und Verfolgung »nicht arischer« Ärzte in Hamburg 1933 bis 1945, Hamburg 2009.
- Voigt, Gerhard: Ärztliche Selbstverwaltung im Wandel. Eine historische Dokumentation am Beispiel der Ärztekammer Nordrhein, Köln 1998.
- Voigt, Jürgen/Lohff, Brigitte: Ein Haus für die Chirurgie 1802–1986. Zur Geschichte der einzelnen Kliniken und ihrer Professoren an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Neumünster 1986.
- Volbehr, Friedrich/Weyl, Richard: Professoren und Dozenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 1665–1954, bearb. von Rudolf Bülck, abgeschlossen von Hans-Joachim Newiger, Kiel <sup>4</sup>1956.
- Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler!, in: Völkischer Beobachter v. 5.11.1932, S. 3.
- Vonkennel, Josef/Freerksen, Enno: Hanns Löhr, in: Kieler Blätter (1941), S. 118–129.
- Vonkennel, Josef/Kimmig, Josef/Lembke, Andreas: Die Mycoine, eine neue Gruppe therapeutisch wirksamer Substanzen aus Pilzen, in: Klin. Wschr. 22 (1943), S. 321.
- Vorstand der Bundesärztekammer: Stellungnahme zur Autopsie, beschlossen in der Sitzung vom 26.8.2005 auf Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats, online: [www.bundesaerztekammer.de/downloads/AutLang.pdf](http://www.bundesaerztekammer.de/downloads/AutLang.pdf) [8.2.2012], S. 5)

- Vorstand der Bundesärztekammer: Träger der Paracelsus-Medaille, in: Vorstand der Bundesärztekammer (Hg.): Programmheft 108. Deutscher Ärztetag, Köln 2005, S. 130.
- Wagner, Kurt: Nachruf für Ferdinand Wiethold 1893–1961, in: Dtsch. Z. ges. gerichtl. Med. 52 (1961), S. 4–6.
- Weber, Werner: Die Rechtstellung des deutschen Hochschullehrers, Göttingen 1952.
- Wegler, Christiane: Die Entwicklung der Oto-, Rhino- und Laryngologie an der Universität Kiel (1875–1960), Kiel 1978.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3. Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995.
- Weinert, Hans: Biologische Grundlagen für Rassenkunde und Rassenhygiene, Stuttgart 1934.
- Weinert, Hans: Die Rassen der Menschheit, Leipzig/Berlin <sup>3</sup>1941.
- Weinert, Hans: Rassenkundliche Erhebungen und erbbiologische Untersuchungen an der Bevölkerung Schleswig-Holsteins, in: Kieler Blätter (1941), S. 65–68.
- Weinert, Hans: Vom Menschenaffen zur Menschheit, Erfurt <sup>2</sup>1938.
- Weingart, Peter/Kroll, Jürgen/Bayertz, Kurt (Hg.): Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1992.
- Weisbrod, Bernd: Legale Diskriminierung und universitäre Selbstmobilisierung. Die Aberkennung von Doktorgraden an der Universität Göttingen im »Dritten Reich«, in: Thieler, Kerstin (Hg.): »... des Tragens eines deutschen akademischen Grades unwürdig.« Die Entziehung von Dokortiteln an der Georg-August-Universität Göttingen im »Dritten Reich«. Katalog zur Ausstellung, Göttingen 2006, S. 11–17.
- Welzer, Harald: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2011.
- Westenhoeffer, Max: Der Fall Beckert. Mord und Brand in der deutschen Gesandtschaft zu Santiago de Chile, Berlin 1910.
- Wieben, Matthias: Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich. Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1994.
- Wiethold, Ferdinand: Über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses, in: Kriminalistische Monatshefte 8 (1934), S. 27–32.
- Wildt, Michael (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003.
- Wildt, Michael: Einleitung, in: Ders. (Hg.): Nachrichtendienst, politische Elite, Mordeinheit. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Hamburg 2003, S. 7–37.

- Wildt, Michael: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003.
- Williamson, Gordon: Die SS: Hitlers Instrument der Macht, Klagenfurt 2005.
- Wilmanns, Hilmar: Zur Methodik der Mikrojodbestimmung in biologischem Material, Kiel 1936.
- Winau, Rolf: Der Menschenversuch in der Medizin, in: Ebbinghaus, Angelika/Dörner, Klaus (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozeß und seine Folgen, Berlin 2002, S. 93–109.
- Winkelmann, Andreas: Der Anatom Hermann Stieve und die Forschung an Leichen Hinterbliebener, in: Schleiermacher, Sabine/Schagen, Udo (Hg.): Die Charité im Dritten Reich. Zur Dienstbarkeit medizinischer Wissenschaft im Nationalsozialismus, Paderborn 2008, S. 105–120.
- Wolf, Jörn H.: Hans Gerhard Creutzfeldt (1885–1964) – klinischer Neuropathologe und Mitbegründer der biologischen Psychiatrie, Göttingen et al. 2003.
- Woywodt, Alexander et al.: Wegner's granulomatosis, in: The Lancet 367 (2006), S. 1362–1366.
- Wulf, Peter: Der Kampf um die »neue« Wissenschaft. Die Wissenschaftliche Akademie der NS-Dozentenbundes an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2004), H. 1, S. 5–25.
- Zapel, Kirsten: August Bier (1861–1949). Leben, Werk und Wirken, Kiel 1994.
- Zegarski, Witold: Das Krankenrevier in Sachsenhausen 1940–45, in: Sachsenhausenkomitee Westberlin (Hg.): Niemand und nichts vergessen. Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, Berlin (West) 1984, S. 39–53.
- Zimmermann, Rolf: Holocaust und Holodomor, in: Konitzer, Werner/Gross, Raphael (Hg.): Moralität des Bösen. Ethik und nationalsozialistisches Verbrechen (= Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 2009), Frankfurt a. M./New York 2009, S. 13–29.
- Zimmermann, Susanne: Die medizinische Fakultät der Universität Jena während der Zeit des Nationalsozialismus (= Ernst-Haeckel-Haus-Studien, Bd. 2), Berlin 2000.
- Zitzlsperger, Sigfrid: Interstitielle Zellen (Cajal) im Papillarmuskel des menschlichen Herzens, Medizinische Habilitationsschrift., Kiel 28.10.1942, in: Zeitschrift für mikroskopisch-anatomische Forschung 53 (1943), S. 1–40.



## 10. Anhang

### 10.1 Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
a. o.	außerordentlicher
apl.	außerplanmäßiger
ARGB	Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie
Ass.	Assistent
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
Bl.	Blatt
cand. med.	Kandidat der Medizin
DÄ	Ärztliche Mitteilungen: Deutsches Ärzteblatt
Ders.	Derselbe
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
Diss.	Dissertation
Doz.	Dozent
D.St.	Deutscher Studentenbund
ebd.	ebenda
et al.	und weitere
geb.	geboren
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GR	Geheimrat
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
f.	folgende
Fn.	Fußnote
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
Hab.	Habilitation
Hg.	Herausgeber
HZ	Historische Zeitschrift

i. V.	In Vertretung
KdF	Kanzlei des Führers
KNN	Kieler Neuerste Nachrichten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LASH	Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig
M. E.	Meines Ermessens
MKStG	Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte
Ms.	Manuskript
n. b.	nicht beamtet
Nr.	Nummer
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDÄB	Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDDoB/NSDDB	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o.	ordentlicher
o. D.	ohne Datum
OLG	Oberlandesgericht
p.	paginiert
Pers.	Persönlich/er
Pg.	Parteimitglied
pl.	planmäßig
p. p.	perge, perge (lat.), und so fort
Prakt. Arzt	Praktizierender Arzt
priv.	privatim
Priv.-Doz.	Privatdozent
Prof.	Professor
Prom.	Promotion
Red.	Redaktion
REM	Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark

RMBI	Reichsministerialblatt
RIM, RdI	Reichsministerium des Inneren
RPA	Rassenpolitisches Amt
S.	Seite
SA, S. A.	Sturmabteilung der NSDAP
Schl.-Holst. Ärzteblatt	Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt
Schrb.	Schreiben
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
Sem.	Semester
Sp.	Spalte
SS	Schutzstaffel
SS	Sommersemester
stellvertr.	stellvertretender
stud. med.	Student der Medizin
T4	Tiergartenstraße 4
Tab.	Tabelle
u. ä.	und ähnliches
UA	Universitätsarchiv
u. a.	und andere
u. a. m.	und andere mehr
UB	Universitätsbibliothek
UFK	Universitätsfrauenklinik
uk	unabkömmlich
VfZ	Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
WS	Wintersemester
z. B.	zum Beispiel

## 10.2 Übersichten (Inhaber von Universitätsämtern)

Lehrstuhlinhaber der Medizinischen Fakultät Kiel 1927 bis 1945

(grau hinterlegt zur besseren Lesbarkeit)

Institute	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Anatomie	Benninghoff						
Anthropologie	Aichel						
Physiologie	Höber						
Physiologische Chemie							
Pathologie	Jores						
Pharmakologie	Külz						
Hygiene		Dold					
Gerichtsmedizin	Ziemke						

Kliniken	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Med. Klinik	Schittenhelm						
Chirurgie	Anschütz						
Frauenklinik	Schröder						
Kinderklinik	Rominger						
Augenklinik	Heine						
Hautklinik	Klingmüller						
HNO-Klinik					Seiffert		
Nervenklinik	Stertz						
Zahnklinik	Hentze						

1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
						Freerksen					
	Weinert										
	Holzlhöner										
			Netter								
	Staemmler	Siegmund						Büngeler			
		Behrens									
	Rodenwald	Stickl	Bachmann								
		Wiethold					Hallermann				

1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Löhr								Reinwein			
				Fischer							
			Philipp								
	Meesmann										
				Vonkennel							
									Vogel		
				Creutzfeldt							

## Dekane der Medizinischen Fakultät Kiel 1932–1945

	<b>Dekan</b>	<b>Prodekan</b>
WS 32/33	Külz	Rominger
SS 33	Jores	Külz
WS 33/34	Dold	Külz
SS 34	Schröder	Benninghoff
WS 34/35	Schröder	Benninghoff
SS 35	Löhr	Benninghoff
WS 35/36	Löhr	Benninghoff
SS 36	Löhr	Benninghoff
WS 36/37	Löhr	Benninghoff
bis WS 40		
SS 41	Fischer	Bachmann
WS 41/42	Fischer	Bachmann
SS 42	Fischer	Bachmann
WS 42/43	Fischer	Bachmann
SS 43	Fischer	Bachmann
WS 43/44	Philipp	Bachmann
bis SS 44	Philipp	Bachmann
WS 44/45	Philipp	Bachmann

Rektoren der Christian-Albrechts-Universität (grau hinterlegt= Mediziner)

	<b>Rektoren</b>	<b>Prorektoren</b>
WS 32/33	Skalweit	Höber
SS 33	Scheel	Skalweit
WS 33/34	Wolf	v.Buddenbrock-Hettersdorf
SS 34	Wolf	v.Buddenbrock-Hettersdorf
WS 34/35	Dahm	Schröder
SS 35	Dahm	Predöhl
WS 35/36	Dahm	Predöhl
SS 36	Dahm	Schröder
WS 36/37	Dahm	Löhr
bis SS 37		
WS 37/38	Ritterbusch	Dahm
bis WS 38/39		
SS 39	Ritterbusch	Löhr
bis SS 41		
WS 41/42	Löhr	Vonkennel
SS 42	Predöhl	Vonkennel
WS 42/43	Predöhl	Freerksen
bis SS 43		
WS 43/44	Predöhl	Freerksen
bis SS 44		Holzlhöner
WS 44/45	Holzlhöner	

Rektoren der Christian-Albrechts-Universität (grau = Mediziner)

#### Dozentenschaftsführer der Universität

	Führer	Vertreter	Med.Fak.
SS 34	Loeffler	Meyer	Schultz
WS 34/35	Nicolaisen	Meyer	Meyer
SS 35	Holzlhöner	Küntscher	
WS 35/36			
SS 36	Holzlhöner	Weinhandl	
WS 36/37	Holzlhöner	Meyer	

#### NSDDB Dozentenbundsführer der Universität

	Führer	Vertreter	Med.Fak.
SS 37	Ritterbusch	Meyer	Meyer/Küntscher/Marquort
WS 37/38	Ritterbusch	Meyer	Meyer/Küntscher/Marquort
bis WS 38/39	Küntscher		Küntscher/Niessing/Marquort
SS 39	Küntscher	Holzlhöner	
SS 41	Freerksen	Holzlhöner	Küntscher/Niessing/Marquort
WS 41/42	Freerksen	Holzlhöner	Küntscher
SS 42	Vonkennel	Philipp	Küntscher
WS 42/43		Philipp	Küntscher
WS 43/44			Küntscher
bis SS 44			Küntscher
WS 44/45	Leonhardt	Philipp	

#### NSDDB Gaudozentenführer

SS 37	Ritterbusch		SS 42	Freerksen
WS 37/38	Löhr		WS 42/43	Freerksen
bis WS 38/39	Löhr		WS 43/44	Freerksen
SS 39	Löhr		bis SS 44	Freerksen
SS 41	Löhr		WS 44/45	
WS 41/42				

### 10.3 Namensregister der in der Arbeit genannten Studenten und Dozenten der Medizinischen Fakultät

#### A

Aichel, Otto 43 f., 49, 64 f., 79, 113,  
122–128, 132, 134–144, 147–149, 151,  
168, 170, 218, 440, 467, 471, 473, 487,  
489, 492, 500, 521, 536 f., 559, 570

Aldenhoff, Joseph 272, 339 f., 506, 511,  
536

Andree, Christian 185, 531, 537, 548

Anschütz, Willy 43 f., 162 f., 178, 220,  
254–257, 331, 344, 455, 460, 467,  
471, 474, 500–502, 523, 554, 570

Aron, Simon, Friedrich 298

#### B

Bachmann, Werner 157–159, 169, 229,  
231, 242–244, 249, 308, 320, 324,  
330, 353 f., 358, 382, 403, 425, 455,  
460, 465, 467, 471, 473, 488–490,  
514, 523, 527 f., 570, 572

Barasch, Johannes 298

Bargmann, Wolfgang 126 f., 429, 432,  
436 f., 439 f., 453, 455–457, 460,  
523 f., 537, 551

Bartz, Kurt 75

Bauermeister, Wolf 440 f., 471

Beck, Alfred 43, 80

Behnken, Erika 355

Behrens, Behrend 30, 60, 82, 137,  
229–231, 233–235, 240, 246 f., 330 f.,  
351, 388–393, 459, 471, 474, 499,  
502–505, 538, 550, 570

Belke, Reinhild 355

Benninghoff, Alfred 27, 44–46, 61,  
64 f., 91, 126, 144, 216–219, 221,  
238, 241, 246 f., 279, 295 f., 301, 330,  
362–365, 367, 371, 433, 437, 447, 471,  
474, 480, 495, 500–502, 505, 513,  
522, 535, 570, 572

Bernigau 205

Bernigau, Heinrich 205

Bethe, Albrecht 51

Bichlmayr 43

Bichlmayr, Anton 425

Bier, August 254–256, 259, 500, 565

Bitter, Herman 396

Blank, Arthur 298

Blumenthal, Siegmund 298

Bordewiek, Helmut 205

Boumer, Teve-Johan 355

Brand, Irmgard 355

Braun, Ernst 148, 168–170, 183, 270

Bremer, Inken 355

Brune, Wolfgang 436, 539

Buchys, Erwin 355

Büngeler, Walter 229, 275, 352,  
377–379, 425, 453, 456, 465, 471,  
474, 517, 570

Butenschön, Hildegard 75

#### C

Carstensen, Carl Friedrich 404

Catel, Werner 28, 337 f., 529

Chrometzka, Friedrich 204–207, 275,  
384, 471

- Clauberg, Carl 92, 274, 405, 413–416, 420, 510, 541
- Creutzfeldt, Hans Gerhard 13, 27, 29, 224, 229, 231, 268, 270–272, 275, 322, 330, 339–343, 385–387, 410, 425, 444, 449–456, 465, 471, 474, 506, 509, 511 f., 515, 518, 523, 526, 530 f., 536, 540, 565, 570
- D**
- Dannheim 111, 114 f.
- Dengel, Paul 55 f.
- Dietrich, Marga 355
- Dold, Herrmann 40, 43 f., 47–49, 64–66, 91, 94, 123, 137, 143, 147–149, 151–154, 216, 467, 471, 473, 485–487, 490, 520, 541, 570, 572
- Drenckhahn, Walter 205
- E**
- Ehaus, Sigrid 75
- Eisler 84
- Ericson, Karl 355
- Essen, Werner 13, 192, 205, 468, 470, 531, 540, 552, 554, 558
- F**
- Finke, Erich 205, 405–408, 419
- Fischer, Albert Wilhelm 79, 117 f., 130, 132, 156, 180, 196, 214, 220 f., 229, 231, 243, 254, 257 f., 260–262, 264–267, 275, 278, 280, 305, 308, 324, 330 f., 345–347, 350–353, 355, 358, 362, 370 f., 382, 385, 388, 417, 420, 425, 456, 460, 466, 471, 473, 476, 488, 492, 494, 514, 518, 523, 527, 537, 542, 570, 572
- Frankenthal, Käthe 298 f., 302, 542
- Freerksen, Enno 27, 46, 109, 188–190, 197 f., 203, 229, 231, 241, 243, 275, 279, 305, 308, 310, 314–317, 320, 324, 348, 351, 353 f., 361 f., 364–371, 376, 384 f., 390, 409, 424, 433, 435 f., 439, 445–449, 455–460, 466 f., 471 f., 474, 478–483, 485, 512–514, 518, 523–525, 527, 542 f., 563, 570, 573 f.
- Freese, Hermann 70–72, 543
- Frercks, Rudolf 128, 131 f., 543
- Frowein, Ernst 355, 405, 416–418, 471, 473, 494, 510, 543
- Füchte, Marta 357
- G**
- Geiger, Werner 75, 215, 226–228, 280
- Glatzel, Hans 205, 471
- H**
- Hager, Frithjof 132, 164, 170 f., 545
- Hallermann, Wilhelm 169, 229, 236, 350 f., 354, 371–375, 381 f., 385 f., 425, 453, 455, 460, 471, 474, 492, 498 f., 515, 518, 545, 570
- Harms 172, 356
- Hayer, Erich 204, 364
- Heine, Leopold 43 f., 83, 99, 111 f., 114–116, 467, 471, 474, 500–502, 570
- Heine, Lisa 114 f.
- Heinz, Erich 355, 480
- Henneberg, Georg 158 f., 244
- Hensen, Victor 50 f., 557
- Henze, Annelise 355
- Herbst, Magdalena 355

- Herbst, Robert 168 f., 196, 204 f.,  
207 f., 218
- Herrlinger, Robert 437, 530, 546
- Höber, Rudolf 16, 27, 44, 47–51, 64,  
67 f., 78, 80, 83, 86 f., 94, 104 f., 108,  
112, 232, 241, 273, 277, 391, 467, 471,  
474, 497, 500, 506, 520 f., 570, 573
- Holzlhöner, Ernst 27 f., 78, 80 f., 92,  
105–110, 112, 149, 205, 216 f., 223,  
228 f., 231, 241, 246 f., 249, 260, 279,  
305, 308, 320 f., 324, 330, 351 f., 354,  
382, 395, 405–410, 417, 419, 421,  
423, 425, 446, 448, 455, 460, 467 f.,  
471 f., 474, 476, 482–484, 487, 490,  
510, 521, 523, 547, 570, 573 f.
- Huber, Herbert 25, 221, 289, 355, 425,  
447, 547 f.
- J**
- Jakubowski, Hugo 298 f.
- Jalass, Ilse 355
- Janzen, Rudolf 508, 548
- Jeß, Anni 75
- Johnsen, Hubert 428, 548
- Jöllnbek, Gustav-Adolf 205
- Jonat, Walter 184 f., 421, 423, 428, 548
- Jores, Leonhard 44, 61, 64–66, 94,  
148, 164, 218, 237, 467, 471, 474,  
485–487, 500, 502, 520, 570, 572
- Jungmann, Gerhard 70, 72–74, 501,  
548
- Jungs, Heinz 355
- Jürgensen, Jakob 70, 75, 427, 462, 548
- K**
- Kattiofsky, Erika 355
- Keßler, Robert 43, 225, 245, 248, 471,  
473
- Kimmig 253, 322, 412, 563
- Kirchhoff 172 f.
- Kißkalt, Karl 123, 126, 152, 557
- Klingmüller, Viktor 217, 220, 249, 467,  
471, 474, 501 f., 505, 570
- Klodt, Heinrich 355
- Klose, Franz 101, 126, 159, 162–164,  
168, 174–176, 180, 182 f., 217, 266,  
455–457, 471, 523, 537, 542, 549
- Klostermann, Ilse 356
- Knolle, Liselotte 399–404, 417, 500,  
535, 550, 560
- Koch 331
- Köhler, Erich 114–116, 170, 205
- Kolle, Kurt 270, 277
- Korff-Petersen, Arthur 152
- Krause, Ursula 173 f., 177, 179 f., 183,  
202, 356
- Kudlien, Fridolf 47, 76, 152, 437, 530,  
550
- Kügelgen, Alkmar von 75, 114 f.
- Külz, Fritz 44–46, 64, 91, 94, 147, 155,  
217, 229, 233, 467, 471, 474, 505–507,  
517, 520 f., 570, 572
- Küntscher, Gerhard 79, 83–85, 111 f.,  
196, 217, 237 f., 279, 308, 320, 324,  
384, 388, 390 f., 394 f., 471, 473, 495,  
550, 557, 561, 574
- L**
- Levy, Ernst 298 f.
- Lindenthal, Wilhelm 298
- Loeber, Hans 355
- Löffler, Lothar 43, 49, 61, 64, 71,  
78–83, 96, 99, 103, 105, 110, 113–116,

- 128, 132–134, 137–141, 144, 168, 170,  
242, 274, 471–473, 489, 497, 507, 521
- Lohff, Brigitte 13, 30, 43, 78, 86 f.,  
254, 256, 267, 395, 469 f., 530, 552,  
563
- Löhr, Berthold 187
- Löhr, Hanns 18, 26 f., 32, 45 f., 62, 72,  
79, 81–83, 87, 92, 98 f., 104, 107, 110,  
112–116, 144, 149, 152, 157–159, 168,  
183, 187–229, 231–233, 235, 239–  
250, 253 f., 256–260, 265, 267–271,  
274–283, 285–291, 296, 298, 301,  
304, 308–317, 320–324, 327–332,  
335–337, 344 f., 349–351, 355, 359,  
362–365, 369–371, 375 f., 378, 383,  
394, 396, 406, 411, 466 f., 471–479,  
482–484, 486 f., 490, 494–497,  
501 f., 505–507, 511, 514, 517, 521–  
523, 552 f., 558, 563, 570, 572–574
- Löhr, Joachim 187
- Löhr, Konrad 194, 477
- Löhr, Wilhelm 187, 220, 258
- Lubarsch, Otto 50, 52, 553, 555, 562
- M**
- Maassen, Willy 244
- Maatz, Richard 221
- Malorny, Günther 388–390, 392,  
470 f., 474, 497
- Marquort, Walter 196, 204 f., 208–  
212, 217, 305, 308, 311–314, 317, 321,  
324, 330, 344, 390, 471, 475 f., 478,  
483, 553, 574
- Mauz, Friedrich 270 f., 560
- Meesmann, Alois 229, 231, 238–240,  
250, 269, 329, 352, 425, 467, 471,  
474, 485, 500, 502, 505, 525 f., 570
- Meister, Wilhelm 52, 196, 208, 308,  
324, 476, 478
- Meves, Hilde 75, 125
- Meyer-Bornsen, Erika 355
- Meyerhof, Otto Fritz 52
- Meyer, Hugo 30, 43, 78 f., 91, 111, 312,  
324, 390, 427, 442–444, 471, 473,  
488, 548, 553, 574
- Meyer, Oskar Salomon 249 f., 298
- Mond, Rudolf 67, 105, 520
- Münden, Max 293 f.
- N**
- Natannsen, Hugo 298
- Netter, Hans 38, 68, 105, 229, 231 f.,  
241 f., 330, 350 f., 382, 387 f., 390,  
393 f., 425, 437, 471, 474, 480, 492,  
497–499, 501, 519 f., 556, 570
- Niessing, Klaus 324, 330, 364, 391,  
471, 574
- O**
- Opitz, Erich 455, 460, 471
- Orzechowski, Gerhard 235, 326 f.,  
330, 387–392, 471, 474, 503 f.
- P**
- Pels-Leusden, Friedrich 30, 81–83,  
158, 227, 242, 244, 275, 330, 354,  
471, 474, 497
- Pfennig, Ernst 424, 471
- Pfleiderer, Heinrich 11, 519
- Pfürtner, Stephan 109, 146, 370, 373,  
476 f., 498, 556
- Philipp, Ernst 27, 172, 180, 225, 229,  
231, 245 f., 248 f., 251, 260, 275, 278,  
293, 297, 308, 320, 330 f., 338, 345 f.,

- 348, 351, 353–355, 371, 380, 382,  
385, 401, 403 f., 417, 420, 425, 460,  
462, 471, 473, 484, 487–490, 523,  
538, 551, 556, 570, 572, 574
- Pohlmann, Fritz 205  
Pohlmann, Paula 75 f.  
Puhl, Hugo 258
- R**
- Raschkow, Hermann, Joseph Moritz  
Israel 298
- Reinwein, Helmuth 27, 191, 194, 205,  
214, 229, 275, 351, 367 f., 375–377,  
453, 514 f., 542, 547, 570
- Reiter 440
- Riecke, Heinz-Gerhard 43, 324, 456,  
471, 473
- Rietz, Jochen 205, 210, 305, 308, 313,  
316–320, 330, 368, 471, 473, 553, 558
- Rinne, Hans 422
- Rodenwaldt, Ernst 94, 144 f., 148 f.,  
151 f., 155–157, 217, 219, 223, 229, 237,  
243, 276, 381, 466, 471, 473, 485,  
487, 490, 549, 558
- Rominger, Erich 44, 46, 217, 224, 232,  
254, 275, 322, 330, 348, 350, 356 f.,  
444, 453–455, 465 f., 471, 474, 492,  
506 f., 517, 520, 525 f., 570, 572
- Rosenow, Lotte 355
- Runge, Hans 92, 108, 177, 245, 250,  
276
- S**
- Saller, Karl 79, 128–131, 135, 137, 144,  
169, 180 f., 440, 559
- Sandberg, Ruth 355
- Schade, Heinrich 38, 123, 241, 519
- Schädling, Hermann 115, 396
- Schäfer, Jobst 150 f., 223, 355, 387,  
396, 414 f., 508, 559 f.
- Schellong, Fritz 43, 64, 80, 204
- Schittenhelm, Alfred 27, 43 f., 47, 61,  
64 f., 72, 81, 83 f., 87, 91, 94, 96–99,  
104, 112 f., 152, 162, 188 f., 191 f., 196,  
199, 204, 206, 213, 310, 406, 467,  
471, 473, 485 f., 490, 514, 521, 560,  
570
- Schmidt, Paul Wilhelm 36, 42, 68 f.,  
71, 229, 366, 376, 380–382, 388, 420,  
455, 458, 460, 466, 482, 514, 525,  
538, 547, 560
- Schmitt, Rudolf 75, 311, 314
- Schröder, Robert 27, 32, 43 f., 47, 64 f.,  
81 f., 91 f., 94, 103–105, 107 f., 110,  
142–144, 157, 162 f., 172–174, 176 f.,  
192, 216, 219 f., 223–225, 233, 245 f.,  
248, 274, 279 f., 292, 324, 394–396,  
405, 413 f., 467, 471, 473, 485–487,  
490, 521, 561, 570, 572 f.
- Schüler, Martin 13, 98, 118, 127, 131,  
177, 180, 274, 298
- Schultz, Arthur 64, 80, 138, 574
- Schulz, Herbert 43, 60, 70, 131, 433,  
538, 543
- Seiffert, Alfred 44, 46, 64 f., 224, 330,  
379, 471, 474, 487, 505–507, 517, 570
- Seusing, Johannes 376
- Siebke 43, 167, 170, 173, 562
- Siegmund, Herbert 229, 231, 237 f.,  
246 f., 269, 324, 330, 352, 354,  
377 f., 382–385, 408, 471, 473, 492,  
495–497, 570
- Siemens, Wilhelm 217 f.
- Siemerling, Ernst 47, 271, 560

- Sievers, Gerda 70–72  
 Spanner, Rudolf 439, 471  
 Specht, Fritz 43, 49, 92, 99–104,  
 134 f., 139–143, 147, 216, 471–473,  
 521 f., 562  
 Spee, Ferdinand Graf von 122, 125,  
 187  
 Staemmler, Martin 94, 100, 137 f.,  
 141–145, 148–151, 157, 164 f., 217 f.,  
 223, 229, 237, 243, 256, 279, 467, 471,  
 473, 485, 487, 490, 559, 562, 570  
 Stertz, Georg 16, 46 f., 162 f., 168, 170,  
 183, 222, 268–271, 273, 275–277,  
 467, 471, 474, 506, 511, 517, 549, 570  
 Stöckel, Walter 245 f.  
 Stockinger, Walter 43, 204–206, 208,  
 222, 275, 471, 474  
 Stoeckel, Walther 51, 92, 245, 254–  
 256, 500, 562  
 Störing, Gustav 453
- T**  
 Theine, Franz 55 f.  
 Tiemann, Friedrich 43, 204  
 Tietze 172 f.  
 Tillmanns, Horst 205  
 Tödtmann, Martin 70  
 Tuchnitz, Eva Maria 355
- U**  
 Uffenorde, Helmut 205  
 Uphoff, Hubert 55 f., 563
- V**  
 Vogel, Klaus 224, 229, 243, 379 f.,  
 429 f., 456, 460, 471, 473, 482,  
 487–490, 523, 526 f., 559, 570
- Vohwinckel, Elisabeth 70  
 Vonkennel, Josef 32, 188–190, 197 f.,  
 203, 229, 231, 239, 243, 249–254,  
 260, 279, 305, 308, 310, 316,  
 320–324, 329, 350 f., 380, 396, 405,  
 410–413, 419, 467, 471 f., 474, 476,  
 482, 484 f., 505, 510, 518, 525–527,  
 551, 560, 563, 570, 573 f.
- W**  
 Wanke, Robert 355, 456, 460, 471,  
 523  
 Weinert, Hans 27, 144–146, 229, 330,  
 426, 440–445, 449, 456, 471, 473,  
 492, 553, 564, 570  
 Weisbecker, Ludwig 530, 546  
 Wiethold, Ferdinand 168 f., 229, 231,  
 235–237, 330, 350, 354, 371 f., 471,  
 473, 492, 496, 498, 564, 570  
 Wilmanns, Hilmar 72, 188, 197, 204 f.,  
 209, 211–214, 336, 344 f., 476, 478,  
 565  
 Wilmanns, Richard 189  
 Witzig, Aenne 75  
 Wolff, Kurt 43, 473  
 Wolf, Jörn Henning 13, 29, 63, 70–72,  
 75 f., 81, 89–91, 93 f., 100–104, 106–  
 108, 114, 142, 148, 158, 160, 191, 226,  
 228, 243 f., 255, 271, 279, 296, 341 f.,  
 386 f., 453, 456, 505, 512, 520 f., 528,  
 530 f., 548, 565  
 Wolgemuth, Isaak 298
- Z**  
 Ziemke, Ernst 44, 168, 235, 467, 471,  
 474, 500, 502, 570

Zinck, Karl-Hugo 324, 354, 385, 471,  
473

Zitzlsperger, Sigfrid 433, 436, 446,  
565

10.4 Dienstgrade der SS und des Heeres<sup>1</sup>

<b>Schutzstaffel (SS)</b>	<b>Wehrmacht: Heer</b>
	<b>Mannschaften</b>
SS-Mann	Schütze
SS-Oberschütze	Oberschütze
SS-Sturmmann	Gefreiter
SS-Rottenführer	Obergefreiter
—	Haupt-/Stabsgefreiter
	<b>Unteroffiziere ohne Portepee</b>
SS-Unterscharführer	Unteroffizier
SS-Scharführer	Unterfeldwebel
	<b>Unteroffiziere mit Portepee</b>
SS-Oberscharführer	Feldwebel
SS-Stabsscharführer	Oberfeldwebel
SS-Hauptscharführer	Hauptfeldwebel
SS-Sturmscharführer	Stabsfeldwebel
	<b>Offiziersbewerber</b>
—	Fähnrich
—	Oberfähnrich
	<b>Offiziere</b>
SS-Untersturmführer	Leutnant
SS-Obersturmführer	Oberleutnant
SS-Hauptsturmführer	Hauptmann/Rittmeister
	<b>Stabsoffiziere</b>
SS-Sturmbannführer	Major
SS-Obersturmbannführer	Oberstleutnant
SS-Standartenführer	Oberst
SS-Oberführer	—

1 Williamson, Gordon: Die SS: Hitlers Instrument der Macht, Klagenfurt 2005, S. 250. Die SA-Dienststränge entsprechen denen der SS, lediglich das Äquivalent zum SS-Untersturmführer, der bei der SS 1935 eingeführt wurde, blieb bei der SA der SA-Sturmführer.

---

<b>Generale</b>	
SS-Brigadeführer	Generalmajor
SS-Gruppenführer	Generalleutnant
SS-Obergruppenführer	General
SS-Oberstgruppenführer	Generaloberst



Im „Dritten Reich“ bildete die Christian-Albrechts-Universität Kiel einen Stützpfeiler des nationalsozialistischen Wissenschaftsbetriebs im Norden Deutschlands. Karl-Werner Ratschko untersucht in seinem Buch die Rolle der Medizinischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität und deren Versuch, eine nationalsozialistische „Musterfakultät“ zu werden. Die Verstrickung der meisten Lehrstuhlinhaber wie auch vieler Dozenten, Assistenten und Studenten in das nationalsozialistische System stellt er dar. Damit schließt der Autor eine Forschungslücke in einer Reihe von Publikationen zu Medizinischen Fakultäten im „Dritten Reich“.

Über den Autor: Dr. med. Karl-Werner Ratschko, geb. 1943, war vor seinem Studium der Geschichtswissenschaft 25 Jahre Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer Schleswig-Holstein. Die diesem Buch zu Grunde liegende Arbeit wurde 2013 mit dem gemeinsam vom Bundesministerium für Gesundheit, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Bundesärztekammer ausgeschriebenen Forschungspreis „Rolle der Ärzteschaft in der Zeit des Nationalsozialismus“ ausgezeichnet.



9 783837 510539

KLARTEXT